VERHANDLUNGEN DES RATES DER STADT KÖLN VOM JAHRE 2017

Herausgeber: Die Oberbürgermeisterin
Büro der Oberbürgermeisterin
Rathaus (Historisches Rathaus)
Sitzungsdienst OB-2-21

Inhalt

27. Sitzung vom 14. Februar 2017 6

28. Sitzung vom 4. April 2017 119

29. Sitzung vom 18. Mai 2017 255

30. Sitzung vom 11. Juli 2017 326

31. Sitzung vom 28. September 2017 450

32. Sitzung vom 7. November 2017 564

33. Sitzung vom 14. November 2017 604

34. Sitzung vom 19. Dezember 2017 690

Sachregister 793

Rednerverzeichnis 804

27. Sitzung vom 14. Februar 2017

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Spende in Höhe von 30.000,00 Euro zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" in 2017 im Museum Ludwig.

4045/2016

2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum für Ostasiatische Kunst hier: Schenkung der Skulptur "Usagi Kannon II" von Leiko Ikemura mit Hilfe des Fördererkreises des Museums für Ostasiatische Kunst e. V. aus Mitteln privater Spenderinnen und Spender sowie der Kunststiftung NRW

4250/2016

2.3 Schenkung ethnologischer Gegenstände hauptsächlich aus Thailand und Myanmar

0112/2017

2.4 Schenkungsannahme für das Werk "Einsturzstelle" (Hinweisschild) des Künstlers Mischa Kuball

3240/2016

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Erstellung eines Kölner Lebenslagenberichts"

AN/0215/2017

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend "Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte einführen"

AN/0211/2017

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“ Aus Fehlern lernen: städtische Security-Mitarbeiter fördern

AN/0212/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/0262/2017

3.1.4 Antrag der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend "Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln"

AN/0194/2017

3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Präventionsarbeit zu sexueller Gewalt in Köln stützen"

AN/0210/2017

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Überprüfung unrechtmäßiger Bußgeldbescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der A3"

AN/0226/2017

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Lin-

ke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend "Köln zeigt Haltung"

AN/0265/2017

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Kein Baubeginn Rondorf Nord-West ohne konkrete ÖPNV-Planung"

AN/2118/2016

Antwort der Verwaltung vom 10.02.2017

0459/2017

4.2 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Illegale Parteiwerbung am Rathaus: Beanstandung durch die Bezirksregierung Köln"

AN/0244/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2017

0431/2017

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Zusammenarbeit der Stadt mit DITIB"

AN/0257/2017

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten

2181/2016

(zurückgezogen)

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 6. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule

3387/2016

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Änderungsbeschluss für den Planungsbeschluss zum nachträglichen Einbau von trockenen Löschwasserleitungen in bestehende Stadtbahnanlagen (Drucksachen-Nr. 0779/001) und zum erweiterten Baubeschluss für den nachträglichen Einbau von Löschwasserleitungen (Session-Nr. 3054/2009)

2893/2016

10.2 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2015 des Gürzenich-Orchesters Köln

3640/2016

10.3 Umgestaltung des Einmündungsbereichs Sebastianstraße/Niehler Damm, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-5-1080, Niehler Damm/Sebastianstraße - Kreisverkehr

4186/2016

10.4 Grüne Infrastruktur Köln Integriertes Handlungskonzept "Vielfalt vernetzen"

4247/2016

10.5 Verwaltungsreform - Abschlussbericht der Konzeptphase

0155/2017

10.6 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Haltestelle Rathaus hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr.

2427/2016

(zurückgezogen)

10.6.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Haltestelle Rathaus hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr. überarbeite Fassung

2427/2016/2

(zurückgezogen)

10.7 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln

3494/2016

10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Abwasserbeseitigungskonzept 2017

3542/2016

10.9 Dringend notwendige Errichtung von mobilen Wohneinheiten zur Flüchtlingsunterbringung - hier: An den Gelenkbogenhallen, 50679 Köln-Deutz, Flur 33, Flurstück 904

0277/2016

10.10 Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "Severinstraße, Köln"

3855/2016

10.11 "Flüchtlinge in Köln willkommen heißen" - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen – Kooperationsprojekt Forum für Willkommenskultur Träger: Kölner Flüchtlingsrat e. V. und Kölner Freiwilligen Agentur e. V.

3967/2016

10.12 Errichtung von vier konventionellen Bauten auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf zur Flüchtlingsunterbringung - Planungsbeschluss

4223/2016

10.13 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Gleiswechselbauwerk Waidmarkt hier: Abschluss der geeinigten Sanierungsvereinbarung zur Sanierung des Gleiswechselbauwerks

(zurückgezogen)

10.14 BauBeschluss: Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str. / Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes, in Modulbauweise

1444/2016

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0258/2017

10.15 Koordination multiprofessionelle Teams und Gruppenleitung Schulsozialarbeit

3687/2016

10.16 Auflösende Schließung der Förderschule Lernen Finkenberg-Schule ab dem Schuljahr 2017/18

4087/2016

10.17 Zügigkeitserweiterung des Deutzer Gymnasiums, Schaurtestraße 1 in Köln-Deutz zum Schuljahr 2017/18 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

4288/2016

10.18 Programm RRX-Außenäste Umbau Bahnhof Süd

2743/2016

10.19 Kombinierter Planungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitt 4 (Los 4a/b)

4158/2016

10.20 Entwurf des Jahresabschlusses 2015

0077/2017

10.21 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2017

0305/2017

10.22 Sanierung Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring

0041/2017

10.23 Beschluss zur Gründung des Vereins Metropolregion Rheinland

0261/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0261/2017

10.24 Generalsanierung der vorhandenen Sporthalle Bocklemünd hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilfinanzplan 0801 Sportförderung, Finanzstelle 5201-0801-4-5127 SpoAnl. Bocklemünd Bestandshalle

4242/2016

10.25 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3

0491/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0266/2017

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 62564/01 Arbeitstitel: Herzog-Johann-Straße in Köln-Fühlingen

4089/2016

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord

3492/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/0264/2017

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Das "Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren";
hier: Fortschreibung

3559/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/2110/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0267/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 03.02.2017

0295/2017

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Zum Neuen Kreuz von Von-Kleist-Straße bis Haus-Nr. 24 einschließlich in Köln-Widdersdorf

3566/2016

17 Wahlen

17.1 Zweckverband Sparkasse Köln-Bonn, hier: Wahl eines Mitgliedes

4123/2016

17.2 GEW Köln AG
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes

4139/2016

17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

4325/2016

17.4 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

0184/2017

17.5 Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
hier: Wahl eines Vertreters

0281/2017

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die ausländerrechtliche Beratungskommission

AN/0224/2017

17.7 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates

0282/2017

17.8 Wahl eines Vertreters einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren

0443/2017

17.9 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB):
Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds

0436/2017

17.10 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS):
Entsendung eines Mitgliedes in die Verbandsversammlung

0440/2017

17.11 Kölner Sportstätten GmbH: Bestellung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

3836/2016

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend Nachbesetzung verschiedener Gremien

AN/0263/2017

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“

4235/2016

18.2 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur Minderung des Schulnotstandes

4343/2016

18.3 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBT-Hintergrund in Köln; hier: Endgültige Mittelfreigabe

0086/2017

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Keller, Stephan Stadtdirektor Dr.; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Blome, Andrea Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Oedingen, Erika; Rottmann, Hendrik; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Tokyürek, Güldane

Bezirksbürgermeister/in
Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Höing, Franz-Josef Beigeordneter

(Beginn: 15.42 Uhr - Ende: 21.38 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates sehr herzlich.

Besonders begrüßen möchte ich heute Herrn Stadtdirektor Dr. Keller und Frau Beigeordnete Blome zu ihrer ersten Ratssitzung.

(Beifall)

Beide werden gleich die Gelegenheit nutzen und das Wort an Sie richten.

Bevor wir dann zur Festlegung der Tagesordnung kommen, begrüße ich ebenfalls ganz herzlich unser neues Ratsmitglied, Frau Claudia Heithorst, die ich jetzt verpflichten möchte.

(Beifall)

Frau Heithorst wurde als Nachfolgerin von Frau Gordes gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Frau Heithorst, ich bitte Sie, zu mir nach vorne zu kommen. Außerdem bitte ich alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben - bitte auch Sie, liebe Gäste auf der Zuschauertribüne, liebe Vertreter der Medien und liebe Bezirksbürgermeister.

(Die Anwesenden erheben sich)

Frau Heithorst, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

> (Beifall - Oberbürgermeisterin Henriette Reker übergibt Claudia Heithorst [CDU] Unterlagen - Claudia Heithorst [CDU]: Danke schön!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch daran erinnern, dass - wie bei den letzten Sitzungen auch - heute wieder ein Informationsstand vor dem Ratssaal aufgebaut ist, an dem Sie sich heute - und auch während der nächsten Sitzungen - noch einmal über die mobile Gremienarbeit informieren können. Frau Müller und ihr Team sowie die Kollegen vom Amt für Informationsverarbeitung stehen Ihnen dort wieder für Fragen zur Verfügung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Oedingen, Herr Rottmann, Frau Scho-Antwerpes und Frau Tokyürek entschuldigt.

Als Stimmzählerin und Stimmzähler benenne ich Herrn Walter, Herrn Dr. Gutzeit und Frau Heuser.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst zu den Zu- und Absetzungen: Unter TOP 4.2 und 4.3 liegen nachträglich eingegangene Anfragen vor. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung von TOP 10.24, TOP 10.25, TOP 15.1 und TOP 17.7 bis 17.12 vor. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 10.6 bzw. 10.6.1 und 10.13.

Der Antrag der Fraktion der AfD auf Aktuelle Stunde konnte nach § 5 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung nicht zugesetzt werden. Dort heißt es:

> Der Antrag muss der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister und den Fraktionen am Tag vor der Ratssitzung (bis 24 Uhr) zugestellt sein. Der Antragsteller ist für die fristgerechte Zustellung … verantwortlich und bei Bedarf nachweispflichtig.

Der Antrag ist um 23.52 Uhr der Verwaltung über das Sitzungssystem zugestellt worden. Heute Morgen wurde ich dann aber von verschiedenen Fraktionen darüber informiert, dass dort der Antrag auf Aktuelle Stunde nicht eingegangen ist. Auf die nach der Geschäftsordnung vorgesehene Nachfrage der Verwaltung konnte die antragstellende Fraktion den Nachweis der Zustellung bislang nicht erbringen.

Meine Damen und Herren, unsere Geschäftsordnungsvorschriften sind nicht neu und regeln diesen Fall eindeutig. Mein Verständnis von

Demokratie ist, dass sich alle an die demokratischen Spielregeln halten.

(Lachen von Markus Wiener [pro Köln])

Eine Zusetzung ist nicht möglich, wie ich es eben vorgetragen habe, wenn der Nachweis der fristgerechten Zustellung nicht erbracht werden kann.

(Roger Beckamp [AfD] meldet sich zu Wort)

- Sie werden später das Wort erhalten.

Ich komme zunächst zu den Dringlichkeitsanträgen.

Erstens liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vom 3. Februar 2017 zum Thema „Überprüfung unrechtmäßiger Bußgeldbescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der A 3“ vor. Diesen Dringlichkeitsantrag finden Sie unter TOP 3.1.6. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der LINKEN ist der Behandlung dieses Antrags zugestimmt.

Zweitens liegt unter TOP 3.1.7 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und LINKEN zum Thema „Köln zeigt Haltung“ vor.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- SPD, CDU, Grüne, LINKE, FDP, Piraten, Ratsgruppe GUT - und Herr Wortmann ist auch dabei.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Er hat sich zurückgezogen! Er ist nicht dabei!)

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Behandlung dieses Antrags zugestimmt.

Dann kommen wir zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung.

Ich schlage vor, die Verwaltungsvorlage, die unter TOP 10.25 eingebracht ist, zu Beginn der Vorlagen unter TOP 10 zu beraten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir schlagen vor, sie unter TOP 3.1.6 zu beraten, weil ja jetzt dieser Dringlichkeitsantrag dazu vorliegt!)

- Gut. Das können wir machen. - Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann machen wir es so.

Zur Vorlage unter TOP 10.7 wurde im AVR angekündigt, dass sich die Fraktionen um eine Einigung zum Livestream bemühen. Wie ich erfahren habe, hat es bisher keine Einigung gegeben, sodass wir die Vorlage heute zurückstellen und der AVR sie in seiner nächsten Sitzung erneut beraten wird.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Der AVR hatte unserer Kenntnis nach den gesamten Vorgang Livestream auf die März-Sitzung des AVR vertagt - mit sämtlichen Anträgen.

Zu diesem Thema liegt unter TOP 3.1.4 ja auch noch ein Antrag der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT vor. Wir schlagen vor, diesen Antrag ebenfalls in die AVR-Sitzung im März dieses Jahres zu verweisen, um dann nach Führen der Debatte und gegebenenfalls auch Entscheidung das Gesamtthema im Rat am 4. April 2017 final zu behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte schön, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir sprechen uns gegen eine Verweisung aus und wünschen, dass unser Antrag heute hier zumindest von den Antragstellern begründet werden kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können Sie jetzt machen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gerne, Herr Zimmermann.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Jetzt bei der Festlegung der Tagesordnung?)

- Er kann gegen die Überweisung sprechen; natürlich nicht inhaltlich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das hat er doch schon gemacht!)

- Er spricht gegen die Verweisung.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte hiermit begründen, warum ich gegen die Verweisung in den AVR bin.

Der erste Grund ist ein ganz einfacher: Die Verwaltung hat nämlich bereits hervorragende Arbeit geleistet. Das Ergebnis ihrer Prüfung liegt uns schon seit dem 3. November 2016 vor. Ich möchte daran erinnern, dass wir im März 2016 den Auftrag gegeben haben, zu überprüfen, wie man das Livestreaming verbessern kann. Es liegt - wie gesagt, seit dem 3. November 2016 - eine Beschlussvorlage vor. Wir hatten diese Beschlussvorlage auf der November-Sitzung des Rates auf der Tagesordnung, wir hatten diese Beschlussvorlage auf der Dezember-Sitzung des Rates auf der Tagesordnung, und wir haben diese Beschlussvorlage auch heute auf der Tagesordnung.

Wir denken, dass es ausreichend Zeit gab, um diese Beschlussvorlage zu beraten.

Wir haben als kleine Gruppen im Rat diese Zeit gefunden und haben einen, wie ich meine, hervorragenden Antrag dazu verfasst.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Dieser Antrag bezieht sich übrigens ausschließlich auf Punkte, die in der Beschlussvorlage wiederzufinden sind. Er ist also durchaus beschlussfähig. Wir meinen, dass es jetzt an der Zeit ist, Farbe zu bekennen.

Falls Sie den Antrag dennoch verweisen wollen - was ich bedauern würde und befremdlich fände; denn das ist ein rechtzeitig, fristgerecht eingestellter Antrag, und selbstverständlich möchten wir hierzu auch eine Debatte haben und nicht, dass er einfach verwiesen wird -, möchte ich Ihnen als Letztes noch etwas mit auf den Weg geben. Für den Fall, dass Sie dennoch beschließen wollen, ihn ohne Debatte zu verweisen, möchte ich nämlich auf den Punkt der Archivierung hinweisen; denn das ist offensichtlich der Knackpunkt, warum viele Fraktionen dem nicht zustimmen wollen.

Auch unser Antrag sieht vor, dass einzelne Rednerinnen und Redner selbstverständlich auch das Recht haben, einen archivierten Beitrag löschen zu lassen - genauso, wie man hier den Livestream unterbrechen lassen kann. Die Persönlichkeitsrechte sind also sowohl in unserem Antrag als auch in der Beschlussvorlage der Verwaltung bestens gewährleistet.

Es geht uns um Transparenz und eine zeitgemäße Form der Berichterstattung über unsere Arbeit hier im Rat.

Bitte bedenken Sie das bei Ihren weiteren Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und pro Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer gegen die Verweisung in den Fachausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind pro Köln, die AfD, die Gruppe GUT, die Piraten und Herr Wortmann. Damit ist dieser Antrag in den Fachausschuss verwiesen.

Mir liegen weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung vor. Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine Bitte. Vor wenigen Minuten haben wir hier ja die Behandlung des Dringlichkeitsantrags „Köln zeigt Haltung“ beschlossen und ihn in der Tagesordnung unter TOP 3.1.7 eingefädelt. Ich möchte für die Antragsteller beantragen, dass wir ihn an die Spitze der 3.1er-Punkte setzen, also unter TOP 3.1.0 behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Meine Nachfrage bezieht sich auch auf diesen Antrag, der bis jetzt als Tagesordnungspunkt 3.1.7 vorgesehen ist. Er ist weder in Session eingestellt, noch liegt er als Tischvorlage vor.

Wir reden hier also über eine Sache, die zumindest wir als Ratsgruppe pro Köln noch gar nicht anschauen konnten. Dem sollte doch abgeholfen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Er ist freigegeben und müsste vorliegen. Wir klären das aber. Bis wir zu diesem Tagesordnungspunkt kommen, ist das geklärt. Vorher haben wir ja noch andere Themen zu behandeln.

Herr Beckamp, bitte.

Roger Beckamp (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, mit Blick auf unseren Antrag auf Aktuelle Stunde heute danke ich Ihnen zunächst dafür, dass ich etwas sagen darf. Das ist schon einmal gut.

In der Tat ist unser Antrag, über Ihr Demokratieverständnis zu diskutieren, verfristet. So sind die Regeln. Daran halten wir uns auch. Insofern hat sich das mit meinen Aussagen so weit erledigt.

Ich übergebe Ihnen aber trotzdem noch ein Schreiben, das dazu passt. Das wird dann anders zu klären sein.

(Roger Beckamp [AfD] übergibt Oberbürgermeisterin Henriette Reker eine Unterlage)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. - Herr Börschel hat sich gemeldet. Entschuldigung, dass ich nicht nach Gegenstimmen gefragt habe.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich hoffe, dass ich das gerade nicht überhört habe. Ich möchte noch anregen, dass die Verwaltungsvorlage unter TOP 10.25 gemeinsam mit dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion unter TOP 3.1.6 behandelt wird.

(Zurufe: Das haben wir ja bereits gehabt!)

- Ist das gesagt worden? Das habe ich dann überhört. Ich bitte um Entschuldigung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Worüber wir allerdings noch abstimmen müssen, ist das Vorziehen von TOP 3.1.7 auf TOP 3.1.0. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT und den Piraten. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister, die Ratsmitglieder und besonders Herrn Stadtdirektor Dr. Keller und Frau Beigeordnete Blome zu ihrer ersten Ratssitzung.

I. Die Oberbürgermeisterin begrüßt das neue Ratsmitglied Frau Claudia Heithorst. Frau Heithorst folgt der verstorbenen Frau Gordes nach. Die Oberbürgermeisterin verpflichtet Frau Heithorst gemäß § 5 der Hauptsatzung.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler Herrn Walter, Herrn Dr. Gutzeit und Frau Heuser vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.2 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Illegale Parteiwerbung am Rathaus: Beanstandung durch die Bezirksregierung Köln"

AN/0244/2017

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Zusammenarbeit der Stadt mit DITIB"

AN/0257/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.24 Generalsanierung der vorhandenen Sporthalle Bocklemünd hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2

GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilfinanzplan 0801 Sportförderung, Finanz-stelle 5201-0801-4-5127 SpoAnl. Bocklemünd Bestandshalle

4242/2016

10.25 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3

0491/2017

17 Wahlen

17.7 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates

0282/2017

17.8 Wahl eines Vertreters einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren

0443/2017

17.9 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB):
Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds

0436/2017

17.10 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS):
Entsendung eines Mitgliedes in die Verbandsversammlung

0440/2017

17.11 Kölner Sportstätten GmbH: Bestellung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

3836/2016

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend Nachbesetzung verschiedener Gremien

AN/0263/2017

Absetzungen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten

2181/2016

10 Allgemeine Vorlagen

10.6 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Haltestelle Rathaus
hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr.

2427/2016

(Diese Fassung der Vorlage wird durch 10.6.1 ersetzt)

10.6.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Haltestelle Rathaus
hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr. überarbeite Fassung

2427/2016/2

10.13 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Gleiswechselbauwerk Waidmarkt
hier: Abschluss der geeinigten Sanierungsvereinbarung zur Sanierung des Gleiswechselbauwerks

IV: Die Oberbürgermeisterin verweist auf einen von der AfD-Fraktion vorliegenden Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde. Die Angelegenheit kann wegen Verstoß gegen § 5 Absatz 3 der Geschäftsordnung nicht zugesetzt werden. Der Antrag ist entgegen der Vorschrift zwar am 13.02.2017 von der AfD-Fraktion fristgerecht der Verwaltung vorgelegt aber nicht an die Fraktionen übersandt worden. Auf eine Nachfrage der Verwaltung konnte der Nachweis der Zustellung auch nicht erbracht werden.

Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vorgelegt worden seien.

Zunächst handelt es sich um TOP

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Überprüfung

unrechtmäßiger Bußgeldbescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der A3"

AN/0226/2017

Der Rat stimmt der Aufnahme in die Tagesordnung einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zu.

Weiterhin liegt folgende Angelegenheit vor:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend "Köln zeigt Haltung“

AN/0265/2017

Der Rat stimmt der Aufnahme in die Tagesordnung einstimmig zu.

Die Oberbürgermeisterin schlägt folgende Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung vor:

Die Punkte

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Überprüfung

unrechtmäßiger Bußgeldbescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der A3"

AN/0226/2017

und

10.25 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3

0491/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0266/2017

sollten wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam unter TOP 3.1.6 behandelt werden.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Die Oberbürgermeisterin verweist auf TOP

10.7 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln

3494/2016

Zu dieser Vorlage wurde im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) angekündigt, dass versucht werde bis zur Ratssitzung eine Einigung zwischen den Fraktionen zu erreichen. Dem Vernehmen nach, sei dies nicht gelungen. Die Oberbürgermeisterin schlägt deshalb vor, die Entscheidung im Rat solange zurückzustellen, bis die Vorberatung im AVR abgeschlossen sei.

Ratsmitglied Frank schlägt in diesem Zusammenhang vor, Punkt

3.1.4 Antrag der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend "Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln"

AN/0194/2017,

der sich inhaltlich mit dem gleichen Problem befasst, ebenfalls in den AVR zu verweisen.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln, der Gruppe Piraten, der Gruppe GUT und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zu.

Ratsmitglied Frank schlägt vor, TOP

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend "Köln zeigt Haltung“

AN/0265/2017

vorzuziehen und als Punkt 3.1.0 zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Der Rat stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig bei Stimmenthaltung

der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT zu.

Anmerkungen:

Herr Stadtdirektor Keller und Frau Beigeordnete Blome halten im Anschluss ihre Antrittsreden.

Frau Beigeordnete Berg, deren Amtszeit auf eigenen Wunsch in Kürze zu Ende geht, verabschiedet sich mit einer Rede vom Rat.

Im Anschluss daran wird der reguläre Sitzungsverlauf wieder aufgenommen. Die Tagesordnung lautet wie folgt:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat zunächst Herr Stadtdirektor Dr. Keller das Wort. Bitte schön.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, heute erstmals im Rat zu Ihnen sprechen zu können. Hier darf ich mich zunächst noch einmal für das große Vertrauen bedanken, das Sie mir mit der Wahl im September letzten Jahres entgegengebracht haben.

Jetzt sind sechs Wochen im Amt vorbeigegangen wie im Flug. Ich habe nie daran gezweifelt, dass Köln eine dynamische Stadt ist. Überrascht hat mich dann aber doch das Tempo, in dem mein Terminkalender vollgelaufen ist und in dem die Themenstellungen auf einen Neuling in dieser Stadt einprasseln. An der einen oder anderen Stelle würde man sich ja tatsächlich wirksame Geschwindigkeitsbegrenzungen wünschen.

(Heiterkeit)

Ich würde Ihnen gerne in einigen wenigen Minuten - ungefähr zehn, wenn Sie gestatten - meine ersten Eindrücke schildern und die Schlussfolgerungen darstellen, die ich aus diesen Eindrücken für mein Arbeitsprogramm der nächsten Wochen und Monate gewonnen habe.

Zunächst einmal möchte ich auch hier mit einem Dank starten. Meine Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung - angefangen beim Verwaltungsvorstand über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernatsbüros bis hin zu den einzelnen Dienststellen - haben mir den Start sehr leicht gemacht. Ich erlebe viel Engagement, viel Kompetenz und die Bereitschaft, zum Wohle der Stadt anzupacken.

Das macht mir Mut für die Aufgaben, die vor uns liegen. Denn mir ist in den sechs Wochen jetzt auch deutlich geworden, dass es einen großen Reformbedarf in der Kölner Stadtverwaltung gibt. Wenn wir die Verwaltung fit machen wollen für die großen Aufgaben, die in einer wachsenden Stadt zu bewältigen sind, dann müssen wir uns, so meine ich, an vielen Stellen neu aufstellen.

Ich möchte Ihnen einige Themen nennen, an denen dies deutlich wird.

Im Personalbereich müssen wir uns dringend an die Erfordernisse einer dynamisch wachsenden Stadt anpassen. Damit meine ich nicht nur, dass wir in bestimmten neuralgischen Bereichen künftig mehr Personal als heute brauchen. In vielen Bereichen, die für die wachsende Stadt wichtig sind, haben wir heute schon Rekrutierungsprobleme. Aber auch im Bereich des allgemeinen Verwaltungsdienstes haben wir in Teilbereichen erhebliche Vakanzen und neue Aufgaben zu bewältigen.

Aber der schlichte Ruf nach mehr Personal ist hier nicht allein zielführend. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir nämlich davon ausgehen, dass wir in Zukunft immer größere Schwierigkeiten haben werden, qualifiziertes Personal zu bekommen. Deshalb werden wir mehr tun müssen, als Plakate aufzuhängen, in denen wir verkünden, dass 1 000 Stellen frei sind.

Wir müssen unsere Rekrutierungsbemühungen professionalisieren, um zielgenau die richtigen Köpfe für die Stadtverwaltung gewinnen zu können.

Wir müssen unsere Ausbildungsbemühungen verstärken, um die künftigen Bedarfe auch aus eigener Kraft decken zu können.

Wir müssen im Bereich der strategischen Personalentwicklung stärker werden, um diejeni-

gen, die jetzt schon bei uns arbeiten, auch stärker an uns zu binden und sie weiterzuqualifizieren.

Um für diese Themen die organisatorische Basis zu schaffen, sind wir gerade dabei, das Amt für Personal und Organisation grundlegend zu reformieren. Hierzu hat bereits im vergangenen Jahr ein Neuausrichtungsprozess begonnen, den wir in diesem Jahr zum Abschluss bringen wollen. Ziel ist es, das Amt 11 zu einem Dienstleister für die Verwaltung zu machen, der eher wie eine hausinterne Unternehmensberatung arbeitet, als zentralistisch zu steuern. Mehr dezentrale Verantwortung ist für dieses Konzept unabdingbar und wird auch von den Fachbereichen vehement eingefordert.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Erhebliche Potenziale für mehr Bürgerservice und effizientere Prozesse in der Verwaltung liegen in der Digitalisierung. Die Digitalisierung ist einer der Bereiche, in denen die Stadtverwaltung Köln bereits deutlich besser positioniert ist als viele andere vergleichbare Großstädte. Hier geht es deshalb meines Erachtens nicht darum, Defizite zu beseitigen, sondern darum, Stärken zu stärken.

Mit dem Amt 12 steht der Kölner Verwaltung ein leistungsfähiger IT-Dienstleister zur Verfügung. Hinzu kommt eine hervorragende Vernetzung der Kölner IT-Aktivitäten. Mit NetCologne verfügen wir über einen leistungsfähigen Netzanbieter im eigenen Stadtwerke-Konzern. Wir haben damit die Basis, die digitale Stadtverwaltung zügig voranzubringen.

Allerdings haben die vielfältigen Aktivitäten in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass die Ressourcen für dieses Thema in der Stadtverwaltung an mehreren Stellen verortet sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass es sinnvoll ist, sämtliche Kräfte für dieses Thema an einer Stelle zu bündeln, und werde der Oberbürgermeisterin in den nächsten Wochen hierfür einen organisatorischen Vorschlag machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Prozessoptimierung ist an vielen Stellen nötig. Ich glaube, dass es erheblichen Bedarf gibt, unsere Arbeitsabläufe in der Verwaltung effizienter zu machen.

Lassen Sie mich dazu ein kleines Beispiel nennen. Am letzten Freitag erhielt ich eine Vorlage zur Freigabe in unserem Session-System. Inhalt der Vorlage ist eine Mitteilung der Verwaltung an eine Bezirksvertretung für deren Sitzung Ende März 2017. Gegenstand der Mitteilung ist die Frage, ob die Beschilderung einer Ladezone auf der Länge von drei Häuserfronten so verändert werden kann, dass der Bereich samstags zum allgemeinen Parken genutzt werden kann.

Was ist das Besondere an diesem Vorgang?

Erstens. Ich habe mich gefragt, warum dies ein Vorgang ist, mit dem sich der Stadtdirektor zu befassen hat. Bei allem Respekt; ich glaube, dass das auch auf anderer Ebene entschieden werden kann.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Genau das konnte man mir aber nicht so genau erklären. Vermutlich liegt es daran, dass ich auch für die Bürgerämter zuständig bin und deshalb viele der Vorlagen, die die Bürgerämter betreffen, zur Freigabe erhalte.

Zweitens. Beim Blick auf den Weg, den diese Vorlage in der Verwaltung genommen hat, habe ich festgestellt, dass an der Vorlage insgesamt 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt waren - darunter zwei Dezernenten, also außer mir auch noch der Kollege Höing, zwei Amtsleiter und ein Abteilungsleiter; Dezernatsbüros und Referenten waren ebenfalls dabei.

Drittens. Der Beschluss der BV, die Ladezone samstags freigeben zu wollen, datiert von November 2015 und ist damit bereits anderthalb Jahre alt. Im Ergebnis hat die Verwaltung also fast eineinhalb Jahre gebraucht, um der Bezirksvertretung einen Vorschlag für die Gestaltung einer Ladezone zu machen.

Sie schlägt aber - abweichend vom Wunsch der Bezirksvertretung - vor, die Ladezone nicht gänzlich freizugeben, sondern lediglich ab 13 Uhr. Bislang ist sie bis 15 Uhr ausgewiesen. Wir reden also nach eineinhalb Jahren von einer Veränderung um zwei Stunden.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, jetzt müssen wir überlegen: Was macht die Bezirksvertretung am 20. März 2017 mit diesem Vorschlag? Entweder beschließt sie ihn. Dann muss noch jemand die Schilder aufhängen. Ich hoffe, dass das dann zügig geht. Oder sie beschließt ihn

nicht und hat einen anderen Wunsch, der dann wieder einen Prüfprozess in der Verwaltung auslöst.

Das ist nur ein kleines Beispiel. Eigentlich kann man sagen, das sei eine Lappalie. Ich glaube aber, dass es vielleicht ein Problem illustriert, das wir auch im Größeren haben.

Meines Erachtens müssen wir uns neu die Frage stellen, wer in der Verwaltung welche Entscheidungen treffen kann. Mehr Eigenverantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Beifall)

und mehr Entscheidungsfreude sind dringend notwendig. Entscheidungsspielräume erzeugen Motivation. Und nur Motivation schafft auch Engagement für diese Stadt.

Wer sich in der Verwaltung engagiert und motiviert gestalten will, der darf auch Fehler machen. Auch das ist mir wichtig.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Jetzt würde ich gerne wieder sehr ernsthaft werden. Ein bedeutender Bereich, sehr viel wichtiger als die Ladezone, ist der gesamte Bereich des Bauens. In der letzten Woche habe ich im Verwaltungsvorstand vorgeschlagen, sämtliche Schnittstellen in den städtischen Bauprozessen zu untersuchen. Insbesondere wollen wir das Zusammenspiel der bauenden Ämter mit den Querschnittsfunktionen der Stadtverwaltung untersuchen.

Ich glaube, dass hier ein Grund dafür liegt, dass die Stadtverwaltung in den letzten Jahren beim Thema Bauen nicht immer die beste Figur gemacht hat. Wir haben gerade in diesem Bereich unsere Prozesse vielleicht zu sehr daran ausgerichtet, Fehler vermeiden zu wollen.

Durch eine Vielzahl von Prüf- und Abstimmungsnotwendigkeiten geht aber eine klare Ergebnisverantwortung verloren. Deshalb müssen wir meines Erachtens unsere internen Regelwerke daraufhin überprüfen, ob sie überflüssige Prüfschleifen enthalten, ob sie Verantwortlichkeiten verwischen oder ob sie Eigenverantwortung eher behindern oder eher fördern.

Ein Beispiel ist aus meiner Sicht die Kölner Vergabeordnung, kurz KVO genannt. In einem komplett durch Gesetze und Erlasse durchregulierten Rechtsgebiet wie dem Vergaberecht - das beginnt bei europäischen Richtlinien und geht über Bundesgesetze und -verordnungen bis hin zur Landeshaushaltsordnung und darauf basierenden Erlassen des Innenministers, die wir zu berücksichtigen haben - leisten wir uns eine eigene städtische Rechtsvorschrift, die auf 70 Seiten insgesamt über 29 verschiedene Fallkonstellationen regelt.

Um das näher zu erläutern: Es gibt vier Kategorien von Aufträgen, nämlich Bauleistungen, Lieferungen und Leistungen, freiberufliche Leistungen und Konzessionen. Diese Kategorien werden durch die verschiedenen Verfahrensarten des Vergaberechtes mit Unterkategorien weiter ausdifferenziert. Anschließend erfolgt eine weitere Differenzierung nach Wertgrenzen, sodass letztlich 29 unterschiedliche Fallkonstellationen in dieser KVO geregelt sind. Und bereits zu einer beabsichtigten Vergabe einer Leistung von über 2 500 Euro finden sich in der KVO normierte Regularien.

Ich bin mir nicht sicher, ob das ein Regelwerk ist, das für eine Millionenstadt tauglich ist.

In diesem Zusammenhang würde ich auch mit Ihnen als Politik, mit Ihnen als Mitgliedern des Rates, den Dialog darüber aufnehmen, ob wirklich alles, was wir Ihnen vorlegen, auch im Rat oder den Ausschüssen entschieden werden muss.

Ich erinnere zum Beispiel an die letzte Sitzung des AVR, in der wir Lizenzen für eine juristische Onlinedatenbank verlängert haben. Diese Lizenzen sind nichts anderes als das tägliche Handwerkszeug eines jeden Juristen - nicht nur in der Kölner Stadtverwaltung, sondern in jeder Kanzlei und in jeder Verwaltung dieser Republik.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat auf 54 Vertragsverlängerungen aufmerksam gemacht, die in Köln in einem Jahr in den Ratsgremien entschieden wurden, ohne dass dies zwingend wäre und ohne dass dies in anderen Städten so gehandhabt wird.

Ich glaube, dass Politik und Verwaltung hier von einem gemeinsamen Entschlacken unserer Regelwerke profitieren könnten.

(Beifall)

Noch ein letzter Punkt dazu: Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass Verwaltung Handlungsspielräume braucht. Ich bin aber auch der Überzeugung, dass Verwaltung Ihnen

gegenüber umso transparenter und verlässlicher sein muss, je größer die Handlungsfreiheit wird. Deshalb sollten wir parallel auch an dieser Transparenz arbeiten.

Ein erster Schritt könnte zum Beispiel eine Überprüfung unserer Instrumente zum Beschlusscontrolling sein, die in ihrer Aussagekraft für Sie, glaube ich, verbesserungsbedürftig sind.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Auch dazu würde ich Ihnen in den nächsten Monaten gerne Vorschläge machen, um sie mit Ihnen zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss einige Worte in meiner Funktion als Ordnungsdezernent sagen. Das Thema Sicherheit hat in Köln ja eine besondere Bedeutung. Ich glaube, dass aus den Ereignissen der Silvesternacht 2015 in der Stadt und in der Stadtverwaltung die richtigen Schlüsse gezogen worden sind. Der weitgehend reibungslose Ablauf der Großevents in 2016 hat das gezeigt.

Ich halte es auch für absolut richtig, dass der Rat im letzten Jahr beschlossen hat, den städtischen Ordnungsdienst um 100 Personen aufzustocken. Es wird jetzt darauf ankommen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir diese Personen auch rekrutieren, qualifizieren und in einem ersten Schritt auch erst einmal unterbringen können.

Ich würde die Bemühungen der Stadt aber gerne noch in einem weiteren Feld verstärken, und zwar in dem Feld der Prävention. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei würde ich gerne die kriminalpräventiven Bemühungen, die wir in den Bezirken bereits recht erfolgreich praktizieren, auch auf die Ebene der Gesamtstadt heben.

Ein kriminalpräventiver Rat als Forum und als Netzwerk aller kommunalen und staatlichen Akteure und der freien Trägerlandschaft kann an dieser Stelle noch einmal Impulse setzen. Die Gründung eines solchen Rates werde ich in den nächsten Wochen vorbereiten.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Meine Damen und Herren, Köln ist eine großartige Stadt mit unglaublich viel Potenzial. Ich werde mit aller Kraft dafür arbeiten, diese Stadt weiter voranzubringen, und freue mich darauf, das mit Ihnen gemeinsam zu tun. Auf gute Zusammenarbeit! - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Beigeordnete Blome das Wort.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Sie auf eine kleine Reise mitnehmen - eine Reise in das Jahr 2030. Die Mobilität in Köln hat sich grundlegend verändert. Autos, Bahnen, Busse, Fahrräder, Bike- und Carsharingsysteme und Mitfahrzentralen bilden einen virtuellen Fuhrpark, einen sogenannten Mobilitätspool.

Die Mobilitätsdienstleistungen sind optimal auf Ihre individuellen Bedürfnisse abgestimmt. Über einen Datenpool wird die schnellste, preiswerteste und umweltverträglichste Fortbewegungsmöglichkeit angeboten. Das System übernimmt dabei zugleich die Zahlungsabwicklung.

Nun bitte ich Sie, sich Ihren mobilen Tagesablauf vorzustellen. Morgens aktivieren Sie Ihr Smartphone. Sie haben natürlich eine Mobilitäts-App installiert. Sie treten aus dem Haus und freuen sich, dass die Straße, in der Sie leben, umgestaltet wurde. Statt jeder Menge parkender Autos haben Sie jetzt breite Gehwege, breite und sichere Radverkehrsanlagen und schöne Aufenthaltsbereiche.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Weil Sie kein eigenes Auto mehr haben, nutzen Sie Carsharing oder eine Mitfahrzentrale. Für Fahrradboxen und Fahrradbügel ist genug Platz im Straßenraum. Sie gehen zur Mobilitätsstation um die Ecke und aktivieren das zuvor über die App reservierte Fahrrad. Auf Ihrem Weg zum Bahnhof bekommen Sie die Information, dass Ihr Zug Verspätung hat. Die App hat für Sie bereits eine alternative Wegekette berechnet. Über das Pendlerportal wird Ihnen eine Mitfahrgelegenheit angeboten.

Sie schauen sich um und sind froh darüber, dass das hässliche Parkhaus gegenüber endlich abgerissen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Dort wird ein ganz besonderes Wohnhaus gebaut, das auf die Bedürfnisse von Fahrradfahrenden abgestimmt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Die sonst notwendigen Pkw-Stellplätze werden nicht geschaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Dafür muss ein gleichwertiges Mobilitätskonzept entwickelt werden.

Neben umfangreichen Annehmlichkeiten für den Radverkehr wie komfortablen Abstellmöglichkeiten und einer kleinen Fahrradwerkstatt erhalten die Mieter eine Mitgliedschaft bei einem Carsharinganbieter und ein ÖPNV-Abo als Mieterticket. In der unmittelbaren Nähe gibt es Supermärkte, Restaurants und ÖPNV-Haltestellen, sodass man ohne eigenes Auto prima zurechtkommt.

Sie würden gerne dort leben und haben sich schon auf die Interessentenliste setzen lassen. Die Nachfrage ist groß.

Das Leben in der Stadt hat sich gegenüber 2017 sehr verbessert. Privat-Pkw mit Verbrennungsmotor sind nur noch wenige auf der Straße. Zentrale Bereiche der Stadt sind nur noch für Busse, Fahrräder, Taxis, Lieferwagen, Rettungsfahrzeuge, Müllabfuhr, Anwohner-Pkw und Elektrofahrzeuge befahrbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit ist die Luftqualität in der Stadt viel besser geworden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Ihnen dieses Zukunftsbild vielleicht gefallen könnte, dann lade ich Sie ein; denn dann haben wir zusammen sehr viel zu tun, um dahin zu kommen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Die ganz großen Handlungsfelder der nächsten Jahre sind der Aufbau einer intelligenten Verkehrssteuerung, der Abbau des Sanierungsstaus in der Verkehrsinfrastruktur, der Ausbau der Radverkehrsnetze und der Ausbau des ÖPNV.

Die Erneuerung der überalterten Verkehrstechnik ist eine zwingende Voraussetzung zur Verkehrsflussoptimierung. Der hohe Stauanteil in Köln ist der größte Einflussfaktor bei der Luftverschmutzung. Vor dem Hintergrund der anstehenden Baustellen in Köln selbst und auf dem umgebenden Autobahnnetz brauchen wir ein baulastträgerübergreifendes Baustellen- und Umleitungsmanagement. Intelligente Verkehrssteuerung und die Vernetzung der Verkehrsarten sind hierbei die wesentlichen Herausforderungen und bieten ein hohes Zukunftspotenzial.

Zur Umsetzung brauchen wir allerdings effiziente Strukturen und schnellere Entscheidungswege. Auf die Beispiele von Herrn Dr. Keller würde ich dabei gedanklich gerne noch einmal zurückgreifen.

Diesem zwingend notwendigen Veränderungsprozess innerhalb der Verwaltung möchte ich durch die Herauslösung des Bereiches Verkehrstechnik aus dem Amt für Straßen und die Schaffung eines neuen Amtes für Verkehrsmanagement Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU und von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Der Sanierungsstau bei den Brücken und Tunneln ist eklatant. Ehrlich gesagt, mache ich mir Sorgen, wie diese zahlreichen Großprojekte im Zeit- und Kostenrahmen abgewickelt werden können. Auch dazu müssen wir Projektmanagementstrukturen aufbauen, die wahrscheinlich anderer Organisationsformen bedürfen, als die etablierten Linienorganisationen in den Ämtern abbilden.

Beim Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur müssen wir Gas geben. Dazu gehört auch der Ausbau von Fahrradabstellanlagen. Für die Innenstadt haben Sie schon ein Radverkehrskonzept beschlossen und zur Realisierung zusätzliches Personal bewilligt. Damit sind wir in der Lage, ein konkretes Umsetzungsprogramm zu erstellen.

Auch der ÖPNV ist an einigen Stellen notleidend. Ich freue mich, dass ich Ihnen in Kürze konkrete Vorschläge für den Ausbau der Ost-West-Achse unterbreiten kann. Auch für die Beplanung der anderen Schienenausbauprojekte, die Sie über den ÖPNV-Bedarfsplan be-

schlossen haben, sollten wir personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Bezüglich der Projekte bin ich in enger Abstimmung mit der KVB und dem Zuwendungsgeber NVR.

Aktuell sprechen wir beim Thema „Stärkung des ÖPNV“ auch über die Nutzung des Rheins etwa für Wasserbusse oder Personenfähren. Auch dazu haben Sie einen Beschluss gefasst, den die Verwaltung selbstverständlich bearbeitet.

In Anbetracht dieser ganzen Arbeitsprogramme dürfen wir nicht wieder in einen Umsetzungsstau hineingeraten. Davon gibt es in Köln in der Vergangenheit schon zu viele.

Damit ist eines der wichtigsten Handlungsfelder als Voraussetzung dafür, dass wir die anstehenden Aufgaben überhaupt bewältigen können, der Umbau der Verwaltung zu einer effizienten und verschlankten Organisation. Dabei werden viele alte Zöpfe abzuschneiden sein und viele gewohnte und vertraute Zuständigkeiten entfallen müssen. Damit meine ich nicht nur die Verwaltung selbst, sondern auch Sie als Auftraggeber der Verwaltung. Dazu hat Herr Dr. Keller schon einiges gesagt.

Ich möchte mich nun noch einmal dafür bedanken, dass Sie mir das Verkehrsressort anvertraut haben - ein sehr spannendes Gebiet, das mir täglich viel Freude und auch täglich mindestens eine Überraschung bietet.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe in den Ämtern tolle Leute vorgefunden, die sehr engagiert arbeiten und die sich auch, glaube ich, mit uns gemeinsam sehr darauf freuen, dass wir mit schnellen Entscheidungen und kurzen Wegen den Weg in die Zukunft gehen können.

Ich selber werde alles geben, um mit Ihnen die wichtigen Weichenstellungen in die Zukunft der Mobilität in Köln vorzunehmen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, für Frau Beigeordnete Berg ist die heutige Ratssitzung ihre letzte - zumindest als Beigeordnete der Stadt Köln.

Liebe Frau Berg, Sie bleiben ja noch einige Wochen im Dienst. Trotzdem möchte ich Ihnen heute schon einmal in diesem Rahmen für Ihren engagierten und erfolgreichen Einsatz für den Wirtschaftsstandort Köln herzlich danken.

(Beifall)

Frau Berg möchte jetzt noch einige Abschiedsworte an uns richten. Bitte sehr.

Beigeordnete Ute Berg: Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die einen kommen, die andere geht. So ist das Leben. Ich wünsche meinem Vorredner und meiner Vorrednerin ganz viel Erfolg - auch viele Erfolge im gemeinsamen Bestreben, diese wunderbare, diese pulsierende Stadt noch weiter nach vorne zu bringen. Sie hat es verdient.

(Beifall)

Vor gut sechs Jahren bin ich hier in Köln gestartet. Die sprichwörtliche kölsche Offenheit, die mir damals von allen Seiten entgegengebracht wurde, hat mir den Anfang sehr erleichtert. Und wie singen die Wise Guys? Ich dreh mich einmal um, schon ist ein halbes Jahr herum. Auch für mich verging die Zeit wie im Flug. Heute schaue ich auf sechs intensive - natürlich auch arbeitsintensive - Jahre zurück.

Und ich sage nicht ohne Stolz: Es hat sich gelohnt. Wir verzeichnen die höchsten Gewerbesteuereinnahmen, seit Köln in 2006 die Milliardenschwelle geknackt hat. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze liegt bei 537 000, die der Gesamtarbeitsplätze sogar bei rund 725 000. Das sind neue Rekorde. Der Immobilienmarkt meldet mit 412 000 Quadratmetern ein Allzeithoch bei den Bürovermietungen. Der Kölner Investmentmarkt erzielt mit fast 2 Milliarden Euro das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten.

Diese tolle Entwicklung haben wir mit aller Kraft unterstützt - mit einer Wirtschaftsförderung, die als Anwalt der Unternehmen und ihrer Beschäftigten der Wirtschaft vor Ort zur Seite steht, mit der Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft, die sich in den letzten Jahren massiv die digitale Transformation der Kölner Wirtschaft auf die Fahne geschrieben hat, und mit einer Liegenschaftspolitik, die die Grundlage für nachhaltige Stadtentwicklung erst schafft.

Für Letzteres will ich nur einige wenige Beispiele nennen.

Erstens - das liegt am weitesten zurück -: die Vorbereitung des Clouth-Geländes und passgenaue Übergabe des Staffelstabs an moderne stadt. Wir haben ein gut bestelltes Feld hinterlassen und damit den Startschuss für die Entwicklung des Geländes als Vorzeigequartier gegeben.

(Beifall von der SPD)

Zweitens: der Ankauf des alten Hertie-Kaufhauses als Basis für eine Neugestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes und für die langersehnte Aufwertung der Porzer City.

(Beifall von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens: die Entwicklung der neuen Wohnquartiere Sürther Feld, Zündorf und Rondorf, die Raum für die wachsende Stadt schaffen, und dazu das Modell der Konzeptausschreibung und die Wohnungsbauoffensive. Alles das steht für die wichtige Rolle der Liegenschaften bei der Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklung.

Die Dynamik der digitalen Entwicklung des Standorts haben wir auf verschiedensten Feldern forciert und durch internationale Zusammenarbeit, zum Beispiel mit dem Digital Hotspot Tel Aviv, begleitet.

Ganz besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist der erfolgreiche Aufbau des Digital Hubs Cologne, der vor wenigen Tagen offiziell eröffnet wurde. In ihm kooperieren Startups und vor allem mittelständische Unternehmen. Sie bringen ihre spezifischen Potenziale mit ein und beschleunigen den Digitalisierungsprozess.

Die Ansiedlungserfolge der letzten Jahre und die Beispiele für eine gelungene Standortsicherung und Erweiterung von Unternehmen lesen sich wie ein Who's who der deutschen Wirtschaft - von Admiral und AkzoNobel über Braskem, Deutz AG, Germanwings und Eurowings bis zu Peugeot, Citroën, Ford, HRS, REWE, Digital, Kienbaum und Zurich.

Dabei sind natürlich zwei Dinge klar:

Erstens. Es läuft nicht immer alles wie am Schnürchen. Komplexe Projekte können sich auch schon mal gordisch verknoten. Dann sind Ausdauer und Stringenz gefordert. Meine Maxime: Der erfolgreiche Abschluss lohnt jede Mühe - siehe MesseCity, wo wir letztlich mit Zurich voll ins Schwarze getroffen haben. Eines der größten Projekte der letzten Jahrzehnte ist nun in trockenen Tüchern.

Zweitens. An allen Erfolgen sind immer viele kreative Köpfe beteiligt. Bei allen, die unter großem Engagement in den letzten sechs Jahren mitgemacht haben, möchte ich mich ganz ausdrücklich und sehr herzlich bedanken.

(Beifall)

Wichtig für Kölns erfolgreichen Weg in die Zukunft ist dabei auch weiterhin, dass den Unternehmen und ihren Beschäftigten die Aufmerksamkeit und die Unterstützung zukommen, die sie verdienen. Wirtschaftsförderung muss fest als wichtige städtische Aufgabe verankert sein - angefangen mit einem Flächenmanagement, das die konkurrierenden Nutzungen angemessen berücksichtigt, bis hin zur ausgeprägten Serviceorientierung quer durch alle Verwaltungsbereiche.

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass eine starke Wirtschaftsförderung die Liegenschaften im Verbund braucht. Ohne Liegenschaften sind Wirtschaftsförderer Lame Ducks und können Unternehmen nicht mit der nötigen Autorität Flächen für Ansiedlungen und Erweiterungen zur Verfügung stellen. Ich werbe an dieser Stelle noch einmal eindringlich dafür, die Wirtschafts- und Digitalförderung zu stärken und nicht zu beschneiden.

Ein letzter wichtiger Aspekt: Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung sollten nicht nach Gefühlslage, also aus dem Bauch heraus, Einzelentscheidungen treffen. Erfolgreiches städtisches Handeln braucht fundierte Strukturen und Konzepte.

Daher habe ich zwei Prozesse in Gang gesetzt, die Rahmen für städtisches Handeln schaffen.

Zum einen ist das der Markenprozess, der die Außenwerbung des Standortes optimiert. Wir haben dabei die wichtigsten Argumente, die für Köln sprechen, in einer internationalen Befragung ermittelt. So können wir die Stärken Kölns gezielt und wirksam national und international verbreiten.

Zum anderen ist das der Prozess der nachhaltigen Zukunftsentwicklung, für den das Prognos-Gutachten „Standort Köln - Perspektive 2030“ Grundlagen bietet. Dabei hat Prognos

die Kölner Wirtschaftsstruktur analysiert und in Relation zu den globalen Wirtschaftstrends gesetzt.

Diese beiden fundierten und verlässlichen Orientierungsrahmen lege ich denen, die künftig für die Förderung des Wirtschafts- und Digitalstandortes Verantwortung tragen, wärmstens ans Herz.

Abschließend: Ich wünsche mir, dass Köln weiterhin Erfolgsgeschichten schreibt. Ich werde den Weg dieser Stadt mit viel Sympathie und mit großem Interesse verfolgen, auch wenn ich selbst nicht mehr das Rad mitdrehe, sondern ein bisschen entschleunige. - Maat et joot!

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diesmal sind die Blumen nicht rot-weiß, sondern so, wie ich Frau Berg ihr zukünftiges Leben wünsche: bunt.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker überreicht Beigeordneter Ute Berg einen Blumenstrauß - Beifall)

Beigeordnete Ute Berg: Vielen Dank. Das Schönste am Abschied sind die vielen schönen Blumensträuße. Von Herrn Frank habe ich im Liegenschaftsausschuss auch schon einen bekommen.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung ein und beginnen mit:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Spende in Höhe von 30.000,00 Euro zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ in 2017 im Museum Ludwig
4045/2016

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Spende angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Spende in Höhe von 30.000,00 Euro zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ von der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum für Ostasiatische Kunst
hier: Schenkung der Skulptur „Usagi Kannon II“ von Leiko Ikemura mit Hilfe des Fördererkreises des Museums für Ostasiatische Kunst e. V. aus Mitteln privater Spenderinnen und Spender sowie der Kunststiftung NRW
4250/2016

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Förderkreis des Museums für Ostasiatische Kunst e. V. und bei der Kunststiftung NRW.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung, realisiert mit Hilfe des Fördererkreises des Museums für Ostasiatische Kunst e. V. aus Mitteln privater Spenderinnen und Spender sowie der Kunststiftung NRW, in Höhe von 160.000,00 € mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3 Schenkung ethnologischer Gegenstände hauptsächlich aus Thailand und Myanmar
0112/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei Herrn Dr. Johann-Nikolaus Meußdoerffer sehr herzlich.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung von 116 ethnologischen Gegenständen hauptsächlich aus Thailand und Myanmar durch Herrn Dr. Johann-Nikolaus Meußdoerffer an das Rautenstrauch-Joest-Museum mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.4 Schenkungsannahme für das Werk „Einsturzstelle“ (Hinweisschild) des Künstlers Mischa Kuball
3240/2016

Auch hier frage ich, ob es Stimmen gegen die Annahme dieser Schenkung gibt.

(Martin Börschel [SPD]: Mit der Maßgabe „wie Ausschuss Kunst und Kultur“?)

- Ja, mit den Maßgaben; selbstverständlich.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist nur wichtig!)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei der Initiative ArchivKomplex und dem Künstler Mischa Kuball, der auf unserer Zuschauertribüne sitzt, sehr herzlich.

(Beifall - Mischa Kuball erhebt sich)

Wahrscheinlich geht es Ihnen genauso wie mir: Wenn ich an der Einsturzstelle vorbeikomme, denke ich natürlich auch immer an die Todesopfer.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat beschließt, das Werk "Einsturzstelle" (Schild) des Künstlers Mischa Kuball als Schenkung durch die Initiative ArchivKomplex anzunehmen und stimmt der Aufstellung im öffentlichen Raum für die Dauer der Baumaßnahmen im Bereich der Einsturzstelle zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.0 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend „Köln zeigt Haltung“
AN/0265/2017

Eben haben wir ja beschlossen, diesen Dringlichkeitsantrag an dieser Stelle in die Tagesordnung aufzunehmen.

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich im Namen der SPD-Fraktion unserer Freude darüber Ausdruck verleihen, dass wir heute gemeinsam mit der überwältigenden Mehrheit dieses Rates und damit im Namen der überdeutlichen Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner hier eine Resolution einbringen, mit der Köln Haltung zeigt und klar Stellung bezieht.

Leider ist dies notwendig geworden, nachdem die AfD ausgerechnet - aber wahrscheinlich auch ganz bewusst - Köln als Ort für ihren Bundesparteitag im April dieses Jahres gewählt hat. Gerade vor dem Hintergrund der an-

tifaschistischen Tradition der vergangenen Jahre und Jahrzehnte von Arsch Huh über das breite gesellschaftliche Bündnis „Köln stellt sich quer“ bis zur aktuellen Initiative aus der Mitte des Kölner Karnevals, aber auch angesichts des Spannungsfeldes zwischen der beispiellosen Hilfe für Geflüchtete und den schrecklichen Ereignissen der vorvergangenen Silvesternacht muss diese Ortswahl als ungeheuerliche Provokation betrachtet werden.

Dass wir hier die führenden Vertreter einer Partei beherbergen sollen, die selbst nicht davor zurückschrecken würden, auf flüchtende Menschen bei der Suche nach Herberge schießen zu lassen, wie es beispielsweise Frauke Petry und Beatrix von Storch wiederholt gesagt haben, muss uns allen die Zornesröte ins Gesicht treiben.

Köln ist und bleibt eine weltoffene Stadt der Vielfalt, der Toleranz und der Menschenwürde,

(Beifall bei der LINKEN)

eine Stadt der Freiheit und der Solidarität gegenüber Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung bei uns Schutz suchen.

(Beifall)

Köln ist und bleibt eine bunte Stadt des Miteinanders und nicht des Gegeneinanders. Alle, die genau diesen Grundsätzen und Prinzipien unserer Stadt entgegenarbeiten und gegen sie agieren, wie eben die Vertreter der AfD, sind in dieser Stadt ausdrücklich nicht willkommen.

(Beifall)

Dieses Signal wollen wir mit der heutigen Resolution setzen.

Gleichzeitig fordern wir aber auch mit allem Nachdruck dazu auf, den völlig legitimen und verständlichen Protest ausschließlich friedlich zum Ausdruck zu bringen. Jegliche Gewalt, auch schon deren Androhung, lehnen wir entschieden ab.

(Beifall)

Dies gilt selbstverständlich genauso konsequent auch für die andere Seite. Gewaltandrohung gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Maritim-Hotels sind völlig inakzeptabel und müssen rechtsstaatlich verfolgt werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

So sehr wir die Geschäftsleitung der Hotelkette für ihre Entscheidung, den Bundesparteitag der AfD hier in Köln zu ermöglichen, kritisieren, so solidarisch stehen wir natürlich auch hinter den Menschen, die aus beruflichen Gründen mit dieser Entscheidung umgehen und deren Folgen aushalten müssen.

Dies betrifft in besonderer Weise auch die Sicherheitskräfte und hier insbesondere die Polizei, die einmal mehr in der unglücklichen Lage sein wird, die grundgesetzlich verbrieften Rechte einer unerträglichen Partei schützen und sogar durchsetzen zu müssen.

Da unsere Polizeibeamten in den vergangenen Wochen und Monaten in höchstem Maße belastet waren und dennoch in hervorragender Weise die Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt gesichert und sogar verbessert haben, gebührten ihnen unser voller Respekt und unsere Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Auch deshalb sind Regelüberschreitungen und Gewaltanwendungen gegen Personen und Sachen auf jeden Fall zu vermeiden.

Insgesamt steht es uns und damit dieser Stadt gut zu Gesicht, hier und heute ein klares Bekenntnis zu allen Artikeln unseres Grundgesetzes und zu allen Facetten unserer wunderbaren Heimatstadt abzulegen. Deshalb fordern wir alle Mitglieder dieses Rates auf, dieser Resolution zuzustimmen und sich im Weiteren an ihrer Grundausrichtung zu orientieren. - Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Beckamp, ich würde Sie sehr herzlich bitten, das Filmen einzustellen. Auch dafür gibt es hier Regeln.

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

- Hier gibt es eine Regelung der Geschäftsordnung, Herr Beckamp.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt ein Recht auf Persönlichkeit! Und das, was gefilmt worden ist, muss gelöscht werden!)

Danke schön, Herr Beckamp.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wieder an der Zeit, ein Zeichen zu setzen. Wir haben in den letzten Jahren bei vielen Anlässen gezeigt, dass die Kölner gemeinsam stehen - gemeinsam für Toleranz, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Und es gibt viele Zeitpunkte, zu denen man gemeinsam aufstehen muss. Wir haben jetzt wieder einen Zeitpunkt, zu dem wir auch wieder gemeinsam sagen müssen: So geht es nicht.

In den letzten Monaten sind Dinge über eine Partei in die Presse gekommen, die mit unserer Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar sind. Wenn solche Dinge passieren, muss man im Kreise der Demokraten solidarisch gemeinsam ein Zeichen setzen, meine Damen und Herren. Wir begrüßen es deshalb, dass hier viele Initiativen gemeinsam demonstrieren wollen, und wollen dies heute mit einem Signal positiv begleiten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wichtig ist - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal unterstreichen -, dass auch diese Proteste natürlich im Rahmen und auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablaufen, das heißt, dass sie friedlich verlaufen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der AfD)

Das ist eine wichtige Voraussetzung. Es darf natürlich erst recht nicht sein - Herr Joisten hat es ja gerade erwähnt -, dass im Vorfeld Menschen bedroht werden und hier entsprechend Druck ausgeübt wird. Das entspricht nicht unserem Demokratieverständnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen gemeinsam ein Zeichen setzen, dass Köln anders ist, dass unsere Republik anders ist und dass wir mit Themen, die nicht auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung stehen, mit demokratischen Mitteln umgehen können. Ein demokratisches Mittel ist der Protest. Es ist gut und wichtig, dass dieser stattfinden kann.

Deshalb sage ich an dieser Stelle: Lassen Sie uns gemeinsam diese Resolution beschließen, um damit noch einmal ein kraftvolles Zeichen zu setzen und gleichzeitig aber auch noch einmal dazu aufzufordern, alles dafür zu tun, dass diese Veranstaltungen an diesem Tage friedlich verlaufen. Einerseits muss die Polizei ihre Hausaufgaben machen. Andererseits müssen aber auch die Veranstalter darauf hinwirken, dass wir hier einen friedlichen Tag der Demokratie erleben, damit wir insgesamt stolz darauf sein können, wie bisher auch, in Köln zu sein, und friedliche Bilder in die Republik und in die Welt hinausgehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Demokratinnen und Demokraten! Ob nun eine Aktuelle Stunde formal richtig beantragt worden ist oder nicht, ob die AfD den Antrag auf Aktuelle Stunde an die richtige Adresse geschickt hat oder nicht und ob die Geschäftsordnung eingehalten worden ist oder nicht, das sind alles juristisch wichtige Fragen.

Politisch - und dafür stehe ich heute - ist diese beantragte Aktuelle Stunde ein Zeugnis für ein völlig verzerrtes Demokratieverständnis dieser Partei.

(Beifall)

Es ist ein Demokratieverständnis, das nicht nur die Höckes, Gaulands und von Storchs haben, das diametral konträr zu unserem Demokratieverständnis steht. Es ist ein Zeugnis, dass auch die AfD in Köln ein völlig verzerrtes Demokratieverständnis hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Als Demokratin bin ich davon überzeugt, dass es Grundsätze gibt, die unverrückbar sind, dass es Standpunkte gibt, die nicht beliebig sind, und dass es eine Haltung gibt, die alle

Demokraten über die Parteigrenzen und sozialen Milieus eint. Für uns ist die Achtung der Würde des Menschen und auch des Andersdenkenden unantastbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir erkennen die Gleichheit aller Menschen an. Wir fordern und fördern einen verantwortungsvollen und aufgeklärten Umgang mit unserer eigenen Vergangenheit. Wir stehen zu einem uneingeschränkten Nein zu jeglicher Form von Diskriminierung.

(Beifall)

Das sind die unverrückbaren und nicht verhandelbaren Standpunkte der Demokratie. Sie sind das moralische Fundament unseres friedlichen Zusammenlebens.

Das Ziel der Rechtspopulisten ist es aber, Unfrieden und Angst zu säen. Mittels alternativen Fakten und hohlem Populismus sollen breite Teile der Bevölkerung verunsichert werden. Der AfD geht es nicht um Lösungen. Es geht ihr nicht um den Sozialstaat, um Klimaschutz und um innere Sicherheit. Ihr geht um reine Provokation.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Aus diesem Grund holen sie den Parteitag nach Köln - in die Hauptstadt der Weltoffenheit, der Vielfalt, der Toleranz und des Frohsinns; in eine Stadt, die ihr Selbstverständnis wie keine andere Stadt in Deutschland auf diese Grundsätze aufgebaut hat; in eine Stadt, in der die Willkommenskultur nicht erst mit den Geflüchteten gekommen ist, sondern in der die Willkommenskultur zum Gründungsmythos der Stadt gehört.

Dieser Stadt steht eine Oberbürgermeisterin voran, deren Aufgabe und tiefste Überzeugung es ist, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz zu lassen; eine Frau, die aufgrund ihrer Überzeugung von einem Rechten angegriffen wurde und beinahe ihr Leben gelassen hat.

Diese Frau wird mit der Frage adressiert, welches Demokratieverständnis sie hat. Das ist ein Hohn und eine Frechheit.

(Lebhafter Beifall)

Als Demokratin weiß ich, dass die Freiheit, der ich mich verpflichtet fühle, stets auch die Freiheit des Andersdenkenden ist. Deshalb müssen wir ertragen, dass in demokratisch gewählten und vereidigten Gremien wie dem Rat oder der Bezirksvertretung Menschen sitzen, die die Grundsätze der Demokratie nicht teilen.

Als Demokratin weiß ich, dass wir Sie, die AfD und pro Köln, ertragen müssen. Sie sind hier, und wir müssen Sie reden lassen, weil wir Ihre demokratischen Grundsätze achten. Aber auf Ihre Stimme und auf Ihre Haltung kommt es in dieser Stadt nicht an.

(Beifall)

Es ist Ihr Recht, einen Parteitag hier in Köln abzuhalten. Aber es ist auch unser Recht, friedlich, bunt und laut dagegen zu demonstrieren. Dieses Recht nehmen wir wahr. Es ist auch das Recht der Oberbürgermeisterin, ihre Meinung dazu kundzutun.

(Beifall)

Entschieden lehnen wir die Anfeindungen gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Maritim-Hotels ab. Das sind Menschen, die ihren Job machen müssen, ob sie wollen oder nicht. Es tut mir leid, dass es zu diesen Androhungen gekommen ist. Dies ist nicht mein Rechtsverständnis und auch nicht mein Demokratieverständnis.

(Beifall)

Mein großer und ausdrücklicher Dank gilt allen, die für ein tolerantes und weltoffenes Köln einstehen. Er gilt auch meiner Kollegin Brigitta von Bülow, die sich mit dem Dringlichkeitsantrag sehr intensiv beschäftigt hat.

Ein ganz persönlicher Dank geht aber auch an das Festkomitee und den Kölner Karneval. Mit ihrer ganz klaren Haltung haben sie bewiesen, wie bewegend und beeindruckend auf eine solche Art und Weise verdeutlicht werden kann, wo Köln steht und was Köln ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Demagogische Hasstiraden kennen wir hier im Rat schon seit längerem. Rechter Populismus und Verlogenheit kennen bei der AfD keine Grenzen.

Ich möchte Ihnen ein Zitat aus dem vertraulichen AfD-Manifest 2017 vorstellen, um das deutlich zu machen:

> Auf jeden Fall sollte die AfD als Partei Abstand zu Gruppierungen haben, die in den Augen der Mainstream-Medien als rechtsextrem gelten.

Weiter heißt es dann:

> Es muss aber nicht jedes Mitwirken individueller AfD-Mitglieder bei in den Mainstream-Medien suspekten Gruppen thematisiert und geahndet werden.

Hier könnte Herr Höcke gemeint sein. - Dann heißt es weiter:

> Denn längst sind auch Bürger aus der Mitte der Gesellschaft aus Verdruss über die Altparteien bereit, mit unliebsamen Bundesgenossen bei gemeinsamen Themen zusammenzuarbeiten.

„Trau, schau, wem“, könnte man da meinen. - Weiter heißt es dann:

> Diese Bürger

- die also inzwischen rechtsextrem stimmen -

> muss die AfD erreichen, statt sie rechten Extremisten in die Arme zu treiben.

Die AfD also als Retter der Demokratie? Nein.

(Roger Beckamp [AfD]: Doch!)

Die AfD ist inzwischen so extrem rechts, dass all diese Extremisten in der AfD ihre Heimat gefunden haben.

(Beifall bei der LINKEN)

In der AfD sind unerträgliche Demagogen und Rattenfänger, über die wir gemeinsam aufklären müssen.

Dafür ein Beispiel aus dem besagten Papier:

> Landtagsfraktionen und ihre Vorstände sind gut beraten, sich auch bei der Arbeit in den Parlamenten an dem zu orientieren, was für AfD-Wähler wichtig ist, und nicht an dem, was im Landtag gefragt ist.

Die NSDAP hätte das etwas anders formuliert. Sie hätte gesagt: Parlamente sind Schwatzbuden.

Der Jugendclub Courage hat jetzt eine kleine Broschüre über die Kölner AfD herausgegeben. Dort heißt es:

> Die Arbeit der AfD im Stadtrat und in den Bezirksvertretungen zeichnet sich vor allem durch kommunalpolitische Inkompetenz aus.

Diese Aussage trifft zu, glaube ich. Das haben wir heute wieder gesehen. Die Rechtsanwälte der AfD sind noch nicht einmal dazu in der Lage, entsprechend der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Köln zu agieren.

Zum Teil sieht man die Herren auf den Sitzungen nicht. Zum Beispiel war Ratsmitglied Rottmann, seines Zeichens MAD-Offizier, von 25 Ratssitzungen nur bei 14 anwesend. Er soll - -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Weil er krank ist!)

Er soll krank sein. Wir wünschen ihm alles Gute.

(Zurufe von der AfD)

- Meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch einmal ausreden. - Aber wie kann es sein, dass Herr Rottmann am 29. Januar 2017 einen Tweet sendete: „Deutschland Erwache“? Das war genau zwischen der Ratssitzung im Dezember 2016 und der heutigen Sitzung. Meine Damen und Herren, das ist nicht irgendeine Entgleisung. Dieses Sturmlied steht deutlich unter Strafe. Herr Rottmann scheint dann doch so gesund zu sein, dass er einen solchen Tweet loslassen kann.

Der Rat hat bereits 2014 beschlossen, solchen Parteien keine Tribüne zu geben. Wir sind alle erbost darüber, dass die Zentrale der Maritim-Hotels in Bad Salzuflen anders agiert. Allein im Jahr 2016 hat der Maritim-Konzern der AfD mindestens sieben Mal Unterschlupf gewährt.

Wir finden es unerträglich, dass dort die Herren in den Vorstandsetagen verlangen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechte Hetzer auch noch freundlich bedienen müs-

sen. Wir sind mit den Kolleginnen und Kollegen solidarisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir reden hier von den Kolleginnen und Kollegen. An diesem Tag, dem 22. April 2017, sollte auf dem Heumarkt aber auch ein Kinderfest stattfinden. Herr Karaman von der SPD organisiert es seit vielen Jahren. Ich habe ihn frühzeitig angerufen. Wir sind so verblieben, dass er das Kinderfest natürlich absagt. Unter diesen Bedingungen kann man kein Kinderfest durchführen.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, leider!)

Daran können Sie erkennen, dass dieser AfD-Parteitag nicht kinderfreundlich ist - und auf jeden Fall für alle gewöhnungsbedürftig.

Lassen Sie uns gemeinsam am 22. April 2017 uns friedlich querstellen. 2008 haben wir gemeinsam gegen die Anti-Islam-Konferenz demonstriert. Diesmal müssen wir noch mehr werden. Meine Damen und Herren, wir sind Köln. Nur gemeinsam sind wir Köln. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kirsten Jahn von den Grünen hat hier etwas auch für uns Freie Demokraten sehr Wichtiges gesagt. Das möchte ich noch einmal mit unserem Namen wiederholen. Für uns als Freie Demokraten/Die Liberalen hat jede Partei, die nicht verboten ist, in unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung das Recht, einen Parteitag abzuhalten.

(Roger Beckamp [AfD]: Danke, Herr Breite!)

Für uns als Freie Demokraten/Die Liberalen hat aber auch jeder Mann und jede Frau das Recht, vor einem und gegen einen Parteitag zu demonstrieren, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Meine Partei, die FDP, nimmt sich - wie so viele Bürgerinnen und Bürger und auch andere Parteien und Institutionen - das Recht und die Freiheit, genau dies zu tun und beim AfD-Bundesparteitag zu demonstrieren, weil es bitter nötig ist.

Bevor sich die AfD hier gleich in eine Opferrolle hineinsteigert:

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Demonstrationen und Aktionen vor Parteitagen sind in unserem Land weder neu noch fremd. - Und noch einmal schaue ich meine lieben Grünen an.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insbesondere die Grünen können ein Lied davon singen, welche Happenings vor und sogar auf Parteitagen abgehalten wurden. Bei meiner FDP durften die Parteimitglieder schon einmal durch ein Spalier von Kohlekumpels gehen. Andere Parteien haben hier ganz andere, eigene Erfahrungen gesammelt.

Den öffentlich bekundeten Widerspruch haben in unserer freiheitlich-demokratisch verfassten Grundordnung die Parteien auszuhalten. Das gilt auch für die AfD.

(Beifall)

Ich muss aber auch feststellen, dass der Widerspruch dagegen, hier in unserem Köln einen AfD-Bundesparteitag abzuhalten, quer durch alle Gesellschaftsschichten besonders heftig ist.

Wundern tut einen das allerdings nicht. Wer so auf eine weltoffene und liberale Gesellschaftsordnung eindrischt, wie es die AfD tagtäglich twittert, der sollte sich eigentlich nicht wundern, wenn der Rheinländer sich querstellt.

(Beifall)

Für die Kölner FDP ist die Entscheidung der AfD, in Köln einen Bundesparteitag abzuhalten, darum auch - ich habe es schon öffentlich gesagt - reine Provokation. Die rheinische Lebensart ist komplett das Gegenteil des völkischen Gedankenguts von Björn Höcke & Co.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie, meine Herren von der AfD, haben den Sinn des Liedes „Unsere Stammbaum“ von den Bläck Fööss nicht verstanden und werden ihn auch nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, rheinischer Adel in seiner edelsten Form entstand nicht durch Germany first, sondern als Völkermühle Europas.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die AfD bezeichnet sich selber als politische Bewegung in Abgrenzung von den sogenannten Altparteien, die immerhin das deutsche Grundgesetz schufen. Sie will den Begriff „völkisch“ rehabilitieren. Man müsse daran arbeiten, sagte die Bundesvorsitzende, dass dieser Begriff wieder positiv besetzt werde.

Das muss ich hier in diesem Hohen Hause zitieren - gerade in Köln. Dahinter steckt nämlich eine Weltanschauung, die unser erster Bundeskanzler Konrad Adenauer, ein wahrer Rheinländer und Kölner, nach 1945 den Deutschen endgültig austreiben wollte. Die AfD will diese deutschen Schandwörter gerade in der Geburtsstadt Adenauers wieder auferstehen lassen. Man kann gar nicht so geschichtsvergessen sein, um die Provokation hier nicht zu erkennen.

(Beifall)

Wir Kölner Liberalen lehnen jedenfalls diese wirren und widerlichen Thesen ab und werden, wie gesagt, auch von unserem Recht Gebrauch machen, unseren Widerspruch öffentlich zu äußern.

Aus gutem Grund ist in unsere Resolution aber auch der Aufruf zum friedlichen Protest und zur Gewaltlosigkeit aufgenommen. Wir Liberale - und nicht nur wir, glaube ich - sind jedenfalls auf keinem Auge politisch blind. Wir wissen um die Gefahr für unsere freiheitliche Grundordnung von rechts und auch von links, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Denn leider gibt es aus der Ecke der linksextremen Antifa im Netz Aufrufe zu Randale und Brandstiftung sowie Bedrohung von Mitarbeitern des Maritim-Hotels. Eine solche Agitation ist nicht nur menschenfeindlich; sie ist auch demokratiezersetzend,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

da sie zur Durchsetzung ihrer Ziele auf Gewalt setzt und den Rechtsstaat und seine Institutionen - es wurde schon angesprochen - wie die Polizei aushebeln soll.

Wir als Liberale distanzieren uns auf das Schärfste von diesen Gewaltaufrufen, aber auch von Duldern. Weder die Mitarbeiter noch das Hotel sind die Verantwortlichen für den Bundesparteitag in Köln, sondern ganz allein die AfD. Wir rufen deshalb alle demokratischen Kräfte dazu auf, sich schützend vor die Mitarbeiter des Maritim-Hotels zu stellen und sich nicht mit Gewaltaufrufen gemein zu machen bzw. sie zu relativieren.

Kritik an der FDP - -

(Heiterkeit)

- Entschuldigung. Auch das kann man machen. Das gehört zur Demokratie. Aber hier meinte ich natürlich: Kritik an der AfD. - Kritik an der AfD muss anders artikuliert werden. Der Rat der Stadt Köln macht es mit seiner Resolution vor. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Beckamp, bitte.

Roger Beckamp (AfD): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskollegen! Es wurde ja schon fast alles gesagt. Allerdings sollten wir uns vielleicht noch einmal vor Augen halten, worum es denn eigentlich geht. Es geht um einen Parteitag unserer Bundespartei. Und das ist, lieber Herr Breite, in der Tat ein normaler Vorgang. Es sollte auch ein normaler Vorgang sein, dass wir so etwas machen können.

Wir beklagen uns nicht darüber, dass irgendwelche Leute draußen stehen und Lieder singen oder irgendwie protestieren. Mein Gott; das sind wir gewohnt. Das ist mittlerweile Folklore - leider immer wieder auch gewaltbereite Folklore insbesondere von links. Aber auch das halten wir aus. Denn wir werden von der Polizei geschützt, und zwar zu Hunderten, teilweise Tausenden.

Vielleicht wissen die Grünen noch ungefähr, wie es in Brokdorf ausgesehen hat. So sah es in Stuttgart aus. So wird es im Zweifel auch in Köln wieder aussehen.

Das haben Sie zu verantworten, weil - und jetzt komme ich zu dem Thema, das wir heute Nachmittag eigentlich ansprechen wollten - organisierte Leute, Berufskrakeeler, sich dagegenstellen - und nicht der Rheinländer, Herr Breite; mit Verlaub. Der Rheinländer ist nicht gegen die AfD.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rheinländer guckt sich genau an, was passiert.

Was hier passiert, ist aber etwas ganz anderes. Mit Verlaub; Frau Reker - das habe ich Ihnen ja übergeben, und Herr Dr. Becker wird es dann sicherlich auch zu würdigen wissen -, Sie haben Ihr Amt missbraucht. Sie haben Ihre Stellung missbraucht, um Aussagen zu treffen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin doch sehr gespannt, was dann Sie sagen, wenn ein Gericht uns bestätigt. Denn in Düsseldorf war es genauso. Herr Petelkau, werden Sie sich bei uns für Ihre Worte entschuldigen?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso denn? Wofür denn?)

Frau Reker, werden Sie das zurücknehmen? Was passiert denn dann? Was ist denn dann mit dem Rechtsstaat? Werden Sie das dann zurücknehmen und sagen: „Oh, Entschuldigung; da haben wir uns vertan“? Da bin ich aber gespannt. Das wäre in der Tat Größe.

Aus Ihnen spricht nämlich weder Mut noch Selbstvertrauen. Sie haben in diesem Antrag ja auch Zitate von unserem neuen Bundespräsidenten verwendet, der genau dazu aufruft, zu Mut und Selbstvertrauen. Ja, ganz richtig. Aber aus Ihren Worten und aus Ihrem Handeln spricht bloße Angst - Angst vor den Sorgen der Menschen, die Sie als Fremdenfeindlichkeit diffamieren. Nichts anderes ist es. Sie fahren Diffamierungskurse.

Ich bin sehr gespannt, was dann am 22. April 2017 zustande kommt, wen Sie alles von überallher ankarren

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen wir gar nicht!)

mit Ihrer Lastwagen-Demokratie, Frau von Bülow; wunderbar.

Wir sind auch sehr gespannt, was ein Gericht entscheiden wird und wer sich dann zu uns vielleicht einmal anders einlässt. - Vielen Dank.

Ich habe es kurz gemacht, weil Herr Haug auch noch drei Worte sagen wollte. Das erlauben Sie uns, weil wir heute, glaube ich, durchaus in der Minderheit sind.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Doch. Von der Zeit her passt es genau.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie bekommen in der zweiten Runde das Wort.

(Jochen Haug [AfD]: Was meinen Sie?)

- In der zweiten Runde bekommen Sie das Wort. Wir haben bestimmt noch eine weitere Rederunde.

(Jochen Haug [AfD]: Ist keine Redezeit mehr übrig? Zwei Minuten sind doch noch übrig!)

- Ich gebe Ihnen jetzt nicht das Wort. Ich gebe Ihnen in der zweiten Runde das Wort.

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD] - Gegenrufe)

Ich gebe Ihnen in der zweiten Runde das Wort. - Herr Wiener hat eine Wortmeldung abgegeben.

(Jörg Detjen: [DIE LINKE]: pro NRW kandidiert auch nicht mehr!)

Markus Wiener (pro Köln): Ich bin doch kein Mitglied bei pro NRW mehr, Herr Detjen. Verkehrter Adressat!

(Ulrich Breite [FDP]: Wo sind Sie denn Mitglied?)

- Das können Sie im Internet nachlesen, Herr Breite. Lesen bildet bekanntlich. Nutzen Sie die Möglichkeiten der neuen Medien.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Breite und andere haben ja schon Bezug genommen auf die Parallele zum Anti-Islamisierungs-Kongress im Jahr 2008, der von pro Köln, FPÖ, Vlaams Belang und vielen anderen gemeinsam veranstal-

tet wurde. In der Tat habe ich in den letzten Tagen und Wochen recht viele Déjà-vu-Erlebnisse gehabt.

Das, was wir jetzt erleben - diese wirklich grenzenlose Stimmungsmache gegen einen Bundesparteitag der AfD hier in Köln, diese Hetze, die in den Mainstream-Medien betrieben wird, die von Linksextremisten betrieben wird und die von den etablierten Parteien flankiert und teilweise auch noch geschürt wird -, hat bei mir sorgenvolle Erinnerungen an den September 2008 geweckt. Jeder, der damals in der Stadt war, weiß noch, was passiert ist.

Im Vorfeld wurde auch gesagt, dass es friedliche Proteste geben solle. Der sogenannte Rheinländer, der hier immer gerne durch die Altparteien okkupiert wird, als könnten sie für alle Rheinländer und alle Bewohner der Stadt Köln sprechen, sollte sich friedlich querstellen.

Aber das Gegenteil war der Fall. Es wurde eine Kulisse geboten für Tausende gewaltbereite und gewalttätige Linksextremisten, die am 20. September 2008 über viele Stunden das Zentrum von Köln zu einer rechtsfreien Zone gemacht haben. Müllcontainer haben gebrannt, KVB-Wartehäuschen wurden zertrümmert, und Steine flogen gegen Polizeibeamte. Es gab Dutzende Verletzte und Hunderte Festnahmen. Als die Polizei nach Stunden endlich von der Polizeiführung von der Leine gelassen wurde, nachdem unser Anti-Islam-Kongress durch diese linksextremen Gewaltattacken erfolgreich verhindert worden war, gab es mehrere Hundert Festnahmen. Es gab auch äußerst brenzlige Situationen, als zum Beispiel einem Polizisten die Dienstwaffe durch Linksextreme entrissen werden sollte.

Für alle diese Gewalttaten wurde die Kulisse erst geschaffen durch die unter anderem von den Altparteien organisierten Proteste - und vor allem natürlich auch durch die Stimmungsmache im Vorfeld, die ja gezielt so gewählt ist, um die Protestierenden an diesem Tag zu enthemmen. Der politische Gegner - damals pro Köln, heute AfD - soll durch diese Hetze im Vorfeld entrechtet und entmenschlicht werden. Bei allen, die an dem Tag dann auf die Straße gehen, sollen die Hemmungen fallen.

Es wird stillschweigend geduldet, dass Gewalttaten und illegale Blockaden letztendlich zum Erfolg führen. Denn das gehört ja auch zur Wahrheit dazu. Es wird doch massiv, teilweise ganz offen, dazu aufgefordert, den Parteitag zu blockieren. Das sind illegale Nötigungshandlungen. Es wird auch gezielt dazu aufgefordert, dass das Maritim Vertragsbruch begehen soll.

Hier geht es doch nicht um friedliche Proteste. Es geht darum, auch mit illegalen Methoden unliebsame Veranstaltungen oppositioneller Gruppierungen in Köln zu verunmöglichen. Das ist totalitär. Das ist antidemokratisch. Dafür sollten sich alle zusammen schämen, meine Damen und Herren.

Die Menschen in dieser Stadt wissen das auch. Sie sehen genau, was hier abgeht. Die Parallelen, die ich hier aufgezeigt habe, sehen die Menschen auch.

Ich befürchte, dass wir am 22. April 2017 einen sehr unfriedlichen Tag erleben werden. Es wird ja auch weiter maßlos Stimmung gemacht und gehetzt - Höcke hin, Höcke her. Das ist ja völlig egal. Höcke kommt doch gar nicht. Trotzdem wird weiter Stimmung gemacht. Im Internet kann man lesen: Es ist völlig egal, ob Höcke kommt oder nicht; die Proteste müssen jetzt erst recht angeschoben werden; es ist ja schon ein Teilerfolg erzielt worden. - So kommt es von linksextremer Seite. Jetzt haben sie Blut geleckt, die Gesinnungsgenossen von Herrn Detjen - jetzt erst recht; jetzt muss man nachfassen. Jede Schwäche wird noch einmal ausgenutzt, und es wird weiter auf die Spitze getrieben.

Deswegen ist unser Appell als Bürgerbewegung pro Köln ganz klar: Es geht darum, dass sich alle Parteien friedlich in Köln versammeln dürfen, dass hier keine Hetze im Vorfeld betrieben wird und dass gewalttätige Proteste im Keim unterbunden werden müssen. Wir müssen hier alles für eine echte demokratische Kultur tun, in der sich auch Oppositionelle friedlich versammeln können. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen in der ersten Runde? - Dann machen wir die zweite Runde mit Redebeiträgen in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Zunächst hat Herr Haug das Wort.

Jochen Haug (AfD): Verehrte Ratsmitglieder! Frau Oberbürgermeisterin! Ich ergreife jetzt noch kurz das Wort, weil es mir wichtig ist. Ich habe in den letzten zwei Jahren vieles ertragen, wie mein Kollege auch, obwohl es mich irritiert hat; denn wir haben zu vielen Dingen

keinen Anlass geliefert. Nur: Das, was Sie heute hier machen, hat in meinen Augen eine Qualität, die ich so nicht erwartet hätte und die mich zutiefst irritiert.

Sie irritiert mich deshalb, weil das, was hier am 22. April 2017 stattfindet - darauf hat Herr Breite hingewiesen; dazu will ich noch einige Sätze sagen -, ein Bundesparteitag ist. Das ist nach Parteiengesetz, wie Herr Breite richtigerweise gesagt hat, das Recht einer Partei. Es ist allerdings nicht nur das Recht einer Partei, Herr Breite; es ist die Pflicht jeder Partei. Eine Partei könnte sich dem also nicht einmal entziehen. Es ist die Pflicht jeder Partei, gewisse Dinge auf Bundesparteitagen zu verhandeln, und zwar demokratisch zu verhandeln.

In Ihrem Antrag schreiben Sie - ich zitiere -:

> Es ist daher eine Provokation, dass unsere Stadt als Bühne für die Selbstdarstellung einer Partei missbraucht werden soll, …

Dass Sie einen Bundesparteitag, das demokratische Recht und die demokratische Pflicht, als bloße Selbstdarstellung einer Partei verächtlich machen, kann ich nicht verstehen; tut mir leid, Herr Breite. Ich kann auch nicht verstehen, dass speziell Sie als Vertreter einer liberalen Partei das so mittragen; denn das als Provokation zu bezeichnen, ist nicht mehr nachvollziehbar.

Gerade von Ihnen als Vertreter einer liberalen Partei hätte ich mir doch einen Hinweis darauf gewünscht, dass es um eine Auseinandersetzung in der Sache geht. Sie haben gesagt, dass wir mit Widerstand rechnen müssen. Wir leben auch seit Jahren mit Widerstand - aber bitte mit Widerstand in der Sache. Hier geht es allerdings darum - und nur dagegen wehren wir uns -, dass es keinen Widerstand in der Sache gibt, sondern dass das passiert, was seit vielen Jahren passiert, weshalb wir kaum mehr irgendwo Plätze oder Räumlichkeiten bekommen, um unsere Veranstaltungen abzuhalten. Es wird nämlich dagegen agitiert, dass wir diesen Parteitag überhaupt stattfinden lassen können.

Ich bin der Erste, der damit lebt, dass wir streiten - aber doch nicht darüber, ob unser Parteitag überhaupt stattfinden darf. Und genau das passiert. Sie wenden sich dagegen, dass wir in dieser Stadt überhaupt einen Parteitag abhalten dürfen. Und das hat nichts mehr mit demokratischem Grundverständnis zu tun. Dieses Recht müssen Sie uns zumindest gewähren, auch wenn Sie in der Sache nicht gleicher Meinung sind wie wir.

Ich möchte Sie bitten, darüber nachzudenken. Denn die Meinungsfreiheit ist nun einmal das Grundrecht schlechthin. Jeder, der Staatsrecht gemacht hat, weiß, dass sie das Kerngrundrecht der Demokratie an sich und des Rechtsstaates in unserem Land ist. Auch wenn es vielen von Ihnen manchmal wehtut, andere Meinungen akzeptieren zu müssen, müssen Sie das auch im Hinblick auf die AfD. Wir tun das auch sehr oft.

Ich bitte alle Vertreter in diesem Rat, wirklich alle, die Demokratie nicht nur formal vor sich hertragen, sondern tief aus dem inneren Herzen sagen: „Ich bin ein Demokrat, und ich kann im Sinne der Meinungsfreiheit auch mit anderen Meinungen, die ich überhaupt nicht teile, solange sie sich auf dem demokratischen Boden befinden, leben“, dieser Resolution nicht zuzustimmen; denn es kann nicht sein, dass Sie uns dieses Recht der demokratischen Willensbildung auf einem Bundesparteitag nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass es im allseitigen Interesse ist, nach den letzten drei Wortmeldungen vieles von dem, was Sie eben hier gesagt haben, nicht kommentarlos und widerspruchslos stehen zu lassen.

Herr Breite hat zu Recht vermutet, dass Sie sich in Ihren Reden als Opfer stilisieren würden. Diesen Erwartungen haben Sie dann auch entsprochen. Aber es kam noch schlimmer. Sie haben diejenigen, die aus der Mitte unserer demokratischen Gesellschaft aufstehen, um sich, wie wir gerade von Ihnen aufgefordert worden sind, sachlich mit Ihnen auseinanderzusetzen und Widerstand in der Sache zu organisieren, zu Tätern stilisiert. Und das ist ein Skandal und eine bodenlose Unverschämtheit, die wir so nicht stehen lassen können.

(Beifall)

Die organisierten Gruppen, von denen Sie reden, sind doch folgende: Es ist das Festkomitee Kölner Karneval mit all seinen angeschlossenen ehrenamtlichen Gesellschaften aus der Mitte der Kölner Stadtgesellschaft. Es ist die AG Arsch Huh, die seit vielen Jahren an der Spitze der Bewegung steht, sich gegen Ressentiments und Rassismus auszusprechen. Es ist das Bündnis „Köln stellt sich quer“, das auch seit Jahr und Tag Ähnliches tut und sich um die solidarische meinungsfreudige Stadtgesellschaft verdient gemacht hat. Es sind diejenigen, die ein Kinderfest organisieren wollten und durch Ihren Parteitag davon abgehalten werden. Es ist die breite Mehrheit der Bevölkerung, die sich aus der Sache heraus gegen Ihre Agitation und Propaganda wendet.

Darauf sind wir stolz. Das sind keine Täter, sondern das sind Opfer Ihrer Umtriebe. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall)

Sie von der sogenannten Alternative für Deutschland fischen ganz bewusst am rechten Rand und im rechten Rand. Sie lassen Spitzen Ihrer Partei von dämlicher Erinnerungskultur fabulieren.

Björn Höcke ist eben angesprochen worden. Diejenigen, die sich in Ihrer Partei halbherzig von ihm distanzieren, tun das ja nicht etwa deswegen, weil sie das, was er sagt, aus vollem Herzen ablehnen, sondern diejenigen, die sich halbherzig von ihm distanzieren, tun das, weil sie das, was er sagt, für taktisch falsch halten. Das ist doch das, was man entlarven muss. Die einen stimmen ihm zu, und die anderen halten das, was er sagt, für taktisch falsch.

Deswegen müssen wir dagegen aufstehen. Es ist geradezu unsere Pflicht, das zu tun.

(Beifall)

Wir sehen Ihrer bewussten Strategie gesellschaftlicher Spaltung und Zersetzung nicht tatenlos zu. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Sie für sich in Anspruch nehmen, dürfen alle Demokratinnen und Demokraten nicht nur hier im Rat, sondern in der Gesellschaft für sich in Anspruch nehmen. Und nicht viel mehr und viel weniger tun wir.

Eines will ich allerdings noch ganz bewusst sagen, weil ich finde, dass Sie zumindest hier im Rund des Rates der Stadt Köln eine Grenze überschritten haben, indem Sie der Oberbürgermeisterin Missbrauch ihres Amtes vorgeworfen haben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Oberbürgermeisterin ist Chefin der Stadtverwaltung. Die Oberbürgermeisterin ist Vorsitzende dieses Stadtrates. Die Oberbürgermeisterin ist oberste Repräsentantin dieser Stadt und der Stadtgesellschaft. Sie ist bei der direkten Wahl durch die Kölner Bevölkerung mit dem Mandat ausgestattet worden, sich auch und zuvorderst in gesellschaftspolitische Debatten einzubringen. Sie darf sich nicht nur zu dem äußern, was Sie tun, was Sie vorhaben und was Sie an gesellschaftlicher Zersetzung betreiben, sondern wir erwarten das auch von ihr. Deswegen stehen der Rat der Stadt Köln und die Mehrheit der Stadtgesellschaft in dieser Frage hinter der Oberbürgermeisterin. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ein Parteitag rechtlich möglich ist, dann müssen wir das ertragen. Daran geht kein Weg vorbei.

Ich möchte mich aber noch einmal des Eindrucks erwehren, als sei die AfD eine Partei im normalen demokratischen Spektrum. Das ist sie definitiv nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie ist rechtspopulistisch, und sie droht in eine rechtsextreme Partei abzukippen. Das muss ich als Demokrat nicht mehr ertragen. Solche Parteien möchte ich hier in Köln nicht sehen.

Zum Thema „Antisemitismus in der AfD“ - darauf bezieht sich ja auch das Maritim, wenn es Björn Höcke Hausverbot erteilt - möchte ich hier noch einmal kurz die Position von Thomas Traeder zitieren. Thomas Traeder werden nicht alle kennen. Er war bis vor kurzem Fraktionsgeschäftsführer der AfD hier in Köln. Er ist aber auch Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland und war auch kulturpolitischer Sprecher der AfD in Nordrhein-Westfalen. Ich

würde ihn nicht zitieren, wenn er nicht inzwischen aus der AfD ausgetreten wäre.

Zum Thema „Antisemitismus in der AfD“ würde ich gerne einige Passagen aus seiner eigenen Pressemitteilung vorlesen:

> Die offizielle Position der Alternative für Deutschland zum Judentum und zum Staat Israel ist die pure Heuchelei. Offiziell ist Antisemitismus in der AfD verpönt, intern weigert man sich jedoch, gegen diesen vorzugehen, und kehrt die Dinge lieber unter den Teppich.

Ein weiteres Zitat geht auch in Richtung Maritim, weil es bislang nur Björn Höcke - natürlich mit gutem Grund - Hausverbot erteilt hat. Zur Debatte um Björn Höcke schreibt Thomas Traeder nämlich:

> Die Abscheu vor seinen Äußerungen ist berechtigt, allerdings handelt es sich hierbei lediglich um die Spitze eines Eisbergs. Es wäre falsch zu glauben, dass eine AfD ohne Björn Höcke kein Antisemitismus-Problem hätte.

Daher möchte ich das Maritim eindringlich bitten, auch im Rahmen seiner demokratischen und gesetzlichen Möglichkeiten noch einmal zu prüfen, ob es den Vertrag mit der AfD nicht kündigen kann. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Dinge richtigstellen, die vielleicht noch nicht ganz klar sind. Man hatte gerade bei den Rednern der AfD immer das Gefühl, dass sie ein bisschen am Thema vorbei argumentiert haben. Ich möchte einen Punkt, den Kirsten Jahn schon angesprochen hat, noch einmal ganz deutlich machen. Sie hat es nämlich richtig gesagt. Auf die Stimmen von Ihnen und auch auf die Stimmen von pro Köln kommt es hier im Rat der Stadt Köln überhaupt nicht an, meine Damen und Herren.

Deswegen ist es eigentlich auch schade, dass wir im Zusammenhang mit dieser Resolution jetzt sehr viel Zeit geopfert haben. Aber das war eben notwendig. Und das war nicht notwendig, um zu verhindern, dass ein Parteitag Ihrer Partei hier in Köln stattfindet, sondern inhaltlich. Meine Damen und Herren, wir setzen uns ja mit den Inhalten Ihrer Partei auseinander. Sie haben doch die Debattenbeiträge gehört. Niemand hat gegen Ihre Partei als Partei geredet. Vielmehr haben wir gegen Ihre Inhalte geredet. Wir haben gegen die Bundespartei geredet. Wir haben gegen Vertreter wie Höcke, von Storch und andere geredet, die auftreten und unterirdische Meinungen transportieren. Hier ist gegen Inhalte geredet worden.

Wir rufen auch zur Demonstration gegen die Inhalte auf. Wir wollen nicht verhindern, dass irgendwo ein Parteitag stattfindet, sondern wir wollen verhindern, dass Ihre Inhalte weiter transportiert werden. Deswegen werden wir uns mit Ihnen auch demokratisch auseinandersetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich Herrn Bürgermeister Bartsch, mich an dieser Stelle zu vertreten.

> (Bürgermeister Hans-Werner Bartsch übernimmt die Sitzungsleitung - Oberbürgermeisterin Henriette Reker spricht vom Rednerpult aus)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die AfD möchte die Rolle der Oberbürgermeisterin und mein Demokratieverständnis diskutieren.

Ich habe eben die Aufforderung zur Abgabe einer Unterlassungserklärung erhalten.

Meine sehr geehrten Herren von der AfD, das könnte heute eine Lehrstunde in Demokratie werden - nicht weil ich Sie über die Geschäftsordnung der Stadt Köln unterrichten möchte, sondern weil Sie mir fehlendes Demokratieverständnis und rechtswidriges Rollenverhalten vorwerfen.

Ja, ich habe ein sehr aktives, lebendiges, kämpferisches Demokratieverständnis.

Herta Müller hat an meinem ersten Arbeitstag bei der Annahme des Heinrich-Böll-Preises gesagt: Erst gehen die rechten Parolen spazieren und dann die Messer. - Ich weiß sehr genau, wovon ich spreche.

(Lebhafter Beifall)

Vielleicht haben Sie ein anderes Demokratieverständnis. Aber ich weiß: Mein Demokratieverständnis steht in Übereinstimmung mit unserer deutschen Verfassung, mit unserer europäischen Werteordnung und auch mit dem Verständnis der allermeisten Menschen hier in Köln.

Wichtig ist es jetzt, den Mut und die Zuversicht nicht zu verlieren, sondern über Parteigrenzen und Meinungsverschiedenheiten im politischen Alltag hinweg das Zeichen einer starken und mutigen Gesellschaft zu setzen.

Meine Damen und Herren, Meinungsfreiheit setzt natürlich Toleranz voraus. Meinungsfreiheit bedeutet, sich Meinungen Andersdenkender anzuhören.

Das gilt für jeden von uns - auch für Sie, meine Herren von der AfD. Wer selbst pointiert Meinungen äußert - meiner Meinung nach häufig unsachlich zugespitzt -, der muss es sich natürlich auch gefallen lassen, wenn die Kölnerinnen und Kölner ihre ablehnende Meinung ihm gegenüber sehr deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Wir brauchen keine Gemeinschaft, in der jeder jede Meinung teilt. Aber sollte uns nicht eine Überzeugung einen, nämlich die Überzeugung, die Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Humanität nicht nur zu schätzen, sondern auch aktiv zu vertreten?

Einer solchen Wertegemeinschaft wird es gelingen, auch in unsicheren Zeiten die Zukunft klug und mutig anzugehen und sie auch erfolgreich zu meistern.

Wir alle sind als Politikerinnen und Politiker aufgerufen, die öffentliche Bühne nicht kommentar- und widerstandslos Aufhetzern und Extremisten zu überlassen, sondern mit allen unseren Bürgerinnen und Bürgern wieder vermehrt ins Gespräch zu kommen, für unsere Demokratie zu werben und für sie zu kämpfen.

(Beifall)

Welches Demokratieverständnis hat denn die AfD? Sie kritisieren mein Demokratieverständnis. Aber darf ich die Gegenfrage stellen? Auf Ihren Parteitagen ist ein gefährliches Demokratieverständnis zu erleben. Wer sich für den Dialog mit Musliminnen und Muslimen, mit Medien oder mit Kritikern ausspricht, wird verhöhnt. Freie Berichterstattung wird verhindert. Führende Parteimitglieder beklagen den kritischen Umgang der Medien mit der AfD und fügen noch hinzu: Mehrheiten können sich schnell ändern.

Meine Herren, Demokratie ist nicht das, was eine Partei oder eine Parteisprecherin verkündet - im Gegenteil. Demokratie setzt eine konstruktive Debattenkultur voraus. Sie suggerieren doch den Menschen: Wenn nicht jeder das bekommt, was er für richtig hält, ist das System falsch; dann sind andere daran schuld.

Wir sollten uns immer bewusst sein, dass es durchaus nicht selbstverständlich ist, in einem demokratischen Land zu leben - in einem Land, in dem die staatlichen Organe demokratisch legitimiert sind; in einem System, in dem diese Organe ihre Entscheidungen in einem offenen Diskussionsprozess treffen und eine Mehrheit die Entscheidung bestimmt, aber jede Minderheit zuvor ihre Meinung einbringen kann und nachträglich die Entscheidung auch bewerten kann.

(Beifall)

Aktives Eintreten für Demokratie ist nicht nur das Recht einer Oberbürgermeisterin, sondern es ist ihre Pflicht.

(Beifall)

Als Oberbürgermeisterin und Vorsitzende des Rates behandle ich alle im Rat vertretenen Gruppierungen gleich.

(Lachen von Markus Wiener [pro Köln])

Ich lasse Herrn Wiener, wenn er seine Redezeit überschreitet, genauso lange weitersprechen wie alle anderen hier im Rat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als Repräsentantin dieser Stadt sehe ich es aber auch als wichtige Aufgabe für mich an, im Sinne der Integration des Gemeinwesens zu wirken. Durch mein öffentliches Auftreten will ich gerade die Einheit des demokratischen Gemeinwesens sichtbar machen und diese

Einheit mittels der Autorität meines Amtes stärken. Viele von Ihnen werden mir sicher zustimmen. Kommt nicht der Repräsentation der Stadt hier eine wichtige Funktion zu? Ich verstehe Repräsentation vordringlich als Integrationsaufgabe. Ich bin davon überzeugt, dass das in der heutigen Zeit so sein muss.

Ich denke, dass ich auch in Ihrem Sinne spreche, wenn ich das Wort ergreife und die Öffentlichkeit auf Missstände und Fehlentwicklungen - insbesondere auf solche, die den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger und das friedliche Zusammenleben aller hier gefährden - aufmerksam mache und für gesellschaftliches Engagement bei deren Beseitigung werbe.

Als Oberbürgermeisterin Kölns sehe ich es als meine besondere Pflicht an, für die Integration der vielen verschiedenen Menschen in unserer vielfältigen, bunten Stadt zu einem Gemeinwesen zu arbeiten.

Dabei haben vor allem diejenigen Gruppierungen meine Unterstützung verdient, die sie ganz besonders benötigen - alleinerziehende Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, aber auch Geflüchtete und alle, die in der Gefahr sind, am Rande der Gesellschaft zu stehen. Alle Menschen sollen die gleiche Wertschätzung und Förderung erfahren, unabhängig von Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung und Identität.

(Beifall)

Die Vielfalt wirklich als Chance zu begreifen, niemanden zu diskriminieren und allen die gleichen Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten zu geben - das ist eine der größten gesellschaftlichen Aufgaben, vor denen wir stehen.

Die Integrationsaufgabe und die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen sind in der ungewissen Zeit, in der wir leben, noch wichtiger als jemals zuvor.

Wir sind als Politik aufgerufen, die öffentliche Bühne nicht kommentar- und widerstandslos den Aufhetzern und Extremisten zu überlassen, sondern mit all unseren Bürgerinnen und Bürgern wieder ins Gespräch zu kommen, für unsere Demokratie zu werben und für sie zu kämpfen.

(Beifall)

Sie berufen sich bei Ihrer rechtlichen Bewertung auf die Entscheidung des OVG Nordrhein-Westfalen. Ich habe sie nur oberflächlich anschauen können. Aber ich habe den Eindruck, dass Sie die dortigen Ausführungen des Gerichts erheblich verkürzen, und zwar in Ihrem Sinne. Das OVG hat in seiner Entscheidung zur Aktion des OB Geisel klargestellt, dass - übertragen auf mich - ich als Oberbürgermeisterin eben kein politisches Neutrum bin, sondern mich auch in meiner Integrationsfunktion politisch und pointiert äußern darf, ja vielleicht sogar muss.

(Beifall)

Ein Oberbürgermeister ist nach der Rechtsprechung des OVG auch berechtigt, eine friedliche Demonstration zu begrüßen.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass weder die Stadt noch eine andere staatliche Stelle daran arbeitet, die Veranstaltung zu verhindern. Vielleicht sollten Sie das bei Ihrer Wertung auch berücksichtigen. Unsere Demokratie garantiert Versammlungsfreiheit, und zwar nicht nur in eine Richtung.

(Lebhafter Beifall - Oberbürgermeisterin Henriette Reker übernimmt wieder die Sitzungsleitung - Roger Beckamp [AfD]: Darf ich eine ganz kurze Nachfrage stellen? - Gegenrufe: Nein! - Roger Beckamp [AfD]: Man kann sie mit Ja oder Nein beantworten! Darf ich sie stellen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. - Wir kommen zur Abstimmung.

(Beifall)

Wer für diese Resolution ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die SPD, das sind die Grünen, das ist die CDU, das sind die LINKEN, das ist die FDP, das ist Herr Wortmann, das ist die Ratsgruppe GUT, und das sind die Piraten. Die Oberbürgermeisterin stimmt natürlich auch zu.

(Beifall)

Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Köln zeigt Haltung für Freiheit, Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte, gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit

„Demokratische Haltung erwächst in Deutschland mehr noch als irgendwo sonst aus dem Wissen um die Geschichte mit ihren Abgründen, aus dem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Vergangenheit." (Bundestagspräsident Norbert Lammert anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten am 12.02.2017)

Am 1. Juli 2014 erklärte der Rat der Stadt Köln: „Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sexueller Identität sind hier zu Hause. Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind Grundwerte, die die Grundlage unseres kommunalen Zusammenlebens und Handelns sind. Daher gilt es eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen nationalistischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten."

Diesen Beschluss des Kölner Rates vom 1. Juli 2014 bekräftigen wir ausdrücklich.

Diese Resolution des Kölner Rates erlangt angesichts des geplanten Bundesparteitags der AfD am 22./23. April 2017 in Köln erneut große Aktualität. Erneut gilt es, ein deutliches Zeichen zu setzen für unsere lebendige, weltoffene Stadt der Vielfalt, für Toleranz, Menschenwürde, Freiheit und Solidarität gegenüber Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung bei uns Schutz suchen.

Es ist daher eine Provokation, dass unsere Stadt als Bühne für die Selbstdarstellung einer Partei missbraucht werden soll, die zum Sammelbecken für Propagandisten von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland geworden ist.

Der Rat stellt fest: Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung lehnen wir strikt ab.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die breiten und friedlichen Proteste und Initiativen aus unterschiedlichen Teilen unserer Stadtgesellschaft – insbesondere auch vieler Kölner Künstlerinnen und Künstler und des Festkomitees Kölner Karneval - gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung.

Der Rat ermutigt alle Menschen sich friedlich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einzusetzen und dies am 22. April 2017 auch zu zeigen.

„… wir brauchen den Mut, zu bewahren, was wir haben: Freiheit und Demokratie in einem vereinten Europa – dieses Fundament, dass wollen, dass müssen wir miteinander verteidigen! Es ist nicht unverwundbar – aber, ich bin fest davon überzeugt: es ist stark!" (Zitat aus der Rede des designierten Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier am 12.02.2017 im Deutschen Bundestag)

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe GUT sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

Anmerkungen:

Oberbürgermeisterin Reker nimmt zu der Angelegenheit persönlich Stellung. In der Zeit ihrer Abwesenheit übernimmt Bürgermeister Bartsch die Sitzungsleitung.

Ratsmitglied Frau Wolter verlässt die Ratssitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Erstellung eines Kölner Lebenslagenberichts" AN/0215/2017

Wer wünscht das Wort? - Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich finde es jetzt echt schwer, zur Tagesordnung überzugehen.

Dennoch: Wir finden, genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt für unseren Antrag zur Erstellung eines Lebenslagenberichts. In wenigen Wochen wird nämlich die wieder zu besetzende

Stelle der Sozialplanung ihre Arbeit in der Verwaltung aufnehmen. Damit kann der Sozialbericht der Stadt Köln, der zuletzt 2005 von der Verwaltung vorgelegt wurde, in erweiterter und aktualisierter Form wieder aufgenommen werden.

Sowohl die OECD, die deutsche Bundesregierung, etliche Bundesländer, Kommunen als auch die Wohlfahrtsverbände erstellen Lebenslagen- und Sozialberichte oder sogenannte Armuts- und Reichtumsberichte. Diese Berichte sollen zunächst fundierte Auskünfte über das Ausmaß und die Entwicklung von Armut und von Reichtum geben. Die statistischen Daten und Analysen können damit eine Grundlage für eine strategische Sozialplanung und die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit darstellen. Die Ergebnisse bilden die Basis, auf der sachbezogene politische Entscheidungen beraten und getroffen werden.

Meine Damen und Herren, die gesellschaftliche Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland geht immer weiter auseinander. Angesichts dessen ist nicht allein die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Belang. Die Reichtumsberichterstattung stellt Fragen nach der Verteilung, Entstehung und Verwendung von Reichtum und von gesellschaftlicher Macht durch Reichtum.

Ich persönlich möchte den Aspekt der gesellschaftlichen Verantwortung aufgrund von Reichtum ergänzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erfinden nichts Neues. Der letzte Kölner Sozialbericht von 2005 verstand sich - ich zitiere -

> … als ein Instrument der Stadtbeobachtung, um eine gesellschaftliche Teilwirklichkeit abzubilden und insbesondere soziale Problemlagen beziehungsweise Bevölkerungsgruppen in prekärer Lebenslage zu kennzeichnen und zu analysieren.

Er sollte zudem ergänzendes Informations- und Steuerungsinstrument parallel zum Controlling und zur zielgerichteten Ressourcensteuerung in der Stadtverwaltung sein. Außerdem sollte er eine Grundlage für fachliche Diskurse in der Öffentlichkeit darstellen.

Wir sehen die Erstellung des Lebenslagenberichts und seine periodische Fortschreibung im Rahmen der strategischen Sozialplanung als unverzichtbar an. Der demografische Wandel, Kinder- und Altersarmut als Folge von Langzeitarbeitslosigkeit, der Anstieg der Flüchtlingszahlen mit der Unterbringungsverpflichtung, die Herausforderung, ausreichend preiswerten Wohnraum zu schaffen, bedeuten für die Stadt Köln große finanzielle und sozialpolitische Anstrengungen. Politische Entscheidungen im Sozialbereich müssen auf ihre Wirkung und Wirksamkeit hin überprüfbar werden.

Meine meine Damen und Herren, in Köln existieren bereits viele Programme und Konzepte, die bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Fokus nehmen. Wir wollen wissen, wie sie wirken, ob für sich betrachtet oder in Wechselwirkung mit anderen Programmen. Obendrein wollen wir die statistischen Daten um die Abfrage der Meinungen und Einschätzungen der Bürger und Bürgerinnen ergänzen: Wie zufrieden sind die Menschen? Wie und warum engagieren sie sich oder warum nicht? Werden die Maßnahmen und Programme von den Menschen überhaupt wahrgenommen? Und wenn ja, bewerten sie diese als Verbesserung ihrer Lebenslagen?

Wenn wir Fragen auf den Grund gehen wollen wie denen, warum sich Menschen ausgegrenzt fühlen oder warum sie sich aus dem politischen System durch Nichtwählen verabschieden, finden wir hier mögliche Anhaltspunkte. Und zuletzt stehen wir vor der Herausforderung, begrenzte Ressourcen zielgerichtet und wirkungsorientiert einzusetzen. Ebenso gilt es natürlich, neue Ressourcen wie zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Um das zu schaffen, brauchen wir neben den Daten und Analysen auch Handlungsoptionen und -empfehlungen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Klausing, bitte.

Christoph Klausing (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Heuser hat es eben schon gesagt: Es geht vordringlich darum, die Idee des Sozialberichts von 2005 weiterzuentwickeln und dann einen neuen Impuls zu setzen.

Wir erfinden hier erst einmal nichts Neues; sondern es geht darum, wie wir den Fokus in der strategischen Sozialplanung leicht verändern und wie wir uns als politische Entscheider zusätzliche Informationen an die Hand geben, um hier tatsächlich gelingende Sozialpolitik gestalten zu können.

Deswegen möchte ich bloß auf zwei Punkte aufmerksam machen, die uns als CDU an der Stelle zusammen mit unserem Kooperationspartner besonders wichtig sind.

Einmal ist es uns wichtig, dass der Blick geweitet wird daraufhin, dass nicht nur reine Fakten aus der Sozialstrukturanalyse erfasst werden, sondern auch geguckt wird, was wir an Sozialkapital in den Veedeln, in den Quartieren bei den Menschen vor Ort haben. „Sozialkapital“ bedeutet schlicht und ergreifend: Wenn ich bei mir im Haus meine Nachbarn kenne und ich mich mit ihnen gut unterhalten kann, dann fällt es mir doch einfacher, mal zu klingeln, um nach einer Tüte Mehl zu fragen, wenn sie mir fehlt. Wenn ich meine Nachbarn sehr gut kenne und mit ihnen grille und auch mal ein Bierchen trinke, dann ist es für mich einfacher, ihm zu sagen, ob ich gerade auf Jobsuche bin oder was an meiner Krankenversicherung besonderes gut ist oder wie ich mit einer Krankheit umgehe, um wieder gesund zu werden. Diese sozialen Netzwerke helfen dabei, dass man sich in einem absolut informellen Prozess gegenseitig unterstützen und voneinander lernen kann, um sich gegenseitig zu stärken. Das ist nichts, was der Staat verordnen kann. Aber wenn wir ein Bewusstsein dafür haben, wie Gegenseitigkeitsnetzwerke in den Veedeln funktionieren, können wir das auch in die Sozialpolitik aufnehmen und entsprechende Rahmenbedingungen setzen.

Ein Beispiel dafür hat Professor Friedrichs beim Flüchtlingsgipfel geliefert, als es um das Thema „Integration von Flüchtlingen“ ging. Da sagte er: Die Rechnung ist ganz einfach. Wenn wir viele geflüchtete Menschen in ein einziges Haus stecken, dann ist der Integrationsfaktor ungefähr gleich null. Wenn unter zehn Mietsparteien vier, fünf, sechs Flüchtlingsfamilien sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass die untereinander bleiben, gerade wenn die ethnische Zugehörigkeit die gleiche ist, sehr hoch. Wenn aber von zehn Familien in einem Mietshaus nur zwei einen Flüchtlingshintergrund haben, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich integrieren, weil sie darüber wieder Netzwerke spinnen, viel höher.

Ich glaube, dass wir nicht nur in der Sozialplanung auf die Unterbringung von Geflüchteten einen ganz genauen Blick werfen müssen, sondern in der strategischen Sozialplanung generell. Da klingt dann übrigens auch ein Zungenschlag mit, der vielleicht für unsere Sozialpolitik neu ist, nämlich dass wir einen Blick auf die Ressourcen werfen - Frau Heuser hat es eben gesagt -, zum Beispiel im Bereich Engagement, was die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Köln schon Großartiges leisten. Wir dürfen Sozialpolitik nicht nur defizitorientiert machen und gucken, wo geht es den Menschen schlecht, wo sind sie arbeitslos, wo fehlt der Kitaplatz; sondern wir müssen schauen, wo die Ressourcen der Menschen sind, wo können wir sie dabei unterstützen und wo können wir sie befähigen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Guten Wählergruppe Köln)

Und ein Allerletztes - das nur praktisch -, ich möchte es aber genannt haben: Uns ist es auch wichtig, dass wir auch einmal Statuspassagen im Lebenslauf als Schlagwort mitnehmen. Für uns ist, schlicht und ergreifend, nicht nur interessant, wie viele Kinder werden in einem Veedel geboren oder wie viele Menschen sind da gerade arbeitslos, wie hoch ist die Arbeitslosenquote; sondern für uns ist auch interessant: Wie viele Frauen sind schwanger? Wie viele Menschen werden gerade arbeitslos oder kommen wieder in Arbeit? Weil das dürfen wir auch nicht vergessen: Selbst wenn die Statistik, die Arbeitslosenstatistik zum Beispiel, gleich bleibt, ist es doch ein springender persönlicher Punkt für die Menschen, ob sie gerade in die Arbeitslosigkeit hineinrutschen oder wieder herausgehen. Und auch das muss Sozialpolitik auf dem Schirm haben, dass bestimmte Lebensbrüche, Lebensveränderungen ganz entscheidende Punkte sind, die wir nicht bestimmen wollen, die wir auch gar nicht bestimmen sollen als Staat, die wir im Sinne einer gelingenden Sozialpolitik aber begleiten können.

Deswegen möchte ich dafür appellieren, dass Sie unseren Antrag unterstützen. Und ich kann noch mit auf den Weg geben, dass ich mir sehr gut vorstellen kann, dass der eben genannte Professor Jürgen Friedrichs von der Universität zu Köln oder auch ein Professor Schulz-Nieswandt, der schon beim Kölner Netzwerk Bürgerengagement mitarbeitet, dass diese Professoren von der Universität zu Köln daran mitarbeiten und uns als Politik dann

Handlungsempfehlungen für eine strategische Sozialplanung an die Hand geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Guten Wählergruppe Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Scholz, bitte.

Tobias Scholz (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir in unserem Antrag mit der CDU und den Grünen ausgeführt haben, ist die letzte relevante Sozialdatenerhebung 2005 im Rahmen eines Sozialberichts erfolgt. Entsprechend ist auch unsere Wählergruppe GUT der Auffassung, dass es wieder an der Zeit ist, aktuelle sozialpolitisch relevante Daten zu erfassen. Dies sollte fünfjährlich erfolgen und über eine bisherige rein beobachtende Sozialberichterstattung hinausgehen mit der Intention verknüpft, noch zielgerichteter und bedarfsgerechter auf kommunaler Ebene sozialpolitisch zu agieren.

Dies ist möglich, wenn die bisherige Sozialberichterstattung zu einem Lebenslagekonzept ausgebaut wird. Was unter einer Lebenslage grundsätzlich verstanden werden kann, hat der Marxist und Ökonom Otto Neurath 1909 wie folgt definiert:

> … der Inbegriff aller Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweisen eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen …

Dazu gehören nach Neurath zentrale Elemente wie Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheit, Pflege, Bücher, Theater sowie eine freundliche, menschliche Umgebung.

Es werden also nicht nur gesellschaftlich-strukturelle Faktoren erfasst, sondern darüber hinaus werden diese mit individuellen Lebensaspekten bzw. Lebenslagen des Einzelnen verbunden.

Im Mittelpunkt steht also die gefühlte Realität des Einzelnen. Klassische Lebenslagespielräume des Einzelnen sind beispielsweise Versorgungs- und Einkommensspielräume, Lern- und Erfahrungsspielräume sowie Regenerations- und Partizipationsspielräume.

Im Ergebnis eines zukünftigen, vom Sozialdezernat erstellten Kölner Lebenslageberichtes kann sich beispielsweise widerspiegeln, wie sich gesetzliche Veränderungen und kommunalpolitische soziale Steuerungsentscheidungen auf die konkrete Lebenssituation der Bewohner in dem jeweiligen Kölner Sozialraum niederschlagen.

Im Befragungsfokus können dabei unterschiedlichste Bevölkerungszielgruppen und sozialpolitisch relevante Themenfelder stehen, beispielsweise: Wird der öffentliche Raum als barrierefrei, inklusiv erlebt bzw. warum wird er nicht als solches erlebt? Gibt es ausreichende soziale Beratungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitangebote usw.? Basierend auf diesen Daten zur sozialen Stadtentwicklung kann infolge zielgerichtet und bei Bedarf präventiv interveniert werden. So kann beispielsweise räumlicher Polarisierung basierend auf sozialer Ungleichheit, Bildungsbenachteiligung und Armutsbetroffenheit sozialpolitisch angemessen begegnet werden. Denn Fakt ist auch, wie der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, Andreas Johnsen, aktuell betont:

> … die Eigenverantwortung des Einzelnen funktioniert doch nur dann, wenn gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit und die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe gewährleistet sind.

Genau hier kann und sollte ein umfänglicher Kölner Lebenslagebericht ansetzen. Beispielhaft erwähnt sei hier die Stadt Bielefeld. Sie orientiert sich in den Lebenslageberichten, die es seit Jahren gibt, nicht nur an den unterschiedlichen Transferleistungsarten, sondern orientiert sich auch an den eigentlichen sozialdezernatsrelevanten Zielgruppen: den arbeitsuchenden Menschen, Kindern und Jugendlichen, Menschen in Sozialhilfebezug, Senioren, Eltern, Alleinerziehenden und Menschen mit Behinderung.

Basierend auf diesen Daten kann kommunal überprüft werden, ob unter anderem arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, geschaffene Arbeitsgelegenheiten und soziale Beratungsangebote in den jeweiligen Sozialräumen zielführend sind oder bei Bedarf modifiziert werden müssen. Von daher ist unsere Wählergruppe GUT der Auffassung, dass es für Köln nur von Vorteil sein kann, zukünftig auf Grundlage von

Lebenslageberichten sozialpolitisch zu planen und entsprechend zu agieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Guten Wählergruppe Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man merkt jetzt irgendwie: Wir sind jäh abgestürzt aus einer Sternstunde der Demokratie in die Ebenen der schwarz-grünen Mühsal.

(Zurufe: Ho, ho, ho!)

Die SPD hat, glaube ich, hier als hier im Rat vertretene Partei mit 150 Jahren eine große Tradition in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit. Ich glaube, insofern hat man aufseiten der SPD keinen Bedarf an Nachhilfe. Auch unsere Oberbürgermeisterin hat mehrfach betont, dass sie aus einem sozialdemokratischen Haushalt stammt. Ich glaube, das hat man eben auch ganz deutlich in ihrer kämpferischen Rede gemerkt.

Ich freue mich im Übrigen, dass es auch bei den GUTen offensichtlich Anhänger des Marxismus gibt und über die Zitate.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Na ja, immerhin hat er ja einen Marxisten zitiert. Die SPD hat auch eine marxistische Tradition, sicherlich, Herr Detjen.

Aber ich glaube, wenn wir nun diesen Antrag betrachten - Herr Dr. Keller hat das in seiner sehr guten Einstandsrede hier im Rat gesagt -: Wir haben eigentlich weniger ein Beschlussdefizit als vielmehr ein Umsetzungsdefizit. Und das ist so ein bisschen das, was man auch an diesem Antrag merkt. Manchmal muss man allerdings auch sagen, ist die Verwaltung doch schon ein bisschen weiter als es die Antragssteller offensichtlich wissen.

Sie fordern in Ihrem Antrag, dass im Rahmen der Untersuchung über die Lebenslagen der Kölner Bevölkerung beispielsweise mithilfe der Indikatoren Familien- und Erwerbssituation, Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Vermögensverhältnisse usw. - Sie können das alles nachlesen - Statusaussagen im Lebenslauf zu berücksichtigen seien.

Das ist alles schon fertig, meine Damen und Herren. 114 Fragen hat die Verwaltung, Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Leben in Köln, Umfrage 2016 - gestellt. Da werden unter anderem Fragen zur Familien- und Erwerbssituation, zur Arbeitslosigkeit, zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen gestellt - ganz viele detaillierte Fragen, insgesamt 114 Fragen.

Insofern: Die Datengrundlage ist grundsätzlich schon da. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und auch den Beschluss hat es in dieser Form schon einmal gegeben, nämlich beantragt von den Kollegen von der LINKEN. Die hat zuletzt - Eingang des Oberbürgermeisters: Januar 2014 - einen Antrag gestellt: „Kölner Sozialbericht über Lebenslagen und Integration endlich erstellen“ - Herr Detjen, Sie werden sich daran sicherlich noch genau erinnern.

Also, insofern kann ich meinen beiden Vorrednern von CDU und Grünen nur zustimmen: Wir erfinden nichts Neues - das haben Sie beide unisono gesagt.

Das stimmt, das gibt es schon. Es muss jetzt einfach nur umgesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon bezeichnend, dass es offensichtlich bei Schwarz-Grün keine eigenen Ideen mehr gibt, so dass man sich nun schon aus dem Fundus bereits beschlossener Dinge bedient. Wie wir gehört haben, die Oberbürgermeisterin wird diesen Antrag unterstützen. Wir werden das natürlich auch entsprechend tun. Ich habe jetzt noch nicht gehört, was die Fachverwaltung dazu sagt, ob wir diesen Beschluss hier noch einmal brauchen. Die Arbeitsebene kann sich dazu vielleicht noch einmal äußern.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wenn es danach geht, können wir ganz viele Anträge von euch gleich wegräumen!)

Ich denke, das Entscheidende, lieber Herr Kienitz, ist sicherlich, dass sich die Oberbürgermeisterin noch einmal rückversichern möchte, ob die CDU, die seinerzeit gegen den Antrag der LINKEN gestimmt hat, ebenso wie die FDP, inzwischen auf der Seite dieses Lebenslageberichts steht und ihn auch möchte. Wir würden das unterstützen, wie gesagt; und wir

halten es zwar nicht für notwendig, aber auch nicht für schädlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich schließe so ein bisschen an, ich mache es aber noch detaillierter, um auch auf die Probleme der Statistik hinzuweisen.

Der Antrag von Schwarz-Grün und GUT hat eine lange Vorgeschichte. In der Ratssitzung am 08.11.2007, also vor circa zehn Jahren, stellten SPD und Grüne einen Antrag zur Überwindung der Kinderarmut, CDU und FDP einen Änderungsantrag, die LINKE brachte einen Änderungsantrag ein - ich zitiere -:

> Der zuletzt 2005 erschienene Sozialbericht 2004 wird in Zukunft im festen Rhythmus als „Lebenslagen- und Integrationsbericht“ erscheinen.

Zitat Ende.

Alle drei Anträge wurden dann zusammengeführt und einstimmig beschlossen, unter anderem zu dem Thema - Zitat - „jährlich eine Sozialberichterstattung zu veröffentlichen“. Meine damalige Kollegin Özlem Demirel sagte zum Schluss in der Rede, dass der Sozialbericht hoffentlich schon ab dem nächsten Jahr vorgelegt wird. Es passierte über Jahre nichts, obwohl in den Ausschüssen - das muss man fairerweise sagen - immer wieder danach gefragt worden ist. Wir haben dann am 11. Februar 2014 erneut einen Antrag eingebracht, der sich mit zwei Punkten beschäftigte: erstens, eine Stelle zur Sozialplanung und Berichterstattung; zweitens, den Sozialbericht zu erstellen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker - das fiel damals in Ihren Zuständigkeitsbereich als Sozialdezernentin -, Sie erklärten damals in der Ratssitzung - Zitat -:

> Ich möchte Sie darüber informieren, dass in der nächsten Sitzung des Stadtvorstandes über die Wiederbesetzung der Sozialplaner-Stelle im Dezernat V beschlossen wird.

Zitat Ende.

Wir haben dann den Punkt 1, nämlich diese Stelle, die ja dann kommen sollte, zurückgezogen, und dann ist der Punkt 2 abgestimmt worden: Das Sozialmonitoring Stadtentwicklung mit dem 2007 beschlossenen Sozialbericht soll umgesetzt werden. Das ist dann im Rat mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKE gegen FDP und CDU beschlossen worden.

Wieder passierte nichts, sodass die LINKE im Oktober 2016 erneut eine Anfrage zum Thema Sozialmonitoring und Sozialberichterstattung stellte. In der Antwort war zu erfahren, dass die Stelle für die Sozialberichterstattung erst im Mai 2015 besetzt werden würde. Ab August 2016 wurde dann nicht mehr gearbeitet. Und diese Stelle wird jetzt im Februar 2017 wieder neu losgehen.

In dieser Antwort auf unsere Anfrage wird gesagt, dass für die Handlungsfelder soziale Lagen, demografische Struktur, Bildung und Wohnen aktuell in dem zweiten Quartal 2017 Daten vorgelegt werden sollen.

Meine Damen und Herren, diese erste Datensammlung sollten wir, meines Erachtens, abwarten und dann erneut überlegen, wie wir mit einer sozialen, aktuellen Dokumentation weiterarbeiten wollen. Man muss einfach fairerweise sagen: In dem Antrag wird ja nicht nur eine Sozialberichterstattung, sondern da werden noch mehr Daten verlangt, die meines Erachtens gar nicht in dem Sinn tempomäßig so umgesetzt werden können. Das setzt eine enorm komplizierte Erhebung der Datensammlung voraus.

Deswegen, meine Damen und Herren, sind wir im Gegensatz zu Schwarz-Grün dafür: Wir wollen jetzt einen kleinen Fiesta, wir wollen keinen Porsche. Um das klar zu sagen: Wir wollen, dass überhaupt etwas passiert. Dann können wir gerne darüber diskutieren, wie es weitergehen soll.

Dazu zwei Gedanken: Erstens. Die Möglichkeit mit dem Sozialmonitoring schnell, aber auch kleinräumige - Herr Klausing, bis zu dem einzelnen Wohnhaus wird es nicht gehen, aber die Straßenzeile ist möglich - Daten zusammenzustellen, hat einen enormen Vorteil, den wir mittelfristig nutzen können. Ob das mit dem Personal reicht, diese eine Stelle - gut, das Amt für Statistik liegt dahinter, keine Frage -,

das kann ich nicht beurteilen, dazu würde ich mich jetzt auch nicht äußern wollen.

Zweitens. Eine umfassende jährliche Sozialberichterstattung mit Drucklegung vorzulegen, ist wünschenswert, setzt aber voraus, dass das Personal und die Mittel dafür bereitgestellt werden. Nötige Mittel und Möglichkeiten haben Sie in Ihrem Antrag aber gar nicht dargestellt.

Ich möchte darauf hinweisen - das hat bisher keiner gesagt -, das Amt für Statistik macht meines Erachtens eine super Arbeit, und die kleinen Hefte, die Sie zu einzelnen Themen herausbringen, sind zum Teil vorbildlich. Ich möchte darauf hinweisen - ich beeile mich -, das kleine Heftchen zum Thema „Prekäre Arbeit“, das vor drei Jahren erschienen ist, war ausgezeichnet und hochaktuell. Und wir haben nachgewiesen, wie es weitergehen soll.

Deshalb ist Ihr Antrag einfach schlecht und nicht ehrlich. Eine gute Datenbank und kurze aktuelle Beurteilungen der sozialen Lage würden uns viel weiterbringen als Berichte, die zwei Jahre später mit alten Zahlen erscheinen. Über all das sollten wir im nächsten Jahr sprechen, wenn die Verwaltung ihren ersten Monitoringbericht vorgestellt hat.

Wie gesagt, ich arbeite an dem Thema zehn Jahre, kann das alles gut nachvollziehen, ich finde auch den Gedanken mit dem Reichtum klar und wichtig. Aber wenn wir diese dicken NRW-Berichte, die in diesem Sommer erschienen sind, wirklich für Köln machen wollen, dann brauchen wir mindestens drei bis fünf Leute, die an dem Punkt arbeiten. Ich glaube, das ist nicht der entscheidende Knackpunkt; sondern der entscheidende Knackpunkt ist, dass wir kleinräumige Daten haben, und zwar relativ schnell, dass man sagt, wir haben Daten, die sind ein Jahr alt. Das wäre super. Und dann können wir kleinräumig bis in die Straßenzeile agieren.

Entschuldigung, dass ich die Redezeit etwas überschritten habe. Frau Oberbürgermeisterin, ich bedanke mich für die Geduld.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Es kam eben von der SPD und von der LINKEN so ein bisschen der Vorwurf, dass die FDP 2014 gemeinsam mit der CDU gegen den Antrag der LINKEN gestimmt hat. - Das stimmt. Ich möchte auch erklären, warum.

Wir hatten es nicht inhaltlich begründet, sondern mit einer ähnlichen Begründung, die eben Herr Detjen aufgemacht hat. Sie haben uns damals, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, in Ihrer Funktion als Sozialdezernentin sehr deutlich gemacht, dass es ein Monitoringsystem geben sollte, was gerade diese kleinräumigen Daten erheben sollte. Und Sie haben auch gesagt: Warten Sie doch bitte erst einmal ab, bis wir diese Datenlage haben, und dann schauen wir weiter, wie wir mit diesen Daten umgehen und was in einen Bericht einfließen sollte, ja oder nein, und dann warten wir auch noch darauf, dass wir eine Sozialplanerin bekommen.

Diese Argumentation hat uns überzeugt, und sie überzeugt uns auch heute noch.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben damals unter dem Stichwort der Berichtsflut gesagt, ein bisschen kritisch - und ich glaube, auch wir sollten das selbstkritisch sehen -, dass wir sehr schnell bei Forderungen sind, Berichte haben zu wollen.

(Michael Frenzel [SPD]: So ist es!)

Die Politik will immer schnell einen Bericht haben. Die Verwaltung darf es dann erarbeiten. Doch manchmal vergisst man, dass man diesen Bericht gefordert hat. Und ich meine, liebe Kollegen von den Grünen und CDU, auch Sie haben das ein bisschen vergessen, deswegen sind Sie heute mit diesem Antrag gekommen.

(Beifall bei der FDP und von Michael Frenzel [SPD])

Wir werden heute diesem Antrag auch nicht zustimmen können. Eigentlich aus genau der gleichen Argumentation heraus, die Herr Detjen genannt hat: Wir warten wirklich darauf, wir möchten wissen, was sind die Sachen, die in dieses kleinräumige Monitoring kommen, wie können wir mit diesen Daten umgehen? Dann können wir schauen - wenn wir dann diesen Lebenslagebericht haben wollen; was ja vielleicht auch eine ganz gute Geschichte ist -, was da überhaupt einfließen wird. Sie machen

doch den Weg andersherum. Sie fordern, und dann haben Sie erst die Daten. Das ist für die FDP nicht logisch. Wir machen es andersherum: erst die Daten und dann gucken wir, was in den Bericht hineinkommt. Deswegen werden wir diesem Antrag heute auch nicht zustimmen können und bleiben damit auch in einer Kontinuität. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann erlauben Sie mir ein paar Sätze dazu.

Die Rednerin Frau Hoyer und auch die anderen Redner haben schon darauf hingewiesen, dass das Thema wirklich nicht ganz neu ist und die Verwaltung in den zurückliegenden Jahren bereits daran gearbeitet hat, Daten zu erheben. Aktuell hat das Amt für Stadtentwicklung und Statistik zum Beispiel eine Kartenanwendung freigeschaltet, die es ermöglicht, auf eine Vielzahl differenzierter Lebenslagedaten bzw. Indikatoren und Kennzahlen zuzugreifen. Diese Datenbasis wird auch noch weiter ausgebaut werden und die Kartenanwendung steht öffentlich zur Verfügung. Damit wird eine Form von Transparenz hergestellt. Ja, das ist ein großer Fortschritt.

Ich habe mir das mit dem Lebenslagebericht überlegt: wie wichtig das nun ist auch hinsichtlich der Ressourcen, unter denen wir stehen. Das muss man ja immer mit bedenken. Was ich ohne sachkundige Begleitung nicht schaffe - und ich bilde mir wirklich ein, dass ich schon mit Daten umgehen kann -, ist, die in einen Zusammenhang zu bringen und daraus eine Handlungsanweisung abzulesen. Das heißt für mich, die Daten müssen interpretiert werden, sie müssen analysiert werden, und es muss eine gegenseitige Wechselwirkung festgestellt werden. Deswegen bin ich der Meinung, dass Verwaltung alleine damit überfordert wäre. Aber in dem Antrag ist ja durchaus die Möglichkeit eröffnet, eine Hochschule oder eine Forschungseinrichtung damit zu beauftragen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Dafür muss dann aber Geld eingestellt werden!)

Das ist für mich die einzige Möglichkeit, das so umzusetzen, dass letztlich alle etwas von diesem Lebenslagebericht haben, auch diejenigen, bei denen es sich nicht um Fachleute handelt, auch die Bürgerinnen und Bürger, die sich das anschauen möchten, natürlich Sie im Rat, aber eben nicht nur Sozialberichterstatter oder Sozialplaner. Das wäre für mich die Voraussetzung, einen solchen Lebenslagebericht auch umzusetzen. Dann ist er viel mehr als ein Armutsbericht. Dann ist er eine Handlungsanweisung, die uns Maßgaben gibt. Unter dieser Voraussetzung würde ich - aber ganz betont: unter dieser Voraussetzung - dem Antrag dann auch zustimmen wollen.

Wenn ich keine weiteren Wortmeldungen habe, komme ich jetzt zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist DIE LINKE, das ist die FDP, das ist Pro Köln, das ist die AfD und das ist die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen?

(Zuruf: GUT stimmen für den Antrag!)

- Ach, Entschuldigung. Das waren die Piraten. - Das macht in der Anzahl nichts, aber natürlich inhaltlich schon. Danke schön.

(Heiterkeit)

- Ja, ich muss hier mathematisch vorgehen. Wenn Sie das abstimmen lassen, ist das einfach eine Voraussetzung.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Mathematisch schon!)

Okay. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Kölner Lebenslagenbericht beginnend mit dem Jahr 2016 zu erstellen, der periodisch im Abstand von fünf Jahren fortgeschrieben wird.

1. *Der Bericht soll mit folgenden Maßgaben erstellt werden:*

   - *Es sind im Rahmen der Untersuchung über die Lebenslagen der Kölner Bevölkerung beispielsweise mit Hilfe der Indikatoren Familien- und Erwerbssituation, Arbeitslosigkeit, Einkommens-und Vermögensverhältnisse, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Sozialausgaben und Sozialkapital zu betrachten. Die Untersuchung soll auch Statusaussagen im Lebenslauf berücksichtigen.*

- *Die Untersuchung muss aussagefähige sozialräumliche Auswertungen und Darstellungen im Kölner Stadtgebiet ermöglichen.*

- *Darüber hinaus sollen die o.a. sekundärstatistischen Daten durch primärstatistische Daten ergänzt werden. Dazu können z.B. zählen: direkte Befragungen zur subjektiven Lebenszufriedenheit und –qualität, zur Nutzung von Sozial-, Bildungs- und Freizeitangeboten, zu Bürgerbeteiligung, zum bürgerschaftlichen Engagement, zur Wahlbeteiligung bzw. zu Ursachen für Nichtbeteiligung an Wahlen und letztlich auch zur Bevölkerungsstruktur.*

- *Bei der Entwicklung des Untersuchungsprofils und der durchzuführenden Untersuchung ist auf den Datenbestand der städtischen Statistik zurückzugreifen sowie auf die Darstellung von Daten und Fakten zur Begründung von Förderprogrammen, beispielsweise „Starke Veedel – starkes Köln“, und auf Erhebungen staatlicher Institutionen. Der Lebenslagenbericht ist mit aktuellen empirischen Erhebungen zu ergänzen. Dazu soll die Verwaltung versuchen, Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen einzugehen.*

2. *Der Lebenslagenbericht ist den Fachausschüssen des Rates sowie den sozialen Akteuren der Kölner Stadtgesellschaft, wie z.B. Wohlfahrtsverbänden, sozialen Trägern, Gewerkschaften, Wirtschaftskammern usw. im Rahmen dafür geeigneter Beratungsforen darzustellen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln und der Gruppe Piraten zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe dann auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe Piraten betreffend „Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte einführen“ AN/0211/2017

Ich würde gerne, bevor ich dann die Rednerliste aufrufe, Herrn Beigeordneten Rau das Wort geben.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte“ sehe ich als Sozialdezernent durchaus im Rahmen der Mindeststandards, die der Rat beschlossen hat und die wir umzusetzen bemüht sind.

Ich möchte dazu sagen, dass wir diesen Antrag sehr aufmerksam gelesen haben und dem Antrag auch entnehmen, dass es großes Interesse daran gibt, dass wir Flüchtlinge adäquat und im Rahmen dieser Mindeststandards auch tatsächlich begleiten.

Ich konstatiere ferner, dass wir schon relativ viel von dem, was gefordert ist, umsetzen. Sie wissen wahrscheinlich, unser Amt für Wohnungswesen hat einen sozialen Dienst. Der soziale Dienst übt ganz wesentlich Merkmale dessen, was gefordert ist, aus. Es werden individuelle Merkmale erfasst, die dann einer Zuweisung zu besonderen Unterbringungsformen dienen. Dieses zu erkennen, ist originäre Aufgabe des sozialen Dienstes im Amt für Wohnungswesen.

Wir haben aber ein anderes Problem, das Sie alle: Wir haben zu wenig Wohnraum, zu wenige Unterkünfte. Wir sind, wie so oft in Köln, im Erkennen recht stark. Wir identifizieren mit relativ guter Zuverlässigkeit, welche Bedarfe auch für Unterkünfte existieren. Nur haben wir eine Schwierigkeit, diese Unterkünfte dann auch tatsächlich zur Verfügung zu stellen. Unser Problem ist nicht das Management, die Zuweisung zu Unterkünften, sondern fehlende bedarfsgerechte Unterkünfte.

Weitere Details des Antrages kann ich auch bestätigen. Wir haben in der Tat eine Software, die allerdings noch nicht für alle, nämlich noch nicht für Flüchtlinge in den Notunterkünften, verwendet wird. Das hängt auch damit zusammen, dass dort die Fluktuation sehr hoch ist.

Aber damit als Quintessenz: Wir betreiben Belegungsmanagement im Sinne des Antrags. Wir brauchen dringend mit voller Kraft Unterkünfte. Da sehe ich uns im Prinzip gut, aber noch nicht gut genug unterwegs.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hat das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dr. Rau, das ist ja ganz schön, dass wir in der Ratssitzung noch etwas dazulernen. Ich höre soeben, dass wir eine Software haben. Die letzten Nachfragen, die wir im Sozialausschuss immer wieder gestellt haben nach der Software, wurden uns damit beantwortet, wir hätten immer noch eine Excel-Tabelle.

(Zuruf: Das ist auch eine Software!)

Wenn wir jetzt eine haben, bin ich sehr froh und freue mich darüber.

Selbstverständlich sind wir nicht davon ausgegangen, dass die Stadt Köln kein Belegungsmanagement hat. Aber wir fordern und wünschen uns ein optimiertes, ein differenziertes Belegungsmanagement. Herr Dezernent, Sie haben angesprochen, dass die Großunterkünfte noch nicht erfasst werden. - Um genau die geht es uns ja.

Da sind die Menschen in sehr prekärer Weise untergebracht. Das war der Not geschuldet, die wir auch nachvollziehen können und die wir mitgetragen haben. Aber langsam haben wir jetzt Gott sei Dank eine Situation, wo wir deutlich weniger Flüchtlinge aufnehmen müssen, wo wir in eine Phase der Konsolidierung kommen, wo wir uns darum kümmern können, dass die Menschen optimal nach ihren Bedarfen untergebracht werden.

Wir sind der Überzeugung, dass es da noch eine Menge Luft nach oben gibt, die Menschen tatsächlich dahinzubringen, wo es ihnen guttut. Wir haben das große Feld von Menschen, von Familien mit kleinen Kindern, die adäquat untergebracht werden müssen. Wir haben das große Feld von schutzbedürftigen Menschen - die ganzen Gruppen können Sie in dem Antrag nachlesen; ich will das hier nicht verlängern -, worüber wir auch mehrfach im Sozialausschuss gesprochen und Unterstützung gefordert haben, diese Menschen mit besonderem Schutzbedarf doch endlich auch gut unterzubringen. Da ist sicher noch viel zu tun.

Sie haben völlig recht: Wir haben natürlich zu wenig Wohnraum. Aber das entbindet uns nicht von der Verpflichtung, den wenigen Wohnraum möglichst gut zu verteilen. Deshalb noch einmal: Wir würden uns sehr wünschen, wenn es ein solch optimiertes Belegungsmanagement gibt. Und wir glauben nicht, dass die Excel-Tabelle - wenn das die Software ist, über die wir reden - schon ausreichend gut funktioniert.

Wir dachten eigentlich, der Antrag wäre für Sie eine Unterstützung, Herr Dr. Rau, weil wir der Verwaltung sogar vorschlagen, Personal zuzusetzen, um die wichtige Aufgabe auch adäquat durchführen zu können. Wenn Sie mir sagen, das läuft alles schon gut, dann bin ich sehr froh; aber ich bin noch nicht ganz sicher.

Wir sind - und das abschließend - der Überzeugung, dass optimiertes Belegungsmanagement die Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration ist. Wenn wir da schon schludern und nicht optimal und nicht gut arbeiten, dann fällt uns das später mehrfach auf die Füße.

Deshalb bitte ich Sie alle um Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte ist von der Kölner LINKEN, dem Kölner Flüchtlingsrat und den Willkommensinitiativen in den letzten Monaten immer wieder gefordert worden. Warum dieser Antrag jetzt kommt, möchte ich anhand einzelner Punkte kurz begründen:

Erstens. Wir haben auf der letzten Ratssitzung Mindeststandards beschlossen. Die Verwaltung sollte diese zielstrebig umsetzen, damit wir eine Grundlage für eine minimale, aber ordentliche Unterbringung für Flüchtlinge haben.

Zweitens. Das Belegungsmanagement knüpft dort an. Wir sind uns einig: Wir wollen Flüchtlinge besser unterbringen. Turnhallen, Leichtbauhallen und Baumärkte sind schon viel zu lange ein Provisorium.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Drittens. Wir brauchen für alle Beteiligten - die Betroffenen, die Angehörigen, die Willkommensinitiativen und die Verwaltung - einen transparenten nachvollziehbaren Um- und Ausstieg aus schlechten Unterbringungen.

Viertens. Es darf nicht sein, wie kürzlich geschehen, dass eine Familie mit vier Kindern innerhalb von drei Turnhallen umziehen muss. Es darf nicht sein, dass schutzbedürftige Jugendliche, die ordentlich untergebracht waren und auf einmal 18 Jahre alt geworden sind, dann in eine Turnhalle kommen.

Fünftens. Wenn wir uns eine Software von 250.000 Euro für das Belegungsmanagement des Gürzenich-Orchesters leisten, dann sollten wir schon viel früher ein Belegungsmanagement für Flüchtlinge haben, um Menschenwürde und Menschenrechte einzuhalten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir reden auch über die Einhaltung des Kindeswohls, wenn wir über das Belegungsmanagement reden. Kinder Geflüchteter können oft nicht in die Kita oder in die Schule gehen oder müssen lange Wege zurücklegen, oder sie werden schulfern von einer Unterbringung in die nächste verlegt. Durch die Einbindung des Schulamtes in das Belegungsmanagement könnte eine Schulunterbringung besser gesteuert werden. Meine Damen und Herren, Kindeswohl und Menschenrechte sollten als Argument doch eigentlich ausreichen, um zügig ein Belegungsmanagement einzuführen.

Ich will Ihnen, meine Damen und Herren von CDU, Grünen und FDP, noch einen weiteren nennen: Die Geflüchteten brauchen Wertschätzung und eine Perspektive. Sie müssen wissen und auch daran glauben, dass sie bald aus dem Provisorium herauskommen. Sie müssen spüren, dass wir die Geflüchteten bei uns haben wollen, und das durch Transparenz und der Darstellung, wie es weitergeht. Auch wenn man sagt, du musst hier noch fünf oder sechs Monate warten, ist das zumindest eine glaubhafte Perspektive. Das ist eben nicht der Fall; sondern im Moment wurstelt man vor sich hin. Das ist die Situation. Dass das der Verwaltung auch keinen Spaß macht, das wissen wir ja. Deswegen soll dieser Antrag eine Fortsetzung und eine Anknüpfung an die Diskussion der Mindeststandards sein.

Und, wie gesagt: Gürzenich-Orchester 250.000 Euro. Warum sollen wir uns nicht eine ordentliche Software anlegen, die auch von einer Person gepflegt wird, damit wir das in den Griff kriegen können? Deswegen unser Appell, in die Richtung zu gehen.

Wir können das gerne noch einmal im Sozialausschuss diskutieren - das ist gar keine Frage -, weil es uns um konkrete Verbesserungen geht. Diese Diskussionen im Sozialausschuss waren ja auch immer fruchtbar. Aber an dieser Sache müssen wir ansetzen und das mit dem Belegungsmanagement anpacken.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Erkelenz das Wort.

Martin Erkelenz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Frenzel, wir könnten jetzt eigentlich sagen -

(Zuruf von Michael Paetzold [SPD])

- nein, Herr Frenzel, von eben noch -, dass wir jetzt mit diesem Antrag in den Bereich der Ideenlosigkeit der vereinten Linken geraten. Das könnten wir sagen; sagen wir aber nicht.

Zielgerichtetes Stadtmanagement und Schonung der Ressourcen der Verwaltung - das war eben das große Thema. Herr Dr. Keller hat es auch schon gesagt. Aber in der 25. Sitzung des Rates der Stadt Köln am 17. November letzten Jahres war das auch das große Stichwort von unserem ehemaligen Stadtdirektor, Herrn Guido Kahlen. Guido Kahlen zeigte uns auf, dass, erstens, ein effizientes Stadtmanagement dringend notwendig ist, und in groben Zügen zeigte er uns auch auf, wie man das hätte gestalten können.

Ich glaube, die meisten von uns jedenfalls sind froh, dass unsere Oberbürgermeisterin und auch unser Stadtdirektor Dr. Keller zu Beginn ihrer Amtszeit erkannt haben, dass ein solches Stadtmanagement in Richtung Verwaltungsreform dringend notwendig ist und dass sie da auch das Heft des Handelns in die Hand genommen haben.

(Beifall bei der CDU)

„Ich möchte das städtische Flüchtlingsmanagement meinem Büro unmittelbar unterstellen“, - so unsere Oberbürgermeisterin bei ihrer Rede zur Amtseinführung. Seitdem ist Flüchtlingspolitik im Rat der Stadt Köln, in der Stadt Köln, Chef- oder genauer gesagt Chefinnensache.

Wir haben hier sicher einen gutgemeinten Antrag vorliegen. Aber das geforderte Belegungsmanagement besteht ja bereits. Insofern hieße der Antrag eigentlich nichts anderes, als Eulen nach Athen tragen. Aber ich denke schon, dass es sich lohnt, über das Anliegen der Antragsteller zu diskutieren. Das sollten wir aber nicht im Rat tun, sondern im dafür zuständigen Ausschuss. Herr Paetzold, nämlich im Sozialausschuss.

Natürlich kann man Bestehendes immer weiter verbessern, und das von Herrn Ludwig geführte Amt hat, wie mir genau bekannt ist, diese Verbesserungen auch fortwährend im Auge. Da bedarf es nicht unbedingt eines gesonderten Antrags im Rat der Stadt Köln, aber schauen wir mal.

Es wird gefordert ein Belegungsmanagement, für die Flüchtlingsunterkünfte eine geeignete Software. Herr Ludwig teilte im vergangenen Jahr in einer Ausschusssitzung des Sozialausschusses mit - ich weiß das noch so genau, weil ich da in Vertretung war -, dass diese Verwaltung bereits eine Software beabsichtigt zu bestellen.

(Zuruf von Michael Paetzold [SPD])

- Moment: damals. Aber heute gibt es diese Software. Wir haben diese Software namens KARTHAGO. Und diese Software beinhaltet bereits alle Notunterkünfte, mit Ausnahme der Turnhallen. Insofern ist diese Software schon vorhanden.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das heißt, 3.000 Flüchtlinge sind gar nicht erfasst! Interessant!)

- Das sind die Flüchtlinge der Notunterkünfte, der Turnhallen. Aber wir haben ja hier auch von Verbesserungsmöglichkeiten gesprochen, Herr Detjen, und das hat die Verwaltung, das hat das Amt für Wohnungswesen natürlich auch im Auge.

Es werden Zugriffsrechte auf die Datenbank gefordert. Kolleginnen und Kollegen, Guido Kahlen hat noch ein Weiteres gesagt: Kehren Sie von der Übersteuerung ab, wonach die Politik Verwaltungsarbeit macht.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Herr Detjen, das steht aber so in Ihrem Antrag. Die Verwaltung benötigt dafür keine Vorgabe des Rates, sondern dafür gibt es spezifische Regelungen in den Vorschriften der IT und in den Vorschriften für gängige Datenbanken.

(Beifall von der CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist nicht die Aufgabe des Stadtrates. Im Übrigen hat gerade das Rechnungsprüfungsamt erhebliche Fortschritte im Bereich der IT festgestellt, wonach Verstöße - die gibt es auch in solchen Dingen - in der IT auf ein Minimum reduziert werden konnten.

Sie fordern, jährlich einen Bericht vorzulegen. Im Prinzip auch eine prima Idee, aber uns liegt zurzeit schon der 12. Flüchtlingsbericht vor, aus dem viele interessante Dinge zu entnehmen sind und die ja irgendwie zusammengetragen werden mussten. Es liegt nahe, dahinter ein Belegungsmanagement zu vermuten.

Sie fordern die Kategorisierung der Unterkünfte im Hinblick auf die Bedarfe der Geflüchteten. Einige Beispiele: Die Standorte Robert-Perthel-Straße in Bilderstöckchen oder auch in Marienburg sind speziell für sogenannte alleinerziehende Männer vorgesehen.

(Zurufe von der SPD: Alleinreisende!)

Andere Standorte, fast sämtliche Systembauten, sind gezielt auf die Erfordernisse von Familien bezogen und ausgerichtet. Hier besteht ein funktionierendes Belegungsmanagement, das mit Sicherheit auch noch optimiert werden kann.

Meine Damen und Herren, das bereits praktizierte Belegungsmanagement der Verwaltung kann verbessert werden und muss verbessert werden, das ist richtig. Das aber ist ein fortlaufender Prozess in der Verwaltung. Und die Verwaltung ist hier eigentlich schon gut auf dem Weg und prädestiniert, das weiterhin zu machen.

Eines Antrags im Stadtrat bedarf es eigentlich nicht, aber es lohnt sich eventuell, die Details näher zu betrachten. Wir sollten schauen, inwieweit der zuständige Fachausschuss möglicherweise einen sinnvollen Beitrag dazu leis-

ten kann. Ich schlage deshalb die Verweisung in den Ausschuss Soziales und Senioren vor.

Meine Damen und Herren, danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich einmal wieder kritisieren, dass es zwar eine Initiative gibt, aber der Antrag nicht wie grundsätzlich im Rat gemeinsam gestellt wird, wenn es um den Bereich Flüchtlinge geht. Das verstehe ich einfach nicht.

Herr Dr. Rau hat bereits Stellung zu Ihrem Antrag genommen. Doch ich möchte noch einmal an die Ratssitzung vom 20.12. und den gemeinsamen Beschluss zu den Mindeststandards erinnern und daran, dass die Verwaltung in Abarbeitung dieses Beschlusses im März 2017 dem zuständigen Ratsgremium ein Konzept vorlegen soll. Warum dieses Konzept nicht abgewartet wird und im Schnellschuss ein neuer Auftrag an die Verwaltung erteilt wird, erschließt sich mir überhaupt nicht.

Die Forderung nach einem Belegungsmanagement beinhaltet zweierlei: erstens die damit verbundene Ansicht, die Verwaltung ginge nicht zielgerichtet und planmäßig mit der Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnraum um, und zweitens geht sie davon aus, dass nach einem strategischen Plan zeitnah und bedarfsgerecht in frei zur Verfügung stehenden Wohnraum zugewiesen werden kann. Aber genau das ist nicht die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es steht immer weniger Wohnraum frei zur Verfügung. Die Suche wird immer schwieriger. Die Auswirkungen bemerkt auch das Auszugsmanagement, das noch durch Ratsbeschluss im Juni 2016 Stellenerweiterungen erhalten hat. Ich erinnere an die letzte Sitzung des Runden Tisches zu Flüchtlingsfragen. Da hatte Herr Prölß darauf hingewiesen, dass es schwieriger wird, Wohnraum zu akquirieren. Daraufhin hat Herr Krücker, Vorstandssprecher der Caritas und einer der beiden Sprecher des Runden Tisches zu Flüchtlingsfragen, bemerkt, dass Wohnraum, der bislang zur Verfügung gestellt werden konnte, eben auch endlich ist.

Zum Thema Unterbringung insbesondere der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge will ich darauf verweisen, dass wir Grüne in der Sitzung des Sozialausschusses im Januar 2016 gemeinsam mit der CDU einen Antrag „Unterbringung und Schutz besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge“ eingebracht haben. Der geänderte Beschluss befasst sich mit der Unterbringung und bedarfsgerechten Wohneinheiten.

Auch in früheren Beschlüssen haben wir gemeinsam die besondere Beachtung der Bedarfe der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge eingefordert, so im September 2015 und zuletzt mit dem Beschluss zu den Mindeststandards im Dezember 2016.

Beinahe in jeder Ratssitzung beschließen wir eine oder mehrere Flächen zur Errichtung von Wohnraum für Flüchtlinge. Auch hier verweise ich auf die Sitzung des Rates im Dezember 2016. Dort haben wir zum einen mit der sogenannten Wohnungsbauoffensive 17 Flächen für konventionellen Wohnungsbau, auch für Flüchtlinge, beschlossen; zum Zweiten sieben neue Standorte für temporäre Flüchtlingsunterkünfte und zwei Erweiterungen bereits bestehender Unterkünfte.

Liebe Antragstellerinnen, ich befürchte, dass immer neue ähnlich lautende Beschlüsse zu Nebelkerzen werden, wenn dem keine Ressourcen gegenüberstehen. In dem Fall steht Wohnraum nicht zeitnah zur Verfügung und kann auch nicht zeitnah entstehen. Da hilft leider auch kein noch so gutes, organisiertes Belegungsmanagement. Es macht unseres Erachtens keinen Sinn, durch einen Antrag den Eindruck zu erwecken, dass über einen entsprechenden Beschluss das Problem der fehlenden Ressourcen zu lösen sei. Wir schlagen deshalb vor, den Antrag in den Sozialausschuss als zuständigem Fachausschuss zu verweisen. Dort sollte unter Berücksichtigung des im März zu erwartenden Konzeptes der Verwaltung zu den Mindeststandards der Unterbringung die tiefer gehende Diskussion erfolgen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Wenn ich so in Ihre Gesichter schaue, denke ich mir, dass sich der eine oder andere sagt: Die Debatte gehört eigentlich in den Sozialausschuss.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Als engagierte Sozialpolitikerin muss ich Ihnen auch irgendwie zustimmen. Da gehört sie hin. Deswegen möchte ich es kurz machen; aber die Antragsteller haben mich ein wenig herausgefordert, daher möchte ich kurz etwas sagen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von SPD, LINKEN und Piraten, es gibt in Ihrem Antrag durchaus ein, zwei Punkte, die ich bedenkenswert finde. Aber was mich in diesem Antrag schon stört, ist dieser unterschwellige Vorwurf an die Verwaltung, nämlich dass dort im Grunde genommen ohne Vorgaben, recht ungesteuert und ohne länger darüber nachzudenken gearbeitet würde. Ich finde, dieser Vorwurf ist ungerecht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wir als Freie Demokraten haben in der Vergangenheit die eine oder andere Kritik geäußert, was die Unterbringung betrifft. Ich möchte nur einmal daran erinnern, dass wir uns schon darüber geärgert haben, dass vom Sozialdienst katholischer Männer Unterkünfte für homosexuelle Flüchtlinge zur Verfügung standen, die nicht belegt worden sind. Das war nicht in Ordnung. Ich glaube, da gibt es durchaus Verbesserungsmöglichkeiten. Aber ob man deswegen einen Antrag braucht und das nicht in einem bilateralen Gespräch lösen kann, das sei einmal dahingestellt.

Zentraler Punkt ist wirklich das, was Herr Dr. Rau eben gesagt hat: Wir haben einfach zu wenige Flächen. Und dieser Punkt der wenigen Flächen und Unterkünfte macht es natürlich problematisch, optimal zu belegen. Das ist doch das Problem. Es ist auch nicht nur das Thema der Flächen, es ist auch das Thema der Kita- und Schulplätze. Das möchte ich hier ebenfalls einmal sagen, weil Sie dies in Ihrem Antrag ansprechen.

Was die Unterbringung betrifft, haben wir im Dezember - das hat die Kollegin Heuser gesagt - einiges auf den Weg gebracht. Aber im Hinblick auf die Kita- und Schulplätze sage ich Ihnen hier voraus, dass es uns vor Ort noch enorme Anstrengungen kosten wird und wir sehr wahrscheinlich Auseinandersetzungen führen werden; denn was die Situation zum Beispiel in Rodenkirchen anbelangt - das wurde uns von der Verwaltung eindrücklich gesagt -, stehen kaum noch Schulplätze zur Verfügung. Ich bin gespannt, wie die Diskussionen laufen werden. Vor diesem Hintergrund muss ich ganz ehrlich sagen, dass durchaus auch mal Kita- und Schulwechsel bei der Belegung von Unterkünften in Kauf genommen werden müssen, Herr Detjen.

(Michael Paetzold [SPD]: Da steht ja auch nur „möglichst“ da!)

- Ja, aber das ist natürlich nie glücklich. Ich sage Ihnen, so ein Schulwechsel ist für kein Kind glücklich. Nicht nur für Flüchtlingskinder, sondern auch für andere Kinder sind Schulwechsel problematisch.

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Das ist das Thema der verbesserten Datenerfassung. Ich glaube, das haben wir oft genug im Sozialausschuss diskutiert. Ich muss Herrn Paetzold da zustimmen, auch für mich war das manchmal nicht so richtig nachvollziehbar, warum wir beim Thema Turnhallen oder Notunterkünften im Grunde genommen nur solche Listen geführt haben, die nicht miteinander - so habe ich es zumindest verstanden - vernünftig abgeglichen werden können. Das können wir bestimmt verbessern. Ich habe es auch so verstanden, dass die Verwaltung durchaus dazu bereit ist. Es ist ja in ihrem eigenen Interesse, dort eine Verbesserung zu bekommen. Deswegen sind wir mit der personellen Aufstockung einverstanden. Wir diskutieren das im Sozialausschuss. Ich glaube, wir kommen da zu einem guten Konsens.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor? - Doch, Herr Hegenbarth vom Platz aus.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen! Das

kann ich als Mitantragsteller auch von hier aus machen.

Uns lag nicht daran, irgendwelche unterschwelligen Botschaften zu verbreiten oder über Begrifflichkeiten wie Management zu streiten. Der entscheidende Punkt ist wirklich - und deswegen freut es mich, dass es an den Sozialausschuss gehen soll -, dass wir über die Software und über die technischen Details sprechen, die tatsächlich helfen können. Ob das Programm, das gerade schon genannt wurde - KARTHAGO -, das ein reines Hausverwaltungsprogramm ist, das richtige ist, wage ich zu bezweifeln. Aber das ist eine Diskussion, die gehört wirklich in die Fachgremien hinein.

Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt über die gleichlautenden Anträge der Verweisungen in den Sozialausschuss abstimmen. Wer wünscht, dagegenzustimmen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es in den Sozialausschuss verwiesen.

Herr Paetzold, gibt es noch etwas?

Michael Paetzold (SPD): Ich möchte nur für die nächste Sozialausschusssitzung, auf der wir den Punkt dann behandeln werden, eine Bitte an den Dezernenten äußern: Vielleicht könnte er uns bis dahin darstellen, was für eine Software genutzt wird und wie Daten erfasst werden. Wie gesagt, wir hatten bis eben den Kenntnisstand mit der Excel-Tabelle. Daher wäre es schön, wenn wir genauer wüssten, was da ist. Mich würde auch interessieren, was KARTHAGO ist. Können Sie das zusagen, Herr Doktor Rau?

(Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Ja!)

- Danke schön.

Beschluss:

Gemäß Antrag der Ratsmitglieder Erkelenz und Hoyer beschließt der Rat, die Angelegenheit in den Ausschuss Soziales und Senioren zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich jetzt auf:

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“
Aus Fehlern lernen: städtische Security-Mitarbeiter fördern
AN/0212/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0262/2017

Frau Möller hat das Wort.

Monika Möller (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Spätestens seit Silvester 2015 ist allgemein bekannt, dass die Stadt Köln die Sicherheit auf ihren Straßen und Plätzen erhöhen muss. Diese Aufgabe kann sie aber mit eigenem Personal nur begrenzt erledigen. In vielen Bereichen fehlen die Ordnungskräfte, trotz der auf Initiative der SPD beschlossenen Personalaufstockung beim Ordnungsamt.

Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung wird dadurch gewährleistet, dass externe Sicherheitsunternehmen beauftragt werden. Dabei ergeben sich nicht selten auch Probleme in sensiblen und sicherheitsrelevanten Bereichen. Wie die jüngste Vergangenheit zeigt, kam es zu Verstößen: zum Beispiel, dass ein Subunternehmer ohne Erlaubnis der Stadt eingesetzt war, dass Arbeitnehmer unterhalb des geltenden Mindestlohns beschäftigt wurden, Anmeldungen zur Sozialversicherung nur teilweise erledigt wurden. Erwähnenswert wäre noch, dass sich nach Medienberichten beim letzten Silvester auch gesuchte Personen unter dem Sicherheitspersonal befanden.

Die Konsequenzen, die die Stadt daraus gezogen hat, waren: Sie schließt mit genau dieser Bewachungsfirma, die diese eklatanten Verstöße begangen hat, erneut einen Vertrag und rechtfertigt dies mit vergaberechtlichen Gründen.

Diese Rechtsauffassung teilt die SPD nicht. Unabhängig von den vorgenannten Problemen mit externen Vertragspartnern sieht die SPD die Notwendigkeit einer Neustrukturierung des städtischen Bewachungsbedarfs und Chancen, die sich hierdurch ergeben. Es besteht der dringende Bedarf an zuverlässigen und

vertrauenswürdigen Partnern, zumal die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in teilweise hochsensiblen Bereichen eingesetzt werden.

Mit der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, der KGAB, hat die Stadt bereits die passende Partnerin an ihrer Seite. Allerdings schöpft sie die Chancen, die sich damit ergeben, nicht voll aus.

In einigen Bereichen ist die KGAB bereits für die Stadt als Bewachungsunternehmen tätig. Dazu gehört unter anderem der Rheinboulevard. Seit Jahren bewacht und sichert das Unternehmen problemlos den Großmarkt und auch den Heinrich-Böll-Platz zur Sicherung der Philharmonie, zwei eher heikle Bereiche. Sie hat damit bewiesen, dass sie ihre Arbeit erfolgreich bewältigen kann. Die KGAB ist also in der Lage, Dienstleistungen für weitere Einsatzorte und Anlässe zu übernehmen. Dabei sieht sie sich nicht als Konkurrenz zu externen Unternehmen, sondern um deren Ergänzung; dies zum Beispiel bei großen Veranstaltungen. Dabei sind die jeweiligen Ressourcen des Unternehmens natürlich im Blick zu behalten.

Die Aufgabe der KGAB besteht darin, langzeitarbeitslose Leistungsempfänger in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit tariflicher Bezahlung zu bringen. Im Wach- und Sicherheitsdienst bieten sich für viele von ihnen berufliche Perspektiven. Die KGAB bietet ihnen Berufs- und Qualifizierungsberatung und Ausbildung sowie Umschulung und Sozialbetreuung. Sie verfügt dafür über die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten.

Neben jedem qualifizierten Beschäftigten kann eine zusätzliche wie auch dauerhafte Einsatzmöglichkeit kostenneutral organisiert werden. Hierzu können die Fördermöglichkeiten von der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, genutzt werden. Weitere positive Kosteneffekte ermöglichen die Partizipation an Bundes- und Landesmitteln, was auch bereits in der Vergangenheit genutzt wurde.

Die Ziele, Langzeitarbeitslose in den regulären Arbeitsmarkt zu bringen, kann die Gesellschaft aber nur erreichen, wenn die alleinige Gesellschafterin Stadt Köln ihre Dienstleistungsangebote auch entsprechend in Anspruch nimmt. Hier ist insbesondere das städtische Ordnungsamt gefragt. Eines Ausschreibungswettbewerbs bedarf es dazu nicht, da die KGAB als hundertprozentige städtische Gesellschaft inhousefähig ist.

Meine Zeit ist um. Dennoch würde ich gerne noch zwei Sätze sagen, insbesondere weil heute ein Ersetzungsantrag aufgeschlagen ist. - Danke.

Vor Jahrzehnten hat die Stadt damit begonnen, Aufträge an externe Dienstleister zu vergeben und städtisches Personal abzubauen. Die Folgen sind allgemein bekannt: Personal ist nur schwer zu bekommen und die Auftragssummen sind von Jahr zu Jahr gestiegen, sodass auch der Rechnungsprüfungsausschuss seit Jahren eine Trendwende fordert, nämlich wieder stärker auf eigenes Personal zu setzen. Das ist den Ämtern auch so mitgegeben worden.

Zum Ersetzungsantrag. Wir haben vor allen Dingen das Ziel „Sicherheit und Ordnung“ in den Mittelpunkt unseres Antrags gestellt. Das finden wir im Ersetzungsantrag von CDU, Grünen und FDP vernachlässigt. Wir stimmen dem Antrag dennoch zu, bitten aber um Folgendes: In dem zweiten Punkt ist stärker auf die Beschäftigungsförderung abgehoben, während wir Ordnung und Sicherheit stärker im Mittelpunkt haben. Deswegen die Bitte, unseren Antrag mit in die Überlegungen der Verwaltung einzubeziehen und das Ergebnis zusätzlich dem AVR zur Kenntnis zu geben.

Die zweite Sache ist: Punkt 4 könnte missverstanden werden. Es ist so, dass der Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne für Sicherheitsdienstleistungen am 31. Dezember 2013 bereits ausgelaufen ist. Deswegen möchte ich gerne zu Protokoll geben, dass unter Punkt 4 auf jeden Fall deutlich gemacht wird, dass das eingesetzte Personal nach dem Tarifvertrag für das Wach- und Sicherheitsgewerbe in Nordrhein-Westfalen entlohnt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Klausing das Wort.

Christoph Klausing (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg: Wir stehen zu unserem Ersetzungsantrag und werden den gleich auch wie besprochen und wie vorliegend beschließen.

Ich möchte Ihnen jetzt einmal ausführen, warum wir den Ersetzungsantrag exakt so, wie er Ihnen hier vorliegt, beschließen werden; denn ich habe jetzt bei Ihrem Vortrag erst verstanden, worum es Ihnen bei dem SPD-Antrag geht. Es geht nicht um die Sache, sondern schlicht und ergreifend um die Pressemitteilung, dass Sie Langzeitarbeitslose in der Sicherheit engagieren wollen. Es ging nur um die PM, nur um die Überschrift und keinen Millimeter um die Sache. Und das ist eine absolute Frechheit!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Seien wir doch einmal ganz ehrlich - und deswegen bin ich auch stinksauer -: Würde es Ihnen nur einen Millimeter - nur einen Millimeter! - um die Sache gehen, nämlich dass wir Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen und etwas in der Sicherheit tun, dann wären Sie 2015 auf den Aufruf der CDU, sich mit den anderen Fraktionen zusammenzusetzen und kommunale Beschäftigungsförderung nach vorne zu bringen,

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ihr wollt keine Ein-Euro-Jobs haben!)

auf diese Einladung wären Sie eingegangen und hätten da etwas gesagt. Im letzten Sozialausschuss hätten Sie sich dazu äußern können, als wir über das kommunale Beschäftigungsprogramm gesprochen haben und die Frage aufwarfen, was braucht es noch.

Herr Dr. Rau hat sogar davon gesprochen, demnächst die sozialpolitischen Sprecher dazu einzuladen.

Und Sie wissen, dass morgen - das sind keine 24 Stunden - die Aufsichtsräte der KGAB im Sechsergremium verabredet sind, um eine Strategiediskussion innerhalb der KGAB zu führen. Morgen könnten wir genau darüber, wie wir uns da aufstellen, diskutieren. Und was tun Sie? Sie tun nichts; und das nur wegen einer billigen Überschrift. Das ist einfach skandalös. Das will ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Wenn Ihnen Sicherheitspolitik so wichtig wäre, dass Sie das wie ich aufnehmen wollten, dann bräuchten wir gar nicht bis morgen warten, um sich dort einzubringen. Dazu hatten Sie zehn Jahre Zeit. Sie hatten zehn Jahre Zeit als politisch verantwortliche Partei hier in der Stadt Köln! Sie hatten hier einen Stadtdirektor sitzen. Sie hatten da die Mehrheit. Und Sie haben für die Sicherheit in der Stadt Köln nichts, aber auch gar nichts getan!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und das wollen Sie jetzt billig im Vorwahlkampf der Landtagswahl nehmen, um sich hier sicherheitspolitisch zu profilieren. Das ist absolut unglaubwürdig!

Gehen wir trotzdem einmal ganz kurz ins Fachliche.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Auch wenn Ihr Antrag den Aufhänger für das Fachliche kaum bietet, gehe ich gerne kurz darauf ein.

Wie ist der Antrag aus Sicht der KGAB einzuordnen? Da darf ich auch in Absprache den Geschäftsführer der KGAB zitieren. Ich habe im Vorfeld mit ihm telefoniert, weil dieser Antrag bei mir irgendwie Unwohlsein ausgelöst hatte, und eben weil dieser Antrag zeitlich so behämmert kommt, dass es Sand ins Getriebe schleudert, sodass ich mich rückversichern wollte, wie die KGAB das einschätzt. Ich darf den Geschäftsführer der KGAB zitieren:

> Zur aktuellen Diskussion im Rat der Stadt Köln am Dienstag möchte ich Ihnen kurz meine Sicht vermitteln: Ich bin über den Antrag der SPD-Ratsfraktion nicht glücklich, weil hier zwei Dinge in Verbindung gesetzt werden, die nichts miteinander zu tun haben. Die Kritik an der Zusammenarbeit der Stadt Köln mit Bewachungsunternehmen mag im konkreten Fall nachvollziehbar und begründet sein, sie ist für mich aber nicht der Anlass, um mir Gedanken über die Weiterentwicklung der KGAB zu machen.

Weiter:

> Ich wünsche mir, dass die Diskussion über die Weiterentwicklung der KGAB im Aufsichtsrat bzw. wie verabredet im Sechsergremium geführt wird und nicht im Rat der Stadt Köln. Und zum kommunalen Beschäftigungsprogramm hat die Verwaltung einen Auftrag erhalten, der jetzt erst einmal erledigt werden muss, bevor mögliche Ergebnisse am Dienstag bereits im Rat diskutiert werden.

Zitat Ende. - So viel zur fachlichen Einordnung, wie wir uns mit der KGAB weiterentwickeln.

Wenn die Geschäftsführung das schon so sagt und wir morgen im Sechsergremium zusammensitzen, dann bitte ich doch ganz herzlich darum: Bringen Sie Ihre inhaltlichen Punkte dahin, wohin sie gehören, und machen Sie hier keine billige Polemik, keine billigen Überschriften auf Kosten der Langzeitarbeitslosen und auf Kosten der Sicherheit in der Stadt Köln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Klausing, vielen Dank, dass du mit deiner Rede den Rat wieder aufgeweckt hast, weil die letzten ein, zwei Stunden war es hier merklich ruhig und das bei einem auch etwas trockenen Thema, und zwar der Qualität von Bewachungsdienstleistungen, die jährlich von der Stadt vergeben werden. Daher noch einmal vielen Dank für deine Rede.

Dieses eigentlich sachliche Thema wird leider von der SPD mit einem Unterton vermengt, der sich wieder auf die Sicherheitspolitik in unserer Stadt bezieht. Es klingt der Unterton mit, dass es einen Sicherheitsbedarf gäbe und dass es zu Risiken bei den letzten Großveranstaltungen gekommen wäre. Es werden pauschale Formulierungen gemacht, wie „aus Fehlern lernen“, „mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“ oder „Sicherheit für alle erhöhen“. Dieses unterschwellige Unterminieren der erfolgreichen Sicherheits- und Ordnungsarbeit, die in den letzten 18 Monaten von Stadt und Polizei gemacht wurden, ist nicht angemessen und nicht seriös.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weiterhin - das wissen Sie auch selber - greift Ihre Initiative in laufende Strategieberatungen der KGAB ein, mitten in laufende Strategieberatungen, zum Beispiel, ob das bisherige Geschäftsfeld der Bewachungspersonalgestellung ausgebaut wird. Wie auch der Kollege Klausing es genannt hat, wird das in den nächsten Tagen zwischen Geschäftsleitung und Aufsichtsrat besprochen werden. Warum bringen Sie das vorschnell in den Rat? Das ist für den Prozess nicht förderlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Unser vorliegender Änderungsantrag respektiert und unterstützt die laufenden Gespräche bei der KGAB und bittet darum, die entsprechenden Ergebnisse auch dem Sozialausschuss und dem Finanzausschuss darzulegen.

Weiterhin verweisen wir auf den gemeinsamen Beschluss von vor drei Monaten zur Beschäftigungsförderung. Und wir verweisen darauf, dass die Verträge mit den externen Partnern vertragskonform laufen müssen, dass der Mindestlohn eingehalten wird, dass Sozialstandards eingehalten werden. All das kann man sachlogisch besprechen. Man merkt, dass die SPD ein Sicherheitsthema für 2017 hat und versucht, in jeder Ratssitzung irgendein Thema - sei es auch noch so billig - zu finden, um das zu platzieren. Das ist schade. Deswegen stimmen wir auch unserem Antrag zu.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der LINKEN interpretieren diesen Antrag anders als die Vorrednerinnen und Vorredner; denn es geht ja hier - wenn man den Antrag der SPD aufmerksam liest - nicht allein um Sicherheit und um Vergabe von Bewachungsaufträgen,

(Martin Börschel [SPD]: Genau!)

sondern es geht auch um Sozialpolitik und um die Struktur der öffentlichen Verwaltung und die Art, wie mit externen Vergaben umgegangen wird.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Nach meinen Informationen - ich gestehe, ich bin jetzt vom Verlauf der Diskussion etwas verwirrt -, will die SPD ihren Antrag aufrechterhalten, und deswegen wird die Linke diesen Antrag auch unterstützen.

(Lachen bei der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr könnt euch aber auch unabhängig entscheiden! Ihr müsst nicht immer der SPD hinterherlaufen!)

- Ja, sehr geehrter Herr Kollege, wir entscheiden uns unabhängig, nämlich gegen Ein-Euro-Jobs, gegen Privatisierung. Das lesen wir aus diesem Antrag heraus.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Jetzt fange ich einmal mit dem Antrag an: Schon im Titel geht es darum, dass die SPD sagt, sie möchte aus Fehlern der Vergangenheit lernen. Diese Fehler werden hier bezeichnet, und zwar geht es um das Outsourcing von Aufträgen, die besser durch die Stadt selbst organisiert werden könnten. Es geht um Insourcing. Es täte den Grünen auch gut, wenn sie sich einmal mit ihren Fehlern bei der Agenda 2010 und den Privatisierungen der letzten 15 Jahre befassen würden; dann würden sie vielleicht auch diesem Antrag etwas abgewinnen.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Der Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP findet nicht unsere Zustimmung. Denn es geht in diesem Jahr auch nicht darum, in die Richtung, die ich gerade dargestellt habe, zu gehen, sondern im Gegenteil. Es geht darum, genau das abzuwehren. Deshalb wird im ersten Punkt die Richtung des SPD-Antrags völlig verwässert, und auch in den weiteren Punkten geht es darum.

Zum SPD-Antrag. In der Vergangenheit wurden bei der Stadt Köln Aufgaben im Sicherheitsbereich an externe Wachunternehmen ausgelagert und Stellen bei der Stadt abgebaut. Frau Möller hat schon dargestellt, welche Probleme dabei auftraten. Es traten Probleme bei der Qualität auf. Es wurden damit auch die Löhne für die Wachleute gedrückt. Und wenn etwas die objektive Folge von einer solchen Maßnahme ist, dann kann man auch vermuten, dass das möglicherweise genau die Absicht war. Denn es sollen Kosten gesenkt werden, und das wurde damit erreicht: dass Löhne für Wachleute gedrückt wurden.

Auch der gesetzliche Mindestlohn, der bei einigen privaten Firmen nicht immer eingehalten wurde - von 8,50 Euro, seit Kurzem von 8,84 Euro -, garantiert nämlich zurzeit kein menschenwürdiges Leben. Wer nur den geltenden Mindestlohn bekommt, müsste 60 Jahre lang Vollzeit arbeiten, um eine Rente auf dem Niveau der Grundsicherung zu erreichen. Beschäftigte bräuchten stattdessen einen Stundenlohn von 11,50 Euro, um nach 45 Jahren im Alter nicht auf Sozialhilfe, auf Grundsicherung, angewiesen zu sein.

Also, es ist beschämend, wenn Beschäftigte im Dienst der Stadt unter prekären Bedingungen arbeiten müssen und am Ende ihres Arbeitslebens vor Altersarmut stehen. Genau diesem möchte der SPD-Antrag entgegensteuern. Deshalb werden wir ihn unterstützen.

Die Linke unterstützt den vorliegenden Antrag auch, weil Langzeitarbeitslose Qualifikationen erwerben können. Auch das wurde bereits von der Kollegin der SPD dargestellt. Das ist eine sehr unterstützenswerte Sache.

Allerdings möchten wir es nicht, wie es im Ratsantrag vom November letzten Jahres hieß, unter Verwendung von Ein-Euro-Jobs, von Arbeitsgelegenheiten. In der Vergangenheit hat die LINKE diese Arbeitsgelegenheiten immer abgelehnt als reines Disziplinierungsinstrument ohne nennenswerte beschäftigungspolitische Effekte.

Fazit: Die Stadt bekommt mit dem vorliegenden Antrag die Chance, die Standards für die Arbeit von Wachleuten nicht nur wieder selbst setzen zu können, sondern auch ihre Überprüfung unmittelbar in die Hand zu bekommen. Der Antrag kann also ein erster Anfang sein, um unsoziale Privatisierungen bei der Stadt zurückzunehmen und Lohndumping bei den Security-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern zu stoppen. Deshalb unterstützt ihn die Linksfraktion.

Wir möchten aber, dass weitere Maßnahmen, prekäre Arbeit und Niedriglöhne in Köln zurückzudrängen, folgen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Den Antrag der SPD finde ich ziemlich schwierig.

Ich finde ihn schwierig, weil dort in der Tat verschiedene Sachverhalte miteinander vermischt werden. Da ist zum einen das Thema der strategischen Ausrichtung der KGAB. Das zweite Thema ist die Kritik an Vertragsverstößen von Sicherheitsunternehmen. Das dritte Thema ist die Entwicklung eines kommunalen Beschäftigungsprogramms.

Herr Klausing hat eben zitiert, dass der Geschäftsführer der KGAB gesagt hat, er wäre nicht glücklich darüber, dass es diesen Antrag heute in der Ratssitzung geben würde.

Ich bin da weniger zurückhaltend. Ich bin richtig ärgerlich darüber.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin nämlich wirklich ärgerlich, wenn irgendwelche Absprachen, die man miteinander trifft, nicht eingehalten werden. Das, finde ich, ist in diesem Fall ganz deutlich geworden.

Wir haben im Aufsichtsrat beschlossen, dass wir über die strategische Ausrichtung erst einmal im Aufsichtsrat diskutieren. Deswegen gibt es dieses Sechsergremium. Morgen sitzen wir zusammen. Es ist nicht glücklich, dass Sie heute mit diesem Antrag kommen. Es ist nicht nur nicht förderlich, wie der nette Kollege von den Grünen eben sagte, ich finde es sogar kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn sie eine vertrauliche Zusammenarbeit haben wollen, können Sie doch nicht mit solchen Initiativen kommen, mit denen Sie sich profilieren wollen.

Natürlich darf es keine Denkverbote geben. Das ist doch klar, auch nicht für die FDP. Deswegen denken wir auch über Inhousefähigkeiten nach. Das ist doch ganz klar.

Wir sehen auch das Feld der Bewachungsdienstleistungen als Aufgabenfeld. Wir wissen auch, dass die KGAB sich dort großes Knowhow erworben hat und zertifiziert worden ist. Aber - um noch einmal auf das zu sprechen zu kommen, was Frau Möller eben sagte - der Unternehmenszweck der KGAB ist, langzeitarbeitslose Menschen zu qualifizieren und dann auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Und ich glaube, davon habe ich hier heute ganz, ganz wenig gehört.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die von Ihnen so viel gescholtenen Wach- und Sicherheitsagenturen mögliche Arbeitgeber sind, mögliche Arbeitgeber des ersten Arbeitsmarkts, wo die Langzeitarbeitslosen eine Möglichkeit finden, unterzukommen.

Und in Ihrem Punkt 4 des SPD-Antrags stellen Sie das geradezu auf den Kopf. Da steht, die KGAB soll - ich zitiere -

> deshalb, soweit Bedarf dafür besteht, Beschäftigten von Bewachungsfirmen, die künftig nicht mehr an einer Auftragsvergabe der Stadtverwaltung für Bewachungsdienstleistungen partizipieren, eine Qualifikation und gegebenenfalls Beschäftigungsperspektive auf tariflicher Basis bei der KGAB bieten.

Das ist doch genau der andere Weg. Das kann es doch nun überhaupt nicht sein. Insofern sehen Sie, dass einige Sachen entgegen dem Unternehmenszweck der KGAB stehen.

Ich möchte auch noch sagen: Die Schelte ist gerechtfertigt, wenn etwas nicht funktioniert bei den Sicherheitsunternehmen. Man muss dann nachprüfen, man muss schauen, dass die vertraglichen Gegebenheiten eingehalten werden, und wenn das nicht der Fall ist, muss man sich notfalls von den Dienstleistern trennen. Was aber nicht geht - und dieses Gefühl habe ich ein bisschen -, ist, mit einer pauschalen Schelte zu kommen.

Ich komme aus dem Bereich der Sozialpolitik. Das ist allenthalben bekannt. Wenn ich manchmal in den Zeitungen lese, wie in anderen Städten Sicherheitsdienste - gerade bei der Flüchtlingsunterbringung - versagt haben, finde ich, dass wir in der Stadt Köln mit Sicherheitsdiensten sehr gut aufgestellt sind. Das muss auch einmal der Ehre halber an der Stelle gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Der letzte Punkt, den Sie hier einbringen und den Sie ein bisschen vermischen, betrifft das Thema des kommunalen Beschäftigungsprogramms. Ja, das haben wir im November 2016 verabschiedet. Wir haben im letzten Sozialausschuss gefragt, wie die Verhandlungen aussehen. Da wurde uns von allen Seiten ge-

sagt: Ja, wir sind in guten Gesprächen. - Ich hatte das Gefühl, dass diese Gespräche vielleicht auch deshalb so gut sind, weil auch nicht von Anträgen von anderen Parteien außerhalb beeinflusst werden. Ich glaube, man sollte diese Leute einfach einmal in Ruhe verhandeln lassen und Ergebnisse abwarten. Die können wir dann hier diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die ganze Schuld auf mich. Wir haben das wohl mit unserer Frage im September ausgelöst: Wie werden die Standards für die Auswahl des Sicherheitspersonals kontrolliert? - Also, wir waren das hier.

Insoweit - etwas unbewusst - hat die SPD vielleicht diesen Antrag aufgenommen. Daher sollten wir den Dampf an der Stelle herausnehmen. Ich finde das auch sehr ärgerlich, wenn es von beiden Seiten hier wahlkampftechnisch ausgenutzt wird. Dafür ist das Thema und sind auch die Vorfälle, die es in den letzten Monaten gab, zu ernst, als dass wir uns gegenseitig parteimäßig auf die Finger zeigen. Ich würde daher dafür plädieren, an der Stelle etwas mehr Sachlichkeit einzubringen.

Übrigens: Danke, Herr Dr. Rau, für die ausführliche Beantwortung damals im September, die auf einige Punkte, die auch in dem Antrag stehen, sehr dezidiert eingegangen ist und auch die Vertragsdetails etc. aufführte. Das würde ich mir wünschen: dass auch die großen Fraktionen vielleicht vorher einmal in unsere Anfragen hineinsehen. An der Stelle danke!

Wir werden dem SPD-Antrag ansonsten zustimmen, weil er im Detail in die richtige Richtung geht, und nicht, weil es hier um Wahlkampf geht.

Danke.

(Beifall bei den Piraten, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion. Die Antragsteller haben in Person von Herrn Klausing eben erklärt, dass sie die mündlich vorgetragenen Anregungen der SPD nicht übernehmen werden. Daher stelle ich den Antrag, so wie vorgelegt, zur Abstimmung. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen? - Das sind die Grünen. Das ist die CDU. Das ist die FDP. Das ist Herr Wortmann. Gegenstimmen? - SPD, LINKE und die Piraten. Dann ist dem Änderungsantrag als Ersetzungsantrag zugestimmt. Der ursprüngliche Antrag hat sich damit erledigt.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag soll wie folgt ersetzt werden:

1. *Der Rat unterstützt die bereits in Beratung befindlichen Bestrebungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB), bestehende Tätigkeitsfeld auszudehnen und neue zu identifizieren. Dazu sind die Möglichkeiten der Inhouse-Fähigkeit sowie die verschiedenen Fördermöglichkeiten der Agentur für Arbeit, des Landes und des Bundes zu nutzen.*

2. *Mit dem Ratsbeschluss „kommunale Beschäftigungsförderung“ vom 17.11.2016 wurde die Verwaltung beauftragt, kurzfristig ein Maßnahmenprogramm mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose in Kooperation mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Köln aufzustellen und einen Umsetzungsvorschlag im 1. Quartal 2017 den zuständigen Ratsausschüssen vorzulegen. Dieser Ratsbeschluss ist auch für die zukünftige Ausrichtung der KGAB seitens der Verwaltung zu berücksichtigen. Über die zukünftige Ausrichtung der KGAB ist dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Finanzausschuss zu berichten.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Vergabe von Bewachungsdienstleistungen an private Dienstleister und vom Vertragspartner eingesetzte Subformen die Einhal-*

tung bereits bestehender Vertragsverhältnisse präzise zu prüfen und die Möglichkeit von Vertragskündigungen bei Nichteinhaltung oder Verstößen gegen die vertraglich festgelegten Regelungen ausdrücklich vorzusehen. Die Verwaltung soll prüfen, welche Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Firmen, die gegen Vertragsregelungen verstoßen, rechtlich umsetzbar sind.

4. *Es ist sicherzustellen, dass auch die Subunternehmen von Auftragnehmern der Stadt Köln ausschließlich Personal einsetzen, das nach dem jeweils gültigen Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne für Sicherheitsdienstleistungen vergütet wird.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten zugestimmt.

3.1.4 Antrag der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend "Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln"
AN/0194/2017

Zu diesem Thema liegt eine Beschlussvorlage (TOP 10.7) vor, die derzeit noch im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) vorberaten wird. Die Entscheidung über die Vorlage wird daher zurückgestellt und der vorliegende Antrag zur Vorberatung in den AVR verwiesen (siehe Ziffer VII – Seiten 5 und 6 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Präventionsarbeit zu sexueller Gewalt in Köln stützen“
AN/0210/2017

Ich gebe als Erstem Herrn Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist der Herr Dr. Keller nicht da. Er hatte nämlich vorhin in seiner Antrittsrede ein ganz wichtiges Stichwort aufgenommen. Da ging es um Prävention. Die Prävention liegt uns bei diesem Antrag auch am Herzen, obwohl er das Stichwort eher in die polizeilich-kriminalistische, technische Richtung gebracht hat.

Aber mit unserer Initiative wollen wir die Diskussion über die Vorfälle von Silvester 2015/2016 und die vielen darauffolgenden Diskussionen über das Thema „sexualisierte Gewalt“ um einen Aspekt ergänzen, der in der Debatte und in der öffentlichen Auseinandersetzung unserer Meinung nach zu kurz kommt, nämlich die Aufklärung, Angebote und Aktionen für und mit Jungen und Männern.

Am Anfang möchte ich gleich betonen, dass wir alle Initiativen und Projekte - wie zum Beispiel Lobby Für Mädchen, Zartbitter, PRO FAMILIA - vollumfänglich unterstützen und uns für das Engagement bedanken. Die Liste hier ist nicht abschließend gemeint. Besonders gut finden wir auch, dass sich im November 2016 das „Bündnis Köln gegen sexualisierte Gewalt“ gegründet hat.

In alle Aufgabenfelder, die wir als Ergänzung mit unserem Antrag einfordern, sollen die bisherigen Strukturen selbstverständlich einbezogen werden. Es geht nicht um Parallelstrukturen oder um ein gegenseitiges Ausspielen guter Initiativen . Wir Piraten wollen mit unserem Antrag klarmachen, dass es bereits sehr gute Projekte und Initiativen gibt, die sich an Jungen und Männer richtet, diese aber in der Öffentlichkeit nicht genügend wahrgenommen oder unterstützt werden.

In der öffentlichen Debatte über sexualisierte Gewalt werden meistens nur die Frauen angesprochen oder wahrgenommen. Ich möchte das am Beispiel der Plakatkampagne aufzeigen. Natürlich sind diese Plakate, auf denen Frauen klarmachen, dass sie für ihre Rechte kämpfen, richtig und wichtig. Frau Reker hat hier, glaube ich, ganz gut gehandelt, als sie sich als Schirmherrin im Januar dankenswerterweise beteiligt hat.

Der Schriftzug „Die Würde von Frauen und Mädchen ist unantastbar. In Köln und überall.“ macht klar, dass Frauen ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Unversehrtheit haben.

Die Ansprechpartner müssen aber auch deutlicher Männer sein; denn diese sind oft verantwortlich für die Ursachen sexueller Gewalt. Männer sollten aber gemeinsam mit den Frauen für deren Rechte kämpfen oder zumindest dafür sensibilisiert werden, noch stärker sensibilisiert werden. Sexualisierte Gewalt kann eben nur durch eine Verhaltensänderung der Männer sinnvoll bekämpft werden. Bei potenziellen Tätern, also auch in dem männlichen sozialen Umfeld, das einen gewalttätigen sexuellen Umgang mit Frauen oft verharmlost oder ins Lächerliche zieht, muss ein Wandel vollzogen werden. Der Kampf gegen sexuelle Gewalt kann nur Erfolg haben, wenn dieser als ein weit verbreiteter Bestandteil unserer Gesellschaft betrachtet wird.

Wir müssen uns auch damit beschäftigen, dass es unterschiedliche Täter aus unterschiedlichen Gründen gibt. So müssen Männer aus Ehrenkulturen mit ihren problematischen Werten konfrontiert werden. Sie müssen zur Selbstreflexion angeleitet und zu Multiplikatoren ausgebildet werden.

Deshalb wollen wir das Projekt „HEROES Köln“ unterstützen, die genau so einen Ansatz verfolgen und genau diese potenzielle Tätergruppe erreichen. Das heißt nicht, dass wir uns nur auf Jugendliche und Männer mit Migrationshintergrund fokussieren, sondern bisher nicht geförderte, sinnvolle Projekte einbeziehen wollen, eben in diesem Falle HEROES. Projekte, die sich an potenzielle Täter richten, kamen in der Vergangenheit zu kurz. Unser Antrag zu HEROES ist nur ein erster Aufschlag und keine abschließende Lösung. Deshalb haben wir auch über unsere Anfrage im AVR auf die Initiative „Kein Täter werden“ hingewiesen, die es in Köln leider noch nicht gibt.

Wir verfolgen mit dem Punkt 1 eine zentrale Schnittstelle, die Bedarfe koordiniert. Damit wir mit dem Punkt 1 nicht missverstanden werden: Wir wollen keine Parallelstrukturen entwickeln. In Fachgesprächen sollte geklärt werden, inwieweit die Träger oder die Stadt hier eine geeignete Schnittstelle aufbauen können.

Diese sollen die verschiedenen bestehenden Initiativen, Aktionen der Stadtverwaltung oder der Stadtgesellschaft bündeln. Wir brauchen hier als ersten Schritt eine zentrale Anlaufstelle der Stadt. Das zeigt auch die Priorität, die wir alle dem Thema in Zukunft einräumen werden.

Eine Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft „Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit sexualisiert grenzverletzendem Verhalten e. V.“ ist gerade in diesem Zusammenhang eine sinnvolle Ergänzung, wobei man auch auf die Erfahrungen aus anderen Kommunen zurückgreifen kann.

Ich hoffe, ich konnte zu dieser schwierigen Thematik mit diesem sachlichem Vortrag beitragen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten, der SPD und der Guten Wählergruppe Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Frau Gerlach, Herr Hegenbarth, Kompliment für diesen Antrag. Er ist sehr klug. Ich finde ihn wirklich sehr interessant, und meine Fraktion übrigens auch. Auch von den anderen demokratischen Fraktionen ist wohlwollendes Interesse bekundet worden.

Allerdings möchten die Fachpolitiker in unseren Reihen die notwendige Diskussion dann doch lieber in ihrem eigenen Ausschuss führen, also im JHA. Deshalb darf ich für meine und die anderen Fraktionen vorschlagen bzw. beantragen, den Tagesordnungspunkt in den JHA zu verweisen. Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben, bitte.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Nein! Er hat für alle gesprochen!)

- Gut. Dann liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann lasse ich über den Antrag des Verweisens abstimmen und frage nach Gegenstimmen. - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so verwiesen und damit der ursprüngliche Antrag nicht mehr zu befassen.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Paetzold beschließt der Rat, die Angelegenheit in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes rufe ich auf:

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Überprüfung unrechtmäßiger Bußgeldbescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der A 3“
AN/0226/2017

10.25 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3
0491/2017

Ich gebe zunächst Herrn Stadtdirektor Keller das Wort.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Verwaltungsvorlage noch einmal einbringen, und vielleicht zu zwei Themenkomplexen noch einmal Stellung nehmen. Ich würde zum einen gerne die Besonderheiten dieser Vorlage hervorheben, und zum anderen aus aktuellem Anlass - Presseberichterstattung von heute - auch zu den zeitlichen Abläufen heute einige Worte sagen, weil da, glaube ich, dringend etwas klargestellt werden muss. Zunächst zu den Inhalten der Vorlage:

Sie finden unter Punkt 1 der Vorlage ein Bekenntnis - so nenne ich es jetzt einmal - zur Bestands- bzw. Rechtskraft der Bescheide. Das ist an dieser Stelle ganz wichtig. Wir haben von Anfang an, und zwar in grundsätzlichem Einvernehmen auch mit der Bezirksregierung, die Position vertreten - die zwischen Fachleuten auch wirklich unstreitig ist -, dass diese Bescheide, die bestandskräftig bzw. rechtskräftig geworden sind, nicht mehr aufgehoben werden können. Ich habe in der gesamten Diskussion an der Stelle auch keine andere juristische Position gehört. Es ging sogar so weit, dass in der letzten Woche, auch in einer Kölner Zeitung, der ehemalige Präsident des Oberverwaltungsgerichts und gleichzeitig Präsident des Verfassungsgerichtshofes diese Position noch einmal bestätigt hat. Das ist auch für das, was wir Ihnen heute zur Beschlussfassung vorlegen, eine ganz wichtige Prämisse.

Eine Veränderung dieser Bescheide ist nur über den gesetzlich vorgegebenen Weg des Ordnungswidrigkeitengesetzes, nämlich des § 85, grundsätzlich möglich, nämlich über eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Aber da sind enge Voraussetzungen und hohe Hürden zu nehmen. Das ist der Grund - die Bestandskraft der Bescheide, an der wir nicht vorbeikommen -, warum wir uns in den letzten Tagen und Wochen mit einer Lösung des Problems durchaus schwergetan haben. Es ist relativ leicht, zu rufen: „Zahlt das Geld zurück“, wenn ich dafür keine Rechtsgrundlage habe bzw. einen Weg zu finden, um eine solche zu schaffen.

Der Rat muss sich zwei Dinge bewusstmachen, die mit einer Beschlussfassung zu dieser Vorlage verbunden sind: Erstens. Sie beschließen, wenn Sie unserer Vorlage folgen, eine freiwillige Leistung. Es gibt keinen Anspruch der Betroffenen. Die Stadt verzichtet auch nicht auf Ansprüche, die sie ihrerseits gegen die Betroffenen aus bestandskräftigen Bescheiden hat; denn mit Bezahlung ist dieser Anspruch entsprechend auch erloschen. Das ist wichtig für die Frage, ob wir das überhaupt dürfen, was wir Sie bitten, zu tun.

Zweitens. Heute wird beschlossen - falls beschlossen wird! - ein finanzieller Ausgleich für das, was die Betroffenen an Verwarn- und Bußgeldern bezahlt haben. Alles andere, nämlich die Aufhebung von Nebenfolgen - Punkte, Fahrverbote -, steht nicht in unserer Macht als Verwaltung und auch nicht in der Macht des Rates. Hierüber kann, wenn denn die Voraussetzungen vorliegen, ein Gericht im Wege des Verfahrens der Wiederaufnahme neu entscheiden, oder - auch diesen Weg haben wir in den letzten Tagen vorgeschlagen - hierüber kann auch in Härtefällen im Gnadenverfahren entschieden werden. Hier ist aber die zuständige Behörde die Bezirksregierung. Auch die hat an der Stelle darauf hingewiesen, dass hier hohe Hürden zu nehmen sind. Das ist ganz wichtig: freiwillige Leistungen und nur ein Ausgleich der Geldleistungen. Es kann deshalb sein, dass - so habe ich es in der Pressekonferenz gesagt - hier am Ende eine Gerechtigkeitslücke bleibt.

Ein weiterer Punkt, der auch Gegenstand der Debatte war, ist die Frage: Warum machen wir das mit der Onlinebeantragung? - Ich würde eigentlich weniger von einem Antragserfordernis sprechen, auch wenn wir das so in die Vorlage hineingeschrieben haben. Aber wir brauchen an einer Stelle die Mitwirkung der Be-

troffenen, um die Fälle auch eindeutig zuordnen zu können.

Wir haben hier zum einen das Erfordernis, dass wir tatsächlich auch eine aktuelle Kontoverbindung brauchen, weil wir nicht sicher sein können, dass die, von der im letzten Jahr gezahlt worden ist, auch die ist, auf die das Geld zurückgehen kann. Und wir haben auch ganz praktisch das Problem, dass wir uns anhand unserer Kassenzeichen schwertun, die Fälle eindeutig zuzuordnen. Wir können zwar am Kassenzeichen erkennen, ob ein Autobahnblitzer betroffen ist oder ein städtischer Blitzer, aber wir haben bekanntermaßen nicht nur den A3-Blitzer, sondern es könnten auch Fälle sein, die sozusagen auf der A1 erwischt worden sind. Deshalb: Die Mitwirkung der Betroffenen ist für uns wichtig, um tatsächlich auch die Fälle sauber zu identifizieren, die hier für eine Erstattung angehen.

Wir glauben, dass wir hierfür ein niedrigschwelliges und unkompliziertes Angebot schaffen werden, das wir hoffentlich auch schon morgen online stellen können. Dann haben unsere Fachleute sozusagen ein Verfahren im Hintergrund geschaltet, wie aus dieser Eingabemaske heraus im Prinzip auch eine Kassenanweisung erstellt werden kann, die dann tatsächlich das Geld unkompliziert zur Auszahlung bringen kann.

Hier geht es also im Kern nicht darum, den Betroffenen irgendein Antragserfordernis aufzuerlegen, sondern hier geht es am Ende um Verwaltungsvereinfachung. Ich glaube, dass diese niedrigschwellige und unkomplizierte Art der Mitwirkung für die Betroffenen auch durchaus zumutbar ist.

Ich darf in dem Zusammenhang vielleicht darauf hinweisen, dass die Fallzahlen, die in der Vorlage angegeben sind, genau aus diesem Grund, dass wir uns bei den Kassenzeichen so ein bisschen schwertun, sich durchaus für die Fallzahlen auf der A3 noch etwas reduzieren können gegenüber dem, was in der Vorlage steht, weil, wie gesagt, dieses Thema gerade sozusagen bei der Konzeption dieses Onlineverfahrens entsprechend aufgefallen ist.

Wir werden über den Verwaltungsaufwand, der unweigerlich mit dieser Aktion verbunden ist, mit der Bezirksregierung reden müssen. Auch dazu finden Sie in der Vorlage einen Satz. Frau Walsken hat in unserer gemeinsamen Presseerklärung schon erklärt, dass sie da auch gesprächsbereit ist, weil auch dort gesehen wird, dass der Verursacher dieses Fehlers nicht bei der Stadt zu suchen ist, sondern durch die fehlerhafte Anordnung der Beschilderung auf der A3, die von der Bezirksregierung vorgenommen worden ist, letzten Endes verursacht wurde.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die Rechnung würde ich gerne schreiben!)

- Ja, wir müssen jetzt erst einmal gucken. Wie gesagt, wir versuchen - ich glaube, das ist auch im Sinne aller Beteiligten -, den Aufwand natürlich so gering wie möglich zu halten. Wir müssen einfach am Ende sehen, was dabei herauskommt, und dann werden wir hier entsprechend verhandeln.

Vielleicht - ich habe es angekündigt - noch ein paar Sätze zum Thema Zeitablauf. Heute wird der Pressesprecher der Bezirksregierung mit der Aussage zitiert, die Stadt hätte ab dem 15. Dezember eigentlich schon wissen müssen, was ordnungsbehördlich an der Stelle zu tun sei.

Um das hier ganz eindeutig noch einmal zu sagen: Dem ist nicht so. Für diese Aussage hat sich der Pressesprecher der Bezirksregierung gestern Abend noch persönlich bei mir entschuldigt, weil er eingesehen hat, dass diese Aussage so nicht haltbar ist.

Was ist am 15. Dezember passiert? Die Staatsanwaltschaft Köln hat uns angeschrieben, weil sie Zweifel an der Wirksamkeit der Geschwindigkeitsbegrenzung hat - Zweifel! Sie hat uns nicht geschrieben: Das ist alles rechtswidrig, was ihr da tut; sondern sie hat uns geschrieben: Es gibt Zweifel, und wir mögen doch bitte dazu Stellung nehmen. Dann ist der Sachverhalt geschildert worden.

Wir sind aber nicht anordnende Behörde. Wir sind weder Straßenbaulastträger auf der A3, noch sind wir anordnende Behörde für die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A3. Also haben wir folgerichtig die zuständige Behörde gebeten, zu sagen, wie sie denn gedenkt, mit dieser Frage umzugehen, oder wie sie sich dazu stellt. Das haben wir gemacht. Wir haben das weitergeleitet und haben am 4. Januar eine Antwort der Bezirksregierung dazu bekommen. Die Antwort, die wir dann bekommen haben, die haben wir auch zügig umgesetzt.

Nur um noch einmal deutlich zu machen, dass es hier keine klare Rechtslage gab in dieser Zeit - man kann die Frage stellen, ob es die ei-

gentlich heute zu dieser Frage gibt -, möchte ich darauf hinweisen, dass am 3. Januar 2017 das Amtsgericht Köln einen Fahrer zu einer Geldbuße von 320 Euro und zu einem Fahrverbot verurteilt hat, weil an der Stelle Tempo 60 galt. So das Urteil des Amtsgerichts Köln. Das heißt, hier standen auch widerstreitende Urteile gegeneinander. Deshalb war es für uns der absolut richtige Weg, die Bezirksregierung zu fragen, welcher Rechtsauffassung sie sich denn nun anschließt. Sie hat uns am 4. Januar mitgeteilt, dass sie sich der Rechtsauffassung des Gerichts anschließt, das gesagt hat, da hätte noch ein weiteres Schild stehen müssen. Sie hat uns dann gebeten, die laufenden Verfahren einzustellen. Und dieser Bitte sind wir nachgekommen.

Ich glaube, es ist der Verwaltung nicht vorzuwerfen, dass sie sozusagen den Januar über genau diese Anweisung der Bezirksregierung befolgt hat und sich darauf konzentriert hat, die laufenden Verfahren zur Einstellung zu bringen.

Dass sich aus einer öffentlichen Debatte um dieses Thema dann am Ende sozusagen die Überlegung entwickelt hat, außerhalb der geltenden Vorschriften - ich sage nicht: außerhalb des geltenden Rechts, aber außerhalb der Vorschriften, die sich um die Wiederaufhebung dieser Bescheide drehen - eine Lösung zu finden, ist eine ganz andere Frage. Das ist eine Frage, die Verwaltung nicht alleine entscheiden kann; deshalb legen wir sie heute dem Rat vor und bitten Sie, unserer Vorlage zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat zunächst die Antragstellerin das Wort. Herr Huben, bitte.

(Zuruf)

- Ach so, vor den Redebeiträgen! - Herr Huben, wir hatten vereinbart, dass noch Fragen an Herrn Dr. Keller gestellt werden können.

(Reinhard Houben (FDP): Okay!)

Das hatte ich jetzt vergessen. - Herr Krupp, bitte.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Dr. Keller, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich möchte noch ein paar Fragen stellen, weil mir einiges nicht so klar vor Augen steht.

Jenseits des Rechtlichen - dazu komme ich gleich noch mit einer Nachfrage -, sondern erst einmal auf der tatsächlichen Ebene würde uns interessieren: Es gibt ja diese Grenze beim § 85 OWiG, diese, in Anführungsstrichen, „Bagatellgrenze“ von 250 Euro. Ist Ihnen statistisch bekannt, wie viele Bußgelder, die da in Rede stehen, über 250 Euro liegen und wie viele darunterliegen? Und wie viele Leute haben unter Nebenfolgen zu leiden, sprich: Punkte oder gar Fahrverbot?

(Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Nein!)

- Okay. - Dann ist noch die Frage für mich: Auf welcher Rechtsgrundlage machen wir das Ausgleichsprogramm jetzt? Sie wissen, wir als SPD-Fraktion sind - das ist sozusagen der politische Wille - dafür, das Geld zurückzuerstatten, so unkompliziert wie möglich. Umso mehr interessiert uns aber auch die Rechtsgrundlage, auf der wir heute entscheiden. Schöpfen wir quasi eine Rechtsgrundlage mit der Verwaltungsvorlage, wenn sie beschlossen wird, und bietet uns das nicht auch Gestaltungsraum, wenn wir sozusagen selber die Rechtsgrundlage schöpfen?

Und schließlich und letztlich, um das abzuhandeln, dann noch die rechtliche Ebene: Es war am Anfang der Debatte, die auch in der Presse geführt wurde, davon die Rede, die Stadt könne jedenfalls denen helfen, die über 250 Euro liegen. Das ist ja der § 85 OWiG. Und jetzt verstehe ich die Verwaltungsvorlage so, dass doch große Teile über das Gnadenverfahren abgewickelt werden müssen.

Was mich irritiert: In dem § 85 Abs. 4 OWiG steht ausdrücklich drin, dass das Wiederaufnahmeverfahren auf Antrag des Betroffenen eingeleitet werden kann. Da gibt die Stadt die Akten an die Staatsanwaltschaft, die die Wiederaufnahme beim Amtsgericht beantragen kann. Da steht aber auch: Wird der Verwaltungsbehörde, also der Stadt, Umstände bekannt, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens zulassen, so übersendet sie die Akten der Staatsanwaltschaft. Das lese ich doch so, dass die Stadt nach § 85 Abs. 4 Satz 2 eigentlich von sich aus tätig werden müsste und zumindest die Fälle, die über 250 Euro liegen

und/oder Fahrverbote nach sich ziehen, auf diesem Wege ganz automatisch angehen würde. Ich meine, da würde sich die Staatsanwaltschaft freuen, wenn die ganzen Akten hereinkommen. Aber erst einmal steht es ja so im Gesetz. Oder verstehe ich das falsch?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde gerne die Fragen sammeln. Herr Weisenstein hat sich gemeldet.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Keller, zunächst einmal vielen Dank für den Vortrag. Das war schon in vielen Punkten gut nachvollziehbar.

Nichtsdestotrotz bleiben für mich zwei Fragen: Sie haben einmal gesagt, dass ein Schild gefehlt hat. Ich habe das die ganze Zeit so verstanden, dass das ausschlaggebende Schild für die Autofahrer gefehlt hat. Das würde ich ganz gerne von Ihnen wissen. Es ist doch so gewesen, dass da überhaupt kein Schild stand, dass die Geschwindigkeit da stark reduziert ist. Das wäre mir wichtig, herauszustellen.

Dann die zweite Frage: Wenn doch so viele Auffälligkeiten auf so einer Strecke bestehen - jetzt einmal unabhängig davon, wer das macht -, wäre es dann nicht sinnvoll gewesen, wenn das auffällt, dass es da so viele Bußgeldbescheide gibt, dass man sich die Situation einmal anguckt, warum das so ist? Das ist jetzt der Punkt, der von uns bzw. zumindest von mir aus, nicht nachvollziehbar ist. Unabhängig davon, ob das die Stadt hätte tun können oder müssen oder ob es die Bezirksregierung hätte tun können oder müssen. Das ist mir noch nicht ganz klar.

Ich frage das auch deswegen: Wenn wir so viele Bußgelder haben - dieses Schild hätte ja eigentlich dastehen sollen, um die Sicherheit der Autofahrer zu gewährleisten; das war aber nicht da, da liegt der Hase ja im Pfeffer -, haben da denn die Behörden gegebenenfalls vielleicht nicht gewissenhaft genug sich darüber ein Bild verschafft, ob die Ausschilderung so ist, dass auch wirklich die Verkehrssicherheit an der Stelle gegeben ist?

Danke schön.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fange vielleicht mit den tatsächlichen Dingen an - das sind die Fragen von Herrn Weisenstein -, bevor ich auf Herrn Krupp eingehe.

Das Thema der Beschilderung war so: Der Blitzer steht immer da. Ich weiß nicht, wann der aufgestellt worden ist, der steht jedenfalls schon sehr lange da und blitzte bei 100, als da eine freie Strecke war. Dann hat die Bezirksregierung bzw. der Landesbetrieb Straßen dort eine Baustelle unmittelbar vor dem Blitzer eingerichtet und hat für diese Baustelle Tempo 60 angeordnet, und zwar zum Beginn der Baustelle. Man hat, wie das üblich ist, von 100 auf 80 auf 60 heruntergebremst, und dann galt in der Baustelle Tempo 60. Am Ende der sogenannten Gelbmarkierung, das heißt, da, wo man aus der Baustelle ausschwenkt und dann wieder auf die vermeintlich freie Bahn kommt, stand kein Schild, aber - und 70 Meter dahinter steht unser Blitzer bzw. sind die Schleifen in den Boden eingelassen, die den Blitzer auslösen - in dem Moment, in dem man sozusagen auf die baustellenfreie Strecke einschwenkt, sieht man schon die Schilderbrücke, die kurz hinter dem Blitzer steht, die mit elektronischen Anzeigetafeln verbunden ist, die auch nach dem Beschilderungsplan 60 ausgewiesen haben.

Jetzt ist die spannende Frage: Hätte am Ende der Baustelle noch mal ein Schild stehen müssen „Tempo 60“? Zu dieser Auffassung ist das Amtsgericht Köln in einer Entscheidung, ich glaube, vom 13. Dezember, gelangt; aber eine andere Abteilung - ich habe es eben zitiert - des Amtsgerichts Köln hat es anders gesehen. Ich persönlich - die Bezirksregierung hat es nachvollzogen bzw. hat es zuerst gemacht - würde mich der Position anschließen, dass das Schild dort hätte stehen müssen; denn die StVO sagt: Wenn die Gefahrenstelle zu Ende ist und ich die Geschwindigkeitsbeschränkung aufrechterhalten möchte, muss ich sie erneut anordnen.

Man kann aber auch die Position vertreten, dass das im Prinzip schon sichtbar oben auf den Schilderbrücken gewesen ist. Das ist der Rechtsstreit, der jetzt auch entschieden ist, sonst hätten wir die Fälle nicht eingestellt.

Sie haben darüber hinaus gefragt: Hätte man das nicht merken können aufgrund der Fallzahlen? - Das hätte man aus meiner Sicht nicht merken müssen; denn dass die Fallzah-

len in die Höhe gehen, war keine Überraschung. Wenn ich den Blitzer von 100 auf 60 herunterfahre, ist erst einmal klar, dass an der Stelle mehr Fallzahlen zustande kommen. Und als bei Tempo 100 geblitzt wurde und die Strecke baustellenfrei war, war der Blitzer auch nicht 24 Stunden in Betrieb, sondern er hatte eine nächtliche Pause. Wir sind aber gebeten worden, die Baustelle rund um die Uhr zu „bewachen“, in Anführungszeichen. Das heißt, wir haben nicht nur das Tempolimit reduziert bzw. die Auslöseschwelle drastisch reduziert, sondern wir haben auch auf 24/7 umgestellt, das heißt 24 Stunden, 7 Tage die Woche.

Und bei der Verkehrsbelastung im Heumarer Dreieck waren die Fallzahlen, die wir dann erhalten haben, ehrlich gesagt, dann so dramatisch auch nicht mehr, oder jedenfalls nicht so überraschend, dass man da hätte von ausgehen müssen, dass die Leute sozusagen bewusst in eine Falle gelockt worden sind.

Dann komme ich zu den Fragen von Herrn Krupp. Sie haben zunächst einmal gefragt: Was ist mit der Rechtsgrundlage? Schaffen wir hier eine? - Ja. Wir schaffen eine. Der Rat beschließt eine freiwillige Leistung. So wie er auch ein Förderprogramm für, ich sage jetzt einmal, Solardächer beschließen könnte, beschließt er hier ein freiwilliges Ausgleichsprogramm; denn eine andere Rechtsgrundlage gibt es nicht. Es ist ein freiwilliges Programm.

Sie haben die Frage gestellt: Was ist mit § 85 Abs. 4 und der 250-Euro-Schwelle? Wir verweisen in der Vorlage ja darauf: Wenn die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Verfahrens vorliegen, dann können die Betroffenen ein solches Verfahren auch anstrengen, weil das die Möglichkeit mit sich bringt, auch die Nebenfolgen zu beseitigen. Das wäre ein ordentliches Verfahren. Die Staatsanwaltschaft hat uns hier aber ausdrücklich darum gebeten, die Menschen jetzt nicht sozusagen blindlings ins Wiederaufnahmeverfahren zu schicken, weil sie nämlich erhebliche Zweifel daran haben, dass die Fälle sich für eine Wiederaufnahme des Verfahrens qualifizieren, und zwar auch unabhängig von der Bagatellschwelle. Die spannende Frage ist: Gibt es hier eigentlich neue Tatsachen? Man kann sich auch auf den Standpunkt stellen, die Tatsache ist ein fehlendes Schild, und dies ist heute wie vor einem Jahr. Das heißt, hier gibt es durchaus Zweifel.

Das ist auch der Grund, warum wir an der Stelle nicht sämtliche Akten zur Staatsanwaltschaft schaffen und sagen: Guckt ihr doch einmal, was ihr damit macht. - Damit würde man das Problem von der einen Behörde auf die andere verschieben, ohne dass man den Betroffenen geholfen hätte. Also, das ist aus meiner Sicht auch kein gangbarer Weg. Das heißt, die Betroffenen müssen hier schon selber entscheiden, ob sie für eine Wiederaufnahme infrage kommen oder nicht, bzw. müssen über eine entsprechende Beratung oder wie auch immer für sich klären, ob sie einen solchen Antrag stellen.

Und wir haben gesagt: Da, wo die Bagatellschwelle unstreitig überschritten ist, nämlich wo das Bußgeld über 250 Euro ist, da sollen die das mal so machen. Und da ist es auch zumutbar; denn da muss die Geschwindigkeitsübertretung schon sehr deutlich gewesen sein, sodass wir das am Ende an der Stelle auch für zumutbar halten, auf diesen Weg zu verweisen.

Umgekehrt sagen wir: Wenn die Geldbuße oder das Verwarngeld unter 250 Euro liegt, also unterhalb der vom Gesetz vorgesehenen Bagatellschwelle, dann wollen wir das über das Programm auch ausgleichen. Aber - und das hatte ich eingangs gesagt - wir haben hier keine Möglichkeit, sozusagen Nebenfolgen zu korrigieren. Sie hatten ja gesagt: Wenn wir doch sowieso eine eigene Rechtsgrundlage schaffen, sind wir da nicht etwas freier in der Ausgestaltung? - Das sind wir an der Stelle nicht; denn Nebenfolgen kann man, wie gesagt, nur dann erlassen, wenn man an der Rechtskraft der Bescheide arbeiten kann, und das ist wieder - wie ich das eben ausgeführt habe - eben nicht unsere Sache, das ist nicht unsere Zuständigkeit. Da müssen uns dann die Gerichte helfen oder aber die Bezirksregierung im Wege des Gnadenverfahrens. Auch diese Möglichkeit besteht ja. Auch das haben wir in der Vorlage angesprochen. Auch wenn wir da mit der Bezirksregierung uneins sind zu der Frage, wie weit das reicht. Aber grundsätzlich ist der Weg eröffnet. Das hat auch Frau Walsken so zugestanden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. - Jetzt hat Herr Houben das Wort.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank, Herr Dr. Keller, für die aus-

führliche Darstellung eines sicherlich nicht ganz einfachen Vorgangs.

Meine Damen und Herren, halten wir uns erst einmal vor Augen, wie das Ganze angefangen hat. Es ist weder die Verwaltung noch die Politik gewesen, die auf diesen Missstand hingewiesen hat; sondern wir konnten der Presse entnehmen, dass es offensichtlich Probleme an der Blitzeranlage gibt. Interessant an der Entwicklung - Frau Oberbürgermeisterin, daran haben wir ja auch Kritik geübt in der Presse - war ja die unterschiedliche Bewertung. Erst hieß es: Nein, wir können kein Geld zurückgeben. Das ist nicht möglich. - Dann ist gesagt worden: Ja, wir können das Geld zwar nicht zurückgeben, aber wir geben es für verkehrserziehende Maßnahmen aus.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Verkehrssichernde Maßnahmen.

Reinhard Houben (FDP): Verkehrssichernde Maßnahmen! Wobei natürlich der böse Mensch daran denkt, dass man eine neue Blitzeranlage mit dem Geld finanziert, was man durch eine nicht richtige Blitzerei erhalten hat. Das fanden wir, ehrlich gesagt, nicht so spannend.

Es ist dann zum Glück eine Vollbremsung eingelegt worden und man hat gesagt, den Leuten ist unrecht geschehen. Denn, meine Damen und Herren, das fehlt mir in dieser Debatte. Das fehlt mir zuallererst: eine gewisse Empathie für die Betroffenen

(Beifall bei der FDP)

und eine gewisse Demut der öffentlichen Hand und der Verwaltung, dass man hier Hunderttausenden Menschen unrecht getan hat. Das könnte man vielleicht auch einmal entsprechend äußern. Ich erwarte dies vor allen Dingen von der Regierungspräsidentin - denn da sehe ich die Verantwortung für diese Fehlentwicklung zuallererst -, dass sie sich mal in die Öffentlichkeit begibt und sagt: Ja, wir haben einen Fehler gemacht und es tut uns leid, und wir wollen uns darum kümmern, dass der Schaden möglichst geringgehalten wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen technisch die Bemühungen der Stadt Köln - Herr Dr. Keller, Sie haben das ja deutlich ausgeführt -; wir akzeptieren auch den Antrag, den die Verwaltung hier eingebracht hat, und wir werden dem auch zustimmen.

Aber erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen: Warum finden wir jetzt während der Ratssitzung eine Pressemitteilung der „Kölnischen Rundschau“- Frau Schürmann wird da zitiert -: Wir wissen ja gar nicht, ob es 400.000 Leute sind - Herr Dr. Keller, deshalb habe ich es Ihnen hierhingelegt -, vielleicht sind es ja auch nur 285.000 Fälle, weil wir im Moment nicht unterscheiden können, ob es nur um den Blitzer auf der A3 geht oder auch um den Blitzer an der A1. Das erhöht natürlich das Vertrauen in unser aller Handeln nicht unbedingt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Es wäre sehr schön gewesen, Herr Dr. Keller, wenn Sie hier schon so breit austragen, dass Sie uns in Ihrem Vortrag darauf hinweisen, dass es offensichtlich diese Differenzen gibt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das hat er doch gemacht!)

- Herr Dr. Elster, er hat gesagt, es gibt gewisse Veränderungen. Aber wenn es auf einmal statt 400.000 Fällen 285.000 Fälle sind, kann man es, finde ich, durchaus auch schon so formulieren, wenn schon die Pressesprecherin dazu in der Lage ist.

(Beifall bei der FDP)

Und, meine Damen und Herren: Ja, ich stimme Herrn Dr. Keller zu, wir haben leider nicht die Möglichkeit, diejenigen zu schützen, die am meisten betroffen sind. Denn nicht derjenige, der 15 Euro für ein Knöllchen bezahlt hat, ist der, der am stärksten betroffen ist, sondern die Person, die den Führerschein abgeben muss, weil sie über eine solche Falschblitzerei entweder die Punkte überschritten hat oder den Führerschein abgeben muss.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist doch viel zu schnell gefahren! Der muss ja gerast sein!)

- Frau Heuser, ich weiß gar nicht, was Sie sich so aufregen. Es ist den Leuten unrecht getan worden.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe eigentlich auch Ihre Partei immer so verstanden, dass wenn anderen unrecht getan wird durch die öffentliche Hand, durch die

Verwaltung, dass Sie auf der Seite der Bürger sind. Nur weil es Autofahrer sind, sind es dann auf einmal andere Menschen?

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist gleich zu Ende, lassen Sie mich zum Punkt kommen: Ich glaube, wir als Stadt Köln machen das, was wir machen können. Dafür danke ich der Verwaltung. Ich bin aber, ehrlich gesagt, unzufrieden mit der Koordination zwischen Bezirksregierung und Stadt, dass wir keine besseren Lösungen finden für diejenigen, die noch stärker betroffen sind, eben nicht nur ein Knöllchen bezahlen mussten, sondern ihren Führerschein abgeben mussten, was unter Umständen, wenn sie Berufskraftfahrer sind oder sonst stark auf ihr Auto angewiesen sind, für diese Leute ein echtes ökonomisches und auch gesellschaftliches Problem ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Houben, ich darf das mit den Fällen vielleicht noch einmal aufklären, nicht dass hier der Eindruck entsteht, wir würden parallel zur Ratssitzung sozusagen Pressearbeit machen, die von unserer Vorlage abweicht.

Wenn man die Vorlage genau liest, kommt man auf die Zahl von 285.000 Fällen, die noch offen sind. Das ist offensichtlich auch jemandem aufgefallen, der Frau Schürmann angesprochen hat, und sie hat das dann bestätigt. Aber es steht schon so in der Vorlage, dass 184.000 Fälle bezahlt sind und 100.000 weitere Fälle archiviert, die wir noch sozusagen händisch noch erfassen müssen. Das sind die 285.000. So kommt diese Meldung zustande.

Ich hatte in der Tat in meinem Vortrag ausgeführt, dass über diese Frage, welche Daten brauchen wir eigentlich, um die Fälle sauber zuzuordnen, aufgefallen ist, dass hier an der Stelle in den Gesamtzahlen durchaus auch Fälle enthalten sind, die auf der A1 geblitzt wurden.

Ich gebe Ihnen recht bzw. ich würde mir selber wünschen, hier sehr schnell Klarheit hinsichtlich der Zahlen zu haben. Es werden jedenfalls nicht mehr als die, für die wir Sie jetzt bitten, auch das Geld zur Verfügung zu stellen, eher ein paar weniger. Das ändert aber, glaube ich, an der grundsätzlichen Lage und auch an der grundsätzlichen Richtigkeit des Vorgehens nichts.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um eines vorneweg zu sagen: Verantwortung für die Beschilderung, die hier das Problem war, trägt die Bezirksregierung Köln. Verantwortung für die Bußgeldbescheide trägt als zuständige Behörde die Stadt Köln.

Inwieweit die Stadtverwaltung möglicherweise von der falschen Beschilderung früher wusste, als es zuletzt den Anschein hatte, wird noch zu klären sein. Natürlich müssen wir darauf eingehen, wenn es von außen Hinweise gibt - sei es durch Bußgeldakten, sei es durch Medien -, dass es da möglicherweise eine andere Kenntnis hätte geben müssen. Das ist natürlich relevant und wird in den nächsten Wochen und Monaten zu besprechen sein.

Eines steht aber genauso fest: Über 400.000 Bürgerinnen und Bürger haben falsche Bescheide bekommen. Sie haben das, Herr Dr. Keller, ja eben selbst gesagt, unabhängig davon, wie man nun Recht interpretieren mag, ist das ein Faktum, das wir hier im Saal jedenfalls alle anerkennen. Daran gibt es keinen Zweifel. Dass das dazu führte, lag nicht daran, dass es eine überraschend geänderte Rechtsprechung gab oder dass es plötzlich einen Zeugen gab, der der Lüge überführt wurde, oder dass es ein plötzlich neu auftretendes Beweismittel; sondern diese Bescheide waren schlicht und einfach von vornherein falsch. Insofern hat Herr Houben völlig recht: Hier ist Menschen das Vertrauen in staatliches Handeln abhandengekommen, weil sie darauf vertrauen können müssen, dass Bescheide, die an sie verschickt werden, vor allem belastenden Inhalts, rechtmäßig und richtig sind.

Ich will aber eines ganz offen sagen: Wir von der sozialdemokratischen Fraktion kritisieren weniger diesen Fehler - der ist schlimm und ärgerlich genug -, sondern noch viel mehr den Umgang mit diesem Fehler. Denn da haben

die zuständigen Behörden, Bezirksregierung und Stadt Köln, sozusagen mal „bewiesen, was sie können“, in Anführungszeichen. Statt den Amtsschimmel in den Stall zu stellen, haben sie diesen auch noch fröhlich gesattelt und sind tagelang in der Gegend umhergeritten. Und das ist doch genau das, was Köln einmal mehr in der Öffentlichkeit zum Gespött geführt hat. Die Menschen nicht nur in Köln, sondern weit darüber hinaus, haben keinerlei Verständnis für dieses Behördenwirrwarr und dieses Hin und Her, diese Rechtsfindung mal so, mal so.

Herr Houben hat völlig zu Recht darauf hingewiesen: Erst einmal sollte eine Rückzahlung gar nicht möglich sein, dann hat Frau Oberbürgermeisterin vorgeschlagen, in die Verkehrssicherheitsarbeit zu investieren. Immerhin - das will ich ganz ausdrücklich sagen, und das ist das Positive an der heutigen Entwicklung - ist dann ja am Ende ein Weg gefunden worden, der zumindest eine Rückerstattung möglich macht.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der aber jetzt zerredet wird!)

So weit, so gut. Ich will nur darauf hinweisen: Darauf haben wir von Anfang an rekurriert. Nach dem berühmten Satz „Wo ein Wille ist, ist ein Weg“ konnte man, abweichend von bestimmten formalisierten Verfahren, ein solches freiwilliges Rückzahlungsprogramm auflegen. Das ist am Anfang noch bestritten worden. Gut, dass das jetzt im Prinzip möglich gemacht wird.

Aber ich will auch das ganz deutlich sagen: Es ist wichtiger, jetzt zu gucken, wie wird dieses Verfahren ausgelegt? Ist es tatsächlich ein sinnvolles Verfahren? Oder um es einmal mit Konfuzius auszudrücken: Wer nicht weit genug vorausdenkt, gerät zwangsläufig in Schwierigkeiten.

So ist es Ihnen auch hier ergangen. Eine Prognose möchte ich Ihnen doch ganz ausdrücklich machen: Ich bin ganz sicher, dass nicht alles der 11,7 Millionen Euro, die die Stadt hier zu Unrecht eingenommen hat, über das von Ihnen vorgeschlagene Verfahren am Ende bei den zu Unrecht belasteten Bürgerinnen und Bürgern landen wird. Das ist meine feste Überzeugung. Wir werden das Monat um Monat herausfinden, und es wird ein stattlicher Millionenbetrag am Ende doch in der Stadtkasse bleiben, eben weil Sie ein bürokratisches, bürgerfernes und am Ende auch kompliziertes Verfahren gewählt haben. - Das ist der eine Punkt. Wir werden gucken, ob Sie mich da widerlegen können.

Der zweite Gedanke: Sie muten sich selbst auch eine ganze Menge Bürokratie und Aufwand zu. Ich meine, Herr Keller, ich hätte von Ihnen gelesen, pro Fall müssen Sie etwa 20 bis 30 Minuten Zeit investieren. Wenn wir das mit 300.000 oder 350.000 Fällen multiplizieren, bedeutet das weit über 100.000 Arbeitsstunden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung aufwenden müssen, um dieses Thema rückgängig zu machen. Ein Grund mehr, ein noch unbürokratischeres Verfahren zu finden, als Sie hier vorschlagen!

Wir wollen - und das ist in unserem Änderungsantrag zum Ausdruck kommend - die Betroffenen nicht zu Bittstellern degradieren, sondern wir wollen dafür sorgen, dass es eine einfache antragslose Rückerstattung gibt.

Jetzt, Herr Stadtdirektor, habe ich Sie so verstanden: Wir sind hier in einem freien Verfahren. Rechtsgrundlage ist - ich kann es mir nicht anders vorstellen - das Grundgesetz, die kommunale Selbstverwaltung. Die macht es uns möglich, abweichend von sonstigen formalisierten Verfahren hier ein einfaches zu finden. Der inneren Logik zufolge kann sich allerdings daraus dann kein Antragserfordernis ergeben - das haben Sie im Grunde genommen selbst gesagt -, es wäre antragslos möglich.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat genau das Gegenteil gesagt!)

- Nein, Moment! Wir werden das genau klären, Frau Jahn, bevor Sie sich hier künstlich aufregen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, ich rege mich echt auf! Ich kann das sogar echt!)

Er hat gesagt: Juristisch ist die Stadt Köln jetzt hier im Bereich der freien Rechtsfindung. Wir schaffen eigenes Recht. Und deswegen, weil wir eigenes Recht schaffen, ist auch kein formales Antragserfordernis erforderlich.

Zwei Gründe hat er angeführt, warum die Stadtverwaltung es aus seiner Sicht für opportun hält, trotzdem ein Antragsverfahren einzufordern. So habe ich ihn jedenfalls verstanden.

Sie haben zum einen gesagt, Sie kennten die aktuelle Kontoverbindung nicht.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist doch ein Grund!)

- Das ist doch ein Grund, sagt die Kollegin Jahn vom Bündnis 90/Die Grünen. Dann will ich mal sagen: Na ja, es ist ein Grund, es ist eher eine Ausrede.

(Zuruf Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn Sie tatsächlich der Meinung sind, dass es ein Risiko ist, dass Menschen in diesen paar Monaten ihre Kontoverbindung ändern, dann mache ich Ihnen einen ganz einfachen Vorschlag: Dann schicken Sie einen Scheck. Das ist zwar nicht digital, aber effektiv. Das ist ganz einfach. Das kann eine Stadtverwaltung. Sie hat nämlich die Adressen, sie hat die Aktenzeichen und kann den Bürgerinnen und Bürgern einen guten alten Verrechnungsscheck schicken.

(Beifall bei der SPD)

Und der zweite Punkt, den Sie, Herr Stadtdirektor, eben genannt haben, ist, Sie hätten Schwierigkeiten mit der Zuordnung des Aktenzeichens. Es ist eine Menge A3, es könnte aber auch ein bisschen A1 sein. - Da möchte ich mich dem Kollegen Houben schon anschließen. Es ist ja nicht so, dass Sie in Ihrer Vorlage irgendwie geschätzt hätten, wir haben rund 400.000 Fälle; sondern in der von der Stadtverwaltung heute vorgelegten Vorlage steht auf die Zahl und auf den Menschen genau: 453.597 Fälle. Und dann subtrahieren Sie dies und subtrahieren jenes, aber immer punkt- und fallgenau. Das ist eine Scheingenauigkeit, die Sie jetzt offensichtlich zurücknehmen müssen. Das ist schon ein relevanter Vorgang.

Ich will aber sagen: Entweder sind Sie in der Lage, genau diese Fälle herauszufinden - das will ich auch glauben -, oder Sie sind es nicht, das mag ich kaum glauben. Wenn Sie aber in der Lage sind, diese Fälle genau herauszufinden, dann tun Sie es. Und dann ist der zweite Grund, den Sie vorschieben, ein Antragserfordernis haben zu müssen, weggefallen. Sie verschanzen sich am Ende hinter einer Formalie, die nicht erforderlich ist; denn Kontowechsel kann man mit Scheck lösen. Die Frage der Aktenzeichen, sagen Sie, haben Sie in den nächsten Tagen gelöst. Also will ich zusammenfassen: Es geht einfacher, es geht bürgerfreundlicher, es geht bürokratieschonender, und es geht am Ende auch personalschonender. Und das ist etwas, was die Betroffenen verdient haben, aber auch der Ruf der Stadt Köln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Börschel, ein paar Antworten muss ich dazu noch geben.

Zum einen zur Frage „andere Kenntnis in der Verwaltung und die Bescheide waren doch von Anfang an falsch“. Wenn ein Amtsgericht am 3. Januar noch erklärt, dass die Bescheide in Ordnung sind, soll sich dann eine Bußgeldstelle darüber so ohne Weiteres hinwegsetzen? Wir haben es jetzt am Ende gemacht.

(Martin Börschel [SPD]: Aber sie sind doch falsch! Falsch ist falsch!)

- Ein Gericht hat gesagt, sie sind falsch. Ein anderes hat gesagt, sie sind richtig.

(Martin Börschel [SPD]: Aber Sie müssen sich doch entscheiden! Sind sie falsch, oder sind sie richtig?)

Und zwar Gerichte gleichenorten. Die Bezirksregierung hat sich entschieden, sich der Rechtsauffassung des einen Gerichtes anzuschließen; und dem sind wir, weil die Bezirksregierung anordnende Behörde ist, gefolgt.

Ich will nur sagen, dass es doch einer Bußgeldstelle in der Situation wirklich nicht zuzumuten ist, ihre eigene Rechtsauffassung oder Ihre eigene Einschätzung, wenn sie denn eine andere gehabt hätte, an die Stelle des Gerichts zu stellen. Oder noch einmal anders: Dass die Bußgeldstelle an der Stelle nicht so ganz falsch liegt mit ihrer Einschätzung, da war alles in Ordnung, zeigt doch, dass auch Gerichte diese Auffassung geteilt haben. Das muss man doch zur Kenntnis nehmen an der Stelle.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Jetzt ist plötzlich wieder alles in Ordnung!)

- Nein, es ist nicht alles in Ordnung. Ich habe eben sehr deutlich erklärt, dass ich persönlich und damit auch die Verwaltung insgesamt die Rechtsauffassung, die die Bezirksregierung dann für die richtige hält, durchaus teile. Das ist am Ende die überzeugendere.

Ich wollte nur sagen, einer Bußgeldstelle kann man vor dem Hintergrund einer Rechtsprechung, die zumindest einmal uneinheitlich ist, keinen Vorwurf machen, dass sie an der Stelle sagt, das ist schon in Ordnung so.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben völlig recht. Ein juristisch zwingendes Erfordernis für einen Antrag gibt es nicht. Wir sind in einem freien Verfahren. Ich habe es auch ganz deutlich gemacht, als ich gesagt habe: Ich sehe es als einen Bestandteil der Verwaltungsvereinfachung, dass wir den Betroffenen hier eine schlichte Mitwirkungshandlung zumuten. Sie haben ja gesagt, Sie wollen sich überzeugen lassen. Vielleicht gelingt uns ja der Beweis, dass das tatsächlich das einfachere Verfahren ist. Denn es ist natürlich simpler, wenn mir ein Fall zugetragen wird und ich ihn dann abgleichen muss mit dem, was ich habe, als wenn ich sozusagen jeden einzelnen Bußgeldfall, den wir im letzten Jahr oder in diesem Zeitraum erhoben haben, daraufhin überprüfen müssen, ob er infrage kommt oder nicht. Das ist einfacher.

(Martin Börschel [SPD]: Das geht doch automatisiert!)

- Ja. So, wie wir es jetzt machen, geht es automatisiert. - Ich frage mich, worin die Verwaltungsvereinfachung liegen soll, wenn die Verwaltung jetzt anfängt, Schecks zu schreiben. Ich glaube, das leuchtet auch nicht ein.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Sie tun ja so, als würde man die per Hand ausstellen müssen, Herr Keller! - Weitere Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch diesen Beitrag des SPD-Kollegen versteht man nur, wenn man weiß, dass wir wieder Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen haben,

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

und Herr Börschel im Prinzip wieder ein wunderbarer Akteur ist ob der Versäumnisse der Landesregierung. Denn das Regierungspräsidium, was hier verantwortlich ist, ist ja keine städtische Behörde, es ist ja eine Landesbehörde. Und diese Landesbehörde als Anordnungsbehörde ist über den Landesbetrieb NRW genauso verantwortlich, die Schilder vernünftig aufzustellen. Das hat die Landesregierung nicht gemacht. Der Landesbetrieb hat es versäumt, die Schilder ordnungsgemäß aufzustellen. Denn unsere Kollegen sind lediglich Hilfsorgan in dieser Angelegenheit. Das heißt, sie wickeln die Sache ab, und am Ende bekommt die Kommune - das ist, sage ich mal, bundesweit ähnlich - jeweils den Erlös aus den vereinnahmten Bußgeldern. Das müssen wir doch einmal auf den Punkt bringen.

Wir haben hier einen Fehler der Bezirksregierung. Der ist auch anerkannt. Das bestreitet Frau Walsken gar nicht. Was ich in dem Zusammenhang auch gleich an den Anfang stellen würde: Ich hätte mich gefreut, wenn Frau Walsken dann auch nicht groß drum herum geredet hätte, sondern gleich gesagt hätte, wir übernehmen sämtliche Kosten dafür, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch einmal wichtig zusagen und müssen wir auf den Punkt bringen, dass diese Kosten auch durch den, der den Fehler verursacht hat, entsprechend zu ersetzen sind.

Dann kommen wir zu dem zweiten Punkt. Die anordnende Behörde, die ja eine Landesbehörde ist und auch von einer Sozialdemokratin geführt wird - da kommen wir ja zu dem eigentlichen Punkt, warum hier das ganze Theater gemacht wird -, hätte ohne Probleme das Verfahren vorschlagen können. Aber nein, man mutet der Behörde, die hier quasi nur Hilfsdienste leistet, zu, selber Verfahrensvorschläge zu machen. Dann war der erste Vorschlag, um eben alle gleich zu behandeln, dass man hier entsprechend über den Gnadenerlass alles regelt.

Es gibt andere Bundesländer, da war das überhaupt kein Problem - z.B. im Fall eines

Ampeblitzers in Sachsen. Da war es überhaupt kein Thema, dass das alles entsprechend abgewickelt worden ist. Hier ging das sogar bis zum Innenminister hoch, wo gesagt wurde: Nein, das geht hier nicht. - Dann waren unsere Kollegen in der intensiven Diskussion, weil unsere Verwaltung natürlich auch ein Interesse daran hat, den Bürger entsprechend vernünftig zu restituieren, bemüht, ein Verfahren zu finden, das funktioniert. Da ist leider der Handlungsspielraum - das wissen Sie als Jurist ganz genau - begrenzt. Wir können hier nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz die ganze Sache nicht einfach aufheben, sondern wir brauchen ein Verfahren, wie wir den Leuten das Geld zurückerstatten können.

Jetzt liegt ein Verfahren auf dem Tisch, was praktikabel und rechtlich zulässig ist, aber selbst da wird wieder gemeckert. Dafür habe ich kein Verständnis. Die Leute verstehen es doch am Ende nicht. Ich sage mal, auch das trägt zur Politikverdrossenheit bei und zur Verdrossenheit gegenüber dem Staat. Wenn man dann eine vorliegende Lösung, die zwischen zwei Behörden abgestimmt ist, noch einmal kritisiert und sagt, jetzt ist das wieder nicht in Ordnung, dann bringt uns das doch hier nicht weiter an der Stelle.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bei diesem Verfahren sind die Kontonummern bei den Auszügen gar nicht bekannt. Die müssen erst wieder angefordert werden etc. Es gibt ein Onlineverfahren, wo die Daten entsprechend eingetragen werden, was dann hinterher automatisiert abgearbeitet wird. Schneller und einfacher kann es doch gar nicht gehen.

Ich würde mich freuen, wenn es wie bei vielen anderen Sachen ein einfaches Verfahren gäbe. Dann ist der Bürger auch nicht Bittsteller, weil wir heute ja klar erklären, dass jeder den Anspruch hat, sich das Geld zurückerstatten zu lassen. Es mag auch Bürger geben, die sagen, ich habe 5 Euro bezahlt, mir ist der ganze Aufwand in Summe zu viel. Na, in Gottes Namen! Wenn er dann dazu beiträgt, dass der Bezirksregierung hier entsprechende Kosten in großer Höhe und damit auch der Landesregierung erspart werden, ich glaube, da wäre Herr Walter-Borjans auch sehr dankbar dafür, wenn diese Kosten nicht bei ihm anfallen würden.

(Beifall bei der CDU)

Insoweit glaube ich, dass wir der Verwaltungsvorlage, die abgewogen und abgestimmt ist und einen rechtlich und auch operativ zulässigen Weg aufzeigt, guten Gewissens zustimmen können.

Damit hat sich nach meinem Dafürhalten auch der Antrag der FDP erledigt. Und der Zusatzantrag der SPD geht hier in die falsche Richtung, weil er nicht praktikabel ist und am Thema vorbeigeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte eigentlich gedacht, dass es mit der durch eine Pressemitteilung angekündigten Beschlussvorlage heute nicht mehr allzu viel zu reden gibt, außer dass man sich ausdrücklich bedanken kann für das große Engagement der Oberbürgermeisterin und des Stadtdirektors, die ja hier nun ein Verfahren auf den Weg gebracht haben, durch das für viele, die sich ungerecht behandelt sehen, jetzt die Möglichkeit besteht, dies zu heilen. Damit wären wir eigentlich durch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das Verfahren ist bürgerfreundlich, es ist unbürokratisch, und es ist auch rechtssicher. Wir sind hier keine Frittenbude, wo man einfach mal Steuergelder oder Bußgelder locker auszahlen kann. So geht es auch nicht.

Wir haben auch schon Fälle in den letzten 20 Jahren gehabt, da hat es den Tatbestand der Untreue erfüllt. Das wollen ja hier offenbar 90 Menschen nicht auf sich nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern ist die Sache eigentlich klar. Das Ganze kommt mir aber vor wie auf der Immisitzung - die haben eine Persiflage der Muppet Show entlehnt -: Da sind zwei, die sitzen in der Loge, und egal, was da unten passiert, es wird immer gemeckert.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Diese beiden Kollegen von der Muppet Show sind der Herr Houben und der Herr Börschel. Herr Houben ist deshalb stinkig, denn die FDP hat einen Antrag gestellt, der sich irgendwie sozusagen verselbstständigt hat. Den hättet ihr längst zurückziehen können. Stattdessen wird hier so ein Brimborium gemacht.

Und Herr Börschel wirft sich pflichtbewusst vor die Regierungspräsidentin, die seiner Partei angehört. Das ehrt ihn. Aber irgendwo ist auch einmal genug.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Eine Behörde wie die Bezirksregierung, die ja eine Mittelbehörde ist, zeichnet sich dadurch aus, in der Regel doch sehr bürgerfern zu sein, so nach dem Motto: Wir haben auch ohne Bürger genug zu tun.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn man das so sieht, dann muss man doch eigentlich für Transparenz sein, auch für klare Zuordnung. Wir sind doch gegen die organisierte Unverantwortlichkeit. Das ist sozusagen auch ein Leitsatz bei der Verwaltungsreform. Also müssen wir doch sagen: Diese Bezirksregierung hat eine Folge von Fehlern zu verantworten - durch die Behörden, die sie beauftragt hat, nämlich Straßen NRW usw. -, aber statt schnell aufzuklären und einen Weg zu finden, wurden zwei Wochen damit zugebracht, möglichst den Ball aus dem eigenen Feld herauszuschießen, um gegenüber den Medien so zu tun, als wenn dafür die Verantwortung bei der Stadtverwaltung Köln läge.

Das ist doch nun tatsächlich falsch. Die Stadtverwaltung Köln mit ihren Einheiten war hier nur ausführend. Die Gesamtverantwortung liegt bei der Bezirksregierung. Und jetzt ist es so, dass durch das intensive Engagement beider - sowohl der Oberbürgermeisterin als auch des Stadtdirektors - letztendlich die Regierungspräsidentin dahin getragen wurde, diese Lösung jetzt zu ermöglichen. Es geht ja nur aufgrund ihrer Zustimmung. Deshalb, denke ich, bleibt gar nichts anderes, wenn man bürgerfreundlich sein möchte, als dieser Vorlage ohne Wenn und Aber zuzustimmen.

Wenn man überhaupt einen Grund hat, an der Vorlage etwas auszusetzen, dann ist es die, dass nicht endgültig geklärt ist, dass für den Schaden, das heißt, für den Aufwand, den wir hier treiben, die Bezirksregierung auch aufkommt. Da gehe ich aber vom Wort der Regierungspräsidentin aus, was sie in der Pressekonferenz geäußert hat, dass sie dafür einsteht. Das werden wir aber genau nachhalten. Da kann hier jeder sicher sein, dass wir das nicht einfach zu den Akten legen, weil hier geht es nicht um Peanuts; denn so oder so entsteht Aufwand.

Das Vorgehen ist auch, denke ich, völlig einfach. Es ist einfacher, als in Facebook unterwegs zu sein. Es ist einfacher, als an Online-Preisausschreiben teilzunehmen. Die Leute wissen, wie man ein Online-Formular ausfüllt, wo man sagt, ich bin betroffen und hier ist meine Kontonummer und ich hätte mein Geld zurück. Also was Simpleres gibt es gar nicht. Es ist dadurch auch rechtssicher, weil wir eben hier keine Tombola veranstalten können nach dem Motto: Wer hat noch nicht, wer will noch mal. Das ist Rosenmontag. Da werden Kamelle verteilt, aber heute kein Geld.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Redebeitrag hier möglichst kurzfassen, weil ich schon der Auffassung bin, dass das, was die Verwaltung hier vorgelegt hat und was der Herr Dr. Keller vorgetragen hat, gut nachvollziehbar ist.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hui!)

- Ja, das denke ich schon. - Nichtsdestotrotz ist es so: Es war ja für sehr viele Leute sehr ärgerlich, dass sie einen Bußgeldbescheid bekommen haben. Herr Houben hat es richtigerweise gesagt: Vielleicht war das auch für den einen oder anderen sogar tragisch. Das wissen wir noch nicht; aber es ist gut vorstellbar.

Was ich jetzt wirklich ein bisschen ärgerlich finde an dieser Debatte, ist: Wir sind uns alle darüber im Klaren, es sind Fehler gemacht

worden, es sind bei der Stadt Fehler gemacht worden.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei der Stadt eben nicht!)

- Dann will ich es noch vorsichtiger formulieren: Es kann hier jetzt keiner sagen, da, wo ich meine Hand drauf habe, in dieser Behörde ist kein Fehler passiert, aber da, wo der Parteikollege aus der anderen Fraktion seine Hand drauf hat, da sind die Fehler passiert. Ich glaube, das sollten wir überhaupt nicht machen, weil uns das überhaupt nicht weiterbringt. Es wird gegebenenfalls auch die Leute verärgern, die die Diskussion irgendwo verfolgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind Fehler gemacht worden, und nun probiert zumindest der Teil der Verwaltung, für den wir zuständig sind, diese Fehler zu korrigieren.

Ich halte es im Übrigen nicht für sehr zielführend, wenn wir hier in diesem großen Plenum pseudoverwaltungsjuristische Diskussionen führen.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das halte ich für nicht zielführend.

Von daher möchte ich es auch dabei belassen. Ich hoffe, dass die zu Unrecht Geschädigten bald ihr Geld zurückbekommen, und habe ein Stück weit Vertrauen in die Verwaltung, dass sie das nach bestem Wissen und Gewissen machen wird.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Frank, Sie müssen dann nur noch die Rollen verteilen, wer von uns beiden dann Waldorf und wer Statler ist. Aber von der Haarpracht würden Sie doch auch gut in die Gruppe hineinpassen.

(Martin Börschel [SPD]: Vom Mäkelfaktor und der Argumentation!)

- Das könnte auch sein. Das will ich von hier gar nicht bewerten.

Nur zwei, drei kurze Bemerkungen:

Herr Frank, es ist unehrlich, hier so zu tun, als hätten wir die Vorlage - die wir ja begrüßen - auch dann bekommen, wenn die Politik nicht entsprechend Druck gemacht hätte.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir unseren Dringlichkeitsantrag nicht eingebracht hätten, meine Damen und Herren - in aller Bescheidenheit -, wäre die Vorlage der Verwaltung so nicht gekommen, wie sie heute gekommen ist. Fakt eins.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Herr Dr. Keller hat in seinen freundlichen Einführungsworten eben gesagt - -

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Also hat die FDP 11 Millionen Euro herausgeschlagen!)

- Ja, leider zulasten der Stadt, aber wir können es ja nicht einfach behalten.

Herr Dr. Keller, Sie haben in Ihrem Einführungsbeitrag gesagt, Verwaltung darf Fehler machen und muss dann dazu stehen, und das gehört zur neuen Kultur. - Ja, meine Damen und Herren, dann verstehe ich manche Redebeiträge nicht. Dann seien Sie doch an der Stelle einmal etwas entspannt. Wir tragen das doch mit. Es gibt doch von uns aus kein „gegen die Verwaltung“, um Himmels willen. Aber wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass Leute geschädigt worden sind.

Und letzte, leicht humoristische Bemerkung. Herr Frank, nun stellen Sie sich doch einmal in Ihren süßesten Träumen vor: 400.000 Radfahrer fahren bei Grün über die Ampel und bekommen ein Knöllchen. Was wäre dann los in dieser Stadt?

Vielen Dank.

(Heiterkeit bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt über den Dringlichkeitsantrag - - Wollen Sie diesen aufrechterhalten?

(Reinhard Houben [FDP]: Wir ziehen unseren Antrag zurück! Wir übernehmen den SPD-Antrag!)

- Den Dringlichkeitsantrag ziehen Sie zurück und übernehmen den SPD-Antrag. Ich habe Sie richtig verstanden?

(Reinhard Houben [FDP]: Genau!)

Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, das ist Pro Köln und das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Die LINKE enthält sich. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über die Verwaltungsvorlage, über das Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge, abstimmen. Wer dieser Verwaltungsvorlage zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ein bemerkenswertes Ergebnis: Die CDU-Fraktion, die Grünen, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe GUT und die Piraten sind dafür. Enthaltungen? - Keine. Damit ist diese Ratsvorlage so beschlossen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit TOP

10.25 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3

0491/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0266/2017

behandelt.

Ratsmitglied Houben zieht im Namen der FDP-Fraktion vorstehenden Dringlichkeitsantrag zurück, da die Fraktion sich dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 10.25 anschließe.

0491/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0266/2017

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Die Vorlage der Verwaltung wird wie folgt ergänzt bzw. ersetzt:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, alle Geschädigten – unabhängig von der Höhe des verhängten Bußgeldes – von den negativen Auswirkungen des unrechtmäßigen Bußgeldverfahrens freizustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu ein freiwilliges und ressourcenschonendes, weil automatisiertes Ausgleichsprogramm aufzulegen, das es ihr ermöglicht, den Betroffenen ohne Antrag einen finanziellen Ausgleich in Höhe der an die Stadt Köln gezahlten Verwarn- und Bußgelder auf schnellem und unbürokratischem Wege zu gewähren.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt in Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln und weiterer beteiligter Behörden bezüglich der Nebenfolgen der unrechtmäßigen Bußgeldbescheide sicherzustellen, dass das Verfahren zur Neufestsetzung möglichst unkompliziert und bürgerfreundlich ausgestaltet wird. Die Verwaltung geht hierzu aktiv auf die Betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu.*

3. *Gleichzeitig beschließt der Rat zur Finanzierung des Ausgleichsprogramms gemäß § 83 GO NW im Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 0205, Verkehrsüberwachung, Teilplanzelle 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen in Höhe von 11.726.477 €.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die in der Zeit vom 01.03.2016 bis zum*

15.12.2016 erlassenen Bescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3 bestandskräftig geworden sind. Es existiert keine Rechtsgrundlage, die es der Verwaltung ermöglicht, diese Bescheide aufzuheben.

2. *Betroffene, deren Bußgeld die Grenze von 250 Euro überschreitet, werden auf die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 85 OWiG) verwiesen.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, ein freiwilliges Ausgleichsprogramm aufzulegen, das es ihr ermöglicht, den übrigen Betroffenen auf Antrag einen finanziellen Ausgleich in Höhe der an die Stadt Köln gezahlten Verwarn- und Bußgelder auf schnellem und unbürokratischem Wege zu gewähren.*

4. *Das Ausgleichsprogramm kann nur einen Ausgleich für Verwarn- und Bußgelder leisten. Für einen Erlass der Nebenfolgen (z.B. Fahrverbot) in persönlichen Härtefällen, wird auf die Möglichkeit verwiesen, ein Verfahren in Gnadensachen bei Verkehrsordnungswidrigkeiten bei der Bezirksregierung anzustrengen.*

5. *Gleichzeitig beschließt der Rat zur Finanzierung des Ausgleichsprogramms gemäß § 83 GO NW im Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 0205, Verkehrsüberwachung, Teilplanzelle 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen in Höhe von 11.726.477 €.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe GUT sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend "Köln zeigt Haltung"
AN/0265/2017

Anmerkungen:

Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter TOP 3.1.0 behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

4.1 Anfrage von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Kein Baubeginn Rondorf Nord-West ohne konkrete ÖPNV-Planung“
AN/2118/2016

Antwort der Verwaltung vom 10.02.2017
0459/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Wortmann, bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es von meinem Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Beantwortung bin ich überhaupt nicht einverstanden, weil sie überhaupt nicht den Kern der Nachfrage trifft. Da sage ich einmal: Nichts wäre besser gewesen. Vielleicht hätte man sich mehr Zeit nehmen sollen.

Ich reduziere das einmal auf den Kernpunkt. Wir möchten gerne von Ihnen wissen, wie die Trassenführung von der Arnoldshöhe durch das Wasserwerkswäldchen oder über eine alternative Strecke nach Rondorf bzw. Meschenich geplant ist. Sie gehen überhaupt nicht auf den ÖPNV ein, sondern befassen sich ausschließlich mit dem Individualverkehr. Das ist nicht richtig. Es werden auch viele Engpässe überhaupt nicht erwähnt.

Ich schlage Ihnen vor, dass ich eine neue Anfrage stelle und wir sie im Verkehrsausschuss diskutieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe das jetzt aufgenommen, Herr Wortmann. Wir beantworten dann die Anfrage, wie Sie es wünschen, bzw. die Nachfrage im Verkehrsausschuss. - Okay.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Ratsmitglied Wortmann erklärt, dass die Beantwortung seines Erachtens unzureichend sei, da sie lediglich auf den Individualverkehr eingehe und sich nicht mit dem ÖPNV befasse. Die Frage der Trassenführung – ob von der Arnoldshöhe durch das Wasserwerkwäldchen oder einer alternativen Route – bleibe unbeantwortet. Ratsmitglied Wortmann kündigt daher für den Verkehrsausschuss eine neue Anfrage zu diesem Thema an.

Die Oberbürgermeisterin sagt eine Beantwortung zu den nochmals vorgetragenen Punkten und der Nachfragen im Verkehrsausschuss zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Illegale Parteiwerbung am Rathaus: Beanstandung durch die Bezirksregierung Köln“
AN/0244/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2017
0431/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dieser Anfrage geht es um die zuerst von pro Köln und inzwischen auch von der Bezirksregierung Köln beanstandete illegale Parteiwerbung am Rathaus.

Nach der Beanstandung durch die Bezirksregierung haben wir dazu einige Fragen gestellt. Sie haben uns unter anderem geantwortet:

> Die Fraktionen wurden gebeten, die Symbole umgehend abzunehmen.

Ich vermute einmal, dass mit „Symbole“ die teils illuminierten Werbeinstallationen in den Fenstern gemeint sind.

Heute habe ich kurz vor der Ratssitzung gesehen, dass die CDU jetzt auch reagiert hat und sie abgehängt hat. Die Grünen habe ich vor der Ratssitzung gerade im Fenster gesehen. Sie haben wohl auch damit begonnen, sie abzuhängen. Bei der SPD konnte ich noch keinerlei Veränderung feststellen.

Meine Nachfrage ist, ob Sie gedenken, Frau Reker, als Hausrechtsinhaberin aus dieser Bitte dann in Kürze eine offizielle Anweisung zu machen, falls die SPD weiter nicht reagiert, oder wie da die weitere Vorgehensweise ist. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass auch die SPD-Fraktion meiner Bitte nachkommt. Ich weiß nicht, warum das heute nicht schon geschehen ist; aber das muss einen Grund haben. Ich gehe davon aus, dass sie meiner Bitte nachkommt.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Die Oberbürgermeisterin beantwortet die Nachfrage von Ratsmitglied Wiener.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Zusammenarbeit der Stadt mit DITIB“
AN/0257/2017

Hier liegt - - Herr Hegenbarth, ich gebe Ihnen gerne erst das Wort.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Frau Oberbürgermeisterin, ich muss mich fast entschuldigen. Weil wir mittlerweile fast 200 Anfragen und Anträge im Rat eingestellt haben, passiert es auch schon mal, dass die eine oder andere Anfrage mehr oder weniger deckungsgleich bereits gestellt wurde. Deswegen entschuldige ich mich hier einmal bei Berivan Aymaz. Sie hat nämlich die gleiche Anfrage fast wortgleich im AVR gestellt.

Ich würde unsere Anfrage nur ungern zurückziehen. Aber vielleicht können die beiden Anfragen gemeinsam beantwortet werden. Das wäre toll. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das ist ein guter Vorschlag. Ihre Anfrage ist ja auch sehr kurzfristig eingegangen. Das heißt, dass die Antwort dann zur nächsten Sitzung oder im AVR kommt. - Okay.

Da die Anfrage sehr kurzfristig gestellt wurde, war eine Beantwortung zur Sitzung noch nicht möglich.

Ratsmitglied Hegenbarth weist darauf hin, dass inzwischen aufgefallen sei, dass Ratsmitglied Aymaz im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) eine fast inhaltsgleiche mündliche Anfrage zu dem Thema gestellt habe. Er schlägt deshalb vor, beide Anfragen gemeinsam zu beantworten.

Die Oberbürgermeisterin sagt eine Beantwortung für die nächste Rats- bzw. AVR-Sitzung zu.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten
2181/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 6. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule
3387/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE stimmen dagegen. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt die Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis (Anlage 1).*
2. *Der Rat beschließ die 6. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage2)*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Änderungsbeschluss für den Planungsbeschluss zum nachträglichen Einbau von trockenen Löschwasserleitungen in bestehende Stadtbahnanlagen (Drucksachen-Nr. 0779/001) und zum erweiterten Baubeschluss für den nachträglichen Einbau von Löschwasserleitungen (Session-Nr. 3054/2009)
2893/2016

Wortmeldungen? - Herr Houben.

(Martin Börschel [SPD]: Aber nicht wieder meckern!)

Reinhard Houben (FDP): Nur wenn Sie mit mir nach vorne kommen, Herr Börschel.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Ja, genau; das machen wir zu Karneval. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu dieser Vorlage noch eine kurze Bemerkung. Nach einer langen Diskussion hat man sich dazu durchgerungen, in den alten U-Bahn-Schächten keine Trockenwasserrohre mehr zu verlegen, wie das vor ungefähr 15 Jahren beschlossen wurde, weil man der Meinung ist, dass die Sicherheitslage und die Feuerwehrtechnik sich so stark verändert haben, dass man auf diese Investition verzichten kann.

Es ist - das ist im Ausschuss diskutiert worden - natürlich schon sehr schwierig, dass das Ganze hier 15 Jahre dauert. Erst wird etwas beschlossen, dann wird es nicht umgesetzt, und dann ändert man die Rahmenbedingungen so, dass es vielleicht wieder passt. Darüber müssen wir hier allerdings nicht diskutieren.

Ich möchte aber heute für die FDP-Ratsfraktion Folgendes zu Protokoll geben: Wir haben Zweifel daran, dass in jedem Szenario wirklich sichergestellt ist, dass eine KVB-Bahn aus eigener Kraft noch bis zur nächsten U-Bahn-Haltestelle fahren kann. Wir halten das für zweifelhaft. Wir können uns Szenarien vorstellen, in denen dies nicht gelingen kann.

Deswegen werden wir dieser Vorlage nicht zustimmen, weil die Argumente der Feuerwehr, die vor 15 Jahren richtig waren, heute nicht unbedingt verkehrt sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich mache das hier vom Platz aus; denn ich möchte nur ganz kurz auf den Wortbeitrag von Herrn Houben erwidern. Ich möchte aber schon darauf aufmerksam machen, dass in der besagten Verkehrsausschusssitzung sowohl vonseiten der Feuerwehr als auch vonseiten der Verwaltung den Mitgliedern des Verkehrsausschusses glaubhaft gemacht werden konnte, dass das, was jetzt verbaut wird, Stand der Technik heute ist.

Daher halte ich es schon für ein bisschen schwierig, Herr Houben, wenn Sie probieren, es hier so darzustellen, als würden die anderen Verkehrsausschussmitglieder der Sicherheit der Bevölkerung nicht so eine hohe Priorität einräumen. Diesen Eindruck möchte ich zurückweisen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Da das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Wer ihr zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE sowie die Ratsgruppen GUT und Piraten. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss

Der Rat beschließt die Änderung des Grundsatzbeschlusses vom 15.05.2001 sowie die Änderung des erweiterten Baubeschlusses vom 10.09.2009 und verzichtet auf eine Ausstattung der Stadtbahntunnel mit trockenen Löschwasserleitungen. Der Einbau von tro-

ckenen Löschwasserleitungen sowie deren Einspeise- und Entnahmestellen in den Haltestellen wird fortgeführt. Der Beschluss gilt nicht für die Nord-Süd Stadtbahn und beinhaltet nur die Strecken und Haltestellen, die sich in der Unterhaltungslast der Stadt Köln befinden. Die Änderung betrifft nur die Löschwasserversorgung in den bestehenden Stadtbahntunneln, die Ausstattung der Stadtbahnanlagen mit BOS-Funk bleibt unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2015 des Gürzenich-Orchesters Köln
3640/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs.3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 24.8.2016 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH versehene Jahresabschluss zum 31.8.2015 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2014 bis 31.8.2015 festgestellt.*

2. *Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2014 bis zum 31.8.2015 in Höhe von EUR 912.659,68, der sich aus dem Jahresüberschuss 2014/2015 in Höhe von EUR 859.012,40 nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag von EUR 45.694,28 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 7.953,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.*

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Umgestaltung des Einmündungsbereichs Sebastianstraße/Niehler Damm, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-5-1080, Niehler Damm/ Sebastianstraße - Kreisverkehr
4186/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung des Einmündungsbereichs Sebastianstraße/Niehler Damm“ über insgesamt 265.000 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 975.000 € statt bisher 710.000 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Grüne Infrastruktur Köln
Integriertes Handlungskonzept „Vielfalt vernetzen“
4247/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept (IHK) Grüne Infrastruktur Köln „Vielfalt vernetzen“ und nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung das IHK zum 01.12.2016 beim Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen eingereicht hat.*

2. *Über die Realisierung einzelner Maßnahmen sind nach Genehmigung des IHK und nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans Förderanträge zu stellen, dem jeweils ein Beschluss der zuständigen politischen Gremien vorausgeht.*

3. *Der Rat nimmt das von der Kölner Grün Stiftung erarbeitete Integrierte Handlungskonzept Grüne Infrastruktur Köln „Vielfalt vernetzen“ im Wert von 40.000 € als Schenkung an.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Verwaltungsreform - Abschlussbericht der Konzeptphase
0155/2017

Wir stimmen ab wie AVR. Es ist noch eine Anlage 5 nachgeliefert worden.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Konzept der Verwaltungsreform zur Kenntnis und beschließt auf dessen Grundlage die für die Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel für eine externe Unterstützung in Höhe von jährlich 1 Mio. EUR (netto). Diese sind für 2017 bereits im lfd. Haushaltsjahr veranschlagt, für die Jahre 2018-2022 werden sie im Haushalt berücksichtigt.

Ebenso beschließt der Rat der Stadt Köln die Einrichtung von max. 16 Stellen gemäß der vorliegenden Projektorganisation. Diese werden im lfd. Haushaltsjahr über verwaltungsinterne Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt und die Finanzierung über den Gesamthaushalt sichergestellt. Für den Stellenplan 2018 sind Mehrstellen einzurichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.6 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Haltestelle Rathaus hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr.
2427/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

10.6.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Haltestelle Rathaus hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr. überarbeite Fassung
2427/2016/2

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

10.7 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln
3494/2016

Die Entscheidung über die Vorlage wird wegen der ausstehenden Vorberatung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR)zurückgestellt. Der zum gleichen Thema vorliegende Antrag (siehe TOP 3.1.4) wird zur Vorberatung ebenfalls in den AVR verwiesen (siehe Ziffer VII – Seiten 5 und 6 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) - Abwasserbeseitigungskonzept 2017
3542/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Bericht zum Kölner Abwasserbeseitigungskonzept für das Berichtsjahr 2017 (Bericht ABK 2017) nach Kapitel 5.1.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Dringend notwendige Errichtung von mobilen Wohneinheiten zur Flüchtlingsunterbringung
hier: An den Gelenkbogenhallen, 50679 Köln-Deutz, Flur 33, Flurstück 904
0277/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die im Rahmen der Gefahrenabwehr erfolgte Herrichtung des Objektes „An den Gelenkbogenhallen“, 50679 Köln, zur Unterbringung von Flüchtlingen.

Für die erforderlichen Aufwandsermächtigungen wurden im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2016 in den einzelnen Teilplanzeilen folgende Mittel eingeplant:

- *13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 2.105.401,67 €,*
- *14 – Aufwendungen für Abschreibungen 36.905,70 €,*
- *16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von 464.857,83 €,*

  insgesamt 2.607.165,20 €.

Für die investiven Auszahlungsermächtigungen zur Errichtung der Außenanlage in Höhe von 259.304,83 € im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-Wohnheime, Finanzmittel in entsprechender Höhe zur Verfügung. Die Mittel wurden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-1-5183, An den Gelenkbogenhallen, bereitgestellt.

Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen für die Beschaffung des notwendigen Inventars sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2016 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 0000-1004-0-0001, Mittel in Höhe von 153.941,97 € eingeplant worden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft „Severinstraße, Köln“
3855/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt den Antrag auf Einrichtung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) „Severinstraße“ (Anlage 1) zur Kenntnis.*
2. *Der Rat beschließt die Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW, Anlage 2) zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft „Severinstraße“.*
3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung,*
   - *nach Unterrichtung der Grundeigentümerinnen, Grundeigentümer und Erbbauberechtigten im vorgesehenen Gebiet (§ 3 Abs. 2 ISGG NRW),*

- *im Falle einer Widerspruchsquote von weniger als 33,3 % (§ 3 Abs. 3 ISGG NRW) und*
- *nach der Beteiligung von Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 Abs. 4 ISGG NRW)*

den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße e. V. in der Fassung der Anlage 3 abzuschließen.

4. *Der Rat nimmt den Entwurf einer Satzung zur Festlegung des Gebietes für die ISG „Severinstraße“ und zur Erhebung von Abgaben nach dem ISGG NRW (Anlage 4) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, nach Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages die Satzung zur Beschlussfassung vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 „Flüchtlinge in Köln willkommen heißen“ - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen - Kooperationsprojekt Forum für Willkommenskultur, Träger: Kölner Flüchtlingsrat e. V. und Kölner Freiwilligen Agentur e. V.
3967/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln befürwortet die Verlängerung des Projekts „Flüchtlinge in Köln willkommen heißen“ (Forum für Willkommenskultur) des Kölner Flüchtlingsrates e.V. und der Kölner Freiwilligen Agentur e.V. und beauftragt die Verwaltung, die beiden Träger mit der Fortführung des Projektes – befristet auf weitere 2 Jahre bis zum 15.02.2019 – zu ermächtigen.

Für die notwendigen zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen i. H. v. 78.000 € sind im Doppelhaushalt 2016/2017 im Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsprechende Mittel veranschlagt. Die Finanzierung lfd. zahlungswirksamer Aufwendungen für die Folgejahre ist im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Errichtung von vier konventionellen Bauten auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf zur Flüchtlingsunterbringung - Planungsbeschluss
4223/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Planung zur Errichtung von vier konventionellen Bauten auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur: 6, Flurstücke: 266, 267, 282, 283 zur Unterbringung von Flüchtlingen umzusetzen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, ein Architekturbüro mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Kostenberechnung nach DIN 276, Genehmigungsplanung) auf der Basis der HOAI – Gebührenordnung - Leistungsphasen eins bis vier, Mindestsatz zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Architekten und Fachingenieuren (Statiker, Vermesser, Bodengutachter etc.) einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rund 300.000 € brutto.

Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 300.000 € stehen im Haushaltsplan zum Doppelhaushalt 2016/2017 Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-2-5172, Neubau Pater-Prinz-

Weg, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 300.000 € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Gleiswechselbauwerk Waidmarkt
hier: Abschluss der geeinigten Sanierungsvereinbarung zur Sanierung des Gleiswechselbauwerks

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung an dieser Stelle zurückgezogen, da sie in nichtöffentlicher Sitzung unter Punkt 24.3 behandelt wird (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4 – vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Baubeschluss: Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen „Nippesbad“, Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes, in Modulbauweise
1444/2016

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0258/2017

Dazu hat zunächst die FDP als Antragstellerin des Änderungsantrags das Wort. Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich höre hier sicher gleich wieder den Vorwurf: Die FDP hat ein schlechtes Timing mit ihren Änderungsanträgen; das ist doch alles so reibungslos durch die Ausschüsse gegangen. - Ja, das haben wir halt manchmal. Und dann gibt es immer die gleiche Argumentation. Wenn wir sagen: „Das Vergabeverfahren für die Kitas ist schlecht; die Punkte werden falsch vergeben; das kostet fünfstellige Beträge“, heißt es: Wir brauchen so dringend Kitas; wenn wir das jetzt ändern, kommen wir da zu spät.

Hier ist es auch so. Eigentlich wissen alle, dass eine Montessorischule eine andere Raumausstattung bräuchte. Sie sagen aber: Wir brauchen doch so dringend Schulbauten. Dann bauen wir es jetzt lieber nach einem alten Nullachtfünfzehn-Konzept, als hier wirklich etwas für eine Montessorischule Angepasstes zu schaffen.

Man könnte den Verdacht haben, dass die Vorgänge absichtlich so lange hinausgezögert werden, bis es dann für den Stadtrat keine Handlungsalternativen mehr gibt und man im Rat sagt: Wir müssen das alles so machen, wie die Verwaltung es vorgeschlagen hat.

Hier ist die Sache aber anders. Wir haben mit der Schule gesprochen. Die Schule hat gesagt, sie würde lieber noch etwas länger auf einen Neubau warten und dann in optimale Räume für eine Montessorischule einziehen, als jetzt schneller in eine Fehlplanung einzuziehen, die dann über Jahrzehnte festgeschrieben ist.

Der Schulbau an der Friedrich-Karl-Straße soll ja ein Prototyp für mehrere Grundschulen sein, die wir hier in Köln bauen. Man fragt man sich allerdings schon, warum gerade dieser spezielle Schulbau der Prototyp soll - mit einem, wie mir unsere Schulpolitiker gesagt haben, ohnehin veralteten Raumkonzept, das sich jetzt eigentlich ändern müsste.

Die Frage ist: Wollte die Verwaltung hier wirklich das Optimale für eine Montessorischule schaffen? Oder hat man absichtlich die Planung so lange verzögert und die Schule so wenig eingebunden, dass wir jetzt an dieser Stelle stehen?

Meine Damen und Herren, deswegen bitte ich Sie, dem Wunsch der Schule nachzukommen - das ist ja nicht nur der Wunsch der FDP, sondern auch der Wunsch der Schule - und zu sagen: Wir schauen uns die Planungen lieber noch einmal an, passen das Raumkonzept den Bedürfnissen einer Montessorischule an und bauen dann etwas später.

Stimmen Sie also bitte unserem Änderungsantrag zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Klein hat das Wort.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Situation ist folgende: Der Mangel an Schulplätzen in Köln - das brauche ich an dieser Stelle nicht zu betonen, glaube ich - ist eklatant. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir hier so weit sind. Wir haben es nicht bewusst verzögert, Herr Sterck, sondern die Dinge sind zuweilen etwas zähflüssiger, als wir uns das vielleicht wünschen. Aber nun ist die Vorlage da.

Ich bin sehr daran interessiert, mit der Schule in den Dialog zu gehen. Wir haben auch im Vorfeld dem früheren Schulleiter die Machbarkeitsstudie zu diesem Grundstück und dieser Anordnung auf dem Grundstück zugänglich gemacht. Wir haben - in Mandatos finden Sie, glaube ich, schon die Anlage 9, die im Moment noch in der Druckerei hängt - am 28. Februar 2017 einen Termin mit der Schule, mit der Schulleitung, und werden zusammen mit ihr eruieren, ob und inwieweit ohne zeitliche Verzögerungen und ohne zusätzliche Kosten hier Annäherungsmöglichkeiten bestehen.

Ich kann aber nur dringend davor warnen, hier noch einmal Umplanungen vorzunehmen, die nach dem, was mir die Fachleute referiert haben, wieder zu zweijährigen Verzögerungen führen würden. Und wir können uns im Schulbau generell, sowohl hier als auch andernorts, keine weiteren Verzögerungen leisten. Es ist nicht fünf vor zwölf; es ist fünf nach zwölf.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte sehr.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Sterck, wir haben im Schulausschuss schon sehr lange über diese Vorlage diskutiert. Wir sind ja auch alle angeschrieben worden. Ich wiederhole hier das, was ich im Schulausschuss gesagt habe: Auch wir hätten uns gewünscht, dass man frühzeitiger mit den Akteuren vor Ort, mit den Eltern und auch mit der Schulleitung, in den Dialog eingetreten wäre. Das ist durchaus richtig.

Wenn man sich jetzt die Anlage 0 anschaut, stellt man aber fest - und das war auch zur Ausschusssitzung vollkommen klar -, dass es sich hierbei um den Piloten handelt. Angesichts des Schulbaunotstandes, den wir in Köln haben, können wir es uns nicht leisten, hier eine bis zu sechsmonatige Verzögerung in Kauf zu nehmen. Darüber waren wir uns einig.

Dafür steht die SPD-Fraktion auch weiterhin. Wir werden also der Verwaltungsvorlage so, wie sie vorliegt, zustimmen. Wir freuen uns darüber, dass der Dialog jetzt in zwei Wochen offensichtlich auch wiederhergestellt wird oder zumindest aufgenommen wird. Aber wir werden den FDP-Antrag in beiden Punkten ablehnen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Philippi. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben ja im Schulausschuss, in der Bezirksvertretung Nippes, im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, im Finanzausschuss und auch heute quer durch die Bank klargemacht - die Beiträge, die noch kommen, werden sicherlich auch so ausfallen -, was es an dem Verfahren zu kritisieren gibt und wo nicht ausreichend informiert worden ist. Das ist hier noch einmal deutlich geworden, glaube ich.

Durch den Beitrag der Frau Dezernentin, dass man am 28. Februar 2017 noch einmal mit der Schule sprechen wird und schauen wird, welche Möglichkeiten einer Annäherung bestehen, sehe ich zumindest, dass man diese Kritik auch angenommen hat.

Ich darf auch sagen, dass wir uns das natürlich in Zukunft noch ein bisschen runder für uns alle wünschen. Hier wurden wir im Nachhinein von den Protagonisten vor Ort darauf angesprochen, was angeblich nicht oder nicht ausreichend passiert ist. Da wünschen wir uns natürlich ein besseres Verfahren. Wenn ich mich richtig entsinne, ist das auch im Schulausschuss ausreichend thematisiert und gesagt worden. Das verstehen wir.

Völlig klar ist aber auch, dass wir, wie wir schon im Schulausschuss dargestellt haben, dieses Projekt jetzt nicht aufhalten wollen. Wir wollen jetzt endlich auch den finalen Beschluss im Rat treffen, um den Bau der Schule auf den Weg zu bringen.

Hier erfolgt zum ersten Mal auch eine Errichtung in Modulbauweise. Vielleicht lernt man aus dem neuen Verfahren ja für die Zukunft,

damit es da besser laufen kann. Das mag durchaus sein.

Unter dem Strich möchte ich jetzt nicht noch einmal sagen: Dann gucken wir noch einmal, und dann verhandeln noch einmal; und wenn es dann sechs Monate länger dauert, dann ist das eben so.

In der Vergangenheit haben wir doch auch gesehen, dass es dann eben nicht nur sechs Monate länger dauert. Und wenn die Fertigstellung noch weiter verzögert wird, dann wird an uns die Frage gestellt werden: Warum habt ihr das nicht schneller gemacht? Warum sind jetzt hier die Plätze nicht vorhanden? - Das ist keine Diskussion, bei der man am Schluss gewinnen kann.

Wir müssen jetzt endlich dazu kommen, bestimmte Dinge zu Ende zu machen und umzusetzen. Natürlich lernen wir aus den Fehlern. Mein Vorredner, Herr Philippi, hat ja gerade auch dargestellt, was wir schon anerkennen und sehen. Meines Erachtens müssen wir jetzt aber auch die Diskussion an dieser Stelle beenden und sagen: „Ja, wir wollen, dass das so auf den Weg geht“, anstatt noch weitere Veränderungen vorzunehmen.

Deshalb möchte ich hier für eine Zustimmung werben und sie für meine Fraktion auch erklären.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Thelen, bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Punkt im Fachausschuss intensiv diskutiert. Er ist auch noch einmal im Bauausschuss behandelt worden.

Ich möchte noch daran erinnern, dass die FDP hier auf einer Grundlage argumentiert, die gar nicht die Grundlage ist. Die FDP unterstellt nämlich, es sei der Plan gewesen, dort in jedem Fall eine Montessorischule zu errichten. Das ist überhaupt nicht der Fall. Die Errichtung einer Montessorischule war eine Idee, die an die Gilbachstraße herangetragen worden ist, aber keineswegs schon Grundlage der Planung gewesen ist.

Wir wollen die Voten der Bezirksvertretung ja nicht unter den Tisch fallen lassen. Als die Idee aufkam, dort eine Montessorischule zu errichten, hat die Bezirksvertretung Nippes diesen Vorschlag abgelehnt. Das wäre im Übrigen auch eine neue Schule und im Grunde gar nicht mehr eine Dependance der Gilbachstraße. Die FDP hat hier also auf einer Grundlage argumentiert, die nicht Bestand hat.

Hinzu kommt Folgendes: Wir mussten jetzt den Dringlichkeitsbeschluss fassen, 57 Containereinheiten anzuschaffen, um dem drohenden Schulnotstand entgegenzuwirken. Insofern dürfen wir uns beim Schulbau an keiner Stelle noch eine Verzögerung um ein halbes Jahr oder ein Jahr leisten. Das würde unendliche Kosten und natürlich auch große Verärgerung bei den Eltern und den Kindern erzeugen.

Deshalb stehen auch wir zu den Beschlüssen, die wir in den Fachausschüssen gefasst haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Klein bitte noch einmal dazu.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese Statements. Wir werden am 28. Februar 2017 mit der Montessorischule sehr, sehr ernsthaft darüber diskutieren, ob sie dieses Raum- und Bauprogramm für sich annehmen will oder nicht.

In der Tat ist es genau so, wie Herr Thelen das geschildert hat. Die BV Nippes hat sich eher gegen eine Montessori-Lösung ausgesprochen. Herzlichen Dank für diesen Hinweis.

Wir werden also mit der Schule sprechen. Sie ist frei, das Angebot anzunehmen. Wenn es Möglichkeiten gibt, jenseits von Umplanung der Schule entgegenzukommen, werden wir das natürlich machen. Unsere Grundhaltung ist, mit Schulen zu planen und nicht gegen Schulen zu planen.

Wenn die Montessorischule sagt, das sei für sie kein akzeptables Angebot, dann ist es eine normale Grundschule - dann vielleicht ohne einen Montessori-Auftrag.

Das sind die Gespräche, die wir am 28. Februar 2017 mit der Schule führen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen, dass der vorliegende Baubeschluss wie folgt ergänzt bzw. geändert wird:

In Absatz 1 wird in Satz 1 die Formulierung „den Vorentwurf und“ gestrichen, so dass dieser dann lautet:

Der Rat genehmigt die Kostenschätzung für die Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle auf dem Gelände des ehemaligen „Nippesbad“ in Köln-Nippes, Ecke Friedrich-Karl-Str. / Niehler Kirchweg mit Gesamtkosten i.H.v. 16.809.300,- € brutto (Baukosten 16.039.300 €, Einbauküche und Sportgeräte 214.300 € und Einrichtungskosten 555.700 €) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung in Modulbauweise. Die Weiterplanung erfolgt nach der jeweils gültigen Energieeinsparverordnung, derzeit Stand 2016 (siehe auch Beschluss vom 15.03.2016, Vorlagen-Nr. 0460/2016).

Folgender vierter Absatz wird ergänzt:

Vor dem Baubeginn wird die Verwaltung aufgefordert, eine Arbeitsgruppe mit Schulleitung und Elternvertretern der für den Neubau vorgesehenen Montessori-Grundschule einzuberufen, um den Vorentwurf im Rahmen der Kostenschätzung und der geplanten Modularbauweise weitestgehend an die Bedürfnisse der Schule und ihres pädagogischen Konzeptes anzupassen. Der Arbeitsgruppe wird ein Zeitraum von 6 Monaten zugestanden, um dieses Ziel zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die Kostenschätzung für die Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle auf dem Gelände des ehemaligen „Nippesbad“ in Köln-Nippes, Ecke Friedrich-Karl-Str. / Niehler Kirchweg mit Gesamtkosten i.H.v. 16.809.300,- € brutto (Baukosten 16.039.300 €, Einbauküche und Sportgeräte 214.300 € und Einrichtungskosten 555.700 €) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung in Modulbauweise. Die Weiterplanung erfolgt nach der jeweils gültigen Energieeinsparverordnung, derzeit Stand 2016 (siehe auch Beschluss vom 15.03.2016, Vorlagen-Nr. 0460/2016).

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag in Höhe von 5% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gem. Kostenberechnung (15.724.300 € inkl. Großküche). Dies entspricht einem Betrag von 786.200 €. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis) inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von voraussichtlich jährlich rd. 601.500 € ist ab 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand, zu veranschlagen. Die Finanzierung der Einrichtungskosten erfolgt frühestens zum Haushaltsjahr 2019 aus zu veranschlagenden Mitteln aus dem Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgabe, Zeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Koordination multiprofessionelle Teams und Gruppenleitung Schulsozialarbeit
3687/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Einrichtung folgender zusätzlicher unbefristeter Planstellen zum Stellenplan 2018:

1. *1,0 Sozialarbeiter/-pädagoge S 15, FGr. 6 TVöD-V*
   für die kommunale Koordinierung der Schulsozialarbeit zur Gewährleistung der fachlichen Begleitung der neu einzurichtenden multiprofessionellen Teams

2. *1,0 Sozialarbeiter/-pädagoge S 15, FGr. 6 TVöD-V*
   für die Fachberatung Schulsozialarbeit (Teamleitung)

Da eine Stellenbesetzung unterjährig in 2017 erforderlich ist, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Die im Hj. 2017 anteilig entstehenden Personal- und Sachkosten in Höhe von insgesamt 110.133 € für 8 Monate werden durch Verbesserungen an anderer Stelle im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, finanziert. Die ab 2018ff. benötigten Mittel in Höhe von rd. 165.200 € p.a. werden im Haushaltsplanentwurf 2018 berücksichtigt und durch Ausgleichsbeträge innerhalb des Schulbudgets kompensiert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Auflösende Schließung der Förderschule Lernen Finkenberg-Schule ab dem Schuljahr 2017/18
4087/2016

Hier stimmen wir ab wie der Schulausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die auflösende Schließung der Förderschule Lernen Finkenberg-Schule, Berliner Straße 36, 51149 Köln-Westhoven zum 31.07.2017.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Errichtung einer Nebenstelle der Förderschule Lernen, Thymianweg (Stadtbezirk Mülheim) am Standort der bisherigen Förderschule Lernen Finkenberg-Schule, Berliner Straße 36 (Westhoven) ab dem 01.08.2017*

3. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Zügigkeitserweiterung des Deutzer Gymnasiums, Schaurtestraße 1 in Köln-Deutz zum Schuljahr 2017/18 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
4288/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Deutzer Gymnasiums, Schaurtestraße 1 in 50679 Köln-Deutz von 2 Zügen auf 3 Züge in der Sekundarstufe I und von 3 Zügen auf 5 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2017/18.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Programm RRX-Außenäste Umbau Bahnhof Süd 2743/2016

Dazu hat es heute eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses gegeben. Dieser Ausschuss hat einstimmig wie die Vorlage beschlossen.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat begrüßt, dass die DB Station&Service AG im Rahmen des Bahnhofsumbaus Köln-Süd einen barrierefreien Zugang zu den Bahnsteigen einrichten will. Er beauftragt die Verwaltung, mit der DB AG eine in einem 2. Bauabschnitt nachgelagerte zusätzliche Erschließung durch einen Durchstich des Fußgängertunnels bis zur Moselstraße herzustellen.

Die Stadt Köln übernimmt den Anteil von voraussichtlich rd. 2,125 Mio. € (incl. Planungskosten) für Planung und Bau des Durchstichs. Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der DB Station&Service AG eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung über den beidseitigen barrierefreien Zugang zu den Bahnsteigen des Südbahnhofs abzuschließen, welche auch die anteiligen Kosten für die Unterhaltung des Bauwerkes umfassen wird. Entsprechende Aufwendungen (Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten -ARAP-) bzw. Finanzmittel werden im Hpl.-Entwurf 2018ff budgetneutral berücksichtigt. Die Verwaltung wird beauftragt, beim NVR eine Förderung der zusätzlichen Erschließung gemäß ÖPNVG NRW zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Kombinierter Planungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitt 4 (Los 4a/b) 4158/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Im Rahmen der Gefahrenabwehr beschließt der Rat der Stadt Köln, dass die für den vierten Bauabschnitt (Los 4 a/b, Ostseite) notwendigen Planungen der Leistungsphasen (Lph.) 4 bis 8 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung und die notwendigen Projektsteuerungs- und Gutachterleistungen beauftragt werden. Die Lph. 9 wird in Eigenregie erbracht.*

   Die anfallenden Baunebenaufwendungen (Planung der Lph. 1 bis 8 der HOAI sowie Projektsteuerungs- und Gutachterleistungen für den vierten Bauabschnitt) betragen ca. 631.100 EUR. Für Baunebenaufwendungen ist in der Rückstellung bisher nur ein Betrag in Höhe von rund 436.400 EUR enthalten (vgl. Session-Nr.: 1992/2016), so dass sich Mehraufwendungen in Höhe von 194.700 EUR ergeben.

2. *Im Rahmen der Gefahrenabwehr beschließt der Rat weiterhin die geplante bauliche Umsetzung des vierten Bauabschnitts (Los 4 a/b, Ostseite), die insgesamt mit Kosten in Höhe von 2.523.900 EUR verbunden ist. Diese Bauaufwendungen sind in der Rückstellung bisher nur mit einem Betrag in Höhe von rund 1.745.800 EUR enthalten (vgl. Session-Nr.: 1992/2016), so dass sich Mehraufwendungen in Höhe von 778.100 EUR ergeben.*

3. Die Finanzierung der zuvor genannten Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 972.800 EUR erfolgt aus der für die Gesamtmaßnahme (Lose 1-5) bestehenden sonstigen Rückstellung in Höhe von 7.581.788 EUR, die im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 durch eine Zuführung in Höhe von 972.800 EUR für das Los 4 a/b auf dann neu 8.554.588 EUR erhöht wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Entwurf des Jahresabschlusses 2015 0077/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und von der Oberbürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das Jahr 2015 zur Kenntnis und beschließt, den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2015 gemäß § 101 Gemeindeordnung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2017 0305/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2017 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 20,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf 18,0 Mio. Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Sanierung Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring 0041/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat stellt den Bedarf für die Sanierung der Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring mit Kosten von 2.537.911 Euro inklusive MwSt. und Honoraren fest.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Sanierung entsprechend den städtischen Vergaberichtlinien auszuschreiben und verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes. Nach Submission wird die Verwaltung ermächtigt, die ausgeschriebenen Arbeiten zur Sanierung unmittelbar zu beauftragen.

3. Die Finanzierung erfolgt durch die Inanspruchnahme einer im Jahresabschluss 2016 noch zu erhöhenden Rückstellung für unterlassene Instandhaltung im Teilergebnisplan 0108 – Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten – in

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Wiener verlässt die Ratssitzung endgültig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Beschluss zur Gründung des Vereins Metropolregion Rheinland
0261/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0261/2017

Es soll getrennt über Gründung und Vertreterwahl abgestimmt werden.

Zunächst kommen wir zum Beschluss über den Änderungsantrag. Gibt es Gegenstimmen?

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln]: Ich habe eine Wortmeldung!)

- Ja, erst einmal Wortmeldungen. Entschuldigung. Bitte sehr, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie wundern sich vielleicht über diese Wortmeldung. Aber die Metropolregion Rheinland ist zu Unrecht nicht in der öffentlichen Debatte; denn der Verein, der hier geschaffen wird, verdient eigentlich doch mehr Aufmerksamkeit, als er tatsächlich bekommt. Das Ganze ist ja der Versuch, das Rheinland jenseits von staatlichen Strukturen in Form eines Vereins neu zu konstituieren.

Man hat sich da über monatelange Verhandlungen ein Satzungskonstrukt ausgedacht, zu dem wir im Dezember 2016 noch eine ganz andere Position hatten. Im Dezember hatte der Rat ja gefordert, dass im erweiterten Vorstand neben IHKn und Handwerkwerkskammern auch die Umweltverbände und die Gewerkschaften vertreten sind. Das finde ich jetzt im Satzungsentwurf nicht mehr wieder. Sie sind in ein Kuratorium abgeschoben worden, das nur noch rein beratend für den Vorstand tätig ist - und der Vorstand dann wiederum für den Lenkungskreis.

Ich halte den Verein für - „ein fragwürdiges Gremium“ ist vielleicht eine zu starke Formulierung - eine Art Schattengremium, das wir in dieser Form eigentlich nicht brauchen.

Zum einen haben wir schon diverse Gremien. Wir haben unseren Rat; wir haben die Bezirksregierungen; wir haben die Regionalräte; wir haben den Landschaftsverband Rheinland; wir haben den Landtag. Sie alle kümmern sich um die politischen Themen, die auf der Agenda stehen.

Zum anderen ist dieser Verein nicht wirklich demokratisch legitimiert, für das Rheinland zu sprechen, da dort in einer eigenartigen Ungleichgewichtung einzelne Verbände vertreten sind und andere Verbände gar nicht vertreten sind. Was die politischen Vertreter und die Verwaltungsvertreter angeht, kann man der Satzung vielleicht noch zustimmen. Aber warum andere Verbände sich dort nicht wiederfinden, um für die Metropolregion Rheinland zu sprechen, erschließt sich mir nicht.

Wie ich schon erwähnt habe, sehe ich unseren Wunsch vom Dezember 2016 nicht umgesetzt. Daher können wir auch dieser Vorlage nicht zustimmen.

Dass etwa die IHKn mit diesem Verein - sie waren ja die eigentlichen Treiber, diesen Verein überhaupt zu gründen - auch Wirtschaftsförderung betreiben wollen, halte ich für durchaus legitim und auch verständlich. Aber ganz oben auf der Agenda dieser Metropolregion Rheinland steht eben auch die Verkehrspolitik. Das ist im Arbeitsprogramm sogar prominent auf Platz eins gesetzt worden. Ich kann nicht verstehen, warum die Position von IHKn und Handwerkskammern mehr Gewicht haben soll als die Position etwa von ADFC oder VCD, wenn es darum geht, wie man die Region Rheinland verkehrspolitisch besser organisieren kann.

Ich halte es für fragwürdig, wenn der Verein später Presseerklärungen herausgibt, in denen er zum Beispiel den Ausbau der Straße XY fordert und dabei auch in Anspruch nimmt, einen gewissen Rückhalt aus der Politik zu haben; denn den Rückhalt sollten die zuständigen Gremien geben und nicht dieser Verein, finde ich.

Daher bitte ich darum, diesen Satzungsentwurf abzulehnen.

Jetzt habe ich noch eine Frage an die Verwaltung zu der ursprünglichen Beschlussvorlage. Ich hatte darum gebeten, dass wir die Vorlage ablehnen können, aber gleichzeitig an der Wahl teilnehmen können. Wird das getrennt gemacht?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Okay. Danke schön. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen abstimmen. Der Änderungsantrag sieht - neben einigen Ergänzungen - vor, dass Vertreter und Stellvertreter gleichzeitig benannt werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! Dazu gibt es auch Personalvorschläge!)

Jetzt frage ich, wer dagegen ist. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT und die Fraktion DIE LINKE enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich getrennt über die Gründung der Metropolregion und über die Vertreterwahl abstimmen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Beides?)

- Ja, und zwar zuerst über die Gründung, also den ersten Absatz der Verwaltungsvorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Herr Zimmermann meldet sich zur Geschäftsordnung. Bitte.

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln]: Mir ist die Liste nicht bekannt! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wird ja gleich vorgelesen!)

- Ich lasse doch erst einmal über die Gründung an sich abstimmen und danach so, wie Sie es wollten, über die Liste.

Wir stimmen jetzt also zunächst über die Gründung ab. Gegenstimmen? - Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - DIE LINKE. - Oder nicht?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wir sind für die Gründung!)

- Gut. Okay. - Dann ist es so beschlossen.

Bevor ich jetzt über den zweiten Absatz der Verwaltungsvorlage abstimmen lasse, teile ich Ihnen die Namen der Vertreter und der Stellvertreter mit. Der gemeinsame Wahlvorschlag lautet:

Vertreter:

- SPD: Herr Börschel, Frau Dr. Bürgermeister
- CDU: Herr Petelkau, Herr Kienitz
- Grüne: Frau Jahn

Stellvertreter:

- SPD: Herr Frenzel, Herr van Geffen
- CDU: Herr Dr. Elster, Herr Götz
- SPD: Herr Frank

Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Offenbar gab es von unserer Seite aus einen Übermittlungsfehler. In unserem Sinne wäre es, wenn die beiden ordentlichen Vertreter - so heißt das ja leider nun einmal - ich selbst und Herr Frenzel wären und die stellvertretenden Mitglieder Frau Dr. Bürgermeister und Herr van Geffen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Dann tauschen wir die Namen von Frau Dr. Bürgermeister und Herrn Frenzel aus.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir jetzt über den soeben geänderten zweiten Absatz der Vorlage mit den genannten Wahlvorschlägen ab. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der LINKEN, der FDP, der Ratsgruppe GUT und von Herrn Wortmann so beschlossen.

Beschlüsse:

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Absatz 2 der Beschlussvorlage der Verwaltung wird wie folgt geändert und ergänzt:

Der Rat benennt, neben der Oberbürgermeisterin (Stellvertreter: Stadtdirektor Dr. Keller), fünf Vertreter/Vertreterinnen des Rates und deren Stellvertretungen für die Mitgliederversammlung des Metropolregion Rheinland e.V. Bei der Wahl der fünf Vertreter/Vertreterinnen findet das Verteilungsverfahren nach Hare-Niemeyer Anwendung.

Die Stellvertreter/Stellvertreterinnen nehmen bei Verhinderung der ordentlichen Vertretungen an den Mitgliederversammlungen teil.

Die Wahl gilt für diese Ratsperiode, solange die Gewählten dem Stadtvorstand bzw. dem Rat angehören.

1._____
(_____)

2._____
(_____)

3._____
(_____)

4._____
(_____)

5._____
(_____)

Die Stimme der Stadt Köln in der Mitgliederversammlung führt die Oberbürgermeisterin bzw. ihr Stellvertreter. Die Vertreterinnen und Vertreter haben die Interessen der Stadt Köln zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. § 113 Abs. 5 GO NRW in Verbindung mit § 41 GeschO des Rates der Stadt Köln findet Anwendung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT zugestimmt.

Beschluss gemäß Absatz 1 der Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt, dass die Stadt Köln auf der Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes vom 12.01.2017 den Verein „Metropolregion Rheinland e.V.“ in der Gründungsversammlung am 20.02.2017 als Gründungsmitglied mitgründet. Als Vereinsmitglied entstehen der Stadt Köln jährliche Kosten in Höhe von 22.000 €.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Gruppe GUT zugestimmt.

III. Vertreterwahl:

Der Rat benennt, neben der Oberbürgermeisterin (Stellvertreter: Stadtdirektor Dr. Keller), fünf Vertreter/Vertreterinnen des Rates und deren Stellvertretungen für die Mitgliederversammlung des Metropolregion Rheinland e.V. Bei der Wahl der fünf Vertreter/Vertreterinnen findet das Verteilungsverfahren nach Hare-Niemeyer Anwendung.

Die Stellvertreter/Stellvertreterinnen nehmen bei Verhinderung der ordentlichen Vertretungen an den Mitgliederversammlungen teil.

Die Wahl gilt für diese Ratsperiode, solange die Gewählten dem Stadtvorstand bzw. dem Rat angehören.

	Vertreter:	*Stellvertreter:*
1.	*Martin Börschel*	*Dr. Eva Bürgermeister*
2.	*Michael Frenzel*	*Jörg van Geffen*
3.	*Bernd Petelkau*	*Dr. Ralph Elster*
4.	*Niklas Kienitz*	*Stefan Götz*
5.	*Kirsten Jahn*	*Jörg Frank*

Die Stimme der Stadt Köln in der Mitgliederversammlung führt die Oberbürgermeisterin bzw. ihr Stellvertreter. Die Vertreterinnen und Vertreter haben die Interessen der Stadt Köln zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. § 113 Abs. 5 GO NRW in Verbindung mit § 41 GeschO des Rates der Stadt Köln findet Anwendung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Generalsanierung der vorhandenen Sporthalle Bocklemünd
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilfinanzplan 0801 Sportförderung, Finanz-stelle 5201-0801-4-5127 SpoAnl. Bocklemünd Bestandshalle
4242/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Erhöhung der Gesamtkosten für die Generalsanierung der Sporthalle auf der Bezirkssportanlage Bocklemünd, Heinrich-Rohlmann-Str. um 750.000,00 € von bisher 4.649.350,00 € auf insgesamt 5.399.350,00 € zur Kenntnis.

Zur Deckung stehen investive Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-4-5127 SpoAnl. Bocklemünd Bestandshalle zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.25 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3
0491/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0266/2017

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit TOP

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Überprüfung unrechtmäßiger Bußgeldbescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der A3"

AN/0226/2017

behandelt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 62564/01
Arbeitstitel: Herzog-Johann-Straße in Köln-Fühlingen
4089/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 62564/01 für das Gebiet westlich des Grundstückes Herzog-Johann-Straße 48 im Bereich der Flurstücke 81 und 82 in Flur 49 der Gemarkung Worringen in Köln-Fühlingen —Arbeitstitel: Herzog-Johann-Straße in Köln-Fühlingen— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 62564/01 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
3492/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
AN/0264/2017

Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation im Belgischen Viertel ist ja keine einfache. Wir haben eingangs darüber diskutiert, was Köln ausmacht und auch lebenswert macht. Neben der Toleranz ist es meines Erachtens auch die Besonderheit, dass die Innenstadt in Köln tatsächlich bewohnt und belebt ist. Glücklicherweise haben wir Innenstadtbereiche, in denen Menschen nicht nur als Hotelgäste oder auf Zeit übernachten, sondern tatsächlich ihren Lebensmittelpunkt haben.

Das betrifft auch das Belgische Viertel. Dieses Veedel steht unter besonderem Druck, weil es sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem Vergnügungsviertel entwickelt hat.

Der Kollege Ralph Sterck hat im Ausschuss gesagt, nachdem jetzt noch ein weiterer Antrag auf Eröffnung einer Diskothek mit nächtlichen Öffnungszeiten kam: Die haben wohl den Knall nicht gehört. - Damit hat er es ganz gut ausgedrückt.

Man muss allerdings auch sagen, dass wir das Belgische Viertel nicht totberuhigen wollen. Wir müssen aber einen Interessenausgleich herstellen - zwischen den absolut berechtigten Interessen der Anwohner, Nachtruhe zu halten, und den Interessen derjenigen, die in der Stadt ausgehen wollen und feiern wollen.

Wir waren immer ein bisschen kritisch, ob ein Bebauungsplan dafür tatsächlich die geeignete Lösung ist, ob man also ein kulturelles oder ordnungsrechtliches Problem, wenn man es denn von dieser Seite betrachtet, mit einer baurechtlichen Antwort lösen kann. Bestätigt worden in dieser Auffassung sind wir beispielsweise in dem Werkstattverfahren, das wir mit viel Aufwand zum Brüsseler Platz betrieben haben, um in Workshops der Anwohner und der anderen Beteiligten mit baulichen Lösungen die Lärmsituation dort zu verändern. Am Ende ist bei diesem aufwendigen Werkstattverfahren herausgekommen, dass man einen Glascontainer versenkt, was das Lärmproblem mit Sicherheit nicht gelöst hat.

Insofern möchten wir zu der hier sicherlich notwendigen Veränderungssperre - das muss man sagen; sie ist sicherlich notwendig, wenn man diesen Interessenausgleich weiterhin erhalten will - mit unserem Änderungsantrag folgende Akzente setzen:

Erstens. Wir möchten die Verwaltung bitten, dieses Bebauungsplanverfahren jetzt auch wirklich zu einem Abschluss zu bringen, damit wir darüber entscheiden können, wie wir mit einem solchen Verfahren den Schwebezustand beenden können.

Denn es geht natürlich auch darum, für diejenigen, die dort heute schon verträgliche Gastronomie betreiben, Zukunftssicherheit und Investitionssicherheit zu schaffen.

Zweitens. Der Änderungsantrag, den wir hier gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE vorgelegt haben, zielt darauf ab, dass uns die Verwaltung informiert - dieser Antrag ist auch in der Bezirksvertretung gestellt worden -, wenn es entsprechende Reaktionen auf die Veränderungssperre gibt, dass wir also eine Rückmeldung bekommen, wenn zum Beispiel Zulassung oder Nichtzulassung einer Ausnahme gemäß § 4 der Satzung behandelt werden.

Drittens. Weil wir glauben, dass eine baurechtliche Regelung die Probleme nicht komplett lösen wird, möchten wir, dass die Verwaltung begleitend bereits jetzt ein ordnungsrechtliches Konzept für das Belgische Viertel erarbeitet und es mit dem Abschluss des Bebauungsplans dann auch zügig vorlegt.

Dazu gehört natürlich auch, dass beispielsweise auch nachts Lärmmessungen durchgeführt werden, um die Belastung durch die unterschiedlichen Betriebe dort festzustellen.

In diesem Sinne glaube ich, dass wir hier noch einmal einen guten Vermittlungsweg zwischen den berechtigten Interessen der Anwohner auf Nachtruhe und den Regelungen für Öffnungszeiten von Musikklubs und Gaststätten einschlagen. Wir bitten darum, dies entsprechend in das Konzept aufzunehmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger hat das Wort.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Erst die Antragsteller! - Gegenruf von Ralph Sterck [FDP]: Das ist doch nur ein Änderungsantrag!)

Wir legen jetzt auf die Reihenfolge keinen Wert. Ich ziehe Ihre Wortmeldung vor, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln hat eine sehr lebendige Innenstadt. Das wird von Einheimischen und von Besuchern sehr geschätzt. Für diese Lebendigkeit gibt es viele Gründe. Es gibt ein sehr gutes kulturelles und kulinarisches Angebot in der Stadt. Auch die Klubkultur genießt einen guten Ruf, und zwar weit über Köln hinaus. In diesen Klubs wird getanzt und gefeiert. Es gibt also sehr viele positive Aspekte.

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch Lärm in der Nacht, und es gibt auch Dreck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kölner Innenstadt ist auch deshalb so lebendig, weil hier noch relativ viele Menschen leben. Die Doppelnutzung - Partyviertel und Wohnquartier - bewahrt unsere Innenstadt vor Sterilität und Anonymität.

In anderen Großstädten der Republik wird das nicht mehr so oft vorgefunden. Der Grund dafür ist, dass Bewohnerinnen und Bewohner wegen der hohen Mieten und der schlechten Durchmischung in der Innenstadt in die Außenbezirke ziehen oder sogar verdrängt werden.

Wir beschäftigen uns heute mit der Veränderungssperre für das Belgische Viertel. Mit diesem Instrument soll verhindert werden, dass in diesem Gebiet immer mehr Klubs entstehen. Dem berechtigten Interesse der dort lebenden Menschen auf ein bisschen Ruhe soll damit Rechnung getragen werden.

Wir müssen aber aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und eine Entwicklung des Belgischen Viertels mit dieser Veränderungssperre gänzlich abwürgen. Wir als LINKE fordern Augenmaß bei der Reglementierung der Klubkultur. Deswegen wollen wir keine generellen Verbote für das gesamte Belgische Viertel.

Wir bitten die Verwaltung mit unserem Änderungsantrag, bei der Erstellung des Bebauungsplanes Vorschläge zu erarbeiten, in welchen einzelnen Straßen und Häuserblocks Musikklubs zugelassen werden können und in welchen eben nicht.

Meine Damen und Herren, nur alleine mit dem Baurecht kommen wir im Belgischen Viertel nicht weiter. Es greift einfach zu kurz. Gleichzeitig mit dem Bebauungsplanverfahren muss ein ordnungsrechtliches Konzept erstellt werden. Hierfür müssen wir alle beteiligten Interessengruppen an einen Tisch bringen. Sonst setzt sich dieser Konflikt weiter fort.

Es gibt divergierende Aussagen zu der Frage der Lärmmessungen bei der Lokalität Frieda und in deren Nachbarschaft. Wir wollen, dass die Stadt den Lärm in dem Lokal und in den Wohnungen der Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer misst. Entsprechend den Messergebnissen muss die Musikanlage auf eine Schallgrenze versiegelt werden, die die Lärmbelästigung für die Bewohnerinnen und Bewohner mindert. Das ist nach Aussagen von Experten erstens unerlässlich und zweitens technisch möglich.

Solche Lärmmessungen müssen auch für das ordnungsrechtliche Konzept, das wir ja mit unserem Änderungsantrag gemeinsam mit der SPD einfordern, die Basis sein.

Wir bitten die Verwaltung außerdem, einen Vorschlag zu unterbreiten, ob und wie die Öffnungszeiten in der Nacht begrenzt werden können, damit die Menschen zum Schutz ihrer Gesundheit nachts auch schlafen können.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte folgen Sie unserem gemeinsam mit der SPD gestellten Änderungsantrag, den ich hier noch einmal ganz kompakt vorstellen möchte; ich habe ja noch 1:30 Minuten Zeit.

Wir brauchen einen nach Straßen und Häuserblocks differenzierten Bebauungsplan für das Belgische Viertel. Begleitend dazu brauchen wir ein ordnungsrechtliches Konzept. Dabei müssen alle Interessengruppen einbezogen werden - die Anwohner, die Klubbetreiber, aber auch Kleingewerbetreibende.

Wir brauchen eine objektive Lärmmessung unter Federführung der Stadt. Außerdem müssen wir ins Auge fassen, zu welchen Zeiten eine Begrenzung der Öffnungszeiten im Belgischen Viertel notwendig ist. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor ich die weiteren Wortmeldungen aufrufe, würde ich gerne erst Frau Müller bitten, noch einmal zu erklären, was beschlossen wurde. Das könnte ja einen gewissen Einfluss darauf haben, wie die zukünftigen Wortmeldungen ausfallen.

Anne Luise Müller (Stadt Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Verwaltungsvorschlag zur Veränderungssperre ist auf Grundlage dessen vorgelegt worden, dass wir auf der einen Seite das Thema der Nutzungssicherung im Belgischen Viertel klarstellen wollen und auf der anderen Seite gleichzeitig das Thema Vergnügungsstätten regeln möchten. Denn Gastronomie ist genauso wenig eine Vergnügungsstätte wie kleinteilige gewerbliche Einrichtungen und kleinteilige Kreativwirtschaft. Alle diese Themen sollen in diesem Bebauungsplan geregelt werden bzw. bestandsgesichert werden.

Als wir zum Beispiel vor zehn oder zwölf Jahren am Rathenauplatz eine ähnliche Fragestellung in Bezug auf Vergnügungsstätten und Ausdehnung von mit dem Wohnen konfligierenden Nutzungen bekommen haben, haben wir genau in dieser Form auch straßenzugweise und geschossweise festgelegt, wie die Nutzungen gesichert werden sollen.

Dabei ging es neben Wohnen, Gastronomie und kleinteiligen Gewerbeeinrichtungen um die Zulassung von Vergnügungsstätten, die sich unter anderem dadurch auszeichnen, dass ihre Öffnungszeiten über die Regelzeiten der Gastronomie hinausgehen, also bis 3 oder 5 Uhr morgens andauern, dass sie große Publikumsströme von außerhalb anziehen und dass sie Eintritt verlangen. Alles das sind Merkmale für Vergnügungsstätten. Sie konfligieren eben mit dem Wohnen und anderen Nutzungen.

Deswegen haben wir in diesem Fall für zukünftige Anträge zunächst einmal die Veränderungssperre beschließen lassen, damit wir Anträge, die jetzt gestellt werden und den Zielen des zukünftigen Planes entsprechen, auch tatsächlich bescheiden können, um dann zum Schluss mit einem Bebauungsplan die Regelungen festsetzen zu können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Nachfrage. Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Müller, habe ich Ihren Ausführungen richtig entnommen, dass das, was hier von der SPD und den LINKEN vorgeschlagen wird, bereits jetzt von der Verwaltung gemacht wird?

Anne Luise Müller (Stadt Köln): Was den Teil des Bebauungsplanes angeht, ja - nicht das Ordnungsrechtliche, weil das nicht bebauungsplanrelevant ist. Planungsrechtlich ist es aber so, dass wir für diesen Bebauungsplan - ich sage es noch einmal: wie am Rathenauplatz - straßenzugweise wirklich alles durchkämmen werden. Dann werden die Nutzungen auch geschossweise - ab dem ersten Obergeschoss zum Beispiel das Wohnen oder eine gemischte Nutzung - festgesetzt. Das Ganze erfolgt tatsächlich straßenzugweise.

Deswegen sind wir natürlich auch darauf angewiesen, jetzt relativ zügig weiterzumachen, damit wir die Veränderungssperre dann wirklich nicht nur ausschöpfen, sondern auch rechtzeitig beenden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön, Frau Müller. - Es gibt noch eine Nachfrage. Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank. - Frau Müller, ich habe noch eine Nachfrage. Was das Bebauungsplanverfahren angeht, ist es ja ganz klar. Dafür ist das Stadtplanungsamt zuständig. Das liegt also in Ihrer Hand. Dass wir dieses Verfahren so schnell wie möglich zu Ende bringen, ist sicherlich auch in Ihrem Interesse und, glaube ich, auch im Interesse der schwarz-grünen Mehrheit.

Aber würde ein ordnungsrechtliches Konzept eigentlich bei Ihnen im Amt 61 erstellt werden? Oder ist eher ein anderes Amt dafür zuständig? Dann wäre das hier an dieser Stelle doch schon eine sinnvolle Ergänzung.

Anne Luise Müller (Stadt Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frenzel, das ordnungsbehördliche Konzept kann in der Tat nicht Bestandteil des Bebauungsplans sein, weil wir dort tatsächlich ein eigenes Recht setzen. Ein ordnungsbehördliches Konzept muss mit dem Ordnungsamt und dann natürlich auch mit uns abgestimmt werden. Es ist aber völlig losgelöst und getrennt davon.

Es kann auch nicht in den Bebauungsplan einfließen, weil wir dort die Art der Nutzung in Bezug auf Vergnügungsstätten, Kreativwirtschaft, Wohnen und Arbeiten separat festsetzen müssen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wahrscheinlich muss man auch erst einmal einen Bebauungsplan haben, um hinterher festzustellen, welches Ordnungsrecht man da setzen kann.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gibt es weitere Nachfragen an Frau Müller? - Das ist im Moment nicht der Fall. Erst einmal vielen Dank, Frau Müller.

Nun gebe ich Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Frenzel und Herr Weisenstein, Ihr Änderungsantrag bzw. Zusatzantrag ist eine Wiederholung der bereits gefassten Beschlüsse. Das muss man einfach feststellen, wenn man sich das vergegenwärtigt, was im Stadtentwicklungsausschuss ja schon vorgetragen worden ist und Frau Müller jetzt noch einmal bekräftigt hat. Alles das, was Sie unter Punkt 1 fordern, ist also in Auftrag gegeben.

Im Übrigen braucht ein guter Bebauungsplan Zeit. Sie haben heute schon zweimal erwähnt, dass wir schnell einen B-Plan brauchen. Das ist zwar richtig. Die Verwaltung muss sich aber die notwendige Zeit nehmen, um das Ganze ein für alle Mal für dieses Viertel zu lösen. Darum ist diese Beschlussvorlage auch sinnvoll und richtig; denn sie sorgt dafür, dass man Antworten geben kann.

Wenn Sie Ihren Änderungsantrag weiterhin aufrechterhalten, hat Sie tatsächlich der Mut verlassen, hier eine Entscheidung zu treffen. Denn die Balance zwischen Wohnen, Gewerbe und Vergnügungsstätten muss nun einmal hergestellt werden. Das heißt ja nicht, dass das Viertel dadurch totberuhigt wird - ganz im Gegenteil. Man gibt einfach klare Antworten.

Die Auffassung, die die IHK nach dem Vortrag von Frau Müller mittlerweile vertritt, zeigt ja auch, dass wir hiermit auf dem richtigen Weg sind. Die IHK begrüßt das ja mittlerweile auch.

Nehmen wir alle Ihre Messungen mit hinein, ohne eine Entscheidung zu treffen, haben wir Verzögerungen. Dann kann die Verwaltung die Anfragen, die gestellt werden, tatsächlich nicht beantworten.

(Beifall bei der CDU)

Und ganz ehrlich: Musikklubs mit Öffnungszeiten bis 5 Uhr morgens sind zwar schön. Wir feiern alle gern. Aber das muss nicht in der Innenstadt sein, wo auch Menschen leben. Wir müssen auch darauf achten, dass es dort nicht zu einer Verdrängung führt.

Meine Fraktion möchte die Beschlussvorlage hier beschließen. Dafür plädiere ich. Ich möchte auch hiermit werben: Frieden für das Viertel und Frieden mit Frieda.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat, bitte.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus. - Man sollte jetzt tatsächlich die Verwaltung erst einmal arbeiten lassen und den B-Plan fertig erstellen

lassen. Uns wurde ja von Anfang an gesagt, dass das ein bis zwei Jahre dauern kann. Wenn dann noch Lücken bestehen sollten, können wir noch einmal über Ordnungsrecht reden. Dann können wir ja noch einmal zusätzliche Regelungen finden. Aber die Frau Oberbürgermeisterin hat das eben gut zusammengefasst. In der Tat brauchen wir erst einmal diesen B-Plan, um zu sehen, ob überhaupt Lücken da sind.

Deshalb werden wir von der Fraktion der Grünen der Verwaltungsvorlage zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Antrag kommt ja ganz harmlos herüber. Wenn man ihn liest, denkt man: Darin stehen ja ein paar ganz plausible Sachen.

Wenn der Kollege Frenzel dann auch noch den Kollegen Sterck aus dem Stadtentwicklungsausschuss zitiert, denkst du: Ach, hör mal; du hast alles richtig gemacht.

Im Laufe ihrer Reden haben sich die beiden Redner dann aber doch verraten und gesagt, wohin der Zug mit ihrem Antrag gehen soll. Und das ist eben - Herr Weisenstein, Sie haben das im Stadtentwicklungsausschuss auch schon versucht; da war die SPD noch etwas indifferenter - „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“. Genau dieses Konzept versuchen Sie hier zu verfolgen. Sie zitieren dann noch aus den Broschüren der KLUBKOMM. Dann weiß man ungefähr, wie der Hase läuft.

Wie ich auch schon im Stadtentwicklungsausschuss gesagt habe, geht das so einfach nicht mehr. Wir sind in der Verpflichtung für die Anwohner dort. Wie Herr Frenzel richtig gesagt hat, haben wir da ja schon eine ganze Menge versucht. Aber wenn jetzt aktuelle Anträge vorliegen, die Öffnungszeiten der Musikgaststätten bis 5 Uhr morgens auszudehnen, dann passt das nicht in die Landschaft. Das ist auch den Bürgern dort nicht zu vermitteln. Sie erwarten vom Stadtentwicklungsausschuss und auch vom Stadtrat eine klare Ansage.

Vor diesem Hintergrund kommt die Veränderungssperre fast schon zu spät. Vielleicht hätte man es direkt mit dem Beschluss des Bebauungsplans koppeln sollen. Frau Müller, manchmal ist es so, dass die Verfahren sich ein bisschen hinziehen. Aber das ist das Zeichen, das wir jetzt setzen müssen. Wir müssen den Bebauungsplan zu Ende bringen und die Veränderungssperre dort einführen, damit sich die Situation nicht entsprechend verschlechtert.

Frau Müller, ich bin Ihnen für Ihren Vortrag im Ausschuss dankbar, aber auch dafür, dass Sie hier noch einmal an den Rathenauplatz erinnert haben; denn ich glaube, dass auf dieser Grundlage hier jetzt etwas sehr Gutes möglich ist.

Wenn so harmlos vom Rathenauplatz gesprochen wird, geht es ja um den gesamten Bereich dort. Dazu gehört die ganze Zülpicher Straße; dazu gehört das ganze Kwartier Latäng. Dort sind wir vor zehn Jahren sehr gut vorgegangen und haben - fast würde ich sagen: es war ein Häuserkampf - für jedes einzelne Haus definiert, was noch mehr in Richtung Party gehört und was für das Wohnen geschützt werden muss. Aufgrund der Bürgerzuschriften, die ich in unserer Fraktion zu diesem Bereich bekomme, kann ich sagen: Dieser Bereich ist in den letzten Jahren wirklich beruhigt worden.

Ich hoffe, dass wir das mit diesen Planungsinstrumenten auch für das Belgische Viertel hinbekommen.

Wenn wir feststellen, dass es nicht reicht und wir nachsteuern müssen, tun wir dann noch etwas obendrauf, wie Frau Kollegin Pakulat richtig gesagt hat.

Jetzt sollten wir aber die Verwaltung erst einmal am Bebauungsplan und mit der Veränderungssperre arbeiten lassen. Der Änderungsantrag ist damit wirklich überflüssig. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Bezirksbürgermeister Hupke.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin-

nen und Kollegen! Als jemand, der 1974 im Alter von 24 Jahren an den Rathenauplatz gezogen ist, möchte ich kurz in die Geschichte zurückgehen. Damals gab es noch nicht so eine positive Transparenz und so eine bürgerfreundliche Verwaltung wie heute auch noch nicht so eine kooperative Politik. Seinerzeit haben wir als Bürgergemeinschaft diesen Bebauungsplan richtig erkämpft. Teile davon sitzen mir auch heute noch in den Knochen.

Hätten wir damals den Begriff „Veränderungssperre“, wie er jetzt in der Vorlage steht, überhaupt gekannt, wäre das für uns ein Segen gewesen. Wir hätten sie natürlich sofort gefordert. Dann wäre die Zülpicher Straße heute nicht das, was sie ist. Sie wäre in einem erheblich besseren Zustand.

Diese Veränderungssperre wird auch dazu dienen, dass aus der Brüsseler Straße keine Zülpicher Straße wird.

Ich möchte ganz klar daran erinnern, dass das, was hier von dem einen oder anderen Redner vorgetragen worden ist, alles schon gelaufen ist. Sehr geehrte Damen und Herren, da sind Hunderte von Lärmmessungen gemacht worden. Das kann man gar nicht alles aufzählen.

Der gesamte Prozess ist 2009 gestartet. Es gab einen hoch qualifizierten Moderator - leider hat er für die ganze Arbeit, die er da geleistet hat, nicht die gebührende Anerkennung bekommen -, den das Ordnungsamt bzw. die Verwaltung damals zusammen mit der BV ausgesucht hatte. Wenn er nicht gewesen wäre, wären, wie ich auch in öffentlichen Veranstaltungen immer wieder gesagt habe, diese ganzen gallischen Dörfer noch viel weniger aufeinander zugegangen. Dafür gebührt ihm in der Tat ein hohes Lob.

Frau Müller hat hier auch schon kurz darauf hingewiesen, was da alles in der Diskussion gelaufen ist.

Jetzt ist genau der Zeitpunkt der Entscheidung. Das hat auch Herr Sterck gerade noch einmal deutlich gemacht. Da darf man nicht mehr warten.

Man darf es auch nicht begrenzen. Die Veränderungssperre muss bis an die Grenze angewandt werden - es sei denn, ein Gesetz würde das dann verbieten -, um den Bebauungsplan in Ruhe zu erstellen und dann natürlich auch zu beschließen.

Ich erinnere an die entsprechenden Erfahrungen. Ein Mal ist der Bebauungsplan zum Rathenauplatz ja vom Oberverwaltungsgericht Münster wegen eines Formfehlers gekippt worden. Dann haben wir alle zusammen gesagt: Das kommt nicht ein zweites Mal vor. - Danach haben wir sehr gut in der Sache gestritten und dann auch ein rechtsfestes, wasserdichtes Ergebnis bekommen. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt wenigstens das haben, was wir jetzt haben. - Sie sind alle selbst sehr bewandert darin.

Im Übrigen glauben Sie gar nicht, mit welcher Geschwindigkeit Anträge gestellt werden, wenn dann nicht sofort die Veränderungssperre in Kraft tritt. Und da machen Sie gar nichts; da machen wir gar nichts; da macht auch kein anderer etwas. Der Antrag gilt dann und führt dazu, dass Bestandsschutz gilt. Und dann sieht das Viertel ganz schnell entsprechend aus.

Ich möchte auch noch Folgendes sagen: Es geht letztendlich nicht nur um den Lärm. Natürlich geht es auch darum. Dazu haben wir uns auch gestritten. Ich habe mich - das darf ich auch sagen - persönlich mit den Menschen auf dem Platz, in der Kirche, im Pfarrheim usw. usf. gestritten. Im Wesentlichen geht es aber darum, hier über die Brücke der Veränderungssperre endlich ein Veedel zu bekommen, in dem alle befriedet zusammenleben können.

Das Wichtige an dem Bebauungsplan ist, dass dieses Viertel heterogen bleibt. Es muss heterogen bleiben - zur Versorgung für die Bevölkerung und auch für die Besucherinnen und Besucher. Wenn wir das erreichen, können wir sagen, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.

Wenn sich dort weiterhin gestritten wird, dann gehen wir zusammen dahin, diskutieren mit den Bürgerinnen und Bürgern und sagen: Das ist jetzt so, wie es jetzt ist. - Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und lasse jetzt abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der SPD und der LINKEN ab. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das

Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT und die Piraten enthalten sich. Dann ist er abgelehnt.

Nun rufe ich die ursprüngliche Vorlage zur Abstimmung auf. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE und die Piraten enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:

Um die unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Interessen im Belgischen Viertel angemessen zu berücksichtigen, beschließt der Rat der Stadt Köln ergänzend zum Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. *Die Verwaltung wird gebeten, das Bebauungsplan-Verfahren schnellstmöglich abzu-schließen und den politischen Gremien die notwendigen Beschlussvorlagen zur Beratung und Entscheidung vorzulegen, um den unentschiedenen Schwebezustand zu beenden. Die rechtlich mögliche Dauer einer Veränderungssperre soll nicht ausgeschöpft werden, um die weitere Entwicklung des Viertels nicht zu behindern. Bei der Erstellung des Bebauungsplanes für das Belgische Viertel ist eine Differenzierung nach Straßen mit überwiegender Wohnnutzung und gemischter Nutzung geboten.*

2. *Die Bezirksvertretung Innenstadt wird über Bauanträge, die nach der Veränderungssperrensatzung beschieden bzw. behandelt werden (insb. Zulassung bzw. Nichtzulassung einer Ausnahme gemäß § 4 der Satzung), mit einer entsprechenden Bewertung der Verwaltung informiert.*

3. *Die Verwaltung wird gebeten, gleichzeitig ein begleitendes ordnungsrechtliches Konzept für das Belgische Viertel zu erarbeiten und mit Abschluss des Bebauungsverfahrens vorzulegen.*

   a. *Die Erstellung des Konzepts hat in Zusammenarbeit der städtischen Ämter und Dienststellen mit allen Interessengruppen (Anwohner, Bürgerinitiativen, Clubbetreiber und andere Gewerbetreibende sowie deren Interessengemeinschaften, usw.) zu erfolgen.*

   b. *Die Verwaltung wird beauftragt, als Basis für die Erstellung des Konzeptes zu unterschiedlichen Tageszeiten Lärmmessungen durchzuführen.*

   c. *Das ordnungsrechtliche Konzept soll Vorschläge zur Begrenzung von Lärmemissionen insbesondere durch Begleiterscheinung der örtlichen Club- und Gastronomieszene vor Ort (z.B. rauchende Personen vor den entsprechenden Lokalitäten) enthalten. Ebenso ist eine Regelung der Öffnungszeiten für Musikclubs, Gaststätten usw. zur Aufnahme in das Konzept zu prüfen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord –Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord– für das Gebiet zwischen Aachener Straße im Süden, Hohenzollernring im Osten, Friesenplatz und Venloer Straße im Norden sowie der Bahntrasse Köln - Bonn im Westen in Köln-Neustadt/Nord in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Das „Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren“
hier: Fortschreibung
3559/2016

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

AN/2110/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0267/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 03.02.2017
0295/2017

Als erster Redner ist mir Herr Frenzel gemeldet. Bitte.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es an dieser Stelle auch kurz machen. Wir hatten ja verabredet, dass wir das Kooperative Baulandmodell, das ein ganz entscheidender Baustein in der Strategie der Stadt zur Bereitstellung von preiswertem Wohnraum und insbesondere von geförderten Wohnungen ist und das wir mit SPD, CDU und Grünen gemeinsam verabredet haben, nach einem Zeitraum von zwei Jahren evaluieren. An diesem Punkt sind wir jetzt.

Wir haben sicherlich festgestellt, dass es da noch einige Schwächen gibt und wir bei einigen Dingen noch nachjustieren müssen. Beispielsweise war ein ganz wichtiger Punkt - das wurde auch aus der Wohnungswirtschaft kritisiert, dass das Modell an manchen Stellen etwas zu bürokratisch war, weil es mit dem ursprünglichen Vorschlag zu viele Prüfschleifen in der Verwaltung gab.

Insofern bin ich froh darüber, dass die Verwaltung uns hier einen wirklich sehr soliden Vorschlag gemacht hat, wie wir das Modell evaluieren können - auch in einem ganz intensiven Dialog mit der Wohnungswirtschaft im Wohnungsbauforum. Darüber hinaus haben auch noch zahlreiche Fachgespräche stattgefunden. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank an die Verwaltung und an das Team von Frau Müller und Herrn Höing.

Nichtsdestotrotz haben wir, als wir dann mit SPD, CDU und Grünen zu dritt zusammengesessen haben, noch ein paar Punkte gefunden, wie man das Ganze vielleicht noch weiter verbessern könnte.

Ein Punkt ist folgender: Mit unserem ursprünglichen Vorschlag, den wir im letzten Jahr gemacht haben, wollten wir ja ein Zeichen setzen und die Bagatellgrenze entfallen lassen. Das hat zu viel Kritik geführt, insbesondere vom Haus- und Grundbesitzerverein, der das als ungünstig bezeichnet hat. Wir haben darauf reagiert und die Bagatellgrenze nur leicht abgesenkt, und zwar auf 20 Wohneinheiten. Insofern sind wir der Wohnungswirtschaft da entgegengekommen und von unserem ursprünglichen Vorhaben abgerückt, auch ganz kleine Bauvorhaben mit gefördertem Wohnungsbau zu bedenken.

Ein weiterer - aus meiner Sicht sehr wichtiger - Punkt ist, dass wir auch eine klare Regelung für das Auslaufen des alten Kooperativen Baulandmodells von 2014 finden. Dazu haben wir eine Stichtagsregelung vorgeschlagen. Das halte ich für eine ganz gute Sache.

Wir haben jetzt nicht in Ihren Satzungstext eingegriffen, weil das sicherlich Verwaltungsarbeit ist, sondern schlagen vor, dass das alte Kooperative Baulandmodell zum 30. Juni 2018 beendet wird. Diejenigen, die es noch nutzen wollen, müssen jetzt also ein bisschen Gas geben. Das ist vielleicht auch ganz gut, um den Wohnungsbau in der Stadt zu befördern. Schließlich brauchen wir dringend mehr Wohnungen. Herr Dr. Rau hat das auch gesagt. Eigentlich ist auch das Unterbringungsproblem der Flüchtlinge weniger ein Flüchtlingsproblem, sondern vor allen Dingen darauf zurückzuführen, dass wir zu wenige Wohnungen haben.

Ich will dies jetzt auch nicht zu lange ausführen. Insofern möchte ich Sie bitten, diesem Dreier-Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, es auf ein paar Schlüsselwörter zu reduzieren. - Nach einer, wie ich zugeben muss, intensiven Beratungsrunde zwischen den drei großen Fraktionen, die das Kooperative Baulandmodell seit 2014 gemeinsam tragen wollen, haben wir jetzt einen Änderungsantrag vorgelegt. Ich gebe zu, dass es hier noch einmal eine durchaus lebhafte Diskussion zwischen den Protagonisten gegeben hat.

Jetzt haben wir aber etwas vorgelegt, was wir der Verwaltung noch einmal für eine Überarbeitung mitgeben wollen, damit wir die Satzung schlussendlich im April dieses Jahres beschließen können. Dabei handelt es sich um klare Botschaften.

Was wir vorgelegt haben, ist eine etwas entschlacktere, etwas einfachere Übergangsregelung unter dem Stichwort der Verlässlichkeit und des Vertrauensschutzes gegenüber den Investoren, mit denen wir ja diese Stadt zusammen bauen wollen. Insofern sind wir auch auf den Dialog mit ihnen angewiesen. Das heißt: Hier ist der Übergang klarer geregelt. Kleinere Projekte fallen nicht unter das Kooperative Baulandmodell. Wir haben hier die berühmten 20 Wohneinheiten gewählt.

Wir wollen ja auch günstigen Wohnraum bauen. Insofern wollen wir, was die Umlage für die Schulen betrifft, eine Lösung finden, die der alten Regelung entspricht. So stellen wir sicher, dass diese Umlage doch nicht so auf den Endpreis pro Quadratmeter - der sich nachher in der Monatsmiete oder im Kaufpreis für die Eigentumswohnung oder das Haus widerspiegelt - durchschlägt, wie sich das hier zunächst abzeichnete.

Insofern geben wir der Verwaltung hier noch einmal eine Aufgabe für die nächsten Wochen, damit wir dann im April 2017 den Beschluss fassen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn hat das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Mein Dank gilt auch erst einmal der Verwaltung. Was sie uns hier vorgelegt hat, war schon eine sehr umfängliche und sehr komplexe Vorlage, die auch im Dialog mit der Wohnungswirtschaft entstanden ist. Insoweit handelt es sich bei dem, was uns vorliegt, ja auch schon um einen Kompromiss.

Das Ziel haben meine Vorredner zum Teil bereits skizziert. Es geht darum, die gemischte Stadt, die wächst, weiter zu bauen. 30 Prozent geförderter Wohnraum soll nun in allen Stadtteilen oder in allen Quartieren entstehen. Wir wollen überall da, wo Planrecht geschaffen wird, 30 Prozent geförderten Wohnraum realisieren. Das haben wir bereits am 2. Februar 2016 der Verwaltung mit aufgegeben. Über eine Übergangsregelung wollen wir dann auch endlich zu diesem Ziel kommen - das Ganze natürlich immer mit dem qualitativ hochwertigen Städtebau; denn wir haben die historische Chance, die Stadt weiter zu bauen und neu zu bauen.

Die Rahmenbedingungen für geförderten Wohnraum sind zurzeit so gut, wie sie noch nie waren. Köln ist super attraktiv. Insofern gibt es auch eine unheimliche Sogwirkung für Investoren. Diese brauchen eine gewisse Planungssicherheit.

Die politischen Präzisierungen, die wir heute noch einmal vorgenommen haben, würden wir gerne am 4. April 2017 dann auch beschließen - das Ganze wieder im Dialog sowohl mit der Politik als auch mit der Wohnungswirtschaft.

Ich bin aber ganz guter Dinge, dass wir das hinbekommen. München macht es seit über 20 Jahren mit der Sozialgerechten Bodennutzung. Und ich denke mir: Was München kann, schaffen wir auch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich bin ein bisschen ärgerlich. Wir diskutieren seit Jahren über das Kooperative Baulandmodell. Es stand mehrere Male im Stadtentwicklungsausschuss auf der Tagesordnung. Und heute kommt bei einem so wichtigen Projekt, einem unserer wichtigsten Projekte, während der Sitzung ein Änderungsantrag von den drei großen Fraktionen. Das finde ich der Sache überhaupt nicht angemessen.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Der Änderungsantrag hätte vernünftig im Fachausschuss vordiskutiert werden müssen - und nicht jetzt hier um halb zehn. Das finde ich einfach ärgerlich.

Ich möchte darum bitten, dass man, auch wenn man die Macht hat, künftig vielleicht einmal darüber nachdenkt, ob man so etwas nicht ein bisschen anders gestalten kann.

(Beifall bei der LINKEN - Niklas Kienitz [CDU]: Du hast recht! Dann hätten wir aber eben die Debatte um das Belgische Viertel auch nicht hier führen müssen!)

- Das ist eine völlig andere Dimension. Das wissen Sie auch, Herr Kienitz.

Jetzt würde ich aber gerne etwas zum Inhaltlichen sagen. Selbstverständlich ist es gut, dass wir, wie die Verwaltung in ihrer Vorlage geschrieben hat, von nun an immer 30 Prozent geförderten Wohnraum schaffen wollen, wenn wir Planrecht schaffen. Das ist gut. Daran sollten wir festhalten. Und wir können alle hoffen, dass das auch vor Gericht Bestand hat.

Meine Damen und Herren, dieser Gedanke geht aber nicht weit genug. In dieser Stadt gibt es auch sehr viele Leute, die keinen Wohnberechtigungsschein haben, aber trotzdem darauf angewiesen sind, in einer halbwegs finanzierbaren Wohnung zu leben.

Deswegen müssen wir das Kooperative Baulandmodell um weitere 30 Prozent preisgedämpften Wohnraum bereichern.

Die Verwaltung hat in einer Stellungnahme erklärt, das gehe nicht. Ich befürchte aber, dass die Verwaltung unseren Änderungsantrag in diesem Punkt leider nicht richtig verstanden hat. Ich habe schon häufig probiert, das darzulegen; aber es hat einfach nicht funktioniert.

Wir wollen für diese 30 Prozent keine Administration aufbauen, sondern wir wollen lediglich - und jetzt müssen wir noch einmal ein bisschen ins Detail gehen - das Baurecht ausschöpfen; denn das Baurecht sieht die Möglichkeit vor, dass wir als Stadt Wohnungen mit einem bestimmten Zuschnitt vorschreiben. Dieser bestimmte Zuschnitt definiert sich an dem sozialen Wohnungsbau, ist aber keiner. Deswegen kann dieser Zuschnitt - er muss es nicht unbedingt; er kann es aber - eine preisdämpfende Wirkung erzielen. Denn wenn Sie 85 Quadratmeter auf drei Zimmer, Küche und Bad verteilen, werden Sie für diese Wohnung nicht so viel Miete einnehmen können wie für ein Einzimmerappartement mit 85 Quadratmetern. Da gibt es einen Riesenunterschied.

Dieser Punkt sollte mit aufgenommen werden, damit wir junge Familien in Köln halten.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher möchte ich Sie darum bitten, sich noch einmal diese Vorschrift anzuschauen, die Sie jetzt in Ihrem Änderungsantrag in einem anderen Zusammenhang erwähnen. Sie schreiben nämlich, dass im Kooperativen Baulandmodell der öffentlich geförderte Wohnungsbau künftig genau über diesen Paragrafen erfolgen soll. Die ganze Zeit haben wir das über einen städtebaulichen Vertrag gemacht. Das hat im Prinzip auch funktioniert. Warum Sie da jetzt umschwenken, kann ich nicht ganz nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung gab es vonseiten der Verwaltung ganz hervorragende Ideen, wie man die Frage der Grundschulversorgung und die Frage der Kitaversorgung mit in das Kooperative Baulandmodell aufnehmen kann. Das weichen Sie mit Ihrem Änderungsantrag jetzt wieder auf. Dass Sie das tun, wundert mich.

Wir hätten es gerne ein wenig schärfer formuliert - nämlich so, dass der Investor nicht nur für den Bedarf in dem neu errichteten Gebiet die Kindergartenplätze vorhalten muss, sondern auch für den Bedarf in dem Gebiet, das die Verwaltung an anderer Stelle definiert, indem sie den Eltern die Zumutbarkeit eines Weges von 5 Kilometern auferlegt. Diese Zumutbarkeit muss auch für den Investor festgeschrieben werden. Er muss sich auch an der Deckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen in der Nachbarschaft beteiligen. Denn beim Bedarf wird von der jetzigen Situation ausgegangen. Wir müssen aber davon ausgehen, dass der Bedarf bzw. die Bedarfsdeckungsquote in den nächsten Jahren steigen wird. Deswegen ist es eigentlich unerlässlich, diese Regelung hier mit aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Änderungsanträge haben ja lange genug vorgelegen. Jeder, der sich für das Kooperative Baulandmodell interessiert, hatte Zeit, da wirklich einmal nachzulesen. Wir machen das ja ein bisschen anders als die drei Großen und kommen damit nicht auf den letzten Drücker.

Ich muss jetzt aber noch einmal auf Ihren Änderungsantrag von heute Abend eingehen. Was Sie hier machen, ist schon ein bisschen schade. Denn jede Fraktion hat ein Zückerchen bekommen und eine Kröte geschluckt, wie man daran genau ablesen kann, und nachher kommt dabei etwas heraus, was in

der Qualität keinen Vorteil bringt oder nur ganz wenig Vorteil bringt.

Das Schlimmste ist allerdings - und das schreiben Sie in Ihrem Antrag ganz klein; da muss ich sogar noch meine Brille herausholen; in Ihren Reden haben Sie das auch alle nicht erwähnt; deshalb möchte ich die Runde hier einmal darauf aufmerksam machen -, dass Sie die Übergangsregelung noch einmal um anderthalb Jahre ab heute verschieben. Das heißt, dass jetzt jeder in Ruhe überlegen kann: Für dieses Riesenareal, das ich schon habe, stelle ich heute noch den Antrag, obwohl ich in Wirklichkeit erst in fünf Jahren baue; denn dann muss ich keine Sozialwohnungen bauen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch nicht!)

- Das steht doch da drin.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben ja ein bestehendes Kooperatives Baulandmodell!)

- Ja, natürlich haben wir ein bestehendes Kooperatives Baulandmodell. Aber die Übergangsfrist bis zum 30. Juni 2018 steht sehr wohl da drin.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Beschleunigung!)

Wenn wir das jetzt noch einmal so detailliert diskutieren, dann müssen Sie mir diese Minute noch lassen, Frau Oberbürgermeisterin. Auf diesen Einwand muss ich eingehen. - Frau Jahn, Sie haben vorhin in Ihrer Rede selbst richtig gesagt, dass wir mit diesem Kooperativen Baulandmodell nur bedingt Erfolg hatten, weil die Investoren geschickt gerechnet haben und sagen konnten: Der Mehrwert beim Boden ist so gering, dass ich keine Sozialwohnungen bauen muss. - Und genau das verlängern Sie jetzt noch einmal ab Antragstellung heute bis Mitte 2018. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren. Lesen Sie es noch einmal nach. Es steht da drin.

Der Antrag enthält allerdings auch vernünftige Aspekte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Danke!)

- Ich weiß nicht, ob sie auf Ihrem Mist gewachsen sind, Herr Kienitz. Aber dass die Grenze von 25 auf 20 Wohneinheiten gesenkt wird, ist ein kleiner Erfolg; das ist richtig.

Deswegen werden wir jetzt hier auch getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte beantragen. Ich habe diesen Antrag der Verwaltung schon hingelegt. Die Zeit ist weit fortgeschritten. Ich will Sie nicht lange damit aufhalten. Aber dazu kann man nicht einfach so Ja oder Nein sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Herr Sterck freut sich!)

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, Herr Sterck freut sich nur bedingt, muss ich sagen; denn ich hatte mir meine Abendgestaltung anders vorgestellt. Als ich die Tagesordnung gesehen habe, habe ich gedacht: Das kann ja heute nicht lange dauern; du bist früh zu Hause. - Nachher muss ich da erst einmal erklären, wieso das nicht der Fall war. Daran ist das Kooperative Baulandmodell mit schuld.

Meine Damen und Herren, die Sie das Ganze nicht so intensiv verfolgen - Zuschauer auf Zuschauertribüne haben wir nicht mehr viele; aber vielleicht guckt noch jemand zu Hause zu -, wenn Sie die Reden hier hören, müssen Sie ja denken, das Kooperative Baulandmodell sei ein super Erfolgskonzept und der Renner in Köln.

Wenn ich jetzt an die Verwaltung, an die Oberbürgermeisterin, an Frau Müller die Frage stellen würde, wie viele Wohnungen, die wir schaffen wollten, wir denn in den letzten drei Jahren damit geschaffen haben - - Ich kann es abkürzen. Es ist eine rhetorische Frage. In den letzten Jahren sind nämlich null Wohnungen damit geschaffen worden.

(Beifall bei der FDP - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht! Das sind alternative Fakten!)

So etwas bezeichnet man dann als bedingt erfolgreich.

Kirsten Jahn ärgert sich und sagt, das stimme doch gar nicht. Natürlich stimmt es. Das ist der größte Rohrkrepierer. Und damit haben wir uns hier jahrelang politisch beschäftigt.

Damit haben wir auch die Verwaltung jahrelang beschäftigt. Meine Damen und Herren, die Verwaltung sollte eigentlich dazu kommen, Baugenehmigungen auszustellen. Das schafft Wohnungen in dieser Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Was Sie aber machen, ist Folgendes: Sie schaffen immer höhere Hürden für die Investoren, die man immer noch ein bisschen melken kann und immer noch ein bisschen ärgern kann.

(Niklas Kienitz [CDU]: Muss man dir nach Jahrzehnten im Stadtentwicklungsausschuss noch erklären, wer Baugenehmigungen erteilt?)

Dann bauen die Investoren ihre Wohnungen eben woanders. Wir haben noch Glück, wenn sie sie in Pulheim oder in Bergisch Gladbach bauen. Aber nein; sie bauen die Wohnungen am Ende auch in Bonn und in Düsseldorf oder sonst wo in der Republik. Denn sie sind auf unsere Grundstücke nicht angewiesen. Das ist die Wahrheit über dieses tolle Konzept des Kooperativen Baulandmodells.

Was den Änderungsantrag angeht, hat Herr Weisenstein das sehr schön herausgearbeitet. Man weiß ja, warum Änderungsanträge hier als Tischvorlagen kommen. Dann hat man ungefähr eine Ahnung, wie lange diejenigen vorher zusammengehockt haben und daran gestrickt haben. Sie haben gesagt: Jeder bekommt ein bisschen etwas. - Und das kommt dann dabei heraus.

Wir wissen ja auch, wie schwer sich die Kollegen von der CDU damit tun, dem nachher zuzustimmen. Schauen wir einmal, wer jetzt schon auf Toilette gegangen ist,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

damit er nachher sagen kann: Ich bin nicht dabei gewesen.

So ist es ja. Die CDU hat das hier die ganzen Jahre mitgemacht. Nachher kommen sie aber alle bei uns vorbei und sagen: Ja, Herr Sterck; Sie haben mit dem, was Sie gesagt haben, ja vollkommen recht gehabt. - Wir wissen ja, wie das läuft.

Sie machen die falsche Wohnungsbaupolitik - gerade mit diesem Konzept. Hier wird nur Bürokratie aufgebaut, anstatt wirklich dafür zu sorgen, dass Wohnungen in dieser Stadt gebaut werden können. Unsere Stimmen bekommen Sie dafür nicht. Das sage ich Ihnen. Wir werden dieses Konzept weiterhin ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 15.1? - Wenn das nicht der Fall ist, würde ich gerne zur Abstimmung kommen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN, danach über den Ersetzungsantrag von SPD, CDU und Grünen, und zwar gemäß dem Antrag der LINKEN über verschiedene Punkte separat, und dann eventuell über die ursprüngliche Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen.

Wer wünscht dem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen? - Das sind die LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von Herrn Wortmann, den Piraten und der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ersetzungsantrag von SPD, CDU und Grünen abstimmen, und zwar zunächst über die Punkte 1, 2 a) und 2 c). Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Punkte 2 b) und 2 e). Gegenstimmen? - DIE LINKE und die FDP. Enthaltungen? - Herr Wortmann und die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt stimmen wir über die Punkte 2 d) und 2 f) gemeinsam ab. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP. Enthaltungen? - Enthaltungen der LINKEN und der AfD. Dann ist auch das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den Ersetzungsantrag insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Dabei müsste ja mehr oder weniger das Gleiche herauskommen. Es dürfte also keine Überraschung sein, wie die FDP stimmt. Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Der Rat beschließt die Vorlage wie folgt zu ändern:

1. *Punkt 3 der Beschlussvorlage wird gestrichen und ersetzt durch:*

   In allen Anwendungsfällen des kooperativen Baulandmodells hat der Vorhabenträger zuzüglich zu den 30 % geförderten Wohnraum 30 % Wohnraum als preisgedämpften Mietwohnraum zu errichten. Das Ziel ist, je nach Lage, eine Netto-Kaltmiete zwischen 8,50 und 10, 00 Euro zu erreichen.

   Zur Durchsetzung dieser Vorgabe ist der städtebauliche Vertrag gemäß § 11 Baugesetzbuch oder § 9 Absatz 7, Satz 1, Baugesetzbuch anzuwenden.

2. *In der Anlage 1 wird der Absatz Nummer 3, Absatz 1, Buchstabe b durch folgenden Passus ersetzt:*

   3. Verpflichtungen

   (1) Der Planbegünstige eines Vorhabens verpflichtet sich,

   …

   b) entsprechend der innerhalb des Planungsgebietes zu erwartenden Anzahl an Kindern zwischen einem und sechs Jahren einen Kitaplatz zu errichten oder abzulösen, sofern im Stadtgebiet in einer zumutbaren Entfernung zum Planungsgebiet Bedarfe bestehen.
   „Zumutbare Entfernung“ wird entsprechend der aktuellen Rechtsprechung zum Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz definiert.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie bei Enthaltung der Gruppe Piraten, der Gruppe GUT und der Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

II.1. Beschluss zu den Ziffern 1; 2a und 2c:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat begrüßt das „Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM)“ als ein Mittel zur verlässlichen Schaffung von Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung in Köln. Dazu sind alle Kräfte des Kölner Wohnungsmarktes zu aktivieren. Insbesondere ist die Mitwirkung der Wohnungswirtschaft unabdingbar. Zugleich bekräftigen die Antragssteller, dass bei der Entwicklung von neuen Wohnquartieren die notwendige Infrastruktur mitentwickelt werden muss. Für das Ziel „Schaffung von qualitativ hochwertigem Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung“ braucht die Wohnungswirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bis zur Ratssitzung am 04.04.2017 den Vorschlag für das fortgeschriebene Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren“ (Anlage 1 der Vorlage 3559/2016) einschl. Umsetzungsanweisung (Anlage 2 der v. g. Vorlage) im Austausch mit der Kölner Wohnungswirtschaft an folgenden Punkten zu überarbeiten:*

   a) Absenkung des Schwellenwerts zur Verpflichtung der Errichtung von mindestens 30 % der Geschossfläche für Wohnzwecke als öffentlich geförderter Wohnungsbau auf 20 Wohneinheiten (Richtlinie, Ziff. 2. (2)).

   c) Bzgl. des Schwellenwerts soll geprüft werden, diesen für die Verpflichtung zur Durchführung von Qualifizierungsverfahren (Richtlinie, Ziff. 3. (1) j) auf 75 Wohneinheiten (WE) und mehr anzuheben. Unabhängig von der Anzahl der WE im Plangebiet soll ein Qualifizierungsverfahren ab einer Größe von 4.500 m² oder in Absprache mit dem Vorhabenträger in städtebaulich anspruchsvollen Lagen als Grundlage der Planung durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II.2. Beschluss zu den Ziffern 2b und 2e:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bis zur Ratssitzung am 04.04.2017 den Vorschlag für das fortgeschriebene Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" (Anlage 1 der Vorlage 3559/2016) einschl. Umsetzungsanweisung (Anlage 2 der v. g. Vorlage) im Austausch mit der Kölner Wohnungswirtschaft an folgenden Punkten zu überarbeiten:

b) Bzgl. der Ablösung des ursächlichen Mehrbedarfs an Grundschulplätzen soll eine Regelung getroffen werden, welches im Ergebnis der alten Regelung des kooperativen Baulandmodells (verabschiedet: 24.02.2014) entspricht (Richtlinie, Ziff. 3 (1) c)).

e) Die Übergangsregelungen in Ziff. 7 der Richtlinie sind dahingehend zu überarbeiten, dass für Vorhaben auf Grundstücken, die nachweislich nach dem 22.09.2016 und vor dem Tag der Bekanntmachung des kooperativen Baulandmodells in der zu verabschiedenden Fassung erworben wurden (Vertrauensschutz), die Verpflichtung zur Errichtung/Finanzierung der sozialen Infrastruktur (Richtlinie, Ziff. 3 (1) b) bis e)), reduziert wird. Die Verpflichtung zur Errichtung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau soll auf einen Anteil von 20 % oder mehr der mit der Planung geschaffenen GF Wohnen festgesetzt werden. Diese Übergangsregelung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechenden Grundstücke bis zum 30.06.2018 einer Bebauungsplanung zugeführt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II.3. Beschluss zu den Ziffern 2d und 2f:

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bis zur Ratssitzung am 04.04.2017 den Vorschlag für das fortgeschriebene Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" (Anlage 1 der Vorlage 3559/2016) einschl. Umsetzungsanweisung (Anlage 2 der v. g. Vorlage) im Austausch mit der Kölner Wohnungswirtschaft an folgenden Punkten zu überarbeiten:

d) Die planungsrechtliche Sicherung der Flächen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau im Bebauungsplan soll in Abstimmung mit dem Vorhabenträger und kann mittels Festsetzung nach § 9 Absatz 1 Nummer 7 BauGB erfolgen (Richtlinie, Ziff. 4. (3).

f) Dem Vorhabenträger und Planbegünstigten, der in diese Übergangsregelung fällt, soll unabhängig davon die Möglichkeit haben, sein Bebauungsplanverfahren nach den Richtlinie des 'neuen' noch zu verabschiedenden kooperativen Baulandmodells zu machen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und der AfD-Fraktion zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat begrüßt das „Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM)" als ein Mittel zur verlässlichen Schaffung von Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung in Köln. Dazu sind alle Kräfte des Kölner Wohnungsmarktes zu aktivieren. Insbesondere ist die Mitwirkung der Wohnungswirtschaft unabdingbar. Zugleich bekräftigen die Antragssteller, dass bei der Entwicklung von neuen Wohnquartieren die notwendige Infrastruktur mitentwickelt werden muss. Für das Ziel „Schaffung von qualitativ hochwertigem Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung"

braucht die Wohnungswirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bis zur Ratssitzung am 04.04.2017 den Vorschlag für das fortgeschriebene Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" (Anlage 1 der Vorlage 3559/2016) einschl. Umsetzungsanweisung (Anlage 2 der v. g. Vorlage) im Austausch mit der Kölner Wohnungswirtschaft an folgenden Punkten zu überarbeiten:*

   a) *Absenkung des Schwellenwerts zur Verpflichtung der Errichtung von mindestens 30 % der Geschossfläche für Wohnzwecke als öffentlich geförderter Wohnungsbau auf 20 Wohneinheiten (Richtlinie, Ziff. 2. (2)).*

   b) *Bzgl. der Ablösung des ursächlichen Mehrbedarfs an Grundschulplätzen soll eine Regelung getroffen werden, welches im Ergebnis der alten Regelung des kooperativen Baulandmodells (verabschiedet: 24.02.2014) entspricht (Richtlinie, Ziff. 3 (1) c)).*

   c) *Bzgl. des Schwellenwerts soll geprüft werden, diesen für die Verpflichtung zur Durchführung von Qualifizierungsverfahren (Richtlinie, Ziff. 3. (1) j) auf 75 Wohneinheiten (WE) und mehr anzuheben. Unabhängig von der Anzahl der WE im Plangebiet soll ein Qualifizierungsverfahren ab einer Größe von 4.500 m² oder in Absprache mit dem Vorhabenträger in städtebaulich anspruchsvollen Lagen als Grundlage der Planung durchgeführt werden.*

   d) *Die planungsrechtliche Sicherung der Flächen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau im Bebauungsplan soll in Abstimmung mit dem Vorhabenträger und kann mittels Festsetzung nach § 9 Absatz 1 Nummer 7 BauGB erfolgen (Richtlinie, Ziff. 4. (3).*

   e) *Die Übergangsregelungen in Ziff. 7 der Richtlinie sind dahingehend zu überarbeiten, dass für Vorhaben auf Grundstücken, die nachweislich nach dem 22.09.2016 und vor dem Tag der Bekanntmachung des kooperativen Baulandmodells in der zu verabschiedenden Fassung erworben wurden (Vertrauensschutz), die Verpflichtung zur Errichtung/Finanzierung der sozialen Infrastruktur (Richtlinie, Ziff. 3 (1) b) bis e)), reduziert wird. Die Verpflichtung zur Errichtung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau soll auf einen Anteil von 20 % oder mehr der mit der Planung geschaffenen GF Wohnen festgesetzt werden. Diese Übergangsregelung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechenden Grundstücke bis zum 30.06.2018 einer Bebauungsplanung zugeführt werden.*

   f) *Dem Vorhabenträger und Planbegünstigten, der in diese Übergangsregelung fällt, soll unabhängig davon die Möglichkeit haben, sein Bebauungsplanverfahren nach den Richtlinie des 'neuen' noch zu verabschiedenden kooperativen Baulandmodells zu machen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

IV. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

1. *Der Rat begrüßt das „Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM)" als ein Mittel zur verlässlichen Schaffung von Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung in Köln. Dazu sind alle Kräfte des Kölner Wohnungsmarktes zu aktivieren. Insbesondere ist die Mitwirkung der Wohnungswirtschaft unabdingbar. Zugleich bekräftigen die Antragssteller, dass bei der Entwicklung von neuen Wohnquartieren die notwendige Infrastruktur mitentwickelt werden muss. Für das Ziel „Schaffung von qualitativ hochwertigem Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung" braucht die Wohnungswirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bis zur Ratssitzung am 04.04.2017 den Vorschlag für das fortgeschriebene Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" (Anlage 1 der Vorlage 3559/2016) einschl. Umsetzungsanweisung (Anlage 2 der v. g. Vorlage) im Austausch mit der Kölner Wohnungswirtschaft an folgenden Punkten zu überarbeiten:*

a) Absenkung des Schwellenwerts zur Verpflichtung der Errichtung von mindestens 30 % der Geschossfläche für Wohnzwecke als öffentlich geförderter Wohnungsbau auf 20 Wohneinheiten (Richtlinie, Ziff. 2. (2)).

b) Bzgl. der Ablösung des ursächlichen Mehrbedarfs an Grundschulplätzen soll eine Regelung getroffen werden, welches im Ergebnis der alten Regelung des kooperativen Baulandmodells (verabschiedet: 24.02.2014) entspricht (Richtlinie, Ziff. 3 (1) c)).

c) Bzgl. des Schwellenwerts soll geprüft werden, diesen für die Verpflichtung zur Durchführung von Qualifizierungsverfahren (Richtlinie, Ziff. 3. (1) j) auf 75 Wohneinheiten (WE) und mehr anzuheben. Unabhängig von der Anzahl der WE im Plangebiet soll ein Qualifizierungsverfahren ab einer Größe von 4.500 m² oder in Absprache mit dem Vorhabenträger in städtebaulich anspruchsvollen Lagen als Grundlage der Planung durchgeführt werden.

d) Die planungsrechtliche Sicherung der Flächen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau im Bebauungsplan soll in Abstimmung mit dem Vorhabenträger und kann mittels Festsetzung nach § 9 Absatz 1 Nummer 7 BauGB erfolgen (Richtlinie, Ziff. 4. (3).

e) Die Übergangsregelungen in Ziff. 7 der Richtlinie sind dahingehend zu überarbeiten, dass für Vorhaben auf Grundstücken, die nachweislich nach dem 22.09.2016 und vor dem Tag der Bekanntmachung des kooperativen Baulandmodells in der zu verabschiedenden Fassung erworben wurden (Vertrauensschutz), die Verpflichtung zur Errichtung/Finanzierung der sozialen Infrastruktur (Richtlinie, Ziff. 3 (1) b) bis e)), reduziert wird. Die Verpflichtung zur Errichtung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau soll auf einen Anteil von 20 % oder mehr der mit der Planung geschaffenen GF Wohnen festgesetzt werden. Diese Übergangsregelung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechenden Grundstücke bis zum 30.06.2018 einer Bebauungsplanung zugeführt werden.

f) Dem Vorhabenträger und Planbegünstigten, der in diese Übergangsregelung fällt, soll unabhängig davon die Möglichkeit haben, sein Bebauungsplanverfahren nach den Richtlinie des 'neuen' noch zu verabschiedenden kooperativen Baulandmodells zu machen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Zum Neuen Kreuz von Von-Kleist-Straße bis Haus-Nr. 24 einschließlich in Köln-Widdersdorf
3566/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Zum Neuen Kreuz von Von-Kleist-Straße bis Haus-Nr. 24 einschließlich in Köln-Widdersdorf in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

7 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Zweckverband Sparkasse KölnBonn
hier: Wahl eines Mitgliedes
4123/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet als Nachfolger/in für Herrn Guido Kahlen

Herrn Stadtdirektor Dr. Keller

(gemäß § 113 Abs.2 GO NRW i.V.m § 15 III GkG) als stellvertretendes Mitglied in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn.

Die Entsendung der Mitglieder gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 GEW Köln AG
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes
4139/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat schlägt der Hauptversammlung (HV) der GEW Köln AG vor, als Nachfolger von Herrn Guido Kahlen

Herrn Stadtdirektor Dr. Keller

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat zu wählen.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die HV aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
4325/2016

Hier stimme ich nicht mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Polizeipräsidium Köln

Herrn Bernhard Drescher

anstelle des bisherigen, stellvertretenden Mitgliedes Frau Elke Polage als beratendes Pflichtmitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
0184/2017

Hier stimme ich ebenfalls nicht mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt in Ergänzung zur Vorlage 1842/2014

Frau Sarah Niknamtavin,

Im Bodesfeld 89, 51157 Köln

und

Herrn Luis May

Honschaftsstraße 345, 51061 Köln

(als deren Vertreter)

für die BezirksschülerInnenvertretung Köln

als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu berufen.

Die Benennungsrechte gemäß §§ 22 Absatz 10; 23a Absatz 3 und 23b Absatz 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
hier: Wahl eines Vertreters
0281/2017

Hier stimme ich wieder mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln weist sämtliche von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Mitglieder an, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn wie folgt zu votieren:

Wahl des Ersatzvertreters aus den Reihen der Hauptverwaltungsbeamten der Träger zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) gem. § 5 Absatz 2 Buchst. b) i.V.m. Absatz 3 der Satzung des RSGV

Wahl von

Herrn Dr. Keller

zur Entsendung als 1. Ersatzvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV

Die Entsendung der Mitglieder gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die ausländerrechtliche Beratungskommission
AN/0224/2017

Auch hier stimme ich mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Stellvertretendes Mitglied für Ratsmitglied Firat Yurtsever

Frau Yasmin Vadood

in die kommunale ausländerrechtliche Beratungskommission.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
0282/2017

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass Sie über die Vorschläge gemeinsam abstimmen, meine Damen und Herren.

Ich stimme nicht mit.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt, gem. § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung, die in Anlage 1 dieser Beschlussvorlage aufgeführten und von der SVK-Stadtkonferenz am 01.02.2017 vorgeschlagenen Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter und für den Verhinderungsfall deren Vertreter/innen als sachkundige Einwohner/innen in die entsprechenden Fachausschüsse.

Gleichzeitig hebt der Rat die Entsendung der auf Empfehlung der SVK-Stadtkonferenz bisher gewählten sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter auf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Wahl eines Vertreters einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren
0443/2017

Ich stimme nicht mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt als stellvertretenden sachkundigen Einwohner für Frau Ulrike Volland-Dörmann, Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Köln e.V. (AWO Köln)

Herrn Carsten Effert

anstelle von Herrn Stefan Kersjes in den Ausschuss Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds
0436/2017

Ich stimme wieder mit.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG vor, anstelle von Herrn Beigeordneten Franz-Josef Höing

Frau Beigeordnete Andrea Blome

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen.

Der Rat beauftragt den städtischen Vertreter in der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)
Entsendung eines Mitgliedes in die Verbandsversammlung
0440/2017

Auch hier stimme ich mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg anstelle von Herrn Beigeordneten Franz-Josef Höing

Frau Beigeordnete Andrea Blome

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln).

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei dem Oberbürgermeister bzw. dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Kölner Sportstätten GmbH: Bestellung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
3836/2016

Ich stimme mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt gemäß § 108a - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten - GO NRW folgenden Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH:

Maximilian Arntz.

Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend Nachbesetzung verschiedener Gremien
AN/0263/2017

Hier stimmen wir über den Antrag in der neuen Fassung ab, meine Damen und Herren.

Ich stimme nicht mit.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Vorschlag der CDU-Fraktion folgende Änderungen in Gremien:

I. Ausschüsse:

Der Rat der Stadt Köln wählt

1. *anstelle von Frau Birgit Gordes*

   Herrn Stefan Götz als stimmberechtigtes Mitglied in den Stadtentwicklungsausschuss.

2. *anstelle von Herrn Dr. Ralph Elster Herrn Stefan Pohl als stimmberechtigtes Mitglied in den Integrationsrat.*

3. *anstelle von Frau Birgit Gordes Frau Ira Sommer als stimmberechtigtes Mitglied in den Liegenschaftsausschuss.*

II. Zweckverbandsversammlung und Verwaltungsrat Sparkasse KölnBonn

1. *Der Rat der Stadt Köln wählt gemäß § 15 Abs. 2 und 3 GkG*

   a) *anstelle von Frau Birgit Gordes Herrn Dr. Martin Schoser zum Mitglied in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn.*

   b) *anstelle von Herrn Dr. Martin Schoser Herrn Thomas Welter zum Stellvertreter in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn.*

2. *Der Rat der Stadt Köln weist sämtliche von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Mitglieder an, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn:*

   a) *anstelle von Frau Birgit Gordes Herrn Dr. Ralph Elster als sachkundiges Mitglied sowie*

   b) *anstelle von Herrn Dr. Ralph Elster Frau Birgitta Nesseler-Komp als Verhinderungsvertreterin*

   in den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn (Vgl. § 12 Abs. 5 SpkG NRW) zu wählen.

3. *Der Rat der der Stadt Köln weist sämtliche von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Mitglieder an, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn:*

   a) *anstelle von Frau Birgit Gordes Herrn Dr. Ralph Elster zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn.*

   b) *anstelle von Frau Birgit Gordes Herrn Dr. Ralph Elster zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag der Stadt Köln zu wählen.*

III. Aufsichtsrat Koelnmesse GmbH

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Herrn Dr. Ralph Elster

Herrn Hans-Werner Bartsch als stimmberechtigtes Mitglied in den Aufsichtsrat der Koelnmesse GmbH.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
4235/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 19.01.2017:

Der Hauptausschuss beschließt die Projektträgerschaft der Stadt Köln für das Kölner Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ab sofort.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Hauptausschuss die Einrichtung von drei zusätzlichen, zunächst bis zum 31.12.2018 befristeten, Planstellen EG 13 TVöD zum Stellenplan 2018.

Da eine Stellenbesetzung unterjährig im Jahr 2017 erforderlich ist, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur Minderung des Schulnotstandes
4343/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin und eines Ratsmitglieds:

Gemäß § 60 Abs. 2, Satz 1 der Gemeindeordnung NRW (GO NW) in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung beschließen wir im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung:

Die Verwaltung wird beauftragt, um dem Schulnotstand entgegenzuwirken, ab dem Schuljahr 2017/18, unverzüglich 57 Containereinheiten im Rahmen einer freihändigen Vergabe zu beschaffen und an 19 Standorten (s.Anlage) zur Nutzung als Vorbereitungsklassen, zur Mehrklassenbildung oder als Interim aufzustellen.

Die Finanzierung der Containerbereitstellung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis) ab 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen, die sich für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung auf rund 515.000 € beläuft. Die anteilig für das Jahr 2017 zu entrichtende Miete beträgt für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung rd. 172.000 €. Sie ist im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand veranschlagt.

Die Finanzierung der Einrichtungskosten in Höhe von einmalig ca. 550.000 Euro brutto erfolgt zum Haushaltsjahr 2017 aus veranschlagten Mitteln aus dem Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Köln, den 16.01.2017

gez. Henriette Reker	*gez.Jörg Frank*
Oberbürgermeisterin	*Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.3 Zuschuss an Rubicon e. V. zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBT-Hintergrund in Köln
hier: Endgültige Mittelfreigabe
0086/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeits-

entscheidung der Oberbürgermeisterin und eines Ratsmitglieds:

Wir beschließen die Freigabe der im Haushaltsplan 2016/2017 zur Förderung der Integration von Flüchtlingen mit LSBTI-Hintergrund im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, vorgesehenen Mittel in Höhe von 23.895,19 € im Haushaltsjahr 2016 und 85.095 € im Haushaltsjahr 2017.

Köln, den 02.02.2017

gez. Henriette Reker *gez. Jörg Frank*

Oberbürgermeisterin *Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann beende ich den öffentlichen Teil der Sitzung und sage der Presse Guten Abend.

(Schluss: 21.38 Uhr)

28. Sitzung vom 4. April 2017

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion und Ratsmitglied Wortmann auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen vom 25. März 2017 den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?"

AN/0535/2017

1.2 Antrag der AfD-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Transparenz und Mittelverwendung durch die Stadt Köln bzw. Frau Oberbürgermeisterin Reker"

AN/0544/2017

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Geldzuwendung für den Ankauf eines Kunstwerkes von Nil Yalter für das Museum Ludwig

4328/2016

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Köln kooperiert - Regionale Kooperation voranbringen"

AN/0510/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/0553/2017

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend "Armutsfolgen abmildern - Köln-Pass ausweiten"

AN/0512/2017

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“ Ordnungsdienst vor Ort stärken – 100 zusätzliche Ordnungskräfte für die Veedel"

AN/0506/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/0547/2017

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Luft verbessern – Braunkohleverbrennung in Merkenich beenden"

AN/0511/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0545/2017

3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Köln wird korporatives Mitglied bei Transparency International"

AN/0507/2017

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neugestaltung der westlichen Domumgebung"

AN/0509/2017

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Zusammenarbeit der Stadt mit DITIB"

AN/0257/2017

Antwort der Verwaltung vom 21.03.2017

0851/2017

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten der Einsätze Silvesternacht 2015/2016 und 2016/2017 und Karnevalswoche 2016/2017"

AN/0504/2017

(zurückgezogen)

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Transferaufwendungen „Antirassismus-Training“ im Haushaltsplan 2016/2017"

AN/0505/2017

Antwort der Verwaltung vom 03.04.2017

1008/2017

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0514/2017

(zugesetzt)

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Verzögerungen bei der Radverbindung Niehler Gürtel"

AN/0513/2017

(zugesetzt)

Antwort der Verwaltung vom 03.04.2017

1053/2017

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsberatung OB Reker"

AN/0522/2017

(zugesetzt)

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand"

AN/0526/2017

(zugesetzt)

4.8 Anfrage der Piraten Gruppe betreffend "Hate-Speech, Mobbing und Hasskriminalität in Köln"

AN/0529/2017

(zugesetzt)

4.9 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Rheinboulevard - verkommt Kölns Flaniermeile zum Krawall-Brennpunkt?"

AN/0552/2017

(zugesetzt)

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln

0593/2017

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj. 2016 und 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017.

0373/2017

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

2174/2016

10.2 Überörtliche Prüfung der Informationstechnik der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

2178/2016

10.3 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten

2181/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.

AN/0559/2017

10.4 Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln (GAFin)

4378/2016

10.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 250 Parkscheinautomaten (PSA)
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)

0273/2017

10.6 Teilnahme der Stadt Köln am kommunalen Förderprogramm "NRWeltoffen"

0655/2017

10.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017

0691/2017

10.8 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Josef-Kallscheuer-Straße, 50999 Köln - Sürth, zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

0928/2016

10.9 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln

3494/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT

AN/0542/2017

10.10 Teilplan 1302 - Wasser und Wasserbau; Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6904-1302-7-0100, Neubau Ufermauer Porz

3765/2016

(zurückgezogen)

10.11 Förderung der ökumenischen Begegnungsstätte Café Bickolo e.V. im Haushaltsjahr 2017

3978/2016

10.12 Sanierung der Bühnen Köln Planungsbeschluss für Werkstattneubau im Rahmen der Kooperation mit dem WDR auf dem Gelände in Bocklemünd

0512/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/0558/2017

Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0417/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0538/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0539/2017

10.13 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau Brücke Frankfurter Str. (B8) / Stadtautobahn (B55a)

3266/2016

10.14 Feinkonzept zur Umsetzung von Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017

0544/2017

(zurückgezogen)

10.15 Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Köln

0235/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0546/2017

10.16 Förderprojekt "Einwanderung gestalten NRW"

0554/2017

10.17 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015 - Beteiligungsbericht 2015

0732/2017

(zurückgezogen)

10.18 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2017/18

0581/2017

(zurückgezogen)

10.19 Beitritt der Stadt Köln zu der Anstalt öffentlichen Rechts "d-NRW AöR"

0362/2017

10.20 Luftreinhalteplanung Stadt Köln

3786/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0403/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0530/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0540/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0555/2017

10.21 Beitritt zum Bündnis "Kommunen für Biologische Vielfalt e.V."

4221/2016

10.22 Digital Hub Cologne GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages

0347/2017

10.23 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstel-

le 6901-1202-0-0220, Erneuerung Asphaltdecke Zoobrücke

0497/2017

10.24 Verstoß gegen die Treuepflicht nach §§ 32, 43 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW

0849/2017

10.25 Gute Schule 2020 - Umsetzung des Förderprogramm des Landes NRW

4316/2016

10.26 Kliniken der Stadt Köln gGmbH hier: Übernahme von Ausfallbürgschaften

0133/2017

10.27 Weiterführung des Projekts "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" und Anpassung der benötigten Stellenressourcen

0216/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten

AN/0554/2017

10.28 Wirtschaftsplan 2017 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

0243/2017

10.29 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer

0864/2017

(zugesetzt)

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0549/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0550/2017

10.30 Das "Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren"; hier: Fortschreibung; geänderte Fassung gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017

3559/2016/1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0556/2017

(zugesetzt)

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 62459/03 Arbeitstitel: Vitalisstraße in Köln-Müngersdorf, 2. Änderung

0180/2017

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven Arbeitstitel: Eisenbahnsiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven

4229/2016

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Niehler Damm von Sebastianstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl

3495/2016

16.2 258. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

4208/2016

17 Wahlen

17.1 Bestellung der Vertreter der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)

0556/2017

17.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Kunst und Kultur

AN/0488/2017

17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Verkehr

AN/0489/2017

17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Sport

AN/0490/2017

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Bauausschuss und den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

AN/0537/2017

(zugesetzt)

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017

0597/2017

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Keller, Stephan Stadtdirektor Dr.; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald

Beigeordneter Dr.; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Blome, Andrea Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.;

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Frau Seyring

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Rottmann, Hendrik; Welter, Thomas

Bezirksbürgermeister/in
Pagano, Marco Bezirksbürgermeister; Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister

(Beginn: 15.48 Uhr - Ende: 22.44 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 28. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße besonders unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates sehr herzlich.

Besonders begrüßen möchte ich heute unsere vier neuen Trainee-Kolleginnen und -Kollegen sowie unsere derzeitigen Praktikantinnen und Praktikanten auf der Zuschauertribüne.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Rottmann und Herr van Benthem entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen benenne ich Frau Dr. Bürgermeister, Frau Henk-Hollstein und Frau Rabenstein.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind darin gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Kommen wir zuerst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Der Antrag der FDP-Fraktion behandelt das Thema „Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen vom 25. März 2017 den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.1.

Im Antrag der AfD-Fraktion geht es um Transparenz und Mittelverwendung durch die Stadt Köln bzw. Frau Oberbürgermeisterin Reker. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen.

Darum frage ich Sie jetzt: Konnte eine Einigung erzielt werden?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] Nein! - Zuruf von der CDU: Keine! - Zuruf von der FDP - Nein!)

Es konnte also keine Einigung erzielt werden, kann ich festhalten.

Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer für die Durchführung beider Aktueller Stunden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Ich frage dann noch nach Gegenstimmen. - Gegenstimmen sind SPD, CDU, die Linken, die FDP, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe GUT, die Piraten und die Grünen. Dann frage ich nach Enthaltungen? - Die kann es eigentlich nicht mehr geben. Enthaltungen keine.

Es wird also heute nur eine Aktuelle Stunde geben. Nach § 5 Abs. 6 der Geschäftsordnung müssen wir nun darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der Aktuellen Stunde sein soll. Entscheidend ist dabei wie immer, welcher Antrag die Mehrheit des Rates findet.

Ich frage Sie zunächst: Wer für das Thema der FDP-Fraktion - Tagesordnungspunkt 1.1 - ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-

Fraktion, die Linken, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Piraten. Gegenstimmen? - Bei AfD und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der Ratsgruppe GUT.

Wer ist für das Thema der AfD-Fraktion, Tagesordnungspunkt 1.2? - Das ist die AfD-Fraktion und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine.

Dann ist das Thema der heutigen Aktuellen Stunde das Thema 1.1.

Zu den Zu- und Absetzungen:

TOP 4.4 bis TOP 4.9 sind nachträglich eingegangene Anfragen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 10.29, TOP 10.30 und schließlich die Anträge zur Umbesetzung in Ausschüssen TOP 17.5. Im nichtöffentlichen Teil werden folgende Zusetzungen vorgeschlagen: TOP 23.6. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 4.2, 10.10, 10.14, 10.17, 10.18.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eine andere Frage zur Tagesordnung, und zwar: Wie auch der Presse zu entnehmen war, hat bereits im Februar das Oberverwaltungsgericht Münster das aktuell gültige Fraktionsfinanzierungsmodell der Stadt Köln für rechtswidrig erklärt, worauf die Verwaltung angekündigt hat, für die heutige Ratssitzung eine Vorlage einzubringen, wie man sich denn zu diesem Urteil, das durch eine PRO-KÖLN-Klage erzwungen wurde, verhalten will.

Vielleicht habe ich nur irgendetwas übersehen, aber ich konnte zumindest nichts auf der heutigen Tagesordnung dazu entdecken. Deswegen würde ich gern von der Verwaltung wissen, ob es denn irgendwo doch noch versteckt ist - unter irgendeinem Tagesordnungspunkt -, und falls nicht, ob und wann die Stadt Köln sich zu dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster verhalten will.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wiener, es ist nicht auf der heutigen Tagesordnung. Es gab dazu schon eine Information im Hauptausschuss, und es wird eine weitere Information dazu im nächsten Hauptausschuss geben.

Ich komme jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen, die die Reihenfolge der Tagesordnung betreffen? - Das sehe ich nicht. Wortmeldungen zur Tagesordnung insgesamt? - Das sehe ich auch nicht. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch mitteilen, dass ich heute gegen 18 Uhr die Sitzung vorübergehend verlassen werde, da mich Frau Bundeskanzlerin Merkel gebeten hat, an einem Termin, den sie hier in Köln durchführt, teilzunehmen. Ich kehre selbstverständlich sofort nach dem Termin in die Sitzung zurück und denke auch die ganze Zeit an Sie.

(Beifall und Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]: Wenn das die Frau Bundeskanzlerin hört!)

Ich kann mehrere Dinge gleichzeitig tun, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Das müssen Sie mir beibringen!)

Das ist ja das große Talent, das viele Frauen haben.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerinnen Frau Dr. Bürgermeister, Frau Henk-Hollstein und Frau Rabenstein vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde vorlägen. Es handelt sich um:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion und Ratsmitglied Wortmann auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen vom 25. März 2017 den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?"

AN/0535/2017

und

1.2 Antrag der AfD-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Transparenz und Mittelverwendung durch die Stadt Köln bzw. Frau Oberbürgermeisterin Reker"

AN/0544/2017

Die Oberbürgermeisterin weist auf die entsprechende Regelung in der Geschäftsordnung hin, die grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vorsehe. Bei mehreren vorliegenden Anträgen bestehe die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung der Antragsteller, welches Thema behandelt werden solle.

Eine solche Einigung konnte bisher jedoch nicht erzielt werden.

Der Rat lehnt die Durchführung von zwei aktuellen Stunden – wie es gemäß § 5 Absatz 4 der Geschäftsordnung möglich sei – mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe GUT sowie der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) ab.

Der Frage, ob TOP 1.1 betreffend „Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen vom 25. März 2017 den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?" zum Thema der heutigen aktuellen Stunde gemacht werden solle, stimmt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, sowie der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT sowie gegen Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zu.

Für die Behandlung von TOP 1.2 betreffend "Transparenz und Mittelverwendung durch die Stadt Köln bzw. Frau Oberbürgermeisterin Reker" sprechen sich die AfD-Fraktion und die Gruppe pro Köln aus.

Die Oberbürgermeisterin stellt danach fest, dass damit TOP 1.1 betreffend "Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen vom 25. März 2017 den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?" zum Thema der heutigen aktuellen Stunde wird.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0514/2017

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Verzögerungen bei der Radverbindung Niehler Gürtel"

AN/0513/2017

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsberatung OB Reker"

AN/0522/2017

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand"

AN/0526/2017

4.8 Anfrage der Piraten Gruppe betreffend "Hate-Speech, Mobbing und Hasskriminalität in Köln"

AN/0529/2017

4.9 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Rheinboulevard - verkommt Kölns

Flaniermeile zum Krawall-Brennpunkt?"

AN/0552/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.29 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer

0864/2017

10.30 Das "Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren"; hier: Fortschreibung; geänderte Fassung gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017

3559/2016/1

17 Wahlen

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Bauausschuss und den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

AN/0537/2017

23. Grundstücksangelegenheiten

23.6 Anmietung und Ankaufoption der Internationalen Friedensschule, Köln-Widdersdorf, Neue Sandkaul 29, für städtische Schulzwecke

0629/2017

Absetzungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten der Einsätze Silvesternacht 2015/2016 und 2016/2017 und Karnevalswoche 2016/2017"

AN/0504/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.10 Teilplan 1302 - Wasser und Wasserbau; Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6904-1302-7-0100, Neubau Ufermauer Porz

3765/2016

10.14 Feinkonzept zur Umsetzung von Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017

0544/2017

10.17 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015 - Beteiligungsbericht 2015

0732/2017

10.18 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2017/18

0581/2017

IV. Weitere Wortmeldungen zur Änderung der Tagesordnung – bspw. eine Veränderung der Reihenfolge- liegen nicht vor.

V. Der Rat legt einstimmig die nachfolgende Tagesordnung fest:

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu Tagesordnungspunkt

1 Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

1.1 Antrag der FDP-Fraktion und Ratsmitglied Wortmann auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen vom 25. März 2017 den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?“ AN/0535/2017

Ich bitte als Erstes Herrn Houben.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist schon ein Schulbeispiel, wie man in Wahlkampfzeiten seine politische Glaubwürdigkeit ganz schnell abwerfen kann.

Meine Damen und Herren, wir haben hier im Rat am 16.12.2014 nach einer intensiven Debatte über Möglichkeiten von Rheinquerungen in Köln einen gemeinsamen Beschluss gefasst - die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP -, und die SPD hat diesem Antrag dann auch zugestimmt.

Kernaussage dieses Antrags und dieses Beschlusses war, dass wir uns bei einer Rheinquerung auf den Standort Köln Godorf konzentrieren, weil dies auch von der Landesregierung unterstützt wird und im Bundesverkehrswegeplan entsprechend besser platziert werden konnte.

Nun wissen wir alle, dass die Realisierung eines solchen Vorhabens sehr lange dauert, und für solche Vorhaben braucht man dann auch zuverlässige Partner. Wer sich einmal auf einen Weg begibt, sollte sich nicht den Unwägbarkeiten von Umfragen oder Wahlkämpfen hingeben, um dann bestimmte Positionen wieder infrage zu stellen.

(Beifall bei der FDP - Jörg Detjen [Die Linke.]: Machen Sie bald Jamaika?)

- Herr Detjen, ich kann Sie beruhigen, wir haben kein Jamaika. Es gibt eine Kooperation zwischen CDU und Grünen, und manchmal stimmen wir zu und manchmal nicht, aber darum geht es gar nicht, Herr Detjen. Es geht nicht um Jamaika, sondern es geht darum, dass vier Fraktionen hier eine Entscheidung getroffen haben und sich eigentlich Verwaltung, Politik und Bürger darauf verlassen können sollten.

Interessant dabei ist auch, meine Damen und Herren, dass sowohl der Koalitionspartner in Düsseldorf, Herr Groschek, sagt: „Selbstverständlich kümmern wir uns um das Thema, wir wollen diese Brücke haben; wir können uns sogar einen Tunnel vorstellen!“, als ich auch nicht von der CDU im Kölner Rat gehört habe, dass sie sich von dieser Position entfernen möchte. Deswegen, meine Damen und Herren, muss man sich schon fragen: Wie gehen wir mit dem Thema weiter um?

Interessant dabei ist, dass diese Brücke einen Verkehrswert von 15,4 hat. Herr Fenske träumt von solchen Zahlen. Er würde die gesamte Stadt umpflügen können, wenn er dann entsprechende Strecken bauen dürfte. Mit einem solchen Verkehrswert gibt es kaum Maßnahmen in ganz Deutschland, die derartig attraktiv sind. Die Beigeordnete stimmt der Brücke zu.

Dann wird man doch etwas nachdenklich. Durch die Aufmerksamkeit unserer Fraktionsgeschäftsführer und unserer Umweltpolitiker ist uns vor einigen Monaten aufgefallen, dass ganz zufällig und auch ein bisschen unauffällig auf einmal eine Vorlage im Umweltausschuss aufkam bzw. hochpoppte mit dem Thema, dass genau an der Stelle, wo die Rheinbrücke den Rhein überqueren soll im Rechtsrheinischen, auf einmal ein Naturschutzgebiet ausgewiesen werden sollte.

Nur ein Schelm denkt sich dabei etwas Böses, meine Damen und Herren. Das kann ja alles nur ein Zufall sein.

Jedenfalls ist es aufgefallen. Die Vorlage ist dann auch zurückgezogen worden, und damit ist im Grunde der Weg frei für diese Brücke.

Wie gesagt - ich wiederhole mich hier gern -, die Prognosen für diesen Verkehrsweg sind einmalig gut. Außerdem sollten all diejenigen, die sich für ÖPNV oder Schienennahverkehr einsetzen, nicht schlecht über diese Brücke diskutieren.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

Denn sie gibt uns die einmalige Chance, auch eine Schienenverbindung über den Rhein zu führen, die wir bisher im Kölner Süden nicht haben und dringend brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann nur für die FDP erklären: Wir sind für eine ideologiefreie Auseinandersetzung mit unseren Infrastrukturproblemen.

Im vergangenen Jahr ist Köln um 16.000 Einwohner gewachsen. Im vergangenen Jahr sind 20.000 neue Pkw in Köln zugelassen worden. Wir können nicht so tun, dass wir alle Verkehrsprobleme mit einem Verkehrsträger lösen können. Aber das Auto bleibt ein Verkehrsträger, und wenn wir eine Brücke bauen können, wodurch wir sowohl Schienennahverkehr als auch Individualverkehr aufnehmen können, ist das eine einmalige Chance. Wir sollten intern keine Versuche starten, das nun irgendwie zu verzögern oder unmöglich zu machen, denn sonst werden wir nicht nur bei dieser Wahl

werben können: „Nicht Pendler sollten früher aufstehen, sondern die Regierung!“ Sie würden uns damit ein Dauerthema geben. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen konkrete Lösungen für die Bürger in Köln und im Umland. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau dos Santos Hermann hat das Wort. - Ach so, Herr Wortmann, natürlich. Ich bitte um Verzeihung.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Wir, die Freien Wähler, haben im Mitgliederkreis diese Rheinquerung diskutiert und natürlich dafür gestimmt. Am 16.12. hat der Rat dem auch zugestimmt. Wir haben im Zweckverband des VRS dem Brückenbau ebenso zugestimmt. Meines Wissens waren in beiden Gremien die Grünen mit vertreten.

Der Kölner Süden positioniert sich bevölkerungsmäßig als Wachstumsraum Nummer eins. Wir schätzen in den nächsten zehn Jahren mit circa 15.000 neuen Bürgern. Er schreibt aber auch eine negative Staugeschichte, weil wir fast täglich im Autoverkehr ersticken.

Dem allen widerspricht aber jetzt die Basis der Grünen, was wir nicht verstehen. Das kann eigentlich nur einer machen, der entweder keinen Überblick hat, oder es ist unsinniger Wahlkampf. Ich sage einmal so: So groß kann doch keine Feldmaus ein Loch buddeln, dass so eine Brücke einstürzt.

Sie werden unglaubwürdig und verunsichern eine ganze Region. Sie und Ihre Partner von der CDU propagieren - im Koalitionspapier nachzulesen - eine interkommunale Zusammenarbeit als zentrale Zukunftsaufgabe.

Es gibt den Sprecher der Region, einen Herrn Bürgermeister Raetz als CDU-Mitglied, der sagt:

> Direkt nach dem Bekanntwerden der ersten Inhalte des neuen Bundesverkehrswegeplanes haben wir uns für eine Höherstufung in die Periode vor 2030 ausgesprochen und dies auch auf Bundesebene kundgetan.

Für uns geht es aber hier um mehr als nur um die Rheinquerung. Wenn Sie sich in Köln aufstellen mit City-Maut, Dieselverbot, Straßenrückbauten, Verkehrsberuhigung der Innenstadt, Fahrradverkehr, Sperrung der Zülpicher Straße - Sie versuchen, Freiburg näherzukommen -, dann muss das in einen planerischen und zeitlichen Kontext passen.

Das, was Sie oder zumindest Ihre Parteibasis jetzt machen, verprellt nachhaltig die Bürgerschaft und schreckt auch Investoren ab und bekommt dieser Stadt im Außenauftritt überhaupt nicht. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau dos Santos Hermann, bitte.

Susana dos Santos Hermann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Aufnahme der sogenannte Querspange A553, der Rheinbrücke, in den Bundesverkehrswegeplan ist meines Erachtens nicht nur ein wirklich wichtiges, großes und bedeutendes Autobahnbauprojekt hier bei uns in Nordrhein-Westfalen und in Köln, es ist auch einer der größten Erfolge des Landesverkehrsministers Groschek, der es geschafft hat, dieses Projekt im Bundesverkehrswegeplan zu verankern.

(Hans-Werner Bartsch: Oh! - Zurufe von der FDP: Oh!)

- Ja, es tut mir leid, dass ich Ihnen das nicht ersparen kann, Herr Bartsch, aber so ist das nun einmal.

(Zurufe von der CDU)

Es ist neben dem Rhein-Ruhr-Express meines Erachtens das wahrscheinlich bedeutendste Verkehrsprojekt für unsere Region. Warum?

(Beifall bei der SPD und Zuruf von Christoph Klausing [CDU])

- Korrekt. Ich wusste, dass die Düsseldorfer Opposition sich uns anschließt. Das ist auch okay so.

Was mich verwundert an dem Beschluss der Grünen-Mitgliederversammlung ist vor allen Dingen das Fehlen eines Kontextes. Anfang der 90er-Jahre fingen alle Parteien an, darüber zu diskutieren, wie man Ökologie und Wirt-

schaft, Verkehr und Umweltbelange unter einen Hut bekommt - die Grünen haben früher damit begonnen, das ist mir schon bewusst, aber in den 90er-Jahren haben dann andere nachgezogen -, und wir haben gelernt.

Ernst Ulrich von Weizsäcker hat damals von Ökobilanzen gesprochen - vom „Faktor Vier“ in der Energiepolitik, von Ökobilanzen in der Verkehrspolitik. Das heißt, wir müssen schauen: Wie organisieren wir Verkehre und Umweltbelastungen so, dass sie am Ende unter dem Strich den Menschen mehr Lebensqualität, mehr Luftreinheit, bessere Umwelt, bessere Ökologie geben?

Das ist hier genau die Frage: Wollen wir wirklich Verkehre aus der Stadt ziehen? Wollen wir, dass Lkw nicht mehr durch die Stadt fahren, sondern um die Stadt herum? Dann müssen wir ein solches Projekt weiterverfolgen. Dann müssen wir es weiterverfolgen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Und, meine Damen und Herren, die Verankerung dieses Projekts im Bundesverkehrswegeplan ist im vordringlichen Bedarf festgehalten. Das bedeutet, es geht jetzt um die konkrete Planung. Wenn Sie so wollen: Straßen.NRW hat damit einen Planungsauftrag. Es geht jetzt um das Wie, nicht mehr um das Ob, und bei diesem Wie können wir uns eine Variante null nicht mehr leisten.

Ich betone noch einmal - ich selbst habe daran mitgewirkt, wie eigentlich alle, die hier von uns aus dem Rat auch im Nahverkehr Rheinland vertreten sind -: Wir haben darauf gepocht, dass auch eine Schienenstrecke über diese Trasse geht.

(Zuruf von Herrn Reinhard Houben [FDP])

Nur in dieser Kombination wird die Sache richtig interessant und macht Sinn für Umwelt und Verkehr.

(Beifall bei der FDP)

Also, meine Damen und Herren, wer hier sagt: „Wir möchten eine Nullvariante, wir möchten zurück auf null“, der tut der Umwelt, der Ökologie und letztlich den Interessen unserer Stadt einen Bärendienst an. Deswegen: Es geht nicht um die Variante null, es geht um die Stunde null in der Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns jetzt mit Bürgerbeteiligung anfangen, frühestmöglich, so, wie Minister Groschek das in der vergangenen Woche vorgeschlagen hat. Es geht darum, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig an der Frage zu beteiligen: „Wie soll denn eine solche Verbindung aussehen, was wird gebraucht, worauf müssen wir achten, und macht am Ende eine Brücke oder vielleicht ein Tunnel mehr Sinn?“. Wer sich konstruktiv einbringen will, den unterstützen wir gern. Wir sind selbst mit dabei und rufen jeden auf, das mit uns zu tun. Aber wir gehen keinen Schritt zurück in der Frage an sich. Wer das jetzt aufgibt, der vertut eine Chance nicht nur für Köln, sondern für ganz Nordrhein-Westfalen. Das dürfen wir und können wir uns nicht leisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel, bitte.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Neben dem Bahnknoten Köln ist die südliche Rheinquerung das zentrale Infrastrukturvorhaben in unserer Region. Den Bedarf an dieser Stelle gibt es schon lange. Es soll Stadtpläne aus den 70er-Jahren geben, in denen sie schon eingezeichnet ist. Egal, ob als Brücke, Tunnel oder beides - diese Route hat für das Rheinland allerhöchste Priorität.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie hat übrigens seit Dezember den Namen A553. Die Realisierungschancen steigen nun durch das nationale Interesse. Die ersten konkreteren Umsetzungsideen erfreuen sich hoher Aufmerksamkeit Der Wahlkampf ermutigt jetzt sogar den Bau- und Verkehrsminister, mit Beschleunigungsvorschlägen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Als Verkehrsprojekt ist diese Verbindung zum einen das fehlende Puzzlestück zwischen A555 und A59, zum anderen eine neue Schnellverbindung zum Flughafen, und sie könnte die seit Jahrzehnten versprochenen Umgehungsstraßen Porz und Meschenich miteinander verknüpfen.

Diese dringend notwendigen Verkehrsentlastungen für Porz, Rhein-Sieg-Kreis und den Kölner Süden geben uns die Perspektive für

weitere Entwicklung dieser Gebiete und damit Wachstum und Wohlstand für unsere Region.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt viele Möglichkeiten der Nutzung. Wir brauchen dringend ein Konzept, denn jegliche Art von Nutzer - ob Individualverkehre, Güterverkehre, Fahrradfahrer, Fußgänger und auch der ÖPNV - machen sich große Hoffnungen. Wir werden mehr Möglichkeiten bekommen, Transitverkehre um unsere Stadt zu lenken und damit den Autobahnring und die innerstädtischen Gebiete zu entlasten. Dass das dringend erforderlich ist, spüren unsere Bürger jeden Tag.

Darüber hinaus stärkt dieses Vorhaben unseren Wirtschaftsstandort. Neben der Entlastung unserer bestehenden Brücken, die aktuell volkswirtschaftliche Schäden produzieren, ergeben sich Chancen für die Entwicklung neuer Häfen, für die Ausrichtung neuer Logistikkonzepte, für die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Stärkung bestehender Gewerbestandorte.

Wir haben hier Ende 2014 die Voraussetzung geschaffen, indem wir einstimmig für eine Weiterentwicklung gestimmt haben. Das war der Beschleuniger für den Sprung im Bundesverkehrswegeplan.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt brauchen wir einen leistungsstarken Partner in der Planungsphase, am besten eine Landesregierung, die dem Straßenbau wieder mehr Qualität und Tempo gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der nächste Schritt neben dem Nutzungskonzept ist das Linienverfahren mit seinen Anschlussstellen. Wir werden die Sorgen der Bürger vor Ort ernst nehmen und Umweltbelange berücksichtigen, aber Verzögerungen werden wir nicht akzeptieren.

Fortschritt erreichen wir nur, wenn wir eine Mobilitätswende in unserer Stadt nach unseren Zielen von *mobil 2025* erreichen und gleichzeitig zukunftsweisende Großprojekte wie diese entwickeln. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Liberale, die Antwort auf eure, ich nehme einmal an, eher rhetorische Frage lautet ganz einfach: Nein, dieser Beschluss, den unsere Kreismitgliederversammlung gefasst hat, verhindert natürlich überhaupt kein einziges Verfahren.

Es ist schön zu wissen, dass nicht nur unsere eigenen Parteimitglieder die Beschlüsse lesen, sondern auch Sie sie anscheinend ganz aufmerksam lesen, wobei ich jetzt bei Ihren Reden eher den Eindruck hatte, dass Sie die *Express*-Schlagzeilen dazu gelesen haben und nicht die eigentlichen Beschlüsse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von daher bin ich Ihnen auch ganz dankbar dafür, dass ich hier die Zeit noch einmal nutzen kann, unsere Position dazu zu erläutern.

Was haben wir denn momentan für eine Lage? Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan ist die neue Rheinquerung unter Nr. 103 aufgenommen, inklusive eines Trassenvorschlags zwischen den Anschlussstellen Godorf und Porz-Lind, also zwischen der A555 und der A59 - bisher mitten durch ein Naturschutzgebiet und einen Retentionsraum. So weit, so schlecht.

Als Zusatz vor der Trassenbeschreibung steht jedoch auch explizit folgender Hinweis - ich zitiere aus dem Bundesverkehrswegeplan -:

> Der in den nachfolgend aufgeführten, herunterzuladenden Lageplänen dargestellte Verlauf des Projektes stellt eine der Lösungsmöglichkeiten dar. … In den nachfolgenden Planungsstufen kann sich der Verlauf verändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt also: Noch ist nichts endgültig über die Trassierung entschieden.

Letzte Woche - die Kollegin dos Santos Hermann hatte darauf hingewiesen - gab es eine Auftaktpressekonferenz des sogenannten Bündnisses für Infrastruktur mit dem Verkehrsminister Groschek. Das ist derjenige, der noch vor einiger Zeit vor der „durchgrünten“

Gesellschaft und den egoistischen Bürgerinitiativen gewarnt hat.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie Beifall bei der SPD)

Dieser Minister hat nun den weiteren Fahrplan vorgestellt, und siehe da, alle Stakeholder, also all die von der Maßnahme betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die Interessenverbände, die Gemeinden und Kommunen sowie die Kreise, sollen bereits vor den ersten Planungen einbezogen werden.

Auch das wurde auf der Pressekonferenz noch einmal deutlich: Das kann in Werkstattverfahren passieren, in den gemeinsamen Trassenvarianten erarbeitet werden, die dann noch einmal eine vertiefte Prüfung eingehen. Auch so können wir die Belange der Kommunen und Kreise von Anfang an berücksichtigen, damit uns nicht noch einmal so etwas droht wie bei der Leverkusener Brücke, bei der irgendetwas geplant wird und wir als Kommune anschließend nur noch quasi als Beiwerk Bitten haben können, aber jegliche Ideen, die wir einbringen wollen, Verzögerungen um Jahre angeblich bedeuten.

Deswegen begrüßen wir als Grüne in der Region jetzt dieses offene, transparente und bürgernahe Verfahren. Wir nehmen den Minister dabei auch beim Wort. Für uns spielen dabei drei Kriterien eine Rolle.

Erstens, ausgehend vom Ist-Zustand, also der Nullvariante, die übrigens bei jeder neuen Planung immer wieder rechtlich mit geprüft werden muss - ganz egal, ob wir uns dafür entscheiden oder nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von dieser Nullvariante ausgehend benötigen wir eine Netzbetrachtung, welche Entwicklungen der Verkehrsverhältnisse denn wirklich zu erwarten sind und welche Auswirkungen diese Planungsvarianten zur Rheinquerung haben werden.

Es wurde schon gesagt, dieses Projekt ist enorm wichtig für diese komplette Region hier. Es kann dabei nicht bloß in dieser Netzanalyse geschaut werden, wie sich das zwischen Köln und Bonn auswirkt, sondern - es wurde schon gesagt: regionale Zusammenarbeit - wir müssen schauen, welche Auswirkungen das Ganze auf die benachbarten Kreise im Rest des Rheinlandes hat. Deswegen wäre es geradezu töricht zu sagen: Es ist die Trasse und keine andere.

Zweitens. Bei dieser Analyse ist der komplette Raum zwischen Friedrich-Ebert-Brücke in Bonn und Rodenkirchener Brücke einzubeziehen, und zwar sowohl Schienen-, Straßen- und Radverkehr sowie Personen- und Güterverkehr. Denn leider hat der Bundesautobahn- und Mautminister die Anregungen, die hier aus der Region zum Bundesverkehrswegeplan zur Schienenquerung kamen, einfach nicht mit aufgenommen.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Berivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gar nicht!)

Für diese Schienenführung wurde schon vieles gesagt. Ich möchte noch ein weiteres Argument bringen: Wenn wir uns für einen weiteren Hafen Lülsdorf einsetzen, um auch den Godorfer Hafen zu entlasten, dann brauchen wir selbstverständlich auch eine Schienenentwicklung, damit dieser Hafen optimal angebunden werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens. Massive Beeinträchtigungen von Wohn- und Naturschutzgebieten sind nicht akzeptabel, wenn wir über solche Trassenplanungen reden. Deswegen ist es gut, wenn möglichst früh die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner, der Bürgerinnen und Bürger da gehört werden, damit eben nicht nachträglich irgendwelche Klagen solche Projekte verhindern.

Es klang jetzt schon so ein bisschen an: Es könnte ja sein, dass Wahlkampf ist. Es ist dann schön zu sehen, dass trotz aller Wankelmütigkeit von der einen oder anderen Partei zwei Dinge immer die gleichen bleiben in solchen Wahlkämpfen. Erstens. Sonntags gibt es weiterhin Kaffee und Kuchen. Zweitens. Der parlamentarische Arm der Autolobby und des ADAC heißt weiterhin FDP, auch wenn ich dem ADAC wahrscheinlich damit Unrecht tue.

Wenn man sich einmal anhört, was Ihr Spitzenkandidat auf der Durchreise nach Berlin vergangenes Wochenende auf dem Parteitag gesagt hat, als er von einem Entfesselungsgesetz für den ganzen „Remmel-Krempel“ sprach -

(Beifall bei der FDP)

- und damit zum Beispiel auch einen Landesentwicklungsplan meinte, dann wird einem relativ schnell klar: Ihnen geht es hier gar nicht um Nachhaltigkeit, Ihnen geht es nicht um Umweltschutz, Ihnen geht es einfach nur darum, möglichst schnell irgendwelche geplanten Autoprojekte durchzudrücken, und das auf Kosten der anderen.

Um damit noch einmal auf das Thema der Aktuellen Stunde zurückzukommen: Nein, dieser Beschluss unserer Kreismitgliederversammlung gefährdet gar nichts. Ich würde mich freuen, wenn Sie die Beschlüsse demnächst einfach einmal im Internet vorher lesen. Unsere sind nämlich online - im Gegensatz zu denen vieler anderer Parteien hier. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist, glaube ich, ohne Zweifel festzustellen, dass wir im Kölner Süden - jeder, der die verkehrliche Situation da kennt, weiß das - eine Rheinquerung brauchen.

(Beifall bei Die Linke. und bei der FDP)

Herr Houben hat es vorhin richtig gesagt: Der Kosten-Nutzen-Faktor für diese Brücke ist enorm. Mir leuchtet die Argumentation von Herrn Hammer nicht ganz ein, dass der eine oder andere Ortsverband der Grünen diese Rechnung jetzt noch einmal für sich aufmachen muss. Es gibt gewisse Fakten, die sind von der Landesregierung festgeschrieben, die stehen auch im Bundesverkehrswegeplan, und man kann schon noch einmal da hineinschauen, bevor man gleich anfängt, noch einmal selbst irgendwelche Rechnungen da aufzumachen.

Meine Damen und Herren, der Lkw-Verkehr in unserem Land hat sich seit 1990 fast verdoppelt. Wir haben die Situation, dass sich das Mobilitätsverhalten der Menschen eindeutig verändert hat. Hat der statistische Wert 1975 am Tag noch 27 Kilometer betragen, die sich ein Mensch bewegt, sind wir heute bei weit über 40 Kilometern. Das zeigt sich unter anderem auch an der schwierigen verkehrlichen Situation im Kölner Süden.

Selbstverständlich brauchen wir keine reine Autobahnbrücke im Kölner Süden, sondern wir brauchen eine Brücke, die eine Schienenverbindung hat, und wir brauchen eine Brücke, die auch eine optimale Radverkehrsverbindung hat.

(Beifall bei Die Linke. und bei der FDP)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, sieben Radschnellstrecken in der Planung. Davon haben wir ganz bedeutende im Ruhrgebiet, wie zum Beispiel diejenige, die über 110 Kilometer die Universitäten des Ruhrgebietes mit einem Radschnellweg verbinden soll. Wir haben hier in Köln den Winzling erwischt, was den Radschnellverkehr angeht, mit acht Kilometern zwischen Köln und Frechen.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass wir - wenn wir diese Brücke in Angriff nehmen - diese so ertüchtigen müssen, dass sie auf jeden Fall dafür geeignet ist, gegebenenfalls in das Radschnellsystem in NRW integriert zu werden.

(Beifall bei Die Linke.)

Meine Damen und Herren, es nutzt unserer Auffassung nach überhaupt nichts, wenn wir uns jetzt in kleinen Argumentationen verheddern und vertun. Wir sehen, was geschieht, wenn wir Infrastruktur nicht ordentlich ausstatten und wenn wir zu wenig investieren. Herr Hammer hat es gesagt: die Leverkusener Brücke, das Desaster. Wir haben dort heute die Situation - dazu kommen wir später noch einmal -, dass die Lkw einen erheblichen Teil zu den unhaltbaren Zuständen am Clevischen Ring beitragen.

Wir sind der Auffassung, wir müssen gut und viel Geld investieren in die Infrastruktur und in eine gleichberechtigte Brücke für alle Verkehrsteilnehmer - Fußgänger, Radfahrer, Schienenverkehr, sowohl was Güter- als auch Personenverkehr betrifft, und natürlich an dieser Stelle auch Autoverkehr. Das lässt sich an dieser Stelle nicht vermeiden. Von daher, glaube ich, sollten die Grünen noch einmal überlegen, ob sie mit diesem Thema jetzt so punkten wollen oder können. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So, meine lieben liberalen Freunde, -

(Martin Börschel [SPD]: Oh, oh, oh!)

- gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen den Bau einer neuen Rheinbrücke? Man könnte bei einem solch albernen Showantrag fast annehmen, es sei Wahlkampf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen schaue ich einmal ganz kurz in die GO - auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer, die da oben sitzen -, was denn eine Aktuelle Stunde überhaupt bedeutet. Darin steht nämlich:

> … zu einem aktuellen kommunalpolitischen Ereignis oder Problem.

Ehrlich gesagt, mir fallen zig andere Probleme ein, die wir hier in der Aktuellen Stunde besprechen sollten. Ich will gar nicht beim Rheinboulevard und ähnlichen Dingen anfangen. Das ist viel wichtiger als das, was ihr hier als Wahlkampfthema aufsetzt.

Aber lassen Sie mich einmal zu dem Punkt kommen, was wirklich wichtig ist - aus meiner Sicht -: Wenn es denn um Wahlkampf geht, das kann ich auch. Dann stelle ich einmal die Frage: Wie gefährlich ist denn die Kölner FDP durch ihre Beschlüsse und Abstimmungen für unsere Stadt wirklich? An albernen und gefährlichen Vorschlägen habt ihr all die Jahre nicht gegeizt.

(Beifall bei den Piraten)

So habt ihr mal vor Jahrzehnten gefordert, den Hauptbahnhof unter die Erde zu verlegen und diesen mit einem unterirdischen Tunnel zu verbinden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh!)

In den 90er-Jahren habt ihr sogar einmal ein Laufband über den Rhein entlang der Hohenzollernbrücke vorgeschlagen.

(Zuruf von der FDP)

In den jüngeren Jahren sieht es nicht weniger gefährlich und weniger liberal für unsere Stadt aus, wenn es nach euch gegangen wäre. Konsequent in Law-and-Order-Manier habt ihr vor einigen Jahren mit einer Kampagne geworben, die sich explizit gegen Taschendiebe unter jugendliche Roma-Flüchtlinge gewendet hat. Jugendliche Kriminelle sollten nach eurem kommunalpolitischen Willen in geschlossene Heime gesperrt, und mit der - Zitat - „Kuschelpädagogik“ und den überkommenden Dogmen der 70er-Jahre sollte gebrochen werden. - Aber okay, ihr habt mittlerweile einen Gang zurückgeschaltet an der Stelle.

Auf eure FDP-Initiative hin sind vor Jahren nicht nur die ersten Stadtbahnen, sondern auch die Busse videoüberwacht worden. Dazu und zu den Folgen müsste man eigentlich einmal eine Aktuelle Stunde machen.

(Beifall bei den Piraten)

Aktuell scheint ihr euch in Bezug auf die Vorgänge auf dem Rheinboulevard auch nicht vor dem Nulltoleranz-Vokabular zu schützen, genauso wie der grüne Bezirksbürgermeister. Bei der Diskussion um den Rheinboulevard haben wir Piraten übrigens schon vergangene Woche ein Gesamtkonzept und ein Moderationsverfahren vorgeschlagen, -

(Zuruf von Heiner Kockerbeck [Die Linke.])

- das demjenigen auf dem Brüsseler Platz gleicht.

(Zuruf von der Linken)

Ich könnte hier noch locker eine Stunde weitermachen mit Beispielen - ich bin gleich fertig - aus der Chronik der Kölner FDP.

(Zuruf von der Linken)

- Ja, aber die haben immerhin eine Aktuelle Stunde angesetzt. Das mache ich jetzt auch.

(Zuruf: Bleiben Sie beim Thema!)

Insofern: Leider habe ich nicht die Möglichkeit, eine Aktuelle Stunde hier einzusetzen, aber vielleicht hat es gereicht, um den einen oder anderen Liberalen einen Spiegel vor das Gesicht zu halten. Zumindest sollte jetzt allen klar sein, wer hier wirklich liberal ist, und das sind nur die Piraten. - Danke.

(Heiterkeit und Lachen bei SPD, CDU, FDP, Die Linke. - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war aber ein schöner Beitrag! - Beifall bei den Piraten und Teilen beim Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja Galgenhumor! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war schon ein lustiger Beitrag!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde? - Herr Houben?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Beitrag muss jetzt aber lustig sein! - Zuruf: Es ist erledigt!)

Ich erkläre das Thema dieser Aktuellen Stunde für erledigt, meine Damen und Herren, und würde gern darüber abstimmen lassen, ob Sie der gleichen Meinung sind.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. - Doch. Sie enthalten sich, das Thema für erledigt zu erklären. Okay.

Nach der Debatte über die Angelegenheit erklärt der Rat die Sache auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe a) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für erledigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

1.2 Antrag der AfD-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Transparenz und Mittelverwendung durch die Stadt Köln bzw. Frau Oberbürgermeisterin Reker"
AN/0544/2017

Diese Angelegenheit wurde nicht auf die Tagesordnung genommen (s. Ziffer II - Seiten 2 und 3 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Geldzuwendung für den Ankauf eines Kunstwerkes von Nil Yalter für das Museum Ludwig
4328/2016

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei der Gesellschaft für moderne Kunst. Damit ist die Schenkung angenommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Geldzuwendung in Höhe von 54.000 € von der Gesellschaft für Moderne Kunst als Zuschuss für den Ankauf eines Kunstwerkes von Nil Yalter in Höhe von insgesamt 120.000 € für das Museum Ludwig mit großem Dank an.

Die investiven Mittel für den Eigenanteil in Höhe von 66.000 Euro (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) stehen im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu Tagesordnungspunkt

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Köln kooperiert - Regionale Kooperation voranbringen“
AN/0510/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/0553/2017

Hier liegt ein Änderungsantrag von SPD und Die Linke. vor. Ich rufe zunächst Herrn Petelkau auf.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Köln kooperiert“ - diese beiden Worte werden wir in Zukunft über unsere Stadt sicherlich noch oft hören, und sie werden die weitere Entwicklung unserer Stadt maßgeblich bestimmen.

Interkommunale und regionale Zusammenarbeit wird eine immer größere Rolle in unserer Gesellschaft einnehmen. Die Region befindet sich bereits mitten in einer Phase tiefgreifender Herausforderungen und Strukturwandelthemen: im Bereich der demografischen und räumlichen Entwicklung, der Energiewende, des Klimawandels oder in Bezug auf eine zukunftsträchtige Infrastrukturentwicklung. Daher müssen wir dringend die Zusammenarbeit von Akteuren in Köln, aber auch im Umland inhaltlich justieren und Schwerpunkte setzen.

Die Berichterstattung des *Kölner Stadt-Anzeigers* zu den Kölner Ein- und Auspendlerquoten, woher diese Einpendler tagtäglich kommen und wohin sie wieder fahren, zeigt, dass die Region mit ihrer Verzahnung bei den Menschen längst Realität ist.

Der Geschäftsführer des Region Köln/Bonn e.V., Dr. Reimar Molitor, bringt es immer wieder auf den Punkt, wenn er sagt: Köln ist eine Stunde groß. Die Menschen innerhalb dieses Radius und darüber hinaus erwarten, dass Politik und Verwaltung in diesen Maßstäben und nicht nur in Stadt- und Gemeindegrenzen Lösungen für Probleme aufzeigen und anbieten.

Es kann nicht sein, dass wir weiter auf kleinteilige Egoismen bauen. Das gilt für Köln, aber im Umkehrschluss genauso für das Umland bei Themen wie Verkehr, Ausbau von Infrastrukturen, bei der Bereitstellung von adäquatem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten, bei der Förderung der regionalen Wirtschaft genauso wie bei der großräumigen Betrachtung unserer Landschaften. Das wird letzten Endes nur in Zusammenarbeit gelingen, und diese Zusammenarbeit braucht Struktur und Verbindlichkeit.

Wir setzen mit dem Antrag ein Zeichen dafür, dass wir die Struktur und Verbindlichkeit als Grundpfeiler des Verwaltungshandelns vorhalten wollen. Es ist nicht so, dass es keine Kooperationen gibt. Wir sind froh, dass diese Kooperationen im Rechts- und Linksrheinischen, im Stadtumland NRW-Kontext passieren oder aufgegleist wurden. Sie helfen uns dabei, die eben angesprochenen Probleme mit unseren Nachbarn auf Augenhöhe anzugehen. Hier müssen wir das Tempo deutlich erhöhen, um mit der Realität Schritt halten zu können - so im Fall der Kooperation der Stadt Köln mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch-Gladbach zur Lösung der Probleme im Rechtsrheinischen entlang der Bergisch Gladbacher Straße, ein Problem, was die vergangenen 40 Jahre diese Stadt im Rechtsrheinischen dominiert hat und was dringend angegangen werden muss. Zum ersten Mal sind wirklich ganz konkrete Vorschläge auf dem Tisch, und ich hoffe, dass diese Maßnahmenpakete auch zu kurz- und mittelfristigen Verbesserungen für die Bevölkerung vor Ort führen.

Den nächsten großen Maßstab einer Verzahnung betreut der Region Köln/Bonn e.V. seit nunmehr 25 Jahren. Der Verein hat neben vielen Strategien zur räumlichen Entwicklung vor allem auch viele reale Projekte vor Ort betreut. Dieser Maßstab schärft den Blick für das Ganze. Hierbei leistet der Verein die notwendige Vorarbeit, damit Kooperationen wie Köln linksrheinisch oder Köln rechtsrheinisch überhaupt passieren können. Klar ist, dass am Ende reale Projekte stehen müssen, die mit Finanzierung und Förderung hinterlegt werden müssen.

Das leitet über zu der dritten Maßstabsebene, dem großräumigen Verbund in der neugegründeten Metropolregion Rheinland. Seit dem 20. Februar dieses Jahres ist diese frische Kooperation vor allem darauf ausgelegt, die großen Maßstäbe und die großen Linien im Rheinland zu bearbeiten. Dazu gehört vor allem das Kämpfen um Fördermittel aus Düsseldorf, Berlin oder Brüssel für Infrastrukturinvestitionen, die wir so dringend benötigen, um der Bevölkerung und der Wirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes wieder Brücken für eine bessere Mobilität bauen zu können. Auf dieser Ebene geht es auch um wichtige Präsentationen des Rheinlands als starke Wirtschaftsregion.

Wenn wir diese drei Ebenen zusammennehmen und ihre ganz unterschiedlichen Verknüpfungspunkte mit der Stadt Köln und den einzelnen Dezernaten in unserer Stadt zusammenführen, erst dann kann diese Entwicklung wirklich zum Großen und Ganzen werden. Daher ist es erforderlich, innerhalb der Verwaltung eine Querschnittskoordination vorzunehmen.

Deshalb möchten wir - das unterscheidet uns von dem Änderungsantrag, der gerade noch auf den Tisch gelegt wurde -, dass die Verwaltung im Rahmen der Gesamtkonzeption einer Verwaltungsreform diese Dinge zusammenführt und prüft, wie dies optimal aufgestellt werden kann. Das kann eine zentrale Einheit sein. Es kann aber auch sein, dass hier mehrere dezentrale Einheiten erforderlich sind. Deshalb lehnen wir diesen Punkt ab.

Genauso lehnen wir es ab, es ausschließlich unter der Metropolregion Rheinland e.V. entsprechend zu bündeln, weil es sinnvoll ist, gegebenenfalls auch die Teilbereiche zusammenzuführen. Die Metropolregion ist gerade erst in der Gründung, ist also noch gar nicht fähig, dieses Konzept aufzubauen. Deshalb benötigen wir hier mehr Zeit. Wir brauchen eine Übergangszeit. Deshalb bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag, und wir lehnen den Antrag von den Linken und der SPD-Fraktion ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle leben hier in einer Region mit vielen Akteuren, Kooperationen und Schnittstellen. Die Herausforderungen kennen wir, und die Zukunftsfragen stellen wir uns auch.

Vieles, was in dem Antrag geschrieben worden ist, ist in gewisser Weise nichts gänzlich Neues, vieles läuft auch bereits schon. Trotzdem braucht - ich habe es jetzt einfach einmal als „Planungsregion Köln“ bezeichnet - die Planungsregion Köln als Raum und auch die Planungsregion Köln als Akteur im Raum gewisse Zusagen. Eine Zusage ist, dass wir regionales Handeln und Denken auch wirklich wollen.

Die Planungsregion Köln braucht die Gewissheit und Zusage, dass die interkommunale Zusammenarbeit intensiviert werden muss und auch soll. Sie braucht auch die Zusage, dass sie Strukturen findet, die dieses interkommunale Handeln verstärkt und verstetigen kann.

Deshalb bitten wir in unserem Antrag darum, dass die Verwaltung darstellen soll, wie sie im Rahmen der Verwaltungsstruktur Strukturen aufbauen möchte, die nämlich genau dieses interkommunale Handeln verstetigt und verstärkt und uns als wichtigen Partner im interkommunalen Dialog auch weiterhin agieren lässt.

Ich möchte als Grüne keinen Zweifel daran lassen, dass interkommunales und regionales Handeln für uns eine dringliche Notwendigkeit ist. Es ist kein „nice to have“, sondern es geht bei den Kooperationen darum, mittel- und langfristig Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger dieser Region vorzuhalten, es geht um Schulversorgung, es geht um Wohnen, es geht um frische Luft, und es geht um eine zukunftsfähige Mobilität. Das sind alles Themen der Daseinsvorsorge, die uns stetig und ständig beschäftigen.

Wir als Stadt Köln sind eine wachsende Stadt. Wir haben ein großes Interesse zu kooperieren, weil wir die Herausforderungen des Hier und Jetzt schon kaum jetzt bewältigen können; in Zukunft wird es deutlich schwieriger. Köln braucht das Umland, Köln braucht die interkommunale Kooperation, das Umland braucht aber auch Köln, und die interkommunale Kooperation braucht auch das Umland.

Die Region um Köln ist ein enger Raum. In diesem engen Raum finden sehr, sehr unterschiedliche Teilräume wiederum statt. Es gibt auf der einen Seite die stark wachsenden Kommunen wie Köln, Bonn, Düsseldorf, die eine unheimliche Dynamik entwickelt haben. In unmittelbarer Nähe sind aber auch genauso Teilräume, die gegen ihre Entvölkerung kämpfen und für die eine Schulversorgung sowie eine vernünftige ÖPNV-Versorgung eine überlebenswichtige Existenzfrage sind. Das alles findet in einem Raum von einer Stunde statt. Wir sind hier also sehr divergent aufgestellt.

Die Kooperationen, die sich jetzt gefunden haben - das ist einerseits der seit langem bestehende Region Köln/Bonn e.V. mit den Kommunen, die Metropolregion Rheinland, die gerade dieses Jahr gegründet worden ist, die rechts- und linksrheinischen Kooperationen -, beschäftigen sich alle mit den Herausforderungen der Zukunft, die ich eben aufgezählt habe.

Nur gemeinsam können wir diese sehr unterschiedlichen Teilräume und die unterschiedlichen Kommunen zukunftsfähig aufstellen, und nur gemeinsam können wir sie weiterentwickeln. Nur gemeinsam als Region und als Kooperation können wir den Prozess der Neuaufstellung des Regionalplans forcieren, denn der Regionalplan ist sozusagen die Grundlage dafür, dass wir einerseits vernünftige Mobilität haben, mehr Wohnen in der Region möglich machen, frische Luft haben, Freiraumplanungen haben etc.

Diese räumliche Entwicklung kann immer nur im Ganzen gesehen werden. Das sektorale Handeln hat immer dazu geführt, dass es Verlierer gab. Was wir mit der Kooperation wollen,

ist eine Win-Win-Situation für alle Teilräume, deswegen ist diese Kooperation so wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der CDU)

Diesen gemeinsamen Prozess müssen wir auf Augenhöhe führen, diesen gemeinsamen Prozess müssen wir intensiv führen, und diesen gemeinsamen Prozess müssen wir dauerhaft führen.

Nicht zu vernachlässigen ist dabei auch noch, dass sehr viele Fördergelder aus der EU auch nur in einer gemeinsamen interkommunalen Kooperation abrufbar sind, weil die Grenzen, die wir uns als Kommune setzen, schon lange nicht mehr die Grenzen sind, die die Menschen haben. Auch die EU hat diese Grenzen schon längst gesprengt. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist schon so viel Schlaues und Richtiges zu diesem Antrag gesagt worden, dass ich nicht mehr alles wiederholen möchte.

Wenn Sie aber zum Beispiel heute sehen, wie sich die IHK zur Region aufmacht, da steht: „Mehr als die Summe aller Einzelteile“. Ich glaube, wir sind unbedingt darauf angewiesen, in der Region zu kooperieren. Dies ist ein weiterer Versuch, da besser zu werden. Wir können da besser werden. Wir müssen da auch besser werden - das ist auch ausgeführt worden.

Ich sage auch in Richtung SPD und Linke: Wenn wir die Chance gehabt hätten, vorher gemeinsam über Ihren Antrag zu reden, hätte man eine gemeinsame Lösung an der Stelle vielleicht finden können. Das wäre besser gewesen. Sie erwischen zumindest unsere Fraktion mit Ihrem Antrag etwas auf dem falschen Fuß. Wir werden Ihrem Antrag jetzt nicht zustimmen können.

Ich empfehle einfach für das nächste Verfahren, bei solchen Themen, die langfristig zu organisieren sind, den Kontakt aufzunehmen. Dann hätten wir hier eine breitere Basis gefunden. Das hätte uns als FDP sicherlich gefreut. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Geffen hat das Wort.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Houben, das gilt sicherlich auch umgekehrt.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es wird niemand ernsthaft bestreiten können: Köln steht vor großen, vor enormen Herausforderungen. Immer mehr Menschen wollen hier wohnen, arbeiten, ihre Kinder betreuen lassen und in ihrer Freizeit die vielfältigen Kulturangebote nutzen. Darüber freuen wir uns alle sehr, zeigt es doch, dass man in unserer Stadt gern und gut lebt.

Köln zieht auch Unternehmen unterschiedlichster Art an. Das zeugt von der hohen Qualität des Wirtschaftsstandortes Köln. Rekordzahlen bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und den Gewerbesteuereinnahmen sind ein Beleg dafür.

Wir wissen aber auch: Die wachsende Stadt führt dazu, dass zunehmend Konkurrenzen und Kapazitätsprobleme bezüglich der Verkehrs- wie auch der sozialen Infrastruktur und der begrenzten Flächen in unserer Stadt auftreten. Keine Kommune kann und sollte diese Probleme allein meistern. Am besten können wir sie gemeinsam im interkommunalen Verbund der Region lösen.

Wir halten es deshalb für richtig und wichtig, den eingeschlagenen Pfad interkommunaler und regionaler Zusammenarbeit weiter zu bestreiten. Sie bietet die Chancen einer starken strategischen Allianz mit Durchschlagskraft gegenüber Land und Bund sowie einer effizienten Arbeitsteilung und Ressourcenschonung.

Wir möchten - das machen wir mit unserem Ersetzungsantrag deutlich - die bestehenden regionalen Strukturen interkommunaler Zusammenarbeit und Partnerschaften perspektivisch unter dem Dach der neugegründeten Metropolregion Rheinland zusammenführen und bündeln. Die Metropolregion mit ihren 35 Städten, Kreisen und Verbänden bietet genau den richtigen Rahmen dafür.

Strategien zur Verkehrs- und Wohnraumentwicklung, der Entwicklung des Wirtschaftsstandortes sowie der Schaffung und Nutzung von Bildungs- und Kultureinrichtungen sollen dabei verstärkt im Fokus stehen, denn hier drückt uns der Schuh besonders.

Wir möchten außerdem die Aktivitäten innerhalb der Stadtverwaltung an einer Stelle konzentrieren. Hier sollen zukünftig die interkommunalen und regionalen Kooperationen koordiniert werden und dafür Sorge getragen werden, dass Synergie- und Effizienzpotenziale auch tatsächlich genutzt werden. Außerdem sollen bestehende Doppelstrukturen durch Konzentration abgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Jamaika, ich denke, im Kern sind wir uns über das Ziel einig. Wir wollen aber nicht noch ein Konzeptmonster erschaffen, um dann in ein bis zwei Jahren zu überlegen: Wohin wollen wir laufen? Denn regionale Kooperationen laufen schon in vielen Bereichen. Zur Stärkung bedarf es nur einer Bündelung und Koordination dieser vielfältigen Aktivitäten - sowohl außerhalb wie innerhalb der Stadtverwaltung. Oder anders gesagt: Einfach machen!

Schade, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU sich in dieser Sache gegenüber dem Bündnispartner nicht durchsetzen konnten. Ich darf aus der Pressemitteilung der CDU-Fraktion vom 10.03.2017 - vor gerade einmal drei Wochen - zitieren:

> Um die regionalen Aufgaben und Zukunftsprojekte zu meistern, braucht es dringend eine zentrale Steuerung. Daher schlagen wir vor,

- also die CDU -

> eine Stabstelle für Interkommunale und Regionale Zusammenarbeit bei der Oberbürgermeisterin anzugliedern.

Wir meinen: keine schlechte Idee von der CDU. Oder gilt bei der CDU hier etwa der Satz von Konrad Adenauer: „Was stört mich mein Geschwätz von gestern“?

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Oh!)

In diesem Sinne laden wir Sie ein, unserem Antrag zuzustimmen. Die Hoffnung gebe ich nicht auf. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei Teilen von CDU sowie Teilen von Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 22. September letzten Jahres haben SPD, CDU, Grüne und FDP hier im Rat zur Wohnungspolitik und insbesondere zur GAG Folgendes beschlossen - Zitat -:

> … den Schwerpunkt ihres Tätigwerdens auf Kölner Stadtgebiet zu konzentrieren.

Das war die Reaktion auf unsere Kritik, 444 Wohnungen in Wesseling zu verkaufen. Die Kölner *StadtRevue* schrieb - Zitat -:

> Wo bleibt die regionale Zusammenarbeit, die so oft in Sonntagsreden beschworen wird? Die Wohnungsnot wird man nicht innerhalb der Stadtgrenzen bekämpfen können, sondern nur im regionalen Verbund.

(Beifall bei Die Linke.)

Es blieb aber nicht, meine Damen und Herren, bei den 444 Wohnungen. Die GAG verkaufte weitere 110 Wohnungen in Wesseling, und zwar wieder an einen Privaten. Angebote der Stadt Wesseling und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft GWG wurden ausgeschlagen. Vermittlungsversuche des Vorsitzenden des Kölner Mietervereins, Franz Corneth, wurden beiseitegeschoben. Das ist die arrogante Realität der regionalen Kooperation des Kölner Stadtrats, und damit, meine Damen und Herren, muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei Die Linke.)

Wenn Köln der Metropolregion Rheinland beigetreten ist, muss die Stadt sich auch in diesem Rahmen jetzt einbringen. Dazu brauchen wir kein Konzept, sondern Offenheit, Ehrlichkeit und Respekt statt Hochnäsigkeit.

Ich glaube, wir sollten uns eine Scheibe davon abschneiden, wie der Stadtwerkekonzern regionale Kooperation handelt. Die Stadtwerke haben kooperiert und zum Beispiel die Gründung von örtlichen Stadtwerken im Umland unterstützt. Sie haben einen Dialog auf Augen-

höhe geführt. Das ist auch zum Nutzen von Köln. Beispielsweise konnte die RheinEnergie den einen oder anderen Konzessionsvertrag auf dem Wege dazugewinnen.

Über den Vertrag und die Satzung der Metropolregion Rheinland haben die Kommunen im Rheinland über mehrere Jahre diskutiert.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Na, so lange auch nicht!)

Der Kölner Stadtrat dagegen hat diese Vorlage durchgewunken, obwohl unsere Oberbürgermeisterin im Wechsel mit dem Oberbürgermeister aus Düsseldorf den Vorsitz des Gremiums führt.

Herr Petelkau, Ihre Ausführungen zur Metropolregion Rheinland - „Es hat ja alles noch nicht angefangen!“, „Müssen wir erst einmal etwas allein machen!“ -, sind sozusagen der Ausdruck dafür, wie ernst Sie diese Metropolregion Rheinland nehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, das stimmt leider!)

Wir brauchen einen grundlegend anderen Stil und nicht schon wieder ein neues Konzept. Wir brauchen eine andere Politik.

(Beifall bei Die Linke. - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen doch gar kein anderes Konzept!)

Frau Oberbürgermeisterin, wir würden uns freuen, wenn Sie zusammen mit der LVR-Landesdirektorin Frau Lubek, den Regierungspräsidentinnen Frau Walsken und Frau Lütkes sowie dem einzigen Mann in diesem Gremium, dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Geisel, dazu beitragen würden, dass eine tatsächliche regionale Kooperation entwickelt wird und das regionale Geschacher beendet wird.

Wir haben diesen Änderungsantrag mit eingebracht, weil wir ein klares Bekenntnis zur Metropolregion Rheinland und klare Strukturen brauchen, die über das Amt des Oberbürgermeisters organisiert wird.

Ich glaube nicht, Herr Houben, dass wir zu einem gemeinsamen Änderungsantrag gekommen wären, weil Sie diese Metropolregion Rheinland meines Erachtens nicht ernst nehmen und dem nicht das Gewicht beimessen, wie wir das tun und wie das die SPD tut. Deswegen glauben wir, dass dieser Änderungsantrag, den wir eingebracht haben, von großer Bedeutung ist - mit den Gremien, die es jetzt gibt. Wenn langfristig - sagen wir einmal: in drei bis fünf Jahren - die Metropolregion Rheinland eine Art Landes- oder Regionalparlament werden könnte, wäre das von großem Interesse für uns. Auf dem Wege kann man wahrscheinlich schlussendlich erst richtig Probleme lösen und bearbeiten - so, wie das andere Regionen machen, wie Hannover, wie Aachen. Diesen Weg müssen wir gehen, dazu sollten wir uns bekennen, und zwar ganz klar und nicht nur eben einmal hier die Satzung durchwinken. Das ist, glaube ich, die Realität, und davor verschließen Sie sich. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke. - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen doch alle Metropolregionen! - Bernd Petelkau [CDU]: Das hat er nicht verstanden!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann würde ich Ihnen gern noch einmal versichern, wie wichtig mir die Zusammenarbeit in der Region ist. Das gilt natürlich auch für die Landeshauptstadt Düsseldorf, die ich sogar hin und wieder aufsuche.

Die erste Sitzung der Metropolregion hat stattgefunden mit dem dortigen Vorsitzenden, und das Büro der Metropolregion wird in Köln sein. Das heißt, Köln wird Metropolstadt sein, Düsseldorf ist schon Landeshauptstadt, Aachen ist Kaiserstadt und Bonn ist Bundesstadt. Wir sind dann also nicht nur Domstadt, sondern auch Metropolstadt.

Ich bin auch schon einmal in meiner Amtszeit in Bergisch-Gladbach gewesen - wahrscheinlich, weil ich dort so bestaunt wurde als eine der ersten Stadtoberhäupter von Köln. Wir haben dort eine Pressekonferenz über Zusammenarbeit im Verkehrsbereich gemacht. Es ist sehr gut angekommen, dass auch die Oberbürgermeisterin von Köln an dieser Pressekonferenz in Bergisch-Gladbach teilnimmt und nicht immer nur umgekehrt. Ich glaube, die Region hat verstanden, -

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

- dass wir das sehr, sehr ernst meinen, und ich würde mich freuen, Ihnen bald davon zu be-

richten, was es da Neues gibt. Ich bedanke mich für die vielen guten Ratschläge zur Organisation der Verwaltung und lasse jetzt abstimmen zunächst über den Änderungsantrag von SPD und Linke.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und Die Linke. Gegenstimmen? - Die Grünen, CDU, FDP, Herr Wortmann, pro Köln, AfD. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen von Ratsgruppe GUT und den Piraten ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den ursprünglichen Antrag von CDU, Grüne und FDP abstimmen. Wer wünscht, diesem Antrag nicht zuzustimmen, also wer ist dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion und Die Linke. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Dann ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:

Angesichts des stetig zunehmenden Aufgabenportfolios der Stadt Köln, der enormen Herausforderungen unserer wachsenden Stadt und der herausragenden Bedeutung der Region betont der Rat der Stadt Köln die Notwendigkeit und den Mehrwert interkommunaler Kooperationen.

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung:

1. *Die bestehenden regionalen Strukturen interkommunaler Zusammenarbeit und Partnerschaften sollen systematisiert und perspektivisch unter dem Dach der neu gegründeten "Metropolregion Rheinland" zusammengeführt werden.*

   Der Rat der Stadt Köln unterstützt die gemeinsame Strategien zur Verkehrs- und Wohnraumentwicklung, der Entwicklung des Wirtschaftsstandortes sowie der Schaffung und Nutzung von Bildungs- und Kultureinrichtungen wie sie in der Vereinssatzung der Metropolregion niedergelegt sind.

   Modelle der kommunalen Kooperation können nur gemeinsam mit den anderen Kommunen entwickelt werden. Die Stadt Köln soll in diesem Rahmen eine noch aktivere Rolle als bisher einnehmen und den intensiven Austausch und die Zusammenarbeit mit den Umlandkommunen suchen.

2. *Innerhalb der Stadtverwaltung soll künftig eine zentrale Stelle die Koordination der interkommunalen und regionalen Kooperationen übernehmen und dafür Sorge tragen, dass Synergie- und Effizienzpotentiale auch tatsächlich genutzt und Doppelstrukturen abgebaut werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Stärkung und Umsetzung der „Interkommunalen und regionale Kooperation" mit folgenden Maßgaben zu erstellen und dem Rat sowie den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen:

- *Die begonnenen rechts- und linksrheinischen Kooperationen sollen gestärkt und verstetigt werden. Dabei wird auf den gestarteten Wettbewerbsverfahren „StadtUmland.NRW" (Kooperation mit linksrheinischen Gebietskörperschaften) und „Raumperspektive 2025 (Kooperation mit rechtsrheinischen Gebietskörperschaften) aufgesetzt.*

- *Die Kooperationen haben insbesondere die Aufgabe, im Hinblick auf eine zukunftsfähige Infrastrukturentwicklung, z. B. Schulversorgung, Wohnraumversorgung, Gewerbeflächenkonzepte und Mobilität, gemeinsame Ziele und Vorhaben zu entwickeln.*

- *Die Kooperationen sollen auch dazu dienen, gemeinsam abgestimmte Ziele bei der Neuaufstellung des Regionalplans einzubringen.*

- *Die Weiterentwicklung der Kooperationen soll in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle „Region Köln/Bonn e.V." erfolgen, dessen fachliche Expertise und Erfahrung intensiv genutzt werden soll.*

- *Die Zusammenarbeit mit und in der neu gegründeten „Metropolregion Rheinland“ ist in dieses Konzept ebenfalls einzubeziehen, um vor allem eine abgestimmte Lobbyarbeit gegenüber den öffentlichen Zuschussgebern für Infrastrukturvorhaben in der Region entfalten zu können.*

- *Die Verwaltung wird gebeten, die derzeitige Struktur, in der Aktivitäten der regionalen Kooperation betreut werden, darzustellen und diese im Rahmen der Verwaltungsreform weiterzuentwickeln. Der bereits erteilte Ratsauftrag zur Konzentration und Stärkung des Fördermittelmanagements ist in diesem Rahmen zu berücksichtigen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung Der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend „Armutsfolgen abmildern - Köln-Pass ausweiten“ AN/0512/2017

Ich bitte Herrn Paetzold nach vorn.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stadt Köln und auch der Rat der Stadt Köln haben allen Grund, auf so einiges stolz zu sein, was wir in den vergangenen Jahren zu Wege gebracht haben. Eines davon ist der Köln-Pass, denn dieser Köln-Pass ermöglicht Menschen mit kleiner Geldbörse Teilhabe am sozialen Leben.

Sie verzeihen sicherlich ein bisschen, dass meine Fraktion besonders stolz auf diesen Köln-Pass ist, haben wir ihn doch vor zehn Jahren wieder eingeführt. - Wer hat ihn gerade noch einmal abgeschafft? Ich weiß es gar nicht mehr. Aber egal.

Auf jeden Fall konnten bislang Menschen, die ALG II beziehen, Leistungsbezieher und alle Menschen, die bis zu 30 Prozent mehr vom ALG II verdienen, den Köln-Pass beziehen und diverse Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Das ist gut so, und daran wollen wir sicher festhalten.

Doch Stadtluft macht nicht nur frei, sondern ist auch teuer. Hier in Köln ist sie besonders teuer, und sie wird immer teurer. Deshalb meinen wir, dass es jetzt an der Zeit ist, den Bezieherkreis zu erweitern, den Kreis der Menschen, die den Köln-Pass in Anspruch nehmen können, zu erweitern auf Menschen, die maximal 40 Prozent mehr Einkommen haben als der aktuelle ALG-II-Satz.

Worüber reden wir überhaupt? Ich habe Ihnen einmal die Familie Mustermensch mitgebracht: Vater, Mutter und zwei Kinder, 8 und 10 Jahre. Wenn man die Miete und die Heizung abzieht - dafür rechnet das Job-Center 879 Euro -, bleiben ihnen 1.845 Euro zum Leben: Lebensmittel, Klamotten, neue Möbel - alles, was man so braucht.

Mit diesem Familieneinkommen ist man sicher nicht arm, aber große Sprünge kann man damit nicht machen.

Über wen reden wir? Wir reden über eine ganz normale Familie, vielleicht einer mit einem guten Verdienst oder zwei mit einem durchschnittlichen Verdienst, die ihren Job machen, die Steuern zahlen und die dafür sorgen, dass die Kinder anständig groß werden.

So eine Familie wird sich den Zoobesuch dreimal überlegen, denn dieser schlägt für so eine Familie mit 57 Euro zu Buche. Das sind 3 Prozent des Monatseinkommens. Das Höhenbergbad bei uns um die Ecke ist auch nicht gerade billig: 28,50 Euro für einen Tag im Sommer. Auch das überlegt man sich, wenn die lieben Kleinen einmal gerade wieder aus den Klamotten herausgewachsen sind und der nächste Besuch bei C&A fällig ist. Das heißt, Zoo bleibt zu, Schwimmbad gibt es auch nicht. Spätestens da bekommen wir ein Problem mit der Gerechtigkeit.

Resümieren wir einmal: Die Stadt subventioniert die Köln-Bäder, die KVB, die Bühnen und vieles mehr - eben auch den Zoo -, um ihren Bürgern ein gutes Angebot für Mobilität und Freizeitgestaltung anzubieten. Das ist gut so.

Finanziert wird das mit den Steuern, die die Menschen hier in Köln erwirtschaften - mittelbar oder unmittelbar. Auch das ist gut so. Anders geht es auch gar nicht.

So weit, so gut, und so weit sind wir sicher auch alle einer Meinung. Doch hier beginnt

unser Problem mit der Gerechtigkeit in dieser Stadt. Steuern zahlt nämlich auch meine Familie Mustermensch von dem Geld, das sie verdienen - Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer, noch so einige andere Verbrauchssteuern, aber eben auch Einkommensteuer.

Auch mit diesen Steuern der Familie Mustermensch subventionieren und finanzieren der Staat und die Stadt alle möglichen öffentlichen Einrichtungen. Da ist es doch wirklich blöd und nicht wirklich gerecht, wenn meine Familie Mustermensch die Einrichtungen, die auch mit ihren Steuergeldern finanziert werden, gar nicht besuchen kann, weil das Familienbudget und der drohende Kauf der neuen Waschmaschine es einfach nicht hergeben. Da funktioniert doch irgendetwas mit dem Thema „Teilhabe“ in dieser Stadt nicht. Das halten wir nicht für fair.

Deshalb - damit es ein bisschen gerechter in dieser Stadt zugeht - schlagen wir Ihnen vor, wie schon gesagt, den Köln-Pass für Menschen zu öffnen, die ein verfügbares Einkommen von bis zu 140 Prozent des ALG-Satzes haben.

(Beifall bei Die Linke. und bei der SPD)

- Vielen Dank.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, müsste die Familie Mustermensch nämlich nur noch 28,50 Euro zahlen, um den kleinen Elefanten zu sehen und auf dem schönsten Spielplatz von Köln herumtoben zu können, nämlich im Kölner Zoo. Auch der Besuch in ihrem, weil von ihren Steuergeldern mitfinanzierten Höhenbergbad, würde mit 12,35 Euro eine ganze Ecke billiger. Das ist Geld für so eine Familie.

Das ist zwar immer noch Geld, aber das kann man sich einmal leisten, auch mit dem Einkommen - nicht jede Woche, aber vielleicht ab und zu einmal, und zweimal im Jahr im Zoo ist auch schon ganz schön.

Das macht die Stadt ein Stückchen gerechter, wenn die Menschen, die mit ihrem Einkommen unsere Einrichtungen hier mitfinanzieren, sie auch besuchen können.

Jetzt höre ich natürlich schon die BWLer und die Finanzer unter Ihnen gemeinsam singen: Wer soll das bezahlen? Ich frage einmal die Kollegen zurück: Erklärt mir doch einmal, warum kostet das überhaupt etwas?

Ich sehe gerade, meine Redezeit ist fast vorbei; ich beeile mich jetzt ganz sehr.

Die Familie Mustermensch und ihre Freunde gehen in den Zoo, vielleicht 200 Leute. Sie zahlen weniger, aber sie zahlen etwas. Ansonsten wären sie gar nicht gekommen. Dieses Geld hat der Zoo einmal im Sack.

(Beifall bei Die Linke.)

Ich kann nicht verstehen, warum sich der Zoo durch 200 Leute, die da durchlaufen, abnutzt. Der Löwe frisst dadurch nicht viel mehr und die Seelöwen auch nicht.

Also, meine lieben Damen und Herren, helfen Sie uns mit, machen Sie mit uns zusammen diese Stadt ein Stückchen gerechter. Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Die Linke. und bei der CDU)

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Seit dem 01.01.2007 ist der Köln-Pass ein Erfolgsmodell. Deshalb haben SPD, Grüne und Die Linke. 2009 den Berechtigtenkreis von 110 Prozent auf 130 Prozent vom Hartz-IV-Regelsatz angehoben. Waren es anfänglich 100.000 Nutzerinnen und Nutzer, sind es inzwischen fast 160.000.

Die Chefin der Kölner Arbeitsagentur wies in der letzten Woche darauf hin, dass der Mindestlohn von 8,50 Euro zum Leben nicht ausreicht. Insgesamt haben 22.299 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufstockende Sozialhilfe erhalten. Doch die Zahl der Geringverdiener, die den Köln-Pass nutzt, ist rückläufig. 2015 waren es noch 25.000, zwei Jahre später nur noch 22.000. Deswegen müssen wir hier gegensteuern und mehr armen Menschen den Zugang zu vergünstigten KVB-Karten und Rabatten bei kulturellen und sportlichen Angeboten der Stadt Köln ermöglichen.

(Beifall bei Die Linke.)

Wir schlagen Ihnen vor, künftig auch Geringverdienern, die 140 Prozent des Regelsatzes verdienen - also 10 Prozent mehr, als bisher erlaubt war -, einen Köln-Pass zu geben. Wir vermuten, das betrifft circa 10.000 Geringverdienerinnen und Geringverdiener in Köln. Wir glauben, dass dieser kleine Schritt die Lebensbedingungen vieler Menschen verbessern würde. Denn bei den hohen Kölner Mieten können Menschen mit geringen Einkommen

keine großen Sprünge machen, insbesondere Familien mit Kindern.

Mit der neuen Obergrenze würde ein Alleinstehender mit Einkünften bis zu 1.094,60 Euro von den Angeboten des Köln-Passes profitieren. Bei einer Familie mit zwei Kindern, davon eines im Kindergarten und eines in der Grundschule, läge die neue Verdienstgrenze bei 2.706 Euro. Damit käme auch ein Alleinstehender, der nur 29 Wochenstunden auf Mindestlohn arbeitet, in den Genuss des Köln-Passes.

Die Erweiterung des Berechtigtenkreises kommt aber in erster Linie, meine Damen und Herren, Familien und Alleinerziehenden mit Kindern zugute, die in Teilzeit arbeiten. Insofern wäre dieser Schritt auch ein kleiner Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut.

Wenn nur 5.000 Personen von den 10.000 den Köln-Pass zusätzlich beanspruchen, haben wir mit einer kleinen Belastung der städtischen Unternehmen und der Kultureinrichtungen für diese Menschen eine große Entlastung geschaffen, die deutlich mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wahrnehmen können.

Beim aktuellen Bericht über Bildung und Teilhabe im Rechnungsprüfungsausschuss konnten wir erfahren, dass der Anteil der Leistungen beim BuT für Geringverdiener bei den einzelnen Bildungs- und Freizeitangeboten zwischen 20 und 90 Prozent gestiegen ist.

Wir freuen uns, dass die Verwaltung mit der engeren Zusammenarbeit verschiedener Ämter beim BuT auch die Beratung und Vermittlung von Anspruchsberechtigten für den Köln-Pass noch einmal deutlich verbessern will.

Auch die Bearbeitungsdauer für die Erteilung des Köln-Passes soll gesenkt werden Die KVB arbeitet gerade an einer Chipkartenlösung für den Köln-Pass, bei dem auch Fahrradangebote genutzt werden können. Auch dies wäre eine deutliche Verbesserung des Köln-Passes.

Wir haben uns in dem vorliegenden Antrag nur auf eine maßvolle Erweiterung des Berechtigtenkreises und auf verbesserte Werbung beim Köln-Pass konzentriert.

Wir müssten uns in einem zweiten Schritt - das können wir in einigen Monaten oder Jahren tun - auch einmal über eine mittelfristige Verbesserung des Leistungsbezuges verständigen und darüber diskutieren. Wir haben zum Beispiel nicht bei allen Angeboten im Rahmen des Köln-Passes eine 50-prozentige Vergünstigung, was eigentlich einmal der Grundkern des Köln-Passes war.

Meine Damen und Herren, der Kölner Stadtrat kann das Einkommen von Geringverdienern nicht erhöhen, wir können Armut auch nicht abschaffen, aber wir können einen Beitrag dazu leisten, dass die Folgen der Armut abgemildert werden. Ich glaube, dies allein ist schon ein Ziel, worüber man nachdenken sollte und das man anstreben sollte.

Danke, Kolleginnen und Kollegen von SPD und Piraten, für diesen gemeinsamen Antrag. Vielleicht sollten sich die Grünen an ihre positive Rolle bei der Einführung des Köln-Passes, der von der CDU und von der FDP abgeschafft worden ist, erinnern und die CDU an ihre christliche Nächstenliebe, dann schaffen wir gemeinsam ein erweitertes Angebot für einige tausend Menschen. Es ist nicht viel, aber ein kleiner Schritt im Kampf gegen die Armut. - Danke.

(Beifall bei Die Linke. und den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gerlach hat das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Unser gemeinsamer Antrag soll den Köln-Pass mit seinen Möglichkeiten bekannter machen und es mehr Menschen ermöglichen, einen Köln-Pass zu erhalten. Meine beiden Kollegen haben dazu schon viel ausgeführt; ich will mich da nicht wiederholen.

Die Fragen, die Sie sich für Ihre Entscheidungsfindung stellen müssen, sind ganz einfach: Wie können wir gemeinsam zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft beitragen? Wie können wir Spaltung und Abgrenzung entgegentreten? - Die Anhebung der Grenzen des Köln-Passes von 130 auf 140 Prozent ist ganz sicher ein Schritt auf diesem Weg.

Wem kommt die Anhebung der Grenzen denn nun zugute? Ausschließlich Menschen, die arbeiten und fleißig sind, die aber mit ihrem niedrigen Lohn relativ nah an Hartz IV liegen, Menschen, die trotz aller Mühe durch ihr geringes Einkommen nur eine eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe erreichen werden; denn

gesellschaftliche Teilhabe muss man sich leisten können.

Ich fordere Ihr Engagement deshalb für die Menschen, die sich gesellschaftlich abgehängt fühlen könnten, die in bildungsferne Schichten abdriften könnten und die Ihre und unsere Unterstützung verdienen.

(Beifall bei Die Linke. und Teilen der SPD)

Was tut der Köln-Pass? Durch ihn wird fast ausschließlich der Zugang zu meritorischen Gütern erleichtert. Meritorische Güter sind Güter, deren Nachfrage staatlich erwünscht ist, aber deren Nachfrage zu gering ist. Konkret sollten wir also so viel wie möglich von diesen meritorischen Gütern unter die Leute bringen, wie Zugang zur Stadtbibliothek, Zugang zu Museen. Das sollte unserer Meinung nach sogar gratis sein.

(Beifall bei den Piraten)

Es gibt die Möglichkeit, vergünstigt Sport zu treiben. Sport erhält die Gesundheit. Das senkt damit die Kosten der Krankenkassen. Leute, lasst sie alle schwimmen gehen; das ist doch prima!

Dann das Thema „Mobilität - KVB wird günstiger“: Ja, bitte, das bedeutet mehr gesellschaftliche Teilhabe, und das betrifft nahezu alle Aspekte. Seit Jahren plädieren wir Piraten deshalb für einen fahrscheinlosen und umlagenfinanzierten ÖPNV.

Natürlich ist so eine Rede hier jetzt nicht dafür geeignet, über Gesellschaftskonzepte zu sprechen oder ein Gegenkonzept zur Arbeitsgesellschaft zu erörtern. Aber einem Denkanstoß sollte man sich nicht verweigern: Auch in Köln werden wir in den nächsten Jahren sehen, dass die moderne digitalisierte Arbeitswelt es unumgänglich macht, dass wir uns mit neuen Teilhabekonzepten auseinandersetzen.

(Beifall bei den Piraten)

Wir Piraten sind der Meinung, dass es ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland braucht. Machen wir uns nichts vor: Immer mehr Medien, Wissenschaftler, Institute, Städte und Staaten sympathisieren mit dieser Idee. Ein Existenzgeld ermöglicht eine neue Wertschätzung von Einsatz und Kreativität.

Wenn es jetzt für ein BGE noch nicht reicht, so sollten wir doch zumindest den Zugang zu mehr Bildung, Sport und Mobilität ermöglichen. Denkt daran, das sind Güter, die wollen wir für unsere Bürger haben, die wollen wir nachgefragt sehen - je mehr, desto besser -, und das sollte gerade die betreffen, die armutsgefährdet sind. Bitte nehmt unseren Antrag an. - Ich danke euch.

(Beifall bei den Piraten, bei Die Linke. sowie Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gärtner hat das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag, über den wir gerade reden, ist in dreierlei Hinsicht besonders bemerkenswert: Die SPD tut sich hier mit der Linken zusammen, um ein von den Linken favorisiertes Thema voranzutreiben. Der Antrag kommt rein zufällig jetzt mitten im Wahlkampf, und die SPD versucht mal wieder, die Karte der sozialen Gerechtigkeit auszuspielen. Sie sind aber nicht die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

(Zurufe von der SPD)

Nachdem Sie jahrzehntelang meist die Mehrheit in Stadt und Land hatten, stellen Sie jetzt einen Antrag nach dem anderen, durch den Sie selbst Zweifel am Ergebnis Ihrer bisherigen Politik äußern.

(Beifall bei der CDU - Niklas Kienitz [CDU]: Hört, hört!)

Nun aber zum Köln-Pass: Eigentlich sind in der Bemessung von Sozialhilfeleistungen - wie Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kinder- und Jugendhilfe - auch viele Teilhabeleistungen des Köln-Passes bereits enthalten. Dennoch haben wir in Köln den Köln-Pass eingeführt, der zusätzliche Angebote und Ermäßigungen erhält, und wir haben den Personenkreis erheblich erweitert zum Beispiel um Bewohnerinnen und Bewohner von Senioren- und Behindertenheimen.

Aber nicht nur das. Wir haben nicht nur den Regelsatz zugrunde gelegt, sondern die Berechnungsgrenze sogar um 30 Prozent angehoben. Das ist in fast allen anderen Städten mit ähnlichen Angeboten nicht der Fall. Das heißt, wir nehmen hier schon eine Spitzenposition ein.

Nun wollen SPD und Die Linke. diese Leistung nochmals erhöhen, ohne dafür einen Deckungsvorschlag zu machen. Frage an Sie: Wollen Sie das benötigte zusätzliche Geld zum Beispiel bei Kitas oder bei Seniorennetzwerken einsparen? Wie kommen Sie denn auf 140 Prozent? Für wie gerecht werden das die Menschen halten, die 141 oder 142 Prozent über dem Regelsatz liegen?

(Peter Kron [SPD]: 143!)

Der Schnellschuss ist fehl am Platze. Lassen Sie uns stattdessen bis zu den Haushaltsplanberatungen prüfen, ob eine notwendige zusätzliche Bedarfslage besteht, wie hoch diese sein könnte und was uns welche Erhöhung kosten würde. Sie ist nämlich nicht zum Nulltarif zu haben und kann durchaus 1,5 Millionen Euro zusätzlich kosten.

Bei der engen Haushaltslage führt die Zusetzung von Mitteln an der einen Stelle im Regelfall zu einer Kürzung an einer anderen. Hier müssen wir Prioritäten setzen und beantragen daher eine Verschiebung in die Haushaltsplanberatungen, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, bis dahin die zusätzlichen Kosten, die hier in dem Antrag enthalten sind, zu ermitteln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser, bitte.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ja, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass der Köln-Pass ein Kölner Erfolgsmodell ist.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Über 150.000 Bürgerinnen und Bürger nehmen den Köln-Pass in Anspruch und können dadurch am gesellschaftlichen Leben dieser Stadt teilnehmen. In den letzten Jahren haben wir den Berechtigtenkreis stetig erweitert, zuletzt 2009 auf 130 Prozent der Sozialhilfe oder der jeweiligen Regelbedarfsstufe des SGB II. Dies war eine wichtige und richtige Entscheidung, die im Vergleich zu vielen anderen Kommunen immer noch Vorbildcharakter hat.

Befasst man sich jedoch mit der Inanspruchnahme des Köln-Passes, so fällt auf, dass sie mit insgesamt 65 unter 100 Prozent liegt. Die Verwaltung hat dazu im Jahr 2015 eine Auswertung für das Jahr 2014 vorgelegt, die zum Beispiel für den Rechtskreis SGB XII eine Inanspruchnahme von 64 Prozent und für SGB II von 66 Prozent aufzeigt.

Für 2014 heißt das, dass von über 196.000 Personen im Leistungsbezug insgesamt circa 127.500 den Köln-Pass in Anspruch nahmen, annähernd 69.000 aber nicht. Genau hier müssen wir ansetzen. Die Verwaltung muss einen Vorschlag unterbreiten, wie die Inanspruchnahme deutlich gestärkt werden kann. Teilhabe darf nicht von bürokratischen Hürden erschwert werden.

Ebenso brauchen wir Daten und Informationen zu einer möglichen Erweiterung des Berechtigtenkreises auf 140 Prozent. Wer wäre davon überhaupt in Köln betroffen, und wie definiert sich die von den Antragstellern genannte Gruppe der Geringverdiener? Wie viele Menschen in Köln sind armutsgefährdet oder liegen knapp über der Hälfte von 60 Prozent des Grundeinkommens? Welche finanziellen Auswirkungen würden sich durch die Ausweitung des Berechtigtenkreises ergeben, besonders im Bereich der Finanzierung des Mobil-Passes der KVB im VRS-Verbund? Wie finanzieren wir dann eine eventuell gebotene Erweiterung?

Wir können ohne grundlegende Daten und Informationen heute keinen Beschluss fassen. Wir möchten daher den Antrag - ebenso wie die CDU - in die Haushaltsplanberatungen verweisen und beauftragen die Verwaltung bis dahin mit der Beantwortung der oben genannten Fragen und Darstellung der aktuellen Nutzung des Köln-Passes analog des Erfahrungsberichtes von 2007.

Ich möchte noch dazu sagen: Ein Vögelchen hat mir eben gezwitschert, dass die SPD sich in den Haushaltsplanberatungen 2015 gegen die Einführung der 140-Prozent-Grenze gewehrt hat.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das waren die Grünen!)

Sie können glücklich sein, meine lieben Linken, dass diesmal die SPD mit auf den Antrag gegangen ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU sowie Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bevor ich zu dem Antrag komme, gestatten Sie mir, dass ich doch noch einmal einen Rückblick auf die Aktuelle Stunde gebe.

Ich weiß, wir sind in Wahlkampfzeiten, und ich weiß, in Wahlkampfzeiten wird ausgeteilt. Das ist heute hier auch schon passiert. Ich kann gut damit umgehen. Aber den Auftritt von Herrn Hegenbarth - das muss ich einfach sagen - halte ich für absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das hat nichts damit zu tun, dass man auch Projekte der FDP kritisieren kann. Darum geht es

mir gar nicht, Herr Hegenbarth. Ich mache aber Sozialpolitik für die FDP, und den Vorwurf hier einfach einmal in den Raum zu werfen, wir würden jugendliche Straftäter in Heime wegsperren, dagegen verwahre ich mich. Das möchte ich Ihnen sehr deutlich hier sagen.

(Beifall bei Teilen der CDU - Zuruf von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Auch in Wahlkampfzeiten, Herr Hegenbarth, sollte man doch ein bisschen bei der Wahrheit bleiben. Doch wissen Sie, Ihre Feststellung, dass Sie jetzt die liberale Partei seien, nehme ich relativ gelassen. Ich warte den 14. Mai ab, dann sehen wir, wer die liberale Partei ist.

(Beifall bei der FDP)

Nun zurück zu dem Antrag. Die Forderung von SPD, Linken und Piraten, die auch von Herrn Paetzold hier dadurch mit begründet worden ist, zu sagen, dass sich die Familie Mustermensch im Grunde genommen bestimmte Maßnahmen nicht leisten kann, weil die Steuern so hoch sind.

(Michael Paetzold [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Ja, die Steuern sind auch hoch. Die Mehrwertsteuer ist hoch. Das ist alles richtig, Herr Paetzold. Aber auch das ist kein Thema für das kommunale Parlament.

(Michael Paetzold (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Da müssen wir vielleicht einmal auf anderen Ebenen darüber nachdenken, wie wir das ändern können.

Wir Freien Demokraten werden der Forderung nach einer Ausweitung des Berechtigtenkreises des Köln-Passes von 130 auf 140 Prozent der Sozialhilfe bzw. der jeweiligen Regelbedarfsstufe des ALG II nicht zustimmen.

Ich möchte Ihnen das ganz exemplarisch an einer Leistung des Köln-Passes einmal darstellen. Köln-Pass-Inhaber erhalten den sogenannten Mobil-Pass. Bestimmt erinnern Sie sich auch daran, dass wir vor ungefähr drei Jahren hier im Rat in diesem Zusammenhang schon einmal eine Debatte geführt haben. Damals ging es um die Preisanpassung des Mobil-Passes. Die FDP hat sich damals gemeinsam mit der CDU dafür ausgesprochen, dass das sogenannte Kölner Sozialticket langfristig genau den gleichen Bedingungen unterliegen sollte wie die Umlandkommunen. Wir haben Ja zu einem Sozialticket gesagt, aber Nein zu einer Kölner Lösung, die eine nochmalige Preisreduzierung zur Folge hätte. Wir sind damals gescheitert. Ich erinnere mich aber noch sehr gut an die Rechnungen der KVB, die uns eindringlich gezeigt haben, welche Einnahmeverluste dieses Vorgehen für die KVB bedeutete.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Einnahmeverluste der KVB betreffen auch immer den städtischen Haushalt und müssen an anderer Stelle kompensiert werden. Mit dem heutigen Antrag werden die Einnahmeverluste der KVB noch einmal vergrößert.

Ich habe eben einmal kurz mit Herrn Fenske gesprochen. Er sagte mir unter Vorbehalt, dass es ungefähr 1 Million Euro wäre.

(Zuruf von der FDP: Oh!)

Das ist ungefähr die kleine Belastung, die uns eben Herr Detjen für den städtischen Haushalt aufführen wollte.

Für diese Einnahmeverluste, meine Damen und Herren von SPD, Linken und Piraten, müssen Sie dann auch bitte die Verantwortung übernehmen.

Meine Damen und Herren, obwohl sie nicht beschlossen wird, möchte ich an dieser Stelle doch auch noch einmal auf die Begründung eingehen. Es wird beklagt, dass sich die Situation von Geringverdienern in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert hat. Die Armutsquote ist gestiegen, und ich könnte noch ergänzen, dass Nordrhein-Westfalen die höchste Kinderarmutsquote bundesweit verzeichnet.

Ja, meine Damen und Herren, an dieser Stelle sei auch einmal die Frage gestattet: Wer trägt denn in Düsseldorf und Berlin eigentlich Regierungsverantwortung?

(Beifall bei der FDP)

Dumm gelaufen, liebe Kollegen von der SPD. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren? - Bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte den Kollegen Paetzold nur kurz darauf hinweisen: Von Ihrem Sitzplatz aus gesehen eine Bank nach vorn, zwei Plätze nach rechts sitzt der Aufsichtsratsvorsitzende des Kölner Zoos. Wenn ich die Aufsichtsratsköpfe richtig durchzähle, ist die SPD im Aufsichtsrat zusammen mit den Arbeitnehmern durchaus in der Lage, willens und auch fähig, Mehrheiten herzustellen. Insofern haben mich Ihre Ausführungen zum Kölner Zoo etwas irritiert, den Sie mehrfach erwähnt hatten. Ich empfehle einfach ein innerfraktionäres Gespräch mit dem Kollegen Dr. Ralf Heinen. Er kann da sicherlich als Aufsichtsratsvorsitzender für Aufklärung sorgen. Ich sagte das jetzt an der Stelle, weil der Kollege eben nicht im Raum war, als Herr Paetzold geredet hat. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Lieber Kollege Dr. Unna, ich werde einen Teufel tun, mich in die Aufgaben des Aufsichtsrates des Kölner Zoos einzumischen. Ich würde mir auch jede Einmischung in unseren gemeinsamen Aufsichtsrat verbitten. Darum ging es auch gar nicht. Es ging um den Köln-Pass. Das ist ein anderes Paar Schuhe. Der Kölner Zoo gibt einen gewissen Rabatt für Inhaber des Köln-Passes. In den Kölner Zoo selbst muss ich mich nicht einmischen, da muss ich auch nicht den Aufsichtsrat in irgendeiner Weise beeinflussen wollen.

(Beifall bei der SPD und von Jörg Detjen [Die Linke.])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt. - Das ist nicht der Fall.

Es liegt ein Verweisungsantrag in die Haushaltsberatungen vor. Ich bin froh darüber, weil in diesem Zusammenhang ich gern noch einmal - das wird wahrscheinlich in Zukunft häufiger vorkommen, weil wir uns alle auch dem Haushalt dieser Stadt verpflichtet fühlen, nehme ich an - daran erinnern möchte, dass die geltende Geschäftsordnung vorsieht, dass Anträge nur beschlossen werden können, wenn die notwendigen einmaligen oder laufenden Ausgaben zur Verfügung stehen und, wenn ein Antrag Mittel erfordert, die nicht in dem Haushalt vorgesehen sind, gleichzeitig ein Deckungsvorschlag enthalten ist. Das ist hier nicht der Fall.

Ich wollte das Ihnen nur noch einmal in Erinnerung rufen, weil wir - hoffentlich jetzt nicht mehr -so nicht weiter mit unserem Haushalt umgehen können, gleichwohl ich in der Sache großes Verständnis dafür habe und froh bin, dass das in die Haushaltsberatungen verschoben werden kann, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Ich rufe also zunächst den Verweisungsantrag auf. Wer ist dagegen, die Sache in die Haushaltsberatungen zu verschieben? - Das ist die SPD-Fraktion, das ist Die Linke., das ist die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Gibt es Enthaltungen, meine Damen und Herren? - Dann ist der Antrag in die Haushaltsberatungen verschoben.

Gemäß Antrag der Ratsmitglieder Gärtner und Heuser beschließt der Rat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung und Entscheidung in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Die Verwaltung erhält den Auftrag, die zusätzlichen Kosten, die sich aus dem vorliegenden

Antrag ergeben, bis zu diesem Zeitpunkt zu ermitteln und für die Beratungen bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT zugestimmt.

Anmerkungen:

- Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes

endgültig.

- Ratsmitglied Stefan Götz trifft zur Sitzung ein.

- Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen: Ordnungsdienst vor Ort stärken - 100 zusätzliche Ordnungskräfte für die Veedel“
AN/0506/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/0553/2017

Ich rufe dazu Herrn Krupp auf.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine werten Damen und Herren! Objektive Sicherheitslage in Köln und auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger hängen maßgeblich von der Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst auf den Straßen Kölns ab.

Nach den schlimmen Ereignissen der Silvesternacht 2015/2016 hat die Polizei reagiert und die Präsenz - gerade hier im Innenstadtbereich - deutlich verstärkt, durchaus zum Wohle der Stadt und auch zum Wohle des Sicherheitsgefühls der Bürger.

Der städtische Ordnungsdienst hinkt dieser Entwicklung ganz eindeutig hinterher. Er ist unterbesetzt, er kann sozusagen seine Aufgabe nicht stemmen und schafft es nicht, in dem Maße präsent zu sein, wie es eigentlich seine gesetzliche Aufgabe wäre. Denn ein Blick in die ersten drei Paragraphen des Ordnungsbehördengesetzes zeigt, dass die Gemeinde für Sicherheit und Ordnung in Köln zuständig ist Die Polizei hilft ihr nur dabei. Die Verhältnisse hier sind offensichtlich umgekehrt.

Dass das alles nicht ausreicht, zeigt ganz aktuell das Beispiel Rheinboulevard. Die Verhältnisse, die wir dort vor Ort haben und die wir alle der Zeitung entnehmen mussten, sind nur dadurch möglich, dass der Ordnungsdienst in der aktuellen Mannstärke bisher nicht in der Lage war, den Rheinboulevard regelmäßig zu bestreifen. Dass dies jetzt geändert werden soll, kann nur im Rahmen eines großen Kraftakts und unter Verzicht auf die Bestreifung anderer Bereiche geschehen, und das kann es ganz offensichtlich nicht sein.

Im Übrigen sei folgende Frage einmal angemerkt: Wenn wir jetzt über ein Shisha-Verbot am Rheinboulevard diskutieren - wer soll das eigentlich kontrollieren, wo doch die Personalstärke ganz offensichtlich schon jetzt nicht ausreicht?

Im Kern ist aber auch das Anliegen des vorliegenden Antrags der SPD der Umstand, dass es nicht ausreicht, nur in der City und in der Innenstadt für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Das ist vielmehr ein Bedürfnis, das alle Menschen und Bewohner von Köln zu Recht haben. Sie erwarten zu Recht die Befriedigung dieses Bedürfnisses durch die öffentliche Hand.

Gerade in den Veedeln und Stadtbezirken stellen wir als Kommunalpolitiker vor Ort immer wieder fest, dass der Ordnungsdienst dort nicht präsent genug sein kann. Ich sage ausdrücklich „sein kann“, weil es mit der Mannstärke nicht möglich ist, und nicht etwa, weil sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes nicht redlich bemühen würden.

Daher haben wir als SPD schon im letzten Jahr vorgeschlagen, den Ordnungsdienst noch einmal um 100 weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verstärken. Es ist auch ganz offensichtlich - wie gesagt, auch an den Stichpunkten, die ich hier genannt habe -, dass das dringendst nötig ist. Deswegen ist es heute auch wieder einer der Kernpunkte unseres Antrags, allerdings mit der ganz klaren Stoßrichtung, diese 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

tern noch einmal zusätzlich vor allem auch in den Veedeln vor Ort einzusetzen; denn dort wohnen die Menschen, dort haben sie auch einen Anspruch auf Sicherheit und Ordnung, und dort muss der Ordnungsdienst präsent sein.

Fragen Sie sich doch selbst einmal, wann Sie zuletzt den Ordnungsdienst in den Außenbezirken von Köln gesehen haben. Ich rede nicht vom Verkehrsordnungsdienst, der Knöllchen schreibt, sondern von dem, der die Gebiete bestreift. Ich habe jedenfalls schon lange keine Streifen mehr vor Ort bei uns im Rechtsrheinischen gesehen. Das hat maßgeblich etwas mit der mangelnden Personalstärke des Ordnungsdienstes zu tun.

Lassen Sie mich noch zum Änderungsantrag von Schwarz-Grün kommen, der heute zu unserem Antrag hineingeflattert ist. Es ist ganz offensichtlich, dass Schwarz-Grün sich beim Thema „Sicherheit und Ordnung“ und gerade bei der Verstärkung des Ordnungsdienstes nicht einig ist -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist ja ganz neu!)

- und dass diese ganzen Änderungsanträge nur ein Ziel haben: zu verdecken, dass die Grünen hier Beton anrühren, mit dem sie die CDU an der eigentlichen Bearbeitung ihres Kernthemas „Sicherheit und Ordnung“ hindern, und dass über alles durch Änderungs- und Prüfaufträge, die noch und nöcher prüfen sollen, was nötig ist, Konzepte vorlegen etc., das Mäntelchen gelegt werden soll, um das zu verdecken.

Ich kann nur die Damen und Herren vom Kernbündnis aufrufen. Dass die Grünen immer ein Problem damit hatten, den Ordnungsdienst in dem Maße zu verstärken, wie wir es für nötig halten und wie es objektiv auch nötig ist, ist offensichtlich, da sind Sie konsequent, das ist Ihre Haltung, okay. Aber wie sich die CDU bei diesem Thema so vorführen lassen kann und immer wieder vor die Pumpe läuft, weil die Grünen sie dahin treiben - das kann ich nicht verstehen.

Ich kann Sie nur auffordern: Machen Sie hier und heute Schluss damit! Kein Prüfauftrag, sondern endlich Butter bei die Fische: 100 zusätzliche Ordnungskräfte, das ist mindestens nötig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Gern, Frau Oberbürgermeisterin.

Meine Damen und Herren! Das ist ja eine lustige Legendenbildung, die wir jetzt gerade gemacht haben. Der Kollege Manfred Richter schüttelt immer noch den Kopf.

Zwischen uns passt gar kein Blatt, liebe Damen und Herren von der SPD.

(Beifall und Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der CDU: Der war gut!)

Kein Blatt passt zwischen uns, weil wir das Thema nämlich gemeinsam weiterentwickeln werden, zusammen mit unserem neuen Stadtdirektor und Ordnungsamtsleiter.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir viel mehr hinbekommen werden, als Sie in den letzten elf Jahren hinbekommen haben. Ich will noch einmal an die Rede im November erinnern. Damals hatte ich schon gesagt: Ordnungsdienst fällt nicht vom Himmel, er muss lange geplant und vorbereitet werden.

Wir sehen das jetzt bei den Einstellungsprozessen, meine Damen und Herren. Bislang haben wir erst 70 von 100 Personen einstellen können, obwohl das Verfahren bereits über ein Jahr läuft.

(Martin Erkelenz [CDU]: 50!)

Das heißt, das dauert sehr lange. Hätte die SPD in der Frequenz Anträge gestellt zu dem Zeitpunkt, als sie hier etwas zu sagen hatte in der Stadt, dann hätten wir das Ordnungsproblem überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte nun aber ganz kurz noch einmal zu meinem Redetext kommen.

Letztendlich ist das Thema „100 Ordnungsamtskräfte“, das Sie jetzt hier aufwerfen, nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen. Wir haben dieselbe Debatte bereits mit dem alten Stadtdirektor im November des letzten Jahres geführt und haben damals auch ver-

schiedene Dinge gesagt, die ich jetzt wiederholen muss.

Zunächst einmal haben wir gesagt: Es bringt gar nichts, neue Beschlüsse zu fassen, da neue Beschlüsse, die wir jetzt hier im Rat fassen, nicht die Verwaltungsprozesse bei der Einstellung neuen Personals beschleunigen. Das ist doch ganz klar.

Außerdem haben wir doch mehrfach von der Stadtverwaltung mitgeteilt bekommen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die derzeit aktiv Ordnungsdienst machen, die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einarbeiten müssen. Es gibt eben bei diesen Training-on-the-Job-Konzepten nur eine bestimmte Anzahl von Trainees, die man aufnehmen kann. Man kann nicht über Gebühr Leute einstellen. Das geht einfach nicht. Wenn wir die Qualität des Ordnungsdienstes hier in Köln aufrechterhalten wollen, können wir nicht einfach bedenkenlos neue Mitarbeiter in den Prozess „reinkicken“.

Eine andere Sache ist dieses lustige Konzept, das Sie jetzt hier vorstellen: Zehn Mitarbeiter in die Bezirke. Die bezirkliche Orientierung ist in der Tat neu, aber die Oberbürgermeisterin sagte bereits vor einem Jahr, dass die Ordnungspartnerschaft mit der Polizei weiterentwickelt wird und dass die Bezirke mitgenommen werden. Von daher sind wir da eigentlich auch, was die Beschlusslage anbelangt, auf der grünen Seite.

(Monika Schultes [SPD]: Genau!)

Wenn man einfach einmal zehn Ordnungsamtskräfte - so, wie Sie das wollen - jetzt auf den Bezirk Lindenthal oder Mülheim verteilt, meine Damen und Herren, und gleichzeitig fordert, dass sie eine 3-Schichten-Regel da machen sollen - sie sollen auch an Wochenenden, an Feiertagen, außerhalb der Dienstzeit anwesend sein -, dann kommt man mit diesen zehn Personen, die dort einen Ordnungsdienst machen, genau zu einer Zwei-Personen-Streife, die dann in einem Bezirk Streife laufen würde.

Wenn ich mir nun überlege, dass in Lindenthal oder in Mülheim 150.000 Menschen leben, dann frage ich mich wirklich, wie Sie das herstellen wollen, dass das Ordnungsamt ein Gesicht bekommt, wenn sich da eine Streife im großen Stadtbezirk verirrt.

(Zuruf von der SPD: Dann machen wir gar nichts?)

Letztendlich ist das Konzept so gar nicht umsetzbar, wie Sie das hier machen. Wir erhoffen uns von dem Stadtdirektor in den nächsten Monaten ein vernünftiges Konzept, das spätestens bei der Haushaltsplanberatung natürlich mit Personal hinterlegt werden muss.

Ich möchte zum Schluss meiner Rede noch einmal ganz kurz auf den Kontext zu sprechen kommen, in den Sie hier dieses ganze Verfahren stellen.

Wenn man sich einmal anschaut, wie der Antrag überschrieben ist: „Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“, meine Damen und Herren - es geht um den Ordnungsdienst. Es setzt sich bis zum Ende des Antrages in der Begründung fort, dass über 20 Mal der Begriff „Sicherheit“, „Sicherheitskräfte“, „Sicherheitsinfrastruktur“ etc. auftaucht, meine Damen und Herren. Über 20 Mal taucht dieser Begriff auf.

An einer Stelle behaupten Sie sogar - ich zitiere jetzt aus Ihrem Antrag -:

> … mehr Verantwortung für die Einhaltung von Sicherheit … im öffentlichen Raum

- muss die Stadt Köln übernehmen, meine Damen und Herren. Das ist wirklich ein starkes Stück.

Herr Krupp, Sie sind doch Mitglied im Polizeibeirat. Herr Krupp, Sie sind sogar stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Recht. Sie müssten es doch besser wissen.

Für die innere Sicherheit, meine Damen und Herren, ist niemand anderes hier in Köln verantwortlich als die Polizei.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und bei Die Linke.)

Wenn Sie die innere Sicherheit hier in Köln hätten verbessern wollen, meine Damen und Herren von der SPD, dann hätte Ihr Fraktionsvorsitzender den Antrag, den Sie jetzt hier gestellt haben, irgendwann in den letzten sieben Jahren einmal im Landtag stellen können.

(Beifall bei der CDU)

Streiche „Ordnungskräfte“, setze „Sicherheitskräfte und Bezirksbeamte“, und schon hat man einen veritablen Antrag, mit dem selbst der fehlbesetzte Innenminister vielleicht eine Idee

zur Verbesserung der inneren Sicherheit hier in unserer Stadt hätte generieren können. So würde ein Schuh daraus. Das, meine Damen und Herren, würde die Verantwortung da allokieren, wohin sie gehört, nämlich beim Land.

Den Tenor Ihres Antrags, die Stadt solle da in die Bresche springen - das ist der letzte Satz, Frau Oberbürgermeisterin -, wo das Land seiner Verantwortung nicht nachkommt, lehnen wir strikt ab. Das Ordnungsamt unserer Stadt hat weder die behördliche Kompetenz noch die Ausbildung oder die Ausrüstung, für die Sicherheit unserer Stadt zu sorgen. Das muss die Polizei machen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn das Thema „Sicherheit in Köln“ nicht so ein ernstes Thema wäre, wie gerade die Ereignisse auf dem Rheinboulevard zeigen, könnte der neue SPD-Antrag eine weitere Folge sein in der Reihe: „Unseriös, aber eine Schlagzeile produziert!“

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In ihrem Drang und Ehrgeiz, die Sicherheitspartei in Köln zu sein, hat die KölnSPD jegliches Maß und Mitte verloren.

Mein geschätzter Kollege Gerrit Krupp muss hier immer in die Bütt und die unlogischen Anträge mit viel Verve dann noch vertreten, obwohl er ganz genau aus dem AVR weiß, dass sie sachgrundlos begründet sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Dr. Ralph Elster [CDU])

So kommt die Botschaft, dass in allen Kölner Vierteln die Kölner Bürgerinnen und Bürger nicht mehr die Sicherheit haben, hinauszugehen, und wir einen flächendeckenden Ordnungsdienst brauchen; in der nächsten Ratssitzung kommen Sie wahrscheinlich mit einer flächendeckenden Videoüberwachung nicht nur am Kölner Hauptbahnhof, sondern auch im ganzen Kölner Viertel. So ist Ihr Gedankengut zurzeit. Das ist sehr schade.

(Zuruf von der CDU: Das wird technisch aber schwierig!)

- Ja, das auch.

Man könnte auch darüber hinweggehen, wenn nicht Ihre Profilierung und Ihre Pressekonferenzen auf die Rücken der Ordnungsdienstkollegen gingen, die einen harten, guten Job machen, und mit den Befürchtungen der Kölner und Kölnerinnen spielen würden, die durch Schlagzeilen verwirrt und auf eine falsche Fährte gelockt werden. Das alles tun Sie nur, um irgendeinen imaginären Keil zwischen Schwarz-Grün zu treiben, obwohl Sie die Faktenlage kennen.

(Peter Kron [SPD]: Wie beim Wahlkampf!)

Wie sieht die Faktenlage aus? Wie sieht sie aus? Bereits im Stellenplan 2015 haben wir 100 weitere Ordnungsdienste gestückelt beschlossen. Um keine Legendenbildung zu machen: Antreiber für dieses Thema war damals die CDU vor zweieinhalb Jahren und nicht die SPD. Wir - Rot-Grün damals - haben es dann gestückelt beschlossen, um langsam im Ordnungsdienst zu wachsen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Damit verbunden war nicht nur eine reine Aufstockung des Personals, sondern auch eine Konzeptentwicklung für den Bezirksordnungsdienst. Das ist heute noch nicht da, aber wird bald kommen. Damit verbunden war auch eine Auswertung im Jahre 2017, dieses Jahr, wenn die neuen Kräfte da sind.

Wie sieht es jetzt aus? Im letzten AVR war die Mitteilung, wie viele Stellen besetzt sind. Bei Herrn Dr. Elster war der Wunsch Vater des Gedankens: Es sind bisher 54 Stellen besetzt, nicht 70.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ich bin eine Woche weiter!)

- Ja, gut.

Nach über 3.300 Bewerbungen, über 1.800 Auswahltests, über 500 Gespräche haben wir nach den richtigerweise strengen Auswahlkriterien für den Ordnungsdienst bisher 54 Plätze besetzt. Das ist die Realität. Diese Fakten kennen Sie alle. Dennoch stellen Sie diese unseriösen Anträge, als ob mit weiteren 100 Kräften irgendetwas erreicht wäre.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der vorliegende Änderungsantrag von CDU und Grüne geht mit dem Thema seriös und besonnen um. Wir stellen an das Konzept für den Bezirksordnungsdienst klare Anforderungen und keine Luftschlösser. Das Konzept soll ein Zielbild für 2020 entwickeln. Es soll den realen Personalbedarf aufzeigen, nachdem die letzten 40 Stellen auch besetzt worden sind, und - ganz wichtig - für die bestehenden Kolleginnen und Kollegen sollen Entwicklungsperspektiven aufgezeigt werden.

Bei den ganzen Maßnahmen - ein Gruß an Die Linke. - ist es auch wichtig, die Ordnungspartnerschaften im Bezirk als wichtigen Beitrag für die Befriedung von Konflikten zu sehen. Ich erinnere an ein Beispiel aus dem Bezirk Nippes, was Herr Börschel und Herr Weisenstein kennen aus dem vergangenen Jahr. Dort war ein Raum mit sehr vielen aggressiven Verhaltensauffälligkeiten. Das konnte gelöst werden - nicht mit mehr Ordnungsdienst, sondern mit Streetworkern, mit sozialen Trägern. Wir haben bis heute dort eine ruhige Situation. Ein blankes Law-and-Order-Aufbauen von Ordnungsdienst hätte da nicht zum Erfolg geführt. Das ist einmal mit zu bedenken. In unserem Änderungsantrag wurde das mit „Ordnungspartnerschaft“ formuliert, wodurch die Streetworker und die sozialen Partner immer mit bedacht wurden, auch in den anderen Anträgen - das nur als Botschaft zur Erläuterung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes machen einen guten Job bei neuen Anforderungen. Unsere Beschlüsse - auch der heutige - geben einen klaren Rahmen für die nächsten Monate.

Weitere Populistenanträge, beginnend mit dem Satz: „Die Silvesternacht 2015 ...“ - bitte nicht mehr hier in diesem Rat.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Herniette Reker: Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Einzelpunkte des SPD-Antrages komme, sollte noch einmal vergegenwärtigt werden, was der Stadtrat bisher im Themenfeld „Sicherheit und Ordnung“ beschlossen hat.

Die Einstellung von 100 Ordnungskräften ist Beschlusslage. Bisher wurden 60 Ordnungskräfte eingestellt. Weitere 40 sollen folgen. In der Sitzung am 22.09.2016 beschloss der Rat - ich zitiere aus dem Antrag der CDU und der Grünen, dem wir zugestimmt haben -, dass die Verwaltung beauftragt wird:

> … die Ordnungspartnerschaften zwischen Stadt und Polizei auszubauen. Dieses sozialraumorientierte und kooperativ vernetzte Konzept hat zum Ziel, dauerhafte, vernetzte Kommunikation und Kooperation mit anderen Behörden, sozialen Einrichtungen, Schulen, bürgerschaftlichen Organisationen und Religionsgemeinschaften in definierten Stadtvierteln aufzubauen.

Bevor überhaupt alle Ordnungskräfte eingestellt sind und ihre Arbeit aufgenommen haben, bevor auch das Konzept von sozialraumorientierter Polizeiarbeit, überhaupt von sozialraumorientierter Arbeit umgesetzt wird und ausgebaut werden konnte, beantragt die SPD weitere 100 Ordnungskräfte.

Wir als Die Linke. sehen nach wie vor die sozialraumorientierte Polizeiarbeit, aber auch die sozialraumorientierte Arbeit als wesentliche und angemessene Strategie zur weiteren Verbesserung der Sicherheit des öffentlichen Raumes im Alltag.

(Beifall bei Die Linke.)

Der SPD-Antrag hingegen möchte weitere 100 Ordnungshüter haben, ohne sich mit dem Thema „sozialraumorientierter Arbeit“ im Detail zu beschäftigen.

Ja, es ist richtig, dass der Ansatz der sozialraumorientierten Arbeit in der Begründung des Antrages zu finden ist. Aber, liebe SPD, verstanden haben Sie diesen Ansatz nicht.

(Beifall bei die Die Linke. und Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Richtig ist, dass die Kriminalprävention gerade im Hinblick auf sich verändernde Gegebenheiten ein wichtiger Aspekt ist. Die praktische Umsetzung vieler kriminalpräventiver Maßnahmen braucht jedoch integrierende Ansätze, vor allem auch den Raumbezug im Quartier. Der einzelne Stadtbezirk ist die zentrale räum-

liche Ebene für die konkrete Umsetzung der Kriminalprävention. Im Vordergrund sollte und muss die sozialraumorientierte Arbeit bzw. Polizeiarbeit stehen und nicht die weitere Aufstockung von Ordnungskräften.

Die sozialraumorientierte Arbeit darf hier nicht der Annex zu den Ordnungskräften sein, sondern genau umgekehrt. Das muss es sein. Nur das kann Erfolg haben. Ansonsten können Sie, liebe SPD, jedes Mal weiter aufstocken. Das allein wird aber nicht helfen.

(Beifall bei Die Linke.)

In diesem Zusammenhang sollten die kriminalpräventiven Räte durchaus reaktiviert und initiiert werden, liebe SPD. Weshalb aber der Rat darüber beschließen soll und die Bezirksvertretungen das selbst entscheiden sollen, erschließt sich mir und der Linken überhaupt nicht.

Wenn die SPD hier argumentiert, dass es Sicherheit für alle geben muss, wird es ganz befremdlich. Wie nennen Sie das? - Bei dem Thema darf es keine Zwei-Klassen-Verhältnisse geben. - Es gibt hier doch keinen Wettbewerb um mehr Sicherheit. Das ist wirklich nicht nachvollziehbar.

Es sollte auch nicht der Eindruck entstehen, dass für andere Stadträte und Stadträtinnen, die hier sitzen, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Köln nicht wichtig genug wäre.

(Beifall bei Die Linke. und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es kann aber auch nicht sein, dass das Allheilmittel weiterer Ordnungskräfte sind. Die Linke. sieht daher kein Erfordernis für weitere Ordnungskräfte in den Stadtbezirken. Zuvorderst müssen die bereits beschlossenen Beschlüsse umgesetzt werden, bevor man da weiter agiert.

Jetzt möchte ich ganz kurz noch zu dem Änderungsantrag der CDU, der Grünen und der FDP kommen. Eben hat Herr Krupp die CDU hier gescholten und gefragt, wie sie auf den Prüfantrag kommen. Da frage ich die Grünen: Wie konnten Sie diesen Antrag machen? Sie prüfen ja weiter.

Im Grunde sagt dieser Antrag, dass Sie weiter prüfen, ob Personal erforderlich ist. Eigentlich müssten Sie den Antrag der SPD einfach ablehnen und dürften nicht mit so einem Änderungsantrag kommen. Wenn Sie von Sozialraum und dieser Polizeiarbeit reden - das erwähnen Sie gar nicht. Ganz zuletzt, im letzten Satz steht:

> … „rund um die Uhr“, dessen Vernetzung mit allen maßgeblichen Akteuren, aber auch die notwendige Finanzierung der Einsätze von Bedeutung.

Es geht doch um die Vernetzung der maßgeblichen Akteure. Das ist leider auch durch diesen Änderungsantrag nicht gegeben. Es gibt eine Beschlusslage. Das haben Sie so beschlossen. Wir waren auf dem Antrag.

Bei diesem Antrag gehen wir nicht mit. Wir werden den Antrag der SPD und auch den Änderungsantrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen sowie Zuschauerinnen und Zuschauer und online! Liebe Kölner SPD, -

(Lachen bei der CDU)

- wie frech muss man sein, hier und heute eine personelle Verstärkung des Ordnungsdienstes in den Stadtteilen zu fordern, wo doch die Kölner Sozialdemokraten in diesem Hause die Ausweitung der Ordnungspartnerschaft auf Stadtteile außerhalb der Innenstadt immer wieder verhindert haben, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei Die Linke.)

Liebe SPD, ihr fordert in der Überschrift des Antrages: „Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“. Ich sage euch: Kölner Straßen und Plätze könnten längst sicherer sein, hättet ihr es mit eurem Nein nicht immer wieder verhindert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei Die Linke.)

Die schlimmen Ereignisse rund um den Rheinboulevard mit Bedrohung von Passanten, Diebstahl und Gewalttaten, die diesen wundervollen Ort zu einem Angstraum werden lassen, belegen hochaktuell, wie dringend wir den

Ausbau von Ordnungspartnerschaften, von Polizei und Ordnungsdienst über die City-Streife hinaus benötigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Köln könnte - nein, meine Damen und Herren, Köln müsste hier schon viel weiter sein.

Über zehn Jahre habt ihr, liebe SPD, den Haushalt bestimmt. Über zehn Jahre habt ihr bei der Ausweitung des Ordnungsdienstes auf Stadtteile nichts gemacht, sondern habt Vorschläge abgelehnt. Liebe SPD, kommt mir jetzt bitte nicht mit den Grünen, die euch bei mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen gehindert hätten. Das muss man doch einmal sagen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist völlig unbelegt! Das ist eine völlig unbewiesene Behauptung!)

Denn das, was ihm - Ihnen, Martin Börschel - wichtig war und er haben wollte, hat er doch in den Jahren auch bekommen, meine Damen und Herren.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau so war es!)

Oder, liebe SPD, wollt ihr eurem Fraktionsvorsitzenden fehlendes Durchsetzungsvermögen mit diesem Antrag attestieren?

(Martin Börschel [SPD]: Wie reizend! - Lachen bei der CDU)

Zweitens. Dass die Ausweitung der Ordnungspartnerschaft auf alle Stadtteile und damit logischerweise auch die personelle Aufrüstung des Ordnungsdienstes nicht an den Grünen allein gelegen haben kann, zeigt doch der nun vorliegende Antrag von CDU, FDP und Grünen, der das nun schriftlich hier vorsieht, meine Damen und Herren. Es geht doch, nur braucht man dazu den Willen und die Überzeugung für die Sache - gerade, wenn man die Gestaltungsmehrheit in den Händen hält, und nicht erst, wenn diese Mehrheit schmerzlich entglitten ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt will sich die SPD plötzlich korrigieren, was sie an mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen versäumt hat. Zu spät!

Nun, liebe SPD, könntet ihr aus Verdruss bei der Aufdeckung eures Versagens dazu verleitet werden - das habe ich gerade schon gehört -, meine Ausführungen als reines Wahlkampfgetöse, gar als Diffamierung bzw. neudeutsch Fake News abzutun.

(Michael Frenzel [SPD]: Hört, hört!)

Jetzt wird es für euch, liebe SPD, aber ganz bitter: Ich kann den Ausbau des Ordnungsdienstes, den ihr verhindert habt, belegen. Außer die Beschlussprotokolle des Rates und der Ausschüsse sind schon Teil von Verschwörungstheorien. Jedoch will ich das meiner lieben SPD nicht unterstellen, meine Damen und Herren.

Bevor ich gern zur Beweisführung ansetze, möchte ich hier noch einmal klarstellen - das steht auch in dem Antrag, weshalb die FDP auch mit darauf ist -: Wir waren für die Ausweitung des Ordnungsdienstes auf alle Stadtteile, wir sind für die Ausweitung auf die Stadtteile, und mit diesem Antrag kommt auch die Ausweitung. Das ist nämlich kein Prüfauftrag, sondern die Beauftragung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie Verständnis dafür, dass wir diesen Antrag zusammen mit der CDU und den Grünen stellen, denn wir setzen dabei auf unsere Oberbürgermeisterin und auf ihren Stadtdirektor und sicherlich nicht auf die Verhinderungs-SPD, die das immer nicht gemacht hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich zeige Ihnen jetzt: Auf dem Antrag der FDP vom 15. Februar 2011 - ich darf zitieren, Frau Oberbürgermeisterin -,

> Der Rat möge beschließen: … Die Stadtverwaltung ist darum aufgefordert, mit ihrem städtischen Ordnungsdienst die sichtbare Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum mit zu steigern. Der gemeinsame Streifendienst von Polizei und städtischen Ordnungsdienst ist deshalb auf alle Stadtteile und auf den ÖPNV auszudehnen.

Von der SPD abgelehnt, meine Damen und Herren. Das war 2014.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das Gleiche haben wir am 22. September 2004 im AVR beantragt. Was macht die SPD?

Sie hat das abgelehnt. Sie hat die Ausweitung auf die Stadtteile abgelehnt - das, was sie jetzt hier gerade fordert, meine Damen und Herren. So sieht doch wohl Glaubwürdigkeit nicht aus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Börschel, Sie können das - ich komme zum Schluss - jetzt gern einmal nachbelegen. Ich habe die Belege, was in den Beschlussprotokollen steht, dass Sie genau diese Ausweitung zweimal abgelehnt haben - das, was Sie jetzt hier fordern, dass wir das so tun. Dann mache ich lieber selbst einen Antrag mit der CDU und mit den Grünen zusammen, damit wir auch vorankommen, meine Damen und Herren. Das ist mir sicherer. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier liegt wieder kein Deckungsvorschlag vor. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir uns in Zukunft auch an die Geschäftsordnung, die wir uns selbst gegeben haben, halten.

Ich habe eine Wortmeldung von Bezirksbürgermeister Wirges. Es ist auch eine bezirkliche Angelegenheit in meinen Augen, deswegen sind die Bezirke zu hören.

Josef Wirges (Bezirksbürgermeister Ehrenfeld): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren des Rates! Ich bin seit gut 20 Jahren Vorsitzender des Kriminalpräventiven Kreises unserer Bezirksvertretung, für den Stadtbezirk Ehrenfeld, und vorweg gesagt: Die beste Präventionsarbeit - das ist meine Erfahrung nach 20 Jahren - ist eine gute Sozialarbeit. Das nur einmal vorweggeschickt.

(Beifall bei Die Linke. und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich halte es aber für gut, dass auch die SPD-Ratsfraktion sagt: Jawohl, wir brauchen noch mehr Stellen. Ich kann das aufgrund meiner Erfahrung unterstützen. Ob der eine sagt: „Damals wurde anders diskutiert“ - ich schaue nach vorn.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich bin der Meinung, es ist gut, dass wir in den Bezirken - Pi mal Daumen neun Bezirke, sagen wir einmal, zehn Leute, da haben wir 90 plus 10 zum Ausgleich - zusätzliche Kräfte haben. Denn eines hat sich auch herausgestellt, meine Damen, meine Herren: Die Einsatzreaktionszeiten beispielsweise eines Streifenwagens der Kölner Ordnungsverwaltung - je nachdem, wo sie sind - sind sehr, sehr lang. Es wird angerufen, er kommt aber nicht, und wenn er dann kommt, haben sich die Ruhestörung oder andere Geschichten vielleicht bereits aufgelöst oder die Leute sind frustriert, rufen die Polizei an, und die Polizei sagt: Moment, wir haben erst 22.30 Uhr, wir sind noch nicht zuständig, wir übernehmen noch nicht.

Gut, wir haben den Lärmwagen an den Wochenenden. Wir haben den Lärmwagen auch in Ehrenfeld eingeführt, bestehend aus einem Streifenwagen und unserer Landespolizei mit einem Polizeibeamten, der den Wagen führt, und einem Mitarbeiter des Ordnungsamtes. Nur, die haben auch genügend zu tun - gerade in unseren Veedeln. Da dauert es trotzdem noch sehr lange.

Deshalb sollte man überlegen, den Bezirksordnungsdienst in den Bezirken aufzustocken. Wir haben in unserem Rathaus drei Mitarbeiter und einen Wagen, darunter steht auch: Bezirksordnungsamt Ehrenfeld.

Das Problem ist nur: Die haben viel zu tun die Woche über. Freitags um 14 Uhr ist Dienstende. Der Wagen wird auf dem eigenen Parkplatz geparkt, und am Montagmorgen gegen, sagen wir, 7.30 Uhr wird er wieder in Bewegung gesetzt.

Die Zeit an den Wochenenden können wir besser nutzen. Wir können dort ein oder zwei Teams mit einem Dienstgruppenleiter einrichten. Das heißt, die DGL sitzen nicht in der Zentrale im Ordnungsamt, sondern dezentral in den Bezirksrathäusern. Dann wird sich auch für den Bürger vieles verbessern. Die Einsatzreaktionszeiten vom Anruf der Melderin oder des Melders bis hin zum Eintreffen unserer Mitarbeiter des Ordnungsamtes werden sich deutlich verringern - so, wie das auch bei der Polizei üblich ist. Dann werden wir sehen, die Akzeptanz wird in der Bevölkerung steigen, unsere Mitarbeiter können Vorfälle schneller klären, und die Anrufer sind nicht frustriert.

Ich denke, all das wird nur mit mehr Personal möglich sein. Deshalb meine Bitte, kreativ nachzudenken. Bei uns in der Präventionsarbeit sitzen auch Damen und Herren der einzelnen Fraktionen der Bezirksvertretung, die gesagt haben: Das ist ein gutes Mittel, um be-

stimmte Maßnahmen schnell und konsequent in Ansatz zu bringen, wenn man früh genug vor Ort ist.

Kurzum: Das ist eine Maßnahme, die auch auf positiven Rückhalt in der Bevölkerung stößt. Deshalb meine Bitte an den Rat: Jawohl, wir brauchen mehr Personal. Es bringt nichts, zu sagen, die Fraktion habe dann und dann und dann gesagt: Das wollen wir nicht, können wir nicht.

Im Übrigen kann ich vieles, was in dem Änderungsantrag steht, natürlich auch nachempfinden und finde es gut, aber es geht nicht anders, wenn wir nicht mehr Personal einstellen und letztendlich dezentral zum Einsatz bringen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel.

(17.55 Uhr - Frau Oberbürgermeisterin Reker verlässt den Sitzungssaal)

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich will ich das eine oder andere hier Gesagte nicht unkommentiert stehen lassen. Sie haben sich darauf gefreut und das erwartet.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Das weiß ich, und meistens möchte ich Ihren Erwartungen gerecht werden. Wenn es so einfach ist, umso lieber.

Herr Kollege Dr. Elster, Sie haben in einem Punkt darauf hingewiesen, dass in der Frage „öffentliche Ordnung, subjektives und objektives Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger“ zwischen die CDU und die Grünen kein Blatt passe.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau!)

Das nehme ich hier sehr gern zur Kenntnis und möchte alle Kolleginnen und Kollegen noch einmal daran erinnern, wie der Kollege Richter auf diesen Antrag und auf all unsere vorherigen Versuche, die leider an der Mehrheit dieses Rates gescheitert sind, eingegangen ist, nämlich mit Hohn und Spott, offensichtlich beim Versuch, mit im Ergebnis zwar missglückter, aber feiner Ironie einfach das Bedürfnis nach objektiver und subjektiver Sicherheit der Kölner Bevölkerung ins Lächerliche zu ziehen.

Liebe Kölner Grünen und noch vielmehr liebe Kölner CDU, ich will Ihnen das ganz deutlich sagen: Das wird Ihnen noch im Halse stecken bleiben, in dieser wirklich arroganten Art und Weise mit dem Bedürfnis der Kölnerinnen und Kölner nach Wohlfühlen, nach Sicherheit im öffentlichen Raum umzugehen. Das wird ein Rohrkrepierer, davon bin ich fest überzeugt. Die Grünen spüren diese völlige thematische Fehlleitung aktuell gerade sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Richter - das bringt mich zu dem Schlüsselsatz, Herr Elster, dass kein Blatt zwischen Sie passe -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau!)

- hat in einem Satz schlüsselhaft zusammengefasst, wie er auf unseren Antrag und auf unsere vergeblichen Versuche der vergangenen Monate und Jahre eingehen will. Das war nämlich das Zitat: „als ob mit weiteren 100 Kräften irgendetwas erreicht wäre“. Zitat Ende. Das hat er eben wörtlich gesagt.

Das bedeutet doch - Herr Dr. Elster nickt -, -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das stimmt nicht!)

- die Grünen wollen diese 100 weiteren Ordnungskräfte nicht. Sie glauben nicht, dass sie irgendetwas zur Problemlösung beitragen. Das ist ein fataler Irrtum, eine fatale ideologische Verblendung, die Sie hier an den Tag legen. Dass die CDU das mitmacht, hätte ich mir in meinen besten und kühnsten Träumen nicht vorstellen können.

Die Grünen ziehen die CDU am Nasenring durch die Manege in dieser Frage, und das müssen Sie sich hier vorhalten lassen.

(Beifall bei der SPD - Niklas Kienitz [CDU]: Wahlkampfgetöse!)

Die Art und Weise, wie sich die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen hier im Rat mit unseren Vorschlägen auseinandersetzt - mehr noch die Art und Weise als der Inhalt -, zeugt doch wirklich von veritablem schlechten Gewissen, -

(Lachen bei der CDU)

- wenn der Kollege Breite mit Beschlüssen aus dem Jahr 2004 anfangen muss.

Die Frau Oberbürgermeisterin - huch, jetzt ist sie gar nicht mehr da; -

(Lachen bei der CDU)

- ich wollte mich eigentlich nicht erschrecken, sondern habe es nur zur Kenntnis genommen - hat zu Recht auf die Bedeutung von Deckungsvorschlägen hingewiesen, die selbstverständlich die FDP zu keinem Zeitpunkt eingebracht hatte.

Deswegen: Wenn es Ihnen auch nur halbwegs ernst wäre mit Ihrer inhaltlichen Befassung dessen, was wir heute vorgetragen haben, dann müssten Sie zumindest die Dinge, die wir gar nicht unmittelbar zur Einstellung, sondern zur Konzepterstellung und baldmöglichen Umsetzung vorgeschlagen haben, in die Haushaltsberatungen verweisen. Nicht einmal das tun Sie.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das habe ich gesagt!)

- Ja, was Sie gesagt haben, -

(Zuruf von der CDU: Das hat er gesagt!)

- ist das eine. Was Sie gleich tun werden, ist das andere.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

Niemand wird aber bestreiten können, dass sich in den vergangenen Jahren sowohl vom objektiven als auch vom subjektiven Bedürfnis der Bevölkerung die Welt geändert und weiterentwickelt hat. Die Welt heute ist doch nicht mehr die des Jahres 2004. Das gilt nicht nur global, sondern auch lokal.

Deswegen will ich auf die Punkte, die Herr Dr. Elster hier gesagt hat, noch einmal ausdrücklich hinweisen. Sie haben eben beklagt, dass das Kölner Ordnungsamt weder die Kompetenz noch die Ausbildung und Ausstattung habe, um überhaupt die aktuellen Erfordernisse umzusetzen,

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

wie wir sie haben und wie sie übrigens nach dem Gesetz den Kölner Ordnungsbehörden zugebilligt werden.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt, Herr Börschel!)

Dann frage ich mich, warum Sie in einer der letzten Ratssitzungen denn genau unseren Antrag, für Ausstattung, Ausbildung und Unterbringung zu sorgen, abgelehnt haben. Das, was Sie heute in Ziffer 2 Ihres Antrags selbst beantragen, haben Sie noch vor einigen Wochen als Antrag der SPD im Rat der Stadt Köln abgelehnt. Immerhin haben Sie sich an der Stelle ein bisschen gewandelt; wollen das aber natürlich nicht zugeben, wie Ihnen das so zu eigen ist.

Zweitens. Herr Dr. Elster, Sie haben ausdrücklich dazu aufgefordert, wir sollten doch im Land mal initiativ werden und das Stichwort „Ordnungskräfte“ durch „Sicherheitskräfte“ ersetzen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ja, bitte, bitte!)

Da will ich Sie noch einmal ganz kurz daran erinnern, dass es die aktuelle rot-grüne Koalition auf Landesebene war, die die Einstellungszahlen der Polizei seit Regierungsantritt im Jahre 2010 fast verdoppelt hat auf Basis der schwarz-gelben Zahlen. Das ist die Wahrheit, die Sie heute hier verkleistern wollen, aber da Sie mich schon freundlich dazu aufgefordert haben, will ich das sagen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

Im Gegensatz zum Landesparteitag der CDU, auf dem alle Bemühungen, konkrete Zahlen, künftige Polizeieinstellungszahlen in ihr Landeswahlprogramm hineinzuschreiben, von oben torpediert wurden - und jetzt schreibt die CDU keine Zahl hinein -, bekennt sich die SPD klipp und klar in ihrer Programmatik dazu, jedes Jahr 2.300 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter in Nordrhein-Westfalen einzustellen - mehr als je zuvor. Das will die SPD. Die CDU lehnt es ab. Das ist die Wahrheit, die man hier sagen muss.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Punkt, auf den ich hinweisen möchte, -

(Lachen von Dirk Michel [CDU])

- ist wirklich eine Verdrehung von Aufgaben und Geschichtsklitterung sondergleichen: Sie haben sich tatsächlich auch heute, nachdem Sie doch so lange die Chance gehabt hätten, sich damit zu beschäftigen, noch einmal hier hergestellt, um zu sagen, für die objektive öffentliche Sicherheit und Ordnung auf Kölner

Straßen und Plätzen sei nicht die Stadt Köln, sondern die Landespolizei zuständig.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau so!)

Genau das sagt der Kollege Dr. Elster. Um Himmels willen! Ich weiß gar nicht, wie ich in meiner Verzweiflung damit umgehen soll. Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Heiterkeit bei der SPD)

Man muss ganz eindeutig sagen, dass Sie das an dieser Stelle wirklich verinnerlichen müssen: Originär zuständig für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist nach dem Ordnungsbehördengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen die Stadt Köln und nur subsidiär die Polizei.

Ich möchte Ihnen auch sagen - das gehört zu den 95 Prozent der Dinge, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Silvesternacht, übrigens einvernehmlich, festgestellt hat -: SPD, CDU, Grüne, FDP und Piraten, alle waren gemeinsam der Meinung, dass folgender Satz richtig sei. Es ist nämlich so, dass das Ordnungsamt der Stadt Köln faktisch nicht in der Lage war, seinen originären Aufgaben nachzukommen, und deswegen die Polizei eigentlich subsidiär, aber faktisch in eigener Zuständigkeit im Kölner Stadtgebiet tätig war.

Diese Auffassung vertreten CDU, Grüne und FDP auf Landesebene, nur nicht im Rat der Stadt Köln. Das ist beschämend.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Bitte kommen Sie zum Schluss.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Herr Börschel. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich glaube, es wird Zeit, dass der Wahlkampf irgendwann ein Ende findet, lieber Kollege Börschel. Das ist wieder einmal ein Versuch, von den Versäumnissen der SPD-geführten Landesregierung abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in das Polizeigesetz unter „Aufgaben der Polizei“ hineinschauen: Die Polizei hat die Aufgaben, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Das ist das Thema „Gefahrenabwehr“. Das steht ganz klar drin.

(Martin Börschel [SPD]: Was ist denn Satz 2, Herr Kollege?)

Wir haben anders als in Hessen keine Stadtpolizei, sondern wir haben an dieser Stelle eine klare Kriminalitätsbekämpfungsaufgabe. Nur darum geht es hier. Es geht nicht darum, Falschparken zu kontrollieren, sondern es geht hier darum, Gefahren gegen das Eigentum oder Leib und Leben entsprechend zu bekämpfen. Dafür ist die Polizei zuständig.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Niemand sonst!)

Ich scheue mich auch nicht davor, zu sagen, dass in Köln mindestens 300 Polizisten fehlen. Wir haben seit Anfang letzten Jahres - Gott sei Dank - eine Einsatzhundertschaft im innerstädtischen Bereich, die dafür gesorgt hat, dass die Kriminalitätsrate in der Innenstadt deutlich gesunken ist. Doch genau das fehlt in den Vorortbezirken.

Ich sage Ihnen daher ganz klar eine Zahl für Köln: Wir brauchen mindestens 300 zusätzliche Polizisten in Köln. Wir brauchen nicht nur die generelle Frage: Welche Leute müssen wir einstellen? Sie wissen ganz genau, dass die 2.000 Polizisten, die derzeit ausgebildet werden, nicht ausreichen, sondern lediglich die Kolleginnen und Kollegen ersetzen, die aus Altersgründen ausscheiden. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Jetzt kommen wir zu den städtischen Aufgaben. Hätte Ihr Stadtdirektor, der Ihr Parteibuch von Anfang an gehabt hat, seine Hausaufgaben gemacht und dafür gesorgt, dass die Kolleginnen und Kollegen auch einen Arbeitsplatz hätten, dann wären wir an der Stelle schon ein ganzes Stück weiter. Zum Thema Schulung hat ihm wohl auch keiner gesagt, er dürfe die Leute nicht entsprechend schulen und weiterentwickeln. Auch dazu ist nichts gekommen.

Wir versuchen jetzt einmal, die Wahlkampfrhetorik herauszunehmen und an dieser Stelle dafür zu sorgen, dass tatsächlich etwas in dieser Stadt passiert. Das Konzept werden wir mit unserem neuen Stadtdirektor umsetzen, was natürlich auch eine gewisse Zeit benötigt. Es

zeigt sich einmal mehr bei den 100 Leuten, die Sie vor einem Jahr gefordert haben. Wir haben noch nicht einmal die 100, die wir beim letzten Mal beschlossen haben, zwischenzeitlich einstellen können, weil wir keine Plätze haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch kein Argument! Dafür weitere Voraussetzungen zu schaffen, ist umso wichtiger!)

Das sind die Punkte, die Ihr Stadtdirektor nicht hinbekommen hat. Das ist doch genau der Punkt, Herr Börschel.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage einmal: Wenn der Wahlkampf vorbei ist, haben wir hoffentlich hier auch wieder normale Zeiten. Wir sollten dann gemeinsam im Landtag schauen, dass wir endlich zusätzliche Polizisten in Köln einstellen, sodass wir nicht weiterhin die rote Laterne bei den Kriminalitätszahlen tragen und egal, ob Raub, Einbruch oder andere Dinge, die traurige Spitzenreiterposition einnehmen. Deshalb, meine Damen und Herren, muss etwas passieren.

Hören Sie doch bitte auf mit diesen Showanträgen. Das bringt alles nichts. Wir brauchen mit unserem Stadtdirektor eine wichtige Weiterentwicklung der Kölner Zuständigkeiten. Gleichzeitig würde ich mich darüber freuen, wenn Sie im Landtag - da hätten Sie die Chance gehabt - zusätzliche neue Polizeikräfte zusetzen und nicht nur die bestehenden ersetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU - Martin Börschel [SPD]: Doppelt so viele wie ihr!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Petelkau. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Börschel hat das hier eindrucksvoll noch einmal gezeigt, und man könnte fast glauben, dass die SPD schon immer für die Ausweitung des Ordnungsdienstes in den Stadtteilen war, wenn es da nicht die Protokolle gäbe - wie zum Beispiel von der AVR-Sitzung am 28.03.2011.

Die Dame, die neben Herrn Börschel sitzt, Frau dos Santos Hermann, auch Landtagskandidatin, hat zu der Sache und zu dem Antrag gesagt - ich darf zitieren -:

> Frau dos Santos-Herrmann betont, dass die SPD-Fraktion die Inhalte des Antrags

- da ging es wieder um die Erweiterung -

> in weiten Teilen als erledigt betrachtet. Die Gesamtbilanz ergebe trotz einiger Rückschläge in wichtigen Bereichen entscheidende Fortschritte und positive Entwicklungen. Eine Fortsetzung der zwischen Polizei, Stadt und Justiz getroffenen Vereinbarungen stehe außer Frage.

Es kam zur abschnittsweisen Abstimmung. Dabei ging es auch genau um den Punkt, den Herr Börschel hier angesprochen hat:

> Darum bekräftigt der Rat, die Sicherheitspartnerschaft von Kölner Polizei und Stadtverwaltung weiterzuführen und auszubauen.

Wie sieht das Abstimmungsergebnis aus, meine Damen und Herren? - Nach dem Vortrag von Herrn Börschel muss klar sein, dass die SPD hier klar zugestimmt hätte. Doch:

> mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln abgelehnt

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Die SPD hat es abgelehnt. Dann kann man sich nicht hier hinstellen und sagen, man hätte sich dafür immer eingesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich muss zur Geschichte sagen, das war Frau dos Santos Hermann. Ich habe auch noch Ihre Reden hier aus dem Rat, was für ein Quatsch das alles sei. „Alles Showanträge“ haben Sie gesagt. Sie kommen doch selbst mit dem Antrag und sagen bei der Forderung: Herr Breite, Sie machen doch nur Showanträge, man kann Sie gar nicht ernst nehmen.

Jetzt verlangen Sie, dass wir Sie ernst nehmen. Haben Sie bitte Verständnis für die FDP-Fraktion, dass wir, wenn Sie damals so mit uns umgehen - 2011 und 2014 -, dann in der Form sagen müssen: Nein, meine lieben Damen und Herren, so geht es jetzt nicht, mit dieser Forderung umzugehen.

(Beifall bei der FDP - Susana dos Santos Hermann [SPD]: Das ist doch jetzt nicht sachlich!)

Jetzt von Bedürfnissen der Menschen zu sprechen - gab es diese Bedürfnisse nicht schon 2011? Gab es diese Bedürfnisse nicht schon 2014?

(Beifall bei der FDP)

Warum hat die SPD es damals abgelehnt? Jetzt passt es aber ins Konzept, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

So geht man nicht mit den Bedürfnissen unserer Kölner Bürgerinnen und Bürgern um, meine Damen und Herren. Das muss hier ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von Martin Börschel [SPD] und Susana dos Santos Hermann [SPD])

- Ich gebe Ihnen recht, auch das muss man tun.

Manche von Ihnen sind ja schon ein bisschen länger hier: 2004 war die SPD noch Opposition, als sie das auch schon gefordert hat. Damals war sie leider durch andere Mehrheiten nicht dabei, aber als sie nachher selbst Mehrheit war - das kritisiere ich -, hatte sie nicht den Mut und die Durchsetzungskraft, das umzusetzen.

Hätten Martin Börschel 2004 - seine Unterschrift ist hier dabei - zusammen mit dem damaligen Fraktionsgeschäftsführer die Durchsetzungskraft gehabt, dann müssten wir heute darüber nicht diskutieren, meine Damen und Herren. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt, wenn er Opposition ist, kommt er damit. Das wollte ich hier nur in der Form richtigstellen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Breite - Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um ein bisschen Ruhe hineinzubringen, haben wir jetzt, glaube ich, zum dritten Mal denselben Ablauf bei den Anträgen: erst der Kollege Gerrit Krupp, dann die ganze Palette, und dann kommt der Spielführer von der SPD und macht noch einmal alles parat, dann noch einmal die ganze Palette, und dann wird abgestimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Es ist schön, dass Sie wieder mitmachen, danke schön! - Heiterkeit bei der SPD)

Es ist zum dritten Mal hier die klare Botschaft: Die grüne Fraktion nimmt die Befürchtungen der Kölnerinnen und Kölner in Sicherheitsfragen sehr ernst.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Sehr ernst nehmen wir das. Wir wollen klare und faktenwerte Antworten darauf geben. Das, was wir weniger ernst nehmen, sind Ihre wiederkehrenden Anträge. Das ist der Punkt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

Wie ist die Faktenlage? Das ist auch nicht so schwer zu verstehen. Wir haben 100 weitere Stellen im Ordnungsdienst schon bewilligt. Davon sind rund 60 besetzt. Wir haben noch 40 freie Stellen nach einem immensen Auswahlverfahren.

Ihr Antrag suggeriert, dass durch 100 Stellen gleich 100 Menschen da sind. Das ist unseriös. Sie meinen, dadurch irgendetwas in der Stadt zu beantworten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Was ist daran so schwierig zu sehen? Wir haben noch 40 freie Stellen.

(Martin Börschel [SPD]: Umso wichtiger muss man sich doch auf weitere vorbereiten!)

- Nein! Das sagen Sie schon seit anderthalb Jahren, -

(Martin Börschel [SPD]: Eben!

- verehrte Kollegen, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Und Sie sind immer dagegen! So ist es! Danke schön!)

Auch bei der Freigabe der weiteren Stellen sind wir nicht weiter, als wir es in 2015 waren. Sie wiederholen sich immer, weil Sie genau wissen, dass es nur eine Botschaft ist, aber nicht zur Realität wird.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

Das ist nicht seriös, so mit den Befürchtungen der Kölnerinnen und Kölner umzugehen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind dagegen! Sie wollen das nicht! Geben Sie es doch zu! Das wissen die Menschen! - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zu der Frage, was passiert, wenn die 100 Stellen besetzt sind.

(Martin Börschel [SPD]: Dann wollen Sie anfangen, zu denken?)

Dann muss man schauen: Sind die Ziele erreicht worden?

(Martin Börschel [SPD]: Ja, ganz in Ruhe!)

Sind damit die Punkte erreicht worden, die wir im Bezirksordnungsdienst, im zentralen Ordnungsdienst, im Zusammenspiel Ordnungsdienst/Polizei/Sozialpartnerschaften usw. wollten? Die Menschen müssen da sein, sie müssen produktiv sein, und sie müssen arbeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Schreiben Sie doch gleich: Ziel für 2030!)

Pauschal „100 weitere“ zu sagen, ohne eine Faktenlage zu haben und auch zu wissen, -

(Martin Börschel [SPD]: Ja, noch mehr davon!)

- dass sie gar nicht besetzt werden, das ist nicht seriös. Damit geben Sie eine Botschaft des Nichternstnehmens an die Kölnerinnen und Kölner.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Diese Überheblichkeit wird Ihnen noch zum Verhängnis!)

Noch einmal: Unser Änderungsantrag baut auf der gemeinsamen Beschlusslage des Rates auf, weitere 100 Stellen zu besetzen, auszuwerten, ob die Ziele erreicht worden sind, den akkuraten Personalbedarf zu ermitteln, und nicht zu sagen: 100 mehr.

Warum sagen Sie nicht 200 mehr oder 50 mehr oder 70 mehr? Das ist doch alles aus der Luft gegriffen. Warum? Weil „100 mehr“ so schön griffig ist.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Keine Basis! - Martin Börschel [SPD]: Es reicht, ja, ja!)

Das hat keine Basis. Das muss von der Verwaltung kommen, dann kommt die Vorlage, vielleicht reichen auch die 200, alles gut. Das ist seriöse Sicherheitspolitik und kein Spiel mit Ängsten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Richter. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, wie ich sehe. Dann würde ich gern über den Änderungsantrag abstimmen lassen.

Wer ist gegen den Änderungsantrag? - Das sind die SPD und Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen. Damit erübrigt sich der ursprüngliche Antrag der SPD.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenhang mit der bereits für 2017 geplanten Evaluation des Konzeptes „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ dem Rat sowie den zuständigen Ausschüssen Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Maßnahmenpaket soll Vorschläge zu folgenden Aspekten umfassen:

- *Zielbild für den Ordnungsdienst 2020,*
- *Definition des erforderlichen Personals sowie der Bedarfe für Ausstattung und Unterbringung (Qualität und Quantität),*
- *Weitere Ausgestaltung und personeller Ausbau der Ordnungspartnerschaft mit Beschreibung der Schnittstellen zur Polizei in den Kölner Bezirken,*
- *Maßnahmen zur Gewinnung geeigneten Personals,*

- *Ausbildungs- und Fortbildungskonzept inklusive der Laufbahnperspektiven für Ordnungsdienstkräfte, die ihre Außen- und Schichtdiensttauglichkeit einbüßen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Wiener verlässt die Sitzung endgültig.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann rufe ich jetzt auf

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Luft verbessern - Braunkohleverbrennung in Merkenich beenden“ AN/0511/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0545/2017

Dazu gibt es Wortmeldungen von Frau Akbayir, Die Linke., bitte.

Hamide Akbayir (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Es zeigt sich heute, dass es gut ist, dass Die Linke. diesen Antrag gestellt hat, denn nur so kommen Bewegung und Wandel in die Kölner Energieversorgung.

(Beifall bei Die Linke.)

Bereits 1958 hat am Standort Köln-Merkenich mit zwei Dampfkesseln die Dampf- und Stromversorgung begonnen. Wurde Merkenich anfangs noch mit Schweröl betrieben, kam es im Laufe der Zeit immer wieder zu Modernisierungen. Derzeit wird Gas und Braunkohle verbrannt.

Mit unserem heutigen Wissen ist es Zeit, wieder zu modernisieren. Die Braunkohle ist ein Brennstoff der Vergangenheit, denn sie ist der schmutzigste unserer Primärenergieträger. Wir wollen auch bei der RheinEnergie Arbeitsplätze und eine bedarfsgerechte Energieversorgung mit Zukunft auf Grundlage erneuerbarer Energien und setzen dabei nicht auf Technik von gestern.

So, wie sich vor 30 Jahren die RheinEnergie in Merkenich vom Schweröl verabschiedet hat, soll sie sich jetzt von der Braunkohle verabschieden - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei Die Linke.)

Das ist das, was wir fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen. CDU, Grüne und SPD beschreiben das in ihrem Änderungsantrag nur mit eigenen Worten - frei nach dem Motto: Die Linke. hat recht, aber das dürfen wir nicht zugeben.

(Beifall bei Die Linke.)

Für die Abschaltung von Kohleheizkraftwerken gibt es Vorbilder in anderen Städten Deutschlands. In Berlin beispielsweise geht der Braunkohleblock des Heizkraftwerks Klingenberg von Vattenfall schon bald, am 24. Mai 2017, nach langjährigen Protesten von Einwohnerinnen und Einwohnern vom Netz.

Was in anderen Städten möglich ist, stoßen wir heute auch in Köln an und bitten um Unterstützung unseres Antrags.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserem Antrag steht als Umschaltdatum der 01.01.2018, denn wir müssen den beschleunigten Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohle forcieren, und das aus mehreren Gründen. An erster Stelle muss für uns die Gesundheit der Menschen stehen. So führen sowohl die Braunkohleverbrennung in Merkenich als auch die Braunkohlegewinnung in den nahegelegenen Tagebauen zu erheblichen Gesundheitsschäden der Atemwege und des Kreislaufs durch Feinstaub, Stickoxide und Schwermetalle, wie zum Beispiel Quecksilber.

Jede Tonne Braunkohle, liebe Kolleginnen und Kollegen, die nicht verbrannt und somit auch nicht abgebaut werden muss, ist echte Gesundheitsvorsorge. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie doch da auf den Weg gebracht, uns nicht mehr mit betriebswirtschaftlichen Rechnungen zu kommen, wie viel teurer das alles würde. Die volkswirtschaftlichen Kosten für die Allgemeinheit dürfen ja nie vergessen werden. Wir wollen nicht, dass sich unsere RheinEnergie sagen lassen muss, dass statistisch gesehen die Braunkohleemissionen in Merkenich zu 20 vorzeitigen Todesfällen im Jahr führen.

(Lachen bei der FDP)

Niemand von uns möchte den Menschen erklären, dass sie schlechte Luft atmen müssen, damit wir den Haushalt ausgleichen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht in unserem Antrag unter anderem auch um Umschaltung auf Erdgas. Mit einer Umstellung von Braunkohle auf Erdgas werden rund 270.000 Tonnen CO_2 eingespart. Das unterstützt auch die Stadt bei der Erreichung ihrer Klimaziele.

Zu den Kosten für die RheinEnergie und damit indirekt für die Stadt Köln sage ich jetzt nichts weiter, denn der Erhalt der Gesundheit und der Umwelt kann eben nicht in Geld aufgewogen werden.

Dass die Kostenrechnungen der RheinEnergie trotz Nachfragen von uns im Umweltausschuss intransparent bleiben, ändert daran auch nichts. Gute Politik war schon immer eine Frage des Stils. Das gilt heute mehr denn je. Die Politik hat ohne Wenn und Aber die Pflicht, die Menschen transparent und sachlich zu informieren und die Gesundheit der Menschen zu schützen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD: Vielen Dank, Frau Akbayir. - Herr Struwe, bitte.

(Bernd Petelkau [CDU]: Könnte die Verwaltung dazu Stellung nehmen? Herr Dr. Steinkamp? - Rafael Struwe [SPD]: Soll Herr Steinkamp erst einmal etwas sagen? - Zuruf von der FDP: Das können Sie doch auch!)

- Du hast jetzt das Wort.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist doch nicht Herr Steinkamp! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Er sieht ihm nicht einmal ähnlich! - Zurufe)

Rafael Struwe (SPD): Klonen kann sich lohnen. Das reimt sich wenigstens.

Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei! Frau Akbayir, Sie haben es schon gesagt, und ich will Ihnen da gar nicht widersprechen. Zu einem sehr, sehr großen Teil sind wir, glaube ich, alle hier im Raum mit Ihnen völlig einer Meinung.

Doch - vielen Dank für das Stichwort, Herr Kollege - der ganz entscheidende Punkt in Ihrem Antrag ist der, dass Sie quasi schon zum 1. Januar 2018 die Braunkohleverfeuerung in Merkenich alternativlos stilllegen wollen. Da müssen wir sagen: Das ist leider unrealistisch, unwirtschaftlich und auch klimapolitisch eher fragwürdig.

Wir haben in der heutigen Sitzung durchaus schon angemerkt, dass wir uns mitten im Wahlkampf befinden. Vielleicht ist der Antrag auch ein bisschen dieser Situation geschuldet. Ich weiß es nicht. Dennoch sind wir der Meinung, dass man bei dem Thema - bei wirklich aller Notwendigkeit zum Handeln und natürlich auch um die Menschen zu schützen - nicht in blinden Aktionismus verfallen darf, sondern wohlüberlegt vorgehen muss.

Die Anlage in Merkenich ist immerhin im Laufe der Jahre immer wieder modernisiert worden. Es ist eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage. Sie liefert also Strom, Wärme und zusätzlich noch Prozessdampf für die Industrie im Kölner Norden. Das heißt also, sie hat dazu geführt, dass auch viele Unternehmen ihre eigenen Anlagen quasi außer Betrieb genommen haben. Da, das muss man noch einmal sagen, müssen wir dann auch wirtschaftliche Argumente wieder gelten lassen. Da gibt es natürlich auch Verträge, sodass man nicht einfach plötzlich „Adieu“ sagen kann.

Im Übrigen gibt es auch Grenzwerte für die Schadstoffe, die selbstverständlich bei dieser Anlage nicht nur eingehalten, sondern sogar unterschritten werden.

Noch ein Stichwort zum Thema Luftreinhaltung: Wir haben das Thema intensiv diskutiert, werden es auch gleich noch einmal auf der Tagesordnung haben. Wir wissen, dass ein großer Teil der Stickoxidbelastung in Köln nun einmal leider auf das Konto dieser sogenannten Hintergrundbelastung geht, an der aber diese Anlage, wie wir zumindest aus den uns bekannten Zahlen wissen, keinen wirklich nennenswert messbaren Anteil hat.

Insofern sind wir uns, wie gesagt, völlig einig, dass die Braunkohle selbstverständlich keine Technologie von morgen ist und dass selbstverständlich alles dafür getan werden muss, um auch aus dieser Technologie auszusteigen. Nur - uns als SPD ist das ganz besonders

wichtig - darf das natürlich nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen geschehen. Das muss sozialverträglich funktionieren.

(Hamide Akbayir [Die Linke.]: Wir machen das aus anderen Gründen - das haben wir gesagt!)

- Ja, deswegen widerspricht unser Änderungsantrag hier auch in großen Teilen des Antrages gar nicht so sehr, sondern nur an diesem einen entscheidenden Punkt. Deswegen können wir da nicht mitgehen.

Natürlich müssen wir als Kommune auch vorangehen, was die Gestaltung der Energiewende angeht. Die RheinEnergie tut das auch. Ich kann durchaus sagen, dass das Thema da eine sehr, sehr zentrale Rolle spielt. Herr Dr. Steinkamp ist heute anwesend und wird vielleicht gleich noch einmal ein paar Worte dazu sagen, dass die RheinEnergie sich durchaus als Gestalterin der Energiewende versteht. Insofern freut es uns sehr, dass das Thema auch da bereits auf der Agenda ist. Es wird schon nach Alternativen gesucht. Es gibt schon Überlegungen, wie man alternative Brennstoffe zum Einsatz bringen kann. Das ist gut und richtig und soll auch unbedingt weitergehen. Es soll auch unbedingt weiter an Konzepten gearbeitet werden, wie man möglichst mit einem realistischen Zeithorizont aus der Braunkohleverfeuerung dort aussteigen kann.

Insofern, wie gesagt, haben wir uns mit der CDU und den Grünen entschlossen, diesen Ersetzungsantrag einzubringen, der - abgesehen von der Forderung, am 1. Januar 2018 Schluss zu machen - die wesentlichen Punkte Ihres Antrages beinhaltet. Wie gesagt, aus unserer Sicht dürfen wir da nicht in blinden Aktionismus verfallen, sondern müssen wohlüberlegt vorgehen, um eine realistische Perspektive zu entwickeln und die Kölnerinnen und Kölner vor Luftbelastung zu schützen. - Ich darf mich für die Aufmerksamkeit bedanken und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Struwe. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde jetzt Herrn Steinkamp das Wort geben. Das trägt vielleicht zur Klärung bei.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie): Ich werde mich bemühen.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte vorwegschicken, dass im Konzept und der Strategie der RheinEnergie an oberster Stelle steht, dass wir mit unseren Möglichkeiten und unseren Mitteln natürlich auch klimaorientiert das Unternehmen weiterentwickeln wollen. Das gilt insbesondere für unseren Erzeugungsteil, das gilt aber natürlich auch für die Produkte, die wir vertreten.

Um es konkreter zu sagen: Die Braunkohlewirbelschichtanlage in Merkenich ist keine Anlage aus den 50er-Jahren, sondern stammt aus der zweiten Hälfte der 80er-Jahre. Sie ist also, wenn man sich deutsche Kraftwerke anschaut, die noch am Netz sind, vergleichsweise modern. Sie ist sicherlich nicht die modernste Klasse, aber es ist kein Uraltkraftwerk.

Es ist ein Kraftwerk in Kraftwärmekopplung - das ist schon gesagt worden. Das macht schon einen entscheidenden Unterschied zu den Beispielen, die Sie genannt haben, Frau Akbayir. Das sind reine stromproduzierende Anlagen gewesen. Da ist das Thema „energieeffizienter Einsatz und Klimaschutz“ im Konzept ganz anders angelegt, und damit sind auch die Daten und Fakten, die in Ihrem Antrag stehen, einfach nicht zutreffend auf unseren Standort Merkenich.

Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Die Anlage in Merkenich, der Standort an sich mit einer älteren GuD-Anlage, also auf Gas basierend, und dem Braunkohlewirbelschichtkessel, ist die wichtigste Anlage für den gesamten Kölner Norden. Wir versorgen 20.000 Haushalte in der Neuen Stadt, in Chorweiler, in Seeberg, Heimersdorf und auch in Bocklemünd. Aber was mindestens genauso wichtig ist, wofür dieser Anlagenkomplex auch steht: Wir versorgen die großen Industrieunternehmen im Kölner Norden mit Prozesswärme und Prozessdampf. Das ist technologisch eine ganz andere Herausforderung und hat mit der klassischen Fernwärmeproduktion und Stromproduktion nur am Rande zu tun.

Dieser Prozessdampf versorgt Ford, INEOS, und zwar 365 Tage im Jahr. Das heißt also, was Versorgungssicherheit angeht, was die Qualitäten der Wärmeauskopplung, eben Prozesswärme und Prozessdampf mit ganz anderen Temperaturen angeht, die permanent für die Produktion dort erforderlich sind, ist dieser Standort von extremer Bedeutung. Das einfache Abschalten würde bedeuten, dass diese

Unternehmen im Grunde genommen ihre Produktion morgen zumachen können.

Wir haben mit 220.000 Tonnen Dampfauskopplung am Tag auch im Industrievergleich mit Abstand die größte Anlage hier im Umfeld. Die Unternehmen haben ihre eigenen sehr viel älteren Erzeugungsanlagen in den letzten Jahren sukzessive stillgelegt und vertrauen auf die Versorgung mit unserem Wärmelieferungskonzept.

Dass die RheinEnergie aber auch selbständig denkt, können Sie daran ablesen, dass wir uns natürlich auch mit diesem Standort beschäftigen. Nachdem wir im vergangenen Jahr unser neuestes Kraftwerk in Niehl, Niehl 3, in Betrieb genommen haben - auch Kraftwärmekopplung, da gasbasiert -, hat unsere Projektierung und unser Engineering begonnen, sich den Standort Merkenich intensiv vor die Brust zu nehmen, wenn ich das einmal so etwas flapsig sagen darf.

Wir gehen zweistufig vor. Wir versuchen derzeit, möglichst viele alternative Brennstoffe in dem vorhandenen Kessel mit zu verbrennen. Das werden nicht 50 Prozent Ersatz von Braunkohle sein können, sondern da sind wir hoffnungsfroh, dass wir vielleicht zwischen 10 und 15 Prozent Braunkohle ersetzen können, zum Beispiel durch Holz oder Klärschlamm.

Sie werden aber auch an der Stelle erkennen: Das liest sich schnell, erklärt sich auch schnell, ist vom Engineering und vom Umbau der Anlage jedoch nicht trivial.

Das würde bedeuten, dass wir sehr schnell wenigstens eine Teillösung schaffen, ohne die Versorgungssicherheit unserer Kunden zu gefährden.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass es auf Sicht auch sehr notwendig ist, gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit mit im Auge zu behalten, denn weder die Industrieunternehmen noch die Fernwärmekunden sind gewillt, wesentlich mehr für den Energiebezug zu bezahlen. Das heißt also, wir müssen Wirtschaftlichkeit und Technik in Einklang bringen.

Wenn alles gutgeht und die Konzeptidee, mit der wir gestartet sind, sich technisch und wirtschaftlich realisieren lässt, dann würden wir mit dem Planungs- und Genehmigungsvorlauf, der dafür erforderlich ist, voraussichtlich Ende dieses Jahrzehnts, also voraussichtlich erst gegen das Jahr 2020, in den operativen Betrieb gehen können. Das muss man realistisch einfach so akzeptieren, denn allein für die Genehmigungsläufe benötigt man inzwischen so viel Zeit.

Wir haben im Unternehmen festgelegt, dass wir uns unmittelbar danach mit einem Gesamtkonzept ohne Braunkohle an dem Standort beschäftigen werden. Ich hoffe jedoch, dass nach dem zuvor Ausgeführten einigermaßen deutlich geworden ist, dass das ebenfalls nicht von heute auf morgen geht.

Ich sage Ihnen eindeutig: Eine Gesamtlösung muss technisch machbar sein - das wird gehen -, sie muss aber auch wirtschaftlich in den Markt hineinpassen, sodass mit Planungen und Genehmigungen frühestens Mitte des nächsten Jahrzehnts für den gesamten Standort eine ganz neue Lösung darstellbar sein wird. Bis dahin werden wir mindestens mit dem heutigen Konzept dem Grunde nach leben müssen. Das bedeutet also, dass für uns in den nächsten Jahren für eine ausreichende Versorgung die Braunkohle nicht komplett ersetzbar ist.

Erlauben Sie mir noch ein oder zwei Anmerkungen zur Wahrheit: Die Stickoxidwerte, die dort permanent gemessen werden, werden ausnahmelos in ihren Grenzwerten immer eingehalten. Die Grenzwerte entstammen der 13. BImSch-Verordnung. Das ist die übliche Immissionsverordnung für all diese Anlagen. Wir halten selbstverständlich die Staubemissionswerte ein und unterschreiten die zulässigen Werte für unsere Anlage um den Faktor 10.

Wenn man sich den Luftreinhalteplan der Stadt Köln anschaut, sieht man, dass im Jahr 2008 - neuere Daten liegen uns derzeit nicht vor - rund 56.000 Tonnen Stickoxide aus genehmigungsbedürftigen Anlagen emittiert wurden, 48.600 Tonnen daraus aus Kraftwerken und vergleichbaren Energieerzeugungsanlagen. Unsere Anlage ist mit 300 Tonnen pro Jahr bezogen auf diese 48.600 Tonnen im Kölner Norden daran beteiligt gewesen.

Auch daran sieht man: Es ist ein Symbolakt, über den wir hier reden. Damit will ich das nicht kleinreden, ich habe vorhin etwas zu unseren Konzeptfestlegungen gesagt. Wir werden alles daran tun, die Braunkohle zu ersetzen, sobald das technisch, genehmigungstechnisch und wirtschaftlich möglich ist. Die Zeiträume habe ich genannt. Bis dahin emittieren wir, was die relevanten Stickoxide angeht, unter 1 Prozent des Jahreswertes. Auch daran

sehen Sie, dass man da ein bisschen die Kirche im Dorf lassen sollte.

In der Zielsetzung sind wir uns absolut einig. Deshalb habe ich im Endeffekt mit den Anträgen kein grundsätzliches Problem. Das Abschalten morgen früh wird nicht gehen, und wir werden perspektivisch - dazu sind wir als Unternehmen verpflichtet - natürlich auch die Interessenlagen unserer Kunden mit im Blick behalten. Das werden wir hoffentlich schnell zum Ausgleich bringen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Herzlichen Dank, Herr Steinkamp, für die sachkundige Erklärung. - Herr Brust bitte zu Wort.

(Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, Herr Petelkau zu erst. Wir sind gemeinsamer Antragsteller!)

- Sie hatten sich nicht gemeldet.

(Bernd Petelkau [CDU]: Doch, doch, doch!)

Herr Brust, Entschuldigung.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich würde gern, nachdem Herr Dr. Steinkamp viele Fakten jetzt noch einmal auf den Tisch gelegt hat, auf zwei Dinge eingehen. Das Erste ist die Konkretheit der Forderungen bzw. Beschlussvorschläge, die Die Linke. hier entsprechend unterbreiten.

Hieran zeigt sich einmal mehr, dass der Wille vielleicht gut gemeint war, der Umsetzungsvorschlag aber voll danebenging, denn gerade Ihr Vorschlag, den Braunkohlekessel entsprechend hoch- und herunterzufahren, ist technisch in der Form überhaupt nicht darstellbar, sodass der Vorschlag an der Stelle praktisch nicht umsetzbar ist und damit natürlich auch nicht beschlussfähig.

(Beifall von Teilen der CDU)

Das, was mich an diesem Antrag insgesamt stört, ist der Eindruck, dass unser städtisches Unternehmen weiterhin zu sehr den alten Technologien verhaftet ist. Das ist gerade nicht der Fall. Die RheinEnergie hat in den letzten Jahren eine hohe Summe Geld investiert, um auch mit erneuerbaren Energieträgern in den nächsten Jahren noch besser aufgestellt zu sein. Wir produzieren bereits heute mit der RheinEnergie einen nicht zu kleinen Prozentsatz über erneuerbare Energien - sowohl Photovoltaik als vor allem auch Windenergie. Das muss man an der Stelle auch einmal festhalten.

Auch die von Herrn Dr. Steinkamp angesprochene Errichtung des neuen Heiz- und Wärmekraftkopplungskraftwerks in Niehl ist für die Stadt und für die CO_2-Belastung oder -Emission, die in Köln produziert wird, ein deutlicher Fortschritt. Das heißt, die RheinEnergie hat in den letzten Jahren und wird auch in den nächsten Jahren einen ganz erheblichen Anteil dazu beitragen, dass die CO_2-Belastung in Köln weiter zurückgeht. Doch all diese Dinge brauchen auch einen gewissen Vorlauf, neue Anlagen müssen genehmigt werden, und es ist natürlich auch immer wichtig, dass man den neuesten Stand der Technik nimmt.

Dieses Kraftwerk, das jetzt im Fokus steht, ist aus den 80er-Jahren. Letztes Jahr ist ein ultramodernes in Betrieb gegangen. Die Technologie wird sich in den nächsten vier oder fünf Jahren weiterentwickeln. Momentan gibt es noch einen Engpassfaktor, der verhindert, dass wir vollkommen auf erneuerbare Energien umsteigen können: Das ist die Speichertechnologie.

Wir werden aber auch da sehen, dass die Beschleunigung der technischen Entwicklungszyklen weiter zunimmt, sodass wir hoffen können, in den nächsten vier oder fünf Jahren weitere Fortschritte zu haben, sodass vielleicht auch die Strategie des Investments in erneuerbare Energien noch einmal etwas weiter beschleunigt werden kann.

Ansonsten kann ich nur dafür werben, den Änderungsantrag zu unterstützen, da wir eben nicht etwas fordern, was technisch nicht umsetzbar ist, sondern etwas, was zurzeit in der RheinEnergie so weit schon in Vorbereitung ist, nämlich den konkreten Ersatz von alten Brennkesseln in neue mit erneuerbaren Energiequellen. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass diese Passage auf jeden Fall zielführender ist, als die Kessel hoch- und herunterzufahren.

Des Weiteren, wie ich eben bereits sagte, ist die RheinEnergie hinsichtlich ihrer Strategie zu erneuerbaren Energien per se auf einem guten Weg. Ich denke, wir haben an dieser Stelle noch einmal eine Aufforderung dazu gegeben,

diesen Weg fortzusetzen. Ich glaube, dass darüber sowohl in den Aufsichtsgremien wie auch im Vorstand eine einheitliche Auffassung besteht, sodass wir hier gemeinsam daran arbeiten, die CO_2-Belastung in dieser Stadt weiter herunterzufahren, um auch unseren Kindern und Enkelkindern eine vernünftige Zukunft zu gewährleisten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Petelkau. - Jetzt Herr Brust bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hamide, du hast in einem Punkt recht: Die Braunkohle ist ein Brennstoff von gestern. Wenn wir die Beschlüsse vom Klimagipfel in Paris vom letzten Jahr ernst nehmen, wenn wir das Ziel der Weltgemeinschaft, die weitere Erderwärmung um maximal 1,5 Grad zu begrenzen, wirklich anpacken wollen, dann müssen wir schnellstmöglich aus der Braunkohlenverstromung aussteigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Die Linke.)

Wie schnell das geht, hat Greenpeace vorletztes Jahr untersuchen lassen in der Studie „Klimaschutz: Der Plan“. Darin ist in der Zusammenfassung nachzulesen:

> Neben dem Ausstieg aus der Atomkraft, kann bereits schrittweise mit dem Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahr 2030 und dem Ausstieg aus der Steinkohle bis … 2040 begonnen werden.

Das ist die engagierteste Studie, die ich zu dem Thema kenne. Greenpeace setzt 2030 als Ziel, bis wann wir vollständig aus der Braunkohle ausgestiegen sein können. Dazu ist aber notwendig, dass die Rahmenbedingungen auf Bundesebene völlig geändert werden müssen. Die letzten Jahre unter Wirtschaftsminister Gabriel waren in der Beziehung leider verlorene Jahre, weil er alles dafür getan hat, den Ausbau erneuerbarer Energien zu bremsen und zu deckeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in diesem Herbst die Chance, wenn die neue Bundesregierung gewählt wird, dafür zu sorgen, dass wir eine Bundesregierung bekommen, die Voraussetzungen dafür schafft, die Braunkohle aus der Verstromung herauszunehmen, indem erst einmal die Alternativen aufgebaut werden. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien muss dem vorausgehen, damit wir die anderen Altanlagen abschalten können.

Die Grünen haben dazu einen Vorschlag unterbreitet, nämlich einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle. Bisher habe ich von keiner Partei gehört, dass sie diesen Ausstiegsplan unterstützt. Das wäre schön, -

(Zuruf von der CDU)

- wenn ihr das macht.

Von der SPD habe ich bisher noch nichts gehört, dass ihr bereit wäret, in der neuen Bundesregierung einen Braunkohlenausstieg sozialverträglich jetzt zu beschließen und bis 2030 gezielt vorzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wenn uns das gelingen sollte, dann ist es aber auch nicht egal, in welcher Reihenfolge wir die Kessel abschalten. Zuerst müssen natürlich die schlechtesten Braunkohlekessel vom Netz genommen werden, da sie die Umwelt aufgrund ihres schlechten Wirkungsgrades am meisten belasten.

Wie schon gesagt, der Kessel in Merkenich gehört aufgrund seiner Größe und auch aufgrund seiner Technik nicht dazu, weil er eben Kraftwärmekopplung und ungefähr den doppelten Wirkungsgrad aller anderen, auch der modernsten RWE-Braunkohlekraftwerke hat. Von daher eilt es nicht ganz so sehr mit diesem Kessel. Trotzdem wäre es natürlich für die Umwelt und für das Klima sinnvoll, wenn wir eine Lösung finden würden, den Brennstoff in diesem Kessel zu ersetzen.

Ich habe deswegen als Mitglied im Aufsichtsrat der RheinEnergie schon im vorletzten Jahr dem Vorstand vorgeschlagen, zu untersuchen, ob man die Braunkohle teilweise oder auch ganz durch andere klimaneutrale Brennstoffe - wie zum Beispiel Holzhackschnitzel - ersetzen kann. Ich freue mich darüber, dass die RheinEnergie mittlerweile diese Untersuchung macht und wir bald ein Ergebnis haben werden.

Parallel dazu gibt es eine Studie der StEB, der Stadtentwässerungsbetriebe. Die Stadtentwässerungsbetriebe müssen neue Entsorgungsmöglichkeiten für den Klärschlamm aus Stammheim und den anderen Klärwerken finden und haben sich deswegen mit den anderen Verbänden der Abwasserreinigung zusammengeschlossen. Sie erarbeiten zurzeit eine Studie, wie man demnächst Klärschlamm sinnvoll verbrennen und möglichst Phosphat aus der Asche zurückgewinnen kann. Das wird eine Forderung der neuen Düngemittelverordnung sein.

Auch dazu habe ich dem Verwaltungsrat vorgeschlagen, dafür zu sorgen, dass man den Standort Merkenich mit untersucht, ob man entweder den Braunkohlekessel des Kraftwerks Merkenich dafür nutzen kann, den Klärschlamm zu verbrennen, oder an der Stelle eventuell eine andere Anlage für diesen Klärschlamm bauen sollte. Diese Studie wird zurzeit bearbeitet.

Ich habe leider von der Linken in dieser Richtung bisher keinerlei Aktivitäten gesehen und wundere mich deswegen heute über euren Schnellschuss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage deshalb „Schnellschuss“, da ihr, wenn ihr euch ernsthaft mit diesem Kraftwerk beschäftigt hättet, gewusst hättet, dass das ein Wirbelschichtkraftwerk ist.

(Gisela Stahlhofen [Die Linke.]: Na klar!)

Darin werden also zig Tonnen Asche im Kreis gefahren. bei jedem Abschalten fallen diese Mengen an Asche, dieses Wirbelbett, zusammen, und es dauert mehrere Tage, bis man diese Anlage abgefahren hat und wieder anfahren kann. Das ist also keine Anlage, die geeignet ist, um - so, wie ihr das vorschlagt - mal eben an einem Tag hinzugeschaltet zu werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für den Fall, dass wir keine vernünftige Lösung finden, den Brennstoff zu ersetzen, haben wir in unserem Antrag in Punkt 2 vorgesehen, dass dann die RheinEnergie zügig an eine Alternativplanung für diesen Standort geht, um die Braunkohle durch andere Anlagen oder eventuell auch in der Verbindung mit dem Innenstadtnetz bei der Fernwärme zu ersetzen.

Ich denke, das ist der richtige Weg. Die Versorgungssicherheit für das Fernwärmenetz und die Industrie im Kölner Norden muss gesichert sein, und wir müssen für diesen Kessel dann neue Anlagen aufbauen.

Ich möchte zum Schluss noch ganz kurz auf euren Punkt 2 eingehen. Ihr fordert in Punkt 2 einen Ausstieg aus der Gasnutzung am Standort Merkenich. Ich möchte dazu ein Zitat vorlesen.

> Den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) und anderen Formen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als hocheffiziente Brückentechnologie wollen wir besser fördern, um ihren Anteil bis 2020 auf 25 Prozent an der Bruttostromerzeugung zu erhöhen.

Das ist ein Zitat aus dem Entwurf zum Bundestagswahlprogramm der Linken.

Vielleicht wäre es sinnvoll, euren Mitgliedern einmal eine kleine Programmschulung zugutekommen zu lassen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Brust. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Brust, der mit mir im Aufsichtsrat der RheinEnergie sitzt, sehr dankbar dafür, dass er hier noch einmal deutlich gemacht hat, welche technischen Erfordernisse es eigentlich geben müsste, um das Kraftwerk abzuschalten oder nicht. Daran sieht man schon, dass dieser Antrag ein Schnellschuss ist.

Mir gefällt dabei auch nicht, dass man die Menschen, die dort wohnen, dadurch verunsichert, dass man angibt, es würden 20 Menschen im Jahr durch diese Verbrennung dort sterben. Sie haben die Zahl „20 Menschen“ genannt. Dadurch werden Menschen verunsichert.

(Zurufe von Die Linke.)

- Sie haben die Zahl „20 Menschen“ genannt! Sie müssen dabei bleiben, wenn Sie das gesagt haben. Damit verunsichern Sie die Men-

schen, und das macht man nicht. Darum hat Herr Steinkamp das hier deutlich gemacht.

(Zuruf von der CDU - Gisela Stahlhofen [Die Line.]: Es ist die Realität!)

- Sie sagen, das sei die Realität. Ich sage Ihnen, Sie können so etwas nicht behaupten, weil Sie so etwas nicht beweisen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Da können Sie auch nicht sagen, das sei die Realität. Wenn Die Linke. behauptet, es sei Realität, dass 20 Menschen hier sterben, dann haben Sie kein Verständnis dafür, wie verantwortungsvoll in diesem Unternehmen mit allen Energiequellen umgegangen wird, die sie haben, und dafür alles einsetzen.

Wenn ich mir einmal erlauben würde, Ihren Antrag so, wie Sie ihn formulieren, Ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden im Lausitzer Braunkohlerevier zu geben, dann wäre ich einmal gespannt, was sie dazu sagen würden, da sie sich gerade für die Kumpel einsetzen, was Sie hier nicht machen. Denn Sie gefährden hier, wie wir auch von Herrn Steinkamp gehört haben, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Das darf nicht sein.

Wir sollten daher meiner Meinung nach den Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen noch um einen Punkt erweitern. Diese Erweiterung, Frau Bürgermeisterin, haben Sie jetzt nicht vorliegen. Ich gebe sie Ihnen aber gleich, das geht ganz schnell. Das wurde in den Ausführungen von Herrn Steinkamp nochmals deutlich, und ich halte das für sehr wichtig, dass wir in dem Punkt 2 nach „Untersuchungen negativ verlaufen sollten," einfach „soweit technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar" einführen sollten, meine Damen und Herren.

Denn das war die Botschaft: Wir machen alles, versuchen die CO_2-Reduzierung, aber bitte, bleiben wir auf dem Teppich! Das haben wir ja gerade von Herrn Brust gelernt: Es muss technisch machbar sein und, wie ich glaube, auch wirtschaftlich vertretbar sein. Denn es geht um eines der wichtigsten Unternehmen, die wir hier haben, und die darf man nicht mit solch einem Antrag schädigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daher bitte ich darum, dass man diese Ergänzung mit hineinnimmt. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Herzlichen Dank, Herr Breite. - Jetzt geht es in die zweite Runde. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich dafür bedanken, dass sich die RheinEnergie vertreten durch Herrn Dr. Steinkamp, aber auch die drei großen Fraktionen im Rat so intensiv mit unserem Änderungsantrag beschäftigt haben.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Selbstverständlich, lieber Michael!)

- Selbstverständlich? Okay. Es ist ja schön, wenn das selbstverständlich ist.

Wir haben - da bin ich mir sehr sicher - mit unserem Antrag, den wir gestellt haben, eine Diskussion hier im Rat angestoßen, sodass fast alle, die hier im Rat vertreten sind, die Problematik Braunkohle noch einmal auf dem Schirm haben.

Es gibt ja auch den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grüne, den wir sehr gern übernehmen würden. Wir sehen damit ein weiteres Stück in Richtung Braunkohleausstieg in Köln. Das zunächst einmal als Einstieg in die Diskussion von meiner Seite aus.

(Susana dos Santos Hermann [SPD]: Okay, noch einmal gerettet!)

Wir haben gerade verschiedene Wortbeiträge gehört, in denen es um technische Dinge ging, und ich möchte ein bisschen den Eindruck zerstreuen, Herr Petelkau und Herr Brust, dass wir uns im Vorfeld nicht mit den technischen Begebenheiten auseinandergesetzt haben. Ich kann natürlich nicht sagen, dass ich Maschinenbauingenieur bin und alles im Einzelnen weiß. Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich das anmaßen kann.

Wir haben mitnichten behauptet, dass wir jeden Tag den Braunkohlekessel hochfahren und herunterfahren wollen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass insbesondere in den Wintertagen dieser Braunkohlekessel auch wegen der Versorgung mit Industriedampf oder Prozessdampf eine große Bedeutung hat.

Es ist jedoch so, dass man zumindest einmal darüber nachdenken muss, ob dieser Braunkohlekessel heruntergefahren oder reduziert

werden kann in Perioden, in denen es klar ist, dass wir eine langanhaltende Wärmeperiode haben. Das wäre ein Punkt, über den man unserer Meinung nach nachdenken müsste.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir in unmittelbarer Nähe von Merkenich auch die Müllverbrennungsanlage haben, die in der Lage ist, Prozessdampf zu produzieren, die bereits Prozessdampf produziert und an kalten Tagen, soweit ich das recherchieren konnte, diesen Prozessdampf an die RheinEnergie verkauft, der dann weiter an die Industrieabnehmer geht.

Das bedeutet, wir müssen doch jetzt - das ist doch die eigentliche Intention dieses Antrages - das Know-how von allen zusammentragen und einen politischen Auftrag auf den Weg geben, dass noch einmal intensiv darüber nachgedacht wird, wie wir Schritt für Schritt diese Braunkohle aus dem Energiemix in Merkenich ganz herausdrängen können. Dass das nicht zum 01.01.2018 möglich ist, das mag sein, aber wir müssen mit Hochdruck daran arbeiten.

Herr Brust, Sie haben vorhin gefragt, ob wir denn nicht wüssten, dass Greenpeace sagte, dass 2030 und 2040 die möglichen Ausstiegsszenarien seien. - Das haben wir sehr wohl. Wir wissen aber auch, Herr Brust, dass das globale Geschichten sind. Wir sind da voll bei Ihnen: Wir müssen immer global denken. Wir müssen aber auch lokal handeln.

(Beifall bei Die Linke.)

Das heißt, wir dürfen uns jetzt nicht in Ruhe hinsetzen und sagen: Greenpeace hat gesagt, bis 2030 sind alle so weit gut, so lange lassen wir Merkenich laufen. - Nein, so geht das nicht. Wir als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben nur auf diesen Kessel Einfluss, also müssen wir uns auch um diesen Kessel kümmern und können uns nicht hinter Greenpeace verstecken und sagen: Na ja, wenn die das sagen, dann wird das schon richtig sein. So einfach tickt die Welt nicht, Herr Brust.

Es gibt einen wichtigen Einwand von Herrn Struwe und von Herrn Breite, der jetzt leider gerade nicht da ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Doch!)

- Entschuldigung, ich habe auf Ihren Platz geschaut, Herr Breite, ich habe Sie nicht gesehen.

Das ist natürlich ein sehr wichtiges Argument. Ich bin auch gern bereit, mir anzuhören, was die Kolleginnen und Kollegen und die Genossinnen und Genossen in der Lausitz dazu sagen.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, ja!)

- Natürlich, dem müssen wir uns stellen. Das sehe ich ganz genauso. Von daher bin ich Ihnen für diesen Hinweis dankbar.

Ich möchte nur auch darauf hinweisen, dass in unserem Antrag steht, dass diese Umstellung nicht mit betriebsbedingten Kündigungen oder einer Schlechterstellung der Beschäftigten insgesamt zu tun haben darf. Deswegen würde ich noch einmal bei den Fraktionen dafür werben, die den Ersetzungsantrag gestellt haben, ob nicht dieser Spiegelstrich bezüglich der Arbeitsverhältnisse noch mit in den Änderungsantrag aufgenommen werden kann.

Den Änderungsantrag, den Herr Breite mit der Wirtschaftlichkeit da hineingebracht hat, finden wir nicht gut, denn wir müssen in dieser Frage eine ökologische und auch eine arbeitsrechtliche Komponente einfügen - Herr Breite, da gebe ich Ihnen recht -, aber wir sollten das nicht noch mit Wirtschaftlichkeit überfrachten. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Die Linke.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Weisenstein. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, weil es jetzt am Schluss etwas verwässert war: Verstehe ich es richtig, dass Die Linke. dem Änderungsantrag beitritt? Dabei bleibt es?

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: So, wie er jetzt vorliegt!)

- Wir haben aber, wie eben erklärt wurde, diesen Einschub, der auf die Rede von Herrn Steinkamp zurückgeht, auch übernommen, und zwar die Frage der technischen Machbarkeit und der wirtschaftlichen Vertretbarkeit.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Soll ich das vorlesen?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Das würden Sie dann auch akzeptieren? „Wirtschaftlich vertretbar“ heißt ja auch, dass es auch für die Arbeitnehmer vertretbar ist.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Die technische Machbarkeit ist ja logisch, das würden wir natürlich übernehmen. Es ist ja Voraussetzung, dass etwas technisch machbar ist, wenn man es machen möchte.

Die wirtschaftliche Komponente hätten wir hingegen ungern darin enthalten, weil wir der Auffassung sind: Es muss hier die Priorität bei der Ökologie und beim Gesundheitsschutz gesetzt werden. Das, was wir sehr gern übernehmen würden - das habe ich eben gesagt -, wäre natürlich die Frage der Arbeitsplätzen, die Herr Breite und Herr Struwe dankenswerterweise noch einmal ins Gedächtnis gerufen haben.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Jedoch steckt das genau in dem Begriff drin. Damit wir das das klar haben, sonst müssten wir gegeneinander abstimmen. Das ist einfach eine Frage. Man muss sich als Antragsteller festlegen, damit wir jetzt wissen, wie wir abzustimmen haben.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Das klang ja gerade sehr deutlich an, Herr Frank, dass „wirtschaftlich vertretbar“ nicht von den Linken mitgetragen wird, sondern nur die technische Voraussetzung werde mitgetragen; der zweite Halbsatz nicht.

(Ulrich Weisenstein [Die Linke.]: Genau!)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Dann werden wir getrennt abstimmen müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Okay. Vielen Dank trotzdem, Herr Frank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht.

(Zuruf von der CDU: Hier sind noch ein paar Fragezeichen!)

- Fragezeichen oder Wortmeldungen?

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin, ist es denn möglich, dass wir vielleicht zwei bis drei Minuten Beratungspause haben, also nicht weglaufen - so lange werden wir nicht brauchen -, aber zwei bis drei Minuten?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ja. - Herr Steinkamp wollte, glaube ich, noch etwas dazu erklären, Herr Weisenstein. Wenn Sie einen Moment noch warten würden, Kolleginnen und Kollegen. - Bitte schön, Herr Steinkamp.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie): Ich werde jetzt, was die genaue Formulierung angeht, keinen Beitrag leisten. Mir ist nur wichtig: Natürlich ist die Müllverbrennungsanlage mit Strom- und Wärmelieferung Teil der gesamten Einsatzoptimierung am Standort. Die Wärmeauskopplung aus der Müllverbrennung ist aber von der Temperatur her nicht hoch genug, um die Industrie zu versorgen, und sie ist nicht gesichert, weil wir schwankenden Output haben. Das haben wir natürlich im Kontext im Blick.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Okay. Schönen Dank, Herr Steinkamp. - Dann machen wir jetzt zwei Minuten Pause. Danke schön.

(kurze Unterbrechung
von 18.56 bis 18.59 Uhr)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich darf Sie darum bitten, Platz zu nehmen. Wir können jetzt über den ursprünglichen Antrag abstimmen, und zwar in der geänderten Fassung, wie eben schon vorgetragen. Ich sage es aber noch einmal.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, wir haben eine andere Fassung! Deswegen haben wir uns gemeldet.)

Ach so, okay. - Dann Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Alle Antragsteller - ich nenne sie sicherheitshalber noch einmal -, die Ursprungsantragsteller SPD, CDU und Grüne sowie zusätzlich Die

Linke. und die FDP, einigen sich auf einen gemeinsamen Text. Der gemeinsame Text ist der vorliegende Ursprungsantrag von SPD, CDU und Grüne, jedoch mit einer Ergänzung in Ziffer 2, die wie folgt im Text lautet:

> … negativ verlaufen sollten, soweit technisch machbar, ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar, wird RheinEnergie aufgefordert, unverzüglich …

Das ist der Texteinschub. Darauf haben wir uns verständigt, somit wäre das dann gemeinsamer Antrag von allen Genannten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann versuchen wir es jetzt noch einmal. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt über den Antrag so abstimmen, wie gerade von Herrn Frank vorgetragen. Es sind dabei die SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke. in geänderter Form Ziffer 2. Ich darf verlesen:

> Für den Fall, dass diese Untersuchungen negativ verlaufen sollten,

- jetzt kommt der Einschub -

> soweit technisch machbar, wirtschaftlich vertretbar und ökologisch sinnvoll …

(Jörg Detjen [Die Linke.]: „Ökologisch“ vor „wirtschaftlich“, aber egal!)

Darüber streite ich jetzt nicht mehr. Inhaltlich ist alles drin, was vorgegeben war.

Über diesen Antrag lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist gegen die vorgetragene Fassung? - Da sehe ich niemanden, der sich dazu meldet. Gibt es Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag 3.1.4 in dieser Fassung, wie vorgetragen, angenommen. - Herzlichen Dank.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion:

1. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt, dass die RheinEnergie AG derzeit untersucht, ob und inwieweit der Einsatz von Braunkohle im Kessel 6 des Kraftwerkes Merkenich durch andere Brennstoffe, z.B. Klärschlamm oder Holz, ersetzt werden kann. Beim Einsatz alternativer Brennstoffe ist die Minimierung der Emissionen, die durch Verbrennung auftreten, zu gewährleisten.*

2. *Für den Fall, dass diese Untersuchungen negativ verlaufen sollten, soweit technisch machbar, ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar, wird RheinEnergie aufgefordert, unverzüglich Planungen für eine alternative Gesamtversorgungslösung am Standort Merkenich – unter vollständigem Verzicht auf den Brennstoff Braunkohle – einzuleiten. Über die Zwischenergebnisse dieser Untersuchung ist der Ausschuss Umwelt und Grün kontinuierlich zu informieren.*

3. *Gleichzeitig fordert der Rat die RheinEnergie auf, den Ausbau der Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien weiter zu forcieren. Über den Fortschritt bei der Umstellung auf erneuerbare Energien soll dem Ausschuss Umwelt und Grün und dem Finanzausschuss als Beteiligungsausschuss jährlich berichtet werden.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Die Fraktionen Die Linke. und die FDP schließen sich dem Änderungsantrag an.

Der Änderungsantrag wurde durch die Ratsmitglieder Breite und Frank mündlich ergänzt. Der Text wurde in den Beschluss übernommen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Köln wird korporatives Mitglied bei Transparency International“ AN/0507/2017

Herr Hegenbarth für die Piraten. - Bitte schön.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg vielleicht - verzeihen Sie mir

das - ein Wort, weil Sie, Frau Hoyer, mich vorhin direkt angesprochen haben. Ich glaube Ihnen persönlich das natürlich in der Form, wie Sie das gesagt haben, aber das, was Ulrich Breite - er ist jetzt leider nicht da - vorhin gesagt hat, bestätigt doch genau das, was ich vorhin gesagt habe, wofür eure Politik steht. Das war es dann auch mit dem FDP-Bashing an der Stelle. - Danke.

Ich komme in einer Rede über Transparency International leider nicht darum herum, kurz über das Wort „Klüngel“ zu sprechen.

„Nehmt mich auf in Euren Klüngel!“, das sagte Kurt Rossa in seiner Antrittsrede als Oberstadtdirektor 1977 hier am gleichen Ort. - Ja, Herr Dr. Keller, das waren noch Zeiten. Ich glaube kaum, dass Sie sich das als Nachnachnachfolger heute so hätten vorstellen können.

Der Rat und die Stadt Köln waren damals übrigens begeistert. Da nehme ich Kurt Rossa wegen seiner durchaus selbstironischen und selbstkritischen Art im Umgang mit diesem Wort zu jener Zeit in Schutz.

Frank Überall definierte „Klüngel“ schon ganz clever vor Jahren in einem seiner Bücher in drei Stufen:

Erstens. Situative Kooperation.

Zweitens. Netzwerke - also so etwas wie Social Media, „Netties“, lokale Facebook-Gruppen, die gehören auch dazu.

Drittens. Korruption.

An dieser dritten Stelle „Korruption“ setzt unser Antrag ein. Wir wollen, dass Köln kooperatives Mitglied bei Transparency International wird.

Zitat:

> Der Zweck des gemeinnützig tätigen Idealvereins ist die weltweite Bekämpfung von Korruption sowie die Prävention von Straftaten, die mit Korruption im Zusammenhang stehen.

So kurz und knapp steht es in Wikipedia.

Bei Transparency International stehen eben nicht wie so oft die spektakulären Einzelfälle im Vordergrund. Ich hoffe in der Redefolge auf keine populistischen Trittbrettfahrer, die meinen, aktuelle oder vergangene Fälle uns hier präsentieren zu müssen.

Uns und Transparency International geht es um viel mehr: um grundsätzliche Schwachstellen in Gesetzen, grundsätzliche Fehler in Institutionen oder Systemen und wie man diese aufdeckt und für Reformen sorgt durch sachlichen Diskurs und hartnäckige Arbeit - was ich persönlich ausgesprochen sympathisch finde.

Die Umsetzung muss natürlich kontrolliert werden, und die Nichtbeachtung von Regeln muss Konsequenzen haben. Diese Regeln sind gar nicht so unübersichtlich.

Die Selbstverpflichtungserklärung für Kommunen als kooperative Mitglieder von Transparency International zählt auf:

Erstens. Klares und sichtbares Bekenntnis von Rat und Verwaltungsleitung. - Das sollte einfach sein.

Zweitens. Vorbildverhalten der Führungskräfte im Umgang mit Interessenkonflikten. - Okay, das sollte eigentlich auch gehen.

Drittens. Die Minimierung des Korruptionsrisikos in allen Fachbereichen durch präventive Organisationsmaßnahmen bei Zuständigkeiten, Befugnissen, Berichtspflichten, Auswahl von Mitarbeitern, Führungskräften und - das ist uns besonders wichtig - beauftragten Gutachtern und Unternehmen.

Viertens. Alle Fachbereiche umfassende Kontrollen, insbesondere von korruptionsgefährdenden Verwaltungs- und Geschäftsprozessen. - Auch das sollte gehen.

Fünftens. Die umfassende Aufklärung und Schulung sowie Verpflichtung der in unserem Auftrag tätigen Gutachter und Unternehmen.

Sechstens. Die gezielte Unterstützung der Aufdeckung und Vermeidung von Verstößen durch Hinweisgebersysteme.

Siebtens - letzter Punkt. Das konsequente Einschreiten in Verdachtsfällen und Sanktionieren von Verstößen durch rechtliche und disziplinarische Maßnahmen.

Halle, Leipzig, Hilden und - eine unserer Lieblingsnachbarstädte - Bonn sowie viele Unternehmen und Organisationen, zum Beispiel die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Eschborn, die Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt am Main, das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel, die Bundesagentur für Arbeit und Nürnberg haben diese Selbstverpflichtungserklärung be-

reits unterzeichnet. Wir würden uns darüber freuen, wenn auch Köln hier mit aufgeführt werden kann und das eben nicht durch ein „Wir haben das doch alles schon irgendwie geregelt“ weggebügelt wird.

Transparency International ist ein unabhängiger, neutraler und hartnäckiger Mahner im Kampf gegen die Korruption. Uns würde es gut stehen, sie an unserer Seite zu haben und so ganz nebenbei den Begriff „Kölscher Klüngel“ weiter ein Stück zu entdämonisieren. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Hegenbarth. - Ich erteile jetzt Herrn Hemsing das Wort, bitte.

Hans-Jochen Hemsing (Rechnungsprüfungsamt): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Korruptionsprävention“ ist ein wesentliches Thema meines Amtes, nämlich des Amtes des Rates der Stadt Köln, und wir beschäftigen uns seit circa 15 Jahren mit diesem Thema.

Auch wenn Sie gesagt haben, das sollte nicht weggebügelt werden, muss ich doch darauf hinweisen, dass der Rat schon vor 15 Jahren einen Maßnahmenkatalog beschlossen hat aufgrund schlechter Erfahrungen, die die Stadt mit diesem Thema gemacht hat. Wir hatten nämlich Korruption, und wir wollten zukünftig nicht mehr korrupt sein und haben deswegen einen Maßnahmenkatalog beschlossen und umgesetzt in der Verwaltung, der, glaube ich, auch beispielgebend in den letzten 15 Jahren war.

Mit Transparency International haben wir bisher nur sehr wenig Kontakt gehabt als RPA. Unsere Kontakte beschränken sich im Prinzip auf den Deutschen Städtetag, auf das Landeskriminalamt oder auch auf andere Strafverfolgungsbehörden. Da findet unser Austausch statt.

Trotzdem kann natürlich auch eine Mitgliedschaft bei Transparency International möglich sein. Das schließe ich nicht aus.

Ich glaube auch, dass die Kriterien, die Sie gerade genannt haben, durchaus von der Stadt erfüllt werden. Man müsste sich das jedoch sicherlich einmal genauer anschauen, ob das in allen Facetten so der Fall ist. Ansonsten müsste sich die Stadt selbst verpflichten, diese dann auch noch umzusetzen.

Ich würde dafür plädieren, sich das noch einmal genauer anzusehen und dann zu entscheiden, ob man Mitglied werden will oder nicht. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Herr Hemsing. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Hemsing, vielen Dank für Ihren Beitrag.

Herr Hemsing ist der einzige Amtsleiter, den wir selbst wählen können. Es ist sozusagen unser Amtsleiter vom Rechnungsprüfungsamt. Das ist unser Amt. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen.

Lieber Kollege Hegenbarth, auf Grundlage der Anregung von Herrn Hemsing muss man sagen, dass dies keine Ablehnung ist, sondern dass er versucht, das im Kontext von verschiedenen anderen Sachen darzustellen.

Die großen Parteien im Rat der Stadt Köln, für die ich jetzt spreche, wären dafür, diesen Antrag in den Rechnungsprüfungsausschuss, in den AVR und in den Finanzausschuss zu verweisen, sodass wir das noch einmal in Ruhe und komplex diskutieren können und diesen Weg dann auch gehen können.

Frau Klug ist auch Mitglied dieser Vereinigung. Insofern werden Sie da auch noch einmal einen Fürsprecher haben. Deswegen der Vorschlag, dass in die Ausschüsse zu verweisen. Es wäre schön, Herr Hegenbarth, wenn Sie dem zustimmen könnten. Ich glaube, dass wir uns im Rechnungsprüfungsausschuss - dafür kann ich sprechen - auf jeden Fall intensiv mit dem Thema beschäftigen können. Es wäre schön, wenn Sie dann auch zu dem Tagesordnungspunkt kommen können. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Detjen, für diesen Vorschlag. Ich sehe schon Zustimmung, beantrage jetzt dennoch die Abstimmung.

Wer gegen den Verweisungsantrag in den Finanzausschuss, RPA und AVR ist, der möge

sich jetzt bitte melden. - Ich sehe niemanden. Wer enthält sich? - Dann ist das somit erledigt. Der Verweisungsantrag steht fest. Damit hat sich der Antrag - wie vorhin erwähnt - erledigt.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Detjen beschließt der Rat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die beteiligten Fachausschüsse

- *Rechnungsprüfungsausschuss*
- *Finanzausschuss*
- *Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales*

zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Wir kommen zu

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neugestaltung der westlichen Domumgebung“ AN/0509/2017

Dazu erteile ich das Wort an Herrn Frenzel bitte.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen kurz unseren Antrag vorstellen, den wir als SPD Ihnen hier vorgelegt haben.

Unsere Oberbürgermeisterin, Frau Reker, hat vor etwa drei Stunden gesagt: Wir sind Domstadt. Köln ist die Domstadt. Das zeigt auch die Identifikation der Bürger dieser Stadt mit einer der großartigsten Kathedralen in Europa.

Ich weiß, dass das nicht bei allen so ist. Der eine oder andere kann mit dem Dom nichts anfangen. Sogar ein Ehrenbürger der Stadt Köln, der inzwischen verstorbene Heinrich Böll, mochte den Dom überhaupt nicht und hat sich immer sehr despektierlich über dieses aus seiner Sicht preußische Machtsymbol geäußert. Ich glaube aber, die meisten Kölner mögen den Dom sehr gern. Nichtsdestotrotz müssen wir heute alle, glaube ich, konstatieren, dass mit dem Dom - wie der Kölner das ganz gern macht - nicht adäquat umgegangen wird.

Das betrifft insbesondere die direkte Umgebung des Doms. Wenn man Touristen dorthin gehen sieht, dann machen Sie beispielsweise gern Fotos von der Kreuzblume. Wenn man aber ein Stück weiter weggeht, beispielsweise in die Straße Burgmauer, dann merkt man auf einmal, dass man in einem Raum ist, von dem man gar nicht denken würde, dass er in der Nähe eines so großartigen Gebäudes ist.

Frau Dr. Schock-Werner, die ehemalige Dombaumeisterin, die auch uns als sachkundige Einwohnerin im Stadtentwicklungsausschuss berät, hat einmal gesagt: Direkt in der Umgebung des Doms, am Dom-Parkhaus, wird das antike Erbe Kölns mit Füßen getreten.

(Zuruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

In der Tat ist das so. Wenn man eine der eindrucksvollsten Reste der antiken Stadtmauer dieser 2.000 Jahre alten Stadt betrachten möchte, dann muss man sich zunächst durch einen Haufen von Fahrrädern durcharbeiten. Hinter einer Blechtür in einem Parkhaus ist dieses großartige Erbe versteckt.

Ich war vor zwei Jahren in Straßburg, als die 1.000-Jahrfeier der Kathedrale von Straßburg mit einem wunderbaren Fest gefeiert wurde. Da konnte man sich vor dem Portal in zahlreiche Straßencafés setzen. Wenn ich das mit dem vergleiche, was wir am Fuße des Doms, rund um den Kardinal-Höffner-Platz und an der Straße Burgmauer feststellen, dann muss ich sagen: Es ist sehr schade, wie wenig wir in Köln aus diesem enormen Potenzial machen.

Wir haben mit Unterstützung von Frau Dr. Schock-Werner auch einen Vororttermin wahrgenommen, um uns die ganze Gegend einmal anzusehen. Es gab aus der Bezirksvertretung verschiedene Initiativen, den ganzen Raum barrierefreier zu gestalten. Wir hatten die Konflikte im Bereich des Domgässchens mit den Fahrradfahrern, die dort durchrauschen, die gleichzeitig auch noch barrierefreier Zugang zur Domplatte sein soll. Wir haben versucht, in diesem Vororttermin einmal zu überlegen: Was könnte man tun, um diesen Platz attraktiv zu gestalten? Sie finden das sehr schön und sehr übersichtlich aufgelistet in unserem Antrag.

Ich möchte noch einmal an die Worte des Dombaumeisters Peter Füssenich erinnern, der kürzlich sagte, dass der Dom als Gesamtkunstwerk von höchster Kraft und Qualität im öffentlichen Raum stehe, doch wenn sich der Besucher umdrehe, entdecke er eine zufällige Versammlung von Treppen, Schildern, Pollern, Fahrradständern, Mülleimern usw., den kaum noch ins Auge fallenden Taubenbrunnen, die Kreuzblume, die Bimmelbahn usw.

Das sind genau die neuralgischen Punkte, die wir mit unserem Antrag aufgegriffen haben. Wir meinen, die Domumgebung verdient mehr Strahlkraft. Sie verdient mehr Qualität im Stadtbild, mehr Aufenthaltsqualität, weniger Barrieren und mehr Respekt gegenüber dem historischen Erbe.

In diesem Sinne möchte ich Sie darum bitten, unseren Antrag zu unterstützen, um hier einen Auftakt zu geben, dass der Rat der Stadt Köln diese Situation anpackt und die Domumgebung attraktiv gestaltet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Frenzel. - Ich darf dem Beigeordneten Höing jetzt das Wort erteilen. Bitte.

Franz-Josef Höing (Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen): Sehr geehrte Bürgermeisterin Frau Scho-Antwerpes! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Frenzel! Wir mögen den Dom auch ziemlich gern. Wir haben, glaube ich, alles an Fotos gemacht, die dort zu machen sind. Wir haben uns, glaube ich, unendlich oft umgedreht in diesen Räumen. Uns ist das alles bekannt.

Ihr Antrag hat ein bisschen etwas von einem Protokoll unseres Lenkungsausschusses „Masterplan“, -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

- in dem wir just vorgestern noch einmal gemeinsam geschaut haben, wie weit es mit der Via Culturalis gediehen ist, in dem wir just vorgestern gesehen haben, dass wir das - nicht nur vom Südportal des Domes nach Süden gedacht bis zu Sankt Maria im Capitol - sehr weit jetzt auch planerisch durchdrungen haben, sondern dass es ganz bewusst auch die Aussage in den bislang vorliegenden Plänen gibt, das nach Norden weiterzudenken.

Wir haben just vorgestern vorgestellt, welche Ideen es dazu gibt, und nicht nur Ideen, sondern auch konkrete Planungen, wie wir jetzt auch durch den Tunnel Johannisstraßen den Breslauer Platz erreichen können. Wir haben zum Breslauer Platz selbst sehr intensiv schon in einem ersten Aufschlag Eckpunkte definiert, in welche Richtung sich dieser Raum auch stadtentwicklungspolitisch weiterentwickeln soll.

Wir haben gemeinsam über eine Perspektive der Marzellenstraße diskutiert. Wir diskutieren als Verwaltung auch eng mit den Eigentümern und Anrainern der Marzellenstraße, das Hotel Excelsior vorn an: Gibt es die Chance, dort eine Immobilien- und Standortgemeinschaft zu arrangieren und zu organisieren? Schaffen wir das möglicherweise bis zum Marzellentunnel, die Verknüpfung zum Eigelstein hinzubekommen?

Wir diskutieren sehr intensiv die Frage: Welche Rolle hat die Komödienstraße als Trittstein Richtung heutigem Standort Stadtmuseum? Wir haben erste Skizzen dazu gemacht, dass der Grünanteil in diesem Raum deutlich vergrößert wird. Heute ist das ein linearer Abstellplatz für Autos und Busse.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Pfui!)

Dieser Raum könnte eine ganz andere Aufenthaltsqualität haben.

Wir diskutieren im Lenkungsausschuss zum Masterplan intensiv darüber, eine neue Maßstabsebene einzuführen. Sogenannte Lupenräume haben wir definiert, zu denen die Komödienstraße zählt und in die auch die Burgmauer einbezogen ist.

Wir diskutieren das weiter bis zum Appellhofplatz, der ursprünglich ein fantastischer Platz einmal war, gefühlt unendlich weit vom Dom entfernt liegt und heute eigentlich nur noch eine von mehr oder weniger schönen Häusern gesäumte Abfahrt zu einer Tiefgarage des WDR ist.

Wir diskutieren auch über die Gürzenichstraße: Wie viele Bäume verträgt sie? Wir diskutieren das auch an vielen anderen Stellen und sozusagen an den Nahtstellen zu den angrenzenden Quartieren.

Ich möchte damit eigentlich sagen: Ich wüsste nicht, welchen Fleck wir nicht auf dem Radar hätten. Und in Teilen sind wir da planerisch sehr weit gediehen. Sie wissen, wir bekommen Bundesmittel aus diesem Programm „National wichtige Städtebauprojekte“, immerhin 5 Millionen Euro. Wir haben das im Haushalt kofinanziert.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich glaube, keiner kann etwas gegen diese Anliegen haben. Wir haben sie aber alle im Moment planerisch auf unseren Tischen, und wir diskutieren sie in vielerlei Runden auch gemeinsam. Insofern: Innerlich absolut d'accord, doch ich frage mich, ob man noch einmal beschließen muss, dass die Verwaltung sich in Gang setzt. Da hätte ich ein gewisses Störgefühl. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Höing. - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Frenzel, wir haben ja heute noch andere Themen, die wir aus stadtentwicklungspolitischer Sicht auf den Weg bringen wollten, deswegen zeige ich das nur kurz einmal hoch. Das ist eine Speisekarte von Imperia Express. Das ist ein Schnellimbiss, der unter anderem italienische, mexikanische, chinesische und indische Speisen serviert.

Jetzt fragen Sie sich: Was erzählt er für einen Blödsinn? - So kommt mir Ihr Antrag vor. So ein paar städtebauliche Beliebigkeiten und Selbstverständlichkeiten, die Sie hier formulieren, und dann gießen Sie noch in Ihrer Kleinteiligkeit zum Schluss - das ist wahrscheinlich der Lieferservice - die Bürgerbeteiligung darüber. Man fragt sich nur, warum. Ihr wisst doch alles besser; ihr schreibt da hinein, dass da irgendwelche Quader verschwinden sollen, ihr schreibt da „Barrierefreiheit“ hinein, die völlig selbstverständlich ist. - Herr Höing hat es gerade ausgeführt.

Das ist also ein Sammelsurium, was man hier irgendwie online oder per Telefon bestellen kann. Das reißt keinen vom Hocker.

Ganz ehrlich, auch, was den Umgang miteinander betrifft: Wir sitzen gestern stundenlang im Lenkungskreis „Masterplan“ zusammen und diskutieren gerade darüber, wie wir noch einmal dieses Thema „Via Culturalis“ anders in der Öffentlichkeit verorten, wie wir das transportieren können, wie wir das kommunizieren können, damit das einer breiteren Öffentlichkeit Spaß macht oder dass das verstanden wird, was für eine Mystik - da zitiere ich Sie, Herr Kollege Frenzel - und welche Spannung in diesem historischen Band liegt.

Ganz ehrlich, Ihr Antrag wird seitens der Verwaltung bearbeitet und hat sich daher aus meiner Sicht erledigt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Frau Pakulat, bitte.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mein Dank erst einmal an Herrn Höing für die Darstellung der existierenden Beschlüsse und Vorgänge zur Domumgebung. Es ist dadurch auch sehr deutlich geworden, wie intensiv sich Rat und Verwaltung in den letzten Jahren mit dieser sehr komplexen städtebaulichen Herausforderung beschäftigt haben und wie viele Arbeitsaufträge und Konzepte es dazu schon gibt.

Nun könnte ich auch noch ein Dankeschön an die SPD anschließen, die alle Komponenten und Probleme zu diesem Thema so wunderbar zusammengefasst hat - „schön aufgelistet“, wie Herr Frenzel ganz richtig gesagt hat, und das sogar ganzheitlich. Die SPD hat jetzt das Wort „ganzheitlich“ entdeckt.

Vier Seiten Inhaltsangaben aus bereits laufenden Vorgängen und Konzepten. Wenn der Rat Fleißkärtchen zu vergeben hätte, dann hätte die SPD nun sicher eines verdient.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings fragt man sich schon, wo sich die SPD eigentlich während all dieser langen Sitzungen herumgetrieben hat, in denen über Teilaspekte der westlichen Domumgebung diskutiert worden ist. Ich bitte Sie, mit dem Thema „Komödienstraße und Reisebusse“ beschäftigen sich Ratsausschüsse und Verwaltung doch schon seit Jahren, jedenfalls sehr viel länger, als ich Mitglied in diesem Gremium bin.

Im Masterplan Innenstadt ist sie zu einer der beschrieben Lupenräume geworden. Und dann der barrierefreie Zugang zur Domplatte: Dazu gab es noch im Dezember 2016 einen Beschluss im Sozialausschuss.

Das große Rätsel bleibt: Warum weiß die SPD das alles nicht mehr? Wo war die SPD während all dieser laufenden Beratungen und Planungen, oder was hat sie eigentlich währenddessen gemacht, dass sie anscheinend nicht mitbekommen hat, was so alles in der Stadtentwicklung läuft? Oder ist es gar Absicht, dass Sie all Ihre Energie dafür verwenden, bestehende Beschlussvorlagen des Rates zu einem bestimmten Thema zusammenzufassen und mit anderen Worten oder sogar den gleichen Worten noch einmal zu beschreiben und das Ganze dann einen Antrag zu nennen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Schule heißt so etwas „Nacherzählung“.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das war dann aber Meilen entfernt von einem kreativen Aufsatz.

Liebe SPD, wir verstehen ja alle - das wurde heute auch schon öfter gesagt -, es sind Wahlkampfzeiten und ihr wollt euch mit irgendetwas profilieren.

(Peter Kron [SPD]: Erzählt mal etwas Neues, mein Gott!)

Aber könnt ihr euch nicht einmal etwas Neues ausdenken, statt unser aller Zeit damit zu verschwenden, laufende Vorgänge als eigene Ideen auszugeben und als Anträge zu deklarieren?

(Zuruf von der SPD: Würde es Ihnen was ausmachen, mal inhaltlich etwas zu sagen?)

Beschlüsse werden nicht dadurch besser oder wahrhaftiger, dass man sie zweimal fasst. Im Gegenteil. Wir würden unsere eigene Ratsarbeit ad absurdum führen, wenn wir so vorgehen würden.

Kurz und gut, mehr möchte ich jetzt gar nicht dazu sagen:

(Beifall und Zurufe der SPD)

Für uns hat sich der Antrag - wenn ich aber noch ausreden dürfte - durch die bereits bestehenden Beschlüsse und Konzepte erledigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Frau Pakulat. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Ich mache das einmal hier vom Platz aus.

Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe antragstellende SPD-Fraktion! Ich will jetzt nicht mit solchen starken Worten wie meine Vorrednerinnen und Vorredner hier auftreten, -

(Peter Kron [SPD]: Ganz stark!)

- sondern ich möchte versuchen, die Debatte in eine konstruktive Bahn zu lenken.

Dieser Antrag hat ja den einen oder anderen sehr interessanten Aspekt, der unserer Auffassung nach auch noch einmal genau beleuchtet werden müsste. Andererseits ist doch wirklich eindeutig feststellbar, dass so ein komplexer und detaillierter Antrag für dieses Gremium nicht unbedingt geeignet ist. - Das Thema haben wir nachher noch einmal. Nachher rege ich mich auf, jetzt bin ich ganz locker.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich würde darum bitten, dass man diesen Antrag jetzt nicht direkt für erledigt erklärt, sondern dass man das, was Herr Höing soeben gesagt hat, noch einmal in einem Vortrag im Stadtentwicklungsausschuss darlegt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir waren doch gestern erst zusammen!)

- Ja. Dann müsste man sich überlegen: Was ist an diesem Antrag tatsächlich noch einmal so wertvoll, so wichtig, dass man ihn tatsächlich -dann allerdings im Stadtentwicklungsausschuss - bearbeiten und diskutieren kann?

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir beantragen, diesen Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss zu überweisen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin, ich mache das auch direkt von hier.

Es ehrt Sie ja, Herr Weisenstein, dass Sie versuchen, der SPD noch etwas herüberzuretten, aber leider ist es eher so, wie Frau Pakulat es dargestellt hat: Das ist so ein Antrag, zu dem man sich denkt: „Herr Lehrer, ich weiß etwas!“, und dann wurde alles zusammengeschrieben, worüber wir - Herr Höing hat das dargestellt - schon häufig gesprochen haben.

Wenn man so als Anekdote hier herauszitiert: Der barrierefreie Zugang zur Domplatte und die Verlagerung der Touristenbusse von der Komödienstraße - Sie können wahrscheinlich jeden draußen fragen, auch jeden Ihrer Kollegen aus welchem Ausschuss oder welcher Bezirksvertretung auch immer -, das sind Probleme, die man besprechen muss; dafür brauchen wir keinen derartigen Antrag.

Wir haben in diesen Bereichen, was die Gestaltung der Domumgebung angeht, eben kein Beschlussdefizit, sondern wir haben ein Umsetzungsdefizit. Dafür kann noch nicht einmal die Verwaltung etwas. Es fehlt Personal, es fehlt Geld. Deswegen sind wir froh, dass wir jetzt für die Via Culturalis Mittel des Bundes bekommen haben, die wir hier einsetzen können. Ansonsten - Herr Höing hat das gesagt - sind die Ideen zahlreich, was man machen kann, aber eine solche Zusammenfassung brauchen wir hier sicherlich nicht.

Wenn es einzelne Aspekte gibt, die man noch einmal in irgendeiner Debatte verstärken kann, hat man im Stadtentwicklungsausschuss, in der Lenkungsgruppe „Masterplan“, in der Bezirksvertretung Innenstadt ausreichend Möglichkeiten dazu, sodass wir jetzt hier die Verwaltung nicht in der weiteren Arbeit mit so einem Beschluss hemmen müssen. Deswegen halte ich ihn auch für erledigt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Sterck. - Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war ja heute wieder ein tolles Schauspiel von Debattenkultur. Das sollte man sich eigentlich draußen an den Bildschirmen nicht ansehen müssen.

Sehr geehrter Herr Höing, ich habe Sie immer geschätzt für Ihre hanseatische Gelassenheit, für Ihre Beredtheit. Ich stelle nun noch eine weitere Qualität an Ihnen fest, die ich bisher so noch gar nicht kannte: Sie verkörpern auch durchaus kölsche Prinzipien. Das eine ist: Das haben wir schon immer so gemacht! Das Zweite ist: Das brauchen wir nicht! Und das Dritte ist: Was soll denn der Driss?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Und fort damit!)

- Und fort damit, ja.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das hat er gar nicht gesagt!)

Ich bin wirklich erstaunt, Herr Höing. Wenn Sie jetzt von dieser Aufzählung sprechen - ich kann das ja verstehen, Sie haben da auch eine lange Aufzählung gegeben, Sie haben viel zu tun, und ich habe mir auch noch einmal herausgesucht, was das alles ist. Dazu gibt es ja diese Karte, die wir alle heute auf den Platz bekommen haben.

Das Interessante an dieser Karte ist: Wir reden nicht von der östlichen Domumgebung - die haben wir tatsächlich schon gemacht. Wir reden hier in diesem Antrag von der westlichen Domumgebung. Die ist genau auf der anderen Seite.

(Lachen und Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Die liegt hier auf dem Plan genau zwischen dem Punkt 1 und 6. - Alles, was die Verwaltung bereits macht, ist hier drin gut bebildert.

(Nilas Kienitz [CDU]: Moment, wo ist jetzt Norden? - Zuruf: Immer an derselben Stelle!)

Da ist nämlich kein Punkt an der Stelle, für die wir den Antrag gestellt haben.

(Beifall bei der SPD - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wahrscheinlich war es nicht zum Masterplan!)

Insofern, meine Herrschaften, ich wundere mich wirklich über diese Vorträge wie von Herrn Kienitz mit dem Pizzaservice. Ich gehe lieber statt mit Pizzaprospekten mit dem Masterplan herum.

(Zurufe beim Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Beifall bei der SPD)

So, wie der Pizzaservice sieht auch die Domumgebung westlich des Doms heute aus,

Herr Kienitz. Ich muss Sie an einer Stelle korrigieren: Wir haben dazu bisher keine Beschlusslage. Wir haben - auf Seite 45 des Masterplans können Sie das nachlesen - eine Kernzone mit Via Culturalis, Via Sacra, Kulturdiagonale, Einkaufsrundgang, archäologische Zone.

Der Tunnel Johannisstraße zum Breslauer Platz ist wieder östlich, nicht westlich, wovon wir in unserem Antrag sprechen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wo ist Norden?)

Und, Frau Pakulat, die Komödienstraße mit den Reisebussen ist tatsächlich darin, die haben wir aber der Vollständigkeit halber mit aufgenommen, weil wir denken, dass sie in unserem Konzept etwas zu suchen hat. Natürlich wissen wir das, liebe Frau Pakulat. Wir waren ja auch mit Ihnen in den Gremien. Doch so, wie Sie das dargestellt haben, dazu kann ich nur noch sagen: Es ist wirklich eine Arroganz der Macht, mit der Sie hier mittlerweile argumentieren, die sich nicht mehr inhaltlich mit Argumenten auseinandersetzt, -

(Beifall bei der SPD - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das sagen die Richtigen hier!)

- und das ist auch etwas, was die Bürger dieser Stadt nicht mehr verstehen.

Wenn eine ehemalige Dombaumeisterin, Frau Barbara Schock-Werner, mir noch auf diesen Antrag hin schreibt: „Das ist toll“ und „findet meine volle Unterstützung“, dann kann ich mich nur darüber wundern, wie Sie sich hier aufführen.

(Zuruf von Bernd Petelkau [CDU] - Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Köln muss sein antikes Erbe, aber auch das Mittelalter und selbst die preußischen Domtürme achten.

Frau Dr. Schock-Werner hat einmal gesagt: „Das Tolle in Köln ist, dass man mit dem Fahrstuhl in die Römerzeit fahren kann“, und hat an das Buch von Rudolf Pörtner aus ihrer Jugendzeit erinnert. Ich habe das Buch auch gelesen als Jugendlicher, und ich muss sagen, ich war davon auch begeistert. Ich wusste gar nicht, wo das ist, dass das hier direkt am Rathaus ist. Viele Menschen wissen nicht, was hier für Schätze in der Erde sind. Das, glaube ich, müssen wir mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes tatsächlich wieder vernünftig herauskehren.

Die Domumgebung - ich sage das noch einmal - verdient mehr Strahlkraft, sie verdient mehr Qualität im Stadtbild, mehr Aufenthaltsqualität, weniger Barrieren und mehr Respekt gegenüber dem historischen Erbe und auch bei den Wortbeiträgen, wenn wir darüber diskutieren. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Frenzel. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Vielleicht, bevor ich den Geschäftsordnungsantrag noch einmal konkret stelle, noch zwei Anmerkungen.

Das Erste ist, dass wir doch eigentlich glücklich sein sollten, Herr Frenzel, wenn sich Beigeordnete in Köln integrieren. Ich meine, wir wären für Integration.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch ein Lob für ihn.

Jetzt einmal ernsthaft: Alle Gegenstände, die Sie in Ihrem Antrag genannt haben, sind längst in Planungen der Verwaltung, in diversen Mitteilungen, Stellungnahmen und Vorlagen über die letzten Jahre beinhaltet. Man muss nur lesen können. Insofern ist das, was Sie machen, ein Plagiat. Nicht mehr und nicht weniger.

(Niklas Kienitz [CDU]: Richtig! - Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb haben die Kollegen das auch ausgeführt und kritisiert. Wir haben uns inhaltlich damit auseinandergesetzt. Es ist auch keine Arroganz der Macht, wir leiden nicht unter Demenz -

(Lachen und Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen und Beifall bei der CDU)

- und müssen sozusagen ständig beschließen, was wir schon letzten Monat beschlossen haben. Weil das so ist, ist es auch angebracht, nach § 17 Abs. 1b den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt hiermit zu beantragen. Das beantrage ich hiermit, weil es in dieser Frage keiner Beschlüsse bedarf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Frank. - Das mit der Demenz, das möchte ich irgendwie gestrichen haben. Das passt nicht so ganz, weil man darüber keine Witze macht. Das steckt dahinter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind auch keine Witze!)

- Nein, das ist auch nicht witzig.

Der Antrag auf Erledigung wurde gestellt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt!)

- Das ist dasselbe.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Erledigung des Antrags. Wer ist dagegen? - Das ist die SPD, das ist die Linke. Wer enthält sich? - Das sind die Freien Wähler, Herr Hegenbarth und die Piraten. Dann ist diesem Antrag auf Erledigung stattgegeben.

Dann war es das.

Beschluss:

Nachdem von mehreren Ratsmitgliedern geäußert wurde, dass die Sache ihrer Ansicht nach erledigt sei, beantragt Ratsmitglied Frank gemäß § 17 Absatz 1 Buchstabe b) der Geschäftsordnung Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann kommen wir zu den Anfragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Zusammenarbeit der Stadt mit DITIB“ AN/0257/2017

Antwort der Verwaltung vom 21.03.2017 0851/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es noch Nachfragen dazu? - Das, sehe ich, ist nicht der Fall.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten der Einsätze Silvesternacht 2015/2016 und 2016/2017 und Karnevalswoche 2016/2017" AN/0504/2017

Diese Angelegenheit wird von der AfD-Fraktion zurückgezogen. Die Behandlung soll erst in der folgenden Ratssitzung erfolgen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann kommen wir zu

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Transferaufwendungen ‚Antirassismus-Training‘ im Haushaltsplan 2016/2017“ AN/0505/2017

Antwort der Verwaltung vom 03.04.2017 1008/2017

Dazu liegt auch die Antwort vor. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Da sehe ich keine Wortmeldungen.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0514/2017

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Die Beantwortung braucht noch etwas Zeit. Die Antwort wird daher zur nächsten Sitzung kommen. - Bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.): Das ist immer eine traditionelle Anfrage. Die Fragen sind der Verwaltung bekannt, deswegen gehen wir davon aus, dass wir in der Mai-Sitzung die Antworten erhalten. Alles andere wäre nicht schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Detjen. - So war es auch vorgetragen.

Die Beantwortung wird bis zur folgenden Ratssitzung – am 18.05.2017 - zurückgestellt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann kommen wir zu

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Verzögerungen bei der Radverbindung Niehler Gürtel“ AN/0513/2017

Antwort der Verwaltung vom 03.04.2017 1053/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Herr Weisenstein hat eine Nachfrage. - Bitte schön.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin, ich habe tatsächlich zwei Nachfragen.

Die Verwaltung antwortet auf unsere Frage, dass die Radweg- und Fußwegplanung auf dem Niehler Gürtel im Frühjahr dieses Jahres vorliegen wird. Wir haben im Frühjahr nur eine Verkehrsausschusssitzung und eine Ratssitzung. Können wir uns denn darauf verlassen, dass tatsächlich im Mai die Vorlage kommen wird? Denn danach ist Sommer.

Dann hätte ich noch eine Frage, und zwar wurde am 10.05. hier beschlossen, dass eine Planung für einen Rad- und Fußweg vorzulegen ist. Das Büro wurde aber erst am 15.08., also geschlagene drei Monate später, mit der Planung überhaupt erst beauftragt. Kann man das erläutern, warum drei Monate vergehen, wenn der Ratsbeschluss da ist?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Frau Abgeordnete Blome, möchten Sie die beiden Fragen jetzt beantworten?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Sie ist Beigeordnete! - Niklas Kienitz [CDU]: Wir sind nicht im Bundestag!)

- Die Beigeordnete. Sie hat mich richtig verstanden, und sie antwortet jetzt.

Andrea Blome (Dezernat Mobilität und Verkehrsinfrastruktur): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Weisenstein, das Frühjahr geht durchaus bis in den Juni, bis zum Sommeranfang. Damit möchte ich ausdrücken, dass die Vorlage im Mai noch nicht kommen wird.

Zu der anderen Frage: Die Verwaltung hat dazu geantwortet. Das steht darin. Darüber hinaus kann ich Ihnen nichts weiter sagen. Der Vorgang befindet sich noch in der amtsinternen Bearbeitung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Frau Blome.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Warum steht „Frühjahr“ drin, wenn jetzt schon klar ist, dass es im Sommer kommt? Das ist nicht nachvollziehbar!)

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

Frau Beigeordnete Blome beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Weisenstein.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann kommen wir zu

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Rechtsberatung OB Reker“ AN/0522/2017

Die Anfrage wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet.

Die Beantwortung dieser Angelegenheit wird bis zur folgenden Sitzung des Rates – am 18.05.2017 – zurückgestellt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann kommen wir zu

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand“ AN/0526/2017

Dazu gibt es auch keine Nachfragen. Die Antwort kommt auch zur nächsten Sitzung.

Die Beantwortung dieser Angelegenheit wird bis zur folgenden Sitzung des Rates – am 18.05.2017 – zurückgestellt.

4.8 Anfrage der Piraten Gruppe betreffend „Hate-Speech, Mobbing und Hasskriminalität in Köln“ AN/0529/2017

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Die kurzfristig eingegangene Anfrage wird voraussichtlich zur nächsten Ratssitzung beantwortet. Gut.

Die Beantwortung dieser Angelegenheit wird bis zur folgenden Sitzung des Rates – am 18.05.2017 – zurückgestellt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann kommen wir zu 5.1., den Anregungen.

(Jörg Detjen (Die Linke.): 4.9! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hat gesagt, es wird zur nächsten Sitzung beantwortet! - Niklas Kienitz [CDU]: Das war 4.8!)

- Entschuldigung, ich habe eine nicht aktuelle Fassung.

4.9 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Rheinboulevard - verkommt Kölns Flaniermeile zum Krawall-Brennpunkt?“ AN/0552/2017

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann bitte ich jetzt Herrn Stadtdirektor Dr. Keller die Anfrage der Fraktionen CDU/, Bündnis 90/Die Grünen zum Rheinboulevard unter 4.9 zu beantworten.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anfrage ist sehr kurzfristig gestellt worden, deshalb kann ich sie an dieser Stelle noch nicht ausführlich beantworten. Wir werden das selbstverständlich nachreichen für die nächste Sitzung.

Ich würde aber, weil gerade heute Morgen ein Abstimmungsgespräch mit der Polizei stattgefunden hat und dazu die Verwaltung auch eine Reihe von Presseanfragen im Laufe des Tages beantworten musste, Ihnen die Ergebnisse dieses Termins gern hier bekannt geben. Wir können, wie gesagt, nicht auf die Fragen im Einzelnen eingehen. Ich denke aber, die Informationen sollte die Verwaltung auch dem Rat nicht vorenthalten, weil wir, wie gesagt, sie auch im Laufe des Tages aufgrund der vielen Anfragen an die Presse kommunizieren mussten.

Wir haben uns mit der Polizei darauf verständigt, dass wir die Präsenz in diesem Bereich massiv erhöhen werden und dass wir auch gemeinsam zwischen Polizei und Ordnungsdienst entsprechende Streifen einrichten werden. In welchen Schichtmodellen und in welcher Intensität, das wird in den nächsten wenigen Tagen noch konkretisiert werden.

Stadt und Polizei waren aber beide der Auffassung, dass wir hier sozusagen deutlich Präsenz zeigen müssen, um eine Verfestigung der Zustände, die wir dort zurzeit anzutreffen haben, zu vermeiden.

Wir werden Abfallbehälter aufstellen. Wir werden für eine ausreichende Ausleuchtungsmöglichkeit der Treppensituation sorgen und das zunächst temporär, aber mittelfristig auch über eine dauerhafte Beleuchtungsanlage. Wir werden uns um das Thema öffentliche Toiletten in diesem Bereich kümmern, weil auch das ein Problem ist, das uns von vielen Anwohnern gespiegelt worden ist, und wir werden zu guter Letzt auch als flankierende Maßnahme im Wege einer Allgemeinverfügung ein sogenanntes Shisha-Verbot an dieser Stelle verhängen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden sozusagen an den Zugängen zum Rheinboulevard auch durch entsprechende Hinweisschilder auf die „Hausordnung“, eben darauf, was erlaubt und was nicht erlaubt ist, hinweisen.

Das ist sozusagen das Päckchen oder Paket - wie man es auch immer nennen will -, das wir heute Morgen gemeinsam geschnürt haben. Wie gesagt, die Anfrage, die schriftlich gestellt worden ist, werden wir selbstverständlich für die nächste Sitzung noch einmal ausführlich beantworten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Herzlichen Dank, Herr Stadtdirektor. - Dann gehen wir in der Tagesordnung weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller berichtet aus einer Besprechung, die er in der Angelegenheit mit der Polizei hatte und kündigt die Beantwortung für die Folgesitzung des Rates – am 18.05.2017 – an.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln
0593/2017

Da kann die Abstimmung wie im Kulturausschuss vollzogen werden. Sind alle damit einverstanden? - Ich sehe keine Wortmeldungen dazu. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so abgestimmt wie im Kulturausschuss.

Dann rufe ich Punkt 7 auf.

(Zuruf: Wir müssen noch einmal zurück! Die Gegenstimmen haben wir nicht abgefragt!)

- Na ja, ich habe positiv abgefragt. Da gab es keine Gegenstimmen. - Es gab keine Gegenstimmen bei 6.1.1?

(Niklas Kienitz [CDU]: Zutreffend!)

- Genau. Okay, das ist angekommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 21.03.2017:

Der Rat beschließt mit den nachfolgenden Änderungen die als Anlage1 beigefügte Neufassung der „Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln“

§ 3 Abs. 1 wird in Punkt b) wie folgt geändert:

Über die Verleihung des Preises entscheidet unter Ausschluss des Rechtsweges eine Jury, der angehören:

b) jeweils ein Vertreter der stimmberechtigen Fraktionen im Kulturausschuss.

In § 3 Abs. 1 werden die Ziffern e) bis g) gestrichen und durch eine neue Ziffer e) ersetzt. Diese lautet: Sachverständige, deren Anzahl der Zahl der Vertreter der stimmberechtigten Fraktionen im Kulturausschuss entspricht. Diese setzen sich aus einem der Direktoren des Instituts für deutsche Sprache und Literatur an der Universität zu Köln sowie Autoren und Literaturkritikern zusammen.

Die am 01.02.2011 beschlossene Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe nochmals auf Tagesordnungspunkt

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj. 2016 und 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017. 0373/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 06.12.2016 bis 14.03.2017 für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2016 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 4.228,22 EUR in Teilplan 0203 in Zeile 14 (bilanzielle Abschreibungen)

Deckung:

Wenigeraufwendungen i. H. v. 3.452,93 EUR in Teilplan 0801 in Zeile 15 (Transferaufwendungen) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 775,29 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

2. 90.000,00 EUR in Teilplan 0207 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung:

Mehrertrag i. H. v. 90.000,00 EUR in Teilplan 0207 in Zeile 4 (öffentlich – rechtliche Leistungsentgelte)

3. 1.500.000,37 EUR in Teilplan 1302 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung:

Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.200.000,00 EUR in Teilplan 1202 in Zeile 15 (Transferaufwendungen) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 300.000,37 EUR in Teilplan 1202 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2016 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für

Investitionen

1. 30.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen);

Finanzstelle 5100-0604-0-2002

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 30.000,00 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 13 (Aufwendungen für

Sach- und Dienstleistungen)

2. 30.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen);

Finanzstelle 5100-0604-0-2002

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 30.000,00 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 13 (Aufwendungen für

Sach- und Dienstleistungen)

3. 5.000,00 EUR in Teilplan 1201 in Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen);

Finanzstelle 6601-1201-0-0100

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 5.000,00 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 13 (Aufwendungen für

Sach- und Dienstleistungen)

4. 141,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen);

Finanzstelle 0000-0504-0-0001

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 141,00 EUR in Teilplan 0501 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb

von beweglichem Anlagevermögen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2017 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für

Investitionen

1. 50.000,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen

Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0504-0-0001

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 50.000,00 EUR in Teilplan 1004 in Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen)

2. 61.200,00 EUR in Teilplan 0208 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen

Anlagevermögen); Finanzstelle 0213-0208-0-0001

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 61.200,00 EUR in Teilplan 0207 in Zeile 9 (Auszahlung für den

Erwerb von beweglichen Anlagevermögen)

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Wir sind angekommen bei Tagesordnungspunkt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
2174/2016

Zu 10.1 gibt es keine Wortmeldungen. Da ist auch einstimmig zugestimmt worden von allen Seiten. Dann stimmen wir darüber ab. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Die gibt es nicht. Dann ist 10.1 auch so positiv beschieden.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird aufgefordert die Empfehlungen in die anzustellenden Überlegungen zur Konsolidierung des Haushalts einzubeziehen.

Dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales ist regelmäßig über die Umsetzung der von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW getroffenen Feststellungen und Empfehlungen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe auf

10.2 Überörtliche Prüfung der Informationstechnik der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
2178/2016

Da ist es genauso. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch 10.2 einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird aufgefordert die Empfehlungen in die anzustellenden Überlegungen zur Konsolidierung des Haushalts einzubeziehen sowie eine gesamtstädtisch abgestimmte IT- und Digitalisierungsstrategie zu entwickeln.

Dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales sowie dem Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation ist regelmäßig über die Umsetzung der von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW getroffenen Feststellungen und Empfehlungen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann rufe ich auf

10.3 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten 2181/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.
AN/0559/2017

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Plus Ergänzungsantrag!)

Dazu gibt es einen Änderungsantrag von SPD, CDU, Grüne und Linke. Dazu gibt es eine Wortmeldung -

(Zurufe: Oh nein!)

- von Herrn Weisenstein.

(Zurufe: Nein!)

Nein? - Dann nicht, okay. Dann stimmen wir über den Änderungsantrag zuerst ab.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber ein Ergänzungsantrag zum StEA! Das ist wichtig! Das wird angehängt! - Niklas Kienitz [CDU]: Ja, deswegen: Ergänzung!)

- Ja, richtig. Ergänzung zu StEA, Anlage 4. Ich lasse darüber abstimmen: Wer ist dagegen? - Die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Über die ursprüngliche Vorlage in der eben geänderten Fassung, Anlage 4 wie im StEA, lasse ich jetzt auch abstimmen. Wer ist dagegen? - Die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgestimmt.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DieLinke.:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Fassung der Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses vom 30.03.2017 wird in Ziff. 3 um folgenden Satz 2 ergänzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, analog der Regelung im Berliner Zweckentfremdungsverbotsgesetz die Zulässigkeit der Aufnahme einer Regelung in die Wohnraumschutzsatzung zu prüfen und ggf. zu erarbeiten, die den Bestandsschutz für vor dem 01.07.2014 zulässig vermietete Ferienwohnungen kurzfristig abschafft.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 30.03.2017 einschließlich der Änderung aus Ziffer I des aktuellen Ratsbeschlusses:

1. *In Anbetracht des fortbestehenden erhöhten Wohnungsbedarfs in Köln und im Interesse der Rechts- und Planungssicherheit für die Wohnungswirtschaft beschließt der Rat die Fortführung der Aufgaben aus der Wohnraumschutzsatzung vom 17.06.2014. Die Wohnraumschutzsatzung tritt gemäß § 14 am 30.06.2019 außer Kraft. Die Verwaltung legt dem Rat zur ersten Ratssitzung 2019 eine Vorlage zur Entscheidung über die Fortführung dieser Aufgaben vor. Dabei informiert sie über die Gesamtergebnisse und trifft eine aktualisierte Aussage über den Wohnungsbedarf in Köln.*

2. *Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, eine Erhebung des Bestandes an Ferienwohnungen in Köln erstellen zu lassen. Dabei ist nach Angeboten zu differenzieren, die konform zur Wohnraumschutzsatzung bestehen und Angeboten, die nicht der Wohnraumschutzsatzung entspre-*

chen. Die Dauer der Erhebung ist auf maximal drei Monate zu beschränken, so dass die Ergebnisse vor den Sommerferien präsentiert werden können.

Parallel zur Erhebung sind die juristischen Schritte und Möglichkeiten – in Zusammenarbeit von Wohnungsamt, Bauaufsicht und Steueramt - zur Eindämmung von nicht ‚wohnraumschutzssatzungkonformen' Ferienwohnungen (z. B. durch rückwirkende Geltung der Wohnraumschutzsatzung) zu prüfen.

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, analog der Regelung im Berliner Zweckentfremdungsverbotsgesetz die Zulässigkeit der Aufnahme einer Regelung in die Wohnraumschutzsatzung zu prüfen und ggf. zu erarbeiten, die den Bestandsschutz für vor dem 01.07.2014 zulässig vermietete Ferienwohnungen kurzfristig abschafft.*

4. *Neben der Erhebung des Bestandes an Ferienwohnungen und möglicher juristischer Schritte ist ein Vergleich mit geeigneten anderen Städten im In- und Ausland (insbesondere in Bezug auf den Personaleinsatz der Ahndung von Verstößen gegen die Wohnraumschutzsatzung im Zusammenhang mit Ferienwohnungen und die Erhebung von Bußgeldern) vorzulegen.*

5. *Parallel dazu wird die Verwaltung beauftragt, auf Ferienwohnungsvermittler, wie z.B. Airbnb, zuzugehen, um über die bereits bestehenden Möglichkeiten der Wohnraumschutzsatzung hinaus auch auf vertragsrechtlichem Wege eine Begrenzung der Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnungen zu erreichen. Dabei kann das Zusammenwirken der Stadt Amsterdam und Airbnb als Beispiel dienen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.4 Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln (GAFin)
4378/2016

Die 10.4 rufe ich auf. (Kenntnisnahme)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Neufassung der Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln (GAFin) zur Kenntnis.

10.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 250 Parkscheinautomaten (PSA)
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0273/2017

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Es war im Verkehrs- und Finanzausschuss einstimmig. Schauen wir hier: Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist die AfD. Dann ist dieser Antrag hier einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 250 Parkscheinautomaten mit Gesamtkosten in Höhe von 1.350.000 € fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.*

2. *Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 350.000 € sowie einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2018 in Höhe von 700.000 € und einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 in Höhe von 300.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.6 Teilnahme der Stadt Köln am kommunalen Förderprogramm „NRWeltoffen"

0655/2017

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Kollegen und Kolleginnen, gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.6 auch einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Teilnahme der Stadt Köln am kommunalen Förderprogramm „NRWeltoffen". Die in diesem Programm entwickelten Maßnahmen werden unter der Federführung des NS-Dokumentationszentrums durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe auf

10.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
0691/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.7 einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2017 Mittel für Antirassismus-Training 2017 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget" gemäß Ratsbeschluss vom 20.12.2016 (Vorlage 3686/2016) in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training zu verwenden, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

Der Rat beschließt, aus diesen Mitteln in einem ersten Schritt Mittel in Höhe von 12.000 € an zwei Träger gemäß Anlage 1 zu vergeben.

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 38.000 € werden in weiteren Schritten vergeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe auf

10.8 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Josef-Kallscheuer-Straße, 50999 Köln-Sürth, zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
0928/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.8 einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Josef-Kallscheuer-Str., 50999 Köln-Sürth, Gemarkung: Rondorf Land, Flur 17, Flurstück 1901, mit 15 Wohnungen und 1220,49 m² Wohnfläche zustimmend zur Kenntnis und beschließt den Neubau des Wohnhauses in konventioneller Bauweise mit investiven Herstellungskosten in Höhe von 3.243.262,48 € (incl. bereits verausgabter Planungskosten in Höhe von ca. 135.000 €).

Der Rat beschließt die Freigabe der noch zur Verfügung stehenden Mittel im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-2-5124, Neubau Josef-Kallscheuer-Str. im Hj. 2017 in Höhe von 2.375.315,47 €. Die darüber hinaus benötigten Mittel in Höhe von 732.947,01 € werden im Hj. 2017 bei der o.g. Finanzstelle durch Sollumbuchung innerhalb des gleichen Teilfinanzplans und der gleichen Teilfinanzplanzeile von Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH in Systembauweise, zugesetzt.

Für die im Haushaltsjahr 2017 entstehenden konsumtiven Mehrbedarfe in Höhe von 3.500 € stehen im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 16 -sonstige ordentliche Aufwendungen in entsprechender Höhe bereit.

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Bauvorhaben umzusetzen. Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die für die Inventarerstbeschaffung erforderlichen Mittel in Höhe von 38.181,71 € bei der Haushaltsplanung 2018 ff. zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe auf

10.9 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln
3494/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT
AN/0542/2017

Dazu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ja, bitte schön, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Wir haben heute ein lachendes und ein weinendes Auge. Wir freuen uns, dass es in Zukunft endlich - nachdem wir nun schon einige Jahre streamen - zu entscheidenden Qualitätsverbesserungen kommen wird. Wir hoffen endlich auf eine störungsfreiere Übertragung. Wir hoffen auf eine Untertitelung, die das Ganze barrierefreier macht. Wir hoffen auch auf eine bessere Verlinkung zur Tagesordnung, damit der Zuschauer sieht, wo wir eigentlich sind, wenn er den Stream betrachtet, und wir hoffen auch darauf, dass in Zukunft der Stream von der Stadt selbst deutlich besser beworben wird.

Das weinende Auge betrifft die weiterhin fehlende Archivierung des Streams. Es ist äußerst bedauerlich, dass die großen Fraktionen sich jetzt nicht darauf verständigen konnten. Das ist mir auch ein bisschen unverständlich.

Das einzige ernst zu nehmende Argument, das ich kenne, ist der Hinweis auf die Bildrechte der ehrenamtlichen Ratsmitglieder. Diese Bildrechte sind natürlich zu wahren - das ist ganz klar -, aber ich halte das Informationsbedürfnis von Kölns Bürgerinnen und Bürger für höherwertig als das Bildrecht eines einzelnen ehrenamtlichen Ratsmitglieds.

Wir haben auch heute wieder das Problem, dass die Ratssitzung an einem Werktag zu normalen Arbeits-, Büro- oder Geschäftszeiten beginnt, sodass viele Bürgerinnen und Bürger Kölns gar nicht die Gelegenheit haben, diesen Stream zu verfolgen, weil sie schlicht und einfach keine Zeit dafür haben, ihn sich anzuschauen.

Warum soll dieser Stream dann nicht in der Mediathek der Stadt Köln abrufbar sein? Die Verwaltung selbst hat dies in ihrer ursprünglichen Beschlussvorlage als Möglichkeit genannt. Es ist technisch möglich, und es ist einfach zu finanzieren. Warum machen wir das nicht? Andere Städte tun das. Das gibt es in Essen, das gibt es in Bonn, das gibt es in Wuppertal und in verschiedenen anderen Städten auch. In Köln macht man es leider noch nicht.

Zu den Bildrechten: Ich nehme es durchaus ernst, wenn einzelne Ratsmitglieder sagen: Ich möchte nicht auf YouTube anschaubar sein. Das kann man natürlich auch weiterhin dadurch gewährleisten - so, wie es auch heute bereits gehandhabt wird -, dass man den Stream unterbrechen lässt, wenn man nicht gesehen werden möchte.

Daher haben wir unseren Änderungsantrag, der auch die Archivierung vorsieht, erneut eingebracht. Falls Sie dem heute noch nicht zustimmen können, hoffen wir, dass wir in ein oder zwei Jahren hier stehen und dann auch die Archivierung beschließen werden.

Die Archivierung hat nicht nur den großen Vorteil, dass Kölns Bürgerinnen und Bürger sich dann den Stream anschauen können, wenn sie Zeit haben, und gezielt den Tagesordnungspunkt auswählen können, der sie interessiert, sondern er ist zugleich eine ganz hervorragende Informationsquelle für den Rat selbst. Er ist auch eine gute Informationsquelle für die Presse, indem man einfach noch einmal nachschauen kann, was der- oder diejenige eigentlich wirklich gesagt hat. Denn wir wissen, dass wir auf die Wortprotokolle manchmal Wochen warten müssen und erst dann nachlesen können, was hier wirklich gesprochen wurde.

Die Archivierung ist ein technisch sehr einfach und sehr günstig zu habendes Plus, das uns bei der Berichterstattung über unsere Arbeit hier noch fehlt. Bitte stimmen Sie am besten heute schon unserem Änderungsantrag zu oder tun Sie das in der nächsten Runde in ein oder zwei Jahren. - Vielen Dank.

(Beifall bei Gute Wählergruppe Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Herr Zimmermann, herzlichen Dank. - Herr Richter, sind Sie damit einverstanden, wenn zuerst Frau Tokyürek von den Linken spricht?

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Vielen Dank. - Bitte schön.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Thor Zimmermann hat ja einiges schon vorweggenommen. Bevor es jetzt Überraschungen gibt, warum wir diesen Antrag gestellt haben: Die Piraten und wir haben schon im AVR angekündigt, dass wir diesen Antrag stellen werden, da er uns ein besonderes Anliegen ist. Denn, meine Damen und Herren, diejenigen, die sich mehr Transparenz der Ratsarbeit gewünscht haben, werden enttäuscht sein über den Änderungsantrag der Fraktionen, der im AVR beschlossen worden ist, da die Beiträge nicht gespeichert, sondern nur live abrufbar sein werden. Die Idee, sich entlang der Tagesordnung des Rates gezielt die Reden anzuschauen, ist also vom Tisch.

Da die Ratsdebatten in ihrer zeitlichen Ausdehnung schwer zu kalkulieren sind, wird ein gezieltes Einschalten zum Thema kaum möglich sein. Das sehen Sie ja heute. Wir haben es fünf vor acht, und wir sind bei den 10er-Punkten angekommen. Ich glaube, man kann niemandem zumuten, dass er sich diese Stadtratssitzung bis zum Ende anhört. Wir werden wahrscheinlich bis Mitternacht hier sitzen. Insofern ist das sehr bedauerlich, dass diese Archivierung nicht kommen wird.

So viel zu dem Thema, Bürgerinnen und Bürger für die kommunalpolitische Arbeit in der Stadt Köln zu interessieren sowie mehr Transparenz über die parlamentarischen Prozesse zu schaffen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist gut, dass es einen Live-Stream gibt. Es ist gut, dass technische Verbesserungen von allen Fraktionen gefordert werden. Denn es ist richtig, dass das Verhalten der politischen Fraktionen und die Arbeit der Ratsmitglieder über einen Live-Stream besser verfolgt, verstanden und bewertet werden können.

Allerdings sehen wir die Archivierung dabei als einen zentralen Punkt an. Der Antrag beschränkt die Archivierung auf circa sechs Wochen. Das bedeutet, dass lediglich bis zur nächsten Ratssitzung archiviert wird.

Die sehr guten Argumente für die Archivierung möchte ich Ihnen selbstverständlich nicht vorenthalten und bitte Sie darum, sich diese genau anzuhören.

Erstens. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, sich dann zu informieren, wenn sie Zeit haben, da viele von ihnen um diese Uhrzeit - wir haben um 15.30 Uhr begonnen - arbeiten und nicht die Gelegenheit dazu haben, sich den Stream anzuschauen.

Vergessen Sie auch nicht - das hat Thor Zimmermann bereits gesagt -, dass wir nachmittags beginnen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist es um diese Zeit gar nicht möglich.

Zweitens. Den Bürgerinnen und Bürgern ist es nicht zuzumuten, sich die vollständige Ratssitzung anzuschauen, um sich über ein bestimmtes Thema zu informieren. Die nach Tagesordnungspunkten sortierte Archivierung würde den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich gezielt über bestimmte Themen zu informieren. Zudem wäre es zeitsparend und somit für mehr Beteiligung förderlich. Wir möchten ja, dass sich die Menschen beteiligen. Das heißt, wir sind für mehr Bürgerbeteiligung. Ein Live-Stream kann das gut annehmen, und auch eine Archivierung sorgt dafür, dass sich die Menschen die Informationen schnell beschaffen können.

Drittens. Es gibt Themen, die für Bürgerinnen und Bürger von Interesse sind, allerdings in der Berichterstattung wenig oder kaum Erwähnung finden. Es ist auch kaum möglich, alle Themen irgendwo in der Berichterstattung zu finden.

Im Sinne der Transparenz und eines umfassenden Informationsflusses sollten diese scheinbar weniger interessanten Themen zur Verfügung gestellt werden.

Es wird immer wieder vorgebracht, dass Wortprotokolle zur Verfügung stehen. Dabei wird aber verkannt, dass es unglaublich lange dauert, bis diese vorliegen, und dass das für den Bürger und für die Bürgerin einen erheblich größeren Zeitaufwand bedeutet als das schnelle Abrufen der entsprechend archivierten Beiträge.

Ich habe mir die Seite des Stadtrats Essen angeschaut. Ich empfehle Ihnen allen, das auch zu tun. Sie ist einfach in der Handhabung, und die Informationen können schnell beschafft werden. Man kann sich diejenigen Tagesordnungspunkte anschauen, die einen interessieren.

Zu guter Letzt müssen Sie sich auch fragen, was politische Partizipation bedeutet. Das bedeutet: eigene Teilnahme - eben auf der Tribüne oder durch einen Live-Stream -, und schließlich sollte auch durch ein Archiv diese Beteiligung ermöglicht werden. Mit weniger sollten wir uns nicht mehr zufrieden geben.

Deswegen bitten wir darum, unserem Antrag zu folgen und diese Archivierung dann wirklich auch umzusetzen. - Danke schön.

(Beifall von Die Linke.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Frau Tokyürek. - Herr Krupp, bitte.

Gerrit Krupp (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es schnell vom Platz aus. Allen, die jetzt am Live-Stream sitzen, sei gesagt: Ich mache das nicht, weil ich mein Gesicht nicht zeigen will - das Aussehen ist solide, die Rhetorik okay -, das ist nicht der Grund, sondern ich tue das, um die Sache hier zu beschleunigen.

Ich kann die Position der SPD nur wie folgt zusammenfassen: Wir sind uns völlig bewusst und halten es auch für gut, dass wir den Live-Stream haben und es keinen Weg zurück gibt. Insofern ist es auch vollkommen in Ordnung, das technisch zu verbessern und zu attraktivieren.

Die Frage der Aufzeichnung ist aber eine, die wir hier in einem gewissen Konsens lösen müssen. Es mag Personen geben - in allen Fraktionen -, die weniger Probleme mit einer Aufzeichnung haben, und es mag Personen geben, die vielleicht mehr Probleme mit einer Aufzeichnung haben. Es muss auch noch einmal betont werden: Hier sitzen Ehrenamtler, die sich im Zweifel auch für ihren Auftritt im Internet verantworten müssen. Wir glauben, dass das nicht allen Ehrenamtlern hier zuzumuten ist. Wir bekommen auch die Rückmeldung von den Kolleginnen und Kollegen, dass sie das scheuen. Daher kommt es einfach bei so einer Sache, die konsensual beschlossen werden muss, darauf an, dass wir uns auf den Nenner einigen, auf den wir uns einigen können.

Der Nenner, auf den wir uns einigen können, ist: Es gibt einen Live-Stream. Wer verhindert ist und nicht auf der Zuschauertribüne sitzen kann, kann dort hineinschauen, kann sofort sehen, was los ist, jeder kann nachlesen, was hier gesagt wurde, niemand kann verbergen, was hier gesagt wird. Es wird hier öffentlich verhandelt. Das ist auch völlig in Ordnung und richtig so in einer Demokratie. Nichtsdestotrotz muss jeder für sich selbst entscheiden, wie er auftritt und ob man sich sein Leben lang mit einem Video sozusagen karikieren lassen will. Solange hier im Rat eine Mehrheit sagt: „Lasst uns das bitte auf einer Ebene halten, auf der Ehrenamtler vernünftig arbeiten können“, solange werden wir uns auch daran orientieren.

Deswegen glauben wir, zu diesem Zeitpunkt ist es nicht gerechtfertigt, eine Aufzeichnung einzuführen. Das mag in einigen Jahren vielleicht anders sein. Möglicherweise herrschen dann hier andere Verhältnisse, andere Mehrheiten oder andere Meinungen, vielleicht auch andere Mandatsträger. Aber momentan ist das so.

Das hat nichts damit zu tun, dass wir Transparenz scheuen - ganz im Gegenteil -, sondern es hat etwas damit zu tun, dass wir auf ehrenamtliche Mandatsträger Rücksicht nehmen müssen, die das hier neben ihrem Beruf tun und im Zweifel sich nicht durch den Kakao ziehen lassen wollen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Krupp. - Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen! Ich mache es wegen der Schnelligkeit auch vom Platz aus.

Bei der Archivierung geht es um den Punkt, den Herr Krupp sagte: Lieber Thor Zimmermann, lieber Thomas Hegenbarth, ihr seid Berufspolitiker geworden; im Laufe eurer Ratstätigkeit habt ihr das Konstrukt gemacht. Bitte beachtet aber auch, dass in allen Fraktionen Ehrenamtler sitzen, -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind Ehrenamtler!)

- die auch berufstätig sind, die auch leitende Funktionen haben können. Wenn sie immer überlegen müssten - da es für sechs Wochen aufgezeichnet wird -, was sie im Rat sagen, und vielleicht immer die Schere im Kopf hätten, ob das zu ihrem Beruf passt, wäre das ein zu hoher Anspruch für die ehrenamtliche Struktur.

Es gibt natürlich auch gute Argumente dafür, die Thor Zimmermann und Güldane genannt haben. In der Abwägung aber, dass wir im Ehrenamt sind und noch ein anderes Hauptleben, gleich Beruf, haben, haben wir uns dazu entschieden, einer Archivierung nicht zuzustimmen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Beruf, Freunde, Familie!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Richter. - Herr Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch ich spreche vom Platz aus.

Ich möchte jetzt auch nicht mehr viel hinzufügen, da meine beiden Kollegen vor mir die wesentlichen Punkte genannt haben.

Es gibt eine wichtige Sache, die man der Ehrlichkeit halber noch sagen muss, und das ist die Tatsache, dass wir ein hervorragendes Ratsinformationssystem haben. Das Einzige, was daran noch zu verbessern ist - das kann der neue Stadtdirektor noch nicht wissen -, ist die Suchfunktion. Wir reden seit einigen Jahren mit der Verwaltung, insbesondere mit Ihrem Vorgänger, über die Suchfunktion, die definitiv optimiert werden muss. Herr Frank und ich mahnen das in jedem Unterausschuss Digitales, Kommunikation und Organisation immer wieder an. Das ist definitiv zu verbessern - dann kann man die Informationen, die hier im Rat diskutiert werden, wunderbar im Vorfeld lesen, man kann sie bewerten, wenn die Ratssitzungen durchgeführt worden sind, und man kann nachlesen, was und wie die einzelnen Fraktionen abgestimmt haben.

Wir hatten dafür heute den wunderbaren Beweis, angetreten von Ulli Breite zu einem Tagesordnungspunkt: Er hat bis 2004 zurück recherchiert und hat ganz transparent gemacht, wer hier wann was gesagt und wie abgestimmt hat. Ich glaube, wir müssen uns jetzt hier nicht noch weiter bewegen. Wir sind im Augenblick an einem sehr guten Punkt angekommen. Viele andere Städte sind längst nicht so weit. Es hat ja auch nicht jede Stadt ein Live-Streaming. Ich glaube, wir haben so viele Angebote im Internet, dass alle Bürgerinnen und Bürger, wenn sie sich über unsere Arbeit informieren wollen, ganz gut bedient werden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Elster. - Herr Hegenbarth als Nächster.

(Zuruf: Herr Breite!)

Er ist leider nicht angemeldet, aber danach sofort.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Es ist amüsant, dass wir kleinen Piraten und die Guten Wähler als Berufspolitiker hier stehen. Das ist wirklich lustig vor dem Hintergrund, wer hier wirklich in den großen Fraktionen ist und die bezahlten Mitglieder hat. Das ist wirklich lustig. Aber das kann ich hier gleich einmal sagen: Bei allem Respekt, wir haben hier 90 Ratsmitglieder, und wir sind jetzt die 1,1-Millionen-Stadt in Köln. Ich könnte das verstehen, wenn wir hier im Stadtrat von Bad Honnef wären. Bad Honnef kenne ich gut.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Keine Beleidigung von Bad Honnef!)

Da ist das ein absolut relevantes Argument, aber doch bitte nicht hier! Es gibt Bundesländer, die sind kleiner als die Stadt Köln. Ich denke, da lassen sich schon 90 Leute finden, die durchaus keine Angst davor haben, für diejenigen, für die sie gewählt worden sind, auch einmal an die Öffentlichkeit zu treten, unter Umständen auch sechs Wochen lang. Lieber Herr Krupp, das hast du vielleicht vergessen, wir haben nämlich hier eine temporäre Auf-

zeichnung. Darum geht es. Die wird nach sechs Wochen gelöscht. Das ist bereits die goldene Brücke, die wir bauen. Wir sagen: Okay, damit können wir zur Not leben. Insoweit besteht an dieser Stelle ein Kompromiss.

Ich sehe leider auch nicht, dass wir heute hier zu einer Mehrheit kommen, aber immerhin habe ich die Hoffnung, dass wir vielleicht in einem Jahr oder in zwei Jahren noch einmal anders darüber reden werden. - Danke.

(Beifall bei den Piraten und bei der Guten Wählergruppe Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Herr Hegenbarth. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion wurde im AVR schon geführt. Wir sollten dabei nicht vergessen, dass wir jetzt mit dem, was wir beschlossen haben, große Fortschritte machen. Daher sollten wir es auch erst einmal gutheißen, dass wir das tun.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Zum Beispiel wird demnächst möglich sein, zu sehen, dass ich hier stehe. Das ist zum Beispiel ein Fortschritt, wie andere Sachen auch.

(Michael Frenzel [SPD]: Das kennt keine Grenzen! - Zuruf von der SPD: Wer will denn das?)

- Wer will das? Ja, das weiß ich auch nicht. Da hast du recht.

Ich habe nicht das Selbstbewusstsein wie Herr Krupp, der hier so aufgetreten ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber das hat noch nicht geklappt. Auch ich bin der Meinung: Schauen wir einmal auf die nächsten Jahre, was die Entwicklung bringt.

Ich möchte an die Geschichte erinnern: Es war, glaube ich, noch bis in den 70er-Jahren so, dass alle Ratsausschüsse nichtöffentlich getagt haben. Das hat man später erst geöffnet. Daher bin ich sehr optimistisch, dass wir das in Zukunft noch einmal schaffen werden. Doch lassen Sie uns zunächst einmal über das freuen, was wir erreicht haben.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Ralph Elster [CDU])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Herr Breite. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Noch einmal ganz kurz zur Ergänzung: Es besteht bereits jetzt die Möglichkeit, dass Ratsmitglieder, die nicht im Live-Stream zu sehen sein wollen, um eine Unterbrechung des Streams bitten. Das ist theoretisch möglich. Davon hat noch nie ein einziges Ratsmitglied Gebrauch gemacht. Das spricht auch für sich.

Ich bin inzwischen seit sieben Jahre Ratsmitglied. Ich denke, wir haben in dieser Zeit noch keine Beiträge gesehen - viele fand ich inhaltlich fragwürdig -, -

(Lachen bei der CDU)

- bei denen ich gedacht hätte, dafür muss sich der Redner oder die Rednerin schämen oder ich mich fremdschämen. Insofern weiß ich nicht genau, von welchen Beiträgen Sie sprechen, die man nicht auf YouTube sehen möchte.

Ein weiterer Punkt ist - besonders an die Grünen gerichtet -: Wenn man jetzt die Bildrechte einzelner ehrenamtlicher Ratsmitglieder hochhängt, ist das okay, das kann ich rein menschlich auch verstehen, dann muss man hier aber auch ganz klar sagen, dass man die Bildrechte für wichtiger hält als das Informationsrecht der Bevölkerung. Ich halte es dann doch für bedauerlich, dass sich speziell die Grünen nicht dazu durchringen konnten.

Noch kurz zu Herrn Elster und zu diesen ominösen Wortprotokollen: Setzen Sie bitte einmal einen Laien vor dieses gerade in höchsten Tönen gelobte Ratsinformationssystem und sagen Sie ihm: Schau doch bitte einmal im Wortprotokoll nach, was an dieser und jener Stelle gesagt wurde. Es dauert, bis derjenige das Wortprotokoll überhaupt findet, weil es gar nicht auf der obersten Ebene vorhanden ist, sondern hinter kleinen blauen Pfeilen versteckt ist und oben rechts irgendwo auftaucht. Das finden Sie, Herr Dr. Elster, als Berufspolitiker leicht und schnell, aber der Bürger findet es überhaupt nicht und hat keine Möglichkeit.

Wenn Sie schon die Archivierung heute nicht beschließen wollen, dann habe ich zumindest die Bitte an die Verwaltung, dieses Wortprotokoll besser auffindbar und schneller zur Verfügung zu stellen. - Danke schön.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Zimmermann. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist Die Linke., das ist pro Köln, das sind die Piraten und GUT. Gibt es Enthaltungen?

(Zuruf von Die Linke.: Hier auch! - Walter Wortmann [Freie Wähler Köln]: Auch!)

- pro Köln ist gar nicht dabei. Herr Wortmann - okay, gut.

Die FDP enthält sich?

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Danke schön.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Hälfte enthält sich!)

Die Hälfte enthält sich.

Die AfD enthält sich.

Dann komme ich zur ursprünglichen Vorlage und lasse in der Fassung vom AVR abstimmen, die Anlage 5, die allen vorliegt. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. - Dann ist diese Vorlage einstimmig beschlossen.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT:

Die Vorlage (in der beschlossenen Fassung des AVR vom 27.3.2017) wird um folgende Punkte ergänzt:

g) Der Live Stream wird wie unter Punkt 3.1. und 3.2.1 der Vorlage 3494/2016 beschrieben auf dem städtischen YouTube-Kanal oder einer anderen dafür geeigneten Plattform öffentlich archiviert. Die archivierten Beiträge der Ratssitzungen sind jeweils nur für den Zeitraum bis zur nächsten Ratssitzung abrufbar.

*h) Redner*innen können weiterhin ohne Angaben von Gründen den Stream für die Dauer ihres Redebeitrags unterbrechen lassen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe GUT und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales:

Das Live-Streaming der Sitzungen des Rates der Stadt Köln wird mit folgenden Maßgaben zur Erhöhung der Reichweite fortgeführt:

a. Das Format wird dahingehend optimiert, dass der Name der Redner/Rednerinnen und der jeweils aktuelle Beratungsgegenstand der Tagesordnung eingeblendet und auf die jeweilige Vorlage im digitalen Ratsinformationssystem hingewiesen oder eine digitale Verknüpfung vorgenommen wird.

b Die Bildführung wird durch eine dynamische Kameraführung verbessert, in dem zusätzlich eine weitere Kamera ausschließlich Wortbeiträge und Reden aus dem Plenum des Rates überträgt. Die technischen Möglichkeiten und rechtlichen Voraussetzungen hierfür sind vor Umsetzung dem Ausschuss darzulegen.

c Während des Live-Streams soll zur Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit eine Live-Untertitelung erfolgen. Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, einen Live-Gebärdendolmetscher zur Sitzung zu bestellen (nur auf konkrete Anfrage) für die Personen, die die Sitzung vor Ort mitverfolgen wollen und auf entsprechende Dienste angewiesen sind.

d Es soll über den Twitterkanal @koeln als Pushdienst jeder aktuelle Tagesordnungspunkt der Ratssitzung mitgeteilt werden. Wenn möglich individualisiert, z.B. Benachrichtigung nur über einen oder mehrere ausgesuchte TOP.

e Der Live Stream soll verstärkt über soziale Medien und sonstige Kommunikationsformen beworben werden.

f Technische Verbesserungen (Performance) des Live-Streams sollen vorgenommen werden, so dass eine störungsfreie kontinuierliche Übertragung des Live-Streams gewährleistet ist: Kein Adobe-Flash, stattdessen HTML 5, MP 4, Full HD, Bildschirmfüllende Seite, Gewährleistung der Darstellung auf mobilen Endgeräten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.10 Teilplan 1302 - Wasser und Wasserbau; Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6904-1302-7-0100, Neubau Ufermauer Porz
3765/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann kommen wir zu

10.11 Förderung der ökumenischen Begegnungsstätte Café Bickolo e. V. im Haushaltsjahr 2017
3978/2016

Darüber lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist 10.11 einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Förderung der ökumenischen Begegnungsstätte Café Bickolo e. V. im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 35.000 € (im Haushaltsjahr 2018 mit 36.000 € und ab dem Haushaltsjahr 2019 mit 37.000 €). Die Mittel werden im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Förderung in den Jahren 2018ff. erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Im Anschluss an die Behandlung dieses Punktes übernimmt die Oberbürgermeisterin wieder die Sitzungsleitung.

Ratsmitglied Götz verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe auf

10.12 Sanierung der Bühnen Köln
Planungsbeschluss für Werkstattneubau im Rahmen der Kooperation mit dem WDR auf dem Gelände in Bocklemünd
0512/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0558/2017

Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0417/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0538/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0539/2017

Dazu gibt es Wortmeldungen von Frau Dr. Bürgermeister. - Bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrte Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beziehe mich auf den Änderungsantrag, der von den vier Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgelegt wurde.

Mit diesem gemeinsamen Änderungsantrag wollen wir als Politik einige Eckpfeiler setzen, die es braucht, um die Frage der Produktionswerkstätten für die Bühnen endlich auf einen guten Weg zu bringen.

Zunächst einmal: Die SPD-Fraktion bleibt dabei und erkennt die Notwendigkeit der Verbesserung der Situation bei den Werkstätten der Bühnen an. Das ist schon vor dem eigentlichen Sanierungsbeschluss von 2011, nämlich in den Jahren 2009/2010, beschlossen worden.

Im Oktober 2010 ging es allerdings erst einmal nur um die Sanierung der Werkstätten an der Oskar-Jäger-Straße, damals zu einem Preis von 9 Millionen Euro.

Die Frage ist nun nach sechseinhalb Jahren - sie ist mit der vorliegenden Vorlage von der Verwaltung keineswegs geklärt -, welche Lösung die beste, kostengünstigste und die nachhaltigste ist, wenn eine Sanierung an der Oskar-Jäger-Straße keine Option mehr ist.

Die Aufforderung zur Suche von sinnvollen Synergielösungen war schon Bestandteil der Beschlüsse von 2010/2011, und eine gemeinsame Nutzung der Hallen auf dem WDR-Gelände durch die Bühnen war natürlich eine Option. Natürlich macht es Sinn, dass sich zwei strukturähnliche Betriebe mit zum Teil ähnlichen Herausforderungen zusammentun und bestmögliche Synergien ausloten. Das haben wir unterstützt und wertvolle Synergieeffekte erwartet. Daher hat die Politik damals auch dem von der Verwaltung vorgelegten Kooperationsvertrag zugestimmt.

Dass nun offenbar wird, dass die Verträge - auch die Mietverträge für zwei Hallen - mit dem WDR geschlossen wurden, ohne dass offenbar die in Rede stehenden Gebäude vorher auf Tauglichkeit geprüft wurden, ist, ehrlich gesagt, mehr als ein Ärgernis. Dieses Versäumnis zieht schon vor einer konkreten Planung überflüssige Kosten nach sich, denn die Bühnen legen selbst in der jetzt vorliegenden Vorlage dar, dass bereits Planungsaufträge zum Umbau der Hallen vergeben worden waren, die nun angehalten bzw. aufgehoben werden mussten. Da fragt man sich tatsächlich: Wie kann das sein?

Jeder Bürger, der sich eine Wohnung oder ein Haus leisten möchte, lässt doch vorher prüfen, ob die wichtigsten Dinge auch tatsächlich funktionieren.

Die Bühnen möchten Hallen nutzen, die auch schwere Lasten aushalten müssen. Dann ist es doch selbstverständlich, dass tatsächlich auch erst einmal die Statik geprüft wird. Das war ein Versäumnis von Stadt und dem WDR, denn der Sender hat der Stadt Hallen angeboten, die faktisch zu nicht mehr als einer Hülle taugen und den Anforderungen bei weitem nicht gerecht werden. Die auf dieser eben nicht tragfähigen Basis geschlossenen Verträge müssen daher unbedingt neu verhandelt werden.

Nicht in Abrede stellen wollen wir - das habe ich schon gesagt - mögliche Synergieeffekte, auch wenn die jetzt tatsächlich nach den Vorgesprächen ausgehandelten Synergieeffekte deutlich geringer auszufallen scheinen, als man sich das ursprünglich einmal vorgestellt hat.

Wir fordern Kooperationsgespräche zwischen der Stadt und dem WDR, um die Synergien weiter auszuloten und festzuschreiben, aber auch, um die Lastenverteilung neu zu verhandeln, denn es geht auch um die Frage der entstandenen und entstehenden Mehrkosten. Immerhin haben die Bühnen - vielleicht auch vorschnell - den Vertrag in der Oskar-Jäger-Straße bereits gekündigt und müssen nun in mühsamen Neuverhandlungen eine Weiteranmietung erreichen, die natürlich nicht zum selben Preis zu haben ist wie vorher. Auch das sollte Thema der Gespräche sein.

Hier sehen wir auch die Oberbürgermeisterin in der Verantwortung und erwarten, dass sie ihr politisches Gewicht in diesen Chefgesprächen zielführend einsetzen wird.

Der letzte Punkt: Was ist mit Alternativen? Eine Kooperation mit dem WDR scheint sinnvoll und hätte Zukunft. Aber, meine Damen und Herren, bei den zu erwartenden Baukosten einer Halle auf dem WDR-Gelände in Höhe von 18,5 Millionen Euro - plus/minus 35 Prozent, wie in der Vorlage steht - zuzüglich Pachtgebühren ist es doch wohl in Anbetracht des städtischen Haushalts insgesamt und der Kosten auch für die Bühnen überhaupt nicht nachvollziehbar, warum uns ein Beschluss ohne weitere Prüfung von Alternativen vorgeschlagen wird.

Die Tatsache, dass zum gestrigen Finanzausschuss sage und schreibe fünf Änderungsanträge vorlagen bzw. angekündigt wurden, zeigt mehr als deutlich, wie problematisch die Vorlage ist.

Wir haben konsequent die Aussetzung des vorgeschlagenen Beschlusses, die sorgfältige Prüfung von Alternativen im gesamten Stadtgebiet und Neuverhandlungen gefordert. Denn wir sind der Meinung, dass alle möglichen Varianten - also auch der Bau auf einem städtischen Grundstück, auf einem zu erwerbenden Grundstück, vielleicht sogar eine standortunabhängige Ausschreibung eines Investorenmodells - sorgfältig, aber zügig geprüft werden müssen, vor allem natürlich mit Blick auf Kostenoptimierung und eine gute Nutzbarkeit der Werkstätten.

Bis zum Abschluss dieser im nun vorliegenden gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Grünen geforderten Prüfung ergibt es überhaupt keinen Sinn, bereits Planungen für den Standort in Bocklemünd durchzuführen. Daher freue ich mich, dass sich nun endlich alle hier auf dem Antrag stehenden Fraktionen zu diesem richtigen Schluss durchringen können.

Wir brauchen Zeit, um das noch einmal finanziell, baulich und konzeptionell richtig zu prüfen, aber auch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern bis zur Sommerpause erwarten wir die Ergebnisse, und wir erwarten natürlich auch, dass es durch diese Prüfung keine Verzögerungen am Bau am Offenbachplatz gibt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch vorwegstellen, dass wir natürlich in jedem Fall dazu stehen, dass die Werkstätten der Bühnen dringend saniert werden müssen. Das, was wir 2008, 2009, 2010 am Offenbachplatz beschlossen haben, ist natürlich fortzusetzen, inklusive der Werkstätten, und dass die Werkstätten an der Oskar-Jäger-Straße mittlerweile nicht mehr den Standard ermöglichen, den eine moderne Bühne Köln benötigt, wenn wir dann irgendwann am Offenbachplatz angekommen sind, das ist, glaube ich, jedem klar, der die Anlage einmal besucht hat und der sich einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort vor Ort auseinandergesetzt hat. Das ist unumstritten.

Natürlich sind wir aber auch irgendwann 2010, als wir hier die Beschlüsse gefasst haben, am Offenbachplatz zu sanieren, davon ausgegangen, dass wir mit den 230 Millionen Euro plus Reserve in irgendeiner Art und Weise auskommen. Das war letztendlich die Beschlussfassung, die wir hier hatten.

Wir sprechen mittlerweile über ganz andere Beträge, die eigentlich doppelt so hoch sind. Nun ist noch einmal eine Vorlage hier vorgelegt worden, die fast 20 Millionen Euro bereits jetzt kostet, und es wird nach wie vor auch in der Planung jetzt gesagt: Das ist eine Machbarkeitsstudie; wir können durchaus davon ausgehen, dass bis zu 35 Prozent Mehrkosten noch entstehen können auf dem Weg dorthin.

Das ist natürlich jetzt ein Augenblick, da kann man nicht einfach sagen: „Augen zu und durch, das wird schon“, sondern es ist natürlich unsere Aufgabe, verantwortungsvoll zu handeln und noch einmal alle Möglichkeiten zu prüfen, Geld, das investiert werden muss, einzusparen, denn am langen Ende wird uns irgendwann der Betriebskostenzuschuss ereilen. In dem Augenblick, wenn wir an den Offenbachplatz ziehen, wird der Betriebskostenzuschuss für die Bühnen erheblich steigen. Das wird uns in den Haushaltsplanberatungen alle wahrscheinlich schmerzlich an den Beschluss zum Offenbachplatz erinnern.

Was nicht so ohne weitere Prüfung geht, das sind - ich nenne einfach einmal ein paar Eckwerte - 6.000 Quadratmeter Werkstattfläche für 18,5 Millionen Euro insgesamt. Wir sprechen hier über Quadratmeterpreise von mehr als 3.000 Euro. Das ist erheblich. Da kann man natürlich sagen: Das ist eine Spezialimmobilie, die hat besondere Höhen. Dennoch steht das kaum im Verhältnis zu anderen Quadratmeterpreisen, die für Werkstätten allgemein aufgerufen werden.

Wenn man das Thema Synergien - damit sind wir als Rat der Stadt Köln aufgebrochen, da haben ja alle zugestimmt - noch einmal beleuchtet, dann ist natürlich von den Synergien nicht so viel übrig geblieben. Ursprünglich, ganz, ganz ursprünglich gab es einmal die Idee, eine gemeinsame Werkstatt zu betreiben mit der Oper Bonn - zumindest einmal zu prüfen, ob man so etwas machen kann. Das wäre natürlich eine echte Synergie gewesen, wenn ein einziges Werkstattteam beide Spielstätten - eben Bonn und Köln - bedient, dann spart man tatsächlich Geld, dann nutzt man nur eine Ma-

schine, dann nutzt man nur ein gemeinsames Team.

Das, was am Ende von der Synergie mit dem WDR übrig geblieben ist, meine Damen und Herren, ist letztendlich nur das gleiche Gelände. Das ist letztendlich nur ein Erbpachtvertrag, den sie aushandeln wollen. Das ist im Augenblick noch zu wenig. Da müssen wir einfach noch prüfen, ob es nicht andere Optionen gibt, die am Ende dazu führen, dass wir weniger Betriebskostenzuschuss geben müssen, als das aktuell hier geplant wäre, wenn wir diesem Beschluss so zustimmen.

Von daher ist es richtig, jetzt erst einmal die Alternativen nochmals tief zu prüfen und erst dann, wenn die Alternativen klar sind und wenn wir Kostenvergleiche, Kostenschätzungen über alternative Lösungen haben, den tatsächlichen Planungsbeschluss zu fassen und das Geld in die Hand zu nehmen, was hier erforderlich ist.

Ich glaube, das ist die richtige Reihenfolge. So würde das jeder normale Kaufmann machen, so würde das jeder normale Häuslebauer machen, und so machen wir das jetzt hier im Rat der Stadt Köln in großer Einmütigkeit auch.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Dr. Elster. - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Die Bühnen - ein immerwährendes Thema, das uns alle beschäftigt und die Emotionen jeweils ziemlich hochkochen lässt. Allen hier im Raum ist klar: Die Bühnen brauchen neue oder sanierte Werkstätten. Wer die Oskar-Jäger-Straße besucht und sich da etwas länger aufhält, weiß das. Dass die Mitarbeitenden da so lang und effektiv arbeiten, effizient und motiviert arbeiten, das bringt uns ganz viel. Wenn man sich die Werkstätten anschaut, kann man sich das im Augenblick kaum vorstellen, dass das so ist. Das wussten alle. Das wussten auch alle, die hier im Rat die Beschlüsse zur Sanierung der Bühnen gefasst haben. Bestandteil des Beschlusses zur Sanierung der Bühnen im Jahre 2010, 2011 usw. war immer auch, dass die Werkstätten saniert werden oder neu gebaut werden - wissend, dass die Lage an der Oskar-Jäger-Straße an ihre Grenzen gekommen ist.

Insofern ist es auch nur folgerichtig, zu sagen: Wir sanieren die Bühnen. Das zieht nach sich, dass wir auch optimierte Werkstätten haben, dass wir eine optimale Herstellung von Kulissen ermöglichen, dass wir für die neuen Häuser einen optimierten Kostümfundus haben usw. Ich denke, das ist überhaupt nicht strittig.

Die Frage ist: Wie ist der Weg dorthin? Wie gesagt, Grundlage ist, dass wir erfolgreiche Produktionen und hoffentlich in nicht allzu ferner Zukunft hier in der Nähe am Offenbachplatz wollen. Daher hat der Rat im Jahr 2014/2015 die Kooperation mit dem WDR beschlossen, und ich denke, das war damals auch eine gute Entscheidung. Ziel war es, Synergien zu schaffen, Kosten zu reduzieren, gute Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden und auch ressourcenschonende Arbeitsplätze zu schaffen.

Ziel war aber auch die Kooperation zweier großer Kultureinrichtungen, gemeinsame Infrastruktur vor Ort sowie die inhaltliche Zusammenarbeit im Austausch von Know-how. Es ging um kleine Wege, um die Verzahnung der Mitarbeitenden usw. Ich denke, das war und ist eine gute Idee.

Wichtig dabei ist, dass beide Institutionen auch bei einem Paradigmenwechsel zukunftsfähig gemacht werden. Auch im WDR gibt es eine ganze Menge Änderungen, auch da sind die Anforderungen an Werkstätten andere als früher. So gesehen, denke ich, war das zunächst einmal angedacht als Win-Win-Situation für beide.

Auch der vorgesehene Erbbauvertrag, der jetzt sozusagen an den Startlöchern sein könnte, könnte genau in diese Richtung weisen, Zukunftsfähigkeit zu schaffen, wenn er auf 50 Jahre optional länger angelegt ist.

Uns ist es heute wichtig - deswegen machen wir alle zusammen auch diesen Antrag -, ein Verfahren zu entwickeln für die angemessene Umsetzung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, die unter Punkt 1 in der Verwaltungsvorlage unstrittig nach wie vor erhalten ist.

Allen gleich wichtig ist auch - das wird auch in dem Änderungsantrag deutlich -, dass es nicht allzu lang hinausgezögert wird, sodass wir im Sommer bereits eine Entscheidung treffen

können und die Werkstätten nicht zu lang auf eine Entscheidung warten lassen.

Wichtig ist auch - deswegen auch die vier Fraktionen -, dass das Ganze von einer breiten Mehrheit getragen wird. Denn breite Mehrheiten sind wichtig, besonders angesichts der derzeitigen Diskussionen zu den Bühnen in dieser Stadt, angesichts der großen finanziellen Aufwendungen, die nötig sind, um die Bühnen in Kürze zu sanieren, und angesichts der schwierigen Situation, die mit der Sanierung insgesamt einhergeht.

Deswegen wollen wir auch mit Hilfe dieses Antrags, wie gesagt, einen möglichst breitgetragenen Planungsbeschluss vorbereiten und voranbringen. Es ist der Auftrag, den Planungsbeschluss so zu gestalten, dass er nachvollziehbar für alle ist, dass die Synergien nochmals etwas deutlicher gemacht werden, dass die positiven Effekte dargestellt werden, dass alternative Standorte geprüft werden, damit man dann auch sozusagen guten Gewissens nach draußen gehen und sagen kann: Wir haben alle Eventualitäten, soweit es in unserer Macht und Hand liegt, geprüft und kommen zu dem Ergebnis möglichst effizient funktionierender Werkstätten als zukunftsweisende Werkstätten.

Nach der Prüfung können wir dann - je nachdem - weitergehen in die Richtung weitere Kooperation mit dem WDR oder für einen anderen Standort dann tatsächlich einen Planungsbeschluss fassen. In diese Richtung läuft unser Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Frau von Bülow. - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem alle Menschen, die am Wochenende das Glück hatten, die Oper besuchen zu dürfen! Denn genau dort haben wir das erlebt, worüber wir heute hier sprechen: Kulissen, Maske, Schneiderei - all diese Sachen bereichern eine Aufführung, ob Theater oder Oper. Wir wollen und können nicht darauf verzichten. Es geht nicht nur, aber auch um die Arbeitsplätze derjenigen, die in den Werkstätten für unsere Illusion Sorge tragen. Dafür brauchen sie gute Arbeitsbedingungen.

Mit dem Beschluss der Sanierung der Oper war allen klar, dass die Werkstätten für die Bühnen extern errichtet werden müssen. Nun glaubte man - durch den Kooperationsvertrag mit dem WDR von 2015 -, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Es ist aber nicht alles Gold, was glänzt, auch wenn man einen großen Namen wie WDR hat.

„Cooperatio“ bedeutet zweckgerichtetes Zusammenwirken von Handlungen zweier oder mehrere Akteure. Diese sollen in Arbeitsteilung ein gemeinsames Ziel erreichen. Das gemeinsame Ziel heißt: gemeinsame Möglichkeiten bei Ausbildung, Maschinengebrauch, Warenbestellung bis hin zum Pförtner.

Nach dem Kooperationsvertrag wollte der WDR 3 Millionen Euro zur Errichtung investieren und voraussichtlich im ersten Quartal 2017 den Bühnen den Betrieb ermöglichen.

Was ist bisher geschehen? Nichts! Als verantwortungsvoller Vertragspartner - das hat eben Herr Dr. Elster dargestellt - hätte vor dem Vertragsabschluss, wie jeder Häuslebauer es machen würde, das Raumangebot geprüft werden müssen. Der große Name des Senders hat wohl geblendet, und so stellt sich ein Jahr später heraus, dass die Hallen, die der WDR für die Werkstätten angeboten hat, in keiner Weise den Anforderungen der Bühnen entsprechen.

Wie kommt es, dass der WDR nicht wusste, dass die Statik des Gebäudes nicht veränderbar ist, sodass man noch nicht einmal eine zusätzliche Glühbirne aufhängen kann? Sieht so zweckgerichtetes Zusammenwirken aus? Wer wird die bereits entstandenen Kosten, die die Bühnen im Vertrauen auf den WDR investiert haben, übernehmen? War es nicht Aufgabe des WDR, die Werkstattflächen für die neue Nutzung vorzubereiten?

Nun will man gemäß der Empfehlung des Bundes zu Großbaustellen verfahren. Das ist sehr gut. Für eine gute und vertiefende Planung sowie Projektleitung sollen 700.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Ein Grundstück ist auch schon gefunden - auf dem WDR-Gelände. Nun soll man in Erbpacht bauen. Der Ansatz ist auch grundsätzlich nicht schlecht, aber um wie viel besser wäre es, auf eigenem Grund und Boden zu bauen, zum Beispiel in Kalk auf dem ehemaligen KHD-Gelände.

(Zuruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

- Beispiele, ganz ruhig. Entspannen Sie sich.

(Niklas Kienitz [CDU]: Gisela, mach einfach weiter!)

Oder zumindest auf einem städtischen stadtnahen Gelände wie der Kölner Messe.

Sind die Wegeverbindungen eigentlich einmal geprüft worden? Nicht, dass die Bühnenhandwerker zukünftig mehr im Stau als an der Werkbank stehen. Vor allem laufende Kosten und Umweltbelastungen, die lange Wege verursachen, muss man mit bedenken.

Auf dem nun vorgeschlagenen WDR-Grundstück stehen noch Baracken. Auf Seite 34 der Machbarkeitsstudie findet man unsere Kostenannahmen. Weiterhin nicht erfasst sind Kosten für Rückbau der Bestandsbauten und Leitungen im Bereich des Baufeldes und alle damit verbundenen Kosten. Was kommen noch für Überraschungseier auf uns zu?

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist bald Ostern!)

Man muss sich ja noch über die Modalitäten und Erbpacht verständigen. Was ist, wenn man sich mit dem WDR nicht einigen kann?

Nun haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, CDU, Grüne sowie auch FDP - vermutlich haben Sie auch deshalb Ihren eigenen Änderungsantrag zurückgezogen, weil das jetzt auf dem gemeinschaftlichen Antrag steht - unseren Änderungsantrag sehr aufmerksam gelesen. Mir persönlich kommt es allerdings so vor, als hätten Sie mit heißer Nadel eine verkürzte Darstellung unseres relativ gut ausgearbeiteten Änderungsantrags wiedergegeben. Im Fazit sind wir uns aber anscheinend einig: Wir wollen alternative Grundstücke prüfen, die man uns zur Vorentscheidung vorlegt, und wir können heute einfach keiner Planung in der Form so zustimmen.

Da wir uns an der Stelle, wie gesagt, einig sind, ziehen wir unseren Änderungsantrag zurück - wissend, dass wir etwas bei Ihnen angestoßen haben -, -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen] lacht)

- und werden uns Ihrem Änderungsantrag als gemeinsamen Antrag anschließen. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke. und bei der CDU)

(20.28 Uhr - Frau Oberbürgermeisterin Reker nimmt an der Ratssitzung wieder teil)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, schön, dass Sie wieder da sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt bei dem Thema Kultur sofort auf - ich komme von der Finanzpolitik -, Frau Bürgermeister, Frau von Bülow, auch Ralph Elster, wie nett Sie alle bei der ganzen Sache sind und auch wie nett unser Änderungsantrag hier herübergebracht wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn so etwas in der Wirtschaft passiert, wäre normalerweise etwas ganz anderes los. Das muss man einmal hier sagen.

Hier wird ein Mietvertrag verhandelt, und anschließend stellt sich heraus, dass das gar nicht funktioniert und man sich die Immobilie gar nicht angeschaut hat.

Zweitens. Ich erinnere noch einmal daran, als es um den Vertrag von Expo gegangen ist - vielleicht können Sie sich daran erinnern. Das war auch kein Ruhmesblatt, das wir dort erlebt haben. Darum bin ich schon überrascht, wie Sie die Sache hinnehmen und in welch freundlicher Art Sie vortragen.

(Dr. Eva Bürgermeister [SPD]: So bin ich!)

- Das sind Sie, das ist sehr schön. Man lernt immer wieder von der Kultur.

Ich bin der Meinung - darum möchte ich hier auch einmal Tabula rasa machen -, dass wir den Antrag sehr gut gemacht haben. Daher zieht die FDP auch ihren Antrag zurück für den gemeinsamen Antrag. Denn - das ist, glaube ich, für die Presse auch wichtig, damit Sie nicht einschlafen dort, -

(Niklas Kienitz [CDU]: Ulli! - Heiterkeit bei der SPD)

- die 700.000 Euro Planungskosten sind jetzt nämlich erst einmal weg. Das wollen wir erst einmal abwarten. Wir wollen die Alternativstandorte sehen, das ist uns ganz wichtig.

Wir sagen auch, dass die Betriebsleitung zur Vermeidung von Werkstattschließungen beauftragt wird, den aktuellen Standort zu sichern, und dass die Verträge zu schließen sind und dass das auch ohne eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses passiert. Es kann ja nicht sein, dass wir das alles wieder im allgemeinen Haushalt stemmen lassen, wenn wir jetzt hier in der Form die städtischen Bühnen als Eigenbetrieb haben. Da müssen sie halt dann schauen, wie sie das in der Form hinbekommen. Es kann nicht in der Form sein, wie es ist.

Mir ist auch wichtig, dass wir uns bei den Standorten überlegen, ob es wirklich Alternativen gibt, bevor wir 18 Millionen Euro plus vielleicht 30 Prozent wieder hier verbauen.

(Dr. Eva Bürgermeister [SPD]: Sehr richtig!)

Denn wir müssen uns auch bei der Bevölkerung - nicht nur für die Sanierung, sondern auch jetzt hier - rechtfertigen, und das kann man nicht einfach so erklären, wenn man gesehen hat, wie das hier passiert ist.

Ich hoffe jetzt, dass die Prüfung etwas Gutes bringt, und freue mich, dass wir diesen gemeinsamen Antrag hier zustande gebracht haben. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und Teilen von Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann hat das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen und die verbliebenen Gäste! Ich habe am 21.03. im Betriebsausschuss der Bühnen einen Antrag gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung eingebracht und möchte zu meinem Antrag sagen: Die Punkte 2 und 3 haben sich in den letzten 14 Tagen durch viel Informationsfluss, auch durch ein Interview, das Herr Streitberger mit Herrn Attenberger vom *Stadt-Anzeiger* geführt hat, weitestgehend erledigt, sodass sich diese Punkte auflösen.

Ich konzentriere mich deshalb auf den Punkt 1 und möchte auch Ihren vorliegenden Änderungsanträgen nicht zustimmen.

Der Punkt 1 ist für mich entscheidend. Mittlerweile liegen - wie Frau Stahlhofen schon sagte - viele Anträge vor. Ich freue mich, dass das so angestoßen worden ist.

Ich möchte dennoch die Hergänge wiederholen, und ich weise einmal darauf hin: Der Einzige, der hier zahlt, ist die Stadt Köln, nicht der Bühnenbetrieb, sondern letztlich müssen wir es alle bezahlen. Es gibt schon drei kritische Punkte in dieser Gemengelange: Das ist der Offenbachplatz, das sind die Interimsspielstätten, und jetzt sind noch die Werkstätten dazugekommen. Das ist ein neues Fass.

Anhand der Vorlage gewinnt hier nur einer: Das ist der WDR. Ob er als Vermieter oder Langzeitverpächter dasteht - die Bühnen zahlen. Wir würden sie bei einer Entscheidung für Bocklemünd - die Fazilitäten Bocklemünd, das ist Halle Kantine und auch die Ausbildungswerkstatt, die übrigens auf die halbe Kraft reduziert fahren -, wieder in einen ordentlichen Nutzen hineinführen. Wir bringen - wenn ich das nach dem Jahrbuch der Bühnen einmal nachvollziehe - circa 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie circa sechs bis acht Auszubildende nach Bocklemünd.

Beim WDR ist es ungefähr die gleiche Anzahl Auszubildende. Die Anzahl der Mitarbeiter kann ich Ihnen im Moment nicht nennen, aber sie dürfte sich auf der gleichen Ebene bewegen. Nur die Fazilitäten beim WDR werden mittlerweile dem Wettbewerb der Produktionen in Deutschland angepasst, deshalb werden sie nur noch sporadisch verwendet. Das ist der Grund. Wir würden es deutlich beleben.

Der Vollständigkeit halber möchte ich aber auch noch einmal ganz kurz die Entscheidungsabläufe in Erinnerung rufen: In 2015 wurden dem Rat mundgerechte Argumente geliefert, die Entscheidung pro Kooperation und für die Bocklemünd-Hallen als die einzige alternativlose Lösung zu betrachten.

Zwischen der Schlusszeichnung des Vertrages im Dezember 2015 und der Vorvereinbarung sind 18 Monate vergangen, in denen sich sehr unterschiedliche Dinge abgespielt haben. Der laufende Mietvertrag für die Werkstätten in der Oskar-Jäger-Straße wurde gekündigt vor der Beauftragung der Machbarkeitsstudie 2016. Anmerkung: Die Kündigung der Oskar-Jäger-

Straße erinnert mich irgendwie an die Gemengelage des Staatenhauses und der BB Promotion GmbH.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Das ist sehr eigenartig, und das kostet diese Stadt einige Millionen Euro. Nichtsdestotrotz soll nun Geld fließen, damit 700.000 Euro für die Planung und für die Projektentwicklung für Bocklemünd vorangetrieben werden können. - Nein, das machen wir nicht mit.

Die weitere Anmerkung ist noch: Der Betriebskostenzuschuss im vorliegenden Wirtschaftsplan steigt in den nächsten drei Jahren von 67 auf 90 Millionen Euro. Inwieweit die Positionen der Werkstätten darin enthalten sind, kann ich nicht beurteilen. So tief bin ich nicht eingestiegen. Im Moment steht er nicht zur Diskussion, da er erst einmal zurückgestellt wurde.

Zurück zur Oskar-Jäger-Straße: Da ist der Vertrag gekündigt, und der Vermieter fordert eine höhere Miete. Betrag unbenannt. Insofern ist die Beschlussvorlage für mich unvollständig.

Der zweite unvollständige Fakt ist: Im Falle der Verlängerung des Mietverhältnisses ist ein bereits verpflichteter Nachmieter da. Dieser wird sicherlich nicht schadhaft da herausgehen wollen. Betrag unbenannt.

Dann zu Bocklemünd - ein 24-Millionen-Euro-Projekt, Herr Streitberger. Das sage ich, weil ich ein gebranntes Kind bin. Ich bin zwar hier im Rat noch jung, aber ich bin, was die Abschätzungen von Baukosten anbelangt, unheimlich gebrannt. Ich sage: 24 Millionen Invest mit Finanzierungskosten, die Annuitäten unbenannt; Erbpachtzins - das ist eben schon erwähnt worden, ich fülle es wieder auf - unbenannt; Umlagen unbenannt.

Eine mögliche Vertragskündigung mit dem WDR mit Rechtsstreitkosten und vielleicht auch einer Entschädigung - ein Risiko unbewertet, unbenannt.

Zu meinem Antrag: Wir lehnen die Beschlussvorlage ab. Wir wollen aber einen Gesamtbericht haben. Ich vermisse mittlerweile wirklich eine Strategie, wie sich die Bühnen in ihrer vielfältigen Flächenausdehnung in Köln irgendwann wieder finden können.

Frau Stahlhofen meinte eben wahrscheinlich die Oper *Turandot*, die ich auch gesehen habe. Ich habe das Ticket bezahlt, damit auch Geld in die Kasse der Oper kommt. Die Aufführung von *Turandot* war exzellent. Ich habe selten in meinem Leben eine so schöne Oper gesehen. Herzlichen Glückwunsch dazu.

Ich will nur sagen: Dieses Flächen- und Vertragswirrwarr des Interims und auch der Werkstätten inklusive Probebühnen und ähnlichen Dingen muss irgendwo einmal auf das Papier. Ich blicke nicht mehr durch, und ich glaube, viele von Ihnen blicken auch nicht mehr durch.

So weit schließe ich meinen Vortrag, möchte Ihnen noch eine alternative Lösung vorschlagen. Denken Sie doch einmal über die Großmarkthalle nach, und denken Sie vielleicht darüber nach, Herrn Bachmann auch seine kleine Bühne anstelle des Depots, das wir auch wieder kaufen müssen, zu übertragen. Die Großmarkthalle gehört uns. Wir können damit machen, was wir wollen. Wenn wir in der Großmarkthalle in Raderberg, in einem der größten Explorationsgebiete des Wohnungsbaus in Europa, Kultur direkt am Bürger ansiedeln, dann scheint mir das eine Bereicherung zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von Herrn Wortmann. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Wortmann und die AfD. Wer wünscht, sich zu enthalten? - Das sind die FDP und die Ratsgruppe Piraten. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Linken ist, wie ich eben verstanden habe, zurückgezogen. Die Linken haben sich dem Änderungsantrag von SPD, CDU, Grüne und FDP angeschlossen. Also lasse ich jetzt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er so beschlossen.

Ich lasse jetzt der guten Ordnung halber noch über die ursprüngliche Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)

Der Rat möge beschließen:

1. *Die Verweigerung der Freigabe der in der Vorlage 0512/2017 beantragten Kosten in Höhe von TEuro 700.0 für Planung und Projektleitung des Neubaus und die Entscheidung zu vertagen, bis der endgültige Abschlussbericht des Technischen Geschäftsführers der Bühnen über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz einschließlich Gesamtkosten und Übergabetermin vorliegt.*

2. *die Betriebsleitung der Bühnen mit der lückenlose Vorlage der Unterlagen zu beauftragen, die ausschlaggebend für die Entscheidung waren, 2014 den politischen Gremien die Empfehlung über die Kooperation zwischen dem WDR und den Bühnenbetrieben auszusprechen, w.d.w.:*

   a *Zustandsberichte Wege, Gebäude und Anlagen der anzumietenden WDR-Liegenschaften*

   b *Gesprächsnotizen und Protokolle,*

   c *LOI, sonstige Absichtserklärungen und Vorverträge*

   d *Beteiligter Personenkreis und Funktionen*

3. *die Betriebsleitung der Bühnen zu beauftragen, eine Übersicht zu erstellen, aus der die derzeit von den Werkstätten genutzten Standorte, Flächen und die kalkulatorischen Kosten p.a. ersichtlich sind, die zum Standort Bocklemünd umsiedeln sollen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Gruppe Piraten abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert:

1. *Ziffer 1 des Beschlussvorschlags soll unverändert beschlossen werden. Die im Beschlussvorschlag aufgeführten Ziffern 2 bis 6 sowie 8 bis 10 werden zurückgestellt.*

2. *Auf Basis der Absichtserklärung von Bühnen der Stadt Köln und WDR, über den Werkstattneubau hinaus zukünftig zusätzliche Kooperationsbereiche zu erschließen, sind weiterführende Gespräche über zukünftige Synergien mit dem WDR zu führen und die Verhandlungsergebnisse im Detail darzustellen. Diese Darstellung soll eine Erlöskalkulation durch zukünftige Fremdaufträge, eine Kalkulation von Aufwandsminderungen durch eine optimierte Logistik, eine Kalkulation der Einnahmen aus Mehraufführungen durch vereinfachte Bühnenbildmontage sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses beinhalten.*

3. *Zur bereits dargestellten Planung eines Werkstattneubaus auf dem benannten Grundstücksareal des WDR sind Alternativstandorte im Stadtgebiet zu prüfen. Die Alternativstandorte sind unter Darlegung folgender Parameter in Hinsicht auf ihre Vor- und Nachteile vergleichend darzustellen: Realisierbarkeit der geplanten Werkstatt an Alternativstandorten, Grundstückskosten, Erstellungskosten der Werkstatt, Verkehrsanbindung, Auswirkungen auf mögliche Kooperationen mit dem WDR. Es ist darzustellen, wie das Werkstattgebäude kostenoptimiert realisiert werden kann. Das Ergebnis der Prüfung ist in vergleichender Form zusammen mit der Variante auf dem WDR-Areal den zuständigen Ratsgremien bis zur Sommerpause vorzulegen. Auf Grundlage des dann zu treffenden Beschlusses über den zukünftigen Standort der Bühnenwerkstatt, werden dann die Bühnen der Stadt Köln mit dem Planungsauftrag beauftragt.*

4. *Die Betriebsleitung wird zur Vermeidung eines Werkstätteninterims beauftragt, den aktuellen Standort zu sichern und wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge zu schließen. Die zusätzlichen Kosten sind im Rahmen des Wirtschaftsplans ohne Erhöhung des Betriebskostenzuschusses darzustellen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

III. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat nimmt die Machbarkeitsstudie der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zur „Planung der Bühnenwerkstätten in Bocklemünd“ vom Dezember 2016 zur Kenntnis. Er nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass für die benannte Maßnahme auf Basis der Machbarkeitsstudie eine positiv beschiedene Bauvoranfrage vom November 2016 vorliegt.*

   Der Rat beauftragt die Bühnen der Stadt Köln, verschiedene langfristige Finanzierungsmodelle für den Neubau der Werkstätten zu prüfen und zum Baubeschluss hierzu ein Konzept vorzulegen. Im Rahmen der Finanzierung sollen auch ggf. erwirtschaftete Überschüsse aus den Jahresabschlüssen der Bühnen Berücksichtigung finden.

2. *Auf Basis der Absichtserklärung von Bühnen der Stadt Köln und WDR, über den Werkstattneubau hinaus zukünftig zusätzliche Kooperationsbereiche zu erschließen, sind weiterführende Gespräche über zukünftige Synergien mit dem WDR zu führen und die Verhandlungsergebnisse im Detail darzustellen. Diese Darstellung soll eine Erlöskalkulation durch zukünftige Fremdaufträge, eine Kalkulation von Aufwandsminderungen durch eine optimierte Logistik, eine Kalkulation der Einnahmen aus Mehraufführungen durch vereinfachte Bühnenbildmontage sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses beinhalten.*

3. *Zur bereits dargestellten Planung eines Werkstattneubaus auf dem benannten Grundstücksareal des WDR sind Alternativstandorte im Stadtgebiet zu prüfen. Die Alternativstandorte sind unter Darlegung folgender Parameter in Hinsicht auf ihre Vor- und Nachteile vergleichend darzustellen: Realisierbarkeit der geplanten Werkstatt an Alternativstandorten, Grundstückskosten, Erstellungskosten der Werkstatt, Verkehrsanbindung, Auswirkungen auf mögliche Kooperationen mit dem WDR. Es ist darzustellen, wie das Werkstattgebäude kostenoptimiert realisiert werden kann. Das Ergebnis der Prüfung ist in vergleichender Form zusammen mit der Variante auf dem WDR-Areal den zuständigen Ratsgremien bis zur Sommerpause vorzulegen. Auf Grundlage des dann zu treffenden Beschlusses über den zukünftigen Standort der Bühnenwerkstatt, werden dann die Bühnen der Stadt Köln mit dem Planungsauftrag beauftragt.*

4. *Die Betriebsleitung wird zur Vermeidung eines Werkstätteninterims beauftragt, den aktuellen Standort zu sichern und wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge zu schließen. Die zusätzlichen Kosten sind im Rahmen des Wirtschaftsplans ohne Erhöhung des Betriebskostenzuschusses darzustellen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Sowohl die Fraktion Die Linke. als auch die FDP-Fraktion ziehen ihren Änderungsantrag zugunsten des gemeinsamen Änderungsantrages (siehe Beschluss Nr. II) zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

10.13 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau Brücke Frankfurter Str. (B8) / Stadtautobahn (B55a)
3266/2016

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen wie Verkehrsausschuss mit Anlage 3. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.14 ist zurückgezogen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 21.03.2017

1. *Der Rat stellt den Bedarf fest, die Planungen für den Abbruch und Neubau der Brücke im Zuge der Frankfurter Str. (B8) über die Stadtautobahn (B55a) in Köln-Buchheim/Höhenberg durchzuführen. Die Planung für den Neubau umfassen auch eine Stadtbahnbrücke sowie großzügige Rad- und Fußwege.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung für die Planungsleistungen in Höhe von rund 1,8 Millionen Euro sicherzustellen und die Maßnahmen der Objektplanung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.*

3. *Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Planungsleistung die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 400.000,00 Euro im Haushaltsjahr 2017 des Teilfinanzplans 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6901-1202-8-0250 Neubau Brücke Frankfurter Str. Hj. 2016. Außerdem beschließt der Rat bei gleicher Haushaltsposition die Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400.000,00 Euro zu Lasten des Haushaltsjahres 2018 und in Höhe von 1.000.000,00 Euro zu Lasten des Haushaltsjahres 2019.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.14 Feinkonzept zur Umsetzung von Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017
0544/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf

10.15 Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Köln
0235/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0546/2017

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Ich werde jetzt keine Rede zur Ehrenamtskarte halten. Die Ehrenamtskarte hat die Frau Oberbürgermeisterin vorgeschlagen und auch in die Debatte gebracht. Dafür danke schön und herzlichen Glückwunsch, dass Sie die Initiative ergriffen haben. Wir haben über die Ehrenamtskarte in den letzten zehn Jahren in Köln schon öfter diskutiert. Das ist jetzt ein Aufschlag gewesen. Sie haben auch in der Vorlage geschrieben, dass das jetzt ein Anfang sein soll. Das haben wir auch schon verstanden.

In den Diskussionen zu Veranstaltungen zum Thema „bürgerschaftliches Engagement“ hörten wir jedoch immer wieder die Forderung der verschiedenen Ehrenamtler: Wir wollen eine Vergünstigung beim öffentlichen Nahverkehr haben, damit wir zu den Menschen, zu den Sitzungen usw. usf. hinfahren können. Deswegen haben wir einen kleinen Änderungsantrag gestellt. Ich sage aber ganz deutlich: Wir werden der Vorlage zur Ehrenamtskarte zustimmen. Wir würden natürlich noch lieber der Vorlage zustimmen, wenn unser Antrag angenommen wird, der in dem Sinne auch kein Beschluss ist, sondern die Oberbürgermeisterin sozusagen darum bittet, zu prüfen, ob wir in Sachen ÖPNV eine Vergünstigung von 25 Prozent erzielen können und dazu Gespräche mit dem VRS aufgenommen werden können.

Wir haben das deswegen so vorgeschlagen, weil vor kurzem in Sachen Azubiticket genau so eine Vereinbarung getroffen wurde. Insofern denken wir, dass das vielleicht ein Weg wäre, wie man in Sachen ÖPNV oder Vergünstigung für die Ehrenamtler einen Schritt weiterkommen könnte. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich habe jetzt die Reihenfolge nicht gesehen. - Bitte sehr.

Christoph Klausing (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kollegen! Danke an Herrn Detjen für die warmen Worte zur Initiative der Oberbürgermeisterin. Ich persönlich möchte auch für unsere Fraktion sagen, dass wir Ihnen sehr dankbar

sind, dass Sie auch noch einmal einen ganz deutlichen engagement-politischen Akzent gesetzt haben und sich damit auch ganz klar in die Tradition von Fritz Schramma stellen, der der Engagement-Oberbürgermeister der Stadt Köln gewesen ist. Sie führen damit also eine gute CDU-Tradition fort.

(Monika Schultes [SPD]: So ein Quatsch!)

Gleichzeitig ist es so - den Spaß sollten Sie mir gerade gegönnt haben -, uns als CDU ist es ein wichtiges Anliegen, und hier im Haus besteht große Einigkeit zum Thema Engagement, große Einigkeit zu diesem Antrag oder zu dieser Beschlussvorlage. Deswegen kann man, glaube ich, auch die Idee von den Linken so hinnehmen, die das so ein bisschen in die Ausschüsse eingebracht. An dieser Stelle müssen wir Ihren Änderungsantrag jedoch ablehnen. Er greift vielleicht einen richtigen Punkt auf, den man andiskutieren könnte, aber das ist als Änderungsantrag noch vollkommen unausgegoren.

Sie haben von Ehrenamtlichen gesprochen und nicht von Ehrenamtskarteninhabern. Sie wollen pauschal allen etwas geben, obwohl noch nicht einmal der Bedarf abgeklärt ist, wo etwas gebraucht wird. Das ist ein bisschen zu kurzgesprungen.

Die Verwaltung hatte bereits zugesagt, dass sie mit der Einführung der Ehrenamtskarte nach und nach die engagierten Menschen abfragen wird, wo sie noch Vergünstigungen brauchen und wo es bedarfsgerecht ist. In dem Zuge werden sie uns dann auch weitere Vergünstigungen aufzeigen, die sinnvoll sind.

Zwei Punkte noch. Erstens. Die Argumentation der Linken im Sozialausschuss war auch, dass man schauen müsste, wie viel finanziellen Mehrwert engagierte Menschen in der Stadt Köln leisten, und dass sich das auch ein bisschen widerspiegeln müsste in dem, was wir ihnen als Vergünstigungen geben.

Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Das darf es nicht sein. Das darf es wirklich nicht sein. Wir dürfen nicht dahin kommen, dass wir mit einer Ehrenamtskarte versuchen, mit finanziellen Aufwendungen das zu ersetzen, was Ehrenamtliche für diese Stadt leisten. Denn das, was Ehrenamtliche für diese Stadt leisten, ist mehr wert als alles Geld, das wir zusammenraffen können. Hier geht es um eine ehrliche Anerkennung vom Stadtrat und von der Stadt Köln für die engagierten Menschen in der Stadt Köln.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt, den wir ganz bewusst nicht als Ergänzungsantrag hier mit hineingenommen haben, aber eine Bitte von uns an die Verwaltung. Das Thema wurde im Jugendhilfeausschuss auch mehrfach diskutiert, und zwar die Jugendleiterkarte, die wir, Schwarz-Grün, auf den Weg gebracht haben, die mit der Ehrenamtskarte ja „verheiratet“ wird. - Andy Pöttgen wird sich an die Diskussion im JHA noch erinnern.

Es ist ein Wunsch des Jugendrings, dass die Inhaber der Jugendleiterkarte nicht die Ehrenamtskarte beantragen müssen, um die Vergünstigungen der Ehrenamtskarte zu erhalten.

Die Bitte ist, dass die Verwaltung die Verhandlung mit den Stellen, die Vergünstigungen erteilen, so führt, dass die Vergünstigungen gleichermaßen für Ehrenamtskarteninhaber und *JuLeiCa*-Karteninhaber gelten. Das gilt nur für die Stadt Köln. Mehr können wir hier nicht machen.

Das noch einmal als eindrückliche Bitte: Machen Sie das Engagement der jungen Menschen so einfach wie möglich, keine bürokratische Hürden. *JuLeiCa*-Karteninhaber sollen mindestens die gleichen Vergünstigungen haben wie Ehrenamtskarteninhaber. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Michael Paetzold (SPD): Es ist schon spät, ich mache es vom Platz aus.

Auch wir begrüßen sehr Ihre Initiative, Frau Oberbürgermeisterin, die Ehrenamtskarte nun auch in Köln einzuführen und dieser Landesinitiative beizutreten. Wir halten das für einen sehr guten Aufschlag.

Wir haben es schon im Sozialausschuss diskutiert: Das bisherige Angebot ist noch ein bisschen dünn, aber die Verwaltung hat uns zugesagt, dass sich das noch ausdehnen wird, und hofft auch, mit der Einführung mehr Menschen, mehr Institutionen, mehr Firmen zu finden, die der Unterstützung dieser Karte beitreten wollen.

Herr Klausing hat schon einiges gesagt. Wir sind auch sehr dafür, dass die Verfahren mög-

lichst schlank gemacht werden, dass die Antragstellung einfach ist. Wenn ich mir die Beantwortung der Fragen durchlese, die ich bekommen habe - Fragen aus dem Sozialausschuss und aus dem JHA -, sehe ich uns auf einem ganz guten Weg. Von daher sind wir ganz zufrieden und werden dem Antrag gern zustimmen.

An die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von den Linken: Eurem Antrag können wir leider heute nicht zustimmen. Denn wir stimmen mit der Oberbürgermeisterin überein: Wir wollen die Ehrenamtskarte jetzt möglichst schnell zum 01.07. einführen, und euer Antrag, der ja nicht nur ein Prüfantrag ist, wenn man es genau liest, würde das Ganze verzögern.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Es ist ein Prüfantrag!)

Darüber kann man sicherlich in Zukunft noch einmal in Ruhe reden, -

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Ja, klar!)

- aber zum heutigen Zeitpunkt müssen wir ihn einfach ablehnen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser, bitte.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin.

Ich wollte noch einmal daran erinnern, dass es das Programm „KOMM-AN NRW“ gibt und darüber für die ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer auch eine kleine Pauschale von 44 Euro zur Verfügung steht, die einerseits eingesetzt werden kann, um kleine Mittel zu kaufen, die man für die Arbeit mit den Flüchtlingen brauchen kann, die auf der anderen Seite allerdings auch eingesetzt werden können für Fahrtkosten zum Beispiel.

Insgesamt werden wir als Grüne-Fraktion dem Ergänzungs- oder Änderungsantrag der Linken auch nicht zustimmen können. Das wird sich nicht darstellen lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch die FDP - obwohl ich gelernt habe, dass das Ehrenamt eigentlich fast nur ein CDU-Thema ist - steht zum Ehrenamt. Deswegen werden wir heute auch der Ehrenamtskarte zustimmen.

Ich möchte aber auch noch einmal zu dem Antrag der Linken Folgendes sagen: Es ist richtig, dass wir das Ehrenamt anerkennen müssen. Herr Klausing hat richtig gesagt, dass wir es eigentlich gar nicht hoch genug schätzen können. Aber Ehrenamt heißt *Ehren*amt, das heißt nicht, dass wir es im Grunde genommen eins zu eins irgendwie vergüten können. Ich glaube, das muss man bei der ganzen Diskussion im Hinterkopf behalten, bei aller Anerkennung für das Ehrenamt. Deswegen werden wir dem Antrag der Linken auch nicht zustimmen können.

Ich habe sowieso das Gefühl, dass Sie sich heute ein bisschen die KVB vorgenommen haben. Schon in der Diskussion zu dem Antrag um den Mobil-Pass bzw. Köln-Pass zu Beginn der Sitzung, haben Sie eingebracht, dass wir ein bisschen die KVB belasten können. Das wäre hier auch wieder eine Belastung der KVB.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

- Ja, Sie wollen Herrn Fenske ärgern. Das lässt er sich, glaube ich, nur nicht.

Wir werden Ihren Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte noch eine Ergänzung hier erläutern. Dass wir alle für diese Ehrenamtskarte sind und dass wir sie einführen wollen, ist jetzt schon gesagt worden. Ich denke, das sehen auch fast alle tatsächlich so, dass das notwendig ist.

Wenn man jedoch den Antrag der Linken genau betrachtet, damit die Dimensionen klar werden: In der Verwaltungsvorlage wird von 200.000 Ehrenamtlern gesprochen. Die Zahl nehme ich jetzt einmal so. Die Vergünstigung der Monatskarte um 25 Prozent würde 20,60

Euro im Monat ausmachen. Das wären 4,1 Millionen Euro im Monat. - Herrn Fenske macht das gar nichts aus, weil er diese Rechnung an die Stadt Köln stellen wird.

Wenn man das auf das Jahr hochrechnet, sind wir bei fast 50 Millionen Euro - nur, um einmal klarzumachen, was das bedeutet. Dann sind wir in einer anderen Diskussion. Ich habe den Antrag der Linken absolut wörtlich genommen, weil ich die Anträge immer ernst nehme. Nur, damit man es einmal klar sieht. Wie die verschiedenen Kollegen schon gesagt haben: Es geht um Ehrenamt und Wertschätzung des Ehrenamts, dabei muss auch der Rahmen entsprechend stimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich würde jetzt gern doch noch einmal einen Satz zu unserem Änderungsantrag sagen. Es wird ja hier jetzt so dargestellt, als wäre das eine unglaublich teure Sache, die die Stadt überhaupt nicht wuppen kann.

Ich würde Sie bitten, mir noch eine Minute zuzuhören, dann wird es vielleicht deutlich, dass es gar nicht so teuer ist, wie Sie das jetzt hier ausrechnen.

Wir sind bei dem Ticket von einem unrabattierten 1b-Ticket ausgegangen, also für die Stadt Köln, was außerhalb des Abos derzeit 91 Euro kostet oder - Herr Fenske, korrigieren Sie mich - vielleicht sogar 94 Euro. Das weiß ich jetzt nicht hundertprozentig. Auf jeden Fall schlagen wir circa 22 Euro ab und sind dann beim Nicht-Abo immer noch bei einem Preis von 70 Euro monatlich für den Ehrenamtler.

Ich sage das deswegen, denn wenn wir uns das Ticketangebot der KVB einmal anschauen, gibt es eine ganze Reihe von Tickets in der Preisstufe 1b, die wesentlich günstiger sind als das, was wir für die Ehrenamtler jetzt vorschlagen.

Ja, Herr Fenske, Sie schauen jetzt sehr kritisch. Das ist auch richtig und gut. Es ist ja schön, dass Sie mir zuhören.

Beispielsweise liegt das Seniorenticket bei 60 Euro für 1b. Wir haben das Azubiticket, das liegt bei 57,80 Euro, wenn ich es richtig im Kopf habe. Also alles unter dem, was wir vorschlagen.

Den Köln-Pass lasse ich bewusst jetzt außen vor, da es dafür Subventionen der Stadt gibt - geringe, aber es gibt sie. Wir reden hier nur von unsubventionierten Tickets. Ich möchte noch einmal die Diskussion zur Einführung des Köln-Passes in Erinnerung bringen, als Sie alle total verunsichert waren: Um Gottes willen, dann kauft keiner mehr ein reguläres Ticket, und die KVB oder der VRS hat so hohe Einnahmeverluste! - All das ist nicht eingetreten, obwohl die Situation wesentlich schärfer war, als sie das jetzt hier und heute bei der Rabattierung für das Ehrenamt ist.

Von daher kann ich nur noch einmal dafür plädieren, dass man bitte zumindest mit dem VRS darüber redet, ob das überhaupt eine finanzielle Mehrbelastung ist oder ob sie vielleicht sogar davon ausgehen, dass der eine oder andere Neukunde unter den Ehrenamtlern ist.

Ich bitte noch einmal um Zustimmung unseres Antrags. Wir können das gern auch noch ein bisschen weicher als Prüfung oder wie auch immer formulieren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Linken abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Linken, die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Der Rat der Stadt möge ergänzend zu dem bisherigen Beschlusstext beschließen:

Die Verwaltung tritt mit dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg in Verhandlung, mit dem Ziel der

Einführung einer ermäßigen Monatskarte 1b (Kölner Stadtgebiet) für Ehrenamtler/innen.

Die Karte soll um 25 % preiswerter als das Regelangebot sein. Die Monatskarte im Stadtgebiet von Köln würde im Abo ca. 61,70 Euro gegenüber 82,30 Euro kosten, im Einzelverkauf wären 70,70 Euro gegenüber 94,30 Euro fällig.

Vorlage für die Verhandlungen soll das MonatsTicket für Auszubildende sein, das sich aktuell im VRS in der Einführung befindet.

Die Verwaltung möge darlegen, mit welchen Verkaufszahlen und mit wie vielen Neukunden für die KVB bzw. den VRS zu rechnen ist. Sie möge außerdem die Höhe der erforderlichen Zahlungen der Stadt Köln an den VRS eruieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einführung der Ehrenamtskarte NRW zum 01. Juli 2017 und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.16 auf, meine Damen und Herren.

10.16 Förderprojekt „Einwanderung gestalten NRW"
0554/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Dann ist das so beschlossen.

10.17 und 10.18 sind zurückgezogen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Teilnahme der Stadt Köln am Förderprojekt des Landes NRW „Einwanderung gestalten NRW“ im Zeitraum 01.04.2017 bis 31.03.2019.

Das Finanzierungsvolumen für Personal- und anteilige Sachaufwendungen beträgt in den Haushaltsjahren 2017-2019 insgesamt 434.150 €. Das Land NRW gewährt eine Förderung von 90% der zuwendungsfähigen Kosten. Der verbleibende kommunale Eigenanteil beträgt vorbehaltlich der Anerkennung der Förderfähigkeit der jeweiligen Kostenpositionen voraussichtlich rd. 57.900,- €.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat für die Haushaltsjahre 2017 bis 2019 vorbehaltlich der Förderzusage des Landes die befristete Einrichtung von 1,5 Stellen für Projektkoordination/-steuerung in der BGr. A 14 LBesG NRW (vgl. EG 14 Fg. 1 TVöD VKA) und 0,5 Stelle für Projektmitarbeit/Administration in der BGr. A 12 LBesG NRW (vgl. EG 11 TVöD VKA).

Um die sofortige Besetzung der Stellen sicherzustellen, werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.17 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015 - Beteiligungsbericht 2015
0732/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

10.18 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2017/18
0581/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.19 Beitritt der Stadt Köln zu der Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“

0362/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Beitritt der Stadt Köln zu der neu gegründeten Anstalt des öffentlichen Rechts d-NRW AöR zu. Der Beitritt der Stadt Köln ist mit dem Einbringen eines Stammkapitals von 1.000 Euro verbunden.

Der Beitritt erfolgt vorbehaltlich der Nichtbeanstandung der Bezirksregierung Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Akbayir verlässt die Sitzung endgültig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.20 Luftreinhalteplanung Stadt Köln
3786/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0403/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0530/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0540/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0555/2017

Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Köln ist Spitzenreiter - ja, Sie haben richtig gehört -, leider bei einer Sache, auf die wir alle nicht besonders stolz sein können und dürfen, und zwar bei der Luftbelastung durch Stickoxid.

Die Verwaltung stellte in der Vorlage fest, dass an fast allen Messstellen im Stadtgebiet regelmäßig die Grenzwerte überschritten werden. Wir haben das Thema im Zusammenhang mit der Braunkohle auch schon einmal diskutiert. Es ist unbestritten: Stickstoffbelastungen sind sehr schädlich für die Umwelt und bringen natürlich auch eine erhöhte Gesundheitsgefahr mit sich. Insofern müssen wir alle gemeinsam hier dafür sorgen, dass wir die Bevölkerung endlich wirksam vor diesen Belastungen schützen.

Wir sind sehr froh darüber, dass auch das schwarz-grüne Gestaltungsbündnis das mittlerweile offensichtlich verstanden hat. Wir haben schon seit September immer wieder Anträge eingebracht und konkrete Vorschläge unterbreitet, was man tun kann, um die Menschen zu schützen. Leider wurden sie immer wieder von einer Sitzung in die nächste vertagt. Letztlich setzt man damit, Herr Kollege Kienitz, auch die kommunale Handlungsfreiheit aufs Spiel.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sie haben das doch schon längst abgelehnt in der letzten Wahlperiode!)

Denn wir alle wissen, es gibt ein Vertragsverletzungsverfahren der EU, es gibt eine Klage der deutschen Umwelthilfe. Wenn also nicht bald etwas unternommen wird, dann haben wir es irgendwann nicht mehr in der Hand, dann wird aus der Zeughausstraße verordnet, was wir zu tun haben.

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke.])

Es sollte unser gemeinsamer Anspruch hier sein, das zu verhindern.

Wir haben, wie gesagt, konkrete Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel den Ausbau des Umweltverbundes, den Einsatz von umweltfreundlichen Technologien wie E-Bussen, wie die Verknüpfung von Verkehrsträgern. Die Temporeduzierung auf großen Straßen kann man im Grunde mit wenig Aufwand umsetzen, genauso wie umweltsensitive Ampelschaltungen oder Umfahrungen für Lkw-Transitverkehr.

Wir müssen aber ganz besonders - ich sagte es bereits -, damit wir das Heft des Handelns in der Hand behalten und vor allem die Belastungen für die Menschen reduzieren, schauen, welche kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen wir jetzt möglichst schnell auf den Weg bringen können. Deswegen wollen wir in unserem Än-

derungsantrag die Verwaltung darum bitten, dass sie aus den Ideen, die da auch aus der Arbeit des Runden Tisches stammen, schon kurzfristig die Maßnahme herausgreift, die man bereits jetzt umsetzen kann.

An der Stelle noch einmal ein herzlicher Dank an den Beigeordneten Dr. Rau und alle Mitwirkenden des Runden Tisches, die sich mit erheblichem Engagement um diese Thematik kümmern.

Eines muss allerdings auch klar sein an dieser Stelle: Großräumige Dieselfahrverbote und ganz besonders eine City-Maut auf dem Kölner Stadtgebiet sind mit uns nicht zu machen, denn eine solche pauschale Abgabe wie die City-Maut belastet die Kölnerinnen und Kölner, -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Es soll ja nur untersucht werden!)

- die Pendlerinnen und Pendler gleichermaßen pauschal, unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, Herr Kollege Detjen. Das ist auch eine Frage, die Ihre Wähler interessieren wird.

(Beifall bei der SPD)

Bevor nicht ausreichend alternative Mobilitätsangebote zur Verfügung stehen, ist und darf das aus unserer Sicht kein Thema sein.

Hinzu kommt - das muss ich Ihnen alles nicht sagen -, dass das Ganze auch einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich bringt und selbstverständlich auch die Kölner Wirtschaft belastet. Insofern freuen wir uns auf ein klares Signal des Ratsbündnisses. Wir können jetzt endlich einmal Position bei dem Thema beziehen.

Ein Hinweis noch: Es gibt einen Änderungsantrag von Schwarz und Grün - wenn ich das richtig sehe -, der bereits gestern im Finanzausschuss diskutiert wurde. Darin wurde in der sozusagen redaktionellen und vor allem inhaltlichen Fassung bis heute noch einmal aus unserer Sicht an substanzieller Stelle etwas geändert, was sehr in unsere Richtung geht. Insofern können wir uns auch da eine Zustimmung gut vorstellen.

Wir bleiben aber dabei: Unser Änderungsantrag ist weitergehend. Wir wollen, dass jetzt konkrete Maßnahmen ergriffen werden, und halten unseren Änderungsantrag daher aufrecht. Denn wir sind der Auffassung, dass kurzfristig etwas passieren muss. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und darf um Zustimmung bitten.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker hat das Wort.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren des Rates! Ganz kurz: Wir freuen uns darüber, dass jetzt hier etwas passiert. Wir sind sehr froh darüber, dass diese Vorlage gekommen ist, Herr Dr. Rau.

Luftreinhalteplanung der Stadt Köln ist wirklich ein umfassendes und weitgreifendes Thema, bei dem man nicht einmal eben, wie Herr Struwe uns das gerade erzählen wollte, ein paar kleinere Anträge irgendwo einbringt, und dann läuft die Sache schon. So ist das nämlich genau nicht.

(Beifall bei der CDU und Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Luftreinhalteplanung beinhaltet Stadtentwicklung, wobei wir einerseits planen wollen, wo die Bürger, die in diese Stadt ziehen möchten, leben sollen, andererseits muss aber die Luftqualität trotzdem erhalten bleiben. Sie betrifft den Verkehr, sie betrifft Luftschneisen, die wir durch diese Stadt erhalten müssen, und sie betrifft auch eine Belastung, die von außerhalb in diese Stadt kommt. Auch die müssen wir - auch wenn wir sie nicht durch Beschlüsse beeinflussen können - im Blick haben.

Aus diesem Grunde haben wir den Änderungsantrag oder den Erweiterungsantrag gestellt. Es ist eigentlich kein Änderungsantrag, denn wir sind mit dem, was Herr Rau macht, sehr einverstanden. Wir freuen uns, dass erst einmal Fakten untersucht werden, -

(Zuruf von Michael Weisenstein [Die Linke.])

- bevor man mit Aktionismus in die Sache hineingrätscht. Dann nämlich kann man auch konkret an den Punkten, zu denen wir jetzt Untersuchungen machen, etwas verändern und etwas leisten.

Herr Struwe, ich möchte Ihnen einmal sagen: Ich bin 2009 in den Rat gekommen. Damals waren der Clevische Ring und die sensitive

Ampelschaltung auch schon auf der Tagesordnung. Warum - wenn Sie das so dringend wollen - haben Sie das in den Jahren, als Sie die Gelegenheit dazu hatten, nicht endlich umgesetzt?

(Beifall bei der CDU)

Insofern sind es doch jetzt hier nicht die ersten Anträge, die von Ihnen blockiert werden. Es ist doch nie etwas passiert.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Weil die Koalitionspartner und die Grünen die ganze Zeit gepennt haben!)

- Das mag sein, aber jetzt nehmen wir das in Angriff, und wir nehmen es in einem vernünftigen Konzept in Angriff. Dann werden wir das auch in irgendeiner Form umsetzen können.

(Zurufe)

Nichtsdestotrotz ist es doch vom Grundprinzip zunächst einmal wichtig, die Fakten darzulegen, um zu wissen, wo man an dieser Stelle handeln will - so, wie wir auch an anderen Stellen erst einmal Informationen sammeln, bevor wir aktiv werden, denn sonst schmeißen wir Geld zum Fenster hinaus, das uns am Ende nichts bringt.

Deshalb stellen wir auch diesen Änderungs- oder diesen Ergänzungsantrag - so will ich es einmal lieber nennen -, weil wir sagen: Aus der Sache heraus muss sich dann auch etwas entwickeln, was die Gesamtheit der Stadt mitnimmt im Rahmen des Runden Tisches, den Herr Rau gegründet hat. Aber - das ist eben das Entscheidende daran - wir haben auch viele Punkte, die wir selbst gar nicht entscheiden können. Deshalb ist es wichtig, auch, wie Sie sagen, das Zeughaus mit ins Boot zu nehmen. Nur dann kann aus diesem Schuh auch wirklich etwas werden, womit diese Stadt laufen kann.

Es ist wichtig, die Luftreinhaltung in den Griff zu bekommen. Wir müssen handeln, wir wollen handeln, wir wollen selbstbestimmt handeln, aber wir können das nur im Verbund mit anderen tun, die auch an dieser Schraube mit drehen. Das werden wir tun. Wir werden dieses Heft des Handelns in die Hand nehmen. Wir warten auf die Zahlen, die dann kommen werden, und dann werden wir diese Dinge in Angriff nehmen. Deshalb haben wir auch gesagt, dass über alle Bereiche hinweg mit allen gesprochen werden soll, um ein Konzept zu entwickeln. Ich kann nicht erkennen, Herr Struwe, dass Ihr Antrag da in irgendeiner Form weitergehender ist. Ich würde einmal behaupten, dass wir doch etwas mehr und breiter aufgestellt sind, als Sie es sind.

Ich freue mich, dass Sie unserem Antrag durchaus etwas abgewinnen können, und vielleicht können Sie sich dann doch entschließen, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Wir hatten gestern schon eine heftige Kontroverse im Finanzausschuss, wobei sowohl die Vorlage als auch alle Änderungsanträge vorlagen. Dabei ist mir noch einmal eines klar geworden, das man hier auch noch einmal klarstellen muss: Wenn es in der letzten Wahlperiode um Fragen von Klimaschutz oder Luftreinhaltung gegangen ist, sind wir mit der damaligen rot-grünen Partnerschaft nicht besonders weit gekommen, und das lag nicht an den Grünen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb ist das sehr wohlfeil, wenn vielleicht auch lieb gemeint von Rafael Struwe, jetzt einzufordern, was verpasst worden wäre. Es gab viele Gelegenheiten. Wenn ich allein an die ursprüngliche Planung der Verwaltung zu Klimaschutz und Luftreinhaltung denke, die schon im Vorfeld gestoppt wurde - das zu forcieren, dazu hat die damalige Umweltbeigeordnete viel beigetragen, aber sie konnte sich nicht durchsetzen -, das ist auch ein Teil der Wahrheit.

Das Zweite ist, dass die jahrelangen Versäumnisse auf Ebene der Bundesregierung zum Thema Luftreinhaltung sich natürlich jetzt niederschlagen, indem es nämlich in den größeren Städten zu akuten Gefährdungssituationen kommt. Dann ist es natürlich so, dass dann auch über drastische Maßnahmen nachgedacht wird, die zum Beispiel in temporären oder auch in längeren und großflächigen Fahrverboten münden können, und der eine oder andere denkt dann auch über die City-Maut nach.

Wir von grüner Seite sind dafür, ergebnisoffen alle Möglichkeiten, insbesondere auch kurzfristige, zu prüfen -

(Zuruf von Michael Weisenstein [Die Linke.])

- und zu schauen, welche Wirkungen sie haben, um tatsächlich dieser starken Gefährdung, -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Warum dann der Änderungsantrag?)

- der die Menschen ausgesetzt sind, tatsächlich Herr zu werden, damit die Situation sich zumindest teilweise verbessert.

Insofern kann ich den Antrag der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen, der sich vor allem damit auseinandersetzt, worüber man nicht nachdenken soll, was man sozusagen tabuisieren soll, und sich dabei teilweise mit den Freien Demokraten trifft, -

(Martin Börschel [SPD]: Na, dann ist es ja gut!)

- bei denen das aber nicht verwunderlich ist, weil es eben eine Autofahrerpartei ist. Wenn man das so ernst nimmt und das gleich beschließen würde, dann bleibt alles so, wie es ist. Darüber muss man sich im Klaren sein.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt ist aber das Entscheidende, dass bei der Frage der Luftreinhalteplanung die Kompetenz und die Entscheidung nicht bei den Kommunen, nicht beim Stadtrat und nicht bei der Verwaltung liegt, sondern bei der Bezirksregierung, da die Bezirksregierung verpflichtet ist - aufgrund der EU-Richtlinie 2008/81 -, für Emissionsminderung zu sorgen, wenn die Situation so akut ist, wie sie sich jetzt darstellt.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Das muss man aber vorher tun!)

Wir begrüßen den Vorschlag - damit ist der Umweltbeigeordnete Rau von sich aus nach vorn gegangen -, durch einen Runden Tisch alle Akteure zusammenzurufen und alle Möglichkeiten zu prüfen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Letztendlich wird die Entscheidung jedoch bei der Bezirksregierung liegen, und da habe ich den Eindruck, dass das manche nicht wahrnehmen wollen, sondern glauben, man könnte das beeinflussen. Die Versäumnisse können dazu führen, dass letztendlich auch drastische Maßnahmen notwendig sind - entweder weil es die Gerichte so wollen oder weil auch eine Bezirksregierung und eine Landesregierung dann letztendlich verantwortlich handeln müssen.

Deshalb ist es hier völlig fehl am Platze, zum Beispiel temporäre Fahrverbote zu tabuisieren. Man sollte sich verstärkt darauf vorbereiten - das wird spätestens nach der Bundestagswahl wieder Thema sein -, inwieweit die Umweltzone und die Bestimmungen für die Umweltzone ausgedehnt werden und ob es dann auch so etwas gibt, was derzeit als Blaue Plakette gehandelt wird.

Dieser Weg ist unumkehrbar, außer, wir wollen uns hier alle vergiften. Insofern sollten wir hier eine ehrliche Debatte führen. Unser Zusatzantrag, der auf den Vorschlägen der Verwaltung aufsetzt, dient dazu, hier voranzukommen, und ist insofern sicherlich eine Hilfe. Es wäre gut, wenn wir darüber hier möglichst eine breite Mehrheit herstellen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Rafael Struwe [SPD]: Eine Nachfrage bitte!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, Herr Struwe hat eine Nachfrage.

Rafael Struwe (SPD): Nur zum Verständnis, Herr Kollege Frank. Sie sagten, man müsse das ergebnisoffen prüfen. Ich habe das so verstanden, dass eine City-Maut dadurch auch noch infrage kommt.

In dem schwarz-grünen Änderungs- oder Ergänzungsantrag - oder wie auch immer man ihn nennt -, den Sie bei dieser Gelegenheit versucht haben vorzustellen, steht aber, dass Sie das nicht für ein geeignetes Mittel halten. Was gilt jetzt?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Es gilt immer das, was wir hier beantragen. Das ist völlig klar.

(Lachen bei Jörg Detjen [Die Linke.])

Ich habe damit ausgedrückt, dass wir als Grüne auch diese Maßnahme ergebnisoffen geprüft hätten. Das heißt nicht, dass man sie einführt, -

(Rafael Struwe [SPD]: Aha!)

- sondern wogegen wir uns aussprechen, ist, von vornherein zu tabuisieren.

(Rafael Struwe [SPD]: Wie das in dem Antrag gemacht wird!)

Hier ist es jetzt so, dass der Zusatzantrag so gewählt worden ist, damit wir überhaupt zu vernünftigen Maßnahmen kommen. Denn wenn ich mir die anderen Anträge anschaue, bleibt alles so, wie es ist.

(Rafael Struwe [SPD]: Aber keine geeignete Maßnahme ist für Sie nicht tabuisieren?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Danke schön.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt noch einmal ein ganz interessanter Disput zwischen Herrn Frank und Herrn Struwe. Daran möchte ich direkt ansetzen.

Herr Frank, ich würde Sie darum bitten, mir kurz Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Herr Frank, Sie haben eben dargelegt, dass Sie der Auffassung sind, dass man ergebnisoffen prüfen müsse. Da sind wir völlig Ihrer Meinung, Herr Frank.

Ihr Handeln ist jedoch völlig unlogisch. Wenn Sie wirklich offen darüber diskutieren wollen, welche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung in Köln notwendig sind, dann hätten Sie nur die Beschlussvorlage Ihrer Verwaltung beschließen müssen. Die ist nämlich sehr gut. Darin stehen alle Maßnahmen. Das muss nur geprüft werden.

(Beifall bei Die Linke.)

In Wirklichkeit ist es doch so - dazu hätte ich gern anschließend eine Stellungnahme -, dass alle Fraktionen plötzlich im Wahlkampf Angst haben, sie könnten es sich mit den Autofahrern verscherzen. Das ist bei der FDP nichts Neues, das ist bei der SPD nichts Neues, das ist bei der CDU nichts Neues. Neu ist das bei den Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Ja, natürlich. Warum - das müsst ihr mir bitte jetzt einmal erklären, warum ihr von vornherein die City-Maut ausschließen wollt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tun wir ja gar nicht!)

- Natürlich, das steht doch in eurem Antrag drin. Das ist schlicht und ergreifend nicht nachvollziehbar.

Zweiter Punkt. Wir haben hier die Situation, dass die Stadt in der Verantwortung ist, deswegen sollte die Stadt auch Vorschläge machen, um Eingriffe zu verhindern, wie zum Beispiel absolute Fahrverbote, die dann durch höhere Instanzen durchgesetzt werden. Ihre Taktik ist eindeutig: Ihr lasst jetzt die Karre vor die Wand fahren, wir erreichen wieder Spitzenwerte, und dann kommt irgendwann das Gericht oder die Bezirksregierung und sagt: Zack, Fahrverbot an den und den und den Tagen - entweder für Dieselfahrzeuge oder für Fahrzeuge mit geraden oder ungerade Nummernschildern. Dann könnt ihr euch alle schön zurücklegen und sagen: Oh, die Bezirksregierung, das Gericht hat es beschlossen. Wir können nichts dafür. Das, meine Damen und Herren, ist völlig unverantwortlich.

(Beifall bei Die Linke.)

Als ich mich mit dem Thema beschäftigt habe und meine Rede geschrieben habe, habe ich gedacht: Eigentlich müsste die Überschrift für diese Rede „Denkverbote“ sein: Denkverbote bei der SPD, Rafael Struwe, Denkverbote bei der FDP sowieso, Denkverbote bei der CDU, Verantwortung abgeben an die Bezirksregierung bei den Grünen. Das, meine Damen und Herren, wird der Sache überhaupt nicht gerecht.

Ich möchte noch einen Satz zu der absurden Verknüpfung Auto und soziale Frage sagen. Das wird Herr Houben jetzt noch einmal mit Sicherheit richtig schön herausarbeiten wollen. Das ist zwischendurch hier auch schon angeklungen.

Das ist eine absurde Debatte, meine Damen und Herren. Wenn wir uns einmal anschauen, wer unter den Autos und unter den Stickstoffbelastungen leidet, sehen wir, dass das die armen Leute sind. Unsere Aufgabe ist es doch, insbesondere die Gesundheit der armen Leute in dieser Stadt im Fokus zu haben, weil sie sich eben nicht ein schönes Häuschen irgendwo leisten können, -

(Beifall bei Die Linke. und bei Gute Wählergruppe Köln)

- wo keine Einfallstraßen sind und wo es weitaus weniger Stickoxide gibt.

Diese Verknüpfung ist doch fast lächerlich. Gehen Sie doch heute einmal an den Clevischen Ring - Lärm, Dreck und Gift - und erkundigen sich bei den Anwohnern, ob irgendeiner dabei ist, der sagt: Oh, ihr wollt mir das Autofahren verbieten. Die Leute, die da wohnen, sind arm. Sie haben gar kein Auto. Wir müssen für ihre Gesundheit da Sorge tragen.

(Zuruf von der FDP)

- Ja, genauso ist es.

Das ist der eigentliche Punkt, Herr Houben. Das muss im Fokus unserer Bemühungen stehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch einmal bitten, Ihre Änderungsanträge, die Sie heute vorgelegt haben, zurückzuziehen und zunächst einmal die Verwaltung in Ruhe arbeiten zu lassen. Die Verwaltung wird uns sagen - da habe ich ganz großes Vertrauen in Herrn Dr. Rau -, was vernünftig und unvernünftig ist. Dementsprechend sollten wir beschließen, und nur so können wir einen Beschluss von oben verhindern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Houben hat das Wort.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, ich will einmal auf andere Punkte eingehen. Das ist schon sehr nett, dass Sie einige Argumentationen von uns so gut vortragen können. Vielleicht ist ja doch etwas daran.

(Heiterkeit bei der FDP)

Nur ein Hinweis: Der zweitgrößte Hotspot in Köln ist Weiden. Weiden ist mir nun nicht unbedingt als ein Ort besonders armer Menschen bekannt. Das nur zu Ihrer Argumentation eben.

Zu unserem Änderungsantrag: Wir wollen, meine Damen und Herren, dass sich jetzt einmal hier einige bekennen. Wir haben nämlich nach der Berichterstattung in verschiedenen Kölner Zeitungen die unterschiedlichsten Äußerungen unterschiedlicher Politiker hier in Köln gehört, wie sie sich zu einzelnen Maßnahmen, die in diesem 25-Punkte-Programm stehen, nun politisch positionieren wollen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Fünf Punkte!)

Das scheint ja die Hauptsorge der Anträge zu sein, dass man genau diese Frage heute nicht beantwortet. Deswegen haben wir ganz konkret fünf Punkte aufgegriffen, die unserer Meinung nach - wenn man die Vorlage der Verwaltung aufmerksam liest - zum Teil kaum umsetzbar sind und zum Teil keine Wirksamkeit zeigen.

Beispielsweise Nr. 16: „Einschränkung von Pkw-Stellplätze“. Das möchten wir streichen. Dazu steht in der Vorschlagsliste: Wirkung gering.

„Alternierende Zufahrtsbeschränkung/Dieselfahrverbote“ - in der Vorlage der Verwaltung: kaum umzusetzen.

„Erweiterung der Umweltzone bis zur Stadtgrenze“: Wirkung gering, maximal 2 µg/m³ NO_2 in der Reduzierung.

Oder auch „Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h bzw. 40 km/h“: Dazu gibt es, was die Wirkung angeht, überhaupt keine Bemerkung in der Vorlage.

Deswegen haben wir diese vier Maßnahmen aufgenommen, ebenso die City-Maut, da nach den Äußerungen in der Presse zumindest eine deutliche Mehrheit der Fraktionen hier diese Maßnahme von vornherein ablehnen könnte.

Ich kann an der Stelle die CDU-Fraktion nicht verstehen, Herr Petelkau, dass Sie gemeinsam mit Ihrem Bündnispartner, den Grünen, jetzt einen Änderungsantrag einbringen, der im Grunde noch eine Verschärfung der Maßnahmenmöglichkeiten produziert, die eigentlich die Verwaltung vorschlägt.

(Bernd Petelkau [CDU]: Nein! - Beifall bei der FDP)

Lieber Kollege Kienitz, lesen Sie einmal die Vorlage der Verwaltung und lesen Sie einmal Ihren Änderungsantrag. - Die Sprache erinnert mich sehr an Jörg Frank. Ich weiß es nicht, es könnte sein, dass er ihn federführend formuliert hat. - Darin schreiben Sie: besonders auch laut Anlage 1 der Maßnahmen sollte man prüfen. - Die Anlage 1 ist nun nicht die Verwal-

tungsvorlage oder der Verwaltungsvorschlag, sondern der Vorschlag des Umweltverbandes. Darin steht zum Beispiel, meine Damen und Herren: ein kostenloses ÖPNV-Ticket.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie hatten über die Ehrlichkeit von Anträgen gesprochen. Ich hätte daher gern einmal von den Grünen und der CDU Vorschläge, wie man denn die Umsetzung dieser Maßnahme finanziert. Vielleicht sollte man den ganzen Vorgang in die Haushaltsplanberatungen einbringen - nach der Logik von eben, Frau Oberbürgermeister.

Also, meine Damen und Herren, es sind eine ganze Menge Maßnahmen, die wir für nicht durchsetzbar, nicht vernünftig handelbar und auch nicht besonders wirksam halten. Deswegen möchten wir gern, dass über diese Maßnahmen heute abgestimmt wird.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir auch noch einige weitere Bemerkungen. Glauben Sie im Ernst, dass der Durchschnittspendler nicht in der Lage ist, durch geschicktes Verhalten ein Auto mit einer geraden oder einer ungeraden Nummer zu bekommen? Das können Sie gern einführen. Ich glaube, durch Nachbarschaftshilfe oder in Haushalten mit zwei Pkw wird das Problem umgangen.

Halten Sie es wirklich für sinnvoll, Köln zur Umweltzone zu machen? Ich weiß nicht, wie im Stadtbezirk Chorweiler oder Porz die Bauern darauf reagieren werden, wenn all ihre Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen davon betroffen sind. Ich weiß nicht, wie Sie das umsetzen wollen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Meine Damen und Herren - wir hatten die Diskussion schon einmal -, wir wollen weiterhin, dass die Menschen in der Kölner Innenstadt leben dürfen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, ein Auto zu benutzen. Deswegen, meine Damen und Herren, wäre es in dieser Debatte ehrlicher, einmal einige Maßnahmen, die ausschließlich politisch motiviert sind, kritisch zu hinterfragen. Man sollte sich auch trauen, seine eigenen Aussagen in der Presse dann in ein konkretes Abstimmungsverhalten umzusetzen.

Was mir fehlt, liebe Umweltpolitiker - das ist in den Fachgesprächen mit Herrn Dr. Rau auch schon angesprochen worden -: Warum gibt es keine Vorschläge, in Stuttgart diese speziellen Moosbäume - so nenne ich sie einmal - einzusetzen? Warum setzt man nicht darauf, mehr Bäume in der Stadt zu pflanzen?

(Jörg Detjen [Die Linke.] lacht)

Das könnte auch helfen. Ein Vorschlag einmal außerhalb der Reihe.

Eine letzte Bemerkung, Frau Oberbürgermeisterin: Wissen Sie, wie wir den Menschen am Clevischen Ring am meisten helfen würden? Wenn wir dafür sorgen würden, dass endlich diese Baustelle Grenzlandtunnel geöffnet wird.

(Beifall bei der FDP)

Dann würden die Leute nämlich nicht von der Autobahn quer über den Clevischen Ring in die Innenstadt über die Mülheimer oder die Zoobrücke fahren, sondern - wie es früher war - bis zum Autobahnkreuz Ost und dann zur Zoobrücke abbiegen. Dann würden wir das größte Problem für die Menschen vor Ort lösen, anstatt hier zum Teil Scheindebatten zu führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, nur eine Nachfrage: Sie erwähnten Stuttgart. Können Sie mir gerade helfen: Welche Farbe hat der Oberbürgermeister, der dort regiert?

Reinhard Houben (FDP): Das wissen Sie doch selbst, dass in Stuttgart ein Grüner regiert. Aber Sie wissen sicherlich auch, dass in Stuttgart eher das Problem der Feinstaubbelastungen und nicht der Stickoxidbelastungen das entscheidende Thema ist und dass Stuttgart geografisch eindeutig anders liegt als die Stadt Köln.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kol-

leginnen und Kollegen! Herr Houben, ich sage Ihnen, wie das mit dem KVB-Ticket geht: Fahrscheinlos! Das ist das Semesterticket für alle. Das funktioniert schon seit vielen Jahren in NRW.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie haben ja keine Ahnung!)

Herrn Professor Monheim, der ein großer Anhänger davon ist und das durchgesetzt hat, -

(Ralph Sterck [FDP]: Das geht doch heute schon!)

- empfehle ich mal an alle.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie haben keine Ahnung!)

Ich habe verdammt viel Ahnung, weil ich das Thema seit Jahren bewerbe, und ich bin nicht der einzige. Das machen große Teile der Gesellschaft auch.

Zum eigentlichen Thema: Liebe Kolleginnen und Kollegen, „ein Ausdruck der Hilflosigkeit“ oder „Lachnummer“ standen als Kommentare in der Presse, oder „Unsinn des Jahres“, das ist ein CDU-Zitat, oder „peinlich“, das hat, glaube ich, Martin Börschel gesagt. So die lautesten Stimmen der Presse der Parteien gegenüber dem City-Maut-Vorschlag - mehr war das ja nicht - von Herrn Dr. Rau.

Michael hat das schon ein bisschen angedeutet: Wir müssen doch dankbar für die Diskussion sein, aber auch dafür, dass er den so oft zitierten neuen Politikstil einmal wörtlich genommen hat.

Als ich im letzten Verkehrsausschuss sagte, dass man von einem Beigeordneten auch einmal erwarten kann, dass er nicht alles und jedes abspricht, gab es bezeichnenderweise Gelächter.

(Peter Kron [SPD]: Ja, so ist es!)

Das ist überhaupt nicht lustig vor diesem Hintergrund. Wenn die europäische Umweltagentur sagt, dass circa 47.000 Menschen an den Folgen des Feinstaubes sterben, dann ist das verdammt unwitzig und nicht darüber zu lachen. Ich halte das nämlich für ziemlich gut, dass unser Umweltdezernent mutig mit Vorschlägen nach vorn gegangen ist. Eigeninitiative und den Kopf aus der Deckung zu halten, sind nicht gerade kölsche Tugenden unserer Verwaltungsspitzen.

Weniger lustlos und mutlos war dann, wie er zurückgepfiffen wurde, weil er im Wahlkampf eine solche Diskussion um die City-Maut nicht gebrauchen kann. Eine Lektion, die er nun wirklich nicht lernen musste.

Als politischer Parteivertreter bin ich es natürlich gewohnt, dass Anträge abgelehnt werden. CDU, SPD, FDP und genauso die lieben Grünen haben unseren Antrag auf eine ergebnisoffene Prüfung einer City-Maut in Köln in eben diesem Verkehrsausschuss gar nicht erst durchgewunken. Das sage ich als jemand, der in der Frage neutral steht und erst einmal in einem Gutachten über die Vor- und Nachteile einer solchen Maßnahme informiert werden möchte, bevor man im Vorfeld einfach nur die Diskussion wegfegen will - so, wie es passiert ist und auch heute hier passiert. Das war wirklich unlustig und mutlos in dieser wichtigen Diskussion um die Luftreinhaltung in Köln.

(Beifall bei den Piraten und bei Die Linke.)

Unfreiwillig komisch ist hingegen die SPD mit ihrem rhetorischen Ringeltäubchen-Änderungsantrag, denn dieser setzt dem Ganzen noch einen drauf, indem sie einerseits einen „abgestimmten Handlungskatalog“ erreichen will, dies jedoch mit der Forderung nach

> alle denkbaren Handlungsansätze und -alternativen zu nutzen, um großräumige …Fahrverbote und insbesondere eine City-Maut auf Kölner Stadtgebiet zu vermeiden

- verbindet.

Großartig. Besser habe ich noch nie gehört, wie man ein Denkverbot rechtfertigt.

Dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag hätten wir zugestimmt. Wir stimmen selbstverständlich nicht dem SPD-Änderungsantrag zu und erst recht nicht der Streichliste der FDP.

Ich frage mich ernsthaft, was denn überhaupt noch an wirklichen Maßnahmen zur Luftreinhaltung bestehen bleiben soll. Müsst ihr dem Image der Autofahrerpartei eigentlich immer wieder gerecht werden? Überrascht uns doch einmal nachhaltig!

(Beifall bei den Piraten)

Auch Sie, Herr Houben, überraschen Sie mich doch einmal!

(Zuruf von der FDP: 20 Punkte stehen noch in der Liste!)

Dem Antrag von CDU und Grünen gegenüber enthalten wir uns - nur aus einem Grunde -, um eben Schlimmeres zu verhindern.

Liebe Grüne, ich gebe euch an der Stelle wirklich einen ernsthaften Hinweis: Ihr fragt euch wirklich ernsthaft, warum euch weitgehende Kompromissbereitschaft gegenüber der Union bei ökologischen Grundsatzentscheidungen als Schwäche vorgeworfen wird? Mich und viele andere Kölnerinnen und Kölner wundert es nicht. Das seht ihr leider auch an euren Umfrageergebnissen.

Ich denke, der Stadt hätte es mehr geholfen, wenn wir die Luftreinhalteplanung der Stadt Köln erst nach der Wahl präsentiert hätten. Da wäre mehr möglich gewesen. Insoweit ist es ausgesprochen schade.

Vorhin habe ich schon für einen kurzen Werbeblock gesorgt, als ich vom Buch von Frank Überall gesprochen habe, und Niklas Kienitz hatte für einen Pizzaservice Werbung gemacht - übrigens eine coole Idee, auf die ich auch gern gekommen wäre. Das gibt es jetzt natürlich auch von uns.

(Niklas Kienitz [CDU]: Es kann nicht jeder so cool sein wie ich! - Beifall bei der CDU)

- Ja, ja, ich weiß.

Wir Piraten bleiben weiter auch beim Feinstaub nicht untätig. Ab sofort verleihen wir eine begrenzte Anzahl von Feinstaubmessgeräten, die man auch selbst bauen kann. Zukünftig kann man nach dem Vorbild der Open Data in Stuttgart eine Karte von Köln erstellen, in der auch die Belastung in den Veedeln dauerhaft und klar ersichtlich wird.

Die vier offiziellen Standorte reichen uns bei 1,1 Millionen Menschen in Köln nicht aus. Bei uns kann man zum Feinstaubaktivisten werden. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie müssen später noch erzählen, wie es war. Das interessiert uns natürlich auch.

(Michael Frenzel [SPD]: Da müsst ihr mal auf die Seite gehen!)

Ich zitiere jetzt von der Webseite des Max-Planck-Instituts einen Artikel vom 16. September 2015. Darin geht es um Luftverschmutzung als Ganzes. Das Max-Planck-Institut geht in Deutschland von 35.000 Toten durch Feinstaub, Ozon und Luftverschmutzung generell aus. 35.000 Tote pro Jahr! Wir wissen, wie das ist. Das ist immer die Crux an der Sache, dass die Erkrankten das später nicht nachweisen können, woher sie ihre Erkrankungen - wie etwa Lungenkrebs oder Ähnliches - bekommen haben. Aber das MPI geht von 35.000 Toten aus.

Es stimmt natürlich, und das sagen viele: „Es ist gar nicht unbedingt das Auto schuld, das ist die Braunkohle, es sind Kleinfeueranlagen etc.“, aber der Verkehrsanteil von diesen 35.000 Toten im Jahr wird mit 20 Prozent gerechnet. 7.000 Menschen im Jahr sterben durch Verkehrsemissionen. Das sind doppelt so viele, wie durch eigentliche Verkehrsunfälle sterben.

Wenn wir das einmal grob auf Köln übertragen, sind das rund 100 Menschen im Jahr, die aufgrund Verkehrsemissionen sterben. Das kann nicht weiter hingenommen werden. Deswegen gibt es auch diesen EU-Erlass, deswegen gewinnen auch die Deutsche Umwelthilfe und andere die Prozesse, und deswegen ist die Zeit der Freiwilligkeit vorbei.

Das bedeutet, dass wir eben auch - wenn es anders nicht geht - über Fahrverbote und über eine City-Maut nachdenken müssen.

(Zuruf von der CDU: Dann darfst du aber dem Grünen-Antrag nicht zustimmen!)

- Dazu komme ich gleich.

(Zuruf von der CDU: Da bin ich einmal gespannt!)

- Herr Houben hat es schon verstanden.

Auch das Umweltbundesamt hält Straßenbenutzungsgebühren für gerechtfertigt und schreibt, dass eine City-Maut unter bestimmten Voraussetzungen helfen kann, verkehrs- und umweltpolitische Ziele zu erreichen.

Es ist natürlich klar, dass nicht einfach irgendeine Maut irgendwie geht, sondern das ist das, was wir uns natürlich überlegen müssen, wie das in Köln am sinnvollsten geregelt werden kann, wenn dieses Mittel notwendig sein sollte. Daher ist es gut, wenn man sich rechtzeitig darüber Gedanken macht.

Michael Weisenstein, du hast natürlich vollkommen recht, wenn du hier konstatierst, dass bei diesen ganzen Änderungsanträgen -

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Das sind alles Verschlechterungen!)

- es alles Verschlechterungen sind, weil wir Wahlkampf haben -

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Dann musst du erklären, warum du diesen Verschlechterungen zustimmst!)

- und alle Angst vor den Wählern haben.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Du wahrscheinlich auch!)

Kommen wir daher zur Akzeptanz von Fahrverboten und auch einer City-Maut. Ich möchte dazu auch Herrn Dr. Rau noch einmal ansprechen. Das Problem ist, dass in Kölns Bevölkerung dieses gesundheitsgefährdende Potenzial überhaupt nicht bekannt ist. Es gibt zwar die Messstellen am Clevischen Ring, die Leute sind aufgewacht, aber der Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Gesundheit und Umweltgiften ist vielen überhaupt nicht klar.

Das zweite Problem ist, dass das auch überhaupt nicht erfasst ist. Es existiert als Datengrundlage überhaupt nicht, um daran arbeiten zu können.

(Beifall bei Gute Wählergruppe Köln)

Wenn wir das hätten - das gehört eben auch zu einem Maßnahmenpaket -, dann wäre die Akzeptanz von Fahrverboten und einer City-Maut eine ganz andere.

(Jörg Detjen [Die Linke.] meldet sich.)

Meldest du dich, oder hast du eine eine Zwischenfrage?

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Zimmermann, wenn Sie so schöne Reden halten über Ökologie und Sie jetzt gleich Zünglein an der Waage sind - warum stimmen Sie dann dem schwarz-grünen Antrag zu? Wenn Sie dem nicht zustimmen würden, hätten wir keine Mehrheit, und dann gäbe es die Verwaltungsvorlage; die hätte dann eine Mehrheit. Warum taktieren Sie jetzt dafür?

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke.])

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Ich taktiere nicht. Abgesehen davon können wir auch gern beim Du bleiben.

Wenn man sich die Vorlage genau durchliest - das hat Herr Houben auch gemacht -, dann liest man eben, dass eine City-Maut nicht ausgeschlossen wird in dem Antrag von Schwarz-Grün.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

Es ist eine wachsweiche Sollerklärung.

(Zuruf von der CDU - Beifall bei der FDP)

Es soll davon abgesehen werden. Sie wird als am wenigsten geeignet betrachtet, aber sie wird nicht partout ausgeschlossen.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: In der Vorlage auch nicht!)

- Ja, in der Vorlage auch nicht. Wir haben hier aber, wie ihr selbst auch festgestellt habt, eine ganz große „Autokoalition“ aus FDP, CDU und SPD.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Und ihr stimmt dem kleineren Übel zu, oder was?)

- Wir stimmen dem kleineren Übel in dem Sinne zu, weil wir sonst hier im Rat eine andere Mehrheit gehabt hätten -, -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Nein, dann hätten wir die Verwaltungsvorlage!)

- nein, nein, nein - die sich ganz anders positioniert hätte zu Fahrverboten und zu einer City-Maut.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Wenn ihr so abstimmt! - Jörg Detjen [Die Linke.]: Was kriegst du denn dafür? Erzähl mal! - Beifall bei Teilen der CDU - Niklas Kienitz [CDU]: Lass dich doch nicht aus dem Konzept bringen!)

- Nein. Solche Deals machen wir auch nicht. Das ist doch totaler Quatsch. Die Vorlage von Schwarz-Grün ist okay. Sie schließt eine City-Maut nicht absolut aus. Sie ist zum Beispiel

wesentlich offener Fahrverboten gegenüber als der Antrag der SPD.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher ist er von den Änderungsanträgen, die hier vorliegen, weitaus der grünste Antrag, der mir hier zur Verfügung steht.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Wir brauchen keinen Änderungsantrag! Die Vorlage ist gut!)

Ja, da kann ich mich jetzt nur wiederholen - meine Redezeit ist auch abgelaufen -: Wir bekämen sonst eine andere Mehrheit für einen anderen Antrag. Deswegen ist dieser schwarz-grüne Antrag okay. Mit dem kann man leben. Wir werden uns selbstverständlich weiterhin dafür einsetzen, dass eine City-Maut und ein Fahrverbot hier weiter überlegt und durchdacht werden können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, bei den Piraten und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte um Einzelabstimmung der einzelnen Punkte aus dem FDP-Antrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, eine Wortmeldung? - Bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wie auch elektronisch zu ersehen ist, gibt es formal zwei Änderungsanträge von CDU und Grünen. Wir ziehen den Antrag aus dem Finanzausschuss zugunsten des Antrages, der unmittelbar im Rat gestellt ist, hiermit zurück, damit es da gleich keine formale Verkantung gibt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen. Zunächst über den Änderungsantrag der SPD, dann über den Änderungsantrag der FDP - auf Wunsch von Herrn Wortmann punktweise Abstimmung - und als Drittes über den Änderungsantrag von CDU und Grüne, der heute gestellt worden ist.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Von CDU, Linke, FDP, Herrn Wortmann, Grüne, Ratsgruppe GUT, Piraten. Enthaltungen? - Enthaltungen von AfD. Dann ist er abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Als Erstes lasse ich abstimmen die Nr. 1: „Erweiterung der Umweltzone bis zur Stadtgrenze – wird gestrichen“. Wer ist dafür? - Das sind die FDP, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Nr. 3: „Alternierende Zufahrtsbeschränkung“. Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Die FDP, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist er abgelehnt.

Nr. 7: „Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h bzw. 40 km/h – wird gestrichen.“ Zustimmung? - Von der FDP, Herrn Wortmann und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nr. 16: „Einschränkung von Pkw-Stellplätzen im öffentlichen Raum – wird gestrichen.“ Zustimmung? - Von FDP, Herrn Wortmann und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er auch abgelehnt.

Nr. 25: „City-Maut – wird gestrichen.“ Zustimmung? - FDP, Herr Wortmann und AfD. Enthaltungen? - Dann ist auch das nicht beschlossen.

Jetzt lasse ich noch über den Antrag der FDP insgesamt abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er so abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag 0555/2017 von CDU und Grünen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die Grünen, die Ratsgruppe GUT.

(Ralph Sterck [FDP]: Echt gut von den Guten!)

Dann frage ich nach Enthaltungen. - Es enthält sich die Ratsgruppe die Piraten. Dann ist das so beschlossen.

Die Vorlage in geänderter Fassung. Wer wünscht, dieser Vorlage in der geänderten Fassung zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion, das sind die Grünen, das ist die CDU-Fraktion, das ist die Fraktion GUT. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Ach so, Enthaltungen. Enthält sich noch jemand? - Die Piraten enthalten sich.

Ich bedanke mich sehr. Die Verwaltung wird dann beauftragt, das Gesamtkonzept vorzulegen, aber ich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass Sie heute dieses Thema einmal so ausführlich diskutiert haben. Das war, glaube ich, sehr notwendig für die Stadt.

Beschlüsse.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird unter Ziffer 1 wie folgt ergänzt:

Der Rat der Stadt Köln erkennt die dringende Notwendigkeit, die Schadstoffbelastung durch Stickstoffdioxid im Stadtgebiet unverzüglich zu senken, um die Kölner Bevölkerung effektiv vor Gesundheitsbeeinträchtigungen zu schützen.

Dazu beauftragt er die Verwaltung mit der Erarbeitung und Vorlage eines umfassenden und abgestimmten Handlungskatalogs in Zusammenarbeit mit dem "Runden Tisch Luftreinhaltung" bis nach der Sommerpause. Kurzfristig realisierbare Maßnahmen sind im Vorgriff auf das Gesamtkonzept schnellstmöglich umzusetzen.

In diesem Rahmen fordert der Rat die beteiligten Akteure auf, alle denkbaren Handlungsansätze und -alternativen zu nutzen, um großräumige (Diesel-)Fahrverbote und insbesondere eine City-Maut auf Kölner Stadtgebiet zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Beschlüsse gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

II.1: Beschluss zu Ziffer 1:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Maßnahmenkatalog Luftreinhalteplanung in der Form der Vorschlagstabelle der Stadt Köln vom 06.01.2017 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird wie folgt geändert:

Nr. 1 – Erweiterung der Umweltzone bis zur Stadtgrenze – wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II.2: Beschluss zu Ziffer 3:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Maßnahmenkatalog Luftreinhalteplanung in der Form der Vorschlagstabelle der Stadt Köln vom 06.01.2017 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird wie folgt geändert:

Nr. 3 – Alternierende Zufahrtbeschränkung/Dieselfahrverbote – wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II.3: Beschluss zu Ziffer 7:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Maßnahmenkatalog Luftreinhalteplanung in der Form der Vorschlagstabelle der Stadt Köln vom 06.01.2017 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird wie folgt geändert:

Nr. 7 – Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h bzw. 40 km/h – wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II.4:Beschluss zu Ziffer 16:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Maßnahmenkatalog Luftreinhalteplanung in der Form der Vorschlagstabelle der Stadt Köln vom 06.01.2017 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird wie folgt geändert:

Nr. 16 – Einschränkung von Pkw-Stellplätzen im öffentlichen Raum – wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II.5: Beschluss zu Ziffer 25:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Maßnahmenkatalog Luftreinhalteplanung in der Form der Vorschlagstabelle der Stadt Köln vom 06.01.2017 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird wie folgt geändert:

Nr. 25 – City Maut – wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II.6: Beschluss über den gesamten Änderungsantrag der FDP-Fraktion.:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Maßnahmenkatalog Luftreinhalteplanung in der Form der Vorschlagstabelle der Stadt Köln vom 06.01.2017 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird wie folgt geändert:

Nr. 1 – Erweiterung der Umweltzone bis zur Stadtgrenze – wird gestrichen.

Nr. 3 – Alternierende Zufahrtbeschränkung/Dieselfahrverbote – wird gestrichen.

Nr. 7 – Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h bzw. 40 km/h – wird gestrichen.

Nr. 16 – Einschränkung von Pkw-Stellplätzen im öffentlichen Raum – wird gestrichen.

Nr. 25 – City Maut – wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

III. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/0555/2017):

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert:

In Ziffer 2 soll der 3. und 4. Satz wie folgt ersetzt werden:

Eine wesentliche Eingangsgröße für die lufthygienische Betrachtung bildet die Fahrzeugzusammensetzung der durchfahrenden Kraftfahrzeuge. Es ist eine quantitative und qualitative Erhebung der Fahrzeugzusammensetzung durchzuführen. Bei dieser Erhebung sind die Datenschutzbestimmungen einzuhalten. Da es sich um eine unabweisbare Sonderaufgabe handelt, werden die dafür notwendigen zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 Euro aus allgemeinen Haushaltsmitteln (TP 1601) bereitgestellt.

Ziffer 3 soll wie folgt geändert werden:

Der Rat begrüßt die Initiative der Verwaltung, ein Gesamtkonzept zur Luftschadstoffreduzierung zu erarbeiten. Der Rat beauftragt daher die Verwaltung, den „Runden Tisch zur Luftreinhaltung“ zusammen mit der Bezirksregierung Köln mit dem Ziel fortzuführen, in Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln in 2017 ein Gesamtkonzept mit der Darstellung effektiver kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung mit Wirkungsabschätzung und Kosten vorzulegen. Dieses Gesamtkonzept soll eine Kombination von Maßnahmen beinhalten. Daher sind Vorschläge laut Anlage 1 und 3 sowie anderweitige Vorschläge zu bewerten.

Vor diesem Hintergrund stellt der Rat fest, dass die vom „Runden Tisch“ bewerteten Maßnahmen zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung in der für 2017 vorgesehenen 1. Fortschreibung des Luftreinhalteplans 2012 Berücksichtigung finden sollen. Die Fortschreibung des Luftreinhalteplans für den Regierungsbezirk Köln liegt in der Verantwortung der Bezirksregierung Köln. Daher können z.B. temporäre Fahrverbote auf belasteten Straßenabschnitten oder z.B. eine City-Maut im Rahmen eines Luftreinhalteplans nur auf Basis einer entsprechenden Verfügung der Bezirksregierung Köln realisiert werden. Die Einfüh-

rung einer City-Maut gehört aufgrund der Kosten-Nutzen-Relation zu den am wenigsten geeigneten Instrumenten. Auch deshalb soll davon abgesehen werden.

Ziffer 4 wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, Sachstände und Ergebnisse des „Runden Tisches“ dem Gesundheitsausschuss, dem Verkehrsausschuss, dem Ausschuss Umwelt und Grün und dem Wirtschaftsausschuss kontinuierlich mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten zugestimmt.

IV. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

1. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass an fast allen verkehrsnahen Messstationen in Köln Überschreitungen der Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO2) auftreten. Zur Reduzierung sind kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen notwendig.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, verursacherbezogene Erhebungen der Belastungssituation und sich daraus ableitender Minderungspotenziale an Belastungsschwerpunkten durchzuführen. Im Haushaltsplan 2016/2017 stehen für die Luftreinhalteplanung keine Mittel zur Verfügung.*

   Eine wesentliche Eingangsgröße für die lufthygienische Betrachtung bildet die Fahrzeugzusammensetzung der durchfahrenden Kraftfahrzeuge. Es ist eine quantitative und qualitative Erhebung der Fahrzeugzusammensetzung durchzuführen. Bei dieser Erhebung sind die Datenschutzbestimmungen einzuhalten. Da es sich um eine unabweisbare Sonderaufgabe handelt, werden die dafür notwendigen zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 Euro aus allgemeinen Haushaltsmitteln (TP 1601) bereitgestellt.

3. *Der Rat begrüßt die Initiative der Verwaltung, ein Gesamtkonzept zur Luftschadstoffreduzierung zu erarbeiten. Der Rat beauftragt daher die Verwaltung, den „Runden Tisch zur Luftreinhaltung“ zusammen mit der Bezirksregierung Köln mit dem Ziel fortzuführen, in Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln in 2017 ein Gesamtkonzept mit der Darstellung effektiver kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung mit Wirkungsabschätzung und Kosten vorzulegen. Dieses Gesamtkonzept soll eine Kombination von Maßnahmen beinhalten. Daher sind Vorschläge laut Anlage 1 und 3 sowie anderweitige Vorschläge zu bewerten.*

   Vor diesem Hintergrund stellt der Rat fest, dass die vom „Runden Tisch“ bewerteten Maßnahmen zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung in der für 2017 vorgesehenen 1. Fortschreibung des Luftreinhalteplans 2012 Berücksichtigung finden sollen. Die Fortschreibung des Luftreinhalteplans für den Regierungsbezirk Köln liegt in der Verantwortung der Bezirksregierung Köln. Daher können z.B. temporäre Fahrverbote auf belasteten Straßenabschnitten oder z.B. eine City-Maut im Rahmen eines Luftreinhalteplans nur auf Basis einer entsprechenden Verfügung der Bezirksregierung Köln realisiert werden. Die Einführung einer City-Maut gehört aufgrund der Kosten-Nutzen-Relation zu den am wenigsten geeigneten Instrumenten. Auch deshalb soll davon abgesehen werden.

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, Sachstände und Ergebnisse des „Runden Tisches“ dem Gesundheitsausschuss, dem Verkehrsausschuss, dem Ausschuss Umwelt und Grün und dem Wirtschaftsausschuss kontinuierlich mitzuteilen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten zugestimmt.

Anmerkungen:

Ratsmitglied Wortmann beantragte Einzelabstimmung über die Ziffern des Änderungsantrages der FDP-Fraktion.

Ratsmitglied Frank zog den aus dem Finanzausschuss verwiesenen Änderungsantrag (AN/0540/2017) im Namen der Antragsteller zugunsten des aktuell vorliegenden Ände-

rungsantrages (siehe Beschluss zu Ziffer III) zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.21 Beitritt zum Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt e. V.“ 4221/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der FDP -

(Zuruf: Und die SPD!)

- und SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün hat in seiner Sitzung vom 08.12.2016 empfohlen, dem Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt e.V.“ beizutreten.

Der Rat der Stadt Köln folgt der Empfehlung des Ausschusses für Umwelt und Grün und beschließt den Beitritt der Stadt Köln zum Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt e.V.“.

Der Jahresbeitrag für 2017 in Höhe von 5.000 € steht im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung und -vorsorge, bei Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen zur Verfügung. Aufgrund des bestehenden Bewirtschaftungsvermerks beschließt der Rat der Stadt Köln gleichzeitig die Mittelfreigabe in entsprechender Höhe. Der künftige Jahresbeitrag ab 2018 wird bei der Haushaltsplanung 2018 ff. berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.22 Digital Hub Cologne GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages 0347/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich - vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht - mit den Anpassungen des Gesellschaftsvertrags der Digital Hub Cologne GmbH nach Maßgabe der diesem Beschluss beigefügten Synopse (Anlage 1) einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen des Gesellschaftsvertrags als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.23 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0220, Erneuerung Asphaltdecke Zoobrücke 0497/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die submissionsbedingte Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Erneuerung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke (Strombrücke, LOS A und Betonbauwerk, LOS B)“ über insgesamt 2.637.765,00 Euro zur Kenntnis. Die Kosten betragen nunmehr 6.175.865,00 Euro statt bisher 3.538.100,00 Euro.

Weiterhin nimmt der Rat die voraussichtliche Kostenerhöhung für die Sanierung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke (Vorlandbrücken) von 1.406.100,00 Euro um 2.026.440,00 Euro auf 3.432.540,00 Euro zur Kenntnis.

Die Gesamtkosten erhöhen sich somit insgesamt von ursprünglich 4.944.200,00 Euro auf nunmehr 9.608.405,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.24 Verstoß gegen die Treuepflicht nach §§ 32, 43 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW
0849/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Die AfD rügt sich selbst!)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass Herr Roger Beckamp gegen seine Treupflicht als Ratsmitglied nach §§ 32, 43 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen verstoßen hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Beckamp nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

10.25 Gute Schule 2020 - Umsetzung des Förderprogramm des Landes NRW
4316/2016

Gibt es Wortmeldungen zu 10.25? - Bitte sehr.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz unser Abstimmungsverhalten erläutern. Das Programm „Gute Schule 2020“ ist von der Schulverwaltung sehr gut ausgearbeitet worden. Es ist so konzipiert, dass es am realen Bedarf der Schulen orientiert ist. Von daher werden wir der Vorlage zustimmen.

Es hat aber in den verschiedenen Ausschüssen und Bezirksvertretungen durchaus Änderungsanträge gegeben, teilweise mit einer Kritik, die wir als Die Linke. auch teilen.

Eine Kritik der Fraktion Die Linke. entzündet sich an der Erwähnung von ÖPP in der Beschlussvorlage, also an Verwendung von ÖPP in geringerem Maße.

Im Schulausschuss wurde dieser Begriff herausgenommen, durch „effizienteste Beschaffungsform“ ersetzt, aber ist deshalb nicht ausgeschlossen. In Ehrenfeld hat die Bezirksvertretung mit einem Änderungsantrag explizit ÖPP ausgeschlossen im Rahmen dieses Programms.

Es ist also in den Gremien festzustellen, dass in vielen Fraktionen - wie wir denken zu Recht - Vorbehalte gegen diese Form der Abwicklung von Aufträgen existiert.

Im Finanzausschuss hat Herr Frank von den Grünen gestern versichert, bei „Gute Schule 2020“ gäbe es keinen ÖPP. Für diese Aussage nehmen wir ihn natürlich gern beim Wort.

Der zweite Kritikpunkt meiner Fraktion betrifft die Arbeitsgelegenheiten, die 1-Euro-Jobs im Rahmen der Erledigung von Aufträgen an den Schulen oder auf dem Schulgelände, Anstreicharbeiten, Garten- und Landschaftsbauarbeiten. Es handelt sich dabei nach unserer Auffassung nicht um zusätzliche Maßnahmen, weil genügend örtliche Handwerksbetriebe zur Verfügung stehen, die diese Arbeiten ausführen können und gern ausführen würden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur kurz darauf antworten. Die erste Sache ist ausgeräumt. Für die kleinen Maßnahmen, wozu auch Turnhallen gehören, kommt ÖPP überhaupt nicht infrage. Ich meine, man sollte wirklich bei der Schwierigkeit, die wir im Schulbau bzw. im ganzen Bereich haben, nichts dagegen vorbringen, dass die effizienteste Maßnahme, was von der Gebäudewirtschaft vorgeschlagen worden ist, durchgeführt wird.

Zu dem zweiten Punkt: Wir müssen wirklich dafür sorgen, dass in den Schulen nach deren Wünschen die Maßnahmen ankommen. Das müssen wir in dieser Form, in der es von der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen worden ist, tun. Deshalb müssen wir dem widersprechen, was ihr dazu gesagt habt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Weisenstein?

Michael Weisenstein (Die Linke.): Wir wollen die einzelnen Punkte getrennt abstimmen lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das habe ich schon aufgenommen.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Danke!)

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann gibt es den Wunsch der Linken, getrennt abzustimmen, zunächst über Punkt 1 und 3 der Vorlage, dann über Punkt 2 der Vorlage. Anschließend lasse ich über die Vorlage insgesamt abstimmen in der Fassung wie Schulausschuss.

Ich beginne mit Punkt 1 und 3 der Vorlage. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Bei Punkt 2 frage ich nur noch nach Gegenstimmen; das ist vielleicht einfacher. - Gegenstimmen der Linken. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Vorlage gesamt in der Fassung Schulausschuss: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 20.0.32017 zu Ziffer 1 und 3:

Der Rat beschließt wie folgt:

1. *Die Fördermittel aus dem Förderprogramm des Landes NRW „Gute Schule 2020“ werden in größtmöglichem Umfang, d.h. je 25 Mio € in den Jahren 2017 – 2020, beantragt.*

3. *Die Fördermittel werden für folgende Maßnahmen verwendet:*

   - *Verschönerungsmaßnahmen in Schulen, z.B. durch Anstriche der Klassenräume und Flure*
   - *Beschaffung von Verdunkelungsvorhängen*
   - *Breitbandanbindung und WLAN-Ausstattung*
   - *Digitalisierungsmaßnahmen wie Ausbau der Präsentationstechnik in den Klassenräumen und generelle Unterstützung digitaler Bildung*
   - *Vervollständigung und Modernisierung von CAS-Verkabelungen an bis zu 86 Schulen*
   - *Ausstattung der Grundschulen mit Außenspielgeräten und Fahrrad- sowie Rollerständern*
   - *Ausstattung der weiterführenden Schulen mit Außensportgeräten wie Tischtennisplatten, Basketballkörben, Toren, aber auch Sitzgelegenheiten*
   - *Neuausstattung von Klassenräumen und des Verwaltungsbereichs von Schulen, sofern die Anschaffungspreise die Geringwertigkeitsgrenze überschreiten*
   - *Technische Geräte*
   - *Erstellung zusätzlicher Sporthallen, wenn Bedarf und Platz vorhanden ist und diese Maßnahmen bei der Gebäudewirtschaft personalisiert sind oder werden können (siehe auch Punkt 2)*
   - *Finanzierung von Grundstücksankäufen und Bau- sowie Sanierungsmaßnahmen, die bei der Gebäudewirtschaft bereits personalisiert sind*
   - *Kauf von Containeranlagen zur kurzfristigen Schaffung von Schülerplätzen*

   Der Rat nimmt diese von der Verwaltung erstellte Zusammenstellung der Maßnahmen (siehe Anlage 3) zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung, die erforderlichen Aufträge unter Berücksichtigung der bestehenden Vergabebestimmungen zu erteilen.

Mit dieser Vorlage werden den in Anlage 6 genannten konkreten Digitalisierungsmaßnahmen im Sinne einer Bedarfsprüfung ebenfalls zugestimmt und die Verwaltung wird mit den hierfür erforderlichen (europaweiten) Aus-

schreibungen für die einzelnen Gerätetypen beauftragt. Zu beachten ist, dass alle Maßnahmen inhaltlich in Einklang mit der Zielsetzung des „Konzeptes zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen“ (Vorlage 2703/2014) stehen und die konkreten Einzelabrufe jeder Schule einer inhaltlichen, pädagogisch sinnvollen Bedarfsbegründung und –prüfung unterliegen.

Notwendige Verschiebungen bei den genannten Maßnahmen und der geplanten Mittelverwendung sind im Rahmen des Förderzweckes zulässig. Sollten im weiteren Verfahren Maßnahmen als nicht realisierbar oder nicht förderfähig eingestuft werden, sind Ersatzmaßnahmen mit einem entsprechenden Finanzvolumen heranzuziehen.

Es ist geplant die Fördermittel vollumfänglich auszuschöpfen. Zur Entlastung des städtischen Haushaltes sind dabei vordringlich diejenigen Maßnahmen zu realisieren, für die bereits entsprechende Haushaltsermächtigungen im Haushaltsplan vorgesehen sind.

Die Fördermittel werden durch die NRW.Bank anhand eines Kredites zur Verfügung gestellt. Jährlich werden in den Haushaltsjahren 2017 bis 2020 rd. 25 Mio. € beantragt. Kreditnehmer ist die Stadt, den Tilgungs- und Zinsdienst übernimmt das Land NRW. Ein städtischer Eigenanteil ist nicht zu leisten.
Die Mittel können sowohl für konsumtive als auch investive Maßnahmen Verwendung finden. Eine Aufteilung der Mittel wird anhand der Maßnahmenlisten durch die Verwaltung verursachungsgerecht vorgenommen. Die Kreditabwicklung sowie die entsprechende Mittelverwendung wird je nach Aufteilung im Teilergebnis- bzw. Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in den betreffenden Teilplanzeilen abgebildet. Für das Haushaltsjahr 2017 erfolgt die Umsetzung im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung (u.a. Bereitstellung der Mittel im Wege der unechten Deckung). Die Mittelveranschlagung für die Jahre 2018 – 2020 erfolgt im Rahmen des Hpl.-Aufstellungsverfahrens 2018ff.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Abwesenheit der Gruppe pro Köln zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 20.0.32017 zu Ziffer 2:

Der Rat beschließt wie folgt:

2. *Es ist zu prüfen, ob kleinere Neubaumaßnahmen wie z.B. Sporthallen durch die effizienteste Beschaffungsform realisiert werden können.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Fraktion Die Linke. zugestimmt.

III. Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 20.0.32017:

Der Rat beschließt wie folgt:

1. *Die Fördermittel aus dem Förderprogramm des Landes NRW „Gute Schule 2020“ werden in größtmöglichem Umfang, d.h. je 25 Mio € in den Jahren 2017 – 2020, beantragt.*

2. *Es ist zu prüfen, ob kleinere Neubaumaßnahmen wie z.B. Sporthallen durch die effizienteste Beschaffungsform realisiert werden können.*

3. *Die Fördermittel werden für folgende Maßnahmen verwendet:*

   - *Verschönerungsmaßnahmen in Schulen, z.B. durch Anstriche der Klassenräume und Flure*
   - *Beschaffung von Verdunkelungsvorhängen*
   - *Breitbandanbindung und WLAN-Ausstattung*
   - *Digitalisierungsmaßnahmen wie Ausbau der Präsentationstechnik in den Klassenräumen und generelle Unterstützung digitaler Bildung*
   - *Vervollständigung und Modernisierung von CAS-Verkabelungen an bis zu 86 Schulen*
   - *Ausstattung der Grundschulen mit Außenspielgeräten und Fahrrad- sowie Rollerständern*
   - *Ausstattung der weiterführenden Schulen mit Außensportgeräten wie Tischtennisplatten, Basketballkörben, Toren, aber auch Sitzgelegenheiten*

- *Neuausstattung von Klassenräumen und des Verwaltungsbereichs von Schulen, sofern die Anschaffungspreise die Geringwertigkeitsgrenze überschreiten*
- *Technische Geräte*
- *Erstellung zusätzlicher Sporthallen, wenn Bedarf und Platz vorhanden ist und diese Maßnahmen bei der Gebäudewirtschaft personalisiert sind oder werden können (siehe auch Punkt 2)*
- *Finanzierung von Grundstücksankäufen und Bau- sowie Sanierungsmaßnahmen, die bei der Gebäudewirtschaft bereits personalisiert sind*
- *Kauf von Containeranlagen zur kurzfristigen Schaffung von Schülerplätzen*

Der Rat nimmt diese von der Verwaltung erstellte Zusammenstellung der Maßnahmen (siehe Anlage 3) zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung, die erforderlichen Aufträge unter Berücksichtigung der bestehenden Vergabebestimmungen zu erteilen.

Mit dieser Vorlage werden den in Anlage 6 genannten konkreten Digitalisierungsmaßnahmen im Sinne einer Bedarfsprüfung ebenfalls zugestimmt und die Verwaltung wird mit den hierfür erforderlichen (europaweiten) Ausschreibungen für die einzelnen Gerätetypen beauftragt. Zu beachten ist, dass alle Maßnahmen inhaltlich in Einklang mit der Zielsetzung des „Konzeptes zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen“ (Vorlage 2703/2014) stehen und die konkreten Einzelabrufe jeder Schule einer inhaltlichen, pädagogisch sinnvollen Bedarfsbegründung und –prüfung unterliegen.

Notwendige Verschiebungen bei den genannten Maßnahmen und der geplanten Mittelverwendung sind im Rahmen des Förderzweckes zulässig. Sollten im weiteren Verfahren Maßnahmen als nicht realisierbar oder nicht förderfähig eingestuft werden, sind Ersatzmaßnahmen mit einem entsprechenden Finanzvolumen heranzuziehen.

Es ist geplant die Fördermittel vollumfänglich auszuschöpfen. Zur Entlastung des städtischen Haushaltes sind dabei vordringlich diejenigen Maßnahmen zu realisieren, für die bereits entsprechende Haushaltsermächtigungen im Haushaltsplan vorgesehen sind.

Die Fördermittel werden durch die NRW.Bank anhand eines Kredites zur Verfügung gestellt. Jährlich werden in den Haushaltsjahren 2017 bis 2020 rd. 25 Mio. € beantragt. Kreditnehmer ist die Stadt, den Tilgungs- und Zinsdienst übernimmt das Land NRW. Ein städtischer Eigenanteil ist nicht zu leisten. Die Mittel können sowohl für konsumtive als auch investive Maßnahmen Verwendung finden. Eine Aufteilung der Mittel wird anhand der Maßnahmenlisten durch die Verwaltung verursachungsgerecht vorgenommen. Die Kreditabwicklung sowie die entsprechende Mittelverwendung wird je nach Aufteilung im Teilergebnis- bzw. Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in den betreffenden Teilplanzeilen abgebildet. Für das Haushaltsjahr 2017 erfolgt die Umsetzung im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung (u.a. Bereitstellung der Mittel im Wege der unechten Deckung). Die Mittelveranschlagung für die Jahre 2018 – 2020 erfolgt im Rahmen des Hpl.-Aufstellungsverfahrens 2018ff.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Fraktion Die Linke. beantragte getrennte Abstimmung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.26 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Übernahme von Ausfallbürgschaften
0133/2017

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorab eine Frage, Frau Klug. Mich hat heute Vormittag oder gegen Mittag eine Notiz von Ihnen erreicht, und ich habe versucht, die jetzt einmal schnell durchzulesen und zu vereinnahmen.

Ist es richtig, dass die Geschäftsführung sagt, dass sie die 7,5 Millionen Euro innerhalb von drei Jahren amortisiert? Ist das so? - Das müsste ich zumindest anzweifeln, sage ich einmal.

Ich komme aber jetzt in einem kurzen Vortrag noch dazu.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss es doch nicht immer anzweifeln!)

Schon in der Diskussion im Finanzausschuss hat sich gezeigt, dass die Vorlage doch sehr dünn ist. Für mich besteht da noch erheblicher Beratungsbedarf, und ich würde am liebsten diese Vorlage in einen nächsten Ausschusstermin hineinschieben, damit es dann wirklich entschieden wird, oder wir machen es heute.

Hier geht es um das Essen. Das ist der übergeordnete Punkt. Die Kliniken wollen ihre Speisen- und Essensstrukturen umorganisieren. Für mich geht es dabei um den Wettbewerb im Markt allgemein. Das ist für mich eine Anpassung an sehr harte Marktbedingungen. Dafür wird eine Bürgschaft gewünscht.

Die Amortisationszeit von drei Jahren würde bedeuten, dass Sie pro Bett 5.000 Euro Einsparungen oder Mehreinnahmen generieren müssen oder 42 Euro pro Patient.

Das ist aus meiner Kenntnis der Lage fast unmöglich, aber vielleicht kann der Geschäftsführer der Klinikgruppe dazu etwas sagen.

Darüber hinaus vermisse ich - wenn es so ein wichtiger Punkt ist - im Wirtschaftsbericht, die ich mir zumindest bis zum Jahr 2015 angeschaut habe, einen Hinweis auf dieses anscheinend so wichtige Teil. Das steht noch gar nicht drin.

Darüber hinaus fehlen mir weitere Alternativmodelle, in denen professionelle Caterer dieser Eigenkalkulation gegenübergestellt werden, um es einmal kurz und knapp zu sagen.

Wir schlagen vor, mit weiteren Caterern in Verbindung zu treten, und möchten heute beantragen, dass die Evaluierung dieser Vergleiche im Gesundheitsausschuss und Finanzausschuss noch einmal diskutiert wird.

Ich möchte jedoch vor dem Hintergrund der 7,5 Millionen Euro noch einmal darauf hinweisen, dass wir seit den letzten Jahren diese Gruppe mit durchschnittlich 10,5 Millionen Euro Jahr für Jahr subventionieren. Wir haben voriges Jahr 50 Millionen Euro mehr oder weniger zugestanden, um Abrechnungsprobleme und Abrechnungsaußenstände auszugleichen. Der Abbau dieser Außenstände bzw. der 50 Millionen Euro geht sehr zäh vor sich.

Ich komme auf die Haushaltsrede zurück, die ich voriges Jahr gehalten habe, und weise noch einmal darauf hin, dass eine Veräußerung der Klinikgruppe - insbesondere dann, wenn die Klinikgruppe, wie sie sich auch in den Wirtschaftsplänen ausdrückt, „besseren Zeiten“ entgegensieht - ein sehr lukratives Geschäft für die Stadt ist und wir uns damit erhebliche Quersubventionen in den nächsten Jahren ersparen können. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte, bevor ich Herrn Paetzold das Wort gebe, noch einmal klarstellen, dass wir bitte in diesem und auch in keinem anderen Fall die Arbeit eines Aufsichtsrats machen sollen. - Herr Paetzold, Sie haben das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die Erklärung. Genau das wollte ich Kollegen Wortmann noch einmal erläutern. Bei den Kliniken der Stadt Köln handelt sich um eine ausgegründete gGmbH, die über einen vom Rat bestückten Aufsichtsrat verfügt, der da seine Arbeit macht, wie das auch bei allen anderen städtischen Gesellschaften der Fall ist. Ich glaube, das sind Dinge, die im operativen Geschäft liegen und die wir nicht hier im Rat diskutieren müssen.

(Zuruf von Walter Wortmann [Freie Wähler Köln])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann frage ich nach Gegenstimmen. - Herr Wortmann, eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass die Stadt Köln zugunsten der Kliniken der Stadt Köln gGmbH eine selbstschuldnerische, modifizierte Ausfallbürgschaft für ein

Darlehen in Höhe von bis zu 7,5 Mio. € für die Finanzierung der Reorganisation der Speisenversorgung übernimmt.

Bei der Aufnahme des Darlehens sind die jeweils am Kapitalmarkt erreichbaren günstigsten Konditionen zugrunde zu legen. Die Stadt Köln erhebt für die Gewährung der Bürgschaft gemäß den europarechtlichen Vorgaben eine marktübliche Provision.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.27 Weiterführung des Projekts „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“ und Anpassung der benötigten Stellenressourcen
0216/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten
AN/0554/2017

Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gar nicht so selten, dass wir hier im Rat Anträge in Ausschüsse verweisen, damit die Fachdiskussion dort geführt werden kann. Hier haben wir einen etwas anderen Sachverhalt. Wir bekommen hier eine Beschlussvorlage vorgelegt, ohne dass sie im zuständigen Fachausschuss diskutiert werden konnte. Deshalb müssen wir die Diskussion jetzt hier im Rat führen - auch wenn es schon spät ist; ich kann es nicht ändern.

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir, die SPD-Fraktion, halten die Vorlage zur kinder- und jugendpsychiatrischen Beratung durch das Gesundheitsamt für sehr gut, eigentlich sogar für zwingend. Ich bin mir auch sehr sicher, dass die gesamte Fachpartie, wenn wir es im Gesundheitsausschuss hätten diskutieren dürfen, zugestimmt hätte.

Ich rate all denen hier im Rat, die vielleicht Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Aufgabe haben, sich die Begründung nebst der Evaluation einmal sorgfältig durchzulesen. Das lohnt sich wirklich.

Ich bin jetzt schon eine Weile im Rat, aber ich habe selten eine so zwingende Begründung einer Vorlage gelesen. Wirklich gut, Chapeau, Kompliment an die Verwaltung.

Das Problem dabei ist jedoch, dass trotz bester Begründung der Beschluss, der ganz zu Anfang steht, zu kurz greift, weil er nämlich dieses hervorragende Projekt nur um sieben Monate verlängern will - und das, obwohl die gesamte Begründung der Vorlage die Notwendigkeit der Entfristung geradezu herausschreit. Ich weiß nicht, was bei der Vorlage passiert ist, denn auf Seite 4 im fünften Absatz der Vorlage schreibt die Verwaltung selbst - ich zitiere wörtlich -:

> Dies bedeutet …, dass … Stellen … unbefristet eingerichtet werden müssen.

Da dieser Beschlussvorschlag zu kurz greift, möchten wir ihn mit unserem Änderungsantrag verbessern. Wir beantragen die Entfristung oder die unbefristete Fortführung der KJPB.

Lassen Sie mich ganz kurz - ich schaue auf die Uhr - die Gründe dafür erläutern. Eine siebenmonatige Verlängerung ist nicht nur suboptimal, sondern sogar schlecht. Zum einen geht man so nicht mit seinen Mitarbeitern um. Eine Verlängerung des Arbeitsplatzes um sieben Monate - das ist doch keine echte faire Berufsperspektive.

(Beifall bei der SPD)

- Vielen Dank. - Das ist aus der Sicht der Mitarbeiter.

Aus der Sicht der Stadt wird auch ein Schuh daraus, denn Sozialpädagogen und gerade Kinder- und Jugendpsychiater sind gefragte Leute auf dem Arbeitsmarkt. Sie können es in der Vorlage lesen: Der Stadt ist es nicht einmal gelungen, alle Facharztstellen zu besetzen, weil es eben so ein enger Markt ist und weil diese Menschen beinahe mit Gold aufgewogen werden.

Welcher Psychiaterin kann man denn verdenken, wenn sie eine Perspektive von sieben Monaten hat, dass sie sich nicht woanders einen unbefristeten Job sucht? Dann ist sie weg,

und dann stehen wir Anfang 2018 ohne Personal da. Das kann es ja auch nicht sein.

Ein Drittes. Gute Arbeit gerade in der Psychiatrie braucht vor allem eines: Kontinuität und Verlässlichkeit. Diese Arbeit hat viel mit Beziehung und Vertrauen zu tun. Es geht dabei um Netzwerke und Perspektiven über den Tag hinaus. Wie soll man so etwas aufrechterhalten und pflegen, wenn man gar nicht weiß, ob in sieben Monaten das Gegenüber noch da ist oder ein anderes ist?

Ein Letztes - das schaffe ich in der Zeit noch -: Wenn sich doch, so wie es scheint, Fachverwaltung, Fachwelt und auch die Fachpartie in der Politik darüber einig sind, dass dieses Angebot der KJPB dringend und unbedingt weitergeführt werden muss, warum beschließen wir dann nicht heute, es zu entfristen? Was geschieht denn bis zu den Haushaltsplanberatungen im Herbst noch, was irgendetwas an unserer Entscheidung und an der Notwendigkeit dieser Beratung ändern könnte? Ich bitte Sie daher sehr um die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Ich habe natürlich auch noch das Wort unserer Oberbürgermeisterin vom Anfang der Sitzung zu unserem Antrag zum Köln-Pass im Ohr, dass derjenige, der hier eine Zusetzung fordert, auch die Deckung dafür mitbringen muss. Das habe ich mir gut überlegt für diesen Antrag. Ich kann sie Ihnen nicht in Euro und Cent vorrechnen, aber zum einen tut das den Menschen, gerade den Kindern und Jugendlichen, sehr gut. Das ist ein Wert an sich. Den kann man den Betriebswirtschaftlern vielleicht nicht so vermitteln, aber trotzdem ist er wichtig.

Das andere ist - das können Sie aus der Vorlage der Verwaltung ganz gut herauslesen -: Ich glaube, dass wir jeden Euro, den wir heute in der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratung einsetzen, in ein paar Jahren einsparen werden, und zwar nicht nur mit einer Rendite von 3 bis 4 Prozent, sondern sicherlich mit einer Rendite von 50 bis 100 Prozent, da - das steht in der Vorlage, deshalb kann man es auch gut zitieren - Kinder und Jugendliche, die heute nicht gescheit in psychiatrischen schwierigen Situationen betreut und aufgefangen werden, ihren Weg in die Zukunft und in das Arbeitsleben sicherlich nicht so gut schaffen, wie sie es tun, wenn sie jetzt gescheit beraten und betreut werden.

Also, auch vonseiten der Finanzen kann man eigentlich nur sagen: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Sie tun den Kindern und Jugendlichen etwas Gutes und der Stadt zudem auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Herr Dr. Keller! Wir hatten im Jahr 2014 in Köln im Kommunalwahlkampf eine sehr intensive und heftige Diskussion über befristete Stellen. Wir hatten dann in der Praxis im Rat auch verschiedene Vorlagen, in denen auch Befristungen enthalten waren. Ich kann mich gut daran erinnern, dass wir mit SPD und Grüne verschiedene Vorlagen entfristet haben.

Dann hat der Oberbürgermeister am 1. Mai - ich betone: 1. Mai! - 2015 verkündet, es werde in Zukunft keine Befristungen mehr bei der Stadtverwaltung geben. Wir hatten im Jahr 2014 in etwa 1.000 Befristungen. Ich kenne die aktuellen Zahlen der Befristungen im Moment nicht, aber sie sind im Jahr 2015 deutlich zurückgegangen. Damals waren es nur noch 600, wie ich mich erinnern kann.

Deswegen verstehen wir nicht, dass man diesen Kurs fährt und sagt: Wir machen nur da Befristungen, wo es unbedingt sein muss. Es gibt auch Befristungen, die sinnvoll sind; das will ich gar nicht ausschließen. Für diese Stellen hier brauchen wir jedoch eine Entfristung. Da brauchen wir normale Stellen.

Es hat sich erwiesen - das hat damals auch Herr Kahlen eingesehen -, dass es eher kontraproduktiv ist, wenn man gute Fachkräfte braucht und weiterbeschäftigen will, wenn man sie befristet. Das führt einfach dazu, dass sie sich andere Wirkungskreise suchen.

Deswegen unser Antrag: Lassen Sie uns die Stellen, die klar und deutlich eine Perspektive haben, entfristen und sagen: Wir wollen diese Befristungspolitik nicht. Deswegen bitte ich Sie, Frau Oberbürgermeisterin, an die Tradition und das Wort von Herrn Roters am 1. Mai, zu entfristen und keine befristeten Stellen durchzuführen, anzuknüpfen. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke. und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? -

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ja. Ich kann das kurz und knapp vom Platz aus machen.

Inhaltlich liegen wir, glaube ich, nicht weit auseinander, wie es normalerweise im Gesundheitsausschuss üblich ist. Hier gibt es in der Tat einen logischen Bruch in dem Änderungsantrag der SPD. Es geht um Verstetigung von Stellen, und die Finanzierung wird mit Haushaltsmitteln im Jahr 2017 begründet, die im Moment leider noch nicht verausgabt sind für den Drogenkonsumraum. Das ist natürlich keine nachhaltige Finanzierung, und Bündnis 90/Die Grünen stehen für Nachhaltigkeit. Insofern haben wir an der Stelle ein Problem. Das ist sicherlich offensichtlich, dass das keine nachhaltige Finanzierung ist. Denn wir bekommen den Drogenkonsumraum hoffentlich noch in diesem Jahr; wir sind da guter Hoffnung. Deswegen empfehle ich, den Antrag in die Haushaltsplanberatungen zu übergeben.

An der Stelle würde mich, eben weil wir es im Fachausschuss nicht beraten konnten - diesbezüglich teile ich die Meinung des Kollegen Paetzold -, trotz fortgeschrittener Zeit die Meinung von Herrn Dr. Rau interessieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Strahl hat das Wort.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Ich möchte mich dieser Argumentation anschließen. Es geht hier nicht darum, dass wir befristen oder nicht befristen. Es geht darum, dass diese Maßnahme bis zum 31.12. vom Land gefördert wird.

(Michael Paetzold [SDP]: Nein, 5.!)

- Gut, ja.

Das heißt, wir würden jetzt in die Haushaltslage des nächsten Jahres eingreifen. Das wollen wir nicht, denn wir sind in der glücklichen Lage, endlich einmal nach Jahren einen Haushaltsplan aufzustellen, der zeitig eingereicht wird. Das wollen wir nicht dadurch thesaurieren, dass wir jetzt schon Stellen dort hineinschreiben.

Schlimm ist, dass wir das im Gesundheitsausschuss nicht besprechen konnten, denn wir wissen, sowohl die SPD als auch die Grünen als auch wir sind mit dieser Arbeit sehr zufrieden, wir empfinden sie als unverzichtbar, und wir sind einheitlich dafür, die Arbeit fortzuführen.

Von daher wird unsere Empfehlung für die Haushaltsmacher dahin gehend auch eindeutig sein, dass wir empfehlen, diese Maßnahme weiter zu betreiben, wobei wir im Hintergrund sicherlich wissen: A) wird es nicht aus Mitteln des Drogenkonsumraums passieren können, und b) wird es auch nicht aus Mitteln des relativ kleinen Volumens des Gesundheitshaushalts kommen können. Darüber wird man sich sicherlich Gedanken machen müssen, wie man das extern finanziert.

Von daher möchten wir den Antrag der SPD jetzt ablehnen, allerdings mit der Zusage an die Mitarbeiter, dass wir uns jede Mühe geben, dort die Arbeit lückenlos anzuschließen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold direkt dazu.

Michael Paetzold (SPD): Herr Kollege Dr. Unna, Sie hatten ja ein Problem mit unserem Antrag, weil Sie meinten, wir wollten auch schon 2018 mit dem Drogenkonsumraum in 2017 finanzieren. Das stimmt nicht so ganz. Wenn Sie sich einmal unseren Antrag ansehen - Seite 2 oben, extra unterstrichen -:

> Die Verwaltung wird beauftragt eine Finanzierung über das Jahr 2017 hinaus im Rahmen der Haushaltsplan-Aufstellungen 2018 ff sicherzustellen.

Da steht nichts mehr von Drogenkonsumraum. Der Vorschlag, das in 2017 aus Mitteln zu nehmen, die wir für den Drogenkonsumraum noch nicht aufgewandt haben, stammt von der Verwaltung. Das stimmt. Das Geld ist leider noch übrig. Das bedauern wir beide, dass wir noch keinen gefunden haben. Aber da waren wir schon recht sauber in unserer Begründung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte das bitte noch einmal für alle weiteren Anträge klarstellen: Derjenige, der den Antrag stellt, muss die Deckung anbieten.

(Michael Paetzold [SPD]: Ja, ja!)

Zu sagen: „Wir stellen jetzt einen Antrag, und die Verwaltung soll die Deckung finden“ - das wird nicht funktionieren.

(Beifall von Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich bin die Allerletzte, die diese Maßnahme für unwichtig hält. Ich bin auch diejenige, die immer sagt: Wenn es keine befristeten Dinge sind, dann ist es auch nicht zu befristen. Aber die Entfristung ist hier nicht finanziert, das muss man leider einsehen. Deswegen ist ein Verweis in die Haushaltsplanberatungen vielleicht der richtige Weg. Da sie dieses Jahr früher als sonst sind, ist das vielleicht der Weg, auch den wichtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Projekt ein Ziel aufzuzeigen. Sie sind ja bisher auch noch da. Wenn wir heute nicht beschließen, dann endet es an der Stelle. Ich gebe das nur einmal zu bedenken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Paetzold noch einmal?

(Michael Paetzold [SPD]: Nein, danke! Es hat sich erledigt!)

Herr Dr. Rau, wenn Sie aus fachlicher Sicht noch etwas dazu sagen wollen.

Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mich freut sehr die große Zustimmung, die ich für dieses Projekt höre.

Es ist in der Tat so: Was können wir Besseres tun, als unsere Jugend so gesund wie möglich in das Leben zu schicken? Das Projekt ist deshalb unbestreitbar wichtig.

Warum meine Vorlage befristet war, ist genau der Punkt: Ich selbst konnte in meinem Dezernat die Deckung langfristig nicht herstellen. Das war genau das Thema.

An dem Punkt sind wir alle miteinander gefragt. Wenn es uns allen so wichtig ist, müssen wir die Deckung beibringen. Deshalb ist der Vorschlag, damit in die Haushaltsberatungen zu gehen, ein Vorschlag, mit dem ich gut weitermachen könnte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigen Sie, dass ich mich jetzt ein zweites Mal melde.

Ich möchte wirklich an die Kollegen von der SPD appellieren und auch versprechen, dass wir, wenn wir die Chance haben, das Thema im Gesundheitsausschuss noch einmal zu behandeln, dann ganz sicher in der Lage sein werden, einen Konsens herzustellen, wie wir immer dazu in der Lage waren. Wenn wir zusammen den Konsens gefunden haben, können wir auch entsprechend auf die Finanzer aller Fraktionen nachhaltig einwirken, sodass das durchfinanziert wird.

Im Moment ist das jedoch genau meine Auffassung von Deckung - ich habe den Satz auf Seite 2 oben schon gelesen -: keine Art von Deckung für 2018 ff. Deswegen würde ich dringend dazu raten, damit wir dieses Projekt jetzt nicht scheitern lassen, dass wir es jetzt alle gemeinsam bis Ende des Jahres über die Hürde heben und dann von der Verwaltung vielleicht auch die Chance und die Zusage bekommen, dass wir es im Gesundheitsausschuss beraten können, damit wir dann in guter alter Tradition einstimmig eine Meinung herstellen können. Deswegen mein Appell an Sie, das heute mit breiter Mehrheit zusammen zu beschließen.

(Zuruf: Das machen wir sowieso!)

- Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Ich sehe, dass wir mit unserem Änderungsantrag wohl keinen Erfolg haben werden, was ich sehr bedaure. Ich würde daher doch gern die Zusage der Verwaltung mit nach Hause nehmen, dass wir es wirklich dann auch im Gesundheitsausschuss beraten dürfen. Zu den Ausführungen des Vorsitzenden habe ich nämlich noch kein Kopfnicken gesehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das steht in der Vorlage.

Michael Paetzold (SPD): Dass das im Ausschuss noch einmal beraten wird, steht da, glaube ich, nicht drin, oder?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Doch.

> Der Rat beschließt, das … bis zum 31.12.2017 fortzuführen und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, inwieweit eine Finanzierung über das Jahr 2017 hinaus im Rahmen der Haushaltsplan-Aufstellungen … sichergestellt werden kann. Zur Fortführung des Projektes über das Jahr 2017 hinaus, wird dem Rat eine neue Vorlage zur Entscheidung vorgelegt

- und dann natürlich auch im geregelten Verfahren erst dem Gesundheitsausschuss.

Michael Paetzold (SPD): Das ist nicht das, was der Vorsitzende des Ausschusses gewollt hat. Wenn ich ihn recht verstanden habe, wollte er es in einer der nächsten Sitzungen haben, damit wir die Chance haben, in den HPL-Beratungen auf unsere Finanzer einzuwirken, uns zu helfen, dieses Projekt weiterzuführen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann ist das Projekt tot! Es ist eine Frist darin!)

- Das haben wir schon verstanden. Wir sind einen Schritt weiter.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist aber, glaube ich, jetzt erklärt, das erst zu beschließen -

(Michael Paetzold [SPD]: Das war sehr klar.)

- und dann so schnell wie möglich wieder in die Beratungen zu geben.

(Michael Paetzold [SPD]: Wir waren schon einen Schritt weiter. Aber ich glaube, wir beide haben uns verstanden, und ich habe gesehen, Dr. Rau hat auch genickt. Dann passt es.)

- Das haben wir. Okay, dann bedanke ich mich vielmals und lasse abstimmen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Der Antrag steht noch!)

Ach so, ich muss erst über den Änderungsantrag - -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ja, erst über den Antrag!)

- Ja, Entschuldigung.

Dann lasse ich erst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Der Linken auch! Gemeinsamer Antrag! - Michael Paetzold [SPD]: Und der Piraten!)

Über den Änderungsantrag von SPD, Die Linke. und Piraten lasse ich jetzt abstimmen. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion, das sind Die Linke. und die Piraten. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen, vielen Dank, und das Verfahren wird so, wie verabredet, durchgeführt.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten:

Die Antragsteller begrüßen die Fortführung des Projektes "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung". Allerdings birgt die geplante Befristung des Projektes und der benötigten Stellen sowohl für Patienten wie auch für Arbeitnehmer erhebliche Nachteile, die aus Sicht der Antragsteller nicht hinnehmbar sind.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung soll deshalb wie folgt neugefasst werden:

Der Rat beschließt, das bis zum 31.05.2017 vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" (Modul 1) unbefristet fortzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt eine Finanzierung über das Jahr 2017 hinaus im Rahmen der Haushaltsplan-Aufstellungen 2018 ff sicherzustellen.

Es handelt sich dabei um folgende Stellen:

Entfristungen:

1,0 Stelle Facharzt/-ärztin E 15, Fg. 1 TVöD G

1,0 Stelle Sozialarbeiter/in/-pädagog/e/in S 12 TVöD S

1,5 Stellen Verwaltungsbeschäftigte/r E 5, Fg. 1 TVöD VKA

Neubewertung und Entfristung:

1,0 Stelle Facharzt/-ärztin E 15, Fg. 1 TVöD G in 1,0 Stelle Sozialarbeiter/in/-pädagog/e/in S 12 TVöD S

Der Mehrbedarf im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von rd. 215.600 € wird finanziert durch Einsparungen innerhalb desselben Teilergebnisplans 0701 -Gesundheitsdienste-, Teilplanzeile 15 -Transferaufwendungen- bei der noch nicht umgesetzten Maßnahme „Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum um den Neumarkt".

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt, das bis zum 31.05.2017 vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" (Modul 1) befristet bis zum 31.12.2017 fortzuführen und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, inwieweit eine Finanzierung über das Jahr 2017 hinaus im Rahmen der Haushaltsplan-Aufstellungen 2018 ff sichergestellt werden kann. Zur Fortführung des Projektes über das Jahr 2017 hinaus, wird dem Rat eine neue Vorlage zur Entscheidung vorgelegt.

Es handelt sich dabei um folgende Stellen:

Neubefristungen:

1,0 Stelle Facharzt/-ärztin E 15, Fg. 1 TVöD G

1,0 Stelle Sozialarbeiter/in/-pädagog/e/in S 12 TVöD S

1,5 Stellen Verwaltungsbeschäftigte/r E 5, Fg. 1 TVöD VKA

Neubewertung und Neubefristung:

1,0 Stelle Facharzt/-ärztin E 15, Fg. 1 TVöD G in 1,0 Stelle Sozialarbeiter/in/-pädagog/e/in S 12 TVöD S

Der Mehrbedarf im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von rd. 215.600 € wird finanziert durch Einsparungen innerhalb desselben Teilergebnisplans 0701 -Gesundheitsdienste-, Teilplanzeile 15 -Transferaufwendungen- bei der noch nicht umgesetzten Maßnahme „Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum um den Neumarkt".

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf

10.28 Wirtschaftsplan 2017 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 0243/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine? Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gem. § 4 der Betriebssatzung i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2017 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2017 erforderlich ist, wird auf EUR 115,71 Mio. festgesetzt. Zur Vorbereitung des Geschäftsjahres 2017 wird die Betriebsleitung zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen bis EUR 10,22 Mio. ermächtigt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2017 auf EUR 50,0 Mio. festgelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.29 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung

von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer
0864/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0549/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0550/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst Frau Halberstadt-Kausch, bitte.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Sie haben heute Mittag in dem Sonderausschuss, den wir zu dieser Vorlage hatten, unseren Ergänzungsantrag abgelehnt. Da wir Ihrer Argumentation aber entnommen haben, dass Sie ihn - er war auch sehr kurzfristig gestellt - offenbar nicht richtig interpretiert oder gelesen haben und das Thema uns sehr wichtig ist, wollte ich ihn jetzt noch einmal erläutern, auch wenn es Ihnen nicht passt.

Wie wir eben schon im Sonderausschuss gesagt haben, stimmen wir der Verwaltungsvorlage ausdrücklich zu. Wir sind froh darüber, dass nun endlich Bewegung in die festgefahrene Situation beim Schulbau kommt. Die beiden Wege, die die Verwaltung in ihrer Vorlage vorschlägt, werden von uns grundsätzlich mitgetragen. Das bezweifeln wir auch gar nicht.

Unter Punkt 1 der Vorlage werden 15 Maßnahmen aus der langen Liste an Schulbaumaßnahmen herausgenommen und durch die Vergabe an General- oder Totalunternehmer beschleunigt. Das steht auch in unserem Ergänzungsantrag eins zu eins so drin.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass das nur ein erster Aufschlag sein kann. Wir dürfen doch die übrigen Schulen nicht aus dem Blick verlieren. Es gibt inzwischen eine Liste mit mehr als 200 erforderlichen Schulbaumaßnahmen. Diese Schulen wollen auch eine Perspektive.

Wir konnten der Pressemitteilung der Oberbürgermeisterin entnehmen, dass mit der Handwerkskammer zu Köln eine Mittelstandsinitiative vereinbart wurde. Darin sollen im gleichen Zeitraum weitere 15 Baumaßnahmen - es sind wohl weitgehend Schulbaumaßnahmen - im Fachlosverfahren gewerkeweise vergeben werden. Auch das ist grundsätzlich begrüßenswert. Jedoch stellen sich uns die Fragen: Wie passt das alles zusammen? Wie ist das verwaltungsintern abgestimmt? Nach welchen Kriterien wurden diese Projekte ausgesucht?

Ein weiteres Thema ist die Modulbauweise. Wir haben im letzten Jahr eine Funktionalausschreibung für fünf Schulen in Modulbauweise beschlossen. Auch dies soll nur ein erster Ansatz sein und muss auf weitere Projekte ausgeweitet werden.

Damit das aber nun alles zusammenpasst und sich nicht gegenseitig behindert, was dann unweigerlich im Chaos endet, brauchen wir dringend eine Gesamtstrategie, die wir in unserem Antrag als Ergänzung zu den 15 Sofortmaßnahmen auch einfordern.

Was den Punkt 2 der Vorlage betrifft, freuen wir uns sehr, dass unser Vorschlag für eine Sondereinheit für den Schulbau, den wir schon im November letzten Jahres gemacht haben, nun von der Verwaltung aufgegriffen wurde.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, haben unseren Antrag damals jedoch abgelehnt. Ich glaube, es war die Kollegin Henk-Hollstein, die es sogar als Wahnsinn bezeichnet, eine weitere Organisationsform neben der Gebäudewirtschaft zu installieren.

Jetzt ist dieser Wahnsinn für Sie plötzlich -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wahnsinnig gut!)

- wahnsinnig gut und alternativlos.

(Heiterkeit)

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ist das nicht Wahnsinn? - Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Man kann klüger werden!)

- Ja, Chapeau. Eine solche dramatische Kehrtwende innerhalb von vier Monaten - alle Achtung. Es hängt wohl davon ab, von wem der Vorschlag kommt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie wollen wohl die ganze Gebäudewirtschaft zerschlagen? - Beifall bei der SPD)

Wir sind auch nicht grundsätzlich gegen das Düsseldorfer Modell, das Herr Dr. Keller vorgeschlagen hat, diese externe Lösung, die Sie als „schnelles Beiboot“ bezeichnet haben.

(Martin Börschel [SPD]: Ganz im Gegenteil!)

Aber, Herr Dr. Keller, Sie werden es mir verzeihen: Düsseldorf ist eine sehr schöne Stadt und - wie Köln - eine wachsende Stadt, aber nicht der alleinige Nabel der Welt. Es gibt auch andere schöne, große, schnell wachsende Großstädte in diesem Land, wie zum Beispiel München oder Hamburg. Soweit ich weiß, lösen diese Städte ihre Schulbauprobleme eher mit internen Priorisierungslösungen.

Wir bitten daher die Verwaltung, uns in unserem Ergänzungsantrag, sowohl externe als auch interne Lösungsansätze einmal darzustellen. Es sollte doch möglichst bis zur nächsten Ratssitzung im Mai möglich sein, uns die Vor- und die Nachteile der jeweiligen Form darzustellen.

Zum Schluss: Die Verwaltung hat eben in der Sondersitzung angedeutet, dass sowohl die von uns geforderte Gesamtstrategie als auch die Darstellung der verschiedenen Organisationsformen durchaus machbar sei, ohne dass die vorgeschlagene Sofortmaßnahme für die elf Standorte zeitlich behindert würde.

Wir bitten Sie daher, dass Sie noch einmal darüber nachdenken. Falls Sie es dennoch weiter ablehnen, hoffen wir ganz einfach im Sinne der vielen Schulen, die auf eine Strategie warten, dass es wieder so läuft wie im letzten November: Wir machen einen guten Vorschlag, Sie lehnen ihn reflexartig, weil er von der SPD kommt, ab, aber die Verwaltung ist so vernünftig, nimmt die Vorschläge auf und setzt sie dann um, und dann haben wir das erreicht, was wir wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben hat als Nächster das Wort, bitte.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Erst der Antragsteller! - Zuruf: Es ist eine Verwaltungsvorlage! - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Okay, wie Sie wollen!)

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank. - Herr Kockerbeck, Sie reden bitte nach mir.

Wir wollen hier eigentlich nicht die Diskussion aus dem Schulausschuss wiederholen.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU] und von Brigitta von Bülow [Bündnis 90(Die Grünen])

Denn was ist da schon viel zu kurz gekommen? Ich sage, Frau Oberbürgermeisterin, herzlichen Dank, liebe Mitglieder der Verwaltung und auch insbesondere die zuständigen Dezernenten. Ich sehe die Schuldezernentin - vielen Dank -, ich sehe unseren zuständigen Baudezernenten, Herrn Höing, vielen Dank. Endlich kommt Bewegung in den Schulbau. Das ist doch die zentrale Aussage, um die es hier und heute und seit Wochen geht.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Genau das hat die Verwaltung über die verschiedenen Dezernate hinaus, über die verschiedenen Parteien hinaus getan. Wir hatten einen guten Vorschlag, und niemand kann sagen: Er war nicht von vorn bis hinten eingebunden. Wir hatten auch die Runde bei der Frau Oberbürgermeisterin, in der man sich ebenfalls darüber informieren konnte, und Sie hatten ausreichend Zeit in den Fraktionen, die Vorschläge zu beraten.

Ich möchte damit sagen: Ich kenne kaum ein Projekt, was ähnlich gut vorbereitet und auf breite Füße gestellt wird.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Diesem Projekt werden wir heute so, wie es von der Verwaltung, der Riege von Dezernenten und der Frau Oberbürgermeisterin an der Spitze vorgestellt wurde, zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Alle anderen Dinge, die wir gern noch wollen, die man noch machen kann und die die SPD gar nicht originär in ihrem Antrag aufgenommen hat, die die Verwaltung nach meiner Kenntnis schon bearbeitet - ja, die können Sie auch machen. Das sind die mittel- und langfristigen Maßnahmen, die auch umgesetzt werden müssen. Die müssen wir heute hier nicht noch einmal beschließen.

Wir beschließen hier heute ein kurzfristiges Soforthilfe und Nothilfeprojekt: 15 Maßnahmen an zehn bis elf Standorten. Nur darum geht es. Mir geht es nicht um andere Fragen, die auch wichtig sind: Umbau der Gebäudewirtschaft, der eigene Schulbau - in welcher Form auch immer.

(Zuruf von Die Linke.: Alles in einer Vorlage!)

- Nein, es steht als Information darin, dass die Verwaltung auch daran arbeitet, aber zentral sind erst einmal die 15 Maßnahmen, die wir beschließen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Es waren zwei Vorlagen von uns! Das wäre uns lieber gewesen!)

- Einverstanden. Sie waren auch mit dabei in der Vorbereitung, denke ich.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wenn Sie Oberbürgermeister sind, machen Sie zwei Vorlagen!)

Jetzt haben wir die Vorlage. Bisher hat niemand gemeckert. Heute hatten wir eine Sondersitzung.

Abschließend sage ich - dann höre ich schon auf -: Frau Oberbürgermeisterin, wir stimmen natürlich zu. Wir danken Ihnen und der Verwaltung für die Arbeit. Wir halten das für gut und richtig, und wir wollen jetzt endlich sagen: entkoppeln und nicht miteinander verknüpfen. Das hat uns in das Desaster der letzten zehn Jahre geführt, dass wir immer alles bis zum Letzten diskutieren und verknüpfen müssen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Jetzt entzerren wir, machen eine kurzfristige Sofortmaßnahme, und natürlich müssen wir uns überlegen: Wie geht es in dieser Stadt mittel- und langfristig weiter? Aber das hat hier auch jeder verstanden.

Es geht daher nicht, dass man um 13.30 Uhr per Mail zu einer Sitzung, die um 14 oder 14.30 Uhr beginnt, irgendeinen Änderungsantrag bekommt, obwohl das die Fraktionen, die das wollten, seit anderthalb bis zwei Wochen hätten tun können. Das ist nicht gut.

Jetzt zu sagen: „Ihr hattet doch jetzt in der Ratssitzung Zeit, wenn es vorhin ein bisschen zu kurz war.“ - Nein, wir haben hier auch Besseres zu tun, als diese Änderungsanträge zu studieren. Sie hätten uns all das letzte Woche schicken können, dann hätten wir in der Fraktion diese Woche beraten, aber bitte nicht um 13.30 Uhr und nur durch Zufall erreicht es dann die Sprecher oder zuständigen Fachreferenten. So geht es nicht.

Darum geht es aber gar nicht. Es geht heute um 15 Maßnahmen, die notfallmäßig auf den Weg gebracht werden. Deshalb noch einmal: Liebe Verwaltung, vielen Dank. Wir stimmen dem zu. Ich bin sicher, dafür gibt es eine Mehrheit. Wir lehnen die Änderungsanträge der Linken und SPD an der Stelle ab und freuen uns über die Arbeit der Verwaltung an dieser Stelle. - Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es klang eben schon an: Die Linke. kritisiert an der Vorlage der Verwaltung, dass einerseits Maßnahmen zum Schulbau, sozusagen ein Notprogramm, und zum anderen ein Beitrag zur Struktur der Gebäudewirtschaft miteinander verknüpft werden in dieser Vorlage. Deshalb möchten wir beantragen, dass diese beiden Punkte zunächst getrennt abgestimmt werden.

In Punkt 1 zum Maßnahmenprogramm werden der städtischen Gebäudewirtschaft 15 Schulbaumaßnahmen im Wert von weit über 240 Millionen Euro entzogen und an große Baukonzerne, an General- und Totalunternehmer übergeben. Das ist eine sehr gravierende Notmaßnahme, aber manchmal ist vielleicht nichts anderes möglich, um in Bewegung zu kommen. Das ist richtig.

Wir kritisieren aber, dass das regionale Handwerk dabei benachteiligt wird. Wir stellen deshalb in unserem Änderungsantrag die Forderung auf, dass bei den Ausschreibungen an die Generalunternehmer vorgesehen wird, dass in den Unternehmervertrag eingearbeitet wird, dass ein Anteil an Handwerkerleistungen an örtliche, damit meinen wir regionale - wenn Sie das bitte zu Protokoll nehmen würden -, Handwerksbetriebe vergeben wird. Wir möchten, dass 50 Prozent der Handwerkerleistungen an regionale Betriebe vergeben werden. Das wäre der erste Punkt unseres Änderungsantrages.

Insgesamt sind die Schulen, die in dem Maßnahmenprogramm vorgesehen sind, uns zu einseitig an den Gymnasien ausgerichtet. Wenn man die Schulplätze in der Maßnahmenliste addiert, kommt man auf fast 2.000 Schulplätze, die an Kölner Gymnasien gesichert oder neu geschaffen werden, während bei der Gesamtschule Innenstadt nur 240 Schulplätze gesichert werden. Wo ist beispielsweise das Projekt der Gesamtschule

Höhenhaus oder der Gesamtschule Longerich?

Von daher hätten wir lieber gesehen, wenn auch - gerade, da die Anmeldezahlen jetzt vorgelegt wurden - Gesamtschulen stärker berücksichtigt würden.

Es ist dieses Jahr wieder so, dass rund 30 Prozent der Anmeldungen an Gesamtschulen nicht berücksichtigt werden konnten, nämlich 730 Kinder von insgesamt 2.500 Anmeldungen an Gesamtschulen. Diesen Umstand gibt es schon seit vielen Jahren. Wenn man die Zahlen von 2007 bis heute addiert, stellt man fest, dass in zehn Jahren 8.000 Kinder in Köln nicht auf eine Gesamtschule gehen konnten. Wir sind der Meinung, in diesem Maßnahmenprogramm muss diese Benachteiligung der Gesamtschulen aufgegriffen und teilweise zumindest korrigiert werden.

Der zweite Punkt, der die Gebäudewirtschaft betrifft, ist uns zu allgemein gehalten. Wir haben die Befürchtung, dass aufgrund der Diskussion, die es teilweise in den Medien und auch auf der Besprechung gab, die ganze Diskussion in Richtung der Entfernung - weg von Verwaltungsstrukturen - geht.

Es geht darum, eine Arbeitsgruppe der Gebäudewirtschaft zu gründen, und diese Arbeitsgruppe soll eine Rechtsform erhalten, möglicherweise einer GmbH. Bisher wurde nur die Rechtsform einer GmbH genannt.

Es wird gesagt, es könnten auch andere Rechtsformen erwogen werden oder auch eine Angliederung an die Verwaltung. Unser Ziel ist es, dass innerhalb der Verwaltung solche Strukturen geschaffen werden. Das geht in eine ähnliche Richtung wie bei der SPD.

Deshalb stellen wir den Änderungsantrag: Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Taskforce „Schulbau“ einzurichten, die mit ausreichend Personal aus der Gebäudewirtschaft sowie den Fachverwaltungen besetzt sein muss.

Der dritte Punkt unseres Änderungsantrages betrifft die Personalgewinnung und die Personalhaltung bei der Gebäudewirtschaft. Hier muss man sehen, dass die Parteien, die in den vergangenen vielen Jahren die Ratspolitik beeinflusst haben, bewusst auch eine Entscheidung mitgefällt oder mitgetragen haben, dass bei der Gebäudewirtschaft die Gehälter für Architekten und für Bauingenieure noch unter denen anderer Fachämter liegen, sodass die Gebäudewirtschaft in den letzten Jahren das Problem hatte, dass Beschäftigte gern in das Wohnungsamt oder in die Schulverwaltung wechselten und dort höher eingruppiert wurden.

Diese Art, Geld zu sparen, diese Art der Sparpolitik macht sich leider sehr negativ bemerkbar, wie wir alle wissen. Deshalb möchten wir, dass zum Beispiel auch direkt überlegt wird, die tariflichen Möglichkeiten besser auszuschöpfen, denn es gibt durchaus eine Bandbreite bei der Eingruppierung dieser entsprechenden Profession. - Vielen Dank.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Thelen, bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Da nicht alle vorhin im Schulausschuss waren, muss ich doch noch einmal auf den wesentlichen Punkt dieser Vorlage eingehen.

Wir haben nach einem Jahrzehnt, in dem wir versucht haben, den Schulbau zu beschleunigen, und tatsächlich mit unserem ehemaligen Partner das sehr schlecht bzw. nicht hinbekommen haben, jetzt endlich eine beschleunigte Maßnahme, wenn auch nur für 15 Maßnahmen, -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Aber immerhin!)

- aber tatsächlich ganz wichtige.

Zu diesen 15 Maßnahmen muss man noch einmal sagen: Die sind in einem Planungs- und Vorbereitungszustand, dass sie sofort umgesetzt werden können. Zum Beispiel gehören die Grundstücke der Stadt Köln. Alles andere führt zu einer großen Zeitverzögerung.

Ich verstehe tatsächlich nicht, wieso die SPD und auch die Linken jetzt Zusatzanträge stellen. Der Zusatzantrag der SPD sieht vor, wieder ein Gesamtprogramm zu erstellen. Das ist aber doch gerade über zehn Jahre gescheitert. Nur durch das Herausnehmen aus einem solchen Gesamtprogramm haben wir jetzt die Chance einer Beschleunigung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das Erste.

Auch die Ergänzungsvorschläge der Linken sind nicht zielführend. Sie sagen zum Beispiel, dass überproportional Gymnasialplätze geschaffen werden. - Ja, das stimmt tatsächlich. Aber warum? Weil zum Beispiel die genannte Gesamtschule Longerich in einem Jahr schon fertig ist, und auch für die Gesamtschule Höhenhaus sind die Pläne vollständig da. Das heißt, sie müssen gar nicht in dieses Programm einsortiert werden.

Die Plätze, die wir für das Gymnasium schaffen, sind nach Elternwünschen tatsächlich auch notwendig. Deshalb spricht nichts dagegen.

Alle Erweiterungen, die ihr gemacht habt, sind entweder schon geschehen bzw. führen tatsächlich zu einer neuen Verwaltungsvorlage, zu weiteren Besprechungsschleifen, die wir machen müssten, um das umzusetzen. Deshalb bleiben wir dabei, dass der jetzige Vorschlag der Verwaltung schnellstmöglich umgesetzt werden sollte. Ich bitte Sie darum, dieses Programm nicht durch weitere Anträge - auch in den nächsten Schulausschusssitzungen - zu verwässern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen. Es liegen Änderungsanträge von SPD und Die Linke. vor. Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD, dann über den Änderungsantrag der Linken und dann über die ursprüngliche Vorlage, zu Punkt 1 und 2 einzeln abgestimmt.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Linken auf. Wer wünscht, dem Änderungsantrag der Linken zuzustimmen? - Das ist Die Linke. - Gibt es Enthaltungen? - Keine. Doch, hat sich jemand enthalten jetzt? Herr Wortmann? Sie haben mitgestimmt? - Gut. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen, zunächst über den Punkt 1. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der Linken beschlossen.

Punkt 2: Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Linken. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über die Vorlage insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Linken. Enthaltungen? - Keine. Vielen Dank, dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Um den Schulbaunotstand wirksam und nachhaltig anzugehen, bedarf es einer Gesamtstrategie für den Bereich Schulbau. Die Vorlage der Verwaltung wird daher wie folgt ergänzt bzw. ersetzt:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Erarbeitung einer Gesamtstrategie für den Bereich Schulbau, damit dieser aktuell priorisiert und langfristig zukunftsfest aufgestellt werden kann. Diese Gesamtstrategie muss insbesondere aufzeigen, wie über die folgenden Punkte hinaus alle Maßnahmen aus der Auflistung der Gebäudewirtschaft vom 13.06.2016 umgesetzt werden können.*

2. *Um bereits vorab erste Maßnahmen beschleunigt umzusetzen, beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die in der Anlage 1 genannten 15 Schulbaumaßnahmen an 11 Schulstandorten innerhalb eines Realisierungszeitraums von 5 Jahren ab Beschlussfassung durch Totalunternehmer planen und errichten bzw. durch Generalunternehmer errichten zu lassen.*

   Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der 15 Maßnahmen liegt zwischen 240 Mio. Euro und 340 Mio. Euro.
   Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Spartenverrechnungspreises.

   Eine angemessene Einbeziehung der

Schulen und der Bezirksvertretungen ist sicherzustellen.

Die Interessen des örtlichen Handwerks sind bei der Vergabe an Total- und Generalunternehmer im Blick zu halten.

3. Darüber hinaus beauftragt der Rat die Verwaltung in Ergänzung seines Beschlusses in der Sitzung am 02.02.2016 (AN/0188/2016) eine selbstständige Organisationsform für ausgewählte Schulbaumaßnahmen (Neubau, Erweiterungsbauten, Sanierung etc.) mit dem Ziel der Entlastung der Gebäudewirtschaft sowie der effizienteren Gestaltung des Planungsprozesses und des Planungsmanagements vorzubereiten. Neben der Prüfung einer selbständigen Organisationsform sind auch die weiteren Möglichkeiten einer effizienteren verwaltungsinternen Organisation des Schulbaus für die schnellere Realisierung ausgewählter Schulbaumaßnahmen zu prüfen und mit ihren Vor- und Nachteilen darzustellen, damit vor einer abschließenden Entscheidung eine Gesamtabwägung erfolgen kann.

4. Die Errichtung von Schulen in modularer Bauweise im Rahmen von Funktionalausschreibungen ist weiter fortzuführen. Neben dem derzeitigen Paket, das fünf Schulbauten umfasst (Vorlage 0460/2016), sollen weitere Möglichkeiten für Funktionalausschreibungen geprüft und den Fachausschüssen und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden. Auch hierbei ist eine angemessene Einbeziehung der Schulen und der Bezirksvertretungen sowie der Interessen des örtlichen Handwerks sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

1. Der Beschlusspunkt 1 wird wie folgt ergänzt:

1.1 In den Beschlusspunkt 1 wird zwischen dem ersten und zweiten Satz der folgende Satz eingefügt:

1.2 Eine Bedingung der Ausschreibung ist es, dass der General- bzw. Totalunternehmer mindestens 50 % der Handwerkerleistungen an örtliche Handwerksbetriebe vergeben muss.

1.3 Am Ende des Beschlusspunktes 1 wird der folgende Satz eingefügt:

Die Vergabe an General- bzw. Totalunternehmer darf nur eine Übergangslösung sein, die zwingend zur Ertüchtigung der Gebäudewirtschaft genutzt werden muss.

Der geänderte Absatz lautet dann:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die in der Anlage 1 genannten 15 Schulbaumaßnahmen an 11 Schulstandorten durch Totalunternehmer planen und errichten bzw. durch Generalunternehmer errichten zu lassen.

Eine Bedingung der Ausschreibung ist es, dass der General- bzw. Totalunternehmer mindestens 50 % der Handwerkerleistungen an örtliche Handwerksbetriebe vergeben muss.

Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der 15 Maßnahmen liegt zwischen 240 Mio. Euro und 340 Mio. Euro.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Spartenverrechnungspreises.

Die Vergabe an General- bzw. Totalunternehmer darf nur eine Übergangslösung sein, die zwingend zur Ertüchtigung der Gebäudewirtschaft genutzt werden muss.

2. Der Beschlusspunkt 2 wird wie folgt ersetzt:

Die Gebäudewirtschaft wird schnellstmöglich ertüchtigt, indem folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- *Das Stellenbesetzungsverfahren wird beschleunigt und qualitativ verbessert.*

- *Alle tariflichen Möglichkeiten zur Personalgewinnung und Erhaltung sind auszuschöpfen.*
- *Die Potentiale der Bewerber und der bereits Beschäftigten werden bestmöglich gefördert.*
- *Entsprechende Qualifizierungen werden zwingend Bestandteil der Personalentwicklung.*

3. *Ein neuer Beschlusspunkt 3 wird ergänzt:*

   Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Task Force Schulbau einzurichten, die mit ausreichend Personal aus der Gebäudewirtschaft sowie den Fachverwaltungen besetzt sein muss, um den Schulbau in den kommenden Jahren schneller und effizienter zu planen und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

III. Beschluss zu Ziffer 1 der Verwaltungsvorlage

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die in der Anlage 1 genannten 15 Schulbaumaßnahmen an 11 Schulstandorten durch Totalunternehmer planen und errichten bzw. durch Generalunternehmer errichten zu lassen.*

   Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der 15 Maßnahmen liegt zwischen 240 Mio. Euro und 340 Mio. Euro.

   Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Spartenverrechnungspreises.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

IV. Beschluss zu Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung in Ergänzung seines Beschlusses in der Sitzung am 02.02.2016 (AN/0188/2016) eine selbstständige Organisationsform für ausgewählte Schulbaumaßnahmen (Neubau, Erweiterungsbauten, Sanierung etc.) mit dem Ziel der Entlastung der Gebäudewirtschaft sowie der effizienteren Gestaltung des Planungsprozesses und des Planungsmanagements vorzubereiten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

V. Gesamtabstimmung:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die in der Anlage 1 genannten 15 Schulbaumaßnahmen an 11 Schulstandorten durch Totalunternehmer planen und errichten bzw. durch Generalunternehmer errichten zu lassen.*

   Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der 15 Maßnahmen liegt zwischen 240 Mio. Euro und 340 Mio. Euro.

   Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Spartenverrechnungspreises.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung in Ergänzung seines Beschlusses in der Sitzung am 02.02.2016 (AN/0188/2016) eine selbstständige Organisationsform für ausgewählte Schulbaumaßnahmen (Neubau, Erweiterungsbauten, Sanierung etc.) mit dem Ziel der Entlastung der Gebäudewirtschaft sowie der effizienteren Gestaltung des Planungsprozesses und des Planungsmanagements vorzubereiten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

10.30 Das „Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren“
hier: Fortschreibung; geänderte Fassung gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017
3559/2016/1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0556/2017

Gibt es Wortmeldungen zu 10.30? - Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Wir können es gleich abstimmen!)

Es gibt also keine Wortmeldungen? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Wer hat hier seine Rede liegen lassen?

(Martin Börschel [SPD]: Lies sie einfach vor, dann werden wir es merken! - Heiterkeit)

- Mal schauen, was mir dann in die Schuhe geschoben wird.

Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur von der schönen Veranstaltung berichten, die wir letzte Woche Montag auf dem Wohnungsbauforum gehabt haben. Eine wahre Sternstunde in diesem Haus! Denn ich konnte dort Augen- und Ohrenzeuge werden, wie die versammelte Wohnungswirtschaft unserem Wohnungs-Linksbündnis inklusive CDU ordentlich den Kopf gewaschen hat.

Da wurde endlich einmal Klartext geredet. Viel zu lang hatte ich das Gefühl, dass die Wohnungswirtschaft stillgehalten hat - gerade beim kooperativen Baulandmodell. Die Politik hat es zugelassen, den Standort Köln immer weiter zu belasten.

Die FDP, meine Person hier im Rat und im Stadtentwicklungsausschuss - ich kam mir immer vor wie ein einsamer Rufer, der vor diesen Entwicklungen gewarnt hat, aber Gott sei Dank wurde das bei diesem Termin am letzten Montag entsprechend bestätigt, dass es eine breite Meinung in der Wohnungswirtschaft gibt, die meine Ansicht entsprechend teilt. Denn immer neue Auflagen, neue Kosten, neue Bürokratie lähmen den Wohnungsbau in dieser Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Themen, die wir beraten haben, sind das Vorkaufsrecht für die Kommune, Themen wie Milieuschutzsatzung, in die wir gerade erst den Einstieg wagen, und auch dieses kooperative Baulandmodell, über das wir heute in der nächsten Stufe beraten - wieder mit Änderungen, die von der Politik hineingenommen wurden. Ich habe auch gesehen, dass einige Wünsche aus dem Termin am Montag aufgenommen worden sind, aber sicherlich nicht so viel, -

(Niklas Kienitz [CDU]: Doch! Das Problem ist, dass du überhaupt nicht mit denen gesprochen hast!)

- sodass wir die Entfesselung, die wir im Wohnungsmarkt bräuchten, bekommen werden.

(Beifall bei der FDP)

Es gab zum Beispiel einen Teilnehmer, der gesagt hat, er hätte auf die entsprechenden Unterlagen zur Prüfung vonseiten der Stadt ein Jahr warten müssen. - Kein Wunder, dass man dann nicht weiterkommt.

Es gab einen Investor - ein ganz neues Argument, was ich da gehört habe -, der gesagt hat, er hätte in Berlin ein Grundstück gekauft, das eigentlich für Wohnungsbau vorgesehen gewesen wäre, und hätte sich anschließend dazu entschieden, dort komplett Gewerbe zu machen, weil sich das dort viel besser gerechnet hätte. Das zeigt, dass Investoren auf die Idee kommen können, schlussendlich gar keinen Wohnungsbau zu realisieren.

Es gibt die alte Handwerkerweisheit, wonach man über das Anziehen einer Schraube sagt: Nach ganz fest kommt ganz lose, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Das ist genau das, was wir hier haben. Wir geben immer mehr Auflagen an die Investoren für Wohnungen hier in Köln und wundern uns anschließend, dass keine mehr gebaut werden.

Der Kollegin Jahn von den Grünen ist der Seufzer herausgerutscht, dass wir im Stadtentwicklungsausschuss gar nicht mehr so viele Vorlagen zu beraten hätten wie in der Vergan-

genheit. - Ja, meine liebe Kollegin, woran liegt das denn? Das liegt gerade daran, dass wir in dieser Stadt kein wohnungsbaufreundliches Klima erzeugen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Hahaha, so ein Schwachsinn!)

Köln ist nicht München. Der Kölner Wohnungsmarkt ist nicht der Münchner Wohnungsmarkt, und auch die Kölner Stadtverwaltung ist leider noch nicht, liebe Frau Oberbürgermeisterin, die Münchner Stadtverwaltung.

Ich bin froh, dass Sie das Thema aufgreifen, dass Sie unsere Verwaltung leistungsfähiger machen, aber wenn Sie sich mit Investoren unterhalten oder wenn Sie sich mit einem ganz normalen Häuslebauer in Köln unterhalten, dann wartet er Monate auf seine Baugenehmigung. Die Baugenehmigung wird immer wieder zurückgeschickt, weil irgendeine Formalität fehlt, aber eine Baugenehmigung wird nicht erteilt. Das sind doch die Dinge, an denen wir arbeiten müssen, um Wohnungen in dieser Stadt zu errichten.

(Beifall bei der FDP)

Es ist sehr schade, dass die CDU all das in diesem breiten Bündnis mitträgt und nicht mehr von Ihnen kommt, um mehr für den Wohnungsbau in Köln zu machen. Es ist nun einmal leider so, und dann warte ich vielleicht auf das nächste Wohnungsbauforum, bei dem ich dann bemerke: Die FDP ist nicht nur der einsame Rufer, der heute hier wieder zu später Stunde vor Ihnen steht, sondern die Meinung der Freien Demokraten wird breit geteilt in der Kölner Wohnungswirtschaft. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht! Ralph, ich will auch das rauchen, was du jetzt gerade geraucht hast!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

Gibt es weitere Wortmeldungen, frage ich noch einmal. - Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grüne und das, wie gewünscht, in Einzelabstimmung.

Ich lasse über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grüne abstimmen, Beschlusspunkt 1, Änderung zu 2 a) und 2 d): Wer ist dagegen, meine Damen und Herren? - Das sind die FDP-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Dann auch zum Beschlusspunkt 1, Änderung zu 2 b), 2 e), 2 f) und Beschlusspunkt 4. Gegenstimmen? - Von Die Linke. und FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschlusspunkt 1, Änderung zu 2 c), Beschlusspunkte 2 und 3. Gegenstimmen? - Von der FDP und AfD. Enthaltungen? - Von den Linken. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Von FDP und AfD. Enthaltungen? - Von den Linken. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die ursprüngliche Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen? - Von FDP und AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(vereinzelt Beifall)

Beschlüsse:

Beschlüsse gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

I. Beschluss zu Ziffer 1 Unterpunkte 2a) und 2d):

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat

1. *beschließt die Änderungen gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017 zu den Punkten 2 a) und 2d) wie folgt:*

   2 a) Der Schwellenwert zur Übernahme der Verpflichtung nach Nummer 3 Absatz 1 Buchstabe a) wird auf 20 Wohneinheiten beziehungsweise 1 800 m² Geschossfläche (GF) Wohnen reduziert.

   2 d) Die planungsrechtliche Sicherung der Flächen für den öffentlich geförderten

Wohnungs-bau im Bebauungsplan soll in Abstimmung mit dem Planbegünstigten und kann mittels Festsetzungen nach § 9 Absatz 1 Nummer 7 Baugesetzbuch (BauGB) erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Beschluss zu Ziffer 1 Unterpunkte 2b), 2e); 2f) und Ziffer 4:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat

1. *beschließt die Änderungen gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017 zu den Punkten 2 b); 2e) und 2 f) sowie Ziffer 4 wie folgt:*

   2 b) Entfällt.

   2 e) Bei Vorhaben auf Grundstücken, die nachweislich nach dem 22.09.2016 und vor dem Tag der Bekanntmachung des "Kooperativen Baulandmodells Köln (KoopBLM) – Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" in der vorliegenden Fassung erworben wurden, ist ein reduzierter Anteil von 20 % der mit der Planung geschaffenen GF Wohnen für die Verpflichtung zur Errichtung öffentlich geförderten Wohnungsbaus anzunehmen. Bei Vorhaben auf Grundstücken, die zwischen dem 24.02.2014 bis einschließlich 22.09.2016 erworben wurden, gelten die Anwendungsvoraussetzungen des Kooperativen Baulandmodells 2014 einschließlich des dort festgeschriebenen Ziels der Errichtung von 30 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau fort (Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2014 - Vorlage 4325/2012). Diese Übergangsregelung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechenden Grundstücke bis zum 30.06.2018 einer Bebauungsplanung zugeführt werden (Bekanntmachung eines Aufstellungs- oder Einleitungsbeschlusses).

   2 f) Alle Planbegünstigten können sich auf Wunsch zur Anwendung der vorliegenden Richtlinie bekennen.

4. *nimmt zur Kenntnis, dass die Verpflichtung der Planbegünstigten in Bebauungsplanverfahren zur Errichtung eines 20 %igen Anteils der GF Wohnen als preisgedämpfter Wohnungsbau nicht praktikabel darstellbar ist. Es erfolgt keine Aufnahme einer entsprechenden Verpflichtung in das "Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) – Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplan-verfahren" gemäß Anlage 1.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion zugestimmt.

III. Beschluss zu Ziffer 1 Unterpunkt 2c), Ziffern 2 und 3:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat

1. *beschließt die Änderungen gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017 zu den Punkten 2 c); Ziffer 2 und 3 wie folgt:*

   2 c) Qualifizierungsverfahren sind für Vorhaben ab 75 Wohneinheiten beziehungsweise 6.750 m² GF Wohnen durchzuführen. In städtebaulich anspruchsvollen Lagen sollen nach Absprache mit den Planbegünstigten Qualifizierungsverfahren als Grundlage der Planung dienen.

2. *beschließt das "Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" in der geänderten Fassung gemäß Anlage 1 unter Berücksichtigung und Umsetzung der unter 1. 2 b), 2 c) und 2 e) vom Rat zusätzlich eingefügten Modifizierungen als Fortschreibung des geltenden Modells (Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2014 - Vorlage 4325/2012), welches ab Veröffentlichung des Ratsbeschlusses verpflichtend anzuwenden ist;*

3. *nimmt die Umsetzungsanweisung in der geänderten Fassung gemäß Anlage 2 als präzisierende Handlungsanweisung für die beteiligten Akteure zur Modellanwendung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diese unter Berücksichtigung der*

vom Rat zusätzlich eingefügten Modifizierungen zu Ziff. 1, 2 b), 2 c) und 2 e) und auch im Weiteren fortzuschreiben, sofern die Grundzüge des Modells unberührt bleiben;

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat

1. beschließt die Änderungen gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017 zu den Punkten 2 a) bis 2 f) wie folgt:

2 a) Der Schwellenwert zur Übernahme der Verpflichtung nach Nummer 3 Absatz 1 Buchstabe a) wird auf 20 Wohneinheiten beziehungsweise 1 800 m² Geschossfläche (GF) Wohnen reduziert.

2 b) Entfällt.

2 c) Qualifizierungsverfahren sind für Vorhaben ab 75 Wohneinheiten beziehungsweise 6.750 m² GF Wohnen durchzuführen. In städtebaulich anspruchsvollen Lagen sollen nach Absprache mit den Planbegünstigten Qualifizierungsverfahren als Grundlage der Planung dienen.

2 d) Die planungsrechtliche Sicherung der Flächen für den öffentlich geförderten Wohnungs-bau im Bebauungsplan soll in Abstimmung mit dem Planbegünstigten und kann mittels Festsetzungen nach § 9 Absatz 1 Nummer 7 Baugesetzbuch (BauGB) erfolgen.

2 e) Bei Vorhaben auf Grundstücken, die nachweislich nach dem 22.09.2016 und vor dem Tag der Bekanntmachung des "Kooperativen Baulandmodells Köln (KoopBLM) – Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" in der vorliegenden Fassung erworben wurden, ist ein reduzierter Anteil von 20 % der mit der Planung geschaffenen GF Wohnen für die Verpflichtung zur Errichtung öffentlich geförderten Wohnungsbaus anzunehmen. Bei Vorhaben auf Grundstücken, die zwischen dem 24.02.2014 bis einschließlich 22.09.2016 erworben wurden, gelten die Anwendungsvoraussetzungen des Kooperativen Baulandmodells 2014 einschließlich des dort festgeschriebenen Ziels der Errichtung von 30 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau fort (Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2014 - Vorlage 4325/2012). Diese Übergangsregelung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechenden Grundstücke bis zum 30.06.2018 einer Bebauungsplanung zugeführt werden (Bekanntmachung eines Aufstellungs- oder Einleitungsbeschlusses).

2 f) Alle Planbegünstigten können sich auf Wunsch zur Anwendung der vorliegenden Richtlinie bekennen.

2. beschließt das "Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" in der geänderten Fassung gemäß Anlage 1 unter Berücksichtigung und Umsetzung der unter 1. 2 b), 2 c) und 2 e) vom Rat zusätzlich eingefügten Modifizierungen als Fortschreibung des geltenden Modells (Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2014 - Vorlage 4325/2012), welches ab Veröffentlichung des Ratsbeschlusses verpflichtend anzuwenden ist;

3. nimmt die Umsetzungsanweisung in der geänderten Fassung gemäß Anlage 2 als präzisierende Handlungsanweisung für die beteiligten Akteure zur Modellanwendung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diese unter Berücksichtigung der vom Rat zusätzlich eingefügten Modifizierungen zu Ziff. 1, 2 b), 2 c) und 2 e) und auch im Weiteren fortzuschreiben, sofern die Grundzüge des Modells unberührt bleiben;

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Verpflichtung der Planbegünstigten in Bebauungsplanverfahren zur Errichtung eines 20 %igen Anteils der GF Wohnen als preisgedämpfter Wohnungsbau nicht praktikabel darstellbar ist. Es erfolgt keine Aufnahme einer entsprechenden Verpflichtung in das "Kooperative Baulandmodell Köln (Koop-

BLM) – Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplan-verfahren" gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

V. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

Der Rat

1. *beschließt die Änderungen gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017 zu den Punkten 2 a) bis 2 f) wie folgt:*

   2 a) Der Schwellenwert zur Übernahme der Verpflichtung nach Nummer 3 Absatz 1 Buchstabe a) wird auf 20 Wohneinheiten beziehungsweise 1 800 m² Geschossfläche (GF) Wohnen reduziert.

   2 b) Entfällt.

   2 c) Qualifizierungsverfahren sind für Vorhaben ab 75 Wohneinheiten beziehungsweise 6.750 m² GF Wohnen durchzuführen. In städtebaulich anspruchsvollen Lagen sollen nach Absprache mit den Planbegünstigten Qualifizierungsverfahren als Grundlage der Planung dienen.

   2 d) Die planungsrechtliche Sicherung der Flächen für den öffentlich geförderten Wohnungs-bau im Bebauungsplan soll in Abstimmung mit dem Planbegünstigten und kann mittels Festsetzungen nach § 9 Absatz 1 Nummer 7 Baugesetzbuch (BauGB) erfolgen.

   2 e) Bei Vorhaben auf Grundstücken, die nachweislich nach dem 22.09.2016 und vor dem Tag der Bekanntmachung des "Kooperativen Baulandmodells Köln (KoopBLM) – Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" in der vorliegenden Fassung erworben wurden, ist ein reduzierter Anteil von 20 % der mit der Planung geschaffenen GF Wohnen für die Verpflichtung zur Errichtung öffentlich geförderten Wohnungsbaus anzunehmen. Bei Vorhaben auf Grundstücken, die zwischen dem 24.02.2014 bis einschließlich 22.09.2016 erworben wurden, gelten die Anwendungsvoraussetzungen des Kooperativen Baulandmodells 2014 einschließlich des dort festgeschriebenen Ziels der Errichtung von 30 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau fort (Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2014 - Vorlage 4325/2012). Diese Übergangsregelung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechenden Grundstücke bis zum 30.06.2018 einer Bebauungsplanung zugeführt werden (Bekanntmachung eines Aufstellungs- oder Einleitungsbeschlusses).

   2 f) Alle Planbegünstigten können sich auf Wunsch zur Anwendung der vorliegenden Richtlinie bekennen.

2. *beschließt das "Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren" in der geänderten Fassung gemäß Anlage 1 unter Berücksichtigung und Umsetzung der unter 1. 2 b), 2 c) und 2 e) vom Rat zusätzlich eingefügten Modifizierungen als Fortschreibung des geltenden Modells (Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2014 - Vorlage 4325/2012), welches ab Veröffentlichung des Ratsbeschlusses verpflichtend anzuwenden ist;*

3. *nimmt die Umsetzungsanweisung in der geänderten Fassung gemäß Anlage 2 als präzisierende Handlungsanweisung für die beteiligten Akteure zur Modellanwendung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diese unter Berücksichtigung der vom Rat zusätzlich eingefügten Modifizierungen zu Ziff. 1, 2 b), 2 c) und 2 e) und auch im Weiteren fortzuschreiben, sofern die Grundzüge des Modells unberührt bleiben;*

4. *nimmt zur Kenntnis, dass die Verpflichtung der Planbegünstigten in Bebauungsplanverfahren zur Errichtung eines 20 %igen Anteils der GF Wohnen als preisgedämpfter Wohnungsbau nicht praktikabel darstellbar ist. Es erfolgt keine Aufnahme einer entsprechenden Verpflichtung in das "Kooperative Baulandmodell Köln (KoopBLM) – Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplan-verfahren" gemäß Anlage 1.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 62459/03
Arbeitstitel: Vitalisstraße in Köln-Müngersdorf, 2. Änderung
0180/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. *über die zum Entwurf betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 62459/03 für das Gebiet nördlich der Stolberger Straße und östlich der Vitalisstraße betreffend die Flurstücke 188/10, 188/11, 188/17, 188/18, 657, 807, 1508, 1509, 1510, 1544, 1545, 1799, 1800, 1802, 1806, 1807, 1971, 1979, 1992 und 3897/188 der Gemarkung Müngersdorf, Flur 77 in Köln-Müngersdorf —Arbeitstitel: Vitalisstraße in Köln-Müngersdorf, 2. Änderung— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. *die 2. Änderung des Bebauungsplanes 62459/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven
Arbeitstitel: Eisenbahnsiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven
4229/2016

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven – Arbeitstitel: Eisenbahnsiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven– für das Gebiet betreffend die Häuser beidseitig der Hohenstaufenstraße nordwärts der Häuser Hohenstaufenstraße 64 und 33, die Bebauung entlang des Bahnhofplatzes, der Rather Straße, einschließlich des Talweges, der Heilig-Geist-Straße bis zu den Grundstücken Heilig-Geist-Straße 23 und 5, die Bebauung am Langobardenplatz sowie des Frankenplatzes unter abschließender Einbeziehung der Wohngebäude Frankenplatz 11 und 16 in Köln-Porz-Gremberghoven in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Niehler Damm von Sebastianstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl 3495/2016

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Niehler Damm von Sebastianstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

16.2 258. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4208/2016

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 258. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17 Wahlen

17.1 Bestellung der Vertreter der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) 0556/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet

Herrn Stadtdirektor Dr. Stephan Keller und

Frau Dr. Isabell Nehmeyer-Srocke, Amtsleiterin der Kämmerei

als Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des KDN- Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Kunst und Kultur AN/0488/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltung? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der AfD-Fraktion benennt der Rat

Herrn Dr. Heinrich Stumpf

anstelle von Herrn Thomas Traeder zum Mitglied des Ausschusses Kunst und Kultur, der Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Verkehr AN/0489/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Herrn Dierck Jonen

anstelle von Herrn Michael Gautsch zum Mitglied des Verkehrsausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Sport AN/0490/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Herrn Michael Gautsch

anstelle von Frau Elena Pavlovitch zum Mitglied des Sportausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Bauausschuss und den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft AN/0537/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen anstelle von Herrn Mathias Wittmann nun

Frau Lisa Schopp

zur sachkundigen Einwohnerin des Bauausschusses und des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017

0597/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse in der Fassung des Hauptausschusses abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Linken und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Beschlusses des Hauptausschusses aus seiner Sitzung vom 13.03.2017:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachfolgende Entscheidung des Hauptausschusses:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 41 GO NW und § 6 LÖG NW wird die als Anlage 02 beigefügte 1. Änderungsverordnung der 1. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen für das Jahr 2017 vom 25.11.2016 (Amtsblatt Nr. 48 vom 07.12.2016) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Klausing nimmt an der Abstimmung nicht teil.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss die Nichtöffentlichkeit herstellen, meine Damen und Herren.

(Schluss der öffentlichen Sitzung: 22.44 Uhr)

29. Sitzung vom 18. Mai 2017

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung einer Elfenbeinskulptur an das Museum Schnütgen

0845/2017

2.2 Schenkung einer vergleichenden Analyse zu Organisation und Arbeitsweise der kommunalen Wirtschaftsförderung in den zehn größten Städten

1449/2017

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend "Aufhebung der Ausreisesperre für Dr. Sharo Ibrahim Garip - Solidarität mit den Demokraten in der Türkei"

AN/0748/2017

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Manifest des Veedelsplatzes – Leitlinien für die Gestaltung und Nutzung von Veedelsplätzen entwickeln!"

AN/0746/2017

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Konsequente Umsetzung des neuen Glücksspielrechts Illegale Wettbüros endlich schließen"

AN/0747/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0796/2017

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten der Einsätze Silvesternacht 2015/2016 und 2016/2017 und Karnevalswoche 2016/2017"

AN/0504/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017

1026/2017

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0514/2017

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsberatung OB Reker"

AN/0522/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017

1508/2017

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand"

AN/0526/2017

4.5 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Hate-Speech, Mobbing und Hasskriminalität in Köln"

AN/0529/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017

1545/2017

4.6 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Rheinboulevard – verkommt Kölns Flaniermeile zum Krawall-Brennpunkt?"

AN/0552/2017

Antwort der Verwaltung vom 17.05.2017

1527/2017

4.7 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Stärkeres Reizgas und Schlagstöcke für das Ordnungsamt – alternativlos?"

AN/0609/2017

Antwort der Verwaltung vom 17.05.2017

1376/2017

4.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Verkehrsentwicklung im Kölner Süden"

AN/0770/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017

1556/2017

4.9 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Einsatz von Sprachmittlern bei der Verwaltung"

AN/0772/2017

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Erste Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung - vom 20.12.2016

0774/2017

6.2.2 Änderung der "Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln"

1093/2017

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Verordnung zur Änderung der 1. Änderungsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017

0480/2017

(zurückgezogen)

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017.

1346/2017

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0208 - Personenstandswesen; Haushaltsjahr 2017

1084/2017

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Sanierungsgebiet 'Umfeld Kulturzentrum am Neumarkt', hier: Aufhebung der Sanierungssatzung

1316/2016

10.2 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und Sanierung der Parkweiher auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR

3657/2016

10.3 Fahrzeug- und Arbeitsmaschinenkonzept (II. Fortschreibung) 2017 - 2025
Stadtgrün - Forst - Friedhof

0377/2017

10.4 Baubeschluss für die Erneuerung von 6 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Friesenplatz und Hans-Böckler-Platz mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2017 bei Finanzstelle 6903-1202-0-3000, Erneuerung Fahrtreppen

0477/2017

10.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erneuerung des Verkehrsleitsystems sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1057, Verkehrsleitsystem, Erneuerung

0495/2017

10.6 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2017/18

0581/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT

AN/0774/2017

10.7 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Katholische Grundschule Gutnickstr.37, 50769 Köln

0143/2017

10.8 Planungsaufnahme zur Errichtung einer 3-fach Turnhalle sowie von 4 zusätzlichen Klassenräumen für das Herder - Gymnasium, Kattowitzer Str. 52, 51065 Köln Buchheim

0165/2017

10.9 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Zusestraße/ Kölner Straße in Lövenich - Interimsstart am Standort Neue Sandkaul in Widdersdorf in angemieteten/ erworbenen Räumlichkeiten der privaten Internationalen Friedensschule

1123/2017

10.10 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Haltestelle Rathaus
Hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr.

2427/2016/3

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0795/2017

10.11 Wiedereinführung des kommunalen Vorkaufsrechtes

3450/2016/1

10.12 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015 - Beteiligungsbericht 2015

0732/2017

10.13 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2017

1178/2017

10.14 Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung

der Stadt Köln hier: Bonner Straße 478-482, 50968 Köln

0399/2016

10.15 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017

0695/2017

10.16 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Meschenich und Rondorf"

0737/2017

10.17 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für die Sozialräume "Buchheim und Buchforst" sowie "Mülheim-Nord und Keupstraße" als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020

0740/2017

10.18 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord"

0743/2017

10.19 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017

1142/2017

10.20 Sanierung und Umbau des städtischen Gebäudes Rothenburger Str. 2, 51103 Köln-Vingst, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Geflüchtete - Baubeschluss

0049/2017

10.21 Fortsetzung des Projektes "museumsbus.koeln"

1090/2017

10.22 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2017 bis 2020 und Vergabe der Leistungen

0773/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten

AN/0794/2017

10.23 Offene Ganztagsschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 29.700 Plätze

0241/2017

10.24 Nationale Projekte des Städtebaus: "Lebenswertes Chorweiler – ein Zentrum im Wandel"; Umgestaltung des Liverpooler Platzes und des Pariser Platzes sowie des "Lyoner Platzes"; Baubeschluss

1104/2017

10.25 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2016

1468/2017

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

13.1 Teilaufhebung des Bebauungsplans 6646 Sd 2/04 (67464/04) - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Marienhospital in Köln-Altstadt/Nord

4252/2016

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen Arbeitstitel: Industriestraße in Köln-Rodenkirchen

0796/2017

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bilderstöckchen Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen

0892/2017

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 259. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0937/2017

(zurückgezogen)

17 Wahlen

17.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz

0988/2017

17.2 Koelnmesse Ausstellungen GmbH hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes

0564/2017

17.3 KölnTourismus GmbH hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes

0687/2017

17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes

0698/2017

17.5 Flughafen Köln/Bonn GmbH hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes

1417/2017

17.6 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss

AN/0776/2017

17.7 Antrag der CDU-Fraktion hier: Nachwahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Gesundheitsausschuss

AN/0784/2017

17.8 KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH AchtBrücken GmbH hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes

1467/2017

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-

Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Keller, Stephan Stadtdirektor Dr.; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald Beigeordneter Dr.; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Blome, Andrea Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Haug, Jochen; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Rottmann, Hendrik; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeister/in
Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 19.21 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 29. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, insbesondere die Gruppe der Studenten der Publizistik mit ihrem Dozenten, Herrn Goral - alle angehende Journalisten und Journalistinnen.

(Beifall)

Ich begrüße die Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister - es ist schon einer da - und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Ich möchte gern die Gelegenheit nutzen, allen gewählten Mitgliedern des neuen Landtags, insbesondere denjenigen, denen ich noch nicht persönlich gratulieren konnte, meine herzlichen Glückwünsche auszusprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie vielmals bitten - das werden Sie wahrscheinlich sowieso tun -, im Landtag die Interessen Kölns zu stärken

(Beifall)

und auch zusammenzuwirken, um Köln eine Stimme zu verleihen, die uns als größter Stadt des Landes Nordrhein-Westfalen und als viertgrößter Stadt Deutschlands auch zukommt. Ich bitte Sie auch darum, mit mir in einen regelmäßigen Austausch darüber zu treten - vielleicht gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten -, was wir in Köln tun können, um unsere Interessen noch besser an die Entscheidungsträger zu bringen, dass es auch nutzt. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, Herr Bürgermeister Dr. Heinen, Herr Rottmann, Herr Haug, Frau Wolter sowie Frau Stadtkämmerin Klug.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Ciesla-Baier, Herrn Klausing und Frau Pakulat.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor: TOP 4.8 und TOP 4.9 - das sind nachträglich eingegangene Anfragen -, TOP 10.23, 10.24, 10.25 und 17.8 sowie die Anträge der Fraktionen zur Umbesetzung der Ausschüsse unter TOP 17.6 und 17.7. Zugesetzt im nichtöffentlichen Teil werden TOP 23.3 und 24.4. - Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.3.1 und 16.1. Zum abgesetzten Tagesordnungspunkt 6.3.1 würde ich später Herrn Dr. Keller um eine kurze Erklärung bitten.

Es gibt heute keine Aktuelle Stunde und keine Dringlichkeitsanträge.

Gibt es noch Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Eine Wortmeldung zur Tagesordnung von Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man möge es mir verzeihen. Ich weiß nicht, ob ich es übersehen habe, aber ich finde auf der Tagesordnung dieser Ratssitzung - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Könnten Sie ein anderes Mikrofon nutzen? Wir können Sie nicht verstehen.

Markus Wiener (pro Köln): Dann probiere ich es einmal an einem anderen Mikrofon. - Das bringt alles nichts. Aber ich habe ein lautes Organ, glaube ich. - Ich finde auf der Tagesordnung dieser Ratssitzung nichts zur Neuregelung der Fraktionsfinanzierung. Vielleicht habe ich das ja übersehen. Falls nicht, hätten wir ein Problem. Das geltende Modell ist rechtswidrig, wie die Stadt selber im Hauptausschuss mitgeteilt hat. Wenn wir nichts Neues beschließen, auf welcher Rechtsgrundlage würden dann die laufenden Zahlungen erfolgen? Auf Grundlage eines rechtswidrigen Ratsbeschlusses. Ich denke, das könnte durchaus unangenehme Weiterungen für uns alle zur Folge haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme das auf. Das wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Bevor wir mit der heutigen Sitzung beginnen, möchte ich gern die Gelegenheit nutzen - -

> (Markus Wiener [pro Köln]: Konnte meine Wortmeldung trotz des Mikrofonausfalls protokolliert werden? Das ist ja für den weiteren Fortgang nicht ganz unwichtig!)

- Ja, das ist protokolliert. Sie werden sie im Protokoll wiederfinden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler und Stimmzählerin Herrn Ciesla-Baier; Herrn Klausing und Frau Pakulat vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Verkehrsentwicklung im Kölner Süden"

AN/0770/2017

4.9 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Einsatz von Sprachmittlern bei der Verwaltung"

AN/0772/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.23 Offene Ganztagsschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 29.700 Plätze

0241/2017

10.24 Nationale Projekte des Städtebaus: "Lebenswertes Chorweiler – ein Zentrum im Wandel"; Umgestaltung des Liverpooler Platzes und des Pariser Platzes sowie des "Lyoner Platzes"; Baubeschluss

1104/2017

10.25 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2016

1468/2017

17 Wahlen

17.6 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss

AN/0776/2017

17.7 Antrag der CDU-Fraktion hier: Nachwahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Gesundheitsausschuss

AN/0784/2017

17.8 KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH AchtBrücken GmbH hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes

1467/2017

23. Grundstücksangelegenheiten

23.3 Ankauf der Liegenschaft "Kaufhaus Sauer" in Köln-Altstadt/Nord, Minoritenstraße/Kolumbahof

1342/2017

24 Allgemeine Vorlagen

24.4 Bedarfsfeststellung zur Beteiligung an einem Europaweiten Vergabeverfahren zur Beschaffung von IT-Endgeräten (PC, Notebooks, Monitore, Drucker, Beamer)

1279/2017

Absetzungen

6 Ortsrecht

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Verordnung zur Änderung der 1. Änderungsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017

0480/2017

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 259. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0937/2017

III. Ratsmitglied Wiener möchte wissen, warum keine Vorlage zur Neuregelung der Fraktionszuwendungen auf der Tagesordnung stehe. Die Oberbürgermeisterin erklärt, dass diese Frage bis zur nächsten Sitzung beantwortet werde.

IV. Nachdem keine weitere Wortmeldungen mehr erfolgen, legt der Rat die nachfolgende Tagesordnung einvernehmlich fest:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie herzlich einladen zur Politikwerkstatt Bürgerbeteiligung am 13. Juni. Die schriftliche Einladung wird Ihnen noch zugehen. Ich möchte hier nur ganz kurz daran erinnern, dass Köln als erste deutsche Millionenstadt vom Rat initiiert einen Leitlinienprozess für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gestartet hat. Entwickelt werden hierbei Regeln für eine verbindliche und transparente Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Abläufe, Rechte und Zuständigkeiten für alle freiwilligen Beteiligungsverfahren.

Das vom Rat eingesetzte Arbeitsgremium Bürgerbeteiligung, dem ja auch einige von Ihnen sowie Vertreter der Verwaltung und der Bürgerschaft angehören, gestaltet den Prozess sehr engagiert. Die Leitlinien werden bereits mit einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet. Viele Bürgerinnen und Bürger haben bei den Stadtgesprächen, die ich in allen Stadtbezirken durchführe, bereits die Gelegenheit genutzt, ihre Anregungen und Ideen einzubringen.

Diese Politikwerkstatt wird am Dienstag, den 13. Juni 2017 von 16 bis 20 Uhr im Historischen Rathaus stattfinden. Dazu selbstverständlich alle Mitglieder des Rates und der Bezirksvertretungen herzlich eingeladen. Sie sollen damit die Möglichkeit haben, sehr frühzeitig im Prozess Ihre wichtige Perspektive als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger mit einfließen zu lassen. - Das wollte ich vorab sagen. Die schriftliche Einladung folgt nächste Woche. Bitte notieren Sie sich diesen Termin. Ich hoffe, wir sehen uns dort.

Ich würde jetzt gern das Wort an Herrn Dr. Keller geben für ein kurzes Statement zum zurückgezogenen Tagesordnungspunkt 6.3.1.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als Verwaltung wollen kurz begründen, warum wir diese Vorlage zurückgezogen haben, obwohl ich persönlich im AVR noch dafür geworben hatte, sie zu beschließen. Danach hat sich die Sachlage anders entwickelt, als angenommen.

Diese Vorlage sah eine Änderungsverordnung zu der ersten Änderungsverordnung vor, die wir gemacht haben. Damit sollte nur ein Termin verschoben werden. Allerdings hat die Verordnung, die aufgrund des Hauptausschussbeschlusses von Anfang April gemacht worden ist, vor Gericht Schiffbruch erlitten. Sie wissen, Verdi hatte geklagt gegen die ursprüngliche ordnungsbehördliche Verordnung, mit der 35 verkaufsoffene Sonntage festgesetzt werden sollten. Wir hatten das per Hauptausschussbeschluss auf sieben reduziert. Verdi hat aber seinen klageweisen Angriff gegen diese Verordnung nicht zurückgenommen, sodass wir uns vor dem Verwaltungsgericht mit Verdi auseinandersetzen mussten.

Das Verwaltungsgericht hat der Klage von Verdi an der Stelle stattgegeben - aus formalen Gründen. Wir haben versucht, im gerichtlichen Verfahren eine vergleichsweise Einigung mit Verdi hinzubekommen. Das ist uns nicht gelungen. Wir haben aber, nachdem das Verwaltungsgericht hat durchblicken lassen, dass es der Klage stattgeben wird, mit Verdi eine Einigung erzielt. Das ist allerdings erst am letzten Freitag geschehen. Wir haben uns mit Verdi von den sieben Anlässen, die die Verordnung dann noch enthielt, auf fünf verständigt, von denen wir der Auffassung sind, dass der Anlass sie trägt und bei denen Verdi auch keinen gerichtlichen Angriff mehr fahren wird. Da das aber kein gerichtlicher Vergleich mehr sein konnte, sondern außergerichtlich geregelt wurde, müssen wir eine neue Verordnung machen. Das haben wir, nachdem wir uns am letzten Freitag geeinigt haben, direkt auf den Weg gebracht.

Da uns das Verwaltungsgericht aber auch gesagt hat, dass wir nicht einfach die Anhörung, die der ursprünglichen Verordnung zugrunde lag, quasi wiederverwenden können, sondern noch einmal erneut anhören müssen - angehört werden müssen ja die Gewerkschaften, die Kirchen, der Einzelhandelsverband, die IHK etc. -, ist dieses Anhörungsverfahren heute Morgen noch nicht abgeschlossen gewesen. Sonst hätte ich Ihnen die überarbeitete Verordnung heute schon vorgelegt.

Kurz und gut: Die Vorlage, so wie sie jetzt vorlag, hätte keinen Sinn mehr gemacht. Wir müssen eine neue machen. Da der erste Anlass, auf den wir uns im Konsens mit Verdi verständigt haben, aber schon am 28. Mai sein wird - das ist in Rath/Heumar -, werden wir diese Verordnung nächste Woche, vielleicht sogar noch diese Woche, im Wege der Dringlichkeitsentscheidung vorlegen. Deshalb ist es mir wichtig, Ihnen das heute schon anzukündigen. Normalerweise machen wir solche Verordnungen nicht im Wege der DE. Aber ich glaube, angesichts dieser Vorgeschichte ist das durchaus gerechtfertigt. Der politische Wille, zumindest diese fünf Anlässe tatsächlich durchzusetzen und zu ermöglichen, ist durch die entsprechende Beschlussfassung des Hauptausschusses auch erfolgt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abarbeitung der Tagesordnung. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung einer Elfenbeinskulptur an das Museum Schnütgen
0845/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann darf ich mich sehr, sehr herzlich für diese Schenkung bedanken.

(Beifall)

Sie wird das Museum Schnütgen bereichern und den Direktor sehr erfreuen, wie ich gehört habe.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung von Herrn Hermann R. Müller an das Museum Schnütgen mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.2 Schenkung einer vergleichenden Analyse zu Organisation und Arbeitsweise der kommunalen Wirtschaftsförderung in den zehn größten Städten
1449/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn van Geffen. - Bitte, Sie haben das Wort.

Jörg van Geffen (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Sie, Herr Stadtdirektor, bitten, uns zu informieren, wie und wann es im Verfahren konkret weitergeht. Das ist uns weder durch die Vorlage noch durch die Sitzung am Montag klargeworden.

Zur Vorlage selbst. Vor fast genau fünf Monaten, im Dezember 2016, habe ich hier im Rat für die SPD-Fraktion dafür plädiert, die Wirtschaftsförderung zu optimieren und zu stärken. Das ist auch unser Anliegen. Im Gegensatz zur Jamaika-Mehrheit waren wir der Meinung, dass für eine entsprechende Analyse keine externe Begleitung notwendig ist und wir uns eine Menge Zeit und Geld sparen können, wenn wir die Verwaltung mit der Durchführung eines Benchmarks beauftragen.

So ist es gekommen. Die SPD-Fraktion lag mit ihrer Einschätzung genau richtig. Innerhalb von fünf Monaten hat die Verwaltung es tatsächlich geschafft, den Auftrag ohne Leistungsbeschreibung oder einen irgendwie gearteten Wettbewerb zu vergeben. Nach der Auftragsvergabe wird der Auftrag in zwei Teile geteilt. Heute sollen wir die Schenkung der Leistungen absegnen - ich betone: absegnen -, die das beauftragte Wirtschaftsunternehmen aus Liebe zu Köln pro bono erbringt.

Wenn ich mir die Ergebnispräsentation und die Qualität der Empfehlungen an Rat und Verwaltung vom vergangenen Montag ins Gedächtnis rufe, kann ich nur sagen: Diese Leistungen hätte die Verwaltung mit Bordmitteln schneller und vermutlich auch qualitativ gehaltvoller erbringen können. Vor diesem Hintergrund lehnt unsere Fraktion die Annahme der Schenkung, die uns vergangenen Montag präsentiert wurde, ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Sehe ich nicht. Dann gebe ich Herrn Dr. Keller das Wort und bedanke mich bei Ihnen, Herr van Geffen, für das Lob an die Verwaltung.

(Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir haben das weitere Vorgehen der Verwaltung in der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses und des AVR am Montag ziemlich transparent dargestellt. Wir sind in den letzten Zügen der Vorbereitung der Ausschreibung der zweiten Leistungsphase. Sie haben gerade richtig darauf hingewiesen, dass wir in zwei Stufen vorgegangen sind. Auf Basis dessen, was der Rat vielleicht gleich annimmt, werden wir die zweite Stufe beauftragen und dann hoffentlich zügig zu endgültigen Ergebnissen bzw. zu endgültigen Vorschlägen der Verwaltung an die Gremien des Rates kommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der SPD, der LINKEN und der AfD. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Piraten ist die Schenkung angenommen. - Ich bedanke mich bei Boston Consulting dafür, dass sie wieder einmal für die Stadt pro bono eine Gutachtenleistung erbracht hat. Das ist ja auch nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Beschluss:

Der Rat nimmt die vergleichende Analyse zu Organisation und Arbeitsweise der kommunalen Wirtschaftsförderung in den zehn größten Städten Deutschlands des Unternehmens The Boston Consulting Group (BCG) mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten zugestimmt.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.1 auf:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend „Aufhebung der Ausreisesperre für Dr. Sharo Ibrahim Garip - Solidarität mit den Demokraten in der Türkei“ AN/0748/2017

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu diesem Antrag noch kurz etwas sagen. Die Resolution des Rates der Stadt Köln ist ein wichtiges Signal und ein Zeichen der Solidarität an die demokratischen Kräfte in der Türkei. Wir haben uns gemeinsam darauf verständigt, den Beschlusstext in Ziffer 2 um das Wort „friedlich“ redaktionell zu ergänzen. Die Anpassung der protokollarischen Bezeichnung „Oberbürgermeister von Istanbul“ in Ziffer 3 wäre sicherlich auch sinnvoll.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Bitte sehr, Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Aktuell werden 19 deutsche Staatsbürger in der Türkei an der Ausreise gehindert, darunter auch der Kölner Soziologe und Politikwissenschaftler Dr. Sharo Garip. Anfang 2016 hat er den Aufruf „AkademikerInnen für den Frieden“ unterschrieben, was wir als einen Akt der freien Meinungsäußerung einstufen. Seitdem hat er ein Ausreiseverbot aus der Türkei. Der Vorwurf ist: Er hat einen Appell unterzeichnet. Deswegen wird er daran gehindert, wieder zurückzukommen.

Das ist gegen die Gepflogenheiten der diplomatischen Beziehungen, weshalb wir heute erfreulicherweise gemeinsam eine Resolution einbringen und als kommunale Basis ein Zeichen an unsere Partnerstadt Istanbul senden. Auch in Krisenzeiten sollte niemals der Gesprächsfaden abreißen, egal wie schwierig die Lage auch ist. Die deutsche Diplomatie bemüht sich über öffentliche und informelle Kanäle seit anderthalb Jahren nicht nur um die Ausreise von Dr. Sharo Garip, sondern um alle deutschen Staatsbürger, die in der Türkei festgehalten werden.

Die Idee der Städtepartnerschaft basiert auf der Völkerverständigung. Das heißt: Wir als Rat der Stadt Köln haben auch eine Verantwortung, uns in das internationale Geschehen einzubringen, wenn es geboten ist. Wir alle gemeinsam sind der Auffassung, dass das der Zeitpunkt ist, wo man sagen muss: Liebe Türkei, liebe Istanbuler Behörden, setzt euch dafür ein, dass Menschlichkeit und Humanität Vorrang haben und friedliche Bemühungen für die Völkerverständigung unterstützt werden, um weitere Eskalationen zu verhindern!

Wir bedanken uns bei allen, die die Gesprächskanäle offenhalten. Einige sitzen heute auf der Tribüne, andere sind in Städtepartnerschaften oder in der Zivilgesellschaft engagiert.

Wir als Stadtrat haben heute die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen und das friedliche Miteinander in der Welt zu unterstützen. Daher schließen wir uns heute der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und deren Erklärung zur Situation in der Türkei an und erklären unsere Solidarität mit allen ihres Amtes enthobenen und verhafteten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in der Türkei. Wir fordern die Istanbuler und die türkischen Behörden auf, die Ausreisesperre für Dr. Sharo Garip und alle weiteren Deutschen aufzuheben und eine Heimkehr zu ermöglichen. Außerdem bekunden wir unsere Solidarität mit allen Aktivisten für den Frieden und für das Gemeinsame der Menschheit. Frau Reker, überbringen Sie bitte dem Oberbürgermeister von Istanbul unsere Resolution!

Ich bedanke mich bei allen, die auf diese Resolution hingewirkt und sich dafür ausgesprochen haben, sei es in dieser Runde oder außerhalb. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Bürgermeister Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist die Partnerschaft mit der Stadt Istanbul allein schon aufgrund der vielen türkischstämmigen Kölnerinnen und Kölner von beson-

derer Bedeutung. Der Austausch wird von beiden Seiten intensiv gepflegt.

Dr. Sharo Garip, ein Kölner, darf derzeit nicht aus der Türkei ausreisen, weil er einen Appell unterzeichnet hat, der fordert, die Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und den Kurden wieder aufzunehmen. Das fällt unter die Rubrik „freie Meinungsäußerung“. Dafür ein Ausreiseverbot auszusprechen, ist für uns völlig unverhältnismäßig und widerspricht den demokratischen Gepflogenheiten zwischen den europäischen Staaten, zu denen auch die Türkei gehört. Das dürfen wir nicht unkommentiert hinnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

Ich habe letzte Woche mit Sharo Garip ein längeres WhatsApp-Telefonat geführt, das übrigens abgehört wurde. Er hat mir gesagt, dass ihm diese Resolution wie auch die vielen anderen Solidaritätsaktionen viel Kraft geben. Vielleicht schaut er jetzt gerade über den Livestream des Rates zu; er hatte es zumindest vor. Er bedankt sich beim Rat der Stadt Köln und allen, die ihn unterstützen, und er ist froh über eine solche demokratische Gesellschaft, die Solidarität zeigt.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank an Hamide Akbayir und Berivan Aymaz, die sich sehr stark für diese Resolution eingesetzt haben, stellvertretend für all die Ratskollegen, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen.

(Beifall)

Sharo Garip hat mir erzählt, er hält sich bewusst von anderen Menschen fern, damit sie keinen Ärger mit den türkischen Behörden bekommen. Er ist im Moment zum Nichtstun verdammt. Er sagte mir: Ich möchte mich gegen die Vorwürfe wehren, ich möchte mich verteidigen können. Aber angesichts der Verhaftungswellen, die uns allen ja bekannt sind, sind die Anwälte völlig überlastet und die Wartelisten auf den Gerichten sehr lang.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Land, in dem die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt ist, Gerichte nicht mehr unabhängig sind und gewählte Abgeordnete und Bürgermeister ihre Mandate nicht mehr ausüben können, ist kein demokratischer Rechtsstaat mehr. Er entfernt sich zusehends von den europäischen Werten und damit auch von der Europäischen Union.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

Das ist sehr besorgniserregend, und das tut mir besonders für die Menschen in der Türkei leid, die viel europäischer und demokratischer sind als ihre derzeitige Regierung.

Die Mehrheit der Bürger von Istanbul hat Nein gesagt zur Verfassungsänderung. Das macht Mut. In Istanbul gingen noch letztes Jahr Tausende Menschen auf die Straße, um für die Rechte von Lesben, Schwulen und Transgendern zu demonstrieren. Auch das macht Mut. Wissenschaftler, Studenten, Praktikanten kommen aus Istanbul nach Köln und vermitteln ein anderes, ein modernes Bild ihrer Stadt. Auch das macht Mut.

Und: Mit dieser Resolution befinden wir uns ganz auf der Beschlusslage des Rates zur internationalen Arbeit der Stadt Köln. Neben dem Kontakt und dem offiziellen Austausch mit der Stadt Istanbul unterstützen wir auch Menschen in Istanbul, die sich friedlich für Demokratie, Menschenrechte und eine offene Gesellschaft einsetzen, so wie es der Kölner Sharo Garip tut. Deshalb ist es mir wichtig, Kontakte auf beiden Kanälen aufrechtzuhalten: mit der Stadtregierung, aber auch mit denen, die sich für Bürgerrechte engagieren.

Übrigens würde sich Sharo Garip auch über Besuch freuen, wenn demnächst wieder eine Delegation in Istanbul weilt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Er ist ein Aufrechter und kann, denke ich, moralische Unterstützung sehr gut brauchen.

Wir fordern auch die Freilassung der in der Türkei verhafteten und meist unter wirklich abstrusen und abenteuerlichen Vorwürfen angeklagten Kommunalpolitiker und Bürgermeister, allen voran Gültan Kisanak aus Diyarbakir, stellvertretend für die vielen anderen. Sie war noch vor einem Jahr in Köln und hat etliche von uns hier vor Ort getroffen, sei es hier im Rathaus oder bei der Armenischen Gemeinde; Herr Petelkau zum Beispiel hat sie dort getroffen. Sie ist eine weltoffene Oberbürgermeisterin und Demokratin, der Europa am Herzen liegt. Sie hat sich deshalb auch in den europäischen Gremien stark engagiert. Engagierte Menschen, die Verantwortung für andere übernehmen und die jetzt durch Willkür kaltgestellt werden wie Sharo Garip, wie Gültan

Kisanak gebührt Solidarität und Unterstützung durch den Rat der Stadt Köln.

Meine Damen und Herren, es schmerzt, zu sehen, wie in der Türkei langsam die Lichter der Demokratie ausgehen. Deshalb ist es gut, dass sich der Rat dazu klar positioniert und gleichzeitig die Tür nicht endgültig zuschlägt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Akbayir, bitte.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste auf der Zuschauertribüne! Wir haben heute einen Ratsantrag in Form einer Resolution vorliegen, der von allen demokratischen Ratsfraktionen und Ratsgruppen unterstützt wird. Dafür möchte ich ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Wir fordern in unserer Resolution die Aufhebung der Ausreisesperre für unseren Kölner Politikwissenschaftler Dr. Sharo Garip, der seit über einem Jahr unsere Partnerstadt Istanbul nicht verlassen darf. Der einzige Grund dafür ist die Unterzeichnung der Petition „AkademikerInnen für den Frieden", die 2016 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde.

> Aber Meinungsäußerungen, auch einseitige, sind in einer Demokratie nun einmal nicht verboten, zumal in dem Appell nirgends Gewalt verherrlicht oder auch nur gerechtfertigt wird.

So urteilt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 15. April in einem Artikel über Dr. Sharo Garip.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Vorredner haben schon viel zur Resolution, aber auch zu Sharo und den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gesagt. Ich werde etwas Persönliches zu Sharo Garip sagen.

Ich kenne Dr. Sharo Garip seit über 20 Jahren persönlich. Ich habe ihn als überzeugten Friedensaktivisten kennengelernt. Er war dankbar dafür, in Deutschland in Frieden und Freiheit leben zu können, in einem demokratischen System, das die Menschenrechte achtet. Durch seine Herkunft aus den kurdischen Gebieten in der Türkei und seine familiären Bindungen dorthin war ihm immer klar, dass Demokratie, Frieden und Menschenrechte keine Selbstverständlichkeiten sind und viele Menschen auf der ganzen Welt sich nur danach sehnen können.

Er hätte dieses freie Leben in Deutschland genießen, an seiner akademischen Karriere arbeiten, seine wissenschaftliche Neugier stillen können. Aber er sieht sich in der Verantwortung, sich für Frieden und Menschenrechte auch anderswo einzusetzen. Er tut das nie ausgrenzend, sondern immer konstruktiv, integrativ und gewaltfrei. Er setzt auf Dialog und Zuhören.

Sharo ist ein humorvoller Mensch, aber auch sehr sensibel, wie ich feststellen konnte, als wir uns über die Menschenrechtsverletzungen und den Krieg in den kurdischen Gebieten unterhielten. Als der Friedensprozess zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Opposition begann, setzte auch Sharo große Hoffnungen in die Veränderungen in der Türkei. Deshalb nahm er einen Lehrauftrag der Universität in der kurdischen Stadt Van an, den er angeboten bekam. In Van erfuhr er mehr über die Realität und die Geschehnisse in der Türkei. Er wollte nicht wegsehen. Ich darf ihn zitieren:

> Wenn in einer Gesellschaft Krieg herrscht, man kann nicht zuschauen. Ich will auch nicht zuschauen. Ich will wenigstens sagen, dass andere Lösungen möglich sind.

Deshalb unterschrieb Dr. Sharo Garip den Appell „AkademikerInnen für den Frieden“.

Eine Petition zu unterschreiben ist für alle, die in Deutschland leben, eine alltägliche Sache. Aber Sharo Garip wird in der Türkei dafür unverhältnismäßig hart bestraft. Er sitzt zwar noch nicht im Gefängnis; aber ihm wurde die Möglichkeit genommen, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Universität in Van hat ihn suspendiert, keine andere stellt ihn ein. Er gibt zurzeit Privatstunden und kann sich so gerade noch über Wasser halten. Er lebt bei Freunden, die noch zu ihm halten, obwohl die Freundschaft zu ihm auch ihnen schaden könnte. Sharos Leben hat angehalten, und keiner weiß, wann es weitergehen darf. Und wenn sein Prozess irgendwann beginnt, ist es ziemlich zweifelhaft, dass er fair sein wird.

Sich in die Gesellschaft einmischen, zu Frieden und Gewaltfreiheit aufrufen, Zivilcourage zeigen, das sind Eigenschaften, die wir in Köln sehr schätzen. Ich erinnere an die großen Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus und Ausgrenzung und für ein friedliches Miteinander:

Arsch Huh, Birlikte und die Demonstrationen gegen rechte Hetze, an denen mehrere Zehntausend Kölnerinnen und Kölner teilgenommen haben. Noch viel mehr Menschen sympathisieren mit den Zielen dieser Aktionen. Deswegen sollte es auch für uns Ratsmitglieder eine Aufgabe sein, Dr. Garip und all die anderen Wissenschaftler zu unterstützen, indem wir appellieren, sie ausreisen zu lassen, und ihnen unsere Solidarität zeigen.

Wie auch Andreas Wolter habe ich letzte Woche mit Sharo telefoniert. Er hat sich sehr gefreut, zu hören, dass der Rat der Stadt Köln sich für ihn einsetzt. Auch wenn er in einem offenen Gefängnis sitzt, so sagte er, gibt ihm die Solidarität von außen sehr viel Mut, weiterzumachen und weiter zu kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne lassen Sie uns gemeinsam die Freiheit der Wissenschaft, die Freiheit des Wortes und das Recht, im Krieg den Frieden zu fordern, verteidigen! Lassen Sie uns heute ein machtvolles Zeichen der Solidarität mit allen Friedensaktivisten in der Türkei setzen und ihnen sagen: Ihr seid nicht allein! - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen einschließlich der mündlich erläuterten redaktionellen Änderungen und bitte diejenigen, die dieser Resolution zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

Mit großer Sorge sieht der Rat der Stadt Köln, dass rund 19 deutsche Staatsangehörige grundlos in der Türkei festgehalten werden und das Land nicht verlassen dürfen. Unter ihnen der Kölner Soziologe und Politikwissenschaftler Dr. Sharo Ibrahim Garip, der Anfang 2016 die Petition „Akademiker für den Frieden“ unterzeichnet hatte. Der einzige Vorwurf, der Herrn Garip gemacht wird, ist die Unterzeichnung dieses Appells, die Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und den Kurden wieder aufzunehmen. Dieser Vorgang fällt in die Rubrik freie Meinungsäußerung. Dafür ein Ausreiseverbot zu verhängen ist unverhältnismäßig und widerspricht den Gepflogenheiten zwischen verbündeten Staaten, zu denen auch die Türkei gehört. Seit über einem Jahr wird der deutsche Staatsbürger ohne Grund an seiner Rückreise nach Deutschland gehindert. Die fortgesetzte Verletzung der Menschenwürde von Herrn Dr. Garip durch den türkischen Staat aufgrund der Unterzeichnung des Friedensappells muss aufhören. Herrn Dr. Garip ist, ebenso wie den weiteren deutschen Staatsangehörigen, unverzüglich die Ausreise aus der Türkei zu gewähren.

Als Kommunalpolitiker einer Partnerstadt Istanbuls sehen wir es als unsere Aufgabe, nach Wegen der Verständigung und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Das ist auch im Hinblick auf die große Gruppe der türkisch- bzw. türkisch-kurdischstämmigen Kölnerinnen und Kölner wichtig. Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen gewählte Kommunalpolitiker, Journalisten, Wissenschaftler und Beamte verhindert einen offenen Dialog und ein Ende der Konfrontation zwischen den verschiedenen Gruppen der türkischen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Erklärung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas (RGRE) zur Situation in der Türkei vom 27.04.2017, die der Rat der Stadt Köln unterstützt. Darin heißt es u.a.: „Die Deutsche Sektion des RGRE stellt fest, dass vor dem Hintergrund zahlreicher Verhaftungen von Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen sowie der Amtsenthebungen von Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen die kommunale Demokratie und die kommunale Selbstverwaltung Schaden genommen haben. Sie erklärt ihre volle Solidarität mit diesen verhafteten oder amtsenthobenen Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen.“

1. *Der Rat der Stadt Köln setzt sich für die schnellst mögliche Aufhebung der Ausreisesperre des Kölner Wissenschaftlers Dr. Sharo Ibrahim Garip sowie anderer in der Türkei festgehaltener deutscher Staatsangehöriger ein. Er dankt der Bundesregierung für die bisherigen Bemühungen zur Aufhebung der bestehenden Ausreiseverbote und fordert sie auf, weiterhin alles daran zu setzen, allen Betroffenen die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen.*

2. *Der Rat der Stadt Köln erklärt sich solidarisch mit den Journalisten, Friedensaktivisten und all den Menschen in der Türkei, insbesondere in unserer Partnerstadt Istanbul, die sich friedlich für die Verteidigung der Demokratie und Menschenrechte einsetzen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, diese Erklärung des Rates dem Oberbürgermeister von Istanbul, den diplomatischen Vertretungen und der Bundesregierung zur Kenntnis zu geben.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Resolutionstext wurde auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin redaktionell überarbeitet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Manifest des Veedelsplatzes - Leitlinien für die Gestaltung und Nutzung von Veedelsplätzen entwickeln!“ AN/0746/2017

Herr Frenzel hat das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Rednern des vorangegangenen Tagesordnungspunktes danken für ihre wirklich wohltuenden Worte hier, die noch einmal zeigen, dass wir als Demokraten zusammenstehen. Herr Pöttgen, Herr Bürgermeister Wolter, Frau Akbayir, vielen Dank dafür!

Mit dem jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunkt verlassen wir die Flughöhe der internationalen Politik. Die Tagesordnung des Rates wird ja nicht nach dramaturgischen Gesichtspunkten zusammengestellt, sondern nach dem Eingangsdatum des Antrags, und so begeben wir uns jetzt über die glanzvollen Orte, die wir hier im Zentrum von Köln haben wie den Roncalliplatz, den Kurt-Hackenberg-Platz, den wir demnächst neu gestalten werden, die Domumgebung, die Via Culturalis und andere Orte, mit unserem Antrag von der SPD in die Kölschen Veedel und in die Stadtteile.

Jedes lebendige Veedel braucht ein Herz, das in seiner Mitte schlägt. Leider müssen wir feststellen, dass viele Plätze in den Veedeln vernachlässigt und trostlos wirken, dass sie teilweise zu betonierten Parkplätzen umgewidmet wurden oder dass sie durch einige wenige alibihafte Grüninseln in Betonkübeln zugestellt sind, um so ein paar Lücken von Autos freizuhalten. Unserer Meinung nach kommt diese Gestaltung der Bedeutung von Plätzen als Begegnungsorte von Menschen den Veedeln nicht entgegen.

Zur besseren Gestaltung und Nutzung der Plätze schlagen wir vor, heute ein Manifest des Veedelsplatzes mit den im Beschlusstext genannten Grundsätzen zu verabschieden, welches seine Wirkung bis in die Vororte entfalten soll. Dabei sollen die Plätze je nach Nutzung durchaus unterschiedlich gestaltet sein, mal als städtischer Platz, mal als Anger, als Wiese oder als Baumhain. Die Menschen in den Veedeln sollen sich dort aufhalten und begegnen können.

Wir wollen damit den Anstoß geben, das von der SPD initiierte Programm zur Attraktivierung der Veedelsplätze auch in 2018 fortzuführen. Das Programm wurde in 2014 begonnen mit 800.000 Euro Zuschuss pro Bezirk. In 2014 kamen Chorweiler, Mülheim und Porz in den Genuss dieser Mittel, in 2015 Rodenkirchen, Nippes und Kalk. Leider wurden 2016 und 2017 ein entsprechender Antrag und der Verwendungsnachweis von Schwarz-Grün-Gelb abgelehnt.

Wir möchten anregen, dass die Verwaltung unsere Beschlüsse, die wir in 2014 und 2015 gefasst haben, nun auch zügig umsetzt. In Chorweiler sollen die Platzaufwertungen auf dem Pariser Platz, dem Liverpooler Platz und der Lyoner Passage ergänzend zu städtischen Mitteln auch mit Mitteln des Programms „Nationale Projekte des Städtebaus“ durchgeführt werden; das steht heute noch auf der Tagesordnung. Aber auch in den anderen Stadtbezirken sollen sie weiter fortgeführt werden: im Stadtbezirk Porz zum Beispiel der Marktplatz in Ensen und der Bollen Platz in Langel, im Stadtbezirk Kalk-Neubrück der Platz an St. Adelheid und im Stadtbezirk Mülheim der Dellbrücker Marktplatz. Wir bitten die Verwaltung auch, uns bei Gelegenheit einen Zwischenstand zu den Stadtbezirken Rodenkirchen und Nippes mitzuteilen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit unserem Manifest wollen wir erreichen, dass die Plätze in den Veedeln besser gestaltet werden. Mit den qualitativen Grundsätzen, die wir in unserem Antrag genannt haben, wird das gelingen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns auf diesem Weg unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, mit den Veedelsplätzen ist das so eine Sache. Beim Lesen des Antrags hatte ich das Bild vor Augen, wie die Genossinnen und Genossen sich abends in ihrer Villa Kunterbunt oder vielleicht auch auf irgendeinem Veedelsplatz getroffen und eine Brainstorming-Party gemacht haben, auf der jeder, wirklich jeder, der daran beteiligt war, irgendetwas einbringen konnte: Bänke wären gut, Jungs. - Spielplätze, Grün, Bäume, Trinkwasserbrunnen, öffentliche Toiletten ja, aber nur wenn nötig. - Der Oberkracher war: Wir brauchen Aufenthaltsqualität, liebe Genossinnen und Genossen. - Außengastronomie stand auf dem Wunschzettel. - Geschäfte für den täglichen Bedarf, aber auch kulturelle und soziale Institutionen dürfen nicht fehlen. - Bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftsfeste wären doch nett. - Beeindruckend auch, was unter Punkt 7 festgehalten ist: Wir brauchen Beleuchtung auf unseren Veedelsplätzen,

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

aber nicht etwa irgendeine: Die Beleuchtung auf unseren Veedelsplätzen muss auch wohltuend und blendfrei sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unsere Veedelsplätze müssen auch erreichbar sein: über Flaniermeilen und über Velorouten. - Ja, aber Moment: Was ist denn mit Bus und Bahn? Der Platz muss natürlich auch vom öffentlichen Personennahverkehr erschlossen sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Also: Ich bin schon etwas sprachlos. Dieses Manifest füllt drei Seiten Papier und lässt bezaubernde Bilder entstehen, aber es ist nichts als Augenwischerei, ein Ausmalen von lustigen Bildern. In Punkt II führen Sie auf: Es sollen Leitlinien entwickelt werden, und der Bürger ist zu beteiligen, obwohl Sie dem Bürger in den vielen Unterpunkten zu Punkt I gerade alles vorgeschrieben haben.

Das, was Sie hier machen, ist Zentralismus pur. Sie negieren komplett die Vielfalt der Veedel und das, was sich dort gerade entwickelt. Wir ändern demnächst eine Zuständigkeitsverordnung. Wir beteiligen die Bezirke. Wir wollen die Bezirke einbinden und das bürgerschaftliche Engagement stärken. Sie aber schreiben den Leuten vor, wann sie ihre Cola trinken dürfen und welche Form das Glas haben sollte. So mutet Ihr Antrag hier an.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

So etwas kann man nicht mittragen. Daher werden wir den Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Niklas Kienitz, eigentlich ist dem nicht mehr viel hinzuzufügen. Wir haben es hier mit einem Antrag zu tun, der vermeintlich viel Herz enthält, aber wenig Verstand hat.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Er liest sich wie eine besserwisserische Belehrung, wie man mit zentralen Plätzen in den Stadtteilen umgehen sollte. Das hatten wir in dieser Qualität selten in diesem Rat. Wer möchte sich denn nicht um die öffentlichen Räume und Plätze in dieser Stadt kümmern? Natürlich hat jeder ein Interesse daran, dass sie schöner und attraktiver werden und mehr Lebensqualität bieten. Deshalb haben wir - übrigens gemeinsam, lieber Michael, und nicht nur auf Initiative der SPD - im Jahre 2013 und 2014 in die Attraktivierung der Plätze in den Bezirken Porz, Mülheim und Chorweiler 2,4 Millionen Euro gesteckt. In 2015 haben wir wiederum 2,4 Millionen Euro für die Attraktivierung der Plätze in Kalk, Rodenkirchen und Nippes zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden jedes Jahr 600.000 Euro für kleinere Umbaumaßnahmen in den Haushalt eingestellt, um genau diese Stadtteilplätze attraktivieren zu können.

Mein Wunsch wäre - und das werden wir auch tun -, dass wir auch in Zukunft die Stadtteile und ihre Plätze nicht vernachlässigen und dafür weiterhin Geld zur Verfügung stellen. Ich halte es allerdings für wichtig, dass die Mittel bedarfsorientiert fließen und nicht nach Windrichtungen. Das Windrichtungsprinzip bringt uns an der Stelle nichts. Wir müssen schauen, wo es Bedarf gibt. Deswegen werden wir Chorweiler auch mehr Mittel dafür zur Verfügung stellen. Der Liverpoo-

ler Platz und die Lyoner Passage werden ertüchtigt, und das ist auch richtig an dieser Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Nun zu dem bedeutungsschwangeren Wort „Manifest“. Ich habe es einmal gegoogelt. Ein Manifest ist eine öffentliche Erklärung von Zielen und Absichten. Das heißt: Ein Manifest für die Veedelsplätze wäre geradezu eine Verzwergung. Da gerate ich geistig in Wallung.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die SPD möchte zentrale Orte und Begegnungsräume für die Kölner Bevölkerung wiederentdecken. - Das ist ja nett. Wer will das nicht?

(Martin Börschel [SPD]: Na also!)

Ich will aber, dass die Bevölkerung selbst ihre Plätze wiederentdeckt. Die Haltung kann doch nicht sein: Die SPD belehrt die Bevölkerung, ihr müsst eure Plätze wiederentdecken. Vielmehr werden die Plätze von der Bevölkerung selbst wiederentdeckt. Wir dürfen der Bevölkerung nicht absprechen, dass sie diese Kompetenz hat. Belehrungen, wie dieser Platz gestaltet sein muss, ein Gestaltungshandbuch der Kreativität, wie Niklas Kienitz deutlich gemacht hat, sind hier absolut fehl am Platz.

Wir sind seit langem dabei, ein Gestaltungshandbuch für die Stadt zu entwickeln, aber nicht in dieser Kleinteiligkeit, dieser Beliebigkeit, wo der pädagogische Zeigefinger erhoben und gesagt wird: Ein Platz braucht eine Funktion. - Natürlich braucht ein Platz eine Funktion. Ein Begegnungsort erfüllt schon eine Funktion. Wenn wir Qualität schaffen, damit die Menschen gerne auf die Plätze gehen und sie wiederentdecken, dann sind wir schon einen deutlichen Schritt weiter. Ob das mit blendfreier oder ohne blendfreie Beleuchtung gelingt, sei einmal dahingestellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Der Antrag enthält ein Sammelsurium an Gestaltungsvorschlägen, die Selbstverständlichkeiten wiedergeben. Das Ganze ist garniert mit netten Wohlfühlbegriffen und Stimmungsbildern. Das Ganze ist getarnt als Grundsatzbeschluss, als Leitlinie für die Platzgestaltung und -benutzung. Das Ganze soll Strahlkraft haben von Roggendorf/Thenhoven bis Libur. Es fehlt nur noch, dass die Vororte, wie Sie sie bezeichnen, wachgeküsst werden müssten.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht zu vergessen, dass das Ganze nicht so gestaltet sein darf, dass sich Architekten dort austoben dürfen. Ich wäre heilfroh, wenn sich gute Architekten und Freiraumplaner in dieser Stadt mehr ausgetobt hätten. Dann hätten wir nämlich eine bessere Platzqualität, als wir sie jetzt haben.

(Beifall bei Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen] und Ulrich Breite [FDP])

Schauen Sie sich einmal an, wo sich Architekten richtig ausgetobt haben, nämlich in Kopenhagen. Da gibt es so tolle Plätze. Die sind belebt. Die sind anders. Die sind lebendig. Die sind vielfältig. Die sind ein Kracher. Ich habe mir dort letztes Jahr die Ausstellung „Let‘s play“ angeschaut, in der dokumentiert war, wie spielerisch der öffentliche Raum einmal komplett umgekrempelt worden ist. Da wurde mit Farbe gearbeitet, das hat richtig Spaß gemacht.

Ich versuche, ein versöhnliches Ende zu diesem Antrag, diesem Manifest, zu finden. Ich habe es gelesen und mich in meine Kindheit versetzt gefühlt. In der Geschichte „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“ gibt es den Scheinriesen. Der Scheinriese wirkt von weitem sehr, sehr groß und mächtig, man hat Angst vor ihm. Aber je näher man ihm kommt, umso kleiner wird er. Er wird zu einem ganz normalen Männlein mit dem Namen Herr Tur Tur. - Dieser Antrag ist genau das: Er kommt groß daher, aber wenn man genauer hinschaut, stellt man fest: Da ist nur leere Luft drin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind der Auffassung, dass der Antrag, den die SPD hier vorgelegt hat, in erster Linie ein Bezirksvertretungsantrag ist;

(Lachen bei der CDU und der FDP)

denn die Bezirksvertretungen haben die Kenntnis. Es wurde hier schon angesprochen, dass wir die Bezirksvertretungen stärken wollen. Von daher sind wir der Meinung: Das muss in den Be-

zirksvertretungen diskutiert werden. Wir begrüßen den Vorschlag der SPD, dafür die Mittel für die Bezirke zu erhöhen. Dieser Auffassung sind wir auch. Aber über die Ausgestaltung sollten wir nicht hier entscheiden, sondern die Entscheidung den Bezirksvertretungen überlassen.

Weiterhin müssen wir feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass wir momentan schon viele Projekte in dieser Richtung in der Spur haben. Heute zum Beispiel steht das Handlungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ auf der Tagesordnung. Hier wollen wir in Kombination von baulichen und gemeinwesenorientierten Maßnahmen insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen die Infrastruktur und die Aufenthaltsqualität, die Qualität der Begegnung, voranbringen. Ich glaube, da müssen wir die Prioritäten setzen.

Weiterhin stehen heute auf der Tagesordnung die Planungen, wie es in Chorweiler mit dem Liverpooler Platz, der Lyoner Passage und dem Pariser Platz weitergehen soll. Dafür war ein großer Aufwand mit einer sehr ausgeprägten Bürgerbeteiligung erforderlich, was berechtigt, richtig und gut war. Wir sind in den Planungen schon relativ weit. Jetzt muss noch die Umsetzung gut funktionieren.

Ich glaube, so müssen wir vorgehen. Wir müssen uns genau anschauen, in welchem Stadtteil wir welche Prioritäten setzen müssen. Kriterien dafür sind: Es müssen die benachteiligten Stadtteile sein. Es müssen die Stadtteile sein, die auch von der Infrastruktur benachteiligt sind. Es müssen die Stadtteile sein, die gegebenenfalls in einer Epoche entstanden sind, wo die Architektur etwas gemacht hat, was sie heute nicht mehr machen würde. Ich glaube, nach diesen Kriterien müssen wir vorgehen.

So leid es mir tut, auch wenn Ihr Antrag sicherlich gut gemeint ist: Wir können in dem Antrag keine Prioritäten erkennen, wie es in der Richtung weitergehen soll. Die heutigen Vorlagen zu „Starkes Veedel - Starkes Köln“ und zu „Nationale Projekte des Städtebaus: ‚Lebenswertes Chorweiler - ein Zentrum im Wandel‘“ sind eindeutiger in ihrer Priorisierung. Deswegen folgen wir ihnen und leider nicht dem Antrag der SPD-Fraktion. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wenn man schon länger hier im Rat ist, kommt man sich manchmal vor wie ein Opa, der aus der guten alten Zeit erzählt. Will man in den alten Vorlagen nachschauen, kann es passieren, dass der Referent sagt: Das System geht nur bis 2007 zurück, weiter nicht. Ich aber weiß, dass es dazu schon einmal eine Vorlage gab, auch wenn die inzwischen schon 15 Jahre alt ist.

Und tatsächlich: Es ist schon 15 Jahre her, dass wir das Konzept „Auf die Plätze - Konzept zur gestalterischen Verbesserung der Kölner Plätze“ im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen haben. Ich kann Ihnen, Frau Oberbürgermeister, und auch Ihnen, Herr Höing, das gleich übergeben.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Das Konzept haben wir 2002 beschlossen, einstimmig, wie hier im Protokoll vermerkt ist. Daran sehen Sie einmal wieder, meine Damen und Herren: Wir haben kein Beschlussdefizit, wir haben ein Vollzugsdefizit in dieser Stadt. Damals ging es insbesondere um die Innenstadtplätze. In der Vorlage dazu heißt es: Wir haben 276 Plätze in Köln, davon 108 in der Innenstadt. - Wir haben diesen Beschluss dann in die Bezirke gegeben, damit sie die Prioritäten festlegen, weil ja nicht alle 276 Plätze gleichzeitig gestaltet werden können. Wir sollten einmal prüfen, wie viele der 276 Plätze in den letzten 15 Jahren tatsächlich neu gestaltet wurden. Der eine oder andere wurde gemacht; vielleicht waren es ein halbes Dutzend, vielleicht ein Dutzend, wenn man intensiver überlegt. Viel mehr ist leider nicht passiert. Von dem, was die Bezirke priorisiert hatten, ist wahrscheinlich nur das Allerwenigste umgesetzt worden.

2014 gab es dann den Antrag von Rot-Grün, von dem Herr Frenzel meinte, das sei eine Initiative der SPD. Dem ging allerdings eine Initiative der Stadtverwaltung unter dem damaligen Oberbürgermeister Schramma voraus. Im Antrag von 2014 heißt es, dass man sich zentrale Plätze in den Bezirken anschauen soll.

Jetzt wird das Fass noch etwas größer aufgemacht. Im Grunde sollen alle Veedelsplätze mit einbezogen werden. Nun kann man einmal überlegen, wie viele Veedel wir in Köln haben. Wir haben 86 offizielle Stadtteile. In der Innenstadt - das wissen wir - sind die Veedel und die Stadtteile nicht unbedingt deckungsgleich. Aber um die 100 Veedel werden wir sicherlich haben. Dem-

entsprechend groß muss das Fass aufgemacht werden.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir kommen nicht weiter, wenn wir immer wieder neue Beschlüsse hinterherschieben. Vielleicht sollten wir uns in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses einmal anhören, wie weit wir bei den 276 Plätzen sind, die wir 2002 beauftragt hatten, bei wie vielen Plätzen was realisiert worden ist und ob tatsächlich die Prioritäten berücksichtigt worden sind, die die Bezirksvertretungen damals an uns zurückgemeldet haben. Möglicherweise ist ja mehr passiert, als man selbst gefühlt feststellen würde.

Dieser breiten Beschlusslage von 2002 mit dem rot-grünen Schlenker von 2014 jetzt den nächsten, noch größeren Antrag hinterherzuschieben, macht keinen Sinn. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Bernd Petelkau [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel hat noch einmal das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich mich den beiden sachlichen Beiträgen von Herrn Sterck und von Herrn Weisenstein widme, möchte ich noch etwas zu den polemischen Ausfällen der beiden anderen Kollegen etwas sagen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie tun so, als wäre alles gut, Herr Kienitz und Frau Jahn. Frau Jahn, vielen Dank für die wieder einmal wunderbaren grünen Belehrungen an die Sozialdemokratie. Ich muss feststellen: Sie haben sich hier richtig in Rage geredet.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Das war wirklich erstaunlich. Ich habe vorher noch gedacht: Was haben wir für eine schöne Diskussionskultur?, und dann kommen Sie. Ich meine, Sie haben sich selbst verzwergt mit diesem Beitrag. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Hätten Sie einmal nachgezählt, wäre Ihnen aufgefallen: Es wurden bisher sechs Kölner Stadtbezirke im Rahmen des Programms, das wir gemeinsam beschlossen haben und das auf eine Initiative der SPD zurückgeht, in 2014 und 2015 mit Mitteln bedacht. Das heißt: Es fehlen noch drei.

Ich glaube auch, Sie haben das Konzept, das wir damals vorgesehen haben und das wir auch heute vorsehen, überhaupt nicht verstanden. Unsere Idee war, dass wir als Rat den Bezirken die finanziellen Mittel an die Hand geben und die Bezirksvertretungen selbst entscheiden lassen, welche Veedelsplätze sie neu gestalten wollen. Da gibt es ganz unterschiedliche Ergebnisse. Der Stadtbezirk Porz zum Beispiel hat sich drei Plätze ausgesucht, eher kleinere Plätze, wo man mit 800.000 Euro eine ganze Menge machen kann. Der Stadtbezirk Mülheim hat sich dafür entschieden, den Dellbrücker Marktplatz umzugestalten. Für einen weiteren Platz, nämlich den Wupperplatz in Höhenhaus, hat es dann nicht mehr gereicht. Deswegen wollen wir, dass dieses Programm in den nächsten Jahren fortgeführt wird.

Ich weiß nicht, warum man das hier so polemisch niedermachen muss. Wir haben die Idee, dass die Menschen in den Veedeln die Mittel an die Hand bekommen, damit sie ihre Veedelsplätze verschönern und sich dort wohlfühlen können.

(Niklas Kienitz [CDU]: Aber Sie schreiben es den Leuten vor!)

- Lieber Herr Kienitz, man muss es überhaupt nicht ins Lächerliche ziehen, dass sich Menschen zusammensetzen und Ideen entwickeln, wie man solche Plätze gestalten kann. Ich verstehe Sie nicht.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sie haben das aufgeschrieben, und Sie nehmen das den Leuten vor Ort weg!)

Wenn Sie sich selber zugehört hätten, hätten Sie gemerkt, dass Ihre Polemik unseren Antrag begründet hat.

Ich will noch einen anderen Punkt aufgreifen, über den Sie und auch Frau Jahn sich lustig gemacht haben. Wenn Sie sich einmal informiert hätten, wüssten Sie, dass blendfreie Beleuchtung eine der ganz zentralen Forderungen der Behindertenverbände und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist. Eine blendfreie Beleuchtung ist wichtig, damit sich eben auch behinderte oder seheingeschränkte Personen auf dem Platz vernünftig bewegen und dort wohl-

fühlen können. Das sollten Sie nicht so in den Stiefel stellen.

Lieber Kollege Weisenstein, zu Ihrer Ausführung, es handle sich eher um ein Bezirksthema. Das ist in der Tat richtig. Das soll ja auch in den Bezirken diskutiert und dort beschlossen werden. Aber wir als Rat müssen doch die finanziellen Mittel dafür bereitstellen. Deshalb würde ich Sie bitten, noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie der Intention der SPD nicht doch folgen möchten, dass auch die drei Stadtbezirke, die bisher nicht bedacht wurden, nämlich Lindenthal, Innenstadt und Ehrenfeld, in den Genuss dieser guten Initiative von 2014/2015 kommen sollen. Ich glaube, es gibt auch dort viele Wähler der Linken, die darauf warten, dass wir etwas für sie tun und sie unterstützen. Wie gesagt: Mit 800.000 Euro kann ein Bezirk schon eine ganze Menge anfangen, wenn man weiß, wie groß die bezirksorientierten Mittel sind.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zu Herrn Sterck sagen. Herr Sterck, wir sind uns ja in vielen Punkten einig. Wir können das auch gern noch im Stadtentwicklungsausschuss diskutieren. Ich hatte ja eben angeregt, dass uns Herr Höing in der nächsten Sitzung einen Zwischenstand über die Umsetzung der Beschlüsse von 2014/2015 gibt. Nach unserer Liste sind da nämlich einige noch nicht abgearbeitet. Insofern wäre es gut, da noch einmal nachzuhaken. Natürlich ist es so, lieber Herr Kollege Sterck, dass es immer noch Ideen gibt, die vom Rat ausgehen. Aber unser Antrag zielt ja gerade darauf ab, die Bezirke in die Lage zu versetzen, mit Mitteln, die wir ihnen zur Verfügung stellen, ihre Plätze zu verschönern.

Sollten Sie ein Riesenproblem damit haben, das heute zu beschließen, möchte ich Ihnen folgenden Vorschlag machen: Überlegen Sie einmal, das in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen. Dort können wir das gegebenenfalls noch einmal diskutieren. Vielleicht kommen Sie dann zu einem anderen Ergebnis und machen das nicht wieder platt wie bei der letzten Haushaltsplanberatung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darf ich das als Antrag zur Geschäftsordnung verstehen, das in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen?

(Martin Börschel [SPD]: Das war eine Anregung! Die Mehrheit muss entscheiden, wie sie damit umgehen will!)

- Okay. - Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob der Antrag verwiesen und in den Haushaltsplanberatungen von der Verwaltung noch einmal aufgenommen werden soll. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE, die AfD und die Piraten enthalten sich. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Enthaltungen von den LINKEN, der Ratsgruppe GUT und den Piraten. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Verweisungsantrag von Ratsmitglied Frenzel:

Den Antrag von Ratsmitglied Frenzel, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen, lehnt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppe GUT sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion und der Gruppe Piraten ab.

II. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion:

I. Der Rat bekennt sich zu folgendem Manifest des Veedelsplatzes, welches seine Wirkungen in ganz Köln entfalten soll:

1. Jedes lebendige Veedel braucht ein Herz, das in seiner Mitte schlägt. Neben den allseits bekannten urbanen zentralen Innenstadtplätzen wie z.B. Rudolfplatz, Heumarkt und Neumarkt haben auch die Stadtteile ihre zentralen Orte und Begegnungsräume. Sie gilt es für die Kölner Bevölkerung wieder zu entdecken und aufzuwerten. Auch unsere Veedels-plätze müssen qualitätsvoll gestaltet sein, zum Verweilen einladen und zum jeweiligen Veedel und den Menschen passen.

2. *Ein qualitätsvoll gestalteter Platz soll zuvörderst der Begegnung von Menschen dienen. Ein Platz braucht Freifläche und eine maßstabsgerechte Gestaltung. Ziel ist es nicht, sich architektonisch „auszutoben" - die Plätze müssen für die Menschen da sein! Die Anlage von Bänken und Spielplätzen, Grün, Bäumen und Trinkwasserbrunnen ist dabei regelmäßig sowie die Gewährleistung bzw. Herstellung der Barrierefreiheit ist stets zu berücksichtigen. Wo es notwendig ist, ist ein ausreichendes Angebot an öffentlichen Toiletten sicherzustellen. Wir wollen Veedelsplätze mit Aufenthaltsqualität, auf denen man sich gerne begegnet!*

3. *Ein Platz braucht eine Funktion. Eine dem Bedarf im Veedel entsprechende Nutzung soll baulich ermöglicht und aktiv gefördert werden. Dies schließt insbesondere die Nutzung für Außengastronomie und Märkte ein. Den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 03.09.2015 zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes aufgreifend (Ergänzung um Modul Wochenmärkte), sollen entsprechend dem geänderten Einkaufsverhalten und anknüpfend an die positiven Erfahrungen bezüglich des Projekts am Rudolfplatz in einem Modellprojekt regionale Märkte in den Abendstunden getestet werden.*

4. *Die Ansiedlung von Gastronomie, Geschäften insbesondere für täglichen Bedarf, Büros mit Publikumsverkehr sowie kulturellen und sozialen Institutionen ist zu unterstützen, auch mit dem Ziel der Belebung und damit sozialen Kontrolle der Veedelsplätze.*

5. *In den nicht innenstadtnahen Stadtteilen können zentrale Parks oder begrünte Dorfplätze eine dem Ort angemessene und weniger urbane Lösung sein. Gerade hier könnten auch Flächen für öffentlich zugängliches Urban Gardening oder öffentlich zugängliche Gemeinschaftsgärten bereitgestellt werden.*

6. *Bürgerschaftliches Engagement auf dem Veedelsplatz ist zu unterstützen. Das betrifft lokale Initiativen, Vereine, Nachbarschaftsfeste und selbstorganisierte Märkte, die wesentliche Impulse für die Stärkung der Veedelsidentität geben. Für sie sind in den städtischen Gebührenordnungen besondere Regelungen erforderlich. Platzpatenschaften sind zu ermöglichen und aktiv zu fördern.*

7. *Eine angemessene und wohltuende blendfreie Beleuchtung gibt jedem Platz sein individuelles Gepräge und trägt zur Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls bei.*

8. *Entsprechend seiner zentralen Funktion für das Veedel sollte der Veedelsplatz Fußgänger/innen und Fahrradfahrer/innen über Flaniermeilen und Velorouten dorthin leiten. Der Platz muss auch vom öffentlichen Personennahverkehr erschlossen sein.*

II. Der Rat beauftragt die Verwaltung, unter Berücksichtigung der unter I. genannten Grundsätze Leitlinien für die Gestaltung, Nutzung und Pflege von Veedelsplätzen zu erarbeiten und dem Rat nach Vorberatung durch die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretungen bis zum Ende des III. Quartals 2017 vorzulegen. Die Leitlinien müssen dabei auch eine umfassende und frühzeitige Bürgerbeteiligung der Auswahl, Gestaltung und Nutzung der Plätze vorsehen, einschließlich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, z.B. über Schulen. Ziel ist es, über eine breite Akzeptanz vor Ort Verantwortung für den öffentlichen Raum zu schaffen, so dass die geschaffenen und getroffenen Regeln für den Veedelsplatz von allen eingehalten werden!

III. Zur Attraktivierung unserer Plätze bedarf es finanzieller Ressourcen. Bereits unabhängig von einem stadtweiten Manifest des Veedelsplatzes hat sich der Rat für die Aufwertung von Plätzen eingesetzt. In Fortführung der begonnenen Programme zur Aufwertung der Plätze in den Stadtbezirken Rodenkirchen, Nippes, Chorweiler, Porz, Kalk und Mülheim spricht sich der Rat dafür aus, im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von jeweils 800.000 zur Attraktivierung von Plätzen auch in den Stadtbezirken Innenstadt, Lindenthal und Ehrenfeld vorzusehen. Das Programm ist anschließend zu evaluieren; das Ergebnis ist dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Verkehrsausschuss und den Bezirksvertretungen mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-

Fraktion, sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Konsequente Umsetzung des neuen Glücksspielrechts - Illegale Wettbüros endlich schließen“
AN/0747/2017

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
AN/0796/2017

Als Erster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle kennen die Situation: In vielen Stadtteilen und Veedeln unserer Stadt gibt es eine Spielhalle neben der anderen. Ergänzt durch eine zunehmende Zahl von Wettbüros prägen sie ganze Straßenzüge oder Ortsmittelpunkte. Diese Entwicklung hat nicht nur das Gesicht eines jeden betroffenen Stadtteils stark verändert, sondern sorgt auch für eine abnehmende Attraktivität des Einzelhandels und der Einzelhandelszentren und führt zu mancher Besorgnis der Anwohnerinnen und Anwohner. Vor allem aber schafft dieses massive Glücksspielangebot viel zu viele Gelegenheiten gerade für Jugendliche und junge Erwachsene, diesem verlustbringenden Zeitvertreib mit Suchtpotenzial nachzugehen.

Genau um die Verringerung dieser Spielgelegenheiten insbesondere für Jugendliche ging es den Ländern bei der Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags in 2012, nach dem nur noch Standorte im Abstand von mindestens 350 Metern zu öffentlichen Schulen sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe genehmigt werden dürfen. Nach einer Übergangsregelung sowie dem Inkrafttreten des Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrages, welcher zusätzliche Rechtssicherheit schafft, liegt ab Dezember 2017 ein weiterer wichtiger Teil der Verantwortung, nämlich die Umsetzungsverantwortung, bei den Kommunen, also bei uns hier in Köln.

Dafür muss sich aus unserer Sicht die Verwaltung deutlich besser aufstellen, als dies aktuell der Fall ist. Immerhin geht die Verwaltung auf Nachfrage unserer Fraktion derzeit von circa 1.000 illegalen Wettbüros im Stadtgebiet aus, von denen nach den neuen Regelungen des Glücksspieländerungsstaatsvertrages perspektivisch in Köln nur 40 legal betrieben werden können und dürfen. Ausweislich des Glücksspielkonzepts der Verwaltung von 2016 konnten bisher aber nur rund 500 dieser Wettbüros identifiziert und lediglich in 152 Fällen ein Untersagungsverfahren eingeleitet werden. Da können und müssen wir deutlich besser werden, weshalb wir in unserem Antrag eine Schwerpunktaktion des Ordnungsamtes fordern. Nur so kann das neue Recht zeitnah zur Geltung gebracht und nach Prüfung der Genehmigungsfähigkeit der Betrieb der Wettbüros untersagt werden.

Neben diesen wichtigen Konzessionsfragen, die den Markt für Sportwettangebote in Köln völlig verändern wird, muss sich die Verwaltung aber vor allem der Neuordnung der von mir bereits angesprochenen Spielhallensituationen in den Veedeln widmen. Hier gibt uns der Glücksspieländerungsstaatsvertrag völlig neue Instrumente an die Hand, da zukünftig auch für Spielhallen, die bisher unter Bestandsschutz fielen, ein Mindestabstand von 350 Metern zu benachbarten Spielhallen vorgeschrieben ist. Diese klare gesetzliche Regelung müssen wir aus unserer Sicht als Stadt Köln unmittelbar anwenden, um die verheerende Konzentration dieser Einrichtungen in einzelnen Stadtteilen - ich denke da an Stadtteile wie Urbach, den ich recht gut kenne, wo es fünf Spielhallen an einer Kreuzung gibt - und ganzen Straßenzügen endlich zu beenden.

Dazu brauchen wir schnellstmöglich einen Kriterienkatalog, der weitestgehende Rechtssicherheit schafft bei der Entscheidung in Fällen von mehreren nebeneinander bestehenden Spielhallen, was bisher möglich war, die aber aufgrund der neuen Mindestabstandsregelung nun nicht mehr an einem Standort verbleiben können. Auf Deutsch: Wer muss dann weg? Das muss nach klaren Kriterien organisiert und geregelt werden.

Die Verwaltung braucht auch einen Plan, wie mit den zahlreichen freiwerdenden Objekten und den sich daraus ergebenden Chancen für neue Nutzungen umgegangen werden soll. Hier sind mit dem jeweiligen Eigentümer die Nachnutzung und die gegebenenfalls erforderlichen Bau- und vergaberechtlichen Änderungen im Genehmigungsverfahren, wie zum Beispiel Nutzungsänderungen, frühzeitig abzustimmen. Nur so verhindern wir jahrelangen Leerstand, der die Einzelhandelszentren zusätzlich veröden lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie also wollen, dass gerade Jugendliche und junge Erwachsene vor den negativen Folgen des Glücksspiels und den Gefahren der Spielsucht effektiv geschützt werden, wenn Sie wollen, dass der Konzentration von Spielhallen und Wettbüros an vielen Stellen unserer Stadt endlich wirksam begegnet wird, um dort für die Stadtteile positive Impulse zu ermöglichen, und wenn Sie wollen, dass geltendes Recht zügig und nachhaltig zur Anwendung kommt und der Rechtsstaat seine Handlungsfähigkeit hier in Köln unter Beweis stellt, dann müssen Sie unserem Antrag einfach zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle will ich noch zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Stellung nehmen, der an drei Stellen Änderungen vorsieht. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion der LINKEN, ich sage vorweg: Die in Punkt 3 vorgeschlagenen Änderungen können wir übernehmen.

Bei Punkt 1 würden wir schon gern dabei bleiben, dass das zügig umgesetzt wird. Ich hatte ja auf die zeitkritische Situation hingewiesen. Ab Dezember 2017 ist das geltende Recht umzusetzen. Die Verwaltung wird ja hoffentlich hier schon vorgearbeitet haben. Es gab ja schon in der Vergangenheit Ansätze, auf denen wir jetzt aufbauen können. Insofern glauben wir, dass es realistisch ist, uns bis zur Sommerpause ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Der Beschlusspunkt 1c ist ein zentrales Element unseres Antrags, nämlich eine Schwerpunktaktion des Ordnungsamtes zu fahren mit dem Ziel, die Wettbüros, die nicht genehmigungsfähig sind, jetzt tatsächlich zu schließen. Da dies ein Kernelement unseres Antrags ist, würden wir darauf nicht verzichten wollen.

Insofern hier die Ankündigung: Bei Punkt 3 des Änderungsantrags gehen wir mit, bei den anderen beiden Punkten nicht. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf Ihre Beschlussfassung.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eine weitere Wortmeldung kommt von Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Leiterin der NRW-Koordination Glücksspielsucht, Frau Füchtenschnieder, sagt und wissenschaftliche Studien belegen das auch, dass 60 bis 80 Prozent der erwirtschafteten Erträge in Spielhallen mit Menschen erzielt werden, die glücksspielsüchtig sind. Insofern ist es richtig und wichtig, dass das neue Glückspielrecht nach Ablauf der Übergangsfrist, der sogenannten Schonfrist, konsequent umgesetzt wird.

Der Glücksspielstaatsvertrag beabsichtigt ja eben durch die engen Voraussetzungen - zum Beispiel dürfen Spielhallen nicht mehr zu nah beieinander stehen und sind Großbetriebe nicht länger erlaubt - die Eindämmung von Spielhallen und somit den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren der Spielsucht.

Allerdings halten wir die Erstellung eines Maßnahmenkonzepts bis zu den Sommerferien 2017 für nicht realisierbar; denn, wie auch dem Antrag der SPD zu entnehmen ist, die neue Rechtslage wird höchstwahrscheinlich zur Schließung von etlichen Spielhallen führen. Solche Untersagungs- bzw. Genehmigungsverfahren müssen gut vorbereitet werden. Nicht auszuschließen ist, dass etliche Betreiber von Spielhallen gegen die Untersagung bzw. die Nichterteilung einer Genehmigung vorgehen könnten. Genannt sei hier nur als Beispiel die Härtefallregelung. Das heißt: Beantragt ein Betreiber den Härtefall und wird dem stattgegeben, kann er die Spielhalle weiter betreiben. Deshalb würden wir den Beschlusspunkt 1 gerne dahingehend ändern, dass das Maßnahmenkonzept möglichst zeitnah erstellt wird. Die Verwaltung braucht ausreichend Zeit, um das gut vorzubereiten.

Den Beschlusspunkt 1c des SPD-Antrages können wir so nicht mittragen und würden diesen ganz streichen wollen, da die Rechtslage gerade bei den Wettbüros nicht geklärt ist. Zudem ist eine Änderung des Glückspielstaatsvertrages geplant. Es könnte sein, dass die Lizenzen - momentan sind es 20 - aufgehoben werden. Das würde zu ganz anderen Ergebnissen führen. Bevor Untersagungen in Betracht gezogen werden, sollte abgewartet werden, welche Folgen sich daraus ergeben. In diesem Bereich ist so vieles rechtlich noch unklar, dass ein schnelle Maßnahme nicht zu befürworten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem hat die Verwaltung mitgeteilt, dass sie bei den Wettbüros gerade in einem schwebenden Zustand ist. Wir sollten abwarten, was die neue Rechtslage bringt. Da sind wirklich viele Klagen

anhängig. Im Grunde weiß keiner, wie man das letztendlich untersagen kann.

Des Weiteren beantragen wir, den ersten Satz unter Punkt 1d zu streichen. Danach soll folgender Satz ergänzt werden:

> Bei einer Schließung von Spielhallen ist zu prüfen, ob in dem betreffenden Stadtteil oder Straßenzug eine Veränderungssperre Anwendung finden kann.

Veränderungssperre deshalb, weil dies eine Maßnahme ist, um der Ansiedlung von Spielhallen entgegenzuwirken. Das machen andere Kommunen heute schon. - Der zweite Satz des Ursprungstextes wird mit dem Wort „außerdem“ ergänzt. Der dritte Satz soll durch folgenden Satz ersetzt werden:

> Nach den Kriterien des Nahversorgungskonzeptes der Stadt Köln ist zu prüfen, welche Folgenutzung der ehemaligen Spielhalle bzw. Wettbüros sinnvoll ist. Wenn vorhanden, ist die Zusammenarbeit mit der örtlichen Interessengemeinschaft zu suchen.

Oft verhindern Spielhallen, da sie nicht selten räumlich eng beieinander liegen, einen guten Mix von Geschäften in den Stadtteilen. Mit dem Nahversorgungskonzept möchte man gerade diesem Trend entgegenwirken. Die Schließung von Spielhallen bietet daher die Chance, Lücken in der Nahversorgung zu schließen. Bitte beachten Sie, dass etliche Spielhallen, selbst wenn das alles rechtlich durchsetzbar sein sollte, was aber noch fraglich ist, auch so geschlossen werden können, wie im Glücksspielstaatsvertrag vorgesehen. In Wuppertal zum Beispiel erfüllen von 97 Spielhallen lediglich 14 die rechtlichen Voraussetzungen. In diesem Fall könnten etliche Spielhallen geschlossen werden. Deshalb muss man sich überlegen, was man da machen kann.

Zum Schluss möchte ich noch auf Folgendes hinweisen, da es der SPD bei diesem Antrag erkennbar um die Eindämmung der Glückspielsucht bzw. um Prävention geht. Im Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der pathologischen Glückspielsucht heißt es:

> Der geplante Bau eines Casinos, das wahrscheinlich zu 60 Prozent der Fläche mit Spielautomaten bestückt sein wird, steht im Widerspruch zum verfolgten Ziel der Einschränkung von Glücksspielvergnügungsstätten.

(Beifall bei der LINKEN und der Guten Wählergruppe Köln)

Sie haben einen sehr umfangreichen Antrag zur Umsetzung des Glückspielrechts gestellt. Das ist sehr löblich, liebe SPD, aber auch widersprüchlich; denn die meisten Spielsüchtigen verlieren ihr Geld am Automaten und nicht am Spieltisch. Diese Geräte besitzen das größte Suchtpotenzial. Nun kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass sie ihr Geld dann wenigstens unter staatlicher Kontrolle verlieren sollen und nicht in irgendwelchen Spielhallen. So einfach kann man es sich aber nicht machen, wenn man es mit der Eindämmung der Spielsucht und mit der Prävention wirklich ernst meint. Deshalb bitte ich darum, unserem Antrag zu folgen.

(Beifall bei der LINKEN und der Guten Wählergruppe Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor wir weitere Wortbeiträge hören, würde ich gern Herrn Dr. Keller das Wort geben.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich kurz aus Sicht der Verwaltung ein paar Sätze dazu sage. Ich möchte die Anträge gar nicht in ihrer inhaltlichen Zielrichtung bewerten; das steht mir vielleicht auch nicht zu. Ich hätte nur die herzliche Bitte an den Rat, der Verwaltung Gelegenheit zu geben, in einer der nächsten Fachausschusssitzungen zum gesamten Themenkomplex etwas ausführlicher Stellung nehmen und darlegen zu können, wie wir gedenken, mit diesem Thema umzugehen. Das Thema beschäftigt uns natürlich auch nicht erst seit gestern, sondern im Prinzip seit dem Abschluss des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages in 2011, der 2012 in Kraft getreten ist.

Ich möchte hier auch dem Eindruck entgegentreten, dass wir ab 1. Dezember 2017 eine klare Rechtslage haben, die dann nur noch vollzogen werden muss. Dem ist aus meiner Sicht nicht so. Wir sind auch im Austausch mit vielen anderen Städten. Ich selbst habe vor 14 Tagen im Rechts- und Verfassungsausschuss des Deutschen Städtetages sehr intensiv darüber diskutiert. Heute tagen die Amtsleiter der großen Ordnungsämter der Republik in Stuttgart und beschäftigen sich auch mit diesem Thema.

Wir sind dabei, ein entsprechendes Handlungskonzept zu erstellen; das müssen wir auch. Aber

ich weise noch einmal darauf hin: Die Rechtslage ist extrem komplex. Ich finde, das ist eines der am schwierigsten zu durchdringenden Rechtsgebiete überhaupt. Wir haben es mit den beiden Glücksspieländerungsstaatsverträgen zu tun, der eine von 2011, der andere von 2017, wobei Letzterer noch nicht einmal von allen Ländern ratifiziert ist. Das heißt: Der muss erst einmal in Kraft treten. Dann haben wir die Ausführungsgesetze der Länder, eine sehr komplexe Materie, ausgesprochen streitanfällig. Auch das Gewerbe, das dahintersteht, ist sehr streitlustig. Das Ganze ist zudem verfassungsrechtlich überlagert und wird europarechtlich durch die EU-Kommission auch sehr deutlich infrage gestellt.

Nun ist Komplexität natürlich kein Grund für Passivität. So arbeitet die Verwaltung auch nicht. Wir arbeiten an einem entsprechenden Konzept. Aber ich warne an der Stelle vor überhasteten Entscheidungen. Ich hätte gern in der Tat - da knüpfe ich an das an, was Frau Tokyürek eben gesagt hat - etwas mehr Zeit für Erfahrungsaustausch, bevor wir tatsächlich zu konkreten Entscheidungen kommen, wie wir vorgehen.

Im Antrag der SPD wird ja richtigerweise gesagt, dass es Länder gibt, in denen die Übergangsfrist schon früher ausläuft, nämlich zum 1. Juli 2017, und dann der Erste Glücksspieländerungsstaatsvertrag mit seinen Übergangsregelungen wirksam wird. Wir gehen davon aus, dass wir in diesen Ländern, eben weil die Branche so streitgeneigt ist, nach dem 30. Juni sehr schnell erste Gerichtsentscheidungen bekommen, zumindest zu Eilverfahren, anhand derer wir dann die offenen Fragen vielleicht etwas besser beantworten können.

Herr Joisten hatte die Frage aufgeworfen: Wenn zwei Spielhallen zu nahe beieinander liegen, welche muss dann weichen? Diese Frage ist tatsächlich nicht so einfach zu beantworten. Wir haben das auch im Städtetag diskutiert. Die Lösungsvorschläge gehen von Kriterienkatalogen bis zum Losverfahren. Also: Da muss man schon sehr genau hinschauen. Ich würde mir wünschen, dass wir die Gelegenheit bekommen, die Situation in den Ländern, die schon ab 1. Juli mit dieser Rechtslage konfrontiert sind, für eine gewisse Zeit zu beobachten, bis wir hier tatsächlich zu Ergebnissen kommen.

Bei den Wettbüros ist das Ganze noch komplexer, weil wir da immer noch auf dieses Konzessionierungsverfahren warten, das jetzt über den Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag zumindest gelöst werden soll. Aber auch da hören wir, dass es schon wieder europarechtliche Anwürfe seitens der EU-Kommission gibt. Das heißt: Wie sich hier die Rechtslage Ende des Jahres darstellen wird, können wir noch gar nicht absehen.

Insofern wäre es, glaube ich, bei diesem derart komplexen Thema durchaus sinnvoll, dass sich der zuständige Fachausschuss damit beschäftigt und wir dort erläutern, wie wir uns das Ganze vorstellen, um dann zu weiteren Entscheidungen zu kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass das Verfahren richtig ist, das im Fachausschuss zu behandeln. Ich will das auch kurz begründen. Es besteht keinerlei Differenz unter den demokratischen Fraktionen hier, das Glücksspiel entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten einzudämmen. Insofern gibt es hier auch keine Streitpunkte bezüglich des Ziels. Der Rat ist aber dazu da, Ziele vorzugeben. Wir haben als Fraktionen nicht die Aufgabe, zu versuchen, Verwaltungsvorlagen zu schreiben, die möglichst auch noch rechtssicher sein sollen. So erscheint aber das SPD-Papier. Zudem wissen wir, dass die Verwaltung bereits tätig ist und ein entsprechendes Umsetzungskonzept erstellen wird. Darauf hat Herr Dr. Keller eben ausdrücklich hingewiesen.

Wir möchten die Verwaltungsvorlage diskutieren, die die entsprechenden gesetzlichen Regelungen in Köln zur Anwendung bringt. Dann kann man immer noch schauen, ob da Korrekturbedarf besteht. Insofern ist der Antrag der SPD wenig hilfreich, weil er gerade auch über die rechtlichen Probleme, die eben dargelegt worden sind, hinweggeht. Deshalb unser Vorschlag: Verweis der Anträge, die hierzu vorliegen, in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Breite vorliegen.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem

Kollegen Frank hier nicht widersprechen, sondern ihn ausdrücklich unterstützen. Wir haben hier gerade eine sehr sachliche Debatte geführt. Die Ausführungen vom Herrn Stadtdirektor dazu waren auch sehr wichtig. Ich möchte hier aber zu Protokoll geben: Auch wenn wir hier eine sachliche Debatte geführt haben, die Überschrift des SPD-Antrags „Konsequente Umsetzung des neuen Glücksspielrechts - Illegale Wettbüros endlich schließen“ passt dazu nicht. Insbesondere bei den Wettbüros von Illegalität zu sprechen, wo das nur ausgesetzt worden ist, gehört, glaube ich, nicht zu einer sachlichen Debatte. Das wollte ich hier noch kurz hinzufügen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten noch einmal.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nur auf den letzten Einwurf eingehen. Die Verwaltung selbst hat in ihren Antworten auf unsere Nachfragen von illegalen Wettbüros gesprochen. Die 152 Untersagungsverfahren machen ja deutlich, dass es illegale Wettbüros durchaus gibt. Insofern bitte ich hier nicht schwarz und weiß zu vermischen. Natürlich wird es am Ende noch Wettbüros geben. Aber wir haben es mit Sicherheit hier mit einer hohen Anzahl von illegalen Wettbüros zu tun und könnten da heute schon nach geltendem Recht - das muss man ganz klar sagen; das machen andere Städte schon längst - härter durchgreifen. Das ist sicherlich auch eine Frage des Personals. Wie gesagt: 500 identifizierte Büros gibt es, 152 Untersagungsverfahren hat es gegeben. Das zeigt ja: Da ist was drin, da ist was möglich.

Ansonsten sind wir mit der Verweisung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen einverstanden, um das im nächsten Ausschuss noch einmal zu reflektieren und zu beraten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin, aber das kann ich hier nicht so stehen lassen. - Selbstverständlich haben wir diese Problematik, und sie wird hier auch diskutiert. Aber wenn hier von schätzungsweise 1.000 illegalen Wettbüros gesprochen wird, dann wird damit ein Popanz aufgebaut, der gar nicht da ist. Wir haben große Probleme. Es geht um die Konzessionen. Wir werden sehen, was da passiert. Wir wissen auch, dass es sogar in Tankstellen plötzlich Wettbüros gibt. Das werden wir sicherlich auch angehen; gar kein Thema. Aber hier wird eine Gefahr heraufbeschworen, die es in der Form nicht gibt. Wir haben eine rechtliche Problematik, und das andere müssen wir lösen. Wie Sie das gezählt haben, liebe Sozialdemokraten, weiß ich nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Das war die Verwaltung! Das ist die Antwort der Stadtverwaltung!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde jetzt gerne über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen lassen, die Anträge in den AVR zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Weder, noch. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Frank beschließt der Rat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.1 auf:

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten der Einsätze Silvesternacht 2015/2016 und 2016/2017 und Karnevalswoche 2016/2017“
AN/0504/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017
1026/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Sehe ich nicht.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

4.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“
AN/0514/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diese Anfrage wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet.

Die Beantwortung der Angelegenheit wird bis zur folgenden Sitzung des Rates am 11.07.2017 zurückgestellt.

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Rechtsberatung OB Reker“
AN/0522/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017
1508/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand“
AN/0526/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Anfrage soll zur nächsten Ratssitzung beantwortet werden.

Die Beantwortung der Angelegenheit wird bis zur folgenden Sitzung des Rates am 11.07.2017 zurückgestellt.

4.5 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Hate-Speech, Mobbing und Hasskriminalität in Köln“
AN/0529/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017
1545/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte sehr.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Bezieht sich die Antwort auf die Frage 2, Weiter- und Fortbildungen zum Thema Hasskriminalität und Mobbing, nur auf Führungskräfte? Ist es möglich, das auch auf andere Bereiche auszudehnen? Und: Wir haben zwar nicht direkt danach gefragt, aber wir beziehen uns ja in unserer Frage auf das Antidiskriminierungsbüro. Hat es einen Kontakt zu dem gegeben? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Beigeordneter, können Sie die Frage von Herrn Hegenbarth sofort beantworten, oder wollen Sie das schriftlich nachreichen?

(Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Machen wir schriftlich!)

- Okay. - Herr Hegenbarth, die Antwort erfolgt schriftlich.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

4.6 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Rheinboulevard - Verkommt Kölns Flaniermeile zum Krawall-Brennpunkt?“
AN/0552/2017

Antwort der Verwaltung vom 17.05.2017
1527/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Ich würde gern Herrn Höing bitten, zu berichten, dass wir gestern ausgezeichnet worden sind.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele von Ihnen wissen, dass in

Düsseldorf im Moment die sogenannte polis Convention läuft. Das ist eine Fachmesse für Immobilien- und Stadtentwicklung, die es seit drei Jahren gibt. Auf der polis Convention wird in fünf Kategorien ein Preis verliehen. Gestern Abend wurde der Rheinboulevard in der Kategorie „Lebenswerter Freiraum“ mit dem polis Award ausgezeichnet.

(Beifall)

Darüber hinaus gab es zwei weitere Auszeichnungen, zum einen für die Planungen des sogenannten Coloneums im Mühlheimer Süden, zum anderen für die Fertigstellung des Grünen Wegs in Ehrenfeld.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor. Herr Beigeordneter Dr. Rau erklärt, dass die Nachfrage von Ratsmitglied Hegenbarth schriftlich beantwortet werde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.7 auf:

4.7 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Stärkeres Reizgas und Schlagstöcke für das Ordnungsamt - alternativlos?“ AN/0609/2017

Antwort der Verwaltung vom 17.05.2017 1376/2017

Auch hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Danke für Ihre Antwort auf Frage 5, auf die ich nachher in Zusammenhang mit den Silvesterfeiern noch eingehen werde.

Unsere Anfrage hat den Titel "Stärkeres Reizgas und Schlagstöcke für das Ordnungsamt - alternativlos?". In der Antwort auf Frage 2 heißt es, die Annahme begründe sich aus internen Auswertungen. Gibt es eine Möglichkeit, diese internen Auswertungen einzusehen? Wenn nicht, stellen wir noch einmal eine schriftliche Anfrage dazu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Nein. ich gehe davon aus, dass das personenbezogene Daten sind. Diese würden wir nicht offenlegen. Da geht es auch um Strafverfahren. Ich sehe im Moment keine Basis, diese zu veröffentlichen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.8 auf:

4.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Verkehrsentwicklung im Kölner Süden“ AN/0770/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017 1556/2017

Auch hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Sehe ich nicht.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

4.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend „Einsatz von Sprachmittlern bei der Verwaltung“ AN/0772/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Anfrage der Fraktion DIE LINKE wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet.

Die Beantwortung der Angelegenheit wird bis zur folgenden Sitzung des Rates am 11.07.2017 zurückgestellt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 6.2.1:

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Erste Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung - vom 20.12.2016
0774/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt die Kalkulation der Tarife 2.4 und 2.5 für das Jahr 2017 (Anlage 1) zur Kenntnis.*
- *Der Rat stimmt der Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung - vom 20.12.2016 zu. (Anlage 2)*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.2.2 auf:

6.2.2 Änderung der „Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln“
1093/2017

Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Frau Dr. Bürgermeister vor. - Bitte schön.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Vorlage zur Entgeltordnung konnte leider nicht im Fachausschuss diskutiert werden, da sie uns dort erst als Tischvorlage erreichte. Das ist bedauerlich, weil man solche Dinge auch inhaltlich noch einmal stärker diskutieren sollte.

Wir als SPD-Fraktion haben die Bedeutung der museumspädagogischen Arbeit immer hervorgehoben und schätzen auch die Breite und Innovationsbereitschaft des Teams im Museumsdienst. Für uns erfüllen Museums- und Ausstellungsführungen einen ganz zentralen Kultur- und Bildungsauftrag.

Einer Überarbeitung der Entgeltordnung steht grundsätzlich nichts im Weg. Eine solche Überprüfung macht Sinn, gerade wenn sie vom RPA empfohlen wird. Das jetzt vorliegende Ergebnis der Überarbeitung überzeugt uns allerdings nicht. Wir werden dieser Vorlage daher nicht zustimmen. Zwei kurze Anmerkungen dazu:

Erstens. Im Grundsatz streben wir einen möglichst breiten Zugang zu Kultur und Bildung an. Daher ist es aus unserer Sicht mehr als fragwürdig, ein Entgelt für etwas zu erheben, das bisher kostenfrei war. - Das ist das eine.

Zweitens. Wenn man das schon macht, dann doch deshalb, um bessere oder zusätzliche Leistungen anbieten zu können. Sie beschreiben in der Vorlage das Dilemma, dass attraktive Sonderausstellungen von so vielen Gruppen besucht werden, dass sie sich im schlimmsten Fall gegenseitig behindern. Das können wir nachvollziehen und unterstützen Lösungen wie zum Bei-

spiel die Zuweisung fester Zeitfenster - das macht sicher Sinn - oder auch die verpflichtende Ausgabe von Headsets, was ein wirklich guter Gedanke ist.

Im Mittelpunkt des Vorschlags zur Behebung dieses Missstands aber steht die Abschreckung durch die Erhebung von Gebühren; so überspitzt muss man das aus unserer Sicht sagen. Es gibt für die von Ihnen geplante Gebühr für Fremdgruppen ja keine zusätzliche Leistung. Es geht nur darum, die Besucherströme zu steuern. Das Ganze wird umso schwieriger aus unserer Sicht, wenn dies nur für bestimmte Gruppen gilt.

Wir wollen, dass die Besucher in die Museen und in deren attraktive Sonderausstellungen strömen. Wir möchten für Touristengruppen keine Extragebühren erheben. Von daher werden wir dem nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Dann benutze ich doch das gleiche Mikrofon. - In der Tat ist es bedauerlich, dass wir das Thema nicht im Kulturausschuss diskutieren konnten. Aber ich würde raten: Lassen wir die Kuh im Dorf oder den Besucher im Museum. Insofern möchte ich mich meiner Vorrednerin nicht anschließen. Die Entgeltordnung regelt lediglich, wie Besuchergruppen, die von außerhalb des Museums kommen, einigermaßen geordnet durch das Museum laufen können.

Es wurde eben angeführt, das sei als Abschreckungsmaßnahme gedacht. Das begreife ich nicht. Hier geht es tatsächlich nur darum, dass mehrere Gruppenführungen zur gleichen Zeit stattfinden können. Wir finden diese Entgeltordnung deswegen in Ordnung. Damit wird etwas eingeführt, was in vielen anderen Städten schon lange praktiziert wird und auch dem Museum selbst entgegenkommt. Wichtig ist uns auch, dass nach wie vor alle KölnPass-Berechtigten, alle Jugend- und Studierendengruppen, alle Kitagruppen, alle Schulklassen usw. von diesen Gebühren ausgenommen sind.

Wir denken, es wird jetzt ein Problem mit dieser Entgeltordnung aufgemacht, das überhaupt nicht existent ist. Insofern stimmen wir dieser Vorlage auf jeden Fall zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Dr. Ralph Elster [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 6.2.2? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthält sich die Ratsgruppe GUT. Dann ist dieser Vorlage zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung und Ergänzung der Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln vom 14. Juli 2011 in der zu diesem Beschluss beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Verordnung zur Änderung der 1. Änderungsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017
0480/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017
1346/2017

Bitte nehmen Sie diese Information zur Kenntnis. Eine Abstimmung ist hier nicht erforderlich.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 14.03.2017 bis 27.04.2017 für das Haushaltsjahr 2017 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen:

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2017 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 33.089,46 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung: Wenigeraufwand i. H. v. 33.089,46 EUR in Teilplan 0209 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

2. 42.000,00 EUR in Teilplan 0208 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwand i. H. v. 42.000,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

3. 20.000,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwand i. H. v. 20.000,00 EUR in Teilplan 0416 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Auszahlungen für Investitionen für die im Haushaltsjahr 2017 keine Mittel veranschlagt

sind (außerplanmäßige Auszahlungen)

1. 10.400,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 12 (sonstige Investitionsauszahlungen);

Finanzstelle: 6601-1201-2-5046

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 10.400,00 EUR in Teilplan 1201 in Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen Finanzstelle: 6601-1201-2-1031

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weiter geht es mit Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0208 - Personenstandswesen; Haushaltsjahr 2017 1084/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die folgenden überplanmäßigen Bereitstellungen für den Bereich Standesamt im Haushaltsjahr 2017:

konsumtive Mehraufwendungen im Teilergebnisplan 0208 – Personenstandswesen, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 50.000,00 €, in Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 160.000,00 €.

investive Mehrauszahlungen im Teilergebnisplan 0208 – Personenstandswesen in Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen in Höhe von 67.500,00 €

Die Deckung für die investiven Beschaffungen erfolgt im Haushalt 2017 durch eine investive Wenigerauszahlung im Teilplan 0207, Teilplanzeile 09 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0207-0-0001.

Die Deckung für die konsumtiven Mehraufwendungen erfolgt im Haushalt 2017 durch einen entsprechenden Wenigeraufwand im Teilplan 0209, Ausländerangelegenheit, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Sanierungsgebiet „Umfeld Kulturzentrum am Neumarkt“ hier: Aufhebung der Sanierungssatzung 1316/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt aufgrund § 162 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch die Satzung zur Aufhebung der Sanierungssatzung über die förmliche Festlegung des 'Sanierungsgebietes Umfeld Kulturzentrum am Neumarkt' vom 02.08.2005 in Köln-Altstadt-Süd in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (vgl. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.2 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und Sanierung der Parkweiher auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR 3657/2016

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Es geht hier um die Übertragung der hoheitlichen Aufgabe zur Unterhaltung und Sanierung der Parkweiher an die StEB. Ich habe das Thema schon im Finanzausschuss zur Sprache gebracht. Wir finden es sehr schwierig, dass im Moment dem Grünflächenamt verschiedene Bereiche entzogen werden. Wir hätten es gut gefunden, wenn man das vorher einmal strategisch diskutiert hätte. Es kann sinnvoll sein, das zu übertragen; es kann aber auch nicht sinnvoll sein. Herr Höing hat auf meine Frage im Finanzausschuss geantwortet, dass es sich hier nur um ein sehr kleines Projekt handelt. Dem möchte ich hier noch einmal widersprechen. Es geht immerhin um ein Gesamtvolumen von 34,5 Millionen Euro und um Investitionen von circa 5,6 Millionen Euro über acht Jahre.

In der Vorlage wird auf das Problem verwiesen und begründet, warum man das jetzt so macht, nämlich weil man, wenn man das normal über den Haushalt laufen lassen würde, jetzt konsumtive Belastungen hätte, während es, wenn man es über die StEB macht, normale jährliche Ausgaben sind. Meine Damen und Herren, diese Problematik haben wir an verschiedenen Punkten innerhalb des Haushalts. Das kann kein Grund dafür sein. Dann müssten wir vieles outsourcen, und das wollen wir nicht.

Also: Wir würden in Zukunft gern einmal eine strategische Diskussion dazu führen. Wir finden diesen Weg etwas unglücklich. Deswegen werden wir der Vorlage nicht zustimmen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen einschließlich der Änderungen aus dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem AVR, Anlage 5. Gibt es Gegenstimmen? - Von der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlungen des Ausschusses Umwelt und Grün und des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales:

Der Rat überträgt nach § 62 Abs. 5 Landeswassergesetz NRW (LWG) die hoheitliche Aufgabe der Gewässerunterhaltung (einschließlich Sanierung) der Parkweiher im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR (StEB) mit Wirkung zum 01.06.2017.

Er beauftragt die Verwaltung, den mit den StEB bestehenden öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Unterhaltung und zum Ausbau der sonstigen Gewässer („Bachvertrag“ = Anlage 2) in der als Anlage 1 beigefügten Fassung zu ergänzen und zum 01.06.2017 in Kraft zu setzen.

Sollten sich aus rechtlichen, steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen des Vertrages als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht berührt wird.

Änderungen dieser Art sind dem Ausschuss Umwelt und Grün und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.3 auf:

10.3 Fahrzeug- und Arbeitsmaschinenkonzept (II. Fortschreibung) 2017-2025 Stadtgrün - Forst - Friedhof 0377/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt das als Anlage beigefügte Fahrzeug- und Arbeitsmaschinenkonzept (II. Fortschreibung) 2017 - 2025 für die Teilbereiche Stadtgrün, Forst und Friedhof.

Die Bedarfsfeststellungen und Finanzmittelfreigaben für die im Konzept beabsichtigten Neu- und Ersatzbeschaffungen erfolgen – nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes – im Einzelfall durch Beschluss des Fach- und Finanzausschusses entsprechend der Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen gemäß aktuellem Beschluss des Finanzausschusses und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der jeweils geltenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.4 Baubeschluss für die Erneuerung von sechs Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Friesenplatz und Hans-Böckler-Platz mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2017 bei Finanzstelle 6903-1202-0-3000, Erneuerung Fahrtreppen 0477/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erneuerung von 6 im städtischen Eigentum befindlichen Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Friesenplatz und Hans-Böckler-Platz sowie mit der Erstattung des städtischen Eigenanteils an den Investitionskosten von rd. 533.300,00 Euro an die Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB AG).

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Höhe von 533.300,00 Euro bei Finanzstelle 6903-1202-0-3000, Erneuerung Fahrtreppen, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2017.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erneuerung des Verkehrsleitsystems sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1057, Verkehrsleitsystem, Erneuerung 0495/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf für die Erneuerung des Verkehrsleitsystems mit Gesamtkosten in Höhe von 2.189.600 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.*

2. *Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Erneuerung des Verkehrsleitsystems in Höhe von 200.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1057, Verkehrsleitsystem, Erneuerung, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, im Haushaltsjahr 2017.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.6 auf:

10.6 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2017/18 0581/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT AN/0774/2017

Die erste Wortmeldung kam von Herrn Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den Wirtschaftsplan der Bühnen. Es überrascht sicher nicht, dass wir, nachdem wir hier im November die Ermächtigung des Budgets von 404 Millionen Euro abgelehnt haben, jetzt punktweise Abstimmung beantragen. Vorab: Wir werden Punkt 3 ablehnen.

Das, was wir heute beschließen, ist ein Freifahrtschein, ohne zu wissen, was passiert. Herr Streitberger gibt erst am 3. Juli die neuen Zahlen bekannt. Wir werden allerdings schon über Umwege darauf vorbereitet, dass diese 404 Millionen Euro nicht reichen. Trotzdem ist es nicht in Ordnung, heute schon den ersten Zuschlag zu beschließen, ohne zu wissen, wo die Reise wirklich hingeht. - Ich will das jetzt nicht weiter ausführen; darüber haben wir uns im November ausreichend gestritten.

Zum Änderungsantrag. Auch zu diesem beantragen wir punktweise Abstimmung. Die SPD-Fraktion ist seit langem dafür, die Sparte Tanz innerhalb der Bühnen zu stärken. Auch bei den 100.000 Euro für die Spielzeit 2018/2019 gehen wir gern mit; das ist eine gute Initiative, finden wir. Wo wir jedoch nicht mitgehen können, ist bei dem politischen Taschenspielertrick, durch interne Umschichtung dem Budget dieser Sparte 100.000 Euro als Rücklage zuzuführen, um am Ende zu entscheiden, was man damit tun kann. Nach der Debatte im Finanzausschuss ist nicht klar, ob das, was Sie jetzt gleich beschließen wollen, rechtlich überhaupt möglich ist. Deswegen können wir bei diesem Punkt nicht mitgehen und würden uns freuen, wenn Sie das einfach lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat das Wort. Bitte schön.

Dr. Ralph Elster (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ja mal wieder eine fulminante Rede, lieber Herr Pöttgen. Zum wiederholten Mal haben Sie diese 404 Millionen Euro thematisiert, obwohl sich eigentlich nichts geändert hat. Herr Streitberger und Frau Oberbürgermeisterin haben fest zugesagt, dass wir vor der Sommerpause darüber informiert werden, welche Kosten für die Bühnen vorzusehen sind. Diese Zusage gilt nach wie vor. - Frau Oberbürgermeisterin nickt.

Selbstverständlich brauchen die Bühnen - ungeachtet der Sanierungsaufgabe, die am Offenbachplatz zu erfüllen ist - Planungssicherheit, wie es in den Haushalten von Schauspiel, Oper und Tanz weitergeht. Wir haben ein Dreispartenhaus. Dem Tanz geht es bei uns nicht ganz so gut. Beispielsweise ist im Rahmen der Sanierung vergessen worden, für den Tanz eigene Flächen vorzusehen. Die Tanzsparte hat keine eigene Kompagnie. Die Tanzsparte hat keine eigenen Produktionsflächen. Die Tanzsparte hat, obwohl wir das mehrfach angemahnt haben, immer noch keinen eigenen Internetauftritt. Genau das wollen wir bewirken. Wir wollen mit dem Geld, das wir von Schwarz-Grün gemeinsam mit der FDP und der GUT-Gruppe jetzt zusetzen wollen, den Tanz stärken.

Schon heute hat der Tanz ein großes Asset. Dank Hanna Koller sind die Tanzgastspiele unglaublich erfolgreich, egal auf welcher Bühne sie aufgeführt werden, sei es bei Herrn Bachmann oder Frau Dr. Meyer. Es gibt eigentlich keine Produktion, wo nicht unglaublich junges und auch internationales Publikum zu unseren Bühnen kommt. Es ist einfach ein wunderbares Projekt, diese Gastspiele noch auszubauen.

Wir wollen mit diesem Geld auch die Idee von Hanna Koller stärken, eigene Produktionen hier in Köln durchzuführen mit Kompagnien aus anderen Städten, die aber Geld von Bund und Land beantragen können. Damit lässt sich das Budget des Tanzes noch einmal deutlich steigern. Zum ersten Mal seit knapp zehn Jahren wird es in diesem Jahr, in der nächsten Spielzeit, eine eigene Kölner Produktion in Kooperation mit Richard Siegal geben. Das ist natürlich eine tolle Sache. Auf diese Art und Weise wird der Name der Stadt auch mit Tanz in Verbindung gebracht.

Wir alle wissen: Der Tanz könnte in Köln noch sehr viel stärker sein. Wir haben hier zwei Hochschulen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Es ist schade, dass wir diese Mittel nicht längst zugesetzt haben. Das ist kein Taschenspielertrick, liebe SPD, sondern nichts anderes als eine Verschiebung innerhalb des Bühnenetats. Das Geld, was jetzt in die Rücklage geht, kann Frau Koller nutzen zum Beispiel für Anschaffungen im Bereich Geräte, für die Anmietung von Produktionsflächen, für all die Dinge,

die ihr im Augenblick leider nicht möglich sind, weil ihr Budget eben sehr knapp bemessen ist.

An der Stelle darf ich noch einmal daran erinnern, dass es Ihr Oberbürgermeister Roters war, der irgendwann einmal das Tanz-Budget von 700.000 Euro auf 0 Euro gesetzt hat. Nur durch die Intervention von vielen kulturinteressierten Menschen in unserer Stadt ist es gelungen, für den Tanz-Etat wieder 400.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Hinzu kommen Eigeneinnahmen. Was wir von Schwarz-Grün gemeinsam mit der FDP und der Ratsgruppe GUT jetzt machen, ist nichts anderes, als den Status quo wiederherzustellen.

(Zuruf von der LINKEN: Jamaika!)

- Das ist das Reker-Bündnis. Das Reker-Bündnis macht nichts anderes, als das zu korrigieren, was Sie damals falsch gemacht haben, nämlich dem Tanz die Mittel zu entziehen. Tanz ist etwas ganz Erfolgreiches und muss hier in Köln gestärkt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow hat das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas erstaunt über Ihre Darlegungen, Herr Pöttgen. Wenn Sie möchten, dass Punkt 3 des Wirtschaftsplans nicht verabschiedet wird, dann seien Sie so ehrlich, auch das zu sagen, was Sie im November nicht gesagt, aber gemeint haben. Wenn man aus diesem Projekt aussteigen will, gelingt das nur, wenn man den Punkt 3 des Wirtschaftsplans streicht. Dann sagen Sie aber auch, dass Sie für einen Baustopp sind und dass Sie das Ganze nicht mehr wollen. Sagen Sie aber auch, wie es dann gehen soll. Ich bin doch erstaunt, dass Sie das hier immer wieder wiederholen, aber nicht sagen, welche anderweitigen Möglichkeiten Sie sehen.

Ich bin auch erstaunt, Herr Pöttgen, dass Sie hier von „Debatten im Finanzausschuss“ reden. Es gab nahezu keine Debatte dort; es gab lediglich eine Nachfrage. Herr Wasserbauer hat dargelegt, dass der Änderungsantrag umsetzbar ist. Mehr gab es nicht. Vielleicht sollten Sie in Zukunft Ihre Ratskollegen befragen, was in den Ausschüssen läuft, bevor Sie hier das Wort ergreifen.

Jetzt zum Inhalt. Mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplans der Bühnen wird der Weg frei für die neue Spielzeit. Wir sind spät dran, aber noch nicht zu spät. Wirtschaftsplan und mittelfristige Finanzplanung sind schließlich die Grundlage, die die Bühnen handlungsfähig machen für die nächste Spielzeit. Ich denke, es ist richtig, das jetzt zu entscheiden.

Vieles ist geplant. Der Opernplan ist bereits vorgestellt. Der Schauspielplan wird in Kürze vorgestellt. Alles, was wir bisher gehört haben, ist vielversprechend, trotz aller Probleme. Am Offenbachplatz machen die Bühnen ein gutes Programm und sind künstlerisch erfolgreich. Das werden sie, denke ich, auch fortsetzen.

Mich freut besonders, dass sowohl Schauspiel als auch Oper in der laufenden wie auch in der neuen Spielzeit neue Wege beschritten haben respektive beschreiten wollen. Wenn Sie sich einmal den aktuellen Spielplan anschauen und das, was allein im Juni 2017 an den Bühnen stattfindet, werden Sie feststellen: An Schauspiel und Oper laufen sehr unterschiedliche Formate: Es laufen Alte und Neue Musik, es gibt Lesungen, es gibt Planet Culture, es gibt Veranstaltungen des Impulse Theater Festivals, das AfriCologne und vieles andere mehr. Das heißt: Die Bühnen beschreiten neue Wege. Sie öffnen sich. Sie machen viel Neues. Für die neue Spielzeit ist Ähnliches geplant.

Und: Die Bühnen werden auch neue Wege beschreiten, die den Tanz betreffen und ihn stärken - Herr Dr. Elster hat es bereits angesprochen -: die Oper durch die Kooperation mit der freien Tanzszene in Köln und das Schauspiel durch die Kooperation mit dem erfolgreichen Choreografen Richard Siegal und seiner Tanzkompagnie „Ballet of Difference“. Die Uraufführung seiner ersten Produktion wird am 14. Juli im Depot des Schauspiel stattfinden. Gerade Letzteres wird von der Presse bereits mit Aufmerksamkeit verfolgt. Köln ist mit seinem Tanz sogar schon in überregionalen Zeitungen. So war ich erfreut, am letzten Samstag in der *Süddeutschen* einen großen Bericht über die Tanzkooperation mit Richard Siegal lesen und dabei feststellen zu können: Die Aufmerksamkeit für den Kölner Tanz geht weit über Köln hinaus. Insofern: Herzlichen Glückwunsch ans Schauspiel für diese Kooperation!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich denke, das kommt auch nicht von ungefähr. Richard Siegal ist international unterwegs, er ist

anerkannt und sehr bekannt. Des Weiteren sind in der nächsten Spielzeit Kooperationen mit gemeinsamen Workshops, Lectures, Symposien und Projekten vorgesehen, die auch zahlreichen Akteuren der freien Tanzszene offenstehen sollen. Ich denke, auch das ist ein wichtiges Signal: Der Tanz agiert nicht isoliert, sondern er öffnet sich sehr breit. Das Land NRW fördert diese Kooperationen, und es gibt bundesweite Resonanz.

Hinzu kommt der Erfolg der Tanzgastspiele; dies wurde schon angesprochen. Man fragt sich vielleicht: Warum bedarf es dann eines Zusatzantrags? Warum wollen wir etwas ändern am Wirtschaftsplan? - Darauf möchte ich kurz eingehen. Die Tanzgastspiele werden mittel- und langfristig fortgeführt. Wir möchten sie erweitern und intensivieren, damit ihre Erfolgsgeschichte fortgesetzt werden kann. Wir wollen mit unserem Zusatzantrag die Sparte Tanz bei den Bühnen stärken, indem auf Dauer 100.000 Euro zugunsten des Tanz-Budgets umgeschichtet werden.

Wir müssen das hier auch beschließen; denn noch gilt der Ratsbeschluss vom 30.04.2013, der besagt: Tanzgastspiele sind gedeckelt auf 400.000 Euro. - Mit unserem Änderungsantrag öffnen wir diesen Ratsbeschluss und ermöglichen, das innerhalb der Bühnen umzuschichten. Wenn man alles zusammennimmt - den aufgestockten Betrag und die Einnahmen, die aus Tanzgastspielen zur Verfügung stehen -, dann sind es wieder 700.000 Euro, die langfristig vorhanden sind. Damit sind wir für die Tanzgastspiele wieder auf dem Stand von 2012/2013 plus die Kooperationen, die laufen. So gesehen denke ich, beide Dinge führen dazu, dass der Tanz nachhaltig gestärkt wird. Es gibt eine gute Basis für den Tanz in Köln. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der CDU! Ich werde hier keine Interna oder sonstige Mutmaßungen in die Welt setzen. Ihre Fragen zum Wirtschaftsplan wurden im letzten Ausschuss Kunst und Kultur beantwortet. Ich nehme an, Sie haben die Antwort gelesen.

(Michael Frenzel [SPD]: Bestimmt!)

Damit ist Ihr Änderungsantrag, vor allem der Buchstabe c, eigentlich obsolet. Zu Ihrer ersten Frage, ob es problematisch sei, den Wirtschaftsplan zu ändern, wurde geantwortet - ich zitiere -:

> Die Spielpläne von Oper, Schauspiel und Tanz für die Spielzeit 2017/2018 sind jedoch zum jetzigen Zeitpunkt bereits fertig gestellt. Die Planung weiterer Tanzaufführungen würden Lücken im Spielplan voraussetzen. Auch ist davon auszugehen, dass die international Tanzkompagnien für den Zeitraum bereits disponiert haben. Die Präsentation zusätzlicher Aufführungen ist daher aus künstlerischer Sicht mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Ich finde es sehr schön, dass Sie sich jetzt auch entschlossen haben, den Tanz mit zu unterstützen. Aber der Buchstabe c Ihres Antrags ist aufgrund der Beantwortung entbehrlich. Sie haben ja in der Begründung Ihres Antrags selbst darauf hingewiesen, dass das schwierig werden könnte. Von daher würde ich mich freuen, wenn Sie auf Buchstabe c verzichteten. Wenn man das jetzt beschließen würde, würde man in den feststehenden Wirtschaftsplan und die darin enthaltenen Kostenaufstellungen für Oper, Schauspiel und Bühnenservice massiv eingreifen. Da wir in Gagen von Schauspiel oder Oper nicht wirklich eingreifen können, würde das den Bühnenservice treffen, also die Menschen, die im Hintergrund arbeiten. Damit haben wir ein massives Problem. Deswegen können wir Buchstabe c Ihres Antrags nicht unterstützen.

Die grundsätzliche Frage, die sich mir stellt, ist die nach dem Standort für den Tanz. Im Moment sind wir im Werkstattverfahren zur Halle Kalk und werden das dort auch diskutieren. Ich wünsche mir von Ihnen mehr Unterstützung, dass der Tanz auch seine eigenen Produktionen, durch die Hochschule für Musik und Tanz Köln produziert, an diesem wunderbaren Standort in Kalk aufführen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Stahlhofen, bei dem Bühnenetat, den wir haben, 100.000 Euro umzuschichten, das schafft die Führung. Das kann Ihnen sagen.

Das hat Herr Wasserbauer im Finanzausschuss auch so gesehen. Er sagte: Selbstverständlich habe ich den Ehrgeiz, diese Umschichtung hinzubekommen. - Darum: Er wird das auch hinbekommen. Das sehe ich gar kein Problem. Wenn man bei einem solchen Bühnenetat nicht einmal 100.000 Euro umschichten kann, dann würde an der Planung etwas nicht stimmen. Das gehört einfach dazu.

(Zuruf von der LINKEN)

Wir können Ihnen ja mal zeigen, wie das funktioniert. Es müssen da nämlich immer Sicherheiten enthalten sein.

(Zuruf von Gisela Stahlhofen [DIE LINKE)

- Frau Stahlhofen, ich will Ihnen ja nur Ihre Sorge nehmen. Sie brauchen da gar keine Angst haben. Das wird sicherlich in der Form klappen.

Was ich gut finde, ist, welche Botschaft wir hier herüberbringen. Für uns war der Tanz immer sehr wichtig. Es hat uns sehr geschmerzt, dass sein Budget derart gekürzt worden ist. Wir mussten wirklich hart kämpfen, dass er überhaupt hierbleibt und wir weiter Mittel dafür einsetzen. Es waren einmal 700.000 Euro; jetzt endlich werden es wieder 500.000 Euro sein. Das ist immer noch nicht der Etat, den er einmal hatte. Die Kölnerinnen und Kölner waren uns dankbar, dass wir für den Tanz gekämpft haben. Darum bin ich froh, dass wir jetzt den Schritt wagen, die Mittel im Wirtschaftsplan der Bühnen umzuschichten. Ich glaube, es ist eine gute Botschaft, dass wir auch etwas für den Kölner Tanz tun. Man muss ja sehen: Gerade die Gastspiele sind immer ausverkauft; sie kommen unheimlich gut an. „Stärken stärken“ ist die Meinung der FDP, und das wollen wir mit diesem Antrag machen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wortmann, bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es kurz vom Platz aus. - Herr Dr. Elster, da Sie eben die Unterstützergruppe angesprochen haben: Da muss ich ausscheren. Wir werden dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen. Wir warten die abschließende Stellungnahme von Herrn Streitberger ab.

Wenn wir das Thema Tanz nur in Zusammenhang mit dem gewaltigen Bühnenetat betrachten, dann ist das für mich der falsche Weg. 100.000 Euro umzuschichten, ist, glaube ich, angesichts dieses Etats sicherlich überhaupt kein Problem. Das weiß ein jeder, der hier sitzt. Mir aber geht es um ganz andere Dinge. Ich glaube, dass wir solche Verschiebungen und Einsparungen im Wesentlichen aus dem Bereich Interim und Sanierung generieren könnten.

Deshalb warten wir den Bericht von Herrn Streitberger ab und stimmen heute weder der Beschlussvorlage noch dem Änderungsantrag zu. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann beabsichtige ich, jetzt abstimmen zu lassen.

Zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und der Ratsgruppe GUT. Die SPD-Fraktion hatte beantragt, die Punkte einzeln abzustimmen.

Punkt a: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt b: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt c: Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt d: Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich den Änderungsantrag insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppe Piraten. Enthaltungen? - Die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt die ursprüngliche Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen, wie von der SPD beantragt auch hier wieder in Einzelabstimmung.

Absatz 1: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Absatz 2: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Absatz 3: Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Der Absatz 4 beinhaltet den soeben beschlossenen Änderungsantrag. Das muss nach meiner Wahrnehmung hier nicht erneut abgestimmt werden.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung der Vorlage in der jetzt um Absatz 4 ergänzten Fassung. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD und die Ratsgruppe Piraten. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschlüsse:

I.1: Beschluss gemäß Buchstabe a) des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

a) Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird beauftragt, ab dem Wirtschaftsplan 2018/19 zur Weiterentwicklung der dritten Sparte Tanz im Wirtschaftsplan zusätzlich 100.000 € zur Stärkung der Sparte Tanz - ohne Erhöhung des Betriebskostenzuschusses - zur Verfügung zu stellen und dieses auf 500.000 Euro erhöhte Budget für die Sparte Tanz in der mittelfristigen Finanzplanung fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

I.2: Beschluss gemäß Buchstabe b) des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

b) Die generierten Einnahmen der Sparte Tanz verbleiben weiterhin im Tanzbudget.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

I.3: Beschluss gemäß Buchstabe c) des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

c) Im Wirtschaftsplan 2017/2018 werden dem Budget der Sparte Tanz durch interne Umschichtung 100.000 Euro als Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

I.4: Beschluss gemäß Buchstabe d) des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

d) Über die Verwendung entscheidet der Betriebsausschuss der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

I.5: Beschluss über den gesamten Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

a) Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird beauftragt, ab dem Wirtschaftsplan 2018/19 zur Weiterentwicklung der dritten Sparte Tanz im Wirtschaftsplan zusätzlich 100.000 € zur Stärkung der Sparte Tanz - ohne Erhöhung des Betriebskostenzuschusses - zur Verfügung zu stellen und dieses auf 500.000 Euro erhöhte Budget für die Sparte Tanz in der mittelfristigen Finanzplanung fortzuschreiben.

b) Die generierten Einnahmen der Sparte Tanz verbleiben weiterhin im Tanzbudget.

c) Im Wirtschaftsplan 2017/2018 werden dem Budget der Sparte Tanz durch interne Umschichtung 100.000 Euro als Rücklage zugeführt.

d) Über die Verwendung entscheidet der Betriebsausschuss der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Gruppe Piraten sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wäh-

ler) und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Beschlüsse über Ziffer 1 – 3 der Verwaltungsvorlage:

II.1: Beschluss zu Ziffer 1 der Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2017/18 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung fest.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II.2: Beschluss zu Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage:

2. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Zusammenhang mit dem Spielbetrieb der Bühnen Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 7,0 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II.3: Beschluss zu Ziffer 3 der Verwaltungsvorlage:

3. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt, auf Basis des Ratsbeschlusses vom 17.11.2016 (3218/2016) zur Finanzierung der Sanierungsprojekte Kredite in Höhe von insgesamt 404 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen. Hierzu zählen sowohl die Zwischenfinanzierung mittels Tages- und Termingeldkrediten als auch die langfristige Finanzierung durch z.B. den EIB-Kredit oder Schuldscheindarlehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

III. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2017/18 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung fest.*

2. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Zusammenhang mit dem Spielbetrieb der Bühnen Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 7,0 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.*

3. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt, auf Basis des Ratsbeschlusses vom 17.11.2016 (3218/2016) zur Finanzierung der Sanierungsprojekte Kredite in Höhe von insgesamt 404 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen. Hierzu zählen sowohl die Zwischenfinanzierung mittels Tages- und Termingeldkrediten als auch die langfristige Finanzierung durch z.B. den EIB-Kredit oder Schuldscheindarlehen.*

4. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird beauftragt, ab dem Wirtschaftsplan 2018/19 zur Weiterentwicklung der dritten Sparte Tanz im Wirtschaftsplan zusätzlich 100.000 € zur Stärkung der Sparte Tanz - ohne Erhöhung des Betriebskostenzuschusses - zur Verfügung zu stellen und dieses auf 500.000 Euro erhöhte Budget für die Sparte Tanz in der mittelfristigen Finanzplanung fortzuschreiben.*

   Die generierten Einnahmen der Sparte Tanz verbleiben weiterhin im Tanzbudget.

   Im Wirtschaftsplan 2017/2018 werden dem Budget der Sparte Tanz durch interne Umschichtung 100.000 Euro als Rücklage zugeführt.

   Über die Verwendung entscheidet der Betriebsausschuss der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Pöttgen beantragte Einzelabstimmung.

10.7 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Katholische Grundschule Gutnickstr.37, 50769 Köln 0143/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) basierend auf der vorliegenden Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die katholische Grundschule Gutnickstr.37, 50769 Köln-Roggendorf, zur Erfüllung des Raumprogramms für eine 3-zügige Grundschule nach gesicherter Finanzierung.

Nach Abschluss der Machbarkeitsstudie wird die Verwaltung nun beauftragt, die Maßnahme als Planungsprojekt in die Schulbauliste aufzunehmen.

Den Planungen ist das in der Anlage beigefügte Musterraumprogramm Primarstufe 3 Züge zu Grunde zu legen (Anlage 1). Dabei sind entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufigen Kostenschätzungen auf rund 47.000,00 €.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten werden im Haushaltsjahr 2017 mit 17.000,00 € und im Haushaltsjahr 2018 mit 30.000,00 € ergebniswirksam. Im Haushaltsjahr 2017 sind die Mittel in Höhe von 17.000,00 € im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzelle 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereits veranschlagt. Für 2018 sind die Mittel in Höhe von 30.000,00 € im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzelle 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.8 Planungsaufnahme zur Errichtung einer 3-fach Turnhalle sowie von 4 zusätzlichen Klassenräumen für das Herder-Gymnasium, Kattowitzer Str. 52, 51065 Köln Buchheim 0165/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung einer 3 – fach – Sporthalle sowie von 4 Klassenräumen für das Herder – Gymnasium, Kattowitzer Straße 52, 51065 Köln Buchheim nach gesicherter Finanzierung.

Nach Abschluss der Machbarkeitsstudie wird die Verwaltung nun beauftragt, die Maßnahme als Planungsprojekt in die Schulbauliste aufzunehmen.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 870.000 €.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten werden voraussichtlich im Haushaltsjahr 2017 mit 170.000 €, im Haushaltsjahr 2018 mit 200.000 € und im Haushaltsjahr 2019 mit 500.000 € ergebniswirksam und sind im Haushaltsplan 2017 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereits veranschlagt. Die Haushaltsansätze für 2018 und 2019 sind entsprechend zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.9 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Zusestraße / Kölner Straße in Lövenich - Interimsstart am Standort Neue Sandkaul in Widdersdorf in angemieteten / erworbenen Räumlichkeiten der privaten Internationalen Friedensschule 1123/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Bitte, Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch wenn diese Vorlage mit der entsprechenden Anlage eine wesentliche Verbesserung der Anmeldesituation, insbesondere für Schüler und Schülerinnen, die das Gymnasium besuchen wollen, enthält und wir damit zufrieden diesen Beschluss fassen könnten, so ist es doch, denke ich, nötig und wichtig, zum gesamten Vorgang hier Stellung zu nehmen.

Selbstverständlich ist die Aufnahme und die Verteilung von Schülern und Schülerinnen an allen Schulen eine schwierig umzusetzende Angelegenheit, wenn es jeweils das Ziel ist, möglichst allen Schülern und Schülerinnen gemäß ihrem Wunsch und einen vom Umfeld, von den sozialen Kontakten und von der Entfernung her angemessenen Platz zu ermöglichen, vor allen Dingen auch dann, wenn die Anmeldezahlen für das Gymnasium so stark ansteigen.

Eine weitere Schwierigkeit steckt darin, dass an diesem Vorgang neben den Eltern und Kindern drei Institutionen beteiligt sind: zum einen die jeweilige Schulleitung, die das Recht hat, die Schüler und Schülerinnen aufzunehmen, zum anderen die Bezirksregierung, die für die inneren Schulangelegenheiten zuständig ist, und nicht zuletzt der Schulträger, der die Räume, das Material und das Personal bereitstellen muss.

Wir sind uns bewusst, dass die genannten Institutionen sich sowohl im Vorfeld wie auch bei der Durchführung redlich bemüht haben, ein gutes Ergebnis zu erzielen. Allerdings war das Ergebnis, vor allem gemessen an den Elternprotesten, nicht zufriedenstellend. In einer solchen Situation müssen bei den politisch Verantwortlichen die Alarmglocken schrillen, und das haben sie insbesondere bei CDU und uns Grünen getan.

(Zurufe von der LINKEN und der FDP)

Deshalb haben wir auf dem politischen Feld noch einmal dringend appelliert und einen entsprechenden Antrag im Schulausschuss eingebracht, der aufzeigt, wie die Situation zumindest zum Teil verbessert werden kann.

Die zur Debatte stehende Beschlussvorlage zeigt, dass dies im Zusammenspiel von Schulen, Bezirksregierung und Schulträgern und auch mit dem Einsatz der Oberbürgermeisterin gelungen ist, zwar nicht durch einen vorgezogenen Start des Gymnasiums Zusestraße, aber durch eine Mehrklassenbildung im Georg-Büchner-Gymnasium in den Räumen der Internationalen Friedensschule.

Auch für die Sicherung der Internationalen Friedensschule waren intensive politische Interventionen nötig, um diesen wichtigen Bestandteil der Kölner Schullandschaft zu erhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen danken, die konstruktiv an diesen Lösungen mitgearbeitet haben. Dazu gehören selbstverständlich die Eltern durch Einsprüche und entsprechende Informationen sowie die städtische Schulverwaltung, die Bezirksregierung, die Trägerorganisation der Internationalen Friedensschule und auch die Oberbürgermeisterin. Besonders hervorheben möchte ich, dass sich das Georg-Büchner-Gymnasium in dieser Frage hervorragend verhalten und durch die Mehrklassenbildung die Situation für Schüler und Schülerinnen im Kölner Westen verbessert hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus, weil ich eigentlich gar nicht vorhatte, etwas zu der Situation zu sagen. Aber Sie haben mich jetzt etwas herausgefordert, Herr Thelen.

In der Tat müssen wir feststellen, dass die Versorgung mit Schulplätzen, aber auch mit OGTS-Plätzen und Kitaplätzen im Kölner Westen unbefriedigend ist. Die Situation ist auch nicht plötzlich eingetreten. Wir haben schon seit langem darauf hingewiesen, dass es dort ein Problem gibt. Das hat sich jetzt noch gesteigert. Es ist sozusagen zum Showdown gekommen. Diesen Showdown haben wir auch hier im Rat in einer nichtöffentlichen Sitzung erlebt. Ihre Aufzählung, dass sich nur CDU und Grüne bei Lösungsvorschlägen hervorgetan haben, finde ich ziemlich gewagt, wenn ich an Sitzungsunterbrechungen und dergleichen mehr denke. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang dafür bedanken, dass wir im Endeffekt eine Lösung gefunden haben, die im Sinne und im Interesse der Kinder, der Lehrer und der Schulen ist. Daran waren ganz viele beteiligt. Auch die Verwal-

tung der Stadt hat sich sehr bemüht, dass es zu diesem Kompromiss kommt. - Danke schön!

(Beifall bei der FDP sowie bei Katharina Welcker [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es hatte sich auch Herr Schlieben gemeldet.

(Ulrich Breite [FDP]: Widerspricht die CDU jetzt, oder was?)

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Uli Breite, ich möchte feststellen - das hat Herr Horst Thelen auch herausgearbeitet -: Wenn sich das denn alles so bis zum Sommer verwirklichen lässt, wovon wir jetzt ausgehen, haben wir eine gute Lösung hinbekommen. „Wir“ heißt: diejenigen Fraktionen und Parteien, die sich sehr aktiv und gut in die Diskussion eingebracht haben.

Als Vorsitzender des Schulausschusses kann ich hier nur sagen: Im Schulausschuss kamen von allen Seiten gute Vorschläge. Natürlich sollte der Anteil nicht auf einzelne Fraktionen begrenzt werden. Das war eine Gemeinschaftsaufgabe, die wir gut zusammen hinbekommen haben. Da gibt es, glaube ich, überhaupt keinen Dissens. Genauso ist festzustellen, dass die Verwaltung hier hart arbeiten musste und auch hart gearbeitet hat, damit diese Lösung verwirklicht werden kann. Und: Wir wollen auch der betroffenen Schule und ihrer Schulleitung Danke sagen, dass wir mit ihr gemeinsam diese Lösung hinbekommen haben. - Also: Dieser Erfolg hat viele Väter. Wir müssen darüber gar nicht streiten.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Genau. Da sind wir einer Meinung. So habe ich Horst Thelen auch verstanden.

(Lachen bei der SPD und der FDP)

- Ich bin ja etwas später hereingekommen.

Und noch etwas ist mir wichtig - wir haben das ja schon im Vorfeld diskutiert; deshalb kann ich das kurz halten -: Es ging dabei nicht nur um die Kinder und Eltern aus dem Kölner Westen, sondern auch um die aus dem Kölner Norden und Nordwesten. Auch für sie ringen wir um Lösungen. Da ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. 159 Kindern konnte weder der Erst- noch der Zweitwunsch erfüllt werden. Von diesen 159 Kindern hatten 42 als Erst- oder Zweitwunsch das GBG angegeben. Diese 42 Kinder bzw. deren Eltern sind schon angeschrieben worden, mit ihnen hat man schon gesprochen. Aber auch die anderen 117 Kinder bzw. deren Eltern werden noch angeschrieben. Auch für sie wird versucht, eine Lösung zu finden, zum Beispiel an der Dependance, wobei dort nur maximal drei zusätzliche Klassen eingerichtet werden können.

Ich sage: Diese Strecke muss jetzt noch bis Ende diesen Monats, Anfang nächsten Monats zurückgelegt werden. Aber das hört sich doch schon gut an. Wir sind da auf einem guten Weg. Ich kann die Eltern nur noch einmal ermutigen - vielleicht ist das von hier aus die beste Möglichkeit -: Melden Sie Ihr Kind jetzt bitte auch dort an! Die erste Frist für die betreffenden 42 Kinder endet bereits morgen. Also: Liebe Eltern dieser 42 Kinder, wenn Sie nach wie vor möchten, dass Ihr Kind an dieser Schule aufgenommen werden soll, dann melden Sie bitte Ihr Kind bis morgen dort an! - Das war auch ein Thema im heutigen Schulausschuss. Ich darf es hier offen sagen; es war ja keine geheime Sitzung: Bisher ist die Resonanz übersichtlich, um es einmal freundlich zu formulieren. Deshalb noch einmal: Liebe Lindenthaler oder wo ihr sonst herkommt, fragt noch einmal nach, ob es eine entsprechende Rückmeldung gab.

In einem zweiten Schritt - das ist in der Vorlage der Verwaltung sehr ordentlich aufgeführt worden - werden die Eltern der anderen Kinder noch einmal angeschrieben und haben die Möglichkeit, zu reagieren. Von den Eltern hat ja nicht nur die Verwaltung, sondern haben auch wir quer durch alle Parteien die Nachfrage bekommen: Passiert auch etwas für uns? Die Antwort ist: Ja, es passiert auch etwas für euch. Wir versuchen im Rahmen der Möglichkeiten, die wir haben, Lösungen zu finden. Die Möglichkeiten hat die Frau Dezernentin, hat die Verwaltung nicht nur in einer Sitzung, sondern in mehreren Sitzungen, auch in der Sitzung heute, aufgezeigt und dargelegt, was jetzt noch möglich ist.

Mein letzter Hinweis: Seien Sie alle, sowohl hier im Rat als auch in der Öffentlichkeit, versichert, dass wir schon das Anmeldeverfahren für das übernächste Schuljahr im Blick haben. Wir sind mit der Verwaltung und der Frau Oberbürgermeisterin einer Meinung, dass wir schon jetzt daran arbeiten müssen, weil die Situation im übernächsten Schuljahr nicht leichter werden wird. Daher bitte ich Sie alle - ich schaue in Richtung der FDP-Fraktion, aber auch in die aller befreundeten Fraktionen -: Arbeiten Sie so konstruktiv mit wie bisher, damit wir alle zusammen auch für

das übernächste Schuljahr eine gute Lösung hinbekommen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Philippi, wenn Sie gestatten, würde ich zunächst Frau Dr. Klein das Wort geben. - Bitte schön.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Anerkennung! Das war ein hartes Stück Arbeit für alle Beteiligten. Sie haben das auch beschrieben. - Erstens.

Zweitens. Wir sind jetzt genau an dem Punkt, an dem wir gewesen wären, wenn im Herbst 2016 das Vermietangebot aufrechterhalten worden wäre; das nur am Rande erwähnt. Es war schon damals der Vorschlag der Verwaltung, vorzeitig, nämlich zum Schuljahr 2017/2018, in Widdersdorf zu starten, was dann nicht zustande kam.

Der dritte Punkt. Wir sind - Herr Schlieben hat es gesagt - schon mitten in der Vorbereitung des Anmeldeverfahrens für das Schuljahr 2018/2019. Wachsende Stadt, das Thema kennen Sie. Es gibt nur eine Antwort auf diese Situation: Bauen, bauen, bauen. Es muss was aus der Erde wachsen. Es müssen Schulgebäude entstehen in einer wachsenden Stadt. Alles andere ist Flickwerk. Wir suchen weiter nach Lösungen. Aber es müssen Gebäude errichtet werden, in denen Schülerinnen und Schüler unterrichtet und gebildet werden können. Deshalb herzlichen Dank für die Unterstützung in der letzten Ratssitzung, dass auch durch privates Engagement hier Zug auf die Seite kommt, was das Thema Bauen anbelangt! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es vom Platz aus. - Ich bin doch sehr erstaunt, dass wir nach stundenlanger Debatte im Schulausschuss heute hier im Rat noch einmal eine Fachdiskussion führen. Ich bin dem Schulausschussvorsitzenden dankbar für die Klarstellung, die er eben gegeben hat. Es ist schon ein starkes Stück, dass der schulpolitische Sprecher der Grünen hier behauptet, Grüne und CDU hätten in dieser Frage im Stadtbezirk Lindenthal, im Kölner Westen die Kuh vom Eis geholt. Das ist schlicht und einfach falsch. Wir haben im Schulausschuss einen gemeinsamen Änderungsantrag auf der Basis eines Änderungsantrags der SPD formuliert,

(Lachen bei Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

in dem wir zahlreiche Aufgabenstellungen an die Verwaltung adressiert haben. Das war ein gemeinsamer Antrag, den die Verwaltung dann abgearbeitet hat, sodass es letzten Endes doch für alle, denke ich, in der Summe kurz vor Toresschluss zu einem zufriedenstellenden Ergebnis gekommen ist.

Auch von unserer Seite noch einmal ein ganz herzlicher Dank an die Bildungsdezernentin, die zusammen mit der Bezirksregierung und vor allen Dingen auch mit dem Schulleiter des Georg-Büchner-Gymnasiums eine wirklich gute Lösung erarbeitet hat.

Die SPD-Fraktion hat sich genauso wie die anderen Fraktionen in die Erarbeitung dieser Lösung mit eingebracht. Das ist keine Einzelarbeit der beiden Fraktionen, die hier eine Koalition bilden.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich gern abstimmen lassen, und zwar wie die Vorlage, aber mit der Ergänzung aus Anlage 4, Punkt 10. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss in der Fassung der aktualisierten Verwaltungsvorlage:

1. *Aufbauend auf seinem Grundsatzbeschluss vom 12.05.2015 (Session 1033/2015) zur Aufnahme der Planung eines Neubaus mit 3-fach Turnhalle für ein städtisches Gymnasium mit 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II an der Zusestraße/ Kölner Straße in Lövenich beschließt der Rat den zeitnahen Start der neuen Schule am Interimsstandort Neue Sandkaul 29, 50859 Köln, in den nach Ratsbeschluss vom 04.04.2017 zum Schuljahr*

2018/19 anzumietenden, zum Schuljahr 2019/20 käuflich zu erwerbenden Gebäuden, in denen derzeit die private Internationale Friedensschule untergebracht ist, (schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums zum Schuljahr 2018/19) gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf. Nach Fertigstellung des Neubaus Zusestraße zieht die Schule von ihrem Interimsstandort dorthin um.

2. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2018 die Zusetzung von insgesamt 1,4 Stellen Verwaltungsbeschäftigten (im Schulsekretariat - ehem. Schulsekretär*in) in der EG 6 TVöD für das neue Gymnasium in Lövenich. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

3. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2018 die Zusetzung einer 1,0 Stelle Schulhausmeister*in in der EG 7 TVöD NRW + Z für das Schulgebäude Neue Sandkaul 29. Sollte der Stellenplan 2018 zum Zeitpunkt der notwenigen Stelleneinrichtung noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Stelle Schulhausmeister verbleibt auch nach Umzug des Gymnasiums Zusestraße vom Interimsstandort in Widdersdorf in das vorgesehene Schulgebäude in Lövenich am Schulstandort Neue Sandkaul, der dann in der Folgenutzung für ein weiteres, schulrechtlich zu errichtendes und dauerhaft an diesem Standort verbleibendes Gymnasium in öffentlicher Trägerschaft genutzt werden soll.*

4. *Der Rat beschließt im Zusammenhang mit dem Umzug des Gymnasiums Zusestraße von Widdersdorf nach Lövenich, voraussichtlich zum Stellenplan 2022, die Zusetzung einer 1,0 Stelle Schulhausmeister*in in der EG 7 TVöD NRW + Z für das neue Schulgebäude Zusestraße mit der Option einer Anpassung der Bewertung, sofern neue Erkenntnisse dies erfordern. Sollte der Stellenplan 2022 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtung noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

5. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 SchulG, dass das Gymnasium in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG nach dem Umzug an den Standort Zusestraße, dann aufbauend ab dem 5. Schuljahr als gebundene Ganztagsschule geführt wird. Bis dahin wir das Gymnasium im Halbtag geführt.*

6. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Schulkonferenz des Gymnasiums Zusestraße bei der Entscheidung über das pädagogische Angebot der Schule das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf nach Möglichkeit von Anfang an zu berücksichtigen.*

7. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel (ggf. Personal- und/oder Sachkosten) für die schulrechtliche Errichtung und Inbetriebnahme des Gymnasiums am Interimsstandort Neue Sandkaul, ab Start des Gymnasiums zum Schuljahr 2018/19 und für die Inbetriebnahme des Neubaus auf dem Grundstück Zusestr. / Kölner Str. frühestens ab dem Haushaltsjahr 2020 gemäß den Ausführungen in der Begründung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen. Der Rat der Stadt Köln erklärt verbindlich, dass den Maßnahmen unter den jeweils herrschenden Haushaltsbedingungen die für ihre ordnungsgemäße Durchführung und Finanzierung erforderliche Priorität eingeräumt wird.*

8. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.*

9. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

10. *Der Rat nimmt das Prüfergebnis der Verwaltung zu Beschlusspunkt 10 aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 25.04.2017 zur Kenntnis, nach dem zum Schuljahr 2017/18 Mehrklassen des Georg-Büchner-Gymnasiums am Standort Neue Sandkaul in Widdersdorf eingerichtet werden. Entsprechend startet das neue Gymnasium Zusestraße am Interimsstandort Widdersdorf zum Schuljahr*

2018/19 mit den Jahrgangsstufen 5 und 6. In die Jahrgangsstufe 6 des neuen Gymnasiums wechseln die Schülerinnen und Schüler der zu 2017/18 eingerichteten Mehrklassen des Georg-Büchner-Gymnasiums am Standort Widdersdorf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.10 auf:

10.10 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Haltestelle Rathaus
hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr.
2427/2016/3

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0795/2017

Herr Frenzel hat das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! - Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Schlieben von der CDU hat uns gerade dazu aufgefordert, hier konstruktiv zusammenzuarbeiten. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Vielen Dank, Herr Dr. Schlieben!

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

In diesem Sinne ist auch dieser SPD-Änderungsantrag ganz eindeutig positioniert, lieber Herr Houben.

Ich darf noch einmal an die Genese erinnern. Zunächst vielen Dank an die Verwaltung, dass sie den Vorschlag der SPD, eine behindertengerechte Rampe in Form eines Stegs am Roten Haus zu ermöglichen, aufgegriffen hat. Unser Ergänzungsantrag ist auch mit dem Dank verbunden, dass unsere Vorschläge von der Verwaltung umgesetzt worden sind, trotzdem wir sie hier nicht förmlich beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Der nun vorliegende Ergänzungsantrag ist ebenso konstruktiv, und er ist auch schnell erzählt. Aus unserer Sicht fehlen bei der jetzt gefundenen Lösung, die an sich schon ganz nah am Optimum ist, noch ein paar Zentimeter, was die Breite der Treppe angeht. Stellen Sie sich folgendes Bild vor: Man geht diese Treppe hoch. Viele Hochzeitspaare machen auf dieser Treppe vor dem Rathaus Fotos. Die Stadtführer halten dort mit ihren Führungen. - Bei einer Breite von 3,50 Meter wird das schon ein bisschen knapp.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Herr Kienitz, wir beide würden vielleicht noch aneinander vorbeikommen. Aber wenn es ein paar Leute mehr sind, wird das schon ein bisschen kritisch. - Deswegen unser Vorschlag, dass die Verwaltung das noch einmal in den Blick nimmt und die Möglichkeit einer Verbreiterung prüft.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

Lieber Herr Kollege Kienitz, Herr Schlieben hat gerade gesagt, wir sollten uns konstruktiv verhalten. Ich habe hier eine Zeitung aus Köln mitgebracht, in der ein Kollege aus dem Rat mit den Worten zitiert ist: „Die SPD hatte das einzige Interesse, dass Frau Reker scheitert.“ - Ich muss ganz ehrlich sagen: Dieses Zitat hat mich schon ein bisschen überrascht. Ich glaube, Frau Reker, die selbst schon darauf hingewiesen hat, dass sie aus einem Haushalt mit sozialdemokratischer Tradition kommt, würde diese Verschwörungstheorie sicherlich nicht unterschreiben wollen. Sollte ich damit nicht richtig liegen, möge sie sich dazu äußern.

Nun zu unserem Antrag. Ich möchte eines vorwegnehmen, damit hier nicht gleich wieder ein Sturm der Entrüstung losgeht. Herr Schlieben hat gesagt, wir sollten konstruktiv um sachliche Lösungen streiten. Genau das wollen wir. Ich bitte Sie, liebe Kollegin Jahn, lieber Herr Kienitz, tun Sie mir den Gefallen und setzen Sie sich bitte mit unseren Argumenten auseinander, ob diese Treppe tatsächlich breit genug ist oder ob sie nicht doch etwas breiter sein sollte. Begeben Sie bitte nicht wieder auf diese Metaebene und verfallen in diese grüne Küchenpädagogik oder in diese schwarze Moralexegese oder in die blaugelbe Spekulation,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

was die SPD im Jahr 1995 gesagt, getan, gedacht oder gekonnt hat! Die Bürger sind dieser Art der Auseinandersetzung absolut überdrüssig. Lassen Sie uns heute argumentativ streiten und um die beste Lösung ringen: für das Rote Haus, für die Bürger dieser Stadt, für Köln! - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Frau De Bellis-Olinger, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frenzel, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Trotzdem habe ich nicht verstanden, was an Ihrem Antrag konstruktiv ist. Ihn als konstruktiv zu bezeichnen, nur weil Sie in Ihrer Rede dreimal das Wort „konstruktiv“ benutzen, tut mir leid, das leuchtet mir nicht ein.

(Beifall bei der CDU)

Wir befassen uns heute in der Ratssitzung mit dem Aufzug. In Ihrem Antrag geht es um Sockel und Treppe. Das haben wir schon im Stadtentwicklungsausschuss letzte Woche zur Genüge erörtert. Vor einem Monat haben Sie den Entwurf, den uns Herr Höing im Ausschuss vorgestellt hat, sehr gelobt. Jetzt, ein paar Wochen später, ist das alles schon wieder hinfällig. Wir sollen uns mit Ihrem Antrag befassen, obwohl es noch gar keinen Bauantrag dafür gibt, nur weil Sie mit Sockel und Treppe ein Problem haben. Nennen Sie doch das Kind beim Namen und sagen Sie, warum Sie möchten, dass die Treppe verbreitert werden soll!

Herr Höing hat uns zugesagt, alle Anregungen und auch kritische Äußerungen in die Überlegungen mit einzubeziehen. Ich frage mich, offen gesagt: Herr Frenzel, warum vertrauen Sie ihm an dieser Stelle nicht? Ich glaube, Sie möchten heute einfach nur Ihre Handschrift lesen, um nach außen damit werben zu können, dass Sie es waren, der einen halben Meter Sockel durchgesetzt hat. Das kann es doch nicht sein.

Es sind viele gute Überlegungen eingeflossen. Die Aufzugslösung ist da. Der Steg ist da. Der Entwurf ist wirklich sehr gelungen. Das ist eine Aufwertung an dieser Stelle. Daher frage ich mich, warum man nicht jetzt mit den Planungen weiter voranschreiten kann, um hier eine gute Lösung zu erhalten.

(Michael Frenzel [SPD]: Machen wir doch! Ist doch unser Antrag!)

- Herr Frenzel, Sie können in vier Wochen wieder einen anderen Antrag einbringen. Wir werden auch dem nicht zustimmen.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr offen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir werden dem nicht zustimmen, aber nicht, weil der Antrag von Ihnen kommt, sondern weil der Antrag nicht so konstruktiv ist, wie Sie hier vorgeben. Das ist der Grund.

Wir wollen an dieser Stelle der Beschlussvorlage der Verwaltung, wie im Stadtentwicklungsausschuss besprochen und beschlossen, zustimmen. Ihren Antrag lehnen wir ab; denn Konstruktivität können wir hier nicht erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erst Frau Pakulat und dann Sie, Herr Sterck; I’m so sorry!

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es mal eben vom Platz aus. - Frau De Bellis hat ja schon vieles gesagt. Wir haben diese Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss vorwärts und rückwärts diskutiert. Wir tun das schon seit vielen Monaten. Das ist unser liebstes Kleinstgrundstück, an dem alle ein großes Interesse haben. Man kann nicht sagen, darum habe sich ja niemand gekümmert.

Dieser Antrag von der SPD ist erneut ein Beispiel dafür, dass man etwas, das längst gegessen ist, noch einmal als SPD-Antrag auf den Tisch bringen will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir haben die Punkte mit der Treppe ausführlich erörtert. Wir haben auch noch andere Punkte erörtert, die viel weiter gehen, als in Ihrem Antrag vorgeschlagen. Das alles ist zu Protokoll genommen worden. Sie können das im Auszug der Niederschrift nachlesen.

Herr Höing hat zugesagt, in der konkreten Entwurfsplanung diese Hinweise zu berücksichtigen und ihnen so weit wie möglich zu entsprechen und uns dann die Entwurfsplanung vorzulegen. Uns reicht diese Zusicherung aus. Wir wollen nicht, dass diese Vorlage durch einen Änderungsantrag in eine weitere Beratungsschleife muss; das tut sie schon viel zu lange. Wir wollen, dass es in dieser Stadt vorangeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich mache es auch vom Platz aus. - Es ist schon vieles gesagt worden; ich will nichts wiederholen. Ich möchte hier nur darauf hinweisen - das geht insbesondere an Sie, Kollege Frenzel -, dass man, wenn man sich die Pläne genau anschaut, erkennen kann, dass in der Planung jetzt zwei zusätzliche Begegnungsräume vorgesehen sind. Insbesondere der Begegnungsraum am Rathausplatz ist niveaugleich mit dem Rathausplatz und könnte beispielsweise von Brautpaaren genutzt werden, um sich dort ablichten zu lassen, oder auch von den Fremdenführern, die jetzt befürchten, dass sie dann nicht mehr genug Platz haben werden. Ich glaube, man muss hier einmal die Kirche im Dorf lassen und ein Stück weit der Verwaltung vertrauen, dass sie diese gute Planung auch so umsetzt.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michael Frenzel, leider kann ich der SPD die Sorge um die beste Lösung an dieser Stelle nicht so richtig abnehmen. In der Vergangenheit ist vonseiten der SPD wirklich alles versucht worden, diese Aufzugslösung zu hintertreiben. Das ist nun einmal das Problem.

Die Idee für einen Aufzug hatte unser ehemaliger Ratskollege Karsten Möhring. Er hat dafür gesorgt, dass dieser Aufzug nicht mitten auf dem Platz, sondern im Roten Haus errichtet wird. Schon damals hat die SPD an dieser Lösung herumgemäkelt. Die Krönung war der Vorschlag der SPD, die Situation so zu belassen, wie sie ist und das Rote Haus gar nicht wieder aufzubauen. Das kam auch aus Ihrer Richtung.

(Michael Frenzel [SPD}: 1995!)

- Nein, das war später.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: 2012!)

- 2012 wird mir hier gerade souffliert. Jörg Frank hat auch immer ein gutes Gedächtnis bei solchen Sachen. - Also: Da ist die SPD nun wirklich kein Sachwalter.

Dieser Antrag ist genauso ein Fall: Erst wird beklagt, das dauert alles zu lange, das geht nicht schnell genug, die Oberbürgermeisterin treibt das nicht voran. Aber wenn etwas Beschlussreifes vorliegt, dann soll es noch eine zusätzliche Prüfschleife nehmen, ehe es beschlossen wird.

(Beifall bei der FDP, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe in Sachen Rotes Haus mittlerweile bestimmt ein Dutzend Planungen gesehen. Wir haben mehrere Workshops mit der Verwaltung gemacht. Bei allen Planungen gab es irgendwelche Nachteile. Natürlich wäre es schön gewesen, den Aufzug bis auf die Ebene des Rathausplatzes durchzuziehen. Aber es hätte städtebauliche Probleme zur Folge gehabt, wenn man einen Laubengang herumzieht, oder es hätte zu kriminalpräventiven Problemen geführt, wenn man einen Gang mitten durch das Gebäude zieht, von der Vermarktung der übrigen Gebäude ganz abgesehen. Auch bei der vorletzten Planung, die Herr Höing uns vorgelegt hat, haben wir gesagt: Das ist es noch nicht. Da muss er noch einmal mit dem Investor in Klausur gehen.

Als er aber mit dem, was hier jetzt auf dem Tisch liegt, im Stadtentwicklungsausschuss wieder vorstellig geworden ist, habe ich gesagt: Ja, das ist eine gute Lösung. - Natürlich ist das ein Kompromiss. Ja, die Treppe wird etwas schmaler. Wir verlieren damit 2 Meter Treppe, aber wir gewinnen eine barrierefreie Erschließung für den Rathausplatz.

(Beifall bei der FDP, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

nicht nur für diejenigen, die mit der U-Bahn kommen - das werden gar nicht so viele sein -, sondern vor allem für die vielen Besucher, Nutzer, Gäste auf dem Alter Markt, die nun dieses Niveau dort überwinden können. Von daher: Das ist ein vertretbarer und guter Kompromiss.

Diese Planung ist am Dienstag auch in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vorgestellt worden. Die Vorlage ist dort ausdrücklich begrüßt worden. Man hat zwar bedauert, dass es so lange gedauert hat; aber auch dort freut man sich über diese Lösung. Auch deswegen ist es wichtig, dass wir das heute entscheiden.

Ich hoffe, Herr Höing, dass Sie jetzt möglichst schnell für den Investor das entsprechende Baurecht schaffen, damit schnell gebaut wird und dieser Schandfleck direkt neben unserem Histo-

rischen Rathaus endlich verschwindet. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat der Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen aus dem Rat! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Sterck, ich muss Sie ein bisschen korrigieren bzw. ergänzen.

Hier wurde ja schon viel vom Copyright geredet. Dass der Aufzug jetzt an der Stelle gebaut wird und nicht mitten auf dem Alter Markt, wie es am Chlodwigplatz der Fall ist, das hängt mit einer Frau zusammen, nämlich mit Erdmute Adele Nauwerk, damals stellvertretende Bezirksvorsteherin von der CDU-Fraktion. Sie hat in der Altstadt gewohnt, sich die Pläne genau angeguckt und dann laut die Alarmglocken läuten lassen. Ihr Vorschlag wurde bei uns in die BV erörtert und ein entsprechender Beschluss gefasst. Ohne Süßholz raspeln zu wollen, will ich den Rat dafür loben, dass er und auch der damalige Oberbürgermeister Schramma da mitgezogen haben.

Es gab es aber noch eine weitere Person, die ganz entscheidend daran mitgewirkt hat, nämlich Regierungspräsident Lindlar. Dafür musste ja der Bebauungsplan geändert und ein großer Batzen Geld zur Verfügung gestellt werden. - So kam es, dass es jetzt so ist, wie es ist. Meine Lieblingsformulierung ist: Das ist die normative Kraft des Faktischen.

Wir haben übrigens auch sehr intensiv über dieses kleine Fleckchen Erde von Köln, das Rote Haus, diskutiert, in dem viele Jahre lang die Grüne-Fraktion untergebracht war.

(Zuruf)

Ach wissen Sie, da bin ich ganz locker. Wie hat Guido Westerwelle immer gesagt? Lieber ein Haus im Grünen als ein Grüner im Rathaus.

(Heiterkeit)

Man kann ja hier auch mal ein bisschen Spaß und Satire machen und an solche genialen Sprüche erinnern. Ich darf das sagen. Wir haben Humor.

(Beifall bei der FDP)

Zur Sache. In der BV wurde diese Vorlage sehr kontrovers diskutiert. Aber die Mehrheit war für die Beschlussvorlage der Verwaltung. Für uns war ganz wichtig, dass das jetzt endlich zum Abschluss kommt, auch damit man nicht immer wieder vom Investor dieses und jenes fordert und er womöglich noch abspringt. Wir wollen, dass man sagt: Lasst uns das jetzt so machen, egal ob die Treppe zu schmal ist oder nicht. Ich meine, es werden nicht alle so fußlahm sein und unbedingt diese Treppe nutzen. Viele werden auch die Straße heruntergehen, um zum Alter Markt zu kommen. Das sehe ich pragmatisch. - In diesem Sinne vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel hat noch einmal das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Ich mache es jetzt vom Platz aus. - Es wurden zwei sachliche Argumente gegen unseren Antrag vorgebracht, auf die ich gern noch eingehen möchte. Aber zunächst vielen Dank, Herr Hupke, für die kleine Geschichtsstunde hier. Erfreulich, zu hören, dass selbst das, woran sich Herr Sterck erinnert, noch ergänzt werden kann.

Zwei sachliche Gegenargumente wurden vorgebracht. Ein Einwand, der sowohl von Frau Pakulat als auch von Herrn Sterck kam, war, dass durch unseren Antrag eine Verzögerung entstehen würde. Ich möchte darauf hinweisen, dass unser Ergänzungsantrag weder eine Vertagung in weitere Gremien vorsieht noch das Projekt aufhalten soll. Ich sehe es Ihnen nach, dass Sie unseren Antrag noch nicht lesen konnten, weil er als Tischvorlage kam. Deshalb lese ich Ihnen jetzt den Beschlusstext vor:

> Der Rat beauftragt die Verwaltung, diese Variante

- also: die hier vorgelegte Variante; Herr Höing, dafür noch einmal vielen Dank -

> mit dem Investor planerisch auszuarbeiten, die Kosten zu ermitteln und hierüber mit dem Investor zu verhandeln. Im Rahmen der Verhandlungen ist darauf hinzuwirken, die ursprüngliche Breite der Rathaustreppe zur Rathausebene

hin soweit wie möglich zu erhalten mit dem Ziel, den Anforderungen des öffentlichen Stadtraums an dieser zentralen Stelle neben dem Historischen Rathaus gerecht zu werden und diese mit den Nutzungsinteressen des Investors in Einklang zu bringen.

Das heißt: Wir würden mit dem Ergänzungsantrag der SPD auch die Vorlage beschließen, so wie es auch von Ihnen gewollt ist. Insofern ist das kein Argument gegen den SPD-Antrag.

Der zweite Einwand war, die Verwaltung würde sowieso dafür sorgen, dass die Treppe verbreitert wird. Ich würde die Verwaltung bitten, sich dazu noch einmal zu äußern. Unserer Ansicht kann es nicht schaden, das jetzt mitzubeschließen. Es ist nach wie vor konstruktiv aus meiner Sicht, wenn man einen Beschluss fasst zu dem, was man haben will. Ich halte das, was die SPD hier vorschlägt, keineswegs für destruktiv. Ich glaube, es steht völlig außer Zweifel, dass die SPD hier in der Stadt irgendetwas verzögern will. Das wäre nicht vernünftig und nicht sachorientiert. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, dass hier nicht nur viele Menschen die gleiche gute Idee hatten, sondern dass auch viele das Gleiche wollen. - Herr Höing, bitte dazu.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben das schon im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert. Ich hatte dort gesagt: Die Ausführungs- oder Entwurfsplanung liegt noch nicht vollständig vor. Ich nehme das als Hinweis mit. - Man muss aber so ehrlich sein, zu sagen: Wir werden es nicht hinbekommen, diese 2 Meter, um die wir jetzt ringen, vollständig zurückzuführen. Dann ist das Projekt gestorben. Das muss man auch in aller Deutlichkeit sagen. Dann ist vom Erdgeschoss auf Rathausplatzniveau nichts mehr da, und dann wird das ein Investor nicht mehr machen.

Ich habe zugesichert: Wir werden uns um die Ausformulierung des Sockels kümmern. Wenn da noch ein paar Zentimeter herauszuholen sind, dann machen wir das und besprechen das mit dem Investor. Aber ich würde Ihnen heute ungern zusichern wollen, wir verschieben das um 2 Meter. Dann sind nicht nur diese 2 Meter weg, sondern auch das Projekt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja auch nicht beantragt!)

Aber ich nehme das als Hinweis mit. Wir kommen ja ohnehin noch einmal zusammen wegen der Kosten. Wir müssen den Vertrag mit dem Investor auch noch anpassen. Dann werden wir Ihnen noch einmal darlegen, in welche Richtung sich das weiterentwickelt. Stadträumlich gesehen ist eine Breite von 3,50 Meter durchaus akzeptabel. Wir haben das mit unserem Stadtkonservator intensiv besprochen. Wir haben das mit allen, von der Feuerwehr bis zur Kriminalprävention, besprochen. Das ist jetzt kein Menetekel, das ist auch kein Nadelöhr, was wir da herstellen. Aber den Hinweis, alles zu versuchen, ihn noch ein bisschen einzurücken, nehme ich gerne mit.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Höing. - Ich möchte jetzt gern abstimmen lassen.

Zunächst lasse ich den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe Piraten und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD und Pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion enthält sich. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, diese Variante mit dem Investor planerisch auszuarbeiten, die Kosten zu ermitteln und hierüber mit dem Investor zu verhandeln. Im Rahmen der Verhandlungen ist darauf hinzuwirken, die ursprüngliche Breite der Rathaustreppe zur Rathausebene hin soweit wie möglich zu erhalten mit dem Ziel, den Anforderungen des öffentlichen Stadtraums an dieser zentralen Stelle neben dem Historischen Rathaus gerecht zu werden und diese mit den Nutzungsinteressen des Investors in Einklang zu

bringen. Planung und Kostenangaben sind dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln stimmt zu, dass abweichend von seinen Beschlüssen zu den Tagesordnungspunkten 3.1.1 (Anträge AN/2218/2011 und AN/2304/2011) und 10.42 (Beschlussvorlage 3239/2010) aus seiner Sitzung vom 20.12.2011 der Aufzug der Haltestelle Rathaus im neu zu errichtenden „Roten Haus“ auf der Ebene Alter Markt endet und ein weiterer Aufzug im unteren Bereich der Freitreppe, gegenüber dem Haltestellen-Ausgang, als sogenannter Durchlader, den barrierefreien Zugang vom Alter Markt bis hin zur Bürgerstraße sichert. Die Zuwegung zum Aufzug auf Ebene der Bürgerstraße erfolgt über einen zum Alter Markt hin offen gestalteten und gut einsehbaren Gebäudeeinschnitt.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, diese Variante zusammen mit dem Investor planerisch auszuarbeiten, die Kosten zu ermitteln und hierüber mit dem Investor zu verhandeln. Planung und Kostenangaben sind dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.11 auf:

10.11 Wiedereinführung des kommunalen Vorkaufsrechtes
3450/2016/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Man könnte denken: Täglich grüßt das Murmeltier. In jeder Ratssitzung steht Herr Sterck hier vorn und warnt davor, welche Hürden im Wohnungsbau geschaffen werden. In der letzten Ratssitzung habe ich eine ähnliche Rede gehalten und von dem Seufzer von Kirsten Jahn im Wohnungsbauforum berichtet, die da sagte: Ach, wir haben nur noch so wenige Bebauungsplanverfahren im Stadtentwicklungsausschuss; früher waren das viel mehr.

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses letzte Woche Donnerstag gab es bei Tagesordnungspunkt 10, Einleitung, Aufstellung und Offenlegung von Bebauungsplänen, keinen einzigen Unterpunkt mehr, obwohl wir früher bei diesem Tagesordnungspunkt ein ganzes Dutzend von Unterpunkten hatten. Das wollte ich dem werten Kreis hier zur Kenntnis geben. Anscheinend ist ja doch etwas dran an der Warnung von Herrn Sterck, die er in jeder Sitzung wiederholt.

(Beifall bei der FDP)

Sie schaffen es wirklich, meine Damen und Herren, den Wohnungsbau in Köln vollkommen zum Erliegen zu bringen. Mietpreisbremse - das ist kein kommunales Projekt; das gebe ich zu -, Milieuschutzsatzung, kooperatives Baulandmodell und heute kommt noch ein Vorkaufsrecht hinzu, für das wir wieder eine Menge Bürokratie schaffen für geschätzt 6.000 Fälle im Jahr, für deren Prüfung wir 7,5 Stellen schaffen, mit dem wir 650.000 Euro an Kosten verursachen.

Aus der Anlage zu dieser Vorlage wird ersichtlich, welcher Erfolg zu erwarten ist. Das wird ja schon in anderen Städten praktiziert, zum Beispiel in München, Dortmund, Düsseldorf und Hannover. Dort gibt es ungefähr drei bis fünf Fälle pro Jahr, wo dieses Vorkaufsrecht gezogen wurde. Das heißt: Wir schaffen hier eine Bürokratie, wir schaffen 7,5 Stellen, und wir geben 650.000 Euro dafür aus, nur damit wir vielleicht im Durchschnitt viermal dieses Vorkaufsrecht wirklich ziehen. Da muss ich sagen: Das steht in keinem Verhältnis.

(Beifall bei der FDP)

Aber nicht nur das. Es entsteht auch ein Schaden. Ich rede hier nicht nur von dem Vertrauensschaden bei den Investoren, die sich auf ein entsprechendes Projekt eingestellt haben. Ich rede auch von dem Schaden, der entsteht, dass zunächst eine mehrmonatige Prüfung bei der Stadtverwaltung erfolgt und dann, wenn dieses Vorkaufsrecht gezogen wird, eine mehrjährige Umplanung vorgenommen wird. Die Stadtverwaltung wird ja nicht plötzlich anfangen, Wohnungen selbst zu bauen. Nein, das Grundstück wird dann weitergegeben, am besten an die GAG oder wen auch immer. Diejenigen fangen an, dann noch einmal neu zu planen, was ein neues Verfahren

nach sich zieht. Da können Sie sich doch vorstellen, wie lange es dauert, bis wirklich gebaut werden kann, sei es Wohnungen oder anderes.

Das ist genau das, was ich meine: immer neue Hürden, immer mehr Bürokratie. Christian Lindner hat die Wahl in Nordrhein-Westfalen letzten Sonntag

(Zurufe von der LINKEN)

- ja, das möchtet ihr jetzt nicht so gern hören, aber das müsst ihr euch trotzdem anhören - mit seiner Forderung nach einem Entfesselungsgesetz für Nordrhein-Westfalen gewonnen. Genau das brauchen wir für Köln: einen Entfesselungsbeschluss für den Wohnungsbau in dieser Stadt statt immer neue Auflagen, die hier beschlossen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich mache es kurz vom Platz aus. - Den Redebeitrag von Herrn Sterck kann man, glaube ich, so nicht stehen lassen, weil er schlicht und ergreifend zur Legendenbildung beiträgt.

Herr Sterck, ich gehe davon aus, dass Sie wissen, dass das kommunale Vorkaufsrecht in erster Linie natürlich nicht die Absicht hat, Grundstücke, die zum Verkauf von Privat an Privat stehen, zu erwerben. Vielmehr soll von ihm die Signalwirkung ausgehen, dass nicht einer dem anderen ein Grundstück verkaufen kann und der Käufer dann dort irgendetwas baut, wenn dieses Grundstück für Wohnungsbau geeignet ist.

Die Anzahl der Grundstücke, bei denen eine Stadt - Sie haben ja München und Stuttgart angeführt - oder eine Stadttochter tatsächlich das Vorkaufsrecht ausgeübt haben, ist tatsächlich sehr überschaubar. Nichtsdestotrotz sind diese Kommunen nach langjährigem Einsatz des Vorkaufsrechts der Auffassung, dass es ein geeignetes Instrument ist, um ungewollte Verkäufe zwischen Privaten zu verhindern. - Das zum einen.

Zum Zweiten. Sie gerieren sich hier als derjenige, der es schafft, die Wohnungsnot in Köln zu überwinden. Dafür arbeiten Sie hier mit subjektiven Gefühlen, nicht aber mit Fakten. Gestern gab es eine Pressekonferenz der GAG - Herr Sterck, vielleicht haben Sie das auch zur Kenntnis genommen -, in der sie berichtet hat, dass sie im letzten Jahr 400 Wohnungen errichtet hat und in diesem Jahr 500 Wohnungen errichten wird. Wir alle wissen: Das ist nicht genug.

Wir sehen aber auch, dass die vielen Instrumente, die wir in den letzten Jahren im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen beschlossen haben und jetzt Anwendung finden, wirken; vielleicht nicht schnell genug, das mag ja sein, aber sie sind richtig. Ich finde es einfach unverantwortlich, Herr Sterck, dass Sie hier immer so tun, als würde die Mehrheit des Rates versuchen, den Wohnungsbau zu verhindern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Wahl war am 14. Mai. Ich weiß, dass es noch Wahlkampfreden gibt, die nicht gehalten worden sind. Aber wir sind doch hier keine Recyclinganstalt für alte Wahlkampfreden.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines muss man ja auch sagen: Herr Lindner wird gar nichts machen; er ist auf der Durchreise nach Berlin. Insofern, denke ich, sollten wir uns hier wieder an den Fakten orientieren.

Diese Regelung gab es ja schon einmal in 1990er-Jahren. Sie ist damals der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen. Heute gibt es aber einen entscheidenden Unterschied, und dieser entscheidende Unterschied hat mit Digitalisierung zu tun, von der die FDP ja behauptet, davon etwas zu verstehen. Heute gibt es IT-Verfahren, mit deren Hilfe das Verfahren zur Prüfung, ob Grundstücksverhandlungen angehalten werden sollten, damit wir unser Vorkaufsrecht ausüben können, sehr schnell geht. Das ist auch in der Vorlage beschrieben.

Ich gehe natürlich davon aus, dass die Verwaltung schleunigst prüft und dafür sorgt, dass das Verfahren IT-gestützt verläuft, so wie es auch Landesinstitutionen machen. Ich gehe auch davon aus, dass wir nicht den Personalbestand brauchen, der in der Vorlage dafür vorgesehen

ist. Das heißt: Das wird zu einer Optimierung führen.

Eines ist klar: Hier geht es darum, in einer Stadt, wo die Anzahl der Grundstücke für Wohnungsbau sehr knapp ist, diejenigen Grundstücke zu identifizieren, die wir für Wohnungsbau nutzen können, und für sie das Vorkaufrecht auszuüben. Das ist der eigentliche Impetus, der eigentliche Impuls, der von dieser Regelung ausgehen soll.

Insofern dient die Wiedereinführung des Vorkaufsrechts dazu, weitere Grundstücke für den Wohnungsbau zu akquirieren. Wir wissen doch, wie eng die Verhältnisse in Köln sind und dass wir nicht über die entsprechenden Möglichkeiten verfügen. Daher geht Ihre Kritik an diesem Punkt wirklich am Ziel vorbei, Herr Sterck.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, würde ich gern abstimmen lassen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der FDP-Fraktion und von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung das Verfahren zur Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechtes beim Kauf von Grundstücken nach den §§ 24 ff. BauGB im Rahmen eines vorläufigen Verfahrens schnellstmöglich wieder aufzunehmen und die Wiederaufnahme des Verfahrens im Amtsblatt zu veröffentlichen.

1. *Die Wiederaufnahme des vorläufigen Verfahrens soll ab dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die unter 3. näher beschriebenen Stellen bereit gestellt und tatsächlich besetzt sind.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zukunft zur Ablösung des vorläufigen Verfahrens eine das Verfahren vereinfachende technisch basierte Lösung aufzustellen und einzuführen.*

3. *Für die Durchführung des kommunalen Vorkaufsrechtes beschließt der Rat im Vorgriff auf den Stellenplan 2018 die Einrichtung von folgenden 7,5 Mehrstellen im Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster:*

   - *2,0 Stellen Verwaltungsbeschäftigte/r (1 x EGr. 10 TVöD, 1 x EGr. 11 TVöD) bzw. StA (BGr. A 11 Laufbahngruppe 2 LBesG NRW) für die Prüfung und Ausübung des Vorkaufsrechtes*

   - *5,5 Stellen Verwaltungsbeschäftigte/r EGr. 7 TVöD bzw. StOS BGr. A 7 Laufbahngruppe 1 LBesG NRW für die Erstellung der Negativatteste und die Erhebung der Gebühren.*

   Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans sind verwaltungsinterne Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

4. *Der Rat beschließt die 13. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.*

5. *Der Rat beschließt gem. § 83 GO NRW überplanmäßige Aufwendungen für die zusätzlichen Stellen im Teilergebnisplan 0108 – Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten – in 2017 in:*

   Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen 448.200 €

   Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 192.040 €

   Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge in Teilergebnisplan 0108 – Zentrale Liegenschaften – in Teilplanzeile 4 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte – von rund 640.000 €.

6. *Hinsichtlich der Stellenbemessung und demzufolge der Gebührenberechnung erfolgt nach einem Erfahrungszeitraum von einem Jahr seit der Wiederausübung die Evaluation und ggf. Anpassung auf der Grundlage der dann vorliegenden tatsächlichen Rahmendaten (Anzahl Kaufverträge, Zurückweisungen, Negativatteste, Ausübung Vorkaufsrecht, Stand der Datenverarbeitung).*

7. *Der Rat beschließt die 6. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.12 auf:

10.12 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015 - Beteiligungsbericht 2015 0732/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung hier: Wirtschaftsplan 2017 1178/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2017

im Erfolgsplan

mit Erträgen von 191.600 Euro

sowie Aufwendungen von 66.500 Euro

und einem Jahresüberschuss von 125.100 Euro

fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.14 Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln hier: Bonner Straße 478-482, 50968 Köln 0399/2016

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die entstandenen Kostenerhöhungen in Höhe von 2.150.000 € zur Kenntnis.

Für den Mehrbedarf an investiven Auszahlungsermächtigungen stehen im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017, Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Finanzmittel in Höhe von 2.150.000 € zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-2-5149, Sanierung Bonner Str., bereitgestellt.

Für den konsumtiven Mehrbedarf durch Erhöhung der Abschreibung i.H.v. 33.593,75 € sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen, Mittel in entsprechender Höhe eingeplant.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.15 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017 0695/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir stimmen im Folgenden über die Integrierten Handlungskonzepte „Starke Veedel - Starkes Köln“ ab. Ich hoffe, dass wir keine Zeit verlieren und diese Konzepte jetzt auch wirklich umsetzen können. Für die Menschen in diesen Veedeln ist es wichtig, zu erleben, dass Konzepte nicht nur geschrieben, sondern auch umgesetzt werden.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Grundlage der Haushaltssatzung für die Jahre 2016/2017 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2017 in Höhe von 440.000 € gemäß Anlage 2.

Der im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen veranschlagte Aufwandsbetrag in Höhe von insgesamt 446.000 € setzt sich zusammen aus

- *396.000 € laufende Mittel aus der laufenden Förderung der Interkulturellen Zentren*
- *zuzüglich 50.000 € aus dem in 2015 eingerichteten „Integrationsbudget“ (siehe Vorlagen 2288/2015 und 2686/2016)*

und ist in voller Höhe für die Förderung der Interkulturellen Zentren vorgesehen.

Damit kann die Förderung von 37 Interkulturellen Zentren fortgeführt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der derzeit nicht zur Förderung vorgesehenen Restmittel in Höhe von 6.000 € - auf der Grundlage einer vertieften Prüfung vorliegender Förderanträge - für die nächste Sitzung des Rates bislang nicht geförderte, anerkannte Zentren, die den Kriterien der Förderrichtlinie in besonderem Maß entsprechen, zur Förderung oder Anschubfinanzierung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.16 auf:

10.16 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ 0737/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Handlungskonzept (IHK) für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ (siehe Anlage 1).*

   Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.

2. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 4,8 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von 16,5 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt und ist in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen zu berücksichtigen.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung,*

   a) *mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.*

   b) *die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die im Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Rodenkirchen vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.*

   c) *mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Meschenich und Rondorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Rodenkirchen ohne Einschränkung zustimmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.17 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020
0740/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Handlungskonzept (IHK) für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020 (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.*

2. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020 aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 9,2 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von rund 0,6 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des IHKs für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“, wurde nachrichtlich aufgeführt und ist in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen zu berücksichtigen.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung,*

   a) *mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.*

   b) *die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die in den Sozialräumen „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.*

   c) *mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen in den Sozialräumen „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.18 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“
0743/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Handlungskonzept (IHK) für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel*

– Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.

2. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 4,9 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung,*

   a) *mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.*

   b) *die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die im Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Chorweiler vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.*

   c) *mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Chorweiler ohne Einschränkung zustimmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.19 auf:

10.19 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
1142/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2017 Mittel für Antirassismus-Training 2017 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ gemäß Ratsbeschluss vom 20.12.2016 (Vorlage 3686/2016) in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training zu verwenden, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

In seiner Sitzung am 04.04.2017 hat der Rat beschlossen, aus diesen Mitteln 12.000 € an zwei Träger in einem ersten Schritt zu vergeben.

Der Rat beschließt, aus den verbliebenen Mitteln in Höhe von 38.000 € in einem zweiten Schritt Mittel in Höhe von 5.765 € an Träger von zwei weiteren Projekten gemäß Anlage 1 zu vergeben.

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 32.235 € werden in weiteren Schritten vergeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.20 Sanierung und Umbau des städtischen Gebäudes Rothenburger Str. 2, 51103 Köln-Vingst, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Geflüchtete - Baubeschluss
0049/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimme von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Umbau des städtischen Gebäudes Rothenburger Str. 2, 51103 Köln-Vingst, zu einer Unterkunft für Geflüchtete zur

Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung und Vermeidung drohender Obdachlosigkeit im Rahmen der Gefahrenabwehr.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum in den einzelnen Teilplanzeilen folgende Mittel eingeplant:

- *08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen: Bei Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime, ist ein Pauschalbudget von 70.000.000 € zur Errichtung diverser neuer Unterbringungskapazitäten im Bereich Geflüchtete veranschlagt. Für die Herrichtung der Unterkunft Rothenburger Str. 2 werden von dort investive Finanzmittel in Höhe von 2.093.946,72 € im Rahmen einer Sollumbuchung zur Finanzstelle 5620-1004-8-5180, Umbau Rothenburger Str. 2, umgeschichtet.*

- *09 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen:*

Bei Finanzstelle 0000-1004-0-0001 sind Mittel in Höhe von 27.396,18 € eingeplant.

Für die erforderlichen Aufwandsermächtigungen wurden im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 in den einzelnen Teilplanzeilen folgende Mittel eingeplant:

- *13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 113.733,91 €,*

- *14 – Aufwendungen für Abschreibungen 24.179,28 €,*

- *16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von 14.440,86 €,*

insgesamt 152.354,05 €.

Der Mittelbedarf für die Folgejahre verteilt sich gemäß der Anlage 01 und ist bei der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.21 Fortsetzung des Projektes „museumsbus.koeln“
1090/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortsetzung des museumsübergreifenden Projektes „museumsbus.koeln“ von 01.08.2017 bis zum 31.12.2018. Darüber hinaus beschließt der Rat die Mittelverwendung zur Finanzierung einer vollen Stelle Museumspädagoge/in EG 13 TVöD (ehem. VGr. II Fg. 1a BAT) beim Museumsdienst der Stadt Köln zur Leitung und Betreuung des Projekts und die damit verbundene Verlängerung der Befristung der entsprechenden Stelle bei 4522/1 Museumsdienst bis 31.12.2018. Die hierfür benötigten Mittel in Höhe von jährlich 78.400 € stehen im Teilplan 0411 – Museumsdienst – Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Beckamp verlässt die Sitzung endgültig.

10.22 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2017 bis 2020 und Vergabe der Leistungen
0773/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe Piraten
AN/0794/2017

Gestatten Sie mir vorab noch eine Bemerkung dazu. Wir wissen, dass auch dieses Jahr wieder eine Silvesterfeier stattfinden wird. Wir haben den Jahreswechsel auf dem Plan und dazu auch schon entsprechende Überlegungen angestellt, weil wir das Gleiche wollen wie Sie, nämlich dass in Köln friedlich und fröhlich gefeiert werden kann und diese Bilder dann auch in die Welt ausgestrahlt werden. Sobald unsere Überlegungen konkreter sind, werden wir sie Ihnen selbstverständlich rechtzeitig mitteilen.

Jetzt hat Herr Krupp das Wort. Bitte schön.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben unter 10.22 die Vorlage zur Mittelfreigabe für das Sicherheitskonzept zu den Silvesterfeierlichkeiten in den nächsten Jahren. Ich glaube, nach den Ereignissen an Silvester 2015/2016 ist allen klar: Das ist eine dringende Notwendigkeit. Ich möchte gleich zu Anfang sagen: Die SPD-Fraktion ist mit dieser Verwaltungsvorlage, die den Teil Sicherheit betrifft, einverstanden.

Uns ist allerdings wichtig, zu betonen, dass das Thema Sicherheit nur der erste Schritt sein kann. Der zweite Schritt ist zwingend, dass Köln sich als sichere, aber weltoffene Metropole präsentiert, in der Menschen jedweder Herkunft friedlich miteinander leben und auch Silvester feiern können. Köln hat - darauf rekurrieren wir in unserem Antrag - eine sehr gute Tradition, mit kulturellen Veranstaltungen ein Miteinander, ein Zusammenhalten in der Stadt herzustellen. Wir glauben, solche Bilder sind wichtig, um das ramponierte Image von Köln, was Silvesterfeierlichkeiten angeht, in den nächsten Jahren wieder aufzuwerten.

Die Sicherheit an Silvester ist das Grundlegende; ohne die geht es nicht. Um im Bild einer Verletzung zu bleiben, die es ja an Silvester 2015/2016 leider sowohl wörtlich als auch im übertragenen Sinne gegeben hat: Sicherheit steht dafür, dass es zu keinen Verletzungen kommt. Aber um eine Wunde zu heilen - das meine ich jetzt im übertragenen Sinne -, bedarf es eben mehr. Daher wünschen wir uns ein Konzept, das wie dieses Sicherheitskonzept auf die nächsten Jahre abzielt und aufzeigt, wie die Stadt Köln für Silvesterfeiern ein Bild in die Welt transportieren will, das deutlich macht, dass man hier nicht nur sicher, sondern auch friedvoll miteinander im kulturellen Kontext feiern kann.

Ich bin der Frau Oberbürgermeisterin dankbar für ihre Ankündigung, dass an diesen Dingen bereits gearbeitet wird. Nichtsdestotrotz halte ich es für richtig, wenn der Rat als gewählte Vertretung der Kölnerinnen und Kölner sich auch noch einmal klar dazu bekennt. Im Übrigen haben wir in unserem Änderungs- bzw. Zusatzantrag sehr konkrete Vorstellungen formuliert, die in ein solches Konzept einfließen können.

Wenn es jetzt heißt: Wir werden Sie rechtzeitig informieren, muss ich Sie daran erinnern, dass das letztes Jahr leider nicht so war. Ende Juni 2016 lag Ihnen das Konzept eines Veranstalters vor. Den muss man nicht nehmen, dessen Konzept muss man nicht gut finden; man kann auch ein anderes Konzept machen. Spätestens da ist aufgefallen, dass es schon Überlegungen dazu gibt. Nach einem kurzen Gespräch wurde das abgeblasen und gesagt, aus Sicherheitsgründen sei das nicht möglich. Klar, Sicherheit hat hier Priorität. Gleichwohl hätte man das in mehr als einem Gespräch klären müssen und können.

Erst im September 2016 fand dann auf Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde im Rat der Stadt Köln statt, in der wir das berühmte Thema Zaun diskutiert haben. Damals wurde gesagt, dass es eben auch positive Bilder braucht, dass es eine gewisse Feierlichkeit braucht.

Am 12. Dezember 2016, sage und schreibe einen halben Monat vor Silvester, hat die Stadt Köln eine Pressemitteilung herausgegeben, aus der hervorging, dass es eine Illumination am Dom geben soll und dass zwei Chöre singen werden, denen ich ausdrücklich dankbar dafür bin. Wenn sie sich nicht bereit erklärt hätten, dort zu singen, hätte es nämlich schlecht ausgesehen.

Deshalb sind wir schon sehr vorsichtig, wenn es heißt: Wir sind da dran und werden es Ihnen rechtzeitig mitteilen. - Wir würden das gern mit unserem Ratsantrag noch einmal unterstreichen. Im privaten Kreis ist es ja durchaus üblich, spätestens nach Ostern gefragt zu werden, was man Silvester macht. Insofern sind wir hier keine Minute zu früh. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Mich fragt komischerweise keiner mehr, was ich Silvester mache.

(Heiterkeit)

Als Nächster hat Herr Frank das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt keine Grundsatzrede zu Silvester halten, aber an einiges erinnern. Wir haben im Hauptausschuss nach Silvester - es muss Januar oder Februar gewesen sein - über dieses Thema gesprochen, auch in Auswertung dessen, was Silvester 2016 geschehen ist, und haben bei der Gelegenheit die Verwaltung gebeten, eine entsprechende Planung vorzubereiten bzw. Vorschläge zu machen, welche kulturellen Darbietungen an Silvester auf dem Roncalliplatz

oder im Umfeld vorgesehen werden können. Das heißt: Man braucht wieder ein attraktives Konzept. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung dies auch vorlegt und wir dann Gelegenheit haben werden, darüber zu diskutieren.

Insofern ist es jetzt - die SPD ist ja auch im Hauptausschuss vertreten und müsste sich eigentlich daran erinnern - ein bisschen aus der Hüfte geschossen, mit einer Tischvorlage, die die Fraktionen heute um 14 Uhr erreichte, ein Fest vorzuschlagen, das sich an Birlikte orientiert, wie es hier heißt. Das ist eine Möglichkeit. Aber das jetzt einfach mal so spontan zu entscheiden, wäre der Sache nicht angemessen. Wir müssen erst einmal wissen, was die Verwaltung vorschlägt und was auch zum Sicherheitskonzept passt.

Kurz und gut: Deshalb kann man diesen Vorschlag der SPD jetzt nur zurückstellen. Er wird sicherlich in Zusammenhang mit den Vorschlägen der Verwaltung noch einmal behandelt werden können. Gemäß Geschäftsordnung bitte ich daher, diesen Antrag zurückzustellen und ihn, wenn die Verwaltungsvorlage vorliegt, noch einmal zu diskutieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Sicherheitskonzept zur letzten Jahreswende war als Antwort gedacht auf die schrecklichen sexuellen Übergriffe auf junge Frauen an Silvester 2015. Es war die falsche Antwort. Hunderte junge Männer wurden von der Polizei ohne ersichtlichen Grund kontrolliert und festgehalten. Der Roncalliplatz war menschenleer. Als ich im letzten Jahr über den leeren Roncalliplatz spazierte, sprach eine junge Frau eine Ordnungsperson an und sagte: Es soll doch hier eine Party sein. - Da war aber keine Party, und die Polizei hatte sich völlig verschätzt, wer da am Bahnhof ankommt.

In der letzten Sitzung des Polizeibeirates merkte der Polizeipräsident an: Man kann den Konflikt nicht jedes Jahr polizeilich lösen. Wir brauchen ein Konzept für eine zivile Konfliktlösung. Die Polizei kann Konflikte nicht lösen; dafür ist sie auch nicht da. Sie kann sich allenfalls an einer Konfliktlösung beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir, die Kommune, der Rat und Sie, Frau Oberbürgermeisterin als Chefin der Verwaltung, müssen die Initiative ergreifen. Wir sind gefordert. Wir dürfen diesen Konflikt nicht von uns wegschieben und der Polizei überlassen. Die Verwaltung plant aber auch für die nächsten Jahre solche ausgrenzenden Silvesterveranstaltungen nach dem Vorbild des letzten Jahres, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst der Polizeipräsident hat in der Diskussion im letzten Jahr darauf hingewiesen: Man braucht keine Drängelgitter. Das kann man, wenn man will, auch anders lösen. - Man kann mit polizeilichen Mitteln manchen Phänomenen entgegenwirken; gar keine Frage. Aber wir müssen auch die gesellschaftlichen Grundlagen von Konflikten in den Blick nehmen und an ihnen arbeiten.

Meine Damen und Herren, damit beschäftigt sich zum Beispiel das Forum Ziviler Friedensdienst. Es hat seinen Sitz hier in Köln. Das Forum wird von der EU und der Bundesregierung gefördert. Das Forum ZFD - so die Abkürzung - hat in den letzten Jahren Kommunen in Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und den Grünen-Oberbürgermeister von Tübingen bei der Gestaltung von Integrationsprozessen und bei Konflikten beraten. Warum kooperieren wir nicht mit dieser Stelle? Warum schottet sich die Verwaltung ab, statt konstruktive Lösungen zu suchen?

Das Forum ZFD schreibt in seiner Broschüre „Kommunale Konfliktberatung“ - ich zitiere -:

> Soziale Brennpunkte, eskalierende Gewaltkonflikte und bestehende Spannungen zwischen einzelnen Gruppen in der Gesellschaft sind in diesem Sinne Herausforderungen und Chance für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung, deren Erfolg davon abhängt, wie konstruktiv mit derartigen Konflikten umgegangen wird.

Zitatende. - Wir wollen diesen Gedanken aufgreifen. Dazu brauchen wir eine andere Silvesterveranstaltung als im letzten Jahr.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen ein Event schaffen, auf dem Kölnerinnen und Kölner miteinander feiern können und an dem sich Menschen aus dem Umland und auch junge Männer, die vielleicht zum letzten Silvester am Bahnhof eingekesselt worden sind, beteiligen können.

Lieber Kollege Frank, dieser Antrag ist nicht aus der Hüfte geschossen. Ich habe euch persönlich bei der einen oder anderen Gelegenheit darauf angesprochen - zum Beispiel Frau Jahn -, dass wir da einen anderen Weg gehen müssen. Aber da ist nichts gekommen. Dieses Thema habe ich mit der SPD schon vor einem Vierteljahr angesprochen. Um Vorschläge zu entwickeln und sie auszuformulieren, braucht es eine gewisse Zeit.

Frau Reker, für die Kultur sind in Ihrer Vorlage bisher keine finanziellen Mittel vorgesehen. Diese Vorlage betrifft allein das Ordnungsrecht. Insofern muss man sich schon Sorgen machen, wie das weitergeht.

Kollege Frank, da Sie eben von entsprechender Planung gesprochen haben: Ja, Sie wollen, dass es wie im letzten Jahr läuft. Und das will ich nicht. Deswegen beinhaltet dieser Änderungsantrag ein anderes Konzept. Er versucht, einen Weg zu öffnen, wie das Problem, das wir im letzten Jahr hatten, gelöst werden kann, vielleicht nicht schon an Silvester dieses Jahres, aber bei dem im nächsten oder im übernächsten Jahr. Das ist unser Ansatz. Wir wollen nicht, dass weitergemacht wird wie bisher in der Hoffnung, die Polizei werde das schon lösen. Die Polizei kann das nicht lösen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, ich unterstelle Ihnen, dass Sie wirklich das Beste wollen. Aber ich war von 17 Uhr bis 0.30 Uhr auf dem Roncalliplatz oder in unmittelbarer Nähe. Nach 0.30 Uhr wurde es dort leer. Sie müssen erst ab 0.45 Uhr dort gewesen sein.

Ich möchte noch eines sagen: Das Zitat des Polizeipräsidenten kenne ich auch; das stimmt. Aber der Polizeipräsident hat im Nachgang der Silvesterfeier ausdrücklich gesagt, dass sich die Schutzzone sehr bewährt hat, und angeregt, diese Schutzzone im nächsten Jahr auszudehnen.

Ich gebe jetzt Herrn Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können das, was Herr Detjen hier gesagt hat, nicht so stehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Für viele Frauen war es eine gute Botschaft, dass sie auch an Silvester wieder ohne Angst und Scheu auf den Roncalliplatz gehen und dort feiern können.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts dessen, was vielen Frauen dort vorletztes Jahr passiert ist, jetzt eine zivile Konfliktberatung vorzuschlagen, zeugt von völliger Ahnungslosigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Frauen, die begrapscht werden, wollen keine zivile Konfliktberatung. Sie wollen, dass Polizeibeamte vor Ort sind. Sie wollen das Recht haben, dort feiern zu können. Sie wollen, dass Straftäter bestraft werden, wenn sie ihnen etwas angetan haben. Sie wollen nicht, dass wir dort Moderatoren einsetzen, sondern sie wollen, dass die Täter gefangen genommen und zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei der FDP)

Was Sie hier vorschlagen, Herr Detjen, das hilft keiner Frau und ist beschämend für die Opferinnen, die dort Übergriffen schutzlos ausgesetzt waren.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein, Herr Detjen. Ich lasse einfach nicht zu, was Sie hier für ein Frauenbild vermitteln. Frauen haben das Recht, sich zu jeder Uhrzeit an jedem Ort in Köln aufzuhalten und zu feiern. Das war in der vorletzten Silvesternacht nicht gegeben, in der letzten Silvesternacht aber schon. Das war möglich durch das Schutzkonzept, das wir hier verabschiedet haben.

(Beifall bei der FDP)

Dafür sind wir dem Polizeipräsidenten und unserer Oberbürgermeisterin dankbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich lasse auch nicht zu, das Konzept, das die Oberbürgermeisterin mit dem Polizeipräsidenten erarbeitet hat, als „ausgrenzende Silvesterfeierlichkeiten“ zu bezeichnen. Nein, das Konzept war gerade eine Einladung, dass Frauen auf dem Roncalliplatz wieder sicher feiern können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie
bei Teilen der CDU)

Darum wünsche ich mir, dass dieses Konzept weitergeführt wird. Es wurde schon angesprochen, dass wir es im letzten Jahr mit Veranstaltungen flankiert haben. Ich meine, die Lichtinstallation war schon sehr erfolgreich. Es war auch berührend, zu sehen, welche Gruppen dort aufgetreten sind. Ich bin sicher, da kommt etwas.

Eigentlich wollte ich den Vorschlag von Jörg Frank unterstützen. Aber nachdem ich gehört habe, was mit diesem Antrag instrumentalisiert werden soll, bin ich zu der Meinung gekommen, diesen Antrag abzulehnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da setze ich lieber auf unsere Kölner Oberbürgermeisterin und ihre Verwaltung und auf ihr Konzept, das sie hier vorstellen wird, und auf den Kölner Polizeipräsidenten, als auf das, was dieser Änderungsantrag uns hier vorgaukelt. Darum werden wir den ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich hier nicht auf die FDP eingehen, muss aber doch feststellen: Sie haben Ihren Wahlkampfmodus noch nicht heruntergefahren. All diejenigen, die immer noch nicht wissen, was liberal ist, sollten einmal ganz genau hinschauen bei dieser ordnungspolitischen Partei; das nur am Rande.

Die letzten zwei Silvester haben viel Kritik, Empörung und Angst hervorgerufen. Unser Antrag ist ein angemessener Versuch, dies in Zukunft zu vermeiden.

Ich möchte doch noch einmal kurz auf das zurückkommen, was in den letzten beiden Jahren an Silvester passiert ist. Silvester 2015/2016 war unbestreitbar eine Zäsur. Da muss eine klare Sprache gesprochen werden. Grausame Übergriffe auf Frauen und Mädchen, Raub, Diebstahl, körperliche und sexuelle Angriffe und das alles in einem Ausmaß, das vorher unvorstellbar war. Die Polizeiarbeit war schlecht. Die Medien und der Untersuchungsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen haben dezidiert nachgewiesen, dass die Polizei mit ihren Aktionen die Sache verschlimmert hat und Frauen von der Polizei im Stich gelassen wurden. Die Konsequenz war - das wissen wir alle -: Polizeipräsident Albers musste gehen.

Silvester 2016/2017 sollte sich alles ändern. Aber um welchen Preis? Einzelne oder kleinere Gruppen von Männern und Jugendlichen mit dunklen Haaren wurde am Dom aussortiert und eingekesselt. Die Polizeimaßnahme, die dort angewendet wurde, nennt sich Racial Profiling, egal wie schöngeredet das wird.

(Beifall bei den Piraten und der LINKEN)

Menschen auszuschließen, weil sie angeblich anders aussehen oder eine schwarze Hautfarbe haben, ist nicht nur rechtswidrig und falsch, sondern auch besonders bitter für die Betroffenen.

Gerade der abgetrennte Bereich um den Dom herum wurde von spitzen Zungen als ein mit Laserlicht beleuchteter internationaler Polizeiball beschrieben. Das hat mich eher bedrückt wie auch die unglaublich grauenhafte Art und Weise der Diskussion in den sozialen Netzwerken im Nachgang zu Beginn dieses Jahres. Kritik an der Vorgehensweise wurde nicht nur ungern gesehen, sondern man wurde digital niedergeschrien und Menschen wie Simone Peters von den Grünen sogar so lange gehatespeecht, bis sie ihre Meinung zurückgenommen hat, weil ihr sogar die eigenen Parteifreunde in den Rücken fielen.

Zum Karneval dieses Jahres fiel der Polizei nichts Besseres ein, als Flüchtlingsinitiativen davon abzuraten, gemeinsam mit Geflüchteten zu feiern. Die Flüchtlinge wurden gewarnt, dass sie dort besser nicht auftauchen sollten; sonst würden sie besonders kontrolliert. Auf der anderen Seite erhielt die Polizei an Karneval einen Wagen mit Herzchen für unseren Polizeipräsidenten.

Polizeiarbeit ist richtig und notwendig, aber kein Allheilmittel. Das kann man gar nicht oft genug sagen. Genauso notwendig ist es, neue Konzepte zu überlegen. Genau daher ist dieser Antrag wichtig.

Wir Piraten wollen mitnehmen und nicht absperren, nicht trennen und - liebe FDP - kein langfristiges Kontroll- und Überwachungssystem in Köln. Es geht darum, Lehren aus den schlimmen Erfahrungen zu ziehen, jenseits von Videoüberwachung, die wir nun wirklich nicht wollen, weil sie ein Placebo ist und für Ordnungsmacht steht.

Wir als kleine Gruppe der Piraten haben Ideen und Anregungen direkt nach Silvester 2015/2016 geliefert:

Für Karneval haben wir Aufklärung statt Verbote gefordert: Infos in Unterkünften, Infos in Apps.

Das alles haben wir immer auch mit der Ansage verknüpft, dass die hiesige Gesellschaft schon seit Jahren mit sexueller Gewalt und Diskriminierung zu kämpfen hat.

Wir haben die Übernahme des präventiven Aspekts des Münchner Sicherheitsschutzkonzepts „Sichere Wiesn“ gefordert, was zum Teil an Silvester auch umgesetzt wurde.

Unser Antrag „Präventionsarbeit zu sexueller Gewalt in Köln stützen“ befindet sich zwar noch in der Beratung, aber alle sind sich einig, dass auch Männer ihr grenzverletzendes Verhalten ändern müssen. Es braucht endlich mehr Präventionsangebote auch für Erwachsene; denn Präventionsarbeit mit potenziellen Tätern ist der beste Opferschutz. So kommt es gar nicht erst zu Opfern.

Auf unsere Anregung in der aktuellen Ratsanfrage „Stärkeres Reizgas und Schlagstöcke für das Ordnungsamt - alternativlos?“ wird die Stadt nun das Konzept „Allparteiliches Konfliktmanagement in München“, kurz AKIM, auswerten. Danke übrigens an die Verwaltung, dass unsere Anfrage gleich so umgesetzt wird; das erspart uns einen Prüfantrag an der Stelle.

Gemeinsam mit LINKEN und SPD machen wir klar, dass 1,3 Millionen Euro für mehr Sicherheit in den kommenden drei Jahren nicht reichen werden. Man muss ein Programm anbieten, an dem jeder teilhaben kann. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gern der Gleichstellungsbeauftragten dazu das Wort geben.

Gleichstellungsbeauftragte Dagmar Dahmen: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gespräche, die ich mit den Frauenverbänden und den Beratungsorganisationen geführt habe, machen deutlich, dass die Frauen sich tatsächlich geschützter und sicherer gefühlt haben aufgrund dieses Sicherheitskonzepts. Trotz dieses Sicherheitskonzepts hat es jedoch immer noch sexuelle Übergriffe gegeben. Allein an Karneval waren es 60. Die Frauen und die Verbände gehen jetzt ganz aktiv auf verschiedene Institutionen zu, um das umzusetzen, was hier auch angeregt wurde, nämlich präventiv mit den Jungen und Männern zu arbeiten, damit solche Übergriffe künftig unterbleiben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse zuerst über den Geschäftsordnungsantrag der Grünen abstimmen, den Antrag der SPD-Fraktion zurückzustellen. - Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Eine Verfahrensfrage, Frau Oberbürgermeisterin. Wir würden unseren Antrag schon aufrechterhalten wollen. Ist das so nach der Geschäftsordnung korrekt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse gleich auch über Ihren Antrag abstimmen.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Das ist gut. - Danke.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht ja nicht, wenn er zurückgestellt ist!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich höre gerade, das geht so nicht. Dann muss ich eine andere Reihenfolge wählen. Danke für den Hinweis!

(Unruhe)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann einen Antrag entweder ablehnen, ihm zustimmen oder ihn vertagen. Die beantragte Zurückstellung ist eine Vertagung des Antrags. Ich hatte beantragt, dass er dann wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, wenn die Verwaltung ihr Veranstaltungskonzept für Silvester vorlegt, was sie ja angekündigt hat. Ich gehe davon aus, dass das noch vor der Sommerpause der Fall sein wird; aber ich bin nicht Verwaltung. Dann wollen wir uns auch mit diesem Antrag befassen. Es wäre Quatsch, wenn wir den Antrag jetzt abstimmen würden; denn wir hatten ja den Geschäftsordnungsantrag gestellt, ihn zurückzustellen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist also ein Antrag auf Vertagung.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe. Ich kann nichts verstehen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Eine Minute, Frau Oberbürgermeisterin! Wir würden das gerne einmal ganz schnell untereinander abklären!)

Ich unterbreche die Ratssitzung für zwei Minuten.

(Unterbrechung von 18.52 bis 19.08 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich möchte die Sitzung jetzt gerne fortführen. - Es gibt Hundert verschiedene Vorschläge, wie man hier abstimmen lassen soll. Ich habe auch Vorschläge gemacht, wie man zu einem Ergebnis kommt. Aber das wird so nicht gewünscht. Daher lasse ich jetzt so abstimmen, wie ich mich dabei am wohlsten fühle.

(Teilweise Heiterkeit und Beifall)

Ich kenne die Geschäftsordnung auch. Ich mache das ja auch nicht erst seit gestern. Ich mache es genauso, wie ich es von Anfang an vorgeschlagen habe, und lasse zunächst abstimmen über den Vertagungsantrag für den Ergänzungs- und Zusatzantrag.

Wer wünscht, diesem Geschäftsordnungsantrag zuzustimmen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen und die CDU-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und Piraten, die Fraktion DIE LINKE und Herr Wiener. Dann ist das mit 43 Stimmen meines Erachtens so beschlossen.

(Zurufe: Ja!)

Jetzt lasse ich abstimmen über die ursprüngliche Vorlage. Ich bitte um das Handzeichen. Wer stimmt gegen diese Vorlage? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE, die Ratsgruppen GUT und Piraten enthalten sich. Dann ist diese Vorlage so beschlossen. Vielen Dank.

Bitte sehr.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, erlauben Sie mir, kurz und knapp eine persönliche Erklärung abzugeben. - Es ist jetzt so abgestimmt, wie abgestimmt worden ist. Sie haben ja auch gesehen, dass wir uns enthalten haben. Beim Abstimmungsverfahren - das muss ich sagen - habe ich ein seltsames Gefühl. Ein Änderungsantrag, der zu einer Vorlage eingereicht wurde, kann meines Erachtens nicht getrennt von der Vorlage vertagt werden. Das ist meine persönliche Auffassung. Ob das gegebenenfalls noch einmal überprüft wird, lasse ich im Moment dahingestellt. Aber es ist jetzt so, wie es ist. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich hätte bei jeder anderen Abstimmung auch ein seltsames Gefühl gehabt, Frau dos Santos Herrmann. Das haben wir hier in den letzten Jahren auch so nicht gemacht. Aber ich bin jetzt ergebnisorientiert vorgegangen. Darüber müsste sich die SPD-Fraktion eigentlich freuen. Wer weiß, wie der Änderungsantrag sonst abgestimmt worden wäre.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Vertagungsantrag von Ratsmitglied Frank:

Der Rat möge beschließen, die Angelegenheit bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, zu dem die Verwaltung das Veranstaltungskonzept vorlegt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppen pro Köln, Piraten und GUT zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Köln im Sinne einer präventiven Vermeidung und zur Abwehr von Gefahren anlässlich der Silvesterfeiern in den Jahren 2017 bis 2020 ein erhöhtes Risiko-*

management analog der Silvesterfeier im vergangenen Jahr betreibt.

2. *Der Rat der Stadt Köln erkennt den mit der Übernahme dieses erhöhten Risikomanagements verbundenen finanziellen Bedarf in Höhe von netto insgesamt 1.344.400 EUR (brutto 1.599.836 EUR) für 2017 sowie der Option einer dreimaligen Verlängerung für 2018, 2019 und 2020 (jährlich netto 336.100 EUR; brutto 399.959 EUR) an und stimmt der Ausschreibung von Sicherheitsmaßnahmen als Gesamtpaket zu.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und der Gruppen pro Köln, Piraten und GUT zugestimmt.

Anmerkung:
Um sich in dieser Angelegenheit abzustimmen, wurde die Sitzung in der Zeit von 18.52 Uhr bis 19.08 Uhr unterbrochen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

10.23 Offene Ganztagsschule im Primarbereich - Bedarfsgerechter Ausbau auf 29.700 Plätze
0241/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt den insgesamt 800 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den offenen Ganztagsschulen im Primarbereich zur Kenntnis und*

2. *beschließt, das Platzkontingent ab dem Schuljahr 2017/2018 vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse auf insgesamt 29.700 zu erhöhen.*

3. *Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2018 die notwendigen zusätzlichen 0,37 Stellen der EGr. E5, FGr. 2 TVöD in den Schulsekretariaten sowie 0,64 Stellen mit der BGr. A7 LBesG NRW zur Festsetzung der Elternbeiträge in der Jugendverwaltung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2018 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.*

   Zur Finanzierung beschließt der Rat für 2017 beim Amt für Kinder, Jugend und Familie überplanmäßige Mehraufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 15.787 Euro und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (Sachkosten Büroarbeitsplatz) in Höhe von 5.333 Euro. Die Deckung der Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 21.120 Euro erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen).

   Der für 2017 beim Amt für Schulentwicklung im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen entstehende Mehrbedarf in Höhe von 7.338 Euro wird durch Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 bei Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen) im Wege der echten Deckung finanziert.

   Ab dem Haushaltsjahr 2018 sind jährlich Aufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 37.888 Euro, in Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (Sachkosten Büroarbeitsplatz) in Höhe von 12.800 Euro und im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 17.612 Euro zu veranschlagen.

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, eine grundsätzliche Klärung der Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel - insbesondere im Hinblick auf die vorgesehene Dynamisierung der Pflichtanteile der Kommune - für die Zukunft herbeizuführen und einen entsprechenden Vorschlag für die Haushaltsaufstellung 2019 ff. zu unterbreiten.*

   In 2017 erfolgt die Finanzierung aus bereits veranschlagten Mitteln. Die im Haushaltsjahr 2018 zusätzlich benötigten Mittel für den weiteren Ausbau in Höhe von 4.082.096 Eu-

ro sind im Rahmen der Haushaltsplanveranschlagung 2018 ff. berücksichtigt.

In Fortführung des Ratsbeschlusses vom 10.05.2016 wird die seit dem 01.08.2016 bestehende schuljährliche dreiprozentige Dynamisierung der Landesförderung sowie der in gleicher Weise sukzessiv steigende Pflichtanteil der Kommune als tatsächliche Erhöhung der Betriebsmittel zur Qualitätssicherung an die Träger ausgezahlt. Dies macht im Haushaltsjahr 2018 zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 579.150 Euro erforderlich. Diese Summe ist in den o.g. zusätzlich benötigten Mitteln für das Haushaltsjahr 2018 bereits enthalten. Die Höhe der Gesamtaufwendungen, die an die Trägervereine zur Durchführung der OGS-Angebote auszuzahlen sind, beträgt somit 73.534.810 Euro (davon 23.028.096 Euro als freiwilliger städtischer Anteil).

5. Die Finanzierung der Kosten für ergänzende Einrichtungsgegenstände sowie Beschäftigungsmaterialien i.H.v. 352.000 Euro (160.000 Euro für zusätzliches Material; 192.000 Euro für ergänzende Ausstattung) erfolgt im Haushaltsjahr 2017 aus bereits veranschlagten Mitteln aus dem Teilfinanzplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Zeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

6 Der Rat nimmt den derzeitigen perspektivischen Bedarf in Höhe von 31.464 OGS-Plätzen (83 %) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit, jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Mehrbedarf vor Beginn des jeweiligen Schuljahres dem Rat bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.24 auf:

10.24 Nationale Projekte des Städtebaus: „Lebenswertes Chorweiler - ein Zentrum im Wandel“, Umgestaltung des Liverpooler Platzes und des Pariser Platzes sowie des Lyoner Platzes
Baubeschluss
1104/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ich möchte bitten, wie Anlage 10 abstimmen zu lassen. Das ist der Vorschlag der Verwaltung, der im Wesentlichen die Vorschläge der Bezirksvertretung Chorweiler beinhaltet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das habe ich vor.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Machen wir sehr gerne mit! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Hätten wir sowieso gemacht!)

Frau Sommer.

Ira Sommer (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wir beantragen auch, wie Anlage 10 abzustimmen. Wir danken auch der Verwaltung dafür, dass sie so schnell das, was die Bezirksvertretung Chorweiler beschlossen hat, eingearbeitet hat und man das, was beschlossen wurde, in Anlage 10 wiederfindet.

Ich will noch kurz ein paar Worte dazu sagen. Dieser Beschlussvorlage ist ein sehr aufwendiges Verfahren vorangegangen. Vielen Dank dafür! Das tut gut, sowohl dem Stadtbezirk als auch dem Stadtteil. Für uns spielt die Ziffer 6 im Beschlusstext eine große Rolle, nämlich dauerhaft die Mittel für die Unterhaltung und den Betrieb der Brunnenanlage bereitzustellen. Das ist wirklich ein großes Thema. Denjenigen, die den Stadtteil nicht kennen, will ich sagen: Es gibt dort den Kronenburgbrunnen. Er liegt seit Jahren still. Wir hatten in der Bezirksvertretung mehrfach versucht, den Brunnen wieder zu aktivieren. Das ist an den Mitteln gescheitert. Daher ist es dringend erforderlich, dass die Mittelbereitstellung auf lange Sicht sichergestellt ist. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen wie Anlage 10; das ist der aktualisierte Beschlussvorschlag der Verwaltung. Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß aktualisiertem Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Rat nimmt die Entwurfsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der baulichen Umsetzung des Planungskonzepts zur Umgestaltung der zentralen Chorweiler Plätze Liverpooler Platz, Pariser Platz sowie des sogenannten "Lyoner Platzes" und deren Umfeld mit Gesamtkosten in Höhe von 8.400.465 €, hiervon 8.075.000 € für Planung und Ausführung der Platzgestaltung sowie 325.465 € für die Platzbeleuchtung;

Der Rat beauftragt die Verwaltung, folgende Wünsche im Zuge der Ausführungsplanung zu prüfen und bei positivem Ergebnis in die Planung zu integrieren oder, falls möglich, Alternativvorschläge zu erarbeiten:

1. *Die Einrichtung eines gesicherten Übergangs über die Fahrbahn vom Bereich des S-Bahnausgangs der U-Bahnstation zum neu geplanten Taxistand*
2. *Die Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens auf der umführenden Straße des Liverpooler Platzes*
3. *Die Möglichkeit einer Ausweisung der Platzflächen sowie der Fußgängerbereiche der zentralen Wegeverbindung zwischen Seeberg und Blumenberg als Fuß- und Radweg.*
4. *Die Errichtung einer weiteren Toilette an geeigneter Stelle im Bereich der Lyoner Passage.*
5. *Die Platzierung der Bänke auf dem Liverpooler Platz dergestalt, dass ein problemloses Rangieren möglich ist.*
6. *Den Baum der Kinderrechte hervorzuheben.*
7. *Im Bereich der Lyoner Passage die Bühne näher an den Pariser Platz zu legen und die hier gelegenen Sitzgelegenheiten zu überdachen.*
8. *Die Einrichtung von Carsharing-Stationen sowie von Serviceeinrichtungen für e-Mobilität.*

Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung:

1. *Die Anzahl der neu geplanten Stellplätze nicht zu erweitern.*
2. *Die Nutzung des ECE-Parkhauses bei Abendveranstaltungen über die normalen Schließungszeiten hinaus nach Möglichkeit vertraglich zu sichern.*
3. *Ein Parkleitsystem für Chorweiler-Mitte zu entwickeln und umzusetzen.*
4. *Das Beleuchtungskonzept nach Abschluss der Entwurfsplanung der Bezirksvertretung Chorweiler vorzustellen.*
5. *Den Tisch der Nationen als Ersatz für das entfallende Mosaik auf dem Pariser Platz gemeinsam mit der Künstlerin desselbigen sowie den Chorweiler Bürgern mit einem neuen Mosaik zu belegen.*
6. *Dauerhaft die Mittel für die Unterhaltung und den Betrieb der Brunnenanlage bereitzustellen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.25 auf:

10.25 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2016
1468/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass aus dem Jahresüberschuss, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2016 erwirtschaftet hat, ein Betrag in Höhe von 45.000 Tsd. € an die Stadt Köln ausgeschüttet wird.

Die Vertreterin / der Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 13.1 auf:

13.1 Teilaufhebung des Bebauungsplans 6646 Sd 2/04 (67464/04)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Marienhospital in Köln-Altstadt/Nord
4252/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Teilaufhebung des Bebauungsplans 6646 Sd 2/04 (67464/04) für das Gebiet zwischen Dagobertstraße, Kunibertskloster auf einer Länge von circa 30 m, gerade Linie nach Westen, südliche Grenze Flurstück 564 (Gemarkung Köln, Flur 27) und Unter Kahlenhausen in Köln-Altstadt/Nord —Arbeitstitel: Marienhospital in Köln-Altstadt/Nord— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

14 Erlass von Veränderungssperren

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: Industriestraße in Köln-Rodenkirchen
0796/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen –Arbeitstitel: Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen– für das Gebiet südlich der Grünfläche des Reitsportvereins Rodenkirchen e. V., westlich der parallel zur Bahntrasse der KVB-Linie 16 verlaufenden städtischen Grünfläche und sowohl nördlich als auch östlich der Industriestraße in Köln-Rodenkirchen in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bilderstöckchen
Arbeitstitel: Osterather Straße / Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen
0892/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 16.1 wurde zurückgezogen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bilderstöckchen –Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen– für das Gebiet Julio-Goslar-Straße, Osterather Straße, Liebigstraße, Hornstraße, Lämmerstraße, Grundstücke Escher Straße 88, 90 und Grundstücke Geldernstraße 20, 22 und Escher Straße in Köln-Bilderstöckchen in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 259. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0937/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17 Wahlen

17.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
0988/2017

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

Herrn Eric Kerwel für die Pflegeversicherung (bisher Herr Bernd Kebbekus)

zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen

und

Herrn Bernd Kebbekus für die Pflegeversicherung
(bisher Herr Andreas Ratajczak),

Herrn Dr. Dr. Herbert Mück für die Seniorenvertretung
(bisher Frau Felicitas Vorpahl-Allweins),

Frau Karen Nespethal für das Netzwerk Gesundheitsbildung

(bisher Frau Dr. Eike Quilling) sowie

Herrn Dr. Metin Bagli für die Migrantinnen und Migranten

zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen.

Die Bestellung der genannten bisherigen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.2 Koelnmesse Ausstellungen GmbH
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes
0564/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Frau Ute Berg

Herrn William Wolfgramm, OB/3

……

(gemäß § 113 Abs. 2 GO die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr

vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Koelnmesse Ausstellungen GmbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei den von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.3 KölnTourismus GmbH
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes

0687/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, anstelle von Frau BG Ute Berg

Herrn William Wolfgramm, OB/3

……..…….....
(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw.

die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

als Mitglied in den Aufsichtsrat der KölnTourismus GmbH zu entsenden.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes
0698/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, anstelle von Frau BG Ute Berg

Herrn Karl-Heinz Merfeld, 80 AI

……..…….....
(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw.

die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH zu entsenden.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.5 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes
1417/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH vor, an Stelle von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker zum 01.07.2017

Herrn Stadtdirektor Dr. Stephan Keller

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen. Er beauftragt den städt. Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gesellschafterversammlung der FKB aufgrund der Vorschläge des Rates der Stadt Köln neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.6 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss
AN/0776/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da es hier um eine Ausschussbesetzung geht, stimme ich nicht mit. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt auf Voraschlag der FDP-Fraktion als Nachfolger für den verstorbenen Herrn Norbert Hilden als Sachkundigen Einwohner im Stadtentwicklungsausschuss Herrn Dr. Christian Beese, wohnhaft Helmholtzstr. 6, 50825 Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.7 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Gesundheitsausschuss
AN/0784/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch hier stimme ich nicht mit. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion anstelle von Herrn Jens Paaßen

Frau Sabine Stiller

als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme in den Gesundheitsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.8 KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH
AchtBrücken GmbH
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes
1467/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Herrn Manfred Ropertz

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

……

(gemäß § 113 Abs. 2 GO die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr

vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

als Mitglied in den Aufsichtsrat der KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH und der AchtBrücken GmbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei den von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit ist der öffentliche Teil der Ratssitzung beendet.

(Schluss: 19.21 Uhr)

30. Sitzung vom 11. Juli 2017

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A: Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2018

A.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Jahr 2018

2075/2017

A.2 Haushaltsplan-Entwurf 2018 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW

1444/2017

B: Arbeitssitzung

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig hier: Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Avery Singer

1777/2017

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Spende in Höhe von 35.000 € in 2018 und 30.000 € in 2019 zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" im Museum Ludwig

1796/2017

2.3 Annahme einer Schenkung für das Museum für Angewandte Kunst hier: Schenkungsangebot von Dr. Heliod Spiekermann

1822/2017

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Kinderfreundliche Kommune"

AN/0925/2017

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Anpassung der Fraktionszuwendungen"

AN/1014/2017

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Instandsetzung der Befestigungsanlage der Stadt Köln"

AN/1009/2017

(zurückgestellt)

3.1.4 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Afghanistan ist nicht sicher: Keine Abschiebungen nach Afghanistan aus Köln"

AN/1013/2017

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend "Förderung der E-Mobilität im ÖPNV"

AN/1008/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1056/2017

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Landesrechtlichen Mieterschutz für Köln erhalten!"

AN/1003/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT

AN/1067/2017

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "GAG stärken: Mehr preiswerter Wohnraum für Köln ist machbar!"

AN/0993/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1049/2017

3.1.8 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Rückkehrmanagement"

AN/1011/2017

(zurückgestellt)

3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Klimapartnerschaft mit einer indigenen Gemeinde in Peru"

AN/1007/2017

3.1.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern – Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung"

AN/1004/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1053/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1058/2017

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0514/2017

Antwort der Verwaltung vom 07.07.2017

1480/2017

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand"

AN/0526/2017

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Einsatz von Sprachmittlern bei der Verwaltung"

AN/0772/2017

Antwort der Verwaltung vom 06.07.2017

2124/2017

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Zahl der Übergriffe auf städtische Mitarbeiter"

AN/0998/2017

Antwort der Verwaltung vom 11.07.2017

2149/2017

4.5 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Sicherheit im Straßenverkehr"

AN/1032/2017

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Transferaufwendungen "Bildung und Teilhabe" im Haushaltsplan 2016/2017"

AN/1033/2017

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Transferaufwendungen "Interkulturelle Hilfen" im Haushaltsplan 2016/2017"

AN/1034/2017

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Wann streamt Köln seine Ausschusssitzungen?"

AN/1035/2017

Antwort der Verwaltung vom 07.07.2017

2150/2017

4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Ehe für alle: Wie bereitet sich das Kölner Standesamt vor?"

AN/1036/2017

Antwort der Verwaltung vom 11.07.2017

2159/2017

4.10 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Pendlerverkehr per Fahrrad – Radverbindung Hürth-Köln"

AN/1039/2017

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Köln

0207/2017

(zurückgestellt)

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Poll bis Rheinpark Deutz

2303/2016

6.3.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln hier: Stärkung der Bezirke

0976/2017

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017.

2099/2017

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2017

0704/2017

10.2 Generalinstandsetzung des Kiefernweges in Porz-Grengel hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen

1432/2017

10.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2016, Ergebnisverwendung Wirtschaftsjahr 2016

1464/2017

10.4 MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln. Nachtragskostenberechnung

1679/2017

Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1031/2017

10.5 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz

3010/2015

(zurückgestellt)

10.6 Ernährungsrat Köln und Umgebung, hier: Finanzielle Förderung

0515/2017

10.7 Verein Taste of Heimat e.V. , hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln

0521/2017

10.8 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Lindweiler Hier: Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Veedelsbeirates Lindweiler und Änderung der Geschäftsordnung

1547/2017

10.9 Räumliche Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums durch Anmietung des dritten und vierten Obergeschosses im EL-DE-Haus zur Einrichtung eines "Hauses für Erinnern und Demokratie“

1732/2017

10.10 Umbau des Knotenpunktes Lindenthalgürtel/Dürener Straße, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6602-1201-3-1001, Lindenthalgürtel/Dürener Str., Linksabbieger

1574/2017

10.11 Kombinierter Planungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitte 2 und 3 (Los 2/3)

1575/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1055/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1066/2017

10.12 Ausweitung des Platzangebotes für von Gewalt betroffene Frauen (im Frauenhaus)

3804/2016

10.13 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Baumaßnahme "Ertüchtigung der Wagenhalle" im Rahmen des Sonderprogramms NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" hier: Beschluss Kostenerhöhung

0070/2017

10.14 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017

0544/2017/1

10.15 Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete - Genehmigung und Baubeschluss

0567/2017

10.16 Zuschuss an den MachMit! e.V. zur Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen

1059/2017

10.17 Entwicklungskonzept Chorweiler für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord

1070/2017

10.18 Ausbau der Kommunalen Integrationszentren NRW durch das Land

1100/2017

10.19 Sachstand zur Entwicklung eines Kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms für Langzeitarbeitslose

1691/2017

10.20 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017

1766/2017

10.21 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln

0958/2017

10.22 Standortentscheidung Frischezentrum

0728/2017

10.23 Stellenmehrbedarf zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020"

1437/2017

10.24 Einleitung von Vergabeverfahren und Abschluss von Rahmenverträgen für den Schulbereich

1497/2017

10.25 Errichtung eines Bildungsgangs Elektroniker und Elektronikerinnen für Automatisierungstechnik am Werner-von-Siemens- Berufskolleg (BK 19)

1548/2017

10.26 Zügigkeitserweiterung des Stadtgymnasiums Köln-Porz, Gymnasium Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln in Köln-Porz zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

1714/2017

10.27 Zügigkeitserweiterung des Genoveva-Gymnasiums, Gymnasium Genovevastraße 58-62, 51063 Köln in Köln-Mülheim zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

1715/2017

10.28 Erweiterung der Realschule am Rhein, AufbauRS Niederichstraße 1-3, 50668 Köln in Köln-Altstadt/Nord nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen um einen Realschulzweig im 5. und 6. Schuljahr, aufbauend ab Schuljahr 2018/19 mit Umzug in die BAN

1718/2017

10.29 Zügigkeitserweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule, Realschule Petersenstraße 7, 51109 Köln in Köln-Brück zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

1720/2017

10.30 Zügigkeitserweiterung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Gymnasium Severinstraße 241, 50676 Köln in Köln-Altstadt/Süd zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

1721/2017

10.31 Zügigkeitserweiterung der Grundschule Flittard, GGS Am Feldrain, Am Feldrain 10, 51061 Köln-Flittard gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2,5 auf 3 Züge

1722/2017

10.32 Planungsbeschluss zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums

1767/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1042/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT

AN/1048/2017

Änderungsantrag der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1057/2017

10.33 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Änderung des Gesellschaftsvertrages

1584/2017

10.34 Erweiterungsbau Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud Aufhebung des Ratsbeschlusses Erweiterte Durchführung des Investorenwettbewerbs vom 16.12.2014 (Vorlagennummer 3670/2014) Beauftragung der Planung des Erweiterungsbaus mit Verbindungsbauwerk und der Blockrandbebauung durch die Stadt Köln

1832/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1041/2017

Änderungsantrag der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1051/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1062/2017

10.35 Sanierung der Reliefs am Heinzelmännchenbrunnen

1166/2017

10.36 Leitprojekt: Strategisches Stadtentwicklungskonzept "Kölner Perspektiven 2030" Beschluss zur Erarbeitung der "Kölner Perspektiven 2030" auf Grundlage des vorgeschlagenen Verfahrens (siehe Anlage 1) Beschluss zur Vergabe und Beauftragung der notwendigen externen Unterstützung

1331/2017

10.37 Elektronisches Untersuchungs-, Überwachungs-, Behandlungs- und Dokumentationssystem (EMDS) für den Rettungsdienst

1476/2017

10.38 Erweiterung der Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle sowie Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof (KAD 1)

1964/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/1065/2017

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63475/01 Arbeitstitel: Häuschensweg in Köln-Bickendorf

1443/2017

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63469/07 Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld

1511/2017

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf Arbeitstitel: Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf, 2. Änderung

1491/2017

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Eil Arbeitstitel: Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil

1669/2017

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Finkenberg Arbeitstitel: Humboldtstraße in Köln-Porz-Finkenberg

1666/2017

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 259. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0937/2017

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Sinziger Straße von Bonner Straße bis Grenze des Bebauungsplans 67409/04 in Köln-Marienburg

1474/2017

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Friederike-Nadig-Weg/Marion-Dönhoff-Weg von Astrid-Lindgren-Allee bis Astrid-Lindgren-Allee in Köln-Brück

1465/2017

17 Wahlen

17.1 GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln: Entsendung eines Stellvertreters für den Aufsichtsrat

0092/2017

17.2 Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Umwelt und Grün

1529/2017

17.3 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss

1499/2017

17.4 Benennung der Vertreterin/des Vertreters und deren Stellvertretung für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "aKDn- sozial"

1022/2017

17.5 KölnTourismus: Bestellung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

1844/2017

17.6 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) - Bestellung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat

1915/2017

17.7 SBK-Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertretern/innen in den Aufsichtsrat

1836/2017

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt und Grün und Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

AN/1040/2017

17.9 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Verkehrsausschuss

AN/1059/2017

17.10 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Bauausschuss und im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

AN/1060/2017

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 MiQua - Aktuelles Raumprogramm und Eingangsplanung

1550/2017

18.2 Aufhebung der 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2017 vom 27.03.2017 und Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neustadt-Süd, Deutz, Nippes und Rath/Heumar

1551/2017

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Keller, Stephan Stadtdirektor Dr.; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Blome, Andrea Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Götz, Stefan; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Rottmann, Hendrik

Bezirksbürgermeister/in
Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Höing, Franz-Josef Beigeordneter

(Beginn: 14.12 Uhr - Ende: 21.34 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode.

Sehr herzlich begrüße ich die Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister, die heute besonderen Grund zur Freude haben, und natürlich alle Mitglieder des Rates.

Besonders gerne würde ich jetzt auch Herrn Krupp zu seinem Geburtstag gratulieren. Ich sehe ihn aber noch nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Er kommt gleich extra!)

Gute Wünsche kann man aber, glaube ich, auch in Abwesenheit annehmen. Also: Alles Gute für Herrn Krupp!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind Herr Götz, Herr Dr. Heinen, Herr Rottmann und Herr Beckamp heute entschuldigt. Von der Verwaltung ist Herr Höing entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Frebel, Herrn Michel und Herrn Richter.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor und ist in Teil A, Haushaltsangelegenheiten, und Teil B, Allgemeiner Teil, gegliedert.

Zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für 2018 werde zunächst ich sprechen, bevor dann Frau Klug als Kämmerin das Wort hat. Wie üblich werden wir, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Rednerliste zu diesen Punkten damit schließen und die beiden Vorlagen in die Haushaltsplanberatungen in den Fachgremien verweisen.

Danach beginnen wir mit der Arbeitssitzung. Wir haben also heute wieder ein ambitioniertes Programm. Insofern schlage ich vor, dass wir nach etwa vier Stunden eine kurze Unterbrechung der Sitzung von zehn Minuten einplanen.

Im Entwurf der heutigen Tagesordnung sind die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst zu den Zusetzungen im öffentlichen Teil: Bei TOP 4.5 bis TOP 4.10 handelt es sich um nachträglich eingegangene Anfragen der Fraktionen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 10.4, TOP 10.37, TOP 10.38 und TOP 17.7. Weitere Anträge der Fraktionen zur Umbesetzung der Ausschüsse liegen unter TOP 17.8, TOP 17.9 und TOP 17.10 vor.

Im nichtöffentlichen Teil werden folgende Zusetzungen vorgeschlagen: TOP 23.6, TOP 24.7 und TOP 24.8.

Abgesetzt wurden TOP 3.1.3, TOP 3.1.8, TOP 6.1.1 und TOP 10.5.

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich beantrage, den unter TOP 3.1.4 vorliegenden Antrag der Gruppe Piraten in die Sitzung des Hauptausschusses am 31. Juli 2017 zu vertagen.

Hintergrund ist, dass es aufgrund der Initiative der Kollegen von den Piraten bereits einige Gespräche gab, um hier ein gemeinsames Verständnis und einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln. Das konnte heute noch nicht gelingen, sollte aber bis Ende Juli gelingen.

Daher beantragen wir die Vertagung. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Lassen Sie mich als Antragsteller ganz kurz etwas dazu sagen, weil wir auch davon erfahren haben. Wir werden uns bei der Abstimmung über die Verschiebung jetzt enthalten.

Trotzdem möchte ich meine Enttäuschung darüber kundgeben, dass es zu unserem Antrag „Afghanistan ist nicht sicher: Keine Abschiebungen nach Afghanistan aus Köln“ hier ganz offensichtlich keine mehrheitliche Einigung gibt. Das finde ich ausgesprochen schade.

Immerhin soll das in drei Wochen im Hauptausschuss behandelt werden. Hier ist aber die entsprechende Öffentlichkeit. Hierhin gehört das eigentlich auch. So wichtig der Hauptausschuss auch ist, glaube ich, dass hier darüber diskutiert werden muss. Hier wird livegestreamt. Hier sind Zuschauer - auch wenn es vielleicht nicht genügend sind, aber doch eine Menge -, die das sehen, und auch die Öffentlichkeit.

Deswegen bin ich schon ein bisschen enttäuscht. Trotzdem bin ich halbwegs guter Dinge, dass es im Hauptausschuss eine gute Regelung geben wird, und hoffe noch darauf. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Über den Verweisungsantrag entscheiden wir dann mit der Entscheidung über die Tagesordnung.

Ich komme zu den Dringlichkeitsanträgen. Der unter TOP 3.1.1 vorliegende Antrag wurde im Jugendhilfeausschuss als Dringlichkeitsantrag eingereicht, ist zur heutigen Ratssitzung aber fristgerecht eingegangen. Weitere Dringlichkeitsanträge liegen uns nicht vor.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Tagesordnung schlage ich vor, TOP 10.35 vorzuziehen und unter TOP 2 bei den Schenkungen zu behandeln, damit die Heinzelmännchen auch zusammenbleiben. Dort geht es um die Sanierung der Reliefs.

(Zuruf von der Zuschauertribüne: Wir haben auch noch einen Punkt! - Auf der Zuschauertribüne wird ein Transparent entrollt)

- Jetzt haben alle Sie einmal gesehen, glaube ich. Ich bitte Sie, das Plakat dann wieder einzurollen.

(Zuruf von der Zuschauertribüne: Wir warten noch auf die Antwort der Parteien!)

- Ich möchte Sie noch einmal bitten, das Plakat einzurollen.

(Zuruf von der Zuschauertribüne: Wir kommen aber wieder!)

Auf der Zuschauertribüne sind solche Kundgebungen nicht gestattet. - Danke sehr.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Verweisungsantrag und über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen?

(Martin Börschel [SPD]: Moment! Über den Verweisungsantrag?)

- Und über die Änderungsanträge. Wir können aber auch erst über den Verweisungsantrag abstimmen lassen.

Dann lasse ich zunächst über den Verweisungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE, die SPD, die Piraten und die Ratsgruppe GUT. Damit ist er trotzdem so beschlossen.

Nun lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler Frau Frebel, Herrn Michel und Herrn Richter vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.5 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Sicherheit im Straßenverkehr"

AN/1032/2017

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Transferaufwendungen "Bildung und Teilhabe" im Haushaltsplan 2016/2017"

AN/1033/2017

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Transferaufwendungen "Interkulturelle Hilfen" im Haushaltsplan 2016/2017"

AN/1034/2017

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Wann streamt Köln seine Ausschusssitzungen?"

AN/1035/2017

4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Ehe für alle: Wie bereitet sich das Kölner Standesamt vor?"

AN/1036/2017

4.10 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Pendlerverkehr per Fahrrad – Radverbindung Hürth-Köln"

AN/1039/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.37 Elektronisches Untersuchungs-, Überwachungs-, Behandlungs- und Dokumentationssystem (EMDS) für den Rettungsdienst

1476/2017

10.38 Erweiterung der Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle sowie Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof (KAD 1)

1964/2017

17 Wahlen

17.7 SBK-Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertretern/innen in den Aufsichtsrat

1836/2017

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt und Grün und Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

AN/1040/2017

17.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Verkehrsausschuss

AN/1059/2017

17.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Bauausschuss und im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

AN/1060/2017

23. Grundstücksangelegenheiten

23.6 Städtisches Grundstück Ludolf-Camphausen-Straße in Köln Ehrenfeld
hier: Verkauf zur Bebauung mit einem Wohnheim für Studierende

2039/2017

24 Allgemeine Vorlagen

24.7 Bedarfsfeststellung über die Ausschreibung zu der Beschaffung von 27 Fahrzeugen sowie eines Einsatzleitwagens für die im Rahmen des Konzeptes „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst" entstehenden Mehrbedarfe

1306/2017

24.8 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Haltestelle Rathaus

1934/2017

Absetzungen

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Instandsetzung der Befestigungsanlage der Stadt Köln"

AN/1009/2017

3.1.8 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Rückkehrmanagement"

AN/1011/2017

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Köln

0207/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.5 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz

3010/2015

III. Die Oberbürgermeisterin verweist auf den unter TOP 3.1.1 vorliegenden

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Kinderfreundliche Kommune"

AN/0925/2017

Die Angelegenheit wurde zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.06.2017 als Dringlichkeitsantrag vorgelegt und von dort in die Ratssitzung verwiesen. Hier erfolgte die Vorlage dann fristgerecht.

IV. Ratsmitglied Kienitz beantragt,

3.1.4 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Afghanistan ist nicht sicher: Keine Abschiebungen nach Afghanistan aus Köln"

AN/1013/2017

in die Sitzung des Hauptausschusses am 31.07.2017 zu verweisen.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppen Piraten und GUT zu.

V. Oberbürgermeisterin Reker schlägt eine Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung vor. Bei TOP 10.35 handelt es sich um eine Schenkung zur Restaurierung des Heinzelmännchenbrunnens. Die Angelegenheit solle daher nicht unter TOP 10 Allgemeine Vorlagen sondern als TOP 2.4 unter den Schenkungen behandelt werden.

Der Rat ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

VI. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung einstimmig - wie folgt – fest:

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte jetzt Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, mich hier zu vertreten.

A: Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2018

A.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Jahr 2018

A.2 Haushaltsplan-Entwurf 2018
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW
1444/2017

Meine Damen und Herren! Vor Einbringung des Haushalts möchte ich aus aktuellem Anlass meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass wir einen neuen Polizeipräsidenten haben.

(Beifall)

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Uwe Jacob. Er ist ein Mann der Praxis und verfügt als bisheriger Direktor des Landeskriminalamtes über große Erfahrung, die er mitbringt.

Ich möchte aber auch unserem bisherigen Polizeipräsidenten, Herrn Mathies, für seine Arbeit in unserer Stadt und für unsere Stadt danken. Die Zusammenarbeit mit ihm war immer sehr vertrauensvoll. Ich wünsche ihm für seine Aufgabe in Düsseldorf - da wird er ja für ganz Nordrhein-Westfalen zuständig sein, also auch Gutes für Köln bewirken können - von ganzem Herzen alles Gute.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vergangene Woche hat es wieder einmal gezeigt: Köln steht vor großen Herausforderungen - Herausforderungen, die wir uns selbst zuzuschreiben haben, Herausforderungen, die von außen auf uns zukommen, und wahrscheinlich auch Herausforderungen, die wir heute noch gar nicht kennen.

Die derzeit größte Herausforderung ist das Bauen. Bei der Performance der Stadtverwaltung in diesem Zusammenhang darf es nicht bleiben. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass die Neuorganisation der Gebäudewirtschaft aus sich selbst heraus nicht funktionieren wird.

Deshalb habe ich die Beigeordneten der Dezernate I, VI und VIII beauftragt, mit einem Team von erfahrenen Verwaltungskräften über die Sommerpause eine neue Organisationsstruktur auszuarbeiten. Leitlinie dabei ist der Ratsbeschluss von 2016.

Man wird schon sagen können: In einem ersten Schritt wird die Verantwortung für die Kulturbauten in die Gebäudewirtschaft zu integrieren sein.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, als dynamisch wachsende Stadt brauchen wir mehr und auch bezahlbaren Wohnraum.

Aus diesem Grund wird das Bauaufsichtsamt eines der Pilotämter meiner Verwaltungsreform sein. Es wird ab jetzt neu aufgestellt und neu organisiert. Beim Bauaufsichtsamt werden wir ein Beratungszentrum einrichten, das die Bürger berät, damit wir im Antragsverfahren besser und schneller werden.

Vergangene Woche haben wir dem AVR und der Öffentlichkeit die nächsten Schritte der Verwaltungsreform vorgestellt.

Wenn wir auf aktuelle Herausforderungen dynamisch und flexibel reagieren wollen, dann müssen wir mehr Verantwortung wagen - mehr Verantwortung für den Einzelnen, mehr Gestaltungsspielraum für den Einzelnen und mehr Kompetenz für den Einzelnen. Wir brauchen Mut - Mut zur Veränderung, Mut, etwas bewegen zu wollen, und Mut, neue Wege zu gehen.

Einer dieser neuen Wege ist die Verwaltungsreform. Sie ist mir nicht nur ein Herzensanliegen, sondern derzeit auch eines der wichtigsten Projekte unserer Stadt. Ich danke Ihnen für die große politische Unterstützung dafür.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftszahlen in Köln sind so gut wie nie. Die Zahlen, die vergangene Woche von IT.NRW veröffentlicht wurden, stimmen mich und sicherlich auch Sie froh.

Das Bruttoinlandsprodukt Kölns hat 2015 den Rekordwert von über 62 Milliarden Euro - das ist ein Anstieg um 8,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr - erreicht. Keine andere Stadt in NRW erreichte auch nur annähernd eine solche Zunahme.

Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen, sondern wir müssen ehrgeizig bleiben und alles tun, um den Wirtschaftsstandort Köln weiter attraktiv zu halten und auch zu gestalten.

Dass Köln dynamisch wächst, ist ja zunächst einmal eine gute Nachricht. Wir müssen die Rahmenbedingungen so setzen, dass wir auch alle Chancen aus diesem Wachstum nutzen können.

Unser offenes, tolerantes und kreatives Köln soll noch stärker als bisher als rheinische Gründermetropole wahrgenommen werden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Köln kann die Erfahrungen aus der traditionellen Industrie mit den neuen Ideen der vielen Gründerinnen und Gründer verbinden. Diese Mischung brauchen wir. Dafür werde ich mich einsetzen.

Dazu gehört eine sichtbare Wirtschaftsförderung. Wie Sie wissen, sind wir derzeit dabei, zu prüfen, in welcher Form wir die Wirtschaftsförderung so aufsetzen, dass sie am meisten für unsere Stadt bewirken kann. Ich bin zuversichtlich, dass wir Ihnen im Herbst dazu einen Vorschlag unterbreiten können.

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Monaten einiges erreicht. Wir haben etliches auf den Weg gebracht. Aber wir haben noch eine viel längere Strecke vor uns.

Unsere Stadt hat eine immense Leistung erbracht, was die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen angeht. Daher möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die die zu uns Geflüchteten willkommen geheißen haben und durch ehrenamtliches Engagement eine Willkommenskultur schaffen, die mich wirklich stolz auf unsere Stadt macht.

(Beifall)

Ich bin zuversichtlich, dass die Turnhallen, die wir nun alle räumen konnten, nach den Sommerferien auch wieder dem Sport zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, Köln kann mehr. Das ist meine feste Überzeugung. Das ist auch mein Auftrag. Das ist unser gemeinsamer Auftrag. Ich spüre auch jeden Tag die Motivation der vielen Kolleginnen und Kollegen.

Alle Anstrengungen, die vor uns liegen, können wir ohne solide Finanzen nicht angehen. Diese sind die Grundlage für eine bürgernahe, dienstleistungsorientierte und effiziente Verwaltung.

Meine Damen und Herren, so früh wie seit vielen Jahren nicht mehr ist es uns gelungen, Ihnen einen Haushaltsentwurf vorzulegen. Es ist ein Werk, das uns den Weg in die richtige Richtung weist und uns als gute Basis dienen wird, weitere Entwicklungs- und Verbesserungspotenziale auszuschöpfen.

Zunächst einmal möchte ich Freude darüber und Dank dafür zum Ausdruck bringen, dass es dem Verwaltungsvorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelungen ist, den neuen Zeitplan unter ganz erheblichen gemeinsamen Anstrengungen einzuhalten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich danke allen, die am Planungsprozess mitgewirkt haben und das möglich gemacht haben.

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist es erstmals gelungen - abgesehen von Doppelhaushalten -, einen einzelnen Haushaltsplanentwurf so früh in die politische Diskussion einzubringen, dass der Haushalt rechtzeitig vor Beginn des Haushalts-

jahres von der Politik verabschiedet werden kann.

Die Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung mit all ihren Anstrengungen und Befürchtungen gehören damit hoffentlich der Vergangenheit an.

Meine Damen und Herren, der Verwaltungsvorstand hat sich zum Ziel gesetzt, die in den vergangenen Jahren knapp unter 5 Prozent liegende Entnahmequote aus der allgemeinen Rücklage in den kommenden Jahren weiter abzusenken. Denn würden wir so weitermachen, hätten wir in einigen Jahren unser Eigenkapital fast vollständig verzehrt. Wir wollen und können nicht weiter an unsere Reserven gehen. Deshalb muss es unser Ziel sein, bis zum Jahr 2023 die Entnahmequote auf null zu senken, um anschließend wieder Vermögen aufbauen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushaltsplanentwurf 2018 inklusive mittelfristiger Finanzplanung wird also auch in dieser Hinsicht neue Maßstäbe setzen.

Die für 2018 angestrebte Entnahmequote konnte mit 2,51 Prozent gegenüber den Planungszeiträumen der vergangenen Jahre und dem bislang bekannten Jahresabschluss 2015 sehr deutlich reduziert werden. Ich bin froh darüber, dass der Verwaltungsvorstand sich auf ein solches ehrgeiziges Ziel verständigt hat und somit auch für die Planung der kommenden Haushaltsjahre Verantwortung im Sinne einer nachhaltigen, generationengerechten Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung übernehmen wird.

Dies ist uns gelungen, weil wir insgesamt gute Rahmenbedingungen haben, aber auch, weil wir im Vergleich zu den Vorjahren der Realität entsprechende Anmeldungen aus der Verwaltung haben, die insbesondere stärker als früher an die tatsächlichen Ausgaben angepasst sind.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Fortschreibung des Haushalts für die kommenden Jahre trotzdem sehr aufmerksam beobachten. Wir müssen schauen, ob sich die Rahmenbedingungen weiter positiv entwickeln und ob die Ausgabenpolitik ausreicht, um die erforderliche Konsolidierung des Kölner Stadthaushalts zu erreichen. Im Zweifel müssen wir frühzeitig nachsteuern.

Ich möchte zudem anregen, am Ende des diesjährigen und bisher einmaligen Verfahrens mit Verwaltung und Politik gemeinsam zu reflektieren, inwieweit dieses neue Verfahren noch weiter verbessert werden kann.

Ich bin froh darüber, dass mit der Entwicklung strategischer Schwerpunkte und Leitprojekte im Haushalt die Haushaltsstrategie nicht nur mit Fortschreibung und Konsolidierung verknüpft ist, sondern auch mit strategischer Ausrichtung und Priorisierung.

Dies kann allerdings nur als Anfang gewertet werden. Dieser Weg muss ausgebaut und gefestigt werden und wird mit den geplanten „Kölner Perspektiven 2030“ sicherlich einen Qualitätssprung machen.

Meine Damen und Herren, auch im vorliegenden Haushaltsplan wird es deutlich: Wir sind eine wachsende Stadt. Zudem sind wir eine junge Stadt. Daher haben wir natürlich eine steigende Mittelbereitstellung in den Bereichen Kinder-, Jugend- und Schulförderung nötig.

Das ist im Haushalt auch zu verzeichnen. Ich sehe darin eine wichtige Investition in unsere Zukunft, in die Chancengleichheit, die uns so wichtig ist, und in den sozialen Frieden unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dass wir auf Steuererhöhungen verzichten konnten, ist ein wichtiges Signal an die Kölner Wirtschaft und ein Signal an alle diejenigen, die überlegen, sich in Zukunft in Köln wirtschaftlich zu betätigen.

Mit einem Volumen von über 500 Millionen Euro konnten alle Anmeldungen in die Investitionsplanung aufgenommen werden. Der Haushalt 2018 ermöglicht damit starke Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Dies geht nicht, ohne gleichzeitig auch an der Umsetzungsfähigkeit zu arbeiten. Das alles schaffen wir nur mit den richtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

In erster Linie geht es daher darum, die noch über 1 000 freien Stellen zu besetzen und für unsere zukünftigen Kolleginnen und Kollegen auch die notwendigen Räume zu schaffen.

Weitere Stellenzusetzungen ohne eine adäquate Besetzung der bereits offenen Stellen werden nicht zu den gewünschten Verbesserungen führen können.

Wir müssen insgesamt auch als Arbeitgeberin noch attraktiver werden. Sonst können wir im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht bestehen. Das muss uns gelingen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Trotz der verbesserten Einnahmesituation waren weitere Konsolidierungsanstrengungen notwendig, ohne aber derzeit schmerzhafte Einschnitte im Leistungsspektrum der Stadt Köln vornehmen zu müssen.

Wir können uns jedoch dauerhaft nicht auf so gute Einnahmebedingungen verlassen, sondern müssen in einen strukturierten Konsolidierungsprozess starten.

Wenn wir unser ehrgeiziges Ziel erreichen wollen, kommen wir also an einer klaren Aufgabenkritik, an der weiteren Verbesserung von Prozessen und natürlich an der Digitalisierung in der Verwaltung nicht vorbei. Dauerhaft können wir immer nur das verteilen, was wir auch erwirtschaftet haben.

Meine Damen und Herren, wir haben aber allen Grund, vorsichtig optimistisch zu sein. Ich hoffe, dass Sie das hier im Rat genauso sehen.

Ich möchte an alle demokratischen Kräfte appellieren, diesen Haushalt wohlwollend zu beraten. Bitte unterstützen Sie die Verwaltung in ihrer Zielsetzung einer nachhaltigen, strategisch orientierten Steuerung der Finanzprozesse mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2023. Wir alle sind gemeinsam für diese einzigartige Stadt und auch für alle nachfolgenden Generationen verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt die Kämmerin, bitte.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Die Ausführungen der Stadtkämmerin werden von einer PowerPoint-Präsentation begleitet - Zurufe)

- Ich sehe schon: Die Folie wirkt. - Der griechische Staatsmann Perikles sagte einmal:

Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

Deswegen ist das, was ich jetzt ausführen werde, neben dem direkten Bezug zu den Zahlen des Kölner Haushalts selbstverständlich auch ein bisschen damit verbunden, was es heißt, sich heute mit Finanzverantwortung und Finanzperspektive, Zielen und Wegen zu beschäftigen - in einer Zeit, in der wir uns immer fragen müssen, was der Algorithmus eigentlich nicht macht.

Dies führte mich dazu, meinen Folienvortrag mit dieser Word-Cloud zu eröffnen. Sie basiert auf dem Vorbericht zu diesem Haushalt und einigen städtischen Finanzdokumenten der letzten Monate. Der dieser Word-Cloud zugrunde liegende Algorithmus ist simpel. Er versteht nicht den Unterschied zwischen Nomen und Konjunktion, Adjektiv und Verb. Das gibt interessante Bilder, aber keine Gewichtung. Und doch zeigt er bereits eine Struktur, die wesentliche Themen der aktuellen Finanz- und Haushaltslage abbildet und die damit verbundenen Aufgaben widerspiegelt. Algorithmen bieten Chancen, aber auch Risiken. Für eine nachhaltige und verantwortliche integrierte Finanzplanung öffnen sie neue Türen. Ich komme später auf diese Entwicklung zurück.

Doch zunächst zur Finanzlage: Wenn man durch die Stadt geht, hört man vieles. Kürzlich saßen meine Kollegen Beigeordneten und ich bei der IHK auf einem Podium. Natürlich ist die Stimmung immer so, dass die Leute sagen: Was wollt ihr denn? Die Steuern sprudeln. Vom Staat erhaltet ihr mehr - das wurde ja auch Zeit. Die Zinsen sind zudem historisch niedrig. - In etwa so sehen viele Bürgerinnen und Bürger die derzeitige Finanzlage in Köln.

Tatsächlich konnte ich die Erträge aufgrund der günstigen Steuerschätzung vom Frühjahr erneut nach oben anpassen - plus 130 Millionen Euro für 2018. Hinzu kommen Finanzmittel des Bundes und des Landes, die im Sozialen und bezüglich der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen spürbare Erleichterungen bringen. Zu Buche schlagen Entlastungen in Höhe von 63 Millionen Euro durch das Asylbewerberleistungsgesetz und ein Mehrertrag in Höhe von 64 Millionen Euro durch das sogenannte Kommunalentlastungsgesetz. Nach den ganzen mit Konflikten belasteten Diskussionen aus dem Jahr 2015 können wir stolz sagen: Die kommunale Familie hat es geschafft, diese Verbesserungen dauerhaft zu erreichen.

Damit ist die Konnexitätslücke im sozialen Bereich weniger stark angestiegen, als dies aus der Perspektive der letzten Haushalte zu erwarten war. Auch die Zinsen bleiben vorerst niedrig, und Effekte der Umschuldung von der Hoch- in die Niedrigzinsphase greifen. Alles das führt dazu, dass ich mit 236 Millionen Euro Mehrertrag und lediglich 124 Millionen Euro Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr planen kann.

Eine günstige Entwicklung - derzeit. Kein Grund zum Ausruhen! Denn die „fünf K“, nämlich Klima, Konjunktur, Kapitalkosten, Kredite - und damit die Abhängigkeit vom Finanzmarkt - sowie Einhaltung der Konnexität, bleiben wesentliche Risikofaktoren für den kommunalen Haushalt - weltweit und auch in Köln.

Der jetzt gezeigten Grafik entnehmen Sie die Erkenntnis: Der weltweite Schuldenaufbau hält an, sowohl in den aufstrebenden Volkswirtschaften als auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Dabei markiert das gelbe Segment die Schulden im Gesamtstaat.

Die Antwort der Weltgemeinschaft war im Wesentlichen, dass die Geldpolitik mit ihren Instrumenten stabilisierend wirken soll. Allerdings zeigt die nächste Grafik, dass die Instrumente der Geldpolitik an ihre Grenze stoßen: Obgleich die Zinsen sinken, wächst die globale Verschuldung enorm.

Beide Grafiken stammen aus dem 87. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich für die Jahre 2016/17. Ich erwähne das hier, weil es sehr viel mit Köln zu tun hat. Denn die Grafiken verdeutlichen eindringlich die große Bedeutung der Außenwirtschaft für die Wirtschaft in der Bundesrepublik und auch für hier in Köln ansässige Unternehmen. Sie verdeutlichen eindringlich, wie stark die noch nicht bewältigten Folgen der großen Finanzkrise im Hintergrund wirken und dass die geldpolitischen Maßnahmen durch niedrige Zinsen keine dauerhaft stabile Lösung der Probleme gewährleisten. Die Relation zwischen Verschuldung und Bruttoinlandsprodukt ist schlecht, und der abgebildete, durch Verschuldung gewonnene Wohlstand ist fragil, worin ein großes Risiko für die Weltwirtschaft liegt.

Vor diesem Hintergrund sind steuerliche Zuwächse, wie sie von der OECD prognostiziert und vom Arbeitskreis Steuerschätzungen im Bundesfinanzministerium übernommen worden sind, nicht auf Dauer in der derzeitigen Höhe zu erwarten. Wir gehen jedoch mit der Steuerschätzung aus dem Mai dieses Jahres von einem Zuwachs der Steuererträge im Finanzplanungszeitraum bis 2021 aus und haben dies unserer Finanzplanung zugrunde gelegt.

Angesichts der erheblichen investiven Aufgaben und der Herausforderungen der Stadtentwicklung muss es unverändert das Ziel bleiben, den Kölner Haushalt nachhaltig aus der Defizitzone herauszuführen, um Gestaltungsspielraum in möglichst geringer Abhängigkeit vom Finanzmarkt zu erlangen. Mittelfristiges Ziel bleibt die „grüne Null“, also eine Null, die zum Überschuss im Ergebnis des Haushaltes führt. Langfristiges Ziel sind tragfähige städtische Finanzen in Köln.

Dies erfordert konsequenten Abbau von Kassenkrediten, Abbau der enormen finanziellen Risiken in den städtischen Büchern und der Tragfähigkeitsrisiken, die uns aus vergangenem Handeln belasten, und mutiges, systematisches Anpacken der enormen infrastrukturellen Aufgaben.

Geordnete Finanzen - Frau Oberbürgermeisterin hat bereits darauf hingewiesen - sind die Voraussetzung für diese die Stadt über weit mehr als eine Dekade begleitenden Entwicklungen.

Neben den eingespielten Methoden und Instrumenten in allen Bereichen sind Planungen, Prognosen und Projektionen erforderlich, die Daten fachlich kohärent und integriert für die Verwaltung zur Verfügung stellen und die Perspektiven aus Stadtentwicklung, Verwaltungsreform und Finanzen zusammenführen. Prognosen und Projektionen müssen die Risiken darstellen. Wir müssen Vorschläge entwickeln, wie diese mitigiert werden können, und die Erkenntnisse hieraus in die Planungsprozesse einbringen.

Das vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln konzipierte Kölner Tragfähigkeitsmodell wird in dieser Hinsicht weiterentwickelt und setzt auf der durch das Deutsche Institut für Urbanistik vorgenommenen Modellierung der Finanzbedarfe für ausgewählte Infrastrukturbereiche nach den Kategorien Nachholbedarf, Erhaltungsbedarf und Erweiterungsbedarf auf.

Einen Beitrag über erste Erkenntnisse habe ich Ihren Unterlagen beigefügt. Ein Gesamtbericht aus diesem bundesweit beachteten Pilotprojekt wird Anfang 2018 vorliegen und für die öffentliche Diskussion zur Verfügung gestellt.

Stadt-Umland-Effekte müssen hinsichtlich ihrer finanzwirtschaftlichen Bedeutung mit den Akteuren aus der Region modelliert werden, auch hinsichtlich ihrer Finanzwirkungen und Wirkungen

auf den Wohlstand - gemessen am Bruttoinlandsprodukt und anderen Indikatoren - in der Region.

Ein Kurs verantwortlicher Konsolidierung, der Finanzziele und Leistungsziele der Gesamtverwaltung ausbalanciert und stetiges Verwaltungshandeln ermöglicht, ist nötig. Diesen Kurs haben wir eingeschlagen und verfolgen ihn mit dem vorgelegten Haushalt fort. Neben dem langfristigen Ziel tragfähiger Finanzen im Konzern Stadt - also auch unter Berücksichtigung der Beteiligungen - bleibt es dabei, spätestens mit dem Jahr 2023 die Defizitzone zu verlassen. Dies ist erforderlich, um den weiteren Vermögensverzehr aufzuhalten und umzukehren.

In den letzten Jahren wurde die allgemeine Rücklage in Höhe von circa 2,1 Milliarden Euro bilanziell aufgezehrt. Das habe ich auf dieser Folie unter dem Motto „Raus aus dem Defizit“ grafisch dargestellt. Sie sehen mit der roten Kurve den Abgang aus dem städtischen Vermögen durch die Entwicklung der Rücklagenentnahmen und erkennen an der abbiegenden grünen Linie den Planungshorizont, den wir dem jetzigen Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung zugrunde gelegt haben.

An dieser Stelle möchte ich, bevor ich zum Zahlenwerk komme, auch noch aus meiner Sicht ein paar Worte zum Aufstellungsverfahren einbringen. Dieser Haushalt ist in einem neuen Verfahren aufgestellt worden und wird zu einem sehr frühen Zeitpunkt eingebracht. Die gesamte Verwaltung - Frau Oberbürgermeisterin hat bereits darauf hingewiesen - hat sehr konzentriert und intensiv zusammengearbeitet, um die damit verbundene Herausforderung zu meistern.

Dafür auch von mir allen Dienststellen und den Kolleginnen und Kollegen sowie Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, meinen herzlichen Dank! Ganz besonders danken möchte ich jedoch - sicher auch in Ihrem Namen - den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die in gewohnter Präzision und unter großem Druck das vorliegende Werk zusammengestellt haben.

(Beifall)

Es war ja zugleich so etwas wie die Feuertaufe des neuen Kopfes der Kämmerei, Frau Dr. Nehmeyer-Srocke. Sie konnte sich dabei wie alle vor ihr und auch ich immer auf den Chef der Haushaltsabteilung und stellvertretenden Leiter der Kämmerei, Herrn Ropertz, verlassen, ohne dessen profunde Fachkenntnisse, routiniertes Arbeiten und großes Vertrauen, das ihm von der gesamten Verwaltung entgegengebracht wird, die Einhaltung dieses strikten Zeitplans kaum möglich gewesen wäre. Ihnen allen noch einmal vielen Dank!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verwaltung legt Ihnen heute den Entwurf des von mir am 3. Juli 2017 aufgestellten und von Frau Oberbürgermeisterin am gleichen Tag bestätigten Haushalts 2018 mit der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2021 vor.

Dieser - für sich genommen unspektakuläre - Haushalt 2018 stellt eine Balance zwischen vielfältigen Optionen und einem notwendigen Kurs der Konsolidierung her.

Dazu bedarf es zuallererst und grundlegend weiterer erheblicher gemeinsamer Anstrengungen von Verwaltung und Politik für eine klare Schwerpunktsetzung. Die notwendigen Schritte sind eingeleitet und werden im Rahmen der strategischen Vorhaben der Verwaltungsreform und der strategischen Stadtentwicklung fortentwickelt.

Der Haushalt 2018 schließt mit einem Ertrag von knapp 4,5 Milliarden Euro und einem Aufwand von gut 4,5 Milliarden Euro bei einem Defizit von rd. 117,6 Millionen Euro ab. Dies führt zu einer Entnahmequote von 2,5 Prozent in 2018.

In der Mittelfristplanung steigen im Jahr 2021 der Ertrag auf rund 4,78 Milliarden Euro und der Aufwand auf rund 4,88 Milliarden Euro, was zu einem Defizit von rund 109 Millionen Euro führt.

Die Fehlbeträge der jeweiligen Haushaltsjahre der Mittelfristplanung führen im Planungszeitraum daher zu folgenden Verringerungen der in der Bilanz ausgewiesenen allgemeinen Rücklage: in 2019 um 4,7 Prozent, in 2020 um 2,47 Prozent und in 2021 um 2,57 Prozent.

Eine Erhöhung der Hebesätze - Frau Oberbürgermeisterin hat dies bereits ausgeführt - liegt der derzeitigen Planung nicht zugrunde.

In der Entwicklung berücksichtigt sind eine Aufwandssteigerung von über 70 Millionen Euro infolge eines Sprungs im Personalaufwand wegen zu erwartender Tarif- und Besoldungssteigerungen in 2019 und eine Aufwandsreduzierung von rund 90 Millionen Euro in 2020 wegen des Wegfalls der Aufwände für den Fonds Deutsche Einheit.

Die Aufwandsart dieses Haushalts mit dem größten Volumen sind die Transferaufwendungen mit knapp 1,8 Milliarden Euro oder 39 Prozent, gefolgt von den Personalaufwendungen mit rund 1 Milliarde Euro oder 22 Prozent.

Die Aufgabenbereiche, dargestellt anhand der Produktgruppen, weisen folgende Anteile aus: soziale Hilfen 22 Prozent, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe 19 Prozent, Schulträgeraufgaben 8 Prozent, Sicherheit und Ordnung 6 Prozent, Verkehrsflächen, Anlagen und ÖPNV ebenfalls 6 Prozent sowie Kultur und Wissenschaft 5 Prozent. Dies zeigt, dass die soziale Balance, der Schulbau, der Ausbau des Kitabereichs, die Stärkung der Sicherheit in der Stadt auch mit kommunalen Ressourcen und eine beständige Entwicklung des Verkehrsbereichs diesen Haushalt prägen.

Hervorzuheben sind an Einzelprojekten, die deutliche Akzente setzen, in diesem Jahr 10 Millionen Euro für die Generalsanierung der Fahrradwege, die Verbesserung der Fördermöglichkeiten für die freie Szene im Kulturbereich mit zusätzlichen 350 000 Euro, der Einstieg in den lange in Aussicht gestellten Haustarif für das Gürzenich-Orchester mit plus 1 Million Euro in 2018, ab 2019 auf 1,5 Millionen Euro anwachsend, sowie die weitere Umsetzung des Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplans. Im Rahmen des Programms „Starkes Veedel - starkes Köln“ fließen in den nächsten Jahren rund 50 Millionen Euro - zum Großteil aus EU-Fördermitteln, aber gematcht aus dem städtischen Haushalt - in die Sozialräume. Für Klimaschutzmaßnahmen sieht der Haushalt ebenfalls Aufstockungen vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Einzelmaßnahmen stehen beispielhaft für Modernisierungen, die in diesem Haushalt verankert sind.

Last, but not least ist die Verankerung der städtischen Digitalisierungsstrategie an vielen Stellen im Haushalt zu nennen. Von Schulen bis innerer Verwaltung tragen alle Bereiche zu diesem Aspekt der Modernisierung bei.

Alle Einzelheiten, Statistiken und Grafiken sind dem Haushalt beigefügt und liegen Ihnen vor.

Wie der Rückenwind wirkt, den uns die gute steuerliche und Konnexitätsentwicklung gibt, zeigt diese Grafik mit der schematischen Darstellung der Abweichungen von den Annahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Doppelhaushalts 2016/17. Es wird deutlich, dass im Finanzplanungszeitraum der Aufwand um rund 310 Millionen Euro steigt, während der Ertrag jedoch um rund 320 Millionen Euro wächst und damit zum Schließen des Defizits beitragen kann.

Noch einmal: Dies entbindet uns nicht von weiteren Konsolidierungsanstrengungen und die staatlichen Ebenen nicht von den Bemühungen, weiter zur Schließung der Konnexitätslücke beizutragen. Beides ist Voraussetzung für den Defizitabbau 2023.

Köln hat sich im Jahr 2013 ein freiwilliges Sanierungsprogramm auferlegt. Bis zum Jahr 2023 soll der Haushaltsausgleich erreicht werden. Um dieses Ziel zu erreichen und vor dem Hintergrund unter anderem der guten Ertragslage wurde für den Haushalt 2018 zu Beginn des Aufstellungsverfahrens als Finanzziel festgelegt, die Entnahmequote möglichst auf 2,5 Prozent zu reduzieren. Das konnten wir in der Aufstellung auch durchhalten, wie ich eben dargelegt habe. Die Fachplanungen wurden unter Einbeziehung der günstigeren Förderkulisse in einzelnen Produktbereichen darauf ausgerichtet. Hierüber hatte ich den Finanzausschuss ja bereits frühzeitig in Kenntnis gesetzt.

Wie gesagt: Im Wesentlichen ist dies gelungen. Durch den günstigen Rückenwind haben wir eine Chance zum Umsteuern, zum Anpassen, ohne dass planlos oder planwidrig aus fiskalischer Notlage heraus eine Konsolidierung betrieben werden muss, die nicht zu Lösungen, sondern zu neuen Problemen führt und die wir in den letzten Jahren immer wieder zu vermeiden versucht haben.

Dem Prozess liegt aber auch eine erhebliche gemeinsame Managementanstrengung des Verwaltungsvorstands zugrunde. Es ist auch gelungen, indem die zunächst angemeldeten Ansatzerhöhungen im Zuge des Aufstellungsverfahrens reduziert werden konnten, ohne schmerzhafte Leistungseinschnitte tätigen zu müssen. Hierfür haben wir unter anderem einen Konsolidierungsbeitrag quer über den Haushalt von 140 Millionen Euro realisiert und für die Folgejahre fortgeschrieben. Gleichwohl konnten Mittel für strategische Optionen der einzelnen Dezernate zur Verfügung gestellt werden, die im Haushaltsjahr 2018 als Optionen mit insgesamt rund 17 Millionen Euro berücksichtigt wurden und in den Folgejahren leicht ansteigen.

Das Finanzziel, eine planerische Begrenzung der Reduzierung der allgemeinen Rücklage auf 2,5 Prozent, konnte auch erreicht werden, weil

der Anstieg des Personalaufwands in 2018 auf 30 Millionen Euro budgetiert werden konnte.

Ferner konnte in den Teilplanzeilen 13 - das sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - und 16 - das sind die sonstigen ordentlichen Aufwendungen - ein Konsolidierungsvolumen anhand der vorläufigen Daten des Haushaltsjahres 2016 identifiziert werden. Die sich hier abzeichnende Verbesserung von rund 45 Millionen Euro ermöglichte es, die bisher noch nicht erreichten Reduzierungen als Bewirtschaftungsziel plausibel mit einer Zielgröße von 35 Millionen Euro den Teilplanzeilen 13 und 16 zuzuordnen und auf die Dezernate zu verteilen. Die Vorgehensweise wurde bereits in Vorjahren erfolgreich erprobt und ist mit der Zusage an die Fachdienststellen verbunden, dass durch dieses Bewirtschaftungsinstrument keine Maßnahme und kein eingeplantes Projekt gefährdet werden. Im Zuge des unterjährigen Controlling-Dialogs zwischen Kämmerei und Fachdienststellen werden Friktionen vermieden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun noch einige Worte zu der frühen Einbringung: Als der Wunsch zur möglichst frühen Einbringung des Haushalts besprochen wurde, habe ich auf die Unschärfen hingewiesen, die unter den konkreten Bedingungen zwangsläufig gegeben sind. Es liegen derzeit keine Orientierungsdaten der Landesregierung vor. Eine Proberechnung für das GFG hat ebenfalls noch nicht stattgefunden. Beides könnte theoretisch den Haushalt in erheblichem Maße beeinflussen. Wir wissen zudem noch wenig über die konkrete Wirtschaftskraftentwicklung in NRW insgesamt.

Andere Städte bringen ihren Haushaltsplan nach der Sommerpause ein, wenn die Planungslage günstiger ist. Vielleicht sollten wir gemeinsam diese Option - Einbringung nach der Sommerpause - für das nächste Jahr in Erwägung ziehen.

Für dieses Jahr gehe ich von einigem Nachsteuerungsbedarf aus. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ist zu beobachten, wie die Landesregierung mit den für Köln wichtigen Strukturelementen des Gemeindefinanzierungsgesetzes angesichts der Verabredungen in der Koalitionsvereinbarung umgeht. Von großem Interesse für die kommunale Familie sind auch wichtige Entscheidungen zu Bundesfinanzthemen, die jedoch in dieser Legislatur nicht mehr getroffen werden, aber sicherlich im Jahr 2018 bereits Wirkungen für die Lage in Köln entfalten können.

Alles in allem: Der finanzwirtschaftliche Dialog nach Einbringung und vor Verabschiedung des Haushalts wird für dieses Haus in diesem Jahr eine große Rolle spielen. Ich möchte nachdrücklich versichern, dass ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Ihrer Unterstützung und Beratung gerne zur Verfügung stehe.

Dies gilt für ein weiteres Thema des vorgelegten Satzungsentwurfs, nämlich die Vereinfachung von Abläufen im Tagesgeschäft und die Stärkung einer weiter dezentralisierten Ressourcenbewirtschaftung. Im finanzwirtschaftlichen Bereich stehen die Entscheidungsspielräume der Verwaltung für überplanmäßige Aufwendungen in § 8 der Haushaltssatzung in Rede. Im Zuge der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen und angesichts eines verbesserten Rahmens für Buchung und Controlling halte ich es für angezeigt, die von der Verwaltung vorgesehenen Beträge analog den Regelungen in anderen Städten anzuheben. In jedem Falle ist die Diskussion im Rat weiterhin gegeben, da die Verwaltung nach wie vor verpflichtet bleibt, die überplanmäßigen Aufwendungen mitzuteilen. Ich komme in diesem Zusammenhang gerne in Kürze mit einem Vorschlag auf Sie zu.

Zu guter Letzt: Der Haushalt ist das Finanzplanungsinstrument der Kommune und damit eines von verschiedenen Instrumenten, die verantwortliches kommunales Finanzmanagement ausmachen. Dazu zählen auch die Jahresabschlüsse für die Kernverwaltung und die Gesamtabschlüsse.

Um im Verhältnis zu den übrigen Kommunen Rückstände in Bilanz und Jahresabschluss aufzuholen, wurden in den letzten Jahren Ressourcen bei der Verbesserung und Entwicklung der Rechnungslegung konzentriert. Nun sind wir auch in Köln fast à jour. Der festgestellte Jahresabschluss 2015 liegt der Rechnungsprüfung vor. Das vorläufige Ist 2016 kann ich für die Beratungen in den Fraktionen zur Verfügung stellen. Im nächsten Jahr werden wir uns in den gesetzlichen Fristen bewegen.

Gut vorangekommen ist auch die Arbeit mit den Gesamtabschlüssen. Hier nutzt die Verwaltung Erleichterungen, die der Gesetzgeber vorgesehen hat, für die Jahre 2011 – 2014. Der Gesamtabschluss 2015 befindet sich in der Auflistung. Mit der überfälligen Ablösung eines jahrzehntealten Kassenverfahrens und der Einführung eines integrierten Systems haben wir auch für den Finanzbereich den Sprung ins SAP-Zeitalter geschafft. Das war verbunden mit erheblichen Kraftanstrengungen in Kämmerei und Kasse,

nicht zuletzt wegen der erforderlichen Umorganisation.

Auch hier haben viele zum Erfolg beigetragen. Allen Beteiligen - insbesondere auch dem Personalrat, ohne dessen konstruktive Begleitung diese riesige Aufgabe nicht so zügig hätte bewältigt werden können - an dieser Stelle einen besonderen Dank!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all dies trägt zur Verbesserung von Qualität und Transparenz der Planung bei. Das wiederum erhöht die Steuerungsqualität nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für Rat und Öffentlichkeit.

Dieses Mehr an Transparenz und Datenqualität wird begleitet von der Fortentwicklung des Bürgerhaushalts zu einem Bürger-Budget-Haushalt und schließlich einer Verknüpfung der Rechnungslegung zur europäischen Debatte, wie sie in der fachlichen Beteiligung der Stadt Köln bei der Festlegung der European Public Sector Accounting Standards, EPSAS, zu sehen ist.

Ich komme zurück zur Word-Cloud und zum Algorithmus. Entwickeln wir die Blockchain für eine gute und moderne Verwaltung in dieser wunderbaren Stadt, damit in dem dezentralen Netzwerk des Konzerns Stadt Köln eine Einigkeit zwischen den Knoten erzielt werden kann!

Für alle Zweifler an Notwendigkeit oder Möglichkeit zitiere ich Einstein:

> Wenn eine Idee am Anfang nicht absurd klingt, dann gibt es keine Hoffnung für sie.

Ich freue mich auf zahlreiche Debatten und Gespräche, die vor uns liegen, und lade auch die Öffentlichkeit recht herzlich zum Dialog ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, § 1 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW lautet:

> Die Gemeinden sind die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaues. Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe. Sie handeln zugleich in Verantwortung für die zukünftigen Generationen.

In diesem Sinne wird Ihnen heute ein genehmigungsfähiger Entwurf für den Haushalt 2018 einschließlich mittelfristiger Finanzplanung mit den eben genannten Schwerpunkten vorgelegt, der Köln nicht nur auf der Leistungsseite, sondern auch auf dem Weg zum Abbau des Defizits ein gutes Stück weiterbringt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Klug. - Damit kommen wir zur Abstimmung über die beiden Vorlagen, über die ich gemeinsam abstimmen lasse.

Unter A.1 geht es um die Überweisung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2018 zur Beratung in die Fachgremien. Unter A.2 möchten wir gerne die bezirksbezogenen Haushaltsmittel festsetzen.

Wer ist gegen die beiden Vorlagen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

2075/2017

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit ihren Anlagen nach Grundsatzreden der Oberbürgermeisterin und der Stadtkämmerin entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

1444/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt, die bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, wie folgt festzusetzen:

Für das Haushaltsjahr 2018 werden die jährlichen Mittel auf insgesamt 968.600 € festgesetzt.

Von diesem Betrag entfallen auf den Stadtbezirk:

1 Innenstadt 112.200 €

2 Rodenkirchen 99.800 €

3 Lindenthal 127.300 €

4 Ehrenfeld	*99.800 €*
5 Nippes	*106.300 €*
6 Chorweiler	*84.200 €*
7 Porz	*103.400 €*
8 Kalk	*108.500 €*
9 Mülheim	*127.100 €*

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs. 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung der Mittel muss hinreichend bestimmt sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen jetzt zu:

B: Arbeitssitzung

Hier beschäftigen wir uns zunächst mit:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Avery Singer
1777/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Ich bedanke mich sehr herzlich und freue mich für das Museum Ludwig.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Avery Singer durch OUTSET Germany_Switzerland, Berlin mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Spende in Höhe von 35.000 € in 2018 und 30.000 € in 2019 zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ im Museum Ludwig
1796/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Ich darf mich auch hierfür sehr herzlich bedanken.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Spenden an das Museum Ludwig in Höhe von 35.000 Euro für 2018 und 30.000 Euro für 2019 von der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3 Annahme einer Schenkung für das Museum für Angewandte Kunst
hier: Schenkungsangebot von Dr. Heliod Spiekermann
1822/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt mit großem Dank das Schenkungsangebot eines Vorhangschienenarmreifes des Schweizer Schmuckkünstlers Bernhard Schobinger durch Frau Dr. Heliod Spiekermann an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Sanierung der Reliefs am Heinzelmännchenbrunnen
1166/2017

Auch hier bitte ich darum, zu votieren. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. Ich freue mich darauf, den Heinzelmännchenbrunnen wieder in alter Gestalt sehen zu dürfen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Sanierung der Reliefs am Heinzelmännchenbrunnen durch die Cölner Hofbräu P. Josef Früh KG in Höhe von bis zu 180.000 Euro als Schenkung dankend an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun rufe ich auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend „Kinderfreundliche Kommune“
AN/0925/2017

Hierzu hat zunächst Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie sehen mich hier und heute als amtierenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, der das Wort ergreift, um kurz aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu berichten und Sie zu bitten, sich dem fraktionsübergreifenden, einstimmigen Votum des Jugendhilfeausschusses anzuschließen - in einer Geschichte, die die Stadt Köln oder auch die Oberbürgermeisterin und den früheren Oberbürgermeister seit 2013 verfolgt.

Es geht darum, dass im Jahr 2013 die Vereinbarung zur „Kinderfreundlichen Kommune“ in Köln unterschrieben wurde. Diese Vereinbarung sah eigentlich auch die Vorlage eines Aktionsplanes vor. Dieser Aktionsplan enthält verschiedene Module. Ich nenne Ihnen einmal zwei dieser Module: die Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowie kinderfreundliche Rahmenbedingungen in einer Kommune. Wenn man diese Module und weitere Module aufgearbeitet hat und entsprechend umgesetzt hat, steht am Schluss auch die Anerkennung als „Kinderfreundliche Kommune“ mit einem entsprechenden Prüfsiegel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Oberbürgermeisterin, uns geht es nicht darum, ob die Stadt Köln ein Prüfsiegel bekommt oder nicht. Uns geht es aber darum, was in diesem Prüfsiegel drinsteckt. Wenn wir es richtig sehen, ist das ein qualitativ wertvolles Prüfsiegel, das wirklich zeigt: Die Stadt Köln hat sich auf den Weg gemacht, eine kinderfreundliche Kommune zu werden. Wir wären dann die erste Millionenstadt in Deutschland und Europa, die dieses Prüfsiegel bekommt und sich „Kinderfreundliche Kommune“ nennen kann.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Worum geht es hier und heute aktuell? Wir haben fraktionsübergreifend im Jugendhilfeausschuss ein Modul auf den Weg gebracht, nämlich speziell das Modul Kinder- und Jugendpartizipation.

Und was wollen wir an dieser Stelle machen? Wir wollen - durch den Jugendhilfeausschuss ist das schon erfolgt; jetzt soll es auch vom Rat gemacht werden - die Verwaltung beauftragen, einen Aktionsplan vorzulegen und im Haushalt 2018 die entsprechenden Mittel zur Umsetzung einzuplanen.

Das heißt: Dieser Antrag ergänzt, erweitert, bündelt die Aktivitäten der Verwaltung. Diese sind ja auch schon erfolgt. Wir gehen aber, wie gesagt, noch einen Schritt weiter.

Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung und der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Wir schlagen die Koordination durch ein Jugendbüro

vor. Durch diesen Vorschlag wollen wir uns auch ganz explizit an die nicht organisierten Jugendlichen wenden.

Wer sich weiter mit Jugendpartizipation beschäftigen möchte, auch außerhalb dieser spannenden Rede meinerseits, kann sich an dem Partizipationskonzept der Stadt Nürnberg orientieren. Das haben wir in diesem Antrag ja auch gemacht. Dort ist man bereits einen Schritt weiter, weil man das Ganze dort schon etwas länger und konsequenter verfolgt. Von der Stadt Nürnberg wollen wir uns im Sinne von Best Practice gute Ideen abschauen und dann unseren eigenen Kölner Weg entwickeln und gehen.

Den ersten Schritt haben wir im Jugendhilfeausschuss gemacht - wie gesagt, fraktionsübergreifend in einem sehr konstruktiven Prozess. So machen wir das im Jugendbereich üblicherweise. Auch im Schulbereich gelingt das im Großen und Ganzen ganz gut.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

Ich möchte Sie bitten, sich kinderfreundlich jetzt auch hier unserem Antrag mit großer Freude anzuschließen, lieber Ralph Elster. Frau Oberbürgermeisterin, wir wollen ja den Erhalt dieses Prüfsiegels, aber auch diese wirklich qualitative Weiterentwicklung hier noch zusammen erleben. - In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, meine Damen und Herren. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

2013 hat die Stadt Köln die Vereinbarung zur „Kinderfreundlichen Kommune“ unterschrieben. Die Vereinbarung geht einher mit der Vorlage eines Aktionsplans zu den Themenbereichen „Vorrang des Kindeswohls/Kinderrechte in allen Verwaltungsebenen“, „Kinderfreundliche Rahmengebung“, „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ und „Information über Kinderrechte und Beteiligungsmöglichkeiten“, nach dessen Anerkennung das Prüfsiegel „Kinderfreundliche Kommune“ verliehen werden kann. Es gibt bereits etliche kleine bis mittelgroße Kommunen, die als kinderfreundliche Kommune ausgezeichnet worden sind. Köln wäre jedoch die erste Millionenstadt und damit weg- und richtungsweisend für andere Großstädte.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt daher die Verwaltung, dem Jugendhilfeausschuss und dem Rat der Stadt Köln den seit 2013 von der Stadt Köln in Kooperation mit dem Verein „Kinderfreundliche Kommune e.V.“ entwickelten Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“ vorzulegen und für den Haushalt 2018 im Rahmen der definierten verwaltungsinternen Leitprojekte ausreichend Mittel zu seiner strategischen Entwicklung und praktischen Umsetzung einzuplanen.

Aufbauend auf den bisherigen Beschlüssen sollen die unten genannten Zielvorhaben die bisherigen Aktivitäten der Verwaltung ergänzen und erweitern.

Der Schwerpunkt der konkreten Maßnahmen soll zunächst auf der Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihrer Interessenvertretung liegen. Dazu bedarf es der Koordination durch ein Jugendbüro, in dem Verwaltung und Jugendring die Zielvorhaben in enger Zusammenarbeit weiterentwickeln. Das Angebot soll sich an alle Kinder und Jugendliche richten und auch einen besonderen Augenmerk auf die nicht organisierten Jugendlichen haben, die hiermit auch erreicht und eingebunden werden sollen.

Dabei soll sich die Stadt Köln an dem mehrfach ausgezeichneten Partizipationskonzept der Stadt Nürnberg orientieren.

Folgende Maßnahmen sollen zügig umgesetzt werden:

- *Einrichtung eines kooperativen Jugendbüros zwischen Stadtverwaltung und dem Kölner Jugendring als Anlaufstelle für Anliegen von Kindern und Jugendlichen. Dabei ist darauf zu achten, dass die entsprechenden Personen Erfahrung mit der Entwicklung von Partizipationsstrategien haben und eine Nähe zu der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen gegeben ist. Das Jugendbüro soll in der Außenkommunikation mit Schülerinnen und Schülern, Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle einnehmen.*

  Um besser in die Verwaltung wirken zu können, soll das Partizipationsbüro personell sowohl bei der Stadt Köln als auch mit einer halben Stelle beim Jugendring angesiedelt

sein. Das kooperative Jugendbüro zwischen Stadtverwaltung und Jugendring arbeitet auf Augenhöhe zusammen.

- *Alle neun Stadtbezirke werden gebeten, mit der Bezirksjugendpflege, den Bezirksvertretungen, örtlichen Jugendhilfeträgern, Streetworkerinnen und Streetworkern, den Schülerinnen-/Schülervertretungen sowie bestehenden Kinder- und Jugendforen Verfahren zur örtlichen Partizipation aller Kinder und Jugendlichen zu entwickeln und den Bezirksvertretungen zur Abstimmung vorzulegen. Ziel soll es sein, in jedem Stadtbezirk eine breite und flexible Beteiligungsmöglichkeit für alle Jugendlichen zu schaffen, die auch Verbands-ungebundene und nicht in Jugendzentren aktive Jugendliche erreicht. Die gewählten Modelle sollen sich in den Gegebenheiten vor Ort entsprechend unterschiedlich gestalten können, Teilhabe an realen Beteiligungsstrukturen wie den Bezirksvertretungen sichern und stadtweit den mit dem AK 80 gemeinsam entwickelten fachlichen Leitlinien und Qualitätszielen folgen. Eine von den o.g. Akteuren gemeinsam durchgeführte, regelmäßige Überprüfung der Wirkung des Bezirkskonzeptes soll vereinbart werden.*

  Die fachlichen Leitlinien und die in den Bezirken entwickelten Konzepte sowie ihre Weiterentwicklung werden dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig zur Kenntnis gegeben.

- *Die bisherigen Partizipationsmittel sollen nach dem Motto „Geld in die Hand von Jugendlichen“ jedem Bezirk jährlich als zweckgebundene Mittel in Höhe von 5.000 € zur Verfügung gestellt werden. Dazu erarbeitet das kooperative Jugendbüro in Zusammenarbeit mit dem AK 80 stadtweite Leitlinien, damit die Mittel von Jugendlichen formlos für Kleinprojekte beantragt werden können. Um die Nutzung möglichst niedrigschwellig zu halten, sollen ein formloser und unbürokratischer Ablauf und Mittelverwendungsnachweis gewährleistet sein.*

- *Damit den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten der Beteiligung in Köln bekannt werden, aber auch um die Beteiligungsmöglichkeiten durch mediale Angebote zu erweitern, soll das kooperative Jugendbüro mit den medienpädagogischen Einrichtungen in der Stadt und mit Beteiligung von Jugendlichen ein entsprechendes Konzept entwickeln. Dabei ist darauf zu achten, dass Form, Inhalt und genutzte Social Media Angebote der Nutzung von Jugendlichen entsprechen. Auch hier kann das Konzept der Stadt Nürnberg hilfreiche Anregungen geben.*

  Dazu sind geeignete (digitale) Materialen zu entwickeln, um Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten und Kleinprojektmittel über die Schulen an die Kinder und Jugendlichen zu bringen.

- *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei jeder quartiersbezogenen Städtebauförderung für die Dauer der Projektförderung ein Partizipationsprojekt für Kinder und Jugendliche im Veedel zu etablieren. 20 Prozent der Mittel aus den jeweiligen Verfügungsfonds ist zur Verwendung durch Kinder und Jugendliche selbst vorzusehen.*

- *Die Kinder- und Jugendfreundlichkeit soll in die Hauptsatzung der Stadt Köln aufgenommen werden, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der Kinderrechte.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend „Anpassung der Fraktionszuwendungen“ AN/1014/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Ratskollegen der antragstellenden Fraktionen! Wie Sie alle wissen, ist durch die erfolgreiche Klage der Ratsgruppe pro Köln gegen das aufgeblähte Fraktionsfinanzierungsmodell, das bisher bestanden hat, eine Neuregelung der Fraktionsfinanzierung notwendig geworden.

Jetzt hat es nach fast dreijährigem Rechtskampf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Münster gegeben, von dem festgestellt wurde, dass insbesondere die mittleren und größeren Fraktionen unverhältnismäßig viel an Finanzausstattung erhalten haben.

Diesem Urteil hätte man natürlich Rechnung tragen können, indem man bei den Fraktionen der Altparteien entsprechend kürzt. Das wäre eigentlich auch nahe liegend. Gerade an einem Tag wie heute, an dem wir über den Haushalt reden und darüber sprechen, dass man Geld sparen will, wäre es natürlich nahe liegend gewesen, dieses Missverhältnis dadurch abzutragen, dass man die Mittel für die großen und mittleren Fraktionen kürzt.

Doch man ist, wie leider allzu oft, wieder auf halbem Weg stehen geblieben. Der Antrag von CDU, SPD, Grünen, Linkspartei und FDP sieht vor, dass nur geringfügig gekürzt wird. Damit man selber nicht zu viel abgeben muss, bekommen sogar die sonst so Ungeliebten, die Fraktion der AfD und die Ratsgruppe pro Köln, ein bisschen mehr.

Das ist natürlich nicht in unserem Sinne. Wir wollen, dass die für den Steuerzahler günstigste Lösung umgesetzt wird. Das hätte man anders regeln können. Man hätte es besser regeln können. Deswegen wird pro Köln gegen diese Neuregelung der Fraktionsfinanzierung stimmen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Jochen Haug (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich habe eine Frage an die antragstellenden Fraktionen. Im Antrag steht folgender Beschluss:

> Auf Basis der Zuwendungsstruktur für die Fraktionsgeschäftsstellen gemäß Ratsbeschluss vom 30.09.2014 sollen die Zuwendungen mit sofortiger Wirkung in folgender geänderter Form angepasst und bereitgestellt werden: …

Nun liegt ja das Urteil des OVG vor, das den Ratsbeschluss für unwirksam erklärt. Deshalb ist meine Frage an die antragstellenden Fraktionen: Soll das mit Wirkung für die Zukunft gelten und nicht für die Vergangenheit?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soll diese Frage beantwortet werden?

> (Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Beschlusstext spricht für sich selbst!)

- Gut. Sie wird nicht beantwortet. Das könnte sicherlich auch im Antragstext nachgelesen werden.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von pro Köln und AfD. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT und die Piraten enthalten sich. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

Auf Basis der Zuwendungsstruktur für die Fraktionsgeschäftsstellen gemäß Ratsbeschluss vom 30.09.2014 sollen die Zuwendungen mit sofortiger Wirkung in folgender geänderter Form angepasst und bereitgestellt werden:

Der Zuschuss zu den personellen Aufwendungen wird in folgenden Größenklassen angepasst:

3 RM	*+ 1,0 E6*
10 bis 14 RM	*+ 1,0 E10*
10 bis 14 RM	*- 1,0 E13*
20 bis 24 RM	*- 0,5 E6*
20 bis 24 RM	*- 0,5 E11*

Gemäß § 56 Abs. 3 Satz 4 Gemeindeordnung NRW erhält eine Gruppe mindestens eine proportionale Ausstattung, die zwei Dritteln der Zuwendungen entspricht, die die kleinste Fraktion nach Absatz 1 Satz 2 erhält oder erhalten würde.

Hinsichtlich der übrigen Festlegungen haben die Beschlussfassungen des Rates vom 13.07.2007 und vom 29.10.2009 weiterhin Bestand.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der Gruppen Piraten und GUT zugestimmt.

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Instandsetzung der Befestigungsanlage der Stadt Köln"
AN/1009/2017

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde auf Wunsch der antragstellenden Fraktion zurückge-

stellt (siehe auch Ziffer II – Seite 4 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

3.1.4 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Afghanistan ist nicht sicher: Keine Abschiebungen nach Afghanistan aus Köln"
AN/1013/2017

Diese Angelegenheit hat der Rat vor Eintritt in die Tagesordnung (siehe Ziffer IV – Seite 5) zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss am 31.07.2017 verwiesen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend „Förderung der E-Mobilität im ÖPNV“
AN/1008/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1056/2017

Ich gebe zunächst Frau Roß-Belkner das Wort.

Monika Roß-Belkner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es wird Zeit, weitere Schritte für den Ausbau der E-Mobilität zu unternehmen. Die Klage der Deutschen Umwelthilfe setzt die Stadt Köln unter Druck. Blaue Plakette und Dieselfahrverbote drohen. Daher ist es richtig und konsequent, als Kommune und öffentliche Hand Vorreiter zu sein und die Umstellung auf einen vollständig emissionsfreien Busbetrieb mit Nachdruck voranzutreiben.

Seit sieben Monaten fährt die Linie 133 mit acht E-Bussen im Echtbetrieb vom Breslauer Platz bis zum Südfriedhof auf einer Länge von 7 Kilometern. Hier liegen nun belastbare Ergebnisse über die eingesetzte Technik sowie deren Alltagstauglichkeit zu den unterschiedlichen Jahreszeiten vor.

Die KVB beabsichtigt jetzt, weitere 50 E-Busse anzuschaffen. Voraussetzung ist natürlich, dass die Drittmittel gewährleistet werden. Derzeit ist die Serienreife der E-Busse noch nicht gegeben, sodass ein E-Bus immer noch doppelt so teuer ist wie ein herkömmlicher Bus. Hinzu kommt, dass Langzeiterfahrungen in Bezug auf die Haltbarkeit der Batterien fehlen.

Es geht nun darum, einen Zeit-Maßnahmen-Plan zu entwickeln, welche Buslinien kurz-, mittel- und langfristig umgestellt werden können, wobei es natürlich wünschenswert wäre, die Bereiche mit hoher Schadstoffbelastung als Erstes zu bedienen.

Für die 50 E-Busse sind acht Ladestationen vorgesehen. Diese sollen möglichst keine einfachen Ladestationen, sondern Multifunktionsstationen werden. Allerdings stellen solche E-Tankstellen hohe Anforderungen an den Standort. Ein Mittelspannungsnetz muss in der Nähe sein, und es braucht Platz, um die E-Tankstellen mit mehreren Ladestationen unterzubringen.

Nachts müssen die E-Busse auf den KVB-Betriebshöfen aufgeladen werden, wozu auch diese auf die neuesten Erfordernisse umzurüsten sind.

Die RheinEnergie sehen wir hier als unabdingbaren Partner an der Seite der KVB - sowohl als potenziellen Energielieferanten als auch, um die erforderliche Ladeinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Interessant wird sein, welche tatsächlichen Luftverbesserungen durch den Einsatz der E-Busse auftreten, wie hoch die CO_2-Einsparungen sind und welche Minderbelastungen in Bezug auf Stickoxide und Feinstaub auftreten.

Unabdingbar ist auch die regionale Zusammenarbeit im Bereich der alternativen Antriebstechniken im öffentlichen Personennahverkehr. Hier werden neben E-Antrieben vor allem wasserstoffbasierende Antriebe getestet. Auch diese Technik gilt als erfolgversprechend und zukunftsweisend.

Angesichts der Dynamik der technischen Entwicklung im Markt ist die KVB gut beraten, die Buslinien sukzessive umzustellen, um den technischen Fortschritt mitzunehmen.

Auch wenn die Verbesserungen für die Umwelt überschaubar sein dürften, geht es darum, mit dem schnellen Ausbau von alternativen Antrieben im öffentlichen Personennahverkehr einen weiteren Schritt auf dem richtigen Weg zu gehen. Daher bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag.

Was den Zusatzantrag der LINKEN angeht, so meinen wir, dass für diesen Antrag jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist. Wir wollen im Moment die alternativen Antriebe voranbringen. Wenn wir

dann einmal konkrete Linien besprechen, können wir immer noch bestimmte Aspekte mit in die Diskussion einbringen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Houben das Wort.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wir sind doch Mitantragsteller!)

- Beim Ursprungsantrag gehört Herr Houben mit zu den Antragstellern. Das ist ein gemeinsamer Antrag.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber von der Reihenfolge sind doch erst die Grünen dran!)

- Sie haben sich nicht gemeldet. Ich habe hier eine Liste mit angemeldeten Wortmeldungen. Man hat doch gemerkt, wann die Wortmeldungen gerade zu Ende waren. - Herr Houben hat das Wort. Es war sehr deutlich, wann die Wortmeldungen eben beendet waren.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag kann, glaube ich, relativ schnell eine breite Mehrheit finden. Elektromobilität entwickelt sich schnell. Wir wollen mit diesem Antrag dokumentieren, dass wir eine gewisse Vorreiterrolle, die die KVB zum Glück eingenommen hat, weiterverfolgen.

Diese Technologie kann sicherlich auf einigen Strecken eine interessante und leistungsfähige Alternative gegenüber dem normalen Bus sein. Ich glaube schon, dass man hier noch einiges ausprobieren muss und dass nicht alles sofort funktionieren kann, weil die Technik in der Tat noch nicht so ausgereift ist, wie man das bei der anderen Technik kennt.

Wichtig ist vor allen Dingen auch, einen Unterschied zwischen den kürzeren und den längeren Strecken für die Busse zu finden. Deswegen ist es richtig, dass wir unter Punkt 3 auch die alternativen Antriebsmodelle in diesen Antrag aufnehmen.

Ansonsten braucht man zu dem Antrag keine weiteren Worte mehr zu verlieren, glaube ich. Ich bitte an dieser Stelle um Unterstützung.

Ein politisches Lehrstück ist natürlich der Ergänzungsantrag der LINKEN. Über dieses Vehikel möchten sie jetzt auf einmal versuchen, die lange geführte Diskussion über die Frage der Vorrangstrecken für Busse im Verkehr wieder neu zu initiieren. Ich halte das für einen unzulässigen Versuch, hier eine Diskussion auf ein Thema aufzubocken, zu dem eigentlich eine breite Mehrheit da ist, um wieder ein bisschen den Spaltpilz hineinzubringen.

Herr Detjen, ich kann Sie beruhigen: Wir werden Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Als die KVB vorletzte Woche ihr 140. Jubiläum gefeiert hat, hat sie auch noch einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass wir in dieser Stadt schon seit über 100 Jahren Elektromobilität haben. Ganz neu ist das Thema E-Mobilität also nicht.

Jetzt haben wir seit gut einem Jahr aber auch die erste batterieelektrisch betriebene Buslinie von der Innenstadt in den Kölner Süden - übrigens auch noch mit tatkräftiger Unterstützung der damaligen rot-grünen Landesregierung.

Mit der Linie 133 ist die KVB hier Vorreiterin und zeigt, wie E-Mobilität eben nicht nur im Privatbereich funktionieren kann, sondern auch dort, wo sie von viel mehr Menschen genutzt wird, nämlich im Bereich des ÖPNV.

Gerade in Zeiten, in denen der amerikanische Präsident aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigt und auch in Deutschland die Klimakrise von der selbst ernannten Klimakanzlerin Merkel einfach ausgesessen wird, liegt es an den Städten und Gemeinden, den Klimaschutz vor Ort zu gestalten. Deshalb fordern wir in unserem Antrag Folgendes:

Erstens. Die am stärksten von Luftschadstoffen betroffenen Stadtteile sollen nun auch auf E-Bus-Linien umgestellt werden. Denn der Einsatz von E-Bussen hilft nicht nur dem Klima; auch und gerade für die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner kann hier ein großer Beitrag geleistet werden. Wenn, wie im Antrag beschrieben, der Strom für die E-Busse zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien kommt, haben wir nämlich

nicht nur weniger Abgase in der Stadt, sondern auch weniger Dreck in jedem Bezirk und in der kompletten Region.

Dafür benötigen wir aber zweitens einen Zeit-Maßnahmen-Plan, der uns darlegt, auf welchen Linien wir am schnellsten die meisten Menschen entlasten können, was sowohl die Klimagase als auch die Stickoxide und den Feinstaub angeht. Damit sich die Investition in die dafür benötigte Infrastruktur doppelt lohnt, wollen wir, dass neben den Bussen auch E-Autos, E-Bikes, Pedelecs, E-Lastenräder und vielleicht irgendwann einmal auch KVB-Leihräder klimaneutral geladen werden können.

Drittens - es wurde schon gesagt - muss hier selbstverständlich die Region mit ins Boot geholt werden. Denn alleine schaffen wir es mit der Weltrettung auch nicht.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

- Wir glauben das zwar manchmal. Aber ganz allein schaffen wir es auch nicht. - Im Umland finden ja bereits diverse Pilotprojekte statt, die auf alternative Antriebe bei den Busflotten setzen, zum Beispiel bei der RVK zu Hybridbussen auf Wasserstoffbasis. Dann ist es nur selbstverständlich, dass hier interkommunal zusammengearbeitet wird - nicht nur, um die im Antrag beschriebenen EU-Fördermittel noch effizienter einsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, daher bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen, damit die E-Mobilität auch für alle erfahrbar wird. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Scholz das Wort.

Tobias Scholz (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wählergruppe GUT möchte mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag mit der CDU, den Grünen und der FDP den Umstieg der KVB-Busflotte auf Elektromobilität unterstützen und entsprechend fördern.

Die Kölner Verkehrs-Betriebe haben seit Dezember 2016 auf der 7 Kilometer langen Buslinie 133 aktuell acht batterieelektrische Linienbusse des niederländischen Herstellers VDL im Einsatz. Damit sind die Kölner Verkehrs-Betriebe bundesweit eines von circa 40 Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs, die Elektrobusse im Einsatz haben und testen.

Die Vorteile einer schrittweisen Umstellung auf eine Elektrobusflotte in Köln liegen auf der Hand. Linienbusse fahren reproduzierbare Strecken. Die KVB-Fuhrparkleiter kennen die Haltepunkte, die Fahrzeit und die tägliche Streckengesamtlänge. Diese Planungssicherheit erleichtert den Einsatz batterieelektrischer Linienbusse.

Die notwendige Ladeinfrastruktur für die Elektrobusse kann so ausgebaut werden, dass auch Nutzer von unter anderem E-Bikes und E-Pkws diese nutzen können. Entsprechend steigt der Anreiz, sich elektrisch betriebene Verkehrsmittel anzuschaffen bzw. auf diese umzusteigen. Radfahrer, Fußgänger und Anwohner profitieren von einer geringeren verkehrsbedingten Schadstoffbelastung, und die ÖPNV-Betreiber können langfristig ihre Gesamtbetriebskosten senken und diese eventuell an die KVB-Nutzer weitergeben.

Die im Vergleich zu Dieselbussen höheren Anschaffungskosten von batterieelektrischen Linienbussen und der Aufbau einer notwendigen Ladeinfrastruktur in Köln können durch Landeszuschüsse und Förderdarlehen der NRW.BANK im Rahmen des Programms NRW.BANK.Elektromobilität kompensiert werden.

Natürlich ist das Problem der gesundheitsschädigenden Schadstoffbelastung in Köln damit nicht gelöst. Weitere Maßnahmen sind notwendig, um die Umwelt und die Menschen zu entlasten. Dennoch stellt eine Umstellung der KVB-Busflotte auf elektrisch betriebene Linienbusse einen wertvollen Beitrag dar, um den Prozess einer dringend notwendigen Verkehrswende auch in Köln endlich voranzubringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau dos Santos Herrmann das Wort.

(Zuruf)

- Änderungsanträge ziehen bei der Reihenfolge der Rednerliste nicht, meine Damen und Herren.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kol-

legen! Ich stelle fest: Es gibt einen neuen Realismus bei CDU und insbesondere FDP. Statt sich an Lenkrädern die Zähne auszubeißen, versuchen Sie jetzt doch, eine realistische Verkehrspolitik zu machen.

Dieser können wir uns sehr gerne anschließen. Denn die Förderung der E-Bus-Linie und weiterer E-Busse hat ja noch der frühere Verkehrsminister Groschek in Aussicht gestellt. Ich gehe davon aus, dass der neue Verkehrsminister, der heute in einem Interview festgestellt hat, dass es auch 2022 noch Staus geben wird, sich an diese Idee anhängt, das Ganze gut befördert und vielleicht auch auf diesem Weg dazu beiträgt, dass der ÖPNV attraktiver wird.

Meine Damen und Herren, wie Sie vielleicht schon gemerkt haben, können wir uns dem Antrag anschließen. Wir werden ihm zustimmen. Zuvor möchten wir gerne noch ein paar Bemerkungen loswerden, die uns besonders wichtig sind.

Für die SPD-Fraktion ist von außerordentlicher Bedeutung - deshalb möchte ich das betonen, auch wenn es im Antrag zumindest ansatzweise schon enthalten ist -, dass wir mit dem Einsatz von E-Bussen da weitermachen, wo die Schadstoffbelastung am höchsten ist. Um es konkret zu sagen: Wir werden uns die Umgebung rund um den Clevischen Ring, die Bergisch Gladbacher Straße und ähnliche Punkte vornehmen müssen.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Natürlich gehört der Ausbau von multifunktionalen Ladestationen dazu. Dieser muss in Betracht gezogen werden.

Selbstverständlich müssen wir mit der Region zusammenarbeiten.

Auch Folgendes muss sein - da widerspreche ich auch Herrn Houben, ohne dass wir dem Antrag der LINKEN im Moment zustimmen können -:

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ein bisschen mutiger!)

Natürlich darf man und muss man über die Rolle des Busses im ÖPNV nachdenken. Selbstverständlich muss man darüber nachdenken, welches ÖPNV-Konzept wir für die Stadt brauchen und welche Infrastruktur wir auch für den Bus brauchen. Wir haben vor rund einem Jahr hier an dieser Stelle darüber diskutiert, wie es mit der Ergänzung des Busnetzes um Expressbuslinien aussieht. Das gehört genauso mit dazu.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Ja. - Genau deswegen plädieren wir dafür, uns das intensiv und nicht auf die lange Bank schiebend anzuschauen und zu entscheiden - aber nicht mal eben en passant in einem Antrag, der sich eigentlich mit etwas völlig anderem befasst, nämlich mit Antriebstechnologie.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das hättet ihr den Grünen schon vor zehn Jahren schenken können!)

- Blödsinn. Da war die Technologie noch nicht ausgereift, und das ist auch nur ein Aspekt. - Wir sind als SPD-Fraktion also dazu bereit, diese Frage zu diskutieren. Wir wollen sie aber im Rahmen einer Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs insgesamt diskutieren. Mal eben zu sagen: „Da, wo eine E-Bus-Linie fährt, machen wir eine gesonderte Spur, und ansonsten interessiert uns das nicht“, kann nicht die Lösung sein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das haben wir nicht gesagt!)

- Selbst wenn Sie das so nicht gesagt haben: Ihr Antrag suggeriert, dass Sie sich darauf beschränken wollen.

Das wollen wir nicht. Wir schlagen vor, diese Frage gesondert im Verkehrsausschuss zu diskutieren und zu entscheiden.

Heute entscheiden wir über diesen Antrag. Wir schließen uns ihm an. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch nie war so klar wie heute, dass das Auto nicht in der Lage ist, die Verkehrsbedürfnisse einer Großstadt abzuwickeln. Staus und Stillstand auf den Straßen zeigen das täglich.

Schlimmer noch sind die Abgase. Stickoxide an den Ausfallstraßen machen die Menschen krank. Wir alle kennen die Diskussion um die Dieselfahrverbote. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie uns schon bald ereilen und aus Gründen des Gesundheitsschutzes Fahrverbote verhängt werden müssen.

Liebe Susana dos Santos Herrmann, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie den Clevischen Ring erwähnt haben. Sie reißen das richtige Thema an, ziehen aber völlig falsche Schlüsse. Am Clevischen Ring fahren am Tag 30 000 Autos. Gleichzeitig haben wir am Clevischen Ring 180 Busbewegungen pro Tag. Von diesen Bussen erfüllt die Hälfte die Euro-6-Norm. Das heißt: Wer glaubt, alleine durch den Austausch eines Dieselbusses durch einen Elektrobus könne man das Problem der Stickoxide am Clevischen Ring lösen, täuscht sich gewaltig.

Insofern muss etwas anderes passieren. Es muss dem Autofahrer gezeigt werden, dass es prima ist, wenn er mit dem Bus in die Stadt fährt, weil das mindestens genauso schnell und vielleicht sogar schneller geht. Deswegen brauchen wir mehr Platz für die Busse. Diesen Platz müssen wir den Autos wegnehmen. Da muss ein Bus fahren - optimalerweise natürlich ein Elektrobus.

(Beifall bei der LINKEN und von Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Meine Damen und Herren, deswegen begrüßen wir den hier vorliegenden Antrag natürlich. Wir werden ihm nachher auch zustimmen.

Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass das ansteht, was wir fast alle hier im Raum mit Köln mobil 2025 beschlossen haben. Das sind noch sieben Jahre. Bis dahin - das ist nicht mehr lange - wollen wir den MIV auf 30 Prozent reduziert haben. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, schaffen wir das im Leben nicht. Wir müssen den ÖPNV preiswerter machen, schneller machen und vor allem attraktiver gegenüber dem Auto machen. Nur so können wir dieses Ziel erreichen.

(Beifall bei der LINKEN und von Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln])

Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass ein Elektrobus hinter einem stinkenden Diesel im Stau steht. Das bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Für einen Elektrobus müssen wir viel Geld investieren. Er kostet 600 000 bis 700 000 Euro, unter dem Strich also etwa doppelt so viel wie ein Dieselbus. Jetzt werden Sie sagen: Das bezahlt das Land. - Alles schön und gut! Trotzdem muss dieses Geld effektiver eingesetzt werden, meine Damen und Herren.

Ich möchte Sie bitten, unseren Antrag zu unterstützen. Der Antrag zielt doch nicht darauf ab, dass überall dort, wo diese sechs Buslinien fahren, jetzt eine Busspur eingerichtet werden muss. Wir fordern lediglich die Verwaltung auf, uns ein Konzept zum Vorrang von Bussen vorzulegen. Das muss ja nicht immer eine Busspur sein. Es kann auch mal eine Ampelschaltung sein, die den Bus bevorzugt.

Wenn Sie das nicht mittragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann meinen Sie es mit der Verkehrswende nicht ernst. - Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Fenske das Wort.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vom Platz aus einige wenige Anmerkungen machen. Es ist natürlich schön, diese verkehrspolitische Diskussion hier aus Sicht der KVB zu erleben. Wir bedanken uns auch sehr für den Rückenwind.

Erste Anmerkung: Nach einem Dreivierteljahr kann man schon sagen, dass die Linie 133 im bundesweiten Vergleich durchaus vorzeigbar ist. Bei dieser Premiere in Köln haben wir heute eine 85-prozentige Verfügbarkeit auf der Linie 133 mit den acht Gelenkbussen. Das kann man durchaus auch erwähnen.

Zweite Anmerkung: Sie bitten uns und fordern uns auf, gemeinsam mit der Region im Austausch, in der Information und in der Reflexion über andere, weitere Antriebstechnologien nachzudenken. Ich kann Ihnen versichern, dass wir natürlich über unseren Fachverband intensiv mit Hamburger Unternehmen, mit Berliner Unternehmen, aber auch hier in der Region mit der RVK über die verschiedenen Wege und verschiedene Antriebstechnologien im Gespräch sind.

Die Kölner Verkehrs-Betriebe haben sehr reflektiert in einer Vorstandssitzung - übrigens gemeinsam; wir hatten damals Herrn Dr. Rau und Frau Blome als Gäste - über die Frage diskutiert: Was soll und kann der Weg der KVB sein? Wir haben uns reflektiert für den batteriegetriebenen Elektrobus entschieden.

Es ist zu Recht angemerkt worden, dass ein solcher Elektrobus auch nicht einfach auf Knopf-

druck kommt. Sie brauchen dafür eine entsprechende Infrastruktur - nicht nur eine Ladeinfrastruktur, sondern auch einen Betriebshof. Wenn wir rechtsrheinisch Elektrobusse einsetzen möchten, was wir tun wollen, werden wir dort höchstwahrscheinlich auch einen Betriebshof brauchen, der über die entsprechende Logistik, also diese Ladestationen, verfügt.

Vorletzte Anmerkung: Eine interessante Debatte ist die Diskussion zum Thema Busspur bzw. Busvorrangspur. Von einigen Fraktionen ist ja gesagt worden, dass sie auch die Notwendigkeit dazu sehen. Ich habe keinen statistischen Überblick darüber, wie viele Kilometer Busspuren bzw. Busvorrangspuren deutsche Großstädte haben. Statistisch kann ich das nicht belegen. Aber der Eindruck ist eindeutig: Köln ist die Stadt, in der wir praktisch kaum etwas haben. Das heißt: Der Bus steckt - das ist eines unserer großen Verkehrsprobleme - natürlich dauernd im Stau.

Wenn man den Modal Split, das Mischungsverhältnis der Verkehrsträger, wie in Köln mobil 2025 dargelegt ändern will und gleichzeitig weiß, dass eine Stadtbahnstrecke nicht morgen gebaut ist, sondern ihr Bau noch einige Zeit benötigt - Stichwort: ÖPNV-Bedarfsplan 2030 -, dann wird man sich die Frage stellen müssen, welche Rolle und welchen Stellenwert der Bus haben wird.

In meiner verkehrlichen Prognose glaube ich, dass er eine wichtigere Stellung bekommen wird. Allerdings muss man auch Platz für den Bus haben, damit er fahren kann und nicht wie heute - vorwiegend übrigens im Rechtsrheinischen - im Stau verreckt, sodass die Fahrgäste auch an der Haltestelle warten und warten, bis der Bus endlich kommt.

Letzte Anmerkung: Die KVB ist natürlich mit Landesförderung, also mit Zuschüssen, diesen Weg der E-Busse gegangen. Das ist eine teure Veranstaltung. Wegen der Landesförderung geht es.

In diesem Zusammenhang ist mir ganz wichtig, Folgendes deutlich zu machen - es ist auch hier schon angesprochen worden -: Bitte verwechseln Sie den Euro-6-Diesel-Bus nie mit dem Euro-6-Diesel-Pkw. Das ist ein deutlicher Unterschied. Von allen Umweltinstituten, weit über Deutschland hinaus, wird bestätigt, dass der Euro-6-Diesel-Bus die entsprechenden Schadstoffwerte einhält. Er verursacht kaum noch messbare Stickoxidemissionen. Sie sind tatsächlich auch im realen Betrieb kaum noch messbar. Es gibt Realtests aus München und aus Osnabrück. Deswegen bitte ich Sie, das in der Debatte immer zu berücksichtigen und nicht alles in einen Topf zu werfen. Der Bus-Dieselmotor ist ein anderer Motor als der Pkw-Dieselmotor. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann möchte ich abstimmen lassen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ab. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Gibt es Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion, die Grünen, die SPD-Fraktion und die AfD stimmen dagegen. Enthaltungen? - Enthaltungen kann es ja keine mehr geben. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den ursprünglichen Antrag von CDU, Grünen, FDP und GUT abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Dem Punkt 1 wird hinzugefügt:

> *„Die Verwaltung möge bis September 2017 ein Konzept vorlegen, wie auf den künftigen Elektrobus-Linien dem ÖPNV gegenüber dem MIV Vorrang eingeräumt werden kann.“*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und den Gruppen Piraten und GUT abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Als ein weiterer Baustein einer emissionsarmen Mobilitätsentwicklung im Rahmen von „KölnMobil 2025“ wird der Umstieg auf E-Mobilität beim ÖPNV-Dienstleister KVB AG weiter gefördert. Daher beschließt der Rat der Stadt Köln die Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der KVB und in Abstimmung mit der Rheinenergie einen Plan für den weiteren Ausbau des E-Bus-Netzes zu erstellen. Die Planung soll die sukzessive Erweiterung des E-Bus-Netzes beinhalten und dabei vordringlich diejenigen Buslinien berücksichtigen, die in Bereichen hoher Schadstoffbelastungen bzw. in der Innenstadt verkehren.*

   Ziel dieser Planung soll eine Umstellung der kompletten Busflotte auf elektrischen Antrieb sein. Der Strom soll dabei – wie schon bei den Stadtbahnen – zu 100% aus regenerativen Quellen stammen.

2. *Mit der Planung soll ein Zeit-Maßnahmenplan unter Berücksichtigung folgender Punkte vorgelegt werden:*

- *Welche Buslinien können kurz-, mittel-, und langfristig - inklusive des Aufbaus multifunktionaler Ladestationen - umgestellt werden.*

- *Aufgrund der zurzeit noch sehr hohen Mehrkosten soll die Umsetzung jedoch erst in Abhängigkeit von hierzu zur Verfügung stehenden Drittmitteln (beispielsweise einer Landesförderung) erfolgen.*

- *Neben den zu erwartenden Mehrkosten sind auch die CO2-Einsparungen und die Minderbelastung durch NOx und Feinstaub sowohl absolut als auch in Relation zur betroffenen Bevölkerung darzustellen.*

- *Spätestens Ende 2017 ist die Planung dem Rat und den fachlich involvierten Ausschüssen zur Entscheidung vorzulegen.*

3. *Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit werden Verwaltung und KVB AG gebeten, mit den Verkehrsunternehmen im Umland, insbesondere der RVK, bei der Erprobung und Einführung weiterer umweltfreundlicher Antriebstechniken zu kooperieren. Dies umfasst insbesondere auch Brennstoffzellen-Hybridbusse auf Wasserstoff-Basis im Rahmen des EU-Förderprogramms JIVE.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung endgültig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Landesrechtlichen Mieterschutz für Köln erhalten!“
AN/1003/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT
AN/1067/2017

Ich gebe Herrn Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihnen liegt zum Antrag der SPD-Fraktion „Landesrechtlichen Mieterschutz für Köln erhalten!“ ein Änderungsantrag vor, den Sie wahrscheinlich gerade auf Ihre Plätze gelegt bekommen haben. Das ist ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe GUT; die Kollegen der Ratsgruppe Piraten haben gerade auch noch erklärt, dass sie diesem Antrag gerne beitreten würden.

Sehr geehrte Damen und Herren, man kann es dem Rat der Stadt wahrscheinlich nicht oft genug ins Stammbuch schreiben - oder auch in die Protokolle -: Köln als wachsende Stadt benötigt bis zum Jahr 2040 aufgrund des Bevölkerungswachstums circa 66 000 neue Wohnungen.

Besonders stark ist der Bedarf in der nächsten Dekade. Hier benötigen wir 6 000 Wohnungen pro Jahr. Von diesem Ziel sind wir leider noch weit entfernt. 2016 wurden lediglich 2 387 Wohnungen neu erstellt. Das ist nicht einmal die Hälfte des Bedarfs.

Dazu kommen erstmals seit Jahren Vollvermietung und, auch als Erblast entfesselten Marktradikalismus’, zahlreiche ideologisch getriebene Privatisierungen öffentlicher Wohnungsunternehmen wie der landeseigenen LEG sowie ein rapide abschmelzender Bestand an Sozialwohnungen, die schneller zurückgehen als die Gletscher in den Alpen.

Wer heute eine Wohnung in Köln sucht, trifft auf einen eingefrorenen Markt. Diejenigen, die noch eine Wohnung haben, können kaum ausziehen, weil die Wohnungen, die sie finden könnten, zu teuer sind.

Die Entwicklung ist besorgniserregend, urteilt auch Jürgen Becker, Geschäftsführer des

Mietervereins Köln. Wir stecken mitten in einer Krise, in der wir alle Register ziehen müssen, um die sozialen Folgen der heute schon bestehenden Wohnungsnot abzumildern.

Jetzt muss man schauen, was die vom Wähler frisch ins Amt gehobene Landesregierung in dieser Situation tut. Leider muss man sagen: Unter dem Schlagwort „Bürokratieabbau - Entfesselung des Marktes“ wird der Mieterschutz auf breiter Front abgeräumt.

Man sagt, die Mietpreisbremse habe ihren Zweck nicht erfüllt - was ja vielleicht für die ländlichen Gebiete gelten kann, aber aus der Perspektive einer Stadt natürlich ganz falsch ist. Kappungsgrenzenverordnung und Mietpreisbegrenzungsverordnung werden aufgehoben. Schwarz-Gelb hält das alles für nicht erforderlich und sagt: Die Kündigungssperrfristverordnung, die Zweckentfremdungsverordnung und die Umwandlungsverordnung werden wir aufheben, das Wohnungsaufsichtsgesetz überprüfen.

Mieterschutz wird zur Bundessache erklärt. Die Landespolitik leistet einen wohnungspolitischen Offenbarungseid.

Dazu hat der Städtetag Nordrhein-Westfalen klar Stellung bezogen und erklärt:

> Die Ausführungen des Koalitionsvertrages zur Mietpreisbremse sind aus Sicht des Städtetages Nordrhein-Westfalen empirisch nicht belegbar. … Die verfolgte Anhebung der Kappungsgrenzenverordnung und der Mietpreisbremse wird vom Städtetag Nordrhein-Westfalen kritisch betrachtet. Vielmehr sollte auch seitens der Landesregierung angestrebt werden, die Mietpreisbremse auf Bundesebene wirksamer auszugestalten. …
>
> Der Städtetag sieht anders als die Koalitionspartner … [diese Instrumente] als durchaus geeignete Instrumente zur notwendigen Regulierung der Wohnungsmärkte an. Die Umwandlungsverordnung wurde auf Drängen des Städtetages Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 eingeführt und gilt ohnehin nur punktuell in Gebieten mit einer Erhaltungssatzung.

Das sind doch gerade die Instrumente, die wir - im Übrigen mit den Stimmen der CDU - hier im Rat beschlossen haben. Beispielsweise in der Südstadt und in Mülheim haben wir uns das auch vorgenommen.

(Zuruf von der LINKEN: Darauf haben wir aber lange gewartet!)

Genau hier steht Köln im Konflikt mit dem Land.

Milieuschutzsatzungen sind ein wichtiges Instrument und eines der wichtigen Mittel. Hauptmittel gegen Wohnungsnot und den angespannten Mietmarkt ist aus unserer Sicht natürlich: bauen, bauen, bauen. Zugleich müssen wir aber die soziale Balance im Wohnungsmarkt erhalten.

Durch die Aufhebung der Kappungsgrenzenverordnung entfällt beispielsweise die Mietpreisbremse für bestehende Mietverträge, sodass zukünftig eine Erhöhung um 20 Prozent zur ortsüblichen Vergleichsmiete möglich wäre, maximal um 100 Euro pro Monat. Das sind bei einer Miete von 500 Euro 25 Euro pro Monat bzw. 300 Euro im Jahr mehr. Für 300 Euro muss eine Rentnerin, wie man sprichwörtlich sagt, lange stricken.

Zur Zweckentfremdungsverordnung, die jetzt im § 10 des Wohnungsaufsichtsgesetzes verankert ist, ist Folgendes zu sagen: CDU und FDP hatten ja schon 2006 diese Verordnung aufgehoben. Das von Rot-Grün eingeführte Wohnungsaufsichtsgesetz, das aus unserer Sicht zwingend erhalten bleiben sollte, muss auch in diesem Punkt erhalten bleiben.

Sie sehen also, wie wichtig diese Instrumente sind und wie richtig die Landespolitik - ungeachtet anderer Fehler - zumindest bei diesem Punkt lag.

Wir fordern daher alle im Rat vertretenen Fraktionen auf, unserem Anliegen, für das wir mit dem jetzt vorliegenden Ersetzungsantrag eine noch breitere Mehrheit gefunden haben, zuzustimmen. Es wäre ein wichtiges Signal für die Mieterinnen und Mieter in Köln und ein wichtiges Statement, wie wir in Köln uns die Regeln für den Mietmarkt vorstellen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die demokratischen Parteien im Rat und auch im Landtag Nordrhein-Westfalen eint die Zielset-

zung, dass die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen auch in den Ballungszentren bezahlbaren Wohnraum finden können müssen.

Einen Königsweg, dieses Ziel umzusetzen, gibt es aber nicht. Jedes einzelne Instrument muss für sich bewertet werden.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr holzt sie alle ab! Alle weg!)

Die wichtigste Stellschraube ist - das hat Ihr Kollege gerade auch gesagt -, das zur Verfügung stehende Angebot an Wohnungen zu vergrößern. Wir haben in Köln bis 2030 einen Bedarf von rund 65 000 Wohnungen.

Deshalb treiben wir in Köln und auch auf Landesebene die Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren voran. So haben wir als CDU und FDP im Koalitionsvertrag in Düsseldorf festgeschrieben, dass Anträge im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren künftig innerhalb eines Monats und Bauanträge in der Regel in zwei Monaten entschieden werden sollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die obligatorischen Vollständigkeitsprüfungen der beizubringenden Unterlagen sollen maximal drei Wochen umfassen.

Wenn man sich ansieht, wie lange das in Nordrhein-Westfalen und auch in Köln heute dauert, muss man sagen: Das ist eine echte Verbesserung und damit auch für uns eine Chance, dass wir schneller zu mehr Wohnungen kommen und damit auch den Markt wieder in ein Gleichgewicht bringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auf städtischer Ebene gehört die Prozessoptimierung im Bereich der Bauaufsicht zu den priorisierten Leuchtturmprojekten der Verwaltungsreform. Dazu hat die Oberbürgermeisterin bereits erklärt, dass alles in die Hand genommen werden soll, damit hier eine Beschleunigung stattfindet.

Die in diesem Zusammenhang notwendige Digitalisierung wird auf Landesebene künftig ebenfalls unterstützt. Denn es kann nicht sein, dass Architekten heute zwar digital planen, aber bei der Stadtverwaltung dann Papierpläne eingereicht werden müssen. Hier wollen wir eine Beschleunigung haben.

Es reicht aber nicht aus, nur die Prozesse zu beschleunigen, sondern es geht vor allen Dingen auch darum, mehr Flächen bereitzustellen. Auch an dieser Stelle gehen wir wichtige Schritte voran.

So überarbeiten wir das Abstandsflächenrecht. Denn es ist gerade für die innerstädtische Nachverdichtung und die Schaffung von Wohnraum im innerstädtischen Bereich wichtig, hier neue Impulse zu setzen.

Das Gleiche gilt für das Vorgehen im Landesentwicklungsplan entlang der ÖPNV-Achsen. Wer Süddeutschland kennt, weiß, wie es in Bayern gehandhabt wird. München macht es uns vor. Dort sind entlang der S-Bahn-Strecken zusätzliche Wohnungen entstanden, womit auch das Problem des Verkehrs besser gelöst wird. Deshalb wollen wir hier klare Akzente setzen.

Das alleine reicht uns aber nicht. Damit kommen wir zu dem Thema der sozialen Wohnraumförderung - einem Thema, das die politische Konkurrenz in den letzten Jahren komplett verschlafen hat. Das muss man ja auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Jahre 1990 hatten wir in Köln noch knapp 105 000 geförderte Wohnungen. Im Jahre 2016 haben wir leider nur noch 37 000. Deshalb ist das ganze Thema mit der Kappungsgrenze auch relativ.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Gerade Sie müssen das anprangern! Gerade Sie! - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja zynisch!)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahrzehnten eine dominierende Regierungspartei gehabt, die dieses Thema verschlafen hat.

(Beifall bei der CDU)

In Köln haben wir als CDU mit die Initiative ergriffen, über das Kooperative Baulandmodell entsprechende Impulse zu geben. Wir haben auch als CDU die Initiativen der GAG unterstützt, hier zusätzliche Sozialwohnungen zu schaffen.

Wer den Koalitionsvertrag lesen kann, ist auch klar im Vorteil.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, alles weg! Jeder Mieterschutz weg! Alles abgeholzt!)

Wir wollen das Wohnraumförderprogramm des Landes weiterentwickeln. Dazu gehören zwei besondere Instrumente, die nach dem Krieg dazu geführt haben - es war im Übrigen ein sozial-

demokratischer Oberbürgermeister, der das damals mit unterstützt hat, nämlich die Förderung der Genossenschaftsmodelle und der Bauherrengemeinschaften -, dass wir hier wieder billiger bauen können und damit gerade für die unteren und mittleren Schichten zusätzliche Wohnungen bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir setzen einen weiteren wichtigen Impuls gegen Altersarmut, indem wir eine Wohnungseigentumsförderung vorsehen. Damit komme ich auch zu der unsozialsten Komponente Ihrer Regierungszeit - da haben Sie noch nicht einmal mit Ihrer eigenen Fraktion gestimmt, glaube ich -, nämlich der Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Wir wollen für Familien einen Freibetrag von 250 000 Euro einführen,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

damit sich auch junge Familien wieder Wohnen in Köln leisten können.

(Martin Börschel [SPD]: Die meisten sind aber Mieter, Herr Kollege! Die meisten sind Mieter!)

Denn mit dieser Erhöhung, die Sie da auf den Weg gebracht haben, sind die Nebenkosten so sehr gestiegen, dass viele hier überhaupt keine Möglichkeit dazu sehen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja zynisch, Herr Kollege! Das kann doch nicht wahr sein! Das glauben Sie ja wohl selbst nicht!)

Wir kommen jetzt zu den weiteren Punkten. Wir haben eine wunderbare Schutzmaßnahme auf der Bundesebene. Das Problem ist, dass viele Landesregelungen deshalb gar nicht greifen, weil auf Bundesebene letztlich auch viele Ausnahmetatbestände definiert werden.

Ich komme sehr schnell zum Ende. Schauen Sie sich diese Themen und insbesondere den § 556f des BGB genau an. Dort sind die Ausnahmen entsprechend geregelt. Die faktischen Fälle, die hier mit der weißen Salbe der Landesverordnung aufgegriffen wurden, sind in der Praxis überhaupt nicht zum Tragen gekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Warum ist denn der Mieterbund dafür? Der Vorsitzende des Mietervereins ist dafür! Herr Corneth ist dafür!)

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden. - Das ist der Punkt, an dem wir hier zu dem Kern kommen. Sie wollen mit dem Ordnungsrecht weiße Salbe darüber streichen, dass Sie inhaltlich gesehen in den letzten Jahren den sozialen Wohnungsbau vernachlässigt haben und damit die größten Probleme überhaupt in den Ballungszentren geschaffen haben.

Wir sind dabei, das aufzuräumen, indem mehr Wohnungen gebaut werden, und damit dafür zu sorgen, dass wir auch in Köln weiterhin vernünftige soziale Situationen haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Das kann man so nicht stehen lassen! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Jetzt hast du mal die Gelegenheit, die CDU zu kritisieren, Jörg!)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kritisiere im Prinzip alle und jeden, wenn es mir gefällt. Aber hier sollten wir das Thema schon ernsthaft angehen.

Warum haben wir diesen gemeinsamen Antrag gestellt? Der Grund ist, dass wir als Gestaltungskraft auch die Aufgabe haben, die Interessen der Stadt Köln und ihrer Bewohner zu schützen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass wir hier in einem sehr angespannten Wohnungsmarkt leben und nicht irgendwo auf dem platten Land. Wir wissen, dass es deshalb eine Fehlkonstruktion ist, wenn man glaubt, durch forcierte Eigentumsförderung preiswerte Wohnungen schaffen zu können und zugleich den Mieterschutz aufheben zu können.

Wir haben - um da nicht falsch verstanden zu werden - nichts gegen Eigentumsförderung. Aber dieser Gegensatz - Eigentumsförderung kontra Mieterschutz - ist der falsche Weg.

Dieser Gegensatz zieht sich wie ein roter Faden durch den Koalitionsvertrag der neuen Regierung. Mir ist auch klar, woher das kommt. Es ist nicht ausschließlich die Erfindung der CDU. Da gibt es auch andere Stimmen. Das habe ich

durchaus vernommen. Aber letztlich gilt das, was die Regierung vereinbart.

Normalerweise hat eine neue Regierung ja zunächst 100 Tage Schonfrist. Aber diese Frage ist doch so gravierend, dass es notwendig ist, hier Stellung zu beziehen.

Ich verweise da auf eine Reihe von Stellungnahmen. So hat der Mieterverein Köln vor Kurzem geschrieben:

> Die Koalition aus CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen lebt offensichtlich in einer anderen Welt. Aus ihrem Koalitionsvertrag muss man schließen, dass es in NRW keinen erhöhten Wohnungsbedarf gibt und deswegen alle Sondervorschriften des Bundes für diese Gebiete nicht gelten sollen.

(Martin Börschel [SPD]: Der Chef heißt Corneth! Corneth heißt der Mann!)

Sie beziehen sich auf die Bundesregelung, die getroffen worden ist. Diese muss sicherlich nachgeschärft werden, ist aber nicht obsolet.

Insofern würde das, was jetzt im Koalitionsvertrag steht, wenn es tatsächlich Gesetz werden sollte, die Verhältnisse in Köln zusätzlich verschärfen. Wir haben schon einen sehr großen Druck, weil wir Flächennot haben. Aber wenn die Mieterschutzregularien in dieser Breite wegfielen, hätten wir hier wirklich eine sehr schwierige soziale Situation. Die können wir uns nicht leisten.

Der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund sind nun wirklich Gremien, deren Politik insbesondere durch die beiden größeren Parteien CDU und SPD sehr deutlich geprägt wird. Diese Gremien werten auch die von den Regierungen gemachten Regularien aus und versuchen, dabei die kommunalpolitischen Interessen nach vorne zu rücken - und hier vor allem die Städteinteressen.

Als größte Stadt NRWs müssen wir natürlich auch im Kölner Rat unsere Interessen in den Vordergrund stellen - und keine ideologischen Interessen,

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

wie sie jetzt zum Beispiel in diesem Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommen.

Der Städte- und Gemeindebund hat das auch gut beschrieben, indem er erklärt:

> Ein Abbau der Rechte von Mieterinnen und Mietern wäre nicht nur ein fatales Signal, sondern auch sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch unverantwortlich. Das bisher wirkungslose Instrument der Mietpreisbremse bedarf einer Verschärfung durch die Bundesregierung.

Er hat auch ausgeführt, dass das Wohnungsaufsichtsgesetz schon allein dadurch, dass es existiert und zur Anwendung kommen kann, die Verhältnisse entschärft, weil dann natürlich auch vonseiten der Eigentümer das Gespräch mit den kommunalen Behörden gesucht wird und man dadurch zu einem vernünftigen sozialen Ausgleich kommt. Ohne dieses Instrument wird es diese Dialogebene gar nicht geben.

Insofern kann ich nur an alle Demokraten - inklusive CDU und FDP - appellieren, hier die städtischen Interessen einer wachsenden Stadt, die ein wirklich großes Wohnungsproblem zu lösen hat, in den Mittelpunkt zu stellen und dann auch den Mut zu haben, zu sagen: Nicht alles, was eine Landesregierung, auch wenn es die eigene ist, macht, muss für Köln gut sein.

Wir haben das in früheren Zeiten übrigens auch getan. Zu Zeiten von Rot-Grün haben wir nicht immer alles durchgewunken und für gut gefunden, was im Land gemacht worden ist. Schließlich sind wir im Stadtrat dafür da, die Kölner Interessen in den Vordergrund zu stellen und danach zu urteilen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Petelkau, über Ihren Beitrag bin ich wirklich erschrocken. Es hat mir auch wehgetan, das hören zu müssen. Ich halte es schon für eine ziemliche Unverfrorenheit, das jetzt so darzustellen.

Wir wissen alle, dass der geförderte Wohnungsbau zurückgegangen ist. Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam versucht, durch einen großen Konsens hinzukriegen, diesen Schalter umzulegen. Dass ausgerechnet Sie als Vertreter der CDU, die probiert hat, die GAG zu verkaufen, die die Gemeinnützigkeit - -

(Bernd Petelkau [CDU]: Ach!)

- Ja, es ist doch wahr. Wenn Sie hier so groß auftreten, dann müssen Sie sich das auch anhören, Herr Petelkau.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es war nämlich die CDU unter Helmut Kohl, die die Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau abgeschafft hat und somit das Totenglöckchen für den sozialen Wohnungsbau geläutet hat. Das war die CDU. Das waren nicht wir. Das war auch nicht die SPD. Das waren Sie.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen ist es schon eine ziemliche Unverfrorenheit, hier so aufzutreten, als wären Sie diejenigen, die den sozialen Wohnungsbau hier voranbringen wollen, Herr Petelkau.

Entschuldigung, meine Damen und Herren. Das musste jetzt einmal sein. So etwas geht wirklich nicht.

(Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD)

Schwarz-Gelb behauptet, zu viele Regelungen würden davon abhalten, Wohnungen zu bauen. Das ist Unsinn. Die Rendite im Wohnungsbau ist in dieser Zeit so hoch wie nie zuvor. In keinem anderen Wirtschaftszweig wird so viel Rendite erwirtschaftet wie im Wohnungsbau. Kapital fließt in diesen Bereich und konkurriert um Anlagen. In Folge steigen die Preise immer weiter. Das erleben wir nicht nur in Köln, sondern auch in Berlin und in München.

Das einzige Ergebnis dieser schwarz-gelben Renditeerwartungspolitik ist, dass der Preisdruck auf den Wohnungsbau immer größer wird. Mit Ihrem Programm - in Ihrem Koalitionsvertrag deuten Sie ja an, was Sie in den nächsten Jahren auf Landesebene alles anstellen wollen - setzen Sie eine Politik gegen die Metropolen um. Sie legen Ihren Fokus mit der Eigenheimförderung und dem Einfamilienhaus nur auf die Peripherie.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was?)

Die Metropolen wie Köln lassen Sie mit Ihrer Politik im Stich.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt haben wir hier einen Appell an die Landesregierung vorliegen. Es ist richtig, dass wir das beschließen. Bei der Starrsinnigkeit, die ich erkenne, wenn ich mir den Koalitionsvertrag anschaue, kann ich momentan aber nicht hoffen, dass diese schwarz-gelbe Regierung da einlenken wird.

Deswegen müssen wir uns in Köln darauf konzentrieren, das bisschen, was wir in den letzten Jahren erreicht und erarbeitet haben, gegen die schwarz-gelbe Landesregierung zu verteidigen. Unsere Aufgabe in Köln muss es sein, die Mittel zu nutzen, die wir hier haben.

Wir haben bei uns in Köln die Milieuschutzsatzung auf den Weg gebracht. Für das eine oder andere Gebiet haben wir sie realisiert bzw. kommt sie bald.

Schwarz-Gelb ist sich natürlich nicht zu schade, genau diese Milieuschutzsatzung jetzt auf Landesebene stumpf zu machen. Schwarz-Gelb will nämlich das Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen kippen.

Damit wird keine einzige Wohnung geschaffen. Die einzige Folge ist, dass angestammte Mieter aus den Quartieren verdrängt werden, wenn ihre Wohnungen umgewandelt werden.

Gottlob haben wir hier zusammen das Vorkaufsrecht wieder eingeführt. Damit haben wir, auch wenn Schwarz-Gelb zur Attacke auf die Kommunen bläst, die Möglichkeit, das kommunale Vorkaufsrecht auszuüben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben hier gemeinsam die Zweckentfremdungssatzung zum Schutz von Wohnungen gegenüber Konzernen wie Airbnb und anderen erarbeitet. Das haben wir hier durchgesetzt.

Dieser unserer Satzung wollen Sie, meine Damen und Herren von FDP und CDU, auf Landesebene die Grundlage entziehen. Das ist unverantwortlich. Sie alle wissen, wie sehr wir diese Wohnungen brauchen. Sie haben ja auch mit daran gearbeitet, dass wir diese Zweckentfremdungssatzung auf kommunaler Ebene bekommen. Nun wollen Sie uns in Düsseldorf die Grundlage dafür entziehen. Was Sie da machen, ist für unsere Stadt schädlich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Einen Satz muss ich noch sagen. Das habe ich am Anfang im Eifer des Gefechts vergessen. Herr Petelkau, Sie haben hier gesagt, Sie wollten für eine Familie die Grunderwerbsteuer in Höhe von 250 000 Euro abschaffen. Schauen Sie einmal in Ihren Koalitionsvertrag. Darin stehen tatsächlich 250 000 Euro je erwachsene Person.

Das sind 500 000 Euro für Ihre so hoch gelobte Stammfamilie. Es hat also nichts mehr damit zu tun, kleine Leute zu fördern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Der große Gewinner des Koalitionsvertrags!)

Ralph Sterck (FDP): Danke, danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Inhaltlich kann ich mich den Ausführungen des Kollegen Petelkau wunderbar anschließen. Ich hätte unsere eigenen Forderungen hier kaum besser vertreten können.

(Beifall von der FDP - Beifall von Martin Börschel [SPD])

Ich wundere mich aber doch ein bisschen darüber, dass die Kollegen von SPD und Grünen hier den Mund so voll nehmen; denn Ihre Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre ist doppelt gescheitert.

Zum einen ist sie in der Realität gescheitert, meine Damen und Herren.

Ich habe hier den Facebook-Post des Kollegen Frenzel vom 29. Juni 2017 vorliegen. Da hat Michael Frenzel gepostet:

> Katastrophenbilanz von CDU/Grün in Köln: 2016 nur 2 387 neue Wohnungen!

Lieber Michael Frenzel, dieser Post ist ein klassisches Eigentor. Denn die wenigen Wohnungen, die hier gebaut wurden, sind nicht die schwarzgrünen Wohnungen der neuen Mehrheit, die wir hier erst seit März letzten Jahres haben. Vielmehr sind das die wenigen rot-grünen Wohnungen, die aus der vorherigen Periode stammen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Bauland, das Baurecht, die Baugenehmigung: Das war alles Rot-Grün unter dem alten Oberbürgermeister. Auch die Rahmenbedingungen - Sie haben in den letzten Jahren die Landesregierung gestellt und waren an der Bundesregierung beteiligt - sind alle von SPD und Grünen vorgegeben worden.

Sie sind aber nicht nur in der Realität gescheitert, meine Damen und Herren. Auch vor dem Bürger sind Sie gescheitert. Denn am 14. Mai dieses Jahres ist Ihre Politik der Reglementierungen in diesem Land krachend gescheitert.

(Martin Börschel [SPD]: Für Sie ist Schutz Reglementierung?)

Die FDP hat ein Entfesselungsgesetz gefordert. Alles soll auf den entsprechenden Standard von EU oder Bund zurückgeführt werden. Das gilt natürlich auch in diesem Bereich. Hier wollen wir entbürokratisieren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn im BGB gewisse Quoten vorgegeben werden, dann sollen sie auch für Nordrhein-Westfalen gelten. Wenn der Kündigungsschutz bei Umwandlung einer Eigentumswohnung bundesweit mit drei Jahren festgelegt ist, dann soll das auch für Nordrhein-Westfalen und für Köln gelten.

(Martin Börschel [SPD]: Man darf aber acht Jahre machen! Und das schafft ihr ab!)

Diese Extrawege, die Sie hier gehen - Mietpreisbremse, Milieuschutzsatzung -, sind alles Dinge, die unseren Wohnungsbau in Köln zum Erliegen bringen.

(Unruhe bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen ist Entfesselung gewählt worden und deswegen wird auch Entfesselung kommen, meine Damen und Herren.

2022 wird dann abgerechnet, unter welcher Regierung hier mehr Wohnungen geschaffen worden sind. Es gilt, die 2 387 Wohnungen von Rot-Grün in Köln zu toppen. Und das werden wir schaffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, bevor Sie hier zu früh klatschen: Man muss jetzt einmal analysieren, wo Sie heute stehen. Sie haben Ihr wohnungspolitisches Profil wegen Ihres Kooperationspartners Grün bis zur Unkenntlichkeit auf den Kopf gestellt. Jetzt werden Sie von der Koalition in Düsseldorf in den Senkel gestellt. Auch Ihr Partner im Bund fällt Ihnen hier mit einem Änderungsantrag von SPD und LINKEN in den Rücken.

Da müssen Sie sich doch einmal fragen, lieber Kollege Bernd Petelkau, was Sie in den vergan-

genen Jahren hier falsch gemacht haben und wie das weitergehen soll. Wir haben heute die erste Ratssitzung nach der Landtagswahl und dem Koalitionsvertrag und schon geht es hier wohnungspolitisch so weit auseinander.

Ich will jetzt gar nicht die Namen der CDU-Kollegen nennen, die ich hier nicken sehe, damit ich niemanden oute. Aber das ist doch genau das Problem.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ralph!)

Sie müssen umschalten, lieber Niklas Kienitz. Sie müssen umschalten; denn mit der Politik, die Sie in den letzten Jahren hier mit Rücksicht auf die Grünen gefahren haben, werden in Köln keine weiteren Wohnungen gebaut. Das sind die 2 387, die Sie hier alle zu verantworten haben, liebe Grüne.

Wir müssen auch Entfesselung für Köln haben, wenn wir den Wohnungsmarkt ankurbeln wollen. Und das ist unser Ziel. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müssen wir wohl hier in Köln ein paar Favelas schaffen! - Martin Börschel [SPD]: Ohne jeden Mieterschutz!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Hegenbarth.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat erklärt, dass er Mitantragsteller sein möchte! - Zuruf von Thomas Hegenbarth [Piraten])

- Sie sind Mitantragsteller. Aber Sie möchten jetzt nicht dazu sprechen?

(Zuruf von Thomas Hegenbarth [Piraten])

- Gut. - Mir liegen jetzt zwei Anträge vor, ein Ursprungsantrag der SPD-Fraktion und ein Ersetzungsantrag von SPD, Grünen, LINKEN, GUT und Piraten. Ist das richtig?

(Martin Börschel [SPD]: Ja!)

Dann lasse ich zunächst über den Ersetzungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln und die AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag so beschlossen.

Dann ist über den Ursprungsantrag der SPD nicht mehr abzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT:

Anlässlich der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP für die NRW-Regierungspolitik 2017 – 2022 zum Mieterschutz und zur Schaffung preiswerten Wohnraums erklärt der Rat der Stadt Köln:

Der Rat der Stadt Köln schließt sich den aktuellen kritischen Stellungnahmen des Städtetags NRW und des Städte- und Gemeindebunds NRW zu den Plänen der neuen Landesregierung in Sachen Mietrecht und Mieterschutz ausdrücklich an:

„Der Städtetag Nordrhein-Westfalen sieht anders als die Koalitionspartner die Kündigungssperrfristverordnung, die Zweckentfremdungsverordnung, die Umwandlungsverordnung und das Wohnungsaufsichtsgesetz als durchaus geeignete Instrumente zur notwendigen Regulierung der Wohnungsmärkte an. Die Umwandlungsverordnung wurde auf Drängen des Städtetages Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 eingeführt und gilt ohnehin nur punktuell in Gebieten mit einer Erhaltungssatzung. Die Instrumente können treffsicher dort in den Markt einzugreifen, wo eine Regulierung im Sinne einer nachhaltigen und sozial ausgewogenen Stadtentwicklung sinnvoll ist. Die angespannte Lage auf einigen lokalen Wohnungsmärkten Nordrhein-Westfalens hat nichts mit den genannten Instrumenten zu tun.“

Der Städte- und Gemeindebund NW erklärt zur Absicht der neuen Landesregierung, das Wohnungsaufsichtsgesetz zu schwächen: „Es dient der Sicherstellung gesunder Wohnverhältnisse und kann helfen, negative städtebauliche Entwicklungen schon im Keim zu ersticken. Die kommunalen Erfahrungen zeigen, dass allein die potentiell möglichen Befugnisse der Wohnungsaufsichtsämter die Dialogbereitschaft der Eigentümer deutlich erhöht haben und die Gemeinden in die Lage versetzen, gemeinsam mit Mietern und Eigentümern Gespräche mit dem Ziel sachgerechter Lösungen zu moderieren. Ein repressives Vorgehen ist oftmals gar nicht nötig, in Härtefällen aber auch nicht unverhältnismäßig. Keinesfalls handelt es sich um ein Instrument zur „Gängelung“ seriöser Vermieter.“

Ballungsräume wie Köln mit einem extrem angespannten Wohnungsmarkt benötigen diese Instrumente um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fördern zu können. Diese ergänzen die vom Rat beschlossenen Instrumente des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen, hier insbesondere die Mobilisierung von ausreichenden Flächen für neue Wohnungen.

Der Rat fordert daher die Landesregierung und den Landtag auf, von einer Einschränkung der Rechte der Mieter/innen abzusehen und eine Aufhebung der Kappungsgrenzenverordnung, der Mietpreisbegrenzungsverordnung, der Kündigungssperrfristverordnung, der Zweckentfremdungsverordnung (§ 10 Wohnungsaufsichtsgesetz), der Umwandlungsverordnung sowie eine weitgehende Rücknahme des Wohnungsaufsichtsgesetz nicht weiter zu verfolgen. Er fordert die Kölner Landtagsabgeordneten auf, in diesem Sinne auf die Landesregierung einzuwirken und im Landtag entsprechend zu agieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „GAG stärken: Mehr preiswerter Wohnraum für Köln ist machbar!“ AN/0993/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1049/2017

Ich gebe Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Kölner Wohnungspolitik auch ein richtiges „hausgemachtes Problem“, wie es kürzlich der Vorsitzende des Kölner Mietervereins, Franz Corneth, bezeichnete. Die vor Jahren vom Kölner Rat beschlossenen 1 000 geförderten Wohnungen sind wieder nicht gebaut worden. Für dieses „hausgemachte Problem“ sind die Verwaltung und der Rat, aber auch die Kölner Wohnungswirtschaft verantwortlich.

Der Kölner Mangel an bezahlbarem Wohnraum als grundlegende soziale Infrastruktur richtet einen gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Schaden an.

Historische Parallelen in der Stadtgesellschaft sind für mich unverkennbar. 1911 legte der Beigeordnete für das Armenwesen, Dr. Wilhelm Greven, seine Denkschrift zur „Lösung der Wohnfrage in Köln“ vor. Parallelen sehe ich auch deshalb, weil das Kölner Bürgertum damals die Gründung einer GAG verhindern wollte. Es fürchtete um seine Profite. Zwar gab es viele Wohnungsbaugenossenschaften, insbesondere katholische. Das reichte allerdings bei weitem nicht aus. Greven ließ aber nicht locker und setzte die Gründung mit einem einstimmigen Ratsbeschluss durch. Das war in der Wohnungspolitik ein Aufbruch.

Meine Damen und Herren, so einen Aufbruch brauchen wir auch heute. Der Rat muss das Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen. Anders funktioniert es nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb begrüßen wir auch die Initiative des Beigeordneten Höing, jedes Jahr 6 000 Wohnungen bauen zu wollen. Das kann ein Anfang sein.

Wir schlagen Ihnen vor, dass von diesen 6 000 Wohnungen mindestens 2 000 Wohnungen geförderte Wohnungen sein sollten.

Alles das ist aber nur zu schaffen, wenn unser städtisches Unternehmen GAG deutlich mehr geförderte Wohnungen baut. Wir sagen: 1 200 jedes Jahr sind möglich. - Dazu haben wir in unserem Antrag auch zahlreiche Vorschläge unterbreitet.

Lassen Sie mich einen weiteren Gedanken von Franz Corneth aufgreifen: Der Rat und die Verwaltung müssen der „Motor“ des Wohnungsbaus sein, wie es schon einmal in der Geschichte der Stadt Köln der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Das können wir mit einer starken GAG, aber auch mit einer gezielten Liegenschaftspolitik voranbringen.

Noch eine Lehre aus der jüngeren Geschichte des Rates sollten wir ziehen, meine Damen und Herren. Wir haben erst in dem Moment eine bessere Versorgung der Flüchtlinge erreicht, als viele Verwaltungseinheiten gebündelt wurden und gemeinsam operiert haben.

Frau Oberbürgermeisterin Reker, die Wohnungsbauleitstelle wird nur ein Erfolg werden, wenn der Baudezernent Höing sich dort richtig

reinhängt. Ich würde mir wünschen, dass Sie andere Leute zur Jury schicken und nicht Herrn Höing, damit er richtig in dieses Thema reingehen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wenn die private Wohnungswirtschaft bei der LINKEN vorstellig wird und hoch und heilig verspricht, sie würde gerne auch 30 Prozent geförderte Wohnungen bauen, dann sollte Sie das nachdenklich machen.

Frau Oberbürgermeisterin, wir müssen Flächen für den Wohnungsbau zügig bereitstellen. Es kann nicht angehen, dass wir in diesem Jahr bis Juni 2017 nur 200 Baugenehmigungen für Neubauten erteilt haben. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

Es muss schneller gehen, und es muss sich etwas verändern. Wir würden eine Vereinbarung der Stadt Köln mit der Kölner Wohnungswirtschaft begrüßen. 6 000 Wohnungen und 2 000 geförderte Wohnungen, die alte Forderung des Kölner Mietervereins, würden wir dann umsetzen.

Denn - das ist mein Schlusswort - es kann noch schlimmer werden als der jetzige Zustand in der Wohnungswirtschaft. In den Jahren 2024 und 2025 fallen insgesamt 8 500 geförderte Wohnungen aus der Bindung.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das wird aber nicht auf einen Schlag gleich teurer!)

Auf diesem Weg werden wir nicht nur eine erhebliche soziale Veränderung bekommen, sondern auch noch einmal steigende Mieten. Deswegen müssen wir da jetzt gegensteuern. Mit Blick auf 2024 muss man jetzt anfangen; denn bis dahin muss dann auch gebaut werden, und das dauert einige Jahre, wie wir wissen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frenzel das Wort. - Herr Detjen, weil Sie mich direkt angesprochen haben: Ich schicke die Kollegen Beigeordneten nirgendwohin. Sie haben schon die Kompetenz, selbst zu überlegen, wohin sie gehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Außerdem würde ich mit jedem eine Vereinbarung treffen, wenn das zu einem Ergebnis führte. Es ist gut, dass man sich auf ein Ziel committed. Aber nur allein durch diese Vereinbarung werden wir leider nicht zu dem Ergebnis kommen, sondern wir müssen die Prozesse beschleunigen. Und dabei sind wir. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Lieber Herr Detjen, als wir das letzte Mal hier über das Thema GAG-Strategie diskutiert haben, haben Sie mich daran erinnert, dass auch Sie - damals noch als Vertreter einer Gruppierung unter anderem Namen - die angestrebte Privatisierung der GAG mit verhindert haben. Sie sehen, dass ich das nicht vergessen habe.

Insofern möchte ich auch gerne zu Ihrem Antrag Stellung nehmen. Zunächst einmal halte ich ihn für einen wichtigen Beitrag zu der Diskussion um mehr bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt. Dafür also wirklich meine Anerkennung!

Wir haben uns mit dem Antrag auseinandergesetzt, kommen aber zu dem Schluss, dass er uns doch insgesamt an vielen Stellen als etwas zu - verzeihen Sie mir das Wort - planwirtschaftlich vorkommt. Er setzt zwar die richtigen Akzente. Die GAG ist aber ein Wirtschaftsunternehmen - sie ist weiterhin eine Aktiengesellschaft - und muss natürlich auch unter diesen Bedingungen wirtschaften.

Wir denken außerdem, dass die Lösung der Wohnungsbauproblematik - - Lieber Herr Sterck, da muss ich Sie doch etwas enttäuschen. Sie können hier natürlich alles auf der Zeitschiene beliebig verlängern. Aber irgendwann ist auch das einmal vorbei. Wir brauchen eine Verwaltung, die tatsächlich 6 000 Wohnungen pro Jahr baut. Das muss das Ziel sein. Dazu brauchen wir einen Projektplan, eine Projektsteuerung und eine Wohnungsbauleitstelle, die diese Zielzahl klar im Auge hat, immer darauf rekurriert und dann entsprechend liefert.

Was die Frage in Bezug auf Herrn Höing angeht, bin ich mir nicht ganz sicher, Herr Detjen, ob es tatsächlich reicht, wenn wir das jetzt einem Dezernenten oder einem Leiter übertragen. Ich glaube schon, dass wir auch Durchsetzungsrecht gegenüber anderen Dezernenten brauchen. Das ist einfach schwierig, wenn es jemand auf gleicher Ebene ist.

Deswegen sollte eigentlich - das hat uns der Präsident des Deutschen Mieterbundes auch

noch einmal bestätigt - das Thema Wohnungsbau wie in Hamburg Chefsache sein. Da klappt das auch. Ich glaube, dass die Oberbürgermeisterin sich dann, wenn sie sich da einsetzt, auch wirklich ein Lob verdienen kann.

Lieber Herr Detjen, im Gegensatz zu Ihrem Vorschlag wollen wir auch weiterhin gemischte Quartiere haben. Den sozialen, geförderten Wohnungsbau allein auf die GAG zu konzentrieren, würde aus unserer Sicht sozial einseitige Viertel befördern. Dann fehlt im Quartier auch die Kaufkraft, und Kaufkraft ist für die Ansiedlung von Infrastruktur sehr wichtig.

Der soziale Wohnungsbau ist aus unserer Sicht auch gut auf viele Schultern zu verteilen. Die bisherige Landesregierung, die rot-grüne Landesregierung, hat ja - im Gegensatz zu der abstrusen Vorstellung, die Herr Petelkau hier vorgetragen hat - ein sehr attraktives Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus eingeführt, mit praktisch 0 Prozent Zinsen und Tilgungsnachlässen.

Wir können nur hoffen, dass uns auch die künftige Landesregierung weiter entsprechend unterstützt und da Hilfen leisten. Denn unsere Zielzahl muss es sein, 2 000 öffentlich geförderte Wohnungen pro Jahr herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten aber nicht nur auf das Land vertrauen, sondern auch mit einem kommunalen Programm hier Unterstützung leisten. Das hat natürlich Auswirkungen auf den Haushalt. Das ist uns bewusst. Da muss man sicherlich auch ein großes Rad drehen. Deshalb haben wir hier diesen Prüfauftrag vorgelegt.

Ich habe aus der Verwaltung vernommen, dass die mehrfach angekündigte Vorlage zur Fortschreibung des städtischen Wohnungsbauförderprogramms nun kommen soll. Die Instrumente, die jetzt vorgeschlagen worden sind, sollte die Verwaltung ernsthaft prüfen, damit die Politik, die Akteure des Wohnungsmarktes und die Wohnungswirtschaft sich damit auseinandersetzen können.

Wir müssen dabei einen Schritt nach dem anderen tun. Aus unserer Sicht ist es verfrüht, zum jetzigen Zeitpunkt über die Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts allein zugunsten der GAG - oder von wem auch immer - zu diskutieren. Das Mittel „Vorkaufsrecht für Grundstücke“ muss jetzt für die Stadt erst einmal in Gang kommen. Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie dieses Instrument richtig und reibungslos ans Laufen kriegen, können wir sicherlich auch über dessen Ausdehnung zugunsten Dritter wie der GAG oder auch des Stadtwerke-Konzerns diskutieren. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn hat das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michael Weisenstein, lieber Jörg Detjen, ich fand euren Antrag schon sehr irritierend. Die Rede dazu hat mich jetzt noch mehr irritiert. Ich finde es auch sehr seltsam, dass wir hier nicht über das Kooperative Baulandmodell sprechen. Denn das ist eine der Grundlagen unseres geförderten Wohnraums, und da haben wir in der letzten Zeit einen wesentlichen Schritt in die richtige Richtung gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die „GAG stärken“: Wer würde das nicht unterstützen? Ich tue dies sehr gerne. Hier darf ich heute auch für das gesamte Kooperationsbündnis sprechen, also auch im Namen meines Kollegen Niklas Kienitz und seiner Fraktion.

„Mehr preiswerter Wohnraum für Köln“ ist ebenfalls eine richtige und wichtige Aussage. Da komme ich wieder auf das Kooperative Baulandmodell zurück. Damit haben wir nämlich genau das Instrument gefunden und geschaffen, das wir bei allen Flächen anwenden müssen oder anwenden wollen, bei denen wir Planrecht schaffen.

Es ist also nicht etwa so, dass wir die private Wohnungswirtschaft fragen müssten: „Wollt ihr 30 Prozent geförderten Wohnraum bauen?“, sondern so, dass wir ihnen sagen: Ihr müsst 30 Prozent geförderten Wohnraum bauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stimme auch zu - das schreibt DIE LINKE ja in ihrem Antrag ebenfalls -, dass das Kölner Wohnbündnis zwischen Stadt und Wohnungswirtschaft, das jetzt unterzeichnet werden soll, zu begrüßen ist. Darin stehen 6 000 Wohnungen. Wenn man jetzt sagt, dass 30 Prozent davon gefördert sein sollen, wie es im Kooperativen Bau-

landmodell steht, dann heißt das auch: 2 000 geförderte Wohnungen im Jahr.

Sie wollen, dass die GAG 1 200 Wohnungen davon baut. Das steht in Ihrem Antrag drin, lieber Michael Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Genau!)

Ziel der GAG - so diskutieren wir das auch im Aufsichtsrat, und zwar immer und stetig - ist es, gemischte Quartiere zu entwickeln - gemischt nach Einkommen, aber auch gemischt nach Nutzungen. Das heißt, dass die GAG nicht nur Wohnungen baut, sondern auch gewerblich genutzte Flächen bebaut und sie auch vermietet. Sie entwickelt also gemischte Quartiere für die Menschen in dieser Stadt. Die GAG wird in den nächsten Jahren übrigens 500 bis 750 geförderte Wohnungen pro Jahr bauen.

Deshalb ist es nicht ihre alleinige Aufgabe, den geförderten Wohnraum in dieser Stadt zu schaffen. Das ist die Aufgabe von allen Wohnungsunternehmen - seien sie privat, seien sie kirchlich, seien sie genossenschaftlich oder seien sie sonst wie organisiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So sieht es auch das Kooperative Baulandmodell vor. Deswegen ist das unsere Grundlage für den geförderten Wohnraum. Nur gemeinsam kann nämlich diese Aufgabe gestemmt werden. Einzelne zu überfordern, bringt überhaupt nichts.

Eine solche Klumpenbildung in den Stadtteilen führte auch zu einer Segregation in Arm und Reich. Genau das wollen wir eben nicht. Wir wollen keine Segregation in der Stadt, sondern gemischte Stadtteile.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

DIE LINKE hat sich dann sehr detailliert mit verschiedenen Instrumenten auseinandergesetzt, mit denen sie diese Zielzahl von 1 200 Wohnungen und die Stärkung der GAG zur Schaffung von gefördertem Wohnraum erreichen will.

Allerdings vergisst sie dabei, dass die GAG keine 100-prozentige Tochter der Stadt Köln ist. Die GAG ist eine Aktiengesellschaft mit Kleinaktionären. Michael, wir saßen elf Stunden zusammen in der Hauptversammlung, und es war etwas anstrengend - nicht wegen dir.

DIE LINKE fordert die Stadt Köln nun auf, sich in der Aktiengesellschaft dafür starkzumachen, dass das Personal der GAG deutlich aufgestockt wird.

Man sollte sich einmal die Situation anschauen. In den letzten zehn Jahren hat die GAG ihr Personal ungefähr verdoppelt. Es ist auch originäre Aufgabe der Geschäftsführung, sich für Personalentwicklung einzusetzen und Personalakquise zu machen, und zwar immer gepaart mit der Geschäftsentwicklung, die die GAG auch mit uns gemeinsam bespricht. Es ist also nicht unsere Aufgabe als Rat, zu sagen, wie viel Personal zugesetzt werden soll - und vor allem nicht, welche politische Orientierung dieses Personal haben soll.

(Beifall bei der FDP)

Dann zählt ihr weitere Instrumente auf. Ihr habt den Instrumentenkoffer ja weit aufgemacht. Das Erstandienungsrecht soll exklusiv und dauerhaft für die GAG eingerichtet werden.

Damit wird der Wettbewerb komplett ausgehebelt. Die Konzeptvergabe, die wir immer wollten, um die besten Ideen für gute Quartiere zu haben und durch die Konzeptvergabe eine preisdämmende Wirkung zu erzielen, wird hier nonchalant einfach abgesäbelt.

Mit diesem Grundsatzbeschluss können wir heute nicht durch die Tür gehen. Das wollen wir auch nicht.

In den Ausführungen der LINKEN ist die GAG zudem der beherrschte Dritte, der das Vorkaufsrecht von der Stadt erhalten soll.

Zum Ersten, liebe LINKE, ist die GAG kein beherrschter Dritter. Es gibt keinen Beherrschungsvertrag.

Zum Zweiten: Dieses städtische Recht und dieses staatliche Monopol des Vorkaufsrechts will ich auch an gar keinen Dritten abgeben. Das will ich schon selber als Stadt und als Staat behalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich finde, wir sollten uns dafür starkmachen, dass wir das Vorkaufsrecht behalten, und es nicht an irgendeinen Dritten abgeben, auch wenn das die GAG sein sollte.

So könnte ich diesen ganzen Antrag weiter durchgehen. Aber zum einen habe ich keine Redezeit mehr, und zum anderen haben wir heute von der SPD auch einen Antrag vorgelegt be-

kommen, in dem noch einmal das ganz große Rad gedreht wird. Darin geht es um Landesförderung und Landesgesetzgebung; stadtentwicklungspolitische Themen werden aufgeworfen; sozialwirtschaftliche Themen werden aufgeworfen; finanzpolitische Themen werden aufgeworfen. Das heißt, dass wir ihn heute gar nicht würdigen können.

Wir haben in der Wohnungspolitik aber immer den Grundsatz verfolgt - diesen Grundsatz möchte ich auch nicht aufgeben -, dass wir zumindest mit den drei großen Parteien dieses Thema gemeinschaftlich bespielen. An diesem Grundsatz würde ich sehr gerne festhalten.

Deshalb bitte ich darum, dieses ganze Antragspaket in den Sozialausschuss, in den Finanzausschuss und in den Stadtentwicklungsausschuss zu geben. Da können wir das genauestens beraten und auch würdigen und dann schauen, ob wir als drei große, vielleicht aber auch als fünf demokratische Parteien hier einen Weg finden, um den geförderten Wohnraum in dieser Stadt noch weiter voranzubringen und zu stärken.

Auch die GAG stärken wir gerne, aber nicht mit dieser Antragslage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Beim letzten Antrag sind SPD, Grüne und LINKE hier noch Hand in Hand gegangen. Jetzt galoppiert DIE LINKE nach links weg, wie sich das so gehört. Der Kollege Frenzel hat ja schon mit Recht darauf hingewiesen, dass durch diesen Antrag die alte Luft der Planwirtschaft weht. Das sind wahrscheinlich die Erfahrungen, die gemacht worden sind, wenn im Palast der Republik die Vorgaben für die staatlichen Betriebe festgelegt worden sind. Da hat DIE LINKE ja, noch unter anderer Bezeichnung, sicherlich gute Erfahrungen.

Die Kollegin Jahn hat bereits darauf hingewiesen, dass gewisse Dinge aus dem Antrag gar nicht gehen.

In der Tat können wir als Rat die Geschäftsleitung überhaupt nicht anweisen, Personal einzustellen. Bei einer Aktiengesellschaft geht das schon einmal gar nicht. Da greifen die Durchgriffsmechanismen, die wir bei anderen städtischen Gesellschaften sonst haben, auch nicht.

Und wenn man hier fordert, das städtische Vorkaufsrecht solle noch einmal erweitert werden und entsprechend auf die GAG übertragen werden, dann ist die Frage von Enteignung und Verstaatlichung nicht mehr weit, meine Damen und Herren.

Hier brauchen wir auch gar keine alten Schlachten zu schlagen. Wie Sie wissen, habe ich große Sympathie für die aktuelle Geschäftspolitik, die die GAG betreibt. Sie hat sich in den letzten Jahren wirklich massiv verändert und hat dafür gesorgt, dass wir bei altem Wohnungsbestand, der noch ohne Heizung, ohne Bad und ohne WC war, Standards erreicht haben, die einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte Europas auch angemessen sind.

(Beifall bei der FDP)

Das war vorher nicht der Fall. Deswegen habe ich große Sympathie für die Geschäftspolitik der GAG.

Das, was DIE LINKE hier fordert, geht aber zu weit. Schließlich brauchen wir gerade auch die privaten Investoren. Wir können nicht alles von staatlicher Seite machen. Die 6 000 Wohnungen, die hier immer wie eine Monstranz vor sich hergetragen werden, können wir nicht alle von staatlicher Seite schaffen. Wir können das nicht alles mit staatlicher Reglementierung machen, sondern müssen die private Wirtschaft mitnehmen, meine Damen und Herren.

Überlegen Sie sich einmal, woran es liegen könnte, dass die Investoren keine Lust haben, in Köln Ihre Vorgabe von 6 000 Wohnungen im Jahr zu erfüllen. Möglicherweise liegt das auch an den Hürden, an den Auflagen, an der Reglementierung, an der Bürokratie, die Sie hier machen - und mit der Sie auch die Verwaltung lähmen, weil sie nicht dazu kommt, Bebauungspläne auszuführen oder Baugenehmigungen zu erteilen, sondern immer in der nächsten Prüfungsschleife ist. Jedes Verfahren - wir haben sogar im Ausschuss darüber diskutiert - wird noch einmal verlängert, anstatt dass wir hier zum Bauen kommen.

Meine Damen und Herren, kommen Sie zur Vernunft, und entfesseln Sie den Markt für die Wohnungswirtschaft in Köln. Denn so wie bisher

kommen wir ganz bestimmt nicht zu den 6 000 Wohnungen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Machen wir jetzt eine zweite Runde auf? - Gegenruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nur kurz! - Gegenruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Trotzdem eine zweite Runde!)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, dass wir den Vorschlag, die Anträge in die Fachausschüsse zu verweisen und dort noch einmal sachlich darüber zu diskutieren, gerne aufgreifen würden. Wenn ich die SPD richtig verstanden habe, ist sie auch damit einverstanden. Dann können wir das eine oder andere Missverständnis, das jetzt im politischen Eifer des Gefechts hier vielleicht entsteht, sicherlich noch einmal geraderücken. - Trotzdem würde ich gerne noch einige wenige Aspekte ansprechen.

Natürlich muss man - vom Kollegen Frenzel kam ja der Vorwurf der Planwirtschaft - einen Plan machen, wenn man etwas erreichen möchte. Das macht jedes städtische Unternehmen. Die GAG - das wissen wir doch alle - macht natürlich auch einen Plan. Momentan hat sie den Plan, 5 800 Wohnungen bis 2021 zu bauen, 70 Prozent davon im geförderten Bereich. Und bis jetzt hat noch nie jemand davon gesprochen, dass wir da Elendsquartiere kriegen. Wie wir alle wissen, baut die GAG hervorragende Quartiere. Das wird sie auch dort tun.

Wenn wir als Stadt jetzt sehen, dass wir es mit den Privaten nicht gewuppt kriegen, dann sind wir unserer Meinung nach in der Verantwortung, die GAG zu stärken, damit sie uns an diesem Punkt mehr helfen kann. Im Prinzip ist das, was wir fordern, nicht mehr und nicht weniger.

Wir sind schon der Auffassung, dass wir Zielzahlen festlegen müssen. Wenn wir uns nachher im Ausschuss nicht auf 1 200, sondern zum Beispiel auf 900 einigen sollten, wären wir die Letzten, die nicht mit dabei wären. Das ist doch gar keine Frage.

Ich möchte nur noch zwei Aspekte ansprechen, liebe Kirsten Jahn.

Erstens. Was Sie mit den 6 000, den 30 Prozent und den 2 000 dargestellt haben, stimmt so nicht ganz. Die 6 000 Wohnungen beinhalten ja auch die §-34-Maßnahmen. Daher kann man diese Rechnung nicht so direkt machen. Darauf wollte ich nur noch einmal hinweisen. Wir sind schon der Auffassung, dass im geförderten Sektor 2 000 Wohnungen gebaut werden müssen - 1 200 von der GAG und 800 von der freien Wirtschaft.

Zweitens. Selbstverständlich kommt das Kooperative Baulandmodell zum Zuge. Es ist ja jetzt auch gut gemacht. Das muss ich schon sagen. Ihr habt es gut hingekriegt, zusammen mit der Wohnungswirtschaft zu sagen: Okay, wir machen das jetzt; darüber gibt es kein Theater mehr. - Das ist doch gut und auch richtig.

Eine Bitte habe ich noch. Lassen Sie uns bitte nicht sagen - diese Diskussion muss ich immer im Zusammenhang mit „Recht auf Stadt“ in der eigenen Partei führen -: Die GAG ist eine Aktiengesellschaft; deswegen kann sie so nicht so viele Sozialwohnungen bauen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das behauptet keiner! - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nicht gesagt, sondern: Man kann sie nicht beherrschen!)

- Entschuldigung. Aber es wurde vorhin gesagt - dann war es der Kollege Frenzel; Entschuldigung, dass ich jetzt Sie angucke -: Die GAG ist eine Aktiengesellschaft und der Gewinnoptimierung verpflichtet.

Das ist nicht so. Lassen Sie uns dieses Argument nicht verwenden. Wir alle wissen, dass man aufgrund der heutigen Förderkulisse im geförderten Wohnungsbau durchaus eine Rendite von 3 bis 5 Prozent generieren kann. Also kann man mit Sozialwohnungen auch Gewinn machen. Und dabei sollten wir die GAG unterstützen.

Eine Sache noch, liebe Kirsten Jahn: Vor der Konzeptvergabe braucht sich die GAG überhaupt nicht zu fürchten.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tut sie ja auch gar nicht!)

- Ja. Aber Sie haben vorhin gesagt: Jetzt wollt ihr mit der Direktvergabe die Konzeptvergabe unterlaufen. - Das ist überhaupt nicht der Punkt. Wir

wissen doch, dass die GAG hervorragende Konzepte zur Quartiersentwicklung vorlegt. Deshalb muss sie sich davor überhaupt nicht fürchten. Insofern können wir diesen Weg doch sehr gut gehen.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich glaube, dass wir in den Ausschüssen etwas Gutes erreichen könnten, und freue mich auf die Diskussion insbesondere im Stadtentwicklungsausschuss. Das Ganze gehört natürlich auch in den Sozialausschuss und in den Finanzausschuss. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich mache das jetzt ganz kurz vom Platz aus.

Mit dem Verfahren, das Antragspaket, also den Antrag der LINKEN und unseren Ersetzungsantrag, in die Ausschüsse zu verweisen, würden wir uns einverstanden erklären.

Herr Weisenstein, Sie haben gerade noch einmal meinen Wortbeitrag angesprochen. Der Punkt ist nicht, dass die GAG keine Sozialwohnungen bauen kann, weil sie ein Wirtschaftsbetrieb ist, sondern der Punkt ist, dass ein Unterschied zu einem Plan besteht, den ein Unternehmen aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erstellt. Wenn Sie allerdings als Politik von außen sagen, dieses Unternehmen müsse jetzt eine bestimmte Anzahl von Wohnungen planen und bauen, dann sind wir einfach nahe an der Planwirtschaft. Ich habe Ihnen ja nicht Planwirtschaft vorgeworfen, sondern nur gesagt, dass uns das an der Stelle als etwas zu planwirtschaftlich vorkommt. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bestimmt, wie viele Wohnungen die GAG insgesamt bauen kann. Das ist der entscheidende Punkt.

Beim geförderten Wohnungsbau haben wir uns auf die Quartiersentwicklung bezogen. Die Kollegin Jahn hat das ja auch gut dargestellt. Wir wollen gemischte, lebendige Quartiere und die GAG nicht einseitig auf den geförderten Wohnungsbau ausrichten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich habe den Eindruck, dass man sich jetzt auch auf den Verweisungsantrag, den Frau Jahn gestellt hat, committen kann. Deswegen stelle ich auch zunächst diesen Antrag auf Verweisung in den Sozialausschuss, den Stadtentwicklungsausschuss und den Finanzausschuss zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Damit entfällt auch die Abstimmung über die Anträge selbst.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Jahn beschließt der Rat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die nachfolgenden Ausschüsse zu verweisen:

- *Ausschuss für Soziales und Senioren*
- *Stadtentwicklungsausschuss*
- *Finanzausschuss*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3.1.8 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Rückkehrmanagement" AN/1011/2017

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde auf Wunsch der antragstellenden Fraktion zurückgestellt (siehe auch Ziffer II – Seite 4 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Klimapartnerschaft mit einer indigenen Gemeinde in Peru“ AN/1007/2017

Ich gebe Herrn Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen! Ohne jede Frage: Klimaschutz fängt vor der eigenen Haustür an. Wir sind global vernetzt und gut informiert. Ich denke, dass eine Millionenstadt sich

dann auch gemeinsam mit den vielen NGOs für einige der Verlierer der Globalisierung starkmachen machen. Wir reden hier über eine kleine Geste mit großer Wirkung. „Wir“ heißt auch, dass ich hier für CDU und Grüne gemeinsam spreche.

Mit Förderung der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ haben wir bereits mit unserer lateinamerikanischen Partnerstadt Corinto eine sehr erfolgreiche Klimapartnerschaft, ebenso mit Rio de Janeiro. Während es bei Corinto um die Anpassung an die Folgen des Klimawandels geht, um Katastrophenschutz und Küstenschutz, geht es bei unserer Zusammenarbeit mit Rio um eine klimafreundliche Müllentsorgung.

Köln hat sich wiederum verpflichtet, im Rahmen dieser Klimapartnerschaften seinen CO_2-Ausstoß zu senken. Das ist wirklich noch das größere Problem, um das wir uns kümmern müssen.

Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit zu diesem Thema zu sensibilisieren und die Klimapartnerschaften als Beispiele für Umweltbildung zu nehmen.

Aber warum nun eine weitere Klimapartnerschaft? Das Amazonasbecken ist die grüne Lunge unserer Welt und damit der größte CO_2-Speicher der Erde. Derzeit speichert es noch etwa das Zehnfache dessen, was wir Menschen jährlich an CO_2 produzieren. Der größte Teil wird übrigens in indigenen Gebieten gespeichert. Mit der Abholzung gehen diese Speicher verloren. Dadurch ist mittlerweile auch die Aufnahmekapazität geringer als die neuen Mengen an CO_2, die aus der Verbrennung von Öl, Gas und Kohle entstehen.

Die Klimapartnerschaft zwischen einer indigenen Gemeinde und der Stadt Köln stärkt die indigenen Organisationen bei ihrem Kampf um Anerkennung, gegen Diskriminierung, gegen Landraub und gegen Abholzung.

Dies geschieht zusammen mit dem Klima-Bündnis, dessen Mitglied die Stadt Köln schon seit vielen Jahren ist.

Das Klima-Bündnis ist ein starkes Netzwerk, bestehend aus 1 700 Städten, Gemeinden, Provinzen und Organisationen aus immerhin 26 Ländern. Es ist das größte Städtenetzwerk, das lokale Maßnahmen für den globalen Klimaschutz ergreift und direkt mit den Indigenen kooperiert.

Dazu gehören zum Beispiel Bildungs- und Informationsarbeit, um die Bürger für die globale Bedeutung des Regenwaldes zu sensibilisieren, und Unterstützung konkreter Projekte im südamerikanischen Regenwald nach Schwerpunkten, die dann mit den Bewohnern definiert werden, aber auch politische Unterstützung zum Schutz des Regenwaldes und seiner Bewohnerinnen und Bewohner.

Insofern ist dies eine Konkretisierung der Klimapartnerschaften im Rahmen unserer Mitgliedschaft im Klima-Bündnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier wird es endlich einmal konkret. Wir sehen, wie im Zusammenhang mit dem sogenannten Biosprit die Wälder in den Territorien der Feconau illegal für Palmölplantagen gefällt werden bzw. davon bedroht sind. Wir können Dorfgemeinschaften der Shipibo mit konkreten Projekten bei ihrer Permakultur, bei Bildungsprojekten und beim Schutz ihrer Territorien vor Rohstoffabbau sowie durch unsere kommunale Solidarität unterstützen.

Denn die Bevölkerung sieht sich in ihrer Existenz bedroht. Und wenn sie einmal zurückweicht und in die Slums von Lima geht, dann haben die multinationalen Konzerne freies Spiel. Deshalb stärken wir die Indigenen bei ihrer kommunalen Daseinsvorsorge. Damit tun wir gemeinsam etwas für den Klimaschutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Die Indigenen behaupten zu Recht: Wir sind Teil der Lösung beim Kampf gegen den Klimawandel. Dort, wo wir leben, dort, wo wir wirtschaften, wird kein Regenwald vernichtet.

Das macht die Allianz zwischen europäischen Städten und indigenen Völkern so interessant - gerade für Köln; denn bei uns in NRW ist der CO_2-Ausstoß leider einer der höchsten der Welt. Diese Gegensätze sind die Motivation, denke ich, auch hier bei uns mit dem Klimaschutz und der CO_2-Einsparung ernst zu machen.

Eine gute Orientierung bietet uns dabei die Erfahrung der Stadt München. Seit 1997 hat München beste Erfahrungen mit einer Projektpartnerschaft mit dem benachbarten peruanischen Volk der Asháninka.

Die gegenseitigen Erwartungen und die Möglichkeiten bei der Partnerschaft sind klar beschränkt. Finanziell und personell ist diese Klimapartnerschaft für uns sehr überschaubar. Es kostet nicht viel. Angesichts der drängenden Probleme sind wir daran interessiert, auf lokaler Ebene Konzepte zu entwickeln, bei denen sich auch unabhängig von den oft langwierigen internationalen Verhandlungen ein Fortschritt erzielen lässt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Im November dieses Jahres wird die Rheinregion in Sachen Klimaschutz in den Fokus gerückt. Die Weltklimakonferenz findet vom 6. bis zum 17. November 2017 in Bonn statt. Einen besonderen Höhepunkt werden wir in Köln am 4. und 5. November 2017 erleben, wenn sich hier im Kölner Rathaus die Vertreter der indigenen Völker aus der ganzen Welt zur Vorbereitung der COP 23 treffen werden.

Auch die Shipibo aus Feconau werden kommen und ihre Rechte für wirksamen Klimaschutz bei der COP 23 in Bonn einfordern. Das wäre eine gute Gelegenheit, die Klimapartnerschaft mit ihnen und dem Klima-Bündnis formal zu besiegeln.

Mit der Klimapartnerschaft setzen wir ein klares Zeichen für unsere Verantwortung beim globalen Klimawandel. Ich hoffe auf große Zustimmung von allen demokratischen Fraktionen zu diesem Antrag. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der LINKEN)

Abschließend noch ein redaktioneller Hinweis: Im Beschlusstext muss es natürlich „Klima-Bündnis“ ohne den Zusatz „in der Einen Welt“ heißen - was zwar stimmt, aber nicht Bestandteil des Namens ist. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gerne unterstützen wir den Antrag „Klimapartnerschaft mit einer indigenen Gemeinde in Peru“ und den Aufbau dieser Klimapartnerschaft. Wir freuen uns darauf, diese Gemeinde in ihrem Kampf um den Erhalt des Regenwaldes zu unterstützen.

Bürgermeister Andreas Wolter hat gerade schon das Klima-Bündnis der europäischen Städte und Gemeinden erwähnt. Wer sich dieses Klima-Bündnis anschaut, wird allerdings schnell stutzig. Köln hat sich mit Beitritt zum Klima-Bündnis zu einer Halbierung seiner CO_2-Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 verpflichtet. Doch wie sieht die Bilanz aktuell aus? Wenn wir auf den Internetseiten des Klima-Bündnisses nachschauen, finden wir für Köln keinerlei Daten dazu, wo wir auf diesem Weg eigentlich stehen.

Ich erwähne dies, weil für die indigenen Völker natürlich genauso wichtig wie das, was sie selber tun können, ist, wie wir uns gegenüber dem Klimawandel verhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir finden keinerlei aktuelle Daten dazu. Es ist nahezu ein Blindflug. Wir haben keinen aktuellen Klimaschutzbericht mit handfesten Zahlen.

Und wie wollen wir dieses Ziel erreichen?

(Im Ratssaal wird das Licht eingeschaltet)

- Mit Licht, mit Strom? Es ist hier hoffentlich Ökostrom. Aber wenn er von der RheinEnergie kommt, ist das schwierig.

(Heiterkeit und Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Aber wie wollen wir dieses Ziel einer Reduktion um 50 Prozent erreichen? Mit Elektrobussen, so erfreulich es ist, scheint dies allein nicht möglich zu sein. Mit einer RheinEnergie, die immer noch Braunkohle verfeuert, wird es ebenfalls nicht möglich sein. Auch der angestrebte Drittelmix im Verkehr ist nicht ausreichend. Diese Drittelung ist willkürlich festgelegt und nicht zielführend.

Was wir brauchen, sind ein Maximum an Fuß- und Radverkehr und ÖPNV sowie eine regenerativ angeschobene Elektromobilität.

Wie sieht es in Köln weiter aus? Wer über wirklich dringend notwendige Fahrverbote und auch eine Citymaut öffentlich nachdenkt, wird in der Presse von verschiedenen Stellen gemaßregelt: Unsinn des Jahres - schon im März 2017.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Ich weiß; Köln denkt, dass es viel unternehmen würde. Doch wie werden wir in Wirklichkeit im November dieses Jahres auf der UN-Klimaschutzkonferenz in Bonn dastehen?

Wir begrüßen den Antrag, die neue Klimapartnerschaft aufzubauen. Doch wir müssen in Köln viel mehr tun, als nur dieses eine neue Bündnis zu initiieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. - Das Engagement und die Ausführungen von Bürgermeister Andreas Wolter sind überzeugend. Wir sind da auch inhaltlich absolut d'accord. Deswegen werden wir auch dem Antrag zustimmen.

Ich möchte trotzdem einen kritischen Aspekt hineinbringen. Wie wir eben gehört haben, existieren etliche Klimapartnerschaften. Es gibt 44 Klimapartnerschaften. Zwei haben wir jetzt schon, mit Rio de Janeiro und mit Corinto. Jetzt gehen wir eine dritte ein. Damit ist Köln gut aufgestellt, glaube ich. Zwar ist in der Tat kaum finanzieller Aufwand damit verbunden. Aber personell ist es schon ein Aufwand.

Insofern glaube ich, dass man jetzt auch einmal sagen muss: Gut; mit drei Klimapartnerschaften werden wir unserer Verantwortung gerecht. - Das finde ich auch gut und richtig. Aber wir sagen als FDP hier auch: Drei ist eine gute Zahl. Dabei sollte es dann bitte auch bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen ihrer Aktivitäten für Klimapartnerschaften im Klima-Bündnis der europäischen Städte und Gemeinden eine weitere Klimapartnerschaft mit einer indigenen Gemeinde im Amazonasgebiet Feconau/Yarinacocha in der Provinz Pucallpa in Peru aufzubauen. Mit dieser Klimapartnerschaft soll die indigene Gemeinschaft in ihrem Engagement für den Erhalt des Regenwaldes und ihrer Lebensgrundlagen unterstützt werden. Die Klimapartnerschaft soll mit der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt" (SKEW) sowie mit dem „Klimabündnis" und mit Beteiligung von in Köln bereits aktiven bürgerschaftlichen Initiativen (NGOs) und Institutionen, wie z.B. dem Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (INFOE), entwickelt werden.

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales und der Ausschuss Umwelt und Grün werden über die weitere Umsetzung informiert bzw. ihnen werden notwendige Beschlussvorlagen zugeleitet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern - Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung"
AN/1004/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1053/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1058/2017

Herr Struwe hat das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Das ist ja eine ganz wunderbare Überleitung. Getreu dem Satz - ich glaube, Richard Buckminster Fuller hat ihn gesagt - „Global denken - lokal handeln" haben wir jetzt ein weiteres Klimaschutzthema auf der Tagesordnung, bei dem es darum geht, ganz konkret hier in Köln etwas für das Klima und die Lebensqualität zu tun.

Die Überschrift des Antrags lautet: „Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern - Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung". Ich will Ihnen ein bisschen näherbringen, worum es geht, und möchte Sie alle einladen, dass wir hier als Rat der Stadt Köln gemeinsam ein kraftvolles Zeichen setzen, um in diese Richtung weiter fortzuschreiten.

Es geht um Folgendes: Wir brauchen zusätzlichen Wohnraum. Das führt zu mehr Versiegelung. Insofern besteht riesiger Handlungsbedarf.

Wir haben große Spielräume, indem wir Dächer und Fassaden begrünen. Diese Begrünungen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass wir das Klima schützen, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützen und nicht zuletzt auch sozial gerechte Stadtentwicklung betreiben. Denn Flächen sind rar. Wir müssen sie

in jeder Hinsicht optimal ausnutzen. Das gilt natürlich auch für Klima- und Gesundheitsschutz.

Die Vorteile von begrünten Dächern und Fassaden liegen auf der Hand. Ich war selber bei der Vorbereitung ganz überrascht.

Es fängt bei der Kühlung und Befeuchtung von Luft an. Ein klassisches Dach heizt sich im Sommer auf etwa 70 Grad auf, ein solches begrüntes Dach auf etwa 30 Grad. Das wirkt sich auf die Bewohner oder die Nutzer des Gebäudes genauso positiv aus wie auf die Umgebung, die kühl gehalten wird.

Gründächer binden CO_2, produzieren Sauerstoff, binden Feinstaub und mindern Lärm.

Nicht zuletzt gewinnen wir, wie gesagt, wieder wertvolle Freiflächen hinzu.

Ich habe mir hier ein Zitat aufgeschrieben. Schon 1923 sagte Le Corbusier:

> Der Dachgarten wird zum bevorzugten Aufenthaltsort des Hauses und bedeutet außerdem für eine Stadt den Wiedergewinn ihrer bebauten Fläche.

Das Stadtbild wird aufgewertet. Die Menschen können ihre Umgebung individuell gestalten, eben über das Grün, und zwar auch diejenigen, die nicht das Glück haben, eher in der Fläche zu wohnen, sondern in den sehr dicht besiedelten Innenstadtquartieren wohnen.

Das Regenwasser wird zurückgehalten. Ich fand das auch ganz enorm. Ein Gründach kann 50 bis hin zu 70 Prozent des Regenwassers aufnehmen - was natürlich gerade vor dem Hintergrund zunehmender Starkregenereignisse, Überflutungsgefahren etc. ein ganz wichtiger Beitrag sein kann.

Außerdem wird etwas für die Erhöhung der Artenvielfalt getan - Stichwort: Insekten -, die kontinuierlich zurückgeht. Insofern kann das einen guten Beitrag leisten.

Schon jetzt bieten die Stadtentwässerungsbetriebe an, bis zu 90 Prozent der Niederschlagswassergebühren zu erlassen. Das ist auch ein erster richtiger Schritt.

Trotzdem sollten wir hier den nächsten Schritt gehen und der Verwaltung den Auftrag mitgeben, ein umfassendes Konzept zu entwickeln, das, wie gesagt, mutig voranschreitet.

Zum einen geht es darum, den Bestand zu analysieren, damit wir wissen, wo wir stehen, und dann im nächsten Schritt auch gemeinsam diskutieren können, wohin wir kommen möchten.

Zum anderen geht es natürlich darum, zu schauen, wie wir es gefördert bekommen. Selbstverständlich wollen wir auch nicht, dass sich Wohngebäude dadurch immens verteuern. Andere Kommunen sind aber schon mit verschiedensten Förderprogrammen vorangegangen. Da brauchen wir hier auch ein paar gute Ideen.

Gleichzeitig wollen wir auch die Instrumente der Bauleitplanung nutzen, um verschiedenste Festsetzungen vorzunehmen.

Die Stadt selber soll natürlich mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Gebäude künftig entsprechend planen. Das soll sie auch möglichst frühzeitig tun. Selbstverständlich darf es nicht dazu kommen, dass sich jetzt beispielsweise die Fertigstellung von Schulgebäuden verzögert.

Wie gesagt, haben andere Städte sich schon aufgemacht. Sogar Düsseldorf hat ein entsprechendes Förderprogramm.

(Michael Frenzel [SPD]: Ui!)

Immerhin ist das Thema in der Verwaltung tatsächlich schon angekommen. In der Mitteilung zum aktuellen Sachstand bezüglich der Auswirkungen des Klimawandels ist es zumindest als Bullet Point erwähnt.

Deswegen haben wir uns gedacht: Wir wollen hier noch einmal mutig vorangehen und als Rat gemeinsam ein Konzept auf den Weg bringen.

Das ist, wie gesagt, nur der Startschuss. Es muss natürlich mit allen Beteiligten diskutiert werden und soll sich entwickeln. Aber zumindest können wir damit hier einen Aufschlag machen.

Jetzt ist meine Redezeit zu Ende. Allerdings gibt es noch zwei Änderungsanträge. Wenn ich noch kurz sagen darf, was wir mit ihnen machen wollen, brauche ich mich nicht noch einmal zu Wort zu melden.

Den Änderungsantrag der FDP würden wir übernehmen.

Was den Änderungsantrag der LINKEN angeht, ist das ein bisschen kompliziert. Ich sage aber einmal zum Mitschreiben, was wir davon nicht übernehmen. Ich will es jetzt nicht alles begründen. Aber das, was wir übernehmen, trifft natürlich die Intention des Antrags.

Ich sage also, was wir nicht übernehmen:

- im ersten Absatz das, was in Klammern steht, sowie die Formulierung „im Verbund mit dem Einsatz regenerativer Energien“
- unter Punkt a) den letzten Satz, der hinzugefügt wurde
- den gesamten Punkt e)
- im hinzugefügten Punkt g) die Formulierung „in Kooperation mit BUND und Fachvereinigung Bauwerksbegrünung e. V. (FBB)“

Das würden wir nicht übernehmen. Ansonsten können wir dem zustimmen.

Ich bitte um Zustimmung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker, bitte.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe SPD-Fraktion! Sehr geehrter Herr Struwe!

(Rafael Struwe [SPD]: Hallo!)

Dieser Antrag ist natürlich ganz toll - insbesondere deshalb, weil Sie offenbar endlich den Klimaschutz für sich entdeckt haben. 2013 haben Sie noch die Mittel für die Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes gestrichen. Jetzt scheint das ja etwas besser zu funktionieren.

Ich will mich nicht dagegen sträuben, dass Sie Ihre Gesinnung geändert haben. Das passt gut. Dass der Klimaschutz vorangetrieben wird, wünschen wir uns alle. Insofern finden wir diese Initiative gut.

Zwei Dinge möchte ich dazu anmerken. Zum einen haben Sie ja die „Klimawandelgerechte Metropole Köln“ erwähnt. Dass wir Anfang 2015, also vor über zwei Jahren, die Verwaltung aufgefordert haben, dazu ein Konzept zu entwickeln, haben Sie ebenfalls erwähnt. Dass in dem Konzept dieses Thema bereits mit bearbeitet wird, haben Sie ebenfalls erwähnt. Insofern fragen wir uns ein bisschen, wo die Konsistenz Ihres Antrags geblieben ist.

(Beifall bei der CDU)

Das kann man aber sicherlich alles noch klären. Es soll uns nicht daran hindern, uns mit diesem Thema intensiv zu beschäftigen.

Der Umfang dessen, was Sie hier alles zur Prüfung vorschlagen, sprengt aber wahrscheinlich jede Möglichkeit der Verwaltung, dieses dann auch tatsächlich umzusetzen bzw. zu bearbeiten.

Den Inhalt halten wir für wichtig. Es geht tatsächlich darum, wie wir das mit der Fassadenbegrünung vernünftig machen, wohin der Weg führen soll und wie wir in dieser Stadt mit den starken Regenereignissen und dem Wandel hin zu einer sich immer weiter aufheizenden Stadt umgehen - im Widerstreit mit der Tatsache, dass wir auf nicht größer werdender Fläche mehr Wohnungsbau brauchen. Das ist in der Tat ein großes Thema, das wir behandeln müssen.

Wir sind aber der Meinung, dass wir in den beiden Fachausschüssen noch einmal gezielt besprechen müssen, wohin die Reise denn führen kann, wie man das vernünftig aufstellt und wie man es finanziert. Das sollten wir im Rahmen des gerade erwähnten Konzeptes, das jetzt wohl auch kurz vor der Verabschiedung steht, dann noch einmal besprechen.

Daher schlagen wir vor, diesen Antrag und auch die beiden Änderungsanträge, die sich ja daran anschließen, in die Fachausschüsse für Stadtentwicklung sowie für Umwelt und Grün zu verschieben, damit wir uns dort auch wirklich ein Bild von der Sache machen können. Denn wenn wir hier einen allgemeinen Antrag auf Prüfung von irgendetwas erteilen, arbeitet sich die Verwaltung an einem sehr breit gefächerten Antrag ab, und am Ende dauert es wieder drei Jahre, bis ein Ergebnis vorliegt.

Deshalb gehen wir besser vorher in die Struktur und machen eine klare Konzeption. Das kriegen wir sicherlich gemeinsam gewuppt - da kann ich für meine Fraktion, aber auch für die Grünen sprechen; das ist überhaupt keine Frage -, aber doch in konkreterer Form und im klaren Zusammenhang mit der Stadtentwicklung.

Das ist unser Plädoyer. Ich hoffe, dass wir dafür hier eine Zustimmung finden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Brust, bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Winter gab es hier in Köln, organisiert vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt, ein Gründach-Forum. Dem Antrag kann man anmerken, dass die SPD dort zu ihrem Antrag motiviert worden ist. Das begrüßen wir außerordentlich. Denn solange wir Koalitionspartner waren, haben wir immer nur erlebt, dass alles, was mit Grün und Klimaschutz zu tun hatte, für euch eher Gedöns war, das man nicht weiter finanzieren muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings gibt es schon seit zwei Jahren den Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zu erstellen, das auf der Studie „Klimawandelgerechte Metropole Köln“ beruht. Gerade letzten Freitag haben wir im Umweltausschuss einen Zwischenbericht über das Ergebnis der Verwaltungsarbeit erhalten.

Mittlerweile haben sich das Stadtplanungsamt und das Umwelt- und Verbraucherschutzamt auf ein Vorgehen geeinigt. Der Flächennutzungsplan in Köln ist in fünf Wärmeklassen aufgeteilt worden. Bei allen Flächen, die unter die beiden am stärksten belasteten Wärmeklassen fallen, will das Stadtplanungsamt zusammen mit dem Umwelt- und Verbraucherschutzamt demnächst in alle B-Pläne entsprechende Hinweise setzen - zum Beispiel pro vier Parkplätze einen Baum, Festschreibung von Fassadenbegrünung, Festschreibung von Dachbegrünung usw.

Was da Beschlusslage ist, steht alles detailliert in der Mitteilung. Weil wir befürchten, dass das Stadtplanungsamt nicht immer so mitzieht, wie das Umwelt- und Verbraucherschutzamt will, haben wir im Protokoll auch extra noch einmal festgehalten, dass wir nach einem halben Jahr einen Erfahrungsbericht haben wollen, wie die Zusammenarbeit klappt und wie weit das Ganze tatsächlich umgesetzt wird.

Insofern ist das meiste, was im SPD-Antrag steht, mittlerweile Beschlusslage. Wir wundern uns darüber, dass ihr gerade heute, vier Tage danach, noch einmal mit so etwas in den Rat kommt.

Erschwerend kommt hinzu, dass DIE LINKE noch auf drei Seiten sehr kleinteilige Änderungsvorschläge gemacht hat, die man unmöglich jetzt alle hier im Rat diskutieren kann.

Deswegen schließen wir uns dem Plädoyer von Frau Welcker an, alle diese Anträge in den Umweltausschuss zu schieben - und vor allen Dingen in den Stadtentwicklungsausschuss, weil ganz wichtig ist, dass diese Maßnahmen dann auch bei den B-Plänen konsequent umgesetzt werden. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen kleinen Änderungsantrag vorgelegt. Er umfasst zwar tatsächlich drei Seiten. Aber die Änderungen - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Liegt es an der Schriftgröße?)

- Nein, es liegt nicht an der Schriftgröße. Man muss ihn sich nur einmal genau anschauen. Nur die fett gedruckten Passagen sind ja tatsächlich die Änderungen, die wir gegenüber dem Ursprungsantrag der SPD vorschlagen.

Ich will ganz kurz die wesentlichen Punkte vortragen, auf die sich unsere Änderungen beziehen, und begründen, warum wir das hier noch hineinbringen.

Grundsätzlich könnte ich mir auch gut vorstellen, dass man den Antrag im Umweltausschuss und im Stadtentwicklungsausschuss noch einmal detailliert diskutiert. Aber da will ich der hauptantragstellenden Fraktion nicht vorgreifen.

Wir möchten gerne, dass geprüft wird, was in extensiver und was in intensiver Grünpflege verwirklicht werden kann. In unserem Änderungsantrag wird erläutert, was das ist. Es ist einmal die etwas einfachere und einmal die etwas pflegeaufwendigere Grünanlage, die da installiert werden kann.

Außerdem sind wir der Auffassung, dass wir in Köln das Rad nicht immer neu erfinden müssen und in die Städte gucken sollten, in denen das schon längere Zeit intensiv gemacht wird - als da wären: Hamburg, Stuttgart, Bremen, Hannover und München.

Ein Aspekt ist mir besonders wichtig - da möchte ich auch wirklich um Ihre Zustimmung bitten -, nämlich, dass wir die Dach- und Fassadenbegrünung auch im Hinblick auf die regenerativen

Energien zusammenfassen. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir heute im nichtöffentlichen Teil - daher können wir jetzt nicht so viel dazu sagen - noch über die Gründung einer Gesellschaft entscheiden, die sich intensiv um Mieterstrom kümmern soll und muss. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir da die Synergien sehr gut nutzen können.

Das waren die wesentlichen Punkte unseres Änderungsantrags. So kompliziert, wie es auf den ersten Blick aussah, ist es dann also doch nicht. Ich bitte um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Manchmal ist es ja ganz gut, wenn man nicht im Fachausschuss sitzt. Denn dann muss man nicht über die Vergangenheit nachdenken und nach dem Motto „Die SPD hat Klimaschutz früher nur als Gedöns angesehen“ argumentieren oder den Vorwurf „Das habt ihr damals nicht mitgemacht, als ihr mit uns in der Koalition wart“ erheben, sondern geht einfach an einen Antrag heran, indem man ihn liest.

Ich habe die ganze Vorgeschichte, die jetzt angesprochen wurde, mit den politischen Spielchen nicht im Hinterkopf. Wenn ich diesen Antrag lese, finde ich ihn sehr konkret, und ich finde ihn gut. Deswegen bin ich auch der Meinung, dass wir ihn heute hier beschließen können.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich habe auch von den anderen Fraktionen nicht gehört, dass sie gegen eine Fassadenbegrünung sind. Das andere Konzept kann trotzdem kommen. Ich habe auch die SPD nicht so verstanden, dass man dieses Konzept stoppen will. Man will nur mit diesem Antrag schon einmal einen Schritt vorangehen und konkret handeln. Das finde ich sehr gut.

Ich habe dann mit unserem Kollegen gesprochen, der im Fachausschuss sitzt. Er hat gesagt, dass es da wirklich konkrete Möglichkeiten gibt. Zum Beispiel hat er die Idee in die Debatte hineingebracht, dass man bei dem Blaue-Funken-Turm, der ja versiegelt werden soll, auch eine Dachbegrünung vorsehen könnte. Insofern glaube ich schon, dass wir da sehr konkret werden können.

Ich begrüße auch, dass die SPD sich in diesem Antrag Gedanken zum Thema Finanzierung gemacht hat. Ich finde es sehr gut, dass wir das nicht alles wieder in den städtischen Haushalt packen, sondern schauen, wie wir kommunale Finanzierungsmöglichkeiten aus anderen Töpfen schaffen.

Da kann man auch andere Städte als Beispiele nehmen. Ich habe gar nichts gegen das, was da im LINKEN-Antrag steht.

Wir wollen es noch etwas erweitern und die Verwaltung bitten, zu prüfen, inwieweit die Dachbegrünung aus Ausgleichsmitteln - Baumschutzsatzung und Bundesnaturschutzgesetz - finanziert werden kann, weil es dort darum geht, Eingriffe in die Natur finanziell auszugleichen.

Es freut uns sehr, dass die SPD diese Änderung übernimmt.

Was den Änderungsantrag der LINKEN betrifft, sehen wir es genauso wie die SPD. Insofern schließen wir uns auch dem an, was der Kollege Struwe hier ausgeführt hat.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der mir bei dem Antrag der LINKEN nicht so gut gefallen hat. Wir haben überhaupt kein Problem damit, zu sagen: Ja, Dachbegrünung auch im Zusammenhang mit regenerativen Energien. - Aber so, wie Sie es in Ihrem Änderungsantrag formulieren, hat man den Eindruck, dass Sie sie nur im Zusammenhang mit regenerativen Energien haben wollen. Das ist nicht unser Ansatz. Wir sagen: Beides ist in Ordnung. - Deswegen können wir dem auch nicht zustimmen.

Ansonsten ist das meiste von Herrn Kollegen Struwe ausgeführt worden.

Wir meinen eigentlich, dass man auch im Rat mal was entscheiden kann. Man muss nicht immer alles in die Fachausschüsse bringen. Damit beschäftigen wir die Fachausschüsse noch mal. Manchmal passiert es dann ja, dass die Fachausschüsse wiederum sagen: Ach, das geben wir noch mal in den Rat.

Seien Sie mutig. Entscheiden Sie heute. Der Antrag ist es auch wert, glaube ich.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, zunächst lasse ich über den Antrag von Frau Welcker bzw. CDU und Grünen auf Verweisung in den Ausschuss für Umwelt und Grün sowie den Stadtentwicklungsausschuss abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind Grüne und CDU. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist er abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dann lasse ich über die Änderungsanträge abstimmen, und zwar - -

(Zuruf: Die werden übernommen! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Werden die alle übernommen? Dann müssen wir punktweise abstimmen!)

- Nicht nur punktweise, sondern noch genauer unterteilt. Sie haben ja ganz spezielle Passagen herausgestrichen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir haben uns doch im Vorfeld mit der SPD darauf geeinigt, was sie aus unserem Antrag übernimmt. Ich gehe einmal davon aus, dass Herr Struwe das zu Protokoll gibt. Dann würden wir darüber abstimmen.

Für die FDP muss das natürlich noch bestätigt werden.

Offiziell ziehen wir unseren Antrag dann natürlich zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist dann der SPD-Antrag mit dem FDP-Antrag und teilweise dem LINKEN-Antrag in einem Antrag. Das ist ja wirklich sportlich. Und jeder von Ihnen weiß dann noch genau, worüber er abgestimmt hat? Das ist wirklich sportlich. Ich meine das ganz ernst.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Worüber stimmen wir denn jetzt ab?)

- Ja. Danke schön. Das muss ja auch jeder wissen.

Herr Struwe, könnten Sie uns denn jetzt einmal vortragen, worüber wir abstimmen sollen? Könnten Sie mir da einmal assistieren?

Rafael Struwe (SPD): Ja, gerne. Ich habe das zwar eben schon vorgetragen. Aber ich kann es gerne noch einmal wiederholen.

Wir übernehmen den Änderungsantrag der FDP komplett.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was beinhaltet der FDP-Antrag denn?)

- Das kann jetzt jeder selber abgleichen. Lesen setze ich hier voraus. - Den FDP-Antrag übernehmen wir also komplett.

Dann sage ich noch einmal, was wir aus dem LINKEN-Antrag nicht übernehmen. Man muss sich jetzt also einmal den LINKEN-Antrag hinlegen. Folgendes übernehmen wir davon nicht - wobei das von der FDP schon übernommen ist -:

- im ersten Absatz das, was in der Klammer steht, sowie den Teilsatz „im Verbund mit dem Einsatz regenerativer Energien“
- unter Punkt a) den letzten Satz
- den kompletten Punkt e)
- im Punkt g) die Formulierung „in Kooperation mit BUND und Fachvereinigung Bauwerksbegrünung e. V. (FBB)“

Das übernehmen wir nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So haben wir es auch aufgenommen. Trotzdem bin ich wirklich nicht sicher, ob jetzt der gesamte Beschlusstext - -

Rafael Struwe (SPD): Aber jeder hier hat den Antrag vorliegen. Jeder konnte jetzt zum zweiten Mal hören, was wir davon nicht übernehmen. Jeder konnte auch hören, dass wir den FDP-Antrag komplett übernehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Mir ist es jetzt klar.

Rafael Struwe (SPD): Ich denke auch, dass jeder, der zugehört hat - und ich unterstelle, dass das alle sind -, es jetzt eigentlich wissen sollte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Dann müssen wir jetzt wahrscheinlich in eine Detaildebatte einsteigen.

Die SPD übernimmt ja den Antrag der FDP. Meines Erachtens ist es gar nicht möglich, diese Mittel hierfür einzusetzen. Kann uns die Verwaltung dazu eine Auskunft geben? Denn wir können etwas prüfen. Prüfaufträge können wir allesamt machen. Aber dazu hätte ich gerne einmal eine Auskunft. Schließlich handelt es sich dabei um Haushaltsmittel. Sie sind ja gebunden. Das ist ähnlich wie im Verkehrsbereich auch. Diese Mittel kann ich doch nicht beliebig im Haushalt einsetzen.

(Zuruf: Wir führen doch keine inhaltliche Debatte mehr!)

- Das hätten wir im Ausschuss gerne gemacht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diese Frage kann von der Verwaltung nur mitgenommen werden und nicht - -

Rafael Struwe (SPD): Es ist doch als Prüfantrag formuliert. Ich weiß nicht, wo das Problem ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, es ist als Prüfantrag formuliert.

Rafael Struwe (SPD): Hier steht:

> Außerdem wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaß die Dachbegrünung aus Ausgleichsmitteln … finanziert werden kann.

Da wird nur eine Prüfung beschlossen. Keine Angst! Eine Prüfung kann niemals rechtswidrig sein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist als Prüfantrag formuliert. Dann werden wir das feststellen und Ihnen dann eine Nachricht geben.

Herr Zimmermann hat sich noch zu einer persönlichen Erklärung gemeldet.

(Rafael Struwe [SPD]: Wir sind in der Abstimmung! Persönliche Erklärung nach der Abstimmung!)

- Eine persönliche Erklärung? Nein, das gehört zum Abstimmungsverhalten.

(Rafael Struwe [SPD]: Das steht in der Geschäftsordnung!)

Herr Zimmermann, bitte.

(Rafael Struwe [SPD]: Wofür haben wir denn dann eine Geschäftsordnung?)

Ich lasse jetzt Herrn Zimmermann seine persönliche Erklärung abgeben, meine Damen und Herren.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben das vorher auch kurz rechtlich geklärt.

Unsere Ratsgruppe GUT wird diese Anträge ablehnen. Ich möchte in der persönlichen Erklärung nur darstellen, warum wir das tun.

Wir machen das allein deshalb, damit es nicht dazu kommt, dass sich hier im Rat eine Mehrheit mit den rechtsextremen Gruppierungen bildet. Nur darum lehnen wir sie ab. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde gerne zur Abstimmung kommen. Ich lasse jetzt abstimmen über den SPD-Antrag in Gänze plus - Herr Struwe, hören Sie bitte zu, damit ich auch alles richtig mache - den FDP-Antrag in Gänze plus den Antrag der LINKEN mit Ausnahme dessen, was Sie eben gesagt haben:

- im ersten Absatz das, was in der Klammer steht, und „im Verbund mit dem Einsatz regenerativer Energien bei Neubauten“
- den letzten Satz von Punkt a)
- den Punkt e)
- im Punkt g) „in Kooperation mit BUND und Fachvereinigung Bauwerksbegrünung e. V. (FBB)“

Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Ich möchte einen kurzen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Wir möchten um zwei Minuten Sitzungsunterbrechung bitten, um das noch einmal zu klären. Weil wir viele Einzelpunkte vorliegen haben, wollen

wir noch einmal für jeden Punkt genau klären, ob wir ihm zustimmen können oder nicht. Wir haben hier so viele Änderungsanträge auf dem Tisch liegen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Einverstanden.

(Unterbrechung von 17:16 bis 17:24 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung jetzt wieder und möchte Ihnen - - Hier gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eben einen Verweisungsantrag gehabt. Er hat keine Mehrheit gefunden. Wir sind aber nach wie vor der Meinung, dass ein 90-köpfiger Rat kein Fachausschuss ist, der sich ziseliert mit allen Einzelpunkten - sehr unterschiedlichen Maßnahmen, Vorschlägen Prüfungen - auseinandersetzen kann. Wir könnten das zwar tun. Dann bräuchten wir aber eine einstündige Auszeit, weil sich dann die Fraktionen treffen müssen, wir uns wieder zusammenfinden müssen usw. usf. Meines Erachtens ist das heute nicht leistbar, wenn man mit dem Thema ernsthaft umgeht.

Deshalb möchte ich den Antrag stellen, alle Anträge, die sich mit diesem Thema befassen, also den Hauptantrag plus sämtliche Änderungsanträge, zu vertagen, und zwar in die nächste Ratssitzung, weil wir dann in der Lage sind, uns bis dahin sicherlich damit zu befassen, wie wir hier zu einer Mehrheitsfindung für einzelne Maßnahmen kommen, und auch damit, welche Maßnahmen sinnvoll sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Über diesen Vertagungsantrag müssen wir abstimmen.

Aber wir haben trotzdem auch noch eine Möglichkeit gefunden, und zwar - das ist in der Tat schwierig; das sehe ich auch -, dass die Anträge noch einmal zusammengeschrieben werden und dann am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung dieser Tagesordnungspunkt noch einmal aufgerufen wird. Das wäre ebenfalls eine Möglichkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich lasse jetzt darüber abstimmen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Ich lasse über beides abstimmen, den Vertagungsantrag und den Vorschlag, den ich als Letzteres gemacht habe.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, einverstanden! Sehr gut! Alternativ!)

Dann lasse ich erst über den letzteren Vorschlag abstimmen; denn mit dem Vertagungsantrag ist das sonst - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Vertagungsantrag ist doch der Geschäftsordnungsantrag! Er ist auch der weitestgehende Antrag!)

Es ist eigentlich egal, wie herum; es kommt das gleiche Ergebnis heraus.

(Zuruf: Nein!)

- Doch.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der weitestgehende Antrag ist ja auch der Vertagungsantrag!)

- Der weitestgehende Antrag ist der Vertagungsantrag; das stimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr Vorschlag ist auch ein Vertagungsantrag! Vertagung ans Ende der Sitzung! Das ist das mildere Mittel!)

Ich lasse erst über den Vertagungsantrag abstimmen. „Vertagungsantrag“ heißt, das Ganze in die nächste Ratssitzung im September 2017 zu verschieben. Gegenstimmen? - SPD, Piraten, AfD, pro Köln, LINKE und FDP stimmen dagegen.

(Martin Börschel [SPD]: Und Sie vermutlich auch?)

- Ich bin für meinen eigenen Vorschlag. Ich habe ja einen Vorschlag gemacht. Ich stimme doch nicht gegen meinen eigenen Vorschlag. So weit ist es noch nicht gekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch jetzt nicht Ihr Vorschlag!)

- Nein. Darum habe ich auch nicht mitgestimmt.

Enthaltungen? - Abgelehnt.

(Bernd Petelkau [CDU]: Nein der Vertagungsantrag ist mit den Stimmen von CDU, Grünen und Freien Wählern beschlossen! Das passt!)

Jetzt lassen Sie uns noch einmal abstimmen. Gegenstimmen gegen die Vertagung? - Damit ist der Antrag auf Vertagung in die nächste Sitzung beschlossen. So ist es.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Darf ich davon ausgehen, dass Sie dagegengestimmt haben?)

- Ja. - Wir haben das in die nächste Sitzung geschoben.

Beschlüsse:

I. Beschuss über den Verweisungsantrag von Ratsmitglied Welcker:

Ratsmitglied Welcker beantragt, die Angelegenheit in den Stadtentwicklungsausschuss und den Ausschuss Umwelt und Grün zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

II. Beschluss über den Vertagungsantrag von Ratsmitglied Frank:

Ratsmitglied Frank beantragt, die Behandlung der Angelegenheit bis zu folgenden Sitzung des Rates - am 28.09.2017 – zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppen Pro Köln und Piraten zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“
AN/0514/2017

Antwort der Verwaltung vom 07.07.2017
1480/2017

Gibt es Nachfragen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, uns liegt eine sehr spannende Antwort der Verwaltung vor. Meine Frage ist - darum würde ich bitten -, ob wir diese Antwort, da Herr Höing heute auch nicht da ist, in den Stadtentwicklungsausschuss schieben können, damit man im Stadtentwicklungsausschuss noch einmal darüber diskutieren kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Und in den Finanzausschuss!)

- Und in den Finanzausschuss, schlägt der Kollege Frank vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie meinen, als Mitteilung?

Jörg Detjen (DIE LINKE): Selbstverständlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Okay. Ja, dann machen wir das so.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Ratsmitglied Detjen bittet, die Antwort

auch dem Stadtentwicklungsausschuss und den Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben. Die Oberbürgermeisterin ist mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand“
AN/0526/2017

Dazu gibt es noch keine Antwort, aber in der nächsten Ratssitzung dafür eine umfassende Antwort.

Die Beantwortung dieser Anfrage wird erneut zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Einsatz von Sprachmittlern bei der Verwaltung“
AN/0772/2017

Antwort der Verwaltung vom 06.07.2017
2124/2017

Gibt es Nachfragen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Der zuständige Dezernent, Herr Rau, ist im Moment nicht im Saal. Können wir das ein bisschen nach hinten schieben, bis er wieder da ist?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das machen wir. Ich rufe diesen TOP am Ende der 4er-Punkte wieder auf.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Zahl der Übergriffe auf städtische Mitarbeiter“
AN/0998/2017

Antwort der Verwaltung vom 11.07.2017
2149/2017

Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Sicherheit im Straßenverkehr“
AN/1032/2017

Die Anfrage wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet.

Die Beantwortung wird bis zur folgenden Sitzung des Rates – am 28.09.2017 – zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Transferaufwendungen ‚Bildung und Teilhabe‘ im Haushaltsplan 2016/2017“
AN/1033/2017

Hier erfolgt die Antwort ebenfalls zur nächsten Sitzung.

Die Beantwortung wird bis zur folgenden Sitzung des Rates – am 28.09.2017 – zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Transferaufwendungen ‚Interkulturelle Hilfen‘ im Haushaltsplan 2016/2017“
AN/1034/2017

Auch diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Beantwortung wird bis zur folgenden Sitzung des Rates – am 28.09.2017 – zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Wann streamt Köln seine Ausschusssitzungen?“
AN/1035/2017

Antwort der Verwaltung vom 07.07.2017
2150/2017

Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Ehe für alle: Wie bereitet sich das Kölner Standesamt vor?“
AN/1036/2017

Antwort der Verwaltung vom 11.07.2017
2159/2017

Gibt es Nachfragen? - Bitte, Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Bei dieser Anfrage geht es ja um das sehr aktuelle Thema „Ehe für alle“. Wir konnten einfach nicht widerstehen, zu erfragen, wie die Stadt Köln an dieser Stelle reagiert.

Vielleicht ist die Frage 3 von uns nicht ganz richtig formuliert worden oder falsch verstanden worden. Sie geht eigentlich in die Richtung, inwieweit die Stadt Köln denjenigen, die in bestehenden, bereits eingetragenen Lebenspartnerschaften leben, die Kosten erlassen kann. Und es geht immerhin, wenn ich das richtig sehe, um 4 000 Partnerschaften. Das ist ja eine ganze Menge. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Stadtdirektor, bitte.

(Ulrich Breite [FDP]: Das brauchen wir nicht, Herr Keller! Das Geld wollen wir nicht zurück! Das haben wir aus Liebe gemacht!)

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich die Nachfrage jetzt richtig verstanden habe; denn die Antwort, die wir auf die gestellte Frage gegeben haben, ist ja richtig. Die Gebühren regelt der Landesgesetzgeber. Das heißt, dass wir keinen Einfluss darauf haben. An der Stelle können wir auch nicht die Gebühren für die 4 000 geschlossenen eingetragenen Lebenspartnerschaften erlassen. Das können wir nicht machen.

Vielleicht findet der Landesgesetzgeber ja einen Weg, denjenigen, die ihre eingetragene Partnerschaft in eine Ehe umwandeln wollen, die Gebühr ein Stück weit zu ermäßigen oder zu erlassen. Aber das ist nicht unsere Entscheidung.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Sonst zahle ich die gerne!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Stadtdirektor Dr. Keller beantwortet die Nachfrage von Ratsmitglied Hegenbarth.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.10 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Pendlerverkehr per Fahrrad - Radverbindung Hürth–Köln“
AN/1039/2017

Diese Anfrage wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet. Sie ist sehr kurzfristig gestellt worden.

Die Beantwortung wird bis zur folgenden Sitzung des Rates – am 28.09.2017 – zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wie vereinbart, rufe ich jetzt noch einmal auf:

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Einsatz von Sprachmittlern bei der Verwaltung“
AN/0772/2017

Antwort der Verwaltung vom 06.07.2017
2124/2017

Herr Dr. Rau ist wieder hier. Herr Detjen, jetzt können Sie Ihre Nachfrage stellen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Dr. Rau, in unserer Anfrage geht es um den Einsatz von Dolmetschern für Flüchtlinge und Migranten. In der Antwort werden im Wesentlichen Zahlen aus 2016 dargestellt. Mich würde interessieren, ob sich da in den letzten Monaten etwas verändert hat, ob die Bedarfe in 2017 drastisch gestiegen sind. Mich würde einfach interessieren, wie da die Situation ist.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Herr Detjen, ich denke, dass wir das noch einmal schriftlich nachliefern. Mein Gefühl und meine Erinnerung sind aber, dass sie in der Tat gestiegen sind, weil jetzt die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und anderen Menschen überhandnimmt gegenüber der Notversorgung, die wir in den Anfangszeiten hatten. Da ist also sicherlich eine Steigerung eingetreten. Ich werde das aber gerne schriftlich nachreichen und exakt beziffern.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Dr. Rau, gehe ich recht in der Annahme, dass diese Entwicklung vermutlich im laufenden Haushalt nicht berücksichtigt ist, sodass wir, die politischen Parteien, das gegebenenfalls im Herbst, wenn wir den Haushalt beraten, dann eventuell nachjustieren müssen? Sehe ich das so richtig?

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Wir haben hier doch eine Konkretisierung. Insofern kann ich Folgendes zur Entwicklung der gesamtstädtischen Einsätze sagen: Nachdem es 2016 in neun Monaten 539 Einsätze waren, hat sich die Zahl tatsächlich auf 825 Einsätze in den ersten sechs Monaten 2017 gesteigert. Das ist in der Tat eine sehr deutlich steigende Inanspruchnahme - auch deshalb, weil es bekannter wurde und sich auch bewährt hat.

Wir verzeichnen also erhebliche Anstiege. Bei gleichbleibender Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte 2017 von 825 Einsätzen und Kosten von durchschnittlich 120 Euro pro Einsatz wäre das Budget von ungefähr 200 000 Euro, das vorgesehen ist, quasi auf den Punkt auskömmlich.

Wenn die Inanspruchnahme jetzt aber weiter stiege, würde dieses Budget nicht ausreichen. Eine entsprechende Anhebung ist bisher in der Tat nicht beantragt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ist die Frage damit beantwortet?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ja! Danke!)

- Okay. Danke. - Dann können wir die 4er-Tagesordnungspunkte auch verlassen.

Unter Punkt 5 liegt nichts vor.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Beigeordneter Dr. Rau beantwortet die Nachfrage von Ratsmitglied Detjen.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Köln
0207/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II - Seite.4).

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Poll bis Rheinpark Deutz 2303/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen.

Wir stimmen ab wie AVR - mit einer neuen Anlage 2.13, in der Anregungen von BV 1 und BV 7 berücksichtigt sind.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Poll bis Rheinpark Deutz.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.3.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln hier: Stärkung der Bezirke 0976/2017

Ich bin wirklich froh darüber, dass wir mit der Änderung der Zuständigkeitsordnung so weit gekommen sind. Wir haben trotzdem noch ein ganzes Stück Weg zu gehen, um da zu sein, wo die Bezirke wirklich so gestärkt sind, dass wir auch auf das Expertenwissen und die Hilfestellung, die wir aus den Bezirken bekommen, zurückgreifen können.

Ich bedanke mich herzlich bei allen Mitgliedern der Kommission aus Rats- und Bezirksfraktionen sowie den Bezirksbürgermeistern und der Bezirksbürgermeisterin für die konstruktive Zusammenarbeit und hoffe, dass diese Kommission auch zusammenbleibt, um weiter über die Stärkung der Bezirke zu beraten.

Jetzt hat Herr Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Ihren Dankesworte an die Kommission möchte ich mich anschließen. Der Fairness halber will ich hier auch meine Kollegen Helga Blömer-Frerker und Jupp Wirges nennen, die heute aufgrund von privaten und anderen Terminen entschuldigt sind. Da ich in der Hierarchie der zweite Stellvertreter bin, obliegt es mir, Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, herzlich dafür zu danken, dass Sie diese Beschlussvorlage in den Rat eingebracht haben.

Wir haben das Thema in 2008 angestoßen. Mit dieser Vorlage wird ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die zwei anderen, salopp gesagt, dicken Brocken, die wir auch noch angehen müssen und angehen werden, betreffen die Frage: Was ist gesamtstädtische Kompetenz und was nicht? Das kristallisiert sich an Belangen wie Straßen, Kinderspielplätze, Schulen usw., aber auch Finanzen.

Mit dieser Beschlussvorlage haben Sie eines Ihrer Wahlversprechen eingehalten, Frau Oberbürgermeisterin.

(Zuruf)

- Immerhin, sie hat die Beschlussvorlage eingebracht, und alle haben daran mitgearbeitet. Ich finde, das darf man auch einmal sagen. - Sollten die jetzt vorgesehenen Änderungen nicht vollständig umgesetzt werden können, werden wir weiter dafür streiten, um zu einem fairen, akzeptablen und respektvollen Ergebnis zu kommen. Wir sind da sehr selbstbewusst, wie Sie wissen; denn das Gesetz gibt uns nicht nur die Freiheit, sondern vor allem auch die Grundlage, in diese Richtung weiterzugehen.

Ich wiederhole noch einmal: Damit hat Frau Reker ein Versprechen aus dem OB-Wahlkampf eingelöst. Dafür recht herzlichen Dank! Alle weiteren Schritte werden auch von unserer Seite mit Respekt, auf Augenhöhe und mit Fairness begleitet werden - in der Sache hart, aber das ist

okay. Das wird in der Politik zu mehr Frieden und Konstruktivität führen. Das wird der Stadt angesichts der schweren Zeiten, die sie durchstehen muss, nur guttun. - Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. - Abstimmung wie AVR, Anlage 2 in aktualisierter Fassung. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 03.07.2017:

1. *Der Rat beschließt die Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der als Anlage 2 (aktualisierte Fassung) beigefügten Fassung.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, nach einem Zeitraum von einem Jahr einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der Änderung der Zuständigkeitsordnung vorzulegen. Dabei sollen u. a. folgende Faktoren Berücksichtigung finden:*

   - *zusätzlicher Verwaltungsaufwand*
   - *zeitliche Verzögerung von Entscheidungen*
   - *Entwicklung der Sitzungen der Bezirksvertretungen im Hinblick auf Dauer und Anzahl der behandelten Vorlagen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017.
2099/2017

Es handelt sich um eine Vorlage zur Kenntnisnahme. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Sehe ich nicht.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 27.04.2017 bis 30.06.2017 für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2016 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 10.000,00 EUR in Teilplan 1501 in Zeile 15 (Transferaufwendungen) für Medien- und Internetwirtschaft, für die Durchführung der Veranstaltung „Internetwoche“.

Deckung: Wenigeraufwand i. H. v. 10.000,00 EUR in Teilplan 0101 in Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2017 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 1.000.000,00 EUR in Teilplan 0101 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwand i. H. v. 1.000.000,00 EUR in Teilplan 0110 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.1 auf:

10.1 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2017 0704/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 5 der Betriebssatzung i.V. mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2017 fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.2 auf:

10.2 Generalinstandsetzung des Kiefernweges in Porz-Grengel hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen 1432/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Generalinstandsetzung des Kiefernwegs“ über insgesamt 208.820 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 684.900 € statt bisher 476.080 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2016, Ergebnisverwendung Wirtschaftsjahr 2016 1464/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) zur Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2016 zu.

Weiterhin stimmt der Rat der Stadt Köln dem folgenden, vom Verwaltungsrat der StEB noch zu fassenden Beschluss zur Ergebnisverwendung zu:

Gewinnausschüttung für das Wirtschaftsjahr 2016

- *Jahresüberschuss 2016*
  27.643.954,17 €
- *Entnahme aus der Kapitalrücklage*
  1.948.976,90 €
- *Vorabgewinnausschüttung an Stadt Köln*
  - 8.403.172,11 €
- *Bilanzgewinn*
  21.189.758,96 €
- *Zuführung zur Gewinnrücklage*
  - 5.409.979,00 €
- *davon ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag*
  5.409.979,00 €

- *Gewinnausschüttung in Höhe von 15.779.779,96 €*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.4 MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln. Nachtragskostenberechnung
1679/2017

Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1031/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. - Zunächst einmal: Nachdem vonseiten der Verwaltung auf unsere Anfragen, die wir im Kulturausschuss gestellt haben, noch einige Antworten gegeben worden sind, werden wir dieser Vorlage natürlich zustimmen.

Klar ist aber auch: Leider sind unsere Fragen nicht vollständig beantwortet worden. Als Beispiel will ich die fehlenden Restaurationsmöglichkeiten im Museum anführen. Das ist ganz anders zu behandeln, als in der Antwort der Kulturverwaltung ausgeführt. Darin heißt es, dass im Umfeld des Museums reichlich Restaurants und Cafés vorhanden seien. Das war überhaupt nicht das Thema. Es geht um das Thema der Kompensation. Im LVR ist mit sehr großer Mehrheit ein Antrag beschlossen worden, in dem der LVR für den Wegfall der Café- und Shopflächen eine Kompensation verlangt. Das hätte man seitens der Verwaltung schon jetzt in die Beantwortung aufnehmen müssen. So aber wird sich das erst in einer Nachtragsvorlage manifestieren, wenn irgendwann ein Verhandlungsergebnis vorliegt. Das ist genau das, was wir eigentlich verhindern wollten. Von daher ist es schon ärgerlich, dass diese Vorlage jetzt wieder nicht die ganze Wahrheit enthält.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eine weitere Wortmeldung kommt von Herrn Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Wir haben ja mittlerweile mit der MiQua einen Burgfrieden geschlossen, wenn auch nur deshalb, weil der Appell der Bürgerschaft mit 35.000 Unterschriften mit gerichtlicher Verfügung abgewendet wurde. Unsere Voraussagen, was die Komplikationen und Kostenerhöhungen betrifft, sind eingetreten. Und da setze ich jetzt an. Ruhe ist weiß Gott nicht eingekehrt bei der MiQua.

Ich will Ihnen noch einmal kurz und plakativ die Fakten nennen. Gemäß der Vorlage haben wir Gesamtkosten in Höhe von 77 Millionen Euro, in der Prognose, also ohne Gewähr. Das ist eine Kostensteigerung um 50 Prozent. - Gegenüber der ursprünglichen Planung kommt es zu einem Flächenverlust von 3.500 Quadratmeter. Das ist ein Minus von 30 Prozent. - Aufgrund des Verzichts auf Gastronomie und Shop entfallen Einnahmen, die, wie anfangs gesagt wurde, mehr als ein Drittel des Umsatzes von Museen ausmachen. - Es gibt eine komplett unklare Kostenaufteilung zwischen der Stadt und dem LVR. - Der Eröffnungstermin nach sechs Jahren Chaos vor dem Rathausplatz ist immer noch ohne Gewähr. - Die Steigerung der Haushaltsbelastungen nach Inbetriebnahme wird circa 10 Millionen Euro erreichen. Damit wird das MiQua zum teuersten und am höchsten subventionierten Museum der Stadt Köln. - Das zu den Fakten.

Jetzt komme ich zu unserem Änderungsantrag. Um es kurz zu machen: Wir beantragen für das MiQua einen Kostendeckel von maximal 80 Millionen Euro, eingerechnet die bereits zugesagten Fördermittel von circa 34 Millionen Euro. Das heißt: Der städtische Anteil würde sich von 43 auf 46 Millionen Euro bei 77 Millionen Euro Gesamtkosten erhöhen. Das ist das, was wir beantragen. Wir bitten Sie, unseren Antrag zu unterstützen. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen.

(Gisela Stahlhofen [DIE LINKE]: Nein! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: „Keine Debatte“ ist vereinbart!)

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag ab, den Herr Wortmann gerade begründet hat. Wer wünscht diesem Änderungsantrag zuzustimmen? - Das sind Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von Herrn Wortmann, pro Köln und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln):

Der Rat möge folgende Änderung von Punkt 1. der Vorlage 1679 / 2017 durch folgenden Zusatz:

1. *Der Rat nimmt die Aufwandserhöhung für die Baumaßnahme MiQua in Höhe von rd. 15,42 Mio. Euro brutto vor der Umsetzung zur Kenntnis. Die Gesamtaufwendungen betragen nun rd. 77 Mio. Euro brutto, jedoch werden die Kosten für die vollständige Umsetzung bis zur Fertigstellung der MiQua auf 80 Mio. Euro begrenzt.*

beschließen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat nimmt die Aufwandserhöhung für die Baumaßnahme MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln in Höhe von rd. 15,42 Mio. Euro brutto vor Umsetzung zur Kenntnis. Die Gesamtaufwendungen betragen nun rd. 77 Mio. Euro brutto.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Landesregierung in Kontakt zu treten, um die Möglichkeit einer finanziellen Förderung für die zusätzlichen baulichen und technischen Maßnahmen des Sicherheitskonzeptes zu erörtern.*

3. *Der Rat beschließt überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 4,4 Mio. € im Teilplan 0413 – Archäologische Zone und Jüdisches Museum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen. Die Refinanzierung in entsprechender Höhe erfolgt aus Mitteln zur Sanierung des Kölnischen Stadtmuseums im Teilplan 0408 – Kölnisches Stadtmuseum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2017.*

4. *Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 0,6 Mio. € im Teilplan 0413, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Refinanzierung in entsprechender Höhe erfolgt aus Wenigeraufwendungen bei der Maßnahme Sanierung Halle Kalk, Teilplan 0402 – Museum Ludwig, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2017.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

10.5 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz
3010/2015

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.6 auf:

10.6 Ernährungsrat Köln und Umgebung
hier: Finanzielle Förderung
0515/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, als neue freiwillige Aufgabe, den „Ernährungsrat Köln und Umgebung“ mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 50.000 € p.a. ab 09/2017 zunächst für 3 Jahre zu unterstützen. Die Finanzierung in den Haushaltsjahren 2017 bis 2020 erfolgt durch Umschichtung veranschlagter Mittel im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, aufgrund erfolgter Neupriorisierung von Aufgaben und führt nicht zu einer Vergrößerung des bereits bestehenden Haushaltsdefizits.

Der Rat beauftragt den jeweiligen Beigeordneten / die jeweilige Beigeordnete des Dezernates für Soziales, Integration und Umwelt bzw. den jeweiligen Amtsleiter / die jeweilige Amtsleiterin des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, als festes Mitglied die Stadt Köln im „Ernährungsrat Köln und Umgebung“ zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.7 Verein Taste of Heimat e. V.
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
0521/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedschaft im Verein „Taste of Heimat e.V.“ zum 01.09.2017 zu beantragen. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf 250,- Euro für staatliche Organisationen.

Der Rat beauftragt den jeweiligen Beigeordneten oder die jeweilige Beigeordnete des Dezernates für Soziales, Integration und Umwelt bzw. den jeweiligen Amtsleiter oder die jeweilige Amtsleiterin des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, die Mitgliedsrechte der Stadt Köln im Verein wahrzunehmen.

Die Mittel zur Finanzierung des vorgesehenen Mitgliedsbeitrags in Höhe von jährlich 250,- Euro stehen im Teilplan 1401- Umweltordnung, -vorsorge bei Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.8 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Lindweiler
hier: Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Veedelsbeirates Lindweiler und Änderung der Geschäftsordnung
1547/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat ernennt die nachfolgenden Personen zu Beiratsmitgliedern bzw. stellvertretenden Beiratsmitgliedern des Veedelsbeirates Lindweiler.*

   Institution

Mitglied	*stellv. Mitglied___*
Bezirksvertretung Chorweiler	
Günter Kerpen	*Norbert Schott*
Lindweiler Treff	
Anna Keul	*bleibt unverändert*

2. *Der Rat überträgt der Bezirksvertretung Chorweiler die Entscheidung über die Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern in den Veedelsbeirat Lindweiler.*

3. *Der Rat beschließt die in der Synopse dargestellten Änderungen der Geschäftsordnung des Veedelsbeirates Lindweiler (Anlage 1).*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.9 Räumliche Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums durch Anmietung des dritten und vierten Obergeschosses im EL-DE-Haus zur Einrichtung eines „Hauses für Erinnern und Demokratie“
1732/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil das wirklich eine schöne Sache ist, stelle die Frage andersherum. Wer wünscht dem zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die Fraktion der FDP, Herr Wortmann, Teile der AfD, die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Gibt es Gegenstimmen? - Von Teilen der AfD. Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat stimmt der räumlichen Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums um das dritte und vierte Obergeschoss des EL-DE-Hauses mit zusätzlichen Mietkosten in Höhe von 240.000 EUR p. a. ab dem Haushaltsjahr 2019 zu. Dadurch werden mit dem Konzept eines „Hauses für Erinnern und Demokratie“ ein modernes Angebot zur Demokratieförderung entwickelt und die pädagogische Arbeit sowie die Bildungsangebote des NS-Dokumentationszentrums ausgebaut.

Darüber hinaus beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Herrichtung der Räumlichkeiten und beschließt hierfür eine einmalige Mittelbereitstellung für 2019 in Höhe von 450.000 EUR im Teilplan 0410 – NS-Dokumentationszentrum. Die Mittel wurden bei der Haushaltsplananmeldung 2018 für das Jahr 2019 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich bei einer Gegenstimme aus der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.10 auf:

10.10 Umbau des Knotenpunktes Lindenthalgürtel/Dürener Straße, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6602-1201-3-1001, Lindenthalgürtel/ Dürener Str., Linksabbieger
1574/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung des Knotenpunktes Lindenthalgürtel/Dürener Straße über insgesamt 788.147,23 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 1.721.100 € statt bisher 932.952,77 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.11 Kombinierter Planungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitte 2 und 3 (Los 2/3)
1575/2017

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
AN/1055/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1066/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Herr Brust hat das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit der Ratsvorlage heute setzen wir das fort, was wir im letzten Jahr begonnen haben, nämlich die Sanierung der Halde der Giftmülldeponie, unabhängig davon, was mit der Hubschrauberstation später passieren soll.

Es liegt ein Änderungsantrag der LINKEN vor, die vorschlagen, schon heute zu entscheiden, diese Station nicht in Betrieb zu nehmen. Ich finde es ein bisschen überfallartig, eine Stunde vor der Ratssitzung einen so weitgehenden Antrag einzubringen.

Weil wir nicht darauf vertrauen konnten, dass uns der damalige Feuerwehr-Dezernent, Herr Kahlen, vernünftige Vorlagen macht, hatten wir uns im Rat damals mit großer Mehrheit darauf verständigt, dass, unabhängig von der späteren Nutzung des Kalkbergs, die Halde abgeflacht und abgedichtet wird, auch weil uns klar war, dass das auf jeden Fall gemacht werden muss, weil die Hänge zu steil waren und Wasser in die Deponie eindrang. Das, was wir heute beschließen, ist die konsequente Fortsetzung unserer beiden letzten Beschlüsse, nämlich jetzt auch die Abflachung der Nordseite. Danach müssen wir entscheiden, was mit der Station selbst passieren soll.

Wir bringen heute einen Zusatzantrag ein, weil wir damals neben der Sanierung der Hänge auch beschlossen hatten, dass die Verwaltung uns eine Synopse mit möglichen Alternativstandorten vorlegen soll. Das ist bis heute nicht geschehen. Deswegen fordern wir die Verwaltung in unserem Zusatzantrag auf, Standortalternativen vergleichend zu untersuchen, und zwar mit einer kompletten synoptischen Darstellung aller Vergleichsmöglichkeiten, und uns dazu eine Vorlage vorzulegen, in der Standorte, Kosten usw. aufge-

führt werden, damit wir, wenn die Sanierung der Halde abgeschlossen ist, wirklich zielführend entscheiden können, was mit der Station passiert, ob wir sie aufgeben oder ob wir sie an einer anderen Stelle neu bauen müssen oder sie anderswo in Betrieb nehmen können. Das serös zu entscheiden, geht nur dann, wenn uns vergleichbare Alternativen vorliegen. Deswegen können wir dem Antrag der LINKEN heute nicht zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat so, dass die Verwaltung beauftragt wurde, Standortalternativen noch einmal zu überprüfen, allerdings mit der Maßgabe, dass dies mit Bordmitteln zu geschehen habe. Das heißt: Es sind keine zusätzlichen Mittel für Planung und Untersuchung zur Verfügung gestellt worden. Dieser Aufgabe haben wir uns mit großem Ernst gewidmet. Wir sind im Prinzip so weit, dass wir das relativ kurzfristig, also noch vor dem in Ihrem Änderungstermin genannten Termin Dezember 2017, vorstellen können. Es laufen über die Sommerpause zu einem Standort noch weitere Gespräche; da müssen wir noch das eine oder andere verifizieren. Aber wir könnten Ihnen relativ bald nach der Sommerpause diese Standortalternativenprüfung vorlegen.

Ich will an dieser Stelle schon ausdrücklich sagen: Wir haben uns an die Vorgabe gehalten, nicht in kostspielige Bodenuntersuchungen an verschiedenen Standorten einzusteigen, sondern wir haben das Ihrem Wunsch entsprechend mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht. Das bedingt natürlich, dass an der einen oder anderen Stelle auch noch Fragen offen sind. Aber ich glaube, das wird eine sehr gute Indikation abgeben, was realistisch ist und was nicht. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Den Antrag der Grünen können wir so mittragen; wir finden ihn gut. Wir begrüßen auch die Ankündigung von Herrn Keller, dass bereits nach der Sommerpause eine entsprechende Übersicht vorgelegt werden kann.

Nichtsdestotrotz denken wir, dass der Zeitpunkt gekommen ist, sich vom Projekt Kalkberg zu verabschieden, und zwar unabhängig davon, ob Standortalternativen heute fertig ausgedruckt vorliegen oder nicht. Die Planungen, Gespräche, Sondierungen und Diskussionen um Alternativstandorte laufen seit Jahren. Wir finden, auch der dritte Beschluss nach den Beschlüssen vom Februar 2017 und vom Juni 2016 zur sogenannten nutzungsunabhängigen Stabilisierung des Kalkbergs ist in Wirklichkeit nicht unabhängig von jeder weiteren Verwendung dieser Sondermülldeponie.

Deshalb würde ein Beschluss heute Klarheit schaffen, nämlich dass wir uns vom Projekt Kalkberg verabschieden. Wenn wirklich die beste und maximal nachhaltigste Sanierungsvariante ermittelt werden soll, müssen die Planer und Gutachter zumindest gedanklich die Möglichkeit haben, die Existenz der Station infrage zu stellen. Diese Möglichkeit ist ihnen bei keinem der bisherigen Stabilisierungsbeschlüsse eingeräumt worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem möchten wir heute daran erinnern, dass der Rat mit überwältigender Mehrheit vor einem Jahr, am 30. Juni 2016, beschlossen hat - ich zitiere -:

> Über die Standortfrage der Rettungshubschrauberstation soll in einer der nächsten Ratssitzungen entschieden werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Da wir den Eindruck haben, dass einige Fraktionen das Problem Kalkberg möglicherweise aussitzen wollen, bringt DIE LINKE heute erneut einen Änderungsantrag ein, damit wir in der siebten Sitzung seit dem 30. Juni 2016 die Möglichkeit haben, die fällige Entscheidung über die Zukunft der Hubschrauberstation zu treffen. Bitte überlegen Sie sich gut, ob Sie nicht schon heute endlich Klarheit schaffen wollen. Die 26.000 Anwohnerinnen und Anwohner von Mülheim-Süd, von Buchforst und von Kalk würden es Ihnen danken.

Hinzu kommt, dass die Verwaltung mit der neuen Beschlussvorlage eine Kehrtwende in der Strategie der Sanierung eingeleitet hat. In der ersten Jahreshälfte 2016 hatte der Bericht der Gutachter Benner und Grün noch eine Verlegung der

Zufahrtsstraße als Maßnahme II für unbedingt notwendig gehalten, weil an der Stelle ein Grundbruch verbunden mit dem Austritt von Kalkschlamm droht. Neuerdings hält die Verwaltung, wie dem an der Stelle recht kurzen Beschlusstext auf Seite 4 zu entnehmen ist, die Verlegung der Zufahrtsstraße nicht mehr für nötig. Die damals gesehenen Gefahren werden offenbar heute nicht mehr gesehen.

DIE LINKE hatte im Bauausschuss vergangene Woche sieben Fragen zu dieser gravierenden Änderung bei den Sanierungsarbeiten schriftlich eingereicht. Herr Neweling hat sie im Bauausschuss mündlich und im Umweltausschuss auch schriftlich ausführlich beantwortet - wir danken für die zügige Bearbeitung - und an alle Ratsmitglieder die Gutachten der Firma GFP sowie die entsprechenden Bohrsondierungsberichte weitergeleitet.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung, auch die Mitglieder der Bezirksvertretungen über den aktuellen Sachstand sowie die neuen Planungen am Kalkberg zu informieren, damit sie sich aus erster Hand ein Bild von den Vorgängen machen können. Zugleich bitten wir darum, dass dazu erneut eine Infoveranstaltung für die Anwohnerinnen und Anwohner stattfindet.

Die Einschätzung der Untersuchungsbefunde der Gutachten ist Sache der Fachleute. Der Rat sollte sich allerdings schon fragen, ob der Kalkberg, der für anerkannte Fachleute für Deponiesanierungen solche Probleme bei der Messung und Einschätzung zentraler Fragen aufwirft, in den kommenden Jahrzehnten als Standort für eine Rettungshubschrauberstation wirklich geeignet ist. Wenn man die Frage so stellt, ist die Antwort natürlich Nein. Dann kann man das auch heute durch Zustimmung zu unserem Änderungsantrag dokumentieren.

In der aufgeregten Stimmung des vergangenen Frühjahrs, die inzwischen offenbar verraucht sind, hatte Herr Breite im Rat ein altes Indianersprichwort zitiert, nämlich: Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab. - Er hatte auch gesagt: Die FDP ist abgestiegen. Wenn das wirklich ernst gemeint war und nicht bloß eine rhetorische Floskel, sollten die FDP und auch die anderen Fraktionen endlich ihr Zaudern und Zögern beenden und vom toten Pferd absteigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Reiter sehe ich nicht.

(Heiterkeit)

Oder doch? - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Ja, Frau Reker, wir wollen auch ein kleines bisschen mitreiten. Deshalb mache ich es vom Platz aus. - Ich glaube, man muss hier einfach zwei Dinge auseinanderhalten. Wir beschließen hier heute über die Haldenstabilisierung, egal wofür die Halde später genutzt wird. Es gibt einen guten Grund dafür, warum die Thematik jetzt nicht mehr in die Zuständigkeit des Gesundheitsausschusses fällt, auch wenn er natürlich weiterhin informiert wird. Die Vorberatungen und die Beschlüsse werden jetzt im Bauausschuss und im Ausschuss Umwelt und Grün gefasst. Das heißt: Diese Vorlage zum aktuellen Stand ist nicht die richtige Entscheidungsgrundlage, die Grundsatzfrage zum Betrieb der Hubschrauberstation zu stellen. Deswegen können wir dem Antrag, den die LINKEN eingebracht haben, nicht zustimmen.

Auch wir haben große Fragezeichen, was diese Hubschrauberstation angeht, wie wahrscheinlich alle anderen hier; völlig klar. Insofern ist der Antrag von CDU und Grünen genau richtig. Die Verwaltung soll uns das erst einmal geordnet vorlegen, damit wir eine Entscheidungsgrundlage haben. Deswegen werden wir dem schwarzgrünen Antrag sowie der dann so geänderten Verwaltungsvorlage zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen: zuerst über den Änderungsantrag der LINKEN, dann über den Antrag von CDU und Grünen und schließlich über die Verwaltungsvorlage.

Abstimmung über den Änderungsantrag der LINKEN. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von CDU und Grünen abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Ratsgruppe GUT ist das so beschlossen.

Nun lasse ich abstimmen über die Vorlage in der so geänderten Fassung. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen von den

LINKEN, Herrn Wortmann, der Ratsgruppe GUT und den Piraten ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

1. *Punkt 1, Satz 1 wird mit der Streichung des Wortes „nutzungsunabhängigen“ wie folgt geändert:*

   „Im Rahmen der Gefahrenabwehr beschließt der Rat der Stadt Köln, dass die für den zweiten und dritten Bauabschnitt (Lose 2/3, Nordseite) notwendigen Planungen der Leistungsphasen (Lph.) 4 bis 8 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung und die notwendigen Projektsteuerungs- und Gutachterleistungen beauftragt werden.“

2. *Es wird der folgende Punkt 4 dem Beschluss hinzugefügt:*

   4. Der Kalkberg wird als Standort für eine Hubschrauberbetriebsstation endgültig aufgegeben. Die Planungen für einen Rückbau der Station werden aufgenommen. Die weiteren Sanierungsschritte sehen als Nutzung des Kalkberges nur die Anlage einer barrierefrei zugänglichen Aussichtsplattform mit Grünflächen vor.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppen Piraten und GUT und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Der Rat hat am 15.12.2015 einen Baustopp bis auf Widerruf für die Rettungshubschrauberstation beschlossen und diesen mit Ratsbeschluss vom 16.03.2016 bekräftigt. Zugleich hat der Rat die Verwaltung mit diesen Beschlüssen beauftragt, mögliche Standortalternativen vergleichend zu untersuchen und den zuständigen Ratsgremien vorzulegen, was bislang nur rudimentär geschehen ist (vgl. Mitteilung 0057/2016 vom 25.01.2016).

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat die Verwaltung, eine komplette synoptische Darstellung eines Vergleichs möglicher Alternativstandorte - laut Ziffer 4 des Ratsbeschlusses vom 15.12.2015 – bis zu den Sitzungen der Ratsgremien im Dezember 2017 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

III. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

1. *Im Rahmen der Gefahrenabwehr beschließt der Rat der Stadt Köln, dass die für den zweiten und dritten Bauabschnitt (Lose 2/3, Nordseite) notwendigen Planungen der Leistungsphasen (Lph.) 4 bis 8 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung und die notwendigen Projektsteuerungs- und Gutachterleistungen beauftragt werden. Die Lph. 9 der HOAI wird in Eigenregie erbracht.*

2. *Die anfallenden Baunebenaufwendungen (Planung der Lph. 1 bis 8 der HOAI sowie Projektsteuerungs- und Gutachterleistungen für den zweiten und dritten Bauabschnitt) betragen ca. 969.900 EUR brutto. Für Baunebenaufwendungen ist in der Rückstellung bisher nur ein Betrag in Höhe von rund 473.300 EUR brutto enthalten (vgl. Session-Nr.: 1992/2016), so dass sich Mehraufwendungen in Höhe von 496.600 EUR brutto ergeben.*

3. *Im Rahmen der Gefahrenabwehr beschließt der Rat weiterhin die geplante bauliche Umsetzung des zweiten und dritten Bauabschnitts (Lose 2/3, Nordseite), die insgesamt mit Kosten in Höhe von 3.418.900 EUR brutto verbunden ist. Diese Bauaufwendungen sind in der Rückstellung bisher nur mit einem Betrag in Höhe von rund 1.893.300 EUR brutto enthalten (vgl. Session-Nr.: 1992/2016), so dass sich Mehraufwendungen in Höhe von 1.525.600 EUR brutto ergeben.*

Die Finanzierung der zuvor genannten Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 2.022.200 EUR erfolgt aus der für die Gesamtmaßnahme (Lose 1-5) bestehenden sonstigen Rückstellung

in Höhe von 7.581.788 EUR, die im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 durch eine Zuführung in Höhe von 2.022.200 EUR für die Lose 2 und 3 erhöht wird.

Der Rat hat am 15.12.2015 einen Baustopp bis auf Widerruf für die Rettungshubschrauberstation beschlossen und diesen mit Ratsbeschluss vom 16.03.2016 bekräftigt. Zugleich hat der Rat die Verwaltung mit diesen Beschlüssen beauftragt, mögliche Standortalternativen vergleichend zu untersuchen und den zuständigen Ratsgremien vorzulegen, was bislang nur rudimentär geschehen ist (vgl. Mitteilung 0057/2016 vom 25.01.2016).

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat die Verwaltung, eine komplette synoptische Darstellung eines Vergleichs möglicher Alternativstandorte - laut Ziffer 4 des Ratsbeschlusses vom 15.12.2015 – bis zu den Sitzungen der Ratsgremien im Dezember 2017 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke., der Gruppen Piraten und GUT sowie bei Enthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.12 auf:

10.12 Ausweitung des Platzangebotes für von Gewalt betroffene Frauen (im Frauenhaus)
3804/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Realisierung des Neubaus des 1. Frauenhauses mit insgesamt 16 Plätzen für Frauen und max. 18 Kinder. Darüber hinaus beschließt der Rat einen einmaligen Investitionszuschuss für die Erstausstattung des Frauenhauses in Höhe von 85.839 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Baumaßnahme „Ertüchtigung der Wagenhalle“ im Rahmen des Sonderprogramms NRW „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“
hier: Beschluss Kostenerhöhung
0070/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Pro Köln enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2017 überplanmäßige Auszahlungen für die Baumaßnahme „Sonderprogramm NRW - Ertüchtigung der ehemaligen Wagenhalle des Bürgerzentrums Alte Feuerwache zu einer Kultur-, Kunst- und Ausstellungshalle“ in Höhe von 460.000 Euro im Teilplan 0507 - Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und –zentren, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen. Die Refinanzierung in entsprechender Höhe erfolgt im Haushaltsjahr 2017 aus Mitteln für den Bau von Flüchtlingswohnheimen im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Eine Förderung der Mehrkosten aus dem Sonderprogramm NRW „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ ist nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln zugestimmt.

10.14 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017
0544/2017/1

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Abstimmung, wie AVR, Integrationsrat und Finanzausschuss. - Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD und pro Köln. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der LINKEN ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales:

1. Der Rat nimmt die Umsetzung des verbesserten Betreuungsschlüssels auf 1:60 für folgende Objekte zur Kenntnis:

- alle errichteten Leichtbauhallen sowie

- alle Standorte, die mit sogenannten „Kojen“ und einer Gemeinschaftsverpflegung ausgestattet sind,

namentlich die Standorte Luzerner Weg, Hardtgenbuscher Kirchweg und Butzweiler Hof als Leichtbauhallenstandorte und die Standorte Friedrich-Naumann-Straße, Mathias-Brüggen-Straße, Robert-Perthel-Straße und Ostlandstraße als Unterkünfte mit Kojen und Gemeinschaftsverpflegung.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, an diesen Standorten die Betreuung bis zur Beendigung der Belegung auf mindestens 1:60 festzusetzen, darüber hinaus jedoch an allen weiteren Standorten an dem Betreuungsschlüssel 1:80 festzuhalten.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 640.000 €.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung folgender Maßnahmenpakete zur Stärkung des Ehrenamtes:

a. Stärkung der Koordination des Ehrenamtes durch Finanzierung jeweils einer halben Stelle in folgenden Einrichtungen:

Hardtgenbuscher Kirchweg, Luzerner Weg, Butzweiler Hof, Herkulesstraße und Ringstraße; in Summe 5 x 0,5 = 2,5 Stellen

Stärkung der Koordination des Ehrenamtes durch Finanzierung jeweils einer viertel Stelle in folgenden Einrichtungen:

Mathias-Brüggen-Straße, An den Gelenkbogenhallen, zusammengefasste Standorte Hermann-Heinrich-Gossen-Straße und Max-Planck-Straße, Friedrich-Naumann-Straße, Eygelshovener Straße und Wilhelm-Schreiber-Straße, in Summe 6 x 0,25 = 1,5 Stellen.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 297.600 €.

b. Stärkung zur Unterstützung des Ehrenamtes in jedem Bürgeramt durch Zusetzung jeweils einer 0,5 Stelle in der Bewertung Stadtoberinspektor BGr. A 10 Lg 2 LBesG NRW bzw. Verwaltungsbeschäftigte/r EG 9 c TVöD, in Summe 9 x 0,5 Stellen = 4,5 Stellen. Die entsprechenden Stellen werden zum Stellenplan 2018 eingerichtet. Um die sofortige Besetzung der Stellen sicherzustellen, werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 361.600 €.

c Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der Ehrenamtler durch Finanzierung einer halben Stelle bei freien Trägern, KABE-Mitgliedern, dem Forum für Willkommenskultur und der ehrenamtlichen muslimischen Flüchtlingshilfe, in Summe 9 x 0,5 = 4,5 Stellen.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 334.800 €.

d. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Ergebnisse der Umsetzung der neuen Ehrenamtsstruktur dem Sozialausschuss und dem Integrationsrat darzustellen.

e. Ausbau und Pflege des digitalen Informationsportals von Wiku. Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 11.300 €.

f. Bereitstellung abrufbarer Zuschüsse zur administrativen Unterstützung von Willkommensinitiativen im Umfang von 10 Wochenstunden pro Initiative im Rahmen geringfügiger Beschäftigung.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 57.100 €.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Optimierung der medizinischen Versorgung, insbesondere in den Notunterkünften und richtet hierfür eine Koordinierungsstelle für alle bisher in den Notunterkünften beschäftigten, medizinischen Fachkräfte ein. Darüber hinaus werden zwei weitere Stellen Gesundheits- und Krankenpflegekräfte zugesetzt, die auch über die Notunterkünfte hinaus bei besonderem Bedarf (akuten Erkrankungen, Impfaktionen) in Regelwohnheimen und Beherbergungsbetrieben eingesetzt werden. Die Anbindung der 3 Vollzeitstellen erfolgt vorerst befristet für 2 Jahre beim Deutschen Roten Kreuz.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 159.000 €.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Evaluierung der getroffenen Maßnahmen in der zweiten Jahreshälfte 2018. Das Ergebnis ist den in dieser Vorlage beteiligten Fachausschüssen mitzuteilen.

5. Die jährlichen Mehraufwendungen, die sich aus dem Maßnahmenbündel zu den Ziffern 1-3 ergeben, betragen 1.861.400 €.

Der Rat beschließt zur Finanzierung der unabweisbaren Mehrbedarfe, die sich durch die Umsetzung des Beschlusspunktes 1 für das gesamte Jahr 2017 sowie der Beschlusspunkte 2-3 für die Zeit vom 01.08.2017 bis 31.12.2017 ergeben, im Haushaltsjahr 2017 überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0111, Sonstige innere Verwaltung, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen in Höhe von 150.700 € und im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 998.300 €.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in entsprechender Höhe im Teilplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 6, Kostenerstattungen und Kostenumlagen.

Auf der Seite 7 der Vorlage (innerhalb der Begründung) wird der 6. Absatz beginnend mit „Die Verwaltung ermittelt die Bedarfe …." gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

10.15 Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete - Genehmigung und Baubeschluss 0567/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat genehmigt die zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung erfolgte Errichtung einer Unterkunft

a) mit 60 Unterbringungsplätzen in Form gemieteter mobiler Wohneinheiten zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück Westerwaldstraße 100 / Volpertusstraße, 51105 Köln, Gemarkung Poll, Flur 38, Flurstücke 806, 1266, 1272.

b) mit 480 Unterbringungsplätzen in Form gemieteter Leichtbauhallen zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück Butzweilerhof-Allee / Anna-Lindh-Straße, 50829 Köln, Gemarkung Longerich, Flur 8, Flurstück 1585.

c) mit 240 Unterbringungsplätzen in Form mobiler Wohneinheiten zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße, 50827 Köln, Gemarkung Müngersdorf, Flur 80, Flurstück 732, (jetziger Sportplatz), und beschließt die weitere Umsetzung der Maßnahme.

2. Die Finanzierung der Maßnahmen unter Ziffer 1 wird durch den Rat genehmigt:

Im Haushaltsjahr 2016 wurden investive Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen (Finanzstelle 5620-1004-4-5182, Wilhelm-Schreiber-Straße) in Höhe von 300.000,00 € in Anspruch genommen. Die Mittel wurden innerhalb des Teilfinanzplanes 1004 im Rahmen einer Sollumbuchung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime, bereitgestellt.

Für die erforderlichen zahlungswirksamen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von insgesamt 1.357.570,06 € waren im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeilen 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Mittel in Höhe von 763.604,74 € und Teilplanzeile 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen, Mittel in Höhe von 593.965,32 € veranschlagt.

3. Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2017 die Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen für die unter Ziffer 1 genannten Maßnahmen in Höhe von insgesamt 7.048.062,63 € im Rahmen einer Sollumbuchung innerhalb des Teilfinanzplanes 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaf-

tung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen (zu Lasten der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime) für die bauliche Herrichtung und Umsetzung der Maßnahmen. Für die notwendige Erstausstattung sind im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 276.998,42 € vorgesehen.

Für die mit der Errichtung und dem laufenden Betrieb der der unter Ziffer 1 benannten Einrichtungen verbundenen Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, entsprechende Ermächtigungen eingeplant: Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von insgesamt 12.989.310,05 €, Teilplanzeile 14 – Aufwendungen für Abschreibungen in Höhe von insgesamt 439.811,36 € sowie Teilplanzeile 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.344.775,49 €.

Der Mittelbedarf für die Folgejahre verteilt sich gemäß den Anlagen Finanzübersicht und ist bei der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

10.16 Zuschuss an den MachMit! e. V. zur Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen
1059/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dem Träger MachMit! e.V. einen einmaligen Zuschuss im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 170.000 € zur Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen zu gewähren. Hierzu beschließt der Rat eine außerplanmäßige Auszahlung in Teilfinanzplan 0504, freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, Zeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen in Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Zeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.17 Entwicklungskonzept Chorweiler für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord
1070/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept Chorweiler in Anlage 1 für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord mit seinen Planungs- und Handlungsempfehlungen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des beschlossenen Entwicklungskonzeptes Chorweiler mit der Erstellung eines 'Integriertes Handlungskonzeptes' (IHK Phase 2) zwecks Fortschreibung des bisherigen vom Rat am 20.12.2016 beschlossenen sozialraumspezifischen Einzel-IHK für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord (Phase 1) im Rahmen des Leitkonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“.*

3. *Das fortgeschriebene IHK (Phase 2) mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des Sozialraums und als Grundlage zur Einwerbung von weiteren staatlichen Fördermitteln für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord ist dem Rat mit den Ergebnissen einer Öffentlichkeitsbeteiligung zur Beschlussfassung vorzulegen.*

4. *Die im Entwicklungskonzept Chorweiler aufgezeigten Potenzialflächen innerhalb des*

Sozialraum-gebietes sind nach Maßgabe des beschlossenen Entwicklungskonzeptes weiter zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.18 Ausbau der Kommunalen Integrationszentren NRW durch das Land
1100/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt vorbehaltlich der Förderentscheidung des Landes den Ausbau des Kommunalen Integrationszentrums Köln*

   die Einrichtung von zwei zusätzlichen unbefristeten Planstellen zum Stellenplan 2018:

   - *1,0 Stelle Sozialarbeit in der Bewertung S15 zur Stärkung des Sek. II- Bereichs*
   - *1,0 Stelle Sachbearbeitung im Querschnitt in der Bewertung EG 11*

   Da eine Stellenbesetzung unterjährig im Jahr 2017 erforderlich ist, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen bereitgestellt.

2. *Die Deckung in Höhe von 75.000 € in 2017 in der Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen, erfolgt durch entsprechende Mehrerträge in Teilplanzeile 2 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln zugestimmt.

10.19 Sachstand zur Entwicklung eines Kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms für Langzeitarbeitslose
1691/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Sachstandsmitteilung zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.20 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
1766/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Pro Köln und AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2017 Mittel für Antirassismus-Training 2017 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ gemäß Ratsbeschluss vom 20.12.2016 (Vorlage 3686/2016) in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training zu verwenden, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

In seinen Sitzungen am 04.04.2017 und am 18.05.2017 hat der Rat beschlossen, aus diesen Mitteln insgesamt 17.765 € an vier Projektträger zu vergeben.

Der Rat beschließt, aus den verbliebenen Mitteln in Höhe von 32.235 € in einem dritten Schritt Mittel in Höhe von 16.960 € an Träger von drei weiteren Projekten gemäß Anlage 1 zu vergeben.

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 15.275 € werden in weiteren Schritten vergeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

10.21 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln
0958/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Abstimmung, wie Verkehrsausschuss, Anlage 8.

Wortmeldungen sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 27.06.2017:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt den 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln in der überarbeiteten Fassung (Anlage 1). Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens werden dabei Bestandteil des Nahverkehrsplanes der Stadt Köln (Anlage 2).*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die im Nahverkehrsplan enthaltenen Maßnahmen weiterzuverfolgen und zur Beratung vorzubereiten, mit dem Ziel, sie sukzessive den zuständigen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen vorzulegen.*

3. *Für eine zeitnahe Bearbeitung der Maßnahmen, besonders die Aktualisierung der Busteilnetze und der Stärken-Schwäche-Analyse von Straßenbahn und Bussen sind personelle Ressourcen bereit zu stellen; der Bedarf hierfür ist dem Ausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mitzuteilen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.22 Standortentscheidung Frischezentrum 0728/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Ja. Zunächst Herr Dr. Strahl.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Besucher und Besucherinnen auf der Tribüne! Um es klarzustellen: Wir als CDU sind vom Standort Marsdorf nach wie vor nicht überzeugt.

(Zuruf: Bitte?)

- Ja, bitte hören Sie genau zu! - Die Suche nach einem alternativen Standort in einer der Umlandgemeinden war bisher erfolglos. Der neue Großmarkt wird da gebaut werden, wo er wirtschaftlich betrieben werden kann.

Jetzt die Erläuterung. Grundlage des gestrigen Beschlusses war der Ratsbeschluss vom 15. März 2016. In Fortführung der Umsetzung dieses Beschlusses gab es eine Vorlage im Wirtschaftsausschuss. Diese enthielt jedoch keine Aussagen zu einem Betreiberkonzept und zur Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts. Das entsprach nicht dem Auftrag, den die Verwaltung am 15. März 2016 erhalten hat. In einem Nachtrag wurde dann fixiert, dass die von mir jetzt angesprochenen Punkte untersucht und nachgeliefert werden. Die Aussage, dies könne nur dann gewährleistet werden, wenn der Standort fix sei, ist in keiner Weise für mich nachvollziehbar; denn ob ein Gebäude benutzt wird und dieser Betrieb dann profitabel ist oder nicht, hängt sicherlich nicht zuerst vom Standort ab.

Hier kann die Gründung der IG Großmarkt erfreulicherweise weiterhelfen. So hätte zum Beispiel die geplante Bildung einer Betreibergenossenschaft folgende Vorteile: Die Zahl der voraussichtlichen Mieter könnte definiert werden. Daraus ließe sich die Qualität des zu erwartenden Angebots vorhersagen. Auch der Bedarf an Quadratmeterflächen für Handel, Lager, Bewirtschaftung ließen sich so im Vorfeld wesentlich besser planen. Die Betreibergenossenschaft würde die Miete garantieren. Somit würde sich das Betriebsrisiko der Stadt wesentlich minimieren und wäre berechenbar, was ich erfreulich fände. Wir werden daher den Dialog mit der IG unverzüglich aufnehmen und versuchen, zeitnah den besten Großmarkt an einem für ihn adäquaten Platz zu planen und zu errichten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Wo soll das denn sein?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erst Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich wollte es nach der politischen Kleiderordnung machen; denn die SPD stellt ja die zahlenmäßig größere Fraktion. Vielen Dank, Herr Geffen, dass Sie mir jetzt den Vortritt lassen.

Einmal wieder das Thema Großmarkt. Ein Blick ins Archiv zeigt: Dieses Thema bewegt uns schon seit langem. 1995 wurde die Verwaltung mit der Verlagerung des Großmarktes und der damit verbundenen Standortsuche erstmals beauftragt. In der Zwischenzeit haben Heerscharen von Schülern Abitur gemacht, ganz egal ob G 8

oder G 9. Daraus lässt sich ableiten, wie lange das Ganze schon dauert.

Hätten wir schneller eine Entscheidung getroffen, müssten wir heute nicht über Mehrkosten von 100.000 Euro für ein Gutachten befinden, das den notwendigen Instandhaltungsbedarf für den Großmarktbetrieb über 2020 hinaus ermitteln soll. Wohlgemerkt, wir sprechen hier nur über das Gutachten und nicht über die tatsächlichen Instandhaltungskosten. Bei einer schnelleren Entscheidung hätten auch die Händler im Kölner Süden die notwendige Planungssicherheit für wirtschaftliche Entscheidungen und Investitionen gehabt. Aber heute soll es nun zum Schwur kommen. Die Verwaltung und die Mehrheit hier im Rat favorisieren Marsdorf als Großmarktstandort.

Lieber Kollege Strahl, ich muss gestehen, dass ich das, was Sie hier eben gesagt haben, überhaupt nicht verstanden habe.

(Beifall bei der FDP und der SPD - Martin Börschel [SPD]: Doch, eigentlich schon! Er ist dagegen!)

- Ja, Herr Börschel. Er ist dagegen. - Wir haben ja diskutiert, wie viele Malaisen es bereits gab. Ich habe der Vorlage entnommen, dass wir uns heute von den Alternativstandorten verabschieden und nur noch über den Standort Marsdorf entscheiden.

(Martin Börschel [SPD]: Nach seiner Rede muss er dagegenstimmen!)

Deswegen: Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, sind Sie für Marsdorf. Alles andere kann ich nicht verstehen und nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die Entscheidung über diese Vorlage fällt ungeachtet dessen, dass die verkehrliche Situation im Kölner Westen auch nach Einschätzung von Experten enorm hoch ist.

Die Entscheidung fällt ungeachtet dessen, dass das auch in Frechen und Hürth so gesehen wird. So meinte der Fraktionsvorsitzende der Frechener CDU, der Frischemarkt bringe eine nicht vertretbare verkehrliche Belastung mit sich.

Die Entscheidung fällt ungeachtet dessen, dass auch die Umlandgemeinden nicht zum ersten Mal beklagen, dass sie von der Stadt Köln nur unzureichend informiert worden sind.

Die Entscheidung fällt vor allem auch ungeachtet dessen, dass ein tragfähiges Gesamtkonzept für den Großmarkt immer noch nicht vorliegt. Auch zu Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Betriebsform, obwohl von der Politik im März 2016 gefordert, finden sich in der Vorlage keine Aussagen.

Das alles haben Sie in Ihren Änderungsantrag aufgenommen. Und dennoch sollen die Themen Wirtschaftlichkeit und Betriebsform nur für den Standort Marsdorf untersucht werden. Deswegen kann ich Ihrer Argumentation, warum Sie von diesem Standort nach wie vor nicht überzeugt sind, nicht folgen. Ich verstehe, dass das für Sie unangenehm ist; ich führe ja auch die Diskussion im Kölner Westen. Aber ich glaube, es gehört zur Ehrlichkeit dazu,

(Beifall bei der FDP)

zu sagen: Jetzt, da es zum Schlusspunkt in dieser langen Debatte kommt, werden wir mit unserer Meinung unterliegen. - Für die Planungssicherheit vor Ort, sowohl für Händler als auch für die Bürger, seien Sie doch so ehrlich, heute zu sagen: Ja, Marsdorf.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das ist nämlich die zentrale Botschaft: Grüne und CDU sprechen sich für Marsdorf aus. Der Standort wird hier und heute beschlossen. Es geht nur noch um Betriebsform und Frischemarkt.

(Martin Börschel [SPD]: Wir auch!)

- Die LINKEN und die SPD auch; ja, das stimmt. Das will ich nicht unter den Tisch fallen lassen. Ich bin froh, dass die FDP da ein Alleinstellungsmerkmal hat, ohne Frage.

(Beifall bei der FDP)

Sie fallen damit nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern im Kölner Westen in den Rücken; nein, Sie wischen damit auch die Argumente Ihrer Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter vom Tisch. Alternativstandorte wurden nicht richtig geprüft, auch der von der FDP vorgeschlagene Standort Volkhoven/Weiler nicht. All das, was Sie jetzt beschließen, ist nur noch weiße Salbe, und das werden wir auch so kommunizieren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen.

(Beifall bei der FDP)

Die Entscheidung für den Standort Marsdorf wird heute fallen. Von der FDP dürfen Sie keine Zustimmung erwarten, weder für den Standort noch für das Verfahren, wie diese Entscheidung zustande gekommen ist. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ehrlich gesagt, nach dem Verlauf der gestrigen Wirtschaftsausschusssitzung bin ich doch ein bisschen überrascht. Lieber Kollege Dr. Jürgen Strahl, du hast dich jetzt voll dagegen ausgesprochen.

(Dr. Jürgen Strahl [CDU]: Ich erkläre es dir gerne!)

Ich bin wirklich auf euer Abstimmungsverhalten in ein paar Minuten gespannt. Ich hoffe, dass das nur eine Beruhigungspille für eure Wähler im Stadtbezirk Lindenthal war

(Martin Börschel [SPD]: Dafür muss man aber ziemlich dumm sein!)

und ihr am Ende vernünftig entscheidet.

Nun zur Vorlage. Mit dem heutigen Tag endet eine lange und leidenschaftliche Debatte, wenn wir hier - hoffentlich - wie gestern im Wirtschaftsausschuss abstimmen. Es war richtig, wenn auch vergeblich, noch einmal zu prüfen, ob es eine interkommunale Lösung für einen geeigneten Standort für das Frischezentrum geben kann; denn letztlich erfüllt das Frischezentrum nicht nur für die Stadt Köln, sondern auch für die Region eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge. Ich bin darum froh, dass wir das heute - hoffentlich - endlich beschließen.

Die Entscheidung ist in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Parkstadt Süd. Wir sind uns in diesem Rat ja wohl einig, dass die Parkstadt Süd eines der wichtigsten städtebaulichen Projekte in unserer Stadt ist.

Die Entscheidung ist des Weiteren bedeutsam für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass ein Frischezentrum auch heute noch eine große Bedeutung für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt und in der Region mit frischen Lebensmitteln hat.

Die Entscheidung ist aber auch bedeutsam für eine Vielzahl von Händlern am heutigen Großmarkt. Mit diesem Beschluss erhalten sie jetzt Planungssicherheit, was für Unternehmerinnen und Unternehmer bekanntlich enorm wichtig ist. Auch das sollten wir alle im Auge haben. Es geht hier unmittelbar um 2.000 Arbeitsplätze, oft auch für geringer qualifizierte Beschäftigte. Mittelbar betroffene Arbeitsplätze sind in dieser Zahl noch gar nicht enthalten. Es geht bei dieser Entscheidung also auch um die berufliche Existenz vieler Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Das sollte jeder bei der Diskussion um das Frischezentrum berücksichtigen.

Wir wissen, dass es im Stadtbezirk Lindenthal und im angrenzenden Umland eine Reihe von Vorbehalten gegen die Ansiedlung des Frischezentrums in Marsdorf gibt. Hierzu ein paar Anmerkungen: Es handelt sich bei dem Standort um ein Gewerbegebiet. Wer mag denn bitte glauben, dass es dort nicht zu einer anderen, möglicherweise deutlich belastenderen gewerblichen Nutzung kommen würde, wenn die Stadt Köln sich für einen anderen Standort des Frischezentrums entscheiden würde?

Natürlich muss alles getan werden, um mögliche Belastungen der Umgebung optimal zu begrenzen. Soweit Anpassungen in der Verkehrsinfrastruktur notwendig sind, müssen diese so vorangetrieben werden, dass sie bis zum Umzug des Frischezentrums - voraussichtlich 2024 - realisiert sind.

In jedem Fall weisen der Stadtbezirk Lindenthal und die westlich angrenzenden Städte Frechen und Hürth heute eine hohe Lebensqualität auf. Dies wird auch nach dem Bau des Frischezentrums so sein.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal: Uns ist bewusst, dass nicht jeder mit unserer Entscheidung einverstanden sein wird, gerade auch im Kölner Westen. Ich erwarte aber - das sage ich sehr deutlich -, dass Kritik mit Augenmaß und konstruktiv vorgetragen wird und dass man bereit ist, auch andere Sichtweisen nachzuvollziehen.

Dass der Rat der Stadt Köln sich die Entscheidung besonders leicht gemacht habe, kann nun wirklich niemand behaupten. Es sind wirklich alle denkbaren Optionen in vertretbarem Maße ge-

prüft worden. Nun ist es an der Zeit, zu entscheiden; ich sage: endlich zu entscheiden.

Eine politische Bewertung zum Abschluss. In den Diskussionen im Wirtschaftsausschuss konnte man sehen, dass SPD, Grüne und LINKE in dieser Sachfrage an einem Strang gezogen haben. Ich persönlich glaube - das sage ich hier gern und ausdrücklich -, dass es darüber hinaus in Sachfragen durchaus noch viele Gemeinsamkeiten zwischen der SPD und den Grünen gibt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Und der LINKEN!)

- Und der LINKEN auch; ja.

Ich war bis vorhin froh, dass sich auch die CDU dazu durchringen konnte, die Entscheidung noch vor der Sommerpause zu treffen, und sich für Marsdorf auszusprechen. Allerdings hat sich das eben sehr merkwürdig angehört. Lieber Jürgen, ich bin aus deiner Rede wirklich nicht schlau geworden.

Die FDP war schon immer konsequent gegen Marsdorf. Über die Motivation, den nicht geeigneten Standort im Stadtbezirk Chorweiler anstelle des geeigneten Standorts im Stadtbezirk Lindenthal immer wieder aufs Neue ins Spiel zu bringen, mag jeder selbst seine Vermutungen anstellen.

Die Entscheidung wird hier nun hoffentlich mit einer sehr breiten Mehrheit - liebe CDU - getroffen werden. Das wäre der Bedeutung dieses wichtigen Projekts in der Tat angemessen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Hoyer hat vieles noch einmal Revue passieren lassen, was manche vielleicht schon vergessen oder auch nicht miterlebt haben, weil sie damals noch nicht Mitglied des Rates waren. Die Geschichte fing tatsächlich 1999/2000 an und mündete 2007 in einen Standortbeschluss. Deshalb ist die Überschrift der Vorlage etwas verwirrend. Der Rat der Stadt Köln hat bereits zweimal eine Standortentscheidung getroffen, und zwar einmal im Jahr 2007 aufgrund einer Matrix, in die acht Standorte in die Endauswahl einbezogen worden sind, sowie am 15. März 2016 mit dem inhaltsschweren Satz:

> Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Basis seiner gefassten Beschlüsse die Planung zur Errichtung eines Frischemarkts in Köln-Marsdorf weiter vorzubereiten.

Der Wahrheit halber muss man aber auch sagen, dass der Beschluss von 2007 für Marsdorf, der auch mit den Stimmen der SPD gefasst worden ist, von der SPD nicht immer konsistent vorangetrieben worden ist. Es war der damalige OB-Kandidat Jochen Ott, der während des OB-Wahlkampfs den Anstoß gegeben hat, in der Region zu suchen in der Hoffnung, dass eine Kommune eine Fläche dafür bereitstellt. Damit wurde der Stein ins Rollen gebracht und Wesseling auserkoren, allerdings in einer Art und Weise, wo durch Verhandlungsmöglichkeiten von vornherein vermint waren. Solche Dinge kann man eben nicht über die großen Zeitungen betreiben, da muss man sich schon etwas geschickter anstellen.

Natürlich war auch immer klar, dass es in der CDU Akteure gibt, die sich den Standort Marsdorf nicht vorstellen können. So kam es letztlich zu dieser langen Prüfschleife. Aufgrund der vielen unterschiedlichen Vorstellungen wurde mehr und mehr deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit, eine Fläche zu finden, für die noch dazu von den kommunalen Akteuren vor Ort Zustimmung signalisiert wird, nicht sehr hoch war. Ich erinnere hier nur daran, dass eine Stadt im Kölner Süden eine solche Fläche hätte bereitstellen können. Der Bürgermeister hatte schon Zustimmung signalisiert, bekam dann aber in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung zu hören: Nein, darauf haben wir überhaupt keinen Bock. - Damit war das Thema durch; gegangen wäre es da. Klar, da spielen immer auch kommunale Egoismen eine Rolle. Das mag man bewerten, wie man möchte. Aber auch so etwas gab es.

Wir haben bereits zwei Standortbeschlüsse gefasst, und wir werden das hier heute endgültig beschließen. Das ist aus mehreren Gründen überfällig:

Erstens haben wir mit der Parkstadt Süd ein sehr großes städtebauliches Projekt vor, wo der jetzige Großmarkt fehl am Platz ist.

Zum Zweiten ist die Großmarktstruktur wichtig, wenn wir weiterhin Vielfalt wollen. Natürlich kann man sich auf einige wenige Oligopole stützen,

die die Bürger mit Nahrungsmitteln versorgen, damit allerdings auch bestimmen, was sie zu essen haben. Dann braucht man allerdings nicht dem Ernährungsrat beizutreten; das kann man sich schenken. Insofern denke ich, Großmarkt, das hat auch mit Vielfalt zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Drittens ist das auch ein Stück weit Marktwirtschaft, zum Beispiel durch Unterstützung regionaler Produktvermarktung usw. Wenn man das auch zukünftig möchte, kann man sich nicht einfach vom Großmarkt verabschieden.

Viertens. Die Beschäftigungswirkung hat die Industrie- und Handelskammer wie auch die IG Großmarkt dargelegt. Das will ich hier nicht wiederholen.

Eines ist auch richtig: Selbst wenn dort kein Großmarkt hinkäme, bliebe diese Fläche Gewerbegebiet und damit für Logistikunternehmen interessant, die sie sicherlich mit Kusshand kaufen würden. Wer glaubt, diese Fläche würde anderenfalls in ein Naturschutzgebiet umgewandelt, der ist, glaube ich, auf der falschen Party.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Das ist auch das Ärgerliche. Kommunalpolitik kann man nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip machen. Hier aber spielt sehr viel Sankt Florian eine Rolle. Deshalb kam man auch auf die Idee, ein Landschaftsschutzgebiet in Lindweiler zu prüfen nach dem Motto: Mal gucken, was die Nordlichter dazu sagen. - Das ist, denke ich, keine seriöse Kommunalpolitik. Das machen wir nicht mit. Deshalb haben wir schon damals in der Abwägung gesagt: Wir werden nicht im Kölner Norden ein Landschaftsschutzgebiet zerstören. Die Belastungen müssen in dieser Stadt möglichst ausgeglichen über die Stadtbezirke verteilt werden. Es darf kein Gefälle errichtet werden nach dem Motto: Die einen müssen alle Lasten tragen, und die anderen haben es schön. - Das wäre nicht nur unvernünftig, sondern auch nicht im Sinne einer sozialen und ökologischen Kommunalpolitik.

Insofern freuen wir uns, dass wir heute endlich zu einer Entscheidung kommen, die hoffentlich mit breiter Mehrheit getroffen wird. Ich denke, dass wir dann weiter vorankommen. Die nächsten notwendigen Arbeitsschritte sind bekannt. Sie müssen durchgeführt werden. Ich bin auch froh, dass die IG Großmarkt sehr konstruktive Vorschläge dazu gemacht hat. Insofern denke ich, wir sollten jetzt endlich hier beschließen und uns nicht noch weiter in längeren Diskussionen verhaken. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Ich kann mich kurz fassen. Wir haben von Anfang an den Standort Marsdorf unterstützt, weil wir der Meinung waren, dass der Großmarkt Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist. Die Beschickung der Wochenmärkte, aber auch der kleinen Restaurants durch der Großmarkt ist Teil der Daseinsvorsorge, aber auch für die Wirtschaft spielt er eine wichtige Rolle. Zur Daseinsvorsorge haben wir uns als LINKE immer bekannt. Natürlich haben wir, wie andere Fraktionen auch, innerhalb der Fraktion die Diskussion um die Partikularinteressen geführt. Insofern hat es mich schon sehr gewundert, dass die Parteien CDU und FDP, die für die Wirtschaft stehen, die Partikularinteressen den Wirtschaftsinteressen übergeordnet haben, wenn auch bei der CDU nur zeitweilig und schlussendlich nicht; das muss man fairerweise sagen. Aber bei der FDP ist das ja eindeutig. Da spielt die Wirtschaft in der Frage von Wochenmärkten und Großmärkten überhaupt keine Rolle. Ich muss sagen: Eine Partei, die sich wirtschaftsliberal nennt, sollte sich schon auch für Großmärkte interessieren und das nicht ignorant ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es in der ersten Runde weitere Wortmeldungen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich jetzt spontan zu Wort. Das, was Sie hier machen, ist eigentlich klassische Lobbypolitik. Das ist das Gleiche, als würden Sie morgen Edeka oder Metro unterstützen. Die haben die gleichen Funktionen und stehen miteinander im Wettbewerb. Ich sehe keinen wesentlichen Unterschied zwischen einem Großmarkt der jet-

zigen Prägung und diesen großen Verteilern. Die Leute, die diesen Markt betreiben, haben mehr und mehr den Verbraucher in der Optik. Das sollten Sie auch wissen. Das ist ein Detailgeschäft.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das sind auch Kölnerinnen und Kölner!)

Der Markt, Herr Detjen, über den wir hier reden - wir müssen ja in die Zukunft schauen -, befindet sich in einem starken Abschmelzungsprozess - das kann ich Ihnen wirklich aus eigener Erfahrung sagen -, der insbesondere die Kleinversorger trifft. Amazon - das wissen Sie vielleicht - hat nach knapp einem Jahr diese Lücken gefüllt und macht exzellente Umsätze.

Ich will noch eines sagen: Die IG Großmarkt hat zurzeit circa 30 Kaufleute eingebunden, von über 100. Ich kann Sie nur bitten, wenn Sie mit ihr Gespräche führen: Schaffen Sie Solidarität! Die komfortablen Mieten, die sie heute bezahlen, werden sie in Marsdorf oder an welchem Standort auch immer nicht mehr zahlen. - Wir machen nicht mit. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen in der ersten Runde sehe ich nicht. Dann machen wir jetzt die zweite Runde auf. Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir werden als CDU zu dem Beschluss, den wir gestern im Wirtschaftsausschuss und auch im Finanzausschuss gefasst haben, stehen. Wir werden dem heute zustimmen. Aber das ist - das will ich an dieser Stelle noch einmal klarstellen - nur ein Teil der Wahrheit; denn der grundsätzliche Verlagerungsbeschluss ist, wie von Vorrednern zur Genüge zitiert, schon vor langem getroffen worden.

Wir hatten im letzten Jahr noch einmal eine zweistufige Prüfung erbeten. Die erste Stufe der Prüfung - das Gespräch mit der Region - ist erfolgt. Ich darf daran erinnern, dass aus der großen Studie, die Frau Berg in Auftrag gegeben hatte, hervorging, dass mehr als zwei Drittel der Kunden des Großmarkts aus dem südlichen und westlichen Umland von Köln und nicht aus Köln selbst kommen. Dementsprechend wurde nach einem Standort in der Region gesucht. Aber weder in Wesseling noch im Rhein-Sieg-Kreis noch im Rhein-Erft-Kreis generell waren Kommunen bereit, obwohl es sicherlich genügend Nachfrage aus den Kommunen gegeben hätte, sich dieses Themas anzunehmen. Das müssen wir als Stadt Köln akzeptieren. Auch wir stehen dazu, dass in Köln nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip „Wenn die einen den nicht haben wollen, muss er woanders hin“ agiert wird. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit.

(Martin Börschel [SPD]: Aber immerhin für Marsdorf!)

Die großen Fraktionen haben im letzten Jahr auch beschlossen, noch einmal grundsätzlich zu prüfen, ob das Geschäftsmodell des Großmarkts Bestand hat und ob es zu den Konditionen hier auch umsetzbar ist.

(Martin Börschel [SPD]: Also für Marsdorf, aber ohne Großmarkt?)

Ich darf Sie daran erinnern, dass die Studie, die Frau Berg damals in Auftrag gegeben hatte, mit einem jährlichen Zuschuss von bis zu 5 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt für den Großmarktbetrieb endete. Noch dramatischer dürften jedoch 15 Euro pro Quadratmeter Lagerfläche sein. Heute zahlen die Händler für die wenigen Quadratmeter innerhalb der Halle zwar auch zwischen 10 und 12 Euro. Da wäre eine Steigerung auf 15 Euro pro Quadratmeter sicherlich zu verkraften. Für die Lagerflächen, die ein Vielfaches der reinen Verkaufsfläche in der Halle ausmachen, zahlen sie aber nur 1,50 Euro pro Quadratmeter. Diese Mietpreise sind ein wichtiger Teil ihrer betriebswirtschaftlichen Kalkulation.

Was wir nicht wollen, ist, dass da irgendwann eine Investitionsruine steht, ein Gebäude, in das die Stadt vielleicht 50 oder 100 Millionen Euro investiert hat, wo aber dann kein Händler einzieht, weil niemand diese Mietpreise zahlen will oder kann, und wir am Ende ein Fass ohne Boden haben. Das war Teil der letztjährigen Beauftragung. Diesen Teil der Prüfung hat die Verwaltung bisher nicht geliefert. Die Begründung war, man könne das nicht einfach ins Blaue hinein prüfen, sondern dafür müsse ein konkreter Standort benannt werden.

Deshalb sagen wir: Wir wollen die Entscheidung nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben. Wir brauchen Klarheit für die Händler auf dem Großmarkt. Wir brauchen Klarheit für die Parkstadt Süd. Wir brauchen auch Klarheit für die Anwohner im Umland und im Kölner Westen. Deshalb stimmen wir heute zu, aber unter der Maßgabe, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung erfolgt. Eines ist ganz klar: Wenn am Ende wieder ein jährlicher Zuschuss von 5 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt dabei her-

auskommt, würde das gegebenenfalls unter das Beihilferecht fallen. Das ist ja auch eine Frage: Können wir einen privatwirtschaftlich orientierten Betrieb wie eine Betreibergenossenschaft dauerhaft subventionieren? Damit träten wir wirklich in Konkurrenz zu Metro, Handelshof und wie sie alle heißen, und das darf nicht sein. Das ist nach EU-Recht und nach der Gewerbeordnung überhaupt nicht zulässig. Frau Oberbürgermeisterin hat dankenswerterweise eine Mitteilung dazu herausgegeben.

Deshalb muss heute entschieden werden. Aber wir wollen dann auch die Zahlen auf den Tisch bekommen. Dann werden wir ja sehen, ob es tatsächlich einen Großmarkt in Marsdorf gibt oder ob es vielleicht gar keinen Großmarkt mehr gibt, weil das nicht mehr das Geschäftsmodell des 21. Jahrhunderts ist. Wir dürfen an der Stelle auch nicht vergessen: Die großen Händler sind nahezu alle weg. Sie alle wissen: Früchte Rosenbaum und die Fruchthansa haben eigene Hallen südlich von Köln aufgebaut. Früchte Heep, der dritte Große, hat das Onlinegeschäft, das inzwischen größer ist als das stationäre Geschäft, in Bonn aufgezogen. Das heißt: Der Großmarkt hat heute eine andere Bedeutung, auch von der Zahl der Arbeitsplätze, als noch vor zehn Jahren.

Am Erschreckendsten an der Sache ist, dass die Entscheidungsprozesse so lange dauern. Wir hätten diese Information, die wir jetzt noch einmal einfordern, gerne schon im letzten Jahr gehabt. Dann hätten wir nämlich schon damals die Entscheidung treffen können. So aber mussten wir sie wieder verschieben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Petelkau, das ist ja jetzt noch einmal eine Volte. Mit der habe ich gar nicht mehr gerechnet. Das finde ich echt super. Man kann aus bestimmten Gründen für einen Standort sein, und man kann gegen einen Standort sein. Irgendwann gibt es eine Entscheidung. Dann wissen die Leute, woran sie sind. Naiv wie wir sind - zumindest ich war so naiv -, dachten wir: Wir werden die Abstimmung hier heute verlieren. Es wird eine Entscheidung für einen Standort geben, der uns nicht gefällt. Aber so ist das nun einmal im demokratischen Prozess. Das passiert jedem hier mal mehr, mal weniger. - Aber dass Sie, Herr Petelkau, hier jetzt ernsthaft sagen: Wir fällen jetzt zwar eine Entscheidung für einen Standort, wissen aber nicht, ob wir dort tatsächlich einen Großmarkt bauen werden, das ist auch angesichts der seit 1995 laufenden Diskussion wirklich niemandem mehr zu vermitteln.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind für einen anderen Standort gewesen. Dort wäre der Quadratmeterpreis für Lagerflächen nicht größer oder kleiner gewesen als in Marsdorf. Wenn man aber hier argumentiert, dass das ökonomische Modell Großmarkt überhaupt nicht mehr funktioniert, kann man doch nicht mit gutem Gewissen eine solche Entscheidung fällen. Dann muss man sagen: Wenn das Geschäftsmodell sich nicht rechnet, muss man das lassen.

(Dirk Michel [CDU]: Das wissen wir doch nicht! - Zuruf von Bernd Petelkau [CDU])

Meine Damen und Herren, lieber Herr Petelkau, Sie arbeiten hier mit Zahlen, die Sie sich ja nicht erst gestern Abend ausgedacht haben werden.

(Bernd Petelkau [CDU]: Nein, die waren im Gutachten von Frau Berg drin!)

- Ja, gut. Aber wenn sie dem Gutachten zu entnehmen waren, hätten Sie so ehrlich sein müssen, das Wirtschaftsmodell an sich zu diskutieren. So sind Sie doch im Landtagswahlkampf auch angetreten, Herr Petelkau. Dann hätten Sie sagen müssen: Dieses Wirtschaftsmodell funktioniert nicht mehr. Deshalb machen wir den Standort im Kölner Süden platt und sagen den Markthändlern, die noch auf einen Großmarkt angewiesen sind: Fahrt nach Bornheim! Dort gibt es ja noch einen Großmarkt, der funktioniert.

Aber dieses Theater hier - Entschuldigung, meine Damen und Herren, Frau Oberbürgermeisterin -, das ist auch den Leuten im Großmarkt nicht mehr zu vermitteln.

(Beifall bei der FDP)

Herr Detjen hatte vorhin gesagt, wir seien in dieser Frage gar nicht so wirtschaftsfreundlich. Wissen Sie, was das Schlimmste ist? Als Unternehmer muss man sich mit mal mehr, mal weniger guten Rahmenbedingungen auseinandersetzen, aber das Schlimmste ist diese Eierei. Die sollten wir den Leuten nicht zumuten. Egal was wir heute entscheiden: Die Markthändler und die Kölner

werden am Ende doch nicht wissen, ob es einen Großmarkt in Marsdorf geben wird oder nicht. Ehrlich gesagt - entschuldigen Sie die Formulierung, Frau Oberbürgermeisterin -, das ist nun wirklich ein schwaches Bild. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, wie Wirtschaftsausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind die FDP, Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Ratsgruppe GUT und den Piraten ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Beschluss gemäß Empfehlung des Wirtschaftsausschusses aus seiner Sitzung am 10.07.2017:

Der Rat nimmt die in Anlage 1 dargestellten Ergebnisse der vertiefenden Prüfung zu den regionalen Standortoptionen für ein Frischezentrum zur Kenntnis und beschließt:

1. *den Standort "Am Kalscheurer Hof" in Hürth nicht weiterzuverfolgen und auf die Erstellung eines Störfallgutachtens zur Ermittlung eines angemessenen Abstandes für ein Frischezentrum auf der städtischen Fläche „Am Kalscheurer Hof“ zu verzichten.*

2. *eine weitere Konkretisierung von Planungen für den Standort "Am Brühler Heckelchen" in Brühl nicht vorzunehmen.*

3. *in Folge seiner Beschlüsse aus 2007, den Großmarkt von Raderberg nach Marsdorf zu verlagern. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für Marsdorf fortzusetzen mit dem Ziel, dass bis spätestens 2020 das erforderliche Planungs- und Baurecht für die Erstellung des Frischezentrums geschaffen wird.*

4. *Der Rat stellt den Bedarf für die Vergabe eines Gutachtens zur Ermittlung des notwendigen Instandhaltungsbedarfes fest, die für einen ordnungsgemäßen Betrieb des derzeitigen Großmarktes über 2020 hinaus erforderlich sind. Die erste Kostenschätzung für die Erstellung des Gutachtens beläuft sich auf ca. 80.000 € netto (ca. 100.000 € inkl. Mehrwertsteuer). Die erforderlichen Mittel stehen im Hpl. 2016/ 2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 0203 - Märkte- in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - zur Verfügung.*

5. *Die Beauftragung der Verwaltung zur Umsetzung der Ziffern II.1 und II.2 des Ratsbeschlusses vom 15.03.2016 wird ausdrücklich bekräftigt.*

6. *Die Mitteilung 2064/2017 „Weitere Vorgehensweise zur Verlagerung des Kölner Großmarkts“ wird zur Kenntnis genommen und die Aussagen zu den Ziffern 4, 5 und 6 als ergänzender Arbeitsauftrag in die o. a. Beschlussvorlage aufgenommen.*

   „Zu 4., 5. und 6.

   Die Auswahl einer geeigneten Betriebsform und die wirtschaftliche Betrachtung eines neuen Frischezentrums hängen wesentlich von der Standortentscheidung ab. Ferner ist auch eine EU-beihilfenrechtliche Bewertung vorzunehmen.

   Dazu beabsichtigt die Verwaltung, nunmehr kurzfristig auf der Grundlage der Arbeitshypothese Marsdorf gutachterlich überprüfen zu lassen, wie der Betrieb eines Frischezentrums nach europarechtlichen Vorgaben am besten und am wirtschaftlichsten dargestellt werden kann.

   Das Gutachten soll – zusätzlich zu der EU-beihilfenrechtlichen Prüfung - eine erste Empfehlung zu möglichen Betriebsformen enthalten. Um eine tiefergehende Untersuchung der Betriebsformen handelt es sich allerdings noch nicht, aber ggf. können Betriebsformen schon ohne diese tiefergehende Prüfung ausgeschlossen werden.

   Die Frage des Betreibermodells setzt auf Ergebnissen der beihilferechtlichen Prüfung auf und wäre im Anschluss zu beauftragen.

   Die Verwaltung geht davon aus, dem Rat im 4. Quartal 2017 die Ergebnisse der gutachterlichen Prüfung zum Beihilfenrecht vorlegen zu können.“ (aus der Mitteilung 2064/2017)

7. *Die Vorschläge der IG Kölner Großmarkt e. V. zur zukünftigen Betriebsform und zur Überprüfung des tatsächlichen Flächenbedarfs aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen, sind in den weiteren Prozess einzubeziehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppen Piraten und GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.23 auf:

10.23 Stellenmehrbedarf zur Umsetzung des Landesförderprogramms „Gute Schule 2020“
1437/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die befristete Zusetzung von 18 Stellen für die Jahre 2017 – 2021 zur Durchführung des mit Beschluss vom 04.04.2017 (Vorlagen-Nr. 4316/2016) festgelegten Maßnahmenpakets aus dem Förderprogramm des Landes „Gute Schule 2020“. Die jährlichen Mehrkosten werden 1,6 Mio € betragen. Die Stellen werden voraussichtlich ab 01.09.2017 besetzt, sodass die Personal- und Sachkosten für das Haushaltsjahr 2017 anteilig entstehen.

Da eine Stellenbesetzung ab dem 01.09.2017 erforderlich ist, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Zur Finanzierung beschließt der Rat für 2017 überplanmäßige Mehraufwendungen beim Amt für Wirtschaftsförderung im Teilplan 1501 - (Wirtschaft und Tourismus), Teilplanzeile 11 - Personalaufwendungen in Höhe von 48.266,67 Euro und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentl. Aufwendungen in Höhe von 8.533,33 € (Sachkosten Büroarbeitsplatz) sowie beim Amt für Informationsverarbeitung im Teilplan 0104 - (IT-Aufwendungen), Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 209.400 Euro und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentl. Aufwendungen in Höhe von 34.133,33 € (Sachkosten Büroarbeitsplatz).

Die Deckung der Mehraufwände in Höhe von insgesamt 300.333,33 Euro erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Der für 2017 beim Amt für Schulentwicklung im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 - Personalaufwendungen entstehende Mehrbedarf in Höhe von 202.100 Euro und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentl. Aufwendungen in Höhe von 34.133,33 € (Sachkosten Büroarbeitsplatz) wird durch Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Wege der echten Deckung finanziert.

Ab dem Jahr 2018 für die Dauer der Befristung werden jährliche Aufwendungen in Höhe von 1.609.700 Euro im Hpl.-Entwurf 2018ff. im Rahmen der Personal- und Sachaufwandsplanung in den jeweiligen Teilplänen berücksichtigt.

Zur Kompensation dieser Mehrbedarfe werden im Hpl.-Entwurf 2018ff. entsprechende Verbesserungen im Sachaufwandsbereich aufgrund der Umsetzung des Förderprogamms „Gute Schule 2020“ im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.24 Einleitung von Vergabeverfahren und Abschluss von Rahmenverträgen für den Schulbereich
1497/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Frau Laufenberg? - Nein, Sie haben nur jemandem gewinkt; okay. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, das Winken einzustellen.

(Martin Börschel [SPD]: Ich habe nur zurückgewinkt! - Heiterkeit)

Noch einmal: Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses der in Anlage 1 genannten Rahmenverträge die jeweiligen Vergabeverfahren durchzuführen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.25 Errichtung eines Bildungsgangs Elektroniker und Elektronikerinnen für Automatisierungstechnik am Werner-von-Siemens-Berufskolleg (BK 19)
1548/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsgangs

Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung gem. § 2 Abs. 3 und § 7 der Anlage A zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg (APO-BK) im Ausbildungsberuf Elektroniker und Elektronikerin für Automatisierungstechnik

am Werner-von-Siemens-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18, 50679 Köln (BK 19).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.26 Zügigkeitserweiterung des Stadtgymnasiums Köln-Porz, Gymnasium Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln in Köln-Porz zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1714/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Stadtgymnasiums Köln-Porz, Gymnasium Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln in Köln-Porz von 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II auf 5 Züge in der Sekundarstufe I und 7 Züge in der Sekundarstufe 2 zum Schuljahr 2018/19.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.27 Zügigkeitserweiterung des Genoveva-Gymnasiums, Gymnasium Genovevastraße 58-62, 51063 Köln in Köln-Mülheim zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1715/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Genoveva-Gymnasiums, Gymnasium Genovevastraße 58-62, 51063 Köln in Köln-Mülheim von 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und 6 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2018/19.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.28 Erweiterung der Realschule am Rhein, AufbauRS Niederichstraße 1-3, 50668 Köln in Köln-Altstadt/Nord nach § 81

Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen um einen Realschulzweig im 5. und 6. Schuljahr, aufbauend ab Schuljahr 2018/19 mit Umzug in die BAN
1718/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Erweiterung der Realschule am Rhein, Aufbaurealschule Niederichstraße 1-3, 50668 Köln in Köln-Altstadt/Nord um einen Realschulzweig im 5. und 6. Schuljahr, aufbauend ab Schuljahr 2018/19 mit Umzug in die Bildungslandschaft Altstadt Nord*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.29 Zügigkeitserweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule, Realschule Petersenstraße 7, 51109 Köln in Köln-Brück zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1720/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule, Realschule Petersenstraße 7, 51109 Köln in Köln-Brück von 3 Zügen auf 4 Züge in der Sekundarstufe I zum Schuljahr 2018/19.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.30 Zügigkeitserweiterung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Gymnasium Severinstraße 241, 50676 Köln in Köln-Altstadt/Süd zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1721/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Gymnasium Severinstraße 241, 50676 Köln in Köln-Altstadt/Süd von 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und 6 Züge in der Sekundarstufe 2 zum Schuljahr 2018/19.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

10.31 Zügigkeitserweiterung der Grundschule Flittard, GGS Am Feldrain, Am Feld-

rain 10, 51061 Köln-Flittard gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2,5 auf 3 Züge
1722/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Grundschule Flittard, GGS Am Feldrain, Am Feldrain 10, 51061 Köln-Flittard gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2,5 auf 3 Züge zu erweitern. Dabei werden 2 Züge für den Teilstandort Am Feldrain und unverändert 1 Zug für den Teilstandort Peter-Grieß-Straße festgelegt.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderung zu stellen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.32 Planungsbeschluss zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums
1767/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1042/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT
AN/1048/2017

Änderungsantrag der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1057/2017

Als Erster hat Herr Pöttgen das Wort.

(Zurufe: Keine Pause?)

- Sollen wir erst eine Pause machen?

(Zurufe: Nein!)

- Wir machen weiter. Herr Pöttgen ist schon unterwegs zum Rednerpult. - Bitte, Herr Pöttgen, Sie haben das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Während die Ratsmehrheit hier noch eine Hexenjagd betreibt, die wir wahrscheinlich im Herbst, wenn der RPA-Prüfbericht vorliegt, heilen müssen, steuern wir heute sehenden Auges in das nächste Chaos.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Thema!)

- Dazu komme ich jetzt. - Das fängt schon damit an, wie die Verwaltung auf Anfragen der Politik zu einem so wichtigen Thema wie die Sanierung eines zentralen Gebäudes am Dom antwortet.

Meine Fraktion findet es spannend, dass Sie sich es zutrauen und mit der Mehrheit hier entscheiden, das Museum offen zu lassen, obwohl das Bauaufsichtsamt sagt: Das geht nicht mehr. Dass jeder Einzelne von Ihnen heute die Verantwortung dafür übernehmen will, indem er sagt „Das geht schon“, ist bemerkenswert.

Zum Thema Totalunternehmer hat die Verwaltung gesagt, das wäre absolutes Neuland. Sie hat mitgeteilt, dass uns das in der Zeit- und Detailplanung gar nichts bringen wird, weil sie auch das erst ausschreiben und in diesem Zusammenhang ein komplettes Leistungsverzeichnis erstellen muss, in dem jede Leistung genau beschrieben ist. Wir sehen an dem Gebäude nebenan, dem Wallraf-Richartz-Museum: Im Zweifel scheitert man auch damit und kommt nicht voran.

Sie wollen den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Sie wissen zwar schon, wo Sie es machen wollen. Aber Sie wissen noch nicht, wie Sie das machen wollen. Also: Wer hat die Verantwortung? Wer begleitet das? Wie wollen Sie das vonseiten der Politik vernünftig steuern?

Wir haben gelernt aus dem Vorhaben am Offenbachplatz: Es ist wichtig, vernünftig und in Ruhe zu planen und genau zu wissen, was wir machen wollen. Jetzt wollen Sie heute beschließen: Es soll schneller geplant werden. Haben Sie denn gar nichts aus dem Offenbachplatz gelernt? Ich erinnere an den 7. November 2015, den ursprünglichen Eröffnungstermin für das Opern-

quartier. Und da fordern Sie jetzt: Zeitdruck! Das muss auf jeden Fall klappen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war aber Herr Roters!)

- Genau. Aber wir lernen aus den Fehlern.

Deswegen schlagen wir als SPD heute erstens vor: Bauen zu Bauen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das hat die Oberbürgermeisterin vorhin auch ausgeführt!)

- Dafür sind wir ihr auch sehr dankbar.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Lieber Niklas, würdest du mir bitte zuhören! - Wir finden es gut, dass die Oberbürgermeisterin das aufgreift. Dafür möchten wir uns ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

Die SPD ist sich ihrer Verantwortung für diese Stadt bewusst. Daher schlagen wir zweitens vor, einen Krisengipfel durchzuführen. In der Presse war schon zu lesen, dass wir uns gerne mit Ihnen zusammensetzen und ein überparteiliches Vorgehen für die Kulturbauten erreichen möchten. Das Ansehen von Köln ist gefährdet. Wir möchten gern planvoll vorgehen. Lassen Sie uns dafür an einen Tisch setzen und aus den Fehlern lernen!

Zum Abschluss noch eine Bemerkung. Wir stimmen am Ende gegen Ihren Änderungsantrag und auch gegen die dann vermutlich so geänderte Vorlage, sind aber dafür, dass das Museum saniert wird. Das ist notwendig. Das hat der Stadtrat auch schon beschlossen. Das Römisch-Germanische Museum ist eines der am besten besuchten Museen mit sehr qualitätsvollen Ausstellungen und bedarf dringend einer Generalsanierung. Das will ich hier deutlich zum Ausdruck bringen. Dennoch werden wir heute gegen diese falsche Planungsmittelfreigabe stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Teile der letzten Rede fielen eher in die Rubrik „Gnade der späten Geburt - er wusste nicht genau, wovon er redet“.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Etwas mehr Recherche hätte sicherlich nicht geschadet.

Warum haben wir als CDU, Grüne und FDP einen Änderungsantrag eingebracht? Das haben wir deswegen gemacht, weil die Vorlage, die aus der Kulturverwaltung gekommen ist, mehr oder weniger indiskutabel ist. Wir haben 2011 den Sanierungsbeschluss gefasst. Bis heute ist aber keinerlei Planung für die Sanierung des Gebäudes gemacht worden. Das ist wirklich unglaublich.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schamlos!)

- Das ist wirklich schamlos, auch angesichts dessen, dass hier vor sechs Wochen eine Debatte zum Interimsstandort geführt worden ist. Damals haben uns die Kulturverwaltung und der Museumsdirektor erzählt, dass man in das Museum in 2021 wieder einziehen will. In dieser Vorlage heißt es jetzt, dass man erst 2021 mit der Sanierung beginnen will. Das heißt: Bis dahin will man das planen, und trotzdem will man jetzt schon den Auszug. Das geht natürlich nicht. Deswegen unser Änderungsantrag, in dem wir fordern, die Beschlussvorlage um drei Punkte zu erweitern.

Erstens. Wir verlangen von der Verwaltung, alle Möglichkeiten zu prüfen, ob der Betrieb am alten Standort so lange weitergeführt werden kann, bis die Planungen abgeschlossen sind und ob man eventuell sogar während des Betriebs irgendwann sanieren kann. Das machen andere Museen ja auch. Dann können wir uns in zwei, drei Jahren noch einmal Gedanken machen, wo ein Interim, wenn überhaupt, angesiedelt werden kann.

Zweitens. Die Verwaltung hat keine Kapazitäten für Planung und Ausführung der Sanierung eines solchen Gebäudes zur Verfügung. Deswegen müssen wir externes Knowhow einkaufen. Dann wird es auch deutlich schneller vorangehen.

Drittens. Die Zeit für Planung und Abwicklung soll deutlich verkürzt werden.

Zum Änderungsantrag von den Piraten und Herrn Wortmann muss ich sagen: Das, was Sie vorschlagen, kommt etwas zu früh. Das kann man vielleicht in einigen Monaten diskutieren.

Jetzt sind wir noch nicht so weit, diesen Interimsstandort einfach so zu kassieren. Man muss abwarten, wie sich die Dinge hier in Köln tatsächlich entwickeln.

Zum Änderungsantrag der SPD muss ich sagen: Das ist wirklich ein starkes Stück. Sie haben bei der Pressekonferenz zur Oper genau hingehört und das, was die Oberbürgermeisterin dort gesagt hat, einfach in Ihren Antrag übernommen. Das ist wirklich ein billiges Plagiat. Das hat Jörg Frank schon ganz richtig gesagt.

Der Punkt 3 ist völlig überflüssig. Dazu hat die Oberbürgermeisterin heute Mittag in ihrer Eröffnungsrede noch einige Konkretisierungen vorgetragen. Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg. Jetzt müssen wir der OB erst einmal Zeit geben, die Dinge zu verschriftlichen, damit wir in den Ausschüssen darüber beraten können.

Der Punkt 4 ist auch erledigt, und zwar deshalb, weil wir unseren Änderungsantrag einbringen.

(Lachen bei der SPD und der LINKEN)

- Ja, das ist so. Den Punkt braucht man dann nicht mehr. Deswegen ist er kassiert.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein, den haben wir nicht übernommen. Unser Antrag ist intern schon länger fertig.

Der Punkt 5 ist ebenfalls mit unserem Antrag kassiert. Den braucht man auch nicht.

Der Punkt 6 ist wirklich ein starkes Stück. Sie fordern von der Verwaltung regelmäßige Berichte. Das ist doch albern. Das müssen wir doch nicht extra beschließen. Die Verwaltung hat ohnehin regelmäßig über Sachstände zu berichten. Wenn Sie das schon beantragen wollen, müssten Sie auch den Unterausschuss Kulturbauten in Ihrer Liste mit aufführen. Also: Auch dieser Punkt ist nicht zustimmungsfähig.

Abschließend noch einmal zu Ihnen, Herr Pöttgen. Sie können das gar nicht im Detail wissen, weil man das als Externer nicht so mitbekommt. Aber die vielen Probleme, die wir mit der Bauverwaltung, mit dem Bauen hier in der Stadt haben, gehen auf die Politik zurück, die die SPD und Herr Kahlen über Jahre hier betrieben haben. Zentralisierung, das ist Ihr Produkt. Das, was Sie hier fordern, erweckt eher den Eindruck: Der Brandstifter ruft jetzt nach der Feuerwehr.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Halberstadt-Kausch möchte sofort dazu etwas sagen.

(Inge Halberstadt-Kausch [SPD]: Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Elster!)

Eine Frage.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Gerne!)

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Herr Dr. Elster, ich habe eine Frage an Sie. Sie werfen ja dem Kollegen Pöttgen die Gnade der späten Geburt vor. Haben Sie die Antwort der Verwaltung zum Thema Totalunternehmer gelesen, und, wenn ja, haben Sie sie auch verstanden? Da steht nämlich ziemlich eindeutig drin, dass das ein Pilotprojekt sein wird, dass man bisher nur bei Schulneubauten Erfahrungen damit gemacht hat, dass man noch ein Raumprogramm erstellen muss und dass man für eine Ausschreibung zuerst alle Fakten der Sanierung exakt festlegen muss. Ich habe das so verstanden, dass es dadurch absolut keine Zeitersparnis gibt. Deshalb meine Frage: Haben Sie das gelesen?

Dr. Ralph Elster (CDU): Klar, das habe ich gelesen. Die Vorlage ist ja um die Antwort der Verwaltung ergänzt worden. Aber in anderen Kommunen funktioniert das ja auch. Wieso soll es hier in Köln nicht funktionieren? Das wird auch bei den Schulneubauten zu Beschleunigung führen. Wir sind ganz großer Hoffnung, dass wir durch externe Vergabe der Planungsleistungen Zeit gewinnen werden. Das funktioniert überall. Das kann auch in Köln funktionieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Die Vorlage zum RGM erreichte uns im Ausschuss Kunst und Kultur als Tischvorlage. Alle Anwesenden - das war auch in der Presse zu lesen - haben einen ziemlichen Schock bekommen, als wir diese Vorlage genauer studiert hatten und erfuhren: Sechs Jahre Sanierungsdauer sind angedacht. Umso intensiver wir die Vorlage studierten, desto größer unser Schock, vor allem als wir lasen, dass die Planungen sich noch im Anfangsstadium befinden. Ich dachte an diesem Abend: Das kann doch alles nicht wahr sein.

Wir gingen davon aus, dass die Planungen schon lange angelaufen sind. Wir gingen davon aus, dass die Planungen die Grundlage für das Werkstattverfahren Historische Mitte Kölns waren bzw. dort mit eingeflossen sind. Wir gingen davon aus, dass alles getan wird, das RGM schnell zu sanieren und schnell wiederzueröffnen, weil es eines der wichtigsten Museen und ein Aushängeschild dieser Stadt ist. Wir gingen auch davon aus, dass alle diesbezüglichen Ratsbeschlüsse umgesetzt worden sind oder werden sollen.

Die Historie sagt uns: 2011 gab es den Sanierungsbeschluss inklusive der Übergangsschließung. 2011! Sechs Jahre ist das her.

Im März 2012 wurde der Vertrag mit der Gebäudewirtschaft geschlossen - das zu meinen Vorrednern -, mit dem Projektleitung und -steuerung in die Hand der Gebäudewirtschaft gelegt wurde. In Klammern: Im letzten Ausschuss erfuhr ich auf meine Nachfrage, dass dieser Vertrag mit der Gebäudewirtschaft 2016 seitens der Gebäudewirtschaft gekündigt worden und die Gesamtverantwortung wieder an das Kulturdezernat zurückgegangen ist. Auch das sollte man bedenken, wenn man den SPD-Antrag durchgeht. Es stellt sich die Frage: Warum war das wohl so? Die Gebäudewirtschaft im Augenblick damit zu befassen, das geht nicht, es sei denn, man hat bereits Änderungen in der Gebäudewirtschaft erreicht. Dass die anstehen, ist klar. Auch über einen Krisengipfel in diesem Zusammenhang kann man diskutieren, obwohl dieser Vorschlag jetzt ein bisschen plötzlich kommt. Aber ich denke, wir müssen alles tun, damit diese Stadt funktioniert, und alle Möglichkeiten wahrnehmen, um diese Stadt funktionieren zu lassen. Insofern: Ja, die Gebäudewirtschaft ist zu verändern. Es ist auch schon angedacht, wie man die Zuständigkeiten ändert. Aber das ist noch nicht so weit. Und weil das eben noch nicht so weit ist, haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht.

Ich gehe noch einmal zurück. Wie gesagt, wir wussten vieles nicht. Wir wussten, dass der Bau am 31. Dezember 2017 leergezogen werden soll. Wir wussten nichts von Kostensteigerungen, Zeitverzögerungen, verspätetem Planen usw. Wir wussten nur: Der Roncalliplatz als Visitenkarte unserer Stadt, der Ort, den Touristen zuerst besuchen, wird in Kürze völlig verwahrlost und leblos aussehen. Das Domhotel steht leer. Die Buchhandlung Kösel ist leer. Wenn das RGM dann auch noch vier Jahre leer steht, dann möchte, glaube ich, keiner von uns in der Haut derer stecken, die hier in der Stadt Tourismus organisieren.

Und genau da setzt unser Änderungsantrag an. Der Betrieb soll nach Möglichkeit länger sichergestellt werden, wobei das natürlich nicht zu höheren Baukosten führen darf. Die Planung und Ausführung der Sanierung des RGM soll durch einen Totalunternehmer erfolgen. Angesichts dessen, dass dort im Augenblick gar nichts zu klappen scheint, ist das, finde ich, zumindest den Versuch wert. - Falls hier gleich die Nachfrage kommt: Ja, ich kenne die Mails, ich habe das gelesen. Ich habe mich auch informiert, was ein Totalunternehmer, was ein Totalübernehmer, was ein Generalunternehmer und was ein Generalübernehmer ist. Diese Fragen stehen ja immer wieder im Raum. - Wir streben damit an, die Planungsphase zu verkürzen. Wir sind der Ansicht: Eine vierjährige Planungszeit ist zu lang. Ein sechs Jahre währender Leerstand ist zu lang. Der Roncalliplatz muss belebt bleiben.

Das Museum ist ja auch extrem wichtig für die kulturelle Bildung und die kulturelle Identität. Es ist ein Hauptort, den Schülerinnen und Schüler besuchen. Diesen Ort sechs Jahre zu schließen, wäre unverantwortlich. Wir stecken viel Energie in die Entwicklung und den Bau des MiQua, das ja darauf aufsetzt, was im RGM gezeigt wird. Ich denke, auch in diesem Zusammenhang wäre es unverantwortlich, auch nur daran zu denken, dieses Museum so lange stillzulegen. Auch die wissenschaftliche Arbeit des Museums wäre beeinträchtigt, wenn es sechs Jahre lang leer steht.

Dem Änderungsantrag der SPD können wir, wie vorhin schon angedeutet, deswegen nicht zustimmen. Allerdings würde ich die SPD bitten, unserem Antrag zuzustimmen und sich nicht der Sanierung des RGM zu verweigern. Beim Ziel gehen wir doch d'accord; darin stimmen wir überein. Das klare Ziel, das uns alle hier in der Stadt verbindet, ist: Wir wollen das alles schneller und besser über die Bühne bringen.

Den Antrag von Herrn Wortmann können wir, ehrlich gesagt, nur in Bausch und Bogen ablehnen. Es ist völlig klar, dass das überhaupt nicht nachhaltig ist. Es geht nicht an, jetzt zu sagen: Dann machen wir eben alles dicht. - Auf diese Weise können Sie die Kultur in Köln, können Sie auch das MiQua usw. beerdigen. Deswegen können wir dem nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

(Ulrich Breite [FDP]: Was ist mit dem Antragsteller?)

- Entschuldigung! - Bitte, Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das kann man der Kölner Bevölkerung langsam nicht mehr erklären. Die Stadt hat in einer Pressemitteilung erklärt: Wir schließen das Römisch-Germanische Museum, und wenn die Bagger kommen, wird es vorangehen. - Dann aber kommt plötzlich eine Tischvorlage in den Kulturausschuss, in der es heißt: Nein, wir fangen jetzt erst an, zu planen. Das kann niemand den Kölnerinnen und Kölner draußen erklären.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das geht gar nicht. Sorry! Das geht nicht.

Ich habe auch den Fragenkatalog der SPD-Fraktion einschließlich der dazugehörigen Antworten gelesen. Trotzdem bleibe ich bei meinem Statement: Das geht so nicht. - Ich bin dankbar für die Informationen, die ich den Antworten der Kulturverwaltung entnehmen konnte, beispielsweise dass der kommissarische Direktor, der später Direktor geworden ist, eine besondere Rolle spielte, dass es so lange gedauert hat. Ich bin gespannt, was der jetzige Direktor dazu sagt. Aber das hilft uns auch nicht weiter.

Ich muss feststellen: Nach dem, was wir hier erlebt haben, haben wir kein Vertrauen mehr, dass das Römisch-Germanische Museum in der Form fertig wird.

(Beifall bei der FDP)

Daraus haben wir die Konsequenzen gezogen und einen Änderungsantrag eingebracht. Wir sind der Meinung: Wenn jetzt schon gesagt wird, dass für die Planung mehr Zeit gebraucht wird, wird das Ganze noch länger dauern. Das können wir uns in Köln an diesem prominenten Platz doch gar nicht erlauben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie von Dr. Ralph Elster [CDU])

Darum schlagen wir in unserem Änderungsantrag vor, einen Totalunternehmer zu engagieren. Jawohl, dafür muss man ein Leistungsverzeichnis erstellen. Dafür muss man wissen, was man will. Das müssen Sie auch wissen, wenn Sie privat ein Haus bauen wollen. Ich gehe davon aus, dass Sie das wissen, auch bei der SPD. Noch einmal: Ich bin dankbar für den Fragenkatalog der SPD. Es gab viele Workshops, in denen zusammengetragen wurde, welche Bedürfnisse dieses Museum künftig erfüllen soll. Die Ergebnisse dieser Workshops kann man jetzt einspeisen. Ich glaube, das kann die Verwaltung. Aber die Sanierung kann sie nicht planen, weil sie noch viele andere große Aufgaben zu stemmen hat, die sie hoffentlich dann mithilfe der Gebäudewirtschaft bewältigen wird. Ihr jetzt noch eine weitere aufzubürden, das wird nicht klappen; das hat die Erfahrung gezeigt. Darum wollen wir das in der Form machen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, meine liebe Kollegin Halberstadt-Kausch, ich habe diese Mitteilung auch gelesen. Wissen Sie, was ich gedacht habe, was gewissermaßen die Botschaft ist? Kennen wir nicht, wollen wir nicht, fort damit! So kommt das herüber, nur weil wir eine Form vorschlagen, die wir hier noch nicht angewendet haben. Aber man macht es sich zu einfach, zu sagen: Das haben wir doch noch nie gemacht. Wo kommen wir denn dahin? - So kann man mit einem Antrag nicht umgehen. Da verlange ich einfach Fantasie von dieser Verwaltung, gerade auch, weil sie uns hier schon einiges zugemutet hat. Wir haben jetzt dankenswerterweise durch die LINKEN erfahren, welche Zeitverzögerungen es gibt und was diese Zeitverzögerungen kosten werden. Da sage ich Ihnen: Ich möchte nicht mehr dafür bezahlen, weil es länger dauert. Ich möchte lieber mehr dafür bezahlen, weil es schneller geht. Ich möchte das Preisschild sehen, was es kostet, wenn die Planungen schneller vollzogen werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auch nicht mehr verantwortlich dafür sein, dass es nicht klappt. Einem Totalunternehmer kann man auferlegen, dass er die Leistungen zu einem bestimmten Zeitpunkt erbringt. Das müssen wir hier schaffen, um dieses Mal zu zeigen: Das, was wir bis jetzt erlebt haben, geht nicht so weiter. - Das ist ein Versuch, aus den vielen Fehlern Konsequenzen zu ziehen. Die Menschen fragen uns doch zu Recht: Lernt ihr eigentlich nicht daraus, was hier passiert ist? Mit dem gemeinsamen Antrag von Grünen, CDU und FDP sagen wir: Wir haben daraus gelernt und gehen einen anderen Weg. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Noch einmal - vielleicht können wir das in der heutigen Sitzung auch lernen, Herr Breite -: Das Stellen eines Änderungsantrags berechtigt nicht dazu, in der ersten Runde als Erster das Wort zu bekommen. Ich wollte vorhin nur keine Auseinandersetzung hervorrufen.

Frau Stahlhofen, jetzt haben Sie das Wort. Bitte.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Von uns wird es ein eindeutiges Ja zur Sanierung geben. Uns ist das Römisch-Germanische Museum, wie ich hier schon mehrfach bekundet habe, sehr, sehr wichtig. Neben dem Dom ist es das Aushängeschild der Stadt, und das nicht erst seit heute.

Seit 2011 wissen wir, dass das Museum in die Jahre gekommen ist und einer Generalsanierung bedarf. Das wurde vor fast genau einem Jahr hier im Rat einstimmig beschlossen. Die damaligen Beteiligten aus der Verwaltung, Herr Streitberger, Herr Rummel, Herr Quander, standen zu ihrem Museumsdirektor. Fast wäre es losgegangen, allerdings nur, um einen Mindest-Istzustand herzustellen.

Dann passierte etwas Unerwartetes: Anfang 2013 wurde die Idee der Historischen Mitte geboren, und zwar auf einem Herrenessen, so die Legende.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da wurden Herren verspeist?)

- Können Sie bitte deutlicher sprechen? Sonst kann ich nicht darauf eingehen. - Es geht die Legende, dass Herr Roters diese Idee inspirierend fand. In Wirklichkeit hat er nur ausgeplaudert, dass die Stadt bereits einen Neubau am Roncalliplatz prüfe. Fast alle waren begeistert. Die Zeitungen waren voll mit euphorischen Äußerungen.

Das Stadtplanungsamt übernahm, und eine Planungswerkstatt mit anschließendem Architektenwettbewerb wurde abgehalten. Das erste Ergebnis daraus war, dass Sie meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mit dem Beschluss vom 12.11.2015 die dringend notwendige Sanierung gestoppt haben. Nur wir, DIE LINKE, die Piraten und die damaligen Freunde haben dagegen gestimmt.

Seit 2015 hat es natürlich Kostensteigerungen gegeben. Die jetzige Vorlage konzentriert sich auf den eigentlichen Museumskörper. Das Verwaltungsgebäude ist davon ausgenommen; denn es steht auf dem Areal der Historischen Mitte.

Die jetzige Vorlage konnte im Ausschuss und Kultur nicht behandelt werden, weil sie, wie gehört, als Tischvorlage kam. Irgendwelche verwaltungsinternen Abläufe - so die Antwort im Finanzausschuss - haben zu diesem Vorgehen geführt, aus welchem Grund auch immer. Es geht immerhin um 4,5 Millionen Euro. Da sollte man das wenigstens in Ruhe lesen können. Aber nein, es wurde Empörung zelebriert. Das Ergebnis ist, dass die Vorlage jetzt auch aus dem Finanzausschuss ohne Votum heute im Rat behandelt wird. Man will die Show. Ausgetobt haben Sie sich ja reichlich. Herr Elster, das halte ich für schamlos und vor allem für arrogant.

4,5 Millionen Euro für eine Planungsaufnahme erscheinen mir fast zu gering. Es soll schließlich ein Bestandsgebäude saniert werden. Man weiß nicht, auf was man in der Bauphase noch so alles stoßen wird. Ich denke, wir haben da einschlägige Erfahrungen. Eine gute Planung ist das A und O beim Bauen.

Zum Änderungsantrag von den Piraten und Herrn Wortmann will ich gar nichts sagen.

Zum Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und der Gruppe GUT muss man eigentlich auch nicht wirklich reden. Interim ohne signifikante Kosten: Schwebt Ihnen da eine Lagerhalle vor? - Totalunternehmen: Ich habe die Erklärung im Internet gelesen. Das heißt es: Planungsphasen verkürzen. Also: „Husch, husch“ und sich hinterher echauffieren, wenn Termine nicht eingehalten werden können. - By the way: Was verstehen Sie eigentlich unter „die Betriebserlaubnis erlischt“? Wenn Sie Ihre Wohnung renovieren, laden Sie vermutlich in der Zeit auch keine Gäste ein.

Der SPD-Antrag scheint uns brauchbar. Die Zuständigkeit dem Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen zu übertragen, ist der richtige Schritt. Die Sanierung des Römisch-Germanischen Museums sollte dort weiter bearbeitet werden, wo sie einmal gestartet wurde. Bei Ihrer Ergänzung in Punkt 4 haben wir allerdings ein wenig Sorge. Bei Großprojekten wie diesem ist es schon ein bisschen schwieriger, einen engen Zeitrahmen zu setzen, wie wir bereits anderswo erfahren mussten. Die Summe von 76 Monaten zeigt, dass Sie addieren können. Gratulation an alle, die das geschafft haben! Beim Lesen dürfte Ihnen aber auch aufgefallen sein, dass der eine oder andere Punkt im Terminrahmen verzahnt werden kann. Dafür müssen

natürlich die beteiligten Ämter auch zur Zusammenarbeit bereit sein.

Ich hoffe, dass die aktuelle Ratsmehrheit im Interesse des Museums und des Steuerzahlers entscheidet. Wie schon gesagt: Ein gute Planung ist das A und O beim Bauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann hat das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle gerade fest: Ich bin heute sehr stark in Sachen Kultur unterwegs; später kommt noch ein weiterer Beitrag. Aber auch das sind Brennpunktthemen in unserer Stadt, die wir behandeln müssen.

Das Erste, was mir bezogen auf das RGM und dessen Sanierung auffällt, ist, dass wir hier über eine katastrophale Kommunikationspolitik sprechen. Nicht einmal ein Jahr vor der Schließung, die seit langer Zeit bekannt ist, schlägt die Kulturverwaltung den Umzug in eine Luxusimmobilie, das ehemalige Sauer-Kaufhaus, vor und legt dazu ein sehr rudimentäres Konzept vor. Das sind für mich aufgrund der Bedeutung und der Größe dieses Projektes überhaupt keine entscheidungsfähigen Vorlagen. Das lehne ich ab.

Ich schließe mich hier heute dem Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP an, bin allerdings in einem Punkt sehr direkt. Sollten wir durch die Einschaltung eines Generalunternehmers, was ja noch zu prüfen ist,

(Martin Börschel [SPD]: Totalunternehmers!)

erhebliche Zeiteinsparungen erzielen, dann ist meines Erachtens ein Interim, wenn die Bestandsfläche bis zum Abschluss der Planungen genutzt werden kann, eigentlich obsolet.

Das ist das, was wir in unserem Antrag vorschlagen. Wir wollen nicht noch zusätzlich zu den Sanierungskosten weitere enorm hohe Kosten in ein Interim stecken. Das ist die rote Linie, die wir mittlerweile im Kulturbereich verfolgen. Ich sage nur: Wehret den Anfängen! Das ist die einzige Forderung unseres Antrags, und ich bestehe darauf. Es ist einfach für keinen mehr nachvollziehbar, dass wir dort Gelder versenken, obwohl wir überhaupt nicht wissen, ob schon das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Das geht einfach immer so weiter. Das ist ja nicht das einzige Projekt, über das wir reden. Jetzt ist der Zeitpunkt, gemeinsam ganz klar zu fordern, dass die Gebäudewirtschaft oder eine funktionierende Bauverwaltung dringender denn je sind. Auch der nächste Tagesordnungspunkt macht diese Notwendigkeit deutlich. Deshalb bitte ich Sie, den gemeinsamen Antrag von den Piraten und mir zu prüfen und danke Ihnen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen in der ersten Runde sehe ich nicht. Dann machen wir jetzt die zweite Runde auf. Herr Börschel hat das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Offen gestanden, je mehr ich in der Debatte gehört habe, umso weniger Einigkeit scheint am Ende in den vielen notwendigen, zu entscheidenden Details in der Breite des Rates hier zu bestehen. Eigentlich bleibt als Einigkeit nur übrig - immerhin, aber leider nicht mehr und nicht weniger -, dass alle hier im Rat das Römisch-Germanische Museum sanieren wollen, und zwar so qualitätsvoll, zügig und preisgünstig wie möglich. Wer glauben sollte, dass man auf dieser Basis zu einem guten Konsens im Verfahren, zu dem, was zu tun ist, kommt, sieht sich spätestens nach dieser Debatte über die Anträge, die eingereicht worden sind, enttäuscht.

Das beginnt erstens damit, dass wir hier darüber reden müssen, dass die baufachliche Begleitung durch die Stadtverwaltung ins Baudezernat gehört. - Ich will jetzt nicht darüber reden, wer als Erster die Idee hatte und wer nicht. Solange Einigkeit darüber besteht, dass Bauen zu Bauen gehört, ist es doch gut. Darüber freuen wir uns.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

Angesichts der jetzigen Debatte, Herr Dr. Elster, möchte ich zweitens daran erinnern, dass Sie es waren, der gesagt hat: Wird alles passieren und geschieht so, auch für dieses Projekt. - Frau Kollegin von Bülow hat in ihrem Redebeitrag nachfolgend gesagt - ich habe mir das extra notiert -, zurzeit gehe das nicht. Zitat: „Aber das ist noch nicht so weit.“ Es muss eine Alternative geben, die baufachliche Begleitung und Planung über das Baudezernat zu organisieren. - Das ist ein eklatanter Widerspruch. Deswegen sage ich noch einmal: Wir sind ganz klar der Meinung:

Bauen gehört zu Bauen, auch und gerade bei diesem Projekt. Das ist doch überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der SPD - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen] Der Zusammenhang war ein anderer! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das hat die Oberbürgermeisterin doch gesagt!)

Dann gibt es noch einen dritten Punkt, den zumindest wir in unserem Änderungsantrag in einer anderen Art und Weise aufgegriffen haben als CDU, Grüne und FDP. Wir sagen: Wir möchten ein Interim für die Dauer der Sanierungsphase des Römisch-Germanischen Museums, während CDU, Grüne und FDP sich zum Interim in Gänze gar nicht äußern - gar nicht äußern; hört, hört! -, aber in Ziffer 3 ihres Änderungsantrags sagen, dass der Betrieb des Römisch-Germanischen Museums am Standort für die Dauer der Planungsphase sicherzustellen ist. - Wie das auf Grundlage der Expertise der Bauaufsicht funktionieren soll, bleibt Ihr Geheimnis. Aber das ist doch eine imminent wichtige Frage, die hier entschieden werden soll. Sie sagen einfach: Bauaufsicht ist uns egal. Wir machen das einfach. Das muss am Standort bleiben, egal ob das geht oder nicht. - Das ist doch unverantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein vierter Punkt, auf den schon die Kollegin Stahlhofen und auch der Kollege Pöttgen hingewiesen haben. In Ziffer 5 Ihres Antrags fordern Sie: „... insbesondere die Planungsphase, soll deutlich verkürzt werden.“ - Dass wir uns einig sind, dass man die Schließzeit des Römisch-Germanischen Museums, soweit vertretbar und möglich, reduziert, das ist die Überschrift, die wir alle richtig finden. Aber Sie, liebe CDU, Sie, liebe Grüne, Sie, liebe FDP, sagen jetzt: Das Ganze soll in der Planungsphase passieren. Wer sich auch nur halbwegs mit den deutschlandweiten Katastrophen von Bauvorhaben, ob in Köln, in Hamburg, in Berlin oder anderswo, beschäftigt hat, weiß: Die Mutter aller Fehler ist eine verkürzte und eine schlechte Planungsphase. Wer da spart, sowohl an Zeit, an Geld als auch an Expertise,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht aber auch nicht im Antrag drin!)

macht den größten Fehler, den man machen kann. Sie steuern mit Ihrem Antrag in das größte denkbare Katastrophenszenario. Und diese Verantwortung wollen Sie heute ohne jede Expertise übernehmen. Das ist Ihre Verantwortung. Da gehen wir selbstverständlich nicht mit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn man Ziffer 4 Ihres Änderungsantrags liest, kommt man zu dem Schluss: Sie wollen mal eben statt Politik Verwaltung spielen. Die Oberbürgermeisterin hat uns allen miteinander mehrfach ins Stammbuch geschrieben: Die Verwaltung soll nicht Politik spielen und die Politik nicht Verwaltung. Sie, Herr Kollege Breite haben gestern noch ganz stolz im Finanzausschuss gesagt: Wir haben das ganz kurz gemacht, ohne jede Begründung, damit das auch klar ist. Sie sind auch noch stolz darauf, zu sagen: „Wir wollen einen Totalunternehmer“. Keine Begründung, keine Ahnung von nix, Sie sagen einfach: Es soll ein Totalunternehmer sein.

Dass Sie an dieser Stelle die Expertise der Stadtverwaltung, die uns jetzt noch übermittelt worden ist, außen vor lassen, die uns sagt: Macht es nicht! Das Risiko an der Stelle ist gewaltig!, das ist unverantwortlich. Die sozialdemokratischen Stimmen werden Sie dafür nie und nimmer bekommen. Das kann ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Stadtverwaltung hat Ihnen das ins Stammbuch geschrieben. Wir haben gestern von Herrn Dr. Keller noch einmal gehört, dass die Stadtverwaltung abgestimmte Stellungnahmen abzugeben pflegt; dafür sind wir sehr dankbar. Und diese Stellungnahme ist ausweislich ihrer Übersendung eine abgestimmte Stellungnahme.

Das Fazit kann ich Ihnen nicht ersparen: Die Verwaltung empfiehlt abschließend, grundsätzlich mehrere Modelle der Projektvergabe zu prüfen und gegenüberstellend zu vergleichen, um hieraus die für die Stadt Köln und das Sanierungsvorhaben RGM tragfähigste Variante zu identifizieren. - Und das, Herr Kollege Breite, schlagen uns die Stadtverwaltung, die Oberbürgermeisterin, der Stadtdirektor, der Baudezernent, die Kulturdezernentin nicht deswegen vor, weil sie sagen „Kenne mer nit, fott domet“, sondern weil sie intensiv beschrieben haben, dass auch ein Totalunternehmer zum Zwecke der Qualitätssicherung kontinuierlich zu steuern ist. Dafür sind weder die Stellen da noch die Expertise.

Die Stadtverwaltung bettelt förmlich darum, sie von Ihrem Überfallkommando zu verschonen, in-

dem sie sagt: Machen Sie es sachlich und sachgerecht und nicht einfach nur, weil Sie die bessere Verwaltung spielen wollen! Diesen unverantwortlichen Kurs gehen wir nicht mit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Leider wird dieser Abend doch noch etwas länger. Aber die Geschichte von der Welt, die uns der Kollege eben erzählt hat, können wir so nicht stehen lassen; denn das war eine verkehrte Welt. In einem Satz erzählt er, dass wir eine ganz tolle Verwaltung haben, die planen kann. Im nächsten Satz beklagt er, dass niemand da ist in der Verwaltung, der das kontrolliert. Letzten Endes sind das die gleichen Leute. Was denn nun? Haben wir nun Leute, die planen können, oder nicht?

Die Oberbürgermeisterin hat auf das Desaster hingewiesen, das Sie mit der Reform der Gebäudewirtschaft angerichtet haben - das haben wir gestern auch schon im Finanzausschuss gewürdigt -, indem Sie eine funktionierende Einheit zerschlagen und den Schulbauten- und den Kulturbautenbereich herausgelöst haben. Damit haben Sie zu dem ganzen Chaos beigetragen. Genau das wird jetzt wieder zurückgedreht. Wir brauchen eine zentrale Einheit, die das vernünftig macht.

(Martin Börschel [SPD]: Was sagt denn die Stadtverwaltung? Fragen wir sie doch!)

Ich erinnere daran, dass CDU und SPD in den 1990er-Jahren die Zentralisierung des Baubereichs beschlossen haben. Diese Einheit haben Sie im Jahr 2011 zerschlagen. Das ist das Kernproblem, das wir zurzeit haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch billige Legendenbildung! Das wissen Sie selbst! Das wird auch durch Wiederholung nicht wahrer!)

Die Frage, ob das jetzt ein Totalunternehmer oder ein Totalübernehmer ist, ist nicht entscheidend.

(Martin Börschel [SPD]: Hauptsache, Unternehmer!)

Entscheidender ist die Frage: Wird die Planung - das ist ja der entscheidende Unterschied zwischen einem Generalunternehmer oder -übernehmer und einem Totalunternehmer oder -übernehmer - herausgegeben oder nicht? Durch die Herausgabe der Planung soll der Prozess beschleunigt und die Qualität sichergestellt werden. Innerhalb der Bauverwaltung - das kann in der Gebäudewirtschaft sein oder wo auch immer; das obliegt der Organisationskompetenz der Oberbürgermeisterin, die entsprechende Reformen angekündigt hat - wird das ganze Projekt gesteuert. Wir wollen ja nicht das gleiche Desaster erleben, was Sie uns auf der Opernbaustelle hinterlassen haben,

(Martin Börschel [SPD]: Dass Sie sich dafür nicht zu schade sind!)

wo die fehlende Kontrolle durch den damaligen Oberbürgermeister auch aktenkundig ist.

Lange Rede, kurzer Sinn. Es macht absolut Sinn, der Verwaltung gewisse Rahmenbedingungen vorzugeben. Da stimme ich dem Kollegen Breite absolut zu. Die erste Indikation ist: Wir wollen die Planungsleistung herausgeben, um entsprechende Qualität zu erhalten.

Das Zweite ist: Die Planungsleistung - das möchte ich noch einmal betonen - ist schon 2015 an die Verwaltung gegangen. Aber von der Verwaltung wurde zwei Jahre lang eben nicht geplant. Wenn es nach der Kulturverwaltung geht, soll jetzt vier Jahre geplant und anschließend zwei Jahre gebaut werden und das RGM während dieser Zeit geschlossen sein. Und genau das wollen wir nicht.

Eines darf man dabei nicht vergessen: Der Roncalliplatz ist ja kein Platz in wenig prominenter Lage, sondern er ist einer der zentralsten Plätze Kölns. Wir haben lange genug das Desaster rund um das Domhotel erlebt und werden froh sein, wenn es irgendwann wieder öffnet. Wir wollen nicht, dass die andere Seite des Platzes eine ganze Dekade lang nicht bespielt werden kann.

Es stellt sich die Frage, wie das Ganze ordnungs- und bauaufsichtsrechtlich zu lösen ist. Wir haben hier andere Strukturen. Ich erinnere an das Staatenhaus. Auch dort war der Brandschutz nicht an allen Stellen gewährleistet. Die Feuerwehr hat ihre Leute eingesetzt, um das dort entsprechend zu kontrollieren. So haben wir ein Interim für die Oper bekommen. Also: Es gibt durchaus Möglichkeiten, das zu gewährleisten.

Ich glaube, dass dieser Platz und auch das Museum selber das wert sind; denn die prominentesten Exponate sind ja nicht etwa die kleinen, sondern das sind die großen Exponate, die definitiv nicht in das Haus Sauer oder wo auch immer hin umziehen können. Diese Exponate ganzen Kohorten von Schulklassen vorzuenthalten, wäre schlimm. Vor diesem Hintergrund plädiere ich noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich glaube, er ist sehr gut begründet. Das sollten wir so machen und dann auch mit der Verwaltung gemeinsam eine gute Lösung für dieses städtische Problem finden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn hat das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es vom Platz aus. Es müssen nicht mehr lange Reden gehalten werden, wenn wir uns in der Zielsetzung einig sind, dass es schneller gehen und im Preisrahmen bleiben soll.

Wir haben doch eines gelernt: Die Fachverwaltung, in dem Fall das Dezernat VII, konnte die Planungsleistung nicht erbringen, sodass wir jetzt die Situation konstatieren müssen, dass das RGM aus dem Gebäude ausziehen muss, obwohl es noch keine Planung gibt, und wir jetzt überlegen müssen, was wir mit dem Gebäude machen. Das ist die Erkenntnis, die wir in den letzten Wochen leider - ich betone: leider! - gewinnen mussten.

Dass wir uns da schlaumachen und überlegen, wie Alternativvorschläge aussehen können, die durchaus üblich sind, nämlich Generalunternehmer und Totalunternehmer - auf gar keinen Fall Übernehmer -, das ist doch logisch und der Situation geschuldet. Es ist doch auch Aufgabe von Politik, Alternativen zu bedenken. Die Beauftragung eines Totalunternehmers ist ein Instrument, das viele kennen. Ich glaube, das große Gebäude der RheinEnergie wurde damals auch so gebaut. Mit diesem Instrument kann man gesteuert und controlled über die Fachverwaltung die Leistungen nach außen, an einen Dritten, geben. Es gibt ja schon Anfangsplanungen. Herr Zarinfar ist ja durchaus im Dialog und schaut sich auch das Gebäude an. Er ist ein Externer, der genau diese Leistungen rudimentär bereits vorgenommen und dazu Ideen entwickelt hat.

Wir stehen hier in der Verantwortung. Das ist das bürgernaheste Museum, das wir in dieser Stadt haben. Es so lange zu schließen, wäre einfach unverantwortlich den Bürgerinnen und Bürger und auch den Schülerinnen und Schülern gegenüber.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir machen uns hier auch über andere wirklich tolle Museen in dieser Stadt Gedanken. Aber das ist das Museum, wo alle Schulklassen dieser Stadt hinpilgern. Eine ganze Generation von Schülern hätte dann keine Möglichkeit mehr, die Geschichte Kölns am Originalschauplatz, nämlich am Dionysos-Mosaik, wahrzunehmen. Das ist nicht irgendein Museum, das man irgendwohin verlagern kann, sondern es befindet sich am Originalschauplatz der Geschichte, dort, wo all das tatsächlich stattgefunden hat. Deswegen sind wir in der Verantwortung, Wege zu gehen, die vielleicht für die Stadt neu sein mögen, aber für viele andere Akteure in der Stadt, die zum Stadtwerkekonzern gehören, nicht neu sind. Deswegen ist das der richtige Weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann würde ich die Verwaltung bitten, noch einmal den Unterschied zwischen den genannten Unternehmern zu erklären. Ich glaube wirklich, Sie sind gar nicht weit voneinander entfernt. Jeder von uns möchte, dass das Museum so kurz wie möglich geschlossen bleibt. Jeder möchte, dass die Verwaltung so weit wie möglich unterstützt wird. Die Frage ist, wie diese Unterstützung geschieht. Jeder möchte, dass das zeitlich so eng wie möglich und so berechenbar wie möglich erfolgt. Die Begrifflichkeit sollte, glaube ich, jetzt noch einmal dargestellt werden.

(Martin Börschel [SPD]: Was wäre denn die Empfehlung der Verwaltung? Das würde uns interessieren!)

Herr Höing ist heute nicht hier; das wissen Sie. Deswegen übernimmt das jetzt Frau Rinnenburger.

Petra Rinnenburger (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zwischen den beiden Vergabearten „Generalunter-

nehmer“ und „Totalunternehmer“ gibt es einen großen Unterschied. Der Totalunternehmer übernimmt auch die Planungsleistungen in dem ganzen Prozess. Das heißt: Der Generalunternehmer bekommt eine fertige Planung übergeben. Gemäß dieser fertigen Planung setzt er das Gebäude um. Der Totalunternehmer übernimmt auch die Planung und würde im Fall des RGM auch die Sanierungsplanung durchführen und selbige im Bau umsetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Frau Rinnenburger, herzlichen Dank für diesen Schnellkurs. Ich wollte eher darauf hinaus, von der Stadtverwaltung und auch von der Stadtspitze zu hören: Was empfehlen Sie in diesem konkreten Punkt?

In der uns übersandten Mail der Stadtverwaltung finde ich einen Absatz sehr bemerkenswert, weil es dort heißt:

> Die Totalleistung ist im Rahmen der TU-Ausschreibung ohne vorangegangene Planung so präzise zu beschreiben, dass eine prozessbegleitende quantitative und qualitative Qualitätskontrolle regelmäßig bis zum Abschluss des Projekts möglich ist und vertraglich gesichert werden kann.

Und jetzt kommt es:

> Die Erstellung dieses Ausschreibungswerks bedarf der umfassenden technischen, juristischen und kaufmännischen Bearbeitung, die die übliche Ausschreibung von Planungs- oder Bauleistungen an Komplexität um ein Vielfaches übertrifft.

Ich will eigentlich nur wissen: Bleibt es bei den uns übersandten Aussagen?

Die Stadtverwaltung kommt selbst zu dem Ergebnis, dass man die Steuerung nur durch eigene Bauherrenschaft sicherstellen kann und dies auch tun muss, sie also nicht delegiert werden kann, und deswegen die Projektorganisationsstruktur unbedingt mit hochqualifiziertem technischen, juristischen und kaufmännischen Personal sicherzustellen ist, was wiederum eingestellt werden muss, was Sie, wie schriftlich übermittelt, zu der dringenden Bitte veranlasst: Bitte lasst uns die diversen Varianten vergleichen und dann entscheiden und nicht einfach auf Zuruf.

Deswegen würde mich interessieren: Empfehlen Sie uns heute, handstreichartig zu entscheiden, einen Totalunternehmer zu beauftragen, oder bleiben Sie bei Ihrer sehr fundierten schriftlichen Aussage?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Handstreichartig entscheidet die Verwaltung hier gar nichts.

(Martin Börschel [SPD]:
Dann ist es ja gut!)

Es kann sein - das kann ich nicht beurteilen; deswegen wird es gleich eine Sitzungspause geben, damit ich das mit der Verwaltung abstimmen kann -, dass es trotz dieser ganzen vorbereitenden Planungen, die Sie eben dargestellt haben, darauf ankommt: Was geht schneller?

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Bevor Sie Stellung nehmen, Herr Börschel, lassen Sie mich bitte zu Ende ausführen. Das habe ich auch getan. - Was kostet es? Was ist das Schnelle am Ende wert? Das muss abgestimmt werden. Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Herr Höing ist heute leider nicht da. Darum kann ich ihn nicht bitten, zu antworten. Deswegen beraume ich jetzt eine Sitzungspause von zehn Minuten an.

(Unterbrechung von
19.30 bis 19.49 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sitzung wird fortgesetzt.

Die Verwaltung wird Ihnen jetzt einen Vorschlag machen. Ich habe natürlich Verständnis, wenn Sie daraufhin eine Sitzungsunterbrechung beantragen.

(Kirsten Jahn [CDU]: Doch,
wir machen das!)

Ich glaube, diese Sache ist uns allen so wichtig, dass wir hier jetzt ganz gründlich entscheiden wollen. Ich bin auch der Ansicht, dass Sie gar nicht weit, vielleicht nur eine Nuance auseinanderliegen. Letztlich wollen wir alle, dass dieses Museum so schnell wie möglich und so bere-

chenbar wie möglich saniert wird und währenddessen so kurz wie möglich geschlossen bleibt.

Ich bitte jetzt Frau Blome als Vertreterin von Herrn Höing, den Vorschlag der Verwaltung vorzutragen.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir würden Ihnen gern folgenden Vorschlag machen. Unabhängig davon, welche Unternehmerart und welche Vergabeart wir für die Sanierung und den Umbau endgültig wählen werden, brauchen wir einen Teil der Planung auf jeden Fall, nämlich eine Grundlagenermittlung und Teile des Vorentwurfs. Die Unterlagen dafür, um das unverzüglich auf den Markt bringen zu können, liegen in der Verwaltung vor. Wenn Sie damit einverstanden wären, könnten wir das unverzüglich auf den Markt bringen und würden dann diese Anteile der Planung beauftragen.

Parallel dazu würden wir noch einmal einen Rahmenterminplan aufstellen. Wir würden gerne noch einmal einen Vergleich zu Totalunternehmer und Generalunternehmer anstellen wollen. Wir würden gerne noch einmal mit Ihnen besprechen wollen, wie wir es dann machen, welche Vor- und Nachteile und welche Risiken es gibt und Ihnen vor allen Dingen auch den Rahmenterminplan vorlegen. Es ist ja Ihr und auch unser Wunsch, dass die zeitlichen Abläufe kurz gehalten werden können. - Das wäre unser Vorschlag zum weiteren Vorgehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ich finde den Vorschlag gut. Das entspricht im Prinzip dem letzten Satz Ihrer Mitteilung an uns. Ich zitiere:

> Abschließend empfiehlt die Verwaltung, grundsätzlich mehrere Modelle der Projektvergabe zu prüfen und gegenüberstellend zu vergleichen, um hieraus die für die Stadt Köln und das Sanierungsvorhaben Römisch-Germanisches Museum tragfähigste Variante zu identifizieren.

Das ist der Satz, auf den man sich verständigen könnte. Das ist ja das, was Sie uns jetzt vorschlagen. Insofern könnte ich, könnten wir einen solchen Beschluss mittragen und würden die SPD bitten, das gegebenenfalls in ihren Antrag zu übernehmen, und/oder die Grünen bitten - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie können ja gleich eine Sitzungsunterbrechung beantragen. Dann können Sie sich das noch einmal überlegen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ich glaube, dass dieser Satz aus Ihrer Mitteilung der Beschlusssatz sein kann. Sie haben ja jetzt keinen Beschlussantrag gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist ja klar. Aber ich glaube, dass das, was Frau Blome vorgetragen hat, noch eine Erweiterung ermöglicht.

Herr Breite hatte sich auch noch gemeldet.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Frau Blome, Sie haben hier jetzt einen Vorschlag gemacht und gesagt, dass die Unterlagen vorliegen. Das heißt: Das kann sofort gemacht werden. Diese Planungen brauchen wir sowieso, egal ob wir uns jetzt für einen Totalunternehmer entscheiden oder für einen Generalunternehmer, den Sie jetzt ins Spiel gebracht haben. Diese Formulierung gefällt mir besser. Darum wäre es am besten, wenn alle Änderungsanträge zurückgestellt und dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt würde, damit die Verwaltung in der Sache vorankommt. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt die Diskussion noch einmal führen. Selbstverständlich haben wir nichts dagegen, dass Sie noch einmal einen Vergleich zu einem Totalunternehmer und einem Generalunternehmer anstellen wollen. Aber ich würde darum bitten, dass Sie jetzt nicht noch einmal alle Varianten prüfen, sondern nur diese eine. Denn wir sind uns ja wohl einig, dass wir diese Aufgabe extern vergeben müssen, einfach weil wir das sonst nicht schaffen. Ich glaube, den Weg können wir mitgehen, wenn die anderen Fraktionen auch damit einverstanden sind.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Frau Blome, zunächst einmal herzlichen Dank für den Vorschlag. Ich hätte noch eine Bit-

te, weil ich leider nicht in der privilegierten Lage von Frau Jahn bin, die ja, schon bevor Sie den Vorschlag gemacht hatten, gesagt hatte: Wir gehen da mit.

Ich wäre dankbar, wenn Sie, Frau Blome, uns das, was Sie gesagt haben, kurz schriftlich übermitteln und genau sagen würden, was an die Vorlage der Verwaltung angehängt werden soll. Ich greife einmal Ihren Vorschlag von vorhin auf. Wir sollten den Tagesordnungspunkt am Ende des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung noch einmal aufrufen. Angesichts der Komplexität und der Reichweite dessen, was wir hier beschließen sollen, wäre ich dankbar, wenn wir genau wüssten: Das ist die Ursprungsvorlage der Verwaltung, und Sie schlagen genau welche Sätze in Ergänzung vor.

Ich bitte da um Verständnis. Das würden wir uns gerne noch einmal in Ruhe, so gut es eben geht, ansehen wollen, um dann möglichst noch heute zu einer Entscheidung zu kommen, jedenfalls was uns angeht. Die Mehrheit scheint ja eh sicher. Wenn Sie sagen, Sie machen das jetzt, ohne dass wir das schriftlich gelesen haben, kann ich das auch nicht ändern. Aber das wäre meine Bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Wir würden Punkt 4 unseres Änderungsantrags nach den Ausführungen von Frau Blome zurückstellen. Das würde ja erst entschieden werden können, wenn die Verwaltungsvorlage fertiggestellt ist. Wir würden aber an Punkt 3 und an Punkt 5 festhalten.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Breite hat einen anderen Vorschlag gemacht!)

- Ja, aber ich habe jetzt auch einen Vorschlag gemacht. Wir würden daran festhalten. - Es macht keinen Sinn, auf den Punkt 3 zu verzichten. Dieser ist unabhängig davon, was später in der Verwaltungsvorlage zu General- oder Totalunternehmer festgehalten ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Wir können hier jetzt keinen Workshop machen. Der Vorschlag von Frau Blome hört sich durchaus sinnvoll an. Ich denke, dass, wenn eine Verwaltungsvorlage sich verändert, wir das schriftlich brauchen. Da stimme ich mit Herrn Börschel überein. Das wäre auch machbar. Wenn Sie am Ende der öffentlichen Sitzung den Tagesordnungspunkt 10.32 noch einmal aufrufen würden, hätte die Verwaltung bis dahin genug Zeit, den modifizierten Beschlusstext der Verwaltung zu verschriftlichen. Diesen würden wir uns anschauen. Dann können alle Antragsteller entscheiden, was sie aufrechterhalten wollen und was sie zurückstellen können. Zur Not muss es dann noch einmal eine kurze Unterbrechung geben, um sich untereinander zu verständigen. Das gilt insbesondere dann, wenn drei Antragsteller einen gemeinsamen Antrag gestellt haben. - Ich denke, das wäre das Vernünftigste.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Wenn das nicht der Fall ist, würde ich den Vorschlag von Herrn Frank gern aufgreifen. Ich glaube, der trifft insgesamt das, was Sie sich vorstellen können. Ich würde den Tagesordnungspunkt an dieser Stelle abbrechen und zum Ende der öffentlichen Sitzung noch einmal aufrufen. Die Verwaltung wird bis dahin einen Beschlussvorschlag erarbeiten. - Vielen Dank.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 10.33 auf:

10.33 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Änderung des Gesellschaftsvertrages 1584/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) in der als Anlage 1 beigefügten Fassung zu.

Wenn und soweit Hinweise der Bezirksregierung und des zur Beurkundung beauftragten Notars sowie Änderungswünsche aus den kommunalen Gremien anderer Gesellschafter in den Entwurf zur endgültig beschließenden Gesellschafterversammlung eingearbeitet werden, stimmt der Rat der Stadt Köln diesen zu, sofern die Änderungen die wesentlichen Regelungen des Gesellschaftsvertrages nicht tangieren und sich hieraus kein

Nachteil für Stadt Köln oder die KVB als Gesellschafterin der RVK ergibt.

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Abtretung von jeweils 2,5 % der Anteile an der RVK durch die SSB GmbH an die Stadtwerke Hürth AöR, Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH, Stadtwerke Brühl GmbH und die Stadtwerke Wesseling GmbH zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.34 Erweiterungsbau Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
Aufhebung des Ratsbeschlusses Erweiterte Durchführung des Investorenwettbewerbs vom 16.12.2014 (Vorlagennummer 3670/2014)
Beauftragung der Planung des Erweiterungsbaus mit Verbindungsbauwerk und der Blockrandbebauung durch die Stadt Köln
1832/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1041/2017

Änderungsantrag der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1051/2017

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
AN/1062/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dazu gibt es eine Rednerliste. Sie wird angeführt von Frau Halberstadt-Kausch. Bitte schön.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Nach der Diskussion eben ist es jetzt ein bisschen schwierig, aber auch das ist ein sehr wichtiges Thema. Dass wir heute hier den Grundsatzbeschluss fassen, das gescheiterte Investorenverfahren aufzuheben und den Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz-Museums in eigener Bauherrenschaft zu bauen, steht für uns nicht infrage. Daher lehnen wir den Änderungsantrag der Freien Wähler und der Gruppe der Piraten ab.

Ziemlich irritiert waren wir allerdings, dass, wie wir dem Begründungstext der Vorlage entnehmen konnten, für den Bau offenbar wieder eine unklare Organisationsstruktur vorgesehen war; ich betone: war. Wir haben daher in unserem Änderungsantrag gefordert, dass es von Beginn an eine klare Verantwortlichkeit für den Bau geben muss. Diese muss eindeutig beim Baudezernat sein.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben uns eben zugesagt, dass Sie die Auffassung teilen, dass Bauen zu Bauen gehört und dass die Kulturbauten zukünftig von der Gebäudewirtschaft in Bauherrenschaft übernommen werden sollen. So weit, so gut. Dass die Planung und die Bauüberwachung aber nur mit einer Zusetzung von qualifiziertem Personal bei der Gebäudewirtschaft zu stemmen ist, ist, denke ich, selbstredend; denn der dringend benötigte Schulbau darf keinesfalls darunter leiden.

In Ihrer Antwort auf unsere Fragen verweisen Sie darauf, dass das bislang für das Wallraf-Richartz-Museum eingesetzte Personal auch in Zukunft in dem Projekt eingebunden bleiben soll. Laut Aussage von Herr Höing im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft handelt es sich dabei bisher um eine Person. Wenn die Gebäudewirtschaft also, wie von uns gefordert und von Ihnen zugesagt, die Bauherrenschaft übernehmen soll, müssen Sie da schon mehr Personal einsetzen. Das darf, wie gesagt, auf keinen Fall von den Schulbauten abgezogen werden. Hier erwarten wir eine klare Ansage, mit welchem Personal das wie gestemmt werden soll. - Das zum Ersten.

Zum Zweiten haben wir uns schon sehr über die Planungskosten in Höhe von 14 Millionen Euro gewundert. Von welchen Baukosten gehen Sie denn da aus, auch im Vergleich zu anderen Bauprojekten? Da stellt sich die Frage: Was wollen Sie in der Blockrandbebauung realisieren? Die Planung für den Museumsteil steht ja schon. Hierfür haben wir seinerzeit bereits 900.000 Euro Planungskosten bewilligt.

Statt eines nachvollziehbaren Raumprogramms, wie das bei jedem Planungsbeschluss für eine Schule üblich ist, steht in der Vorlage nebulös, dass der Stadtspitze - ich zitiere - „aufgrund der Vielzahl öffentlichkeitswirksamer Vorkommnisse der letzten Monate“ künftig repräsentative Räumlichkeiten zur Verfügung stehen müssen, um Pressekonferenzen abzuhalten. Auch die Fachdienststellen bräuchten aus Gründen der Repräsentation neue Konferenzräume in der Nähe des Rathauses, und um der Politik die Entscheidung ein bisschen schmackhafter zu machen, sollen auch die Fraktionen vom „Schöner Wohnen“ respektive „Schöner Arbeiten“ profitieren.

In der Antwort der Verwaltung schreiben Sie, dass die Machbarkeitsstudie zeige, dass sowohl notwendige Büro- wie auch Konferenzbereiche abbildbar wären. Die Bestimmung der konkreten Bedarfe soll allerdings im Rahmen einer verwaltungsinternen Abstimmung unter Federführung der Dezernate OB und I erfolgen.

Um es deutlich zu sagen: Wenn die Verwaltung zusätzliche Räumlichkeiten für Büros und Ähnliches in der Innenstadt benötigt, finden wir es richtig, diese hier zu bauen, statt teure Räume anzumieten. Aber: Wir als Rat sollen Ihnen heute ins Blaue hinein einen Planungsbeschluss geben für einen Bau, der 14 Millionen Euro allein an Planungskosten verschlingt, und dann entscheidet die Verwaltung, was konkret gebaut wird. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist ein mehr als unübliches Verfahren, um es einmal ganz freundlich zu formulieren. Gerade vor dem Hintergrund, was derzeit im Baubereich alles schiefläuft oder schiefgelaufen ist, können wir doch nicht einen Planungsbeschluss erteilen, ohne dass klar ist, was genau gebaut werden soll und in welcher Struktur und mit welchem Personal das umgesetzt werden soll.

Für meine Fraktion kann ich sagen: Wir wollen nicht die Katze im Sack kaufen, sondern wir erwarten, dass vor Aufnahme der Planungen ganz klar und eindeutig geregelt ist, in welcher Organisationsstruktur das durchgeführt werden soll - das sollte ja nach der grundsätzlichen Aussage der Oberbürgermeisterin von eben zügig machbar sein -, und dass Sie uns ein vernünftiges Raumprogramm mit nachvollziehbaren Kosten für die Planungsphase vorlegen.

Im Übrigen teilen wir die Ansicht, dass in der Blockrandbebauung keine privatwirtschaftliche Nutzung entstehen soll. Das ist wirklich nicht die Aufgabe eines städtischen Bauherrn. Aber wir denken da eher an die Unterbringung von Büro- und Verwaltungsräumen, die bisher teuer in der Umgebung angemietet werden. Repräsentationsräume für die Verwaltungsspitze oder auch für die Fraktionen stehen für uns ganz sicher nicht ganz oben auf der Agenda. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Halberstadt-Kausch, zu Beginn meiner Rede ganz kurz eine Richtigstellung: Nicht die Oberbürgermeisterin teilt Ihre Auffassung, meine Damen und Herren von der SPD, sondern Sie teilen jetzt neuerdings die Auffassung der Oberbürgermeisterin in Bezug auf die Reorganisation der Gebäudewirtschaft,

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

nachdem sie sechs Jahre lang das Gegenteil betrieben und damit erheblich zu dem Chaos, das wir mittlerweile bei allen Bauten beobachten können, beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nun zum Inhalt Ihres Antrags. Große Teile haben wir schon unter TOP 10.32 diskutiert. Wir werden jetzt nicht noch abwarten, bis sich die neue Organisationsstruktur in der Gebäudewirtschaft etabliert hat und bekannt gemacht worden ist, sondern wir werden diesen Planungsbeschluss jetzt fassen, auch weil das Projekt eine mehr als traurige Geschichte hat. Wie wir alle wissen, ist sie vor Gericht geendet.

Die Oberbürgermeisterin hat diese Vorlage hier jetzt in den Rat eingebracht - bewusst nur halbfertig, weil genau dieses Raumprogramm erst noch generiert werden soll, was in der Vorlage auch explizit so festgehalten ist. Deswegen halte ich Ihre Verwunderung darüber, dass noch kein Raumprogramm vorliegt, eher für gespielt. In der Vorlage wird begründet, warum das Raumprogramm noch nicht vorliegt. Bis zum Gerichtstermin wussten wir gar nicht, dass wir an dieser Stelle städtischen Büroraum generieren können.

Jetzt muss man der Verwaltung die Möglichkeit geben, zum einen sehr schnell ein Zeichen in die Welt zu senden, nämlich dass wir den Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz-Museums endlich auf die Schiene setzen, und zum anderen aufzuzeigen, dass in den nächsten Wochen und Monaten im Bereich der Verwaltung im Ergebnis der genannten Workshops und mit verwaltungsinternen Abstimmungen eine Vorlage generiert wird, über die wir als Rat dann natürlich wieder beschließen werden. Das ist hier auch so aufgeführt.

Sie haben noch weitere Punkte beantragt. Das Thema Reorganisation hatten wir ja schon. Letztendlich sind die Punkte 3, 4 und 5 Ihres Antrags in der Vorlage genau beschrieben. Dazu bedarf es keiner Beschlüsse. Die Verwaltung hat in der Vorlage, ohne Kenntnis Ihres Änderungsantrags, schon dazu Stellung genommen.

Punkt 4 macht eine neue Variante auf, indem man Anfrage und Antrag miteinander kombiniert. Der normale Weg wäre, unter TOP 4 eine Anfrage zu stellen. Das sieht die Gemeindeordnung auch so vor; ein Mischprodukt kennt sie nicht. Die Verwaltung hat die Anfrage trotzdem gut beantwortet.

Wir werden der Verwaltungsvorlage in allen Punkten zustimmen und Ihre Änderungsanträge ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte jetzt nicht in die Rednerliste eingreifen, sondern eine Sitzungsunterbrechung beantragen, sobald die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt beendet ist. Vor einer Entscheidung möchten wir eine Sitzungsunterbrechung, weil wir noch Beratungsbedarf haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort. Bitte.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Vorlage haben Sie die Historie zum Ablauf lesen können; darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Der Hinweis „Bauen in Köln geht nie so schnell und vor allen Dingen nie ohne Probleme“ ist auch nicht ganz neu.

2012 startete das Projekt „Erweiterungsbau für das Wallraf-Richartz-Museum“. Fünf Jahre später und ein Gerichtsurteil später sind wir genau da, wo wir angefangen haben. Es scheint Mode zu werden, dass Projekte von Bietern, die sich nicht berücksichtigt fühlen, angehalten werden. Dieser Beschwerde wurde am 24. Mai 2017 stattgegeben. Hier wurde im Gegensatz zu dem, was Herr Dr. Elster gerade sagte, nicht der Bau von Verwaltungsräumen behandelt, sondern das Kopplungsgeschäft; das nur noch einmal, damit Sie auch wissen, wovon Sie sprechen. Herr Brust hatte am 3. Juli im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft nachgefragt, ob die anwaltliche Beratung vielleicht fehlerhaft gewesen sein könnte. Leider wurde diese Frage nicht beantwortet. Aber so ist das nun mal: Hinterher weiß man nicht mehr, wie es war.

In der jetzigen Vorlage möchten Sie aber, dass wir einen geänderten Bedarf für 14,2 Millionen beschließen. Sie möchten repräsentative Räume für Pressekonferenzen. Hm! Es ist doch eigentlich zu hoffen, dass die negativen öffentlichkeitswirksamen Vorkommnisse nicht zur Regel werden. Bei der einen oder anderen Entwicklung reichen unseres Erachtens durchaus die wunderbaren Räume unseres Rathauses. Eine Pressekonferenz muss nicht im Museum Ludwig stattfinden. Wir haben einen wunderschönen Muschelsaal oder, wenn es besonders feierlich sein soll, gibt es auch noch den Ratssaal. Dann brauchen Sie auch bei schlechtem Wetter nicht einmal über die Straße zu gehen; -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann können wir die Verwaltung auch bald unter Denkmalschutz stellen.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): - denn das Verbindungsbauwerk soll das Museum mit der Ausstellung von Herrn Corboud verbinden und nicht das Rathaus mit dem Museum.

Des Weiteren möchten Sie eine adäquate Unterbringung der Fraktionen. Ein sehr schöner Gedanke, der schon von Oberbürgermeister a. D. Norbert Burger entwickelt wurde. Er wollte das Rathaus - hier ist der Spanische Bau gemeint - als Haus der Fraktionen sehen. Seit 2014 ist das trotz massiver Abwehrhaltung der CDU auch weitgehend umgesetzt. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, es ist doch schön, kurze Wege zu haben!

Der Änderungsantrag der SPD erscheint uns recht sympathisch. Ich sehe, auch Sie haben das Protokoll aus dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft gelesen. Besonders gut gefällt uns die Ablehnung eines Vorratsbeschlusses zu den Raumkosten. Besonders die Kolleginnen der CDU und Grünen höre ich immer wieder im Ausschuss sagen: Wir können doch dem nicht unsere Zustimmung geben, wenn uns die genauen Zahlen dazu nicht schriftlich vorliegen und wir sie nicht diskutiert haben. - Somit können Sie auch dieser Vorlage jetzt nicht zustimmen, weil ihr keine genauen Zahlen zugrunde liegen.

Die Verwaltungsvorlage werden wir ablehnen. Wir, DIE LINKE, sind der Auffassung, dass wir schon genug Großbaustellen haben. Wir haben schon an anderer Stelle gesagt: Der Gebäudewirtschaft werden einfach zu geringe Kapazitäten zur Verfügung gestellt, sodass sie mit Schulbau-

ten, Kindergärten und anderen städtischen Liegenschaften mehr als ausgelastet ist.

Zum Schluss noch einmal ganz grundsätzlich: Wir werden dem Änderungsantrag der SPD zustimmen, da hier Bauen dem richtigen Dezernat zugeordnet wird und weil gefordert wird, erst einmal grundsätzliche Fragen zu klären, bevor wir diesen Kostenbeschluss fassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Schon seit Harry Blum ist dieses Thema auf der Agenda, eine Never-ending-Story. Eigentlich sollte heute der Startschuss fallen, endlich die Planungen zu beauftragen. Wir fassen ja heute noch nicht den Baubeschluss.

Frau Oberbürgermeisterin, es ist sicherlich richtig, dass Sie jetzt sehr schnell handeln mussten. Es geht dabei auch um den Stifter bzw. seine Witwe. Wir hatten ohnehin Zweifel, ob das so klappen kann. Jetzt wollen wir den Startschuss geben, dass es weitergeht. Das hat auch mit Vertrauen zu tun. Ich bin dankbar, dass Sie so schnell gehandelt und auch gegenüber der Öffentlichkeit und der Zustiftung geäußert haben, dass wir hier jetzt vorankommen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht heute um die Planung. Selbstverständlich könnte man noch Spiegelstriche ergänzen. Aber sie würden nicht dafür sorgen, das Vorhaben zu beschleunigen, sondern würden es noch weiter verzögern. Ich erinnere mich noch daran, dass Herr Fenske, den ich sehr schätze - ich weiß nicht, ob er jetzt noch da ist -,

(Martin Börschel [SPD]: Selbstverständlich!)

das Projekt auch einmal verzögerte, weil er meinte, dort eine Baustelle hinsetzen zu müssen.

(Lachen bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Heute ist Märchenstunde! Wer erzählt die schönsten Märchen?)

- Der Bau stünde längst, wenn er damals nicht gesagt hätte: Nein, wir brauchen diese Fläche für die Nord-Süd-Stadtbahn. Dort müssen wir unsere Geräte abstellen. - Auch darum hat das länger gedauert.

Aber plötzlich werden hier Änderungsanträge eingebracht, die das noch weiter verzögern wollen. Ich bin der Meinung, auch wenn ich nicht weiß, zu welchem Beratungsergebnis die Grünen nachher kommen werden: Bitte geben wir heute den Startschuss! Das dauert schon viel zu lange. Wir müssen da jetzt vorankommen. Spätestens beim Baubeschluss werden wir erfahren, welche Büroräume dort vorgesehen sind. Ich glaube, das war eher ein Beispiel dafür, was dort alles möglich ist. Wir werden das prüfen. Sie wissen, dass es auch bei den Räumlichkeiten der Fraktionen Schwierigkeiten gibt. Vertrauen wir darauf, dass das nur ein Beispiel war, damit wir jetzt anfangen können. Köln muss endlich lernen, anzufangen, statt immer weiter zu vertagen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Köln muss endlich auch zu Ende machen!)

- Auch das, Herr Börschel.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und seinen Verpflichtungen nachzukommen. - Herr Wortmann hat das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Abermals Kultur, wie vorhin angekündigt. - Ich sage vorweg: Wir lehnen diese Beschlussvorlage kategorisch ab und wollen Sie davor warnen, diesen Bau zu beginnen. Alle Maßnahmen, die wir bisher im Kulturbereich angepackt haben - zumindest seitdem ich mich politisch dafür interessiere -, sind mehr oder weniger nicht zu Ende gebracht worden und befinden sich in einem Zustand, der uns ungeheuer viele Probleme bereitet und vor allen Dingen enorme Kosten verursacht. Sie haben heute bei der Einbringung des Haushalts eine Konsolidierungskurve präsentiert und sie so interpretiert, dass das sehr schnell gehen wird. Ich glaube nicht daran, dass dies unter Zugrundelegung der Maßnahmen, die wir zu stemmen haben, gelingen wird. - So weit vorweg.

Trotz der Risiken dieser Immobilie planen Sie die Übernahme der Bauherrenfunktion. Es bleibt für mich unklar, was noch alles hinzukommen wird und welche Organisationsstruktur das umsetzen soll. So schnell können wir die gar nicht aufbauen. Sie haben richtig erkannt: Das sollte in pri-

vate Hände gegeben werden. Aber die müssen kontrolliert werden. Für die Maßnahmen, die Planungen und alles, was damit verbunden ist, brauchen wir Fachleute, die das kontrollieren.

Die Kosten von 14 Millionen Euro, die allein für die Planung eingestellt sind, sind schon ein ordentliches Pfund. Niemand weiß, was dieses Gebäude in der Endphase kosten wird. Das Verbindungsbauwerk könnte nach mir vorliegenden Informationen erhebliche urheberrechtliche Probleme bereiten, weil wir in den Bestandsbau des Museums eingreifen müssen. Letztendlich soll das Verbindungsbauwerk auch eine archäologisch hochsensible Zone durchziehen.

Das alles sind Risiken, wo wir sagen: Hände weg! Deswegen lehnen wir diesen Bau ab und haben in unserem Änderungsantrag sehr klar formuliert, welche Punkte wir zum Beschluss bringen wollen:

Erstens soll auf einen Erweiterungsbau verzichtet werden.

Zweitens ist das Grundstück wieder an einen Investor zu veräußern.

Drittens könnten Sie aus dem Erlös des Grundstücksverkaufs Teile aus der Sammlung der Stiftung erwerben und in den Bestand integrieren. Wir weisen immer wieder darauf hin: Für uns hat Bestandssicherung immer Priorität, nicht aber ein Prestigebau.

Das Wort „Prestigebau“ - das hat mich sehr stark berührt - führt zu Punkt 4 unseres Antrags. Sie wollen repräsentative Räumlichkeiten in diesem Bau nutzen und sie nicht anderweitig verwerten. Das lehnen wir ebenfalls kategorisch ab. Ich glaube, das wäre genau das falsche Zeichen in die Bürgerschaft, wenn wir anfangen, dort Räume neu zu belegen.

Last not least, es muss natürlich offen und ehrlich mit der Stifterfamilie umgegangen werden. Deshalb fordern wir Sie in Punkt 5 unseres Antrags auf, Kontakt zur Stifterfamilie aufzunehmen und Sie über diesen Beschluss zu informieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Wenn nicht, dann gehen wir jetzt in die beantragte Sitzungspause

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: 15 Minuten!)

für 15 Minuten. Die Sitzung wird 20.35 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung von 20.20 bis 20.46 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sitzung wird fortgesetzt.

Da ich ein gewisses Verständnis dafür aufbringen kann, dass Sie aufgrund der von Ihnen gemachten Erfahrungen in Bauprozessen der Verwaltung kein Vertrauensvorsprung geben möchten, würde ich zunächst Frau Rinnenburger bitten, die Planungskosten von 14,2 Millionen Euro zu erläutern und darzulegen, was davon umfasst ist. Danach würde ich Ihnen einen Vorschlag machen, wie die tatsächlich unglücklich gewählten Formulierungen durch eine Klarstellung aufgelöst werden könnten.

Frau Rinnenburger, bitte.

Petra Rinnenburger (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In den in der Vorlage aufgeführten etwa 14 Millionen Euro sind enthalten die Planungskosten für alle Leistungsphasen bis zur Bauabwicklung des Gebäudes, also von der Leistungsphase 1, der Planung, bis zur Leistungsphase 8, der Bauabwicklung. Außer den Architektenleistungen sind darin berücksichtigt ein Ansatz für den Statiker, ein Ansatz für die Haustechnik, ein Ansatz für Bodengeologie, also all das, was man an Sonderingenieursleistungen braucht.

Wir reden hier nicht über die Planungskosten bis zum Baubeschluss. Das heißt: Wir würden eine Leistung jeweils stufenweise abrufen, weil der nächste Beschluss, den Sie treffen, der Baubeschluss wäre. Wir würden aber schon jetzt von Ihnen die Freigabe der Mittel beantragen wollen für eine stufenweise Beauftragung bis zur Bauabwicklung des Gebäudes.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Rinnenburger. - Das können Sie im Übrigen auch dem Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der 24. Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft entnehmen. Diejenigen, die dort anwesend waren, kennen die Zahlen. Ich hoffe, dass diese immer auch in den Fraktionen kommuniziert werden.

(Martin Börschel [SPD]: Darf ich eine Rückfrage stellen?)

- Klar. Bitte, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Frau Rinnenburger, Haustechnik, Planung - und das ohne Raumkonzept. Geht das denn?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Es gibt doch Schätzwerte! Menschenskind!)

Petra Rinnenburger (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Börschel, wie man der Vorlage entnehmen kann, haben wir überprüft, welche Flächen in die ehemalige rentierliche Nutzung können. Das heißt: Von Standardbüroflächen oder von Standardkonferenzräumen ausgehend, ist die Haustechnikplanung erst einmal möglich. Nur, wir würden in der Grundlagenermittlung natürlich auch gezielt planen, was da hereinkommt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde Ihnen darüber hinaus vorschlagen, meine Damen und Herren, den Beschlusstext um einen dritten Absatz zu ergänzen, und zwar um folgenden Zusatz:

> Die Verwaltung wird zeitnah ein Raumprogramm für das Gebäudeteil, das die Verwaltung nutzen soll, vorlegen.

Spätestens dann werden Sie sehen, wie viele Arbeitsplätze dort unterkommen können und ob dort ein Multifunktionsraum entstehen kann und, wenn ja, wie er von der Verwaltung genutzt werden kann. - So weit mein Vorschlag.

Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, dass die Stadt vor etwa 17 Jahren eine Verpflichtung eingegangen ist und der Rat seitdem viele andere Projekte beschlossen hat. Ich glaube, man muss auch irgendwann zu den Dingen stehen, zu denen man sich einmal verpflichtet hat.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ich will damit niemanden persönlich ansprechen. Wir alle sind Nachfolger. Wir alle haben hier ein Erbe angetreten. Man kann sich die Haltung zulegen und sagen: Das, was vorher einmal entschieden wurde, ist mir egal. Oder aber man nimmt rechtliche Verpflichtungen wahr, und das gilt dann für jeden neuen Beschluss, den man trifft.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen gibt, würde ich den so ergänzten Beschlusstext zur Abstimmung stellen wollen.

Zunächst kommen wir aber zur Abstimmung über die Änderungsanträge in folgender Reihenfolge: zuerst der Änderungsantrag der Piraten und Freien Wähler, dann der Änderungsantrag der SPD, dann der Änderungsantrag der LINKEN.

(Dr. Ralph Sterck [CDU]: Nein! Die geänderte Verwaltungsvorlage gibt es!)

- Nein, noch nicht. Wir haben drei Änderungsanträge, und wir haben die Verwaltungsvorlage in der von mir geänderten Form - bisher; keine Ahnung, was noch passiert.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Piraten und Freien Wähler zur Abstimmung. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Wortmann und Herr Hegenbarth. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann stelle ich den Änderungsantrag der SPD zur Abstimmung. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT, die Piraten, die AfD, Herr Wiener und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der LINKEN. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Abschließend stelle ich die Beschlussvorlage der Verwaltung in der geänderten Fassung mit dem eben von mir vorgetragenen Zusatz zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind die SPD-Fraktion, Herr Wortmann, die Piraten und DIE LINKE. Enthaltungen? - Enthaltungen von pro Köln und der AfD. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln):

1. *Der Rat stimmt der Beschlussvorlage 1832/2017 vom 28.6.2017 nicht zu und verzichtet auf den Bau eines Erweiterungsbaus für das WRM & FC etc. (Beschlüsse vom 28.6.2012 und 16.12.2014).*
2. *Der Rat beschließt den Verkauf des Grundstücks an Investoren und beauftragt die Verwaltung mit der Abwicklung.*
3. *Mit dem Erlös aus dem Grundstücksverkauf sollen Teile aus der Sammlung der Stiftung Corboud erworben und der nicht käufliche Bestand bei der Stifterfamilie verbleiben.*
4. *Der Rat lehnt die Notwendigkeit der Einrichtung neuer, repräsentativer Räume für die Ratsmitglieder und für die Durchführung städtischer Events (Pressekonferenzen, Präsentationen etc.) per Grundsatz ab.*
5. *Die Verwaltung informiert die Stifterfamilie, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage das Vorhaben des geplanten WRM & FC Erweiterungsbaus eingestellt wird.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz Museum & Fondation Corboud mit Blockrandbebauung wird nicht durch einen Investor realisiert und das diesbezügliche Investoren-Vergabeverfahren ist aufzuheben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz Museums & Fondation Corboud mit Blockrandbebauung stattdessen in eigener Bauherrenschaft unter größtmöglicher Inanspruchnahme privater Planungs- und Bauleistungen zu realisieren.

Die Verantwortung für den Bau soll ausschließlich dem Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen unterliegen. Gerade vor dem Hintergrund der städtischen Planungsmängel bei anderen Großbauvorhaben, sind Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar zu benennen und voneinander abzugrenzen.

Vor Aufnahme der Planung wird die Verwaltung daher gebeten, darzustellen

1. *in welcher Organisationsstruktur der Erweiterungsbau mit Blockrandbebauung durchgeführt werden soll.*
2. *wie gewährleistet wird, dass die Übernahme der Aufgabe durch die Gebäudewirtschaft nicht mit Verzögerungen für die dringend erforderlichen Schulbauten verbunden ist.*
3. *welches Raumprogramm für die Blockrandbebauung vorgesehen ist. Welche Anzahl an Räumen soll geschaffen werden? Welche Funktion sollen diese konkret haben?*
4. *wie sich die angesetzten Planungskosten i.H.v. 14,2 Mio Euro zusammensetzen. Gerade vor dem Hintergrund, dass für den Museumsteil bereits eine Planung vorliegt, erschließt sich die Höhe der Planungskosten derzeit nicht. Vor allem ist nicht nachvollziehbar, worauf sich die Planungskosten beziehen, wenn nicht zumindest ein Raumprogramm vorliegt.*
5. *wie die weitere Beteiligung der politischen Gremien stattfinden soll.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

III. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Der Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz Museum & Fondation Corboud mit Blockrandbebauung wird nicht durch einen Investor realisiert und das diesbezügliche Investoren-Vergabeverfahren ist aufzuheben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz Museums & Fondation Corboud mit Blockrandbebauung stattdessen in eigener Bauherrenschaft ~~unter größtmöglicher Inanspruchnahme privater Planungs- und Bauleistungen~~ zu realisieren.

Die Verwaltung stellt vor Planungsaufnahme dar,

a. *wie sie zu der lediglich in der Begründung erwähnten Annahme kommt, dass sich zwischenzeitlich im Vergleich zu den bisherigen Planungen geänderte Bedarfe für Nutzflä-*

chen entwickelt hätten und stellt diese in den entsprechenden Gremien des Rates zur Diskussion und zur Beschlussfassung.

b. Mit welchen Prioritäten, sie welche Bauvorhaben, durch welche verantwortliche Verwaltungseinheit verfolgt, wie deren zeitliche Realisierungsschritte gelegt sind und wie die Absprachen hierzu untereinander laufen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

IV. Beschluss gemäß Vorlage – in modifizierter Fassung:

Der Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz Museum & Fondation Corboud mit Blockrandbebauung wird nicht durch einen Investor realisiert und das diesbezügliche Investoren-Vergabeverfahren ist aufzuheben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz Museums & Fondation Corboud mit Blockrandbebauung stattdessen in eigener Bauherrenschaft unter größtmöglicher Inanspruchnahme privater Planungs- und Bauleistungen zu realisieren.

Die Verwaltung wird zeitnah ein Raumprogramm für den Gebäudeteil, den die Verwaltung nutzen soll, vorlegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

10.35 Sanierung der Reliefs am Heinzelmännchenbrunnen
1166/2017

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde unter dem Oberpunkt Schenkungen zur Abstimmung aufgerufen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 10.36 auf:

10.36 Leitprojekt: Strategisches Stadtentwicklungskonzept "Kölner Perspektiven 2030"
Beschluss zur Erarbeitung der "Kölner Perspektiven 2030" auf Grundlage des vorgeschlagenen Verfahrens (siehe Anlage 1)
Beschluss zur Vergabe und Beauftragung der notwendigen externen Unterstützung
1331/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Verfahren zur Erstellung des Strategischen Stadtentwicklungskonzeptes „Kölner Perspektiven 2030“ (siehe Anlagen 1 und 2) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung die für das Verfahren notwendigen externen Unterstützungsleistungen zu vergeben und zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.37 Elektronisches Untersuchungs-, Überwachungs-, Behandlungs- und Dokumentationssystem (EMDS) für den Rettungsdienst
1476/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Beschaffung eines Elektronischen Untersuchungs-, Überwachungs-, Behandlungs- und Dokumentationssystem (EMDS) für den Rettungsdienst der Stadt Köln mit einem Gesamtvolumen i. H. v. 5.355.000 €.

Finanzierung:

Die Finanzierung der Defibrillatoren für den Rettungsdienst der Stadt Köln als Ersatzbe-

schaffung für bereits vorhandene Fahrzeuge i. H. v. 3.156.000 € erfolgt aus veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplans 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und bei Zeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen im Haushaltsjahr 2017.

Darüber hinaus erfolgt die weitere Finanzierung von Defibrillatoren bei Neufahrzeugen im Haushaltsjahr 2017 aus veranschlagten Mitteln des Teilfinanzplans 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst (Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge) i. H. v. 880.000 € auf Grundlage der Umsetzungsmaßnahmen des Rettungsdienstbedarfsplanes 2016 der Stadt Köln – Teil 1 (Session-Nr. 2541/2016).

Die Finanzierung von Defibrillatoren außerhalb von Fahrzeugen im Haushaltsjahr 2018 mit einem Volumen i. H. v. 850.000 € erfolgt aus veranschlagten Mitteln des Teilfinanzplans 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst (Finanzstelle 3703-0212-0-0300, Techn. Geräte).

2. *Der Rat beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen mit Kassenwirksamkeit 2018 in Höhe von 850.000 € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0300, Technische Geräte. Die Deckung erfolgt durch entsprechend geringere Verpflichtungsermächtigungen im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3701-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge, Hj. 2017.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Wiener verlässt die Ratssitzung endgültig.

10.38 Erweiterung der Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle sowie Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof (KAD 1)
1964/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE.
AN/1065/2017)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dazu gibt es eine Rednerliste. Frau Tokyürek beginnt.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Paetzold hat sich aber auch gemeldet!)

- Entschuldigung! Das habe ich nicht gesehen. Er steht nicht auf meiner Liste. - Dann zuerst Herr Paetzold.

(Martin Börschel [SPD]: Danke schön!)

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beziehe mich in meiner Rede im Wesentlichen auf den Änderungsantrag, den die Fraktion DIE LINKE und die SPD-Fraktion eingebracht haben. Eigentlich wollte ich Ihnen sagen: Er ist selbsterklärend, aber leider ist er durch ein Versehen der Verwaltung oder von wem auch immer eben erst verteilt worden. Wir hatten ihn rechtzeitig vor der Sitzung eingestellt; das können Sie nachprüfen. Deshalb muss ich jetzt doch einige Worte mehr dazu verlieren.

Zunächst zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Wir begrüßen diesen ausdrücklich und finden, es ist überfällig, dass die Öffnungszeiten der Einrichtung Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof endlich wieder erweitert werden. Es war ein bisschen unfair, dem Drogenkonsumraum vorzuwerfen, er würde nicht richtig funktionieren, und ihm gleichzeitig die Zuschüsse zu kürzen, sodass der Träger zwangsläufig die Öffnungszeiten einschränken musste. Dass das jetzt zurückgenommen wird, finde ich sehr gut. Dafür danke ich dem Dezernat und dem Dezernenten Dr. Rau ganz herzlich. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass Sie noch ein bisschen mehr Geld in die Hand nehmen. Damit hätte man auch am Wochenende abends Öffnungszeiten ermöglichen können; denn - das wissen wir beide genau - Drogensucht kennt nun einmal kein Wochenende und auch keinen Sonntagabend. Aber das, was jetzt kommt, ist auf jeden Fall gut.

„Geld“, das ist das Stichwort, um jetzt zu unserem Änderungsantrag ein paar Worte zu verlieren. Wir haben in den Haushalt für 2017 800.000 Euro für die Drogenhilfeeinrichtung am Neumarkt

mit einem Drogenkonsumraum eingestellt. Nun hat uns die Verwaltung mitgeteilt, dass sie trotz aller Bemühungen, die wir sehr anerkennen und respektieren, nicht mehr damit rechnet, dass der Drogenkonsumraum bzw. die Drogenhilfeeinrichtung am Neumarkt noch in diesem Jahr eröffnet werden kann. Angesichts der Probleme, von denen wir gehört haben und die uns vorgetragen wurden, glauben wir das auch nicht. Wir vermuten, dass sich die Realisierung noch weit in das Jahr 2018 verzögern wird; denn bis zum heutigen Tag - wir sind kurz vor der Sommerpause - gibt es noch immer kein Umsetzungskonzept, über das wir ja hier im Rat beschließen müssten, und auch noch keinen gesicherten Standort.

Aber: Es gibt dieses Budget von 800.000 Euro. Ziehen wir einmal die 100.000 Euro für den Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof ab - man kann Geld ja nur einmal ausgeben -, bleiben immer noch 700.000 Euro. Es gibt ein Budget, und es gibt einen Punkt 4 des Beschlusses des Rates vom 28. Juni 2016, den ich Ihnen kurz vorlesen will:

> Die Verwaltung wird ... beauftragt, parallel zur Einrichtung des Drogenhilfeangebotes im Umfeld des Neumarktes ein Konzept zur Weiterentwicklung des Drogenhilfeangebotes für die Stadtbezirke Kalk und Mülheim zu entwickeln. Dieses Konzept schließt bei Bedarf auch Drogenkonsumräume ein. In die Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes fließen die Erfahrungen und Auswirkungen des Drogenhilfeangebotes einschließlich Drogenkonsumraum im Umfeld des Neumarktes ein.

Also: Wir haben nicht nur 700.000 Euro Budget, sondern wir haben auch einen Ratsbeschluss.

Deshalb unser Vorschlag, den Sie gerade eben bekommen haben: Wenn es am Neumarkt doch noch ein bisschen länger dauert - das ist bedauerlich genug -, soll die Verwaltung jetzt die Standorte in Kalk und Mülheim vorziehen und prüfen. Sie soll uns Umsetzungskonzepte dafür liefern, dann nach Immobilien suchen und möglichst schnell wenigstens an einem dieser Standorte ein Drogenhilfeangebot, wahrscheinlich mit Drogenkonsumraum, einrichten. Denn: Die Drogenabhängigen und die übrige Bevölkerung in Kalk und in Mülheim warten genauso dringlich auf Unterstützung und Hilfe von Rat und Verwaltung wie die Menschen am Neumarkt. Wenn es am Neumarkt jetzt noch nicht klappt, sollten wir das Geld, das wir für dieses Projekt eingeplant hatten, nicht einfach liegen lassen, sondern es dafür einsetzen, dass es in Kalk und in Mülheim schneller vorangeht.

Ich bitte um Ihre Unterstützung und sage: Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Noch einmal zum Ablauf, wie es zu unserem Antrag kam: Mit Beschluss vom Juni 2016 wurde die Verwaltung beauftragt, ein Umsetzungskonzept für die Einrichtung eines Drogenhilfeangebots mit Drogenkonsumraum in Neumarktnähe zur Beschlussfassung vorzulegen. Zudem wurde die Verwaltung beauftragt, in die Konzeption von Drogenhilfeangeboten in Kalk und Mülheim bei Bedarf auch einen Drogenkonsumraum mit einzuschließen. Die Erfahrungen und Auswirkungen des Drogenhilfeangebots in Neumarktnähe sollten darin einfließen.

Die Inbetriebnahme des Drogenhilfeangebots in Neumarktnähe wird dieses Jahr nicht mehr erfolgen, so die Verwaltung. Wahrscheinlich wird das sogar bis in das Jahr 2018 hinein dauern. Es ist daher auf jeden Fall zu begrüßen, dass in der Zwischenzeit die Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle am Hauptbahnhof dauerhaft erweitert werden sollen. Deswegen werden wir der Vorlage auf jeden Fall zustimmen.

Es soll sich jedoch um eine befristete Teillösung handeln. Meine Damen und Herren, es ist mir nicht recht, dass wir diese Vorlage zur Erweiterung der Öffnungszeiten missbrauchen müssen, um unseren Antrag in den Rat einzubringen. Da aber abzusehen war, dass die Ratsmehrheit unserem Antrag keine Dringlichkeit zuerkennen würde, obwohl er so dringlich ist, blieb uns nichts anderes übrig, um das Thema noch vor der Sommerpause auf die Tagesordnung zu holen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die derzeitigen Erfahrungen mit der Einrichtung eines Drogenkonsumraums in der Innenstadt zeigen überdeutlich, wie schwierig dies in einem lange gewachsenen Umfeld ist. Im Kalker Süden aber wird gerade ein Gebiet, anschließend an die Hallen Kalk, entwickelt. Erst letzten Samstag endete dort ein Werkstattverfahren. Der Siegerentwurf sieht Räume für die Drogenberatungs-

stelle Vision e. V. inklusive eines Gedenkgartens vor. Das ist der Moment, wo man von Anfang an ein Drogenkonsumraum etablieren kann und muss.

Da es in Kalk einen breiten Konsens für die Einrichtung eines Drogenkonsumraums gibt und dessen dringende Notwendigkeit nicht nur von der Bezirkspolitik und den sozialen Akteuren vor Ort gesehen wird, sondern auch vom Ordnungsdienst, der Polizei und sogar vom Inspektionsleiter Herrn Raschke, der nun wirklich nicht den Ruf hat, ein Linker zu sein, bitte ich Sie, mit uns zusammen diesen dringend notwendigen Weg zu gehen. Die Beschlüsse dazu gibt es ja schon. Jeder Tag mehr, den wir abwarten, weil wir auf Erfahrungen hoffen, die wir an sich nicht brauchen, weil wir sie bereits aus anderen Städten kennen, ist ein verlorener Tag. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna hat das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu Ihnen, Herr Paetzold: Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Zuschüsse für den Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof zurückgefahren worden sind. Ja, das stimmt. Es ist aber aus meiner Sicht unfair, das der heutigen Oberbürgermeisterin anzulasten.

(Michael Paetzold [SPD]: Entschuldigung, Herr Unna! Das habe ich nie gesagt! Sie müssen mir dann bitte schon zuhören! Also erst zuhören, dann reden!)

- Okay. Wir sind uns einig, dass das zu Zeiten geschah, als die Verwaltung noch von einem SPD-Oberbürgermeister geführt wurde.

Wir sind uns auch einig, dass die Politik möglichst nicht Verwaltung spielen sollte. Insofern finde ich es bemerkenswert, dass hier in einem Satz dreimal Kalk und Mülheim genannt werden. Wenn ich mich recht entsinne, geht es um drogenkranke, schwerstabhängige Menschen. Wir haben hier ein gut funktionierendes Gesundheitsamt. Ich bin der Meinung, man sollte dort tätig werden, wo der Bedarf real existiert. Das muss nicht zwingend in Kalk und in Mülheim sein. Das wird vermutlich auch in Kalk und in Mülheim sein, nach meiner Einschätzung. Aber dafür haben wir Fachleute im Gesundheitsamt. Es könnte auch sein, dass im Kölner Norden Bedarf besteht. Es könnte auch sein, dass es am Kölnberg Bedarf gibt. Nicht wir vonseiten der Politik sollten festlegen, wo es Bedarf gibt. Dafür haben wir eine Verwaltung, die das feststellt.

(Michael Paetzold [SPD]: Kennen Sie den Beschluss aus dem letzten Jahr nicht? Da stehen Kalk und Mülheim drin!)

- Ich kenne den Beschluss vom letzten Jahr. Ich glaube, ich habe ihn mit herbeigeführt.

Wir waren wie andere Fraktionen auch auf der Bürgerveranstaltung der Stadt Köln und haben gemerkt, dass in der Sache ein unheimlicher Druck ist; da waren wir uns alle einig. Deswegen ist die Vorlage der Verwaltung auch gut und richtig, die Öffnungszeiten der Einrichtung am Hauptbahnhof wieder zu erweitern und das entsprechende Geld ins System zu geben, um möglichst schnell ein bisschen Druck herauszunehmen. Insofern stimme ich dem Kollegen Paetzold ausdrücklich zu.

Genauso schnell einig waren wir uns auch im Fachausschuss, übrigens auch mit den Kollegen von der LINKEN, die dort vertreten sind, dass es mit Sicherheit weiteren Bedarf gibt, auch im Rechtsrheinischen; da gebe ich Ihnen ebenfalls recht.

Die Positionskorrektur, die wir vorgenommen haben, ist - das sage ich hier ganz deutlich -: Wir verstehen, dass der Leidensdruck dieser Menschen, die sich am Neumarkt aufhalten, sehr groß ist. Groß ist aber auch die Angst vor der Sogwirkung, dass ein Drogenkonsumraum aus der ganzen Stadt schwerstkranke Menschen an den Neumarkt zieht, ob berechtigt oder nicht. Die Wissenschaft sagt: Diese Angst ist nicht berechtigt. Aber wir nehmen diese Ängste trotzdem ernst. Deswegen haben wir unsere Position teilweise korrigiert und sagen: Wir brauchen das nicht evidence-based, wir gucken uns das nicht mehr ein Jahr lang an und überlegen dann, sondern wir müssen schnellstmöglich weitere Räume suchen.

Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung: Wir haben eine Kämmerin, die die Mittel dafür finden muss. Wir haben ein Gesundheitsamt, das aus meiner Sicht - ich wiederhole mich gern an der Stelle - ausgesprochen qualifiziert arbeitet und uns sagen kann, welche Standorte für weitere Einrichtungen dieser Art am besten geeignet sind. Von

daher denke ich, dass es gut und richtig, die Vorlage in der Ursprungsfassung, die eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Anlaufstelle am Hauptbahnhof vorsieht, anzunehmen. Ich glaube, das wäre ein erstes wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger am Neumarkt.

Ich glaube auch, dass der Fachausschuss, nämlich der Gesundheitsausschuss, der richtige Ort dafür ist, um die Frage zu diskutieren: An welchen Stellen müssen wir schnellstmöglich weitermachen? Aber - ich zitiere jetzt die Kollegin, damit ich nicht falsch verstanden werde - den Missbrauch der Ursprungsvorlage, um das Vehikel hier in den Rat zu transportieren, lehnen wir ab. Deswegen würde ich die Versammlung bitten, den Änderungsantrag abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. - Ich muss gestehen, ich war auch etwas irritiert, als ich den Antrag gelesen habe. Inhaltlich haben wir das eigentlich schon beschlossen. Wir haben gesagt: Wir möchten einen Standort am Neumarkt haben, und wir möchten auch Standorte in Kalk und in Mülheim haben. Ich weiß, das war der SPD immer wichtig, und das ist auch richtig so. Insofern ist Ihre Forderung, dort Standorte einzurichten, nicht neu. Deswegen war ich irritiert, dass Sie das jetzt noch einmal beantragen. Mein Eindruck war, dass Sie nach dem Motto verfahren wollen: Was am schnellsten realisiert werden kann, das wird gemacht. - Ich glaube, das ist die falsche Priorität. Die Priorität muss sein: Dort, wo es am notwendigsten ist, muss es gemacht werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen tue ich mich sehr schwer mit Ihrem Antrag.

Ein weiterer Punkt. Sie sagen zu Recht: Die Probleme bei der Realisierung der Einrichtung am Neumarkt beruhen darauf, dass noch gar kein Konzept vorliegt. Das ist richtig. Dem kann ich nur zustimmen. Das erwarte ich auch. Aber Sie können doch nicht in Kalk und in Mülheim eine Einrichtung eröffnen, für die auch noch kein Konzept vorliegt. Das Argument, es gebe ja für die Einrichtung am Neumarkt noch nicht einmal ein Konzept, ist daher nicht überzeugend.

Ich bin zwar nicht im federführenden Ausschuss, dem Gesundheitsausschuss, aber ich wusste es trotzdem. Ganz überraschend ist es ja nun nicht, dass es nicht gelingen wird, bis Ende des Jahres einen Drogenkonsumraum am Neumarkt einzurichten. Liebe SPD, Sie sind doch pfiffig. Sie haben das doch auch gewusst. Jeder hier im Rat hat gewusst, dass wir diesen Standort nicht bis Ende des Jahres auf die Reihe kriegen werden.

Sie hatten das Budget von 800.000 Euro angesprochen. Dieses Budget ist für das ganze Jahr 2017 in den Haushalt eingestellt worden. Ein Teil dieser Mittel wurde schon verwendet. Insofern ist Ihre Rechnung, es seien noch 700.000 Euro übrig, falsch. Wenn ich es richtig sehe, haben wir die Mittel in dieser Höhe gar nicht mehr. Aber das müsste ja aufzuklären sein.

Insofern ist es gut und richtig, dass es eine Verbesserung am Hauptbahnhof geben wird. Deswegen werden wir der Vorlage zustimmen. Das, was Sie vorschlagen, kann im Gesundheitsausschuss beschlossen werden, wobei wir diesen Beschluss eigentlich schon gefasst haben. Aber wenn es dazu führt, dass Sie sich gut fühlen, können wir das ja noch einmal machen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Paetzold noch einmal.

Michael Paetzold (SPD): Es liegt bestimmt daran, dass ich mich missverständlich ausgedrückt habe. Liebe Frau Hoyer, natürlich haben wir den Beschluss zusammen mit den anderen Kollegen erarbeitet und auch einstimmig hier in diesem Haus beschlossen. Daran rüttele ich auch gar nicht. Ich verstehe nicht, weshalb Herr Unna plötzlich die Standortfrage wieder aufdröselt, die der Rat hier vor gut einem Jahr so beschlossen hat. In dem Beschluss sind auch die Bezirke Mülheim und Kalk festgehalten. Ich war auch sehr dafür. Ich will diesen Beschluss auch nicht in Abrede stellen. Vielmehr habe ich gemeinsam mit den Kollegen von der LINKEN vorgeschlagen, wenn es am Neumarkt aus nachvollziehbaren Gründen nicht vorangeht, dann lasst uns doch an anderer Stelle schon einmal loslegen. Die Not ist an allen Stellen gleich. Fragen Sie die Rettungsassistenten! Fragen Sie die Feuerwehr, wo sie ihre Einsätze fährt! Das ist halt einfach so.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will einen Kompromissvorschlag machen. Lassen Sie uns das in die Haushaltsplanberatungen schieben und im Gesundheitsausschuss neu aufmachen. Fachlich sind wir ja überhaupt nicht auseinander.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor, und darüber lasse ich auch abstimmen.

Bevor ich Herrn Dr. Rau das Wort gebe, will ich noch Folgendes sagen: Ich finde es gut, dass hier in diesem Hause nicht nur über die Sache an sich diskutiert wird, sondern Sie sich so tiefgehend damit beschäftigt haben, dass Sie auch Orte vorschlagen. Die Vergangenheit sollte man ruhen lassen. Für die Bevölkerung ist das nicht gerade eine gewöhnliche Einrichtung. Die Kölnerinnen und Kölner müssen sich erst einmal daran gewöhnen, dass es auch solche Angebote in der Stadt gibt.

Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Damen und Herren! Ich will auf einige Punkte eingehen.

Erstens: Weshalb kommt es zu einer Verzögerung am Neumarkt? Sie alle wissen: Seit über zweieinhalb Jahren suchen wir ein Gebäude. Wir haben jetzt ein Gebäude in Aussicht. Dieses Gebäude ist aber noch nicht wirklich final nutzbar, weil es noch Umbaunotwendigkeiten gibt. Diese sind zum einen bedingt durch die Konzeption, die die Landesverordnung für die Inbetriebnahme und Unterhaltung von Drogenkonsumräumen nach sich zieht. Zum anderen zwingen uns auch Arbeitsschutzmaßnahmen, das Arbeitsschutzgesetz und dessen Verordnungen zu Umbaumaßnahmen. Wir sind gerade in der Planung und stellen auch schon Finanzierungsüberlegungen an. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir bis zum Jahresende die Umbaumaßnahmen, zumindest wie geplant, umgesetzt haben werden. Das heißt: Inbetriebnahme in 2018.

Nicht nur deshalb, aber auch deshalb schlagen wir Ihnen in unserer Vorlage vor, für die Einrichtung am Hauptbahnhof endlich wieder die Öffnungszeiten zu realisieren, die es dort am Anfang einmal gab und die auch notwendig sind. Insofern ist es richtig: Wir brauchen für die Einrichtung am Hauptbahnhof die in der Vorlage vorgesehenen Öffnungszeiten.

(Beifall von Michael Paetzold [SPD])

Zweitens. Sie hatten das noch nicht vorliegende Konzept für die Einrichtung am Neumarkt angesprochen. Natürlich haben wir Konzepte. Es gilt eben diese Landesverordnung zur Inbetriebnahme und Unterhaltung von Drogenkonsumräumen. Das ist das Leitkonzept. Wir haben auch einen ausführlichen Suchtbericht 2016, der ebenfalls ein ausführliches Konzept beinhaltet. Zudem haben wir vor zwei Wochen Besuch vom Gesundheitsministerium und von der Bezirksregierung gehabt, die uns noch einmal ins Stammbuch geschrieben haben, was wir aus deren Sicht genau zu tun haben. Das war erst vor zwei Wochen. Deswegen können wir jetzt erst mit dem Input, den wir von dort erhalten haben, das Konzept machen.

Lassen Sie mich noch ein Drittes sagen: Es ist so, dass nicht alle Beteiligten einen solchen Drogenkonsumraum als entlastend betrachten. Wie hier eben schon angesprochen: Die Bevölkerung und auch Geschäftstreibende am Neumarkt gehen gerade auf die Barrikaden. Die Interessengemeinschaft Neumarkt sieht den Neumarkt durch die Einrichtung und den Betrieb eines Drogenkonsumraums eher als gefährdet an. Sie hat das Thema Dezentralisierung auf den Plan gebracht, möglichst weg vom Neumarkt.

Wir sind überzeugt: Der Drogenkonsumraum am Neumarkt wird den Betroffenen helfen, aber auch die Situation am Neumarkt insgesamt entspannen. Wir sind überzeugt: Es wird dort zu einer Entlastung kommen. Wir stehen dort noch in der Überzeugungspflicht. Weder der Runde Tisch noch die doppelten Informationsveranstaltungen, die wir jetzt angeboten haben, waren hinreichend, um alle dort Anwesenden wirklich zu überzeugen. Deswegen bin ich wiederum überzeugt, dass wir wohl gegen einen gewissen Widerstand diesen Drogenkonsumraum dort einrichten müssen. Meine Bitte ist, dass Sie von der politischen Seite uns auf der Verwaltungsseite unterstützen und wir gemeinsam zu der hier getroffenen Entscheidung stehen, diesen Drogenkonsumraum dort einzurichten.

Vorletzter Punkt zum Thema Dezentralisierung von neuen Drogenkonsumräumen in der Umgebung des Neumarkts wie auch weiterläufig, nämlich genau dort, wo sie gebraucht werden. Das ist Kalk, das ist Mülheim, das ist vielleicht auch

der Ebertplatz. Sie müssen allerdings wissen: Jeder Drogenkonsumraum, egal wie viele Plätze er hat, kostet ungefähr 800.000 Euro pro Jahr. Das ist durch die Öffnungszeiten und die Anforderungen an das Personal bedingt. Das heißt: Wir reden hier schnell über ganz ordentliche Summen. Das müssen wir uns vergegenwärtigen.

Abschließend zum Thema 800.000 Euro im Haushaltsjahr 2017. Die haben wir anteilig schon verwendet, aber nicht irgendwie geheim. Vielmehr haben wir in jeder überplanmäßigen Ausgabe für andere Projekte in der jeweiligen Vorlage festgehalten, dass wir Geld von diesen nicht vollumfänglich benötigten 800.000 Euro verwendet haben. Das ging immer durch die Ausschüsse und auch durch den Rat. Das heißt: Hintenherum ist da definitiv nichts passiert.

Letzter Satz. Ich bin überzeugt, dass wir über die Einrichtung dieser Drogenkonsumräume eine deutliche Besserung realisieren werden. Wir werden das überall gegen den Widerstand der Lokalität machen müssen. Wir müssen da zusammenhalten. Das ist fachlich und international evidenzbasiert nachgewiesen der richtige Weg, mit schwer Drogenabhängigen umzugehen. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Rau. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Dr. Rau, eingedenk des Gesagten sind die SPD und DIE LINKE bereit, dem Antrag von Herrn Dr. Unna zu folgen, den Änderungsantrag in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nach der Geschäftsordnung können wir keine Änderungsanträge verweisen.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Nein, das glaube ich nicht. Wir prüfen das noch einmal bis zum Ende der Sitzung.

(Martin Börschel [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin, stellen wir uns nicht dümmer, als wir sind! Wir haben das schon x-mal gemacht!)

- Ja, oft gemacht hat man hier einiges. - Ich lasse jetzt zuerst über den Änderungsantrag und dann über die Vorlage abstimmen.

(Martin Börschel [SPD]: Wir möchten einen Verweisungsantrag stellen bzw. uns dem Vorschlag von Herrn Dr. Unna anschließen, unseren Antrag in die Haushaltsplanberatungen zu schieben!)

Zwischen Verweisung und Vertagung gibt es einen Unterschied.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Frank ist vielleicht so freundlich, mich zu unterstützen. - Ich weiß, dass die Stadtverwaltung für die gestrige Sitzung des Finanzausschusses eine Vorlage auf die Tagesordnung genommen hatte. Kollege Frank hat noch im Vorfeld der Sitzung, bei Feststellung der Tagesordnung, korrekterweise darauf hingewiesen, dass diese Vorlage nicht in den Finanzausschuss, sondern in die Haushaltsplanberatungen verwiesen worden ist. Daraufhin hat die Verwaltung diese Vorlage zur Sitzung des gestrigen Finanzausschusses wieder abgesetzt. - Das ist also ein ganz übliches Verfahren. Insofern spricht nichts dagegen.

Wir schlagen vor, es genauso zu machen, wie es Herr Dr. Unna hier eben beantragt hat. Das ist ein Ergänzungsantrag, der logischerweise unabhängig von der Vorlage beschlossen werden kann; das ist ein Add-on. Diesen Teil kann man selbstverständlich in die Haushaltsplanberatungen verweisen. Wir liefern die Belege gerne nach, wie oft wir das auch unter Ihrem Vorsitz, Frau Oberbürgermeisterin, hier im Rat schon gemacht haben. Wie gesagt, gestern im Finanzausschuss wurde das so gehandhabt. Herr Frank selbst hat korrekterweise darauf hingewiesen, dass es so gewesen sei.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Da ich angesprochen worden bin: Dabei handelte es sich nicht um einen Änderungsantrag, sondern um einen Hauptantrag. Dieser Hauptantrag hatte einen Inhalt, der haushaltsrelevant ist. Diesen Antrag hatte der Rat in die Haushaltsplanberatungen vertagt. Wie gesagt: Das war ein Haupt-

antrag. Er stand, weil falsch ausgezeichnet, auf der Tagesordnung des gestrigen Finanzausschusses. Da wir aber gestern keine Haushaltsplanberatungen hatten, wurde er in die Haushaltsplanberatungen im September/Oktober verschoben. Das ist ein ganz anderer Vorgang.

Hier geht es darum, dass wir eine Beschlusslage zu den Drogenkonsumräumen haben, die SPD aber offenbar einen Beschleunigungsfaktor haben will und deswegen zur Vorlage der Verwaltung zur Ausdehnung der Öffnungszeiten der Einrichtung am Hauptbahnhof einen Änderungsantrag gestellt hat. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann dem zustimmen oder man kann das ablehnen. Wenn wir das ablehnen, werden die beiden Drogenkonsumräume nicht infrage gestellt, weil sie längst beschlossen worden sind. Es geht offenbar hier um ein Spezialverfahren, das sich mir noch nicht so richtig erschlossen hat.

Einen Änderungsantrag ohne Hauptantrag irgendwohin zu verweisen, damit hätte ich auch ein Problem, weil das gemäß unserer Geschäftsordnung nicht zulässig ist. Deshalb kann man hier nur Ja oder Nein zu dem Antrag sagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank dafür, dass Sie auch noch einmal das gestrige Verfahren erklärt haben. Das kannte ich natürlich nicht.

Herr Börschel, zur Geschäftsordnung.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Wir werden uns im Nachgang dieser Sitzung darüber auseinandersetzen müssen, weil wir gleiches Recht für alle verlangen. Das sage ich ganz deutlich. Wir halten das für eine Beugung dessen, was wir üblicherweise hier im gemeinsamen Verfahren miteinander tun. Ich möchte für die SPD-Fraktion ankündigen, dass wir diesen Änderungsantrag als Hauptantrag zur nächsten Ratssitzung wieder einreichen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist doch wunderbar.

Martin Börschel (SPD): Sagen Sie das bitte nicht so von oben herab, Frau Oberbürgermeisterin!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sitze nun einmal oberhalb des Rednerpults.

Martin Börschel (SPD): Nein, ich meine Ihre Art und Weise. Ich glaube, das haben Sie auch verstanden, Frau Oberbürgermeisterin.

Uns geht es darum, dass zu jedem Antrag jeder Verfahrensantrag gestellt werden kann. Wir erwarten, dass Sie gleiches Recht für alle gelten lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel, Sie können immer davon ausgehen, dass ich Gleiches gleich behandle und Ungleiches nicht gleich.

(Martin Börschel [SPD]: Leider nicht!)

Es ist sehr schade, dass es hier zu einer solchen Situation kommt. Aber ich habe hier die Möglichkeit, so abstimmen zu lassen, wie ich möchte, und das werde ich jetzt auch tun.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag von SPD und LINKE abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE und die Piraten. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die AfD, Herr Wortmann, die FDP-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das im Ratsbeschluss vom 28.06.2016 „Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt“ Vorlagennummer 0438/2016, beschlossene Konzept zur Weiterentwicklung des Drogenhilfeangebotes für die Stadtbezirke Kalk und Mülheim nun vorzuziehen und die Drogenhilfeeinrichtungen in Kalk und Mülheim zu entwickeln, umgehend nach geeigneten Standorten im Kalk und Mülheim zu suchen und Immobilien anzumieten oder

Bauten zu errichten. Dafür ist zügig ein Umsetzungssetzungskonzept für diese Einrichtungen dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Die sicher schon weit fortgeschrittenen Arbeiten an dem Umsetzungskonzept für den Neumarkt sollten darin einfließen.

Sollten die Mittel nicht für Standorte in Kalk und Mülheim reichen, so soll die Drogenhilfeeinrichtung umgesetzt werden, die am schnellsten zu realisieren ist. Der Rat und die zuständigen Ausschüsse sind zeitnah über den Fortgang der Umsetzung zu informieren

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten abgelehnt.

Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt zunächst befristet bis zum 31.12.2017, die Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle sowie Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof (KAD 1) von wöchentlich 34,5 Stunden auf wöchentlich 50,25 Stunden zu erweitern.

Der Mehrbedarf im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 100.000 € wird finanziert durch Einsparungen innerhalb desselben Teilergebnisplans 0701 -Gesundheitsdienste-, Teilplanzeile 16 (800.000 EUR beim Sachkonto Mieten) bei der noch nicht umgesetzten Maßnahme „Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum um den Neumarkt“.

Für eine notwendige Weiterführung über den 31.12.2017 hinaus wird ein neuer Ratsbeschluss herbeigeführt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 12.1 auf:

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63475/01
Arbeitstitel: Häuschensweg in Köln-Bickendorf
1443/2017

War das eine Wortmeldung, Herr Wortmann? - Ja, bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist mir ein sehr ausführliches Schreiben von einer Interessengemeinschaft, die ich nicht kenne, zugegangen. Es wird sicherlich auch den Fraktionsspitzen und Gruppen zugegangen sein. Ich hatte Frau Müller darauf schon angesprochen und sie gebeten, kurz dazu Stellung zu beziehen. Vielleicht wäre eine kurze schriftliche Stellungnahme an die Mitglieder des Rates sinnvoll, die wir dann an diese Leute weiterleiten können. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, klären Sie uns bitte auf: Gehört das zu diesem Tagesordnungspunkt? Wir alle kennen den Inhalt des Schreibens nicht. - Gut. Wird das schriftlich beantwortet oder nicht? - Dann bitte ich Frau Müller, das kurz zu beantworten, wenn Sie wissen, worum es geht.

Anne Luise Müller (Stadtplanungsamt): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Wortmann, wir kennen diese Anregungen. Diese Anregungen sind in Anlage 4 der Vorlage behandelt, und zwar thematisch und inhaltlich. So verfahren wir mit allen Anregungen und Bedenken, die bei uns eingehen. Grundsätzlich werden sie in der Anlage 4 thematisch und inhaltlich zusammengefasst. Sie können als Ratsherren und Ratsdamen die gesamten Unterlagen für den Satzungsbeschluss immer vollständig einsehen. Insofern ist die Fragestellung, ob uns dieses Schreiben bekannt ist und wir die Anregungen entsprechend behandelt haben, zurückzuweisen. Das ist dargestellt.

Sie können mit der Bewertung der Stadtverwaltung darüber beschließen. Wir würden uns über den Satzungsbeschluss auch sehr freuen. Wie Sie wissen, sollen im Häuschensweg insgesamt 2.000 Wohneinheiten neu gebaut werden. Mit

dem jetzigen Beschluss kann für einen Teil, nämlich für 170 Wohneinheiten, noch dieses Jahr mit dem Bau begonnen werden. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Müller. - Herr Wortmann noch einmal.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Frau Müller, wäre es möglich, diese Interessengemeinschaft darüber zu informieren, dass Sie den Rat umfassend in Kenntnis gesetzt haben?

(Zurufe)

Es wäre schon gut, wenn derjenige auch schriftlich darüber informiert würde; denn ich kenne keine Antwort.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Müller, würden Sie bitte noch einmal das Vorgehen erläutern?

Anne Luise Müller (Stadtplanungsamt): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Wortmann, nachdem der Satzungsbeschluss gefasst ist und Sie damit auch über diese Anregungen entschieden haben, werden alle diejenigen, die Anregungen und Bedenken geäußert haben, benachrichtigt. Sie erhalten das Ergebnis des Beschlusses, also wie in der Sache entschieden worden ist. Insofern bekommen auch diese Fragesteller nach dem Satzungsbeschluss eine Information.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich hoffe, dass Ihre Fragen damit beantwortet sind. Diese Bürger werden informiert.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gern darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Bei der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63475/01 für das Gebiet zwischen Häuschensweg und Subbelrather Straße/Grüner Brunnenweg, östlich angrenzend an die Rosenhofsiedlung in Köln-Bickendorf — Arbeitstitel: Häuschensweg in Köln-Bickendorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63475/01 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 12.2 auf:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63469/07
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld
1511/2017

(Zuruf: Wie Stadtentwicklungsausschuss!)

Ich lasse abstimmen, wie StEA; selbstverständlich. - Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 06.07.2017:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 63469/07 für das Gebiet zwischen der Vogelsanger Straße, der Bahntrasse und dem Maarweg in Köln-Ehrenfeld —Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-*

Ehrenfeld— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;

2. *den Bebauungsplan-Entwurf 63469/07 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;*

3. *den Bebauungsplan 63469/07 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

4. *es wird bekräftigt, dass im Bereich der Ostspitze des Güterbahnhofgeländes im Rahmen der Umsetzung möglichst kulturwirtschaftliche und soziokulturelle Nutzungen zu berücksichtigen sind."*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf
Arbeitstitel: Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf, 2. Änderung
1491/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf –Arbeitstitel: Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf, 2. Änderung– für das Gebiet zwischen Von-Hünefeld-Straße, Alte Escher Straße, Butzweilerstraße, Nordgrenze der Flurstücke 1393 und 1403, Nordwestgrenze der Flurstücke 990, 1513, 1502, 1510, Nordwest- und Südwestgrenze des Flurstückes 1429, Westgrenze des Flurstückes 1545, Südostgrenze des Flurstückes 519, alle Flur 8 der Gemarkung Longerich, und Mathias-Brügen-Straße in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Eil
Arbeitstitel: Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil
1669/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Eine Enthaltung?

(Henk van Benthem [CDU]: Die CDU enthält sich!)

- Das war jetzt sehr dezent. - Bei Enthaltung der CDU ist das trotzdem so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Eil –Arbeitstitel: Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil– für den Bereich zwischen dem nördlich gelegenen Bauhaus, begrenzt im Osten durch die Neue Eiler Straße, im Süden durch die Carlebachstraße und im Westen durch die angrenzende Grünfläche (Grundstücke Gemarkung Eil, Flur 16, Flurstücke 879 und 904) in Köln-Porz-Eil in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Finkenberg

Arbeitstitel: Humboldtstraße in Köln-Porz-Finkenberg
1666/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Finkenberg –Arbeitstitel: Humboldtstraße in Köln-Porz-Finkenberg– für das Gebiet zwischen der Humboldtstraße oberhalb des Parkhauses (Flurstück 731) in südlicher Richtung bis zur Ecke Theodor-Heuss-Straße 134 bis 136, hier entlang in östlicher Richtung bis Theodor-Heuss-Straße 59, dann entlang der südwestlich verlaufenden Grundstücksgrenze (Flurstücke 910 und 127) in nordwestlicher Richtung zurück bis zur Ecke des Parkhauses, dann in westliche Richtung entlang der Flurstücksgrenze 731 bis zur Humboldtstraße in Köln-Porz-Finkenberg in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 16.1 auf:

16.1 259. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0937/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 259. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Sinziger Straße von Bonner Straße bis Grenze des Bebauungsplans 67409/04 in Köln-Marienburg
1474/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Sinziger Straße von Bonner Straße bis Grenze des Bebauungsplans 67409/04 in Köln-Marienburg in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Friederike-Nadig-Weg/Marion-Dönhoff-Weg von Astrid-Lindgren-Allee bis Astrid-Lindgren-Allee in Köln-Brück
1465/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Friederike-Nadig-Weg/Marion-Dönhoff-Weg von Astrid-Lindgren-Allee bis Astrid-

Lindgren-Allee in Köln-Brück in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 17:

17 Wahlen

17.1 GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln: Entsendung eines Stellvertreters für den Aufsichtsrat
0092/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet entsprechend § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln für das am 02.09.2014 vom Rat der Stadt Köln bereits entsandte Mitglied des Aufsichtsrates, Herrn Michael Josipovic, folgenden Stellvertreter bzw. folgende Stellvertreterin:

bereits entsandtes Mitglied:

1) Herr Michael Josipovic

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NW die Oberbürgermeisterin bzw. der/die von ihr vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln

Stellvertreterin:

Frau Brigitte Scholz

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NW die Oberbürgermeisterin bzw. der/die von ihr vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.
Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.2 Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Umwelt und Grün
1529/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier stimme ich nicht mit. - Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Gem. § 23a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln wählt der Rat auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Herrn Frank Feles als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss Umwelt und Grün gem. § 58 Abs. 4 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.3 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss
1499/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch hier stimme ich nicht mit. - Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als beratende Mitglieder des Evangelischen Jugendpfarramts

Herrn Daniel Drewes (Evangelisches Jugendpfarramt) in der Funktion des Hauptmitgliedes

sowie

Herrn Arno Kühne (Evangelisches Jugendpfarramt) in der Funktion des persönlichen Vertreters von Herrn Drewes

in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Herr Jörn Ruchmann und Frau Katrin Reher verlieren damit ihre Position im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.4 Benennung der Vertreterin/des Vertreters und deren Stellvertretung für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „aKDn- sozial“
1022/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Als Vertreter der Stadt Köln wird für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aKDn-sozial benannt:

Herr Michael Schoos, Amt für Informationsverarbeitung

und als seine Stellvertreterin Frau Birgit Woltmann, Amt für Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.5 KölnTourismus: Bestellung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
1844/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt gemäß § 108a – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten – GO NRW folgenden Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der KölnTourismus GmbH:

Herrn Stefan Hoff

Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.6 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB)
Bestellung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat
1915/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt gemäß § 108a – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten - GO NRW folgende Arbeitnehmervertreter/innen in den Aufsichtsrat der KGAB:

Frau Ursula Klawitter

Herr Jakob Schröder

Herr Norbert Bittner

Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.7 SBK-Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertretern/innen in den Aufsichtsrat
1836/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine.

Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt gem. § 108a – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten – GO NRW folgende Arbeitnehmervertreter/innen in den Aufsichtsrat der SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH

Marion Krohn-Muheibesch

Klaus Keller

Andreas Greggersen

Hanne Cürten

Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt und Grün und Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
AN/1040/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz

als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt und Grün und Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Verkehrsausschuss
AN/1059/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Andreas Feld scheidet als Sachkundiger Einwohner aus dem Verkehrsausschuss aus.

Der Rat benennt daher auf Vorschlag der FDP-Fraktion als Nachfolger Herrn Klaus Uckrow, wohnhaft Dorfheidestr. 26, 51069 Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Bauausschuss und im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
AN/1060/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Dr. Christian Beese scheidet als Sachkundiger Einwohner aus dem Bauausschuss und dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft aus.

Der Rat benennt daher auf Vorschlag der FDP-Fraktion in Nachfolge Herrn Andreas Michalak, wohnhaft Idastraße 21, 51069 Köln, als Sachkundigen Einwohner im Bauausschuss und im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme nun zu Tagesordnungspunkt 18:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 MiQua - Aktuelles Raumprogramm und Eingangsplanung
1550/2017

Hier geht es um die Genehmigung der Entscheidung in der Fassung des Hauptausschusses, Anlage 10. - Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so genehmigt.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 12.06.2017:

Der Rat nimmt das Raumprogramm zur MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier im Bereich des Einganges zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

a. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftige weitere Umplanungen und Festlegungen für die Gestaltung der MiQua sowie Kostenentwicklungen frühzeitig den zuständigen Gremien des Rates der Stadt Köln (Unterausschuss Kulturbauten, Ausschuss Kunst und Kultur, Finanzausschuss) darzustellen und Entscheidungen in Form von Beschlussvorlagen einzuholen.

b Entscheidungen der LVR-Verwaltung und des politischen Lenkungskreises (Stadt, LVR) sind den o.a. Ratsgremien rechtzeitig darzustellen. Die Niederschriften des politischen Lenkungskreises werden zudem dem Unterausschuss Kulturbauten und Ausschuss Kunst und Kultur mitgeteilt.

c Der Rat beauftragt die Verwaltung, Maßnahmen vorzustellen, wie auf dem Augustusplatz angemessene Nutzungen ermöglicht werden können, damit der Platz seiner Rolle als Ort der Begegnung zwischen zwei bedeutenden Museen der Stadt gerecht werden kann, z. B. durch Außengastronomie.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

18.2 Aufhebung der 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2017 vom 27.03.2017 und Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neustadt-Süd, Deutz, Nippes und Rath/Heumar
1551/2017

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin und eines Ratsmitgliedes:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 41 GO NW und § 6 LÖG NW wird die als Anlage 1 beigefügte Verordnung beschlossen.

Köln, den 24.05.2017

gez. Reker	*gez. Breite*
Oberbürgermeisterin	*Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir vorhin vereinbart, kommen wir nun zurück zur Vorlage „Planungsbeschluss zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums“, jetzt in der

Neufassung. Ich rufe dazu erneut Tagesordnungspunkt 10.32 auf:

10.32 Planungsbeschluss zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums 1767/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1042/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT AN/1048/2017

Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Beigeordnete Frau Blome! Ich habe für die Verwaltung noch eine erfreuliche Information. Ich darf hier für die SPD-Fraktion, für die CDU-Fraktion, für die Fraktion der Grünen und für die FDP-Fraktion sprechen. Wir werden Ihrer so geänderten Vorlage zustimmen. Wir möchten, dass der Antrag der SPD-Fraktion wie auch unser gemeinsamer Antrag in die Entscheidungssitzung vertagt wird. Wir bitten Sie, bis dahin unsere Anträge zu prüfen. Uns ist insbesondere die Prüfung einer Teilöffnung wichtig. Der SPD war wichtig, zu prüfen, in welchem Dezernat der Bau später angesiedelt werden soll, aber das haben wir von der Oberbürgermeisterin schon erfahren. - Also: In der Form könnten wir das lösen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nicht ganz, Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Bitte?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil wir keine Änderungsanträge vertagen. Es tut mir leid, dass ich jetzt wieder damit kommen muss.

Ulrich Breite (FDP): Dann nehmen Sie sie bitte als Material mit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist möglich.

Ulrich Breite (FDP): Das ist doch möglich. Frau Oberbürgermeisterin, ich lerne immer von Ihnen. - Dann bitten wir Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Anträge als Material mitzunehmen. Ob wir sie später noch einmal neu stellen müssen, werden wir dann ja sehen. Aber bis dahin können Sie schon damit arbeiten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das werden wir tun.

Ulrich Breite (FDP): Ich sehe Kopfnicken bei der Verwaltung. Deshalb bin ich da ganz zuversichtlich. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge hat sich damit erledigt.

Dann lasse ich jetzt über die so geänderte Verwaltungsvorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Neufassung des Beschlussvorschlages der Verwaltung:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

a. im Rahmen des § 82 GO NW mit der Planungsaufnahme zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums mit einem Kostenvolumen von rund 4.500.000 € (Planungskosten) und einem Gesamtfinanzrahmen von mindestens 34,5 Mio. € (Baukosten).

Die in der Vorlage 1301/2015 zur Historischen Mitte genannten Risikokosten von maximal 7.200.000 € (Kosten ohne Risiko 34,5 Mio. €, Kosten mit Risiko 41,7 Mio. €) zur Bestimmung des Kostenrahmens für die Ausführung sind durch die Planung nachzuweisen und in einem weiteren Beschluss zu genehmigen (Baubeschluss).

b. vor der Durchführung des Sanierungsvorhabens die folgenden zwei Modelle der Projektvergabe zu prüfen, gegenüberstellend zu vergleichen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen:

- *Planungs- und Bauleistungen aus einer Hand (Totalunternehmervergabe)*
- *Planung separat | Bauleistungen aus einer Hand (Generalunternehmervergabe)*

c. *die von der Entscheidung über das Modell der Projektvergabe unabhängigen Planungsleistungen (Grundlagenermittlung gemäß Leistungsphase 1 HOAI sowie Teile des Vorentwurfs gemäß Leistungsphase 2 HOAI) unverzüglich auszuschreiben und zu beauftragen.*

2. *Gleichzeitig beschließt der Rat die Mittelfreigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 4.500.000 € bei der Finanzstelle 4512-0403-0-1000 – Sanierung RGM, im Teilfinanzplan 0403 – Römisch-Germanisches Museum, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die vorliegenden Änderungsanträge werden als Arbeitsmaterial an die Verwaltung überwiesen.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich schließe den öffentlichen Teil der Sitzung.

(Schluss: 21.34 Uhr)

31. Sitzung vom 28. September 2017

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung der Installation "Your Name here" von 2016 von Christian Philipp Müller

2231/2017

2.2 Schenkung in Höhe von 22.000€ zum Erwerb einer Skulptur des Propheten Rogerus von Sam Fogg

2548/2017

2.3 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers der Stadt Köln

2550/2017

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe GUT sowie dem Einzelmandatsträger Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Resolution zur Agenda Nachhaltige Entwicklung in Kommunen"

AN/1327/2017

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Instandsetzung der Befestigungsanlage der Stadt Köln"

AN/1009/2017

3.1.3 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend "Zoo-Projekt „Südamerikahaus“

AN/1338/2017

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern – Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung"

AN/1004/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1053/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1058/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/1346/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/1420/2017

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Allgemeines Tempolimit auf Autobahnen"

AN/1336/2017

Änderungsantrag der Gruppe GUT

AN/1418/2017

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Rückkehrmanagement"

AN/1011/2017

3.1.7 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer ablehnen"

AN/1339/2017

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gesetzesinitiative zur Liberalisierung der Sonntagsöffnungen stoppen"

AN/1335/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1419/2017

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Anwachsen der Drogenszene am Ebertplatz durch afrikanische Dealer"

AN/1321/2017

3.1.10 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Bürgermeister*innen-Austausch mit Partnerstädten"

AN/1337/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 26.09.2017

2969/2017

3.1.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Aggressives Betteln und aggressive Obdachlose in Köln"

AN/1322/2017

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler;
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau

2298/2017

(zurückgezogen)

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand"

AN/0526/2017

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2017

1563/2017

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Sicherheit im Straßenverkehr"

AN/1032/2017

Antwort der Verwaltung vom 28.09.2017

2152/2017

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Transferaufwendungen "Bildung und Teilhabe" im Haushaltsplan 2016/2017"

AN/1033/2017

Antwort der Verwaltung vom 10.08.2017

2409/2017

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Transferaufwendungen "Interkulturelle Hilfen" im Haushaltsplan 2016/2017"

AN/1034/2017

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2017

2616/2017

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Pendlerverkehr per Fahrrad – Radverbindung Hürth-Köln"

AN/1039/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.08.2017

2370/2017

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln"

AN/1323/2017

Antwort der Verwaltung vom 28.09.2017

3004/2017

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Freiwillige Weiterführung des Rates für Integration"

AN/1324/2017

4.8 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "COP 23 – Erreicht die Stadt Köln ihre Klimaschutzziele?"

AN/1345/2017

4.9 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Baugenehmigungen in Köln mit dramatischem Einbruch – was tut die Oberbürgermeisterin?"

AN/1355/2017

4.10 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sachstand zur Umsetzung des neuen Glücksspielrechts und der Schließung von illegalen Wettbüros in Köln"

AN/1360/2017

Antwort der Verwaltung vom 28.09.2017

2961/2017

4.11 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Symposium Silvester 2017: Was plant die Stadt Köln an Silvester?"

AN/1365/2017

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Köln

0207/2017

6.1.2 Beschluss einer Satzung nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für das Gebiet der Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße

2486/2017

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung für das Rheinische Bildarchiv

2275/2017

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Richtlinie für Dienstreisen der Bürgermeister, der Ratsausschüsse und einzelner Ratsmitglieder

2229/2017

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017.

2743/2017

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Nachträgliche Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2016

2261/2017

8.2 Überplanmäßige Mehrauszahlung im Teilfinanzplan 0209 – Ausländerangelegenheiten, Haushaltsjahr 2017

1804/2017

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2018 bis 2021

0588/2017

10.2 Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld; hier: Vorgaben an die Eigentümerin NRW Urban GmbH & Co. KG zum Grundstücksverkauf gemäß den Richtlinien des Grundstücksfonds NRW

1733/2017

10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1870/2017

10.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage

2176/2017

10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2016

2209/2017

10.6 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau

(zurückgezogen)

10.7 Sanierung der Bühnen Köln - Planungsbeschluss für Werkstattneubau

2333/2017

(zurückgezogen)

10.8 Beschlussvorlage zum Jahresabschluss 31.08.2016 des Gürzenich-Orchesters Köln

2543/2017

10.9 Entwürfe der Gesamtabschlüsse 2011 - 2015

2595/2017

10.10 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz

3010/2015

10.11 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2016 - 2020

0169/2017

10.12 Neugestaltung der Domumgebung Städtebauliche Neugestaltung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung hier: Konkretisierung der Beschlusslage

1495/2017

(zurückgezogen)

10.13 Einführung bzw. Ausbau des Berufsbildes „Notfallsanitäter und Notfallsanitäterin" in der Feuerwehr und im Rettungsdienst Köln

2445/2017

10.14 Verlängerung der Maßnahmen des Frauenförderplans 2015 - 2017

2280/2017

10.15 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Baubeschluss

2465/2016

(zurückgezogen)

10.16 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung

4096/2016

(zurückgezogen)

10.17 5. Fortführung von "Win-Win für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude

0420/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1370/2017

10.18 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017

1422/2017

10.19 Mitgliedschaft beim Betreuungsgerichtstag e.V. (BGT)

1440/2017

10.20 BauBeschluss: Sanierung und Optimierung des Ki d S - Standortes Brücker Mauspfad 646

1588/2017

10.21 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51063 Köln Mülheim und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft

1661/2017

10.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung

1708/2017

(zurückgezogen)

10.23 Umsetzung Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) Hier: Entfristung der Koordinationsstelle für Geschäftszentrenentwicklung und Initiativenmanagement im Amt für Stadtentwicklung und Statistik

2020/2017

10.24 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft

2267/2017

10.25 Drogenhilfekonzept im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018 der Stadt Köln

2360/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1415/2017

10.26 Entwurf des Jahresabschlusses 2016

2669/2017

10.27 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017

2422/2017

10.28 Verteilung verbleibender Mittel zur Förderung Interkultureller Zentren in 2017

2492/2017

10.29 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln

1120/2017

(zurückgezogen)

10.30 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2017

1909/2017

(zurückgezogen)

10.31 Errichtung eines Bildungsgangs Berufliches Gymnasium für Wirtschaft und Verwaltung, Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01)

3018/2016

10.32 Schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule Wasseramselweg – Start der Schule bis zum Umzug in den Neubau am benachbarten Interimsstandort Wasseramselweg in anzumietenden Räumlichkeiten zum Schuljahr 2018/19

1711/2017

10.33 Errichtung eines neuen Schulgebäudes sowie einer 6-fach Sporthalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln Baubeschluss

2321/2017

10.34 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf"

2481/2017

10.35 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk"

2488/2017

10.36 Bürgerhaushalt 2016 - Umsetzung der Vorschläge

2629/2017

(zurückgezogen)

10.37 Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten Dezernat VI - Stadtentwicklung, Planen und Bauen

2892/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/1417/2017

10.38 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke

2041/2017/1

10.39 Maßnahmenpaket zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft

2912/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1416/2017

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 214. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven;
hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss

0408/2017

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

13.1 Teilaufhebung des Durchführungsplanes 66489/02 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Etzelstraße/Bergstraße in Köln-Mauenheim

1202/2017

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Sechzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

1514/2017

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pastor-Kastenholz-Weg einschließlich Stichstraße (Flurstück 1375) von Hildengasse bis Ausbauende in Köln-Merkenich

1571/2017

16.3 260. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

1217/2017

16.4 261. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2294/2017

17 Wahlen

17.1 Neuwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde

1898/2017

17.2 Änderung der städtischen Vertretung im Forensikbeirat an der LVR-Klinik Köln

2375/2017

17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

2491/2017

17.4 Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co.KG

2902/2017

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Umbesetzung des Unterausschusses Stellenplan

AN/1363/2017

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Personelle Umbesetzung in Ausschüssen

AN/1401/2017

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten und sonstigen Gremien

AN/1402/2017

17.8 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Ratsmitgliedes im Verkehrsausschuss

AN/1378/2017

17.9 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Ratsmitgliedes im Rechnungsprüfungsausschuss

AN/1379/2017

17.10 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Zweckverband der Sparkasse KölnBonn

AN/1381/2017

17.11 Antrag der FDP-Fraktion hier: Aufsichtsrat Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Entsendung eines neuen Aufsichtsratsmitglieds

AN/1386/2017

17.12 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Stellvertretenden Mitglieds in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg

AN/1390/2017

17.13 Antrag der FDP-Fraktion hier: Aufsichtsrat Abfallentsor-

gungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (AVG): Entsendung eines neuen Aufsichtsratsmitglieds

AN/1391/2017

17.14 Antrag der FDP-Fraktion hier: Wiederbestellung in den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH

AN/1394/2017

17.15 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung von Sachkundigen Bürgern/Einwohnern im Jugendhilfeausschuss

AN/1395/2017

17.16 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Sachkundigen Bürgers im Unterausschuss Kulturbauten

AN/1405/2017

17.17 Antrag der SPD-Fraktion hier: Neubesetzungen von Ausschüssen

AN/1410/2017

17.18 Antrag der SPD-Fraktion hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten und vergleichbaren Gremien

AN/1411/2017

17.19 Neubesetzung von Aufsichtsräten, hier: moderne stadt GmbH

2980/2017

17.20 GAG - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat als Vertreterin des Inhabers der Aktien Buchstabe B

2986/2017

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Annahme einer zweckgebundenen Sachspende

2359/2017

18.2 'Daten für die Stadt' - Pilotprojekt für kommunales Open Government

2337/2017

18.3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt am 08.10.2017

2641/2017

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder
Beckamp, Roger; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt Dr.; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf Dr.; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Keller, Stephan Stadtdirektor Dr.; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Blome, Andrea Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Lange

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Dresler-Graf, Margret; Scholz, Tobias; van Geffen, Jörg; Welter, Thomas

Bezirksbürgermeister/in
Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Höing, Franz-Josef Beigeordneter

(Beginn: 15.43 Uhr - Ende: 21.09 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr geehrten, lieben Damen und Herren! Ich eröffne die 31. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die drei heute anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Bevor wir gleich zur Festlegung der Tagesordnung kommen, möchte ich den neu gewählten Kölner Bundestagsabgeordneten gratulieren. Ich habe das zwar schon schriftlich getan, will es aber hier noch einmal wiederholen.

(Beifall)

Ich möchte unsere Kollegen bitten, sich in Berlin sehr für die Interessen unserer Stadt und auch der ganzen Region einzusetzen. Das brauchen wir, glaube ich.

Meine Damen und Herren, außerdem begrüße ich unsere neuen Ratsmitglieder Frau Ulrike Kessing, Frau Dr. Birgitt Killersreiter, Herrn Volker Görzel, Herrn Stephan Boyens und Herrn Sven Tritschler, die ich gleich verpflichten möchte.

(Beifall)

Jeweils gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes wurden Frau Kessing als Nachfolgerin für Frau Rabenstein, Frau Dr. Killersreiter als Nachfolgerin für Frau Aymaz, Herr Görzel als Nachfolger für Herrn Houben, Herr Boyens als Nachfolger für Herrn Haug und Herr Tritschler als Nachfolger für Herrn Rottmann festgestellt.

Sie alle haben die Nachfolge angenommen. Deswegen bitte ich Sie, jetzt nach vorne zu kommen. Die Anwesenden bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben - bitte auch die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreter der Medien und die Bezirksbürgermeister.

(Die neuen Ratsmitglieder begeben sich zur Oberbürgermeisterin - Die Anwesenden erheben sich)

Meine Damen und Herren, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Sie dürfen wieder Platz nehmen. - Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Akbayir und Herr Scholz entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Frenzel, Frau Nesseler-Komp und Frau Thelen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen.

Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst zu den Zu- und Absetzungen im öffentlichen Teil: Bei TOP 4.8 bis TOP 4.11 handelt es sich um nachträglich eingegangene Anfragen der Fraktionen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung von TOP 10.39, TOP 17.4, TOP 17.19 und TOP 17.20 vor. Weitere Anträge der Fraktionen zur Umbesetzung der Ausschüsse liegen unter TOP 17.5 bis TOP 17.18 vor.

Im nichtöffentlichen Teil wird eine Anfrage unter TOP 22.1 zugesetzt.

Abgesetzt wurden TOP 3.2.1, TOP 10.6, TOP 10.7, TOP 10.12, TOP 10.15, TOP 10.16, TOP 10.22, TOP 10.29, TOP 10.30 und TOP 10.36.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wäre dankbar, Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie nur sagen könnten, warum TOP 10.36 mit der Vorlage „Bürgerhaushalt 2016 - Umsetzung der Vorschläge“ abgesetzt ist, alldieweil wir im Finanzausschuss diese Woche auf Vorschlag der Verwaltung noch einstimmig über einen geänderten Vorschlag der Verwaltung abgestimmt haben und - ich wiederhole mich - ein einstimmiges Ergebnis zustande gekommen ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem muss ich widersprechen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war nicht die Mitteilung, die mich eben in der Geschäftsführersitzung erreicht hat.

Martin Börschel (SPD): Ich kann nur aus dem Auszug der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses berichten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie waren im Gegensatz zu mir ja auch dabei.

Martin Börschel (SPD): Aber deswegen ist ja das Schöne, dass Sie eine Niederschrift machen, die als Anlage zur Tagesordnung des Rates zur Verfügung gestellt wurde. Und aus dieser Niederschrift geht das eindeutig hervor. Deswegen wundere ich mich.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Niederschrift ist mir nicht bekannt!)

- Sie ist aber Anlage zum heutigen Tagesordnungspunkt 10.36.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei mir ist Beratungsbedarf angemeldet worden. Ich finde zwar, dass Sie das schön formuliert haben, als Sie gesagt haben, ich hätte die Niederschrift angefertigt.

(Martin Börschel [SPD]: Jedenfalls steht „Die Oberbürgermeisterin“ darüber!)

- Die Behörde hat es getan. - Aber bin jetzt wirklich nur unbefangen auf diesen Beratungsbedarf eingegangen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es besteht aber auch Beratungsbedarf!)

Vielleicht können wir dafür jetzt eine formale Lösung finden. Das wäre mir sehr recht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben Beratungsbedarf!)

Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, mir geht es ja nur darum, die Gründe zu erfahren. Wenn eine Fraktion trotz eines zustimmenden Votums im Ausschuss Beratungsbedarf hat, dann will ich jetzt gar nicht päpstlicher als der Papst sein. Das ist in Ordnung. So etwas kann vorkommen. Nur: Die Sitzung des Finanzausschusses ist gerade einmal drei Tage alt. Am Montag haben wir dort intensiv darüber diskutiert. Einige Beteiligte sind ja hier.

Und noch einmal: Es ist uns durch die Geschäftsführung des Finanzausschusses übermittelt worden. Ich finde nur, dass wir das dann auch so klar haben sollten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das kann ich verstehen.

Martin Börschel (SPD): Aber wenn jetzt die Kollegen der Grünen Beratungsbedarf geltend machen, ist das ein anderer Sachverhalt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte das schon klarstellen, Frau Oberbürgermeisterin. Das ist jetzt die spezielle Interpretation des Ausschussvorsitzenden, die sich auf einen Entwurf der Niederschrift stützt, der mir zumindest derzeit nicht bekannt ist.

Die Beschlussvorlage war nicht beschlussfähig, weil es keine entsprechende Auswahl der priorisierten Vorschläge gab. Deshalb wurde sie an die Verwaltung zurückgegeben, um dies herzustellen. Darüber waren wir, uns, glaube ich, alle einig. Das möchte ich nur noch einmal klarstellen.

Die Verwaltung hat zugesagt, dass sie dies herstellt, sodass wir dann wissen, was wir beschließen. Bei den 289 Seiten war ja gar nicht klar, was wir jetzt eigentlich beschließen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Kann man das Beschlussprotokoll einmal vorlesen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, durch den Antrag auf Beratungsbedarf - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: War das denn einer?)

- Ja. Ich habe das jetzt so verstanden.

(Martin Börschel [SPD]: Möchte die Stadtkämmerin etwas dazu sagen?)

- Möchte die Stadtkämmerin dazu Stellung nehmen?

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verwaltung ist im Laufe des heutigen Tages informiert worden, dass offenbar unterschiedliche Wahrnehmungen stattgefunden haben. Ich selbst hatte naturgemäß die gleiche Wahrnehmung, die sich im Protokoll niedergeschlagen hat. Aber es ist ein guter Brauch dieses Hauses, dass dann, wenn in der Geschäftsführerrunde Gesprächsbedarf angemeldet wird, dem auch nachgekommen wird.

Wir haben - daran möchte ich erinnern - in der Ausschusssitzung noch einmal nachgefragt, um Klarheit herzustellen, dass das später Beschlossene tatsächlich auch gemeint war. Das ist meine Erinnerung.

Wir stellen das Band gerne zur Verfügung. Da kann man das womöglich nachverfolgen. Ich konnte es jetzt nicht mehr prüfen, weil mir auch keine direkte Information zugegangen war.

Ich würde das Haus bitten, künftig solche Fälle - wenn also in den Ausschüssen nachgefragt wurde, beschlossen wurde und dann abweichende Wahrnehmungen da sind - auch mir als Kämmerin direkt zukommen zu lassen - wie auch den anderen Beigeordneten; ich glaube, da spreche ich für alle -, wenn es um einen so bedeutsamen und auch außenwirksamen Beschluss geht. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Klug. - Ich hatte das als einheitliche Wahrnehmung aufgenommen und konnte es selber ja auch gar nicht bestätigen.

Dann sind Sie damit einverstanden, dass dieser Tagesordnungspunkt zurückgezogen wird?

(Martin Börschel [SPD]: Wegen Beratungsbedarf!)

- Wegen Beratungsbedarf, ja. - Hier gibt es noch eine Wortmeldung. Herr Beckamp.

Roger Beckamp (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, gerade kam von Frau Klug das Wort „Geschäftsführerrunde“. Das ließ uns kurz aufhorchen. Dazu waren wir versehentlich gar nicht eingeladen worden. Insofern wollte ich kurz nachfragen. Wann war das denn? Und wann ist die nächste? Wir kommen gerne vorbei und beraten dann auch gerne mit. Das wundert mich jetzt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, Herr Beckamp, das kann Sie eigentlich nicht wundern, weil Sie wissen, dass ich von den Geschäftsführern zu einer Geschäftsführerrunde eingeladen werde.

Roger Beckamp (AfD): Ach so. Ist das regelmäßig so, Frau Oberbürgermeisterin?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Regelmäßig kann auch alle zehn Jahre sein, Herr Beckamp.

Roger Beckamp (AfD): Okay. Das nehme ich so mit. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung, meine Damen und Herren? - Ich sehe keine. Dringlichkeitsanträge liegen auch keine vor. Insofern frage ich noch einmal: Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Die Oberbürgermeisterin gratuliert den neugewählten Kölner Bundestagsabgeordneten zu ihrer Wahl.

Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass es u. a. durch die Bundes- und Landtagswahl verschiedene Mandatsniederlegungen gegeben habe, so dass sie heute folgende neue Ratsmitglieder begrüßen könne:

Frau Ulrike Kessing als Nachfolgerin für Frau Rabenstein,

Frau Dr. Birgitt Killersreiter als Nachfolgerin für Frau Aymaz,

Herrn Volker Görzel als Nachfolger für Herrn Houben,

Herrn Stephan Boyens als Nachfolger für Herrn Haug

sowie Herrn Sven Tritschler als Nachfolger für Herrn Rottmann.

II. Die Oberbürgermeisterin verpflichtet die Ratsmitglieder gemäß § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung.

Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerinnen und Stimmzähler Herrn Frenzel, Frau Frebel, Frau Nesseler-Komp und Frau Thelen vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.8 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "COP 23 – Erreicht die Stadt Köln ihre Klimaschutzziele?"

AN/1345/2017

4.9 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Baugenehmigungen in Köln mit dramatischem Einbruch – was tut die Oberbürgermeisterin?"

AN/1355/2017

4.10 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sachstand zur Umsetzung des neuen Glücksspielrechts und der Schließung von illegalen Wettbüros in Köln"

AN/1360/2017

4.11 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Drohende Abschiebung der Familie Chaudhry"

AN/1364/2017

4.11 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Symposium Silvester 2017: Was plant die Stadt Köln an Silvester?"

AN/1365/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.39 Maßnahmenpaket zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft

2912/2017

17 Wahlen

17.4 Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co.KG

2902/2017

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Umbesetzung des Unterausschusses Stellenplan

AN/1363/2017

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

hier: Personelle Umbesetzung in Ausschüssen

AN/1401/2017

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten und sonstigen Gremien

AN/1402/2017

17.8 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Ratsmitgliedes im Verkehrsausschuss

AN/1378/2017

17.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Ratsmitgliedes im Rechnungsprüfungsausschuss

AN/1379/2017

17.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Zweckverband der Sparkasse KölnBonn

AN/1381/2017

17.11 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Aufsichtsrat Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Entsendung eines neuen Aufsichtsratsmitglieds

AN/1386/2017

17.12 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Stellvertretenden Mitglieds in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg

AN/1390/2017

17.13 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Aufsichtsrat Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (AVG): Entsendung eines neuen Aufsichtsratsmitglieds

AN/1391/2017

17.14 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wiederbestellung in den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH

AN/1394/2017

17.15 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung von Sachkundigen Bürgern/Einwohnern im Jugendhilfeausschuss

AN/1395/2017

17.16 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Bürgers im Unterausschuss Kulturbauten

AN/1405/2017

17.17 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzungen von Ausschüssen

AN/1410/2017

17.18 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten und vergleichbaren Gremien

AN/1411/2017

17.19 Neubesetzung von Aufsichtsräten, hier: moderne stadt GmbH

2980/2017

17.20 GAG - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat als Vertreterin des Inhabers der Aktien Buchstabe B

2986/2017

22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

22.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Drohende Abschiebung der Familie Chaudhry"

AN/1364/2017

Absetzungen

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler;
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau

2298/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.6 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau

(zurückgezogen - die Angelegenheit wird unter TOP 3.2.1 behandelt)

10.7 Sanierung der Bühnen Köln - Planungsbeschluss für Werkstattneubau

2333/2017

10.12 Neugestaltung der Domumgebung Städtebauliche Neugestaltung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung
hier: Konkretisierung der Beschlusslage

1495/2017

10.15 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Baubeschluss

2465/2016

10.16 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung

4096/2016

10.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung

1708/2017

10.29 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln

1120/2017

10.30 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2017

1909/2017

10.36 Bürgerhaushalt 2016 - Umsetzung der Vorschläge

2629/2017

IV. Auf Nachfrage von Ratsmitglied Börschel, warum TOP 10.36 zurückgezogen worden sei, erklärt Ratsmitglied Frank, dass in dieser Angelegenheit noch Beratungsbedarf bestehe.

V. Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung erfolgen nicht, der Rat legt die Tagesordnung demnach einvernehmlich wie folgt fest:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eine Aktuelle Stunde haben wir heute nicht.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung der Installation „Your Name here“ von 2016 von Christian Philipp Müller
2231/2017

Ich bitte Sie, dazu zu votieren. Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, pro Köln, die AfD und die Piraten. Enthaltungen? - Enthaltungen sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Auch nicht. Dann ist die Schenkung so angenommen.

Ich bedanke mich in Ihrem Namen sehr herzlich.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Installation „Your Name here“ von 2016 von Christian Philipp Müller als Schenkung des Künstlers im Wert von 40.000,00 Euro an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Schenkung in Höhe von 22.000 € zum Erwerb einer Skulptur des Propheten Rogerus von Sam Fogg
2548/2017

Wer wünscht, die Schenkung anzunehmen? - Die SPD, die Grünen, die CDU, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, pro Köln, die AfD und die Piraten. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung in Höhe von 22.000 € des Freundeskreises Museum Schnütgen e.V. –ermöglicht durch die Spende von Herrn Hermann R. Müller an den Freundeskreis Museum Schnütgen e.V.- zur Teilfinanzierung des Ankaufs einer Skulptur mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers der Stadt Köln
2550/2017

Auch hier bitte ich, zu votieren. Wer wünscht, die Schenkung anzunehmen? - Wie ich sehe, wird hier unterschiedlich abgestimmt. Das sind die SPD-Fraktion, Teile der Grünen, Teile der CDU-Fraktion

(Zurufe von der CDU: Nein!)

- alle Arme nach oben, bitte, also ein bisschen Bewegung; sonst ist das für mich wirklich schwierig - bzw. die gesamte CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD, pro Köln, die Piraten und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Dann ist die Schenkung angenommen.

(Helge Schlieben [CDU]: Die Grünen haben getrennt abgestimmt? - Gegenruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, wir haben es freigegeben!)

Wir bedanken uns bei Frau Elke Ruschmeier.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bedankt sich bei Frau Elke Ruschmeier für die Stiftung eines Brottellers und eines Platztellers (im Wert von zusammen 3.075,02 EUR).

Der Rat nimmt die Schenkung als Ergänzung des Ratssilbers mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen 5 Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hammer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe GUT sowie des Einzelmandatsträgers Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Resolution zur Agenda Nachhaltige Entwicklung in Kommunen“
AN/1327/2017

Ich bitte um Wortmeldungen. - Als Erster Herr Struwe, bitte.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ihnen liegt eine Resolution zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vor, die von zahlreichen Antragstellern unterzeichnet ist, unter anderem der SPD. Es geht darin darum, dass wir die Ziele dieser Agenda 2030 begrüßen, unterstützen und vor allen Dingen auch vor Ort zu ihrer Umsetzung beitragen möchten.

„Was ist das eigentlich?“, mögen sich jetzt einige fragen. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist gewissermaßen eine Weiterentwicklung der ja auch bekannt gewordenen Millenniumsziele, die die Vereinten Nationen seinerzeit primär zur Bekämpfung der Armut formuliert haben. Nach langem Diskussionsprozess wurde dann am 25. September 2015 von der UN-Generalversammlung die Agenda für nachhaltige Entwicklung verabschiedet, die sich eben nicht auf die Bekämpfung der Armut beschränkt, sondern in der es um eine nachhaltige Entwicklung insgesamt und insbesondere auch den Ausgleich zwischen den Ländern mit verschiedenem Entwicklungsstand geht.

Ich kann jedem empfehlen, sich das einmal zu Gemüte zu führen. Es gibt einen guten Überblick über die Probleme und Herausforderungen, aber auch Chancen, vor denen die Weltgemeinschaft steht.

Darin sind 17 Ziele enthalten. Ich nenne einmal ein paar: Beendigung der Armut, Bildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter, nachhaltige Energieversorgung, nachhaltiges Wirtschaftswachstum - und unter anderem auch das Ziel 11:

> Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Das klingt alles vielleicht erst einmal ein bisschen abstrakt und abgehoben. Aber man muss sich immer wieder klarmachen: Das Leben findet vor Ort in der Gemeinde statt. Hier wird gewohnt; hier wird gearbeitet; hier stehen die Schulen; hier findet Verkehr statt; hier erfolgen Ver- und Entsorgung; hier findet vieles Weitere mehr statt.

Deswegen ist es immer gut, Ziele zu definieren. Aber noch viel wichtiger ist es, diese auch vor Ort umzusetzen. Das passiert natürlich durch Menschen und durch Institutionen, die konkret lokal tätig sind.

Wie eben schon angesprochen, beschäftigt sich das Ziel 11 mit nachhaltigen Siedlungen und Städten, spricht also die Kommunen direkt an und nennt einige Zielvorgaben. Zum Beispiel sind dies der Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum, der Zugang zu sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Verkehrssystemen, die Sicherheit im Straßenverkehr und die Senkung der von Städten ausgehenden Umweltbelastungen - übrigens mit besonderer Aufmerksamkeit auf die Luftqualität; davon können wir ja alle hier ein Lied singen.

Bereits jetzt lebt die Hälfte der Menschen in Städten. Letzten Endes sind die Menschen in den Städten - und somit auch wir - diejenigen, die den Großteil an Abfällen und auch Treibhausgasen produzieren. Alle Prognosen sagen, dass zur Mitte des Jahrhunderts etwa 70 Prozent der Menschen in Städten leben werden. Das heißt: Kommunen müssen zentrale Akteure für eine nachhaltige Entwicklung sein und von Bund und Ländern bei der Zielerreichung eingebunden werden.

Dabei ist das kein Selbstzweck oder irgendetwas, was einem aufgedrückt wird; denn auch hier für uns vor Ort hat die Ausrichtung auf Nachhaltigkeitsziele positive Auswirkungen. Ich sprach eben schon die Luftqualität an. Es geht darum, das Leben in den Städten zu verbessern. Es geht darum, sich damit auseinanderzusetzen, wie wir hier noch konkreter zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen können. Natürlich geht es auch darum, die Frage zu formulieren, wie Bund und Länder uns dabei unterstützen können.

Es gibt in Köln bereits jetzt zahlreiche Beispiele für konkrete Aktivitäten, die einen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten. Beispielsweise ist Köln seit 2011 Fairtrade-Town. Köln ist aktiv im Rahmen des Netzwerks „Eine-Welt Stadt Köln“, das ebenfalls 2011 gegründet wurde. Es gibt Klimapartnerschaften, zum Beispiel mit Rio und Corinto und seit der letzten Ratssitzung auch mit einer indigenen Gemeinde im Amazonasgebiet in Peru. Nicht zuletzt geht es auch beispielsweise um die Frage nachhaltiger Investments: Wie wird kommunales Geld angelegt?

Zum Schluss kommen Sie nicht umhin, noch einmal das berühmte Zitat von Richard Buckminster Fuller hören zu müssen, welches aber nichts an seiner Richtigkeit verloren hat:

> Global denken - lokal handeln

Mit dieser Resolution wollen wir ein Signal senden, dass wir die Herausforderungen annehmen und dass das für uns nicht irgendwelche abgehobenen Ideen sind, sondern dass wir uns ganz konkret hier vor Ort damit beschäftigen wollen, wie auch wir unseren Beitrag leisten können. Daher freue ich mich über breite Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker hat das Wort.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Struwe hat schon die wesentlichen Punkte zusammengefasst. Wer diese Resolution liest, muss sich ja zunächst einmal fragen, ob wir jetzt größenwahnsinnig geworden sind. Schließlich steht darin mehr oder weniger, dass wir uns die weltweite Verbesserung für alle Menschen auf die Fahne schreiben wollen.

Das ist vielleicht für eine Kommune zunächst einmal hoch gegriffen. Aber bei der Nachhaltigkeit geht es eben um die Frage, dass man in der jetzigen Generation gut lebt und trotzdem für die nachfolgenden Generationen eine Umgebung schafft, in der sie auch ihre Zukunft realisieren können. Und genau das ist der Punkt. Das können Sie nicht global machen. Aber das müssen Sie sich kommunal immer wieder auf die Fahne schreiben.

Genau das ist der Hintergrund dieser Resolution, die wir heute hier beschließen. Für Nachhaltigkeit kann man nicht ein Jahr der Nachhaltigkeit oder einen Tag der Nachhaltigkeit ausrufen. Nachhaltigkeit ist etwas, was gelebt werden muss, was immer gelebt werden muss und was man nicht in dem Sinne abarbeiten kann, dass man sagt: Nun ist es erledigt; jetzt legen wir es ab, und dann gucken wir in fünf Jahren, ob wir noch einmal etwas dazu machen müssen.

Genau das wollen wir hier heute noch einmal bekräftigen - es haben sich auch fast alle hier dazu entschlossen, diese Resolution mitzutragen - und deutlich machen, dass wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren, auch wenn wir schon einiges dafür getan haben. Es geht darum, auch in Zukunft immer wieder die Messlatte anzulegen und uns zu fragen: Machen wir das so richtig, nicht nur für uns, sondern auch für die, die nachfolgen werden?

(Beifall bei der CDU)

Darum tragen wir diese Resolution heute gerne mit und haben sie auch mit auf den Weg gebracht. Denn wir sind der Meinung, dass man ein solches Ziel nicht aus den Augen verlieren darf, sondern daran arbeiten muss.

Die Verwaltung tut das in bestimmten Punkten auch schon. Beispielsweise haben wir die Kommunalreform - insofern beschäftigen wir uns auch mit einer neuen Struktur in der Stadt Köln - und andere Dinge. Auch das trägt zur Nachhaltigkeit bei.

Deshalb unterstützen wir heute diese Resolution. Ich denke, dass es hier auch keine großen Gegenstimmen geben wird. Aber wir wollten einfach noch einmal erklären, warum uns dieses Ziel so extrem wichtig ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh darüber, dass dieser Antrag zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN heute auf unserer Tagesordnung steht - erstens, weil wir wissen, dass wir nicht tatenlos zusehen dürfen, wie durch konventionelles globales Wirtschaften und die Klimaveränderung die Welt zunehmend aus dem Gleichgewicht gerät, zweitens, weil wir sehen, wie durch Kriege, durch Dürren und durch wirtschaftliche Not immer mehr Menschen migrieren oder gar flüchten müssen, und drittens, weil immer mehr Menschen in die Städte ziehen.

Letzteres erleben wir ja auch in Köln. Erst einmal nehmen wir das als positiv wahr. Aber deshalb müssen wir uns auch die Fragen nach einer nachhaltigen Mobilität, nach entsprechender Infrastruktur, nach Bildungsangeboten und vor allen Dingen nach einer ausgleichenden Sozialpolitik beantworten.

Die Stadt Köln engagiert sich mit 22 Städtepartnerschaften und weiteren Klimapartnerschaften. Damit stellen wir uns der globalen Herausforderung.

In den Städten werden die Veränderungen am schnellsten spürbar. Deshalb haben wir auch die Erfahrung und das Wissen. Wir, die Städte, müssen uns international vernetzen und gegenseitig stärken. Denn - das hört man immer wieder - „cities are the new countries“, meine Damen und Herren. Deshalb muss unser Einfluss und wird auch unsere Verantwortung weiter steigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die kommende Bundesregierung muss deshalb erstens die Finanzen der Kommunen stärken und zweitens die Kommunen deutlich bei ihrem Engagement für den Aufbau demokratischer und kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge in den Partnerkommunen im globalen Süden unterstützen. Entwicklungszu-

sammenarbeit - Stichwort, wenn wir jetzt über diese Anglizismen reden: SDGs - ist eben nicht die „cherry on top“. Es ist globale kommunale Daseinsvorsorge. Und wenn wir nichts tun, werden auch die Flüchtlingsbewegungen nicht abnehmen.

Aber wir müssen uns auch weiter vernetzen, um die kommunale Daseinsvorsorge zu stärken - seien es die Stadtwerke oder die Wasserversorgung, die wir nicht multinationalen Konzernen zum Kauf freigeben wollen, oder sei es der Regenwald in Südamerika, in dem Indigene eine Lebensgrundlage haben und damit auch unser Klima stabilisieren. Außerdem müssen wir dringend die Entwicklung lokaler Märkte stärken.

Wir wollen aber vor allen Dingen auch bei uns die nachhaltige Infrastruktur verbessern. Das umfasst neben dem wichtigen Segment Verkehr vor allem auch das Thema Wohnen, und zwar nicht nur in energetischer Hinsicht, sondern auch - das ist eben schon gesagt worden - in sozialer Hinsicht. Wohnraum muss bezahlbar sein, und zwar für alle Bevölkerungsgruppen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In dem von fast allen Fraktionen gestellten Antrag wird die Überprüfbarkeit der Leitlinienumsetzung gefordert. Da bietet der Deutsche Städtetag zusammen mit der Bertelsmann Stiftung seine Unterstützung an. Es ist nämlich wirklich interessant, zu wissen, wie wir bei der Umsetzung der 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen denn aufgestellt sind und wie effizient wir sind.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die nachhaltige Entwicklung und die globale Verantwortung sind eines der Leitziele Ihrer Amtszeit, Frau Reker. Der Rat hat sich ebenfalls mit den Themen zur nachhaltigen Entwicklung beschäftigt und dazu auch Beschlüsse gefasst.

Wir sind da schon ganz gut unterwegs. Vor zehn Tagen haben wir einen Preis für unser Engagement beim fairen Handel bekommen. Wir helfen bei Abwasser- und Hochwasserproblemen in unseren Partnerstädten. Wir unterstützen Indigene. Wir machen Köln mobil 2025.

Aber das ist nur der Anfang unserer Arbeit. Wir brauchen jetzt mehr als diesen Beschluss heute. Ihm müssen Taten folgen, und zwar viele. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Ich freue mich sehr über diese Resolution. Ich freue mich darüber, dass wir sie gleich mit Mehrheit beschließen werden.

Die Agenda 2030 versteht sich als eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche und -ebenen und formuliert den Anspruch, grundlegende Veränderungen in Politik und Gesellschaft anzustoßen. Es geht um ein neues Verständnis globaler Partnerschaft und richtet sich deshalb an Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen. Das begrüßen wir als LINKE sehr, und das ist auch in dieser Resolution aufgeführt.

Wichtig ist dabei, Beteiligung und politisches Engagement für alle gleichermaßen zu ermöglichen.

Ich möchte aber anmerken, dass ich bei einer Diskussion im Rahmen des Bundestagswahlkampfes gefragt worden bin: Was ist denn mit der sozialen Dimension der Nachhaltigkeitsziele? Genau darum geht es. Die 17 Nachhaltigkeitsziele haben eine große soziale Dimension, die man wirklich kommunizieren muss, weil viele davon gar keine richtige Ahnung haben. Es wird oft über faire Handelsabkommen und viel über Umweltthemen gesprochen. Diese sind uns selbstverständlich auch wichtig. Aber die soziale Dimension umfasst alle 17 Nachhaltigkeitsziele.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu nennen sind dabei natürlich soziale Gerechtigkeit, Sozialschutz und - es wurde ja schon mehrfach angeführt - bezahlbarer Wohnraum. Da stehen wir vor großen Herausforderungen. Denn die 17 Nachhaltigkeitsziele kann man nicht erreichen - zumindest nicht so, wie man das sich vorgenommen hat -, wenn es soziale Gerechtigkeit nicht gibt, wenn es soziale Teilhabe und Partizipation nicht gibt. Deswegen steht über allem, dass wir für soziale Gerechtigkeit kämpfen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Denn es wurde schon ausführlich erklärt, worum es bei der Agenda 2030 geht. Deshalb will ich das nicht weiter vertiefen. Wichtig ist mir in die-

sem Zusammenhang aber der Hinweis auf die Europäische Säule sozialer Rechte. Die EU-Kommission hat hierzu die Reflexion über die soziale Dimension Europas bis 2025 eingeleitet. Zu nennen sind dabei Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und Inklusion. Zweck der Europäischen Säule sozialer Rechte ist die Bereitstellung neuer und wirksamer Rechte für Bürgerinnen und Bürger. Der Handlungsschwerpunkt im sozialen Bereich sollte und würde bei nationalen und lokalen Behörden verbleiben, und die EU würde Möglichkeiten der weiteren Unterstützung der Mitgliedstaaten prüfen und dabei alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen. Dabei geht es um ein sozialeres und ein gerechteres Europa. An dieser Diskussion sollten wir uns auch als Stadt Köln beteiligen.

Wir werden dem Antrag selbstverständlich zustimmen. Ich freue mich sehr darüber. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von pro Köln und der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die nachfolgende Resolution für eine „Nachhaltige Entwicklung“ in Kommunen:

Der Rat der Stadt Köln

- *begrüßt die von den Vereinten Nationen am 25. September 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen UN Ziele für „Nachhaltige Entwicklung“ (Sustainable Development Goals = SDGs), die sich an die Mitglieder der Vereinten Nationen richten und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollen.*

- *begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als „zentrale Akteure für „Nachhaltige Entwicklung“ durch die Vereinten Nationen.*

- *unterstützt die in der „2030-Agenda“ enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.*

- *ermutigt die städtischen Unternehmen und Beteiligungen, sich ebenfalls für die Umsetzung der Ziele für „Nachhaltige Entwicklung“ einzusetzen und sich im engen Schulterschluss mit der Stadtverwaltung auch international zu engagieren; dies insbesondere im Rahmen der Klima- und der 22 bestehenden Städtepartnerschaften der Stadt Köln*

- *begrüßt die Forderungen des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben sowie sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.*

- *fordert Bund und Länder auf, Kommunen und ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der „2030-Agenda“ anzuerkennen, Kommunen noch stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die erforderlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen ausgeglichen werden.*

Diese Entwicklungsziele sollen auch Leitlinien für unser kommunalpolitisches Handeln in einem breiten Bündnis mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern in Köln sein.

Daher sollen Instrumente zur Überprüfung der Leitlinienumsetzung und zur Messung der Zielerreichung verankert werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Instandsetzung der Befestigungsanlage der Stadt Köln“ AN/1009/2017

Wortmeldungen? - Bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Es geht bei diesem Antrag darum, ein Stück Stadtgeschichte für die Menschen erlebbar zu machen. Die Befestigungsanlagen Kölns waren im ausgehenden 19. Jahrhundert mit die bedeutendsten in Europa und sind 1920 dann entfestigt worden. Dieser Jahrestag wird sich in gut zwei Jahren zum 100. Mal jähren. Wir sind der Meinung, dass es für die Geschichte der Stadt, aber auch für die Erlebbarkeit dieser Geschichte für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wichtig wäre, über Hinweistafeln darauf aufmerksam zu machen.

Der Antrag ist insofern etwas irreführend, als dass darin etwas von „Instandsetzung“ steht. Wir wollen keine Rekonstruktion, sondern wir möchten, dass über Hinweistafeln dieses historisch für die Stadt Köln, aber auch für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich bedeutende Bauwerk in das Bewusstsein der Menschen rückt. Daher bitten wir um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine.

Dann frage ich: Wer wünscht, für den Antrag zu stimmen? - Das sind die AfD-Fraktion und pro Köln. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat bittet die Verwaltung der Stadt Köln, Vorbereitungen zu treffen für

1. *die Aufstellung von Gedenktafeln in einem einheitlichen Format an den noch erhaltenen Befestigungsanlagen des ehemaligen inneren und äußeren Festungsrings (hier auch "Festungssystem" genannt) aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Tafeln sollten*
   a. *ein einheitliches Emblem enthalten, aber*
   b. *einen auf das einzelne Objekt bezogenen Text, in dem u. a. dessen Stellung und Funktion im Gesamtsystem erklärt wird,*
   c. *eine Möglichkeit bieten, weiterführende Informationen im Internet zu finden und Weghinweise auf in der Nähe gelegene verwandte Objekte*
   d. *geben (ggf. unter Einbeziehung der existierenden GPS-Dateien der Stadt und Material der Stiftung Kölner Grün).*
2. *Der Prüfung folgender Maßnahmen:*
   a. *der Aufstellung von Schildern im oben beschrieben Format an Orten ehemals wichtiger Bestandteile des Festungssystems, von denen aber keine Spuren mehr sichtbar sind,*
   b. *der Ergänzung von existierenden Straßenschildern, sofern sie Verweise auf das Festungssystem enthalten und kurze Erklärungstexte und*
   c. *der Beschilderung von Gebäuden oder Ruinen, die man aus heutiger Sicht leicht fälschlich den Festungsringen zuordnen kann. Die dabei verwendeten Tafeln sollten sich schon in ihrem Format von den unter (1) erwähnten unterscheiden.*

Die eigentliche Anbringung der Schilder und Texttafeln sollte im Jahr 2020 beginnen. Die Wahl des Zeitraums wird weiter unten begründet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend „Zoo-Projekt ‚Südamerikahaus‘“ AN/1338/2017

Ich gebe Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Kölner Zoo ist einer der ältesten Zoos in Deutschland. Über 10 000 Tiere aus mehr als 850 verschiedenen Arten sind im Zoologischen Garten der Domstadt zu Hause. Sein aktiv gelebter Leitspruch lautet:

Der Kölner Zoo - Begeistert für Tiere

Wir Kölner und auch viele Besucher unserer Stadt haben eine ganz besondere Beziehung zum Kölner Zoo. Deutlich über 1 Million Besucher pro Jahr und regelmäßige Zuwendungen aus Erbschaften und Spenden machen klar: Die Liebe und Verbundenheit zum Kölner Zoo ist wirklich einzigartig.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch ein dickes Lob an Herrn Professor Pagel und Herrn Landsberg aussprechen, die mit stets neuen Ideen und Events regelmäßig die Menschen erneut für einen Besuch im Zoo begeistern. Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns gezeigt, dass jede neue Attraktion zu einem unmittelbar messbaren Besucherplus führt.

Die artgerechte Sanierung des baufälligen Südamerikahauses samt Indoor-Regenwald, die neu gestaltete Anlage für Jaguare, die Errichtung eines Umweltbildungszentrums in der denkmalgeschützten Direktorenvilla und die Freiflugvoliere für Papageien und Flamingos, die in unserem gemeinsamen Antrag enthalten sind, werden die Attraktivität des Kölner Zoos weiter erhöhen und damit auch die Besucherzahlen weiter steigen lassen.

Die erfolgreiche Umsetzung des Masterplans Zoo 2020 wäre damit in greifbare Nähe gerückt. Mit dieser einmaligen Einlage in Höhe von 19 Millionen Euro Zuschuss im Rahmen des Aktivtauschs wird es dem Zoo ermöglicht, dieses zukunftsweisende Vorhaben zu realisieren - und das, ohne dafür die Preise anzuheben.

Bitte unterstützen Sie unseren Antrag. So können wir den hohen Ansprüchen an einen zeitgemäß gestalteten Zoo gerecht werden und die lokale und internationale Attraktivität unseres beliebten Kölner Zoos weiter erhöhen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster spricht Herr Unna. Bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerin hat schon viel Gutes und viel Richtiges gesagt.

An dieser Stelle möchte ich dem Rat eines noch einmal mit auf den Weg geben: Der Zoo hat es geschafft, bei seinen Bauvorhaben sowohl Budget als auch Zeit einzuhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das ist, wie wir alle aus leidvoller Erfahrung wissen, nicht immer selbstverständlich. Dafür gibt es wahrscheinlich auch gute Gründe. Aber ich stelle fest: Unser Zoo schafft das. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass unser Zoo das auch bei dieser Baumaßnahme - oder diesen Baumaßnahmen, sollte man eigentlich sagen - schaffen wird.

Für den Rat und die Finanzpolitiker unter uns ist es wichtig, festzustellen, dass das Risiko für die Stadt gegen null geht oder null ist, weil es sich um einen Aktivtausch handelt, wie die Kollegin bereits gesagt hat.

Aufgrund meiner anderen Funktion als Vizepräsident des Landestierschutzverbandes Nordrhein-Westfalen lege ich großen Wert darauf, dass auch die artgerechte Haltung und der Tierschutz in den neuen Gehegen wesentlich besser sein werden als bisher.

Ein Stichwort ist hier schon genannt worden: die Freiflugvolieren. Sie wissen vielleicht, dass das Kupieren von Vögeln, das Flugunfähigmachen von Vögeln, inzwischen - und das ist richtig so - verboten ist. Das heißt: Wir müssen uns im Zoo dieser Situation stellen und diesen Tieren, die ja fliegen können, dann auch entsprechende Volieren anbieten. Das wird der Fall sein.

Ebenso werden wir dafür sorgen, dass die neuen Gehege und das Südamerikahaus barrierefrei sind. Das ist ein weiterer Fortschritt, den wir im Rahmen dieser Baumaßnahmen umsetzen können, der unserer Bevölkerung sehr direkt zugutekommt.

Der Masterplan ist angesprochen worden. Wir wissen aufgrund der Besucherzahlen, dass es sich beim Zoo um eine große touristische Attraktion in Köln handelt - mit den entsprechenden positiven wirtschaftlichen Folgen, die wir alle haben wollen. Insofern haben wir auch dort eine Win-win-Situation.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, von dieser Stelle aus, auch wenn es mit der

Baumaßnahme nicht direkt zu tun hat, den beiden eben schon Genannten, Herrn Pagel und Herrn Landsberg, für das Einwerben einer Spende in erheblicher Höhe von der Witwe eines ehemaligen jüdischen Mitbürger dieser Stadt besonders zu danken. Diese Spende wird es mit einer entsprechenden Finanzkonstruktion in Amerika ermöglichen, dem Zoo über einen langen Zeitraum einen permanenten Zuschuss zu seinen Kosten zu geben. Dafür möchte ich an dieser Stelle sehr herzlich danken und auch den beiden Betriebsleitern sowie den Mitarbeitern des Zoos herzlich danken. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, vor dem Hintergrund der langen Tagesordnung mache ich es direkt vom Platz aus, weil ich mich den beiden Vorrednern hier vollumfänglich anschließen kann. Liebe Teresa De Bellis, lieber Ralf Unna, ich bin in den ersten Jahren am Neusser Wall aufgewachsen und in Riehl in die Montessori-Grundschule gegangen, sodass der Zoo im Grunde mein zweites Kinder- oder Klassenzimmer gewesen ist.

Sie können sich vorstellen, dass wir uns deswegen nicht nur über die Zuwendung, die gerade schon erwähnt worden ist, sondern auch über dieses Projekt und die Entwicklung des Zoos sehr freuen. Deswegen können wir uns diesem Antrag und dem Dank, der eben zum Ausdruck gebracht wurde, entsprechend anschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die SPD-Fraktion - ich hoffe, dass Herr Sterck dann auch mir gleich beipflichten kann - war es schon immer eine große Herzenssache, Investitionen - in der Historie zeigt sich das auch - für den Kölner Zoo zu gewährleisten. Der Kölner Zoo ist aus unserer Sicht ohne Frage eine der großen Bildungseinrichtungen in der Stadt Köln. Viele von Ihnen wissen schon aus Kindertagen und Schultagen, dass er zum Programm gehört.

Das ist aber nicht alles. Hier ist neben den Wörtern „Attraktion“ und „Investition“ ein wenig zu kurz geraten, dass der Zoo natürlich auch ein Garant für Artenschutz, für Populationsentwicklung und auch für Auswilderungen der Tiere ist. Der Zoo steht ja in vielen Dingen oft in der Kritik. Dann ist natürlich auch zu begründen, warum das denn notwendig ist.

Im Zuge der Historie kamen, wenn wir einmal vom Elefantenpark ausgehen, zunächst das Hippodom und dann der Clemenshof, der Bauernhof, sowie die neue Zooschule. Gerade vor zwei Wochen wurde die neue Banteng-Anlage eröffnet. Als Nächstes kommt in ein oder zwei Jahren dann noch das Südamerikahaus mit den anderen beiden Attraktionen dazu.

Das Südamerikahaus ist - das ist einmalig in Deutschland und fast schon weltweit - ein begehbarer Urwald. Man begeht ihn in luftiger Höhe inmitten von Affen, frei fliegenden Vögeln und weiteren Tieren aus Südamerika und Mittelamerika. Das ist also etwas Großartiges.

Es dient aber nicht allein als Attraktion, sondern auch für die Punkte, die ich eben genannt hatte, also Artenschutz, Auswilderung und neue Populationen.

Zoos - das wurde ebenfalls gesagt - brauchen Attraktionen. Der Zoo gilt neben dem Dom als einer der attraktivsten Touristenmagnete in der Stadt Köln. Dies kann man nur erhalten, wenn man immer wieder neue Investitionen tätigt, damit auch diese Kosten über die Besucherentgelte wieder hineinkommen können; denn ein Zoo kostet relativ viel Geld.

In diesem Sinne freuen wir uns sehr, wenn wir jetzt einen einstimmigen Beschluss für diese neue Investition fassen.

Was uns nicht so sehr freut, ist zum einen die Art und Weise der Antragstellung. Frau De Bellis sagte: Wir machen das gemeinsam. - Gemeinsam heißt in diesem Fall: Wir wurden zwar nicht gefragt, ob wir Mitantragsteller sein wollen, sind aber für diese Investition. Das war im Aufsichtsrat zwischen allen Fraktionen lange klar. SPD, CDU, Grüne, FDP und damals auch LINKE waren immer dafür, zu sagen: Ja, Investitionen müssen sein. - Wir werden dem zustimmen. Da herrscht also eine ziemliche Einmütigkeit.

Zum anderen ist der jetzt vorgenommene Aktivtausch ein Konstrukt, das natürlich aufhorchen lässt. Im Rahmen dieses Konstrukts ist ja sehr viel möglich. Das ist sehr viel Geld. Wir könnten damit ohne Probleme, weil es ja haushaltsneutral ist, auch andere Projekte finanzieren.

In diesem Sinne sollte man zumindest auch einmal darüber nachdenken. Es wäre besser, so etwas in den Haushaltsberatungen für eine allgemeine Diskussion zur Verfügung zu stellen.

Nichtsdestotrotz freuen wir uns sehr darüber, dass diese Investition getätigt wird. Sie ist zukunftsweisend für viele Dinge, die wir in Köln benötigen, gerade am Bildungsstandort Zoo.

Wir freuen uns, wenn wir heute im Rat einen einstimmigen Beschluss für dieses neue Invest erhalten werden. - Vielen Dank. Und besuchen Sie bitte demnächst einmal den Zoo!

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Herr Heinen, das war jetzt eine Rede als Aufsichtsratsvorsitzender des Zoos. Eine solche Rede kann ich natürlich nicht halten. Ich möchte aber auch keine Zoorede halten, sondern mehr eine Finanzrede. Und mein Empfinden ist, dass das ein etwas sonderbarer Antrag ist, ein sonderbarer Finanzantrag.

Will das Jamaika-Bündnis in Zukunft die Aufgaben der Verwaltung übernehmen? Jetzt buchen Sie ja schon um. Wollen Sie dann auch noch weiter gehen? Wollen Sie auch direkt die Überweisungen tätigen?

Meine Damen und Herren, an diesem Antrag kann man ganz gut sehen, dass Politik nicht Verwaltung und Verwaltung nicht Politik machen sollte. Die entsprechende Kritik, die wir immer wieder hören, wird am Beispiel dieses Antrags meines Erachtens besonders deutlich.

Ihre Arbeit in der Kämmerei beginnen Sie mit einem beeindruckenden Zaubertrick. 19 Millionen Euro werden aus dünner Luft herbeibeschworen. Am Ende hat der Zoo 19 Millionen Euro mehr, und die Stadt hat keinen Cent weniger.

Frau Kämmerin, uns würde interessieren, ob diese Umbuchung tatsächlich ergebnisneutral ist. Werden Kredite aufgenommen, oder nehmen Sie das aus Ihrer Schatzkammer?

Es gibt noch eine Reihe weiterer Seltsamkeiten an diesem Antrag:

Warum werden in diesem Antrag nicht die verschiedenen und bereits vorgesehenen Fördermöglichkeiten benannt? Im Haushaltsentwurf 2018, Anlagenband 2, steht zum Zoo in Bezug auf das Südamerikahaus - ich zitiere -:

> Wir gehen aber weiterhin davon aus, dass die NRW-Stiftung dieses Projekt in nicht unerheblicher Höhe fördern wird.

Springt die schwarz-gelbe Landesregierung gerade aus der Finanzierung? Ursprünglich sollte der Beitrag der NRW-Stiftung siebenstellig sein. Nun höre ich, dass es wohl nur noch 200 000 Euro sein werden.

Wieso setzen Sie in Ihrem Antrag 19 Millionen Euro an, obwohl der Zoo nur mit der Hälfte gerechnet hat? Das hat mich auch gewundert. Die von Herrn Heinen angesprochene Frage, dass man dann auch andere Projekte fördern könnte, wird damit natürlich aufgeworfen.

Wieso wird dieser Antrag nicht von allen Fraktionen gestellt, die im Aufsichtsrat des Zoos vertreten sind?

Meine Damen und Herren, DIE LINKE ist für den Bau und die Sanierung des Südamerikahauses. Wir wollen aber eine seriöse Finanzierung haben - und nicht eine Umbuchung.

Warum fordern wir nicht parteiübergreifend die Verwaltung auf, die Kosten im Haushalt 2018 zu berücksichtigen? Punkt, aus, Schluss, vorbei!

Deshalb schlagen wir vor, diesen Antrag in die Haushaltsberatungen zu überweisen, weil damit klargelegt ist, dass alle Parteien diesen Antrag mittragen. Dann müssen die Parteien, die den Haushalt beschließen, das entsprechend berücksichtigen und konkret aufnehmen.

Ich würde mich aber freuen, wenn die Kämmerin zu meiner Frage noch etwas sagen könnte. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Kämmerin um Beantwortung.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Detjen, auf Ihre Frage will ich gerne antworten.

Es ist sicher so, dass die Verbesserungen der Lebensbedingungen von Boa c. constrictor und anderen südamerikanischen Tieren den Haushalt der Stadt Köln nicht erwürgen werden. Vor dem Hintergrund, dass wir uns in einem Niedrigzinsumfeld befinden, ist der natürlich über Fremdfinanzierung bereitzustellende Betrag von 20 Millionen Euro auch keiner, der hier erheblich ins Gewicht fallen wird.

Gleichwohl möchte ich eines klarstellen: Ein solcher einfacher Aktivtausch bleibt nicht ohne Konsequenzen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Im Moment sind die Konsequenzen nicht hoch. Aber auch an der Stadt Köln, die ihrer Bilanz einen Verbindlichkeitenspiegel anfügen muss, die gerade einen Gesamtabschluss gemacht hat und die vor erheblichen, umfangreichsten allgemeinen Investitionen steht, die sich in diesem Verbindlichkeitenspiegel niederschlagen werden, wird eine solche Investition natürlich nicht spurlos vorbeigehen. Wir ärgern uns jedes Jahr über die Berichterstattung zu einem Gutachten eines großen Beratungsunternehmens, das nur auf unsere Verbindlichkeiten schaut. Natürlich spiegelt sich das in den Büchern wider.

Das hat keine erheblichen, signifikanten unmittelbaren Konsequenzen - aber nur deswegen nicht, weil die Zinslandschaft im Moment so ist, wie sie ist.

Auch aus der Perspektive des Zoos ist es so, dass er eine Kapitalzuführung erhält, die in seiner Gewinn-und-Verlust-Rechnung natürlich auch Abschreibungsbedarfe auslöst. Diese Abschreibungsbedarfe sind aber auf die Abschreibungsdauer zu beziehen. Aufgrund der Länge der Abschreibung fallen sie bei diesem Betrag auch nicht so ins Gewicht - sagt jedenfalls der Zoo selber -, dass dort allein deswegen Preisentwicklungen ausgelöst würden.

Auch aus der Perspektive des Zoos - dazu liegt auch eine Stellungnahme der Zooleitung vor - wird dieses Invest also nicht dazu führen, dass man in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung etwas spürt, was die Stadt über Betriebskostenzuschüsse ausgleichen müsste. Dazu liegt mir, wie gesagt - und dafür bin ich sehr dankbar -, ein Schreiben der Zooleitung vor.

Kurz und gut: Ein Aktivtausch ist nett. Aber wir leben im Zeitalter einer integrierten Verbundrechnung. Natürlich wird auch mit dem Geld, das wir in der Oper investieren, Vermögen geschaffen. Trotzdem müssen wir uns der Konsequenzen hinsichtlich des irgendwann erforderlichen Betriebskostenzuschusses natürlich bewusst sein. Deswegen macht ein Aktivtausch zwar deutlich, dass es sich um Vermögensbildung handelt. Aber wir sollten nicht mit der Methode Aktivtausch davon weggehen, zu schauen, welche Konsequenzen sich jeweils konkret in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung niederschlagen werden.

Das heißt: Die Boa c. constrictor wird uns nicht den Haushalt erwürgen. Aber tun Sie bitte keine neue Finanzierungsquelle mit dem Namen Aktivtausch auf. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Detjen hat ja einen Antrag auf Verweisung gestellt. Ich möchte kurz darstellen, warum dieser Antrag nicht zielführend ist. Weil DIE LINKE notorisch jede Art von Haushaltsverantwortung ablehnt, würden wir im Finanzausschuss da nämlich nicht weiterkommen.

Deshalb ist der Antrag hier im Rat richtig, damit Sie auch zustimmen können. Denn wenn er Bestandteil eines Veränderungsnachweises wäre, hätten Sie gar keine Chance, hier einmal einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Das ist der Grund, warum über den Antrag im Rat abgestimmt werden soll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Stadtkämmerin sehr dankbar für die fundierten Ausführungen, weil wir schon wissen müssen, was wir hier tun.

Ich erinnere daran, dass die Frau Oberbürgermeisterin gelegentlich bei Anträgen hier im Rat darauf hingewiesen hat, sie selbst könne nur solche Anträge zur Beschlussfassung empfehlen oder zulassen, die im Falle ihrer Haushaltswirksamkeit einen Deckungsvorschlag enthalten; in Ermangelung eines solchen Vorschlags könne man diesen Anträgen nicht zustimmen.

Das war - Frau Oberbürgermeisterin, wir haben uns darüber verschiedentlich ausgetauscht - eine neue Haltung der Sitzungsleitung hier im Rat. Aber es ist erst mal zu respektieren, wenn Sie das so sagen. Deswegen ist uns immer nur wichtig, dass man sich dann über die Konsequenzen seines Tuns im Klaren ist.

Herr Dr. Heinen hat für uns sehr deutlich gemacht - denn wir haben natürlich recherchiert; wir haben uns sehr genau angesehen, wie es sich mit diesem Deckungsvorschlag verhält -, dass wir diesen Deckungsvorschlag unter Abwägung aller Umstände für akzeptabel halten, weil die Bedeutung des Zoos im Allgemeinen und dieses Projekts im Besonderen gerade auch vor dem Hintergrund der Drittmittelakquise so überragend ist, dass wir das tun können.

Eines darf aber nicht geschehen: Die Antragsteller insinuieren hier ja, dass man das machen könne und es nichts koste. Genau das wollte man versuchen, uns hier glauben zu machen. Meines Erachtens ist es die absolute Pflicht der Stadtkämmerin - und ich bin dankbar dafür, dass sie dieser Pflicht hier so deutlich nachgekommen ist -, uns darauf hinzuweisen, dass ein Aktivtausch nicht der neue Deckungsvorschlag für jeden Haushaltsantrag ist, den man in Zukunft stellen will. Denn ein Aktivtausch hat Auswirkungen, und zwar auf allen Ebenen, sowohl für den begünstigten Zoo als auch für den städtischen Haushalt.

Insofern wäre ich dankbar, wenn Sie, Frau Stadtkämmerin, Frau Oberbürgermeisterin, zumindest zu einer Sitzung des Finanzausschusses im Nachgang dafür Sorge tragen könnten, dass die Folgen, die Sie jetzt gerade abstrakt geschildert haben, für alle Ratsmitglieder auch noch einmal aktenkundig gemacht werden, also dargestellt wird, was das denn bei dieser Größenordnung ganz genau heißt, und zwar einerseits für die Bilanz des Zoos und andererseits für den Haushalt der Stadt Köln. Und dann wissen wir es.

Ich sage noch einmal: Wir halten diesen Antrag als Sozialdemokratische Fraktion unter Abwägung aller Umstände trotzdem für richtig. Wir möchten ihn auch beschließen, weil wir die Initiative richtig finden. Ich kann mich auch gut daran erinnern, dass wir in früheren Haushaltsjahren immer mal wieder bauliche Maßnahmen des Zoos mit finanzieller Unterstützung realisiert haben. Dafür hat sich, wie Herr Dr. Heinen völlig zu Recht sagte, die SPD-Fraktion schon lange eingesetzt.

Aber man darf eben nicht so tun, als bliebe das folgenlos. Insofern danke ich Ihnen sehr, Frau Stadtkämmerin. Bitte seien Sie so nett, uns das auch noch einmal in Zahlen, Daten und Fakten deutlich zu machen.

Zumindest die Antragsteller sollten wissen - ich sage es jetzt einmal ein bisschen rheinisch -: Einmal ist keinmal. Aber in Zukunft sollte man das - auch eingedenk der intensiven Mahnung der Frau Oberbürgermeisterin - nicht als dauerhaften Deckungsvorschlag akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Dann habe ich verstanden, dass darüber heute abgestimmt werden soll. - Doch, da gibt es noch eine Wortmeldung.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir haben einen Verweisungsantrag in die Haushaltsberatungen gestellt! - Gegenruf von Dr. Ralph Elster [CDU]: Herr Frank hat ja die Gegenrede gemacht!)

- Gut. - Dann lasse ich zunächst über den Verweisungsantrag in die Haushaltsplanberatungen abstimmen; nicht in den Finanzausschuss, weil Sie jetzt gesagt haben, die Ausführungen sollten in den Finanzausschuss kommen.

(Martin Börschel [SPD]: Aber nur die Ausführungen, nicht der Antrag!)

- Okay. - Ich lasse also über den Antrag der LINKEN auf Verweisung in die Haushaltsplanberatungen abstimmen. Wer wünscht, ihm zuzustimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Verweisungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Ratsgruppe GUT ab. Wer ihm nicht zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Wir bleiben aber dabei, dass - -)

- Ja. Das wird aufgenommen. Ich glaube, dass das auch ein abgewogenes Verhalten ist, mit einer solchen Zuwendung umzugehen. Denn man muss in einer solchen Situation auch immer abwägen, wie der Absender der Zuwendung oder in diesem Fall die Dame sich dabei vorkommt. Das ist ein ganz abgewogenes Verfahren, glaube ich. - Okay.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Verweisungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Den Antrag der Fraktion Die Linke., die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen, lehnt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. ab.

II. Beschluss gemäß Antrag:

Zur Finanzierung des Projekts „Südamerikahaus“, welches eine komplette Sanierung des baufälligen, denkmalgeschützten Südamerikahauses, den Umbau der denkmalgeschützten Direktorenvilla und die Errichtung einer modernen, artgerechten Tieranlage umfasst, wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um der Kapitalrücklage der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln als einmalige Einlage 19,0 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2018 in Form eines Aktivtausches für den Haushalt ergebnisneutral zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Frau Wolter verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern - Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung“
AN/1004/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1053/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1058/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/1346/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT
AN/1420/2017

Ich gebe zunächst Herrn Struwe das Wort. - Wo ist er denn? Ist er jetzt überrascht?

(Zuruf von Rafael Struwe [SPD])

- Sie sind ja zunächst Antragsteller.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr habt doch noch einen neuen Antrag zusammen mit der LINKEN gestellt!)

Wie wir dann abstimmen, ist ja etwas anderes. Aber Sie sollten erst den Antrag begründen, denke ich. - Sie haben ihn natürlich schon lange begründet.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt gar nicht mehr alles wiederholen. Schließlich habe ich den Antrag beim letzten Mal schon sehr ausführlich begründet.

Es geht darum, dass wir nicht nur die Auswirkungen des Klimawandels bekämpfen - das war ja gerade schon Thema -, sondern auch etwas für die Luftqualität tun, indem wir ein konkretes Programm für Dach- und Fassadenbegrünungen etc. auflegen.

Nachdem in der letzten Sitzung schon eine intensive Debatte zu diesem Thema stattfand und es auch noch Änderungen gab, die von uns übernommen wurden und Ihnen hier in Form unseres letzten Änderungsantrages vorliegen, kann ich nur noch einmal um Zustimmung zu dem so geänderten Antrag bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wünscht die CDU das Wort? - Frau Welcker.

Katharina Welcker (CDU): Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich jetzt richtig bin. Denn es gibt noch einen weiteren Antragsteller. Das sind nämlich die LINKEN. Wir sind nicht Mitantragsteller.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie sind richtig.

Katharina Welcker (CDU): Ich bin richtig. Okay. Wenn ich richtig bin, dann rede ich auch. - Vom Prinzip her sind wir uns über die Inhalte relativ einig, glaube ich. Wir haben im Umweltausschuss die Mitteilung bekommen, dass im Rahmen der „Klimawandelgerechten Metropole Köln“ bestimmte Zonen erfasst worden sind, in denen wir ein erhebliches Hitzeproblem haben. Hitzeprobleme kann man zwar durch extensive Bebauung lösen. Das ist in der Stadt Köln aber etwas schwierig. Wir können ja nicht einfach Gebäude abreißen und sagen: Dort darf jetzt niemand mehr wohnen, weil das hitzetechnisch ungünstig ist. - Daher muss es andere Möglichkeiten geben. Diese anderen Möglichkeiten sind in dieser Mitteilung aufgeführt worden. Darauf bezieht sich die SPD, und darauf beziehen wir uns eigentlich auch. Das ist der ähnliche Ansatz.

Allerdings sind wir der Meinung, dass man das - neben den ganzen Dingen, die bei der SPD noch mit aufgeschlagen sind - sehr viel konkreter fassen kann. Deshalb haben wir heute unseren Änderungsantrag vorgestellt. Er bezieht sich ganz konkret auf Wärmebelastung, auf Dachbegrünung und auf ein Entsiegelungsprogramm dort, wo es eben möglich ist. An vielen Stellen können Sie auch gar nicht entsiegeln. An manchen Stellen geht es aber. Um das konkreter zu fassen und hier schneller zum Ziel zu kommen, haben wir diesen Änderungsantrag gestellt.

Gerade haben wir mit der SPD abgesprochen, dass wir deren Punkte d) und f) mit in unseren Antrag übernehmen würden. Wir hoffen, dass wir dann einen gemeinsamen Antrag hinkriegen, damit wir den Klimawandel und die sich daraus ergebenden Folgen für die Bevölkerung der Stadt Köln besser in den Griff bekommen und auch schnell in den Griff bekommen.

Der Hintergrund des Ganzen ist, wie gesagt, die Evaluation zur „Klimawandelgerechten Metropole Köln“, die wir auf den Tisch bekommen haben. Wir halten das für eine wichtige Studie und sagen: Da kann man in der Stadt noch etwas machen. - Das ist der Hintergrund unseres Änderungsantrags, aber auch des Angebots an die SPD, dass wir deren Punkte d) und f) übernehmen würden, um vielleicht einen gemeinsamen Antrag hinzubekommen. - Vielen Dank.

(Martin Börschel [SPD]: Nur zur Klarstellung: Einen Punkt f) gibt es nicht, sondern nur e)! Meinen Sie e)?)

- Es gibt bei Ihrem gemeinsamen Änderungsantrag mit den LINKEN sehr wohl einen Punkt f).

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Das war das, was ich mit Herrn Struwe gerade besprochen habe. Ich denke einmal, dass Ihr gemeinsamer Änderungsantrag die Basis ist, über die wir hier sprechen. Ich wüsste nicht, wie das sonst gehen sollte. Sie haben ja Ihren eigenen Antrag geändert. Das ist doch nicht meine Kompetenz. Ich kann ja nur auf den geänderten Antrag eingehen, von dem wir dann auch annehmen, dass das das ist, was Sie uns hier vorstellen wollen und am Ende zur Abstimmung stellen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt: Aus dem Antrag, den Sie gemeinsam gestellt haben, würden wir gerne die Punkte d) und f) übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe als Nächsten Herrn Brust auf. Zuvor möchte aber noch einmal erklären, warum Frau Welcker genau an diesem Punkt richtig war: weil sie als Antragstellerin eines Änderungsantrags der größten Fraktion den Vortritt haben sollte. Ich muss mich einfach auch daran gewöhnen, immer wieder zu erklären, warum was gemacht wird. - Herr Brust, entschuldigen Sie.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben schon in der letzten Ratssitzung vor den Sommerferien über diesen Antrag diskutiert. Im Umweltausschuss hatten wir vor dieser Ratssitzung auch bereits eine Debatte über die Inhalte. Alles, was damals im SPD-Antrag stand, war auch schon einmal vor zwei Jahren im Rat beschlossen worden. Deswegen haben wir beim letzten Mal gesagt: Es macht keinen Sinn, das noch einmal zu beschließen.

Vor diesem Hintergrund haben wir heute einen neuen Antrag vorgelegt, in dem das Wesentliche

steht - nämlich, dass wir bereit sind, im Haushalt sowohl Geld als auch eine Stelle einzustellen, um ein Begrünungsprogramm aufzulegen, wie es in der Mitteilung der Verwaltung vorgeschlagen worden ist. Frau Welcker hat den Rest erklärt.

Das einzig Neue ist hier also Folgendes: Wir wollen die Verwaltung auffordern, ein Programm für die Begrünung von Dächern und Hausfassaden sowie die Entsiegelung von Höfen auszuarbeiten und uns Anfang 2018 vorzulegen, und erklären uns bereit, das Geld dafür im nächsten Haushalt einzustellen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich schließe mich der Aussage von Frau Welcker an, dass wir, wie Herr Struwe uns vorgeschlagen hat, die Punkte d) und f) aus dem Antrag von SPD und LINKEN übernehmen. Da geht es nur um die Information von Bürgern. Ich denke, dass wir in diesem Sinne dann heute gemeinsam den Antrag beschließen können. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat haben wir die Sache an und für sich, die Wichtigkeit von Dach- und Fassadenbegrünung, vor der Sommerpause hier schon intensiv diskutiert. Mir ist es trotzdem wichtig, noch einmal zu erwähnen, dass wir nicht bei Dach- und Fassadenbegrünung als Einzelmaßnahme stehen bleiben dürfen, sondern insbesondere auch die Synergien mit der Gewinnung von alternativen Energien berücksichtigen müssen. Ich bin schon der Auffassung, dass diese Aspekte in dem gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und LINKEN differenzierter dargelegt sind.

Ich finde es ein bisschen schade - ich kann auch nicht ganz nachvollziehen, warum -, dass wir im Laufe dieser Sitzung einen Änderungsantrag von Schwarz-Grün bekommen, obgleich seit Monaten logisch war und logisch ist, dass dieses Thema heute hier diskutiert werden wird. Gleichzeitig weiß ich, dass es Angebote von großen Fraktionen gegenüber anderen großen und mittelgroßen Fraktionen gab, mit daran zu stricken, daraus einen gemeinsamen Antrag zu machen.

Jetzt haben wir im Prinzip wieder die gleiche verfahrene Situation, die wir im Juli dieses Jahres schon einmal hatten, dass wir sehr detailreiche Anträge hier vorliegen haben und in der aktuellen Situation natürlich nicht hundertprozentig wissen: Was übernehmen wir da, und was übernehmen wir da nicht?

Es ist schon sehr ärgerlich, dass Schwarz-Grün mit einem derart wichtigen Thema so nachlässig umgeht und es nicht für notwendig hält, da vorher einmal in die Vorbereitung zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Oberbürgermeisterin, daher sehe ich jetzt keine andere Möglichkeit, als wieder - so ungern ich das mache - eine Unterbrechung der Sitzung zu beantragen, weil hier unterschiedliche Anträge vorliegen. Wann Sie die Sitzungsunterbrechung machen, ist natürlich Ihre Entscheidung. Das muss selbstverständlich nicht sofort sein. Frau Hoyer steht ja noch auf der Redeliste. Auf jeden Fall müssen wir uns vor der Abstimmung noch einmal kurz beraten. Insofern beantrage ich hiermit eine kurze Sitzungspause - natürlich nach der Rede von Frau Hoyer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Dieses Thema sorgt ja wirklich für Stimmung im Rat: letztes Mal eine Sitzungsunterbrechung, dieses Mal eine Sitzungsunterbrechung. Ich muss gestehen, dass ich diesem Antrag, als ich ihn das erste Mal gelesen habe, gar nicht so ein Potenzial zugetraut hatte. Aber gut; es ist ja hin und wieder so.

Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass - -

(Vertreter einzelner Fraktionen führen Gespräche)

- Ich fände es gut, wenn Sie mir noch zuhören würden. Wir haben doch gleich eine Sitzungsunterbrechung. Okay? - Danke schön.

Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass bei der letzten Debatte, die wir hier geführt haben, die Kollegen von der CDU, den Grünen und auch der Ratsgruppe GUT wohl der Meinung waren, dieses Thema sei so hochkomplex, dass man es noch einmal verschieben müsse.

Jetzt hat man, wie uns gesagt wurde, ein wenig den Überblick über die Änderungsanträge und die übernommenen oder nicht übernommenen Änderungen verloren. Dafür habe ich ja noch ein gewisses Verständnis.

Ich muss mich aber ein bisschen an das anschließen, was Herr Weisenstein sagte. Dann hätte ich mich nämlich auch gefreut, wenn wir im Vorfeld gemeinsam noch einmal darüber nachgedacht hätten und nicht heute diesen Änderungsantrag vorgelegt bekommen hätten.

Denn - wenn ich das einmal mit den Worten unseres Parteivorsitzenden Christian Lindner sagen darf -

(Zurufe)

in der Zielsetzung sind wir uns ja einig. Wir sind vielleicht nur bei den Wegen unterschiedlicher Meinung. In der Zielsetzung geht es ja wirklich darum, einen umweltpolitischen Profit zu bekommen. Ich glaube, dass wir diesen Profit durchaus mit beiden Anträgen bekämen.

Ich sage Ihnen aber auch: Der Änderungsantrag, der uns heute von LINKEN und SPD vorgelegt worden ist, ist der Antrag, für den unsere Fraktion eigentlich eine größere Sympathie hat. Diese größere Sympathie haben wir aus folgendem Grund: Beim letzten Mal haben wir bereits sehr ausführlich diskutiert, was übernommen werden kann und was nicht. Wir sind da zu einem Kompromiss gekommen. Das, bei dem wir Bedenken hatten, wurde von SPD und LINKEN herausgenommen, und unsere Ideen sind hineingekommen.

Ich finde diesen Änderungsantrag besser - ganz im Gegensatz zu dem, was Frau Welcker gesagt hat. Er ist viel konkreter. Da haben wir ein Projektthema Dach- und Fassadenbegrünung. Das kann konkret angegangen werden. Und gerade in der Umweltpolitik sind die Menschen, glaube ich, sehr daran interessiert, schnelle, konkrete Projekte zu haben.

Das sehe ich bei dem Antrag der CDU nicht in der Art und Weise gegeben. Ich finde ihn nicht schlecht und würde ihn auch gar nicht ablehnen. Vielleicht kann man da ja zu einer Linie kommen. Aber ich sage Ihnen an dieser Stelle: Die Sympathie der FDP ist eher bei dem von LINKEN und SPD vorgelegten Änderungsantrag.

Jetzt können wir gerne in der Sitzungsunterbrechung darüber reden. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann unterbreche ich die Sitzung jetzt bis 17.05 Uhr.

(Unterbrechung von
16.54 bis 17.05 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. - Ich darf Herrn Struwe das Wort geben.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Berg kreißte und gebar - einen Vertagungsantrag. Ich möchte beantragen, dass wir diesen Tagesordnungspunkt mitsamt dem gesamten daran hängenden Konvolut an Änderungs- und Ersetzungsanträgen um eine weitere Runde vertagen.

Dieser Vertagungsantrag ist Ergebnis einer Besprechung zwischen den jeweiligen Akteuren der Fraktionen. Ziel ist es, dann zur nächsten Ratssitzung einen umfassenden gemeinsamen Antrag zu diesem Thema vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, bevor ich über diesen Vertagungsantrag abstimmen lasse, möchte ich Sie fragen, ob Sie sich alle darüber bewusst sind, dass die nächste Ratssitzung am 14. November 2017 stattfindet, und ob man das Ganze angesichts dessen nicht vielleicht doch in einen anderen Ausschuss schieben kann. Aber ich gebe das nur noch einmal zur Kenntnis. Denn man kann nicht alles haben.

(Zurufe: Aber das schaffen wir! - Wir schaffen das! - Rafael Struwe [SPD]: Wir haben das so verabredet!)

- Es ist so verabredet. Okay. - Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Struwe beschließt der Rat, die Angelegenheit wegen weiteren Beratungsbedarfs bis zur folgenden Sitzung des Rates am 14.11.2017 erneut zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Allgemeines Tempolimit auf Autobahnen“
AN/1336/2017

Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT
AN/1418/2017

Ich erwarte Herrn Weisenstein am Redepult.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 130 km/h reichen. Die LINKEN fordern deswegen ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Die Meldungen über katastrophale Verkehrsunfälle auf deutschen Autobahnen reißen nicht ab. Ursache ist in vielen Fällen überhöhte Geschwindigkeit, also Raserei.

Im Jahr 2016 gab es auf den Autobahnen im Zuständigkeitsbereich der Kölner Polizei 6 050 Unfälle wegen überhöhter Geschwindigkeit oder zu geringem Abstand. 1 466 Menschen wurden verletzt, 22 verloren ihr Leben. Ich denke, wir sind uns einig, dass das 22 zu viel sind.

Zu Recht fordert unser Kölner Polizeipräsident, Herr Jacob, ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Nur auf deutschen Autobahnen kann man noch rasen, wie man will. Damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der LINKEN)

In vielen Ländern gilt maximal Tempo 130. Damit macht man dort sehr gute Erfahrungen. Man kommt mit Tempo 130 nicht viel später am Ziel an als bei unbeschränkter Geschwindigkeit, dafür aber weniger gestresst und viel sicherer.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Argument für Tempo 130 ist die hohe Hintergrundbelastung bei Luftschadstoffen. Dazu trägt auch der intensive Verkehr auf dem engen Autobahnnetz bei. Wenn man die Geschwindigkeit senkt, vermindert das auch den Energieverbrauch und den Ausstoß von Kohlendioxid und Schadstoffen wie Feinstaub und Stickoxid, aber auch die Lärmbelastung.

So weist das österreichische Bundesamt für Umweltschutz darauf hin, dass sich der CO_2-Ausstoß bei einem Pkw um 20 bis 25 Prozent reduziert, wenn die Geschwindigkeit von 160 auf 130 km/h gesenkt wird.

Bei Diesel-Pkw werden die Stickoxidemissionen - und das sollte uns vor dem Hintergrund der aktuellen Luftreinhalte-Diskussion besonders wichtig sein - um bis zu 50 Prozent reduziert, wenn die Geschwindigkeit von 160 auf 130 km/h gesenkt wird.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Immerhin sind aktuell über 30 Prozent der Pkw mit einem Dieselmotor ausgestattet.

Eine Tempoerhöhung von 130 auf 160 km/h führt zu einer genauso großen Lärmzunahme wie eine Verdopplung des Pkw-Verkehrs. Das ist also enorm.

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von den Grünen, die von mir vorgetragenen Argumente sollten eigentlich allesamt von Ihrer Fraktion und Ihrer Partei geteilt werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, 130 ist uns zu viel!)

- Gut. Da freuen wir uns doch. Es gibt ja einen Änderungsantrag der Gruppe GUT. Dann lassen Sie uns doch darüber diskutieren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der Antrag ist viel zu schlapp!)

Wir sind aber der Auffassung, dass man schon gucken muss, was realistisch ist. Deswegen haben wir mit 130 km/h angefangen, Herr Frank. Wir haben uns ja auch sozusagen die Schützenhilfe des Polizeipräsidenten geholt, und der argumentiert nun einmal mit 130 km/h.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der hat sich ja schon zurückgezogen!)

Aber auch wenn Sie für Tempo 100 sind, Herr Frank, was mich sehr freut, stimmen wir ja in der Grundargumentation völlig überein. Daher kann ich nur an Sie appellieren, dass Sie unserem Antrag folgen.

Wenn dieser Antrag dann eine Mehrheit erhalten würde, Herr Frank, hätten Sie meiner Meinung nach auch ein starkes Zeichen aus Köln für Ihre Koalitionsverhandlungen im Bund für Jamaika gesetzt. Das Jamaika-regierte Köln beschließt 130 km/h: Das wäre ein Riesenpfund für die Koalitionsverhandlungen in Berlin.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank möchte einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nach § 18 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung den Antrag auf Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung stellen, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens haben wir als Rat der Stadt Köln 0,0 Einfluss auf diese Frage. Das dürfte allen klar sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei pro Köln)

Zweitens ist der Antrag der LINKEN auch, wie wir eben schon durch Zwischenrufe deutlich gemacht haben, ziemlich untauglich - bei 130 km/h.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Gegenrede zu diesem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Zimmermann.

(Martin Börschel [SPD]: Von mir auch!)

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mache das vom Platz aus. - In der Tat möchte ich eine Gegenrede zu dem Antrag auf Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung halten. Denn dies ist sehr wohl ein Kölner Thema. Wir beschließen hier des Öfteren Resolutionen bis hin zu TTIP etc. Dieses Thema verdient es auch, dass wir uns damit befassen, da es die Kölner eindeutig betrifft. Es war nicht nur der Kölner Polizeipräsident, der Tempo 130 ins Spiel gebracht hat, sondern dieses Thema betrifft natürlich auch die Gesundheit von Kölns Bürgerinnen und Bürgern. Es geht um Lärmemissionen; es geht um Gesundheit; es geht um das Klima. Selbstverständlich ist das ein Kölner Thema. Daher meine Gegenrede.

Abgesehen davon hätte ich natürlich auch sehr gerne die Gelegenheit gehabt, meinen Änderungsantrag zu Tempo 100 in Köln zu begründen. Die Grünen haben auch Tempo 120 im Wahlprogramm stehen. Und die Älteren unter uns erinnern sich an Tempo 100 auf Autobahnen und Tempo 80 auf Landstraßen. Da waren wir schon einmal weiter. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Es gibt eine weitere Gegenrede von Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Inhalt will ich vorab sagen, dass wir dem Antrag der LINKEN nicht zustimmen würden. Ich finde aber, dass wir mit solchen Anträgen auf Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung außerordentlich vorsichtig umgehen sollten. Nur weil es Schwarz-Grün aus inhaltlichen Gründen nicht in den Kram passt, darüber abzustimmen, ist es unter demokratischen Gesichtspunkten außerordentlich zweifelhaft, hier auf eine Debatte und eine Sachabstimmung nur deshalb zu verzichten - noch einmal: wir würden dem Antrag auch nicht zustimmen -, weil es aus machtpolitischen und koalitionspolitischen Gründen aus Sicht von CDU und Grünen nicht sinnvoll zu sein scheint.

Wir beantragen hier im Rat - mal die eine Fraktion, mal die andere, mal alle zusammen - ganz viel; wir appellieren an die eine und die andere Stelle; wir möchten uns zu diesem oder jenem äußern. Hinter ein solches Gebaren fällt jedenfalls der Antrag der LINKEN vom Verfahren her nicht zurück. Das will ich ganz ausdrücklich sagen. Man muss ihn nicht teilen. Das tun wir auch nicht. Aber debattieren und abstimmen sollte man. Das ist ein Gebot der Fairness und der demokratischen Kultur.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Gegenstimmen? - SPD, Piraten, Ratsgruppe GUT und LINKE. Gibt es auch noch Enthaltungen? - Das

ist erwartungsgemäß nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Frank beschließt der Rat gemäß § 18 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln und der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Gruppe GUT) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Rückkehrmanagement“ AN/1011/2017

Es redet Herr Tritschler.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In dem hier vorliegenden Antrag wird nichts anderes als die Unterstützung eines Eckpunktepapiers des Landkreistages Nordrhein-Westfalen zum sogenannten Rückkehrmanagement verlangt. Der Landkreistag ist zumindest der AfD nicht als faschistoide Organisation bekannt. Deswegen gibt es unseres Erachtens auch keinen Grund, dagegen zu sein.

Was verlangt wird, ist überwiegend die konsequente Umsetzung des in NRW und in Deutschland ohnehin geltenden Rechts. Es geht beispielsweise um eine Rückkehrberatung, die ihrem Namen gerecht wird und nicht dahin gehend berät, wie man juristische Winkelzüge für eine maximale Aufenthaltsdauer bis zur Rückkehr ausschöpfen kann, sondern wirklich dabei berät, nach Hause zu kommen. Es geht um politischen Rückhalt für die in der Ausländerverwaltung arbeitenden Beamten. Es geht um außenpolitischen Druck auf die Staaten, die sich weigern, ihre eigenen Staatsbürger zurückzunehmen.

Kurzum: Hätten die Regierenden im Land nicht besonders viel Pech beim Denken, wäre das alles selbstverständlich. Sollten Sie den Antrag allerdings ablehnen, muss man annehmen, dass genau das der Fall ist - oder dass Sie eben gar kein Interesse daran haben, die Menschenmassen, die Sie mit falschen Versprechungen ins Land gelockt haben, auch wieder nach Hause zu bringen. Da reichen dann auch keine Theatervorführungen wie die Abschiebung von ganzen vier Afghanen kurz vor der Bundestagswahl mit großem Tamtam.

Aber keine Sorge: Ab sofort gibt es auf allen Ebenen jemanden, der Sie genau daran erinnern wird. - Danke.

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen? - Das sind die AfD-Fraktion und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln unterstützt das Positionspapier des NRW-Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes NRW, „Rückkehrmanagement für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer“ vollumfänglich (Anlage). Der schnelle Aufbau eines funktionierenden Rückkehrmanagements ist für alle Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung.

Der Rat der Stadt Köln bittet die Landesregierung, das Positionspapier des NRW Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes NRW in allen Punkten in die Überlegungen zum schnellen Aufbau eines Rückkehrmanagements einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer ablehnen“

AN/1339/2017

Ich gebe Frau Gerlach das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr gespannt, mit welchen Argumenten Sie unseren Antrag gegen die Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Drittstaaten heute ablehnen werden. Sicher werden insbesondere die Vertreter der FDP und der CDU anführen, dass auf Landesebene doch noch gar nichts bezüglich der Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger entschieden wurde.

Aber so leicht kommen Sie mir heute nicht davon, liebe Kollegen. Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP im Land heißt es eindeutig: Wir, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion im Landtag NRW, werden

> Studienbeiträge für Studierende aus Drittstaaten einführen und uns am „Baden-Württemberg-Modell“ orientieren.

In der Tat hatte die von den Grünen geführte Landesregierung in Baden-Württemberg zuerst diese „tolle“ Idee.

Hier bei uns in NRW sehen die Grünen das freilich zum Glück etwas anders. Sie haben daher im Landtag nachgefragt und einen Antrag gegen die Einführung gestellt, was wir ausdrücklich begrüßen.

Ich wünsche mir heute eine Sachdiskussion und keine Ausflüchte; denn wir können heute hier ein starkes Signal gegen die Einführung dieser diskriminierenden, wirtschaftsfeindlichen, teuren und überflüssigen Bürokratiebeschaffungsmaßnahme an das Land aus der größten Kommune und Universitätsstadt in NRW senden.

Fangen wir mit ein paar Daten an. Laut Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen studierten im Wintersemester 2016/2017 68 000 Studierende aus Nicht-EU-Staaten an nordrhein-westfälischen Universitäten. Davon waren 35 Prozent Bildungsinländer. Weiterhin soll es - das hat die Koalition in NRW ja zum Glück schon eingesehen - Ausnahmen für Studierende aus Entwicklungsländern, für anerkannte Flüchtlinge und für Studierende mit besonderen sozialen Härten geben. Rechnen wir einmal großzügig und nehmen an, dass 35 000 von den 43 000 Bildungsausländern tatsächlich 1 500 Euro zahlen müssten. Das würde Einnahmen von 52,5 Millionen Euro bedeuten. Bei einem Etat für das Haushaltsjahr 2014 im Geschäftsbereich des ehemaligen Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung von 8,45 Milliarden Euro ist das vorwiegend harmlos.

Nicht vergessen darf man Folgendes: Studenten aus Drittstaaten müssen hier auch leben. Sie zahlen Miete; sie essen; sie konsumieren. Das bringt Einnahmen.

Bitte bedenken Sie auch den bürokratischen Aufwand, den die Einführung solcher Gebühren mit sich bringt.

Schauen wir uns dann einmal genauer an, wer denn zum Studieren nach Deutschland kommt. Die meisten ausländischen Studenten hatten einen türkischen Pass, nämlich etwa 14 000. Man kann davon ausgehen, dass die allermeisten von ihnen die Hochschulzulassung in Deutschland erworben haben und somit Bildungsinländer sind. Dem folgen Studierende aus China, Indien, Österreich, der Russischen Föderation, Italien, Marokko, Griechenland und der Ukraine. Das sind die Top-Ten-Nationen der ausländischen Studierenden in NRW.

Und was studieren die jungen Menschen? Wirtschaftswissenschaften, Maschinenbau, Verfahrenstechnik, Informatik, Elektrotechnik, Wirtschaftsingenieurwesen, Rechtswissenschaften, Humanmedizin, Psychologie, Bauingenieurwesen und Biologie, um nur die Top Ten zu nennen.

Sie verstehen, worauf ich hinauswill? Genau in diesen Fächern haben wir Fachkräftemangel, und genau hier brauchen wir das internationale Know-how, das diese jungen Leute nach Deutschland mitbringen.

Durch den Austausch profitieren auch junge Studierende, die hier aufgewachsen sind. Das Ministerium selbst schreibt:

> Die Internationalisierung des Studienstandorts NRW ist ein wichtiger Beitrag zur Innovationskraft des Landes. Umso besser ist es, dass sich immer mehr ausländische Studierende für ein Studium an einer nordrhein-westfälischen Hochschule entscheiden.

Ich denke, hier ist nun klar geworden, liebe Liberale, dass Sie anscheinend keine Ahnung von Internationalisierung und Innovationskraft haben.

Liebe Kollegen, im Antrag haben wir aufgezählt, welche Institutionen sich vehement gegen die Einführung der Studiengebühren ausgesprochen

haben. Auch unsere hiesige Universität will sie nicht.

Weitere Argumente, die für unseren Antrag sprechen, entnehmen Sie bitte der Begründung.

Eines will ich aber auch noch sagen: Für ausländische Studenten sind die Hürden und Kosten, um ein Studium in Deutschland aufzunehmen, schon jetzt riesig. In NRW gibt es zum Glück seit 2010 keine Studiengebühren mehr. Und das zeichnet uns aus; im Sinne von Humboldt. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Piraten, der LINKEN und der Guten Wählergruppe Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Nach der Landtagswahl im Frühjahr dieses Jahres ist in der Tat relativ wenig Zeit verstrichen, bis die neue Landesregierung aus CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag erneut das Gespenst von Studiengebühren aus dem Sack gezogen hat. Was Rot-Grün nach Ende der Rüttgers-Regierung im Jahr 2010 vernünftigerweise abgeschafft hatte, soll nun offensichtlich wieder rückgängig gemacht und umgestellt werden - trotz heftigen Gegenwindes und deutlicher Kritik.

An dieser Stelle zitiere ich nur einmal kurz das Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren:

> Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen grundsätzlich abzulehnen.

Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Ihnen wird bekannt sein, dass unsere Partei, die SPD, sich immer für eine durchgängig beitragsfreie Bildungskette starkgemacht hat. An dieser Position hat sich nichts geändert. Deshalb gilt das nicht zuletzt auch für die Studentinnen und Studenten hier in Nordrhein-Westfalen, die in dieser Chronologie bzw. Kette ja eher am Ende stehen.

Aus unserer Sicht ist überhaupt nicht nachvollziehbar, nicht begründbar, unverständlich, ja diskriminierend, dass Sie sich ausgerechnet diese Zielgruppe herauspicken, also die Studierenden in Nordrhein-Westfalen aus Nicht-EU-Staaten. Liebe Kollegen von CDU und FDP, wollen Sie nicht auch gleich „eierlegende Wollmilchsäue“ mit Studiengebühren belegen? Im Ernst: Es gibt kein fachliches, sachliches Argument, das ein solches Vorhaben und einen solchen Vorschlag inhaltlich unterfüttern kann. Gerade die jungen Menschen, die aus den ärmeren, benachteiligten Regionen dieses Planeten zu uns kommen, um ihr Wissen zu erweitern und bei uns zu studieren, gehören eher gefördert als durch die Einführung von Studiengebühren bestraft.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und den Piraten)

Nehmen wir den Maschinenbau- oder Wasserbau-Ingenieur, die angehende Ärztin oder Lehrerin, den Fachinformatiker oder die Sprachwissenschaftlerin: Wenn diese Menschen ihr Studium bei uns erfolgreich abschließen und in ihre Heimatländer zurückkehren, um dort ihr Wissen weiterzugeben, sind das zwar kleine Bausteine, aber aus unserer Sicht sehr wichtige Mosaiksteine auf dem schwierigen Weg zum Abbau von sozialen Ungerechtigkeiten und zu besseren Bildungschancen.

Wir als SPD-Fraktion sind strikt dagegen, dass der Geldbeutel über den internationalen Austausch von Studierenden an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen entscheidet.

Wenn ich mir einmal die Resonanz in Köln genauer anschaue, stelle ich fest, dass die Voten hier genauso sind. Es gibt einen einstimmigen Beschluss der Universität zu Köln gegen die Einführung dieser Studiengebühren sowie ähnlich lautende Beschlüsse und Verlautbarungen der Technischen Hochschule Köln, der Hochschule für Musik und Tanz Köln und der Kunsthochschule für Medien Köln.

Also keine Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten oder andere Studierende in Nordrhein-Westfalen! Meine Fraktion schließt sich hier dem Antragsteller an.

Und seien Sie versichert: Wenn die Landesregierung das im Koalitionsvertrag angesprochene Vorhaben tatsächlich umsetzt, für welche Zielgruppen auch immer, werden wir dies korrigieren, sobald wir dazu die Gelegenheit haben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Schwab das Wort.

Luisa Schwab (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren war ein wichtiger und richtiger Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Einführung einer Gebühr für Studierende war falsch. Genauso falsch wäre es, eine neue Gebühr einzuführen, und wenn es nur für eine kleine Gruppe wäre.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Auch auf ausländische Studierende wirken Studiengebühren selektiv und ausgrenzend. Die Annahme, dass ausländische Studierende für Bildung mehr Geld zur Verfügung hätten und für ihr Studium bezahlen könnten, ist ein Märchen. Viele Studierende kommen zu uns, weil sie in Deutschland keine Gebühren bezahlen wollen. Denn auch hier haben sie für Miete und Lebenskosten genug zu bezahlen - gerade in Köln.

Bildung ist ein Menschenrecht und sollte nicht nur den Privilegierten zustehen. Selbst Entwicklungsländer haben einen Nutzen von unserem Bildungssystem. Das ist eine Form der Entwicklungshilfe.

Doch auch unser Wissenschaftssystem profitiert enorm von den ausländischen Studierenden. Internationalisierung, Austausch mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Kooperationsprojekte und allem voran das gemeinsame Streben nach Wissen gehören zu den Kernzielen der Forschungseinrichtungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deutschland hat hier in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Die Hochschulen entwickelten in ihren Rektoraten und Hochschulräten Strategien und Konzepte, um international an der Spitze der Forschung mitspielen zu können. Und es zeigt Wirkung. Doch die schwarz-gelbe Landesregierung wird mit der Einführung von Studiengebühren für ausländische Studierende die Fortschritte, die Kooperationen und die Internationalisierungsstrategien zerstören und damit dem Wissenschaftssystem eine wichtige Grundlage rauben.

Neben dem Wissenschaftssystem profitiert sogar die deutsche Wirtschaft von ausländischen Studierenden. Oft kommen diese nicht nur für ihr Studium nach Deutschland. Viele schließen hier enge Freundschaften und wollen in Deutschland bleiben und arbeiten. Wir leiden doch unter Fachkräftemangel. Warum will man dann aktiv die Ausbildung von Fachkräften einschränken, noch dazu, wenn unsere Gesellschaft dadurch um ein Vielfaches bereichert wird?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Auch das höchste beschlussfassende Gremium der größten Präsenz-Universität in Nordrhein-Westfalen, der Universität zu Köln, hat sich gegen Studiengebühren ausgesprochen - nicht nur, weil sie unsozial, selektiv und diskriminierend sind, sondern auch, weil sie keine Einnahmen bringen und vermutlich sogar einen Mehraufwand und damit Kostensteigerung erzeugen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Liebe Piraten, wir Grüne lehnen Studiengebühren jeglicher Art ab. Doch leider können wir eurem Antrag aus formalen Gründen nicht zustimmen.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Lachen bei der SPD)

Die Hochschulen sind komplett unabhängig von uns. Sie werden nicht von uns finanziert, und sie werden nicht von uns ausgestattet. Es ist auch nicht die Aufgabe des Kölner Rates, sich gegen sämtliche unsinnigen Ideen der Landesregierung auszusprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mir liegt das Thema Studiengebühren wirklich am Herzen. Aber es gehört einfach nicht hierhin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Den Studierenden und Hochschulen ist im Kampf gegen Studiengebühren nicht mit Ratsanträgen geholfen. Wenn wir sie unterstützen wollen, dann machen wir das mit lautstarkem Protest und in der öffentlichen Debatte - im und auch vor dem Landtag sowie vor allem in den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen und auch gegenüber der Wirtschaft, weil es nun einmal unserem Standort schadet.

Wenn ihr euch aktiv bei uns anschließen wollt, dann freuen wir uns sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Frau Schwab, Sie haben eine sehr schöne Rede gehalten. Nur: Die Konsequenz dessen, was Sie gesagt haben, war dann nicht nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einmal einen ganz anderen Gedanken in die Diskussion hineinbringen. Der Plan der Landesregierung, Nicht-EU-Studenten Studiengebühren zahlen zu lassen, ist in gewisser Weise auch eine Politik, die - ich übertreibe jetzt ein bisschen - etwas zündelt. Denn wir haben folgendes Problem: Wir müssen den Prozess mit der Türkei irgendwie in den Griff bekommen. Und die Türkei und die türkischen Menschen sind besonders - -

(Zuruf von der AfD: Lächerlich!)

- Das ist überhaupt nicht lächerlich. Warten Sie doch ab. Hören Sie einfach einmal zu. - Die türkischen Menschen sind vor allem deswegen auf Deutschland und die EU sauer, weil sie keine Möglichkeit haben, ohne Visum zu uns einzureisen. Das ist ein totaler Frust. Da hat die deutsche Regierung eine völlig falsche Politik gemacht und hat die Türkei auch in dem ganzen Prozess der EU-Verhandlungen vor die Pumpe laufen lassen; so nenne ich das einmal.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will überhaupt nicht die Türkei verteidigen. Ganz im Gegenteil! Wir sind da ja auch entsprechend aktiv.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Schickst du deine Rede auch an Frau Wagenknecht?)

Nur: Diese Gebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten, die vor allem - das haben wir ja von Frau Gerlach gehört - auch türkische Studenten treffen werden, und zwar in großem Umfang, sind für Menschen, die aus der Türkei kommen, eine regelrechte Provokation.

Wir sollten eine Politik der Provokation sein lassen und uns Prozesse überlegen, die zur Deeskalation führen. Wir sollten ernsthaft darüber nachdenken, ob es klug ist, die Türkei in dieser Frage einfach wieder vor den Kopf zu stoßen. Und das macht die schwarz-gelbe Regierung.

Sie meinte, damit geschickt aus der Affäre herauskommen zu können. Auf der anderen Seite kann es natürlich auch ein Einstieg in die Studiengebühren insgesamt sein.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE] - Zuruf von Christoph Klausing [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, dass Ihr keine Traute habt, in dieser Frage mit uns zu stimmen, um bei den Studiengebühren für eine Deeskalation zu sorgen und uns dafür auszusprechen, dass für Nicht-EU-Ausländer, insbesondere auch für Türken, keine Gebühren eingeführt werden, ärgert mich maßlos. Damit beweist ihr kein Fingerspitzengefühl im Hinblick auf das, was uns in den nächsten Monaten passieren kann. Und wenn wir den Konflikt mit der Türkei nicht in den Griff kriegen, wird viel passieren, meine Damen und Herren.

Der AfD ist es gelungen, die Russlanddeutschen auf ihre Seite zu kriegen. Wenn es auch noch dazu kommt, dass die AfD rechte Türken auf ihre Seite kriegt, dann kann ich nur sagen, meine lieben Damen und Herren: Spaß mit Kaba-Fit.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg hat das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, die Landesregierung von FDP und CDU plant die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer in Höhe von 1 500 Euro pro Semester. In NRW würde dies, wie Frau Gerlach auch schon ausgeführt hat, circa 70 000 Studierende betreffen. Aufgrund zahlreicher Ausnahmeregelungen - das wurde auch erwähnt -, zum Beispiel für Flüchtlinge oder Stipendiaten aus Dritte-Welt-Ländern, betrifft sie dann aber nur noch 30 000 Studierende in NRW.

Das Modell ist auch nicht von der FDP erfunden worden, sondern bereits unter den Grünen in Baden-Württemberg ausprobiert worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Niklas Kienitz [CDU]: Hört! Hört!)

Liebe Kollegin der Grünen, daher hat es mich doch sehr gewundert, in Ihrer Rede gerade zu hören, dass Sie so sehr gegen Studiengebühren

sind, obwohl Sie in Baden-Württemberg dieses Modell gemeinsam eingeführt haben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat etwas mit Föderalismus zu tun!)

Der Unterschied zwischen Baden-Württemberg und NRW wird allerdings sein, dass bei uns die Studiengebühren eins zu eins an die Hochschulen weitergegeben werden.

(Beifall bei der FDP)

Das ist im Moment in Baden-Württemberg nicht der Fall. Dort fließt lediglich ein Fünftel der Gebühren direkt an die Hochschulen. Das ist falsch. Da bessern wir in NRW definitiv nach.

(Beifall bei der FDP)

Wir möchten dies tun, damit die Studienbedingungen an unseren Hochschulen ein bisschen verbessert werden können. Sie haben gerechnet, Frau Gerlach. Es sind round about 51 Millionen Euro. Sie sagen: ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir Liberale sagen: besser als nichts.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind davon überzeugt, dass wir mit diesem Modell eine faire und realistische Lösung gefunden haben. Denn wir werden - jetzt möchte ich auch noch einmal der SPD den Unterschied erklären - nicht wieder, wie 2005, allgemeine Studiengebühren einführen. Es ist mir ganz wichtig, das zu sagen. Dagegen sind auch wir mittlerweile.

Sie haben gesagt, wir könnten in allen Ländern hervorragend studieren - ohne Gebühren. Was kostet mich als Deutsche ein Auslandssemester in den USA, meine sehr verehrten Damen und Herren? Schlagen Sie es gerne nach. Im Vergleich dazu sind 1 500 Euro pro Semester in NRW wirklich wenig.

Zum Schluss möchte ich noch auf Herrn Kollegen Detjen von den LINKEN eingehen, der gerade gesagt hat, wir dürften die Türkei nicht vor den Kopf stoßen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Erdogan stößt gerade die ganze Zeit die Deutschen vor den Kopf. Es kann nicht sein, dass der weitere Umgang mit der Türkei als Argument gegen Einführung der Studiengebühren herangezogen wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es nur kurz vom Platz aus. Als ich mich gemeldet hatte, habe ich ja nicht geahnt, wie sehr die Debatte hier noch ausufert. Mit den Russlanddeutschen und Herrn Erdogan zu argumentieren, geht auch ein bisschen zu weit. Man kann tatsächlich nur gegen Studiengebühren sein, also schlicht und einfach dagegen sein, weil Bildung eine staatliche Aufgabe ist. Diese Aufgabe finanzieren wir als Land NRW selber und bitten nicht ausländische Studierende zur Kasse, egal woher sie kommen. Deswegen sind wir ganz klar gegen Studiengebühren.

Andererseits kann man ja froh darüber sein, dass wir heute überhaupt über diesen Punkt sprechen dürfen. Ich erinnere nur an die gerade abgebrochene Diskussion zum Thema Tempolimit. Was haben wir als Kölner Stadtrat mit dem NRW-Bildungsministerium zu tun? Danke schön, dass wir darüber sprechen dürfen.

Aber deshalb sei mir an dieser Stelle auch ein Wort an CDU und FDP gestattet: Ich verstehe Ihre Haltung als Kölner Stadträte, die Sie ja nun einmal sind, nicht. Sie sind Stadträte in einer Universitätsstadt, die ganz wesentlich davon lebt, dass sie eine weltoffene Stadt ist und Studierende aus aller Herren Länder - oder aller Frauen Länder; sagt man das auch? -

(Heiterkeit)

nach Köln einlädt. Dass Sie als CDU- und FDP-Stadträte jetzt dafür sind, solche Studiengebühren einzuführen, irritiert mich schon. Es wäre ein schönes Signal aus dem Kölner Stadtrat an die schwarz-gelbe Landesregierung, wenn auch Sie sich gegen die Einführung dieser Gebühren aussprechen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Beckamp, bitte.

Roger Beckamp (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Ratsherren und -damen! Ich möchte Sie von den LINKEN und den Grünen, insbesondere die Akademiker unter Ihnen, einmal daran erinnern, wer Ihr Studium bezahlt hat. Das war die Bäckerfrau; das war der Busfahrer; das war

die Krankenschwester. Die haben Ihr Studium damals bezahlt. Und dann vergleichen Sie einmal, wer nachher wie viel verdient: der Akademiker typischerweise durchschnittlich mehr. Vor diesem Hintergrund muss man einmal überlegen, wo man bei Studiengebühren ansetzt.

Dieser erste Schritt zu einer gerechteren Verteilung der Kosten in der Gesellschaft ist sicherlich sehr vernünftig. Insofern: Schwarz-Gelb, richtig gemacht!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema sehe ich nicht. - Ich lasse jetzt darüber abstimmen.

Bei der Abstimmung werde ich mich selbst enthalten, weil wir auch hier - wie beim Tempo auf Kölner Autobahnen - keine entsprechende Kompetenz haben. Gleichzeitig haben wir viele wichtige Themen in Köln. Deswegen werde ich mich in Zukunft an solchen Abstimmungen nicht beteiligen, sondern mich immer enthalten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich lasse jetzt über den Antrag der Piraten abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die Grünen, die CDU, die FDP und die AfD. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Landesregierung, von ihrem Vorhaben der Einführung einer neuerlichen Studiengebühr für Nicht-EU-Ausländer abzusehen. Er schließt sich damit den vielfachen Protesten gegen die neu geplante Gebühr an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin abgelehnt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Schwab nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Gesetzesinitiative zur Liberalisierung der Sonntagsöffnungen stoppen“ AN/1335/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1419/2017

Ich bitte Herrn Krupp zum Mikrofon.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Über viele Jahre war es hier ein sehr breit getragener Konsens, dass Sonntagsöffnungen in Köln die absolute Ausnahme bleiben sollen. Während in NRW das Ladenöffnungsgesetz - bis heute übrigens - gesetzlich vier Sonntagsöffnungen vorsieht, und zwar als Möglichkeit, aber anlassbezogen, war die Kölner Lösung - sehr breit getragen, einstimmig hier im Rat beschlossen, auch von CDU und FDP -, dass wir davon nur dreimal im Jahr Gebrauch machen. Das heißt auf gut Deutsch: In Köln gibt es pro Stadtbezirk maximal drei Sonntagsöffnungen im Jahr. Das war über ein Jahrzehnt lang der ganz breit getragene Konsens hier.

Ende des Jahres 2015, ausgerechnet am 11.11., hat sich die Rechtsprechung geändert. Der Anlassbezug ist nun durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wesentlich enger gefasst worden. Das hat dazu geführt, dass viele der Anlassbeschreibungen, die früher durchaus getaugt haben, heute nichts mehr taugen.

Wenn es eine so einschneidende Änderung der Rechtslage gibt - also nicht der Gesetzeslage, aber der Rechtslage -, muss man fragen: Was ist dann geschehen? Es wäre ja sehr nahe liegend gewesen, die Konsensrunde, bestehend aus den Playern, also Einzelhandel, Kirchen, Gewerkschaften, einzuberufen und zu schauen, wie man diese Kölner Lösung in Zukunft umsetzen kann.

Das ist nicht geschehen. Hingegen hat ver.di - völlig zu Recht; das ist in einem Rechtsstaat völlig in Ordnung - gesagt: Die Rechtslage hat sich geändert. Das wird hier negiert. Deswegen klagen wir, um einmal zu sehen, wie die Gerichte dieses Vorgehen in Köln beurteilen. - Und ver.di hat recht bekommen.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn, dass im Änderungs- bzw. Zusatzantrag von CDU und

Grünen aufgeführt ist, ver.di hätte die Konsensrunde aufgekündigt. Das ist alles andere als zutreffend und mehr als fernliegend.

Was ist nun passiert? CDU und FDP haben im Land einen Koalitionsvertrag geschlossen und darin festgelegt, dass es in Nordrhein-Westfalen zukünftig nicht mehr maximal vier Sonntagsöffnungen im Jahr pro Gemeinde bzw. bei größeren Gemeinden pro Stadtbezirk geben soll, sondern acht. Die Zahl soll also locker verdoppelt werden. Wohlgemerkt: unter anderem von einer sich christlich nennenden Partei; so viel nur einmal zum Thema Sonntag.

Was würde das für Köln bedeuten? Man kann das ja pro Stadtbezirk umrechnen. Da könnten also hohe Zahlen herauskommen. Deswegen ist im Koalitionsvertrag eine Deckelung auf 16 Mal pro Stadt vorgesehen. Das heißt: Wenn dieses Vorhaben umgesetzt wird, können Sie in Köln im Zweifel 16 verkaufsoffene Sonntage im Jahr besuchen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Das ist auch in Ordnung!)

- Nein, das ist nicht in Ordnung. - Unser Antrag geht deswegen ganz klar dahin, dass Schluss mit dieser weiteren Liberalisierung sein muss. Das war nie das Kölner Modell - nicht annähernd. Es war immer Konsens, dass selbst die vier Mal nicht ausgeschöpft werden.

Dass künftig 16 Mal im Jahr eine Sonntagsöffnung möglich sein soll, ist auch ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einzelhandel, ein Schlag ins Gesicht der Gewerkschaften und im Übrigen ein Affront gegenüber den Kirchen, nicht zuletzt in Köln. Ich erinnere daran, dass sich zum Beispiel Frau Bartscherer mit dem Katholikenausschuss sehr vehement dafür einsetzt, dass die Regelungen restriktiv gehalten werden - übrigens völlig zu Recht.

Schwarz-Grün hat jetzt einen Änderungs- bzw. Zusatzantrag vorgelegt, der unseren Antrag ersetzen soll. In diesem Ersetzungsantrag steht zwar, dass es in Köln weiterhin bei drei Mal bleiben soll. Der Witz ist aber folgender: Dieser Ersetzungsantrag greift ja das Problem nicht an der Wurzel. Die Wurzel ist der neoliberale Kurs der schwarz-gelben Landesregierung, die auf acht bzw. 16 Mal im Jahr erhöhen will. Wenn wir uns in Köln jetzt darauf einigen, hier bei maximal drei Mal zu bleiben - was wir grundsätzlich begrüßen -, haben wir doch das Problem, dass in den Umlandgemeinden aber vielleicht acht Mal im Jahr oder bei größeren Städten sogar 16 Mal im Jahr geöffnet ist.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

Es kommt also zu einem Wettrüsten mit den Umlandgemeinden, um es einmal martialisch zu sagen. Deswegen packt Ihr Ersetzungsantrag das Problem nicht an der Wurzel.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Wurzel ist, dass Schwarz-Gelb im Land bis zu acht bzw. 16 Sonntagsöffnungen im Jahr erlauben möchte.

Im Übrigen haben Sie, Herr Petelkau - ich lese *EXPRESS;* ich bin ein einfacher Mann -

(Zurufe)

am 18. Juni 2017 in Bezug auf die 16 verkaufsoffenen Sonntage gesagt:

> Das ist ein Ergebnis, mit dem wir gut leben können.

Da muss ich sagen: Nein. Sie können vielleicht gut damit leben. Die Gesellschaft in Köln kann alles andere als gut damit leben.

(Zurufe)

Deswegen geben wir Ihnen die einmalige Chance, Ihren Kurs zu korrigieren. Wir stellen einen Änderungsantrag zu Ihrem Ersetzungsantrag. Wir beantragen nämlich, die Ziffer 1 unseres Ursprungsantrags, in der die Landesregierung aufgefordert wird, Schluss mit dem liberalen Kurs zu machen, als Ziffer 3 in Ihren Ersetzungsantrag aufzunehmen. Über den so geänderten Ersetzungsantrag kann dann auch als Erstes abgestimmt werden. Damit haben Sie die einmalige Chance, sich hier zu bekennen. Diese Chance geben wir Ihnen gerne. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Strahl das Wort.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Krupp, das hört sich zwar alles gut an.

(Martin Börschel [SPD]: Stimmt! - Beifall bei der SPD)

- Mit dem Applaus habe ich überhaupt kein Problem. - Man muss aber doch einiges richtigstellen.

Erstens. ver.di und der Katholikenausschuss haben geklagt - und wenn ich aus einer Konsensrunde heraus klage, ist das ja nicht gerade die Einladung zur gemeinschaftlichen, gleichberechtigten Mitarbeit.

Zweitens. Sie haben die Konkurrenz zu den Umlandgemeinden schon angesprochen. Im Rhein-Erft-Kreis gibt es zwölf Städte. Jede dieser zwölf Städte macht vier verkaufsoffene Sonntage. Vier mal zwölf sind 48. Dann können Sie gerade einmal die Adventszeit noch herausrechnen; jeder andere Sonntag ist aber ein verkaufsoffener Sonntag, den Sie locker mit dem Nahverkehr aus Köln erreichen. Da braucht man nichts mehr zu atomisieren. Das ist der Fall.

Wie wir wissen, hat dieses Gerichtsurteil - wie Sie bereits sagten, vom 11.11.; und das ist kein Witz - letztendlich dazu geführt, dass die Beantragung und die Genehmigung von Sonntagsöffnungen im Einzelhandel für die Händler und für die Behörden zum nicht kalkulierbaren Risiko geworden sind. Grund dafür ist die anlassbezogene Bindung der Sonntagsöffnungen als Anhängsel an eine vorgegebene und tradierte Veranstaltung. Diese Veranstaltung muss aus sich heraus mehr Besucher mobilisieren als der angebundene verkaufsoffene Sonntag.

Besucherzahlen im Vorfeld zu beurteilen, ist aufgrund fehlender und gesicherter Erhebungen im Normfall überhaupt nicht möglich. Das wiederum gibt den oftmals obsiegenden Klägern zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit und das Recht, direkt durch eine Klage bei Gericht in das Verfahren einzugreifen. Das muss man sich einmal vorstellen. Sie brauchen keinen Rechtsanwalt und nichts; sie rufen das Gericht an und sagen: „Das finden wir nicht gut“, und schon ist die Sonntagsöffnung vom Tisch. In den meisten Fällen ist diese Klage, wie eben beschrieben, wegen der nicht gesicherten Vortragslage ja erfolgreich.

Die Interessengemeinschaften des Einzelhandels in Köln sind auf ehrenamtlicher Basis organisiert. Die Durchführung eines verkaufsoffenen Sonntags nimmt wegen der Anlassbezogenheit mindestens ein halbes Jahr der Vorbereitung in Anspruch. Eine solche Veranstaltung kann darüber hinaus auch leicht einen fünfstelligen Eurobetrag kosten.

Eine IG, der unter Umständen eine Woche vor dem geplanten Termin des verkaufsoffenen Sonntags dessen Durchführung untersagt wird, kann den damit verbundenen finanziellen Verlust nicht weiterreichen und muss ihn alleine verkraften. Das leistet sie vielleicht ein Mal. Ein zweites Mal wird sie es gar nicht mehr versuchen. Dadurch wird auf Dauer jede Initiative im Keim erstickt.

Erschwerend kommt hinzu, dass neue Anlässe für verkaufsoffene Sonntage überhaupt nicht mehr gestaltet werden können, da ja keine Besucherzahlen vorliegen oder nachvollziehbar geschätzt werden können.

Für den überwiegend inhabergeführten Einzelhandel in den Vororten sind die beschriebenen Vorgaben das Ende der verkaufsoffenen Sonntage. Das muss man so sagen. In der Zeit des 24 Stunden möglichen Einkaufs im Internet ist das eine nicht zu verantwortende Benachteiligung des standortgebundenen Einzelhandels, auf den wir für die Grundversorgung unserer Bevölkerung dringend angewiesen sind.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, in dieses durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts verursachte Ungleichgewicht der Interessen und Möglichkeiten der Handelnden aktiv einzugreifen. Ich begrüße ausdrücklich, dass sich die neue NRW-Landesregierung dieses Problems angenommen hat.

Zweifelsfrei ist es ebenso sinnvoll, die in langen Jahren in Köln gelebte Konsensrunde zu revitalisieren. Konsens heißt aber - und das ist wichtig -, in einer Frage nach eingehender Diskussion zwischen gleichberechtigten Verhandlungspartnern zu einer Übereinstimmung - consensus - zu kommen.

(Martin Börschel [SPD]: Nicht diktieren, genau!)

Und das ist nur möglich, wenn alle Verhandlungspartner am Tisch gleichberechtigt sind und nicht einer aufgrund eines Urteils alleine bestimmt, was eventuell zulässig ist oder was unter keinen Umständen gewünscht ist.

Unser Antrag ist der Beginn einer sinnvollen Vorgabe zu Gestaltung und Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen in Köln, deren Notwendigkeit für den Einzelhandel in ganz Köln von einer breiten Mehrheit hier im Hause sicherlich nicht infrage gestellt wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Wer glaubt, durch solche Gesetzesänderungen, wie sie in dem FDP/CDU-Koalitionsvertrag niedergelegt sind, den Wettbewerb zwischen Onlinehandel und örtlichem Einzelhandel zugunsten des örtlichen Einzelhandels in den Griff bekommen zu können, hat mit Zitronen gehandelt. Dieser Wettlauf ist so nicht zu gewinnen.

Feststellbar ist aber, dass der Einzelhandel, der durch neue Produkte, Kreativität, gute Dienstleistungen und das Außergewöhnliche auffällt, tatsächlich Chancen hat, sich wirtschaftlich zu behaupten und auch Kunden zu gewinnen, die eben nicht ihre Produkte im Internet kaufen.

Darauf muss man vorweg erst einmal hinweisen, damit man hier nicht so gesetzesgläubig ist und immer meint, man könne bestimmte Trends durch Gesetze außer Kraft setzen.

Außerdem ist Folgendes zu sagen: Ich habe mir einmal den Koalitionsvertrag von CDU und FDP angeschaut. Meines Erachtens käme man auf mindestens 80 Resolutionen, die man daraus ableiten und hier einbringen könnte. Man muss sich allerdings die Frage stellen, ob das sinnvoll ist. Nun sind wir als Grüne auch keine Freunde dieser Landesregierung. Aber die Politik dieser Landesregierung wird sich nicht dadurch ändern lassen, dass wir hier jede Menge Resolutionen einbringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das wäre der falsche Weg. Insofern sollten wir uns auf das konzentrieren, bei dem wir eine reale Kölner Position beschreiben können.

Das tun wir mit dem Antrag, den wir hier vorgelegt haben. Darin stellen wir den Kölner Konsens, der sich bewährt hat, in den Mittelpunkt. Seit 2007 konnten sich SPD, CDU und Grüne bisher immer dahinter versammeln. Das sollten wir weiterhin tun - inklusive der Wiederbelebung der Konsensrunde.

Allerdings möchte ich daran erinnern, dass es der DGB und die katholische Kirche waren, die die Allianz für den freien Sonntag gegründet haben und sich dann zurückgezogen haben und eine sehr fundamentale Position eingenommen haben. Das kann man respektieren. Aber es gehört zur Wahrheit natürlich auch dazu. Insofern müssen sie, wenn sie Kompromisse schließen wollen, auch wieder in diese Konsensrunde hineinkommen.

Des Weiteren fällt mir auf, dass die SPD offenbar absolute Angst davor hat, dass es tatsächlich einen Gesetzentwurf geben könnte, der rechtstauglich ist. Wir haben doch folgende Situation: Durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil und das Bundesverwaltungsgerichtsurteil ist ein ganz scharfes rechtsstaatliches Korrektiv eingezogen worden. Ich kann mir kaum vorstellen, dass man wieder zu einem Status kommen kann, der dem davor entspricht. Das heißt: Der schöne Satz in dem Koalitionsvertrag „eine rechtssichere Möglichkeit schaffen“ ist offensichtlich bewusst so formuliert. Denn diesen Weg will ich erst einmal sehen.

Insofern sollten wir da auch selbstbewusst sein. Ich denke nicht, dass es zu einer tragfähigen Lösung kommen wird, die mehr Raum für neoliberale Öffnungen schafft, weil die durch diese höchstrichterlichen Urteile vorgenommene enge Definition nicht übersprungen werden kann. Daher ist da auch ein bisschen mehr Gelassenheit angesagt.

Jedenfalls muss man feststellen - das ist sicherlich auch ein Verdienst unseres rechtsstaatlichen Systems -, dass durch diese Urteile ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Sonntagsschutz und den Bedürfnissen der Arbeitnehmer, aber auch den Bedürfnissen der gewerblichen Wirtschaft, hier insbesondere des Einzelhandels, geschaffen worden ist. Das ist eine Stärke, der wir uns bewusst sein müssen. Diese Stärke kommt hier auch zum Tragen.

Insofern sollten wir uns - das ist jetzt auch meine Aufforderung an die SPD - auf diesen Konsens, den wir in Köln gefunden und gelebt haben, konzentrieren und hier einen gemeinsamen Beschluss fassen. Denn das ist das richtige und auch das reale Signal, das wir gegenüber denjenigen senden können, die meinen, sie müssten hier eine völlig eskalierende Öffnung solcher Regelungen betreiben. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ende Mai gründete sich eine Initiative

mit dem Namen „Selbstbestimmter Sonntag“. Sie besteht aus einer Gruppe von Managern großer Warenhäuser. Ihr Ziel ist die völlige Freigabe des Sonntags als Verkaufstag.

So passt es doch wunderbar, dass die Landesregierung laut Koalitionsvertrag das Ladenöffnungsgesetz nun klarer formulieren möchte und eine Verdopplung der Zahl der Sonntagsöffnungen anstrebt. Dabei gehe es um eine rechtssichere Möglichkeit, die es den Gemeinden erlaube, wohlgemerkt aus eigener Kompetenz heraus die Sonntagsöffnung zuzulassen.

Der im Gesetz verankerte Anlassbezug zugunsten einer nicht abschließenden Aufzählung möglicher Sachgründe soll gestrichen werden. Das Ergebnis davon wäre, dass jede Sonntagsöffnung irgendwie begründet werden könnte, was aktuell ja nicht möglich ist. Das sieht man auch an den vielen Klagen, die ver.di gewonnen hat.

Insofern möchte ich auf den Ersetzungsantrag von CDU und Grünen eingehen. Darin heißt es, man solle an dem Konsens festhalten und weiterhin drei verkaufsoffene Sonn- und Feiertage anhand der Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts zulassen.

Da stellt sich mir die Frage: Ist das überhaupt möglich, wenn die Landesregierung so etwas vorsieht? Köln beschließt zwar, dass wir nur drei verkaufsoffene Sonn- und Feiertage haben. Aber was ist mit dem Beschluss, der bei uns in Köln getroffen worden ist, wenn der Anlassbezug wegfällt und jedweder Sachgrund möglich ist? Das weiß ich nicht. Das müsste man sich ja überlegen.

Des Weiteren muss man dazu wissen, dass Sonntagsöffnungen natürlich heute schon möglich sind. Es scheitert aber an einer Anlassveranstaltung. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist für jede Sonntagsöffnung eine ausführliche Begründung zum Anlassbezug erforderlich.

Es hat mich sehr irritiert, dass Sie ver.di vorwerfen, aus dem Konsens ausgestiegen zu sein. Das stimmt einfach nicht. Ich sitze im AVR. Dort ging es um ganz viele Sonntagsöffnungen. Wir als LINKE haben immer gefragt: Wo ist der Anlassbezug? Wo sind die Besucherströme? Es gab einfach keine Kriterien dafür. Und wenn ver.di das festgestellt hat, deswegen geklagt hat und die Klage gewonnen hat, dann zu Recht!

(Beifall bei der LINKEN)

Im Gesetzentwurf der Landesregierung wird in der Darstellung der Änderungen des Ladenöffnungsgesetzes zu der vorgesehenen Streichung des Anlassbezuges zugunsten von Sachgründen auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verwiesen. Hier wird suggeriert, dass die Streichung im Sinne der Rechtsprechung des Gerichts erfolge.

Dabei hat das Bundesverfassungsgericht in diesem Urteil an ebendieser Stelle ausgeführt:

> Darüber hinaus müssen Ausnahmen als solche für die Öffentlichkeit erkennbar bleiben und dürfen nicht auf eine weitgehende Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen und ihrer Betriebsamkeit hinauslaufen.

Die Handelsgewerkschaft ver.di hat dagegen schon Widerstand angekündigt - ich finde, zu Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Begründung der Landesregierung, der Handel in den Städten brauche ein Mittel gegen starke neue Konkurrenten wie den Onlineverkauf oder grenznahe Factory-Outlet-Center, kann eine Verdopplung der Zahl der Sonntagsöffnungen nicht rechtfertigen. Dieses Argument ist nur vorgeschoben, um den Sonntagsschutz auszuhebeln.

Eine weitere Erhöhung der Zahl der Sonntagsöffnungen nutzt nur den großen Handelsketten, während kleine und mittelständische Händler wenig davon haben. Richtig ist, dass der Einzelhandel vor tiefgreifenden Veränderungsprozessen steht. Mehr Sonntagsöffnungen sind jedoch nicht die richtige Antwort darauf. Mit diesem Gesetzesvorhaben wird die Konkurrenz zugunsten der großen Handelsketten erhöht. Dabei muss es doch darum gehen, den inhabergeführten Facheinzelhandel zu unterstützen. Denn dieser ist personell nicht in der Lage, angesichts der erweiterten Öffnungszeiten mit den großen Ketten mitzuhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Darum befördert die Sonntagsöffnung höchstens eines: eine noch größere Konzentration des Handels auf größere Ketten und damit den Strukturwandel in den Innenstädten.

Wir werden auf jeden Fall nur dem Antrag der SPD zustimmen. Wie gesagt, weiß ich nämlich nicht, wie sich diese Absicht der Landesregie-

rung auf eine in Köln beschlossene Beschränkung auf drei Sonntage auswirkt. Möglicherweise herrscht dann noch mehr Rechtsunsicherheit; denn das Land sagt, jeglicher Sachgrund reiche aus, und wir möchten die Sonntagsöffnung an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ausrichten.

Vielleicht könnte unser Stadtdirektor das erläutern. Vielleicht hat er ja einen Hinweis, wie sich das verhält, wenn diese Regelung auf der Landesebene kommen sollte.

Zusammenfassend ist nämlich Folgendes festzuhalten: Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Ladenöffnungsgesetz schafft Rechtsunsicherheiten nicht ab, sondern vergrößert diese, und er stellt sich den Schutzbestimmungen und den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel entgegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich, nach drei Jahren Ratspause wieder hier zu Ihnen sprechen zu dürfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin allerdings weniger erfreut darüber, dass die Kolleginnen und Kollegen der SPD sich offensichtlich in den letzten drei Jahren nicht modernisiert haben und nicht nach vorne entwickelt haben, sondern immer noch ideologische Grabenkämpfe führen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wie sieht denn die Realität aus? Das Marktforschungsinstitut GfK, die Gesellschaft für Konsumforschung, hat kürzlich eine Umfrage veröffentlicht, wonach in der Bundesrepublik Deutschland 64 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner im Alter ab 18 Jahren gelegentlich oder gerne sonntags einkaufen gehen. Ich denke, es ist unsere Aufgabe, hier als Politik für die Bürger da zu sein und nicht nur unsere Meinung ideologisch vorzutragen. Es liegt also nicht im Trend, die Sonntagsöffnungen weiterhin zurückzufahren oder zu verringern, wie es die SPD möchte.

Im Übrigen wundert mich auch, Herr Petelkau, dass Sie einen Änderungsantrag stellen, in dem Sie den Status quo einfrieren wollen, also nur drei Sonntagsöffnungen zulassen wollen, obwohl es in der Landesregierung anders beschlossen ist. Dazu sage ich nachher allerdings noch mehr.

Es geht auch um die Attraktivierung der Veedel. Frau Tokyürek, bei Ihnen klingt ja immer eine antikapitalistische Großkapitalkritik durch. Sie sagen, nur die großen Konzerne würden davon profitieren. Passen Sie einmal auf: Ich wohne in Longerich. Da sind keine Großkonzerne - es sei denn, die Volksbank Köln-Nord ist in Ihren Augen eine Großbank. Dort musste der verkaufsoffene Sonntag anlässlich der Kunstmeile abgesagt werden - zum großen Leid der inhabergeführten Geschäfte der Unternehmerinnen und Unternehmer, von denen Sie eben gesprochen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie bedauern das nämlich sehr. Sie brauchen den verkaufsoffenen Sonntag, um sich gegenüber Pulheim und gegenüber Nippes zu positionieren und nicht etwa noch große Kapitalisten zu begünstigen. Es geht um die inhabergeführten kleinen und mittelständischen Unternehmen, die wir hier im Blick haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kann auch nicht ansatzweise nachvollziehen, Herr Frank, dass sich im Jahre 2017 jemand hierhin stellt und sagt: Den Kampf gegen die Onlineunternehmen haben wir ja schon verloren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Wir können ihn nicht mehr gewinnen. - Ich möchte Ihnen ein Zitat entgegenhalten. Geben Sie mir bitte die Gelegenheit, meinen geschätzten Freund Boris Palmer zu zitieren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich glaube, Sie haben die falschen Freunde!)

Er hat nämlich am 14. März 2015 in der *ZEIT* geschrieben - ich zitiere -:

> Im Schutze der Sonntagsruhe gedeiht nicht das Christentum, sondern Amazon.

(Beifall bei der FDP)

Herr Palmer plädiert für 30 verkaufsoffene Sonntage im Jahr in Tübingen.

Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen, bevor Sie hier so tun, als sei der Kampf gegen den Onlinehandel schon verloren. Das ist falsch. Wir wissen

inzwischen, dass der Sonntag nicht nur der verkaufsstärkste Tag im deutschen Einzelhandel ist, sondern auch der verkaufsstärkste Tag im Onlinehandel. Und ich möchte die Chancen für unsere Einkaufsstadt Köln nicht auf dem Altar Ihrer ideologischen Verblendung preisgeben; tut mir leid. Die Einzelhändler sind mir wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Nun will ich auf das immer wieder angeführte Job-Argument - ver.di hin, ver.di her - eingehen. Wir wissen doch alle: Der Arbeitsschutz am Sonntag wird nicht im Ladenöffnungsgesetz geregelt. Der Sonntagsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird im Arbeitszeitgesetz geregelt; er wird in Tarifverträgen geregelt; er wird in Betriebsvereinbarungen geregelt. Hier mit dem Sonntagsschutz zu kommen, ist billig und vorgeschoben.

Im Übrigen wird eine Verkäuferin in einem Supermarkt oder einem Möbelgeschäft viel mehr verlieren als die Sonntagsruhe, wenn sie ihren Arbeitsplatz verliert. Auch das dürfen wir nicht aus dem Blick lassen.

(Beifall bei der FDP - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn das nicht ideologisch ist, was dann?)

Last, but not least: Die Dinge verändern sich. In der Gastronomie ist es üblich, am Wochenende zu arbeiten und am Montag zu schließen. Unsere Kultureinrichtungen machen sonntags auf und haben montags zu. Warum nicht ein bisschen mehr Flexibilität wagen? Warum nicht nach vorne gehen? Warum nicht modernisieren?

Damit bin ich auch, Herr Petelkau, bei Ihrem Parteifreund und unserem Ministerpräsidenten. Dieser hat nämlich in seiner Regierungserklärung am 13. September 2017, also vor gerade einmal 15 Tagen, gesagt:

> Mit dem Entfesselungspaket werden wir Freiraum schaffen für alle, die zu einer wirtschaftlichen Dynamik in Nordrhein-Westfalen beitragen wollen. Dazu gehört auch die Modernisierung des Ladenöffnungsgesetzes.

Und ich verkünde hier: Zwischen die Kölner FDP und den Ministerpräsidenten unseres Landes passt kein Blatt Papier. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir machen eine zweite Runde. Herr Joisten hat sich gemeldet.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Ach so; Sie wollen eine Frage stellen. Ja, bitte sehr, Herr Joisten; Sie haben das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Görzel, Sie haben hier ja einen ganz tollen Vortrag gehalten. Ich schätze Ihre Kompetenz grundsätzlich auch sehr. Aber deswegen habe ich jetzt zwei Fragen an Sie.

Meine erste Frage: Unterhalten Sie sich auch mit den Einzelhändlern in den eigentümergeführten Geschäften in Longerich? Ich unterhalte mich - vielleicht ist im Rechtsrheinischen die Lage anders - sehr intensiv mit ihnen und kann Ihnen sagen: Sie wären froh, wenn es gar kein Ladenöffnungsgesetz gäbe, das Sonntagsöffnungen zuließe. Dann könnten sie nämlich auch zu Hause bleiben. Sie öffnen doch nur, weil es überhaupt den Rahmen gibt, in Pulheim, in Rösrath oder sonst wo Möbelhäuser am Sonntag regelmäßig zu öffnen. Wenn Sie den Einzelhändler schützen wollen, schaffen Sie also das Gesetz ab und lassen keine Sonntagsöffnung zu.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Meine zweite Frage: Kennen Sie irgendeine Untersuchung, die belegt, dass Sonntagsöffnungen tatsächlich im Wettbewerb mit dem Onlinehandel Vorteile verschaffen? Ich kenne keine. Auch da sind sich die Einzelhändler völlig einig. Insofern muss ich an dieser Stelle Herrn Frank zustimmen: Wir müssen uns völlig neu aufstellen. Aber es gibt keine Untersuchungen, die in irgendeiner Weise belegen, dass Sonntagsöffnungen das „Problem“ - in Anführungsstrichen - des Wettbewerbs mit dem Onlinehandel lösen. Wenn Sie da etwas haben: Sagen Sie es uns. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Lieber Kollege Joisten, vielen Dank für die beiden Fragen, die ich natürlich gerne beantworte.

Zu Ihrer ersten Frage: Selbstverständlich spreche ich mit den Einzelhändlern. Sonst würde ich mich nicht hierhin stellen. Ich bin Mitglied der IG Longerich und kenne die Situation sehr genau. Wir hatten im April dieses Jahres, kurz bevor der letzte Antrag zu diesem Thema hier beschlossen wurde - da ging es um die drei Tage -, ein Treffen, bei dem auch Parteifreunde von Ihnen aus der Bezirksvertretung Nippes anwesend waren. Damals haben die Leute uns angeschrieben, per E-Mail kontaktiert und persönlich angerufen und haben gefragt: Warum wird hier plötzlich unser verkaufsoffener Sonntag kaputt gemacht? - Die Plakate hingen schon; die Auslagen waren schon entsprechend gestaltet. Unterstellen Sie mir also bitte nicht, ich würde blind, lebensfern oder realitätsfremd durch meinen Stadtteil gehen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ja, Sie können das nachlesen. Ich hatte nur fünf Minuten Redezeit. In der *bitkom*-Ausgabe 51/2014 ist sehr dezidiert dargelegt, inwieweit sich der Onlinehandel verändert hat und dass sich eine Kluft zwischen dem Onlinehandel und dem stationären Einzelhandel in unseren Innenstädten auftut. *bitkom,* Ausgabe 51/2014. Wir können das aber gerne auch gleich bilateral machen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich melde mich hier zu Wort, weil ich zweimal angesprochen worden bin, einmal von links, einmal von rechts. Dann gehört es sich natürlich, auch eine Antwort darauf zu geben.

Die Antwort lautet: Wir sind eine Großstadt. Wir sind nicht mit einem Landkreis vergleichbar. Hier geht es darum, die Flexibilität, die wir in Köln brauchen, auch herzustellen. In der Vergangenheit war die Großstadt Köln doppelt benachteiligt. Wir können nicht mit den Landkreisen verglichen werden. Wie Herr Kollege Strahl schon ausgeführt hat, können dort die kreisangehörigen Städte jede für sich einzelne Sonntage festlegen. Sie müssen sich nicht mit den anderen abstimmen, schauen aber genau, wann die anderen geöffnet und geschlossen haben. Daher kann man in Landkreisen nach der althergebrachten Regelung im Prinzip das gesamte Jahr über sonntags einkaufen. Das macht die Stadt Köln, die nicht einem Landkreis angehört, in dieser Form nicht.

Meine Damen und Herren, wir sind keine Kleinstadt, sondern eine Großstadt. So wollen wir auch behandelt werden.

Schauen Sie sich auch einmal die schiere Größe von Köln an. Im Ruhrgebiet gibt es viele kleine und mittlere Städte, die genauso weit voneinander entfernt sind wie Rodenkirchen von Mülheim. Im Ruhrgebiet kann jede Stadt die Sonntage einzeln für sich festlegen. Das ging in Köln bisher nicht.

Und da schafft der Ansatz der Landesregierung - damit komme ich auch zu Herrn Görzel - mehr Flexibilität. Das war mir wichtig. Deshalb habe ich dies auch gegenüber dem *EXPRESS* entsprechend kommuniziert. Wir wollen in Köln die Gelegenheit haben, etablierte Straßenfeste in ihrer Breite das ganze Jahr über zu unterstützen und Veranstaltungen zu unterstützen, die das auch verdient haben. Wir wollen hier nicht entscheiden, ob das Straßenfest in Nippes besser ist, sodass es diese Unterstützung bekommt, während ein anderes Straßenfest an einem anderen Tag keine solche Unterstützung bekommen kann, weil wir den Rahmen insgesamt schon ausgeschöpft haben. Diese Flexibilität haben wir, wenn wir insgesamt mehr Sonntage zur Verfügung haben.

In einem Punkt bin ich allerdings nicht bei Ihnen, Herr Görzel. Ich glaube nämlich nicht, dass Sonntagsöffnungen das entscheidende Instrument sind, um den Einzelhandel in Deutschland zu entfesseln. Das hat Armin Laschet auch nicht gemeint. Es geht hier um die gesamten Rahmenbedingungen. Dazu gehören viele andere Themen, die liberalisiert und von Bürokratie befreit werden müssen. Ein Thema ist beispielsweise die Abschaffung der Hygiene-Ampel. Dadurch wird der Handel an vielen Stellen mehr gestärkt - und natürlich auch die Gastronomie. Das sind sinnvolle Dinge.

Aber das ist nicht der Punkt, den wir heute diskutieren. In Köln brauchen wir eine flexible Lösung. Das ist mit der neuen Regelung, die wir in Düsseldorf anstreben, auch möglich.

(Martin Börschel [SPD]: Aber Sie beschließen hier etwas anderes als in Düsseldorf! Hier links blinken, da rechts fahren!)

- Nein. Sie müssen schon genau lesen. Wir haben hier in Köln die Möglichkeit, pro Stadtteil drei

Sonntagsöffnungen zu machen. Das gibt uns genau die Flexibilität, die wir brauchen. Sie müssen den Antragstext auch richtig lesen. Wir wollen im Rahmen des Gesamtpakets, das wir auf Landesebene zur Verfügung haben, drei Sonntagsöffnungen pro Stadtteil ermöglichen.

(Martin Börschel [SPD]: Im Rahmen des Ladenöffnungsgesetzes! Sie wissen gar nicht, was Sie beschließen!)

Das schafft mehr Flexibilität. Und das ist genau das, was wir hier wollen und was für eine Großstadt wie Köln auch wichtig ist. Das ist kein Widerspruch, sondern ergänzt sich miteinander. Deshalb können wir hier ohne Probleme dem Kölner Antrag zustimmen. Das passt auch wunderbar in die Landesregierung hinein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Dann möchte ich gerne mit Ihnen besprechen, wie wir darüber abstimmen sollten. Nachdem wir jetzt einen Ursprungsantrag, einen Änderungsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen und einen Änderungsantrag zu diesem CDU/Grüne-Antrag haben - so habe ich Herrn Krupp verstanden -,

(Martin Börschel [SPD]: Genau!)

möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, den Punkt 1 des SPD-Antrags als Änderungsantrag zum Änderungsantrag abstimmen zu lassen.

(Martin Börschel [SPD]: Genau! Er soll als Ziffer 3 eingefügt werden!)

Weil Sie ja alle so konsensorientiert sind und so sehr auf die Konsensrunde setzen, könnte man das hier ja vielleicht schon einmal üben, indem man über die drei Punkte, nämlich den ersten Punkt aus dem SPD-Antrag und die beiden weiteren Punkte aus dem Änderungsantrag von CDU/Grünen, abstimmen ließe.

(Martin Börschel [SPD]: Damit wären wir einverstanden! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber dann einzeln!)

- Einzeln abstimmen ließe und dann am Ende eine Gesamtabstimmung machte. Wäre das eine Möglichkeit? Finden Sie sich da wieder? - Dann machen wir es so.

Ihnen liegen die Anträge vor, sodass ich das jetzt nicht vorlesen muss. Oder soll ich es lieber vorlesen?

(Zurufe: Bitte!)

- Okay. Gut, dann lese ich vor.

Ich lasse zunächst über den Punkt 1 des SPD-Antrags abstimmen:

> Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP vereinbarte Liberalisierung des Ladenöffnungsgesetzes insbesondere im Hinblick auf die Ausweitung der Sonntags- und Feiertagsöffnungszeiten nicht umzusetzen.

Wer ist dagegen? - CDU, FDP, AfD - und die Grünen.

(Martin Börschel [SPD]: Ist das peinlich!)

Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Es haben doch nur Herr Frank und Frau Jahn bei den Grünen abgestimmt!)

- Also, wenn Sie wüssten - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können ja noch einmal abstimmen!)

- Nein, wir stimmen jetzt nicht so lange ab, bis das Ergebnis anders wird. - Das ist hier oft so, Herr Detjen. Darum bitte ich ja immer wieder um deutliches Stimmverhalten.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die Grünen haben doch die ganze Zeit taktiert!)

Nun lasse ich über den Punkt 2 abstimmen. Ich lese ihn vor:

> Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, weiterhin bis zu 3 verkaufsoffene Sonn- und Feiertage im Jahr in der City und je Stadtteil im Rahmen des Ladenöffnungsgesetzes NRW (LÖG NRW) sowie unter Beachtung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils vom 11.11.2015 … und des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 01.12.2009 zu prüfen und zur Beschlussfassung den Ratsgremien vorzulegen.

Gegenstimmen? - Die FDP stimmt dagegen. Enthaltungen? - Herr Wortmann, die Ratsgruppe

GUT und die Piraten enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 3:

> Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die Reaktivierung der Konsensrunde unter einer ausgewogenen Beteiligung des Einzelhandels der City und der Stadtbezirke sowie der Kirchen und der Gewerkschaften anzustreben.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt nehmen wir bitte noch eine Gesamtabstimmung über die Punkte 2 und 3 vor. Gegenstimmen? - Die FDP stimmt dagegen. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT, die Piraten und Herr Wortmann enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

> (Martin Börschel [SPD]: Wollen Sie über unseren Ursprungsantrag auch noch abstimmen lassen?)

- Der Ursprungsantrag ist ersetzt.

> (Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Den habt ihr doch ersetzt! Es gab jetzt drei Punkte, und der erste war von der SPD!)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Ziffer 1 des SPD-Antrages:

1. *Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf die im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP vereinbarte Liberalisierung des Ladenöffnungsgesetzes insbesondere im Hinblick auf die Ausweitung der Sonntags- und Feiertagsöffnungszeiten nicht umzusetzen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Ziffer 1 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, weiterhin bis zu 3 verkaufsoffene Sonn- und Feiertage im Jahr in der City und je Stadtteil im Rahmen des Ladenöffnungsgesetzes NRW (LÖG NRW) sowie unter Beachtung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils vom 11.11.2015 (BVerwG 8 CN 2.14) und des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.2009 zu prüfen und zur Beschlussfassung den Ratsgremien vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und der Ratsmitglieder Zimmermann (Gruppe GUT) und Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

III. Beschluss gemäß Ziffer 2 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2. *Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die Reaktivierung der Konsensrunde unter einer ausgewogenen Beteiligung des Einzelhandels der City und der Stadtbezirke sowie der Kirchen und der Gewerkschaften anzustreben.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung:

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, weiterhin bis zu 3 verkaufsoffene Sonn- und Feiertage im Jahr in der City und je Stadtteil im Rahmen des Ladenöffnungsgesetzes NRW (LÖG NRW) sowie unter Beachtung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils vom 11.11.2015 (BVerwG 8 CN 2.14) und des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.2009 zu prüfen und zur Beschlussfassung den Ratsgremien vorzulegen.*

2. *Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die Reaktivierung der Konsensrunde unter einer ausgewogenen Beteiligung des Einzelhandels der City und der Stadtbezirke sowie der Kirchen und der Gewerkschaften anzustreben.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und der Ratsmitglieder Zimmermann (Gruppe GUT) und Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Anwachsen der Drogenszene am Ebertplatz durch afrikanische Dealer“ AN/1321/2017

Herr Beckamp.

Roger Beckamp (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, ich kann es vom Platz aus machen. Das ist relativ überschaubar. Es geht um die Drogenszene am Ebertplatz, auch allen hier geläufig - einem Platz, an dem man gut und gerne lebt, wenn nicht gerade Drogen gehandelt werden, tätliche Übergriffe stattfinden oder Razzien der Polizei gegen Drogenhändler erfolgen, die typischerweise aus bestimmten Tätergruppen kommen.

Wir fordern etwas ganz Selbstverständliches, nämlich einfach Sicherheit und Ordnung. Man sollte nicht versuchen, irgendwen mit irgendwelchen Maßnahmen irgendwie zu integrieren, sondern schlichtweg einmal die Instrumente anwenden, die wir haben. Das heißt, dass man Platzverweise ausspricht, dass man darüber nachdenkt, auf kommunaler und Landesebene Grundlagen für Stadtverweise zu schaffen, dass man die Lokalitäten vor Ort ein bisschen genauer prüft - auch wenn Frau Klug sich freut, ist das sicherlich ein Ansatz, bei dem man einfach einmal den entsprechenden Willen zeigen muss; das ist auch kein Zufall - und dass man einmal den Aufenthaltsstatus der netten Leute vor Ort, die dort Drogen verkaufen, prüft. Es bringt nämlich auch nichts, Cannabis zu legalisieren, wie die LINKEN es fordern, wenn Heroin verkauft wird.

Insofern wäre das ein Zeichen der Stadt an die Anwohner und generell, wie mit Drogenhändlern verfahren wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Zur Entschärfung der Drogenszene am Ebertplatz, vor allem durch afrikanische Dealer, beschließt der Rat der Stadt Köln

1. *die Schankerlaubnis für bekannte Lokalitäten, die als Aufenthaltsschwerpunkte dienen, zu überprüfen,*
2. *Dealern Platzverweise zu erteilen,*
3. *bei Kontrolle der Personalien und festgestellten, strafbaren Auffälligkeiten ohne Wohnsitz in Köln einen Stadtverweis zu erteilen,*
4. *den Aufenthaltsstatus zu klären und ggfs. Abschiebehaft zu veranlassen,*
5. *festzustellen, ob der Besagte in anderen Kommunen bereits auffällig war, um durch eine Zusammenführung von strafbaren Auffälligkeiten eine Gesamtstrafe bewirken zu können.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Bürgermeister*innen-Austausch mit Partnerstädten“ AN/1337/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 26.09.2017 2969/2017

Ich gebe Herrn Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben ein paar Ratsmitglieder den Saal verlassen. Ich vermute einmal, dass das nicht an unserem Antrag liegt; zumindest hoffe ich es. - Zunächst zwei Gründe zu der Motivation, warum wir den Antrag gerade jetzt stellen:

Erste Motivation: Köln leistet sich als eine der wenigen Städte zu Recht eine Doppelspitze in Funktion des Stadtdirektors und der Oberbürgermeisterin. Als Millionenstadt brauchen wir jemanden - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist nicht richtig. Jetzt muss ich aber einmal widersprechen. Das wäre zwar schön. Aber es stimmt nicht.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Wir haben auf jeden Fall einen Stadtdirektor und eine Oberbürgermeisterin; wie auch immer. - Als Millionenstadt - -

(Zurufe)

- Eine Oberbürgermeisterin. Das habe ich doch gesagt. Jetzt bringt mich nicht durcheinander und lasst mich das hier einmal durchziehen. - Als Millionenstadt brauchen wir jemanden wie Herrn Dr. Keller, der sich um das operative Verwaltungsgeschäft kümmert, während Frau Reker viele auch überwiegend repräsentative Aufgaben übernimmt. - Ich hoffe, das ist jetzt okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bis jetzt waren wir wirklich Freunde, Herr Hegenbarth.

(Heiterkeit)

Thomas Hegenbarth (Piraten): Was habe ich denn jetzt so Falsches gesagt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben gesagt, ich sei überwiegend Repräsentationsfigur.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Ich habe „viele auch überwiegend repräsentative Aufgaben“ gesagt; also auch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 25 Prozent.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Okay. Dann haben Sie das jetzt anhand der Zahlen klargestellt. Das ist ja auch ganz wichtig. Ich wusste zum Beispiel nicht, dass es 25 Prozent sind. Insoweit ist das ganz gut.

An dieser Stelle geht es aber um den Aspekt der Repräsentation. Das ist auch Teil unseres Antrags. Darauf möchte ich gleich etwas näher eingehen.

Zweite Motivation: In einer Zeit, in der nationale Grenzen und die angeblich eigene Überlegenheit von bestimmten Menschen wieder rauf und runter gebetet werden - nicht nur in unserem Land -, sollte jede Initiative, die für mehr Verständnis und Zusammenarbeit sorgt, unterstützt werden. Und wo, wenn nicht vor Ort in den jeweiligen Kommunen, fängt die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen im Ausland an? Hier bieten sich unsere Städtepartnerschaften auch für weiter Gehendes an.

Mit dem OB-Tausch und unseren aktuellen Problemen in Köln hat das eine ganze Menge zu tun. Im Antrag haben wir das Beispiel von Münster und Enschede genannt. Beide Städte sind aufgrund ihrer räumlichen Nähe besonders geeignet, zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit wird durch deren Austausch noch verstärkt und gefördert, zum Beispiel in Bereichen der Ausbildung, der Infrastruktur oder des Arbeitsmarktes.

Es gibt aber auch Beispiele von Städten, in denen ein OB-Austausch stattfand oder stattfinden soll, die räumlich viel weiter getrennt sind, zum Beispiel zwischen Rietberg bei Gütersloh und dem polnischen Glogowek - Ziel sei es, durch einen zeitlich eng begrenzten Rollentausch das Verständnis für die Sorgen, aber auch für die Visionen der jeweils anderen Stadt zu verbessern; ja, darum geht es auch in Köln, hoffe ich einmal - oder zwischen Augsburg und dem französischen Bourget im Loiretal, die ja auch nicht gerade nebeneinander liegen.

Was könnten wir lernen oder wie hier direkt einmal aus erster OB-Hand erfahren, damit es eben nicht in mehr oder weniger anonymen Fachgremien ungehört bleibt? Einige Beispiele:

- Erfahrungen mit Videoüberwachung und deren Nutzung in großen englischen Kommunen wie unserer englischen Partnerstadt Liverpool

- Erfahrungen unserer Partnerstadt Lüttich, die immerhin das AKW Tihange direkt vor der Haustüre hat; ein Vorfall dort betrifft uns ganz genauso und macht nicht an der belgischen Grenze halt

- Erfahrungen unserer Partnerstadt Tunis in Fragen der afrikanischen Flüchtlinge

  Verkehrs- und Wohnraumlösungen in Rotterdam, die wir uns zum Vorbild nehmen könnten

  das Radleihsystem in Tel Aviv

Ich könnte Ihnen noch eine ganze Menge anderer Punkte nennen.

Aber vielleicht könnten sich auch umgekehrt Istanbul oder Peking ein paar Dinge von uns anhören, was den Umgang mit Menschenrechten betrifft.

Ich mache mir keine Illusionen, dass hier ein Tausch etwas sehr Grundlegendes ändert. Aber wir dürfen nicht aufhören, auch mit denen zu reden, mit denen wir vielleicht gar nicht so gerne reden wollen.

Genau dafür sind solche kreativen Vorschläge wie unserer gedacht, um auch wieder für Schwung zwischen den Städten und den Menschen zu sorgen.

Im Rahmen unseres Vorschlags sollten auch nationale Kommunen mit eingebunden werden. Warum nicht einmal ein Tausch zwischen Köln und Düsseldorf?

Es reicht eben nicht, dass es - wie in der Stellungnahme, für die ich übrigens sehr dankbar bin, ausgeführt - für Verwaltungsvorstände und Auszubildende geprüft wird und für Mitarbeiter der Verwaltung prinzipiell möglich ist. Mich würde interessieren, wie oft diese Möglichkeit genutzt wird und welche Erfahrungen damit gemacht werden. Das ist gut. Ich bin froh, dass sich, sollte unser Antrag abgewiesen werden, an dieser Stelle doch einiges tut und vielleicht dadurch auch etwas weiter Druck gemacht wird.

Ich frage mich dann aber, warum es auf allen anderen Ebenen geht, aber nicht ganz oben. Es macht eben einen Unterschied, wenn diese Möglichkeit nicht auf Chefinnenebene umgesetzt wird. Oben an der Spitze stehen nun einmal die Vorbilder.

Frau Reker, ich weiß, dass Sie verdammt viel machen und dass Ihnen der Austausch mit anderen sehr wichtig ist. Dafür gibt es ja sehr viele dankenswerte Initiativen der Stadt wie zum Beispiel jetzt die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises an Liverpool, das sich durch seine Anti-Brexit-Haltung ausgezeichnet hat.

Aber scheuen Sie sich nicht davor, auch auf den ersten Blick ungewöhnliche Vorschläge wie den unseren aufzugreifen.

An dieser Stelle möchte ich die Oberbürgermeister von Enschede und Münster zitieren:

> Genauso müssen wir
>
> - also die OBs -
>
> dafür sorgen, dass wir die Grenzen in unseren Köpfen abbauen.

Dem kann ich nur hinzufügen: mit Kreativität und dem Mut, auch einmal etwas Neues auszuprobieren. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, bitte gestatten Sie mir, dass ich, weil ich direkt angesprochen bin, auch direkt darauf antworte.

In Münster und Enschede ist das in der Tat etwas ganz anderes, weil diese beiden Kommunen aufgrund ihrer engen räumlichen Nähe auch gemeinsame Projekte in einer Form haben, die wir so nicht haben; dort geht es bis hin zur gemeinsamen Ordnungsarbeit.

Den Gedanken, dass man über den Tellerrand hinausschauen muss, finde ich ja richtig. Wir haben 22 internationale Städtepartnerschaften, und wir pflegen die Städtepartnerschaften sehr. Es ist wirklich so, dass man die Kollegen beispielsweise fragt: Wie machen Sie denn dieses oder jenes?

Anfang dieses Jahres war ich in Tel Aviv. Zum Beispiel hat der Oberbürgermeister von Tel Aviv einen großen Bildschirm in seinem Büro, auf dem er sehen kann, wie die Besucherzahlen in den städtischen Dienststellen anwachsen: grün, gelb, rot - möglicherweise, um da direkt eingreifen zu können; ich weiß es nicht. Er kann es jedenfalls sofort sehen.

Man kann immer neue Ideen haben. Ich denke aber, dass wir da auf dem Teppich bleiben müssen, weil wir auch sehen müssen: Wo gibt es eine vergleichbare Stadt? Und wo besteht auch auf der anderen Seite die Bereitschaft? Bei Peking und Istanbul glaube ich das jetzt nicht. Ich bin in sehr engem Austausch mit dem Oberbürgermeister von Turku gewesen - Stichwort: 50 Jahre Städtepartnerschaft. Immer dann, wenn es sozusagen einen äußeren Anlass gibt, tun wir das also. Aber so einen - -

Gut finde ich allerdings den Vorschlag, den Austausch derjenigen zu beleben, die auf allen Ebenen für die Städte arbeiten. Das würde ich sofort befürworten.

Gegen Düsseldorf habe ich auch nichts. Wenn Sie Herrn Geisel einmal hier erleben wollen - -

(Bernd Petelkau [CDU]: Das muss nicht sein!)

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, lasse ich jetzt über diesen Antrag abstimmen. Wer wünscht, ihm zuzustimmen? - Das sind die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Herr Wortmann und Herr Zimmermann enthalten sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln bittet die Stadtverwaltung, eine Anfrage bei den Partnerstädten für einen „Bürgermeisterinnen und -meister"-Tausch zu starten. Bei der Anfrage sollen die Vorteile, die beide Städte durch diesen Erfahrungsaustausch erleben könnten, dargelegt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe Piraten und bei Stimmenthaltungen der Ratsmitglieder Zimmermann (Gruppe GUT) und Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Aggressives Betteln und aggressive Obdachlose in Köln"
AN/1322/2017

Ich gebe Herrn Beckamp das Wort.

Roger Beckamp (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Ratsherren und -damen! Auch bei diesem Antrag geht es uns um nicht viel mehr und nicht viel weniger als Sicherheit und Ordnung.

Das Bettelunwesen ist in Köln sehr auffällig, und das schon eine ganze Weile. Sie werden es überall sehen, ob in Nippes oder Braunsfeld, völlig egal. Überall sind ähnlich gewandete Menschen unterwegs, die betteln, und zwar bandenmäßig betteln. Sie können genauso im Regionalexpress, in der U-Bahn und sonst wo betrachten, wie sich getroffen wird, wie sich abgestimmt wird und wie dann die einzelnen Stationen abgegrast werden.

Wer von Ihnen das noch nicht mitbekommen haben sollte, wohnt vielleicht ganz weit draußen im Grünen. Jedenfalls innerstädtisch ist das in Köln überall zu sehen.

Wir fordern, dass man dagegen endlich einmal deutlich vorgeht, Ordnungswidrigkeiten nach der Kölner Stadtordnung feststellt, dann entsprechende Ordnungsgelder verhängt, auch den Aufenthaltsstatus prüft und in Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes entsprechend agiert. Das ist ein bestimmter Täterkreis. Es sind vorwiegend Zigeuner aus Osteuropa. Dagegen sollte man deutlich vorgehen und entsprechend handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen - Das sind die Fraktion der AfD und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Eindämmung des Bettelunwesens und der zunehmenden Obdachlosigkeit durch die Migration aus Südosteuropa die Veranlassung einer verstärkten Kontrolle mit dem Ziel,

1. *Ordnungswidrigkeiten festzustellen und zur Anzeige zu bringen,*
2. *entsprechende Bußgelder bis 1.000 € zu verhängen,*
3. *ihren Aufenthaltsstatus festzustellen, um bei Ausreisepflichtigen eine Abschiebung zu veranlassen, ggfs. mit vorheriger Festsetzung in Abschiebeanstalten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln abgelehnt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneu-

ten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand“
AN/0526/2017

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2017
1563/2017

Gibt es Nachfragen, meine Damen und Herren? - Ich sehe keine.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Sicherheit im Straßenverkehr“
AN/1032/2017

Antwort der Verwaltung vom 28.09.2017
2152/2017

Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Reker, an dieser Stelle erst einmal herzlichen Dank für die ausführliche Antwort der Verwaltung. Dieser Dank richtet sich auch an die Personen, die diese Antwort erstellt haben. Man merkt, dass das Thema, das uns am Herzen liegt, ernst genommen wurde. - Wir haben zwei Nachfragen.

Erste Nachfrage: Auf unsere Frage, wie die Erhöhung der Anzahl der verletzten Radfahrerinnen und Radfahrer um 27 Prozent zu erklären ist, haben Sie geantwortet, dass es sicherlich zum Teil am gestiegenen Radverkehrsanteil liegt, aber auch an der gestiegenen Unachtsamkeit oder Rücksichtslosigkeit aller Verkehrsteilnehmer. Im Verkehrsausschuss wurde von meinem Kollegen Scholz, aber auch, glaube ich, von Bürgermeister Andreas Wolter angeregt, dass wir eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Verkehrssicherheit in Köln durchführen. Denn wir denken nicht, dass wir das so stehen lassen können und akzeptieren können. Meine Frage dazu lautet: Halten Sie eine solche Veranstaltung für sinnvoll?

Zweite Nachfrage: Wir sprechen - in der Antwort tun Sie das auch - viel von Kampagnen. Wird es neben den bestehenden Kampagnen auch eine neue Kampagne in 2018 geben, um die Akzeptanz des Radverkehrs in Köln zu erhöhen? - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Verwaltung antwortet. Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir würden die Anregung gerne aufnehmen und mitnehmen. Abschließend kann ich dazu jetzt nichts sagen. Aber der Gedanke, eine Kampagne vor allen Dingen für die Sicherheit im Radverkehr zu machen, ist sicher sinnvoll. Wir würden das gerne mitnehmen, es dann prüfen und Sie weiter informieren.

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln]: Und die Veranstaltung?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, Sie meinten auch die Veranstaltung, Frau Blome, oder? - Gut.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Frau Beigeordnete Blome beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Zimmermann.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Transferaufwendungen ‚Bildung und Teilhabe' im Haushaltsplan 2016/2017"
AN/1033/2017

Antwort der Verwaltung vom 10.08.2017
2409/2017

Die Fragesteller sind nicht im Raum.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Transferaufwendungen ‚Interkulturelle Hilfen' im Haushaltsplan 2016/2017"
AN/1034/2017

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2017
2616/2017

Auch hier sind die Fragesteller nicht im Raum.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Pendlerverkehr per Fahrrad - Radverbindung Hürth–Köln"
AN/1039/2017

Antwort der Verwaltung vom 18.08.2017
2370/2017

Gibt es Nachfragen? - Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Vielen Dank!)

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln"
AN/1323/2017

Antwort der Verwaltung vom 28.09.2017
3004/2017

Hier sind die Fragesteller nicht im Raum.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Freiwillige Weiterführung des Rates für Integration"
AN/1324/2017

Auch hier sind die Fragesteller nicht im Raum. Ich hätte jetzt gerne erwidert, dass diese Anfrage zur nächsten Sitzung beantwortet wird. Aber das ist dann dem Protokoll zu entnehmen.

Diese Angelegenheit wird bis zur kommenden Arbeitssitzung des Rates – am 14.11.2017 – zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.8 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „COP 23 - Erreicht die Stadt Köln ihre Klimaschutzziele?"
AN/1345/2017

Zur nächsten Sitzung erreicht die Stadt Köln ihre Klimaschutzziele nicht, befürchte ich; aber die Antwort kommt dann. Denn wir wollten diese Anfrage nicht derart kurz beantworten, sondern so ausführlich, dass man ihr auch das Ziel sowie die Strategien und Maßnahmen, mit denen man dahin kommt, entnehmen kann.

Diese Angelegenheit wird bis zur kommenden Arbeitssitzung des Rates – am 14.11.2017 – zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.9 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Baugenehmigungen in Köln mit dramatischem Einbruch - Was tut die Oberbürgermeisterin?“ AN/1355/2017

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung. - Bitte.

Michael Frenzel (SPD): Die Frage ist, warum die Beantwortung so lange dauert. Wir hatten die Anfrage ja fristgerecht eingereicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie wissen, wann die Anfrage bei uns angekommen ist, oder? Am 22. September 2017.

Michael Frenzel (SPD): Tja.

Diese Angelegenheit wird bis zur kommenden Arbeitssitzung des Rates – am 14.11.2017 – zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.10 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Sachstand zur Umsetzung des neuen Glücksspielrechts und der Schließung von illegalen Wettbüros in Köln“ AN/1360/2017

Antwort der Verwaltung vom 28.09.2017 2961/2017

Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Keller, als Antwort würde ich das jetzt nicht bezeichnen. Es ist lediglich ein Verweis auf eine Mitteilung, die noch kommen soll bzw. gerüchteweise auch schon vorliegt. Insofern wundert es uns, dass man, wenn man die Antworten ja eigentlich hat, nicht einfach auch unsere Fragen beantworten kann. Wir haben diese Fragen ja durchaus mit Bedacht an dieser Stelle gestellt. Schließlich steckt dahinter auch eine zeitliche Dimension.

Vielleicht kann Herr Dr. Keller insofern auch noch einmal verbal dazu Stellung nehmen; denn eine Beantwortung unserer Anfrage ist das, wie gesagt, nicht. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Keller, bitte.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat keine inhaltliche Antwort auf Ihre Frage.

Mich hat umgekehrt gewundert, dass Sie die Anfrage gestellt haben, obwohl Sie die Antwort eigentlich schon hätten kennen können; denn wir haben diese Mitteilung bereits am 19. September 2017 an die Mitglieder des AVR verschickt, und Ihre Anfrage ist vom 22. September 2017.

Wir hatten allerdings hier verabredet, dass wir das im AVR diskutieren. Daher haben wir uns jetzt einmal herausgenommen, Sie auf die Beratung im AVR zu verweisen.

Wie gesagt, existiert diese Mitteilung. Sie ist ja auch in Session zu finden. Aber wir hatten sie vorab umgedruckt und an die Mitglieder des AVR verschickt. Jedenfalls ist mein Kenntnisstand, dass das am 19. September 2017 passiert ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Das widerspricht meinem Kenntnisstand. Ich habe gerade noch einmal die Information bekommen, dass sie am 24. September 2017 freigeschaltet wurde. Bei uns Ratsmitgliedern ist sie bis heute nicht angekommen. Ich kann sie auch in Mandatos nicht finden und nicht einsehen.

Noch einmal die Bitte: Wenn wir Fragen stellen, ist doch eigentlich der Brauch - das sehen auch die Geschäftsordnung und die Gemeindeordnung so vor -, dass sie beantwortet werden. Wenn die Antworten implizit vorliegen, wird es ja auch kein großer Aufwand sein, sie für die Beantwortung unserer Anfrage dann entsprechend anzupassen. Insofern sind wir nach wie vor verwundert und etwas erstaunt darüber, dass Sie die Fragen nicht beantworten.

Und, wie gesagt: Die Mitteilung, die Sie nennen, liegt mir und uns derzeit nicht vor. - Danke.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Ich glaube, dann müssen wir einfach aufklären, was da in der Kommunikation schiefgegangen ist. Fakt ist: Die Mitteilung gibt es. Sie enthält alle Antworten auf die Fragen, die Sie gestellt haben. Insofern ist das jetzt eine formale Sache, denke ich. Ich glaube auch, dass der AVR am Ende dann das richtige Gremium ist, um über diese Fragen zu diskutieren.

(Christian Joisten [SPD]: Wir lassen das jetzt auf uns zukommen!)

- Ja, wir schicken das noch einmal nach.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Dann ist es gut.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.11 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Symposium Silvester 2017: Was plant die Stadt Köln an Silvester?“ AN/1365/2017

Diese Anfrage wird auch zur nächsten Sitzung beantwortet.

Diese Angelegenheit wird bis zur kommenden Arbeitssitzung des Rates – am 14.11.2017 – zurückgestellt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Köln 0207/2017

Gibt es Wortmeldungen? Ich habe zwar keine Anmeldung einer Wortmeldung; aber das heißt ja nichts. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen, meine Damen und Herren, wie die Verwaltungsvorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 2 beigefügte 16. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Beschluss einer Satzung nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für das Gebiet der Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße 2486/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt das Ergebnis des Quorums und der Beteiligung der sonstigen Träger öf-

fentlicher Belange und der Öffentlichkeit zur Kenntnis.

2. *Der Rat beschließt die Satzung nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für das Gebiet der Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße gemäß Anlage 3.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung,*

   - *die Abgabe für die Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße bei den abgabepflichtigen Grundeigentümerinnen, Grundeigentümern und Erbbauberechtigten einzuziehen und*

   - *abzüglich einer Verwaltungspauschale i.H.v. 3 % der beantragten Maßnahmensumme an den Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße e. V. zur Finanzierung der Maßnahmen weiterzuleiten.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung für das Rheinische Bildarchiv 2275/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung für das Rheinische Bildarchiv der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) einschließlich der ergänzenden Regelungen zu § 3 (3) der Entgelt- und Benutzungsordnung des Rheinischen Bildarchives (Anlage 2).

Gleichzeitig beschließt der Rat die Aufhebung der bisherigen Entgeltordnung des Rheinischen Bildarchives in der Fassung vom 06. April 2005.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Richtlinie für Dienstreisen der Bürgermeister, der Ratsausschüsse und einzelner Ratsmitglieder 2229/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Neufassung der Richtlinie für Dienstreisen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Ratsausschüsse sowie einzelner Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (bisher: Richtlinie für Dienstreisen der Bürgermeister, der Ratsausschüsse und einzelner Ratsmitglieder) in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.*

2. *Der Rat beschließt die als Anlage 3 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 27.07.2017.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017. 2743/2017

Das nehmen wir - wie Finanzausschuss - zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 01.07.2017 bis 04.09.2017 für das Haushaltsjahr 2017 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2017 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 26.500,00 EUR in Teilplan 0801 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwand i. H. v. 26.500,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2017 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. 48.990,00 EUR in Teilplan 0209 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0209-0-0001

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 48.990,00 EUR in Teilplan 0212 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen)

Aufwendungen für die im Haushaltsjahr 2017 keine Mittel veranschlagt sind (außerplanmäßige Aufwendungen)

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 1.664,98 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.664,98 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

8.1 Nachträgliche Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2016
2261/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Finanzierung von unabweisbaren Mehrbedarfen im Haushaltsjahr 2016 folgende überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in

Teilplan 0501 – Leistungen nach dem SGB XII –

Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen - in Höhe von 2.927.399,58 €

Teilplan 0503 – Weitere soziale Pflichtleistungen -

Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen - in Höhe von 8.043.905,50 €

Teilplan 1005 – Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit –
Teilplanzeile 14 – Bilanzielle Abschreibungen - in Höhe von 48.681,00 €

Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen - in Höhe von 500.037,03 €
Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 499.238,06 €

Summe der Mehraufwendungen 12.019.261,17 €

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge

in Teilplan 0501 – Leistungen nach dem SGB XII - ,
Teilplanzeile 03 – sonstige Transfererträge in Höhe von 3.327.431,79 €

in Teilplan 0502 – Kommunale Leistungen nach dem SGB II -
Teilplanzeile 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen - in Höhe von 5.339.417,81 €

in Teilplan 0503 - Weitere soziale Pflichtleistungen -
Teilplanzeile 03 – sonstige Transfererträge

in Höhe von 1.600.633,48 €
Teilplanzeile 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen - in Höhe von 1.100.185,27 €

in Teilplan 1005 – Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit
Teilplanzeile 03 – sonstige Transfererträge in Höhe von 651.592,82 €

Summe der Mehrerträge 12.019.261,17 €

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.2 Überplanmäßige Mehrauszahlung im Teilfinanzplan 0209 - Ausländerangelegenheiten, Haushaltsjahr 2017
1804/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung investiver Mehrauszahlungsermächtigungen in Höhe von 151.010 € im Teilfinanzplan 0209 – Ausländerangelegenheiten, Teiplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0209-0-0001 - Beschaffung beweglichem Anlagevermögen im Haushaltsjahr 2017.

Die Deckung erfolgt im Haushalt 2017 durch investive Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0212 – Brand und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 3701-0212-0-0100 - Kraftfahrzeuge.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2018 bis 2021
0588/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2018 bis 31. Dezember 2021 nachfolgende Zuschüsse zur Strukturförderung (Institutionelle Förderung) zu gewährleisten:

- *„Afrika Film Festival“ von FilmInitiativ Köln e.V. 50.000 €*
- *„Köln im Film“ von Köln im Film e.V. 25.000 €*
- *„SoundTrack_Cologne“ von Televisor Troika GmbH 35.000 €*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld
hier: Vorgaben an die Eigentümerin NRW Urban GmbH & Co. KG zum Grundstücksverkauf gemäß den Richtlinien des Grundstücksfonds NRW
1733/2017

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse so abstimmen wie Liegenschaftsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlungen des Liegenschaftsausschusses aus seiner Sitzung am 19.09.2017 und des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 21.09.2017:

1. *Der Rat beschließt, einer Veräußerung des Grundstückes "Kolb-Halle" (Anlage 1, Flurstücke 524, 565 und 566, Flur 74, Gemarkung Müngersdorf) durch die Eigentümerin NRW.Urban GmbH & Co. KG gemäß den Richtlinien für Ankauf, Freilegung, Baureifmachung und Wiederveräußerung von Gewerbe-, Industrie- und Verkehrsbrachen im Rahmen des "Grundstücksfonds Nordrhein-Westfalen" und des "Grundstücksfonds Ruhr", an den von NRW.Urban benannten Investor unter den folgenden Voraussetzungen, zuzustimmen.*

2. *Es ist bei der Veräußerung vertraglich festzuschreiben:*

   - *das vorliegende Planungs- und Nutzungskonzept (Anlage 3)*
   - *der Verbleib des Vereins "Wir selbst e. V. " gemäß des Planungs- und Nutzungskonzeptes (Anlage 3)*
   - *wohnen mit einem Anteil von mindestens 30 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau*
   - *Realisierung einer mindestens dreizügigen Kindertagesstätte*

3. *NRW.Urban GmbH & Co. KG wird aufgefordert, die unter Ziffer 2. genannten Nutzungen durch geeignete Instrumente (zum Beispiel Grunddienstbarkeiten) dinglich zu sichern und eine Bauverpflichtung gegenüber dem Investor auszusprechen.*

4. *Im weiteren Verfahren sind die Anwohnerinnen und Anwohner weiterhin zu informieren sowie mit ihren Interessen anzuhören und angemessen zu berücksichtigen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
1870/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) i.V. m. § 4 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes e.E. der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12.2015 fest und beschließt, den Jahresfehlbetrag von 976.076,30 € mit dem vorgetragenen Bilanzgewinn auszugleichen.*

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
2176/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2011 stammenden Verlustes von 4.204.597,56 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2016
2209/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von 392.724.894,87 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 4.809.872,86 Euro fest.

2. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2016 von 4.809.872,86 Euro auf das Geschäftsjahr 2017 vorgetragen wird.

3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

4. Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.6 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III – Seite 5).

10.7 Sanierung der Bühnen Köln - Planungsbeschluss für Werkstattneubau
2333/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Beschlussvorlage zum Jahresabschluss 31.08.2016 des Gürzenich-Orchesters Köln
2543/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs.3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 26.5.2017 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH versehene Jahresabschluss zum 31.8.2016 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2015 bis 31.8.2016 festgestellt.

2. Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2015 bis zum 31.8.2016 in Höhe von EUR 1.044.361,88, der sich aus dem Jahresüberschuss 2015/2016 in Höhe von EUR 123.749,20 nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag von EUR 912.659,68 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 7.953,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Entwürfe der Gesamtabschlüsse 2011 - 2015
2595/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und von der Oberbürgermeisterin bestätigten Entwürfe der Gesamtabschlüsse für die Jahre 2011 bis 2014 sowie 2015 zur Kenntnis. Er beschließt, den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Gesamtabschlusses 2015 gemäß § 116 Abs. 6 Gemeindeordnung NRW zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz
3010/2015

Dazu haben sich Frau dos Santos Herrmann und Herr Sterck zu Wort gemeldet. Zunächst Frau dos Santos Herrmann, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige wenige Worte zu der Vorlage. Wir haben lange um diese Frage gerungen. Ich war - das sage ich ehrlich - nicht immer davon überzeugt, dass wir diese Prüfung so lange machen müssen. Aber es gab einen Konsens im Stadtentwicklungsausschuss und letztlich dann auch im Verkehrsausschuss, dass wir zumindest den Versuch wagen sollten, zu schauen, ob eine Tiefgarage unter dem Ebertplatz realisierbar ist oder nicht.

Nun hat sich herausgestellt - das hatten meine Fraktion und ich auch immer vermutet -: Möglich ist alles; aber es ist viel zu teuer und steht in keinem Verhältnis.

Deswegen ist es gut, dass wir uns von diesem Projekt einer Tiefgarage unter dem Ebertplatz verabschieden. Damit machen wir auch den Weg für eine Neugestaltung des Ebertplatzes frei. Gleichzeitig erteilen wir - nicht zu vergessen - den Auftrag an die Verwaltung, zu schauen, wie man die Parksituation in der nördlichen Innenstadt rund um den Ebertplatz und den Eigelstein verbessern kann.

Insofern können Sie sicher sein: Die SPD-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu, und sie stimmt ihr gerne zu.

Meine Damen und Herren, Frau Oberbürgermeisterin, mit Ihrer Erlaubnis nutze ich die Gelegenheit, mich heute als Ratsmitglied von Ihnen zu verabschieden.

(Beifall)

Ich möchte mich bedanken für die gute Zusammenarbeit in den meisten Fällen und für das Ringen, manchmal auch das lange Ringen. Dieser Beschluss, den wir heute fassen, ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, wie wir hier gemeinsam um den besten Weg gerungen haben. Es war mir eine Ehre, und ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass ich bei solchen Entscheidungen mitwirken durfte, mit gerungen habe und mit Ihnen zusammen nach dem besten Weg für Köln gesucht habe. Ich weiß nicht, ob wir ihn immer gefunden haben. An vielen Stellen haben wir das sicherlich geschafft, an manchen vielleicht nicht. Es bleiben also Aufgaben für Sie und für uns alle.

Ich habe in dieser Zeit über meine fachliche Tätigkeit im AVR, im Sozialausschuss am Anfang, dann lange im Verkehrsausschuss und zuletzt auch im Wirtschaftsausschuss eine Menge sehr spannender Themen mit begleiten dürfen.

Ich nenne hier beispielhaft, weil ich nun einmal ausgebildete Historikerin bin, die Archäologische Zone. Aus meiner Sicht - alle Kulturpolitiker mögen es mir verzeihen - war das in den knapp 13 Jahren, die ich diesem Rat angehöre, die mit Abstand wichtigste kulturpolitische Entscheidung, die wir getroffen haben. Und ich bin froh, dass wir sie so getroffen haben, wie wir sie getroffen haben.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Daneben gibt es auch die vielen vermeintlich kleinen Themen, die aber enorm viel zur Lebensqualität in den Stadtteilen beitragen. Ein Punkt - ich darf ihn hier auch beispielhaft nennen -, der mich in den vergangenen 13 Jahren quasi vom ersten Tag im Stadtrat bis heute zum letzten Tag begleitet hat, ist die Barrierefreiheit, und zwar die Barrierefreiheit im Stadtteil Vingst, den ich hier direkt vertreten darf.

Warum ist mir das an dieser Stelle so besonders wichtig? Vingst ist die Haltestelle, die mit am tiefsten in ganz Köln liegt. Vingst ist die Haltestelle, die in beide Richtungen, nach Osten und nach Westen, einen Abstand von fast 2 Kilometern zur nächsten barrierefreien Haltestelle hat. Und Vingst ist ein Stadtteil mit einerseits vielen jungen Familien, andererseits aber auch vielen älteren Menschen, die für ihre Mobilität auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind.

Deswegen bin ich sehr froh darüber, dass wir den Baubeschluss für den Vingster Aufzug getroffen haben, dass die vorbereitenden Maßnahmen laufen und dass der Bau bald beginnt.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Ich werde dem Stadtrat nicht mehr angehören, wenn der Aufzug fertig ist. Aber ich versichere Ihnen: Ich werde genauso feiern, wenn er eröffnet wird.

(Martin Börschel [SPD]: Du darfst ihn auch benutzen!)

- Zurzeit bevorzuge ich aus eher sportlichen Gründen noch die Treppe.

Ich durfte aber auch - diese Bemerkung gestatten Sie mir bitte noch - in einer Zeit hier im Rat Politik machen, in der wir eine zunehmende Aggressivität in der politischen Auseinandersetzung erleben mussten, zum Teil auch hier in diesem Saal. Insofern bin ich in vielerlei Hinsicht für meine neue Tätigkeit wirklich gut gerüstet. Ich habe aber auch gelernt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es am Ende auf die Demokratinnen und Demokraten ankommt. Ich denke, das haben wir hier im Stadtrat bewiesen. Das sollten wir an jeder anderen Stelle weiterhin tun.

(Beifall)

Seit Mai dieses Jahres darf ich im Landtag den vielleicht schönsten Wahlkreis im Lande Nordrhein-Westfalen vertreten. Das ist der mit dem Dom. Es ist aber auch der mit dem Rathaus, dem Stadthaus, dem Rheinboulevard, der Kölnarena, dem MediaPark und vielen anderen Dingen. Es macht mich sehr stolz, dass ich das darf.

Ich versichere Ihnen: Als direkt gewählte Abgeordnete ist man nie raus aus der Stadt, in der man gewählt worden ist, auch wenn man den Stadtrat verlässt.

Ich gebe gerne zu - in Anlehnung an eine in den letzten Tagen sehr bekannt gewordene Sozialdemokratin darf ich es so formulieren -: Ja, ich verspüre ein wenig Wehmut. Aber ab morgen ist Konzentration auf die Landtagsarbeit angesagt. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Susana, wenn mir jetzt schon das Rederecht an dieser Stelle zufällt, nehme ich mir einmal heraus, vielleicht auch für den einen oder anderen Kollegen und die eine oder andere Kollegin hier zu sagen: Herzlichen Dank auch für die Zusammenarbeit mit dir in den letzten Jahren. Du warst hier in vielen Diskussionen eine sehr streitbare Partnerin. Das war nicht immer einfach.

Daher freue ich mich für die Kolleginnen und Kollegen im Landtag, sich mit dir entsprechend auseinandersetzen zu dürfen.

(Heiterkeit)

Aber wir freuen uns insbesondere auch darüber, dass wir mit dir wieder eine zusätzliche Stimme für Köln im Landtag haben. Es ist immer wichtig, dass wir in Düsseldorf entsprechend für die Stadt und für die Region wirken, weil das andere Regionen im Land auch tun. Deswegen freue ich mich, mit dir eine so starke Kämpferin für Köln im Landtag vertreten zu wissen.

(Beifall)

Wir reden hier ja über den Ebertplatz, der auch zu deinem Wahlkreis gehört. Du hast mit der Machbarkeitsstudie angefangen. Sie hat ihren Ursprung ja darin, dass die Stadtverwaltung gesagt hat, es gehe nicht, eine Tiefgarage unter dem Ebertplatz zu bauen. So haben wir begonnen. Dann hat sich unser verstorbener Kollege Norbert Hilden hingesetzt und Pläne gezeichnet, um der Verwaltung nachzuweisen, dass eine Tiefgarage unter dem Ebertplatz sehr wohl möglich ist, dass man die bisherige Fußgängerunterführung nehmen kann, dass man den Unterwassersammler gar nicht angreifen muss usw. Das war der Ausgangspunkt.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Einschätzungen hat man dann ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dabei ist herausgekommen: Die Tiefgarage unter dem Ebertplatz ist möglich, und zwar in verschiedenen Varianten; wir müssen den Sammler dort nicht angreifen.

Daher finde ich es sehr bedauerlich, dass wir heute diesen aus unserer Sicht falschen Beschluss fassen werden; denn er ist aus unserer Sicht eben nicht von den Sachargumenten zum Parken in der nördlichen Innenstadt geprägt, sondern sehr stark von der Ideologie von Leuten, die den Autofahrern einfach das Autofahren madig machen wollen.

Denn - meine Damen und Herren, das sage ich für diejenigen, die sich in diesen Themen nicht so gut auskennen - es ist bereits der Abbau von 300 Parkplätzen in der nördlichen Innenstadt projektiert. Das fängt beim Rheinufer, an den Ringen und auf dem Eigelstein an. Die entsprechenden Planungen können Sie in Unterlagen des Rates und der Bezirksvertretung nachlesen. Bisher geht es schon, wie gesagt, um den Wegfall von 300 Parkplätzen.

Jetzt kommen noch weitere hinzu. Wir hatten dort eine Ortsbesichtigung mit der Lenkungsgruppe Masterplan. Als wir über den Theodor-Heuss-Ring gegangen sind, hieß es: Diese ungefähr 30 Parkplätze in der Grünanlage auf der Clever Straße können wir doch wegnehmen. - Herr Hupke hat sich das direkt aufgeschrieben. Einen entsprechenden Antrag der Bezirksvertretung können Sie also erwarten. Dann habe ich letzte Woche in der *Kölnischen Rundschau* gelesen, auf den Wällen solle eine Fahrradstraße angelegt werden. Allein am Thürmchenswall gehen dadurch 90 Parkplätze verloren.

(Beifall von Michael Weisenstein - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Weltuntergang!)

- Ja, das ist schön; Herr Weisenstein klatscht, und die Grünen freuen sich.

Aber warum seid ihr eigentlich so schweigsam, meine Kollegen von der CDU? Euch müsste das entsprechend zu denken geben. Das ist nämlich dort alles noch nicht eingerechnet - und das vor dem Hintergrund, dass die Pkw-Dichte im Eigelsteinviertel und im Agnesviertel in den letzten zehn Jahren um 5 bis 10 Prozent gestiegen ist.

Letzte Woche haben wir im Stadtentwicklungsausschuss wieder eine Mitteilung zu den Stellplatzablösen bekommen. Wir haben ja gesagt, dass wir diese Tiefgarage mit Stellplatzablösen bezahlen wollen. An freien Mitteln und an Mitteln, die schon für den Ebertplatz reserviert sind, sind dort 9,4 Millionen Euro im Topf. Und - die Zahlen müssen Sie nicht präsent haben - die Tiefgarage unter dem Ebertplatz hätte in der kleinsten Variante mit 54 Plätzen gut 3 Millionen Euro gekostet, in der Variante mit 74 Plätzen 4,6 Millionen Euro oder in der mittleren Variante mit 141 Plätzen 9,8 Millionen Euro. Das heißt: Das Geld liegt alles bereits bei der Kämmerin. Das haben Investoren schon bezahlt.

Da soll also kein Steuergroschen ausgegeben werden. Ganz im Gegenteil: Sie haben das Geld als Stadt Köln von Bauherren eingenommen - mit dem Versprechen, Parkplätze zu schaffen. Und diese Parkplätze werden nicht geschaffen. Das ist doch die Sauerei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Es wundert mich, dass Sie von der CDU das alles so klaglos über sich ergehen lassen, obwohl der Bau von Quartiergaragen doch in Ihrem Kooperationsvertrag steht. Und da muss ich Sie fragen: Wo, wenn nicht am Ebertplatz, wollen Sie eine Quartiergarage bauen?

Wir werden heute keine Mehrheit dafür bekommen. Das ist mir klar. Ich habe das in den Ausschüssen vorher auch schon gemerkt. Aber Sie können sicher sein - wir wissen ja, wie lange solche Prozesse dauern -: Bis zum ersten Spatenstich für den Umbau des Ebertplatzes werden wir weiter für diese Tiefgarage kämpfen. Wir werden auch die Bürger mobilisieren, wenn Sie anfangen, hier die Parkplätze einzuschränken. Und dann wollen wir einmal gucken, wie die Sache ausgeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich mache das vom Platz aus. Eigentlich wollte ich mich zu diesem Thema heute nicht mehr melden, weil es in den Ausschüssen ausführlich diskutiert worden ist. Jetzt fühle ich mich aber doch in der Pflicht, der Legendenbildung von Herrn Sterck ein Stück weit entgegenzutreten. Sie sind ja nicht alle hier im Verkehrsausschuss oder im Stadtentwicklungsausschuss und kennen die Diskussion vielleicht nicht. Daher muss man dem, was Herr Sterck eben gesagt hat, natürlich doch noch das eine oder andere entgegenhalten.

Ich will einmal damit anfangen, dass diese Machbarkeitsstudie auf Drängen der FDP - leider sind die anderen Fraktionen alle darauf reingefallen - durchgeführt worden ist, obwohl klar war, dass sie zu dem Ergebnis kommen wird, zu dem sie schlussendlich auch gekommen ist. Natürlich ist diese Tiefgarage machbar. Sie ist aber verkehrspolitisch sinnlos.

Außerdem ist sie entgegen Ihrer Auffassung, Herr Sterck, natürlich nicht kostenfrei. Die Verwaltung war ja so nett, in die Vorlage hineinzuschreiben, welche exorbitanten Kosten pro Stellplatz - nicht für die ganze Garage, sondern pro Stellplatz - entstehen würden, nämlich in der billigsten Variante immerhin noch 54 000 Euro pro Stellplatz und in der teuersten Variante 74 000 Euro pro Stellplatz.

(Ralph Sterck [FDP]: Stellplatzablöse!)

- Es ist natürlich blanker Unsinn, Herr Sterck, wenn Sie jetzt behaupten, das sei alles schon bezahlt. Das ist doch überhaupt nicht wahr.

Selbstverständlich haben Sie insofern recht, als dass es eine Stellplatzabgabe gibt. Aber die Entscheidung darüber obliegt nicht Ihnen. Es obliegt auch nicht dem Investor, zu sagen: Ich möchte, dass meine Stellplatzabgabe soundso verwendet wird. - Und es ist völlig richtig, dass die Stellplatzabgabe in dieser Stadt eben nicht für weiteren autogerechten Ausbau ausgegeben wird, sondern auch und in erster Linie für Fahrradinfrastruktur, Fahrradstellplätze usw.

Meine Damen und Herren, insofern bitte ich Sie: Überprüfen Sie das noch einmal. Gucken Sie noch einmal in die Vorlagen. Sie werden sehen, dass Herr Sterck hier Legendenbildung betreibt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Herr Zimmermann, bitte.

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln]: Ich bitte um punktweise Abstimmung!)

Meine Damen und Herren, Herr Zimmermann stellt den Antrag auf punktweise Abstimmung, dem ich selbstverständlich nachkomme.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie Anlage 14?)

- Wie Anlage 14. - Es sind drei Punkte, die ich nacheinander aufrufe.

Punkt 1. Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine.

Punkt 2. Gegenstimmen? Die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Die Piraten.

Punkt 3. Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Die Piraten.

Ich lasse jetzt noch einmal über die gesamte Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Herr Zimmermann und die Piraten. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 05.09.2017:

Beschluss gemäß Ziffer 1:

1. *Der Rat stellt den Bedarf zur Planung und dem Bau einer Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes nicht fest und stimmt zu, die Planung für die Tiefgarage nicht weiterzuverfolgen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Beschluss gemäß Ziffer 2:

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, nunmehr die Gestaltungsplanung (unter Berücksichtigung der Leitlinien für die Ringstraßen) für den Ebertplatz wieder aufzunehmen, eine geeignete Abgrenzung zur Umgebung zu schaffen und für die Beteiligung der Stadtgesellschaft einen geeigneten Verfahrensvorschlag zu erarbeiten sowie im dritten Quartal 2017 den zuständigen Ausschüssen und der Bezirksvertretung eine Zeit- und Kostenplanung des Verfahrens vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Zimmermann (Gruppe GUT) und Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten zugestimmt.

Beschluss gemäß Ziffer 3:

3. *Die Verwaltung wird beauftragt unabhängig zur Planung Ebertplatz eine Konzeptausschreibung für Parken in Kombination mit Wohnen auf der städtischen Fläche an der Turiner Straße/ Dagobertstraße zu veranlassen und die Voraussetzungen für eine Umsetzung zu schaffen.*

   Darüber hinaus sollen in einem erweiterten Suchraum Optionen zur Realisierung von Anwohnerparkflächen geprüft werden, z.B. nächtliche Nutzung von Einzelhandelsparkplätzen, Nutzung der Bahnbögen etc.

   In Ergänzung von Ziffer 3 wird die Verwaltung mit folgenden zusätzlichen Maßnahmen beauftragt:

   a. *Die vorhandenen freien Stellplatz-Kapazitäten in den Parkhäusern und Garageneinrichtungen der nördlichen*

Innenstadt sollen durch die Etablierung eines Parkleitsystems aktiviert werden. Dazu sind entsprechende konzeptionelle Vereinbarungen z. B. mit den Betreibern der Mediapark-Garage, der Saturn-Garage, der Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring, der Garage Am Klapperhof, der Garage am Hauptbahnhof und des Parkhauses am RheinTriadem zu treffen.

b. Es soll geprüft werden, auf welche Art und Weise das vorhandene Potenzial von mindestens 120 Stellplätzen in den von der Deutschen Bahn AG verpachteten Bahnbögen, insbesondere im Bereich Eintrachtstraße bis Gereonswall, als kostenpflichtige Stellplätze für die Allgemeinheit bereitgestellt werden könnten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Zimmermann (Gruppe GUT) und Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Planung und dem Bau einer Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes nicht fest und stimmt zu, die Planung für die Tiefgarage nicht weiterzuverfolgen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, nunmehr die Gestaltungsplanung (unter Berücksichtigung der Leitlinien für die Ringstraßen) für den Ebertplatz wieder aufzunehmen, eine geeignete Abgrenzung zur Umgebung zu schaffen und für die Beteiligung der Stadtgesellschaft einen geeigneten Verfahrensvorschlag zu erarbeiten sowie im dritten Quartal 2017 den zuständigen Ausschüssen und der Bezirksvertretung eine Zeit- und Kostenplanung des Verfahrens vorzulegen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt unabhängig zur Planung Ebertplatz eine Konzeptausschreibung für Parken in Kombination mit Wohnen auf der städtischen Fläche an der Turiner Straße/ Dagobertstraße zu veranlassen und die Voraussetzungen für eine Umsetzung zu schaffen.

Darüber hinaus sollen in einem erweiterten Suchraum Optionen zur Realisierung von Anwohnerparkflächen geprüft werden, z.B. nächtliche Nutzung von Einzelhandelsparkplätzen, Nutzung der Bahnbögen etc.

In Ergänzung von Ziffer 3 wird die Verwaltung mit folgenden zusätzlichen Maßnahmen beauftragt:

a. Die vorhandenen freien Stellplatz-Kapazitäten in den Parkhäusern und Garageneinrichtungen der nördlichen Innenstadt sollen durch die Etablierung eines Parkleitsystems aktiviert werden. Dazu sind entsprechende konzeptionelle Vereinbarungen z. B. mit den Betreibern der Mediapark-Garage, der Saturn-Garage, der Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring, der Garage Am Klapperhof, der Garage am Hauptbahnhof und des Parkhauses am RheinTriadem zu treffen.

b. Es soll geprüft werden, auf welche Art und Weise das vorhandene Potenzial von mindestens 120 Stellplätzen in den von der Deutschen Bahn AG verpachteten Bahnbögen, insbesondere im Bereich Eintrachtstraße bis Gereonswall, als kostenpflichtige Stellplätze für die Allgemeinheit bereitgestellt werden könnten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Zimmermann (Gruppe GUT) zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Zimmermann beantragt ziffernweise Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2016 - 2020
0169/2017

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage und Beschluss des Jugendhilfeausschusses.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt den vorliegenden Kinder- und Jugendförderplan 2016-2020 als Rahmenplanung. In dem Zeitraum von 2015 bis 2016 wurde er in einem intensiven Planungsprozess innerhalb der Jugendverwaltung, dem AK 80 und den Trägern der freien Jugendhilfe entwickelt und anschließend in einer Entwurfsfassung als Mitteilung im Jugendhilfeausschuss und in den Bezirksvertretungen ausführlich erörtert. Konkrete Kommentierungen und Anregungen sind in den Plan eingeflossen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die strategischen Aussagen des Kinder- und Jugendförderplans für die Detailplanungen der nächsten Jahre zu Grunde zu legen. Die Maßnahmenvorschläge sollen unter dem Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung in Abstimmung mit den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe im Arbeitskreis Jugend nach § 80 SGB VIII und unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sukzessive umgesetzt werden. Für Maßnahmen, deren Umsetzung haushaltsmäßige Auswirkungen haben, werden gesonderte Beschlüsse der politischen Gremien vorgesehen.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Dezember 2018 einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.12 Neugestaltung der Domumgebung Städtebauliche Neugestaltung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung
hier: Konkretisierung der Beschlusslage
1495/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Einführung bzw. Ausbau des Berufsbildes „Notfallsanitäter und Notfallsanitäterin“ in der Feuerwehr und im Rettungsdienst Köln
2445/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Sicherstellung der Nachwuchsgewinnung sowie der Qualitätssicherung, die Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern im Rettungsdienst Köln weiter auszubauen und die weitere Kooperation mit den Kölner Hilfsorganisationen und den kommunalen Nachbarn zu prüfen.*

2. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Kosten für die Notfallsanitäterausbildung nach § 14 Abs. 3 RettG als Kosten des Rettungsdienstes gelten. Die Verwaltung hat dementsprechend den Bedarf im Rettungsdienstbedarfsplan aufgenommen und mit den Kostenträgern abgestimmt. Die Finanzierung wurde per Runderlass vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW (MGEPA) vom 19.05.2015 - 234 - 0717.1.3.2 zunächst bis Ende 2018 geregelt (s. Anlage 2 + 3). Es erfolgt eine entsprechende Kostenerstattung durch die Kostenträger (Krankenkassen). Die Verwaltung geht dabei weiterhin von einer 100% Refinanzierung aus. Ab dem 01.01.2019 sind die Ansatzwerte durch die Beteiligten der Bedarfs- und Kostenplanung im Rettungsdienst gemeinsam festzulegen bzw. anzupassen, so dass eine evtl. erforderliche Satzungsanpassung der Rettungsdienstgebühren unverzüglich vorgenommen werden kann.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Verlängerung der Maßnahmen des Frauenförderplans 2015 - 2017
2280/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Die Maßnahmen und Zielgrößen des 5. Frauenförderplans gelten bis zur Fertigstellung eines Gleichstellungsplans entsprechend den Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) bis 31.12.2018.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.16 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung
4096/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 5. Fortführung von „Win-Win für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude
0420/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1370/2017

Dazu liegen Wortmeldungen vor. Zunächst Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Das Projekt „Win-Win für Köln", das wir heute hier beschließen werden - oder auch nicht -, hat zwei Ziele. Es geht auf der einen Seite darum, arbeitslose Jugendliche und ältere Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, und auf der anderen Seite darum, städtische Gebäude zu sanieren - zweifelsohne löbliche Ziele, wenn da nicht die Frage der Umsetzung wäre.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Umsetzung dieser Ziele hat die FDP beim Projekt „Win-Win für Köln" schon immer eine gewisse Skepsis an den Tag gelegt. Die Gründe für diese Skepsis liefert die Verwaltung in ihrer Begründung zu der Vorlage ja eigentlich selbst: Die Maßnahmen des Projektes - das muss man feststellen - sind in der Vergangenheit immer wieder aus Zeit- und Kostenrahmen hinausgelaufen.

2008 wurde „Win-Win für Köln" beschlossen. Seit 2009 bin ich Mitglied im Sozialausschuss. Hier haben wir vierteljährlich die Berichte über den Fortgang des Projektes erhalten. Und Sie dürfen mir glauben: In diesen Berichten stand über Monate hinweg immer dasselbe. Selbst die Begründungen, warum es keinen Baufortschritt gebe, glichen sich aufs Wort. Das führte dazu, dass unser Ausschussvorsitzender Michael Paetzold anregte, nur noch dann Berichte vorzulegen, wenn es Veränderungen gebe. Daraufhin haben wir überhaupt keine Berichte mehr erhalten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Seit 2008 wurden insgesamt fünf Maßnahmen im Rahmen von „Win-Win für Köln" abgeschlossen. Zugegebenermaßen brauchen auch andere Bauprojekte in unserer Stadt manchmal ein bisschen länger. Aber ein Blick auf die Objekte zeigt, dass es sich hier um nicht allzu komplexe Vorhaben gehandelt hat. Es ging erstens um die Sanierung des ehemaligen Jagdhauses im Tierheim Köln-Dellbrück, zweitens um die Schutzhütte im Wildpark Lindenthal, drittens um die Jugendeinrichtung im Friedenspark, viertens um die Mitarbeiterunterkunft im Kölner Rheinpark und fünftens um die WC-Anlage in Finkens Garten.

Außerdem bleibt festzustellen, dass die Fertigstellung dieser Maßnahmen teilweise auch nur deshalb gelingen konnte, weil Firmen des ersten Arbeitsmarktes eingesetzt wurden, um die Baumaßnahmen schließlich und letztlich zu Ende zu bringen.

Zwei weitere Maßnahmen sollen bis zum 31. Dezember 2017 fertiggestellt werden.

Für die Sanierung des Krebelshofs sowie des Rheinparks beantragt die Verwaltung heute eine Verlängerung bis zum 31. Dezember 2019.

Meine Damen und Herren, die FDP wird dieser Verlängerung zustimmen, aber nur unter der Voraussetzung, dass zum Jahresende 2019 definitiv Schluss mit dem Projekt „Win-Win für Köln" ist.

(Beifall bei der FDP)

Diese Forderung fehlt nämlich in der Beschlussvorlage. Hier wird nur von einer Verlängerung bis zum 31. Dezember 2019 gesprochen. Und es wäre ja nicht das erste Mal in dieser Stadt, dass einer Verlängerung eine nächste Verlängerung folgt und dann noch eine Verlängerung kommt. Um dieser Gefahr einen Riegel vorzuschieben, fordern wir, das Projekt zum Jahresende 2019 auslaufen zu lassen.

Das Anliegen, langzeitarbeitslosen Menschen eine Beschäftigung zu bieten und sie in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen und zu integrieren, wollen wir natürlich unterstützen. Wir verlieren es auch nicht aus den Augen. Sie alle erinnern sich an die Debatte um das kommunale Beschäftigungsförderprogramm. Dieses Programm haben wir hier beschlossen. Wir sehen es auch als die richtige Maßnahme an, um diesen Menschen eine Perspektive zu bieten.

Zwei Projekte nebeneinander laufen zu lassen, halten wir aber nicht für sinnvoll - vor allem dann nicht, wenn sich das Programm „Win-Win für Köln“ nicht gerade als Gewinnerprogramm erwiesen hat.

Deswegen bitten wir Sie um Unterstützung unseres Änderungsantrags. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Katja Hoyer, jetzt hast du sehr ausführlich den ersten Punkt eures Änderungsantrags erläutert. Zum zweiten Punkt, der Beendigung des Stadtverschönerungsprogramms, hast du nichts gesagt. Genau darauf will ich mich jetzt aber beziehen.

Denn es irritiert uns schon etwas, dass man jetzt gleich alles an Beschäftigungsförderung streichen will, was sich bewährt hat - aus unserer Sicht mal mehr, mal weniger. Aber zumindest stört uns als Sozialdemokraten hier am meisten, dass wir das Stadtverschönerungsprogramm, das bereits seit 1983 als wirksames Instrument der kommunalen Arbeitsmarktförderung in dieser Stadt existiert und gerade jungen und älteren Arbeitslosen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt sichern soll, und zwar durch Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger, die fachliche Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchführen und Kontakte in die Arbeitswelt vermitteln, jetzt gleich mit abräumen sollen.

Denn nach unserer Meinung hat sich gerade der Realitätsbezug dieses Programms bewährt und zu einigen Erfolgen geführt. Für uns Sozialdemokraten ist genau dieser Ansatz, Langzeitarbeitslosen eine Perspektive im ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, gerade in diesen Zeiten besonders wichtig, in denen wir erleben, dass der Arbeitsmarkt relativ leer gefegt ist - mit Ausnahme der Langzeitarbeitslosen. Das ist nach wie vor unser großes Problem. Und da ist das ein wunderbarer Ansatz.

Insofern können wir nicht verstehen, warum das Stadtverschönerungsprogramm nun auch 2019 beendet werden soll - erst recht nicht vor dem Hintergrund, dass das kommunale Beschäftigungsförderprogramm eng mit dem Stadtverschönungsprogramm verknüpft ist. Deswegen macht es zwar keinen Sinn, das Stadtverschönerungsprogramm in das kommunale Beschäftigungsförderprogramm zu überführen, weil wir dann eine passgenaue Steuerung der Projekte aus der Hand geben würden. Aber es macht auch keinen Sinn, das Stadtverschönerungsprogramm aufzugeben.

Denn damit würden wir auch die Handlungsmöglichkeiten des künftigen kommunalen Beschäftigungsprogramms stark einschränken. Es könnten auch laufende Aufträge in diesem Programm - unter anderem Gute Schule 2020; wenn ich richtig informiert bin, hat die FDP an dieser Stelle ja klar zugestimmt - nicht mehr umgesetzt werden. Die Auswirkungen auf die Beschäftigungsträger wären ebenfalls nicht absehbar.

Deshalb können wir nur empfehlen, diesen Änderungsantrag abzulehnen. Wir wollen vielmehr gemeinsam mit allen dafür sorgen, dass Köln weiterhin eine Stadt des sozialen Ausgleichs und der Chancen bleibt. Die Beendigung des Stadtverschönerungsprogramms würde hingegen Menschen in dieser Stadt Chancen und Perspektiven nehmen. Und das ist gerade in diesen Zeiten das Gegenteil dessen, was angezeigt ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Ablehnung des Änderungsantrags der FDP und um Zustimmung zu der Beschlussvorlage. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Wir werden der Verwaltungsvorlage zustimmen und können uns leider dem Änderungsantrag der FDP nicht anschließen.

(Ulrich Breite [FDP]: Das habe ich mir schon gedacht!)

Grundsätzlich finden wir die Idee, über die Zukunft dieses Programms nachzudenken, nicht schlecht. Daran beteiligen wir uns auch gerne. Denn es ist, wie Frau Hoyer schon dargestellt hat, wirklich nicht alles unbedingt gut gelaufen. Aber wir finden den Zeitpunkt falsch, schon jetzt im Jahr 2017 zu beschließen, dass das Programm Ende 2019 endgültig eingestellt wird.

Frau Hoyer hat auch zu Recht das kommunale Beschäftigungsförderprogramm, das wir ja beschlossen haben, angesprochen. Man kann aber nicht sagen, das eine Programm ersetze jetzt das andere. Das sind durchaus unterschiedliche Programme mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Deshalb sollten wir eher über die Frage nachdenken, ob man beide Programme strukturell verknüpfen kann. Das ist auch unsere Zielrichtung. Wir sollten im Jahr 2018, wenn das andere Programm angelaufen ist, darüber nachdenken.

Sollten wir dann zu dem Schluss kommen, dass das Programm „Win-Win für Köln“ gar keinen Sinn mehr macht, können wir in 2018 oder irgendwann in 2019 immer noch seine Einstellung beschließen. Wegen der laufenden Projekte halten wir es aber nicht für verantwortbar, jetzt schon direkt eine Deadline zu setzen.

Wir werden deshalb, wie gesagt, der Verwaltungsvorlage zustimmen und können leider der FDP in dem Punkt nicht folgen. - Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Ich bitte diejenigen, die ihm zuzustimmen wünschen, um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Herr Wortmann enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich die LINKEN, die FDP und Herr Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen, dass die vorliegende Beschlussvorlage wie folgt ergänzt bzw. geändert wird:

Nach Punkt 1 wird angefügt: Zum 31.12.2019 wird das Programm "Win-Win - für Köln" eingestellt.

Als neuer Punkt 3 wird angefügt. Das Stadtverschönerungsprogramm wird ebenfalls zum 31.12.2019 eingestellt. Projekte des Programmes müssen bis zu diesem Zeitpunkt entweder abgeschlossen sein oder im Kommunalen Beschäftigungsförderprogramm aufgegangen sein.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die weitere Fortführung des Projektes „Win-Win – für Köln“, ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik bis zum 31.12.2019.*

2. *Er beauftragt die Verwaltung, die zur Umsetzung der Aufgabe erforderlichen und bisher bis zum 31.12.2017 befristet eingerichteten Stellen*

   1 Stelle StOI BGr. A10 LBesG NRW bzw. EG 9c TVöD

   1 Stelle VB EG 4 TVöD,

   bis zum 31.12.2019 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion und bei Enthaltung von

Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017
1422/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt hinsichtlich der überarbeiteten Zielsetzung im „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“:

- *Die weitere Förderung der Anschlussteilnahme des „Sozialen Zentrum Lino-Club e.V.“ am „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ ab 2017 bis 2020 in Höhe von 10.000 € p.a..*
- *Das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler (Stadtteilzentrum Lindweiler) ist Bestandteil in der Planung der Kommune zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung (s. Integriertes Handlungskonzept (IHK) Lindweiler / Ratsbeschluss (2404/2014) vom 16.12.2014*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Mitgliedschaft beim Betreuungsgerichtstag e. V. (BGT)
1440/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Stadt Köln dem Betreuungsgerichtstag e.V. (BGT) als Mitglied beitritt. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich für öffentliche Verwaltungen auf derzeit 200,00 Euro.

Der Rat beauftragt das Amt für Soziales und Senioren der Stadt Köln, die Mitgliedschaft beim Betreuungsgerichtstag e.V. durch die Betreuungsstelle wahrzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Baubeschluss: Sanierung und Optimierung des KidS-Standortes Brücker Mauspfad 646
1588/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Sanierung und Optimierung des Standortes Brücker Mauspfad 646 der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln (Ki d S) i.H.v. rund 11.000.000 EUR brutto Baukosten zzgl. 875.000 EUR brutto Einrichtungskosten und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung. Die Weiterplanung erfolgt nach der jeweils gültigen Energieeinsparverordnung.

Die Finanzierung erfolgt aus Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 0601, Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung, bei Teilplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5111-0601-9-2000 „Generalsanierung Brücker Mauspfad“. Die Finanzierung der Einrichtungskosten erfolgt frühestens zum Haushaltsjahr 2019 aus zu veranschlagenden Mitteln aus dem Teilfinanzplan 0601, Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung, bei Teilplanzeile 09, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51063 Köln Mülheim und

Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft
1661/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, Planungen zum Abbruch des Bestandsgebäudes auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51163 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 117, sowie Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf diesem Grundstück aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Bodengutachten, Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Planungskosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung Entwurfsplanung) belaufen sich auf rd. 230.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 230.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 230.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-9-5195, Neubau Schönrather Str. 7, bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung
1708/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Umsetzung Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK)
hier: Entfristung der Koordinationsstelle für Geschäftszentrenentwicklung und Initiativenmanagement im Amt für Stadtentwicklung und Statistik
2020/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt die große Bedeutung der Koordinationsstelle für Geschäftszentrenentwicklung und Initiativenmanagement zur nachhaltigen Stabilisierung und Förderung der Kölner Geschäftszentren und Sicherung der Nahversorgung in den Kölner Veedeln an. Um vorhandene Strukturen nachhaltig zu sichern oder zu reaktivieren, aber auch um neue Instrumente wie insbesondere gesetzliche Immobilien- und Standortgemeinschaften zu initiieren, konzeptionell zu unterstützen sowie administrativ umsetzen und begleiten zu können, beschließt der Rat

- *zum Stellenplan 2018 die Entfristung der derzeit bis zum 31.12.2017 befristeten Stelle in der Wertigkeit EG 13 TVöD im Amt für Stadtentwicklung und Statistik.*
- *Die Finanzierung der zu entfristenden Stelle erfolgt wie bisher durch die Fortführung der Aufstockung des Personalkostenbudgets durch die Reduzierung der Sachmittel. Für den städtischen Haushalt entstehen keine zusätzlichen Belastungen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29-31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft
2267/2017

Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, zu Tagesordnungspunkt 10.24 ist Folgendes zu sagen: Der Bauausschuss und der Finanzausschuss haben sich dem Änderungsantrag der Bezirksvertretung 6 angeschlossen. Wenn wir so abstimmen würden, wäre aber die Finanzierung nicht gesichert.

Wir haben gestern alle Fraktionen über diesen Sachverhalt informiert und schlagen vor, dass wir abstimmen über den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag, nach dem ersten Absatz ergänzt um einen zweiten Absatz, der den Vorschlag der BV 6 aufnimmt und lautet:

> Es soll eine Planung erfolgen für die Unterbringung von Familien zu 60 % der Wohnfläche sowie 40 % der Wohnfläche für andere Personen. Zudem soll in der Nähe eine Kita errichtet werden gleichzeitig zum Bau des Gebäudes auf der Causemannstraße 29-31.

Die Einfügung dieses Absatzes würde den Inhalt der BV-Änderung berücksichtigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe, dass das Ihre Zustimmung findet. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Dr. Rau, vielen Dank. Das klingt plausibel. Ich wäre nur dankbar, wenn man solche Punkte möglichst im Vorfeld vor einer Ratssitzung bekannt geben könnte. Das würde natürlich die - -

> (Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Per E-Mail ist es an die Sprecher gegangen!)

- Aber eben nur an die Sprecher. Okay. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich finde auch, dass das plausibel klingt. Allerdings bin ich jetzt nicht in der Lage, den Text für die Abstimmung wörtlich so zu wiederholen, wie Herr Dr. Rau ihn vorgetragen hat.

> (Dr. Ralph Elster [CDU]: Abstimmung wie Herr Dr. Rau! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In der Fassung des Beigeordneten!)

Gibt es - außer dieser vielen Zustimmung, die mir jetzt entgegenkommt - weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Abstimmung über die Verwaltungsvorlage in der von Beigeordneter Dr. Rau mündlich geänderten Fassung (Aufnahme eines zusätzlichen Absatzes zur Anregung der BV Chorweiler):

Der Rat beschließt, Planungen zum Abbruch der Bestandsgebäude auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29-31, 50769 Köln-Merkenich, Gemarkung Worringen; Flur 89; Flurstücke 524 und 805, sowie Planungen zu einer Neubebauung im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf diesem Grundstück aufzunehmen.

Es soll eine Planung erfolgen für die Unterbringung von Familien zu 60 % der Wohnfläche sowie 40 % der Wohnfläche für andere Personen.

Zudem soll in der Nähe eine Kita errichtet werden gleichzeitig zum Bau des Gebäudes auf der Causemannstraße 29-31.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Bodengutachten, Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Planungskosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung Entwurfsplanung) belaufen sich auf rd. 330.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 330.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 330.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-6-5113, Neubau Causemannstr. 29-31, bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Drogenhilfekonzept im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018 der Stadt Köln
2360/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1415/2017

Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die Beschlussvorlage mit dem Titel „Drogenhilfekonzept im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018 der Stadt Köln“. Leider liegt ihr als Anlage 1 nur der Entwurf eines Drogenhilfekonzeptes bei. An dieser Stelle schaue ich insbesondere in Richtung der SPD, die genauso wie wir immer ein solches Konzept eingefordert hat. Hier nur über einen Entwurf zu beschließen, ist natürlich ein bisschen wenig.

Gleichzeitig müssen wir aber sehen - und das freut mich auch; hier muss ich wieder die SPD angucken; ich bin dankbar dafür, dass Sie das immer wieder vorgebracht haben -, dass wir auch etwas für Mülheim und Kalk tun müssen. Dass es jetzt mit dieser Beschlussvorlage dazu kommt, ist ein ganz großer Erfolg. Hier sieht man, dass auch die Politik der Verwaltung zeigen kann, wie es bei der Sache richtig vorangeht.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Gerade weil die Politik da auch Hilfestellung leisten kann, ist es für uns wichtig, das gesamte Konzept zu kennen und nachher auch darüber abzustimmen. Denn hier ist vorgesehen, dass wir es mit dem Beschluss zurück in die Verwaltung geben, sodass wir dann nur noch zusehen. Meine Damen und Herren, bei einem Drogenhilfekonzept muss der Rat auch den Mut haben, das gesamte Konzept vorgelegt zu bekommen und dann darüber abzustimmen. Denn wir sind die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Wenn wir von der Bevölkerung gefragt werden, wie wir mit dieser Problematik umgehen, können wir nicht sagen: Wir haben nur einem Entwurf zugestimmt und alles Weitere der Verwaltung überlassen.

Darum haben wir auch unseren Änderungsantrag gestellt. Wie ich schon gesagt habe, finden wir den Punkt 2 sehr wichtig. Es ist wichtig, dass wir dort ein niederschwelliges Drogenhilfeangebot inklusive Drogenkonsumraum bekommen. Dies wollen wir auch - das sage ich ganz klar - standortnah beim Neumarkt haben.

Die FDP hat sich bekanntlich in der Geschichte immer entsprechend verhalten. Darum freue ich mich darüber, dass hier ein so großer Konsens herrscht. Herr Börschel und Herr Frank wissen, dass das im Rat nicht immer so war. Bei den ersten beiden Drogenkonsumräumen war noch eine ganz andere Diskussion zu führen. Sie waren damals schwer umzusetzen.

Deshalb freue ich mich über unseren Konsens hier. Das ist schon wichtig. Darum werden wir auch dem Standort nachher in der nichtöffentlichen Sitzung zustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit das Ganze erfolgreich ist, brauchen wir aber - das haben wir gerade auch bei dem Drogenkonsumraum am Bahnhof gesehen - ein Begleitkonzept. Über dieses Konzept müssen wir hier abstimmen. Solange es nicht vorliegt, sollte man entsprechend unserem Änderungsantrag weitermachen, aber bitte das Konzept hier zur Entscheidung vorlegen. Wir müssen darauf schauen und können es nicht alleine der Verwaltung überlassen. Das ist für uns ganz wichtig.

Bei den Maßnahmen, die hier angesprochen werden, ist mir auch Folgendes sehr wichtig: Wenn wir uns den Hotspot, um es einmal so zu nennen, am Neumarkt anschauen, müssen wir uns überlegen, wie wir mit den Substitutionsplätzen und der Höhe dort umgehen. Da reicht es mir nicht, wenn in der Vorlage steht, die Verwaltung solle das einmal prüfen und könne es dann entscheiden.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Wir müssen uns das selber anschauen. Dafür brauchen wir ein Konzept. So haben wir hier immer gearbeitet. Das ist eine ganz wichtige Sache. Ich glaube, dass die Verwaltung da den richtigen Weg geht. Sie muss aber dieses Konzept vorlegen. Denn wir sind alle gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Es kommt dann ja auch woandershin. Machen wir uns da nichts vor. Da müssen wir die Entscheidung auch treffen. Darum haben wir gesagt, dass die Verwaltung ein Konzept erarbeiten soll, das dann hier zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Ich glaube, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Wir können das aber nicht allein der Verwaltung überlassen.

Darum haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Wir möchten dieses Konzept dann im Gesundheitsausschuss als dem Fachausschuss diskutieren und nachher auch hier im Rat dar-

über abstimmen. Ich glaube, dass wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dazu verpflichtet sind, auch zu sehen, welche Lösungen wir anbieten.

Wir alle wollen, glaube ich, die Situation, die wir heute am Neumarkt vorfinden, nicht mehr haben. Für die FDP-Fraktion ist ein Drogenkonsumraum immer auch ein Überlebensraum - ein Überlebensraum für diese Menschen. Das hat jetzt nichts mit der Philosophie eines selbstverantwortlichen Drogenkonsums zu tun. Wer sich mit der Sache auskennt, weiß, dass das, was wir hier machen, ein humanitärer Akt ist. Das gehört dazu. Dazu gehört aber auch eine Begleitung, die wir machen. Und die müssen wir uns ganz genau anschauen.

Darum bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold und dann Herr Dr. Unna.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Rau, was lange währt, wird dann endlich - manchmal ziemlich gut. Auf den Tag genau vor 15 Monaten, am 28. Juni 2016, haben wir hier den Beschluss gefasst, dass uns die Verwaltung ein Konzept für ein Drogenhilfeprogramm in dieser Stadt vorlegen sollte. Nach immerhin 15 Monaten ist dann aber etwas herausgekommen, was in der Tat ziemlich gut ist. Darüber sind wir froh. Es ist auch ein bisschen mehr als das, was wir gefordert haben; das geben wir auch zu. Denn Sie, Herr Dr. Rau, und Ihre Fachverwaltung haben ein Drogenhilfeprogramm oder -konzept für die ganze Stadt entwickelt, das einiges verspricht.

Der Neumarkt kommt und wird jetzt endlich angepackt. Es hat auch lange gedauert. Seit anderthalb Jahren arbeiten wir daran, dass wir die Situation am Neumarkt entspannen. Endlich ist eine Immobilie gefunden, wie wir hören, die auch von der Polizei toleriert wird. Jetzt kann es bald losgehen. Darüber freue ich mich. Deshalb verkneife ich mir auch den Hinweis darauf, dass ich letztes Jahr schon gesagt habe: 800 000 Euro werden nicht reichen. - Das tun sie eben auch nicht. Aber das verkneife ich mir ja.

Dass das Drogenhilfeangebot am Hauptbahnhof verstetigt wird und dort eine Verlängerung der Betriebszeiten erfolgt, ist sehr gut. Das haben wir in der letzten Ratssitzung schon besprochen. Gut ist auch, dass es jetzt da bleibt; denn anders geht es nicht, und anders war es auch nicht mehr sinnvoll.

Richtig froh bin ich darüber - da kann ich Herrn Breite unterstützen -, dass Kalk und Mülheim jetzt doch etwas früher in Angriff genommen werden als noch im Sommer 2016 beschlossen. Das ist gut. Noch besser wäre es natürlich, wenn es in Kalk auch schon in 2018 losgehen könnte. Da sind wir uns sicherlich einig, Herr Dr. Rau. Aber das scheint ja nicht zu funktionieren. Insofern müssen sich die Kalker leider gedulden. Aber immerhin ist für 2019 da etwas vorgesehen.

In Porz, Meschenich und Chorweiler - das sind weitere Hotspots - werden die Angebote ausgedehnt oder gar neu eingeführt. Das ist wunderbar.

Dass Sie weitere Bedarfe prüfen wollen, finden wir auch richtig. Dabei werden wir Sie auch gerne mit Informationen aus den BVen bzw. aus den Bezirken unterstützen, weil unsere Kolleginnen und Kollegen ja vor Ort sind und sehr genau wissen, wo sich neue Probleme auftun.

Was die Teilverlagerung der Substitutionsambulanz angeht, bin ich ganz bei Herrn Breite und der FDP. Ich gehöre nun auch schon ein paar Tage dem Rat an und weiß, dass solche Prüfaufträge immer eine Beerdigung zweiter Klasse sind. Deshalb möchten wir gerne, dass Sie uns ein Konzept vorlegen. Sollte bei der Prüfung oder bei den Überlegungen zu einem solchen Konzept herauskommen, dass es nicht geht, dann haben Sie es wenigstens einmal versucht. Aber ich glaube, dass es geht. Deshalb möchten wir gerne ein Konzept haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Damit komme ich zu dem Änderungsantrag, den die FDP vorlegt. Lieber Herr Breite, vielen Dank dafür. Er ist sehr gut. Wir werden ihm zustimmen. Ich erkläre Ihnen auch, warum: Das ist genau richtig. Die Drogen- und Suchtpolitik in dieser Stadt ist uns Sozialdemokraten sehr wichtig. Sie war uns immer sehr wichtig. Wir haben uns intensiv darum gekümmert. Das wollen wir auch weiterhin tun. Wir wollen da nicht Zuschauer sein, sondern mitgestalten. Wir hätten gerne die Konzepte und die Kriterien vorgelegt. Wir wollen hier darüber diskutieren - und möglichst auch in den Fachausschüssen. Das haben wir bei dieser Vorlage leider nicht geschafft. Ich bedaure das sehr. Aber für das nächste Mal nehmen wir uns

vor, dass wir es zum Beispiel im Gesundheitsausschuss diskutieren. Da sitzen die Fachleute. Wir wollen es doch nicht einfach nur der Verwaltung überlassen, sondern unsere Finger darin behalten.

Deshalb werbe ich ausnahmsweise einmal für einen Änderungsantrag der FDP. Stimmen Sie ihm zu, meine Damen und Herren. Er ist sehr vernünftig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute scheint der Tag von Verschlimmbesserungsvorschlägen der FDP zu sein. Anders kann ich das, was ich hier gehört habe, nicht werten. Ihr Vorschlag bedeutet auf der Zeitachse einen dramatischen Verlust, und ein Verlust an Zeit bedeutet einen Verlust an Menschenleben. Ich kann es überhaupt nicht anders nennen. Und das empört mich an dieser Stelle wirklich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das einmal vorneweg, Herr Breite. Die FDP hat die gesamte Zeit - und ich spreche jetzt über zweieinhalb bis drei Jahre - dabeigesessen. Die FDP hat die gesamte Zeit im Gesundheitsausschuss, dem ich vorsitze, zugestimmt. Sie hat in der letzten Sitzung expressis verbis ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt. Insofern ist es sehr erstaunlich - wiederum auf der Zeitachse -, dass Sie jetzt einen Änderungsantrag vorlegen.

Ich beschäftige mich auch gerne im Detail mit diesem Änderungsantrag; kein Problem.

Im Punkt 1 schreiben Sie:

> Der Rat nimmt den von der Verwaltung initiierten Suchthilfeplanungsprozess mit dem Schwerpunkt illegale Drogen zur Kenntnis.

Entschuldigung! Sie wollen nicht zustimmen; Sie wollen nichts umsetzen; die Verwaltung soll nichts tun. Wir nehmen ihn zur Kenntnis? Das kann nicht Ihr Ernst sein. Da draußen sterben Leute, und Sie nehmen einen Prozess zur Kenntnis? Mir fehlen wirklich die Worte. Ich bin empört. Das kann ich nicht anders sagen.

Dann wollen Sie, dass das Konzept mit den Trägern abgestimmt wird. Nach meiner Auffassung von Marktwirtschaft - vielleicht haben wir da ja unterschiedliche Auffassungen - ist es immer folgendermaßen: Es gibt auf der einen Seite jemanden, der bezahlt, und auf der anderen Seite Leute, die ein Konzept anbieten; derjenige, der bezahlt, wählt dann ein Konzept aus.

Es kann doch nicht sein, dass die Träger bestimmen, was Sache ist. Die Stadt hat eigene Fachleute, und zwar hervorragende Fachleute, die sich seit vielen Jahren damit beschäftigen, zum Beispiel im Gesundheitsamt, habe ich mir sagen lassen. Diese Leute sollten dann auch in der Lage sein, ein entsprechendes Konzept auszuwählen. Es kann doch nicht so sein, dass die Träger uns ein Konzept basteln und wir es dann annehmen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann kommen Sie ausnahmsweise zu etwas Vernünftigem, nämlich einer wissenschaftlichen Untersuchung. Ja, da sind wir bei Ihnen. Wir brauchen eine wissenschaftliche Untersuchung, und zwar nicht nur in Bezug auf den Neumarkt; wir brauchen insgesamt eine wissenschaftliche Erhebung für die Drogenkonsumproblematik in dieser Stadt. Da sind wir alle bei Ihnen. In dieser Frage war der Beschluss des Gesundheitsausschusses - wie in allen anderen Fragen übrigens auch - einstimmig. Da werden wir eine große, breite Mehrheit haben. Es wird, glaube ich, niemand dagegensprechen, dass wir sowohl das eine als auch das andere wissenschaftlich begleitet haben wollen.

Im Punkt 2 schreiben Sie, dem Rat solle erneut etwas zur Entscheidung vorgelegt werden. Sie sind länger im Rat als ich und müssten wissen, was das auf der Zeitachse bedeutet. Ich wiederhole mich: In jedem Monat, den wir verlieren - und Sie haben zu Recht über drogenkranke, schwerstabhängige Menschen gesprochen -, verlieren wir Menschenleben. Ich weiß nicht, wer das verantworten will und warum.

Seit zweieinhalb Jahren sprechen wir über dieses Konzept, über den Raum und über die Tatsache, dass die Situation am Neumarkt schlimm ist. Und nach meiner Einschätzung - meine Mutter wohnt im Haus Marsilstein 6; ich bin jede Woche da - wird die Situation kontinuierlich schlechter. Sie ist nicht nur schlecht; sie wird immer schlechter - jeden Tag, jede Woche.

Deswegen habe ich überhaupt kein Verständnis für irgendwelches Spielen auf Zeit in dieser An-

gelegenheit. Ich habe die FDP auf Landesebene so verstanden, dass Sie für Bürokratieabbau und für Entfesselung stehen. Und jetzt wollen Sie, dass die Politik erneut Verwaltung spielt, dass die Politik den Beigeordneten - dem Sie genauso wie der Kollege Paetzold doch grundsätzlich ein gutes Konzept attestiert haben - erneut kontrolliert, indem wir noch eine Runde drehen? Ich verstehe das, was Sie da vorschlagen, überhaupt nicht mehr.

Im Punkt 6 schreiben Sie, dass Sie ein Konzept zur Teilverlagerung der Substitutionsambulanz haben wollen. Dagegen hat grundsätzlich niemand etwas. Der Kollege Paetzold hat das eben auch schon gesagt. Konzepte sind immer gut.

Ich kann Ihnen in diesem Zusammenhang aber nur Folgendes sagen: Wir haben drei Jahre gebraucht, um einen Raum zu finden. Und ein Konzept hängt immer zwingend davon ab, wie groß der Raum ist, wo der Raum liegt, ob er barrierefrei ist usw. Fragen Sie einmal im Gesundheitsamt nach, wie lange die Leute gesucht haben, um den jetzigen Raum zu finden. Das heißt, dass es überhaupt keinen Sinn macht, jetzt ein Konzept zu fordern und dann den Raum zu suchen. Leider ist es andersherum. Und es hat Jahre gedauert, den Raum zu finden. Das war sehr schwer. Der Druck auf die Vermieter, nicht an die Stadt zu vermieten, ist enorm. Deshalb ist es völlig unsinnig, zunächst ein Konzept zu fordern und dann den Raum zu suchen. Wir müssen erst einmal einen Raum haben, und dann können Sie schauen, was in diesem Raum machbar ist.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir schon einmal - ohne jetzt zu sagen, wo es war; wahrscheinlich ist das hier bekannt - einen Raum hatten. Natürlich sah das Konzept bei diesem Raum anders aus. Dann ist jemand reingegrätscht, der die Macht hatte, da reinzugrätschen. Ich war anderer Meinung. Ich habe das zur Kenntnis genommen.

Jetzt haben wir einen anderen Raum und deshalb auch ein anderes Konzept, weil Raum und Konzept idealtypisch zusammenhängen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Lieber Herr Breite, aus diesen Gründen - ich rege mich jetzt auch wieder ab - können wir Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Ich appelliere an alle Kollegen, nicht nur an die, die im Gesundheitsbereich tätig sind, an das Wohl der Menschen zu denken. Ich appelliere an die Kollegen, diese Diskussion nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Diejenigen von uns, die bei den öffentlichen Veranstaltungen waren und auch an den nichtöffentlichen Veranstaltungen mit der BI teilgenommen haben, können Ihnen berichten, dass es nicht vergnügungssteuerpflichtig ist. Und das wird nicht besser, wenn Sie den Prozess in die Länge ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat jetzt das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Ich war zufällig - das war Zufall - bei allen Ausschusssitzungen, bei denen dieses Thema behandelt wurde.

Als das Thema im Sozialausschuss aufgerufen wurde, wollte die FDP es ohne Votum in den Rat schieben. Verschiedene Parteien - soweit ich mich erinnern kann, SPD, Grüne und LINKE - haben gesagt, sie fänden das aber trotzdem eine gute Vorlage.

Bei der Sitzung des AVR hatten wir die gleiche Situation: Vertagung ohne Diskussion. Man hätte dieses Thema ja auch einmal unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit diskutieren können, sage ich einmal salopp.

Dann stand das Thema im Gesundheitsausschuss auf der Tagesordnung. Dort sollte die Diskussion darüber - wieder auf Antrag der FDP - ohne Votum in den Rat vertagt werden.

So gesehen, hat es also über dieses Thema faktisch keine Fachdiskussion gegeben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, richtig!)

Und das geht gar nicht.

Herr Paetzold und Herr Unna, wir haben dann im Gesundheitsausschuss faktisch eine Fachdiskussion darüber geführt und wollten der FDP entlocken, was sie denn nun eigentlich für ein Problem hat. Das einzige Argument, das dann gekommen ist, war, dass die Räume am Neumarkt zu teuer seien. Es hat mich total verblüfft, wie man das so kleinteilig betrachten kann. Wir können doch froh sein, dass wir überhaupt Räumlichkeiten am Neumarkt haben.

Heute legt die FDP dann diesen Änderungsantrag vor. Das kann ich wirklich nicht ernst neh-

men. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

Kollege Paetzold, ich bin enttäuscht über Ihren Beitrag; denn die FDP hat ja unsere Initiative aufgegriffen, in Kalk und Mülheim etwas zu machen. Das war doch eine Initiative der SPD und der LINKEN. Dazu haben wir auch einen Antrag eingebracht usw. usf. Dass die FDP jetzt die ganze Zeit behauptet, sie sei immer mit dabei gewesen, ist einfach unwahr. Unseren Antrag haben wir auch nicht einfach aus Propagandagründen gestellt, sondern, weil wir wussten, dass in Kalk und Mülheim reale Probleme bestehen. Das hat sich die Verwaltung dann angeguckt und hat - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Verwaltung hatte das vorher vorgeschlagen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Okay. Das war mir nicht bekannt. Aber es ist ja auch egal, Frau Reker. Auf jeden Fall kam es dann zu einer guten Vorlage.

Wir stehen zu dieser Vorlage und werden dieser Verzögerungstaktik der FDP nicht zustimmen. Denn wenn Sie es wirklich ernst gemeint hätten, hätten Sie im Vorfeld der Ratssitzung um ein Fachgespräch zwischen allen beteiligten Politikern - Sozialausschuss, Gesundheitsausschuss - gebeten und gesagt: Wir haben da ein Problem; das würden wir gern noch einmal diskutieren. - Dann würde ich das ernst nehmen. Aber so nehme ich es nicht ernst. Wir werden diesen Antrag der FDP ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe Wortmeldungen für die zweite Runde, meine Damen und Herren. Aber in der ersten Runde kommen erst noch Frau Gärtner und Herr Hegenbarth zu Wort. Herrn Paetzold habe ich für die zweite Runde notiert.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir - da möchte ich mich Herrn Dr. Unna anschließen - möchten diese Vorlage unbedingt heute auf den Weg bringen. Wir haben die Vorlage auch nicht so interpretiert, dass die Gremien des Rates bei allen weiteren Schritten außen vor wären. Wir sind bisher einbezogen gewesen, und wir vertrauen der Verwaltung, dass wir bei allen wichtigen Schritten auch weiter einbezogen werden.

Deswegen können wir dem Antrag der FDP leider auch nicht zustimmen. Ich möchte aber auf einige Punkte aus diesem Antrag noch näher eingehen.

Genauso wie Sie - hier beziehe ich mich auf den Absatz, in dem Sie den abgestimmten Entwurf erwähnen - haben natürlich auch wir im Auge, dass die Verwaltung unbedingt weiterhin alle Akteure mit einbezieht. Das sind die Träger der Drogenhilfe, aber auch andere Institutionen, zum Beispiel Kliniken usw. Wir möchten allerdings ganz deutlich betonen, dass uns diese Einbeziehung in alle weiteren Schritte auch deshalb sehr wichtig ist, um damit von vornherein das gesamte Netz an vorhandenen Hilfen einzubeziehen und möglichst breit zu versuchen, diese Problematik hier in Köln zu lösen.

Die FDP hat jetzt beantragt, den Text aufzunehmen, dass eine wissenschaftliche Begleitung erfolgen soll. Dass die Verwaltung das beabsichtigt, steht bereits in der Vorlage und ist früher auch schon besprochen worden. Das müssen wir gar nicht gesondert beschließen; denn auch aus sämtlichen Beratungen geht hervor, dass das allen immer ein sehr wichtiger Punkt war.

Außerdem fordert die FDP, die Kriterien und deren Gewichtung für die Vergabe vor der Ausschreibung dem Rat vorzustellen. Wir gehen ja davon aus, dass wir in den Ausschüssen nicht nur über die geplante Trägerschaft unterrichtet werden, sondern auch noch einmal damit befasst werden. Aber wir gehen auch davon aus, dass damit nicht eine Vergabe nach Vergaberecht gemeint ist, sondern eine Vergabe nach den üblichen Verfahrensweisen im Jugend-, Sozialhilfe- und Gesundheitsbereich. Das heißt, dass Träger aufgrund von Konzepten ausgewählt werden. Das ist etwas Ähnliches wie ein Vergabeverfahren, aber kein förmliches Vergabeverfahren nach den dafür geltenden gesetzlichen Grundlagen. Gegen ein solches förmliches Vergabeverfahren hätten wir erhebliche Bedenken. Sollte das geplant sein, müssten wir uns darüber unbedingt noch einmal unterhalten; denn dieses Vorgehen würde nicht unsere Zustimmung finden.

Zum letzten Punkt des FDP-Änderungsantrags ist Folgendes zu sagen: In Bezug darauf, ob man nun von einem Konzept spricht oder ob man die Verlagerung der Substitutionsambulanz prüft, kann man sich auch über Begrifflichkeiten strei-

ten Wir denken aber, dass das ein wichtiger Punkt ist, der in der Verwaltungsvorlage enthalten ist. Ganz ohne Vorstellungen zu haben, kann man ja ohnehin nichts zum Ergebnis bringen. Wir halten die Formulierung in der Vorlage also für durchaus ausreichend.

Das heißt: Wir möchten heute die Vorlage so, wie sie vorliegt, auf den Weg bringen. Uns ist aber wichtig, dass alle Akteure mit einbezogen werden. Das machen wir zur Voraussetzung für unsere Zustimmung. Und wir möchten die Frage, was unter Vergabe zu verstehen ist, durchaus noch einmal diskutieren, bevor eine endgültige Entscheidung durch die Verwaltung erfolgt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich kann das kurz vom Platz aus machen. - Wir finden es gut, dass das Ganze jetzt langsam überhaupt einmal kommt. Das wurde auch Zeit. Deswegen werden wir dem zustimmen. Wir hatten zu dieser Thematik ja auch schon einige Anfragen gestellt.

Ich möchte deswegen an dieser Stelle auch das Augenmerk noch kurz auf einen inhaltlichen Punkt richten. Die Verwaltung hat das aber ohnehin auf dem Schirm, denke ich einmal. Was die Substitution und das Substitutionsprogramm betrifft, möchte ich nämlich noch einmal klarmachen, dass wir hier nur einen allerersten Schritt gehen. Das reicht bei weitem nicht aus. Der Mitteilung für den Gesundheitsausschuss, den Sozialausschuss und die Bezirksvertretung ist ja zu entnehmen, dass sich am Neumarkt nur maximal 5 Prozent der in der Substitutionsambulanz behandelten Patienten - also der Langzeitabhängigen, die entsprechende Mittel bekommen - aufhalten. Deswegen rechnen wir zunächst einmal nicht unbedingt mit einer großartigen Besserung. Aber es ist ein erster Schritt. Diesen Schritt müssen wir heute gehen.

Da wird in der nächsten Zeit noch deutlich nachgebessert werden, denke ich einmal. Vielleicht können Sie ja noch etwas zu den nächsten Schritten sagen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor Herr Dr. Rau Stellung nimmt, rufe ich erst noch die zweite Runde auf und gebe Herrn Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Ich würde es gerne vom Platz aus machen. - Herr Dr. Unna, ich habe Sie als sehr besonnenen und ruhigen Ausschussvorsitzenden kennengelernt. Gerade habe ich mir wirklich Sorgen um Ihren Blutdruck gemacht. Vielleicht lassen wir die Kirche doch einmal im Dorf. Sie haben völlig recht; jeder Zeitverzug ist schädlich. Ich erinnere aber daran, Herr Dr. Unna, Herr Dr. Rau, dass wir 15 Monate auf ein Konzept gewartet haben. Und jetzt kritisieren Sie, dass wir im Gesundheitsausschuss noch einmal über einige Dinge reden wollen? Das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Noch einmal: Es ist nicht an mir, den Änderungsantrag der FDP zu verteidigen. Aber darin steht ganz klar, dass der Punkt 1 durch den Vorschlag der FDP ersetzt wird. Frau Gärtner, es ist völlig selbstverständlich, dass die wissenschaftliche Begleitung dann natürlich in dem Text stehen bleibt. Schließlich ist das eine verdammt gute Idee der Verwaltung. Das wollen wir ja auch. Deshalb muss sie da aufgenommen werden.

Es macht doch großen Sinn, dass die Politik und die Leute, die vor Ort den Kopf dafür hinhalten - das haben wir ja beide mitbekommen, als wir bei der IG waren; es sind nicht nur die Verwaltungsangehörigen, sondern auch die einzelnen Politiker, die dann „langgemacht“ oder am Telefon „beehrt“ werden -, auch mitbestimmen. Dass wir im Gesundheitsausschuss - da gehört es nämlich hin -, wann immer wieder ein Stück fertig ist, uns das angucken, verschlägt überhaupt keine Zeit. Das kann man ganz normal eintakten. Ich denke, dass das wirklich gut wäre. So verstehe ich Politik auch. Wir geben nicht irgendwann unsere Verantwortung ab, sondern wir tragen sie, gerade bei einem so wichtigen Thema.

Es wird wahrscheinlich das letzte Mal in dieser Wahlperiode sein, dass ich für einen FDP-Antrag werbe. Aber diesmal tue ich es noch.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dann auch auf die Fragen von Frau Gärtner antworten würden. - Entschuldigung, Frau Hoyer. Natürlich haben Sie jetzt erst im Rahmen der zweiten

Runde das Wort. Dann kann man das alles zusammenfassen.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Lieber Kollege Paetzold, ich finde, dass Sie unseren Änderungsantrag sehr gut verteidigt haben. Sie können das in dieser Wahlperiode ruhig noch öfters machen.

(Rafael Struwe [SPD]: Wenn Sie die richtigen Anträge stellen, gerne!)

- Da ist die FDP ja eigenständig und entscheidet selbst, ob das der richtige Antrag ist oder nicht.

Ich würde gerne noch auf das eingehen, was hier eben gesagt worden ist, und ganz speziell auf die Ausführungen von Herrn Dr. Unna. Da bestehen wirklich Missverständnisse, glaube ich. Wir wollen die Vorlage heute hier nicht anhalten. Wir wollen sie nur verändern. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Wir werden dem Raum auch zustimmen, wie Herr Breite bereits angekündigt hat. Insofern gibt es gar keine Verzögerung, wie Sie hier immer wieder unterstellen.

Wir wollen nur das Betreiberkonzept kennenlernen. Wenn ich das, was in der Anlage steht, richtig verstanden habe, ist das Betreiberkonzept ja so gut wie fertig. Sie werden jetzt den Raum haben. Dann können wir uns doch in der Zeit sehr gut dieses Betreiberkonzept anschauen und entscheiden, ob wir es gut finden oder ob wir es ändern wollen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir da eine Möglichkeit haben müssen. Dazu hat die FDP immer gestanden. Das ändert sich auch hier und heute nicht.

Trotzdem möchten wir, wie Herr Paetzold völlig richtig gesagt hat, als Politiker, die hier in der Verantwortung stehen, und zwar in der Verantwortung für die Anwohner, aber auch für die betroffenen Menschen, mitreden, wie dieses Konzept aussieht und wie dort die Betreuung erfolgt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir gehen auch davon aus, dass das Konzept grundsätzlich gut ist. Aber ich kenne es nicht. Das ist der Grund. Herr Dr. Rau, das ist überhaupt kein Angriff auf irgendwelche Konzepte, die Sie erstellen. Wir wollen das Konzept nur kennen. Wenn man verantwortungsvolle Politik machen möchte, dann sollte man diesen Anspruch auch umsetzen, glaube ich.

Frau Gärtner hat gesagt, sie gehe grundsätzlich davon aus, dass wir bei der Vergabe dieser Einrichtung beteiligt werden. Ja, davon gehen wir eigentlich auch aus. Deswegen ist es auch nicht schlimm, wenn wir es noch einmal hineinschreiben.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube also, dass wir uns da ganz nah sind und im Grunde genommen Übereinstimmung finden können.

Wir haben auch hier in diesem Rat schon Übereinstimmung gefunden. Das wurde deutlich. 2016 haben wir im Rahmen dieser schwierigen Diskussion gesagt: Ja, wir brauchen ein Konzept - nicht nur einen Raum, sondern auch ein Konzept. Das war über alle Fraktionen hinweg hier einhellig die Meinung. Und genau diese Umsetzung fordern wir. Deswegen sagen wir: keine Zustimmung, ohne dass wir das Konzept gesehen haben. Deswegen schreiben wir auch nicht: „zustimmend“ zur Kenntnis. Es ist ja schwierig, etwas zuzustimmen, wenn wir nicht wissen, was darin steht. Das ist überhaupt kein Misstrauen. Es ist nur der Wunsch nach Wissen und Kenntnis. Das ist auch kein unverschämter Wunsch, glaube ich.

Wir würden uns auch wünschen - auch dies ist ein Wunsch -, dass wir nachher bei der Abstimmung abschnittsweise abstimmen, damit Sie auch sehen, dass wir als FDP dieser wichtigen Problematik wirklich nicht ablehnend gegenüberstehen, sondern differenziert. Das würden wir dann auch gerne zum Ausdruck bringen. - Danke.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Ich möchte noch kurz auf den FDP-Antrag eingehen, weil ich ihn als Bevormundung der Verwaltung ansehe.

Es geht auch gar nicht wirklich um ein Konzept. In Punkt 2 wird verlangt, dass man die Planungen der Verwaltung in Bezug auf den Drogenkonsumraum offenlegt. Hier geht es nicht um Be-

ratung oder Inhaltliches, sondern einfach um Öffnungszeiten, Drogenkonsumplätze, Organisation des inhalativen Konsums und Mitnahme von alkoholischen Getränken. Meines Erachtens zielt das darauf ab, dass ein bestimmter Träger ausgeschlossen wird, nämlich VISION e. V.

Ich finde auch, dass wir nicht alles vorgelegt bekommen müssen, sondern dass bestimmte Dinge einfach normale Arbeit der Verwaltung sind. Ehrlich gesagt, finde ich das sehr bürokratisch. Und die Verwaltung hat in ihrer Beschlussvorlage an diversen Stellen selbst gesagt, dass bestimmte Entscheidungen dem Rat noch einmal vorgelegt werden.

Meines Erachtens können wir die Vorlage genau so, wie sie vorliegt, beschließen. Dafür plädiere ich auch.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen aus den Reihen der Ratsmitglieder mehr. - Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Konzept ist hier vielfach genannt worden. Ich möchte noch kurz dazu ausführen. In Wirklichkeit haben wir es nämlich mit zwei Konzepten zu tun.

Zum Ersten erarbeiten wir, vom Rat beauftragt, gerade ein gesamtes Suchthilfekonzept Köln. Weil wir alle Träger und alle Akteure einbeziehen wollen und auch derzeit schon einbeziehen, dauert die Erarbeitung dieses gesamten Konzeptes auch ihre Zeit. Als wir angetreten sind, haben wir gesagt: Wir arbeiten in vier Kapiteln. Jedes Kapitel braucht ein halbes Jahr und beinhaltet mehrere Workshops. Ende 2018 werden wir die Erarbeitung dieses Gesamtkonzeptes, das dann eine hohe Beteiligung hinter sich haben wird, beendet haben und es Ihnen hier vorlegen. - Die Gesamtkonzeption Suchthilfe Köln wird also Ende 2018 vorliegen.

Wir haben jetzt, um schneller handlungsfähig zu sein, den ersten Teil dieses Gesamtkonzeptes, nämlich niedrigstschwellige Hilfen, im Entwurf vorweggenommen und Ihnen auch im Entwurf vorgelegt. Das wird aber dann im Rahmen dieses gesamten Konzeptes bis Ende 2018 endgültig finalisiert.

Zum Zweiten sprechen wir von einem Detailbetreiberkonzept. Selbstverständlich legen wir Ihnen dieses Konzept sehr gerne vor. Wichtig ist dabei allerdings Folgendes:

Erstens. Es gibt eine Landesverordnung über den Betrieb von Drogenkonsumräumen. Diese Landesverordnung hat höchste Verbindlichkeit. Sie ist die Grundlage dieses Betreiberkonzeptes.

Zweitens. Die genehmigende und aufsehende Behörde ist die Bezirksregierung. Sie steht regelmäßig mit uns in Kontakt und war zuletzt vor vier Wochen vor Ort. Diese Bezirksregierung hat bei jedem Besuch noch einmal Anforderungen. Diese Anforderungen müssen wir dann in dieses Konzept einarbeiten. An dem Konzept werden wir in diesen Details, die die Bezirksregierung einfordert, nachher auch gar nichts mehr ändern können.

Aber selbstverständlich stelle ich Ihnen sehr gern dieses Konzept vor, das es am Ende sein wird.

Nun möchte ich noch auf die Frage von Herrn Hegenbarth eingehen, der gesagt hat, dass sich am Neumarkt nur 5 Prozent der in der Substitutionsambulanz behandelten Drogenkonsumierenden aufhalten. Die Zielgruppe unseres Drogenkonsumraums sind nicht nur die Patienten, die substituiert werden, sondern im Prinzip alle Konsumierenden am Neumarkt. Daher ist die Zielgruppe eine größere. Wir glauben, dass wir mehr Menschen in den Drogenkonsumraum hineinbekommen.

Letzten Endes - ich bin auch sehr froh darüber, dass wir hier einen so großen Konsens haben - sind wir alle davon überzeugt, dass dieser Drogenkonsumraum eine Möglichkeit ist, den kranken Menschen zu helfen und gleichzeitig dem Neumarkt zu helfen. Denn wir nehmen die ganz große Not aller Beteiligten am Neumarkt wahr. Zum Glück gibt es jetzt endlich die Möglichkeit, dass sich dort grundlegend etwas ändern wird.

Ganz zum Schluss: Ich habe mehrfach angekündigt und stehe dazu, dass wir gerne einen Beirat einrichten werden, an dem ganz unterschiedliche Akteure regelmäßig beteiligt sind, sodass sie dann das Geschehen dieses Drogenkonsumraums begleiten und gegebenenfalls auch in die Weiterentwicklung eingreifen können. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der FDP und dann punktweise über die Vorlage.

Wer dem FDP-Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, Herr Wortmann und die SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das nicht beschlossen.

Ich lasse jetzt über die ursprüngliche Vorlage abstimmen, und zwar punktweise. Sie liegt Ihnen vor.

Punkt 1. Gegenstimmen? - Die FDP, Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 2. Gegenstimmen? - Die FDP, pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Punkt 3. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 4. Gegenstimmen? - pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 5. Gegenstimmen? - pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 6. Gegenstimmen? - Die FDP, pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das auch so beschlossen.

Jetzt nehmen wir eine Gesamtabstimmung vor. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln und der AfD. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP und von Herrn Wortmann. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat möge beschließen:

Punkt 1 Des Beschlusstextes wird wie folgt geändert:

„Der Rat nimmt den von der Verwaltung initiierten Suchthilfeplanungsprozess mit dem Schwerpunkt illegale Drogen zur Kenntnis.

Der mit den Drogenhilfeträgern abgestimmte Entwurf eines ersten Bausteins dieses Suchthilfekonzepts sowie die weiteren Schritte bis 2018 sollen dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Entwicklung der Maßnahmen soll nach Maßgabe der jährlichen Haushaltsplanung erfolgen. Der Prozess soll wissenschaftlich begleitet werden, um auch künftig u.a. über Konzepte zu verfügen, die sowohl den Betroffenen als auch den Anwohnerinnen und Anwohnern von Suchthilfeeinrichtungen gerecht werden.

Zur Verwirklichung vordringlicher unabweisbarer Hilfebedarfe beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Planung und Umsetzung folgender Maßnahmen:“

Punkt 2 der Vorlage wird um folgenden Passus ergänzt:

„Im Rahmen der weiteren Planung legt die Verwaltung dem Rat Informationen über Beratungsmöglichkeiten, die Zahl der Drogenkonsumplätze, der Organisation des inhalativen Konsums, Mitnahme alkoholischer Getränke Öffnungszeiten und dem Personalkonzept zur Entscheidung vor.

Die Kriterien sowie deren Gewichtung für die Vergabe an einen Träger des Drogenkonsumraums sind vor der Ausschreibung dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Punkt 6 der Vorlage wird der Beschlusstext wie folgt geändert:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für eine Teilverlagerung der Substitutionsambulanz von Gesundheitsamt und Drogenhilfe gGmbH in der Lungengasse 13-17 zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Ziffer 1 der Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat nimmt den von der Verwaltung initiierten Suchthilfeplanungsprozess mit dem Schwerpunkt illegale Drogen und den in Anlage 1 beschriebenen Entwurf eines ersten Bausteins des in Arbeit befindlichen Drogenhilfekonzepts zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die darin beschriebenen Meilensteine nach Maßgabe der jährlichen Haushaltsplanung zu entwi-*

ckeln und umzusetzen. Dies soll wissenschaftlich begleitet werden.

Zur Verwirklichung vordringlicher unabweisbarer Hilfebedarfe beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Planung und Umsetzung folgender Maßnahmen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

III. Beschluss gemäß Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage:

2. Fortführung der Planungen für den Drogenkonsumraum in Neumarktnähe

Der Rat beschließt, das Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum in Neumarktnähe nach der vorgelegten Planung zu realisieren und ermächtigt die Verwaltung, den hierfür erforderlichen Umbau im finanziellen Umfang von ca. 750.000 € zu beauftragen. Die Finanzierung der erforderlichen Umbaukosten erfolgt aus noch nicht gebundenen Haushaltsmitteln, die in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 zur Realisierung des Drogenkonsumraums im Rahmen des veranschlagten Budgets verfügbar sind.

Aufgrund der rechtlichen Anforderungen an den Betrieb von Drogenkonsumräumen muss die Stadt Köln wegen der spezifischen Raumsituation im geplanten Objekt zusätzliche personelle Anforderungen für den Betrieb der Einrichtung erfüllen (die Einsehbarkeit der Konsumplätze muss räumlich und personell jederzeit gewährleistet sein). Hierzu beauftragt der Rat die Verwaltung, die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 116.400 € für das Haushaltsjahr 2018 und 369.000 € jährlich ab 2019 ff. zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln zugestimmt.

IV. Beschluss gemäß Ziffer 3 der Verwaltungsvorlage:

3. Verstetigung des Drogenhilfeangebotes am Hauptbahnhof (KAD I) im Umfang des Ratsbeschlusses vom 11.07.2017

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 226.500 € ab 2018ff. zuzüglich der jährlichen Tarifsteigerung (2%) im TP 0701 - Gesundheitsdienste bei TPZ 15 - Transferaufwendungen, zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln zugestimmt.

V. Beschluss gemäß Ziffer 4 der Verwaltungsvorlage:

4. Planung und Umsetzung weiterer dezentraler niedrigschwelliger Drogenhilfeangebote (inkl. Drogenkonsumraum) an den Szenestandorten in Mülheim und Kalk

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der kurzfristigen Suche und Anmietung geeigneter Räumlichkeiten in den Stadtteilen Mülheim und Kalk.

Die erforderlichen Planungs- und Anmietungskosten für ein Angebot im Stadtteil Mülheim in Höhe von 500.000 € ab 2018 ff. sind zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Ab 2019ff. sind für den Betrieb einer zusätzlichen Einrichtung in Mülheim weitere 300.000 € zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Die erforderlichen Planungs- und Anmietungskosten für ein Angebot im Stadtteil Kalk in Höhe von 350.000 € ab 2019 ff. sind zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Ab 2020ff. sind für den Betrieb einer zusätzlichen Einrichtung in Kalk weitere 300.000 € zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

VI. Beschluss gemäß Ziffer 5 der Verwaltungsvorlage:

5. Zusätzliche Beratungsangebote (Kontaktstellen) in weiteren Sozialräumen mit besonderer Drogenproblematik

a. Der Rat beschließt, die in Porz und Meschenich vorhandenen Beratungsangebote für drogengebrauchende Menschen zu erweitern und in Chorweiler ein neues Hilfsangebot für Menschen mit einer Gefährdung und Abhängigkeit von legalen und illegalen Drogen einzurichten.

Die erforderlichen Planungs-, Anmietungs- und Betriebskosten für die Erweiterung des Angebotes im Stadtteil Meschenich in Höhe von 210.000 € ab 2020 ff. und für die Erweiterung des Angebotes im Stadtteil Porz in Höhe von 250.000 € ab 2020 ff. sind zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Die erforderlichen Planungs-, Anmietungs- und Betriebskosten für ein Angebot im Stadtteil Chorweiler in Höhe von 350.000 € ab 2021 ff. sind zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

b. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die Bedarfe in weiteren Hotspots zu prüfen und dem Rat ggfs. weitere erforderliche Maßnahmen zur Entscheidung vorzulegen

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

VII. Beschluss gemäß Ziffer 6 der Verwaltungsvorlage:

6. Teilverlagerung Substitutionsambulanz

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Teilverlagerung der Substitutionsambulanz von Gesundheitsamt und Drogenhilfe gGmbH in der Lungengasse 13-17 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

VIII. Gesamtabstimmung:

1. Der Rat nimmt den von der Verwaltung initiierten Suchthilfeplanungsprozess mit dem Schwerpunkt illegale Drogen und den in Anlage 1 beschriebenen Entwurf eines ersten Bausteins des in Arbeit befindlichen Drogenhilfekonzepts zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die darin beschriebenen Meilensteine nach Maßgabe der jährlichen Haushaltsplanung zu entwickeln und umzusetzen. Dies soll wissenschaftlich begleitet werden.

Zur Verwirklichung vordringlicher unabweisbarer Hilfebedarfe beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Planung und Umsetzung folgender Maßnahmen:

2. Fortführung der Planungen für den Drogenkonsumraum in Neumarktnähe

Der Rat beschließt, das Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum in Neumarktnähe nach der vorgelegten Planung zu realisieren und ermächtigt die Verwaltung, den hierfür erforderlichen Umbau im finanziellen Umfang von ca. 750.000 € zu beauftragen.

Die Finanzierung der erforderlichen Umbaukosten erfolgt aus noch nicht gebundenen Haushaltsmitteln, die in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 zur Realisierung des Drogenkonsumraums im Rahmen des veranschlagten Budgets verfügbar sind.

Aufgrund der rechtlichen Anforderungen an den Betrieb von Drogenkonsumräumen muss die Stadt Köln wegen der spezifischen Raumsituation im geplanten Objekt zusätzliche personelle Anforderungen für den Betrieb der Einrichtung erfüllen (die Einsehbarkeit der Konsumplätze muss räumlich und personell jederzeit gewährleistet sein). Hierzu beauftragt der Rat die Verwaltung, die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 116.400 € für das Haushaltsjahr 2018 und 369.000 € jährlich ab 2019 ff. zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

3. Verstetigung des Drogenhilfeangebotes am Hauptbahnhof (KAD I) im Umfang des Ratsbeschlusses vom 11.07.2017

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 226.500 € ab 2018ff. zuzüglich der jährlichen Tarifsteigerung (2%) im TP 0701 - Gesundheitsdienste bei TPZ 15 - Transferaufwendungen, zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

4. Planung und Umsetzung weiterer dezentraler niedrigschwelliger Drogenhilfeangebote

(inkl. Drogenkonsumraum) an den Szenestandorten in Mülheim und Kalk

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der kurzfristigen Suche und Anmietung geeigneter Räumlichkeiten in den Stadtteilen Mülheim und Kalk.

Die erforderlichen Planungs- und Anmietungskosten für ein Angebot im Stadtteil Mülheim in Höhe von 500.000 € ab 2018 ff. sind zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Ab 2019ff. sind für den Betrieb einer zusätzlichen Einrichtung in Mülheim weitere 300.000 € zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Die erforderlichen Planungs- und Anmietungskosten für ein Angebot im Stadtteil Kalk in Höhe von 350.000 € ab 2019 ff. sind zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

Ab 2020ff. sind für den Betrieb einer zusätzlichen Einrichtung in Kalk weitere 300.000 € zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

5. *Zusätzliche Beratungsangebote (Kontaktstellen) in weiteren Sozialräumen mit besonderer Drogenproblematik*

   a. *Der Rat beschließt, die in Porz und Meschenich vorhandenen Beratungsangebote für drogengebrauchende Menschen zu erweitern und in Chorweiler ein neues Hilfsangebot für Menschen mit einer Gefährdung und Abhängigkeit von legalen und illegalen Drogen einzurichten.*

      Die erforderlichen Planungs-, Anmietungs- und Betriebskosten für die Erweiterung des Angebotes im Stadtteil Meschenich in Höhe von 210.000 € ab 2020 ff. und für die Erweiterung des Angebotes im Stadtteil Porz in Höhe von 250.000 € ab 2020 ff. sind zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

      Die erforderlichen Planungs-, Anmietungs- und Betriebskosten für ein Angebot im Stadtteil Chorweiler in Höhe von 350.000 € ab 2021 ff. sind zusätzlich in den Haushalt einzuplanen.

   b. *Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die Bedarfe in weiteren Hotspots zu prüfen und dem Rat ggfs. weitere erforderliche Maßnahmen zur Entscheidung vorzulegen*

6. *Teilverlagerung Substitutionsambulanz*

   Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Teilverlagerung der Substitutionsambulanz von Gesundheitsamt und Drogenhilfe gGmbH in der Lungengasse 13-17 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Entwurf des Jahresabschlusses 2016
2669/2017

Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und von der Oberbürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das Jahr 2016 zur Kenntnis und beschließt, den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2016 gemäß § 101 Gemeindeordnung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
2422/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

einen Betrag in Höhe von 1.000 € an das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung, vertreten durch Caritasverband

der Stadt Köln e.V./Antidiskriminierungsbüro, für ein Coaching der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen im Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung

zu vergeben.

Es handelt sich dabei um Teilbeträge aus den verbliebenen Mitteln für 2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferleistungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Verteilung verbleibender Mittel zur Förderung Interkultureller Zentren in 2017
2492/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verwendung der noch nicht verfügten Haushaltsmittel 2017 in Höhe von 6.000 € wie folgt:

das Alevitische Kulturzentrum Porz e.V. wird in die regelmäßige Förderung als kleines Interkulturelles Zentrum mit 4.000 € / Jahr aufgenommen;

mit den verbleibenden Restmitteln in Höhe von 2000 € wird in 2017 erneut das Interkulturelle Zentrum des Runden Tisches Buchforst unterstützt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

10.29 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln
1120/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III – Seite 6).

10.30 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2017
1909/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Errichtung eines Bildungsgangs Berufliches Gymnasium für Wirtschaft und Verwaltung, Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01)
3018/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des folgenden Bildungsgangs:

Berufliches Gymnasium für Wirtschaft und Verwaltung

Fachbereich: Wirtschaft und Verwaltung

Bildungsgang: Allgemeine Hochschulreife (Betriebswirtschaftslehre)

gemäß § 22 Absatz 5 Nr. 3 SchulG und Anlage D der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2018 am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg, Brüggener Straße 1, 50969 Köln (BK 01).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 Schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule Wasseramselweg - Start der Schule bis zum Umzug in den Neubau am benachbarten Interimsstandort Wasseramselweg in anzumietenden Räumlichkeiten zum Schuljahr 2018/19

1711/2017

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie die Vorlage, also wie Schulausschuss, Stadtentwicklungsausschuss und Finanzausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Aufbauend auf seinem Grundsatzbeschluss vom 12.05.2015 (Session 1033/2015) zur Aufnahme der Planung zur Errichtung einer Gesamtschule für 6 Züge der Sekundarstufe I und 5 Züge der Sekundarstufe II mit 1-fach Turnhalle und 3-fach Turnhalle am Standort Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln-Vogelsang beschließt der Rat den zeitnahen Start der neuen Schule am Interimsstandort Wasseramselweg, 50829 Köln, in zunächst angemieteten Gebäuden (schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule zum Schuljahr 2018/19) gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf. Nach Fertigstellung des Neubaus Wasseramselweg zieht die Schule von ihrem Interimsstandort dorthin um.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 SchulG, dass die Gesamtschule in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG als gebundene Ganztagsschule geführt wird.*

3. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Schulkonferenz der Gesamtschule Wasseramselweg bei der Entscheidung über das pädagogische Angebot der Schule das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf von Anfang an zu berücksichtigen.*

4. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2018 die Zusetzung von insgesamt 2,3 Stellen Verwaltungsbeschäftigte/r (Schulsekretär/in) EGr. E7 TVöD für die neue Gesamtschule in Vogelsang. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

5. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel (ggf. Personal- und/oder Sachkosten) für die schulrechtliche Errichtung und Inbetriebnahme der Gesamtschule am Interimsstandort Wasseramselweg ab Start der Gesamtschule zum Schuljahr 2018/19 und für die Inbetriebnahme des Neubaus auf dem Grundstück Wasseramselweg frühestens ab dem Haushaltsjahr 2022 gemäß den Ausführungen in der Begründung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen.*

6. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.*

7. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.33 Errichtung eines neuen Schulgebäudes sowie einer 6-fach Sporthalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln
Baubeschluss
2321/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau eines Schulgebäudes mit 6-fach Turnhalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule, Im Weidenbruch 214, 51061 Köln-Höhenhaus nach Passivhausstandard mit Gesamtkosten in Höhe von brutto 102.681.110 € (rd. 95,8 Mio. € Gesamtbaukosten zzgl. rd. 6,2 Mio. € Einrichtungskosten – inkl. 181.457 € Einrichtungskosten für Mensaküche), stellt den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung und Einrichtung.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Ge-

samtbaukosten gem. Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 8.804.955 € Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städt. Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis der derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inkl. Nebenkosten und Reinigung i.H.v. rd. 2,61 Mio. €, die voraussichtlich ab Haushaltsjahr 2020 aus bereits veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert wird. Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rd. 3,6 Mio. € sind frühestens im Haushaltsjahr 2020 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand, zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rd. 2,4 Mio. € erfolgt frühestens zum Haushaltsjahr 2020 aus zu veranschlagenden Mitteln aus dem Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Die weiteren investiven Einrichtungskosten in Höhe von rd. 0,2 Mio. € sind durch die Fördermaßnahme Gute Schule 2020 förderfähig und entfallen auf die Medientechnik PZ.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.34 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ 2481/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 21.09.2017 und des Finanzausschusses am 25.09.2017:

1. *Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.*

2. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 2,2 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021 ff. in Höhe von 2,9 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung,*

   a. *mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ auch unter Einbeziehung der jetzt schon vorhandenen Akteure im Sozialraum.*

b. die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.

c. mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“
2488/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ (siehe Anlage 1).

Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.

2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im ISEK für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 3,9 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von 2,4 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

a. mit der Umsetzung der Maßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.

b. die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des ISEKs, die im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.

c. mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.36 Bürgerhaushalt 2016 - Umsetzung der Vorschläge
2629/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer III – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.37 Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten Dezernat VI - Stadtentwicklung, Planen und Bauen
2892/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke.
AN/1417/2017

(Bernd Petelkau [CDU]: Was ist mit TOP 10.36?)

- TOP 10.36 hatten wir doch eben bei der Festlegung der Tagesordnung zurückgezogen. - Zu TOP 10.37 hat Herr Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank an die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin für diese sehr gute Vorlage, die hoffentlich zu einer schnellen Wiederbesetzung der Stelle des Baudezernenten führt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu liegt Ihnen auch ein Änderungsantrag von SPD und LINKEN vor. Ich möchte Ihnen gerne kurz erläutern, warum wir diese Ergänzung für strategisch sinnvoll halten.

Köln steckt im Baustau - und damit ist einmal nicht der Verkehr gemeint; der lässt sich gut bebildern; dessen Auswirkungen spürt jeder sofort, der mit seiner Verkehrsmittelwahl dazu beiträgt -, und zwar in einem dramatischen Baustau bei Wohnungen und Schulen. Weil Schulen fehlen, haben Eltern keine andere Wahl, als ihre Kinder als sogenannte Helikopter-Eltern durch die halbe Stadt zu fahren. Und Schwarz-Grün, das den Neubau von Schulen im Kölner Westen blockiert hat, trägt daran eine erhebliche Mitverantwortung.

Vielleicht haben Sie heute auch den offenen Brief der Eltern an uns Ratsmitglieder aus dem Kölner Westen erhalten. Dort schreiben die Eltern:

> Deshalb ist es aus unserer Sicht schon fünf vor zwölf. Vor allem bei den weiterführenden Schulen fehlen stadtweit Plätze. An den Gesamtschulen muss die Stadt jedes Jahr 800 Schüler ablehnen. Dazu kommt ein immer größer werdender Sanierungsstau.

Dort haben wir also eine große Aufgabe.

Das gilt ebenso für den Wohnungsbau. IT.NRW hat aktuelle Zahlen veröffentlicht. Speziell die Zahlen für Köln im ersten Halbjahr 2017 sind wirklich nicht gut. Es wurden im ersten Halbjahr 2017 nur noch für 1 300 Wohnungen neue Baugenehmigungen erteilt. Das sind 37 Prozent weniger als noch im ersten Halbjahr 2016. 2016 war schon schlecht für Köln und den Wohnungsbau, und 2017 droht noch schlechter zu werden.

Wir haben als SPD-Fraktion heute dazu eine Anfrage gestellt. Sie finden sie unter TOP 4.9. Darin haben wir unter anderem zum Stand der Wohnungsbauflächen für das dringend benötigte Wohnungsbauprogramm 2030 sowie zu den zahlreichen nicht besetzten Stellen im Baudezernat, die zu quälend langsamen Baugenehmigungen führen, Fragen gestellt.

Der neu gewählte Vorstand des Hauses der Architektur Köln hat sich in diesem Monat auch dazu geäußert. Er hat Frau Oberbürgermeisterin Reker aufgefordert, mehr Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen und verstärkt Fördergelder für Stadtentwicklung zu beantragen. Vorstandsmitglied Almut Skriver sagte:

> Jemand ganz oben muss sagen: Wir wollen das.

Nun muss ich Frau Reker an dieser Stelle vielleicht doch ein wenig in Schutz nehmen; denn auch wenn unsere Oberbürgermeisterin den Oberoberverantwortungshut aufhat, ist „ganz oben“ zunächst einmal der Baudezernent.

Von der neuen Frau oder dem neuen Mann in diesem Amt erwarten wir, dass sie oder er nicht nur die Diskussion mit den Bürgern perfekt ausmoderiert, wie es ja auch in der Vorlage zu finden ist, sondern vor allem unser strategisches Ziel, den Schul- und Wohnungsbau, mit Kraft und Verve voranbringt. Köln braucht jetzt einen Macher mit Erfahrung, wie man Schul- und Wohnungsbau effektiv und energisch vorantreibt und die Blockade, die wir auch heute an einigen Stellen hier im Rat gespürt haben und die wir in vielen Diskussionen mitgenommen haben, auflöst. Das sollte jeder Bewerber, der sich auf diese Stelle bewirbt, von Anfang an wissen. Genau das ist die Expertise, die wir benötigen.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, unserer strategischen Ergänzung für die Stellenausschreibung des neuen Baudezernenten und dieser Vorlage, die wir sehr unterstützen, zuzu-

stimmen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Ich mache es wegen der Zeit direkt vom Platz aus. - Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Wir lehnen den SPD-Antrag ab, weil er die Auswahlmöglichkeiten für künftige Besetzungen weiter einengt und substanziell keinerlei Erweiterungen bringt.

Sinnvoller wäre es - auch wenn wir die Anlage sowieso nicht beschließen, sondern nur den Beschlusstext -, in dem Entwurf des Ausschreibungstextes den zweiten Spiegelstrich auf der ersten Seite, nämlich „Befähigung zum höheren bautechnischen Verwaltungsdienst (Große Staatsprüfung)“, nicht mit in die Ausschreibung aufzunehmen, weil wir durch den Aufbau dieser weiteren Hürde natürlich den Kreis der potenziellen Bewerber entsprechend reduzieren. Es macht keinen Sinn, in einem sehr, sehr engen Markt bereits im Vorfeld Menschen auszuschließen. Wir wollen hier einen breiten Kreis haben.

Deshalb ist meine Bitte, diesen Spiegelstrich aus dem Ausschreibungstext, auch wenn wir ihn formell hier gar nicht beschließen, herauszunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Wir brauchen an der Spitze einen Baudezernenten, der ein Fachmensch für den Bau von bezahlbaren und preisgünstigen Wohnungen ist.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Das ist das, was wir wollen. Das ist uns ein wichtiges Anliegen.

Meine Damen und Herren, der Ausschreibungstext, der uns hier vorliegt, stammt ja aus dem Jahre 2012. Daran hat sich gar nichts geändert. Das muss man einfach einmal sagen. Das heißt: Die neue Entwicklung, mit der wir uns hier die ganze Zeit beschäftigen, ist in dem Ausschreibungstext überhaupt nicht vorgesehen. Das Wort „Wohnung“ findet sich in dem ganzen Ausschreibungstext kein einziges Mal wieder.

Herr Petelkau, unser Antrag ist keine Einengung, sondern eine Ausweitung auf Grundlage der aktuellen Ereignisse.

Meine Damen und Herren, diese Ausschreibung gibt auch ein falsches Bild der Stadt Köln wieder. Die Probleme sind in der Ausschreibung überhaupt nicht dargestellt. Ich gehe einmal davon aus, dass sich die Personen, die sich dann bewerben werden, mit der Realität auseinandersetzen werden. Sie werden also über unseren schlechten Ausschreibungstext hinausgehen und sich mit den Problemen auseinandersetzen. Da bin ich mir ziemlich sicher. Formal betrachtet, ist Ihr Ausschreibungstext aber einfach falsch und stellt nicht die Probleme der Situation in Köln dar.

Dabei ist die Wohnungspolitik - darüber haben wir ja schon oft diskutiert, meine Damen und Herren - ein Schlüssel. Sie ist ein Schlüssel für die politische Entwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung in jeder Hinsicht in der Stadtgesellschaft. Insofern ist meines Erachtens ganz entscheidend, dass die Baudezernentin oder der Baudezernent entsprechende Kenntnisse hat und eine Fachfrau oder ein Fachmann in Wohnungspolitik ist. So werden wir das auch betrachten.

Lassen Sie mich jetzt noch einen weiteren Punkt ansprechen. Im Zusammenhang mit der Debatte, die wir gleich noch führen werden - Stichwort: Gebäudewirtschaft -, läge ja sowieso eine Diskussion über die Frage nahe - das sollte man einmal im kleinen Kreis besprechen -, ob wir nicht einen anderen Zuschnitt der Dezernate brauchen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir es wie München machen und sagen: Wir haben ein Baudezernat, in dem alles organisiert wird, was von der Stadt Köln selbst gebaut wird, und wir haben ein Stadtentwicklungsdezernat. - Wo die Liegenschaft angeordnet werden soll, ist dann eine ganz spezielle Diskussion. Da brauchen wir viel Gehirnschmalz von vielen Leuten.

Meine Damen und Herren, diese Diskussion wird aber überhaupt nicht geführt. Wir machen einfach alles weiter wie bisher. Das halte ich für ein Trauerspiel. Ich bedaure sehr, dass man nicht einmal eine ernsthafte strategische Diskussion unter den Fraktionen über die Frage beginnt, wie man das entwickeln kann.

Das ist unsere Position dazu. Deswegen treten wir dafür ein, dass man diesen Spiegelstrich in den Ausschreibungstext aufnimmt. Ich habe den Eindruck, dass Sie das nicht wollen. Zumindest wir werden aber weiter über die Wohnungspolitik diskutieren und werden schauen, ob derjenige, den wir dann bekommen, Ahnung von Wohnungspolitik hat. Ich glaube, das wird Sie nicht groß interessieren. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Von unserer Seite möchte ich ganz kurz anmerken, dass wir den Antrag der LINKEN und der SPD nicht unterstützen werden. Wir sind der Auffassung, dass sich eine Stellenausschreibung nicht dazu eignet, den Wahlkampf zu verlängern

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und zu betonen, man sei die Partei, die sich vermeintlich für den Wohnungsbau und die kleinen Leute einsetzt.

Wer das Rubrum der Stellenausschreibung gelesen hat, hat darin auch gelesen, dass die Stadt Köln natürlich eine wachsende Stadt ist. Das impliziert in der Tat Wohnfläche. Wer das Rubrum gelesen hat, weiß auch, dass es bei der Stelle auch um planerische Stadtentwicklung und eben nicht nur um Wohnungen geht.

Wir begrüßen - lassen Sie mich diesen Satz noch sagen - auch den Änderungsvorschlag, den Herr Petelkau gerade vorgetragen hat, weil wir ebenfalls der Meinung sind, dass wir hier nicht von vornherein das Raster zu eng halten sollten, sondern ergebnisoffen in die Ausschreibung gehen sollten. Deswegen machen wir da auch mit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ich habe eine Frage zu dem Wortbeitrag von Herrn Petelkau. Uns ist nicht ganz klar, ob das jetzt ein Antrag von Herrn Petelkau war.

Und wenn das ein Antrag war, wäre es vielleicht gut, wenn Herr Stadtdirektor Keller noch einmal erläutern könnte, aus welchem Grund dieser Spiegelstrich in die Ausschreibung aufgenommen wurde und welche Konsequenzen es möglicherweise hat, wenn wir ihn streichen. Sie haben das ja sicherlich nicht völlig ohne Grund hineingeschrieben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann möchte ich Ihnen noch einmal die Situation der Verwaltung darstellen. Sie wissen ja, dass eine Ihrer vornehmsten Aufgaben ist, die Dezernate zuzuschneiden. Ich habe Ihnen heute einen Vorschlag gemacht, den Sie auch mit aller Kreativität ausfüllen können und sollten. Ich glaube, es wäre schwierig, und ich glaube, es würde auch nicht angenommen werden - und dafür habe ich sogar Verständnis -, wenn ich Ihnen vorschlagen würde, wie ich mir das vorstellen würde und welchen Kollegen ich mir da vorstellen würde. Deswegen ist die Stellenbeschreibung - bis auf den Teil mit den „Kölner Perspektiven 2030“ und der Fokussierung auf die Aufgaben der Gebäudewirtschaft - identisch mit dem Text, der damals zur Auswahl von Herrn Höing geführt hat. Mit dieser einen Ausnahme hat sich an dem Text tatsächlich nichts geändert.

Ich lasse jetzt abstimmen, und zwar zunächst - -

(Zuruf von der SPD: War das denn jetzt ein CDU-Änderungsantrag?)

- Ich habe das als Änderungsantrag aufgenommen. Insofern habe ich jetzt zwei Änderungsanträge vorliegen: den der SPD und der LINKEN und den der CDU.

(Zuruf von Michael Frenzel [SPD])

- Bitte äußern Sie sich so, dass ich Sie verstehen kann.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich hatte noch eine Frage bezüglich der rechtlichen Auswirkungen der von Herrn Petelkau beantragten Streichung gestellt. Das heißt: Welche Bedeutung wurde diesem Satz in der ursprünglichen Stellenausschreibung zugemessen, und kann er ohne Weiteres entfallen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Keller.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Frenzel, rechtlich hat das keine Auswirkungen. Es wird nur der Effekt erzielt, dass der Bewerberkreis weiter geöffnet wird, wenn wir auf die Große Staatsprüfung an dieser Stelle verzichten. Es gibt genügend Ingenieure und Architekten, die diese zweite Staatsprüfung nicht absolviert haben und trotzdem in kommunalen oder auch bauindustriellen Führungsämtern sind und diese Aufgabe erledigen können.

Wie Frau Oberbürgermeisterin Ihnen gerade erläutert hat, legen wir auf Verwaltungsseite unserer Vorlage zugrunde, dass die Ausschreibung und das Besetzungsverfahren ein Recht des Rates sind. Daher haben wir sozusagen eins zu eins das übernommen, was 2012 von diesem Rat bei der Ausschreibung festgelegt worden ist, die dann zur Auswahl von Herrn Höing geführt hat - wohl wissend, dass das von Ihnen an dieser Stelle verändert werden kann.

Noch einmal: Rechtliche Konsequenzen hat es nicht. Man erschließt nur ein breiteres Bewerberpotenzial.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Mir liegen - ich will es noch einmal sagen - zwei Änderungsanträge vor: ein Änderungsantrag von SPD und LINKEN und ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Über diese beiden Anträge lasse ich jetzt nacheinander abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag von SPD und LINKEN zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Piraten und DIE LINKE. Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln und die AfD. Was macht die Ratsgruppe GUT? - Sie enthält sich. Dann ist das bei einer Enthaltung abgelehnt.

Ich rufe jetzt den zweiten Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf und frage nach Gegenstimmen. - Die SPD-Fraktion stimmt dagegen, und die LINKEN stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich noch über die ursprüngliche Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr dafür, dass wir die Ausschreibung jetzt auf den Weg bringen können, weil wir es ja alle wichtig finden, dass es auch sehr bald weitergeht.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:

In der Anlage zur Verwaltungsvorlage (Entwurf Ausschreibungstext) ist als weiterer Spiegelstrich auf Seite 2 einzufügen:

- *Besondere Erfahrungen und Kenntnisse bei der Planung und Realisierung von Wohnungsbau und auf dem Gebiet des Schulbaus in einer wachsenden Stadt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Gruppe GUT) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß mündlich vorgetragenem Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Folgende Voraussetzung wird aus dem Anforderungsprofil gestrichen:

"Befähigung zum höheren bautechnischen Verwaltungsdienst (Große Staatsprüfung)"

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

III. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

Der Rat beschließt mit der Maßgabe folgender Änderung:

> *Folgende Voraussetzung wird aus dem Anforderungsprofil gestrichen:*
>
> *"Befähigung zum höheren bautechnischen Verwaltungsdienst (Große Staatsprüfung)"*

gemäß § 71 GO NRW die Stelle der/des Beigeordneten Dezernat VI – Stadtentwicklung, Planen und Bauen auszuschreiben und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der dafür notwendigen Schritte einschließlich der Beauftragung eines Personalberatungsunternehmens.

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises vor.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.38 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke
2041/2017/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Peter Kron.

Peter Kron (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei all den Problemen, die wir heute Abend wieder wälzen, wollte ich Ihnen eigentlich eine fröhliche Mitteilung aus Müngersdorf bringen. Das klappt aber nicht. Der FC liegt 1 : 0 zurück. Es wird also nicht besser.

Jetzt zur Mülheimer Brücke: Wir hatten die Vorlage ja bereits im Finanzausschuss diskutiert und auch Fragen gestellt. Ich hatte die Auffassung meiner Fraktion dort auch schon mitgeteilt. Deshalb werde ich hier nur noch einmal kurz die wichtigsten Punkte nennen.

Wir haben es nicht zum ersten Mal bei einem Projekt mit Kostensteigerungen zu tun. Allerdings ist die Kostensteigerung hier doch gewaltig. Wir kommen auf 189 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um immerhin 71 Millionen Euro.

Dazu kam noch eine Erhöhung der Kosten nach der Submission gegenüber dem Leistungsverzeichnis um 23,9 Millionen Euro. Bei 470 Bieterfragen, die gestellt worden sind, könnte man doch auf die Idee kommen, dass eine unzureichende Planung vorliegt, weil in dem Verfahren und in dem gesamten Ablauf ja große Probleme entstanden sind. Dass das kein einfaches Bauwerk ist, ist allen bekannt; das ist richtig. Jetzt gab es also noch einen Kostenrisikozuschlag auf das submittierte Ausschreibungsergebnis in Höhe von 15 Prozent - von der Höhe her auch unüblich. Das sind nämlich noch einmal 24 Millionen Euro. Bekannterweise dürfte es nach dem Angebot ja gar kein Risiko mehr geben, weil die Risiken, die im Baubeschluss benannt worden sind, darin bereits berücksichtigt sind und der potenzielle Auftragnehmer natürlich seine Mindestmarge kennt.

Ich will noch kurz die drei Punkte erwähnen, die uns beim Studium der Vorlage Bauchschmerzen gemacht hat. Das sind die externen Stellenzusetzungen, die Rolle des Vergabeamtes - es hatte in diesem Fall ja gar keine Rolle, wie uns aufgefallen ist - und die Tatsache, dass immer noch ein Verfahren anhängig ist; denn der Mindestbietende, der aus dem Verfahren ausgeschlossen worden war, hat eine Vergabebeschwerde eingereicht.

Im Finanzausschuss habe ich dann noch einmal drei Fragen zum Verfahren gestellt, die zuerst von der Frau Dezernentin mündlich - noch einmal vielen Dank dafür - und jetzt auch schriftlich beantwortet wurden.

Eine Frage war, wie viele Bieterfragen es gab. Die Zahl habe ich gerade schon genannt: 470. Allerdings hatte ich die mündliche Antwort so verstanden, dass die Fragen ausschließlich Probleme in vergaberechtlicher Sicht betrafen. Jetzt lese ich aber, dass es auch technische Fragen und allgemeine Verständnisfragen waren. Das hat uns erstaunt.

Eine andere Frage war, ob es in der Verwaltung unterschiedliche Einschätzungen über die Tauglichkeit der Urkalkulationen gab. Sie sagen - ich verkürze es jetzt -, die Verwaltung spreche mit einer Stimme. Das ist zwar richtig; das steht ja quasi schon im Grundgesetz. Aber die Frage war: Gab es innerhalb der Verwaltung unterschiedliche Einschätzungen bezüglich der Tauglichkeit der Urkalkulationen?

Diese gesamte Problemlage, die ich gerade geschildert habe, führt uns dazu, dass wir der Vorlage nicht zustimmen können - wobei ich noch einmal ganz besonders deutlich machen möchte: Selbstverständlich ist es aus verkehrlicher Sicht nötig, dass die Brücke saniert wird. Das ist ja völlig klar. Die Verbindung zum Rechtsrheinischen soll doch nicht abreißen. Wir sind also natürlich für die Sanierung der Brücke.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Dann muss man auch dafürstimmen! Wenn man das ablehnt, wird sie nicht gebaut!)

- Es ist ja nicht gelungen, Klärungen herbeizuführen und eine Verschiebung zu erreichen. - Daher ist unsere Auffassung, als SPD-Fraktion der Vorlage nicht zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nicht nur die Verwaltung spricht mit einer Stimme, meine Damen und Herren.

Ich habe jetzt keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Ist das richtig? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Ich habe auch keinen Änderungsantrag vorliegen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Die lehnen einfach platt ab!)

Ich lasse also über die Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO und § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke“ in Höhe von 71,83 Mio. € auf neu 188,14 Mio. € zur Kenntnis.*

   Hierin enthalten ist ein Risikozuschlag in Höhe von 15 % (24,54 Mio. €) der Bruttogesamtkosten der Maßnahme. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget (163,6 Mio. Euro) ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Etwaige Risiken, die sich aus dem Baugeschehen heraus ergeben, werden entsprechend der Beschlussfassung zur Vorlage 1105/2016 somit nach wie vor mit einem max. Risikozuschlag in Höhe von 15% der Bruttogesamtprojektkosten der Maßnahme angesetzt. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung in den politischen Gremien verfügen.

   Die Kosten für Rekultivierung und Wiederherstellung werden entsprechend dem Beschluss zur Vorlage 1105/2016 unverändert mit 5,71 Mio. € beziffert. Die Kosten für die Planung, Beratung und Serviceleistungen werden mit 12,50 Mio. € bewertet. Dies entspricht einer Summe von 18,21 Mio. € und schließt dabei weitere planerische Bedarfe, auch im Zuge der Bauausführung, mit ein.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Hauptbauleistungen an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot und genehmigt hierfür Gesamtbaukosten in Höhe von maximal 138,62 Mio. €.*

3. *Der Rat stimmt zu, dass die Verwaltung das Projekt der „Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke“ in Form der in der Anlage zur Beschlussvorlage dargestellten Projektstruktur durchführt. Gleichzeitig richtet die Verwaltung wegen der stadtweiten Bedeutung der Maßnahme unter der Federführung des Dezernates für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur ein Lenkungsgremium ein, das mit entscheidungsbefugten Personen der mitwirkenden Dezernate/Fachämter besetzt ist und die kosten- und termintreue Umsetzung des Projektes unterstützt.*

4. *Der Rat stimmt weiterhin zu, dass dem federführenden Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau – abweichend von der Kölner Vergabeordnung – für die Durchführung der Baumaßnahme die Kompetenzen der vollumfänglichen Nachtragsbearbeitung (einschl. Verhandlung) sowie der verantwortlichen Durchführung von noch nicht vor der Beschlussfassung eingeleiteten Vergabeverfahren nach VOB, VOL bzw. VgV unter Beachtung der einschlägigen stadtinternen Compliance-Vorgaben und Zuständigkeiten des Rechnungsprüfungsamtes übertragen werden.*

5. *Der Rat erkennt aufgrund mangelnder Personalressourcen und zur Sicherstellung der bauherrnseitigen Aufgaben, den Bedarf für die externe Bereitstellung von Leistungen für die technische Bauüberwachung, Planmanagement, Projektsteuerung und Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 6,78 Mio. € (brutto) an und beauftragt die Verwaltung die zuvor genannten Leistungen an fachkundige und leistungsfähige externe Anbieter zu vergeben.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Hoyer verlässt die Sitzung endgültig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.39 Maßnahmenpaket zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft 2912/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1416/2017

Vor Eintritt in die Beratung möchte ich zu heutigen Presseberichten Stellung nehmen. In Köln gibt es ja eine seit Jahren, vielleicht seit Jahrzehnten geübte Praxis, dass über Anmietungen im Bereich der Liegenschaften nicht durch den Liegenschaftsausschuss entschieden wird. Diese geübte Praxis wurde auch für Anmietungen im Bereich der Gebäudewirtschaft übernommen.

Es ist zutreffend - das wissen Sie -, dass zum 1. Januar 2015 die Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft geändert wurde. Strittig ist, ob damit eine neue Rechtslage geschaffen wurde. Unabhängig davon wurde aber vor kurzem auf Empfehlung des Stadtdirektors die Praxis an die Änderung der Betriebssatzung angeglichen. Jetzt wird so verfahren, wie es die Betriebssatzung vorsieht - unabhängig davon, ob sie auch de jure eine neue Lage geschaffen hat.

Vor diesem Hintergrund werden wir auch die Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln mit Blick auf den Liegenschaftsausschuss prüfen. - Das wollte ich Ihnen vorab zu diesem Themenkomplex Gebäudewirtschaft mitteilen.

Ich gebe zu diesem Tagesordnungspunkt als erster Rednerin Frau Halberstadt-Kausch das Wort.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Über das Ziel sind wir uns, denke ich, einig: Es muss schneller und effizienter gebaut werden. Die Analyse der derzeitigen Misere zeigt ja eindeutig die Problemlage: Es gibt zu wenig technisches Personal. Zurzeit sind rund 180 Stellen unbesetzt. Und an einer Reihe von Schnittstellen - mit der Bauaufsicht, dem Vergabeamt, dem Rechnungsprüfungsamt und dem Personalamt, um einmal einige zu nennen - gibt es Reibungsverluste, die die Bauprozesse massiv verlangsamen und die aufgearbeitet werden müssen.

Heute wurden dann in der Presse weitere Fragen aufgeworfen. Laut Presse ist ja seit Jahren gegen Vorschriften verstoßen worden. Bemerkenswert fand ich, dass diese Mitteilung zufälligerweise heute in der Presse war, also an dem Tag, an dem wir hier über eine Aufweitung der Betriebsleitung reden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Aber nun zur Vorlage: Einige Punkte - zum Beispiel den Aufbau von Projektstrukturen zur Abwicklung der Baumaßnahmen, die Schaffung von höher dotierten Gehaltsgruppierungen, die Einführung neuer Entwicklungsperspektiven für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Aufbau eines Sachgebiets Technisches Gebäudemanagement durch einen Facility-Management-Dienstleister - unterstützen wir ausdrücklich.

Nun in einem ersten Schritt vor allem eine erhebliche Ausweitung in der Führungsebene zu beschließen, halten wir allerdings für den völlig falschen Ansatz. Sie wollen die bisherige Leitungsebene von bisher zwei mal eben auf vier aufweiten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Von eins auf zwei!)

Es soll also viele Häuptlinge geben. Was wir dringend brauchen, sind aber die Indianer, die umsetzen, die Schulen bauen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Durch einen zweiten Geschäftsführer und einen Interimsmanager, also künftig eine Vierfachspitze, wird doch keine Schule schneller gebaut.

Vor allem der Plan eines externen Interimsmanagers auf Honorarbasis erschließt sich uns nicht. Und hier reden wir nicht von Peanuts, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sondern von schlappen round about 400 000 Euro im Jahr. In der Vorlage steht ja:

> für einen Zeitraum von bis zu 3 Jahren mit einer Auftragssumme von bis zu 250 000 Euro netto p. a.

Das erschließt sich uns wirklich nicht. Eine Verwaltung hat doch den ureigenen Auftrag, ihre Prozesse zu definieren und sich zu organisieren.

Herr Dr. Keller, Sie haben angeführt, dass sich der Interimsmanager unter anderem und vor allem auch um die problematischen Schnittstellen mit den verschiedenen Ämtern und Dezernaten kümmern soll, um Engpässe aufzulösen. Sie nennen das: Prozesse verschlanken.

In der Einschätzung, dass das nötig ist, stimmen wir Ihnen zu. Aber es ist doch die Aufgabe der Dezernenten - zum Beispiel für Bauen und für Personal, um einmal eine gravierende Schnittstelle zu nennen -, hier zusammenzuwirken und dies gemeinsam mit den ihnen unterstehenden Ämtern umzusetzen.

Wenn der neue Dezernent oder die neue Dezernentin für Planen und Bauen dann möglicherweise eine externe Beratung - ich betone: Beratung - für nötig erachtet, um einen Blick von außen zu bekommen, mag das ja sinnvoll sein. Aber hier soll ein hoch dotierter Externer in die Verwaltung hineinwirken. Da sind die Konflikte doch vorprogrammiert. Das Tagesgeschäft muss weiterlaufen, während es gleichzeitig von einem Externen umstrukturiert wird. Wie sollen da reibungslose Abläufe zwischen der künftig zweigeteilten Geschäftsführung, dem Interimsmanager und dem ersten Betriebsleiter möglich sein? Hier werden doch ohne Not neue Schnittstellen geschaffen.

Herr Dr. Keller, das ist eine eigenwillige Form von Verschlanken. Wir nennen das Aufblähen, und zwar an der Spitze.

(Beifall bei der SPD)

Was die Personalakquise betrifft, stimmen wir den aufgeführten Vorschlägen zu. Die Stadt muss hier sowohl im Vergleich zu anderen öffentlichen Arbeitgebern als auch im Vergleich zur Wirtschaft ein attraktiverer Arbeitgeber werden.

Auch die Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten für die derzeitigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist zu begrüßen. Diese Aufstiegsmöglichkeiten müssen unseres Erachtens aber sehr viel zügiger umgesetzt werden, damit die Balance im Gehaltsgefüge zwischen den neu Eingestellten und dem bisherigen Personal, das unter schwierigen Rahmenbedingungen durchaus gute Arbeit leistet, gewahrt wird. Denn ein erfolgreiches Change Management wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen. Sie müssen im Prozess mitgenommen und vor allem motiviert werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Unser Fazit lautet: Einer Reihe von Punkten in der Vorlage können wir durchaus zustimmen; ich habe sie eben genannt. Aber dem wesentlichen Punkt, nämlich der Aufblähung der Spitze durch einen zweiten Geschäftsführer und vor allem durch einen externen Interimsmanager, können wir absolut nicht zustimmen. Deshalb müssen wir die Vorlage ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Henk-Hollstein hat das Wort.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Analyse - da war dieses Wort gerade wieder, liebe Frau Kollegin Halberstadt-Kausch. Das Wort „Analyse“ begleitet uns im Zusammenhang mit der Gebäudewirtschaft seit Oktober 2011.

(Ulrich Breite [FDP]: Länger! Länger!)

- Länger? Das kann ich nicht so ganz beurteilen.

(Ulrich Breite [FDP]: Ich aber!)

- Okay. - Damals, im Oktober 2011, hieß der Beschluss von SPD und Grünen: Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft unter Einbeziehung externen Sachverstands.

Es hat dann zwei Jahre gedauert, bis das Ergebnis vorlag, nämlich im Dezember 2013. Kern dieser Mitteilung war die Modifizierung des bisherigen Systems und die Änderung der Betriebssatzung.

Danach passierte erst einmal gar nichts. Und dann gab es eine Rechnungsprüfungsanalyse, die, ehrlich gesagt, ein paar ganz knackige Feststellungen mit sich brachte, die man sich vielleicht auch noch einmal angucken sollte. Diese Analyse stammt aus dem August 2015. Darin wird unter anderem sehr deutlich darauf hingewiesen, dass das Personal zwingend in ausreichender Stärke bereitzustellen ist und die Gebäudewirtschaft mit ausreichend Personal auszustatten ist.

Auf einen CDU-Antrag hin gab es dann eine weitere Stellungnahme der Verwaltung vom 1. Februar 2016. Aus diesem Schreiben der Verwaltung vom 1. Februar 2016 mit dem Obertitel „Zuständigkeit für Personal und Organisation“ darf ich hier einmal zitieren:

> Geändert wurden lediglich die Betriebssatzung und das Finanzierungsmodell.

Hört! Hört! Nur das ist in dieser Zeit erfolgt.

Eine umfassende Betrachtung und Weiterentwicklung bzw. Optimierung der innerbetrieblich vorhandenen Geschäftsprozesse erfolgte dagegen nicht.

Wir sind immerhin vier Jahre weiter. Sprich: Die Umsetzung der Ergebnisse der sogenannten Organisationsanalyse ist krachend gescheitert; sie ist überhaupt nicht erfolgt.

Das führte zu einer weiteren Schwächung der Gebäudewirtschaft; Mitarbeiter sind in andere Fachdienststellen abgewandert und, und, und.

Unsere stetigen Bemühungen im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft sind vergeblich gewesen. Irgendjemand hat mir heute Nachmittag gesagt: Du hast in den letzten drei Jahren mindestens sechs bis acht Mal nachgefragt, wie weit man denn mit der Umsetzung der Organisationsanalyse ist. - Wir haben immer wieder Freigaben von Personalstellen, Forderungen nach Höhergruppierungen und, und, und angesprochen. Alles das ist ausgesessen worden, und zwar - ich möchte das an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich sagen - vom damaligen Stadtdirektor Guido Kahlen. Fünf Jahre Stillstand!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wo sind wir heute? Wir drücken auf den Reset-Knopf, und zwar sechs Jahre später. Ich möchte an dieser Stelle der Verwaltung, und zwar wieder dem Stadtdirektor - jetzt heißt er Keller -, Frau Blome und seiner Unterstützung dafür danken, dass er innerhalb weniger Wochen oder Monate einen neuen Prozess aufgesetzt hat.

Er hat nicht wieder nur eine Analyse durchgeführt, sondern uns eine Verwaltungsvorlage vorgelegt, die zehn Maßnahmen vorsieht. Fünf davon fangen am kommenden Montag an. Vier weitere beginnen am 1. Januar 2018. Die zehnte Maßnahme ist im dauernden Prozess.

Es wird also kein Prozess von wenigen Wochen sein. Auch das wird uns längere Zeit begleiten. Wir werden es stetig evaluieren.

Mit Sicherheit werden wir einen stetigen Blick darauf haben, Herr Dr. Keller. Das kündige ich schon an. Ich werde mich nicht mehr so abspeisen lassen wie in den fünf Jahren davor.

Zum Schluss möchte ich Ihnen allen gerne noch mitgeben, dass wir die Mitarbeiter mitnehmen müssen und wollen. Das ist ausdrücklich unser Wunsch. Die Hetze, die in den letzten Wochen und Monaten oder eigentlich schon Jahren gegen die Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft vonstattengeht, ist so nicht haltbar und nicht mehr tragbar. Dann finden wir überhaupt keinen Mitarbeiter mehr, der gewillt ist, dort zu arbeiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der *Kölner Stadt-Anzeiger* veröffentlicht zurzeit eine Serie über die Misere im Schulbau. Entsprechend gibt es seitenweise Leserbriefe über die zum Teil katastrophalen Zustände. Leider schreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger,* eine der Ursachen seien die leeren Kassen. Die Leserbriefe fallen entsprechend aus. Es heißt dann: Für die Oper haben sie Geld, und für die Schulen tun sie nichts.

Ich möchte das hier einmal ausdrücklich klarstellen. Alle Fraktionen im Rat haben in den letzten mehr als zehn Jahren immer ausreichend Geld für Schulen bereitgestellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Es hat nie an der Politik und den hier gefassten Beschlüssen gelegen. Es hat ausschließlich daran gelegen, dass die Gebäudewirtschaft in all den 13 Jahren, die ich jetzt dem Ausschuss angehöre, immer unterbesetzt war und dieses Geld nicht verarbeiten konnte.

Und die CDU hat völlig recht: Es lag am damaligen Organisations- und Personaldezernenten, der in der ganzen Zeit nicht in der Lage war, diese Zustände, die die Leute frustriert haben und ihnen keine Aufstiegschancen gegeben haben, zu ändern.

Heute haben wir glücklicherweise eine Vorlage vorliegen, die endlich auch FH-Ingenieuren die Chance gibt, in die Entgeltgruppen 13 und 14 aufzusteigen.

Leider haben wir gerade im letzten Jahr besonders viele wichtige Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft verloren, weil sie keine Aufstiegschancen mehr gesehen haben und weil sie durch das Organisationschaos, durch die Engstellen im Vergabeamt usw. frustriert waren.

Dieser Verlust ist schwer auszugleichen. Die Gebäudewirtschaft versucht jetzt, durch Kooperation mit der TH Köln und vielen anderen Maßnahmen neues Personal zu gewinnen. Aber jeder weiß: Dieses Personal muss eingearbeitet werden, und das Personal, das verloren ist, ist verloren.

Wir werden lange unter diesen Missständen, die wir in den letzten Jahren hatten, leiden müssen. Da kann man der Kölner Bevölkerung auch keine Versprechungen machen. Es wird länger dauern, bis wir diese Missstände im Schulbau aufgeholt haben.

Frau Halberstadt-Kausch, Sie haben von einer aufgeblähten geschäftsführenden Betriebsleitung gesprochen. Es sind keine vier Leute. Die Verwaltung schlägt nur vor, einen zweiten geschäftsführenden Betriebsleiter einzuführen. Ich möchte daran erinnern, dass die GAG, die kleiner als die Gebäudewirtschaft ist, auch zwei, zeitweise sogar drei Vorstände gehabt hat. Wenn die Gebäudewirtschaft künftig einen kaufmännischen und einen technischen Betriebsleiter hat, ist das sehr angemessen, finde ich. Der erste Betriebsleiter ist ja der künftige Dezernent, der nicht in das tägliche Geschäft eingebunden ist, sondern nur formal erster Betriebsleiter ist.

Zu dem Interimsmanager: Wir müssen leider auf externen Sachverstand zurückgreifen. Herr Kahlen hat das bewiesen. Die Verwaltung war nicht in der Lage, diesen Laden umzuorganisieren. Deswegen brauchen wir leider für zwei oder drei Jahre Hilfe von außen, um die Gebäudewirtschaft umzuorganisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf den Änderungsantrag der LINKEN eingehen. Ihr wollt, dass mit dem Personalrat jetzt schon eine Vereinbarung geschlossen wird, obwohl die Untersuchung, was in der Gebäudewirtschaft geändert werden soll, jetzt erst beginnen soll. Das ist ja genau die Aufgabe dieses Interimsmanagers. Jetzt eine Vereinbarung über die Ergebnisse abzuschließen, wäre doch reiner Irrsinn. Deswegen müssen wir euren Antrag natürlich ablehnen.

Des Weiteren geht es in eurem Antrag um die Frage, ob man extern oder intern ausschreibt. Ihr wisst genau, dass sich jeder in der Verwaltung auch auf externe Stellen bewerben kann. Daher ist das Semantik. Das muss man nicht extra beschließen. Jeder kann sich darauf bewerben.

Aber wir wollen ja gerade externen Sachverstand gewinnen. Wir wollen doch zusätzliche Leute von außen bekommen. Es nutzt uns nichts, Leute in der Gebäudewirtschaft nur zu befördern; denn wir brauchen zusätzliches Personal von außen. Wir haben mittlerweile den Tiefpunkt erreicht: 120 unbesetzte Stellen. Dann muss man wirklich Zeichen nach außen setzen, damit Leute bereit sind, bei der Gebäudewirtschaft anzufangen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich bin deshalb sehr dankbar für diese Vorlage, die uns zumindest ein bisschen Hoffnung gibt, dass es jetzt wieder bergauf gehen kann.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu Herrn Frenzel sagen. Sie haben eben wieder die Mär in die Welt gesetzt, Schwarz-Grün verhindere den Schulbau. Hier sprechen Sie das Grundstück an der Herbesthaler Straße an, das die Verwaltung damals vorgeschlagen hat. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie eben unter Punkt 10.32 die Inbetriebnahme dieser Schule zum nächsten Schuljahr beschlossen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hätten wir damals die Herbesthaler Straße genommen, wäre diese Schule mit Sicherheit nicht nächstes Jahr in Betrieb gegangen, weil das Gelände im Landschaftsschutzgebiet liegt. Dann hätte man erst einmal den Beirat befragen müssen, Befreiung beantragen müssen usw. Schneller, als im nächsten Jahr diese Schule als Interim starten zu lassen, wäre es auf keinen Fall gegangen. Daher sollten Sie endlich einmal mit diesem Blödsinn aufhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie haben sicherlich heute den Zeitungsartikel zur Gebäudewirtschaft gelesen.

Ich frage Sie: Können wir das Vertrauen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft wiedergewinnen, wenn deren Betriebsleitung aus den Reihen der Stadtspitze ans Messer geliefert wird? - Nein, mit Sicherheit nicht.

Positive Kommunikation ist meines Erachtens etwas anderes als das, was gerade stattfindet. Die Mitglieder der Stadtspitze haben eine Fürsorgepflicht gegenüber allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und zwar auch und gerade dann, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - und dazu gehört auch die Betriebsleiterin - Fehler machen.

Einzelne Mitarbeiter öffentlich an den Pranger zu stellen - so darf der Umgang innerhalb der Verwaltung nicht aussehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir erwarten von Ihnen, Herr Dr. Keller, als Stadtdirektor: Sorgen Sie dafür, dass ein derartiger Umgang mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung sich nicht wiederholt.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Zu den Inhalten der Vorwürfe: Die Stadtverwaltung muss sich an die bestehenden Richtlinien halten. Das ist gar nicht die Frage. Es geht nicht an, dass einzelne Ämter oder Abteilungen versuchen, sich der Kontrolle des Rates und der Ausschüsse zu entziehen. Wir erwarten, dass die zuständigen Ausschüsse schnellstmöglich - und vor der Presse - über diese Vorgänge unterrichtet werden.

Meine Damen und Herren, vor eineinhalb Jahren wollte Jamaika aus der Gebäudewirtschaft eine GmbH machen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Völliger Unfug!)

Das ist Ihnen nicht gelungen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollten es ja auch nie! Dann kann es auch nicht gelingen! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Niemand wollte eine Mauer!)

Damit haben Sie aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Prozess der letzten eineinhalb Jahre ziemlich verunsichert.

Zu der damaligen Ratssitzung Anfang Februar 2016 schrieb der Personalrat an alle Fraktionen - ich zitiere -:

> Eine Verbesserung der prekären personellen Situation ist eine wesentliche Voraussetzung, um die zahlreichen Aufgaben zu bewältigen und die Überlastung der Beschäftigten zu reduzieren. Wir weisen aber darauf hin, dass die anderen technischen Ämter des Dezernats ebenfalls Vakanzen und Personalbedarfe haben. Ein wesentliches Problem ist die Personalgewinnung und -erhaltung von Technikern und Ingenieuren und die Fluktuation.

So weit der Brief vom Personalrat.

Meine Damen und Herren, ich habe in der damaligen Sitzung den damaligen Stadtdirektor scharf dafür kritisiert, dass er die Vorschläge der Gebäudewirtschaft zur Organisationsstruktur vom August 2015 nicht berücksichtigt hat und damals noch nicht einmal dazu Stellung genommen hat.

Wir brauchten und brauchen eine Durchlässigkeit in der Eingruppierung bei der Gebäudewirtschaft - das ist das, was Motivation schafft - und keine Destruktion.

Auch der neue Stadtdirektor hat sich zu den 2015er-Vorschlägen bisher nicht positioniert. Deshalb fordern wir in unserem Änderungsantrag, dass sie geprüft werden. Wir fordern also nicht, dass sie beschlossen werden, Herr Brust, sondern, dass sie geprüft werden. Das ist ein Mindestmaß an Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wir sind bereit, an der Stärkung der Gebäudewirtschaft mitzuwirken. Deshalb haben wir unseren kurzen Änderungsantrag gestellt, der es aber in sich hat. Wir fordern eine andere Umgangsform. Wir wollen, dass man auf die Kolleginnen und Kollegen zugeht und sie nicht vor den Kopf stößt. Deshalb bestehen wir darauf, interne Bewerbungen auf die EG-13- und EG-14-Stellen zuzulassen.

Meine Damen und Herren, das ist der Kern unseres Antrags. Dass die Prozessbeobachtung zusammen mit dem Personalrat jetzt anläuft, steht sogar in der Begründung der Vorlage, Kollege Brust. Diese Prozessbeobachtung mit dem Personalrat haben wir aufgegriffen und gesagt: In diesem Zusammenhang soll über die Optimierung diskutiert werden, und in diesem Zusammenhang soll über die EG-13- und EG-14-Stellen diskutiert werden.

Wenn Sie uns für die Abstimmung nicht brauchen, können Sie unseren Antrag ja einfach niederstimmen. Es war ein relativ einfaches Angebot, mit Ihnen zu stimmen. Wenn Sie das nicht wollen, können wir der Vorlage so natürlich nicht zustimmen. Schließlich handelt es sich dabei um eine Kernkompetenz und eine Kernaufgabe. Uns geht es darum, einen Beitrag zum Betriebsfrie-

den zu leisten. Wir sind in engem Kontakt mit dem Personalrat. Wir diskutieren schon seit mehreren Jahren darüber. Das ist unser Ansatz. Mehr verlangen wir gar nicht.

Die von der SPD vorgetragene Kritik bezüglich des Verantwortlichen ganz oben halten wir für unpassend. Das Problem ist ja, dass wir ohne jede Frage im mittleren Managementbereich der Gebäudewirtschaft gute Leute brauchen. - Das ist unsere Position.

Wir haben - um das auch ganz klar zu sagen - an der Vorlage Kritik. Die Vorlage enthält ja zwei Teile, den Beschlussteil und den Begründungsteil.

Erstens. Herr Dr. Keller, in der Begründung schreiben Sie, von einem GmbH-Modell werde „vorerst“ abgesehen. Das finden wir natürlich nicht gut. Wahrscheinlich haben Sie es für die FDP hineingeschrieben, damit sie bei der Stange bleibt. Das GmbH-Modell ist erst einmal vom Tisch. Das ist gar nicht die Frage. Aber das Wort „vorerst“ stört uns natürlich.

Zweitens. In der Begründung - ich komme zum Schluss - schreiben Sie auch, das TU-/GU-15-Schulbaumaßnahmenpaket solle fortgeführt werden. Das sehen wir ganz anders. Es muss natürlich hier vorgelegt werden; gar keine Frage. Aber diese Strategie halten wir für falsch, weil dadurch das regionale Handwerk mehr oder weniger ausgegrenzt wird.

Insofern werden wir den weiteren Prozess der Gebäudewirtschaft kritisch und konstruktiv verfolgen - zum Wohle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch zum Wohle der Kölnerinnen und Kölner, die gute Schulen und gute öffentliche Gebäude brauchen. - Ich bedanke mich für Ihre Geduld und für die zusätzliche Redezeit, die ich bekommen habe. Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Detjen, ich bin ja froh, dass die FDP dieser Vorlage zustimmt, damit das schwarz-grüne Kooperationsbündnis nicht noch in Versuchung kommt, Ihren Dingen zuzustimmen. Wir stimmen dieser Vorlage so zu, wie sie hier vorliegt; denn sie ist richtig und gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Kommen Sie mir hier nicht immer mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wenn das, was Sie sagen, nämlich stimmen würde, ginge es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei den StEB ganz schlecht. Fragen Sie einmal den Betriebsrat. Den Leuten bei den StEB geht es gut, weil wir dort eine Organisationsform gefunden haben, in der sie sich entwickeln können. Die Anstalt öffentlichen Rechts haben wir damals eingeführt. Sie war richtig. Das Unternehmen, ein öffentliches Unternehmen, steht hervorragend da.

DIE LINKE versucht hier unter Hinweis auf das GmbH-Modell, das schlechtzumachen, was wir mit den StEB gemacht haben - als ob es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dort schlecht gehen würde, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist nicht wahr. Das war eine richtige Entscheidung. Darum sollte man hier auch nicht mit diesen Unwahrheiten argumentieren, Herr Detjen; denn das stimmt einfach nicht.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine Verunglimpfung des Betriebsrates der StEB und der wichtigen Arbeit, die diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen. Sie sind glücklich, dass sie in den StEB sind.

(Zurufe von der LINKEN)

Sie sagen hier - das machen Sie ja gerne, weil Ihnen bestimmte Betriebsformen nicht recht sind -, wir wollten das in einer GmbH machen. Lesen Sie bitte in den Ratsprotokollen nach

(Zurufe von der LINKEN)

- ich hoffe, Sie können lesen -, dass ich immer gefordert habe, die Gebäudewirtschaft genauso wie die StEB in eine Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln. In dieser Form muss man das machen.

Es ist wirklich schön, dass wir jetzt ein Gesamtkonzept gefunden haben, dem wir auch gerne zustimmen. Während der Rede von Anna-Maria Henk-Hollstein hatte ich ja dazwischengerufen, dass ich diese Zustände noch viel länger kenne. Als ich 1999 hier angefangen habe und zusammen mit Ralph Sterck den Antrittsbesuch bei der Gebäudewirtschaft gemacht habe, hieß ihr Chef noch Walter Pfeil. Als ich ihn auf die damals

schon lange bestehende Situation an den Schulen angesprochen habe, war die Antwort: Wir geben den Eltern Farbeimer und Pinsel; dann können sie das gerne machen; wir schaffen es nicht.

Das war 1999 schon so. Darum müssen wir uns auch nicht über das wundern, was wir jetzt in der Serie des *Kölner Stadt-Anzeigers* lesen; denn da hat sich vieles nicht geändert.

Darum bin ich froh darüber, dass wir mit dem Konzept beginnen und auch erkennen, dass wir dafür externen Sachverstand benötigen. Das ist keine Aufblähung, meine Damen und Herren, sondern genau zeitlich befristet vorgesehen. Dafür bin ich dankbar. Wäre noch der Vorgänger im Amt, hätten wir jetzt bestimmt noch nicht diese Vorlage bekommen, sondern müssten weitere fünf Jahre warten. Seien wir froh, dass wir den Stadtdirektor Dr. Keller haben, der es in dieser Form umsetzt! - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Keller.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur zu drei Punkten noch einmal etwas sagen, weil ich in der Sondersitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft schon sehr ausführlich Fragen beantwortet habe, die insbesondere vonseiten der SPD gestellt worden waren. Das Protokoll liegt ja schon vor und ist als Anlage zur Vorlage mit hochgeladen worden.

Ich würde gerne noch einmal etwas zum Interimsmanager sagen, ich würde gerne noch einmal auf das Zusammenspiel der Ämter in der Vergangenheit eingehen, und ich würde gerne auch noch einige Sätze zu unserem Umgang mit den Mitarbeitern sagen.

Zum Interimsmanager: Der Sinn dieser externen Unterstützung besteht ja gerade darin - das hatten Sie ein bisschen umgedreht, Frau Halberstadt-Kausch -, das Tagesgeschäft frei von dem zu halten, was wir jetzt in den nächsten zwei, drei Jahren tun müssen. Wir müssen einen tief greifenden Reformprozess in dieser Organisationseinheit anleiern - natürlich nicht nur in dieser Organisationseinheit, sondern auch im Zusammenspiel mit anderen Ämtern; aber in erster Linie geht es einmal darum, die Prozesse in der Gebäudewirtschaft zu analysieren und zu verändern bzw. die Aufbauorganisation zu verändern.

Gleichzeitig müssen wir Vorsorge dafür treffen, dass sich die Gebäudewirtschaft in den nächsten zwei Jahren nicht nur mit sich selbst beschäftigt. Denn wir müssen das Tagesgeschäft erledigen. Das ist in diesem Haus heute mehrfach betont worden. Wir müssen beim Thema Schulbau besser werden. Wir müssen aber auch bei der Betreuung der Kulturbauten - beim Neubau, bei der Sanierung - besser werden. Das wollen wir ja künftig auch von dem zentralen Dienstleister Gebäudewirtschaft erledigen lassen.

Insofern müssen wir zwei Stränge bilden. Einerseits müssen wir im Tagesgeschäft besser und schlagkräftiger werden. Dazu dient die Ergänzung der Geschäftsführung durch einen kaufmännischen Geschäftsführer. Wie eben schon gesagt worden ist, ist ein Betrieb, der 500 Mitarbeiter hat - wenn wir alle vakanten Stellen besetzen könnten, wären es ja 600 -, mit einer Doppelspitze aus technischer und kaufmännischer Geschäftsführung mit Sicherheit nicht überausgestattet.

Was der Interimsmanager am Ende kosten wird, wird die Ausschreibung zeigen. Aber Sie sind es ja gewohnt, dass wir dann, wenn wir mit Bedarfen kommen, diese auch ungefähr beziffern. Wir halten das, was wir in die Vorlage geschrieben haben, zumindest für einen realistischen Ansatz, zu dem wir am Markt auch erfolgreich sein können. Wir müssen diese Tätigkeit ja jetzt ausschreiben und schauen, dass wir eine qualifizierte Person dafür finden.

Wenn ich Ihnen sage, dass die Gebäudewirtschaft selbst mir im Frühjahr dieses Jahres vorgeschlagen hat, externe Untersuchungen in Auftrag zu geben, und dafür ein Volumen von ungefähr 1 Million Euro netto veranschlagt hatte, dann sehen Sie, dass wir mit dieser Lösung sogar eigentlich noch günstiger wegkommen.

Wir haben uns in der Projektgruppe, die in den letzten Wochen gearbeitet hat, gesagt: Es macht mehr Sinn, jemanden als Projektmanager - Sie können ihn auch Projektmanager nennen, wenn Ihnen der Begriff des Interimsmanagers nicht gefällt - einzustellen, als jetzt noch einmal ein großes Beratungsunternehmen durch die Gebäudewirtschaft zu jagen, das uns dann vielleicht in einem Dreivierteljahr oder in einem Jahr ein dickes Papier auf den Tisch legt und sagt: Jetzt macht mal; jetzt guckt mal, wie ihr das umgesetzt bekommt.

Jemand, der richtig mitarbeitet, ist da der bessere Weg, glaube ich. Er ist mit Sicherheit auch nicht teurer als das, was ursprünglich einmal angedacht war.

Das Zusammenspiel der Ämter müssen wir verbessern. Ich sage ganz klar: Die bisherige Performance der Gebäudewirtschaft hat nicht nur Ursachen in dieser Einheit selbst, sondern auch in dem Zusammenspiel mit anderen - auch mit zentralen Funktionen, die in meinem Dezernat angesiedelt sind: Personal, Vergabe. Das haben wir erkannt.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. 2014 hat der damalige Oberbürgermeister eine Organisationsverfügung, eine sogenannte Rahmenverfügung, bezüglich eines engen Zusammenwirkens dieser Ämter erlassen. Sie basierte auch auf den Ratsbeschlüssen, die in den Jahren davor getroffen worden waren. Das war eine Rahmenverfügung. Es war verabredet, dass die Gebäudewirtschaft diesen Rahmen selbstständig ausfüllt. Was dann passierte, war, dass Vorschläge gemacht wurden, die den Rahmen gesprengt hätten, auf den man sich ein halbes Jahr vorher verständigt hatte.

Ich möchte da niemandem einen Vorwurf machen. Aber das zeigt ein bisschen, dass es da vielleicht an der Kommunikation zwischen Ämtern und zwischen Dezernaten gemangelt hat, dass man zu einem bestimmten Zeitpunkt auch einen gemeinsamen Weg verlassen hat, dass Kommunikationsstränge dann auf einmal im Nichts endeten.

Das haben wir nicht zuletzt mit der Projektgruppe, die die Oberbürgermeisterin jetzt eingesetzt hat, aufgebrochen. Deshalb ist diese Gruppe auch so besetzt, wie sie besetzt ist. Auf der Dezernentenebene sind alle beteiligten Dezernate dabei, und wir haben gerade auch aus den Zentralfunktionen Sachverstand mit herangeholt, um auch die in Teilen vorhandene Sprachlosigkeit zwischen Ämtern aufzubrechen und hier zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Das ist in den letzten Wochen gelungen, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das auch jetzt für diesen Prozess weiter fortentwickeln können.

Denn Sie haben völlig recht, Frau Halberstadt-Kausch: Es ist natürlich nicht Aufgabe des Interimsmanagers, die Arbeit der Verwaltung oder der Dezernenten zu machen. Aber noch einmal: Wir müssen uns um das Tagesgeschäft kümmern. Das ist schwierig genug. Insofern brauchen wir an dieser Stelle Hilfe - nicht, um unsere Arbeit zu ersetzen, sondern, um sie zu ergänzen. Ohne ein fruchtbares Zusammenspiel zwischen der Gebäudewirtschaft und auch den Ämtern meines Dezernates wird es keinen Erfolg in diesem Projekt geben. Aber dafür haben wir die Grundlagen gelegt. Und wir haben diese Grundlagen nicht nur gelegt; wir haben dabei auch die Mitarbeiter mitgenommen. Das ist mir wichtig. Wir haben sie mitgenommen, und wir werden sie weiter mitnehmen.

Ich lasse mir auch nicht vorwerfen, hier einen falschen Umgangston entwickelt zu haben. Wir stellen auch niemanden an den Pranger - und schon gar nicht öffentlich oder über die Presse.

Wir haben in den letzten Wochen einen intensiven Beteiligungsprozess gestartet. Sie dürfen mir glauben: Die Ersten, die von den Vorschlägen, die wir entwickelt haben, erfahren haben, waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In einer ersten Runde haben wir die Amtsleitung beteiligt. In einer zweiten Runde haben wir einen erweiterten Kreis von Führungskräften beteiligt. In einer dritten Runde haben wir dann, als wir absehen konnten, in welche Richtung es geht, eine Mitarbeiterversammlung durchgeführt und dort auch noch einmal viele Vorschläge - nicht zuletzt zu diesen Themen - aufgenommen. Zwischendurch haben wir natürlich auch mit der Personalvertretung gesprochen. Nicht zuletzt diese Themen, die den Aufstieg, die Weiterqualifizierung und das Fortkommen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir jetzt schon an Bord haben, betreffen, gehen ja auch auf die intensiven Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen dort bzw. mit der Personalvertretung zurück.

Daher glaube ich, dass das ein fruchtbares Zusammenspiel war. Wir oktroyieren hier nichts von oben auf.

Wir wollen - das können Sie in der Vorlage auch nachlesen - mit dem Personalrat eine Prozessvereinbarung schließen; denn in den nächsten zwei, drei Jahren werden viele Dinge auftauchen, die wir auch nur im Zusammenspiel mit der Personalvertretung hinbekommen werden. Deshalb setze ich von Anfang an auf Kooperation und auf ein gemeinsames Agieren.

Ich habe im Moment auch überhaupt keine Befürchtung, dass wir da Schwierigkeiten haben werden; denn die Personalvertretung hat ein mindestens genauso großes Interesse wie wir daran, dass dieser Laden wieder richtig ans Laufen kommt. Das wird am Ende auch zur Zufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen führen.

Ich glaube, dass wir da gemeinsam mit der Belegschaft auf einem guten Weg sind. Das werden wir dann auch in dem Zeitraum, den wir in der Vorlage skizziert haben, hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Weisenstein, haben Sie noch eine Frage?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Nein, nur einen Antrag zum Abstimmungsverfahren. Wir würden gerne Einzelabstimmung über die einzelnen Punkte der Vorlage beantragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann schlage ich Ihnen Folgendes vor: Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Dann haben Sie für die ursprüngliche Vorlage Einzelabstimmung beantragt. Ich lasse erst über die Punkte 1, 2 und 3 zusammen, dann über den Punkt 4 und danach über die gesamte Vorlage abstimmen. Einverstanden?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE] nickt)

Dann rufe ich zunächst den Änderungsantrag der LINKEN auf. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist DIE LINKE. Gegenstimmen? - SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Wortmann, pro Köln, AfD, GUT und Piraten. Enthaltungen kann es ja nicht mehr geben. - Nein, das ging nicht mehr. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt rufe ich die Punkte 1, 2 und 3 der ursprünglichen Vorlage auf. Gibt es Gegenstimmen gegen die Punkte 1, 2 und 3?

(Inge Halberstadt-Kausch [SPD]: Wir hätten Gegenstimmen gegen die Punkte 1 und 2!)

- Dann müssen wir anders abstimmen. Sollen wir anders abstimmen? Ich hatte zwar eben schon gesagt, wie wir abstimmen. Aber wenn wir uns hier einig sind, können wir es auch anders machen. Die Abstimmung soll ja das richtige Ergebnis haben. Soll ich also jetzt über jeden Punkt einzeln abstimmen lassen? - Dann lasse ich über jeden Punkt einzeln abstimmen.

Punkt 1. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 2. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 3. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 4. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich noch über die gesamte Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Folgende Punkte sollen den Beschlusspunkten hinzugefügt werden:

5. *Es soll eine Prozessvereinbarung mit dem Personalrat geschlossen werden. Die Vorschläge der Gebäudewirtschaft über eine neue Organisationsstruktur vom 11. August 2015 sollen dabei einbezogen werden.*

6. *Die zusätzlichen EG 13 und EG 14 Stellen sollen intern und extern ausgeschrieben werden.*
   Sachgrundlose Befristungen werden entfristet und in Zukunft nicht mehr angewandt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln, der Gruppe Piraten sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Zimmermann (Gruppe GUT) und Wortmann (Freie Wähler Köln) gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Ziffer 1 der Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat beschließt die 13. Satzung zur Änderung der Satzung der Gebäudewirtschaft in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss*

beigefügten Fassung und damit die Einrichtung einer kaufmännischen und einer technischen Betriebsleitung, die gemeinsam die geschäftsführende Betriebsleitung bildet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

III. Beschluss gemäß Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage:

2. Der Rat stimmt dem Bedarf zur Beauftragung eines Interimsmanagers für die Gebäudewirtschaft für einen Zeitraum von bis zu 3 Jahren mit einer Auftragssumme von bis zu 250.000 Euro netto p.a. zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

IV. Beschluss gemäß Ziffer 3 der Verwaltungsvorlage:

3. Der Rat nimmt das Prüfergebnis zu der mit Beschluss des Rates vom 04.04.2017 (Vorlage 0864/2017, TOP 10.29, Beschluss Nr. 2) beauftragten Prüfung möglicher Modelle für die Gründung einer selbstständigen Organisationsform zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer stadtinternen Projektorganisation weiterzuverfolgen und jenseits des TU-/GU-15-Schulbaumaßnahmenpakets auch bei anderen Schulbauprojekten anzuwenden bzw. in diesem Zuge weiterzuentwickeln. Von einer Detailuntersuchung für die Vorbereitung einer selbstständigen Organisationsform nach einem GmbH-Modell wird vorerst abgesehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

V. Beschluss gemäß Ziffer 4 der Verwaltungsvorlage:

4. Der Rat stimmt dem Bedarf zur Beauftragung eines externen Dienstleisters für den Aufbau eines Technischen Gebäudemanagements mit einer Auftragssumme von bis zu 2,5 Millionen Euro zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

VI. Gesamtabstimmung:

1. Der Rat beschließt die 13. Satzung zur Änderung der Satzung der Gebäudewirtschaft in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung und damit die Einrichtung einer kaufmännischen und einer technischen Betriebsleitung, die gemeinsam die geschäftsführende Betriebsleitung bildet.

2. Der Rat stimmt dem Bedarf zur Beauftragung eines Interimsmanagers für die Gebäudewirtschaft für einen Zeitraum von bis zu 3 Jahren mit einer Auftragssumme von bis zu 250.000 Euro netto p.a. zu.

3. Der Rat nimmt das Prüfergebnis zu der mit Beschluss des Rates vom 04.04.2017 (Vorlage 0864/2017, TOP 10.29, Beschluss Nr. 2) beauftragten Prüfung möglicher Modelle für die Gründung einer selbstständigen Organisationsform zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer stadtinternen Projektorganisation weiterzuverfolgen und jenseits des TU-/GU-15-Schulbaumaßnahmenpakets auch bei anderen Schulbauprojekten anzuwenden bzw. in diesem Zuge weiterzuentwickeln. Von einer Detailuntersuchung für die Vorbereitung einer selbstständigen Organisationsform nach einem GmbH-Modell wird vorerst abgesehen.

4. Der Rat stimmt dem Bedarf zur Beauftragung eines externen Dienstleisters für den Aufbau eines Technischen Gebäudemanagements mit einer Auftragssumme von bis zu 2,5 Millionen Euro zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 214. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz

Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven; hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss
0408/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *stellt fest, dass während der Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) zur 214. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) –Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven– keine FNP-relevanten Stellungnahmen eingegangen sind;*

2. *stellt die 214. FNP-Änderung —Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven— mit der gemäß § 5 Absatz 5 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 4 beigefügten Begründung inklusive Umweltbericht fest.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen

13.1 Teilaufhebung des Durchführungsplanes 66489/02
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Etzelstraße/Bergstraße in Köln-Mauenheim
1202/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Teilaufhebung des Durchführungsplanes 66489/02 für das Gebiet zwischen Bergstraße, Merheimer Straße, Mauenheimer Straße und Etzelstraße in Köln-Mauenheim —Arbeitstitel: Etzelstraße/Bergstraße in Köln-Mauenheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Sechzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
1514/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - pro Köln. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 3-5 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 16. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über

die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pastor-Kastenholz-Weg einschließlich Stichstraße (Flurstück 1375) von Hildengasse bis Ausbauende in Köln-Merkenich
1571/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pastor-Kastenholz-Weg einschließlich Stichstraße (Flurstück 1375) von Hildengasse bis Ausbauende in Köln-Merkenich in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.3 260. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgenkag nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1217/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 260. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.4 261. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2294/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - pro Köln und AfD. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 261. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

17 Wahlen

Da ich jetzt nicht bei jedem Tagesordnungspunkt mein Stimmverhalten erklären möchte - es ist nämlich so, dass ich bei Ausschussbesetzungen nicht mitstimmen kann und bei Aufsichtsratsmitgliedschaften sehr wohl -, werde ich Ihnen das vorab sagen. Ich stimme bei einigen Punkten nicht mit. Das sind die Tagesordnungspunkte 17.3, 17.5, 17.6, 17.8, 17.9, 17.15, 17.16 und 17.17.

Tagesordnungspunkt

17.1 Neuwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde
1898/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für Herrn Klaus Simon auf Vorschlag des Naturschutzbundes NRW e.V.

Herrn Jacob Risch

in den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Änderung der städtischen Vertretung im Forensikbeirat an der LVR-Klinik Köln 2375/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

Frau Dr. Anne Bunte (Leiterin des Gesundheitsamtes der Stadt Köln)

dem Landschaftsverband Rheinland für eine Benennung als Mitglied des Forensikbeirates an der LVR-Klinik Köln als Nachfolgerin der bisherigen Vertreterin, Frau Oberbürgermeisterin Henriette
Reker, vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss 2491/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt

Frau Sarah van Dawen-Agreiter (Die SJD – Die Falken Kreisverband Köln)

gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stimmberechtigtes Mitglied für die SJD – Die Falken Kreisverband Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Herr Omer Semmo behält seine Position und wird die persönliche Stellvertretung für Frau van Dawen-Agreiter wahrnehmen. Herr Ludwig Weigel verliert damit seine Stellung im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co. KG 2902/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt gem. § 108 a GO NRW (Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen

Aufsichtsräten) folgende Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat

der RheinCargo GmbH & Co. KG:

Herrn Abdellativ Ghannoui

Herrn Reinhard Doerk

Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zur Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Umbesetzung des Unterausschusses Stellenplan
AN/1363/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Nachdem das bisherige Mitglied im Unterausschuss Stellenplan, Frau Julia Woller, als Ratsmitglied im Jahr 2016 infolge ihrer Mandatsniederlegung ausgeschieden ist, benennt der Rat auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den vakanten Platz im Unterausschuss Stellenplan das Ratsmitglied Hans Schwanitz.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Personelle Umbesetzung in Ausschüssen
AN/1401/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Rat folgende Umbesetzungen in Ausschüssen:

1. *Für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Berivan Aymaz das Ratsmitglied Frau Dr. Birgitt Killersreiter benannt.*
2. *Für den Ausschuss Anregungen und Beschwerden wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Berivan Aymaz das Ratsmitglied Frau Dr. Birgitt Killersreiter benannt.*
3. *Für den Ausschuss Kunst und Kultur sowie die Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Berivan Aymaz das Ratsmitglied Horst Thelen benannt.*
4. *Für den Ausschuss Schule und Weiterbildung wird das Ratsmitglied Frau Ulrike Kessing, die bisher in diesem Ausschuss als sachkundige Bürgerin tätig war, benannt.*
5. *Für den Jugendhilfeausschuss wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Svenja Rabenstein das Ratsmitglied Frau Ulrike Kessing sowie zugleich als 2. stellvertretende Ausschussvorsitzende benannt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten und sonstigen Gremien
AN/1402/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Umbesetzungen in Gremien:

1. *Der Rat entsendet anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Berivan Aymaz mit sofortiger Wirkung das Ratsmitglied Frau Dr. Birgitt Killersreiter in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln (WSK).*

2. *Der Rat entsendet anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Svenja Rabenstein mit sofortiger Wirkung das Ratsmitglied Frau Ulrike Kessing in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH.*

3. *Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Svenja Rabenstein wird das Ratsmitglied Frau Ulrike Kessing als Mitglied der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim gewählt.*

4. *Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Berivan Aymaz wird das Ratsmitglied Manfred Richter als Vertreter der Stadt Köln für den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln gewählt.*

5. *Anstelle von Ratsmitglied Manfred Richter als stellvertretendes Mitglied der Stadt Köln im Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln wird nun als stellvertretendes Mitglied das Ratsmitglied Frau Dr. Birgitt Killersreiter gewählt.*

6. *Der Rat entsendet anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Berivan Aymaz mit sofortiger Wirkung das Ratsmitglied Horst Thelen in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt gGmbH.*

7. *Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Berivan Aymaz wird das Ratsmitglied Horst Thelen in den Beirat des Italienischen Kulturinstituts gewählt.*

8. *Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Svenja Rabenstein wird das Ratsmitglied Frau Ulrike Kessing als stellvertretendes Mitglied den Beirat des Erholungsgebiets Stöckheimer Hof gewählt.*

9. *Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Frau Berivan Aymaz wird das Ratsmitglied Frau Dr. Birgitt Killersreiter als stellvertretendes Mitglied in das Konzeptionsgremium Leitlinien der Bürgerbeteiligung gewählt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Ratsmitgliedes im Verkehrsausschuss
AN/1378/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Reinhard Houben scheidet als Ratsmitglied und 2. stellvertretender Vorsitzender aus dem Verkehrsausschuss aus. Der Rat benennt auf Vorschlag der FDP-Fraktion als Nachfolger Herrn Ratsmitglied Ralph Sterck, Josefine-Clouth-Str. 17, 50733 Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Ratsmitgliedes im Rechnungsprüfungsausschuss
AN/1379/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Reinhard Houben scheidet als Ratsmitglied aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aus. Der Rat benennt daher auf Vorschlag der FDP-

Fraktion als Nachfolger Herrn Ratsmitglied Volker Görzel, Rambouxstr. 141, 50737 Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Zweckverband der Sparkasse KölnBonn
AN/1381/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Reinhard Houben ist als Mitglied des Rates der Stadt Köln ausgeschieden.

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion benennt der Rat als seinen Nachfolger in der Funktion des Stellvertreters von Herrn Ralph Sterck im Zweckverband der Sparkasse KölnBonn Herrn Volker Görzel.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Aufsichtsrat Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Entsendung eines neuen Aufsichtsratsmitglieds
AN/1386/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Reinhard Houben hat sein Ratsmandat niedergelegt.

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion entsendet der Rat daher Herrn Ratsmitglied Ralph Sterck in den Aufsichtsrat der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Stellvertretenden Mitglieds in der Verbandsversammlung Nahverkehr Rheinland
AN/1390/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Reinhard Houben ist als Mitglied aus dem Rat der Stadt Köln ausgeschieden. Als sein Nachfolger in der Funktion eines Stellvertretenden Mitglieds in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg benennt der Rat auf Vorschlag der FDP-Fraktion Herrn Ralph Sterck.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Aufsichtsrat Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (AVG): Entsendung eines neuen Aufsichtsratsmitglieds
AN/1391/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Ralph Sterck scheidet aus dem Aufsichtsrat der AVG aus.

Als Nachfolger entsendet der Rat auf Vorschlag der FDP-Fraktion Herrn Ratsmitglied Volker Görzel in den Aufsichtsrat der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (AVG).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.14 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wiederbestellung in den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH
AN/1394/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Reinhard Houben hat sein Ratsmandat zum 26. September 2017 niedergelegt. Er wurde mit Ratsbeschluss vom 2. September 2014 in den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH entsandt. Nach dem Ratsbeschluss endet die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat automatisch mit dem Ausscheiden aus dem Rat.

Da Herr Houben seine Tätigkeit im Aufsichtsrat fortsetzen soll, entsendet der Rat auf Vorschlag der FDP-Fraktion Herrn Houben erneut in den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.15 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Bürgers im Unterausschuss Kulturbauten
AN/1405/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Andreas Michalak scheidet als Sachkundiger Bürger aus dem Jugendhilfeausschuss aus.

Der Rat benennt auf Vorschlag der FDP-Fraktion als Nachfolger Herrn Christian Nüsser.

Herr Paul Spörl scheidet als Sachkundiger Einwohner aus.

Frau Catherine Casser wird als seine Nachfolgerin benannt.

Anstelle von Herrn Christian Nüsser wird Herr Stephan Biniossek als Stellvertreter für Frau Catherine Casser benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.16 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung von Sachkundigen Bürgern/Einwohnern im Jugendhilfeausschuss
AN/1395/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der FDP-Fraktion anstelle von Ralph Sterck Herrn Dr. Ulrich Wackerhagen für den Unterausschuss Kulturbauten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.17 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Neubesetzungen von Ausschüssen
AN/1410/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzungen von Ausschüssen:

1. *Hauptausschuss:*

   Herr Peter Kron anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann.

2. *Bauausschuss einschl. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft:*

   Frau Erika Oedingen anstelle von Herrn Karl-Heinz Walter.

3. *Ausschuss Kunst und Kultur einschl. Betriebsausschüsse Bühnen, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud:*

   Herr Karl-Heinz Walter anstelle von Herrn Andreas Pöttgen.

4. *Rechnungsprüfungsausschuss:*

   Frau Polina Frebel anstelle von Herrn Gerrit Krupp.

5. *Wirtschaftsausschuss:*

   a. *Herr Christian Joisten anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann.*

   b. *Die SPD-Fraktion benennt Herrn Jörg van Geffen zum Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses.*

6. *Verkehrsausschuss:*

   a. *Herr Andreas Pöttgen anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann.*

   b. *Die SPD-Fraktion benennt Herrn Andreas Pöttgen zum 1. Stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.18 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten und vergleichbaren Gremien
AN/1411/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Neubesetzung folgender Gremien:

1. *Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Aufsichtsrat:*

   Wahl von Herrn Horst Noack anstelle von Herrn Peter Kron;

   Wahl von Herrn Andreas Pöttgen anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann.

   Der Rat beauftragt den/die städtischen Vertreter/in der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, entsprechend zu votieren.

2. *Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, Verbandsversammlung:*

   Wahl von Herrn Andreas Pöttgen anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann.

3. *Medien- und IT-Rat*

   Entsendung von Herrn Christian Joisten anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann.

4. *Städtetag Nordrhein-Westfalen, Konferenz der Ratsmitglieder:*

   Wahl von Frau Monika Schultes anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann als stellvertretende Delegierte.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.19 Neubesetzung von Aufsichtsräten hier: moderne stadt GmbH 2980/2017

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet, anstelle von Herrn Franz-Josef Höing, Frau Brigitte Scholz

(gem. § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. eine(n) von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n))

als Mitglied in den Aufsichtsrat der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei den von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.20 GAG - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat als Vertreterin des Inhabers der Aktien Buchstabe B 2986/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG als Vertreterin des Inhabers der Aktien Buchstabe B:

Frau Brigitte Scholz

……

(Gem. §113 Abs 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. einen von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

Mit der Entsendung von Frau Brigitte Scholz endet die Entsendung von Herrn Franz Josef Höing in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der / dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Annahme einer zweckgebundenen Sachspende 2359/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin und eines Ratsmitgliedes:

Der Rat nimmt die Sachspende in Höhe von 70.000 Euro der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH für ein neues Fahrzeug des mobilen Treffs „Juppi“ dankend an.

Köln, den 22.08.2017

gez. Henriette Reker *gez. Jörg Frank*

Oberbürgermeisterin *Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 „Daten für die Stadt“ - Pilotprojekt für kommunales Open Government 2337/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 11.09.2017:

Der Rat beschließt die Umsetzung des Wettbewerbsbeitrages 'Daten für die Stadt' - Pilotprojekt für kommunales Open Government

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt am 08.10.2017 2641/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 11.09.2017:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung NW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2017 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils dieser Ratssitzung erreicht und stellen die Nichtöffentlichkeit her. - Vielen Dank.

(Schluss: 21.09 Uhr)

32. Sitzung vom 7. November 2017

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Reinigung in Schulen verbessern"

AN/1266/2017

1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend "Armutsfolgen abmildern - Köln-Pass ausweiten"

AN/0512/2017

2 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Politischer Veränderungsnachweis von CDU, Grünen, FDP und GUT Verwendung der Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017"

AN/1581/2017

Antwort der Verwaltung vom 06.11.2017

3354/2017

4 Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen

5 In die Haushaltplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

5.1 Bedarfsfeststellung für die Durchführung eines Vergabeverfahrens über die Mahd und Pflege des Straßenbegleitgrüns in den Außenbezirken.

4009/2016

6 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

7.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2015

3151/2017

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1 Silvesterprogramm in der Umgebung des Kölner Doms / Multimediaprojektion und Bühnenprogramm

3160/2017

9 Stellenpläne

9.1 Stellenplan für das Jahr 2018 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln)

2834/2017

9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018

2847/2017

9.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018

2900/2017

9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2018

2915/2017

10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021

3201/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/1599/2017

Anwesend waren:

Vorsitzende
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Baentsch, Wolfram; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt Dr.; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Verwaltung
Keller, Stephan Stadtdirektor Dr.; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Blome, Andrea Beigeordnete; Fenske, Jürgen

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Dresler-Graf, Margret; Noack, Horst; Tritschler, Sven; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wolter, Judith

Bezirksbürgermeister/in
Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Steinkamp, Dieter Dr.

(Beginn: 9.09 Uhr - Ende: 11.33 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 32. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und die Bezirksbürgermeister, sofern sie anwesend sind - einer ist ja immer da -, und besonders Sie, liebe Mitglieder des Rates.

Heute steht die Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2018 auf unserer Tagesordnung.

Bevor wir die Tagesordnung festlegen, haben wir ein neues Ratsmitglied zu verpflichten. Herr Wolfram Baentsch wurde als Nachfolger für Herrn Beckamp, der sein Mandat niedergelegt hat, gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt. Er hat die Nachfolge angenommen.

Herr Baentsch, ich bitte Sie, zu mir nach vorne zu kommen. Alle Anwesenden bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben - auch die Gäste auf der Zuschauertribüne.

(Wolfram Baentsch [AfD] begibt sich zur Oberbürgermeisterin - Die Anwesenden erheben sich)

Herr Baentsch, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Wolfram Baentsch [AfD]: Das will ich!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Dresler-Graf, Frau Welcker und Frau Wolter entschuldigt.

Als Stimmzählerin und Stimmzähler benenne ich Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Pohl und Herrn Thelen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen.

Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt. Zugesetzt ist die Anfrage der SPD-Fraktion unter TOP 3.1. Absetzungen haben wir heute nicht.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dringlichkeitsanträge liegen keine vor.

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Zur Einbringung des Haushalts im Juli dieses Jahres haben Frau Stadtkämmerin Klug und ich gesprochen. Bei der Beratung und Verabschiedung des Haushalts hat, wie Sie wissen, traditionell die Politik das Wort. Jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, einmal hier im Rat zur Verabschiedung der Haushaltssatzung zu sprechen.

Wie in den Vorjahren schlage ich vor, die Redezeiten dazu abweichend von den sonst üblichen nur fünf Minuten festzusetzen. Diese verlängerte Redezeit soll dann natürlich auch die sonstigen Anträge und Beschlussvorlagen dieser Sitzung umfassen. In der Vergangenheit - das erinnern Sie sicher - sind wir dabei regelmäßig mit einer Rederunde ausgekommen.

Die Redezeit soll wieder nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Das bedeutet für die Fraktionen von SPD und CDU eine Redezeit von jeweils maximal 25 Minuten, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Redezeit von maximal 20 Minuten, für DIE LINKE und die FDP eine Redezeit bis zu 15 Minuten und für die AfD eine Redezeit von maximal zwölf Minuten; für die Gruppen und Einzelmandatsträger ist jeweils eine Redezeit bis zu zehn Minuten vorgesehen. Sie können natürlich auch die Redezeit innerhalb einer Fraktion oder Gruppe auf mehrere Rednerinnen oder Redner aufteilen.

Ich möchte Sie zunächst fragen, ob Sie mit dieser Regelung einverstanden sind. Gibt es Wortmeldungen dazu?

(Martin Börschel [SPD]: Ich würde mir meine Redezeit aufteilen! Aber das ist ja in Ihrem Vorschlag auch enthalten!)

- Ja, okay. - Dann nehme ich Ihr Einverständnis entgegen.

Abschließend frage ich, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass Herr Beckamp sein Ratsmandat niedergelegt hat. Gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes wurde Herr Wolfram Baentsch als Nachfolger festgestellt.

Die Oberbürgermeisterin verpflichtet Herrn Baentsch gemäß § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerinnen und Stimmzähler Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Pohl und Herrn Thelen vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Anschließend weist die Oberbürgermeisterin auf folgende Änderung der Tagesordnung hin:

Zusetzung:

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Politischer Veränderungsnachweis von CDU, Grünen, FDP und GUT Verwendung der Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017"

AN/1581/2017

IV. Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, wie in den Haushaltssitzungen üblich und entsprechend der Geschäftsordnung möglich, die Redezeit zu ändern und für die Sitzung wie folgt festzulegen:

- für die Fraktionen von SPD und CDU jeweils bis zu 25 Minuten,

- für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen bis zu 20 Minuten,

- für die Fraktion Die Linke. und die FDP-Fraktion jeweils bis zu 15 Minuten,

- für die AfD-Fraktion 12Minuten,

- für Gruppen und Ratsmitglied Wortmann jeweils bis zu 10 Minuten,

Die verlängerte Redezeit soll für alle Vorlagen und Anträge, also für alle bei den Tagesordnungspunkten aufgeführten Punkte einschließlich möglicher Änderungsanträge gelten. Der einmalige Redeblock wird an den Anfang der Sitzung gestellt.

Der Rat erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden. Ratsmitglied Börschel kündigt eine Aufteilung seiner Redezeit an.

V. Der Rat legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Ich rufe unter dem Tagesordnungspunkt 1 den Antrag der SPD-Fraktion auf. Herr Börschel hat als Erstes das Wort.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, er redet jetzt zu allem! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Ja, das habe ich so vor!)

Martin Börschel (SPD): Guten Morgen zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin, ich würde, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, wie üblich die Generaldebatte führen und mich nicht auf einzelne Anträge beschränken. Das wollte ich nur zur Sicherheit sagen, weil das bei dem Aufruf gerade etwas anders klang.

Ihr Angebot aufnehmend, möchte ich gerne meine Redezeit aufteilen und mich im ersten Block zunächst auf drei Komplexe beschränken, liebe Kolleginnen und Kollegen, die mir zum Eingang dieser Debatte wichtig erscheinen.

Zunächst möchte ich etwas zum Verfahren dieses Haushalts sagen - mit einem Dank an die Stadtverwaltung und alle diejenigen, die bei der Kämmerei und im Dezernat der Kämmerin für dieses Haushaltsverfahren verantwortlich sind. Selbst wenn man mit einzelnen Punkten des Haushalts oder auch mit der generellen Linie nicht einverstanden ist, soll und muss diese Arbeit gewürdigt werden. Das will ich an dieser Stelle für die SPD-Fraktion sehr gerne tun.

(Beifall)

- Gut; dann mache ich das jetzt einfach einmal als Vorsitzender des Finanzausschusses. Das darf ich offensichtlich im Sinne mehrerer tun. Dann mag das bitte bei der Stadtverwaltung so angekommen sein.

Ich möchte allerdings mit Blick auf das terminliche Verfahren der Kämmerin ausdrücklich den Rücken stärken. Sie erinnern sich vielleicht an ihre Einbringungsrede zum Haushalt. Die Stadtverwaltung hat es geschafft, den Beschluss des Rates zum Terminplan dieses Haushalts umzusetzen. Das finden wir gut, und das finden wir richtig. Mit Blick auf diesen vermeintlichen Prestigeerfolg war das aber vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein bisschen zu überambitioniert. Ich möchte uns allen miteinander sehr dringend raten und uns auffordern, da den Worten der Kämmerin Folge zu leisten, die ja sagt: Wenn man das Ganze dann zu überambitioniert macht, kommt man in ein Problem, weil Orientierungsdaten nicht vorliegen, weil es keine Proberechnung für das GFG gibt.

Darauf sollten wir beim nächsten Mal unbedingt achten. Wenn es mal ein bisschen enger wird, können die Millionen in einer solchen Schwankung beim GFG durchaus mal bedeutsam sein. Sie mussten beim GFG im Rahmen dieser Beratungen Korrekturen um insgesamt 35 Millionen Euro - mal nach oben, mal nach unten - vornehmen. Bei den Rekordsteuereinnahmen, die wir jetzt haben, war das vielleicht unproblematisch. Aber wenn es mal enger wird, wird es ein Problem. Insofern sollten wir da auf Ihre Worte hören, Frau Stadtkämmerin, und dem auch Taten folgen lassen.

Ich möchte mit Blick auf die Beantwortung unserer Anfrage zum Deckungsvorschlag der Jamaika-Koalition für ihre Haushaltsvorschläge durch die Stadtverwaltung allerdings auf Folgendes hinweisen - Frau Städtkämmerin, das ist jetzt sozusagen eine tadelnde Bitte -: Das letzte Mal, dass ein Kämmerer Deckungsvorschläge für eine Haushaltsmehrheit gefunden hat, weil sie

selbst nicht dazu in der Lage war, ist 13 Jahre her. Damals hießen der Kämmerer Soénius und der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Bietmann. Damals war es üblich, dass die Politik wünschte und die Verwaltung lieferte.

Wenn man sich Ihre Beantwortung unserer heutigen Anfrage ansieht, stellt man fest, dass dieser Zustand wiederzukehren droht. Ich bitte sehr dringend darum, diesen alten Zustand nicht wieder einreißen zu lassen. Die Politik ist für ihre Deckungsvorschläge selbst verantwortlich - und nicht die Verwaltung. Das sollten wir hier gemeinsam festhalten, denke ich.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu dem zweiten Komplex, den ich zu Beginn ansprechen möchte. Dabei geht es darum, Sie an Ihren eigenen Aussagen zu messen. Wenn man sich alle Haushaltsreden der Jamaika-Koalition beim letzten Mal zu Gemüte geführt hat und noch einmal ins Gedächtnis ruft, erinnert man sich daran, dass sich ein Wort durch alle Reden zog - inklusive der Rede der Oberbürgermeisterin -, nämlich das Wort „Übergangshaushalt“. Damals war das Motto: Den Übergangshaushalt 2016/2017 konnte man nicht anders machen; man musste ihn so aufstellen, wie er nun einmal war. - Mit Blick auf das, was kommen möge, wurden da diverse Sparrunden eingezogen. Dann sollte jetzt endlich der große Wurf kommen.

Wenn es aber einen Übergangshaushalt mit Blick auf das, was kommen möge, gibt, dann muss es dem Gedanken nach doch zwangsläufig ein eigentliches Ziel geben. Das Ziel sollte dieser Haushalt 2018 sein. In diesem Haushalt 2018 - so haben Sie es selbst gesagt - sollte ersichtlich sein: Wohin geht die Richtung? Wohin soll sich Köln entwickeln? Wohin will die Jamaika-Koalition diese Stadt führen?

Einige mahnende Worte aus Ihren Reihen habe ich noch sehr gut im Kopf. Herr Kollege Petelkau hat gemahnt, dass er kein erratisches Hin und Her von Sparen und Ausgeben wolle - Zitat -,

> weil in einem Jahr ein Geldbetrag da ist und im Jahr darauf das Geld wieder fehlt, …

Genau das tun Sie jetzt aber, Herr Kollege Petelkau. Mit Blick auf die Rekordsteuereinnahmen haben Sie Ihre Worte vom letzten Mal getreu dem Adenauer’schen Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ schlicht in die Tonne gekloppt und geben jetzt munter das aus, was Sie zu haben glauben, ohne Ihren eigenen Worten von damals Taten folgen zu lassen. Wenn das nicht erratisch ist, dann weiß ich es auch nicht!

Das heißt: Gemessen an dem, was Sie gesagt haben, werden Sie Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht -

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

vor allem dann nicht, wenn Sie Daueraufgaben mit Einmaleinnahmen finanzieren. Auch das funktioniert nicht. Dazu habe ich aber auch mit Blick auf die Stadtverwaltung und die Kämmerin gerade schon etwas gesagt.

Herr Kollege Sterck hat damals als wichtiges Motto ausgegeben: Sparen mit Blick auf das, was kommt. - Sein Zitat, das mir am besten gefiel, war seinerzeit:

> Dann wird es hoffentlich zu einer Aufgabenkritik und zu Einsparungen kommen. … Im Vergleich dazu ist der jetzige Haushalt ein Kindergeburtstag.

Damit meinte er den Doppelhaushalt 2016/2017, den Sie selbst als Übergangshaushalt bezeichnet haben. Seine dringende Bitte an alle Koalitionäre und an die Stadtverwaltung war: Dann bitte Aufgabenkritik; dann bitte sparen!

Herr Kollege Sterck, wenn der damalige Haushalt mit Blick auf Ihre eigenen Ansprüche ein Kindergeburtstag war, dann ist dieser Haushalt bestenfalls ein Kaffeeklatsch zu Ihrem 80. und jedenfalls kein Kindergeburtstag. Das muss ich einmal ganz klipp und klar sagen. Er hat keinerlei Sex-Appeal und enthält keinerlei Richtung und keinerlei Vision, nur eine Menge Klein-Klein. Das möchte ich hier gleich zu Beginn festhalten.

Man kann ja das eine oder das andere tun. Das will ich zunächst einmal dahingestellt sein lassen. Wichtig ist aber, dass es eine Linie gibt, auf die sich sowohl die Stadtverwaltung als auch die Stadtgesellschaft einstellen können. Will man sparen, bis es quietscht, wie Sie angekündigt hatten? Oder will man investieren, was wir bevorzugen würden?

Sie sind aber durch diese Rekordsteuereinnahmen in Ihr altes Muster zurückgefallen: mal so, mal so; ein bisschen hin und her; allen wohl, keinem weh; jeder kriegt ein bisschen was, was ihm gerade gefällt.

Das ist viel, aber eben keine rote Linie und kein Ziel nach einem Übergang. Genau das kritisieren

wir gleich von vornherein. Denn Sie planen ja, wie wir der Mittelfristplanung der Stadtverwaltung entnehmen, schon im nächsten Haushalt bei der Entnahmequote den 5 Prozent gefährlich nahe zu kommen. Wir liegen jetzt bei ein bisschen mehr als 4 Prozent.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: 4,4 Prozent!)

Das ist natürlich ein ordentliches Hin und Her und jedenfalls keine rote Linie. Und das muss man hier in Ihre Richtung eindeutig kritisieren.

In diesem Punkt schließen wir uns auch ausdrücklich der Industrie- und Handelskammer an, die sagt, es müsse auf jeden Fall einen Plan, eine Linie, einen roten Faden geben. Das hat sie uns gestern noch einmal geschrieben. Und den vermissen wir bei Ihrem Haushaltsentwurf.

Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion sind eindeutig der Meinung, dass Köln in seine Zukunft investieren muss. Wir haben in einem Bericht für den Rechnungsprüfungsausschuss jetzt noch gesehen - der *Kölner Stadt-Anzeiger* beschreibt das heute -, dass der Wert der Kölner Infrastruktur Jahr für Jahr sinkt. Die Menschen spüren das auch - bei Schulen, bei Straßen, bei öffentlichen Gebäuden und bei Ähnlichem. Also ist das Gebot der Stunde doch, in die Infrastruktur Kölns und seiner Bürgerinnen und Bürger zu investieren! Wohnen, Bildung, Infrastruktur - das sind die Gebote der Stunde.

Auf diese Punkte muss ein Rat der Stadt Köln und muss eine Verwaltung einen eindeutigen Schwerpunkt setzen. Davon finden wir in dem Haushalt, den Sie heute beschließen werden, nichts. Das ist schade, und das kritisieren wir hier sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt, den ich zum Beginn meiner Ausführungen vor die Klammer ziehen will, weil er wirklich beispiellos ist, betrifft die Akademie der Künste der Welt. Das ist - man kann das gar nicht beschönigen - wirklich ein ganz dickes Ding.

Die Oberbürgermeisterin und die Kämmerin haben gemäß einer geltenden Beschlusslage des Rates vollkommen zu Recht und jedenfalls mit unserer deutlichen Rückendeckung 1 Million Euro für die Akademie der Künste in den Haushalt eingestellt. Das ist gut und richtig und nicht zu kritisieren.

Die Jamaika-Koalition hat beim letzten Mal mit Blick auf die schwierige Anfangsphase der Akademie und die in der Folge entstandenen Rücklagen bei der Akademie gesagt: Wir kürzen einmalig den Zuschuss auf 700 000 Euro - ich erinnere noch einmal daran, dass Sie ja gesagt haben, beim letzten Mal mussten Sie sparen -, um das danach wieder auf den alten Stand zurückkehren zu lassen.

(Zuruf von Bernd Petelkau [CDU])

Und eines will ich Ihnen einmal sehr deutlich sagen: Auch Ihre Mitglieder im Aufsichtsrat der Akademie der Künste haben doch die Neuausrichtung, die jetzt gerade erfolgt, die diskutiert wird, einmütig und gemeinsam mitgetragen. Auch Ihre Mitglieder von CDU und Grünen haben doch im Aufsichtsrat der Akademie der Künste dokumentiert: Den Weg, den diese Institution - übrigens viel beachtet, nicht nur in Köln, sondern auch darüber hinaus - einschlagen will, finden wir richtig.

Dann muss man ihr doch auch die Möglichkeiten dazu geben. Aber was machen Sie wie ein Dieb in der Nacht? Statt mit den Menschen zu reden, die sich für die Akademie engagieren, statt ihnen zu sagen, was Sie erwarten, gehen Sie in einer völlig heimtückischen und stillosen Art und Weise hin und kürzen von hinten der Akademie das Geld weg. Sie ziehen dieser Akademie den Boden unter den Füßen weg.

Das ist wirklich in hohem Maße stillos und unanständig. Und das möchten wir hier ganz deutlich kritisieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie mit der Neuausrichtung der Akademie inhaltlich nicht einverstanden sind, dann haben Sie doch bitte den Mumm und sagen das offen und ehrlich. Dann müssen Sie sagen: Wir wollen die Akademie abwickeln, weil wir sie für falsch halten. - Sie dürfen aber doch nicht so tun, als fänden Sie das eigentlich richtig, um ihr durch die kalte Küche den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Das geht überhaupt nicht.

Das ist übrigens ein Umstand, den Sie auf niemand anderen schieben können. Niemand anders ist für diesen beispiellosen Vorgang verantwortlich als die CDU, die Grünen, die FDP und die Ratsgruppe GUT, die das in diesem Haushalt so beschlossen haben.

Das wird überregionale Resonanz haben. Köln wird sich überregional blamieren. Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin hat heute schon Stel-

lung genommen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hat sich geäußert. Alle befürchten, dass Köln in die Phase zurückfällt, in der es gerade in der Kulturpolitik von einer Blamage zur nächsten gestolpert ist.

Diesen Punkt müssen Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen. Sie sind diejenigen, die diese nächste überregionale Blamage verursachen - und das nicht aus Versehen, sondern mit Absicht und Vorsatz. Das ist wirklich in hohem Maße skandalös.

Sie haben heute die Chance, diese Fehlentscheidung noch zu korrigieren. Wir haben einen Antrag dazu gestellt - unüblich für die Ratssitzung, aber die letzte Chance, um zu dokumentieren, dass Sie das als Fehler einsehen. Ich kann nur sehr hoffen, dass Sie heute diese Chance zur Korrektur nutzen, damit Köln sich nicht zum Gespött macht und damit wir diese überregionale Blamage uns und Ihnen allen ersparen können.

Das soll es für den Anfang gewesen sein. Wir sprechen uns später wieder. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute als Erstes einmal festhalten: Wir schreiben das Jahr 2017, in dem wir den Haushalt für das Jahr 2018 beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu gehört natürlich zunächst einmal der Dank an die Verwaltung - an die Oberbürgermeisterin und die Kämmerin, aber auch an alle anderen Fachdezernenten und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung - dafür, dass sie es geschafft haben, in diesem Jahr ein Novum für die Stadt Köln zu erreichen.

Dieses Novum ist nicht kleinzureden, meine Damen und Herren. Denn jeder, der sich einmal ehrenamtlich engagiert hat oder im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich unterwegs ist, weiß, wie wichtig Planungssicherheit für die Menschen ist.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie haben aber lange gebraucht, um das zu verstehen!)

- Herr Detjen, in der Vergangenheit hatten die haushaltstragenden Parteien hier im Rat mehrfach die Chance, das hinzubekommen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie auch!)

Erst Frau Reker hat es geschafft, diesen Zustand zu beenden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Unter ihrer Führung in der Verwaltung haben wir diese neue Situation erreicht. Sie ist wichtig für die Menschen draußen. Ich glaube, dass die Menschen auch verstanden haben, wer das hier geschafft hat.

Zum Zweiten ist an dieser Stelle am Anfang zu loben, dass wir auch erstmalig einen Haushalt haben, der wirklich inhaltliche Schwerpunkte setzt und der auch um Effekte bereinigt ist, die nicht umsetzbar sind. Denn in der Vergangenheit sind häufig Dinge geplant worden, bei denen die Verwaltung aber hinterher überhaupt nicht in der Lage war, sie in dem Haushaltsjahr - es war ja in der Vergangenheit immer schon das laufende Jahr - dann auch faktisch umzusetzen.

Meine Damen und Herren, das ist etwas, was geschafft worden ist. Es sind Akzente gesetzt worden. Hier sind auch Punkte herausgearbeitet worden, wo in der Zukunft Investitionen getätigt werden und wo analog der Stadtstrategie entsprechende Schwerpunkte geschaffen werden.

Es ist auch denkwürdig, dass wir diesen Haushalt ohne Steuererhöhungen beschließen können. Es gibt Oppositionsparteien, die den Gewerbesteuersatz natürlich auch weiter nach oben ziehen würden - mit allen negativen Effekten und Implikationen in den Folgejahren. Denn wir haben in der Vergangenheit in vielen Städten und auch in Landes- und Bundesparlamenten lernen dürfen, dass nach jeder Steuererhöhung zwar das Aufkommen im ersten Jahr erst einmal nach oben geht, weil die Unternehmen und die Privaten keine Chance haben, darauf zu reagieren, aber spätestens im zweiten Jahr das Volumen dann meistens reduziert ist und neue Probleme geschaffen werden. Wir dürfen also festhalten: Wir nehmen keine Steuererhöhungen vor.

Wir nehmen auch - das war in der Vergangenheit unter der Führung der SPD ja häufiger der Fall - keine pauschalen Kürzungen vor. Es ist nicht mit

dem Rasenmäher durch den Sozialbereich, den Kulturbereich oder den Sportbereich gegangen worden, sondern es ist von der Verwaltung Punkt für Punkt geprüft worden: Was ist wichtig für die Umsetzung der Stadtstrategie, und wo können Schwerpunkte gesetzt werden?

Diese Schwerpunktsetzung ist einer der wichtigsten Punkte. Die Verwaltung hat gerade bei den Investitionen einen spürbaren Schub in den Haushalt hineingeschrieben, sodass von der politischen Seite hier auch gar kein Nachholbedarf bestand und im politischen Veränderungsnachweis hier keine deutlichen Umstrukturierungen vorgenommen werden mussten.

Wir haben im Bereich Sicherheit und Ordnung Zusetzungen von 44 Millionen Euro an Investitionsmitteln.

Im Bereich Kinder und Jugendliche sind es 22 Millionen Euro.

Der Löwenanteil mit 135 Millionen Euro fließt in den Bereich Verkehr und ÖPNV. Das betrifft die Infrastruktur, die in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist. Denn nach 40 Jahren SPD-Regierung in unserer Stadt - die meiste Zeit waren Sie ja in irgendeiner Form beteiligt - haben wir genau diese Situation bei den Investitionen in Köln vorgefunden. Schauen Sie sich die Brücken, die Tunnel und die Schulgebäude an! Das ist doch alles in einem katastrophalen Zustand.

Der Zustand ist auch aufgrund der Unterfinanzierung durch das Land so katastrophal. Denn in den letzten Jahrzehnten wurden den Kommunen - und dazu gehört Köln insbesondere - durch die sozialdemokratisch geführte Landesregierung viel zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt.

Das müssen wir jetzt in den nächsten Jahren abarbeiten. Wir werden dies auch abarbeiten, meine Damen und Herren.

Im Bereich des Verkehrs haben wir aus diesem Topf ja bereits erste Mittel verausgaben können und in diesem Jahr schon erste Erfolge erzielen können.

Der neue Rechner ist beschafft. Die ersten Ampelanlagen sind ausgetauscht. Ich gehe davon aus, dass dieses Programm in den nächsten Jahren so umgesetzt wird, dass unsere Verkehrsleittechnik dann auch wieder State of the Art ist. Ich glaube, dass das wichtig ist.

Auch Akzente im Radfahrwegenetz, die in den letzten Jahren zwar vielfach angekündigt worden sind, aber dann nicht umgesetzt worden sind, sind hier auf den Weg gebracht worden. Das ist ein wichtiger Punkt, der erforderlich ist, um das Verkehrskonzept Köln mobil 2025 auch vernünftig umzusetzen.

Des Weiteren fließen insgesamt fast 500 Millionen Euro investive Mittel in die Bereiche Bauen, Straßenbau und Brücken, Schulinfrastruktur, Kindertagesstätten, kulturelle Bauten, Sport, Sicherheit und soziale Einrichtungen. Das sind Schwerpunkte.

Vor diesem Hintergrund zu behaupten, wir hätten hier keine Strategie und würden nicht in die Zukunft investieren, ist schlichtweg Demagogie. Dem sollten wir nicht folgen, sondern einfach einmal die Zahlen sprechen lassen - gerade die Zahlen des Baudezernats. Schauen Sie sich einmal die Volumen an, die in den nächsten Jahren hier investiert werden!

Mit diesen Investitionen werten wir nicht nur das Stadtbild auf, sondern auch die Sozialräume. Das ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass wir in unserer Stadt auch viele Teile haben, die grundsätzlich einer Erneuerung bedürfen. Auch hier setzen wir entsprechende Akzente.

Dass diese Verantwortung ernst genommen wird, ist das, was das haushaltstragende Bündnis aus vier Parteien, die Frau Reker auch schon bei der Wahl unterstützt haben, nicht nur im letzten Jahr bei dem Doppelhaushalt ausgezeichnet hat, sondern auch in diesem Jahr auszeichnet.

Meine Damen und Herren, wir wollen hart an der Realität arbeiten und nicht irgendwelche Luftschlösser ausbauen.

Eine große Partei hat nach der letzten Sitzung des Finanzausschusses extra noch eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie erklärt hat, sie würde ein ganz gewaltiges Wohnungsbauprogramm auflegen. Dort wurde eine Größenordnung genannt, die den städtischen Haushalt schlichtweg überfordert.

Folgendes ist mir an dieser Stelle aber noch wichtiger: Wäre es ihr damit wirklich so ernst gewesen, dann hätte ich zumindest erwartet, dass heute in der Ratssitzung auch ein entsprechender Antrag vorliegt. Ich habe von einem solchen Antrag bis jetzt nichts gesehen. Vielleicht kommt er ja gleich noch als Dringlichkeitsantrag auf den Tisch.

Meine Damen und Herren, wenn man nur Showpolitik macht, dann ist man in der Opposition noch nicht angekommen. Das muss man

auch entsprechend unterlegen. Und bei jeder großen Maßnahme gehört dazu, dass man a) das Programm beschreibt und b) natürlich auch dessen Finanzierung darstellt, anstatt nur blumige Worte zu machen.

Beim Thema Wohnen hakt es auch nicht daran, dass die Stadt Köln nicht genügend Geld bereitstellen würde. Aus dem bisherigen kommunalen Förderprogramm sind die Mittel ja gar nicht abgeflossen. Insofern scheitert es nicht am Geld.

Es sind andere Parameter, die in der Vergangenheit Entsprechendes verhindert haben. Insbesondere hat der vorherige Stadtdirektor durch seine beharrliche Weigerung, diese Verwaltung zu reformieren und die notwendigen Stellen bereitzustellen, entscheidend dazu beigetragen, dass der Wohnungsbau in Köln darniederliegt.

Die von Frau Oberbürgermeisterin geführte Verwaltung ist gerade dabei, mit dem Reformprojekt von Herrn Dr. Heinz in Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal, Organisation und Innovation unter Leitung des neuen Stadtdirektors diese Hemmnisse in der Verwaltung im Rahmen der Blockaden von Bauentscheidungs- und Baugenehmigungsprozessen abzubauen, sodass zukünftig in dieser Stadt schneller und besser gebaut werden kann.

Meine Damen und Herren, das ist eine wirkliche Maßnahme, um den Wohnungsbau in Köln anzukurbeln. Dafür stehen wir. Dafür steht auch dieses Haushaltsbündnis. Ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist.

Ich möchte auf einen zweiten wesentlichen Punkt eingehen. Auch im Bereich unserer Kinder haben wir als haushaltstragendes Bündnis entscheidende Akzente gesetzt, indem wir hier weitere Fördermittel zur Verfügung stellen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal auf Folgendes hinweisen - wir haben das im Finanzausschuss schon einmal diskutiert -: Sie wollen weiter ein halbes Jahr Kindergartenbesuch beitragsfrei stellen. Gleichzeitig vergessen Sie aber, Geld auszugeben. Denn die 3,5 Millionen Euro, die Köln aus dem Kita-Träger-Rettungspaket des Landes bekommt, rechnen Sie als Einnahme ein, aber geben dieses Geld nicht entsprechend aus. Damit suggerieren Sie, dass Sie es dann an anderer Stelle einsetzen.

Das ist aber falsch. Wir brauchen nämlich einen entscheidenden Beitrag dazu, dass die Träger in Köln Unterstützung bekommen. Denn es geht nicht nur darum, die bestehenden Träger zu erhalten. Vielmehr müssen wir auch neue Träger motivieren, weitere Plätze zu schaffen und auch in die Qualität der Plätze zu investieren.

Wir haben viele Gespräche mit Elternverbänden und mit Eltern geführt. Sie haben uns immer wieder gesagt: Momentan ist das drängendste Problem die Zahl der Plätze und die Qualität der Plätze - und nicht die nach Einkommen gestaffelte Gebühr, die die Eltern zahlen müssen.

An dieser Stelle haben die Qualität und die Quantität klare Priorität. Das unterstützen wir auch mit diesem Haushalt wieder, meine Damen und Herren. Ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Beschleunigungspaket, das wir für den Schulbau aufgelegt haben. Auch hier wollen wir die Blockaden der Vergangenheit aufbrechen und weitere Finanzmittel investieren. Denn in der wachsenden Stadt Köln ist es notwendig, die Gott sei Dank steigenden Schülerzahlen in den Klassen vernünftig zu betreuen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal etwas zu der speziellen Sauberkeitssituation an den Schulen sagen. Wir haben bei vielen Toilettenanlagen in vielen Schulgebäuden einen Instandhaltungsstau. Er wird jetzt sukzessive abgebaut. Für diese Sanierung haben wir auch das entsprechende Geld bereitgestellt.

Jetzt in einem Antrag zu suggerieren, dass generell die Hygiene an den Schulen schlecht sei, ist aber das Falsche. Die Schulen werden einmal am Tag - das gilt für die Toilettenanlagen genauso wie für den Rest - gereinigt. Über die Qualität kann man sicherlich im einen oder anderen Fall dann noch einmal diskutieren. Grundsätzlich sollte ein Gebäude aber auch einmal am Tag gereinigt werden. Das ist etwas, was die Stadt leistet.

Weitere Reinigungsleistungen zu fordern, meine Damen und Herren, halten wir an dieser Stelle für überzogen. Zum einen - das ist der erste wichtige Punkt - ist diese Forderung nicht gegenfinanziert. Zum anderen - das ist der zweite wichtige Punkt - müssen wir uns auch einmal fragen, warum die Toiletten nach einem Morgen in dem Zustand sind, den man auf den Bildern teilweise sieht. Hier sollte das Thema „Erziehungsleistung an den Schulen“ einmal aufgegriffen werden. Schließlich ist die Sauberkeit - auch in anderen Gebäuden werden die Toilettenanlagen grundsätzlich nur einmal täglich gereinigt - ein wichtiger Punkt.

Für die Bereiche, die in der Vergangenheit nicht gereinigt wurden, wird es zusätzliches Geld geben. Das sind insbesondere die Fenster und andere Dinge, deren Reinigung hier noch einmal finanziell unterstützt wird. Genau das wollen wir.

Einen weiteren Investitionsschwerpunkt werden wir bei der Wirtschaftsförderung setzen. Hier wollen wir nicht nur die inhaltliche Struktur verändern, meine Damen und Herren, sondern auch zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung stellen, damit entsprechend auch neue Schwerpunkte gesetzt werden. Denn es ist ein altes Thema der CDU, dem sich die Reker-Koalition auch komplett angeschlossen hat, dass ohne neue Wirtschaftsbetriebe und ohne die Förderung der Wirtschaft die Finanzkraft der zukünftigen Haushalte nicht bewahrt werden kann.

Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir an dieser Stelle Schwerpunkte setzen. Wir unterstützen das weiterhin mit entsprechenden digitalen Investitionsprogrammen. Wir wollen hier gerade - Stichwort „E-Akten“ - elektronische Baugenehmigungsverfahren einführen und erleichtern. Das ist genauso wichtig wie die Schaffung einer WLAN-Struktur im öffentlichen Raum.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der Ehrenamtlichkeit und dort insbesondere die Förderung von Sportvereinen. Gerade Sportvereine haben einen großen Teil der Integrationsleistungen in den letzten Monaten und Jahren tragen müssen. Hier wollen wir ein Zeichen setzen, indem wir die Gebühren für Nutzungen von städtischen Hallen abschaffen. Das ist ein wichtiges Zeichen für das Ehrenamt. Genau hier wollen wir einen Schwerpunkt setzen.

Außerdem soll das Kunstrasenprogramm ausgebaut werden, und zwar mit zusätzlichen 2,5 Millionen Euro.

Die Baubeihilfen für Sportvereine bei Kleinstreparaturen in Höhe von 2 Millionen Euro sind ebenfalls sehr wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen insgesamt bei der Sauberkeit im öffentlichen Raum zusätzliche Akzente setzen. Hier geht es nicht nur um die Grünpflege, sondern auch um die Attraktivierung von Plätzen in den Stadtbezirken.

Ein ganz wichtiger Punkt ist auch, dass in Verbindung mit dem Klimaschutzfonds, den wir einrichten wollen, die Punkte der Luftreinhaltung, die natürlich eng mit dem Zustand unserer Grünanlagen zusammenhängen, weiter gestärkt werden. Wir wollen über zusätzliche Baumpflanzungen einen positiven Effekt erzielen und über die energetische Sanierung von Gebäuden einen Beitrag dazu leisten, dass es in unserer Stadt lebenswerter wird. Das sind wichtige Dinge.

Den Bereich Kultur möchte ich an dieser Stelle noch einmal besonders hervorheben. Kultur gehört zu Köln dazu. Kultur ist einer der wichtigen Schwerpunkte. Wir setzen ganz dezidiert weiterhin Schwerpunkte in der freien Szene.

Einen Punkt haben wir in Kontinuität fortgesetzt. Da habe ich Ihnen eben schon widersprochen, Herr Börschel. Bei der Akademie der Künste der Welt haben wir bereits beim letzten Doppelhaushalt klar kommuniziert, dass wir die Akademie natürlich nicht schließen wollen, aber dass wir ein Dauerprogramm, das durch die städtische Seite angeschoben wird, in Höhe von 700 000 Euro für ausreichend erachten.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Es war immer das Ziel, dass die Akademie sich durch Drittmitteleinwerbung auch einen eigenen Beitrag erarbeitet. Diese Diskussion ist insoweit also keine neue Diskussion.

Da die Akademie über ausreichende Rücklagen verfügt, wird sie im Jahr 2018 auch mit dem von uns zur Verfügung gestellten Betrag auskommen. Schauen Sie sich bitte die Zahlen an. Die Zahlen zeigen ganz klar, dass das Programm für das Jahr 2018 entsprechend finanziert ist. Insoweit ist hier keine Notfallmaßnahme erforderlich, damit die Akademie auch weiterhin tätig sein kann.

In Bezug auf den Beitrag, den die Akademie zukünftig zu leisten hat, wenn sie weitere Dinge tun will, muss man dann auch die Diskussion führen, inwieweit Drittmittel für die Akademie eingeworben werden können, um das Volumen ihrer Tätigkeiten auszubauen. Das ist die Verantwortung der Leitung der Akademie. Da setzen wir auch sehr stark auf die neue künstlerische Leitung und vertrauen darauf, dass hier neue Impulse kommen und damit auch neue Fördergeber akquiriert werden können. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt.

Das haushaltstragende Bündnis steht zur Kulturstadt Köln. Wir haben viele Akzente - nicht nur für die Institutionen, sondern auch für die freie Szene - in guter und bewährter Tradition gesetzt. Das werden wir auch in den nächsten Jahren entsprechend fortsetzen.

Ich möchte jetzt zum Schluss kommen. Bei der Verwaltung habe ich mich schon bedankt. Ich will mich aber auch bei den haushaltstragenden Kollegen und Kolleginnen aus dem Rat recht herzlich für die angenehme Zusammenarbeit und die angenehmen Gespräche der letzten Wochen und Monate bedanken.

Ich glaube, dass wir hier ein sehr gutes Paket für Köln auf den Weg gebracht haben, das klare Akzente für diese Stadt setzt und mit dem wir diese Stadt weiter voranbringen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Jahn das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Guten Morgen! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben es schon angesprochen: Wir beschließen heute etwas, was woanders normal ist. Wir beschließen nämlich einen kommunalen Haushalt nicht erst im betreffenden Haushaltsjahr, sondern ein Jahr zuvor.

Heute beschließen wir den Haushalt für das Jahr 2018 so rechtzeitig, dass auch die Bezirksregierung Köln unseren Haushalt noch in diesem Jahr genehmigen kann.

Heute realisieren wir auch das, was wir - damit meine ich die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP sowie die Ratsgruppe GUT - am 10. Mai 2016 beschlossen und auf den Weg gebracht haben.

Heute beschließen wir im Jahr 2017 den Haushalt für das Jahr 2018. Andernorts ist das normal. Hier ist es ein notwendiger und dringend erforderlicher Paradigmenwechsel - ein Paradigmenwechsel, den Henriette Reker in ihrem Wahlkampf angekündigt hat und der heute umgesetzt wird; ein Paradigmenwechsel, für den auch das Haushaltsbündnis steht.

Deshalb möchte ich mich auch meinen Vorrednern anschließen und an dieser Stelle erst einmal der Oberbürgermeisterin ganz herzlich danken. Gleicher Dank gebührt aber auch der Kämmerin Gabriele Klug sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die es mit ihrem Engagement ermöglicht haben, dass wir heute beschlussfähig sind. Ich bedanke mich auch bei den haushaltstragenden Fraktionen für die Beratung, die sehr konstruktiv, kooperativ und zielgerichtet war. Allen herzlichen Dank dafür!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Haushalt 2018 verlassen wir den seit Jahren eingeschliffenen schlechten Modus, den Haushalt erst im laufenden Haushaltsjahr zu beschließen, und etablieren endlich ein strukturiertes Haushaltsaufstellungsverfahren.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Pst! Jetzt rede ich, und danach bist du dran.

(Heiterkeit)

Nun ist aufgrund der damit verbundenen Planungssicherheit eine vorausschauende Planung für die zahlreichen freien Träger und die städtischen Institutionen möglich. Wir waren es ihnen und nicht zuletzt der Bürgerschaft schuldig, aus dem Modus der vorläufigen Haushaltsführung, der Abschlagszahlungen und der Planungsunsicherheit herauszukommen und Normalität in das Haushaltsverfahren zu bekommen.

Trotz dieses Paradigmenwechsels setzen wir die 2016 eingeschlagene Linie fort.

Wir nehmen keine Steuererhöhungen vor und behalten verlässliche Verhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger sowie die heimische Wirtschaft bei.

Die Konsolidierung wird fortgesetzt. Die Entnahmequote wird deutlich verringert und liegt jetzt bei 2,47 Prozent.

Wir wissen aber auch, dass das Haushaltsjahr 2019 kein Spaziergang wird und herausfordernd sein wird. Die veranschlagte Entnahmequote - Martin Börschel sprach es an - von 4,4 Prozent zwingt uns, auch weiterhin nachhaltig zu haushalten und den Weg der Konsolidierung fortzusetzen.

Den politischen Veränderungen und Schwerpunktsetzungen lag immer der Grundsatz zugrunde, den Ergebnisplan 2018 nicht zu verschlechtern. Unsere Veränderungen von lediglich knapp 4,5 Millionen Euro bei einem Gesamthaushalt von fast 4,5 Milliarden Euro werden durch reale Einsparungen refinanziert. Somit wird eine Erhöhung des Fehlbetrages vermieden.

Diese 4,5 Millionen Euro sind bei dem gesamten Haushaltsvolumen eine Ausgabe von gerade

einmal 0,1 Prozent. Dies liegt aber nicht daran, dass das Haushaltsbündnis keinen Einfluss nehmen will oder mutlos oder ziellos ist; dies liegt daran, dass von der Verwaltung schon zahlreiche politische Beschlüsse in den heute vorliegenden Haushalt eingearbeitet sind und bereits etatisiert wurden.

Ich kann also festhalten: Der Haushalt 2018 ist - auch mit den politischen Änderungen - so gestaltet, dass er genehmigungsfähig ist. Und das ist unser Ziel und muss unser Ziel sein.

Ein Haushalt ist aber kein Selbstzweck, sondern er steht für die materielle Ausgestaltung der Ziele, Schwerpunkte und Leistungen, die die Stadt erbringen will und erbringen muss.

Für uns Grüne war, ist und bleibt auch in Zukunft das Ziel die Gestaltung der wachsenden Metropole Köln. Das ist ein Schwerpunkt.

Dieses Wachsen einer Stadt, die für alle da sein soll, also für Jung und Alt, für Reich und Arm, kann nur gerecht funktionieren, wenn wir mehr Fahrt im Bau von bezahlbarem Wohnraum bekommen.

Die Bereitstellung von jährlich 33 Millionen Euro für eine städtische Wohnungsbauförderung bis einschließlich 2021 ist da ein wesentlicher Baustein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Auch wenn die aktuellen, noch unter Rot-Grün beschlossenen Rahmenbedingungen des Landes sehr gut sind, was den geförderten Wohnungsbau betrifft - ich hoffe, dass sie unter der neuen Landesregierung weiterhin genauso gut bleiben werden -, müssen wir unser Engagement beim geförderten, aber auch beim preisgedämpften Wohnraum weiter erhöhen.

Mit dem Kooperativen Baulandmodell und der Grundstücksbereitstellung auf Basis des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen sind wir Grüne zuversichtlich, dass nun auch die notwendige Fahrt aufgenommen werden kann. Dies heißt für uns, auch mehr Urbanität zu wagen, dichter und höher zu bauen, ohne dabei den Anspruch auf städtebauliche Qualität und Baukultur zu verlieren.

Deshalb haben wir bei den Ämtern des Planungs- und Baudezernats zusätzlich 18 Planerstellen zugesetzt und verstärken somit deren Leistung. So setzen wir Grüne zusammen mit dem Haushaltsbündnis das Ziel „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ um.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Die SPD hat in einer Pressemitteilung kommunale Wohnungsbauförderung in Höhe von 500 Millionen Euro gefordert. Lieber Martin Börschel, vollmundige Äußerungen zu Menschenrechten dürfen nicht taktisch überzogen postuliert werden. Sie müssen verantwortungsbewusst eingefordert und umgesetzt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das Wachstum der Metropole Köln zu gestalten, heißt für uns auch, das beschlossene Konzept Köln mobil 2025 weiter umzusetzen und die finanziellen Rahmenbedingungen für diese Umsetzung zu schaffen. Wachstum heißt nach grüner Definition auch Veränderung. Wir stehen für einen umwelt- und klimaschutzorientierten Mobilitätsmix.

Deshalb wird das KVB-Busnetz kurzfristig gestärkt und ausgebaut werden.

Wir müssen die Menschen weiter motivieren, auf Bus, Bahn und natürlich auf das Rad umzusteigen. Dies ist nicht nur gut für unsere Umwelt; das ist auch gut für unsere Gesundheit und die Gesundheit der anderen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Für den Ausbau der Radwegeinfrastruktur, zum Beispiel durch die sukzessive Gestaltung von bezirklichen Radverkehrskonzepten, stellen wir im Haushalt ausreichend Mittel zur Verfügung. Allein in 2018 sind einschließlich Verpflichtungsermächtigungen über 170 Millionen Euro im Teilplan „Straßen, Wege, Plätze“ eingestellt. Für die Unterhaltung von Straßen, Rad- und Gehwegen sowie die Attraktivierung des öffentlichen Raums sind im politischen Veränderungsvorschlag weitere 2 Millionen Euro zugesetzt, sodass im Jahr 2018 insgesamt 10,6 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Fünf neue Fahrradabstellanlagen, sogenannte Bike Towers, wollen wir an den Verkehrskotenpunkten errichten.

Aber das ganze Geld bringt nichts, wenn die guten Konzepte nicht auch von Menschen in der Verwaltung bearbeitet und umgesetzt werden können. Das Verkehrsdezernat erhält deshalb 31 zusätzliche Stellen. Auch hier geht es darum,

die Umsetzung der gefassten Beschlüsse zu forcieren.

Ein weiterer Schwerpunkt von uns, aber auch von der CDU ist der Klimaschutz - global, regional, lokal. In Bonn findet gerade die Weltklimakonferenz statt. Am Samstag war Köln Tagungsort der indigenen Völker, die einerseits massiv vom Klimawandel betroffen sind und gleichzeitig auch ein wichtiger Partner im globalen, regionalen und lokalen Klimaschutz sind.

Wir Städter können sehr viel zum Klimaschutz beitragen. Wenn wir es nicht schaffen, den kurzfristigen Gewinn vom langfristigen Nutzen zu unterscheiden, verlieren wir die Fähigkeit, existenzbedrohende Gefahren ernst genug zu nehmen. Um nichts Geringeres geht es beim Klimaschutz: um unsere Existenz und die unserer Kinder und die unserer Kindeskinder.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Deshalb stärken wir konkret den kommunalen Klimaschutz. Erstmals wird ein Klimaschutzfonds mit 1,2 Millionen Euro aufgelegt, der in den Folgejahren mit zusätzlichen Mitteln fortgeschrieben werden soll - eine Forderung, die die Grünen schon lange haben. Mit der SPD war sie leider nie umzusetzen. Deshalb geht mein Dank an die CDU, die FDP und die Wählergruppe GUT. Danke, dass ihr gemeinsam mit uns diesen Weg geht! Nur so ist es möglich, wirkungsvolle Maßnahmen wie die kommunalen Strategien zum Klimaschutz umzusetzen und einzuleiten.

Zudem werden wir 200 000 Euro für Sofortmaßnahmen zur Luftreinhaltung bereitstellen.

Nicht unerwähnt möchte ich auch lassen, dass wir 2018 die Fortschreibung des Programms „1 000 Bäume für Köln“ vornehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

500 000 Euro stehen zur weiteren Pflanzung von 750 Bäumen an Fehlstellen zur Verfügung.

Außerdem werden zusätzliche Mittel für die Pflege von Heidelandschaften und anderen landschaftsgeschützten Flächen sowie die Verstärkung des kommunalen Ökokontos für Kompensationsmaßnahmen bei Flächeneingriffen zu Verfügung gestellt. Das kommunale Ökokonto ist eine schwarz-grüne Initiative gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Die Gestaltung der wachsenden Stadt, der Klimaschutz: alles Schwerpunkte schwarz-grüner Politik und Schwerpunkte des Haushalts 2018.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau der Leistungen in den Bereichen Soziales und Jugendhilfe.

Bereits 2016 haben wir die Übernahme der Tarifkostensteigerungen bei den freien Trägern beschlossen. Die Tarifkostensteigerungen werden auch in Zukunft ausbezahlt. Dies ermöglicht es den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, das kommunale soziale Netz stabil zu halten.

Gerade in Zeiten, in denen sich immer mehr Menschen abgehängt fühlen und ihren Protest zum Ausdruck bringen, indem sie bei rechtspopulistischen Seelenfängern wie der AfD und anderen rechten Gruppierungen ihr Kreuzchen setzen, brauchen wir eine starke und engagierte Sozialpolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Denn einer weiteren Spaltung unserer Stadtgesellschaft müssen wir entgegenzuwirken. Dies ist unser allerwichtigstes Ziel in einer lebendigen Demokratie.

Die Förderung der Integration von Zugewanderten und Geflüchteten darf auch bei sinkenden Flüchtlingszahlen nicht abbrechen. Mein Dank gilt da allen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, die sich täglich dafür engagieren. Aber sie brauchen auch Unterstützung, Koordination und Mittel, um ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit fortsetzen zu können.

Im Haushalt 2018 setzen wir uns auch für die humanitäre Hilfe für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung ein. Viele von ihnen sind drogen- und alkoholkrank. Die aktuellen Anlaufstellen können nicht die adäquaten Hilfen anbieten, die sie brauchen. Mit 700 000 Euro stellen wir Geld zur Stärkung dieser Anlaufstellen zur Verfügung - für Sozialarbeiter, Sprachmittler und Streetworker. Denn diesen Menschen muss geholfen werden. Das alleinige Vertreiben ist weder human noch nachhaltig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Haushalt 2018 setzt aber auch noch einen anderen Schwerpunkt im Bereich Soziales, und zwar bei den Kindern und Jugendlichen dieser Stadt. „Damit aus kleinen Pänz große Demokraten werden“ ist nicht nur ein knackiger Spruch mit Lokalkolorit, sondern ein Leitmotiv von uns.

„Damit aus kleinen Pänz große Demokraten werden“ heißt, den Kindern und Jugendlichen Rahmenbedingungen zu geben, in denen sie sich entwickeln können, und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie sich beteiligen können.

Sowohl für den qualitativen Ausbau der Übermittagsbetreuung in den Jugendeinrichtungen als auch für den qualitativen Ausbau der Integration und der Inklusion an den offenen Ganztagsschulen stellen wir jeweils 1 Million Euro im Haushalt zur Verfügung.

Kinder lernen - das weiß jeder, der schon einmal eine Einschulung miterlebt hat - von Natur aus gerne. Kinder und Jugendliche fühlen sich aber auch sehr gerne wohl in ihrer Umgebung, in der sie sich befinden. Wir tun das alle. Wer tut dies nicht? Ein Ort, an dem sich viele Kinder und Jugendliche nicht wohlgefühlt haben und der oftmals auch Anstoß von Ekel war, sind unsere Schultoiletten.

Zur Instandhaltung der Toilettenanlagen in den Schulen steilen wir zusätzlich 1,4 Millionen Euro zur Verfügung.

Aber auch die Sauberkeit in den Schulen war oft Anlass zur Klage. Deshalb verbessern wir mit diesem Haushalt den Turnus der Reinigung von Fenstern und Schulgebäuden. Das heißt ganz einfach: Es wird öfters geputzt. Dafür stellen wir dieses Jahr 300 000 Euro und nächstes Jahr 400 000 Euro zur Verfügung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Nicht zuletzt möchte ich aber auch betonen, dass für uns die Sanierung und der Neubau von Schulen eine herausragende Aufgabe ist. Dies ist nicht nur eine Aufgabe für den Haushalt 2018; es ist eine unserer dringendsten Zukunftsaufgaben.

Wir haben beim Schulbau und bei der Schulsanierung drei Herausforderungen gleichermaßen zu meistern: einerseits die heruntergewirtschaftete Schulinfrastruktur, gleichzeitig die wachsenden Schülerzahlen und nun den recht schnellen Umstieg von G 8 auf G 9.

Im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft stehen auskömmliche Mittel zu Verfügung. Die Herausforderung besteht nicht in der Bereitstellung von Finanzmitteln, sondern in der Auflösung des Umsetzungsstaus.

Hier haben wir ein Paket zur Stärkung der Gebäudewirtschaft beschlossen. Diese Beschlüsse müssen jetzt zügig umgesetzt werden. Da sind wir zuversichtlich, weil wir auch entsprechend Fachpersonal zur Verfügung stellen und die Strukturen der Gebäudewirtschaft entsprechend stärken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Köln - das hat Herr Kollege Petelkau auch festgestellt - hat eine lebendige Kulturlandschaft, in der die Vielfalt der Stadt mit all ihren Tönen, Bildern und Geschichten Ausdruck findet. Diese braucht es auch. Eine facettenreiche Kulturlandschaft ist kein bloßes Luxusgut. Sie stiftet Dialoge zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, sie schafft Räume für Neues, und sie ist Nährboden für Kreativität. Kultur ist nicht bloße Unterhaltung; Kultur ist ein Motor für Entwicklung.

Dafür braucht es Orte. Die Orangerie ist ein solcher Ort, in dem Töne, Bilder und Geschichten ihren Ausdruck finden. Leider regnet es dort aber rein. Deshalb setzen wir nun 1,8 Millionen Euro für die seit langem gewünschte Komplettsanierung der Orangerie am Volksgarten ein. Damit wollen wir diese kulturelle Spielstätte nachhaltig sichern und erhalten.

Viele Kreative kommen nach Köln. Sie wollen hier leben und gründen in Köln Start-ups. Damit schaffen sie auch einen Nährboden für diese lebendige, dynamische und junge Stadt.

Daher soll im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft ein Kreativhaus unter städtischer Regie etabliert werden. Hierfür stehen 1,2 Millionen Euro im Haushalt. Ziel ist es, Co-Working-Space-Angebote und Kreativräume für die Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft bereitzustellen.

Die dynamische Stadt mit ihren zahlreichen mittlerweile hippen Stadtteilen wie vor allem Ehrenfeld verliert aber auch viele wichtige kreative Räume. Räume, die Klub- und Musikkultur ermöglicht haben, Räume, in denen Subkultur sichtbar und hörbar wurde, sind oftmals die Aushängeschilder der Stadt. Was manchmal als Zwischennutzung begonnen hat, hat einige verwaiste Ort dieser Stadt zu Szenetreffs gemacht. Wenn die Angebote erfolgreich sind, stehen diese Kultureinrichtungen leider oftmals vor dem Aus. Das ist etwas tragisch. Gekommen, um zu gehen? Am deutlichsten wird dies gerade in Ehrenfeld.

Die Debatte, wie es mit unseren Kreativräumen weitergeht, haben wir auch im Mülheimer Süden geführt. Im Deutzer Hafen werden wir sie eventuell fortsetzen. Unsere Stadt braucht aber weiter diese kulturellen Freiräume. Sie braucht weiter eine aktive und lebendige Klubszene. Diese muss auch laut sein dürfen. Sie ist ein Teil der Stadtentwicklung.

Leider haben wir noch kein richtiges Konzept, wie wir diese kulturell genutzten Räume vor allem für die Musikkultur weiter gesichert bekommen und in die Stadtentwicklung integrieren können. Dafür werden wir ein Konzept erarbeiten lassen müssen. Hierfür stellen wir 50 000 Euro zur Verfügung.

Noch gar nicht angesprochen wurde die Kulturförderabgabe. Auch hier haben wir wieder Schwerpunkte gesetzt.

Wie in den Vorjahren verwenden wir aus den Erträgen der Kulturförderabgabe wieder 759 000 Euro für die Stützung der Busbibliothek, der Samstagsöffnung der Stadtteilbibliotheken und des Medienetats der Stadtbibliothek.

Einen Punkt möchte ich hier abschließend ansprechen, da er immer wieder zu Missverständnissen geführt hat - auch Martin Börschel hat noch einmal den Finger in diese Wunde gelegt -: Die Akademie der Künste der Welt ist im Haushalt 2018 - das ist richtig - mit 600 000 Euro gesichert worden. Bereits im Jahr 2017 gab es eine Reduktion des Zuschusses auf 700 000 Euro.

Unser Ziel ist es aber weiterhin, dass die Akademie eine Chance bekommt, sich neu aufzustellen, ihr Profil zu schärfen und auch Strukturen zu überdenken. Die Akademie kann durch den Griff in die Rücklagen ihr Programm realisieren. Wir stehen auch in einem engen Dialog mit der Akademie der Künste der Welt. Die nächsten Monate sind entscheidend. Dann geht es darum, ob die Chance der Neuaufstellung genutzt wird. Denn damit werden auch die Weichen für zukünftige Haushalte gestellt.

Meine verbleibenden 40 Sekunden Redezeit möchte ich dafür nutzen, uns alle und insbesondere die Landtagsabgeordneten darauf hinzuweisen, dass die Stadt Köln trotzdem in gewisser Weise strukturell unterfinanziert ist. Bei allen Konsolidierungsbemühungen, die wir haben, dürfen wir nicht vergessen, dass es fast illusionär ist, zu glauben, die Stadt könne den Ausgleich eines 4,5 Milliarden Euro umfassenden Budgets alleine und aus eigener Kraft bewerkstelligen. Entscheidend wird sein, ob sich bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen der Bund und das Land auch auskömmlich an der Finanzierung der Aufgaben beteiligen, die sie zur Erfüllung an die Kommunen übertragen.

Das gilt nicht nur für die Kindertagesbetreuung, sondern auch und insbesondere für die Unterbringung und die Integration von Geflüchteten.

Gleichermaßen gilt es aber auch für die Finanzierung einer umweltgerechten und das Klima schützenden Verkehrsinfrastruktur. Die Bundesförderprogramme für den ÖPNV laufen gerade aus. Beschlüsse für ihre Fortsetzung fehlen.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Daran müssen wir alle als Kommunalos weiter arbeiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es sollte kein Kürzungshaushalt werden, war von der Oberbürgermeisterin und von der Kämmerin zu hören. Mit ein paar Ausnahmen stimmte das auch.

Da trat das Jamaika-Bündnis auf den Plan. Ohne mit der Oberbürgermeisterin, der Kulturdezernentin und der Akademie der Künste der Welt zu sprechen, wurde hinterrücks und handstreichartig der Betriebskostenschuss gegenüber dem Ansatz von 1 Million Euro auf 600 000 Euro gekürzt.

Meine Damen und Herren, die Kulturförderabgabe, die CDU und FDP immer abgelehnt hatten, verkommt jetzt zum Spielgeld des Jamaika-Bündnisses.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit muss Schluss sein. Wir fordern eine Debatte mit den Kölner Kulturschaffenden, damit die Vergabe der Mittel der Kulturförderabgabe in Zukunft offen und transparent stattfindet.

Meine Damen und Herren, in dem Etat der Kulturförderabgabe sind ja noch über 500 000 Euro offen. Dieses Geld geben Sie nicht aus. Wir können es aber ausgeben, wenn Sie dem Antrag von LINKEN und SPD zustimmen.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Ich bin Herrn Petelkau dankbar dafür, dass er in seiner Rede mit offenen Worten gesagt hat: Wir wollen, dass die Akademie der Künste der Welt in Zukunft nicht mehr 1 Million Euro bekommt, sondern nur noch 700 000 Euro. - Damit ist ganz klar, dass Sie dieses Projekt zum Scheitern bringen wollen. Die Grundfinanzierung der Akademie betrug doch immer 1 Million Euro. Wenn man sagt, dass man ihr nur noch 700 000 Euro gibt, ist ganz klar: Man will ein anderes Konzept; man will es kaputt machen.

Meine Damen und Herren, die Akademie der Künste der Welt hat eine progressive, moderne Kulturarbeit geleistet. Ich weise nur auf ihr Veranstaltungsprogramm hin. Das wollen Sie zunichtemachen.

Sie sagen zwar, Sie wollten im Prinzip neu anfangen. Dann frage ich Sie aber: Warum denn nicht der Neuanfang mit 1 Million Euro?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen können wir nur sagen: Das ist ein reaktionärer Kurs. Das ist brauner Sand.

Dass die Grünen diesen Kurs mittragen, verwundert mich doch sehr stark.

(Niklas Kienitz [CDU]: Es ist interessant, dass du in der Haushaltsdebatte hier den Schwerpunkt setzt!)

- Warum? Wollen Sie nur warme Worte hören? Das ist doch langweilig. Ich bemühe mich zumindest, hier einmal einen interessanten Vortrag zu halten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, DIE LINKE will nicht nur nicht kürzen, sondern wir wollen die sozialen Probleme benennen und anpacken. Wir wollen gestalten.

Die *FAZ* erschien in der letzten Woche mit einem Artikel zur Lage der bundesdeutschen Wirtschaft unter der Überschrift „Deutschland glänzt vor allem an der Oberfläche“. Ich zitiere:

> ... seitens der öffentlichen Hand fehlen dringend nötige Infrastrukturinvestitionen - und zwar in Straßen genauso wie in den digitalen Netzausbau. Der Fachkräftemangel macht der Wirtschaft schon heute zu schaffen, viele Unternehmen suchen händeringend nach Personal. Und im internationalen Bildungsvergleich, etwa von der Industriestaatenorganisation OECD, fällt die Bildungspolitik weit hinter vergleichbar wohlhabende Staaten zurück.

So weit die *FAZ,* die eher andere Personen anspricht als mich.

Meine Damen und Herren, die Stadt Köln hat ein doppeltes Problem: Zum einen fehlt es an Mitteln für Infrastruktur, Soziales und Bildung. Verantwortlich hierfür sind Bund und Land, die über Jahre die öffentlichen Haushalte ausgeblutet haben. Zum anderen fehlen der Stadt Köln für die eigene Verwaltung die notwendigen Fachkräfte.

Wir brauchen eine garantierte finanzielle Mindestausstattung der Kommunen als einen Schutzschild gegen die Schuldenbremsen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ab 2020 müssen Bund und Land diese Schuldenbremsen einhalten. Die Gefahr ist, dass Land und Bund Kosten auf die Kommunen abwälzen, um ihre Schuldenbremsen einzuhalten.

Wenn ich mir die Jamaika-Verhandlungen in Berlin ansehe, muss ich sagen: Dort wird man Köln und das hiesige Jamaika-Bündnis bestimmt im Regen stehen lassen. Da wird für die Kommunen nicht viel kommen.

Meine Damen und Herren, in Köln lebten 2011 30 000 Kinder in Armut. Seit 2011 sind mindestens 2 200 Kinder dazugekommen. Das sollte uns alarmieren.

Im neuesten Bericht der Bertelsmann-Stiftung vom 23. Oktober 2017 steht - ich zitiere -:

> Ein Muster zeichnet sich aus durch wiederkehrende Armutserfahrung, hauptsächlich in Form von Einkommensarmut, die es zwischenzeitlich, aber nicht dauerhaft zu überwinden gelingt (Prekäre Einkommenslage).

Diese Einkommensarmut zu überwinden, gelingt deshalb nicht, weil der neoliberale Zeitgeist und die Rechtsentwicklung mit Jamaika in Deutschland und in Köln die Interessen der Reichen und der Mittelklasse im Auge haben. Die Interessen der Armen interessieren diese Kräfte wenig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der Hinweis im Kinderarmutsbericht auf die prekäre Einkommenslage bestätigt uns doch noch einmal, meine Damen und Herren, dass der

Ratsantrag zum Köln-Pass der richtige Schritt wäre, um mehr Leuten in prekären Einkommenslagen diese Vergünstigungen zu ermöglichen. Ich danke SPD und BUNT dafür, dass sie diesen Antrag, den Jamaika gleich ablehnen wird, mit gestellt haben.

Die Kölner Grünen irren, wenn sie eine dicke Backe machen und meinen, wir könnten froh sein, dass es den Köln-Pass überhaupt noch gebe.

Die sozialen Verwerfungen haben in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch zugenommen.

(Lachen von Monika Roß-Belkner [CDU])

- Ja, sie haben stark zugenommen. - Im Zusammengang mit dem Bundestagswahlergebnis hat der frühere Kölner Wahlforscher Dr. Armin Schäfer auf ein zusätzliches Forschungsergebnis im Rahmen der Lebenslagen-Berichterstattung hingewiesen. Ich zitiere:

> Sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden, und [wenden] sich deshalb von der Politik ab.

Die Politik orientiert

> sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten … Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft auch auf Deutschland zu.

Dazu kann ich nur sagen: US-Präsident Trump lässt grüßen! - Dies ist ein Hinweis auf die sozialen Verwerfungen im Rahmen der Bundestagswahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kölnerinnen und Kölner mit prekären Einkommen müssen zusätzlich auch noch hohe Mieten zahlen, meine Damen und Herren, weil sie keine preisgünstigen Wohnungen bekommen.

Jürgen Becher, der 46 Jahre für den Mieterverein arbeitete und zum Schluss dort Geschäftsführer war, sprach von der Folge von Versäumnissen über die letzten vielen Jahre und erklärte - Zitat -:

> Jetzt stehen wir vor einem Dilemma.

Die Wohnungspolitik ist für DIE LINKE nicht nur eine soziale Frage, sondern der Schlüssel für eine gute Gesamtentwicklung in Köln. Deshalb haben wir in unseren Haushaltsansatz für 2018 zusätzlich 22 Millionen Euro dafür eingestellt, dass die Stadt mehr baut, und zwar in Köln und in der Region, und auf diese Weise dafür sorgt, dass die Mieten nicht weiter durch die Decke schießen.

Sicher könnte man sich über Details, die wir vorschlagen, trefflich streiten. Eigentlich würden wir das auch gerne machen. Aber das Jamaika-Bündnis stellt mit seinem Veränderungsnachweis keinen weiteren Cent für Wohnungsbau in den Haushalt ein. Da gibt es nichts, worüber man sich auseinandersetzen könnte. Da herrscht die totale Leere, und die neoliberale Vorstellung der FDP, der Markt werde es schon richten, macht sich im Kölner Stadtrat breit.

(Niklas Kienitz [CDU]: Du musst den Haushalt erst einmal richtig lesen!)

Meine Damen und Herren, seit einigen Jahren machen sich Fonds von Konzernen und Banken breit und ziehen Grundstücke und Wohnungen an sich. Der Verkauf von 400 Wohnungen der GAG in Wesseling an die Degussa-Bank ist dafür nur ein Beispiel - und ein Hinweis darauf, Herr Petelkau, dass die GAG dringend Kapital braucht; denn sie hat den Verkauf damit begründet, dass sie das Geld in Kalk ausgeben wolle. So viel nur als Hinweis darauf, dass Geld fehlt!

Die Finanzjongleure von diesen Baukonzernen haben so viel Geld, dass sie gar nicht wissen, wohin damit. Sie parken ihr Geld jetzt in Wohnungen zwischen, kümmern sich nicht um den Bestand, erhöhen die Mieten und schmeißen die Wohnungen dann wieder auf den Markt.

Da müssen wir gegensteuern, auch wenn das sehr schwer ist. Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, dass städtische Grundstücke mit einer Konzeptvergabe und nach sozialen Standards - zum Beispiel einem hohen, langjährigen Anteil von preiswerten, geförderten Wohnungen mit sozialen Strukturen bei der Vermietung - vergeben werden.

Köln und die Region bilden eine Metropole, zu der auch eine Mobilität für alle sozialen Schichten gehört. Köln kann seine Probleme nur im Diskurs und im solidarischen Miteinander in der Region lösen. Davon können alle etwas haben.

Wir müssen die Metropole verändern und gestalten. Dies muss unser Leitgedanke sein. Das können wir erreichen, indem wir in Wohnungen, in eine Verkehrswende, in Bildung und in Daseinsvorsorge investieren und indem wir die Be-

dingungen für neue Arbeitsplätze in Köln und der Region verbessern.

Ein planmäßiger, rascher Ausstieg aus der Braunkohle in der Region ist unverzichtbar und eine gewaltige Herausforderung. Das interessiert aber in Köln nur vielleicht einige Ökofachleute. Dies ist ein schwerer Fehler. Denn es wird zu dramatischen Veränderungen in der Region kommen, und das wird auch Köln treffen.

25 000 Arbeitsplätze werden in der Region von der Stilllegung betroffen sein. Diese Menschen brauchen eine Zukunft. Die Gefahr ist groß, dass der ländliche Raum noch weiter an Einwohnern verliert und der Druck auf Köln noch größer wird. Deshalb brauchen wir Lösungsansätze.

Wir brauchen einen guten und preiswerten ÖPNV in der Region. Wir brauchen mehr Radwege. Wir brauchen kleine Lösungen wie Radverkehrsbeauftragte für jeden Stadtbezirk und Busspuren zum Beispiel am Clevischen Ring. Nur so wird es saubere Luft in Köln geben, und nur so werden wir ein Ende des Verkehrsinfarkts erreichen, den wir jeden Tag erleben müssen.

Regional denken heißt auch: den Problemen ins Auge sehen. Wenn nach dem Polizei-Symposium zu Silvester 2016/2017 klar ist, dass Flüchtlinge aus der Region in Köln feiern wollen, dann muss uns das zu denken geben, und man muss handeln. Die Verwaltung ist nicht dazu da, Konflikte zu verwalten, sondern dazu, Lösungswege aufzuzeigen und zu entwickeln.

Immerhin hat die schroffe Kontroverse über eine Silvesterveranstaltung dazu geführt, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie in der ersten Woche der Herbstferien soziale Akteure an den Tisch gebeten haben, um gemeinsam über präventive Maßnahmen auch mit der Region zu beraten.

Es ist bemerkenswert, wie sich die Teile des Jamaika-Bündnisses in dieser Frage winden und welche abstrusen Argumente vorgebracht wurden.

Meine Damen und Herren, die Stadt Köln plant einen Silvester-Event rund um den Dom. Wir möchten, dass dieser Event attraktiv und inklusiv wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist inklusiv! Er schließt niemanden aus!)

Finanzielle Mittel für Integration und gute und kostenlose Bildung, möglichst inklusiv, sind wichtige Investitionen in die Entwicklung der Region Köln. Wir fordern von Bund und Land, dass die Mittel für die Versorgung der Geflüchteten und für Integration vom Bund getragen werden. Mittel für Integration und Bildung müssen bereitgestellt werden.

Wir, DIE LINKE, haben 6,7 Millionen Euro für die Bildung in unseren Veränderungsnachweis eingestellt: Beitragsfreiheit bei der Kita wieder für 18 statt zwölf Monate, ausreichendes Personal, mehr Mittel für Schulsozialarbeit, bessere Ausstattung für den offenen Ganztag.

Mehr Geld für die Menschen zu investieren, sollte im Mittelpunkt stehen. Eine inklusive Integration und Bildung können die Kommunen im Rheinland nicht alleine stemmen. Dazu müssen Mittel vom Bund und vom Land bereitgestellt werden. Lassen Sie uns parteiübergreifend gemeinsam darum kämpfen, dass die Kommunen mehr finanzielle Mittel erhalten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch größer wird. Wir müssen darum kämpfen, dass die im Grundgesetz gebotenen gleichwertigen Lebensverhältnisse wiederhergestellt werden.

Soziale Spaltung ist der Nährboden, auf dem rassistische und nationalistische Gruppen und Parteien gedeihen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie waren nie weg und kamen dann wieder zum Vorschein, als die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wurde. - Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2014 begann die aktuelle Wahlperiode des Stadtrates. Sie endet 2020. 2017 haben wir also Bergfest und damit jetzt Anlass, eine Halbzeitbilanz zu ziehen, Erfolge und Niederlagen gegenzurechnen und einen Ausblick in die Zukunft zu wagen.

Die politische Lage hat sich mit und seit der Kommunalwahl 2014 massiv geändert. Das rot-grüne Ratsbündnis war verschlissen. Es scheiterte nach zehn Jahren spätestens mit der Auf-

stellung von Henriette Reker als Oberbürgermeisterkandidatin. Ihr Unterstützungsbündnis insbesondere aus CDU, Grünen und FDP, aber auch Freien Wählern war erfolgreich und fördert seither die Arbeit der OB.

In der Folge wurde ein schwarz-grünes Kernbündnis geschlossen, mit dem die Freien Demokraten zum Beispiel bereits den Doppelhaushalt 2016/2017 verabschiedeten. Das zeigt, dass die FDP Verantwortung übernimmt, ohne sich einem Koalitionszwang beugen zu müssen.

In den vergangenen 41 Monaten konnte die FDP einige inhaltliche Erfolge verbuchen.

So wurde die Teilinbetriebnahme Süd der Nord-Süd-Stadtbahn realisiert, deren Start im Dezember 2015 bis zuletzt fraglich war.

Auch der Bau der neuen Rheinbrücke zwischen Porz-Langel und Godorf stand zweimal auf der Kippe und wurde in beiden Fällen durch Initiativen der FDP gesichert.

Im Rahmen der Neuausweisung von Wohnbauflächen sind die Liberalen besonders stolz darauf, den neuen Stadtteil Kreuzfeld im Kölner Norden, die Nutzung des Bauwagenplatzes an der Krefelder Straße und die Erweiterung des MediaParks mit durchgesetzt zu haben.

Zusätzlich birgt die Wiederbelebung des Baulückenprogramms ein Potenzial von 15 000 Wohnungen bis 2030.

Unerlaubt Eingereiste sollen künftig auf die Zuweisungsquote angerechnet werden.

Die Frauenhäuser konnten finanziell gesichert werden. Sie erhalten einen barrierefreien Neubau. Außerdem wurde der Zugang für Jungen ab zwölf Jahren ermöglicht, damit diese nicht von den Müttern getrennt werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Grundschulen bekommen künftig Zweifachturnhallen statt Gymnastikhallen.

Die Forderungen nach einem zusätzlichen Gymnasium in Lindenthal und dem Erhalt der Friedensschule wurden mit Mehrheit beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, dass wir heute hier den Haushalt 2018 verabschieden, ist - das ist bereits gesagt worden - etwas Besonderes und ein Beispiel von erfolgreicher Politik auch der FDP. Ich habe diese Forderung seit 1999, seitdem ich diesem Gremium angehöre, hier aufgestellt. Es ist schön, dass man nach 18 Jahren dann sehen kann, dass so etwas auch umgesetzt wird. Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, an Sie, an Ihr Team, an die Stadtverwaltung und alle, die dies möglich gemacht haben!

CDU, Grüne und FDP sowie die Ratsgruppe GUT haben zusammen ein Haushaltsbündnis 2018 gebildet. Die Verhandlungen waren nicht immer leicht, aber von dem Wunsch geprägt, gemeinsam Köln voranzubringen. Die FDP dankt allen Verhandlungspartnern für die vertrauensvolle und überaus konstruktive Zusammenarbeit.

Ich denke, man darf durchaus erwähnen, wem die gute aktuelle Haushaltslage zu verdanken ist, nämlich in erster Linie den erfreulichen Gewerbesteuer- und Steuerzahlungen, die von den Unternehmen und den fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwirtschaftet wurden. Auch dafür von dieser Stelle aus einmal herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber nicht alle unsere Forderungen konnten wir umsetzen.

So wurde die vergleichsweise gute finanzielle Situation der Stadt nicht genutzt, um die viel zu bürokratische und imageschädigende Bettensteuer wieder abzuschaffen.

Auch ist der versprochene Sparhaushalt schon in der Vorlage der Verwaltung ausgefallen. Dem Sprichwort „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ wurde nicht Folge geleistet. So wird der Aufschlag für die städtischen Finanzen beim nächsten Schnupfen für die Konjunktur oder bei Änderungen an der Zinslage umso schmerzhafter.

Auch der Personalbestand der Verwaltung liegt auf Rekordhöhe. Die IHK mahnt in ihrer Stellungnahme, es gelte - Zitat -,

> auf der Basis eines aufgabenkritischen Verfahrens den Personalaufwand strukturell zu begrenzen.

In einer Zielrichtung waren sich alle Partner des Haushaltsbündnisses einig: Wir wollen Köln besser gestalten.

Von den geplanten Haushaltsänderungen für die Stadt Köln möchte ich einige Maßnahmen herausstellen, die diese Entscheidung hervorheben.

Erstens. Köln muss in puncto Sauberkeit und Sicherheit Vorbild sein. Der bauliche Zustand der Schultoiletten sagt viel darüber aus, welches Vorbild wir Kindern in Sachen Sauberkeit geben wollen. Darum haben wir ein entsprechendes Programm aufgesetzt - Kollegin Jahn hat es gesagt - und werden 1,4 Millionen Euro zusätzlich für die Instandsetzung von Schultoiletten zur Verfügung stellen.

Der vom ehemaligen Stadtdirektor durchgesetzte abstruse Beschluss, die Fenster von Kitas, Schulen und öffentlichen Gebäuden nur noch von außen zu reinigen, wird wieder abgeschafft.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ab 2018 werden, wie es sonst überall üblich ist, auch in öffentlichen Gebäuden die Fenster wieder von innen und außen gereinigt. Die Reinigungsintervalle werden von 15 Monaten auf zwölf Monate reduziert.

Die Beleuchtung von Wegen soll mehr Sicherheit schaffen. Wir haben die Beleuchtung der B 8 in Flittard und Stammheim bereits beschlossen. Jetzt kommt der Fuß- und Radweg entlang der Bahntrasse parallel zur Luxemburger Straße zwischen Militärring und Stadtgrenze hinzu.

Zweitens. Die Stadt muss ihr Stadtbild pflegen und erneuern. Dafür bedarf es eines Ortes der Präsentation von neuen Stadtentwicklungsideen aus Wettbewerben und anderen Verfahren, die wir hier am Stadtmodell im Spanischen Bau sehen.

Unrentierliche Flächen, die das Stadtbild verschandeln, sollen mit einem Stadtbildfonds angekauft werden und bereinigt werden.

Endlich soll das Reiterstandbild auf dem Heumarkt vollendet werden. Auch das ermöglicht dieser Haushalt.

(Beifall bei pro Köln und bei Teilen der CDU)

Die Sanierung der römischen Stadtmauer haben wir uns vor die Brust genommen. Dafür wird eine Stelle für zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt.

Es wird einen Ideenwettbewerb geben, der zeigen soll, wie die Präsentation der Städtepartnerschaften im Stadtbild verbessert werden kann.

Die Aufstockung der Grünpflege, gerade des Straßenbegleitgrüns, ist ein wichtiger Bereich in diesem Teil des Haushalts.

Drittens. Köln muss in der digitalen Zeit ankommen. Damit folgt die FDP ihrem Motto „Digital first, Bedenken second“.

Die FDP will mit dem verstärkten Ausbau der öffentlichen WLAN-Infrastruktur in Köln die Stadt Köln in die digitale Zeit bringen. Der Ausbau soll aber eben nicht nur in der Innenstadt erfolgen, sondern auch in den Veedeln.

(Beifall bei der FDP)

Die Verwaltung muss ihre Dienstleistungen vermehrt digital anbieten. Dafür haben wir Mittel für die Einführung weiterer Onlineverfahren für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, zum Thema Sportförderung hat Ulrich Breite schon einiges im Finanzausschuss gesagt. Bernd Petelkau hat das hier eben wiederholt. Entsprechend kann ich mir diese Ausführungen in meiner Haushaltsrede sparen.

Mit diesen aufgeführten Maßnahmen des Haushaltsbündnisses hat die FDP, wie Sie sehen, in diesem Haushalt ihre Handschrift hinterlassen. Köln wird besser gestaltet. Das macht es der FDP leicht, dem Haushalt mit diesen Änderungen zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, diesen Erfolgsmeldungen stehen aber auch Niederlagen liberaler Politik entgegen.

Am meisten über Kreuz liegen wir mit der Ratsmehrheit in den Fragen des Wohnungsbaus, der durch bürokratische Auflagen wie Kooperatives Baulandmodell, Milieuschutzsatzung, städtisches Vorkaufsrecht usw. blockiert wird. Hier wäre eine Entfesselung notwendig, um private Investoren zu dem dringend benötigten Bau von Wohnungen zu motivieren.

(Beifall bei der FDP)

Auch in der Verkehrspolitik werfen wir der CDU vor, dass sie sich zu sehr von den Grünen dominieren lässt.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

So kann die Verlegung des Fernbusbahnhofs zum Flughafen nicht mehr verhindert werden. Der nördliche Gürtel soll nicht vollendet werden, sondern nur ein Radweg werden. Auch der Verzicht auf die Tiefgarage am Ebertplatz bei gleichzeitiger Vernichtung von oberirdisch bis zu 500 Parkplätzen in diesem Bereich gehört zu den verkehrspolitischen Fehlentscheidungen.

Bei diesen Themen haben wir uns nicht durchsetzen können. Aber genau das sind die Fragen, die für die kommende Weichenstellung wichtig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, die FDP ist bei der Landtagswahl im Mai 2017 und bei der Bundestagswahl im September dieses Jahres mit jeweils 13,8 Prozent und einmal 65 000 und einmal 76 000 Stimmen zweimal drittstärkste Kraft in Köln geworden. Dies ist natürlich ein Ansporn für uns für die Köln-Wahl im Jahr 2020.

In den kommenden Monaten hat die Kölner Kommunalpolitik zentrale Themen vor der Brust. Es gilt, den Stadtvorstand wieder voll handlungsfähig zu machen, die Neuaufstellung der Gebäudewirtschaft und der Wirtschaftsförderung voranzutreiben, die Ost-West-U-Bahn zu beschließen sowie den Verzicht auf die Historische Mitte und die Sanierung und Erweiterung des Stadtmuseums an der Zeughausstraße durchzusetzen.

Der Umgang der Oberbürgermeisterin und des schwarz-grünen Kernbündnisses unter anderem mit diesen Fragestellungen und den liberalen Antworten dazu wird für die weitere Positionierung und den Verbleib der FDP im Reker-Bündnis ausschlaggebend sein.

2018 kommt es zur entscheidenden Weichenstellung in Richtung OB- und Köln-Wahl 2020.

Die Leistungsbilanz der Oberbürgermeisterin, die Anfang 2018 Bergfest ihrer Amtszeit feiert, und von Schwarz-Grün in den zentralen Fragen der Stadt reichen aus unserer Sicht noch nicht, um sich 2020 guten Gewissens entsprechend vor die Wählerschaft stellen zu können.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

So wird in Fragen des Wohnungsbaus und der verkehrlichen Infrastruktur leider ideologischen Träumereien nachgegangen, statt das Notwendige im erforderlichen Tempo für eine erfolgreiche Metropole zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich mit einem Zitat schließen:

> Die Stadt Köln besteht seit den Römerzeiten, und ich halte es für einen unrichtigen Egoismus, wenn man es versäumt, die Zukunft der Stadt sicherzustellen … Die Stadt Köln steht zur Zeit in einer Entwicklungsperiode, wie sie nicht so leicht wieder kommen wird. In solchen bedeutungsvollen Zeiten darf man nicht mit kleinlichem Maße messen, sondern man muss mit großen Schritten vorwärts gehen, wenn man von der Zukunft nicht überholt werden und bald zu der Einsicht kommen will, dass man das Nötige nicht zur rechten Zeit oder nicht im vollen Umfang getan hat.

Diese Worte stammen vom Kölner Oberbürgermeister Wilhelm von Becker und sind mit Datum vom 27. Oktober 1887, also vor genau 130 Jahren, unter der Überschrift „Mit großen Schritten vorwärts gehen“ anlässlich der bevorstehenden Eingemeindungen in die Stadt Köln überliefert.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Er fährt nicht, er geht!)

Sie haben an Aktualität nichts eingebüßt. Becker war von 1886 bis 1907 Oberbürgermeister dieser schönen Stadt. In seine Amtszeit fielen die Gründung der Handelshochschule Köln als Vorläuferin der Universität, der Bau des Rheinauhafens und die Einführung der elektrischen Straßenbahn.

Seine Worte wurden mir vom Kölner Bürger Peter Karius geschickt, der sich Sorgen macht, dass bei der Ost-West-Achse zu kleinlich entschieden wird.

Wir Freien Demokraten wollen - ganz im Sinne von Oberbürgermeister Becker - das Wachstum Kölns gestalten und nutzen, um Köln auch qualitativ zu neuer Größe und zu neuem Strahlen zu bringen. Dafür reichen wir allen Kräften in Rat und Verwaltung, die ebensolches wollen, die Hand. Lassen Sie uns gemeinsam ein mobiles und bezahlbares, ein sauberes und sicheres, ein lebens- und liebenswerteres Köln schaffen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht von der AfD zu sprechen? - Herr Baentsch, bitte.

Wolfram Baentsch (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir von der AfD ersparen uns eine Analyse und eine Exegese des vorgelegten Haushaltsentwurfs.

(Zuruf: Das würde ja Arbeit machen!)

Wir lehnen den vorgelegten Haushalt ab.

Das will ich begründen. In den vorbereitenden Gesprächen der Stadtspitze mit den Fraktionen ist die AfD systematisch außen vor geblieben. Sie ist nicht berücksichtigt worden. Sie ist boykottiert worden.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

- Das mögen Sie jetzt bedauern. Allerdings haben Sie allesamt, alle Fraktionen, aktiv daran mitgewirkt.

Dieses Verhalten kann nicht anders bewertet werden als zumindest doch demokratisch zweifelhaft.

(Beifall bei der AfD)

Wir setzen auch ein Fragezeichen hinter die Rechtmäßigkeit dieses Haushalts, weil eine Fraktion bei der Beteiligung zur Gestaltung dieses Haushalts außen vor geblieben ist und boykottiert worden ist.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch völliger Quatsch! - Niklas Kienitz [CDU]: Sie haben doch einen Vertreter im Finanzausschuss!)

- Dass ein AfD-Vertreter im Finanzausschuss krankheitshalber nicht aktiv mitgewirkt hat, bedauert niemand so sehr wie die AfD selber. Das wird sich in Zukunft ändern.

(Weitere Zurufe)

- Danke für die Zwischenrufe. - Ich habe angemerkt, dass das Verhalten der Fraktionen und der Stadtspitze insgesamt demokratisch zumindest zweifelhaft zu nennen ist.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wenn es nicht stimmt, dann stimmt es nicht!)

Es ist aber auch rechtsstaatlich nicht hinzunehmen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagt der Richtige!)

Wir behalten uns vor, die Rechtmäßigkeit dieses Haushalts, den wir ablehnen, überprüfen zu lassen.

Ich füge zum Schluss an - und nicht nur nebenher -, dass dieses Boykottverhalten dieses ehrwürdigen Hauses dem Geiste der Geschäftsordnung widerspricht, dass es zudem aber auch - und das sollte allen zu denken geben - dem Grundgesetz diametral entgegensteht. Das Grundgesetz fordert in Art. 3 die grundsätzliche Gleichbehandlung.

Ich bitte Sie, wenn schon nicht uns gegenüber, dann doch aus Respekt gegenüber dem Wählerwillen dieses Verhalten in Zukunft zu ändern. Dann ist die AfD gerne bereit, konstruktiv in diesem Hause mitzuwirken. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wünscht jemand von der Gruppe pro Köln zu sprechen?

(Markus Wiener [pro Köln]: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. - Dann frage ich Frau Gerlach oder Herrn Hegenbarth, wer zu sprechen wünscht. - Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! „Stadt Köln im Jahr 2018 mit größtem Haushalt aller Zeiten“ schrieb *Focus* im Juli 2017 über die fast 4,6 Milliarden Euro. Man könnte also sagen - für die, die sich im Internet auskennen -: #GröHaZ.

Ja, der Haushalt hat Wumms, um es einmal salopp zu formulieren. Er ist vergleichbar mit dem Haushalt kleiner Bundesländer wie dem des Saarlandes.

Der damit verbundenen Verantwortung sind sich - davon gehe ich aus - die meisten hier im Rat sehr bewusst und erarbeiten diesen Haushalt auch in den unterschiedlichen Fach- und Sachgremien der Stadt entsprechend. Wir tun das übrigens mindestens genauso engagiert.

Als Vertreter einer kleinen Ratsgruppe darf ich mir aber den Luxus herausnehmen, auch einmal sehr grundsätzlich über den aktuellen Haushalt - und damit verbunden die weitere politische Entwicklung - nachzudenken, der über Produktbe-

reiche, Teilfinanzpläne, Investitionsmaßnahmen, Transferleistungen oder Schlüsselzuweisungen in Köln hinausgeht.

Was hat denn so alles Wumms im Haushalt unserer Stadt? Oder was könnte denn wirklich Neues auch nach außen deutlich sichtbar durch diesen Haushalt nachhaltig verändert werden und was eben leider nicht?

Herr Petelkau sagte vorhin so treffend: Akzente setzen.

Die städtische Wirtschaftsförderung erhält 1 Million Euro extra.

Für die Optimierung der Grünpflege in ganz Köln werden fast 2 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt.

2,5 Millionen Euro gibt es für neue Kunstrasenplätze plus 1 Million Euro für deren Pflege - wobei ich an unsere Anfrage erinnere, in deren Rahmen deutlich wurde, dass erst nach zehn bis 15 Jahren umfangreiche und kostenintensive Sanierungen anstehen. Aber auf den ersten Blick mag das okay sein.

Ab 2018 wird es für Köln-Pass-Besitzer die KVB-Monatskarte im Abo geben.

Sowohl die Hallennutzungsgebühr als auch die Schwimmbadgebühren für Vereine sollen nun abgeschafft werden.

1 Million Euro wird für das Sofortprogramm zum Ausbau der öffentlichen WLAN-Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Das finden wir sehr gut.

Es gibt einen Klimaschutzfonds mit 1,2 Millionen Euro und 200 000 Euro für Maßnahmen zur Luftreinhaltung - was vor dem Hintergrund der Umweltbelastungen, denen Kölnerinnen und Kölner ausgesetzt sind, eigentlich ein Witz ist.

1 Million Euro sind zur energetischen Sanierung von Straßenbeleuchtung vorgesehen. Das finden wir wichtig und gut.

Es gibt Zuschüsse für Hilfen gegen Obdachlosigkeit und Verwahrlosung und noch einige weitere ganz gute Punkte.

Okay, ja. Aber soll das wirklich reichen für den Anspruch einer Millionenstadt auf etwas Neues, den großen Wurf, die Herausforderungen einer wachsenden Millionenstadt mit massiven Problemen wie Wohnungsnot, drohendem sozialen Abstieg weiter Teile der städtischen Gesellschaft, Verkehrsinfarkt oder latenter Sicherheitsdiskussion?

Fangen wir einmal mit dem kleinsten denkbaren Nenner an, unserer bescheidenen kleinen Ratsgruppe BUNT. Wir wurden gar nicht erst gefragt, ob wir aussichtsreiche Ideen oder Vorschläge mit in den Haushalt einbringen können oder ihn womöglich mittragen. Dafür steht bereits eine Mehrheit zur Verfügung. Ich bin auch nicht naiv genug, um zu glauben, dass es diesmal anders laufen soll als in den vergangenen Jahren.

Wir kämen aber mit Sicherheit nicht auf die Idee, zu klagen, wie das diese blaue Luftpumpentruppe gerade mal wieder angedeutet hat.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Was aber fehlt, sind deutliche Worte und mutige Schritte. Akzente sind einfach zu wenig.

Warum fehlt der Mut, über Fraktions- und Mehrheitsgrenzen hinweg zu denken?

Warum fehlt einer Mehrheit der Mut, den Kölnerinnen und Kölnern zu sagen, dass an Fahrverboten kaum ein Weg vorbeigehen wird?

Warum laufen wir dem Opernskandal immer nur hinterher, statt schon längst eine Fusion mit anderen Städten anzustreben?

Warum ist es in Köln öffentlich schon ein zu heißes Eisen, die Einführung einer Citymaut nur alleine prüfen zu wollen?

Warum gibt es in unserer Stadt so einen lauten Aufschrei, wenn als Antwort auf Wohnungsnot die Diskussion um neue Hochhäuser und Höhenverdichtung ansteht?

Warum wird Drogenpolitik in Köln eher mit Repression und Verdrängung beantwortet, und warum werden neue Weichenstellungen wie in Düsseldorf, Frankfurt oder Münster bei uns abgelehnt?

Warum gehen wir bei der aktuellen Sicherheitsdiskussion nicht auf die wirklichen Ursachen ein und bekämpfen in erster Linie nur die Symptome mit Videoüberwachung und Präsenz?

Warum steht vor dem Hintergrund der verkehrlichen Herausforderungen und eines drohenden, latenten Verkehrsinfarkts unserer Stadt einer grundsätzlichen Reform so viel Widerstand entgegen?

Von der Vision eines fahrscheinlosen ÖPNV will ich dabei ja noch nicht einmal reden. Es sind

doch einige weniger grundsätzliche Dinge, die mich schon ärgern.

Warum werden Stadtteile wie Vingst, Kalk und Finkenberg stärker benachteiligt, wenn es um die Aufnahme geflüchteter Kinder an Schulen geht?

Warum kann man bei der im letzten Haushalt beschlossenen Kürzung der Beitragsfreiheit bei den Kitas nicht wieder auf den alten Stand zurückgehen?

Ich habe noch 20, 30 andere Dinge, mit denen ich mich in dieser Rede gar nicht noch mehr belasten möchte, weil sie mich zu sehr ärgern.

In dem aktuellen Haushalt sehe ich dies auch nicht in Ansätzen verwirklicht. Hier wäre deutlich mehr Spielraum gewesen. Mut ist eben etwas anderes, als nur weiter so wie bisher zu machen oder nur Akzente zu setzen.

Hier wurde eine große Chance vergeben. Wir, die Ratsgruppe BUNT, werden daher diesem Haushalt nicht zustimmen.

Ich habe ich extra beeilt. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und am Livestream! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Haushalt zu und bedanken uns an dieser Stelle auch bei den anderen haushaltstragenden Parteien für die Einladung zur Mitarbeit.

Wir konnten einige Programmpunkte und Aspekte mit einbringen. Dies werden wir in den kommenden Ratssitzungen näher besprechen. Hier will ich nur einige Stichworte nennen.

Schon in der nächsten Ratssitzung werden wir von hier aus das Projekt „Radeln ohne Alter“ mit auf den Weg bringen. Es läuft zum Beispiel in Essen schon sehr erfolgreich.

Wir haben ein Anreizprogramm zum Kauf von Lastenrädern eingebracht. Auch da hoffen wir, dass es 2018 an den Start kommt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Gesundheitsdaten ankauft, um festzustellen, wo Köln krank ist und was die Ursachen sind. Dabei denken wir zum Beispiel daran, zu sehen, wo Feinstaub die Leute tatsächlich krank macht, und in der Verkehrspolitik entsprechend umzusteuern.

Es wird weiterhin Geld für kleine Festivals geben. Auch das ist ein kleiner Erfolg im Kulturetat.

Die Akademie der Künste der Welt wurde heute hier schon mehrfach angesprochen. Da wir diesen Beschluss mittragen, möchte ich dazu natürlich auch etwas sagen. Es war nicht unsere Idee, den Zuschuss für die Akademie von 1 Million Euro auf 700 000 Euro und nun auf 600 000 Euro zu kürzen. Es ist klar, dass das heute ein Kristallisationspunkt in der Haushaltsdebatte ist.

Ich fand auch ganz interessant, Jörg, von dir zu hören, dass du sagst, der Haushalt sei im Großen und Ganzen okay

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- dann gucken wir im Wortprotokoll nach -; aber bei der Akademie der Künste der Welt sei es aus deiner Perspektive schlecht gelaufen - oder auch aus anderer Perspektive; darauf schießen sich jetzt alle ein. Es war auch klar, dass dieser Ärger zu erwarten ist.

Wir stehen zur Akademie der Künste der Welt, sind aber dafür, dass die Akademie aus der Kulturförderabgabe herauskommt und dauerhaft im Kulturetat verankert wird, wobei der Kulturetat dann natürlich entsprechend erhöht wird.

Über die Höhe der Mittel, die die Akademie der Künste der Welt zur Verfügung gestellt bekommen soll, muss man sich natürlich unterhalten. Es muss auch ein ehrliches Bekenntnis zu der Akademie geben. Dann wird sich herausstellen, was sie Köln und dem Rat oder der Mehrheit des Rates wert ist. Diese Diskussion müssen wir führen.

Wir sind gespannt auf das Ergebnis und wünschen der Akademie der Künste der Welt, dass sie eine dauerhafte Planungssicherheit bekommt - dann aber vielleicht auch mit einem geringeren Etat als dem Zuschuss von 1 Million Euro zu Beginn ihrer Tätigkeit.

Die Perspektive der Akademie hat für uns aber leider nicht ausgereicht, deswegen den ganzen Haushalt abzulehnen. Es gibt in diesem Haushalt nämlich auch mehr Mittel für Kultur. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Es gibt mehr Mittel. Es gehen auch wieder mehr Mittel in die Bezirke und in die Stadtteile - etwas, was wir schon seit Ewigkeiten fordern.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Es gehen endlich auch deutlich mehr Mittel in den Klimaschutz.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Allein das sind für uns schon einmal drei Gründe, weshalb wir sagen: Wir können diesem Haushalt gerne zustimmen, auch wenn es an der einen oder anderen Ecke schmerzt.

Schmerzen tut uns auch das Kunstrasenprogramm. Wir halten dies - wir waren gerade beim Klimaschutz - für eine nicht besonders klimaverträgliche Variante, Breitensport zu ermöglichen, sehen aber natürlich, dass es eine große gesellschaftliche Akzeptanz und eine große Mehrheit dafür gibt. Wir konnten zumindest einbringen, dass nun auch ökologischere Varianten ernsthaft geprüft werden, und hoffen, dass wir Möglichkeiten finden, dieses Programm ökologischer zu gestalten.

Zum Klimaschutz: Bis heute hat der Klimaschutz leider in der Politik der Stadt Köln weder im Rat noch in der Verwaltung oberste Priorität. Die derzeit stattfindende UN-Klimaschutzkonferenz wurde schon angesprochen. Sie ist natürlich auch ein guter Anlass, über verschiedene Dinge ausführlicher zu sprechen.

Ein Beispiel sind die 300 Bäume an der Bonner Straße. Ich wünsche mir eine Verwaltung, die in Zukunft an die Aufgabe herangeht, diese Bäume zu erhalten, und dann ganz klar sagt: Was für eine Möglichkeit gibt es? Wie würde der Straßenraum aussehen, wenn diese Bäume stehen bleiben? - Offensichtlich gibt es da auch andere Möglichkeiten. Dies würde natürlich zulasten des Autoverkehrs gehen. Aber wir wären bereit, diesen Weg zu gehen und die Flächen dem Autoverkehr wegzunehmen.

Ein anderes Beispiel ist der Ausbau des Trainingsgeländes am Grüngürtel. Auch das gehört für uns immer noch zum schlechten Teil der Bilanz. Dort erfolgt eine Versiegelung von Grünflächen, die so nicht sein muss und die wir weiterhin ablehnen. Wir freuen uns aber darüber, dass sich die Haushaltsmehrheit die Freiheit genommen hat, da auch unterschiedlich zu votieren.

Auch bei den Grünflächen im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen finden wir in den Verwaltungsvorlagen zwar immer wieder Hinweise auf den Klimaschutz; letztendlich muss er aber immer wieder hinten anstehen, und Wohnungsbau geht vor Klimaschutz. Wir glauben, dass man dies verträglicher gestalten kann, als es in Köln zurzeit gemacht wird.

Ich möchte Sie hier auch noch einmal - Sie haben die Einladung von uns schon per Post bekommen - zu unserer Klimaschutz-Veranstaltung am Montag, dem 13. November 2017, im Filmforum des Museums Ludwig einladen. Es freut uns, dass Herr Dr. Rau daran teilnehmen wird. Auch Ihr ehemaliger Ratskollege Dr. Matthias Welpmann, der inzwischen Klimadezernent in Neuss ist, wird kommen. Wir freuen uns sehr darauf, dort noch einmal intensiver über Klimaschutz in Köln zu sprechen.

An dieser Stelle möchte ich aber auch noch einmal an die Beantwortung unserer Anfrage zum Klimaschutz erinnern. Denn darin haben wir genau diese Frage gestellt, wo wir eigentlich stehen.

Ein weiterer Schwerpunkt bei uns ist natürlich der Verkehr. Frau Blome, Sie hatten bei einem ersten Kennenlerngespräch gesagt, als Sie über die Zeit in Düsseldorf berichtet haben, dass für Sie die Umsetzung von Ratsbeschlüssen eine Selbstverständlichkeit sei und dass dies natürlich von einer Verwaltung so gemacht werden solle.

Zwar ist laut der Uhr meine Redezeit jetzt zu Ende. Aber die Uhr ist bei 4:20 Minuten gestartet, als ich angefangen habe. Auch gefühlt glaube ich nicht, dass zehn Minuten um sind. Deswegen lassen Sie mich das bitte noch kurz zu Ende führen.

Wir haben diverse Beschlüsse, die nicht umgesetzt werden. Ich möchte den autofreien Niehler Gürtel nennen. Dazu haben wir einen Planungsbeschluss. Es ist für mich wirklich unerträglich, dass diese Planung nicht vorgelegt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wird ein fürs andere Mal angekündigt. Jetzt ist sie wieder für Dezember 2017 angekündigt worden. Ich glaube das aber tatsächlich erst, wenn ich sie sehe und die Vorlage nicht am Tag

der Ratssitzung oder am Tag vorher wieder von der Tagesordnung zurückgezogen wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie kommt.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Ja, sie kommt. Frau Reker, kurz nachdem Sie gewählt worden sind, hatten wir ein Gespräch. Damals haben Sie uns gesagt, wir würden uns wundern, wie schnell manche Dinge gehen werden. Dieses Gespräch ist zwei Jahre her.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In Köln ist das schnell.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): In Köln mag das vielleicht schnell sein. Das heißt aber noch lange nicht, dass diese Planung dann überhaupt irgendwann einmal umgesetzt ist.

Das Gleiche gilt bei RingFrei. Auch dort haben wir klare Beschlüsse von der Bezirksvertretung Innenstadt und von Ausschüssen des Rates. Auch dort hapert es extrem mit der Umsetzung.

Wir haben die Rampe an der Nordseite. Auch daran geht die Verwaltung nicht lösungsorientiert heran, sondern es wird uns nur gesagt, warum das angeblich nicht geht.

Ein anderes schönes Beispiel sind die Beschlüsse zu den freilaufenden Rechtsabbiegern. Wir haben nach langem Hickhack beschlossen, dass an der Kreuzung Subbelrather Straße/Innere Kanalstraße, wo es einen tödlichen Unfall gab, die Situation endlich wieder verkehrssicher hergestellt wird. Die anderen Rechtsabbieger an dieser Kreuzung interessieren die Verwaltung nicht, und sie sagt, da bestehe kein Handlungsbedarf.

Im September dieses Jahres haben wir dann in einer Sitzung des Verkehrsausschusses beschlossen, dass sich die Bezirksvertretung, der ADFC und die Polizei alle diese freilaufenden Rechtsabbieger genau angucken und sie auf Gefährlichkeit überprüfen. Über diesen im September getroffenen Beschluss ist der ADFC bis heute nicht einmal informiert worden. Er hat sich zweimal im Verkehrsdezernat gemeldet, auch bei Herrn Harzendorf persönlich. Keine Reaktion! Das geht nicht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist sicherlich der Falsche!)

- Vielleicht. Aber das geht eben einfach nicht. Es tut mir auch leid, dass es ihn an dieser Stelle trifft. Aber Verkehr ist nun einmal einer unserer Themenschwerpunkte. Wir meinen es ernst mit der Verkehrswende und würden uns freuen, wenn endlich die gesamte Verwaltung im Verkehrsdezernat mit uns an einem Strang ziehen würde.

Damit komme ich zu den letzten drei wirklich kurzen Schlussbemerkungen und beginne mit der Aufarbeitung des Messeskandals. Uns freut sehr, dass es gestern auch offiziell auf den Weg gebracht wurde. Professor Graeff hat schon vieles Interessante dazu gesagt, wie er sich das vorstellt.

Zum Ebertplatz möchte ich natürlich auch noch einige Worte verlieren. Ich hätte gerne mehr dazu gesagt. Aber an dieser Stelle möchte ich Sie nur bitten: Nehmen Sie auch diese eine letzte Kündigung zurück. Es ist vollkommen unerklärlich, warum man dieser einen Galerie gekündigt hat. Da geht es ja nicht um kommerziellen Betrieb, sondern das sind Leute, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen. Ich weiß nicht - das wissen sie selber auch nicht -, warum ausgerechnet diese Leute jetzt mit einer Kündigung für ihr Engagement bestraft werden sollen. Das ist vollkommen unerklärlich. Bitte nehmen Sie diese Kündigung zurück.

Wir sind mit diesem Haushalt zufrieden. Aber natürlich könnte Köln auch noch weiter ökologischer und sozialer werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Gäste und Zuschauer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Einzelmandatsträger suche ich mir jetzt die entsprechenden Positionen heraus. Ich habe sie natürlich vorher festgelegt. Aber ich habe es ja einfach. Sie haben alle schon gesprochen. Ich könnte sie mir jetzt heraussuchen. Aber ich mache es mir nicht leicht; glauben Sie mir das.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen. Wir werden uns allerdings enthalten, weil wir einerseits mit diesem Haushalt arbeiten, aber andererseits auch viele Fragestellungen haben.

Der Haushalt hat drei bemerkenswerte Elemente: Er ist in der Rekordhöhe von 4,6 Milliarden Euro aufgestellt worden. Die Kassenkredite, die für die Liquidität sorgen, sind mit 1,8 Milliarden Euro beziffert. Die prognostizierten Entnahmen aus der Rücklage sind zwar historisch niedrig; aber immerhin sind noch 124,5 Millionen Euro aus den Rücklagen zu entnehmen.

Warum enthalten wir uns? Sie wollen - so steht es zumindest in der Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung - die Stadt entschulden und das Vermögen sanieren. Dazu fordern Sie Disziplin ein. Ich zitiere das einmal:

> Um die angestrebte Sanierung des Haushalts umzusetzen und damit den Vermögensverzehr zu reduzieren bzw. langfristig zu beenden, ist eine strenge Haushaltsdisziplin unerlässlich. Es muss zwingend darauf geachtet werden, dass unterjährig auftretende Verbesserungen nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben, sondern zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Sanierung des städtischen Vermögens verwendet werden, um so dauerhaft die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten.

Diese Ziele erreichen Sie zumindest mit den drei eben genannten Punkten in diesem Haushalt nach meiner Meinung nicht.

Die Neuverschuldung wird nicht aufgehalten.

Eine sogenannte ungeplante Verbesserung, nämlich die Rückvergütung des LVR, wird nicht verwendet, um zu entschulden, sondern sie wird im Veränderungsnachweis 3 auf unterschiedliche Positionen aufgeteilt.

Mit Verlaub: Wo ist da die Disziplin? Dieser Satz liest sich gut - aber gänzlich ohne jede Verbindlichkeit. Wo ist der Maßnahmenkatalog, wenn Sie Disziplin einfordern? Wo sind die Verantwortlichkeiten geregelt? Das Thema Verantwortlichkeiten wird in diesem Rat und auch in der Verwaltung immer wieder umgangen - mit diesem Satz auch.

Nach unseren Schätzungen - jetzt komme ich einmal auf die Risiken zu sprechen, die den eigentlichen Grund für die Enthaltung darstellen - ist die Gesamtverschuldung der Stadt unter Einbeziehung der Eigenbetriebe und der Beteiligungsgesellschaften mit deutlich über 6 Milliarden Euro zu beziffern. Das ist Entschuldungspotenzial. Das sind Risiken, die die Stadt hat, entweder buchfest oder mit irgendwelchen Bürgschaften, zum Beispiel bei den Kliniken. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Und wie sieht die Zukunft aus? Wir werden diese Verschuldung ja weiter hochtreiben. Wir müssen in den nächsten zehn Jahren - ich habe einmal zehn Jahre angenommen - für Sanierungsmaßnahmen und für die Vollendung begonnener Projekte hohe Milliardenbeträge bereitstellen.

Die Personaloffensive wird sehr viel Geld verschlingen. Brücken- und Straßensanierungen, Ausbau des ÖPNV, Schulsanierungen, Stadtarchiv-Einsturz und Neubau des Stadtarchivs, Nord-Süd-Bahn inklusive Bonner Straße, Bühnensanierung plus Interim, Bühnenwerkstätten, Kalkberg, RGM, Kölnisches Stadtmuseum und Mikwe: Alles das sind jetzt einmal grob aufgezählte Projekte, die enorme Summen an Investment erfordern.

Nach unserem Dafürhalten bleibt da kein Platz für eine Historische Mitte, einen Wallraf-Anbau, eine Fußgängerbrücke oder eine Ost-West-Trasse.

Zusätzlich wird dieser Haushalt immer wieder durch enorm hohe Quersubventionen für Gesellschaften und für Eigenbetriebe belastet. Ich nehme nur einmal einige heraus - an erster Stelle unser Hobby, die Kölner Sportstätten GmbH. Die unsägliche Diskussion mit dem FC um das Stadion, um den Standort und um einen möglichen Ankauf des Stadions muss beendet werden. Allein durch die Veräußerung des Stadions und des Golfplatzes könnte sofort Geld lockergemacht werden. Die Kliniken der Stadt Köln bergen ein enorm hohes Risiko von Bürgschaften. Der BioCampus Cologne und das Technologie- und Gründerzentrum Zentrum sind kleinere Posten; sie zählen aber auch dazu. Mit der Auflösung und dem Verkauf wäre ein wirklich wichtiger Schritt auch zur Vermögenssanierung getan.

Wir wollen auf der anderen Seite aber auch, dass die Bürger erheblich mehr Mitspracherechte bekommen. Sie wissen das. Dafür stehen wir ein. Wir reden von echter Bürgerbeteiligung und wollen sie auch praktizieren.

Das beste Beispiel dafür könnte doch der Bürgerhaushalt sein. Was ist aus diesem Bürgerhaushalt geworden? 2007/2008 ist er ausge-

schrieben worden. Sage und schreibe fast 12 000 Leute haben sich gemeldet und 4 973 Ideen zu Papier gebracht. Letztes Jahr waren es noch 3 875 Bürger mit 631 Vorschlägen - und das war noch einmal ein positiver Ausreißer in der ansonsten noch viel tiefer gestellten Historie.

Wir möchten eine grundlegende Veränderung dieses Konzeptes. Verbinden Sie diesen Bürgerhaushalt mit dem städtischen Haushalt. Setzen Sie nicht einen Festbetrag ein und versuchen dann, aus Anliegen oder Vorschlägen der Bürger budget- und passgenaue Anliegen oder Vorschläge einzubringen. Ich halte es für wichtig, dass der Bürgerhaushalt sehr viel früher ausgeschrieben wird und dass die Auswertung des Bürgerhaushalts vorliegt, wenn wir in der Haushaltsplanung sind. Dann finden sich die Bürger mit ihrem TOP irgendwo in diesem Haushalt wieder. Dann müssen sie auch durch ein gutes Kommunikationskonzept begleitet und informiert werden. Das ist unser Anliegen an Sie. Dies möchte ich auch durch einen Antrag im Rat zur Diskussion stellen.

Ganz zum Schluss noch ein Punkt: Bedauerlich ist für mich, dass Köln beim Dieselgipfel keine klare Position gegen die Macher - ich nenne sie einmal: die Betrüger - und den politischen Kotau in Berlin bezogen hat. Mich hat das getroffen. Ich habe Ihnen, sehr geehrte Frau Reker, hierzu einen offenen Brief geschrieben. Wenn in Berlin hinter verschlossenen Türen mit den Vertretern der Industrie Schadensbegrenzung praktiziert wird, sollten wir alle Mittel ausschöpfen - diese Möglichkeit haben wir, glaube ich -, um für circa 300 000 dieselgetriebene Fahrzeuge in Köln und auch für unsere möglicherweise durch diesen Skandal begründeten Luftreinhaltemaßnahmen Geld einzufordern, also Schaden zu reklamieren.

Es mag sein, dass der Dieselskandal die Interessen der autofeindlichen Grünen-Politik unterstützt. Aber er wird auch zu erheblichen Zusatzbelastungen des städtischen Haushalts führen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht unser Problem, sondern das Problem der Industrie! Das müssen wir einmal klarstellen!)

- Ja, Herr Frank. - Läppische Softwareupdates und 400 E-Tankstellen: Das sind mehr oder weniger europaweit Armutszeugnisse insbesondere für die Politik.

Wir wünschen uns, dass Sie offen über den Zustand der Stadt Köln sprechen, und nicht versuchen, mit Haushalten die wirkliche Lage und die Risiken dieser Stadt zu verschönen. Die Bürger haben ein Anrecht darauf, über den Status der Stadt informiert zu werden. Ich hoffe, dass Sie uns da zustimmen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur zweiten Runde. Es beginnt Herr Börschel.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zweiter Teil! Erste Runde!)

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt eine Menge Reden insbesondere der Jamaika-Koalition, die den Haushalt trägt, gehört und können, glaube ich, hier feststellen: Wenn viele Köche kochen, kommen zwar eine Menge Zutaten zusammen; aber sie kochen nicht nach demselben Rezept. Der Kollege Sterck hat das in erfreulicher und schonungsloser Offenheit gesagt. Wenn es um die wirklichen Zukunftsfragen dieser Stadt geht, sind sich CDU, Grüne und FDP in wesentlichen Fragen eben nicht einig, obwohl sie heute einen gemeinsamen Haushalt beschließen. - Das ist das Erste, was wir zusammen festhalten können.

Wir haben von vielen schönen Einzelmaßnahmen gehört. Eine Menge dieser Maßnahmen sind auch ganz gut. Da haben wir gar nichts zu kritisieren. Aber wo sind die gemeinsamen Antworten auf die großen Herausforderungen dieser Stadt? Diese Antworten bleiben Sie schuldig. Das möchte ich für die SPD-Fraktion hier noch einmal zu Gehör bringen.

(Beifall bei der SPD)

An einem städtischen Haushalt kann man Unterschiede gut festmachen. Ich will mit dem ersten Unterschied beginnen. Herr Kollege Petelkau hat gerade bezogen auf den Haushaltsentwurf der Verwaltung und das, was Jamaika daraus macht, ausgeführt - ich darf zitieren -, dass von der politischen Seite bei den Investitionen gar kein Nachholbedarf bestand. Ich will ganz offen und ehrlich sagen: Da sind wir schlicht und einfach anderer Meinung. Wir glauben, dass die Stadt Köln dringend weitere Investitionen in Wohnen, Infrastruktur und Bildung braucht.

Wir werden in den nächsten Jahren 1,2 Millionen Kölnerinnen und Kölner haben. Das bedeutet: Wir haben einen riesigen Bedarf an neuem Wohnraum in dieser Stadt. In den nächsten zwölf Jahren bis 2030 brauchen wir 66 000 Wohnun-

gen, davon jedes Jahr 2 000 öffentlich geförderte Wohnungen. Das sind doch die Fakten, denen wir uns stellen müssen und denen Sie sich auch stellen müssen, die Sie mit Ihrem heutigen Haushaltsbeschluss aber hartnäckig ignorieren.

Die Baugenehmigungen sind drastisch rückläufig. Wir haben im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 einen Rückgang von 37 Prozent. Skandalöse 37 Prozent weniger Baugenehmigungen haben wir im Jahresvergleich. Diese Herausforderungen ignorieren Sie heute mit Ihrem Beschluss und insgesamt.

Kollegin Jahn hat mich völlig richtig zitiert; Wohnen ist ein Menschenrecht. Aber wenn das so ist und wenn meine Zahlen von eben stimmen - und sie sind ja Fakten -, dann dürfen wir doch nicht weiter kleckern, sondern müssen klotzen. Wir brauchen endlich große Antworten auf diese Herausforderungen.

Deswegen sind wir in der Tat der Meinung, dass die Stadt Köln in den nächsten fünf Jahren ein Wohnungsbauprogramm mit einem Volumen von 500 Millionen Euro braucht. Wir sind wirklich dieser Meinung, weil wir beispielsweise in An- und Verkauf von Grundstücken investieren müssen.

Übrigens: Wer öffentlich gefördert dort baut, der soll Grundstücke auch verbilligt bekommen können.

Wir brauchen tatsächlich eine Stärkung kommunaler Wohnungsbauunternehmen. Wir brauchen kommunale Bürgschaften. Wir brauchen zusätzliche kommunale Daseinsförderung und einiges mehr.

Das sind Punkte, die man mit einem solchen kommunalen Wohnungsbauprogramm nicht nur finanzieren kann, sondern finanzieren muss, weil sie zur Lebensgrundlage und zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gehören. Deswegen stehen wir dazu, diesen Vorschlag gemacht zu haben.

Sie haben jetzt eingewendet, warum wir denn keinen Antrag dazu gestellt hätten. Frau Kollegin Jahn, Herr Kollege Petelkau, Ihre beiden Reden haben in schonungsloser Offenheit dargestellt, dass ein Antrag hier und heute vergebene Liebesmüh gewesen wäre, weil wir bei Ihnen erst einmal Grundlagenarbeit machen müssen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Lachen bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Ich will Ihnen das belegen. Sie haben zu ein und demselben Thema

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist wirklich süß!)

- das ist wirklich süß, liebe Kollegin Jahn; ich will Ihren Zuruf da gerne aufgreifen -,

(Niklas Kienitz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind süß! Süß arrogant!)

völlig diametral Unterschiedliches gesagt. Wir haben im jetzigen Haushalt - da haben Sie recht - die Leerstelle eines kommunalen Wohnungsbauprogramms von 33 Millionen Euro.

Darauf weist Frau Kollegin Jahn hin und sagt: Da müssen wir nicht mehr tun; das reicht alles; es ist doch wunderbar.

Herr Kollege Petelkau hat in seiner Haushaltsrede ein paar Minuten zuvor gesagt: Wir haben das kommunale Wohnungsbauförderprogramm von 33 Millionen Euro; davon fließt aber kein Cent ab.

Damit hat er auch recht. Das ist nämlich das Verrückte an der Sache. Seit Ende 2016 ist das Programm ausgelaufen. Die Förderbedingungen sind nicht verlängert worden, obwohl die SPD-Fraktion hier im Stadtrat einen entsprechenden Antrag gestellt hat. Obwohl das so ist und wir endlich die neuen Kriterien für die Förderung haben müssen, lassen Sie das tagein, tagaus, jahrein, jahraus einfach auslaufen. Dieses Geld steht als Leerformel im Haushalt, und nichts fließt ab.

Das ist ein Skandal. Und dafür tragen Sie die Verantwortung, weil Sie dieses Programm nicht fortschreiben. Das ist ein Fehler. Das muss man doch hier sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gleichzeitig kann man festhalten, dass wir beim An- und Verkaufsetat des städtischen Liegenschaftsvermögens einen deutlichen Spielraum haben. Weit über 50 Millionen Euro kann man jedes Jahr daraus mobilisieren, und zwar ohne einen anderen Haushalt schreiben zu müssen. Wir geben weniger bei Ankäufen aus und nehmen mehr bei Verkäufen ein. Daraus ergibt sich ein riesiges Delta, das man nutzen kann.

Wir fordern, in diesem kommunalen Wohnungsbauförderprogramm diese Mittel endlich auf den Wohnungsbau zu fokussieren und sie nicht einfach dem allgemeinen Haushalt zugutekommen

zu lassen. Damit haben Sie die Summe schon zusammen. 500 Millionen Euro in fünf Jahren sind eine große Summe, aber kein Hexenwerk. Alleine das zeigt, dass es geht.

Aber Sie müssen sich erst einmal einig werden, was Sie mit diesem Wohnungsbauförderprogramm machen wollen. Seit zwei Jahren tun Sie nichts. Das ist an dieser Stelle das eigentliche Problem.

Ich will abschließend zu diesem Komplex noch sagen, dass wir insgesamt auch die Ausschüttungen der städtischen Gesellschaften dringend neu justieren müssen. Nehmen Sie alleine den Stadtwerke-Konzern als Beispiel. Die Stadtkämmerin und die Haushaltsmehrheit schreiben für das Jahr 2018 in den Haushaltsplan, dass die Unternehmen im Stadtwerke-Konzern 46 Millionen Euro an Ausschüttungen an den städtischen Haushalt abführen müssen. Zwei Jahre später sind es schon 78,8 Millionen Euro, also 22 Millionen Euro mehr. Von der GAG rede ich noch gar nicht und von anderen Gesellschaften auch nicht, sondern nur vom Stadtwerke-Konzern.

Da sage ich klipp und klar - das ist ein weiterer Unterschied -: Die Sozialdemokratische Fraktion will bezogen auf die städtischen Unternehmen keine Dividendenausschüttungspolitik betreiben. Vielmehr möchten wir Infrastruktur-, Investitions- und Daseinsvorsorgepolitik betreiben. Das ist ein großer Unterschied. Deswegen machen Sie mit dem Haushalt einen Fehler. Wir sind der Meinung, dass man die Ausschüttungspolitik der städtischen Unternehmen im Sinne von Investitionen in Daseinsvorsorge ändern muss.

Nun komme ich zum Thema Infrastruktur, um auch dieses Beispiel, was notwendige Investitionen angeht, noch einmal zu benennen. Wir brauchen doch insbesondere Investitionen in Bus und Bahn, also in die Verkehrsinfrastruktur, in den öffentlichen Nahverkehr. Das brauchen wir nicht nur, wenn wir die Mobilitätswende schaffen wollen, sondern wir brauchen es auch, wenn wir neue Wohngebiete ausweisen wollen, und zwar nicht Fehlern vergangener Jahre folgend irgendwann zig Jahre später, sondern zeitgleich. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Der Bedarf ist auch gigantisch. Ich nenne nur die Anbindungen von Widdersdorf, Rondorf-Nordwest, Meschenich-Nord, Zündorf-Süd, Stammheim, Flittard, Mülheim-Süd und Neubrück. Da habe ich noch überhaupt nicht von neuen Stadtteilen gesprochen, die ja auch kommen sollen; da hat der Kollege eben vollkommen recht gehabt. Das heißt: Der Bedarf ist riesig.

Die Umsetzung dauert aber viel zu lange. Wir müssen dabei endlich auch einen unmittelbar kommunalen Schwerpunkt setzen und dürfen nicht immer alles schön hintereinander machen.

Das heißt: Wir erwarten, dass man den Kölner Verkehrs-Betrieben auch die notwendigen Mittel lässt, um hier zu einer schnelleren Realisierung zu kommen, und ihnen auch die Möglichkeit lässt, vorzufinanzieren. Diese Dinge müssen unbedingt mit dem Fördermittelgeber verhandelt werden, damit es endlich möglich ist, mit einer insoweit gestärkten KVB zeitgleich Wohnungen und die Verkehrsinfrastruktur zu schaffen. Das halten wir für elementar. Sonst macht Köln nämlich vieles, aber nicht ordentlich wachsen. Auch das sehen Sie falsch.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie bezogen auf den Köln-Pass dem Auseinanderdriften der Gesellschaft, der größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, nicht Rechnung tragen, hat der Kollege Detjen eben schon völlig zu Recht gesagt. Sie werden mit der Ablehnung unseres Antrags heute einmal mehr Ignoranz auf diesem Feld beweisen.

Denn wir wissen doch alle, dass wir uns verstärkt denjenigen widmen müssen, die zwar arbeiten, aber von ihrem Einkommen kaum vernünftig leben können. Soziologen nennen das die Working Poor. Diese Menschen müssen wir unbedingt in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, um zu dokumentieren: Wir möchten, dass es Chancengleichheit gibt, dass es Teilhabemöglichkeiten gibt.

Wenn Sie möglicherweise einwenden, dass dafür der Bund zuständig ist, haben Sie zwar recht. Aber die Stadt Köln darf doch das ihrerseits Notwendige nicht unterlassen. Und wenn wir mit dem Köln-Pass ein bundesweit beachtetes Instrument haben, mit dem wir hier einen kleinen Beitrag leisten können, um auch diese Schicht von Menschen endlich in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen und ihnen zu helfen, dann sollten wir das nicht nur tun, sondern dann müssen wir das tun. Das ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Abschließend komme ich zum Thema Bildung. Auch hier gilt: Wir brauchen die bestmögliche Bildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Deswegen bleibt es ein Fehler, dass Sie die vom Land gegebene finanzielle Möglichkeit zur Aus-

weitung der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten wieder nicht aufgegriffen haben. Diesen Fehler haben Sie beim letzten Mal gemacht. Jetzt schreiben Sie ihn fort. Das ist und bleibt ein Fehler, den wir aufs Schärfste kritisieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn gemessen am verfügbaren Einkommen - das sagen auch alle Studien, die dazu zur Verfügung stehen - sind die unteren und mittleren Einkommen mit Gebühren und Abgaben am meisten belastet. Es kommt ja nicht auf die absolute Be- oder Entlastung an, sondern auf die relative. Und die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen - der Mittelstand - sind am stärksten belastet. Deswegen müssen wir hier auch aus kommunaler Sicht eine Entlastung schaffen.

Wir müssen den Schulbaunotstand beheben. Dass wir mit dem Programm Gute Schule 2020, das die neue Landesregierung zum Glück fortschreibt, einen großen Anteil von der Landesebene bekommen können, ist das eine. Wir müssen dem Schulbaunotstand aber auch mit unseren lokalen Möglichkeiten entgegenwirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle will ich Ihnen insbesondere zu dem Thema „Zustand und Reinigung von Schulgebäuden“ schon noch eines ganz deutlich sagen. Der Antrag, den wir heute stellen, geht weiter als das, was Sie beschließen. Sie haben im Finanzausschuss schon behauptet: Diesen Antrag braucht man nicht mehr; denn wir von Jamaika-Plus machen das schon.

Das stimmt aber nicht. Was Sie machen, ist ein Teil, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Man muss natürlich häufiger reinigen. Man muss die Schultoiletten aber auch in einen noch bessern Zustand versetzen, als Sie das jetzt mit diesem Haushalt möglich machen.

Ich möchte allen Schülerinnen und Schülern, allen Eltern und allen Lehrerinnen und Lehrern das Zitat des Kollegen Petelkau von eben noch einmal zu Gehör bringen und sie bitten, sich das auf der Zunge zergehen zu lassen. Er hat wörtlich gesagt:

> Weitere Reinigungsleistungen zu fordern, meine Damen und Herren, halten wir an dieser Stelle für überzogen.

Ich halte es für einen Skandal, Herr Kollege Petelkau, so etwas zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Bereich Bildung müssen wir auch einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung legen. Wir sind wir uns möglicherweise einig, dass an dieser Stelle NetCologne, das hier kürzlich ein wichtiges Programm dargestellt hat, ein großes Lob und ein Dank gebührt. Man muss NetCologne aber auch die Möglichkeit geben, es zu finanzieren. Wenn dieses Programm in den nächsten Jahren 30 Millionen Euro kostet, wird das auf Dauer nicht gehen, wenn wir nicht dem Stadtwerke-Konzern und damit auch NetCologne diese Mittel überlassen. Je mehr man abschöpft - ich sage noch einmal: 78,8 Millionen Euro im übernächsten Jahr -, umso weniger wird NetCologne seine Digitalisierungsoffensive beispielsweise für Schulen, aber auch für Stadtteile umsetzen können.

Deswegen passt es nicht zusammen, auf der einen Seite NetCologne digitalisieren zu lassen und auf der anderen Seite möglichst viel Kohle haben zu wollen. Sie müssen sich für einen Weg entscheiden.

Unsere Antwort ist klar: Wir brauchen Investitionen in die Daseinsvorsorge und die Infrastruktur, und dazu gehört auch die Digitalisierung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der langen Rede kurzer Sinn: An einem Haushalt muss sich ablesen lassen, wohin sich eine Stadt entwickeln soll. Ein Haushalt ist eine Blaupause für stadtpolitisches Handeln. Was sind die Schwerpunkte? Wohin soll sich eine Stadt entwickeln? All das muss man aus einem Haushalt und seinem Stellenplan ablesen können. Was man dort sehen können muss, ist die Frage von sozialer Gerechtigkeit, die Frage von wirtschaftlicher Vernunft, die Frage von nachhaltiger Mobilität und summa summarum die Frage: Entwickelt sich die Stadt zukunftsfähig, oder wird sie verwaltet, und das auch nur bestenfalls?

Hinter den Zielen, die wir in Köln für wichtig halten - eine wachsende, moderne Metropole, in der es gerecht zugeht und in der die Mobilität eine zukunftsfähige Wende erhält -, bleibt das, was Sie heute beschließen werden, deutlich zurück. Ihr heutiger Beschluss ist mutlos. Er ist eine Enttäuschung.

Herr Kollege Sterck hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie alle miteinander Bergfest feiern. Das heißt: Die Zeit der Ausreden, es immer auf andere schieben zu können, ist endlich vorbei. Sie müssen jetzt liefern. Sie sind in der Pflicht.

Liefern tun Sie nicht. Deswegen ist dieser Haushalt eine Enttäuschung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch wenn man falsche Dinge wiederholt, lieber Kollege Börschel, werden sie nicht automatisch richtig.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Diskussion um die Elternbeiträge und die entsprechende Refinanzierung des Landes ist auch schon im Rahmen des letzten Haushalts von Ihnen falsch dargestellt worden. Wir haben hier keine Konnexität. Und Sie haben immer noch nicht erkannt, weil Sie nämlich nicht bei den Menschen sind, was überhaupt die Probleme der Eltern sind. Deren Probleme sind die Qualität und die Quantität der Kindergartenplätze. Das ist das, was zurzeit Priorität hat.

Die Haushaltslage auf Landesebene - Sie kennen es als Ausschussvorsitzender - ist nicht so, dass Geld in Hülle und Fülle da wäre. Das Gleiche gilt für den städtischen Haushalt. Deshalb ist es die vornehme Aufgabe der Politik, zu priorisieren. Und wenn die Menschen Qualität und Quantität der Plätze haben wollen und benötigen, dann ist das auch die Aufgabe, die die Politik annehmen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bei den Nebelkerzen, die Sie hier zu legen versuchen, lieber Kollege, geht es aber auch noch weiter. Sie wollen die Leute glauben machen, wir hätten in diesem Haushalt und im städtischen Konzern überhaupt nichts für Investitionen bereitgestellt; das sei alles viel zu wenig, um die moderne, wachsende Stadt entsprechend darzustellen.

(Martin Börschel [SPD]: Viel zu wenig ist es auch! Das ist richtig! Viel zu wenig!)

Das ist doch falsch. Sie wissen ganz genau, wie viel Geld bei den städtischen Gesellschaften investiert wird. Es sind Milliardenbeträge, die in den nächsten Jahren in den Mittelfristplanungen vorgesehen sind - sowohl bei der GAG, die große Wachstumsprogramme hat, als auch beim Stadtwerke-Konzern mit seinen Töchtern NetCologne, KVB und RheinEnergie. In den nächsten Jahren werden Milliardenbeträge in diese Stadt, in die Infrastruktur, in die Weiterentwicklung und in das Wachstum investiert.

Es ist auch ein Ammenmärchen, zu glauben, dass die Stadt alles, insbesondere den Wohnungsbau, alleine machen könne. Bei den Mengen und Größenordnungen, die wir benötigen, um die wachsende Stadt darzustellen, müssen wir doch vor allen Dingen dafür sorgen, dass die privaten Investoren in einem stärkeren Maße in dieser Stadt tätig werden.

(Martin Börschel [SPD]: Die tun doch nichts!)

Die Rahmenbedingen von der Finanzseite sind doch wunderbar. Die Zinsen sind auf einem historisch niedrigen Niveau.

Wir müssen sehen, dass wir die Bedingungen, die wir durch die Verwaltung schaffen, verbessern. Dafür haben wir eine Verwaltungsreform, um die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Schauen Sie sich doch einmal die Listen der Projekte an, die in den letzten Monaten im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt worden sind. Gucken Sie sich auch einmal an, welche Gebiete im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen ausgewiesen worden sind. Wir haben doch innerhalb kürzester Zeit eine neue Situation geschaffen.

Wir dürfen ja nicht vergessen, was wir vorgefunden haben. Zehn Jahre lang haben Sie nichts gemacht.

(Widerspruch bei der LINKEN - Martin Börschel [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Und jetzt beschweren Sie sich, dass das nicht von heute auf morgen entsprechend bereitgestellt werden kann.

Das stimmt doch nicht. Die Planungen sind auf den Weg gebracht worden. Jetzt kommt die Genehmigungsphase. Auch hier gibt es personelle Zusetzungen, die in die Stellenpläne aufgenommen worden sind. Alle diese Dinge werden doch auf den Weg gebracht.

Ein Beispiel, das ich in Ihrer Rede wirklich an Abstrusität nicht zu überbieten fand, möchte ich noch einmal highlighten, nämlich das Thema Widdersdorf. Wir haben als Schwarz-Grün - auch

die FDP war damals noch beteiligt, glaube ich -, als wir Widdersdorf-Süd beschlossen haben, die Schienenanbindung dieses neuen größeren Stadtteils vorgesehen.

(Michael Frenzel [SPD]: Aber nicht gemacht!)

Was haben Sie denn zehn Jahre lang gemacht? Sie haben zehn Jahre lang nichts gemacht. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, es müsse alles im Prinzip heute und morgen da sein.

Genau das ist Ihr Problem. Ihre Glaubwürdigkeit ist an dieser Stelle komplett neben der Spur. Diese Nebelkerzen haben ja auch bei den letzten Wahlen nicht gewirkt. Sonst wären Sie in Köln doch nicht so abgestraft worden.

Das ist genau das, was wir nicht wollen. Wir sagen den Leuten ehrlich, was geht und was wir machen wollen.

Ich glaube, dass das Paket, das wir auf der städtischen Seite gebündelt haben, in Kombination mit den Investitionen, die wir in dieser Stadt entfesseln wollen - durch weniger Bürokratie auf Kölner Ebene, aber auch auf Landesebene, wo wir die Entfesselungsgesetze zusammen mit unserem liberalen Partner auf den Weg bringen -, das richtige Rezept ist, um diese Stadt entsprechend voranzubringen.

Lassen Sie mich nun noch etwas im Hinblick auf die Schultoiletten sagen. Hier ging es konkret um einen Fall. Natürlich können wir noch mehr Reinigung machen. Aber Sie müssen auch ehrlich sein und sagen, was die Finanzierung von kürzeren Reinigungsintervallen kostet. Das haben Sie aber gar nicht in Ihren politischen Veränderungsnachweis eingebracht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Sie stellen jetzt einen Änderungsantrag, ohne den Menschen zu sagen, was das finanziell bedeutet. Und das ist überzogen, lieber Kollege. Das habe ich hier kritisiert. Es geht nicht darum, dass wir die Situation an den Schulen nicht insgesamt verbessern wollen. Das ist unser aller Ziel und Aufgabe. - Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal klar sagen.

Ich glaube - damit komme ich zum Schluss -, dass wir mit diesem Haushalt einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einer ausgeglichenen Struktur gehen, dass wir wichtige Schwerpunkte für Investitionen in dieser Stadt gesetzt haben und dass die Stadt Köln es gemeinsam mit privaten Investoren schaffen wird, diese Stadt in ihrem Wachstumsmodus auch so umzubauen, dass die Menschen weiterhin zufrieden und glücklich in Köln leben. Und das ist das Ziel, das wir alle gemeinsam anstreben sollten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Ratsgruppe BUNT hat noch ein bisschen Redezeit übrig. Möchte jemand von Ihnen jetzt noch einmal sprechen?

(Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT]: Nein!)

Ansonsten sind nur noch Sekundenanteile übrig, meine Damen und Herren. Wenn Sie sie noch ausnutzen möchten, können Sie das gerne tun. 23 Sekunden hätten Sie noch. Herr Wortmann hätte sogar noch über zwei Minuten. - Ich sehe, dass kein weiterer Redebedarf besteht.

Dann bedanke ich mich für Ihren lebendigen Austausch und lasse jetzt über die Anträge abstimmen. Ich werde nicht mehr nach Wortmeldungen fragen; das liegt in der Natur der Sache. Nur noch bei Tagesordnungspunkt 3.1 werden Nachfragen zugelassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

1 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

1.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Reinigung in Schulen verbessern“ AN/1266/2017

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, pro Köln und die Ratsgruppe BUNT. Wer ist dagegen? - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, die AfD und die Ratsgruppe GUT. Wer enthält sich? - Herr Wortmann enthält sich, und ich enthalte mich auch. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Auch auf Grund erheblich höherer Schülerzahlen und stärkerer Auslastung unserer Schulen ist es erforderlich, die Reinigungsqualität in Kölner Schulen insgesamt zu verbessern. Der Ausschuss Schule unter Wei-*

terbildung beauftragt die Verwaltung daher in einem ersten Schritt, das Reinigungsintervall für die Sanitärbereiche an Kölner Schulen von einmal auf zweimal täglich zu erhöhen.

2. *Weitere erforderliche Anpassungen der Reinigungsleistungen sind im Folgenden durch die Verwaltung zu prüfen und mit dem Ziel eines einheitlichen Beschwerdemanagements auszuwerten. Die Verwaltung wird dazu beauftragt, sicherzustellen, dass künftig die bei unterschiedlichen Stellen in der Verwaltung eingehenden Beschwerden der Schulen auf weitere systemische Mängel im Reinigungssystem der Schulen untersucht und durch entsprechende Maßnahmen behoben werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und der Oberbürgermeisterin und gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe pro Köln und der Gruppe BUNT abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe BUNT betreffend „Armutsfolgen abmildern - Köln-Pass ausweiten“
AN/0512/2017

Hier frage ich wieder, wer für den Antrag ist. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt den Berechtigtenkreis für den Köln-Pass von bisher maximal 130 % auf 140 % der Sozialhilfe oder der jeweiligen Regelbedarfsstufe des ALG II zu erweitern. Somit haben künftig alle Kölnerinnen und Kölner mit einem Haushaltseinkommen (Erwerbs- und Renteneinkommen), das maximal 40 % über der Sozialhilfe oder der jeweiligen Regelbedarfsstufe des ALG II zzgl. der individuellen Miete liegt, Anspruch auf einen Köln-Pass. Davon werden insbesondere Geringverdiener profitieren.*
2. *Die Werbung für den Köln-Pass muss intensiviert werden. Dazu sollen die Mitarbeiter in JobCentern, Job-Börsen und Meldehallen die Köln-Pass- Berechtigten bei der Beantragung des Köln-Passes unterstützen. Ebenso soll in Kitas, zertifizierten Familienzentren, Bürgerzentren, Schulen, Stadtteilbibliotheken und geeigneten öffentlichen Einrichtungen eine zielgruppengerechte Ansprache erfolgen, um verstärkt für den Köln-Pass zu werben.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe BUNT abgelehnt.

2 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Politischer Veränderungsnachweis von CDU, Grünen, FDP und GUT - Verwendung der Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017“
AN/1581/2017

Antwort der Verwaltung vom 06.11.2017
3354/2017

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung?

(Martin Börschel [SPD]: Wir kommen darauf zurück! Wir müssen es in Ruhe lesen!)

- Okay.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

4 Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

5 In die Haushaltplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

Tagesordnungspunkt

5.1 Bedarfsfeststellung für die Durchführung eines Vergabeverfahrens über die Mahd und Pflege des Straßenbegleitgrüns in den Außenbezirken
4009/2016

Gegenstimmen? - DIE LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Bedarf für das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren über die Mahd und Pflege der ausgewählten Flächen der Außenbezirke im Straßenbegleitgrün durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

6 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

Tagesordnungspunkt

7.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2015
3151/2017

Hier wird über den Beschlusspunkt 2 abgestimmt.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

- *Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2015 wird festgestellt.*
- *Der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO erteilt.*
- *Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 403.616.136,34 € wird durch Inanspruchnah-me der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die beschriebenen Mängel abzubauen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

8.1 Silvesterprogramm in der Umgebung des Kölner Doms/Multimediaprojektion und Bühnenprogramm
3160/2017

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen von Herrn Wortmann, der AfD, pro Köln und der Ratsgruppe BUNT ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin und eines Ratsmitgliedes:

Der Rat stimmt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung NW der Realisierung des Multimedia-Projekts der Illuminationsmanufaktur Panirama GmbH an Silvester 2017 mit Gesamtaufwendungen i. H. v. 212.000 € zu.

Hierzu genehmigt der Rat folgende zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen:

- *162.000 € im Teilergebnisplan 0111, Sonstige Innere Verwaltung, bei Teil- planzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen*
- *50.000 € im Teilergebnisplan 0111, sonstige Innere Verwaltung, bei Teilplan- zeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen*

Die Deckung vorgenannter Mehraufwendungen i. H. v. 212.000 € erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601, bei Teilplanzeile 20, Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen.

Köln, den 19.10.2017

gez. Henriette Reker *gez. Jörg Frank*

Oberbürgermeisterin *Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln, der Gruppe BUNT und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

9 Stellenpläne

Tagesordnungspunkt

9.1 Stellenplan für das Jahr 2018 (inklusive Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln)
2834/2017

Ich lasse über die ergänzte Fassung des Finanzausschusses vom 13. Oktober 2017 einschließlich des Änderungsantrags und einschließlich des Nachtrags in der Anlage 6 abstimmen.

Wer ist dafür? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT. Wer enthält sich? - Es enthalten sich pro Köln, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Damit ist dieser Stellenplan so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 13.10.2017 und ergänzt um die Zusetzungen aus Anlage 6 der Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2018 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.*

   Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse bzw. gesetzlicher Vorgaben ergeben sich für 2018 im Saldo 708,25 Mehrbedarfe (Mehrstellen, Entfristungen und Befristungsverlängerungen) für die Kernverwaltung.

   Bedingt durch die nach wie vor spürbaren Auswirkungen der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen, den Maßnahmen zur Intensivierung der Verkehrsüberwachung und des Ordnungsdienstes, die erweiterten neuen Aufgaben aus dem Themenfeld „wachsende Stadt“ (Bildung, Betreuung und Wohnen) und den Nachholbedarf bei der Sanierung/Neubau der Infrastruktur – hier insbesondere Verkehr, Straßen, Brücken, Tunnel und des Sanierungsbedarfs bei Gebäuden sind für 2018 insgesamt 607,76 Stellen zusätzlich erforderlich. Aufgrund eines dauerhaft bzw. zumindest temporär weiterhin bestehenden aufgabenbedingten Bedarfs werden 77,00 Stellen entfristet und für 58,72 Stellen die Befristungen verlängert. Darüber hinaus werden 35,23 Stellen abgesetzt.

   Von den 607,76 Mehrstellen entfallen

   268,46 (= rd. 44%) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben,

   168,00 (= rd. 28%) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und

   171,30 (= rd. 28%) Stellen auf die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben.

2. *Der Rat beschließt bei 26 – Gebäudewirtschaft der Stadt Köln die Befristungsverlängerung für 2,50 Stellen, die in der mittelfristigen Finanzplanung im Rahmen des vom Rat am 04.04.2017 beschlossenen Wirtschaftsplanes 2017 enthalten ist.*

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Kernverwaltung und 26 – Gebäudewirtschaft der Stadt Köln insgesamt Mehrbedarfe im Umfang von saldiert 710,75 Stellen erforderlich sind.

4. Die Finanzierung der für die Kernverwaltung ausgewiesenen Mehrbedarfe ist gesichert und die Finanzierung der Mehrbedarfe der Gebäudewirtschaft wird im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2017 und des noch zu erstellenden Wirtschaftsplanes 2018 aufgezeigt.

Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlossenen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

Der Rat beschließt ferner folgende Ergänzungen zum Stellenplan 2018 als Anlage zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2018:

Liste 1 Mehr- u. Wenigerstellen

Dez.	*Dst.*	*Stellen*	*Bemerkung*
OB	*OB/5*	*0,5 A/E12*	*Städtepartnerschaften / SDG*
V	*V/7*	*0,5 E/A13*	*Klimapartnerschaften*
VII	*4512*	*1,0 E/A9*	*Restaurator/-in f. Steinkonservierung*
VII	*4514*	*1,0 E10*	*MAKK Marketing*
IV	*512*	*1,0 E/A10*	*Erneuerung Spielplätze*
IV	*52*	*1,0 E/A11*	*Gartenbauingenieur*
VI	*67*	*10,0 E/A4/5*	*Fachkräfte Straßenbegleitgrün*
V	*57*	*1,0 E/A11*	*Ingenieur Entsiegelung*
V	*57*	*1,0 E/A10*	*Begrünung*
VI	*57/3*	*1,0 E/A13*	*Umweltbildung / Haus des Waldes*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe GUT sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln und der Gruppe BUNT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018
2847/2017

Wer diesem Stellenplan zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT. Wer enthält sich? - Es enthalten sich pro Köln und die AfD-Fraktion. Damit ist er so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2018 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe GUT sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018
2900/2017

Auch hier frage ich: Wer ist dafür? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von pro Köln und der AfD-Fraktion. Damit ist dieser Stellenplan so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2018 des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2018
2915/2017

Wer für diesen Stellenplan stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von pro Köln und der AfD-Fraktion. Damit ist er so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2018 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir schließlich zu:

10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich mittelfristiger Finanzplanung bis 2021
3201/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
AN/1599/2017

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der SPD und der LINKEN und dann über die Beschlussvorlage abstimmen. Die Abstimmung gliedert sich also in zwei Teile.

Zunächst bitte ich Sie, zu votieren, wer den Änderungsantrag von SPD und LINKEN mittragen will. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann und der Ratsgruppe BUNT. Damit ist er abgelehnt.

Dann lasse ich über die Beschlussvorlage abstimmen. Wer dieser Beschlussvorlage zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Herr Wortmann enthält sich. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:

Der Verwendungsvorschlag zur Kulturförderabgabe wird wie folgt geändert:

TP	*Fachbereich*	*Gegenstand*	*KFA 2018*	*Haushaltsvermerk*
04 16	*Kultur*	*Akademie der Künste der Welt*	*1.000.000*	*Gem. Änderungsantrag und Beschluss im Finanzausschuss vom 18.06.2012*

Der Aufwendung steht eine entsprechende Ertragsposition in TP 1601 gegenüber.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe BUNT und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

I. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2018 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehraufwendungen nach § 83 GO dienen –

zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe weiter erhöhen würden.

II. Weiterhin beschließt der Rat, die Verwaltung mit folgenden Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2018 zu beauftragen:

1. Die weitere Planung und der Bau von Quartiersgaragen werden aus Stellplatzablöse-Mitteln finanziert. Die vereinnahmten Stellplatzablösemittel können nach Maßgabe des § 51 Abs. 6 der BauO NRW u.a. für die Herstellung zusätzlicher Parkeinrichtungen im Stadtgebiet verwendet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fach- und Finanzausschuss geeignete Vorschläge vorzulegen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausbau der Beleuchtung des Rad- und Fußgängerwegs an der Luxemburger Str. bis zur Stadtgrenze Hürth sowie für die Wegeverbindung (Bürgersteig/ Fahrradweg) entlang der Straße am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch umzusetzen.

3. Im Ankaufetat (TP 0108 – Liegenschaften) sind Mittel zum Erwerb nichtrentierliche Flächen – z.B. im Rahmen städtebaulicher Entwicklungskonzepte – vorgesehen werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fach- und Finanzausschuss einen entsprechenden Vorschlag im Haushaltsjahr 2018 vorzulegen.

4. Im öffentlichen Raum werden zunehmend wohnungslose EU-Bürger aus osteuropäischen Ländern vorgefunden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fach- und Finanzausschuss ein Umsetzungskonzept für geeignete niederschwellige Hilfe- und Interventionsmaßnahmen (z.B. Anlaufstellen, Sprachmittler, Sozialarbeiter, Streetworker) vorzulegen. Im Veränderungs-vorschlag für den Hpl 2018 werden dafür 650 T€ im Teilplan 0504 unter dem Titel „Humanitäre Hilfen für Menschen aus Staaten der EU-Osterweiterung“ bereitgestellt.

5. KölnTourismus GmbH: der jährliche Betriebskostenzuschuss wird um einen Zuschuss für die durchschnittliche Tarifsteigerung in Höhe von 2% beim Personalaufwand erhöht. Für das Haushaltsjahr 2018 wird der Betrag bereits aus Mitteln der Sonderauskehrung (TP 1601) bereitgestellt.

III. Darüber hinaus beschließt der Rat die Bereitstellung von zahlungswirksamen Mehraufwendungen i. H. v. 16.063.476 Euro bzw. von investiven Mehrauszahlungen i. H. v. 1.400.000 Euro für die in der Anlage 2 enthaltenen Verwendungszwecke, Hj. 2017.

Deckung erfolgt für die Mehraufwendungen i. H. v. 16.063.476 Euro durch Mehrträge im Teilplan 1601 – allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 2 (Zuwendungen und allg. Umlagen) durch die Verwendung entsprechender Mittel aus der Sonderauskehrung des Landschaftsverbandes Rheinland, Hj. 2017.

Deckung für die investiven Mehrauszahlungen erfolgt i. H: v.1.400.000 Euro im Teilfinanzplan 0108, Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten, Teilplanzeile 2 (Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen) durch Mehreinzahlungen bei Grundstücksverkaufserlösen, Hj. 2017.

IV. Weiterhin beschließt der Rat die Bereitstellung von zahlungswirksamen Mehraufwendungen i. H. v. 340.000 Euro bzw. investiven Mehrauszahlungen i. H. v. 8.250.000 Euro für die in der Anlage 3 enthaltenen Verwendungszwecke, Hj. 2017.

Deckung erfolgt für die Mehraufwendungen i. H. v. 340.000 Euro durch Mehrträge im Teilplan 1601 – allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 2 (Zuwendungen und allg. Umlagen) durch die Inanspruchnahme der rückwirkenden Umlagereduzierung des Landschaftsverbandes Rheinland, Hj. 2017.

Deckung für die investiven Mehrauszahlungen erfolgt durch Wenigerauszahlungen i. H. v. 5.410.000 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen) sowie durch Mehreinzahlungen im Teilfinanzplan 0108, Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten, Teilplanzeile 2 (Einzahlungen aus der Veräußerung von

Sachanlagen) i. H. v. 2.840.000 Euro, Hj. 2017.

V. Darüber hinaus beschließt der Rat, dass die in den Anlagen zum Antrag AN/1515/2017 enthaltenen Maßnahmen, die in der Spalte „Vermerke“ den Hinweis „Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung“ enthalten, entsprechend in den Jahren 2019 – 2021 zu veranschlagen sind.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war die heutige Ratssitzung. Ich wünsche Ihnen noch einen guten Tag.

(Schluss: 11.33 Uhr)

33. Sitzung vom 14. November 2017

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Zukunft des Ebertplatzes jetzt gestalten"

AN/1623/2017

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkungsannahme für das Werk "Erinnerungsorte Kinderheime Köln-Sülz" der künstlerischen Arbeitsgemeinschaft osa-frankfurt/osa-wien

2311/2017

2.2 Schenkung laotischer Textilien an das Rautenstrauch-Joest-Museum

2875/2017

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend "Projekt "Radeln ohne Alter"

AN/1579/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/1641/2017

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern – Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung"

AN/1004/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1053/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1058/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/1346/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/1420/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe BUNT und der Gruppe GUT

AN/1639/2017

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Einsatz von Sprachmittlern in den städtischen Krankenhäusern prüfen"

AN/1582/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/1638/2017

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Streichung finanzieller Zuwendungen bei Personen mit nicht feststellbarer Herkunft"

AN/1576/2017

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend "Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes"

AN/1589/2017

Änderungsantrag der Gruppe BUNT

AN/1637/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1640/2017

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Chancen für Zündorf-Süd endlich nutzen!"

AN/1565/2017

Änderungsantrag de CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1604/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1647/2017

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Einführung der Möglichkeit von Stadtverweisen in die Stadtordnung bei Missachtung von erteilten Platzverweisen"

AN/1580/2017

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler;
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau

2298/2017

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Freiwillige Weiterführung des Rates für Integration"

AN/1324/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017

3352/2017

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "COP 23 – Erreicht die Stadt Köln ihre Klimaschutzziele?"

AN/1345/2017

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2017

3233/2017

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Baugenehmigungen in Köln mit dramatischem Einbruch – was tut die Oberbürgermeisterin?"

AN/1355/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017

3501/2017

4.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Symposium Silvester 2017: Was plant die Stadt Köln an Silvester?"

AN/1365/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017

3338/2017

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Lehrerinnen mit Kopftuch an Kölner Schulen"

AN/1470/2017

Antwort der Verwaltung vom 23.10.2017

3157/2017

4.6 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Straßen und Plätze in Köln, die Namen von historisch belasteten Personen oder Ereignissen tragen"

AN/1610/2017

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln"

AN/1616/2017

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Köln"

AN/1615/2017

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz- Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln

2617/2017

6.1.2 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 30.08.2011

3133/2017

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwassergebührensatzung 2018

2860/2017

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Abschluss eines 4-Jahres-Rahmenvertrages zur Beschaffung von Komponenten des digitalen Bündelfunks

0356/2017

10.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages

1887/2017

10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2015 für die Bühnen Köln

2161/2017

10.4 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gegenüber dem erweiterten Baubeschluss zur Umsetzung des Brandschutzes an der Haltestelle Poststraße gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016 / 2017 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6008, Stadtbahnhst. Poststr., Neumarkt, Appellhofplatz –Bahnsteiganhebungen

2290/2017

10.5 Umweltbildungszentrum auf Gut Leidenhausen

2304/2017

10.6 Gesamtverkehrskonzept Köln, 8. Änderung

Aufgabe der freigehaltenen Straßentrasse Stolzestraße/Trierer Straße parallel zur Luxemburger Straße zwischen Innerem Grüngürtel und Barbarossaplatz

2323/2017

(zurückgezogen)

10.7 Strukturförderung Kulturwerk des Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK Köln e.V.) für die Jahre 2018 - 2020

2328/2017

10.8 Verlängerung Auszugsmangement

2338/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

AN/1620/2017

10.9 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Urbach - Planungsbeschluss

2345/2017

(zurückgezogen)

10.10 Assoziierte Mitgliedschaft im InsurLab Germany e.V.

2394/2017

10.11 Abberufung eines Mitglieds der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln

2477/2017

10.12 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2013 - 31.12.2013 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln

2520/2017

10.13 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht ABK 2018

2557/2017

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2014 - 31.12.2014 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln

2581/2017

10.15 Ombudsstelle für Flüchtlinge - Verlängerung der Befristung

2735/2017

10.16 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.07.2018

2771/2017

(zurückgezogen)

10.17 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz, Haushaltsjahre 2018-2020

2869/2017

10.18 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 hier: Verteilung Restmittel 2017 - Filmpräsentation von Ulf Aminde (Veranstaltung zum Denkmal zur Erinnerung an die Anschläge des NSU in Köln)

2997/2017

10.19 Sanierung der Bühnen Köln - Planungsbeschluss für Werkstattneubau

2333/2017

(zurückgezogen)

10.20 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung

4096/2016

10.21 Seniorenkoordination im Stadtbezirk

1045/2017

10.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung

1708/2017

10.23 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2017

1909/2017

10.24 Bürgerhaushalt 2016 - Umsetzung der Vorschläge

2629/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT

AN/1642/2017

10.25 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Wirtschaftsplan 2018

2864/2017

10.26 Neugestaltung der Domumgebung Städtebauliche Neugestaltung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse
Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung hier: Konkretisierung der Beschlusslage

1495/2017

10.27 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes

1824/2017

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

17 Wahlen

17.1 KölnKongress GmbH hier: Entsendung eines Aufsichtratsmitgliedes

0562/2017

17.2 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte)

1521/2017

17.3 Neuwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

2483/2017

17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

2487/2017

17.5 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

3185/2017

17.6 Antrag der CDU-Fraktion hier: Nachwahl Wirtschaftsausschuss

AN/1421/2017

17.7 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Finanzausschuss

AN/1568/2017

17.8 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Gesundheitsausschuss

AN/1569/2017

17.9 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Hauptausschuss

AN/1570/2017

17.10 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Jugendhilfeausschuss

AN/1571/2017

(zurückgezogen)

17.11 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Rechnungsprüfungsausschuss

AN/1572/2017

17.12 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss Soziales und Senioren

AN/1573/2017

17.13 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Stadtentwicklungsausschuss

AN/1574/2017

17.14 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss für Umwelt und Grün

AN/1575/2017

17.15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales

AN/1624/2017

17.16 Antrag der Fraktion Die Linke. hier: Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Bauausschuss

AN/1625/2017

17.17 Antrag der Fraktion Die Linke. hier: Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Ausschuss für Umwelt und Grün

AN/1626/2017

17.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Benennung eines sachkundigen Bürgers für den Verkehrsausschuss

AN/1627/2017

17.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Wahl eines Mitgliedes für den Stiftungsrat RheinEnergie-Stiftung Jugend, Beruf und Wissenschaft

AN/1630/2017

17.20 Antrag der CDU-Fraktion hier: Nachwahl Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

AN/1635/2017

17.21 Antrag der SPD-Fraktion hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten

AN/1643/2017

17.22 Antrag der SPD-Fraktion hier: Neubesetzung des Integrationsrates; Bestätigung von Ausschussmitgliedschaften

AN/1644/2017

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Baentsch, Wolfram; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bür-

germeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt Dr.; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus Prof.; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister/in
Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister

Verwaltung
Keller, Stephan Stadtdirektor Dr.; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Blome, Andrea Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Dresler-Graf, Margret; Hoyer, Katja; Philippi, Franz; Wolter, Judith

Bezirksbürgermeister/in
Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco Bezirksbürgermeister

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 20.08 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 33. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Frau Gerlach und Herr Hegenbarth jetzt als Ratsgruppe BUNT zusammenarbeiten.

Besonders begrüßen möchte ich heute die Schülerinnen und Schüler der drei Schulen, die am 7. Dezember am Tag der Jugend im Rathaus teilnehmen. Das sind die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 des Schiller-Gymnasiums aus Sülz, der Europaschule aus Zollstock und des Heinrich-Mann-Gymnasiums aus Volkhoven/Weiler. Herzlich willkommen im Rat!

(Beifall)

Beim Planspiel am 7. Dezember werdet ihr selbst als Ratsmitglieder hier agieren. Nach einer theoretischen Einführung, die bereits stattgefunden hat, werdet ihr dann mit der Praxis konfrontiert. Ihr könnt euch ja heute schon einmal anschauen, wie das hier funktioniert. Ich wünsche euch einen wirklich interessanten Nachmittag und freue mich, euch am 7. Dezember wieder hier im Rathaus zu begrüßen, wo dann Herr Bürgermeister Dr. Heinen durch eure Ratssitzung führen wird.

Meine Damen und Herren, nach den vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Dresler-Graf, Frau Hoyer und Frau Wolter.

Als Stimmzählerin und Stimmzähler benenne ich Herrn Joisten, Frau Roß-Belkner und Herrn Dr. Unna.

Auch in dieser Sitzung wollen wir wieder ein neues Ratsmitglied verpflichten. Herrn Professor Klaus Schäfer wurde als Nachfolger für Frau dos Santos Herrmann, die ihr Mandat niedergelegt hat, gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt. Er hat die Nachfolge angenommen.

Herr Professor Schäfer, ich bitte Sie, zu mir nach vorn zu kommen. Ich bitte alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben - auch die Gäste

auf der Zuschauertribüne, die Vertreter der Medien und die Bezirksbürgermeister.

(Prof. Klaus Schäfer [SPD] begibt sich zur Oberbürgermeisterin - Die Anwesenden erheben sich)

Herr Professor Schäfer, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Prof. Klaus Schäfer [SPD]: Danke schön! Das werde ich tun! - Beifall)

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder Platz.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen können, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie wie immer bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die SPD-Fraktion hat am 10. November fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Zukunft des Ebertplatzes jetzt gestalten“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Zu diesem Tagesordnungspunkt möchten Vertreter der Medien Filmaufnahmen in der Sitzung machen. Sie erinnern sich wahrscheinlich daran, dass wir zu Beginn dieser Ratsperiode beschlossen haben, dass die Medien zu einzelnen Tagesordnungspunkten in der Sitzung Aufnahmen machen und diese veröffentlichen dürfen. Ich gehe deshalb davon aus, dass auch heute keine Einwände gegen die Filmaufnahmen bestehen.

Zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.6 bis 4.8, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.2 und TOP 10.2.7, die Anträge der Fraktionen zur Umbesetzung der Gremien unter TOP 17.15 bis 17.22 sowie im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen unter TOP 23.6 und TOP 24.5.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.2.1, 10.6, 10.9, 10.16, 10.19, 17.10.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Keine. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht. Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung an sich? - Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Oberbürgermeisterin Reker begrüßt Herrn Prof. Klaus Schäfer als neues Ratsmitglied. Er wurde gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes als Nachfolger für Frau dos Santos-Herrmann - die ihr Ratsmandat niedergelegt hat – festgestellt.

Die Oberbürgermeisterin verpflichtet Herrn Prof Schäfer gemäß § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerinnen und Stimmzähler Herrn Joisten, Frau Roß-Belkner und Herrn Unna vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "Zukunft des Ebertplatzes jetzt gestalten"; AN/1623/2017; gestellt habe. Die Angelegenheit ist als TOP 1.1. in der Tagesordnung enthalten.

Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass Medienvertreter zu diesem Thema Filmaufnahmen machen wollten. Diese Möglichkeit hat der Rat zu Beginn der Ratsperiode grundsätzlich eingeräumt.

Der Rat stimmt den Aufnahmen einvernehmlich zu.

IV. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.6 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Straßen und Plätze in Köln, die Namen von historisch belasteten Personen oder Ereignissen tragen"

AN/1610/2017

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln"

AN/1616/2017

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Köln"

AN/1615/2017

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.2 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 30.08.2011

3133/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.27 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes

1824/2017

17 Wahlen

17.15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/ Internationales

AN/1624/2017

17.16 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Bauausschuss

AN/1625/2017

17.17 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Ausschuss für Umwelt und Grün

AN/1626/2017

17.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung eines sachkundigen Bürgers für den Verkehrsausschuss

AN/1627/2017

17.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines Mitgliedes für den Stiftungsrat RheinEnergie-Stiftung Jugend, Beruf und Wissenschaft

AN/1630/2017

17.20 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

AN/1635/2017

17.21 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten

AN/1643/2017

17.22 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung des Integrationsrates; Bestätigung von Ausschussmitgliedschaften

AN/1644/2017

23. Grundstücksangelegenheiten

23.6 Kauf eines Grundstücks in Köln-Sürth für Interimsbauten der Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule

3029/2017

24 Allgemeine Vorlagen

24.5 Nachtrag V zum Mietvertrag vom 03.06.1994
Mietvertrag für das Verwaltungsgebäude Köln, Neumarkt 23

3300/2017

Absetzungen:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen d

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz

5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau

2298/2017

10 Allgemeine Vorlagen

10.6 Gesamtverkehrskonzept Köln, 8. Änderung
Aufgabe der freigehaltenen Straßentrasse Stolzestraße/Trierer Straße parallel zur Luxemburger Straße zwischen Innerem Grüngürtel und Barbarossaplatz

2323/2017

10.9 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Urbach - Planungsbeschluss

2345/2017

10.16 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.07.2018

2771/2017

10.19 Sanierung der Bühnen Köln - Planungsbeschluss für Werkstattneubau

2333/2017

17 Wahlen

17.10 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Jugendhilfeausschuss

AN/1571/2017

V. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Der Rat legt die Tagesordnung demnach einstimmig wie folgt fest:

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

1.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Zukunft des Ebertplatzes jetzt gestalten“ AN/1623/2017

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Ihrem Einverständnis würde ich Ihnen gern meine Sicht zum Thema der Aktuellen Stunde kurz vortragen.

Ich glaube, wir alle sind der Meinung: Am Ebertplatz muss sich etwas ändern. Zu dieser Erkenntnis sind wir nicht etwa erst vor wenigen Wochen oder Monaten gekommen, sondern dieser Auffassung sind wir schon seit längerer Zeit. In der Vergangenheit wurde sowohl hier im Rat als auch in der Stadtgesellschaft viel über den für uns so zentralen Platz diskutiert. Es hat bisher auch am Entscheidungswillen gemangelt.

Vor wenigen Wochen ist endlich der notwendige Beschluss zur kompletten Umgestaltung des Ebertplatzes gefasst worden. Damit können die in der Verwaltung bereits vorbereiteten Planungsprozesse beginnen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Planungen, zu denen auch Beteiligungs- und Ausschreibungsverfahren nötig sind, so zügig wie möglich vorangehen.

Für die Zeit bis zum ersten Spatenstich werden wir den Platz wieder so gestalten, dass die Menschen ihn nicht konsequent meiden, weil sie sich dort unsicher fühlen. Gemeinsam mit der Polizei müssen wir für mehr Sicherheit und Ordnung sorgen. Mit Anwohnern, Politik, Vereinen, Künstlern und anderen müssen wir aber auch für mehr Belebung des Platzes sorgen. Wenn wir den Platz menschenleer machen, haben wir nichts gewonnen; dann haben wir verloren. Deswegen habe ich eine Projektgruppe einberufen lassen, die sich mit allen relevanten Akteuren an einen Tisch setzen und sich zu den Themen Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung und auch Belebung Gedanken machen wird.

Ich bin dem Stadtdirektor dankbar, dass erste Maßnahmen, die in die Zuständigkeit der Verwaltung fallen, bereits umgesetzt wurden. Dazu gehören mehr Ordnungspersonal, eine bessere Ausleuchtung, mehr Reinigung und eine bessere Übersichtlichkeit des Platzes durch den Rückbau von Kübeln und Beeten. Gemeinsam mit der Polizei, die ihre Personalpräsenz dort weiterführt, werden wir uns Gedanken machen müssen über bauliche Maßnahmen, die auch eine Schließung der Zugänge vorsehen. Noch in diesem Jahr

werden wir als Verwaltung dazu ein Konzept vorlegen, das all diese Punkte berücksichtigt.

Ich gebe nun Herrn Börschel als erstem Redner zur Aktuellen Stunde das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es besteht überhaupt kein Zweifel: Der Ebertplatz ist mittlerweile einer der trostlosesten Plätze Kölns, den viele Menschen als Angstraum empfinden und der sich inzwischen zu einem handfesten Brennpunkt der Drogenkriminalität entwickelt hat. Gerade in den letzten zwei, drei Jahren hat sich die Situation deutlich verschlimmert. Trauriger Höhepunkt war das Tötungsdelikt an einem jungen Mann im letzten Monat.

Dazu hätte es keineswegs kommen müssen. Der Platz entspricht zwar in baulicher Hinsicht nicht mehr den heutigen Anforderungen, die wir an moderne Stadtgestaltung stellen; aber noch bis in die 90er-Jahre hinein war der Platz durchaus belebt und angenommen. Ich selbst kann mich noch erinnern, dass viele Familien, Kinder und Jugendliche den Platz an den Wochenenden oder Nachmittagen genutzt haben, allerdings mit einem Brunnen als Mittelpunkt und einigen Dingen mehr, die damals noch funktionierten, was sie heute nicht mehr tun.

Der offensichtliche Verfall hat nach und nach eingesetzt. Zunächst sprudelte der Brunnen nicht mehr, dann waren die Rolltreppen stillgelegt, dann kamen Verunreinigungen hinzu, Ladenlokale standen leer oder wurden zweifelhaft genutzt. Das führt zu dem Faktum, das wir heute festhalten müssen: Die Menschen fühlen sich ganz offensichtlich immer unwohler, und das obwohl der Ebertplatz räumlicher Mittelpunkt von drei zwar ganz unterschiedlichen, aber gut funktionierenden Veedeln mit hoher Lebensqualität ist, nämlich dem Agnes-, dem Eigelstein- und dem Kunibertsviertel.

Diese gemeinsame Mitte wird nun immer mehr zum Angstraum. Niemand, der nicht muss, betritt den Ebertplatz. Das ist gleichzeitig auch Teil des Problems; denn ein Ort, wo niemand mehr hinwill, bleibt zunehmend denjenigen überlassen, von denen wir nicht wollen, dass sie sich den Platz aneignen können. Das ist das erste Faktum, was wir gemeinsam festhalten müssen.

Übrigens kann man mit Blick auf die letzten Monate und Jahre durchaus feststellen, dass es Verdrängungseffekte gibt, seit die polizeilichen Maßnahmen in der Domumgebung wirken. So sagte der ehemalige Polizeipräsident Mathies in einer Veranstaltung vor einiger Zeit, dass diese wiederum zu Verdrängungseffekten auch am und um den Ebertplatz herum führen. Das muss uns gleichzeitig Mahnung sein, dass ein Gesamtkonzept notwendig sein wird, das neben polizei- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen auch Streetwork und Sozialarbeit mit einbezieht. Das alles muss zusammengeführt werden, damit die einzelnen Elemente ihre Wirkung nicht verfehlen.

Insofern, Frau Oberbürgermeisterin, stimme ich Ihnen in einem Fazit ausdrücklich zu: Am Ebertplatz muss sich grundsätzlich etwas ändern, und zwar nicht irgendwann, sondern sofort. Zu unterscheiden sich dabei die grundlegenden baulichen Maßnahmen von den Sofortmaßnahmen.

Zum Grundlegenden herrscht hier im Rat der Stadt Köln spätestens seit 2009 Einigkeit, nämlich seitdem im Masterplan ein Interventionsraum festgelegt wurde und seitdem der Rat den Ebertplatz als einen von sieben prioritären Orten in Köln festgelegt hat. Das haben wir im Mai 2009 beschlossen. Das Problem ist: Es ist bisher nichts Handfestes geschehen.

Frau Oberbürgermeisterin, an dieser Stelle will ich Ihnen ausdrücklich widersprechen. Wir haben hier kein Beschlussdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Es mangelt hier nicht an Entscheidungswillen, sondern an Umsetzungswillen. Diese Kritik müssen wir hier schon sehr deutlich artikulieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Widerspruch bei der CDU)

Auf die Planungen für eine große Lösung warten wir bis heute. Ich frage mich: Warum muss eigentlich immer alles in dieser Langsamkeit nacheinander gehen, wenn bestimmte Planungsprozesse auch parallel geschaltet werden könnten? Es spricht doch überhaupt nichts dagegen, bestimmte Prüfungen nebeneinander vorzunehmen, statt sie in aller Langsamkeit nacheinander zu schalten. Dann ist es ja kein Wunder, dass nichts passiert. Deswegen ist uns wichtig, diesen Punkt deutlich herauszuarbeiten: Die Umgestaltung des Ebertplatzes hat bei der Stadtverwaltung bislang eben keine besondere Priorität genossen, und das muss sich ändern.

Zu den vorläufigen Maßnahmen will ich Folgendes sagen: Auch hier haben wir kein Beschluss-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Ich will mit Blick zum Kollegen Hupke, der ja gleich noch dazu sprechen wird, auch sagen, dass sich insbeson-

dere die Bezirksvertretung Innenstadt hier immer wieder hervorgetan hat. Ich will jetzt nur einen Beschluss herausgreifen, nämlich den aus dem November des vergangenen Jahres, in dem festgehalten war: Beleuchtung verbessern, Rückschnitt des Grüns, damit es nicht mehr als Drogenversteck genutzt werden kann und der Platz besser einsehbar wird, Beseitigung von Graffiti, Rückbau der Hochbeete, Nutzung als Veranstaltungsort. Nur die Videoüberwachung des Platzes wurde von der Bezirksvertretung damals leider nicht beschlossen. Die Polizei aber sieht sie als sinnvoll an.

Auch hier frage ich: Warum wurde dieser Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt über Monate hinweg immer wieder verschleppt? Erst nach dem schrecklichen Todesfall im Oktober wurden diese Vorschläge plötzlich zur Sofortmaßnahme erklärt und sollen sie jetzt doch im Wesentlichen umgesetzt werden. Ich frage: Warum erst jetzt? Das kann man niemandem erklären.

Wenn die Entwicklung eines zeigt - da haben Sie wiederum recht, Frau Oberbürgermeisterin -, dann das: Der Platz braucht eine gemeinsame Lösung, an der alle Verantwortlichen mitwirken, aber keinen Aktionismus mit einer Kommunikationsstrategie, die mehr als unterirdisch ist. Ich will klar sagen: Die Kunststationen in der Passage des Ebertplatzes sind sicher nicht die Lösung. Das können sie auch nicht sein. Es wäre auch unfair, von Galeristen zu erwarten, etwas zu schaffen, was die Stadtverwaltung der Stadt Köln nicht schafft. Aber sie sind doch immerhin ein Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Denen die Kündigung vor die Füße zu kippen, ohne mit ihnen oder mit den politisch Verantwortlichen zu reden, halte ich für absolut unterirdisch, deplatziert und schädlich. Ich fordere Sie deswegen auf, das rückgängig zu machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Am Schlimmsten aber ist der Vorschlag des Zumauerns und Verbarrikadierens der Passage, auch das ohne mit den zuständigen politischen Gremien gesprochen zu haben. Dies ist das Eingeständnis der Hilflosigkeit, ein Offenbarungseid des Staates. Niemand weiß, wie sich die Situation entwickeln wird, wenn die Zugänge zugemauert werden. Oder ist es vielleicht Ihre Intention, Herr Stadtdirektor, ein polizeilich und ordnungsamtlich kontrolliertes Reservat für die diversen Szenen zu schaffen? Wenn dem so sein sollte, müssten Sie das offen und ehrlich sagen und es diskutieren, statt es einfach zu machen.

Deswegen fordere ich Sie auf: Greifen Sie die verschiedenen Vorschläge auf, die aus den Veedeln kommen, und nutzen Sie sie! Was ist mit dem Weihnachtsmarkt, den ansässige Geschäftsleute veranstalten wollten, den aber eine Mehrheit im AVR aus ideologischen Gründen abgelehnt hat? Warum vermietet die Stadt die Ladenlokale nicht gezielt an junge Gründer, ohne auf den Ertrag zu achten, um Belebung zu schaffen, statt durch ein Zumauern den Platz anderen zu überlassen? Wo bleibt das Gesamtkonzept, in dem polizeiliche Maßnahmen genauso eine Rolle spielen wie soziale? Schon jetzt merkt man, dass, wenn Sie nur polizeilich vorgehen, es zu Verdrängungseffekten hin zur Agneskirche und anderen Orten in den angrenzenden Veedeln kommt, die wir unter allen Umständen vermeiden müssen.

Ich sage deswegen zum Schluss: Der Ebertplatz gehört allen Kölnerinnen und Kölnern. Der Staat muss hier endlich Handlungsfähigkeit beweisen. Alle Akteure gehören an einen Tisch. Wir müssen diesen Platz den Menschen zurückgeben, und das sofort. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben wieder mal Martins Märchenstunde gehört. Er hat versucht, die Historie so umzudeuten, damit jeder glaubt, die Sozialdemokraten hätten mit der aktuellen Situation auf dem Platz überhaupt nichts zu tun. Dies ist wieder einmal der Versuch, davon abzulenken, dass die Entwicklung auf diesem Platz sich über Jahre hinweg aufgebaut hat.

Im Jahr 2009 - der Kollege hat es zitiert - waren wir alle uns hier im Rat einig, dass dort etwas passieren muss. Auch der Beschluss vom 15.03.2011 war ganz klar darauf gerichtet; denn das war ein Planungsbeschluss für die Anpassung der Vorbereitungen des Umbaus auf dem Ebertplatz.

(Martin Börschel [SPD]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

- Nein, die lasse ich an dieser Stelle nicht zu. Sie können sie gerne in der zweiten Runde stellen.

Wir haben in Köln Jahre lang eine SPD-geführte Verwaltung gehabt. Was hat die denn gemacht?

Sie hat gar nichts gemacht. Das ist doch das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Oberbürgermeisterin hat bereits im letzten Jahr die Initiative ergriffen. Die Planungen sind noch einmal überarbeitet worden. Es hat noch einmal eine Alternativprüfung gegeben; sie ist in diesem Jahr beschlossen worden. Damit steht einer baulichen Veränderung jetzt nichts mehr entgegen. Die Prozesse werden nun auf den Weg gebracht. - Das ist der erste Teil der Wahrheit, wenn wir uns die zeitlichen Abläufe anschauen.

Der zweite ist die Situation der Polizei in unserer Stadt. Wir haben nach wie vor zu wenig Polizeibeamte, weil die alte rot-grüne Landesregierung es in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt hat, die Zahl der Polizeibeamten in NRW zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Die neue Landesregierung ist gerade dabei, das zu korrigieren, sodass es an dieser Stelle auch zu einer Verbesserung der Situation kommen wird. - Das ist der zweite Teil der Wahrheit.

Die Verwaltung wird jetzt koordinierend tätig werden und die einzig möglichen Optionen, die wir haben, um interimistisch die Situation auf dem Platz zu verbessern, durchprüfen. Sie wird alle Akteure, die für die einzelnen Teilbausteine verantwortlich sind, an einen Tisch holen. Wir haben ein bewährtes Konzept, um gerade solche sozialen Brennpunkte in der Stadt neu zu ordnen.

Der erste Baustein ist die Ordnungspartnerschaft zwischen Ordnungsamt und Polizei. Da ist der Stadtdirektor in der Verantwortung, der natürlich auch versuchen wird, die Zahl der Ordnungsdienstkräfte in dieser Stadt zu erhöhen, nachdem Ihr Stadtdirektor noch nicht einmal in der Lage war, den neuen Ordnungskräften, die Sie immer gefordert haben, genügend Büros zur Verfügung zu stellen. Das wird jetzt nachgeholt. Auf Landesebene sind wir dabei, die Zahl der Polizeibeamten zu erhöhen, und werden entsprechende Initiativen ergreifen. Das ist aber nur ein Baustein.

Der zweite Baustein ist mindestens genauso wichtig, nämlich dass wir die vielen Drogenabhängigen und kranken Menschen, die sich auf diesem Platz verstärkt versammeln, auch durch eine große Zahl von Streetworkern so unterstützen, dass die Situation an der Stelle verbessert wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Der dritte Baustein sind die baulichen Maßnahmen. Bei den baulichen Maßnahmen ist zwischen einer langfristigen und einer kurzfristigen Perspektive zu unterscheiden. Ich glaube, für Erstere haben wir hier im Rat alle dafür notwendigen Beschlüsse gefasst. Jetzt geht es nur noch um die Frage: Durch welche Maßnahmen baulicher Art kann man die Situation kurzfristig verbessern? Wir als Rat sind nicht Verwaltung. Die Verwaltung hat von sich aus die Initiative ergriffen, interimistische Vorschläge intern daraufhin zu prüfen, wie die Situation dort verbessert werden kann. Am Ende werden wir hoffentlich zu der gemeinsamen Auffassung kommen, dass wir für diese Interimsphase etwas verändern müssen.

Warten wir doch erst einmal das Ergebnis der Verwaltungsprüfung ab! Die verschiedenen Alternativen werden noch einmal durchgeprüft. Das sollte allerdings nicht ein Jahr dauern. Ich hoffe, dass das Ergebnis schon bis Ende dieses Jahres vorliegt. Dann werden wir uns in den Fachausschüssen damit befassen, wie die Situation ideal verbessert werden kann. Das ist genau der richtige Weg, um diese Probleme anzugehen.

Ich habe vollstes Zutrauen sowohl zu unserer Oberbürgermeisterin wie auch zu unserem Stadtdirektor, dass sie diese Thematik entschieden angehen und gemeinsam mit der Politik eine Lösung finden werden, um diesen wirklich gefährlichen Angstraum in der Stadt zu beseitigen, aber auch einen Beitrag dazu leisten werden, dass nicht eine Verdrängung in andere Bereiche die Konsequenz dessen ist; denn das wollen wir auch nicht. Wir wollen nicht, dass ein Brennpunkt von einem anderen abgelöst wird. Wir wollen eine Lösung der Situation. Ich glaube, nur durch vernünftiges und maßvolles Vorgehen werden wir einen Beitrag dazu leisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren des Rates! Ich möchte mich nicht an Schuldzuweisungen beteiligen, will aber auf eines hinweisen - daran sollten wir uns alle erinnern, weil wir

alle dafür Verantwortung tragen -: Wir alle haben gemeinsam die unsinnige Schleife beschlossen, jahrelang über eine Tiefgarage zu sinnieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir nicht!)

Dadurch ging sehr viel Zeit verloren. Das geschah aber nicht in der Verantwortung des Stadtdirektors und des OB - er war damals noch in Düsseldorf -, sondern das haben wir selbst zu verantworten.

Als in den Kölner Medien am 31. Oktober plötzlich und unvermittelt gemeldet wurde, dass die Verwaltung die Ebertplatzpassage komplett abriegeln und zumauern sowie alle Ladenlokale entmieten wolle und bereits dem Kunstraumlabor eiligst gekündigt habe, dachte ich zuerst an einen verunglückten Aprilscherz. Aber offenbar sollte mit dieser überfallartigen und nicht durchdachten Aktion die Gunst der Stunde genutzt werden in der trügerischen Hoffnung, dass dieser Aktionismus während zweier religiöser Feiertage in der Wochenmitte vielleicht unbeobachtet bleibt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen wurde in ungewöhnlicher Art und Weise die Feiertagsruhe gestört.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dabei müsste doch jedem in der Verwaltung klar sein, dass solch weitreichende Eingriffe in den öffentlichen Raum einer politischen Beratung und Entscheidung in der Bezirksvertretung und den zuständigen Ratsgremien erfordern. Das fordern wir auch nachdrücklich ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Ebertplatz ist seit einiger Zeit zu einem Kriminalitätsschwerpunkt geworden. Völlig klar ist, dass hier gehandelt werden muss, allerdings nicht kopflos und ohne erkennbar wirkungsvolles Konzept. Ein durchdachtes Vorgehen erwarten wir zuallererst von der Kölner Polizeiführung, weil es ihre hoheitliche Kernaufgabe ist, Kriminalität zu bekämpfen und öffentliche Sicherheit zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich betone dies, weil der neue Polizeipräsident bei seinem ersten Auftritt auf dem Ebertplatz mit seiner Aussage, wegen der städtebaulichen Sünden am Ebertplatz sei zunächst einmal die Verwaltung gefragt, nicht nur die Bevölkerung im Viertel erheblich verunsichert hat. Es muss doch den Polizeistrategen aufgefallen sein, dass der durchaus richtige und massive Polizeidauereinsatz am Hauptbahnhof, am Dom, im Rheingarten, in der Altstadt zur verstärkten Verdrängung der Drogendealerszene an den Ebertplatz geführt hat. Wenn jetzt der Ebertplatz zugemauert wird und die Drogendealer zum Beispiel zum Friesenplatz weiterziehen, wo sie im Übrigen schon jetzt anzutreffen sind: Wird dann auch die Stadtbahnebene am Friesenplatz zugemauert?

Wir sind der Oberbürgermeisterin sehr dankbar, dass sie unmittelbar nach ihrer Rückkehr den Aktionismus gestoppt hat. Von den am 2. November verkündeten Maßnahmen - laut Pressemitteilung - macht nur die verstärkte Ausleuchtung des Platzes sowie die Müllbeseitigung Sinn. Alle übrigen Aktivitäten sind eher Ausdruck von Hilflosigkeit. Wie kann man nur auf die Idee kommen, einen öffentlichen urbanen Raum, der zudem auch belebend kulturell genutzt wird, aufzugeben? Das ist Kapitulantentum vor den kriminellen Verhältnissen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sicherlich, die Situation ist nicht einfach. Aber Standard des Handelns muss doch ein nachhaltig wirkungsvolles Vorgehen zur Auflösung dieses Kriminalitätsschwerpunkts sein. Wir erwarten von der Polizeiführung, dass sie auch die Nebenwirkungen im Blick hat und das in Ordnungspartnerschaft unter Einbeziehung von Streetworkern und der Verwaltung umsetzt. Um es noch einmal klar zu sagen: Das ist unsere schlichte Erwartungshaltung und auch die vieler Menschen in diesem Viertel.

Der Ebertplatz ist in seiner derzeitigen Gestalt sinnfälliges Ergebnis der autogerechten Stadt, einer städtebaulichen Grundhaltung der 60er- und frühen 70er-Jahre, die die Verkehrsformen in ihrer Funktion streng abgrenzt und die Fußgänger am besten unter die Erde verbannt. Im Masterplan für Köln ist genau dies kritisiert und aufgehoben worden; die meisten wissen das. Seit 2014, als die vier Ladenlokale mit Ateliers belebt wurden, wurden Kunsträume geschaffen, die sich bewährt und tatsächlich auch dazu beigetragen haben, die Situation dort zu verbessern.

(Beifall von Elisabeth Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Wer sich die Dokumentation „Kunst Basis Ebertplatz“ anschaut, findet viele gelungene Beispiele für Aktionen in den letzten Jahren.

Wenn also die Verwaltung in ihrer Pressemitteilung vom 2. November von einem Interimskonzept spricht, dann ist nur der Grundgedanke „Interim“ richtig; denn es wird ja noch einige Jahre dauern, bis dieser Platz auf Grundlage eines städtebaulichen Wettbewerbs umgebaut wird. Bis dahin sind Zwischennutzungen unbedingt sinnvoll. Aber es sollten in erster Linie kulturelle sein. Die Bereitschaft und das Engagement der Atelierbetreiber und Kunstschaffenden sind vorhanden. Sie haben dies schon öfter bekundet. Ich kann nur sagen: Dies sollten wir aufgreifen. Mit ihnen sollten wir uns verbünden. Die Verwaltung sollte auf sie zugehen. Denn nur ein solches Konzept bedeutet: Wir werden uns den Ebertplatz zurückholen und eine Situation schaffen, dass viele Menschen es angenehm finden, sich dort aufzuhalten und zudem noch kulturelle Anregungen bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist unser Plädoyer, statt zuzumauern. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt keine drogenfreie Gesellschaft. Solange die Gesellschaft von Verboten für Drogen bestimmt ist, wird es immer auch illegalen Drogenhandel geben. Am Ebertplatz wird es den geben und, wenn er von dort verdrängt wird, an anderen Stellen in der Stadt. Wir können dem Drogenhandel am Ebertplatz nicht mit Mauern begegnen. Mit einer einfachen Verdrängung der Drogenszene haben wir nichts gewonnen. Schon jetzt zeigt sich eine Verlagerung des Drogenhandels in die Grünanlage am Theodor-Heuss-Ring.

Wir brauchen ein gesamtheitliches Konzept, um die Situation am Ebertplatz zu befrieden. Wir brauchen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter am Ebertplatz, die den Menschen Perspektiven jenseits von Drogenkonsum und Drogenhandel aufzeigen. Wir brauchen die Künstlerinnen und Künstler in den Läden in der unteren Ebene, weil sie zur Belebung des Platzes beitragen. Die kaputten Rolltreppen und Lampen in der unteren Ebene des Ebertplatzes müssen in Ordnung gebracht werden. Der Brunnen ist zu reparieren. Es muss gestrichen und intensiv geputzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Ebertplatz muss ein Teil der Stadt werden. Der Platz muss so attraktiv werden, dass er auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Neusser Straße, des Kunibertsviertels, des Eigelstein und der anderen umliegenden Straßen genutzt wird. Der Ebertplatz muss ein städtischer Platz werden, auf dem man sich gerne aufhält. Der Ebertplatz braucht das, was alle funktionierenden innerstädtischen Plätze brauchen: Er braucht einen Brunnen, er braucht Bäume, und er braucht Bänke.

Meine Damen und Herren, auch wenn es die optimale Lösung wäre, wir können mit der Umgestaltung des Ebertplatzes nicht bis zu einer Realisierung warten, wie er früher einmal ausgesehen hat, nämlich rein oberirdisch, wie es der Masterplan vorsieht.

Sie alle - Herr Frank hat es dankenswerterweise eingeräumt - haben mit Ihrem unsinnigen Gutachten zur Realisierung einer Tiefgarage unter dem Platz dazu beigetragen, dass die Umgestaltung des Ebertplatzes um mindestens zwei Jahre verzögert wurde. Alle sind hereingefallen auf die Polemik der FDP, die das im Wahlkampf zum Thema gemacht hatte.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nur wir nicht!)

- Nur wir nicht. Einzig die LINKE war dagegen. Ich dachte, das wäre vorhin schon klar geworden. Vielen Dank für den Zwischenruf aus den eigenen Reihen, der das noch einmal unterstreicht.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Die rein oberirdische Gestaltung des Ebertplatzes wäre die Kür. Jetzt müssen wir erst einmal die Pflicht abliefern.

Eines ist klar: Die Architektur des Platzes, wie sie heute ist, ist ein Stück weit aus der Zeit gefallen. Aber wir müssen damit umgehen, jedoch nicht mit Mauern, sondern mit ordentlicher Instandsetzung und mit Maßnahmen wie Putzaktionen, Reparatur des Brunnens, Aufstellen von Bänken und Pflanzen von Bäumen, damit die Leute aus der Nachbarschaft den Ebertplatz wieder nutzen. Wenn sich an einem Sonntagnachmittag bei schönem Wetter hundert Leute mit ihren Familien dort aufhalten, wird es zu einer Durchmischung kommen.

So blöd sich das vielleicht anhören mag: Wir müssen damit leben, dass es immer irgendwo in der Stadt Leute geben wird, die Drogen konsumieren. Das ist nun einmal so. Das gehört dazu. Mit Verboten wird man das nicht ändern. Aber wir müssen dafür sorgen, dass ein solcher Platz nicht kippt. Der Ebertplatz ist gekippt. Diese Situation müssen wir zurückdrehen und zeitgleich aber auch darauf achten, dass dadurch nicht andere Plätze kippen. Und das geht nur mit einer durchmischten, lebendigen Nutzung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen, das ich im Internet gefunden habe. Da heißt es:

> Die Innenstadt Kölns soll attraktiver werden, deshalb werden die Vertragspartner die folgenden Maßnahmen zur Umsetzung bringen: … ebenerdige Umgestaltung des Ebertplatzes im Sinne des Masterplans …

Zitatende. - Das Schweigen bei Rot-Grün verrät, woher dieses Zitat stammt. Es steht in der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Koalition von 2009 bis 2014, Herr Börschel.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP] - Martin Börschel [SPD]: Beschlusslage!)

Sie haben vollmundig die ebenerdige Umgestaltung angekündigt. Die ist jedoch nicht erfolgt. Stattdessen stellen Sie sich hierhin, Herr Börschel, und tun so, als wäre dieses Problem das Ergebnis einer verfehlten Politik unserer Oberbürgermeisterin. Diesen Versuch werde ich vereiteln, Herr Börschel. Damit kommen Sie nicht durch.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Sie benutzen hierfür den Ebertplatz - das ist ein ernstes Problem; ich möchte das nicht als Klamauk abgetan wissen - als ein Vehikel, um die aktuelle Stadtregierung schlechtzumachen. Das finde ich nicht in Ordnung.

Ich finde es auch nicht in Ordnung, dass Sie, Herr Frank, hier allen Ernstes den Eindruck erwecken wollen, als wären irgendwelche Planungen zur autogerechten Stadt Ursache des Problems.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Wir alle wissen: Wir müssen stadtplanerisch umdenken. Ich kann auch aus dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb aus dem Jahre 1999 zitieren, in dem bereits vor 20 Jahren eine Überprüfung angemahnt wurde. Also daran kann es nicht liegen. Das ist auch eine Verkleisterung der wahren Probleme.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Weisenstein, Sie haben hier eben allen Ernstes gesagt - das sollen die Zuschauer auch mitbekommen -, eine Stadt braucht Räume, in denen mit Drogen gehandelt wird. Das ist doch eine Kapitulation des Rechtsstaates.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der LINKEN)

Das Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen. Das, lieber Herr Weisenstein, kann nicht einfach unkommentiert stehen bleiben.

Was ist denn das für eine Denke, wenn Sie, Herr Frank, sagen: Wir haben ein Problem, das wir nicht in den Griff bekommen. Aber mit ein paar Galerien, ein bisschen Streetwork und heißem Tee werden wir die Drogenkriminalität bekämpfen. - Das funktioniert nicht. Sie bekämpfen keine Drogenkriminalität, indem Sie heißen Tee ausgeben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind für Zumauern?)

- Nein, lieber Herr Frank. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, dass mit Ihrer Argumentation das Problem nicht ansatzweise gelöst werden kann. Sie verlagern damit die Problemlage nur auf irgendwelche Nebenkriegsschauplätze. Das kann nicht die Lösung sein.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen: Dann sagen Sie, wofür Sie sind!)

Der Sündenfall war, dass die Rolltreppen eingestellt wurden.

(Beifall bei der FDP)

Das letzte Prüfsiegel auf den Rolltreppen stammt aus dem Jahr 2001. Sie wünschen sich eine Belebung. Diesen Wunsch teile ich, Herr Frank. Aber diese Belebung hätte man längst herbeiführen können. Aufgrund des Versagens der Stadtverwaltung wurden hier in den letzten 20 Jahren keine Fortschritte gemacht.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Ich bin viele Jahre Mitglied in der Bezirksvertretung Innenstadt gewesen; der Herr Bezirksbürgermeister erinnert sich bestens daran. Er wird nachher zu Recht dazu noch ein Statement der Bezirksvertretung vortragen. Ich kann Ihnen sagen: Es gab kaum eine Sitzung, in der nicht angemahnt wurde, man müsse das Problem des Ebertplatzes in den Griff bekommen. Nach 15 Jahren Mitwirkung in der Kommunalpolitik glaube ich feststellen zu können, dass in den letzten fünf Wochen mehr Ideen auf den Tisch gekommen sind - Ideen, Herr Börschel! - als in den letzten 15 Jahren. Das darf man hier auch einmal erwähnen.

Last but not least: Die Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst wurde hier bereits angesprochen. Ich sage noch einmal: Das Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen. Aber das Recht braucht auch diejenigen, die es durchsetzen. In diesem Sinne setze ich auf die Polizei. Die Mitglieder des Polizeibeirats wissen, wir nehmen die Polizei auch in die Pflicht, dass sie gemeinsam mit dem Ordnungsdienst dem Recht zur Durchsetzung verhilft; denn das sind die Maßnahmen, die der Ebertplatz braucht. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Dank gilt zunächst der SPD-Fraktion für die Beantragung dieser Aktuellen Stunde. Das ist ein drängendes Problem der Stadt Köln. Ich glaube, die lebhafte Debatte hat das auch mehr als bestätigt.

Die Situation am Ebertplatz beschäftigt die Menschen und insbesondere auch die Medien, sowohl regional als auch darüber hinaus, so zum Beispiel im WDR 5 Tagesgespräch mit Sabine Brandi am 25. Oktober. Da waren wir, der Rat der Stadt Köln und der Ebertplatz, beherrschendes Thema, und zwar nicht sehr schmeichelhaft für uns und nicht sehr schmeichelhaft für Ihre Fraktionen. - Ich weiß nicht, wer von Ihnen das live gehört hat. Es lohnt, sich das anzuhören. Sie können es in der Mediathek von WDR 5 abrufen. Der Titel lautet „Angsträume in NRW“. Spannend wird es ab Minute 20.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, ich kann es Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen, Ihnen noch einmal unseren Antrag vom 28. September, also kurz vor den dramatischen Ereignissen am Ebertplatz, in Erinnerung zu rufen. Ich zitiere die wichtigsten Passagen. Wir hatten beantragt:

> Zur Entschärfung der Drogenszene am Ebertplatz … beschließt der Rat der Stadt Köln, …
>
> 2. Dealern Platzverweise zu erteilen,
>
> 3. bei Kontrolle der Personalien und festgestellten, strafbaren Auffälligkeiten ohne Wohnsitz in Köln einen Stadtverweis zu erteilen,
>
> 4. den Aufenthaltsstatus zu klären und ggf. Abschiebehaft zu veranlassen …

So weit die wichtigsten Punkte aus unserem Antrag in der Sitzung am 28. September 2017. - Sie werden sich sicherlich erinnern: Unser Antrag wurde von Ihnen ohne jegliche Diskussion, ohne jegliche Reaktion und ohne weitere Begründung pauschal abgelehnt.

Jetzt, sechs Wochen und einen Toten und zwei Schwerverletzte später, beschäftigt sich der Rat erneut mit diesem Thema. Meine Damen und Herren, ich wiederhole hier gern das, was ich in der Sendung im WDR 5 zu Susanne Brandi gesagt habe:

> „Ich sage immer: Wir könnten einen anonymen Spender beibringen, der sämtliche Schulden der Stadt Köln übernimmt, das würde abgelehnt. Warum? Weil die AfD-Antragsteller ist. … Es wird jeder Antrag, egal was wir beantragen, abgelehnt.“

Ich bezweifle, meine Damen und Herren, dass Sie sich, aber vor allem dem demokratischen Miteinander hier in diesem Haus und in dieser Stadt mit der fortgesetzten Stigmatisierung der AfD einen Gefallen tun.

Meine Damen und Herren, wir alle hier im Saal sind demokratisch gewählt und gleichermaßen legitimiert. Wir alle hier sind dem Wohl dieser Stadt verpflichtet. Wir haben dabei naturgemäß unterschiedliche Vorstellungen, wie das Wohl der Stadt am besten erreicht wird; ja. Aber wir alle sollten doch dabei vorurteilsfrei und an der Sache orientiert um die beste Lösung für unsere Stadt ringen.

Sehen Sie, die AfD ist mittlerweile in 14 von 16 Landtagen vertreten. Wir sind die drittstärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. In manchen Bundesländern sind wir die zweitstärkste und in einem sogar die stärkste politische Kraft. Wann will der Rat der Stadt Köln die politische Realität in diesem Land endlich zur Kenntnis nehmen?

(Katharina Welcker [CDU]: Es geht um den Ebertplatz!)

- Ja, das weiß ich. Wir werden Ihnen im weiteren Verlauf der Sitzung einen Antrag dazu vorstellen.

Wir sind hier im Rat nur mit drei Personen vertreten. Lassen Sie mich kurz sagen: Wir möchten diese Chance nutzen und mit Ihnen im politischen Miteinander ein neues Kapitel hier in Köln aufschlagen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wir nicht mit Ihnen!)

Ich als Vorsitzender der AfD-Fraktion biete Ihnen das ausdrücklich an. Wir sind zu einer konstruktiven und sachgerechten Zusammenarbeit mit Ihnen bereit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte wieder zur Sache sprechen, Herr Boyens?

Stephan Boyens (AfD): Ja. - Wir werden im weiteren Verlauf dieser Sitzung unter TOP 3.1.7 einen Antrag vorstellen, von dem wir meinen, dass damit die Situation am Ebertplatz entschärft werden kann.

Das, was Kölnerinnen und Kölner wollen - das wurde hier auch schon erwähnt -, ist: Sie wollen ihren Ebertplatz wieder zurück. - Ich glaube, das ist nicht zu viel verlangt. Unter TOP 3.1.7 haben Sie Gelegenheit, unsere Vorschläge dazu anzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wiener das Wort.

Markus Wiener (pro Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt hat nicht nur der Herr Wiener das Wort; es hat auch die Ratsgruppe pro Köln das Wort. Ich denke, so viel Zeit muss sein. Wir nutzen gern die Gelegenheit, uns bei dieser Aktuellen Stunde in den kommunalpolitischen Alltag einzubringen, was Herr Frankenberg vom *Kölner Stadt-Anzeiger* letztens ja schmerzlich vermisst hat. Dem kann abgeholfen werden; gern.

Meine Damen und Herren, die Zustände am Ebertplatz sind ein sehr ernstes Thema. Nicht nur die AfD hat richtigerweise auf dementsprechende Initiativen in der Vergangenheit hingewiesen. Auch pro Köln hat in den vergangenen Jahren immer wieder zur Entstehung solcher Hotspots und zu Kriminalitätsschwerpunkten in Köln vernünftige Lösungskonzepte vorgestellt.

Ich hatte bei der Rede des Kollegen Boyens gerade ein Déjà-vu. Auch alle Initiativen, Anträge und vernünftigen Lösungskonzepte von pro Köln sind hier immer wieder ohne Diskussion abgelehnt worden. Frau Moritz von den Grünen hat einmal festgestellt: Selbst wenn draußen die Sonne scheint und pro Köln eben feststellen würde, dass draußen die Sonne scheint, würden wir das ablehnen. - So viel zu Ihrem Demokratieverständnis, das auch dazu führt, dass solchen Entwicklungen in Köln nicht entgegengetreten wird, weil man vernünftige Lösungskonzepte nicht hören will.

Die Diskussionsbeiträge, die wir hier vonseiten der Altparteien gehört haben, kann man unter dem Motto „Haltet den Dieb!“ zusammenfassen. Es wird sich gegenseitig eine Verantwortlichkeit für die Zustände hier in Köln vorgeworfen, die in Wirklichkeit aber alle Altparteien in unterschiedlicher Art und Weise tragen.

So ist es der Gipfel an Scheinheiligkeit, wenn ein Herr Börschel hier mit Unschuldsmiene kritisiert, dass die Zustände sich dort so verschlechtert haben. Ja, es ist richtig, dass die SPD bis 2014 die Verwaltung und die Kommunalpolitik hier in Köln bestimmt hat. Alle diese Probleme haben sich schon in diesen Jahren aufgestaut. Die SPD hat nichts dagegen unternommen. Nichts!

Genauso fragwürdig ist es, wenn die CDU jetzt versucht, die Law-and-Order-Rolle zu spielen und ihre Verantwortlichkeit für die sich ver-

schlechternden Zustände in diesem Land negiert. Zur Wahrheit dazu gehört, dass Sie über die Gründe für die negative Kriminalitätsentwicklung in Köln und anderswo immer noch nicht reden und sie am liebsten weiter tabuisieren wollen. Wenn wir hier über den Ebertplatz und andere Kriminalitätsschwerpunkte reden, muss man doch feststellen, dass diese Probleme weniger mit einer autogerechten Stadt zu tun haben, wie Herr Frank von den Grünen meinte, sondern eher mit einer verfehlten Migrations- und Asylpolitik.

(Zuruf von der CDU: Pfui!)

- Da wird „Pfui!“ geschrien. Warum schreien Sie: „Pfui!“?

(Niklas Kienitz [CDU]: Weil es nicht stimmt!)

Stichwort „Nafris auf dem Ebertplatz“. Mit wem haben wir denn hauptsächlich Schwierigkeiten?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen): Mit Hooligans!)

Es sind häufig schwarzafrikanische Drogendealer, die erst im Laufe der letzten Jahre nach Deutschland und Köln gekommen sind. Darüber muss geredet werden, wenn man ernsthaft versuchen will, die Probleme in den Griff zu kriegen.

Die konkreten Vorschläge, die man jetzt macht, weil man aktionistisch irgendetwas vorschlagen muss, lösen die Probleme doch nicht wirklich. Sie werden in der Tat nur einen Verdrängungseffekt zur Folge haben. Wenn man bestimmte Plätze, wie zum Beispiel rund um den Hauptbahnhof, verstärkt mit ordnungsdienstlichen und polizeilichen Maßnahmen kontrolliert, hat das eine Verdrängung zur Folge. Mit dem Einsatz von Streetworkern oder mit städtebaulichen Maßnahmen wird man die Probleme niemals in den Griff bekommen. Das alles sind nur kosmetische Korrekturen.

Zyniker sagen ja: Die Logik mancher etablierten Parteienvertreter ist: Man baut am Ebertplatz einige Blumenkübel ab, stellt diesen zur Verschönerung zum Beispiel in Chorweiler wieder auf, und dann sind alle Probleme der Stadt gelöst. - Damit sind die Probleme natürlich nicht gelöst. - Ich sehe gerade auf der Anzeige, dass sich meine Redezeit dem Ende nähert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, auch für pro Köln gelten nur fünf Minuten; dem beugen wir uns gern. - Also: Sie müssen die wahren Ursachen der Probleme ansprechen. Sie müssen bereit sein, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Pro Köln wird weiterhin den Finger in diese offene Wunde legen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Damen und Herren! Schade, dass wir als Gruppe keine eigenen Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde einbringen können. Ich denke, die aktuellen Vorgänge um die sogenannten Karnevalsexzesse wären heute auch ein gutes Thema gewesen. - Keine Angst, Frau Oberbürgermeisterin, ich bleibe beim Thema.

Vielleicht haben es ja einige mitbekommen: Symbolisch sind wir draußen von DIE PARTEI eingemauert worden. Eine schöne Aktion übrigens; denn dabei geht es nicht um die Mauern des absurden Vorschlags, den Ebertplatz in Teilen dichtzumachen, sondern um die verdammt vielen, die in unseren Köpfen sitzen und die sich hinter Sprüchen wie „Null Toleranz“, „Das Boot ist voll“ oder „No-go-Area“ verstecken.

Das alles hat Ursachen; denn Mauern im Kopf gehen ein paar wichtige Dinge voraus: erstens Ignoranz, zweitens taktische Spielchen, drittens Aktionismus, viertens einfache Law-and-Order-Antworten und fünftens Wegsehen der Verantwortlichen. All dies führt zu dem Trauerspiel, das wir heute betrachten dürfen: jahrelange Verwahrlosung, die auch durch die Stadt gefördert wurde. Wenn Rolltreppen und Brunnenanlagen nicht mehr funktionieren, hat das auch Auswirkungen auf die Menschen, die sich vor Ort aufhalten oder das eben nicht mehr wollen, ebenso wenn Entscheidungen des Rates auf Neugestaltung des Platzes 2009 durch die lächerliche und unrealistische Prüfung einer Tiefgarage zu einer jahrelangen Verzögerung führt, nur weil man einer kleinen Klientel gefallen möchte.

Der Ebertplatz heute ist auch das Resultat der Verdrängungspolitik und repressiver Drogenpolitik, die wir mit Videoüberwachung und starker Präsenz im Bahnhofsbereich angefangen und erkauft haben. Ganz offensichtlich suchen sich Kriminelle dann andere Plätze, oft auch in unserer Stadt.

Klugscheißer mag ja bekanntlich keiner; aber ich habe genau diese Prophezeiung schon in einer

meiner Reden im letzten Jahr getroffen. Ich prophezeie heute schon einige zukünftige Aktuelle Stunden zum Mühlheimer Platz, zu Kalk, Deutz oder dem Friesenplatz, wenn wir heute wieder nur in Mauern denken, statt mit Weitsicht und Mut Entscheidungen zu treffen.

Das Gleiche wird auch bei den sogenannten Karnevalsexzessen geschehen, wenn wir glauben, dass wir durch das Bekämpfen von Symptomen, etwa Glasflaschenverbot und mehr Dixi-Klos, tatsächlich irgendetwas ändern können an dem, was wir schon seit Jahren beobachten. Diese einfachen Antworten auf komplexe Fragen unserer Stadtgesellschaft oder auch diese Mauer-im-Kopf-Politik lässt uns in Zukunft nicht weiterkommen, es sei denn, wir wollen weiter von einem Skandal in den nächsten stolpern.

Selbstverständlich gehört zur Ursachenbekämpfung das, was schon einige Redner betont haben: eine gute Sozialpolitik, zum Beispiel mehr Streetworker, die Rücknahme der irrtümlichen Kündigungen der Galerien und eine schnelle Umsetzung der Neuplanung des Platzes, obwohl ich ganz gut mit dem Vorbild Tel Avivs, die einen vergleichbaren Platz innerhalb von 18 Monaten in den vorherigen Zustand versetzt hat, leben könnte. So schlecht war die vorherige Platzgestaltung des Ebertplatzes aus heutiger Sicht gar nicht. Aber ich mache mir keine Hoffnungen, dass das bei uns auch so schnell klappen wird.

Bei den Drogendealern auf dem Ebertplatz lohnt es sich, einmal genauer hinzusehen, Herr Petelkau. Nicht nur nach meinen Informationen handelt es sich fast ausnahmslos um Cannabis-Dealer. Am Ebertplatz kann man sich sehr präzise das Resultat einer repressiven Drogenpolitik ansehen.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

An den Problemen, die diese mit sich bringt, wird auch die Präsenz von Ordnungskräften und Videoüberwachung nichts ändern, außer dass wir uns in Zukunft mit anderen Plätzen werden beschäftigen müssen wie dem Wiener Platz, Kalk und vielen anderen Orten, über die wir schon gesprochen haben, weil wir weiter nur verdrängen, zum einen die Leute und zum anderen den Kern der Probleme.

Aus Sicht der Mauerpolitik kann man diesem Problem angeblich nur mit einer flächendeckenden Überwachung und Polizeipräsenz begegnen. Einmal abgesehen davon, dass das kaum realistisch ist und ich, ehrlich gesagt, mit diesem Zukunftsbild einer Stadt nicht mehr in Köln leben möchte, ist klar, dass wir über die Legalisierung von Cannabis und eine progressive Drogenpolitik reden müssen, weil sie hilfreiche Mittel sind. Diese Diskussion haben wir in Köln in der Vergangenheit leider verpasst, weil wir über kontrollierte Abgaben in Cannabis Social Clubs oder Ähnlichem in Köln gar nicht erst entscheiden wollten. Die Bezirksvertretung Innenstadt fordert Wegweisendes. Auch wir, damals noch als Ratsgruppe Piraten, haben wegweisende Anträge dazu eingebracht. Andere Kommunen wie Düsseldorf oder Münster sind da schon deutlich weiter.

Die Probleme an Karneval und am Ebertplatz sind eben nicht nur Kriminalität und ein zügelloser Feiermob, sondern Ausdruck genereller Probleme unserer Gesellschaft. Darauf zu antworten, bedarf es Mut für den unbequemen, langwierigen und schwierigen Weg der Ursachenbekämpfung. Marktschreier, die immer noch mehr Mauerpolitik betreiben wollen, sitzen hier schon genug herum. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mir ging es ähnlich wie Jörg Frank. Als zwischen den Feiertagen diese Meldung kam, habe ich auch an einen schlechten Aprilscherz geglaubt und gedacht: Was für eine beknackte Idee, die Eingänge zu diesem Platz zuzumauern und den Galerien zu kündigen! Den Einzigen, die sich Mühe geben, den Platz zu bespielen, mit Kündigung zu drohen bzw. sie in einem Fall sogar schon auszusprechen, ist wirklich eine schlechte Idee, die einen enormen Schaden bewirkt hat; denn in der Kulturszene ist man über dieses kopflose Vorgehen blank entsetzt.

Was ist konkret passiert in diesen Tagen? Warum wurde dieser einen Galerie gekündigt? - Das werde ich auch Sie gleich noch fragen, Frau Reker. - Das zu wissen, ist ganz interessant. Die Galerien sind Mieter beim Liegenschaftsamt. Ihnen wurden vom Liegenschaftsamt telefonisch mitgeteilt: Hört mal zu, liebe Leute, es ist da was im Gange. Wir werden euch kündigen. Aber ihr

habt die Chance zu einem Gespräch. - Eine Galerie hat dieses Gespräch genutzt, nämlich Labor e. V. Und was hat er bei diesem Gespräch bekommen? Ihm wurde die Kündigung ausgehändigt. Nur weil er das Gespräch gesucht hat, um diese Kündigung zu verhindern, hat dieser Verein nun die Kündigung erhalten, die anderen nicht. Es ist schon sehr, sehr eigenartig, dass diese eine Kündigung von Ihnen oder von wem auch immer bislang nicht zurückgezogen wurde.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

In einem Handbuch für Gentrifizierer könnte stehen, dass man gerade an trostlosen, gefährlichen Plätzen die Kunst ansiedeln sollte, um solche Plätze zu bespielen. Und was machen wir? Wir kündigen ihnen. Diese Debatte ist tatsächlich noch nicht vom Tisch; sie ist immer noch virulent. Die Kündigung wird zum 30.06.2018 wirksam, wenn bis dahin nicht irgendetwas passiert. Es ist durchaus möglich, dass auch noch den anderen Galerien zum 30.06.2018 gekündigt wird. Auch das ist noch nicht endgültig vom Tisch. Ich wünsche mir von Ihnen, Frau Reker, direkt im Anschluss ein klares, deutliches Wort, ob diese eine Kündigung zurückgezogen wird und ob sich die Galerien darauf verlassen können, dass ihnen in näherer Zukunft nicht gekündigt wird.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und auf der Zuschauertribüne)

Ich möchte noch ein anderes Beispiel nennen: CityLeaks, unser großes urbanes Festival, hatte seine Festivalzentrale auf dem Ebertplatz. Es war eine wunderbare Möglichkeit, dass das dort gemacht werden konnte. Es war Sommer, der Platz war gut bespielt. Trotzdem waren alle Probleme sichtbar. Ich war dort auch Gast am Rande einer Podiumsdiskussion. Man hat schon gespürt, was auf dem Platz los ist. Die haben sich nicht von ein paar Kunstnasen vom Platz verdrängen lassen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum auch?)

- Warum auch? Wir wollen sie auch gar nicht vertreiben aus der Stadt. Wir verfolgen keine Zero-Tolerance-Politik oder Ähnliches in Köln.

Ich will nur ein Beispiel für die Arbeit der Verwaltung nennen. CityLeaks hatte sich für seine Festivalzentrale auf dem Platz die Ermöglichung von temporärer Gastronomie gewünscht. Das ist CityLeaks nicht gestattet worden. Warum eigentlich nicht? Wenn wir einen solchen Platz haben und einen engagierten Verein, der dort etwas unternehmen möchte, warum erlaubt man ihm nicht, auf dem Platz für zwei Wochen ein Café aufzumachen? Das würde diesen Platz doch beleben.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir halten fest an unserer Forderung - das ist keine Bitte -, diese Kündigung sofort rechtswirksam zurückzuziehen und keine weiteren Kündigungen auszusprechen.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Auch ich möchte für dieses Zwischennutzungskonzept werben, bis der Platz tatsächlich umgebaut wird. Wir wollen einen lebendigen Platz. Wir wollen die Leute nicht von dort vertreiben. Wir wollen den Platz nicht zumauern. Wir freuen uns über die Künstler, die auf dem Platz aktiv sind, und unterstützen sie. Das tun wir übrigens auch schon jetzt, indem wir ihnen mit einer Miete nahe null entgegenkommen. Es wird sozusagen von uns gefördert, dass sie dort arbeiten. Und was machen wir? Wir kündigen diesen Leuten. Das ist doch absurd.

Frau Reker, ich möchte Sie an dieser Stelle schlicht und einfach bitten, die Gelegenheit hier zu nutzen und zu sagen, was mit dieser einen Kündigung ist und ob die anderen Galerien darauf vertrauen können, dass ihnen nicht gekündigt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, beim Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn Sie gestatten, würde ich zunächst Herrn Bezirksbürgermeister Hupke das Wort geben, Herr Zimmermann.

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln]: Darauf freue ich mich schon!)

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates! Es ist jetzt schon alles gesagt worden, nur nicht von mir. Ich werde daher davon Abstand nehmen, alles noch einmal zu wiederholen, und mich kurz fassen.

Vorab habe ich eine Bitte an Sie. Mit Blick auf die derzeitige Situation auf dem Ebertplatz will ein Bild aus der Seefahrt bemühen, das niederländische Maler in Öl verewigt haben: Wenn die See kocht und ein Schiff ein anderes retten will, schlagen die Wogen noch höher. Im Fußball würde man dann sagen: jetzt den Ball flach halten und nicht noch mehr Druck machen. Und genau darum bitte ich alle Demokratinnen und Demokraten.

Ich habe eine weitere Bitte, eher schon eine Forderung. Versuchen Sie nicht, aus der Situation am Ebertplatz politisch Kapital zu schlagen! Das darf einfach nicht sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Das nützt der Situation nicht. Das nützt der Stadt nicht. Das verschärft die Zustände nur. Rat und Bezirksvertretung sollten da zusammenarbeiten. Das will ich Ihnen auch im Namen meiner Bezirksvertretung ans Herz legen. Wir sind die Frühwarnsysteme, die Seismographen. Wir sind immer ganz schnell vor Ort. Wir wissen, wovon wir reden.

In Sachen Ebertplatz will ich aber ausdrücklich auch den Kulturausschuss und die Kulturverwaltung erwähnen. Wir haben da Stunden an Arbeit, Empathie und Energie reingesteckt. Das kann man jetzt nicht einfach mal so an die Wand oder an die Mauer klatschen.

Deshalb kann es auch nicht angehen, dass wir - das sage ich dem Stadtdirektor kritisch, mit Respekt und auf Augenhöhe - Lösungsvorschläge aus der Presse erfahren. Das darf es in Zukunft nicht mehr geben. Wir sind dort mit im Boot, wir bleiben dort mit im Boot und sind dort immer auch kritische Begleiter. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Keller, auch wenn die Mauer jetzt noch nicht steht: Mr. Keller, please tear down this wall! - Danke, dass Sie mir zugehört haben

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Zimmermann hat mich um Beantwortung der Frage gebeten - ich wiederhole sie, wie ich sie verstanden habe -, warum einer Galerie gekündigt wurde und ob beabsichtigt ist, diese Kündigung zurückzunehmen, bzw. ob beabsichtigt ist, weiteren Galerien zu kündigen. Habe ich das richtig aufgenommen.

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln] nickt)

Ich will gerne dazu etwas sagen. Wenn Sie die Pressemitteilung der Stadt Köln zu diesem Vorgang gelesen haben, wissen Sie das auch. Diese Kündigung erfolgte unabgesprochen und voreilig. Die Vorschläge, die die Verwaltung Ihnen machen wird - ich habe ja eben gesagt, dass noch in diesem Jahr ein Konzept zur Verbesserung der Situation vorgelegt wird -, wurden als Tatsachen aufgenommen. Das passiert. Aber die Verwaltung hat selbstverständlich nicht vor, ohne Abstimmung mit der Politik Zugänge zuzuschütten oder Kündigungen auszusprechen.

Die Verwaltung hat hier zu schnell reagiert und voreilig gekündigt, und das im Übrigen nicht abgesprochen. Ich selber habe Einblick genommen in eine Niederschrift vom 17. Oktober dieses Jahres, in der das weitere Vorgehen beschrieben ist. Darin heißt es ausdrücklich, dass diese Kündigung geprüft werden soll. Die Kündigung macht im Übrigen auch gar keinen Sinn. Auch die Voreiligkeit dieser Kündigung macht keinen Sinn; denn sie entfaltet keine andere Wirkung als eine Kündigung, die zum 15. Dezember ausgesprochen würde.

Wir haben in der Verwaltung vereinbart, abzuwarten, bis das Konzept zur Interimslösung beschlossen worden ist. Erst dann wissen wir, ob weitere Kündigungen notwendig sind oder nicht. Auch das habe ich bereits gesagt. Also: Auch hier ist die Situation keine andere als für die bereits ausgesprochene Kündigung, weil sie zum gleichen Zeitpunkt wirksam würden. Ich möchte allerdings auch nicht durch eine Zurücknahme den Eindruck erwecken, als wäre diese Ihre Entscheidung schon getroffen.

Das kann jetzt noch mit Fragen, die der Herr Stadtdirektor beantworten kann, weiter ausgeführt werden. Aber ich glaube, schon aus der Pressemitteilung der Stadt ging genau hervor: Es ist ein Fehler passiert bei der Stadt. Solche Fehler passieren, auch wenn jeden Tag Hunderte gute Entscheidungen getroffen werden.

Noch eine Nachfrage von Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT): Ich habe Sie, denke ich, richtig verstanden, dass nicht beabsichtigt ist, diese Kündigung zurückzunehmen. Es geht dabei auch um formale Dinge. Die Leute müssten zum Beispiel dagegen klagen, damit diese Kündigung aufgehoben wird, wenn Sie die Kündigung nicht zurücknehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: Wir haben vereinbart, abzuwarten, bis das Konzept zur Interimslösung beschlossen worden ist. Danach werden wir über Kündigungen entscheiden, auch über die bereits ausgesprochene.

Thor-Geir Zimmermann (GUT): Die Kündigung wurde ja schon übergeben. Somit ist sie bereits wirksam. Sie könnten einfach sagen: Tut uns leid! Wir haben uns da vertan. Betrachten Sie sie als gegenstandslos! - Aber das machen Sie nicht, sondern Sie wollen abwarten, bis das fertige Konzept vorliegt und vom Rat beschlossen worden ist. Mir ist nicht ganz klar, warum man die Kündigung jetzt nicht als gegenstandslos betrachten kann und erst dann, wenn das Konzept steht, gegebenenfalls neue Kündigungen ausspricht. Ich bedaure, aber das leuchtet mir nicht ganz ein. - Das nur als kurze Anmerkung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Meine Damen und Herren, ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen schlage ich Ihnen vor, die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss:

Nach Erörterung der Angelegenheit, beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort mit Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Schenkungsannahme für das Werk „Erinnerungsorte Kinderheim Köln-Sülz“ der künstlerischen Arbeitsgemeinschaft osa-frankfurt/osa-wien
2311/2017

Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann bedanke ich mich beim Förderverein Erinnerungsorte Kinderheim Köln-Sülz e. V. vielmals für diese Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat beschließt, das Werk "Erinnerungsorte Kinderheime Köln-Sülz" der künstlerischen Arbeitsgemeinschaft osa-frankfurt/osa-wien als Schenkung durch den Förderverein Erinnerungsorte Kinderheim Köln-Sülz e. V. anzunehmen und stimmt der dauerhaften Aufstellung im öffentlichen Raum zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Schenkung laotischer Textilien an das Rautenstrauch-Joest-Museum
2875/2017

Ich bitte um Ihr Handzeichen, wenn Sie meinen, dass diese Schenkung angenommen werden soll. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist diese Schenkung angenommen. Ich bedanke mich bei Herrn Borwin Lüth vielmals für diese Schenkung an das Rautenstrauch-Joest-Museum.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der laotischen Textilien durch Herrn Borwin Lüth an das Rautenstrauch-Joest- Museum mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3.1:

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend „Projekt ‚Radeln ohne Alter'"
AN/1579/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke
AN/1641/2017

Ich bitte Herrn Dr. Gutzeit um seinen Redebeitrag.

Dr. Walter Gutzeit (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Politik zeigt Herz für Senioren. Wir wollen für Senioren, die Mobilitätseinschränkungen haben, Ausflugsfahrten mit Rikschas kostenfrei organisieren.

Senioren, die kaum noch aus dem Haus kommen, werden bald wieder ihnen bekannte und neue Orte sehen, die sie wahrscheinlich sonst in ihrem Leben nicht mehr sehen würden. Senioren werden beliebte Orte in ihrem Veedel und in ihrer Stadt sehen. Sie werden Grünanlagen und Sehenswürdigkeiten, die mit Rikschas erreichbar sind, wiederentdecken.

Es gibt ein weites Feld für solche Fahrten: Tages- und Abendfahrten, Fahrten entsprechend der Jahreszeiten, Fahrten bei besonderen Events wie den Kölner Lichtern, themenbezogene Fahrten und spezielle Wunschfahrten der Teilnehmer.

Ein solches Angebot wurde zunächst in Dänemark entwickelt. In Berlin gibt es schon zahlreiche Rikscha-Angebote für Senioren. In Köln bieten die Sozialbetriebe „Radeln ohne Alter" in ihren Einrichtungen an.

Unser Konzept basiert auf den Erfahrungen mit Rikschas in Essen. Dabei soll auch geprüft werden, ob in einem weiteren Schritt der Service auch für Senioren in Privathaushalten angeboten werden kann. Unter dem Motto „Radeln ohne Alter" soll die Verwaltung in Zusammenarbeit mit Kölner Senioreneinrichtungen und geeigneten freien Trägern ein zusätzliches Angebot für Senioren umsetzen. Dies ist ein weiterer Schritt hin zu Barrierefreiheit in unserer Stadt. Hier wird durch Mobilität die persönliche Barriere überwunden.

Die Beschaffung der Rikschas wird durch die Stadt finanziert. Dafür sind 100.000 Euro im Haushalt vorgesehen. Ehrenamtlich tätige Personen sollen mit den Senioren durch Kölner Viertel fahren. Die Wartung der Rikschas soll den Trägern obliegen.

Es gibt mehrere Gründe, die für dieses Projekt sprechen:

Erstens. Senioren werden mobiler und tun etwas für ihre Gesundheit. Wenn sie mit der Rikscha stressfrei durch die Stadt radeln, erreichen sie Orte, die sie wegen ihrer Behinderung sonst nicht erreichen können. Wenn die Senioren wieder den Wind in ihren Haaren spüren und ihr Lebensgefühl positiv beeinflusst wird, tun sie etwas für ihre Gesundheit.

Zweitens. Senioren werden wieder ein Gefühl für Natur und Kultur bekommen. Wenn sie mit der Rikscha durch Grünanlagen fahren, treffen sie dort auf Spaziergänger mit ihren Hunden, auf Jogger, auf spielende Kinder und auf Gruppen, die mit Kölsch und Cola ihre Würste grillen. Mit der Rikscha die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt wiederentdecken, heißt, alte und moderne Denkmäler, attraktive Architektur von gestern und heute auf dieser Rheinseite und, wenn sie von der Schäl Sick anfahren, Plätze in der Altstadt, Gotteshäuser, das Historische Rathaus etc. wiederzusehen. Welcher Senior bekommt keine feuchten Augen, wenn er wieder vor dem Dom steht?

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens. Senioren werden aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligt. „Über das Älterwerden denke ich genauso wie über den Tod: Ich bin strikt dagegen", hat Woody Allen einmal gesagt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind dafür, dass mobilitätseingeschränkte Senioren sich nicht über das Älterwerden Gedanken machen, sondern mit den Rikscha-Fahrten wieder mehr Lebensfreude erhalten. Die altersbedingte Auflösung der sozialen Beziehungen führt häufig dazu, dass Senioren den Anschluss an ihr gesellschaftliches Umfeld verlieren. Mit den Rikscha-Fahrten wird es Senioren ermöglicht, sich wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Senioren radeln mitten durch die Stadt und fühlen sich mitten im Leben. Es werden soziale Kontakte geknüpft. Die Senioren haben die Möglichkeit, aus ihrem Leben und

ihren Erinnerungen zu erzählen. Der Rikscha-Fahrer informiert über seine Erfahrungen und freut sich, etwas Gutes zu tun.

Meine Damen und Herren, mir liegt ein Änderungsantrag von Ihnen bzw. Ihrer Fraktion, Herr Detjen, und Ihnen bzw. Ihrer Fraktion, Herr Börschel, vor. Dem Änderungsantrag entnehme ich, dass wir im Grunde alle in einem Boot sitzen.

(Zurufe: In der Rikscha!)

Auch Sie wollen Rikschas. Im Grunde geht es nur darum, dass eine Gruppe, die am gesellschaftlichen Leben genauso aktiv teilnehmen soll, im bisherigen Konzept noch nicht enthalten ist. Wir alle wissen, meine Damen und Herren: Es kommt nicht nur auf Essen und Wohnen an, sondern auch darauf, mal eine Tasse Kaffee trinken gehen zu können. Das ist für Leute mit kleinem Einkommen ein riesiges Problem. Dem stimme ich zu. Insofern sind wir in einem Boot.

Ich sehe nur ein Problem. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Schauen Sie, wir geben jetzt 100.000 Euro dafür aus. Wenn wir Ihre Vorschläge übernähmen, würde es teurer. In unserem Antrag haben wir ja festgehalten, dass weitere Schritte gemacht werden sollen, wenn sich das System einmal installiert hat. Das Konzept der SPD in Berlin beispielsweise ist zu einem Riesenerfolg geworden und war dann ein Selbstläufer. Insofern hätte ich die Bitte, sich unserem Antrag anzuschließen. Wir brauchen das jetzt nicht zu ergänzen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich will meine Ausführungen schließen, indem ich die Empfehlung umsetze, die uns der Coach des Seminars für Redenschreiber, der frühere Redenschreiber von Helmut Schmidt, am Wochenende mit auf den Weg gegeben hat. Ich verweise noch einmal auf den Appell am Anfang. Für mich schließt sich dieser Appell mit dem Ausspruch von Martin Luther King, den Sie alle kennen: I have a dream. - Und mein Traum ist, dass die Frau Oberbürgermeisterin den Startschuss für das neue Konzept gibt und alle Fraktionsvorsitzenden sich in eine Rikscha setzen und die Senioren unter dem Motto „Politik zeigt Herz für Senioren“ begleiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Gutzeit. Ich bin ja auch schon über 60. Ich fahre gerne mit.

Als Nächster hat Herr Scholz das Wort.

Tobias Scholz (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir freuen uns heute sehr, gemeinsam mit den Fraktionen der CDU, der FDP und den Grünen den Antrag „Radeln ohne Alter“ in den Rat einbringen zu können; denn unsere Wählergruppe GUT ist für ein Recht auf Wind im Haar in jedem Lebensalter. Mit dem Projekt „Radeln ohne Alter“ kann dieses Recht auf altersunabhängige Fahrradmobilität passgenau und einfach in Köln umgesetzt werden.

Die ursprünglich aus Dänemark stammende Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Rikscha-Ausfahrten mit Bewohnern von Senioren- und Pflegeheimen zu unternehmen. Dahinter verbirgt sich die Ursprungsidee, dass das Leben nicht einfach in einem festgelegten Alter aufhört, sondern man auch hochbetagt ein Leben voller Freude führen kann und soll. In Dänemark ist die Initiative aktuell in über 100 Gemeinden fester Bestandteil von Senioreneinrichtungen.

Schon Ende 2015 bestätigte die Kölner Verwaltung auf eine Anfrage der Wählergruppe GUT im Ausschuss Soziales und Senioren zum Projekt „Radeln ohne Alter“, dass es mit einer einfachen Idee möglich ist, mobilitätseingeschränkten Menschen in stationären Kölner Einrichtungen positive Erlebnisse zu ermöglichen, ihre persönliche Mobilität zu erhöhen und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Entsprechend stellt das Rikscha-Projekt für Senioren einen scheinbar kleinen, aber sehr relevanten, wertschätzenden und sichtbaren Schritt hin zu einer inklusiven Kölner Stadtgesellschaft dar; denn „Radeln ohne Alter“ verbindet Bewegung und Begegnung. Es kann für den Fahrer und den Passagier nachhaltig sehr positive körperliche und geistige Effekte haben.

Die Bewohner von Alters- und Pflegeheimen haben die Möglichkeit, die Umgebung, in der sie ihr Leben lang gelebt haben, hautnah neu zu entdecken und sich als Teil der Gemeinschaft zu erleben. Dadurch können auch neue Beziehungen und Freundschaften entstehen, generationsübergreifende Brücken gebaut und eine aktivere Mitbürgerschaft gefördert werden.

Im Rahmen eines von uns durchgeführten Themenabends zum Projekt „Radeln ohne Alter“ stießen wir nicht nur bei den anwesenden Vertretern von Senioreneinrichtungen auf positive Resonanz, sondern auch bei den Vertretern der örtlichen Seniorenvertretungen.

Für Köln ist es aus unserer Sicht am nachhaltigsten, das Projekt analog zum Essener Modell umzusetzen. In Essen wurde das Projekt im Rahmen der Grünen Hauptstadt 2017 angeregt und in Kooperation mit dem Jobcenter Essen erfolgreich umgesetzt. Damit verbunden konnten Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Ziel war, auf einfache Art und Weise Fahrradmobilität für Senioren in einer besonderen Form im Essener Stadtgebiet sichtbar zu machen.

Dementsprechend wird unsere Verwaltung gebeten, mit geeigneten freien Trägern und gegebenenfalls mit dem Jobcenter ein praktikables Umsetzungskonzept zu erstellen, das darauf basierend in Kooperation mit Kölner Senioreneinrichtungen erfolgreich umgesetzt werden kann. Es soll geprüft werden, ob das Angebot auch Ehrenamtlern, Familienangehörigen und Senioren in Privatwohnungen kostenlos zugänglich gemacht werden kann.

Den Änderungsantrag von SPD und LINKEN lehnen wir ab, weil das Projekt „Radeln ohne Alter“ sich als inklusiv versteht und es sich an alle mobilitätseingeschränkten Senioren in Köln richtet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und der Ratsgruppe BUNT sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Eine kleine Idee aus Kopenhagen, 2013 gestartet, hat inzwischen weltweit große Wirkung entfaltet und auch in Deutschland etliche Nachahmer an 14 Standorten gefunden.

Wir haben gerade gehört: Das Projekt „Radeln ohne Alter“, das alten oder hochbetagten Menschen kostenlos Ausflüge in die nähere Umgebung ermöglicht, ist unser Thema. Der Einsatz elektrisch unterstützter Rikschas mit unterschiedlichster Ausstattung versetzt auch Menschen mit starken körperlichen Einschränkungen in die Lage, ihre vier Wände zu verlassen und auf Entdeckungstour zu neuen und altbekannten Orten zu gehen oder kulturelle Veranstaltungen zu besuchen. Auf eine einfache, aber sehr effektive Weise kann man damit Seniorinnen und Senioren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

An Komfort lassen diese rollenden Gefährte nichts zu wünschen übrig. Zum Schutz vor Regen oder starker Sonneneinstrahlung gibt es überdachte Rikschas, es gibt Rikschas als Ein- oder Zweisitzer und sogar Rollstuhl-Rikschas, die durch eine spezielle Plattform die Mitnahme einer Person im Rollstuhl ermöglichen. Per Akkuantrieb ist die Fahrt auch für ungeübte Radler gut zu bewerkstelligen. Elektrische Blinkeranlagen erhöhen die Sicherheit. Gepäcktaschen erlauben die Mitnahme von Proviant aller Art für den Ausflug an der frischen Luft.

Beste Erfahrungen mit diesem Projekt haben bereits Angebote in Berlin, Essen und auch die Sozialbetriebe Köln gemacht. Alle berichten einhellig von einem Zugewinn an Lebensqualität bei den Seniorinnen und Senioren, die entspannt und bequem vor sich hinrollend Grünanlagen, Gewässer, Straßen und sonstige Lokalitäten erkunden. Fast jeder Ort im öffentlichen Raum kann besucht werden. Sogar ein Halt an einem Straßencafé ist möglich. Darüber hinaus entstehen neue Kontakte, wie etwa zwischen den Radelnden und den Gästen oder zu Menschen auf der Straße.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann sich nur zu gut vorstellen, dass die Wahrnehmung von andersartigen Geräuschen und Gerüchen als den tagtäglich gewohnten und nicht zuletzt der Austausch über das Erlebte Geist und Seele guttun. Diese Teilhabe am öffentlichen Leben geht weit über den üblichen Betreuungsalltag hinaus.

„Radeln ohne Alter“ ist ein inklusives Projekt, das für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Demenz gedacht ist. Die Umsetzung dieser Idee ist unterschiedlich:

In Berlin bietet der Verein Radeln ohne Alter e. V. Rikscha-Fahrten mittels ehrenamtlich strampelnder sogenannter Piloten an.

In Köln wird das Projekt bei den Sozialbetrieben Köln, SBK, erprobt. Man startete im Herbst 2016 mit einer zweisitzigen Rikscha und erweiterte das Angebot 2017 durch den Zukauf einer Rollstuhl-Rikscha. Beim SBK heißt es, dass die

durch die Betreuungskräfte organisierten Rundfahrten inzwischen fester Bestandteil des wöchentlichen Beschäftigungs- und Betreuungsprogramms im Seniorenzentrum sind.

In Essen wurde das Projekt, wie vom Kollegen Scholz von der Ratsgruppe GUT gesagt, im Rahmen der Grünen Hauptstadt 2017 in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt und der Klimaagentur angeregt und hier interessanterweise erstmals als Teil einer Beschäftigungsmaßnahme für langzeitarbeitslose Menschen durchgeführt. In Kooperation mit dem Jobcenter werden inzwischen 15 ALG-II-Empfänger und -Empfängerinnen beschäftigt. Das ist eine Form der Umsetzung, die wir Grüne uns auch für Köln sehr gut vorstellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem gemeinsamen Antrag auf Initiative der Ratsgruppe GUT, der ich hierfür ausdrücklich danken möchte, werden wir das bisherige Angebot in Köln deutlich erweitern, damit mehr Menschen in den Genuss einer Rikscha-Abenteuerreise jenseits des Betreuungsalltags kommen können. Vielleicht folgt ja ein zukünftiger Träger dem Essener Beispiel und bietet Langzeitarbeitslosen darüber eine Beschäftigung an. Aus Sicht der Grünenfraktion wäre das wünschenswert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der LINKEN, Ihren Antrag lehnen wir ab, weil Sie davon ausgehen, dass die Senioreneinrichtungen in sozial benachteiligten Quartieren und in den elf ausgewiesenen Sozialräumen nur mit Personen belegt sind, die in diesen Quartieren bzw. Sozialräumen leben. Das stimmt aber so nicht. Selbst wenn man in Chorweiler wohnt, kann man in einer Senioreneinrichtung irgendwo am Rande der Stadt untergebracht sein. Das ist also Quatsch.

Ich hoffe, dass Sie alle dem Antrag zustimmen können, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Schultes hat das Wort.

Monika Schultes (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Idee, Seniorinnen und Senioren kostenfreie Ausflugsfahrten in Rikschas anzubieten, finden wir mehr als begrüßenswert. Die Idee ist nicht ganz neu. Wie wir eben schon gehört haben, wird das von der SBK schon eine ganze Weile mit Erfolg gemacht.

Meine Fraktion möchte an dieser Stelle auf einige wichtige Aspekte aufmerksam machen und für den gemeinsam mit den LINKEN gestellten Änderungsantrag werben.

Damit die Ausflugsfahrten für die Seniorinnen und Senioren zu einem runden und positiven Erlebnis werden, an das sie gerne zurückdenken, muss auch dafür gesorgt werden, dass die Fahrten nicht nur lustig, sondern auch sicher sind. Das heißt: Die Fahrer müssen entsprechend geschult werden; denn Rikschas sind gar nicht so einfach zu steuern, habe ich mir sagen lassen. Wir bitten die Verwaltung, dies bei der Erarbeitung des Konzepts mit zu berücksichtigen und darin entsprechende Schulungen und gegebenenfalls auch Prüfungen mit aufzunehmen.

Ein weiterer Aspekt unseres Änderungsantrags liegt mir sehr am Herzen. Der SPD-Fraktion ist es besonders wichtig, dass diese kostenlosen Ausflugsfahrten auch - auch! - Seniorinnen und Senioren zugänglich gemacht werden, die von Altersarmut betroffen sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt insbesondere für Seniorinnen und Senioren, die ihren Lebensunterhalt von Transferleistungen bestreiten oder gegebenenfalls einen Köln-Pass besitzen. Gerade für diejenigen, die in prekären finanziellen Verhältnissen leben, muss dieses Angebot zugänglich sein. Das heißt für uns: Es sollte vordringlich in den Einrichtungen angeboten werden, die in den elf Kölner Sozialräumen liegen.

(Beifall bei der SPD)

In Köln gibt es eine Menge Seniorinnen, die in Armut leben; es sind viel zu viele. Sie haben ein Leben lang hart gearbeitet und dabei nicht allzu viel verdient. Sie haben Kinder großgezogen und deshalb kein oder nur wenig Einkommen erzielt, was sich nun in einer niedrigen Rente niederschlägt. Zu einem menschenwürdigen Leben gehört aber nach Überzeugung der SPD auch ein Altern in Würde. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat und trotzdem von Altersarmut betroffen ist, dem sollten wir als Kommune beistehen und über Projekte wie „Radeln ohne Alter“ helfen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Es wird hier niemanden überraschen, dass gerade in den Sozialräumen die Quote der Seniorin-

nen und Senioren, die von Altersarmut betroffen sind, mit am höchsten ist.

Das Projekt kann zu einem Erfolgsprojekt werden, wenn es auch - auch! - auf ärmere Seniorinnen und Senioren zugeschnitten ist. Und es kann langfristig dazu beitragen, dass soziale Isolation und Einsamkeit überwunden werden und der Zusammenhalt über soziale Schichten hinweg gestärkt wird. Ich bitte Sie deshalb herzlich, dem Änderungsantrag zuzustimmen, damit aus dem Projekt „Radeln ohne Alter“ ein Erfolgsprojekt wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag von Jamaika und der Ratsgruppe GUT ist ein netter Antrag. Wer kann etwas dagegen haben? Seniorinnen und Senioren sollen mit der Rikscha ausgefahren werden. Es ist gut, wenn die ältere Generation in Bewegung bleibt und soziale Kontakte pflegen kann.

Meine Damen und Herren, wenn solche Projekte an den Start gehen, muss man aber immer auch die soziale Frage mitdenken. Wir haben in Köln viele arme Alte. Alte Menschen mit wenig Geld haben es viel schwerer, Abwechslung und soziale Kontakte in ihren Alltag einzubauen, als Menschen, denen es finanziell gut geht. - Herr Dr. Gutzeit hat in seiner Rede darauf hingewiesen; vielen Dank dafür. - Wer Geld hat, kann sich mit dem Taxi oder auch mit der Rikscha zum Kaffeekränzchen oder in den Zoo fahren lassen; das ist für Leute mit viel Geld kein Problem. Für arme Alte ist das ein Riesenproblem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Stadtteile, da ist die Zahl der Seniorinnen, die von Transferleistungen leben, sehr hoch. Schauen wir mal nach Chorweiler: In der Hochhaussiedlung leben über 40 Prozent der Menschen im Rentenalter von der Grundsicherung im Alter nach SGB XII. Stadtweit müssen - in Anführungszeichen - nur 7,6 Prozent der Senioren ihren Lebensunterhalt mit Grundsicherung im Alter bestreiten. Man sieht also sehr deutlich, wie die soziale Schere in unserer Stadt immer weiter auseinandergeht.

Das Amt für Statistik hat eine sehr gute Publikation zur sozialen Lage in der Stadt herausgegeben. Darin wird eines deutlich: In den elf Sozialräumen ist die Lage besonders prekär. Die Armutsquote liegt in jedem dieser elf Gebiete weit über dem städtischen Durchschnitt.

Herr Dr. Gutzeit, Sie hatten vorhin gesagt: Leute, die arm sind, haben es schwerer. Sie haben ausdrücklich gesagt, dass Sie auch diese Leute in dieses Projekt miteinbeziehen wollen. - Ich bin ja nicht der Meinung, dass jemand, der Geld hat, von diesem Projekt nicht profitieren soll. Allerdings bin ich der Auffassung, dass wir vornherein dafür sorgen müssen, dass alte Leute, die arm sind, zumindest die Möglichkeit eingeräumt wird, das Angebot des Rikscha-Fahrens nutzen zu können.

Ich sehe, Horst Thelen guckt mich ganz verzweifelt an. - Ich appelliere an die Vernunft der Antragsteller. Wir alle sind der Auffassung, dass das eine gute Sache ist. Ich denke, wir alle sind auch der Auffassung, dass zunächst einmal die Leute, die es besonders gut gebrauchen können, mit an Bord sein müssen. Deswegen: Lassen Sie uns doch festlegen, dass das Projekt zumindest in einem Sozialraum startet, statt einfach zu sagen: Wir machen das nur in Lindenthal und in der Innenstadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie uns doch zumindest einen Sozialraum mit einbeziehen. Das sind wir den älteren Leuten, die wenig Geld haben, einfach schuldig.

Liebe Frau Heuser, es kann ja sein, dass man unterschiedlicher Auffassung ist. Aber es als „Quatsch“ zu bezeichnen, wenn sich jemand dafür einsetzt, dass insbesondere ärmere Alte da mit einbezogen werden, finde ich schon ein bisschen unfreundlich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich darüber abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von SPD und LINKEN und dann über den ursprünglichen Antrag.

Zur Abstimmung kommt zunächst der Änderungsantrag von SPD und LINKEN. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den ursprünglichen Antrag von CDU, Grünen, FDP und GUT abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so angenommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:

Der Rat der Stadt möge folgende Ergänzung beschließen:

Nach dem ersten Absatz im Beschluss ist folgender Text einzufügen:

Die Verwaltung möge in einem zu erarbeitenden Konzept darlegen, wie insbesondere Senior/innen in den Genuss der Ausflugsfahrten kommen können, die von Altersarmut betroffen sind. Insbesondere ist der Personenkreis zu berücksichtigen, der seinen Lebensunterhalt von Transferleistungen bestreiten muss bzw. im Besitz eines Köln-Passes ist. Dazu ist es erforderlich, die Rikschas vordringlich Einrichtungen anzubieten, die in einem der elf Kölner Sozialräume liegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimmen der Gruppe BUNT abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Der Rat beauftragt die Verwaltung das Angebot „Radeln ohne Alter“ (RoA) für Senioren in Zusammenarbeit mit Kölner Senioreneinrichtungen, sowie mit geeigneten freien Trägern in Ergänzung zu bestehenden Angeboten für Senioren umzusetzen. Seniorinnen und Senioren sollen Ausflugsfahrten in Rikschas kostenfrei angeboten werden.

*Es ist zudem zu prüfen, ob die Rikschas auch durch Familienangehörige und Ehrenamtler*innen genutzt werden können, und ob in einem weiteren Schritt der Service auch Seniorinnen und Senioren in Privathaushalten angeboten werden kann.*

Die Beschaffung der Rikschas wird durch die Stadt Köln finanziert. Die Wartung der Rikschas obliegt dem jeweiligen Träger. Entsprechende Mittel für dieses Projekt in Höhe von 100.000 Euro wurden im Teilplan 0504 durch den Ratsbeschluss vom 07.11.2017 zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018, 3201/2017, bereitgestellt.

Dem Ausschuss Soziales und Senioren ist eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern - Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung“
AN/1004/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1053/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1058/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/1346/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT
AN/1420/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe BUNT und der Gruppe GUT
AN/1639/2017

Hierzu hat zuerst Herr Struwe das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Erneut habe ich die Ehre, zum beliebten Thema „Dach- und Fassadenbegrünung“ zu reden.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist mittlerweile eine Trilogie. Noch einmal zum Verlauf: Die SPD hatte den ursprünglichen Aufschlag in der Sitzung am 11. Juli gemacht. Dazu gab es Änderungsanträge von der LINKEN und der FDP. Durch Vertagung sind wir dann in die zweite Runde gegangen. Da gab es einen Änderungsantrag von der CDU, den Grünen und der Gruppe GUT. Mittlerweile befinden wir uns im dritten Teil dieser Trilogie. Wie es bei einer guten Trilogie immer so ist: Es besteht die Hoffnung, dass wir hier heute das krönende Finale erleben können. Es liegt nunmehr ein gemeinsamer Änderungsantrag der eben genannten Parteien sowie der Ratsgruppe BUNT vor, der das Thema in seiner ganzen Bandbreite noch einmal aufgreift.

Ich will nur ganz kurz einige Stichworte nennen. Wir beauftragen die Verwaltung, bis Anfang 2018 ein Konzept zur Dach- und Fassadenbegrünung und der Entsiegelung von dauerhaft nicht genutzten Flächen zu entwickeln, die notwendigen Ressourcen im Haushalt dafür bereitzustellen und dies unter Einbindung von städtischen Unternehmen, Wohnungsgenossenschaften etc. umzusetzen. Das Konzept soll im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik Berücksichtigung finden. Auch soll entsprechende Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden.

Wir als SPD freuen uns sehr, dass wir mit unserem ursprünglichen Antrag, unserer Initiative, den Ball ins Rollen gebracht haben. Die zahlreichen Änderungs-, Ergänzungs- und Ersetzungsanträge zeigen, dass das Thema hier im Rat der Stadt Köln doch eine gewisse Virulenz besitzt. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich so konstruktiv in die Debatte und dann letztlich auch in die Ausarbeitung des gemeinsamen Änderungsantrags eingebracht haben.

Ich denke, mit einem solchen Programm können wir gemeinsam einen konkreten Beitrag leisten für mehr Luftqualität und für mehr Lebensqualität. Ich hoffe sehr, dass es jetzt eine breite Zustimmung gibt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich jetzt abstimmen über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen, LINKEN und FDP sowie der Ratsgruppen BUNT und GUT. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Pro Köln. Bei einer Enthaltung so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe BUNT und der Gruppe GUT:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat sowie den zuständigen Gremien bis Anfang 2018 ein Konzept

- *zur Begrünung von Fassaden und Dächern*

  (bei Neubauten und geeigneten Bestandsgebäuden)

- *und zur Entsiegelung vorhandener dauerhaft nicht genutzter Flächen vorzulegen.*

Das Konzept soll Bestandteil eines bis Anfang 2018 zu entwickelnden städtischen Entsiegelungs- und Begrünungsprogramms sein.

Die dafür notwendigen Ressourcen werden im Haushaltsplan 2018 bereitgestellt.

Zielsetzung ist es, auf Basis der Mitteilung der Verwaltung 1081/2017 (Bezug Mitteilung AN/3366/2016) „Anpassung an den Klimawandel – geeignete Maßnahmen“ für eine zeitnahe und umfassende Dach- und Fassadenbegrünung der Gebäude in Köln sowie zur Förderung der Entsiegelung im Bestand systematisch umzusetzen.

Zur Entwicklung einer tragfähigen und wirkungsvollen Strategie zur Dach- und Fassadenbegrünung sollen StEB, GAG, weitere Wohnungsbaugenossenschaften sowie mit Blick auf gewerblich genutzte Gebäude die IHK und HWK eingebunden werden.

Darüber hinaus sind folgende Aspekte bei der Konzeptentwicklung zu berücksichtigen:

a) Über bereits bestehende Möglichkeiten: direkte Zuschüsse für Begrünungsmaßnahmen und reduzierte Niederschlagswassergebühren, sollen Bauherren und Hausbesitzer genauso umfassend informiert und beraten werden, wie über den Einsatz regenerativer Energien.

b) Eine aktive Stadtentwicklung soll Dach- und Fassadenbegrünung sowie Entsiegelungsmaßnahmen forcieren, z.B. durch Festsetzungen in der Bauleitplanung oder auch als ortsnahe ökologische Ausgleichsmaßnahmen.

c) Beim Neubau und der Sanierung städtischer Gebäude sowie bei Gebäuden der stadteigenen und stadtnahen Betriebe sollen die

Stadt Köln und die stadteigenen und –nahen Betriebe eine Vorbildfunktion wahrnehmen.

d) Gleichzeitig sind alle Möglichkeiten darzustellen, wie mit

Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und geeigneten Beteiligungsformaten die Aufmerksamkeit für die Themen "Dachbegrünung" und „Fassadenbegrünung“ sowie „Entsiegelung“ auch im Verbund mit dem Einsatz regenerativer Energien erreicht werden kann. Die Möglichkeiten sind über geeignete Kommunikationskanäle zu bewerben.

e) Hauseigentümer sollen mittels Öffentlichkeitsarbeit aktiv auf die Klimaauswirkung durch den zunehmenden Trend der Versiegelung und Einschotterung von Vorgärten angesprochen werden. Des Weiteren werden geeignete Maßnahmen getroffen, Niederschlagswassergebühren für bereits versiegelte, aber nicht gemeldete Flächen zu erheben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Einsatz von Sprachmittlern in den städtischen Krankenhäusern prüfen“
AN/1582/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1638/2017

Ich gebe Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Im Krankenhaus können die richtigen Worte überlebenswichtig sein. Um eine Erkrankung richtig diagnostizieren zu können, sind die Ärzte darauf angewiesen, dass die Patienten Symptome genau beschreiben. Die Patienten wiederum müssen die Anweisungen ihrer Ärzte verstehen, um sie genau befolgen zu können. Bestehen allerdings Sprachprobleme, weil die Patient*innen Geflüchtete oder andere Migrant*innen sind, die Deutsch kaum oder gar nicht verstehen, so ist das eine schwere Bürde für die Genesung.

In wichtigen Gesprächen können allerdings nicht Kinder, Verwandte oder Freunde Abhilfe schaffen. Es gibt Gespräche zwischen Arzt und Patient*innen, da ist zwingend ein Sprachmittler erforderlich. Keiner möchte Kinder, Verwandte oder Bekannte bei Gesprächen dabei haben, in denen es um die Folgen einer Vergewaltigung geht oder die Diagnose einer tödlichen Krankheit übermittelt wird. Sonst besteht die Gefahr, dass die Dinge nicht klar benannt werden. Die Übersetzer könnten beispielsweise aus Mitleid mit dem Kranken die eigentlich klare Diagnose beschönigen, oder Frauen könnten aus Scham die Folgen erlittener sexueller Gewalt verharmlosen.

Genau für solche Gespräche möchte DIE LINKE nun Gelder für spezialisierte Dolmetscher zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Solche Sprachmittler werden in der Stadtverwaltung, in Schulen und Kitas seit Beginn 2016 mit positiven Erfahrungen eingesetzt. Auch in den Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland, zum Beispiel in Köln-Merheim, gibt es sogenannte Sprachmittler/Integrationsmittler.

Der Einsatz von Sprachmittlern ist selbstverständlich nicht kostengünstig. Deswegen werden sie auch nicht flächendeckend eingesetzt, um im Klinikalltag zu dolmetschen. In allen Einsatzbereichen gibt es klar umrissene Anlässe, bei denen ein Sprachmittler hinzugezogen werden kann. Doch dieses Geld ist gut anlegt. Sprachprobleme können die Heilung gefährden und verzögern. Dass Sprachmittler gerade im Gesundheitsbereich erforderlich sind, wird sicher nicht bestritten. Das entnehme ich auch dem Ersetzungsantrag von CDU, Grünen und FDP.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen beantragt DIE LINKE in dieser Ratssitzung, den Einsatz von Sprachmittlern in städtischen Krankenhäusern zu prüfen und den Bedarf zu ermitteln. Das ist also ein Prüfantrag. CDU, Grüne und FDP möchten die Verwaltung mit ihrem Ersetzungsantrag darauf beschränken, lediglich mit den Krankenkassen zu sprechen. Doch da bis heute eine gesetzliche Regelungslücke bei der Klärung der Kostenzuständigkeit für die Finanzierung der Dolmetscherdienste bei medizinischen Behandlungen existiert, kann das nur ein Teil des Finanzierungspuzzles sein. Mit dem LVR, der in seinen Kliniken Sprachmittler finanziert, soll die Verwaltung gar nicht reden, seine Erfahrungen nicht nutzen dürfen. Das ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch der Einsatz von Klinikpersonal ist eine unzureichende und sogar gefährliche Lösung. Es geht hier nicht um die Alltagskommunikation: wie der Patient geschlafen hat, ob das Frühstück geschmeckt hat etc. Es geht nur um höchst wichtige, sensible Gespräche. Dafür besitzt das Klinikpersonal nicht die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen in Dolmetschtechniken oder dem Fachvokabular, das in der Regel nur auf Deutsch gelernt wurde.

Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Ich arbeite in einer Behörde. Wenn ich dort dolmetschen müsste, wüsste ich nicht, ob ich mich damit haftbar mache. Ich habe dieses Fachvokabular nicht. Ich habe hier studiert und könnte juristische Feinheiten in der Fremdsprache nicht so ausdrücken, wie ich es auf Deutsch könnte.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür ist eine gezielte Ausbildung notwendig. Wenn Patienten durch Dolmetschfehler zu Schaden kommen, dann trägt das Personal das Haftungsrisiko.

Meine Damen und Herren von CDU, Grünen und FDP, Sie wollen weder den Bedarf ermitteln lassen, damit der Rat weiß, um welchen Kostenrahmen es hier geht, noch wollen sie die Ergebnisse der Prüfung dem Rat zur Kenntnis geben. Lediglich der Finanzausschuss soll sich damit befassen.

DIE LINKE möchte die Problematik durch die Verwaltung umfassend aufgearbeitet wissen. Dann können wir weitersehen und im Interesse der betroffenen Menschen entscheiden.

Das Jamaika-Bündnis möchte nicht so genau hinschauen und dann nur die Finanzpolitiker beteiligen. Politik im Interesse der Menschen geht anders, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen werden wir Ihren Ersetzungsantrag ablehnen und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Es handelt sich hier lediglich einen Prüfantrag. Ich verstehe gar nicht, warum Sie den ersetzen möchten. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und
bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hat das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Ich wollte eigentlich den Kollegen, die den Änderungsantrag gestellt haben, den Vortritt lassen. Aber gut, kein Problem.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr wollt doch als größte Fraktion immer zuerst sprechen! Daran müssen wir uns jetzt auch halten!)

Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal, liebe Kolleginnen und Kollegen der antragstellenden Fraktionen, kann man einen guten Antrag durch einen Änderungsantrag noch besser machen. Manchmal! Die FDP hat das beim letzten Mal mit unserer Unterstützung versucht; das hat nicht geklappt. Aber für Ihren Änderungsantrag gilt das bei bestem Willen nicht. Ich verstehe ihn nicht ganz. Das ging meiner Kollegin von den LINKEN ja auch so; damit sind wir schon zu Zweit.

Der Antrag der LINKEN ist gut und klug. Das Problem ist, glaube ich, jedem vertraut, der schon einmal im Krankenhaus war und sich ein bisschen mit Medizin auskennt. - Ich will jetzt nicht das wiederholen, was meine Vorrednerin sehr gut ausgeführt hat.

Es braucht Sprachmittler. Da sind wir uns einig. Aber ich glaube, da endet auch schon die Einigkeit. Die LINKEN sehen die Stadt Köln in der Pflicht, sich zu kümmern. Meine Fraktion sieht das ganz genauso. Wir halten das durchaus für eine Pflichtaufgabe. Wir denken, die Stadt Köln hat hier eine Fürsorgepflicht für ihre Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Hintergrund und selbstverständlich auch für die Menschen, die zu uns geflüchtet sind.

Sie aber wollen - so verstehe ich Ihren Änderungsantrag - diese Aufgabe auf die Kliniken der Stadt Köln abwälzen und dies auch nur noch im Finanzausschuss behandeln. Das macht aus meiner Sicht wirklich wenig Sinn.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber eine Aufgabe der Kliniken! Da verstehen wir uns doch recht?)

- Ja, darauf komme ich gleich, Herr Frank. Nur die Ruhe! Ich habe noch ein bisschen Redezeit.

Man kann Probleme, auch wenn sie unangenehm sind, nicht einfach delegieren. Natürlich sollen die Kliniken - Herr Frank, da sind wir uns völlig einig - da mitarbeiten. Sie sollen ihren Teil des Know-hows, den es dafür braucht, mit einbringen. Aber die Kliniken verfügen weder über die Strukturen noch haben sie das Personal, um

eine solche Untersuchung allein durchführen zu können. Das ist auch überhaupt nicht ihr Job. Sie sollen Patienten gesund machen und kranke Menschen heilen.

Die Stadt Köln hat sowohl die Strukturen als auch das Know-how für solche Prüfaufträge. Die geben wir ihr ja immer wieder auf. Die Stadt hat auch - das ist ebenfalls wichtig - eine ganze Menge Erfahrungen mit Sprachmittlern, die die Kliniken eben nicht haben. Wir haben es gerade gehört: Seit letztem Jahr gibt es einen Sprachmittlerpool für Kitas und Schulen, der ganz gut nachgefragt ist. Die Erfahrungen daraus könnte man auch gut dafür nutzen. Und noch etwas kann die Verwaltung der Stadt viel leichter als die Kliniken der Stadt Köln: Sie kann sich um Finanzierungsmöglichkeiten kümmern. Die Kliniken der Stadt Köln haben für jede Klinik nur ihr DRG-System, in dem nun einmal keine Sprachmittler vorgesehen sind. Wer sich auskennt, weiß das.

Ein Letztes: Das angesprochene Problem ist nicht nur ein Problem der städtischen Kliniken. Deshalb macht es auch wenig Sinn, es auf die städtischen Kliniken abzuwälzen. Dieses Problem hat jede Klinik in dieser Stadt, egal welchen Träger sie hat. Daher macht es hohen Sinn, wenn die Stadt Köln zusammen mit ihrer Tochter, die der größte Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in dieser Stadt ist, ein Pilotprojekt aufsetzt und die Erfahrungen daraus für alle anderen Kliniken nutzbar macht. Dann muss das nicht doppelt gemacht werden.

Also: Geben Sie Ihren Herzen einen Stoß, liebe Kolleginnen und Kollegen, und stimmen Sie dem Antrag zu! Ich glaube, damit kommen wir ein gutes Stück weiter. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Strahl hat das Wort.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Ich glaube, wir sollten das Emotionale jetzt mal etwas herunterkochen. - Die Bereitstellung von Sprachmittlerleistungen für Patientinnen und Patienten in Kliniken der Stadt ist grundsätzlich hilfreich. Darüber brauchen wir nicht lange diskutieren. Aber das ist keine kommunale Pflichtaufgabe. Die Stadt Köln hat im Moment wahrlich genug Leistungen für Zuzügler zu erbringen.

Dass wir in den einzelnen Kliniken Sprachmittler brauchen, ist klar. Dass hilfsweise auch das Personal Sprachmittlung übernimmt, ist genauso richtig. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, dass das auch gut möglich ist. Aber die Vielzahl der Sprachen der Zuzügler, die wir haben, macht es geradezu unmöglich, Sprachmittler für jede dieser nachgefragten Sprachen nicht nur an den städtischen Kliniken - das Problem haben ja nicht nur sie -, sondern an jeder Klinik vorzuhalten. Von daher macht der Änderungsantrag, den wir gestellt haben, hohen Sinn; denn er sortiert dieses Vorhaben.

Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass es mittlerweile auch ein Videounterstützungssystem gibt, das vom LVR angeboten und vom Ordnungsamt und Gesundheitsamt genutzt wird. Im Zeitalter der Technisierung und der Medien sollte geprüft werden, ob dieses Angebot weiter ausgebaut werden kann. Das halte ich für hoch bedenkenswert. Von daher bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Klarstellung von Herrn Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Dezernent, der meiner Rede offensichtlich konzentriert zugehört hat, hat mich darauf hingewiesen, dass ich mich im letzten Satz meiner Rede versprochen habe. Das hat wohl damit zu tun, dass in letzter Zeit immer wir die Änderungsanträge stellen müssen. Ich werbe natürlich nicht um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag. Diesmal bitte ich Sie darum, dem Antrag zuzustimmen und den Änderungsantrag zurückzuziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Sache sind die Gesundheitspolitiker wie fast immer einer Meinung; es geht nur um den Weg. So war es ja beim letzten Mal auch schon.

An die Fraktion der LINKEN gerichtet möchte ich sagen: Ich kann verstehen, wenn Sie eine politische Resolution wünschen, die in diese Richtung geht und auf alle Krankenhäuser in dieser Stadt abzielt. Das wäre eine politische Resolution, die ich nachvollziehen könnte. Ich kann auch nachvollziehen, wenn Sie sagen: Wir haben eigene Kliniken und möchten, dass sich da etwas tut. - Der Aufsichtsratsvorsitzende der städtischen Kliniken hat gerade gesprochen. Dieses Thema gehört in den Aufsichtsrat. Wenn ich richtig orientiert bin, ist auch eine Kollegin von Ihnen dort Mitglied. Sie kann das in den Aufsichtsrat einspeisen.

Das, was Sie gemacht haben, ist ein unklarer Mischmasch: einerseits Zuständigkeiten für Aufsichtsräte, andererseits politische Resolution und noch dazu - das verwundert bei der LINKEN - eine völlige Ungleichbehandlung. Es ist doch gar nicht einzusehen, warum unsere Kliniken solche Leistungen vorhalten sollen und die kirchlichen Träger zum Beispiel nicht. Wir sprechen hier auch über Kostenfaktoren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es befremdet mich sehr, dass Sie als LINKE-Fraktion aus Ihrer Tradition heraus kirchliche Träger kostenmäßig besserstellen wollen. Das müssen Sie mir nachher mal bei einem Kölsch erklären.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Verwaltung ist natürlich für alles Mögliche zuständig, aber eben nicht für die Kliniken der Stadt Köln. Dafür gibt es eine Geschäftsführung und einen Aufsichtsrat. Übrigens habe ich mit der Geschäftsführung gesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie das auch getan haben.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Haben wir!)

Es gibt im Durchschnitt genau einen Patienten pro Tag, auf den das zutrifft. Einen Patienten pro Tag in den Kliniken der Stadt Köln! Darüber reden wir hier gerade. Roundabout sind es 350 im Jahr. Deshalb kann ich mich nur dem anschließen, was Jürgen Strahl gerade gesagt hat. Dafür sollten technische Lösungen gefunden werden.

Herr Paetzold, Sie wissen, ich bin kein Humanmediziner, sondern in einer verwandten Fachrichtung tätig. Sie sagten, aus Ihrer Sicht sei das eine Pflichtaufgabe, und haben zwei Minuten später zu Recht darauf hingewiesen, dass das in den DRGs nicht abgebildet ist. Genau das ist das Thema. Für meine Begriffe ist das leider keine Pflichtaufgabe.

(Michael Paetzold [SPD]: Der Dezernent hat besser zugehört als Sie! Ich habe gesagt, das ist eine Pflichtaufgabe der Stadt, nicht der Klinik! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das schon gar nicht!)

Eine Pflichtaufgabe der Stadt - das sehe ich genauso, wie Jörg Frank gerade ruft - sehe ich in dem Fall überhaupt nicht. Was mir vermittelt wird, ist, dass das in allen Kliniken auf dem kleinen Dienstweg über Native Speaker geregelt wird, und zwar nicht nur in den stadteigenen, sondern auch in den von Kirchen getragenen Kliniken, die ja, wie Sie wissen, in der Überzahl in unserer Stadt sind, und dass es sich nur um eine ganz geringe Anzahl - etwa ein bis zwei Fälle pro Tag - handelt, auf die das zutrifft. Für diese sollten wir nicht einen bürokratischen Popanz aufbauen, sondern eine gute technische Lösung suchen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Änderungsantrag und um Ablehnung des Originalantrags der LINKEN. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Unna hatte ja schon auf die Zahlen hingewiesen - vielen Dank dafür; ich selber kannte sie nicht - und die Problematik bei den städtischen Kliniken erläutert. Ich bin Herrn Dr. Unna auch dankbar, dass er noch einmal deutlich gemacht hat, dass es hier auch um Gleichbehandlung der städtischen Kliniken und der Kliniken in privater, kirchlicher oder anderer Organisationsträgerschaft gehen muss.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage - DIE LINKE hat ja eine andere Denke, wie wir in unserem Wirtschaftssystem handeln, wer wofür verantwortlich ist, was Politik kann und was sie einem Eigentümer oder einer Geschäftsführung nicht vorgeben kann -: Wer hat eigentlich das Hausrecht bei den städtischen Kliniken? Das hat nicht die Oberbürgermeisterin, nicht der Rat, sondern das hat natürlich die Geschäftsführung.

(Zuruf von (Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Ich weiß, Herr Detjen, Ihnen ist das nicht wichtig. Sie wollen in Unternehmen reinregieren. Sie wollen das per Beschluss machen. Das ist mir klar. Dass Sie nicht für soziale Marktwirtschaft stehen, haben wir hier schon mehrfach gemerkt.

Aber dass wir von hier aus einem autonomen Unternehmen befehlen, was es zu machen hat und was nicht, das geht nicht. Das entspricht nicht der Unternehmensordnung hierzulande. Darum sollten wir das auch in dieser Frage nicht machen. Wir können an die Unternehmen appellieren, aber wir können das nicht in der vorgeschlagenen Form beschließen.

Auch wir finden das Thema wichtig. Darum haben wir in unserem Ersetzungsantrag deutlich darum gebeten, dass das an die Unternehmen herangetragen wird, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen müssen.

Ich möchte weiterhin in einer Marktordnung leben, wo das Unternehmen zuständig ist und sein Hausrecht und seine Aufgaben wahrnimmt. Wir können nicht in ein Unternehmen hineinregieren. Wo das anfängt und wo das aufhört, meine Damen und Herren, das sollten wir uns wirklich überlegen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann, pro Köln, der AfD und der Ratsgruppe BUNT. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen und ersetzt den ursprünglichen Antrag.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der vorliegende Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Die Prüfung des Einsatzes von Sprachmittlern in den Kliniken der Stadt Köln erfolgt unter folgenden Maßgaben:

Die Bereitstellung von Sprachmittler-Leistungen für Patientinnen und Patienten der Kliniken der Stadt Köln wird grundsätzlich als hilfreich betrachtet.

Da es sich hierbei nicht um eine kommunale Aufgabe handelt, werden Verwaltung und die Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln aufgefordert, zum einem zu prüfen, inwieweit die sinnvolle Bereitstellung von Sprachmittler-Leistungen für Patientinnen und Patienten durch bereits vorhandene Kompetenzen des Klinik-Personals erfüllt werden kann und zum anderen, Gespräche mit den Kostenträgern (gesetzliche Krankenkassen, private Krankenversicherungen) aufzunehmen, um die Finanzierung von Sprachmittler-Leistungen für Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Die Geschäftsleitung der Kliniken wird zudem gebeten, auch anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Sachstand und Ergebnisse werden dem Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln sowie dem Finanzausschuss mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion, der Gruppe BUNT und bei Stimmenthaltung der Ratsmitglieder Wiener (Gruppe pro Köln) und Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Streichung finanzieller Zuwendungen bei Personen mit nicht feststellbarer Herkunft“
AN/1576/2017

Ich möchte zu diesem Antrag darauf hinweisen, dass Leistungsansprüche und mögliche Einschränkungen bundesgesetzlich abschließend im Asylbewerberleistungsgesetz geregelt sind. Der Beschluss wäre daher nicht zulässig. Ich muss mir daher vorbehalten, eine entsprechende Beschlussfassung zu beanstanden.

Herr Tritschler hat das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD-Fraktion bringt hier einen Antrag zu einem Sachverhalt ein, den die Bürger auf der Straße für selbstverständlich halten. Traurige Realität ist aber, dass unbehelligt von irgendwelchen Grenzkontrollen Millionen von Menschen in unser Land kommen, die ihre wahre Herkunft verschleiern und verschweigen. Als freundliches Dankeschön für dieses unkooperative Verhalten werden sie vom deutschen Steuerzahler alimentiert. Das, meine Damen und Herren, versteht auf der Straße niemand.

Wer aufgrund von Lebensgefahr seine Heimat verlassen muss, wird in Deutschland als Asylbewerber anerkannt. Er braucht seine wahre Herkunft nicht zu verschleiern. Wer einen Asylgrund vorweisen kann, wird alles tun, um diesen Grund den zuständigen Behörden in Deutschland nachzuweisen. Zu diesem Nachweis gehört ohne Zweifel erst einmal ein Nachweis der eigenen Identität und Herkunft.

Wer dagegen seinen Pass wegschmeißt und seine Herkunft verschweigt, hat schon damit jedes Recht auf unsere Unterstützung verwirkt. Er kann sich nicht darauf berufen, hilfebedürftig zu sein; denn das kann er ja nur dadurch belegen, dass er sein Heimatland nennt.

Nein, das sind keine Hirngespinste der AfD. Das ist kein Schüren von Ängsten. Das sind ganz sicher auch keine Einzelfälle. Das BAMF spricht von 60 Prozent der Flüchtlinge ohne Legitimationsdokumente, die Bundespolizei sogar von 80 Prozent. Sicher hat nicht jeder diesen Umstand selbst verschuldet.

Leider endet hier aber auch die Zahlengrundlage; denn es ist offenbar politisch gar nicht gewollt, die Zahl der unkooperativen Flüchtlinge zu erfassen. Es gehört allerdings nicht sehr viel Fantasie dazu, sich die Dunkelziffer auszumalen. Ich zitiere einmal Bundesinnenminister Thomas de Maizière:

> Es fällt uns natürlich auf, dass viele Antragsteller, die aus Staaten kommen, wo vermutlich eine Bleibeperspektive die Folge ist, Pässe dabei haben. Und umgekehrt viele derjenigen, die aus Staaten kommen, wo es vermutlich keine Bleibeperspektive gibt, keine Pässe dabei haben. Wohl aber ihr Handy. Obwohl die Menschen zum Teil im selben Boot waren, obwohl sie denselben Gefährdungen ausgesetzt waren. Das spricht dafür, dass manche ihren Aufenthalt dadurch verlängern wollen, dass sie die Feststellung ihrer Identität und die Feststellung des Landes, aus dem sie kommen, erschweren.

Zitatende.

Politische Verantwortungsträger, die ein solches Verhalten dulden oder gar noch mit finanziellen Zuwendungen belohnen, vergehen sich an unserem Rechtsstaat. Sie sind verantwortlich dafür, dass die Bürger, die Steuerzahler das Vertrauen in unsere Institutionen verlieren. Und: Sie sind verantwortlich dafür, dass die Menschen jedes Vertrauen in unser Asylrecht verlieren, das die AfD wie jede andere Partei hier im Grundsatz bejaht.

Meine Damen und Herren, wer ehrliche Asylsuchende mit kriminellen Asylbetrügern gleichstellt, wer ihnen die gleichen Vorzüge unseres großzügigen Rechts angedeihen lässt, braucht sich nicht zu wundern, wenn in unserem Volk ein immer größeres Misstrauen gegenüber allen herrscht, die auf dem Ticket „Asyl“ in unser Land kommen. Die Politik des grenzenlosen Selbstbedienungsladens gefährdet jedenfalls nicht nur ihre Erfinder, wie wir es an jedem Wahlabend in den letzten Jahren sehen konnten; sie gefährdet auch die Menschen, die unsere Hilfe wirklich brauchen und die nun unter Generalverdacht stehen.

Lassen Sie uns eine Politik für ehrliche Asylsuchende und gegen Kriminelle machen, wie es sich die Menschen in unserem Land wünschen! Stimmen Sie deshalb für unseren Antrag und damit für ein faires und gerechtes Asylsystem!

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze und der Gewährleistung einer zügigen Bearbeitung von Aufnahmeanträgen bei Asylanten und Flüchtlingen eine Streichung finanzieller Zuwendungen bei den Personen,

- *die keine ausreichenden und überprüfbaren Angaben zur Überprüfung und Feststellung ihrer Herkunft gemacht haben und*
- *keine ausreichende Bereitschaft zeigten, ihre diesbezüglichen Daten/Kontakte (z.B. über Handy) offen zu legen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD- Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wiener (Gruppe pro Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Leitung der weiteren Sitzung von der Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.5 auf:

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend „Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes“
AN/1589/2017

Änderungsantrag der Gruppe BUNT
AN/1637/2017

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
AN/1640/2017

und gebe Herrn Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Ich denke, wir alle wollen die Weiterentwicklung unseres Busnetzes. Unsere Fraktion will vor allem die Verbesserung in den außenliegenden Bezirken; denn dort haben unsere Bürger eine schlechtere Infrastruktur und müssen oft beschwerlichere Wege auf sich nehmen oder verzichten sogar auf den Bus. Wenn wir es schaffen, diese Stadtviertel besser anzudocken, werten wir sie auf und geben ihnen eine menschengerechtere Mobilität.

Wir wollen große Arbeitgeber, wie zum Beispiel die Ford-Werke, mit einer eigenen Linie ausstatten. Wir wollen Gewerbegebiete und Schulstandorte wie den Girlitzweg anbinden. Erst wenn wir unsere geplanten Neubaugebiete integrieren, werden wir sie erfolgreich und lebenswert machen. Wir wollen auch die Uni-Buslinie verdichten, deren Nachfrage weiter steigt. All dies sind dauerhafte Busnetzerweiterungen aufgrund struktureller Entwicklungen. Sie sind nicht immer rentabel, aber unverzichtbar.

Die KVB arbeitet bis Ende des Jahres an einer Roadmap für die Bedarfsplanmaßnahmen. Da diese sich jedoch erst mittel- oder langfristig umsetzen lassen, müssen wir sogenannte Interimslösungen einführen. Diese sollen vor allem die überlasteten Linien verstärken. Bei Neubaugebieten wie in Rondorf würden sie so lange eingesetzt, bis in dem Fall die vierte Baustufe realisiert ist.

Wie schon hier diskutiert, werden wir weitere Buslinien auf E-Busse umstellen. Beginnen werden wir sicherlich an den Emissionsschwerpunkten Mülheim und Weiden, um auch den Luftreinhalteplan zu unterstützen.

An dieser Stelle komme ich gern noch einmal auf die Kritik der FDP zurück, den Fernbusterminal zum Flughafen zu verlagern; Herr Sterck hat es hier letzte Woche in der Haushaltsdebatte noch einmal thematisiert. Hätten wir auf Sie gehört, hätten wir heute 300 Fernbusse pro Tag mehr in der City. Wir fordern von Ihnen eine größere umwelt- und verkehrspolitische Verantwortung und erinnern Sie an die Leitlinien von Köln mobil 2025.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zurück zu den E-Bussen. Wir benötigen noch Lösungen für die Ladestationen an den Endhaltestellen der E-Bus-Linien. Neben einer zeitnahen Diskussion um infrastrukturelle Maßnahmen wie eigene Busspuren ist die Finanzierungsart zu klären. Wir sollten uns hier nicht auf den Mobilitätsfonds verlassen, sondern sehen hier den Ansatz über die Ergebnisverbesserung, damit das Geld direkt dem Verkehr zugutekommt.

Für ein fortschrittliches Busnetz brauchen wir endlich die Verknüpfungspunkte in Form von Mobilitätshubs, eine digitale und regionale Verknüpfung. Der Bürger in einer Großstadt möchte sich immer mehr intermodal bewegen. Da durch unsere Innenstadt der Rhein fließt, wird auch der Wasserbus von großer Bedeutung werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Abschließend möchte ich zu den Änderungsanträgen von der LINKEN und von der Gruppe BUNT ganz kurz Stellung nehmen. Wir würden jeweils den Punkt 1 einfügen wollen, die anderen beiden Punkte werden wir ablehnen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche wurde be-

kannt, dass die DB für die Strecke zwischen dem Hauptbahnhof und Mülheim eine sogenannte Überlastungsanzeige gestellt hat. Wer sich ein bisschen mit den Bussen und Bahnen hier in Köln auskennt, weiß, dass auch die Kölner Schieneninfrastruktur massiv überlastet ist. Wir erfahren das ja auch aus der momentanen Debatte um die Erweiterung auf der Ost-West-Achse.

Die Anmeldung für den ÖPNV-Bedarfsplan mit einem Volumen von knapp über 1,1 Milliarden Euro zeigen: Auch hier platzt es aus allen Nähten. Doch wenn wir uns die Planungs- und Realisierungszeiträume für alle diese Maßnahmen anschauen, stellen wir fest: So wird man dem gestiegenen Fahrgastaufkommen nicht gerecht werden können. So sind auch die Ziele von Köln mobil 2025 nicht erreichbar. Hier muss mehr passieren, und hier muss schneller etwas passieren.

Deswegen: Um nicht noch mehr Menschen in die teils schon über der Kapazitätsgrenze fahrenden Stadtbahnen zu bringen, ist es nötig, Linienführungen für Busse zu erstellen, die nicht nur Zubringerfunktionen haben, wie es jetzt häufig der Fall ist, sondern wie damals, als wir nach langen Kämpfen die Linie 142 durchgesetzt haben, auch Buslinien zu schaffen, die neue Gebiete anbinden, wie zum Beispiel Widdersdorf oder die entstehenden Neubaugebiete im Porzer Süden oder auch die künftigen Wohnquartiere in Mülheim und im Deutzer Hafen.

Klar ist: Die KVB muss schon da sein, bevor die ersten Menschen dort einziehen oder die ersten Schüler da sind. Wenn die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an die KVB als zuverlässige Mobilitätspartnerin kennenlernen, fällt es ihnen leichter, auf ihr eigenes Auto zu verzichten

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

oder zumindest auf den Zweitwagen zu verzichten, was ja auch schon ein großer Fortschritt wäre. In diesem Zusammenhang möchte ich die Verwaltung noch einmal an den Ratsbeschluss aus dem letzten Jahr zum Thema Expressbusse erinnern, wo wir Ähnliches diskutiert haben. Hierzu steht ja noch die Vorlage aus.

Nicht nur die neuen Quartiere sollen besser angebunden werden. Als Verstärker für die besonders überlasteten Streckenabschnitte der Stadtbahn wollen wir ebenfalls verstärkt auf Busse setzen; denn auf den Gleisen ist nun einmal nicht mehr Platz. Die jetzt schon eingesetzten Verstärkerbusse zwischen Hürth und der Universität zeigen ja, dass es durchaus möglich ist, auch mit zu den Stadtbahnlinien parallel verkehrenden Bussen noch mehr Menschen zu befördern und die Situation ein klein wenig zu entspannen. Genau auf diese Entspannungseffekte setzen wir auch im Rechtsrheinischen für die Linien 1 und 9 in Richtung Bahnhof Deutz oder auch für die Linie 4 zum Wiener Platz bzw. darüber hinaus. Wir hatten ja schon zugesagt, den dementsprechenden Änderungsantrag der LINKEN zu übernehmen.

Der dritte Punkt unseres Antrags ist nicht nur selbsterklärend, sondern selbstverständlich für uns. Wir haben mit der Linie 133 bereits gezeigt, dass wir E-Mobilität nicht nur bei der Stadtbahn, sondern auch beim Bus beherrschen. Wie in der vorletzten Ratssitzung beschlossen, wird auch hier nur 100 Prozent Ökostrom zum Einsatz kommen, damit die Luft nicht nur in Köln besser wird, sondern auch in Neurath und Niederaußem, damit die dortigen Dreckschleudern noch schneller vom Netz genommen werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich noch kurz einen Satz zur Finanzierung sagen. Auch dazu wurde das eine oder andere in den Anträgen gesagt. Klar ist, dass alle diese Maßnahmen nicht umsonst zu haben sind. Aber wenn wir die Verkehrswende wirklich wollen, dann müssen wir dafür auch Geld in die Hand nehmen. So wie es aussieht, wird die KVB in den nächsten Jahren ihr Defizit verringern können, sodass uns hier ein wenig Geld für die Maßnahmen zur Verfügung steht. Ebenso hat sich die Stadt ja auch um Gelder aus dem Mobilitätsfonds der Bundesregierung beworben. Da werden wir als viertgrößte Stadt Deutschlands sicherlich nicht leer ausgehen.

Noch eine persönliche Bemerkung. Vielleicht sollten wir uns in der Debatte über die Finanzierung des ÖPNV auch einmal überlegen, ob eine Deckelung des Defizits bei den städtischen Nahverkehrsbetrieben wirklich Sinn macht, wenn wir wissen, wie viel Geld generell zum Ausbau des ÖPNV fehlt. Bis dahin arbeiten wir weiterhin mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln daran, den ÖPNV weiter zu attraktivieren. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Hammer. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann heute schon ein rotes Kreuz in den Kalender machen; denn so viel Einmütigkeit in Verkehrsfragen haben wir in diesem Hause sonst selten. Es ist klar: Auch die FDP sagt: Wir müssen den ÖPNV attraktiver machen. Wir sind in vielen Bereichen an der Leistungsgrenze; mein Vorredner hat es gesagt. Deswegen müssen neue Lösungen her.

Die Stadt Köln ist eine wachsende Stadt. Die einzelnen Statistiken sagen uns bis 2040 ein Wachstum um etwa 150.000 bis 200.000 Einwohnern voraus. Diese wollen Mobilität. Diese müssen transportiert werden. Es ist eigentlich ein Luxusproblem, eine wachsende Stadt zu sein, um das uns viele Kommunen in Deutschland beneiden. Aber es stellt uns vor besondere Herausforderungen, gerade auch bei der verkehrlichen Infrastruktur.

Die frühere Leiterin des Amtes für Stadtentwicklungsplanung, Frau Kröger, hat einmal gesagt, dass wir mit der Frage der Dreifachtraktion auf der Ost-West-Achse wahrscheinlich 20 Jahre zu spät dran sind. Wir bräuchten die Umsetzung bereits seit einigen Jahren. Wir müssen feststellen, dass bestimmte Strecken gar nicht weiter verstärkt werden können. Aber leider hinkt die Entwicklung dem hinterher. Wir müssen jetzt möglichst schnell an den Start kommen. Wenn es in dem zentralen Bereich mehr Zeit für eine Lösung bedarf, müssen wir die Möglichkeit eines Provisoriums einer Dreifachtraktion prüfen, damit die KVB möglichst schnell auf dieser zentralen Strecke mehr Kapazitäten schaffen kann.

Der Kollege Hammer hat es eben schon erwähnt. Auch wir haben uns in breiter Mehrheit mit den fünf großen Fraktionen hier auf ein Programm geeinigt, um den schienengebundenen ÖPNV in Köln auszubauen. 13 Maßnahmen mit einem Volumen von über 1 Milliarde Euro sind vorgesehen, darunter viele Netzerweiterungen, auf die die Bürger in den einzelnen Stadtteilen schon seit langem warten, sei es in Flittard/ Stammheim, in Neubrück, in Bocklemünd/ Mengenich, in Zündorf-Süd - das ist heute auch noch auf der Tagesordnung -, in Widdersdorf usw. Die Fahrgäste aus diesen Stadtteilen, die wir auf die KVB bringen, landen am Ende aber wieder im zentralen Bereich, in dem es Engpässe gibt.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die finanzielle Ausstattung verbessert wird. Das müssen wir denen, die in Berlin verhandeln, egal welche Koalition dabei herauskommt - vielleicht eine Jamaika-Mehrheit -, auch mitgeben, dass wir als Kommunen mehr Geld brauchen, um unsere verkehrliche Infrastruktur entsprechend auszubauen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben von unserer Seite unseren Kollegen Reinhard Houben dorthin entsandt, der hier in Köln auch schon Verkehrspolitik gemacht hat. Jetzt will er dort möglichst viel für Kommunen wie Köln herausholen.

Bis das Geld zur Verfügung steht, die Planungen vorliegen und die Baumaßnahmen umgesetzt sind, brauchen wir andere Lösungen. Dafür ist der Bus eine sehr flexible Alternative. Deswegen bin ich froh, dass wir uns auf dieses Paket verständigt haben und die KVB in die Pflicht nehmen, sie aber auch so ausstatten, dass sie mehr Leistungen im Busverkehr anbieten kann, damit die Kölnerinnen und Kölner auch in Zukunft mobil bleiben können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Sterck. - Herr Scholz, bitte.

Tobias Scholz (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wählergruppe GUT will mit dem gemeinsam mit der der CDU, der FDP und den Grünen gestellten Antrag die ÖPNV-Kapazitäten durch Stärkung und Ausweitung des Busnetzes der KVB erhöhen.

Die Kölner Bevölkerungsanzahl wächst. Damit einhergehend steigen die Mobilitätsbedürfnisse und Mobilitätsnotwendigkeiten. Die KVB hat jedoch ihre Kapazitätsgrenzen erreicht bzw. überschritten. Entsprechend zügig müssen die wichtigsten Projekte zum Ausbau des Stadtbahnnetzes, die im ÖPNV-Bedarfsplan 2030 aufgeführt und den Leitlinien Köln mobil 2025 formuliert sind, systematisch und zügig umgesetzt werden. Nur so können wir einen Verkehrskollaps verhindern und die hohe Kölner Luftschadstoffbelastung durch Stickoxidausstoß, unter anderem verursacht durch den motorisierten Individualverkehr, senken, um den Luftreinhalteplänen zu entsprechen und die kommunale Klimaziele zu erreichen.

Letztendlich geht es dabei immer und in erster Linie um die Gesundheit und Lebensqualität der Kölner Bevölkerung. Wenn man sich allerdings die aktuell katastrophal hohen Schadstoffbelas-

tungen am Clevischen Ring in Köln-Mülheim anschaut, wird klar, dass schnell gehandelt werden muss, um die Gesundheit der Anwohner nicht länger zu gefährden und die Lebensqualität zu erhöhen.

Entsprechend konsequent ist es, jetzt die Verwaltung seitens der Politik zu beauftragen, in Kooperation mit der KVB ein entsprechendes Umsetzungskonzept bezüglich der Stärkung und Ausweitung des Kölner Busnetzes zu entwickeln und die ÖPNV-Kapazitäten entsprechend zu erhöhen. Wie schon von meinen Vorrednern erwähnt, muss dieses Konzept unter Berücksichtigung unter anderem folgender Maßgaben erstellt werden: eine dauerhafte Erweiterung des vorhandenen Busnetzes durch Taktverdichtungen und neue Buslinien bzw. Buslinienführung, eine Busnetzerweiterung, die städtische Außenbezirke, die Gewerbegebiete, die Neubaugebiete und die Rheindörfer besser an die Innenstadt anbindet bzw. verbindet, und eine Umsetzungsplanung, in der die schrittweise Umstellung der KVB-Busflotte auf E-Busse bis 2030 dargestellt ist.

Finanziert werden können diese Maßnahmen durch die schon beantragten Gelder aus dem Mobilitätsfonds der Bundesregierung und die erwarteten Ergebnisverbesserungen der KVB.

Selbstverständlich ist für unsere Wählergruppe GUT, dass uns die Verwaltung in Kooperation mit der KVB auch über unseren gemeinsamen Antrag hinausgehende Vorschläge zur ÖPNV-Ausbauthematik macht, beispielsweise zu der Frage: Ist eine Erhöhung der ÖPNV-Attraktivität möglich, wenn der Busverkehr Vorrang vor dem Individualverkehr hat und sich somit die Stauzeiten von Bussen im Vergleich zum Privat-Pkw signifikant reduzieren? - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Scholz. - Herr Pöttgen, bitte.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein leistungsfähiger ÖPNV ist die wesentliche Grundlage für die wachsende Stadt und gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Da erzähle ich Ihnen nichts Neues. Die SPD-Fraktion setzt sich daher für einen zügigen Ausbau des Stadtbahnnetzes ein. Wir müssen davon wegkommen, Prozesse nacheinander zu moderieren und zu gestalten, und es schaffen, parallele Strukturen zu entwickeln. Wenn die Menschen in ein Wohngebiet einziehen, muss der ÖPNV schon da sein, damit man auch hin- oder wegkommt von seinem Wohnort.

Wir stimmen heute dem vorliegenden Antrag zu; denn wir brauchen die Infrastruktur jetzt, und zwar sofort, und wir brauchen dafür eine klare Linie, eine klare Zustimmung und eine klare Prioritätensetzung. Es ist notwendig, dass ein Gestaltungswille erkennbar wird, das jetzt auch zügig umzusetzen. Wie wir gehört haben, wird das Konzept schon in wenigen Wochen vorliegen. Auch deshalb stimmen wir dem Antrag jetzt zu. Wir können es dann ganz konkret beraten. Wir wollen uns nicht überrumpeln lassen von Ihren konkreten Kleinklein-Maßnahmen, sondern wir behalten uns vor, das wie gewohnt in den Fachgremien so detailliert zu besprechen und dort entsprechende Änderungsvorschläge zu machen, die dort ruhig und fundiert nach Rücksprache mit allen diskutiert werden können.

Bezüglich der Finanzierung heißt das für uns, dass man natürlich Fördergelder mitnimmt und die Unternehmen in die Lage versetzt, diese abzurufen und verantwortlich im Sinne der Bevölkerung einzusetzen. Gleichzeitig stellt sich für uns die Frage, ob wir als Rat der Stadt Köln die Unternehmen der Stadt nicht auch in die Lage versetzen müssen, anständig zu investieren, damit die Stadt auch wirklich wachsen kann. Deswegen halten wir einen voreilig eingezogenen Deckel an dieser Stelle nicht für notwendig bzw. kontraproduktiv. - Ich habe mich über die persönliche Bemerkung meines Kollegen Hammer sehr gefreut.

Daher: Wir werden dem LINKEN-Antrag zustimmen und bitten um Einzelabstimmung der Punkte des Antrags von Sansibar. Auch beim BUNTEN-Antrag gehen wir mit. Den Finanzierungsvorschlag von Sansibar lehnen wir ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Pöttgen. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns, dass eine breite Mehrheit im Kölner Rat erkennt, dass der ÖPNV nun

auch mittels Bus ausgebaut werden muss. Wir alle wissen: Es ist grundsätzlich richtig, in die Schiene zu investieren. Aber es dauert sehr lange. Von daher müssen wir nun Busse einsetzen, und zwar nicht nur als Ergänzung, sondern auch als Entlastung auf den großen Achsen.

Der vorliegende Antrag greift das in Teilen auf, in Teilen geht er nicht weit genug. Aber die Antragsteller haben ja signalisiert, dass beispielsweise der Verstärkerbus parallel zur Linie 4 nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am Wiener Platz enden soll, sondern, wie wir es in unserem Änderungsantrag formuliert haben, bis nach Deutz fahren soll.

Meine Damen und Herren, Busse sind gut. Busse sind wichtig. Aber Busse machen nur dann Sinn, wenn sie überall durchfahren können und nicht hinter den Autos im Stau stehen. Deswegen haben wir in unseren Änderungsantrag aufgenommen, Vorrangberechtigungen für den Bus zu installieren. Das böse Wort „Busspur“ haben wir diesmal umschifft. Vielleicht hat die eine oder andere Fraktion dann weniger Angst, unserem Antrag zu folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir alle wissen um die Problematik am Clevischen Ring und der Luftverschmutzung und Stickoxidbelastung in Köln-Mülheim. Wir sind deswegen der Auffassung, dass auch dieser Bereich noch einmal genau unter die Lupe genommen werden muss, und fordern in unserem Änderungsantrag, dass die Linie 250 verstärkt wird, mindestens in dem Bereich zwischen Köln-Hauptbahnhof und Opladen. Wenn der Bus dort zügig durchkommt, wird das zu einer echten Entlastung führen, weil die Leute dann ihr Auto stehen lassen und stattdessen den Bus nutzen werden. Damit würden sie einen Beitrag zur besseren Luft in Köln-Mülheim leisten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Und damit, meine Damen und Herren, ist es leider schon vorbei mit der Harmonie. Schauen wir uns einmal den Finanzierungsvorschlag von Jamaika plus GUT dazu an. Ich habe lange überlegt, wie ich es nennen soll, komme aber nicht umhin, zu sagen: Dieser Finanzierungsvorschlag ist unseriös.

Er besagt nämlich Folgendes: Wir nehmen einmal an, die KVB macht ungefähr zwischen 75 und 89 Millionen Euro Verlust im Jahr. Wenn wir den Deckel, der bei 90 Millionen Euro liegt, ausreizen, können wir von dem Geld die Busse finanzieren, über die wir gerade sprechen. - Das ist schon eine sehr merkwürdige Rechnung. Wir alle wissen: Diese 90 Millionen Euro Verlust sind bei der KVB bis 2022 gedeckelt; das hängt mit den EU-Richtlinien zusammen. So weit sind wir uns einig. Aber man kann doch nicht sagen: Wir rechnen mit 1 bis 15 Millionen Euro weniger Verlust, und damit bauen wir die Buslinien auf.

Das muss doch andersherum gehen, meine Damen und Herren. Zuerst müssen wir prüfen, was wir brauchen. Dann müssen wir das beraten. Dann müssen die Stadt, der Vorstand der KVB und auch der Aufsichtsrat der KVB darüber verhandeln. Dann weiß man: Das kostet x Millionen Euro, und kann sagen: Jawohl, das wird finanziert. Vielleicht klappt es ja, auch die steuerlichen Vorteile des Querverbundes zu nutzen.

Wenn wir das in Angriff nehmen, müssen wir doch einkalkulieren, dass es bei der KVB mal Spitz auf Knopf kommt; sie ist jetzt schon bei knapp 90 Millionen Euro Verlust. Wenn es so kommen sollte, hieße das, wir müssten alle Maßnahmen wieder einstellen. Das kann doch so nicht gewollt sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Von daher würde ich Sie bitten, noch einmal in sich zu gehen und sich unseren Änderungsantrag bezüglich der Finanzen genau zu lesen. Das ist der seriösere Vorschlag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Sache hat nicht nur mich, sondern auch die Belegschaft der KVB ganz schön stark geärgert. Die Kolleginnen und Kollegen der KVB haben in der Zeit von 2003 bis zum heutigen Tag 375 Millionen Euro Konsolidierung geleistet, und zwar durch Lohnverzicht und Mehrarbeit. Und Jamaika plus hat die Dreistigkeit, einen solchen Antrag vorzulegen, ohne vorher einmal mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über diese Idee gesprochen zu haben. Das, meine Damen und Herren, finde ich respektlos gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der KVB.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich bitte Sie: Folgen Sie unserem solidarischen und soliden Finanzierungsvorschlag! - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Weisenstein. - Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben kurzfristig noch einen Änderungsantrag zum Antrag eingereicht, nicht weil uns euer Antrag nicht zusagt - wir werden dem auf jeden Fall zustimmen -, aber unserer Meinung nach fehlten einige wichtige Aspekte, die wir nun mit unserem Änderungsantrag in die Diskussion geben wollen.

Es ist gut, dass ihr die Initiative ergreift. Die Ausweitung und Stärkung des KVB-Busnetzes ist wirklich lange überfällig. Freunde und Kollegen, die in den Außenbezirken von Köln leben, berichten mir oft, die Anbindungen und Taktungen der Busse seien unmöglich, später am Abend würden sie oft mehr als eine Stunde bis nach Hause brauchen, Buslinien wären nicht aufeinander abgestimmt, sie würden unter Umständen eine halbe oder eine Stunde im Kölner Niemandsland - ich meine das nicht despektierlich - warten müssen.

Einen Aspekt haben ihr in eurem Antrag weggelassen. Man kann nicht einen Antrag zur Ausweitung und Stärkung des KVB-Busnetzes machen, ohne die Bahnen konsequent mitzudenken. Wir verstehen nicht, warum ihr keinen Antrag gemacht habt, der beides - als Prüfung wohlgemerkt - ins Auge fasst, also auch die Stärkung und Ausweitung des KVB-Bahnnetzes mitdenkt, auch wenn mir klar ist, dass das ganz andere Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Wir haben lange überlegt, ob ein Ersetzungsantrag sinnvoll wäre, uns dann aber entschieden, unser Anliegen mithilfe einiger Anregungen in die Diskussion einzubringen.

Wir wollen, dass geprüft wird, ob die Linie 13 am Wochenende durchgängig fahren kann und welche Auswirkungen das auf die Buslinien hat. - Wie ich schon mitbekommen habe, kann nicht jeder bei Punkt 2 unseres Antrags mitgehen. Falls es dafür keine Mehrheit geben sollte, würde ich mich freuen, wenn wir noch einmal im Verkehrsausschuss darüber sprechen würden.

Es freut mich, zu hören, dass es eventuell eine Mehrheit für den Ausbau des „Bus on Demand"-Angebots in Köln geben könnte. Wir alle kennen das TaxiBus- und AST-Angebot, das mit Sicherheit noch ausbau- und modernisierungsfähig ist. Gerade das Duisburger Pilotprojekt, das wir in unserem Antrag angeführt haben, kann ein Vorbild dafür sein. - Herr Fenske wird dem vermutlich zustimmen, auch wenn er gerade ganz streng in meine Richtung schaut, was hoffentlich nicht so gemeint ist. - Auch darüber werden wir sicherlich noch einmal reden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt fehlte unserer Meinung nach in eurem Antrag, der als Punkt 5 ergänzt werden sollte. Die Mitnahme von Rädern in der KVB ist ein latentes Problem, über das immer wieder gesprochen wird. In anderen Städten, auch international, gibt es bereits Möglichkeiten, beispielsweise Fahrradanhänger oder Systeme an Bussen. Dass nicht alles praktikabel ist, ist mir schon klar. Aber es sollte wenigstens geprüft werden und über das hinausgehen, was wir schon haben. Ich würde es schade finden, wenn diesem Vorschlag von uns heute nicht zugestimmt wird. Sollte dem so sein, sollten wir dieses Thema noch einmal im Verkehrsausschuss vertieft diskutieren, um dafür eine Lösung zu finden. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Das war es schon von mir.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Hegenbarth. - Herr Fenske, bitte schön.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Hegenbarth, eine persönliche Anmerkung: Wenn ich ernst aussehe, heißt das nicht, dass ich ernst und verbittert bin. Das sieht nur so aus. Sie sind nicht der Erste, der mir das sagt. So bin ich schon auf die Welt gekommen.

(Heiterkeit)

Zur Sache. Natürlich freuen wir uns, dass es hier im Rat der Stadt Köln einen so großen ÖPNV- bzw. KVB-Konsens gibt. Das ist wirklich sehr erfreulich. Ebenso erfreulich ist, dass das Strategiepapier Leitbild Köln mobil 2025 von allen Fraktionen in der Debatte zustimmend erwähnt worden ist.

Ich will Ihnen zwei Dinge von heute Vormittag mitteilen. Das Präsidium des Fachverbands hat heute in Hamburg getagt. Nach der Präsidiumssitzung unseres Fachverbands haben wir, die großen Verkehrsunternehmen dieser Republik - Berlin, Hamburg, München, Dortmund und Köln -, eine Pressekonferenz abgehalten. Wir alle sind in derselben Situation, die wir gemeinsam

auch beklagen, nämlich dass die deutschen ÖPNV-Unternehmen seit Jahren unterfinanziert sind. Das macht sich inzwischen an allen Ecken und Enden bemerkbar. Wir beispielsweise können nicht das Angebot fahren, das wir als KVB fahren möchten, weil wir, wie Sie wissen, auf der Schiene endgültig an unseren Kapazitätsgrenzen angelangt sind.

Ich will Ihnen auch nicht vorenthalten, wie erfindungsreich die Hamburger geworden sind. Sie sind in derselben Situation wie wir. In der Hauptverkehrszeit sind die Bahnen proppenvoll. Die Lokalseite der *Welt* in Hamburg macht auf mit einem schönen Bild: Die Hamburger Hochbahn macht einen Pilottest mit einer sogenannten Platzampel. Am Bahnsteig wird mit rot, gelb und grün gekennzeichnet, in welchem Wagen noch Platz ist. - Sie sehen, Not macht erfinderisch. Ich werde demnächst bei uns besprechen, ob das vielleicht auch hier sinnvoll sein kann, damit wir zumindest eine etwas bessere Verteilung der Fahrgäste hinbekommen; denn jeder Fahrgastwechsel in der Hauptverkehrszeit führt schon zu Unpünktlichkeiten von bis zu zwei Minuten. Das erleben ja auch Sie teilweise täglich. - So viel zu den Vorbemerkungen.

Ich will jetzt nicht auf jeden Aspekt einzeln eingehen. In der Tat ist richtig, dass Sie mit den Positionen in Ihren Anträgen im Grunde bei Frau Blome und mir, bei Stadt und KVB eine offene Tür einrennen. Wir sind an genau diesen Themen dran, nämlich erstens zu prüfen, welche zusätzlichen Busleistungen wir grundsätzlich und auf Dauer einrichten wollen und zweitens welche Busleistungen wir im Vorlauf zu unseren Stadtbahnmaßnahmen einrichten wollen und müssen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Wir nehmen Ihre Anregungen selbstverständlich auf. Dann wird daraus ein Konzept gemacht, das vermutlich um den Jahreswechsel in die Gremien gehen wird, und zwar sowohl in die Gremien der Stadt, also den Verkehrsausschuss, als auch in die Gremien der KVB, in den Aufsichtsrat.

Zwei, drei Aspekte noch. Es ist natürlich richtig, dass uns zusätzliche Busleistungen gar nichts nutzen, wenn der Bus im Stau steht. Sie können sich jeden Morgen bei mir die Betriebslagemeldungen anschauen. Der Bus hat eine grottenschlechte Betriebsqualität, weil die Stausituation so ist, wie sie ist. Der Bus steht eben mit im Stau. Deswegen ist er in der Beurteilung unserer Fahrgäste das Verkehrsmittel, von dem sie sagen: Wenn es geht, eher die Bahn, und nur wenn es sein muss, der Bus.

Wir müssen uns über Vorrangeinrichtungen unterhalten. Das kann eine Busspur sein. Das kann eine Ampelvorrangschaltung für den Bus sein. Das muss man sich für die Linien genau angucken. Ich finde, dieses Thema darf man nicht tabuisieren. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu, wenn man mehr Busleistungen fordert.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ein Zweites: der Deckel bei der KVB. Ich will noch einmal klarstellen: Das ist ein selbstgestecktes Unternehmensziel der KVB im Rahmen der angestrebten Direktvergabe. Der Deckel von 90 Millionen Euro besagt: Das ist das, was die KVB jetzt mit ihrer gegenwärtigen Bestandsleistung leisten kann. Wenn es weitere, zusätzliche Maßnahmen gibt, seien es jetzt Busleistungen oder eines Tages mehr Stadtbahnleistungen einhergehend mit mehr Bahnfahrzeugen, mehr Busfahrzeugen, mehr Personal, mehr Betriebskosten, wird sich das Defizit logischerweise erhöhen. Es atmet sozusagen und hängt vom Angebot der KVB ab.

Zum Mobilitätsfonds nur so viel. Auch darüber haben wir heute Morgen in der Branche diskutiert. Da spielt sich bei diesen Dieselgipfel-AGs in Berlin im Augenblick etwas ab, was mich, ehrlich gesagt, ein bisschen unruhig macht. Die am schnellsten wirksame Maßnahme in Köln wie in anderen Städten ist, jetzt zusätzliche Busleistungen auf die Straße zu bringen. Ich sage hier auch sehr deutlich: Beim Dieselbus Euro 6 sind kaum noch Schadstoffwerte messbar. Leider wird der Dieselbus Euro 6 immer in einen Pott geworfen mit dem Diesel insgesamt; Dieselskandal, da war doch was. Man muss endlich zur Kenntnis nehmen, was auch Umweltschützer und Umweltbundesamt sagen: Der Dieselbus Euro 6 hat Schadstoffwerte, NO_x-Werte, die kaum noch messbar sind.

Mit der Bereitstellung zusätzlicher Busleistungen kann die Branche nicht nur bei uns in Köln, sondern auch in anderen Städten relativ rasch etwas tun, um das Thema Klimaschutz und Luftreinhaltung voranzubringen und auch das Mischungsverhältnis zwischen Auto und Bus bzw. ÖPNV zu verändern. Jetzt lesen wir aber in dem höchst filigranen, die Förderrichtlinien regulierenden Werk der Bundesregierung, dass zusätzliche Busleistungen, die die Stadt Köln ja angemeldet hat, als sie den Antrag für Mittel aus dem Mobilitätsfonds gestellt hat, genau nicht gefördert werden sollen. Da ist sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen. Wir werden natürlich auch von unserer Seite intervenieren, weil es geradezu

grotesk ist, dass man kurzfristig Maßnahmen für den Klimaschutz haben will, um Fahrverbote zu vermeiden, aber gleichzeitig keine Fördermittel für den Bus zur Verfügung stellt.

Zum Thema Finanzierung schlage ich vor, dass Sie uns bitte beauftragen, diese Buslinien, die Sie in Ihren Anträgen thematisiert haben, in den laufenden Prozess mit der Stadt mit aufzunehmen und Ihnen darauf eine Antwort zu geben sowie Vorschläge zu machen, wie die Finanzierung zu gewährleisten ist. Ich würde Sie bitten, das jetzt offen lassen. Wir werden gemeinsam mit der Stadt ein Buskonzept und dazu ein entsprechendes Finanzierungskonzept Ihnen vorlegen. Von Vorabfestlegungen bitte ich abzusehen.

Allerletzter Satz, um noch einen Aspekt aufzugreifen. Ja, Herr Hegenbarth, wir haben mit großem Interesse verfolgt, was die Kollegen in Duisburg mit dem On-Demand-Bus der Firma door2door machen. Wir sind auch schon in Kontakt mit Duisburg. Wir nehmen das auf. Es läuft ja wahnsinnig viel in der Branche. Wir waren ziemlich schnell mit dem Thema Leihrad. Da haben andere geschaut, was wir in Köln machen. Wir schauen jetzt, was die Kollegen in Duisburg machen. Also: Wir sind da schon im Erfahrungsaustausch. Ein erster Bericht wird uns ungefähr im Januar/Februar vorliegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Fenske, für Ihre ausführliche Erklärung. Wir alle haben aufmerksam zugehört.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, noch einmal Herr Michel.

Dirk Michel (CDU): Es gab vorhin ein Missverständnis, das ich vorher noch aufklären will.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Entschuldigung, Herr Michel, Sie haben sich nicht angemeldet. - Herr Michel, bitte, Sie sind dran.

Dirk Michel (CDU): Ich wollte noch einmal die Punkte klarstellen, denen wir zustimmen können. Das hat vorhin ein bisschen für Verwirrung gesorgt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das hätte ich so vorgelesen.

Dirk Michel (CDU): Gut. Dann warte ich das erst einmal ab.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wortmann, bitte schön.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. Sie hatten vergessen, zu fragen, ob noch ein Redebeitrag gewünscht wird.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Üblicherweise meldet man sich ja an.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Na klar, das habe ich ja getan. - Ich kann dem Antrag von Jamaika und GUT zustimmen, wenn der Punkt 2 ergänzt wird, in dem die Anbindung von Rondorf an die Linie 1 oder an die Linie 18 benannt wird. Hier fehlen nach meinem Dafürhalten die Buslinien 131, 132 und 135. Der gesamte Kölner Süden ist hier nicht berücksichtigt. Ich glaube, er steht genauso zur Diskussion wie die anderen. Deswegen beantrage ich, in Punkt 2 des Antrags von Jamaika und GUT die Buslinien 131, 132 und 135 mitaufzunehmen. - Danke.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht darum, einen Grundsatzbeschluss zu machen, und nicht einen Einzelbeschluss! Das hat Herr Fenske sehr gut verstanden, glaube ich!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir machen es jetzt wie folgt: Ich lasse zuerst über den Antrag von Herrn Wortmann, den Punkt 2 um die Buslinien 131, 132 und 135 zu ergänzen, abstimmen.

(Kirsten Jahn: Dazu besteht keine Notwendigkeit!)

- Deswegen lasse ich jetzt darüber abstimmen. - Wer ist dafür? - Dafür sind Herr Wortmann und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von GUT, BUNT, pro Köln und der FDP. Dann ist der Antrag von Herrn Wortmann abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsanträge. Ich würde es gern noch einmal

vortragen, damit es keine Unstimmigkeiten gibt. Herr Michel, Sie können mich ja eventuell ergänzen.

Erstens Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe BUNT, zweitens Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, drittens Abstimmung über den ursprünglichen Antrag von CDU, Grünen, FDP und GUT in der von Herrn Michel vorgetragenen geänderten Fassung, in die Punkt 1 des Änderungsantrags der Gruppe BUNT und Punkt 1 des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE als Prüfauftrag übernommen werden.

(Zurufe: Perfekt!)

- Dann versuchen wir das doch.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe BUNT. Wer ist dafür? - Die Gruppe BUNT, die SPD und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen von der Gruppe GUT. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt die nächste Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, DIE LINKE und die Gruppe BUNT. Enthaltungen? - Von der Gruppe GUT. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den ursprünglichen Antrag in der Fassung, wie eben vorgetragen. Auf Antrag der LINKEN soll punktweise abgestimmt werden:

Punkt 1 des Ursprungsantrags ergänzt um Punkt 1 des Änderungsantrags der Gruppe BUNT. Wer ist dafür? - Das sind die CDU, die SPD, die Grünen, die Ratsgruppen GUT und BUNT, DIE LINKE und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Bei pro Köln und der AfD. Dann ist Punkt 1 angenommen.

Punkt 2 des Ursprungsantrags ergänzt um Punkt 1 des Änderungsantrags der LINKEN als Prüfauftrag. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Dann ist Punkt 2 angenommen.

Punkt 3 des Ursprungsantrags. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Enthaltung von pro Köln. Dann ist Punkt 3 angenommen.

Punkt 4 des Ursprungsantrags. Wer ist dafür? - Das sind die Grünen, die CDU, die Gruppen GUT und BUNT sowie die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von Herrn Wortmann, der AfD und pro Köln. Gegenstimmen? - DIE LINKE und die SPD. Dann ist Punkt 4 des Antrags angenommen.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Pro Köln und Herr Wortmann. Dann ist der Gesamtantrag angenommen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln):

In Ziffer 2 des Ursprungsantrages sollen die Buslinien 131; 132 und 135 mit aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, der Gruppen BUNT und GUT sowie Enthaltung von Ratsmitglied Wiener (pro Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Gruppe BUNT:

Der Beschlusstext wird um folgende Punkte ergänzt:

Zu Punkt 1 wird hinzugefügt:

Bei den Vorschlägen für eine dauerhafte Erweiterung des KVB-Busnetzes soll der Ausbau der KVB-Angebote „TaxiBus“ und „AST“ zu einem erweiterten „Bus on Demand“-Angebot (auch per App) geprüft werden. Hierbei kann sich am Pilotprojekt, das gerade in Duisburg angelaufen ist, orientiert werden.

Zu Punkt 2 wird hinzugefügt:

Es soll geprüft werden, ob die Linie 13 am Wochenende durchgängig fahren kann und wie sich dies auf Taktverdichtungen und neue Buslinien auswirken würde.

Ein neuer Punkt 5 wird eingefügt:

Es sollen Vorschläge für eine Erweiterung der Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen der KVB erstellt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

III. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Die Entlastung durch Busse auf der Linie 4 soll nicht nur, wie im Antragstext vorgesehen, zwischen Höhenhaus und Wiener Platz erfolgen. Die entsprechende Passage in Punkt 2 des vorliegenden Antrages wird daher wie folgt geändert:

- *Die Entlastungsbusse parallel zur Linie 4 sind von Höhenhaus bis zum Deutzer Bahnhof zu führen.*

Nach dem zweiten Punkt im Beschlusstext werden die folgenden Beschlusspunkte hinzugefügt:

3. *Bei allen zur Entlastung des Stadtbahnetzes einzurichtenden Busergänzungen sind Vorrangeinrichtungen für den Bus zu prüfen.*

4. *Auf der Strecke der Linie 250 (Köln Hbf. – Leverkusen-Wiesdorf – Leverkusen-Opladen – Leichlingen – Solingen) sind zumindest im Bereich zwischen Köln-Deutz und Opladen Verstärkerbusse(durch KVB oder RVK) einzusetzen. Zwischen Windmühlenstraße in Köln-Mülheim und Stadtgrenze Leverkusen sind Vorrangeinrichtungen für den Bus zu installieren.*

Der bisherige Beschlusspunkt 4 (nach obiger Ergänzung: Punkt 6) ist wie folgt zu ersetzten:

- *Die Verwaltung erarbeitet gemeinsam mit Vorstand und Aufsichtsrat der KVB ein Finanzierungskonzept und legt dieses dem Rat der Stadt Köln zur Beschlussfassung vor.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

IV. Beschlüsse gemäß Ziffer 1 – 4 des Antrages der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Beschluss zu IV.1:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der KVB AG zügig ein Umsetzungskonzept zur Weiterentwicklung der KVB-Busangebote im Kölner Stadtgebiet unter den hier aufgeführten Maßgaben zu erstellen und dem Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Finanzausschuss vorzulegen.

1. *Es sollen Vorschläge für eine dauerhafte Erweiterung des KVB-Busnetzes durch Taktverdichtungen und neue Buslinien bzw. -linienführung erstellt werden. Diese sollen vor allem die außenliegenden Bezirke betreffen, um eine bessere bzw. attraktivere Verbindung zur Innenstadt anzubieten. Insbesondere die Neubaugebiete im Westen wie Widdersdorf und der neue Schulstandort Girlitzweg, dazu im Süden die Gebiete um Rondorf und das Sürther Feld sollen besser angebunden und die „Unibuslinie“ verstärkt werden.*

   Im Norden sollen das Gewerbegebiete Feldkassel und die Fordwerke als auch die anliegenden Rheindörfer sowie Auweiler und Esch besser bedient werden.

   Die rechtsrheinischen Stadtgebiete sind ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Stadtentwicklung zu optimieren. Dazu zählen neben den geplanten Neubaugebieten im Porzer Süden das künftige Wohnquartier Deutzer Hafen und Mülheimer Hafen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und Enthaltung von Ratsmitglied Wiener (pro Köln) zugestimmt.

Beschluss zu IV.2:

2. *Es sollen Vorschläge für Angebotsausweitungen des Busnetzes im Interim erstellt werden, da die langen Zeiträume zur Umsetzung der im ÖPNV-Bedarfsplan vorgesehenen Vorhaben zur Erweiterung des Stadtbahnnetzes überbrückt werden müssen. Dies soll Taktverdichtungen und neue Buslinien für die Verbindung Hürth – Universität zwecks Entlastung der Linie 18, für die rechtsrheinische Verbindung zum Bahnhof Deutz zur Entlastung der Linie 9, die Entlastung der Linie 4 zwischen Höhenhaus und Wiener Platz, die Entlastung der Linie 1 zwischen Kalk und Innenstadt sowie zwischen Weiden und der Innenstadt und die Anbindung von Rondorf umfassen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und Enthaltungen der Ratsmitglieder Wiener (pro Köln) und Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Beschluss zu IV.3:

3. *Die KVB-Buslinien sollen sukzessive durch E-Busse betrieben werden. Daher soll eine Umsetzungsplanung für die Umstellung der Busflotte für den Zeitraum bis spätestens 2030 erstellt und vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wiener (pro Köln) zugestimmt.

Beschluss zu IV.4:

4. *Zur Finanzierung der dargestellten Ziele zur Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes sollen Ergebnisverbesserungen der KVB AG im Zeitraum 2018 bis 2022 genutzt werden, die die Verlustdeckelung von 90 Mio. Euro gemäß Vorgabe für die Direktvergabe unterschreiten. Darüber hinaus sollen Mittel aus dem in Aussicht gestellten „Mobilitätsfonds“ der Bundesregierung zur Verminderung der Luftschadstoffbelastung in den Städten eingesetzt werden, die bereits beantragt wurden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und bei Enthaltung der Ratsmitglieder Wiener (pro Köln) und Wortmann (Freie Wähler Köln) und gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

V. Gesamtabstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der KVB AG zügig ein Umsetzungskonzept zur Weiterentwicklung der KVB-Busangebote im Kölner Stadtgebiet unter den hier aufgeführten Maßgaben zu erstellen und dem Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Finanzausschuss vorzulegen.

1. *Es sollen Vorschläge für eine dauerhafte Erweiterung des KVB-Busnetzes durch Taktverdichtungen und neue Buslinien bzw. -linienführung erstellt werden. Diese sollen vor allem die außenliegenden Bezirke betreffen, um eine bessere bzw. attraktivere Verbindung zur Innenstadt anzubieten. Insbesondere die Neubaugebiete im Westen wie Widdersdorf und der neue Schulstandort Girlitzweg, dazu im Süden die Gebiete um Rondorf und das Sürther Feld sollen besser angebunden und die „Unibuslinie“ verstärkt werden.*

   Im Norden sollen das Gewerbegebiete Feldkassel und die Fordwerke als auch die anliegenden Rheindörfer sowie Auweiler und Esch besser bedient werden.

   Die rechtsrheinischen Stadtgebiete sind ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Stadtentwicklung zu optimieren. Dazu zählen neben den geplanten Neubaugebieten im Porzer Süden das künftige Wohnquartier Deutzer Hafen und Mülheimer Hafen.

2. *Es sollen Vorschläge für Angebotsausweitungen des Busnetzes im Interim erstellt werden, da die langen Zeiträume zur Umsetzung der im ÖPNV-Bedarfsplan vorgesehenen Vorhaben zur Erweiterung des Stadtbahnnetzes überbrückt werden müssen. Dies soll Taktverdichtungen und neue Buslinien für die Verbindung Hürth – Universität zwecks Entlastung der Linie 18, für die rechtsrheinische Verbindung zum Bahnhof Deutz zur Entlastung der Linie 9, die Entlastung der Linie 4 zwischen Höhenhaus und Wiener Platz, die Entlastung der Linie 1 zwischen Kalk und Innenstadt sowie zwischen Weiden und der Innenstadt und die Anbindung von Rondorf umfassen.*

3. *Die KVB-Buslinien sollen sukzessive durch E-Busse betrieben werden. Daher soll eine Umsetzungsplanung für die Umstellung der Busflotte für den Zeitraum bis spätestens 2030 erstellt und vorgelegt werden.*

4. *Zur Finanzierung der dargestellten Ziele zur Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes sollen Ergebnisverbesserungen der KVB AG im Zeitraum 2018 bis 2022 genutzt werden, die die Verlustdeckelung von 90 Mio. Euro gemäß Vorgabe für die Direktvergabe unterschreiten. Darüber hinaus sollen Mittel aus dem in Aussicht gestellten „Mobilitätsfonds“ der Bundesregierung zur Verminderung der Luftschadstoffbelastung in den Städten eingesetzt werden, die bereits beantragt wurden.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Ratsmitglieder Wiener (pro Köln) und Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Gemäß Antrag der Fraktion Die Linke. erfolgte Einzelabstimmung über die Ziffern des Ursprungantrages.

Korrektur der Niederschrift zu TOP 3.1.5 siehe Niederschrift Rat, 06.02.2018, Seite 17 bis 20.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.6 auf:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Chancen für Zündorf-Süd endlich nutzen!“
AN/1565/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1604/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1647/2017

Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das geplante neue Baugebiet Zündorf-Süd hat eine hohe Bedeutung für den Kölner Wohnungsbau. Wie extrem angespannt der Wohnungsmarkt in Köln ist mit rapide steigenden Immobilienpreisen und Mieten, muss ich Ihnen hier nicht erklären. Dass bis zum Jahr 2019 fast 30.000 und bis zum Jahr 2029 nahezu 66.000 neue Wohnungen benötigt werden, sei hier nur noch einmal der Vollständigkeit halber erwähnt.

Viele Kölner bekommen inzwischen eine Wohnungsnot zu spüren, die sich allein durch Innen- und Nachverdichtung bestehender Gebiete nicht mehr beenden lässt. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2018 ein Wohnungsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro und den schnelleren Ausbau der Stadtbahninfrastruktur gefordert.

Zugleich müssen wir aber auch die verbliebenen großen Wohnbaupotenzialflächen entschlossen angehen. So viele hat Köln davon nicht mehr. In der letzten Ratsperiode unter Oberbürgermeister Jürgen Roters haben wir Planverfahren für drei große Baugebiete begonnen, für die mittlerweile erste Pläne vorliegen: Parkstadt Süd, Mülheimer Süden inklusive Hafen und Deutzer Hafen. Allein in diesen drei Gebieten wurde der Neubau von fast 8.000 neuen Wohnungen für die kommenden Jahre gesichert.

Im Interesse der Kölnerinnen und Kölner wünschen wir uns als SPD sehr, dass auch die Amtszeit von Frau Oberbürgermeisterin Reker diesbezüglich ähnlich erfolgreich sein wird. Die SPD wird sie jedenfalls bei der Entwicklung neuer Baugebiete nach Kräften unterstützen.

Um die größte Wohnungsnot zu lindern, verehrte Ratskollegen, haben wir aktuell noch drei weitere größere Potenzialflächen, die wir realistisch einer Planung - wir sprechen hier von der Planung und noch nicht vom Baubeginn - bis 2020 zuführen können. Die drei Trümpfe, die wir noch in der Hand haben sind Rondorf-Nordwest mit circa 1.000, Kreuzfeld mit circa 2.200 und Zündorf-Süd mit etwa 2.000 Wohneinheiten.

Für alle größeren Baugebiete gibt es unterschiedliche Hindernisse oder nennen wir es: Herausforderungen, insbesondere die notwendige Verkehrsinfrastruktur. Für Zündorf-Süd heißt das: Erstens muss die Stadtbahnlinie 7 verlängert werden und ihre Kapazität auch auf der Ost-West-Achse in der Innenstadt erweitert werden. Zweitens muss der Pendlerstau auf den Zündorfer Straßen gelöst werden durch eine Entlastungsstraße mit Anbindung an die Autobahn 59.

Um diese Fragen zu lösen, sollte das Planverfahren für Zündorf-Süd jetzt fortgeführt werden. Dessen Bestandteil und unbedingte Voraussetzung ist aus Sicht der Verwaltung der Infrastrukturausbau im Kölner Süden. Aus Sicht der SPD muss sichergestellt sein, dass ein neues Wohngebiet von Anfang an verkehrlich ausreichend erschlossen ist. Ziel muss sein, dass die Verkehrsanbindung schon da ist, wenn die ersten Häuser in Zündorf-Süd bezogen werden. Damit das so ist, müssen die dafür erforderlichen Prozesse und Verfahren auch in Abstimmung mit den Nachbarkommunen wieder aufgenommen und jetzt mit Hochdruck fortgeführt werden.

Leider ist nicht erkennbar, was sich bei Zündorf-Süd seit nunmehr fast zwei Jahren bewegt hat. Es gab eine rege Bürgerbeteiligung. Es gab klare Vorstellungen, die von den Bürgern klar artiku-

liert wurden. Ein Versuch, die Bürgerbeteiligung fortzusetzen, ist jedoch aktuell nicht erkennbar. Die Fragestellungen, welche seitens der örtlichen Bürgervereine vorgetragen wurden, müssen aber Bestandteil eines ordnungsgemäßen Verfahrens sein. Daher ist für uns die Fortsetzung der Bürgerbeteiligung zwingende Voraussetzung an dieser Stelle. Ebenso müssen die notwendigen Umweltgutachten endlich erstellt werden um die Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere auf die Kaltluftentstehungsbereiche, zu bewerten.

Für die Menschen in Porz wollen wir jetzt endlich Klarheit über die Chancen des Projekts. Es hilft ja keinem, wenn die Verfahren weiterhin auf Eis liegen. Wir sehen es als unsere gesamtstädtische Verantwortung, ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für breite Kreise der Bevölkerung zu schaffen. Dazu gehört auch, dass jetzt zusammen mit Bund und Land geprüft wird, wie wir die Verlängerung der Stadtbahnlinie mindestens bis zur Ranzeler Straße förderunschädlich vorantreiben und vorfinanzieren können oder unter welchen Bedingungen wir dies gegebenenfalls selbst finanzieren können.

Die Zahl von 6.000 Wohnungen pro Jahr, die Köln benötigt, ist gewaltig, vor allen Dingen wenn man die Wohnungsbauleistung von nur 2.500 Wohnungen im letzten Jahr bedenkt. Im ersten Halbjahr 2017 sank sie leider noch weiter. Die Zahl der neu fertiggestellten Wohnungen lag sogar um 34,2 Prozent hinter der im Vorjahr.

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, freuen wir uns, wenn wir mit unserem Antrag hier jetzt einen breiten Konsens erreichen. Das ist eine gute Nachricht für Köln und den Kölner Wohnungsmarkt, insbesondere aber für die Bewohner im Porzer Süden, die seit Jahrzehnten auf eine Verbesserung der Situation warten. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem gemeinsamen interfraktionellen Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frenzel. - Herr Götz, bitte.

Stefan Götz (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Thema Porz-Zündorf beschäftigt uns schon seit vielen Jahren wenn nicht gar Jahrzehnten. Die Ortsumgehung und die Verlängerung der Linie 7 dürfte schon seit 30, 40 Jahren diskutiert werden. Von daher ist es gut, dass wir das Thema heute auf der Tagesordnung haben.

Vor allen Dingen ist es gut, dass Einvernehmen besteht, dass erst die Infrastruktur für den Verkehr da sein muss, bevor die Bebauung erfolgen kann. Das liegt natürlich auch daran, dass Teile von Zündorf-Süd bereits realisiert sind und, wie von Kollege Frenzel schon dargestellt, die Verkehrsinfrastruktur sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße an der Kapazitätsgrenze angekommen ist. Wir können es uns nicht mehr leisten, wie es in früheren Jahren vielleicht noch ging, zu warten, bis die Leute dort wohnen, und erst dann darüber nachzudenken, wie sie sich ohne Auto von dort fortbewegen können.

Wir haben zwei entscheidende Weichenstellungen vor uns:

Die eine entscheidende Weichenstellung betrifft die Verbreiterung der A 59 und das damit verbundene Planstellungsfestverfahren, in dem derzeit die Anbindung der Ortsumgehung Zündorf nicht vorgesehen ist, weil sie nur unter „Weiterer Bedarf“ im Landesstraßenbedarfsplans verortet ist. Wir haben im Verkehrsausschuss schon einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Verwaltung ist da ganz auf unserer Seite, sodass wir im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens entsprechenden Änderungen beantragen werden. Wir sind auch guten Mutes, dass uns das gelingen wird, weil die Signale aus dem Landesverkehrsministerium durchaus positiv sind.

Die zweite entscheidende Weichenstellung ist die Verlängerung der Linie 7. Politisch sind die Beschlüsse im NVR und im Regionalrat getroffen, die Linie 7 zu verlängern, perspektivisch über Niederkassel bis nach Bonn-Beuel, im ersten Schritt aber sicherlich noch etwas kürzer. Die neue Landesregierung hat andere Kriterien angelegt, um die Förderung solcher Maßnahmen voranzutreiben. Wir müssen also nicht erst Wohnungen bauen, wir brauchen auch keinen beschlossenen Bebauungsplan, sondern es reicht, wenn die entsprechenden Wohnbaupotenziale im Regionalplan oder im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind.

(Beifall bei der CDU)

Und das ist hier in Zündorf-Süd und im Porzer Süden der Fall. Von daher haben wir in Punkt 2 unseres Antrags die Aufforderung an die KVB festgehalten, die Planungen wieder aufzunehmen und sie voranzutreiben. Das Land hat zugesagt: Wenn eine entsprechende Planungstiefe

da ist - das bedeutet: bis zur Leistungsstufe 2 HOAI -, dann entscheidet es über die Förderung.

Da man nie weiß, wie solche Prozesse ausgehen, haben wir in Punkt 3 formuliert: Wir wollen alle Finanzierungsmöglichkeiten sowohl für die Ortsumgehung als auch für die Schiene geprüft haben, weil wir endlich vorankommen wollen in diesem Punkt.

Der vierte Punkt unseres Antrags bekräftigt noch einmal, dass wir erst die Verkehrsinfrastruktur haben wollen. Die Punkte 5, 6 und 7 beschäftigen sich mit der weiteren Bebauung. Insbesondere das Thema Kaltluftschneise wird noch ein ganz spannendes Thema werden. Das war es in Köln eigentlich immer schon. Das war bereits Thema bei der Schaffung des Inneren Grüngürtels unter Konrad Adenauer.

Wenn ich richtig informiert bin, wird sich die FDP unserem gemeinsamen Antrag anschließen. Ich sage jetzt schon zu, dass wir den Ergänzungsvorschlag, den sie gleich vortragen wird, mittragen werden.

Ich freue mich, dass wir dann einen einvernehmlichen Beschluss in diesem Rat fassen. Damit haben wir gute Chancen, beim Land unsere Projekte durchzusetzen. Das sollten wir in solchen Fragen, glaube ich, häufiger machen. Ich freue mich, wenn Bernd Petelkau und Martin Börschel Seit an Seit für die Kölner Beschlüsse und die Kölner Interessen kämpfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das kann nur gut sein für uns alle. Das kann nur gut sein für Köln. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Götz. - Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, es ist die Stunde der Porzerinnen und Porzer.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was uns die Eingemeindungen gebracht haben!)

- Ja, mich zum Beispiel. - Seit ich mich in der Politik in Köln und Porz engagiere, sind die Verlängerung der Linie 7 und Zündorf-Süd ein Thema. Ich finde es sehr gut - das war immer meine Linie -, dass wir die großen politischen Herausforderungen, nämlich Wohnungsbau und Mobilität, heute gemeinsam angehen. Das ist bei diesen Themen von herausragender Bedeutung. Ich bedanke mich bei allen beteiligten demokratischen Parteien, dass wir in der Frage den Weg wieder gemeinsam gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Vorredner, Herr Götz und Herr Frenzel, die beide Zündorfer sind, haben noch einmal klar die Herausforderungen und Schwierigkeiten aufgelistet, aber auch die Erwartungen der Zündorfer Bevölkerung benannt. Sie wurde immer wieder mit dem Versprechen hingehalten, die Linie 7 würde kommen, dann aber kam sie doch nicht, sie warten heute noch darauf.

Das Gleiche hätte ich, lieber Herr Michel, auch bei Rondorf erwartet. Da gab es nämlich den gleichen Duktus: zuerst die Bahn und dann das Wohnen. Um für Wohnungsbau in unserer Stadt mehr Akzeptanz zu schaffen, müssen wir diese Linie fortsetzen und klar sagen: Zuerst muss der ÖPNV da sein, dann kommt die Bevölkerung, und nicht: Die Leute ziehen dorthin und erst 10, 15, 20 Jahre später kommt die Bahnanbindung. Ich glaube, eine solche Haltung können wir uns nicht mehr leisten.

In den Workshops - im Jahr 2014 gab es zwei Zielfindungsworkshops unter Beteiligung der dortigen Bürgervereine, die vor Ort auch sehr aktiv sind - ging es zum einen um das Thema „Verlängerung der Linie 7“ verbunden mit der ganz klaren Erwartungshaltung, dass sie kommt.

Zum anderen ging es dort um die ökologischen Aspekte. Wir befinden uns hier in einem hochsensiblen ökologischen Raum. Es ist nicht nur eine Kaltluft-, sondern eine Frischluftschneise und gleichermaßen ein Kaltluftentstehungsgebiet. Davon haben wir nicht mehr viele. Wenn man sich die Topografie vor Ort anschaut, sieht man, dass auf den Äckern noch ein Altarm des Rheins erkennbar ist. Dort entsteht unheimlich viel Kaltluft. Diese Kaltluft muss dort auch weiterhin entstehen können.

Wenn wir diese Siedlungen dort bauen - wir reden hier über 2.500 Wohneinheiten und 4.500 bis 5.000 Menschen, die dort einmal ansässig sein werden; das ist eine Arrondierung von ganz Zündorf -, dann müssen wir für die künftige Siedlungsstruktur genau diese Aspekte mit berücksichtigen. Wir brauchen „grüne Finger“ in die Siedlungen hinein. Wir brauchen Versickerungsmulden. Wir müssen wirklich State of the Art sein, um die ökologischen Funktionen, die

der Raum hat, mindestens zu halten, vielleicht sogar noch zu verstärken.

Wir reden ja nicht nur von Siedlungsbau. Von diesen 54 Hektar dort sollen 9 bis 11 Hektar öffentliche Grünfläche sein. Diese öffentliche Grünfläche muss ordentlich angelegt werden, sie muss klug angelegt werden, und sie muss die ökologischen Aspekte, die der Raum jetzt hat, verstärken oder zumindest im gleichen Maße - das ist das Minimum - aufrechterhalten. Darin sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir kämpfen gegen die Erwärmung der Stadt. Da ist dieses Gebiet ein wichtiges Gebiet. Da heißt es, auch Stichworte wie „Bauen mit der Sonne“ aufzugreifen.

Wir schaffen mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung vor Ort, wenn sich die Situation für die Menschen dort verbessert. Das gilt natürlich auch für die Schulen. Wir müssen dort auch neue Schulen planen; denn alle Schulen dort sind jetzt schon rappelvoll.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]:
Auch bauen!)

Wir müssen Schulen nicht nur planen, sondern auch bauen. Dann entsteht dort eine Arrondierung, die wichtig ist.

Die Porzer tragen jetzt schon wesentlich zur Bedarfsdeckung an Wohnraum in dieser Stadt bei. Das dürfen wir uns nicht verhageln. Wir müssen die an uns alle gerichteten Erwartungen ernst nehmen und die Wünschen, die Bedürfnisse und die berechtigten Sorgen der Porzer aufnehmen. Wenn die Linie 7 verlängert wird und die ökologischen Aspekte beachtet werden, bin ich guter Dinge, dass Zündorf-Süd ein gutes Projekt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Jahn. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern Abend gab es im Domforum eine spannende Veranstaltung, organisiert von „Suchet der Stadt Bestes“; ein schwieriger Name. Dahinter steht, wenn ich es richtig überblicke, die katholische Kirche. Es waren viele Vertreterinnen und Vertreter aus allen relevanten Bereichen der Gesellschaft anwesend, von der katholischen Kirche, den Gewerkschaften, dem Mieterbund, der Wohnungswirtschaft, sowohl von der privaten als auch der öffentlichen. Es waren auch sehr viele Diskutantinnen und Diskutanten dort.

Bei dieser Veranstaltung wurde einmal mehr deutlich, dass das Thema Wohnungsknappheit und Wohnungsnot in der Stadt immer gravierender wird. Es wurden von etablierten Organisationen Szenarien vorgestellt, aus denen hervorging, dass die eklatante Wohnungsnot, die sich hier zusammenbraut, den sozialen Frieden in der Stadt erheblich gefährden wird.

Von daher ist es natürlich richtig und gut, dass wir uns hier heute erneut mit der Wohnungspolitik befassen. Es gibt aber auch Zweifel. Zumindest wir haben Zweifel, ob die Bekräftigung von Beschlüssen uns auf dem Weg zur Überwindung der Wohnungsnot tatsächlich weiterbringt.

(Beifall bei der FDP)

Wir als Oppositionskraft haben in der Vergangenheit versucht, das eine oder andere in dieser Frage anzustoßen. Das eine oder andere ist gelungen, das eine oder andere nicht. Ich möchte noch einmal an die großen antragstellenden Fraktionen appellieren: Meiner Meinung müssen Sie sich noch einmal genau überlegen, was Sie strukturell ändern wollen und müssen, um Flächen schneller entwickeln zu können. Das war gestern Abend das zentrale Thema. Darauf sind alle eingegangen, auch die Vertreter der Parteien, die hier im Rat vertreten sind, selbst wenn sie gestern als Vertreter von Gewerkschaften und Mieterverein fungierten. Es waren Vertreter von CDU, SPD und Grünen, die gesagt haben: Wir haben ein Problem: Wir haben Flächen, aber diese Flächen werden zu langsam entwickelt, zu langsam baureif gemacht.

Meine Damen und Herren von den großen Fraktionen, bitte denken Sie darüber noch einmal nach, wenn Sie jetzt den neuen Baudezernenten einstellen. Das muss ein Baudezernent sein, der auf diesem Gebiet topfit ist, der auf diesem Gebiet schon etwas geleistet hat, der Flächen zügig entwickeln kann, damit wir Wohnungen schnell bauen. Wir brauchen 6.000 Wohnungen im Jahr. Andere sagen mittlerweile: Es müssen 8.000 Wohnungen sein. Wir wollen uns jetzt gar nicht auf eine genaue Zahl festlegen, aber ein großer Teil dessen müssen bezahlbare Wohnungen sein. Machen Sie das bitte!

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anderes Thema war gestern Abend die Wohnbauleitstelle. Sowohl von der privaten als auch von der kommunalen Wohnungswirtschaft wurde gesagt: Ja, es ist gut, dass wir diese Wohnbauleitstelle haben, aber sie muss auch Schmackes haben. Sie muss auch Kompetenzen haben. Sie muss als Taskforce aufgestellt sein. Sie muss den Hut aufhaben, wenn es darum geht, wie Flächen dieser Stadt künftig zu bebauen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir tragen den Antrag natürlich mit; das ist klar. Wir wollen, dass Zündorf-Süd entwickelt wird. Ich habe nur Bedenken, ob dieser Antrag die Wirkung einer Rakete haben wird, die es braucht, um das Projekt dort zu starten.

Allerdings: Mit Punkt 4 des Antrags haben wir ein echtes Problem, auch wenn inzwischen relativiert wurde, dass das so nicht gemeint sei.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Nein, lieber Herr Kienitz. Das müssen Sie sich schon noch anhören. Ich habe noch 11 Sekunden Redezeit. - In Punkt 4 Ihres Antrags heißt es:

> Der Rat bekräftigt, dass eine Bebauung in Zündorf-Süd nur nach einer Realisierung der erforderlichen ÖPNV-Infrastruktur … erfolgen kann.

Warum steht dieser Satz dort drin? Wir wissen, dass wir die Priorität auf den Wohnungsbau setzen müssen. Streichen Sie bitte das Wörtchen „nach“ und ersetzen Sie es mit „parallel“. Dann können Sie einen einstimmigen Beschluss dazu erreichen. Anderenfalls beantrage ich Einzelabstimmung über Punkt 4. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Frau Laufenberg, bitte.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der einen Seite ist es erfreulich, dass wir heute hier im Rat erneut über die Verkehrssituation in Porz sprechen, auf der anderen Seite ist das eigentlich ein Trauerspiel; denn wir sprechen seit über 40 Jahren über die Verlängerung der Linie 7 und eine Entlastungsstraße für den Porzer Süden.

In der Vergangenheit - das wissen Sie alle - hatten wir Schwierigkeiten mit der Trassenführung. Ich erinnere an die jahrzehntelangen Verhandlungen mit den ortsansässigen Bauern. Irgendwann haben wir uns endlich mit ihnen einigen können. In vielen Sitzungen wurden auch für die Entlastungsstraße verschiedene Varianten geprüft. Nicht immer gab es Einigkeit.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Jahren sind wir doch ein Stück weitergekommen. Wir alle wollten die beste Lösung für die Bürgerinnen und Bürger in Porz. Ich glaube, mittlerweile wollen wir nur noch eine Lösung, die schnell zu realisieren ist.

(Beifall bei der FDP)

Bereits 2014 haben wir hier gemeinsam all die Punkte, die in dem gemeinsamen Auftrag aufgelistet sind, einstimmig beschlossen. Das heißt: Wir bekräftigen heute nur noch einmal die Beschlusslage und unseren Willen, den Verkehr im Porzer Süden endlich zu entlasten.

Damit das tatsächlich passieren kann, müssen wir intensive Verhandlungen mit unseren Nachbarkommunen führen und diese nun endlich einleiten. Daher möchten wir, wie bereits angekündigt, den Antrag um einen Punkt 8 erweitern, der wie folgt lautet - ich zitiere -:

> Mit den Nachbarkommunen sind die Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung für die Verkehrswege zu forcieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dieser Ergänzung können wir gemeinsam den Beschluss auf 2014 heute noch einmal stärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen endlich in die Umsetzung kommen, statt alle drei Jahre dieselben Beschlüsse zu Papier bringen. Wir brauchen endlich die Entlastungsstraße. Wir brauchen endlich die Verlängerung der Linie 7. Wir können den Porzerinnen und Porzern nicht die nächsten 40 Jahre Versprechungen machen, die wir nicht halten können. Deswegen: Endlich anpacken! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Laufenberg. - Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Ich mache es vom Platz aus. - Die Kollegin Jahn hatte einen Punkt angesprochen in Bezug auf Rondorf-Nordwest und das dortige Planverfahren. Liebe Kollegin Jahn, wir sind bei Rondorf-Nordwest gar nicht weit auseinander. Wir haben uns, ehrlich gesagt, über Ihren Änderungsantrag etwas gewundert und diesen auch nicht für richtig gehalten; denn er beinhaltet, dass Bebauung und Verkehr nacheinander und nicht parallel abgearbeitet werden, wie wir es in diesem Verfahren hier machen wollen. Damit verliert man natürlich viel Zeit. Die Planverfahren müssen parallel abgearbeitet werden. Das betrifft genau das, was unser Fraktionsvorsitzender Martin Börschel heute Nachmittag gesagt hat, nämlich: Warum muss das alles in dieser Langsamkeit nacheinander erfolgen? - Das ist genau das, was auch Michael Weisenstein von der LINKEN in seinem Redebeitrag angesprochen hat.

Lieber Michael Weisenstein, noch ein Hinweis: Wir haben schon darüber nachgedacht, über welche Kernkompetenzen der neue Baudezernent verfügen muss. Wir wissen, er muss vor allem Kernkompetenzen im Bereich Wohnungsbau aufweisen. Zu Ihrer Aufforderung, wir sollten noch einmal darüber nachdenken, was wir strukturell ändern müssen, um Flächen schneller bereitzustellen: Die strategische Änderung, die schon bei den Anmeldungen für dieses Jahr für den ÖPNV-Bedarfsplan zur Anwendung kam, ist, zu sagen: Gerade die neuen Baugebiete wollen wir so in den ÖPNV-Bedarfsplan einbinden, dass die Bahn schon fährt, wenn die Bewohner dort einziehen. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Frenzel. - Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Hr. Frenzel, vielleicht können wir noch einmal gemeinsam zu Frau Blome gehen und uns das Projekt Rondorf-Nordwest dahin gehend erläutern lassen, dass die Behauptung, es würde zu Verzögerungen kommen, wenn wir die Förderfähigkeit der vierten Baustufe vorher prüfen lassen, nicht zutrifft. Es wird zu keinerlei Verzögerungen kommen. Das ist auch im Ausschuss noch einmal deutlich gemacht worden. Wir sind aber jetzt bei Zündorf-Süd - auch im Süden, aber andere Rheinseite, anderes Gebiet.

(Michael Frenzel [SPD]: Ich habe das Thema nicht angesprochen!)

Deswegen würde ich vorschlagen, das im Nachhinein zu besprechen, damit hier nicht der Eindruck entsteht, wir würden irgendetwas verzögern. Das tun wir natürlich nicht. Aber jetzt bleiben wir beim Projekt Zündorf-Süd, okay?

(Michael Frenzel [SPD]: Sehr gerne!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Keine weiteren Wortmeldungen? - Dann lasse ich jetzt abstimmen über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen mit der mündlich vorgetragenen Ergänzung der FDP, die von den Antragstellern übernommen wurde. Ich verlese noch einmal den ergänzten Punkt 8:

> Mit den Nachbarkommunen sind die Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung für die Verkehrswege zu forcieren.

Auf Antrag der LINKEN stimmen wir zunächst über Punkt 4 ab. Gegenstimmen? - Das ist DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist Punkt 4 beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die übrigen Punkte. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann sind die Punkte einstimmig beschlossen.

Es folgt die Gesamtabstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von GUT. Damit ist der Antrag angenommen. - Das hat Jahrzehnte gedauert.

(Beifall)

I. Beschluss gemäß Ziffer 4 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzt um den mündlichen Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

4. Der Rat bekräftigt, dass eine Bebauung in Zündorf- Süd nur nach einer Realisierung der erforderlichen ÖPNV-Infrastruktur und der Entlastungsstraße erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Ziffern 1- 3 und 5 – 8 des Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzt um den mündlichen Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, im anstehenden Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der A 59 dafür Sorge zu tragen, eine zukünftige L 82-6n (Entlastungsstraße für Zündorf) an die A 59 anzubinden.*

2. *Die Planungen für die Verlängerung der Linie 7 sind umgehend wieder aufzunehmen, so dass eine grundsätzliche Förderfähigkeit beim Land geprüft und gleichzeitig das Genehmigungsverfahren eingeleitet werden kann.*

3. *Zur zeitnahen Realisierung einer Entlastungsstraße und Verlängerung der Linie 7 sind alle Finanzierungsoptionen zu prüfen. Dazu gehören auch private Finanzierungen oder Vorfinanzierungen (privat oder Stadt) oder Eigenfinanzierungen durch die Stadt. Die Ergebnisse der Prüfung sind den zuständigen Gremien vorzulegen.*

5. *Das rund 54 Hektar große Wohnbauland ‚Zündorf-Süd', dessen Ziel es ist, ein lebenswertes und gemischtes Quartier zu werden, soll in Anlehnung an den Zielfindungsworkshop vor allem nach folgenden ökologischen Vorgaben weitergeplant werden:*

   - *die städtebaulichen Grundsätze müssen mit den gesamtstädtischen Klimaschutzzielsetzungen konform sein. Dies heißt, dass es eine solare und energetische Optimierung der Planung bedarf.*

   - *Es gilt ein Quartier mit einer zeitgemäßen Energieeffizienzstandards zu entwickeln.*

6. *Auf Grund der topographischen Struktur (ehemaliger Altrheinarm) ist das Plangebiet ein wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet und ein wichtige Frischluftschneise. Sowohl in der freiraumplanerischen Gestaltung (Versickerungsmulden, Grüne Finger etc.) wie auch in der städtebaulichen Figur sind diese klimatischen und ökologischen Besonderheiten dieses Gebietes maßgeblich zu berücksichtigenden.*

7. *Es ist weiterhin eine umfassende Bürgerbeteiligung vorzusehen.*

8. *Mit den Nachbarn sind die Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung für die Verkehrswege zu forcieren.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, im anstehenden Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der A 59 dafür Sorge zu tragen, eine zukünftige L 82-6n (Entlastungsstraße für Zündorf) an die A 59 anzubinden.*

2. *Die Planungen für die Verlängerung der Linie 7 sind umgehend wieder aufzunehmen, so dass eine grundsätzliche Förderfähigkeit beim Land geprüft und gleichzeitig das Genehmigungsverfahren eingeleitet werden kann.*

3. *Zur zeitnahen Realisierung einer Entlastungsstraße und Verlängerung der Linie 7 sind alle Finanzierungsoptionen zu prüfen. Dazu gehören auch private Finanzierungen oder Vorfinanzierungen (privat oder Stadt) oder Eigenfinanzierungen durch die Stadt. Die Ergebnisse der Prüfung sind den zuständigen Gremien vorzulegen.*

4. *Der Rat bekräftigt, dass eine Bebauung in Zündorf- Süd nur nach einer Realisierung der erforderlichen ÖPNV-Infrastruktur und der Entlastungsstraße erfolgen kann.*

5. *Das rund 54 Hektar große Wohnbauland ‚Zündorf-Süd', dessen Ziel es ist, ein lebenswertes und gemischtes Quartier zu werden, soll in Anlehnung an den Zielfindungsworkshop vor allem nach folgenden ökologischen Vorgaben weitergeplant werden:*

   - *die städtebaulichen Grundsätze müssen mit den gesamtstädtischen Klimaschutzzielsetzungen konform sein. Dies heißt, dass es eine solare und energetische Optimierung der Planung bedarf.*

- *Es gilt ein Quartier mit einer zeitgemäßen Energieeffizienzstandards zu entwickeln.*

6. *Auf Grund der topographischen Struktur (ehemaliger Altrheinarm) ist das Plangebiet ein wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet und ein wichtige Frischluftschneise. Sowohl in der freiraumplanerischen Gestaltung (Versickerungsmulden, Grüne Finger etc.) wie auch in der städtebaulichen Figur sind diese klimatischen und ökologischen Besonderheiten dieses Gebietes maßgeblich zu berücksichtigenden.*

7. *Es ist weiterhin eine umfassende Bürgerbeteiligung vorzusehen.*

8. *Mit den Nachbarn sind die Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung für die Verkehrswege zu forcieren.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

Anmerkungen:

- die Einzelabstimmung wurde von Ratsmitglied Weisenstein beantragt,

- Ziffer 8 wurde auf Vorschlag von Ratsmitglied Laufenberg ergänzt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.7 auf:

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Einführung der Möglichkeit von Stadtverweisen in die Stadtordnung bei Missachtung von erteilten Platzverweisen“ AN/1580/2017

Zunächst Herr Dr. Keller.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stadtordnung kann nicht um die Möglichkeit von Stadtverweisen ergänzt werden, weil es dafür an der erforderlichen landesgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage fehlt. Insofern würde bei antragsgemäßer Beschlussfassung dieser Beschluss beanstandet werden müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zeitung *Die Welt* berichtete im April dieses Jahres unter dem Titel „Das sind die ‚verrufenen und gefährlichen Orte‘ in NRW“ über eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion im Landtag. Aus der Antwort des Innenministeriums geht hervor, dass es in Nordrhein-Westfalen circa zwei Dutzend Örtlichkeiten gibt, an denen die Polizei sich das Recht herausnimmt, ohne Vorwarnung Personalien festzustellen und zu kontrollieren. Und Köln? Köln vereint, laut Antwort des Innenministeriums, von diesen circa 25 sogenannten No-go-Areas 13 auf sich. 13 von 25 befinden sich im Stadtgebiet von Köln. - Diese Zahlen können Sie nachlesen in der Drucksache vom 12.04.2017, Nr. 16/14861.

Die Reaktion der Politik in der Stadt Köln - das war zehn Tage vor dem Bundesparteitag der AfD - bestand darin, sich nicht darum zu kümmern, wie man die rechtsfreien Räume in Köln abstellen kann. Nein, es wurde ein sogenannter Aufstand gegen Rechts organisiert. Ich finde, das ist ein bemerkenswerter Vorgang.

Meine Damen und Herren, Köln ist Hauptstadt der No-go-Areas in Nordrhein-Westfalen. Das ist die bittere Wahrheit. Es darf uns allen hier nicht egal sein, dass die Kölner Silvesternacht mittlerweile fast so bekannt ist wie der Kölner Dom. Es darf uns allen hier nicht egal sein, wenn 52 Prozent der nordrhein-westfälischen No-go-Areas sich innerhalb der Grenzen unseres Stadtgebietes befinden.

Es darf uns auch nicht egal sein - wir haben das ja heute Nachmittag diskutiert -, wenn in den letzten Wochen und Monaten ein weiterer Platz zu einer No-go-Area wird, nämlich der Ebertplatz. Ich weiß nicht, wie Sie das Ihren Wählern in Ihren Wahlkreisen erklären, dass wir uns jetzt schon wieder hier im Rat mit diesem Thema beschäftigen. Wie wir recherchiert haben, geht es schon seit 1998 immer wieder um den Ebertplatz. Das heißt: Im kommenden Jahr sind es 20 Jahre Diskussion um die Umgestaltung des Ebertplatzes. Das, was die Kölnerinnen und Kölner wollen, ist ganz einfach - ich sagte es vorhin schon -: Sie wollen ihren Ebertplatz zurück. Noch einmal, meine Damen und Herren: Das ist nicht zu viel verlangt.

Deshalb schlagen wir vor, in die Stadtordnung den Stadtverweis als zusätzliche Sanktion mit-

aufzunehmen. Das würde der Polizei die Möglichkeit geben, längerfristig Verweise auszusprechen. Andere Städte tun das bereits:

Bad Kreuznach hat ein nächtliches Aufenthaltsverbot in einigen Brennpunkten ausgesprochen und auch durchgesetzt. - Es geht also.

Die Stadt Salzgitter hat eine Stadtstreife, die gemeinsam mit der Polizei patrouilliert, mit sämtlichen Befugnissen ausgestattet, um entsprechend durchgreifen zu können.

Selbst die Stadt Düsseldorf hat die Möglichkeit ausgeschöpft, für bestimmte Personen ein Aufenthaltsverbot bis zu einem Jahr auszusprechen. Beispielsweise wurde konkret für eine Person die Auflage ausgesprochen, die Düsseldorfer Altstadt nicht mehr zu betreten. Manche von Ihnen mögen jetzt vielleicht denken: Ein Jahr nicht in die Düsseldorfer Altstadt, wo ist da die Strafe?

Noch einmal: Diese Beispiele zeigen: Es geht, wenn der politische Wille vorhanden ist. Dazu muss man kein hartgesottener Law-and-Order-Mensch sein. Es würde reichen, wenn wir in Köln einmal das beherzigen, was Tony Blair in seiner Zeit als Innenminister gesagt hat. Er hat sein Sicherheitskonzept in zwei Sätzen formuliert: „Hart gegen Kriminelle. Hart gegen die Ursachen von Kriminalität." - Was Letzteres angeht, sind wir in Köln schon ganz rührig, aber weitgehend erfolglos unterwegs: Streetworker, Workshops gegen Gewalt bis der Arzt kommt. Aber, meine Damen und Herren, das Erste gehört auch dazu: Hart gegen Kriminelle. Dazu wäre ein Stadtverweis ein erstes Zeichen. Das ist ein probates Mittel. Es ist ein Mittel, das wehtut, und es ist ein Mittel, das wirken würde.

Leisten Sie einen Beitrag dazu, den Kölnerinnen und Kölnern ihren Ebertplatz wie auch andere No-go-Areas zurückzugeben! Stimmen Sie mit uns für diesen Antrag, die Möglichkeit, Stadtverweise in die Stadtordnung aufzunehmen, zu prüfen! - Danke schön.

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die AfD und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Entschärfung der Situation der Drogenhotspots und zur Bekämpfung der Kriminalität, die Stadtordnung um die Möglichkeit von Stadtverweisen zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Wiener (pro Köln) abgelehnt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer IV .- Seite 4).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen jetzt zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Freiwillige Weiterführung des Rates für Integration"
AN/1324/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017
3352/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt uns allen vor. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Ich sehe keine.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „COP 23 - Erreicht die Stadt Köln ihre Klimaschutzziele?“ AN/1345/2017

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2017 3233/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt uns ebenfalls vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Frau Oberbürgermeisterin Reker ist jetzt ja nicht anwesend. Sie hat die Antwort gezeichnet. Daher würde ich meine Nachfrage gern an anderer Stelle stellen. Es geht mir darum, dass die Stadtverwaltung sich erst 2018 über die Priorität von Klimaschutz ausführlich Gedanken machen möchte. So wird in der Antwort es dargestellt. Dazu hätte ich dann noch eine Nachfrage.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Dann erfolgt die Beantwortung schriftlich. Einverstanden? - Gut.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Die Nachfrage von Ratsmitglied Zimmermann wird schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Baugenehmigungen in Köln mit dramatischem Einbruch - Was tut die Oberbürgermeisterin?“ AN/1355/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017 3501/2017

Die Antwort liegt uns vor. Gibt es dazu Nachfragen. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. - Vielen Dank auch an die Verwaltung für die Beantwortung unserer Anfrage. Ich habe lediglich zu zwei Punkten noch Nachfragen.

Meine erste Nachfrage bezieht sich auf den Punkt 2. Dort geht es um die Entwicklung auf dem Areal Krefelder Straße/Innere Kanalstraße. In der Antwort ist ausgeführt, Ziel sei es, Lösungsansätze zu erarbeiten. Meine Frage ist, ob die Verwaltung Aussagen dazu machen kann, wann denn mit diesen Lösungsansätzen zu rechnen ist.

Meine zweite Nachfrage bezieht sich auf den Punkt 4, in dem auch die Funktion der Wohnungsbauleitstelle und deren Ziele dargestellt werden. Ich habe mich gefragt: Hat die Wohnungsbauleitstelle denn auch Durchgriffsrechte? Hat sie also auch die Möglichkeit, in der Ämterabstimmung bestimmte Entscheidungen herbeizuführen, damit sie ihre Arbeit auch effektiv tun kann und Hemmnisse entsprechend aus dem Weg geräumt werden können?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Frenzel, zu dem Punkt 2, dem Areal Krefelder Straße/Innere Kanalstraße, gibt es eine Beschlusslage im Liegenschaftsausschuss, auf die wir zeitnah antworten wollen. Da sind wir ja beauftragt, zu einem bestimmten Zeitpunkt auch Ergebnisse vorzulegen, was die Ausnutzung des Grundstücks mit Wohnungsbau betrifft. Wir werden also weiterhin dem Liegenschaftsausschuss laufend berichten. Es hängt dann auch mit den Ersatzgrundstücken zusammen, in welcher Konstellation eine entsprechende Lösung für die Bauwagenleute erst erfolgen kann.

Die Wohnungsbauleitstelle soll als Projektmanagementeinheit ausgerichtet werden - mit dem Ziel, eine gesamtstädtische Koordinierung vorzunehmen, und zwar mit eindeutigen Aufträgen durch die Oberbürgermeisterin, auch controlled durch den Verwaltungsvorstand. Das soll also gesamtstädtisch erfolgen. Das heißt, dass in dieser Managementeinheit dann auch die Entscheidungen herbeigeführt werden, und zwar auch dezernatsübergreifend.

Eben haben Sie ja auch schon zwei Leuchttürme beschlossen. Das ist einmal Zündorf und natürlich auch Rondorf. Das sind klassische Beispiele, die dort dann auch gesamtstädtisch koordiniert werden. Damit kommen wir auch genau der Her-

ausforderung entgegen, dass wir jetzt Infrastruktur und Wohnungsbau in dieser Stadt hier gemeinsam entwickeln sollen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Blome.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Frau Beigeordnete Blome beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Frenzel.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „Symposium Silvester 2017: Was plant die Stadt Köln an Silvester?“ AN/1365/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017 3338/2017

Da liegt uns auch die Beantwortung der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Danke für die Beantwortung. Die Antwort ist zwar relativ kurzfristig eingegangen; wir haben sie erst heute erhalten. Aber sie ist in Ordnung.

Ich erlaube mir aber noch eine kleine Anmerkung zu Punkt 3. In der Anfrage geht es ja darum, was die Stadt Köln an Silvester plant. Unsere Frage 3 lautet:

> Plant die Stadt Maßnahmen, um insbesondere auch an die Verantwortung von jungen Männern zu appellieren, sich gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt zu wenden, und um allgemein die Zivilcourage zu stärken?

Da ist die Antwort ein bisschen schmallippig. Zu einer ähnlichen Frage, die wir im Jugendhilfeausschuss gestellt haben - dort ging es um Präventionsangebote; aus unserer Sicht sollte man auch versuchen, Männer und insbesondere junge Männer damit anzusprechen - hat die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Dahmen, die jetzt leider nicht im Saal ist, ein bisschen mehr ausgeführt. Jetzt will ich nicht für sie sprechen. Mit dem, was sie uns da vor einer Woche gesagt hat, war ich aber deutlich zufriedener als mit dem, was hier in der Antwort steht. Wie gesagt, will ich jetzt nicht in ihrem Namen sprechen. Vielleicht zusammenfassend nur so viel: Sie sagt, dass sie zwar noch nicht so lange im Amt ist, aber auf jeden Fall mit den Schulen und allen möglichen Trägern in diesem Zusammenhang schon Gespräche führt, um dieses Thema deutlich auszuweiten.

Die hier schriftlich gegebene Antwort reicht mir heute auch. In einigen Monaten werde ich da aber noch einmal nachfragen, um entsprechende Projekte - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Haben Sie denn eine Nachfrage, Herr Hegenbarth? Das war jetzt eine Anmerkung.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Ja. Mir war es nur wichtig, darauf hinzuweisen, weil diese Antwort erst heute gekommen ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das ist angekommen.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Lehrerinnen mit Kopftuch an Kölner Schulen“ AN/1470/2017

Antwort der Verwaltung vom 23.10.2017 3157/2017

Da liegt uns die Antwort der Verwaltung ebenfalls vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In unserer Anfrage geht es um den Einsatz von zwei Lehrerinnen an der Albert-Schweitzer-Realschule in Ostheim, die dort mit islamischem Kopftuch unterrichten. In der Antwort der Verwaltung steht unter anderem, der Stadt sei nichts von einer Störung des Schulfriedens bekannt; es lägen keine Informationen über Beschwerden vor.

Wir haben da einen etwas anderen Kenntnisstand. Deswegen möchte ich jetzt einmal nachfragen - die Antwort der Verwaltung ist ja vom 23. Oktober 2017 datiert -, ob in der Zwischenzeit noch Beschwerden eingetroffen sind, ob die Stadtverwaltung davon noch Kenntnis erlangt hat oder ob der Stadt Informationen über Beschwerden vorliegen, die direkt an die staatliche Schulaufsicht bei der Bezirksregierung gegangen sind. Da wird es ja sicher auch einen Informationsaustausch geben. Denn es wäre schon schade, denke ich, wenn hier eine eventuell falsche Information in der Verwaltungsantwort stehen bleiben würde.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wiener, die Frage wird dann schriftlich beantwortet.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Die Nachfragen von Ratsmitglied Wiener werden schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „Straßen und Plätze in Köln, die Namen von historisch belasteten Personen oder Ereignissen tragen“ AN/1610/2017

Die Antwort der Verwaltung wird zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Diese Angelegenheit wird bis zur kommenden Arbeitssitzung des Rates – am 19.12.2017 – zurückgestellt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln“ AN/1616/2017

Diese Anfrage wird auch zur nächsten Sitzung beantwortet.

Diese Angelegenheit wird bis zur kommenden Arbeitssitzung des Rates – am 19.12.2017 – zurückgestellt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Köln“ AN/1615/2017

Auch diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Diese Angelegenheit wird bis zur kommenden Arbeitssitzung des Rates – am 19.12.2017 – zurückgestellt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt komme ich zu:

6 Ortsrecht

Ich rufe auf:

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Änderung der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln 2617/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Damit ist 6.1.1 beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf- Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 30.08.2011 3133/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 6.1.2 angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 30.08.2011 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwassergebührensatzung 2018 2860/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Damit ist auch 6.2.1 einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2018 (Anlage 2) zur Kenntnis.*
- *stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben –Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung zu.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Abschluss eines 4-Jahres-Rahmenvertrages zur Beschaffung von Komponenten des digitalen Bündelfunks 0356/2017

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.1 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erkennt den dargestellten Bedarf der Verwaltung für den Abschluss eines 4-Jahres-Rahmenvertrages zur Beschaffung von Komponenten des digitalen Bündelfunks für die Feuerwehr Köln in Höhe von 1.904.000,00 € brutto an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages 1887/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Von der LINKEN. Damit ist 10.2 auch angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Kliniken der Stadt Köln gGmbH in § 7 Abs. 2 gemäß der dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlage (Spalte Neufassung in der Synopse) zu.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht, sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2015 für die Bühnen Köln 2161/2017

Gibt es dazu Anmerkungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.3 ebenfalls angenommen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Eig-VO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2015 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.09.2014 bis 31.08.2015 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 17.05.2017 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH fest.*

2. *Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr vom 01.09.2014 bis 31.08.2015 in Höhe von EUR 3.979.151,27 wird wie folgt verwendet:*

   Zuführung zu Gewinnrücklagen

   Zuführung einer zweckgebundenen Rücklagefür den Interimsspielbetrieb in den Spielzeiten 2016/17

   Vortrag auf neue Rechnung

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.4 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gegenüber dem erweiterten Baubeschluss zur Umsetzung des Brandschutzes an der Haltestelle Poststraße gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016/2017 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6008, Stadtbahnhst. Poststr., Neumarkt, Appellhofplatz - Bahnsteiganhebungen 2290/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es

Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.4 auch beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt eine weitere Kostenerhöhung für die brandschutztechnische Nachrüstung an der Haltestelle Poststraße bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6008, Hst. Poststr., Neumarkt, Appellh.-B.anheb. im Teilfinanzplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2017 in Höhe von insgesamt 1.334.997,00 EUR zur Kenntnis. Die Kosten für die brandschutztechnische Nachrüstung belaufen sich nunmehr auf 4.291.110,01 statt 2.956.113,01 EUR. Die städtischen Gesamtkosten für den Umbau der U-Bahnhaltestellen Appellhofplatz und Poststraße betragen nunmehr 7.198.610,78 EUR statt 5.863.613,78 EUR.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.5 Umweltbildungszentrum auf Gut Leidenhausen
2304/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich habe eine Frage. Ich bin nicht in dem entsprechenden Ausschuss, bin aber etwas irritiert, weil ich dazu sowohl Mailverkehr als auch diverse Anrufe, die sehr lange gedauert haben, bekommen habe. Vielleicht kann mich jemand kurz aufklären.

Es geht hier ja um Folgendes:

> Der Rat der Stadt Köln beschließt im Rahmen des ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes die Gründung eines Umweltbildungszentrums auf Gut Leidenhausen, …

Nun habe ich die Information, dass es ein solches Konzept ja noch gar nicht gibt bzw. dass das alles im Entwurfsstadium ist. Ich will jetzt nicht näher darauf eingehen, von wem das kommt; aber es ist im Oktober dieses Jahres an einen ziemlich großen E-Mail-Verteiler geschickt worden.

Vielleicht klären Sie mich auf. Sonst müsste ich mich an dieser Stelle enthalten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Rau wird Sie aufklären.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Das ist nett.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Frau Bürgermeisterin! Herr Hegenbarth, ich muss ehrlich sagen, dass ich nicht im Detail darüber informiert bin, ob ein Konzept vorliegt. An und für sich liegt eines vor; denn es gibt ja schon einen Betrieb dieses Umweltzentrums. Insofern arbeitet es auf der Grundlage eines Konzeptes. Dass das Konzept weiterentwickelt wird, ist, glaube ich, relativ klar. Davon, dass es eines gibt, gehe ich aus.

Ich kann da aber noch einmal schriftlich etwas nachreichen, wenn das hilft.

(Zuruf von Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT])

- Ja, das machen wir so.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Rau.

Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Hegenbarth. Damit ist auch 10.5 angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt im Rahmen des ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes die Gründung eines Umweltbildungszentrums auf Gut Leidenhausen, um auf diese Weise als größte Stadt in NRW der Verantwortung nachzukommen, ein umfangreiches, kostenfreies Angebot für alle Bevölkerungsschichten im Bereich der Umweltbildung zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung orientiert sich an den Ausführungen des vorliegenden Konzeptes.

Zur Finanzierung der Maßnahme wird ab 2018 ein Zuschuss an den Träger in Höhe von 220.700 Euro p.a. gewährt. Für die Jahre 2018 – 2021 sind die erforderlichen Mittel in den jeweiligen Haushaltsplänen, im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hegenbarth (Gruppe BUNT) zugestimmt.

10.6 Gesamtverkehrskonzept Köln, 8. Änderung
Aufgabe der freigehaltenen Straßentrasse Stolzestraße/Trierer Straße parallel zur Luxemburger Straße zwischen Innerem Grüngürtel und Barbarossaplatz
2323/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer IV – Seite 5).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.7 Strukturförderung Kulturwerk des Bundesverbands Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK Köln e. V.) für die Jahre 2018 - 2020
2328/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.7 auch so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 für das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK Köln e.V.) einen jährlichen Zuschuss zur Strukturförderung (Institutionelle Förderung) in Höhe von 30.000 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.8 Verlängerung Auszugsmanagement
2338/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
AN/1620/2017

Mir liegt eine angemeldete Wortmeldung von Herrn Paetzold zum Änderungsantrag von SPD und LINKEN vor. Bitte.

Michael Paetzold (SPD): Liebe Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Auszugsmanagement für Flüchtlinge ist eine der größten Erfolgsstorys, die wir in den vergangenen Jahren haben erleben dürfen. Unglaubliche Summen konnten dadurch eingespart werden, dass Menschen aus Gemeinschaftsunterkünften, die ohnehin nicht gut für sie sind, in Wohnungen übersiedeln konnten.

Deshalb begrüßen wir die Vorlage der Verwaltung, in der es darum geht, dieses Auszugsmanagement zu verlängern, sehr. Wir halten es für ausgesprochen klug, drei Vollzeitstellen unbefristet zu finanzieren.

Für überhaupt nicht klug halten wir es aber, die weiteren vier Stellen nur befristet für zwei Jahre zu finanzieren. Ich nenne Ihnen zwei Gründe dafür.

Erstens. Es ist nicht gut für unsere Stadt. Denn diese Mitarbeiter, die jetzt schon einige Zeit im Geschäft sind, sind gut vernetzt, haben eine erhebliche Expertise entwickelt und verfügen über eine große Erfahrung. Was werden die Mitarbeiter denn tun, wenn ein solcher Arbeitsplatz noch einmal auf zwei Jahre befristet wird? Sie werden sich auf dem Arbeitsmarkt umsehen und sich möglichst etwas anderes, Unbefristetes suchen. Dann sind sie weg. Wir brauchen diese Menschen aber. Wir brauchen ihre Expertise und ihre Erfahrung.

Insofern halten wir es für deutlich klüger - deshalb fordern wir das auch in unserem Änderungsantrag -, diese Stellen ebenfalls unbefristet zu finanzieren. Denn wir brauchen die Mitarbeiter mit Erfahrung in dem - das muss ich Ihnen ja nicht erklären - immer schwieriger werdenden Wohnungsmarkt.

Zweitens. Es ist - das ist für uns genauso wichtig - nicht gut für die Menschen, die dort arbeiten. Wenn jemand, der einen anerkannt guten Job für

die Stadt und für die Bürger dieser Stadt macht, dann mit einer weiteren Befristung seiner Arbeitsstelle „belohnt“ wird, hat das nicht viel mit Respekt zu tun. Respekt sieht für uns anders aus; insbesondere dann, wenn es keinen rechten Grund für eine solche Befristung gibt. Respekt gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heißt für meine Fraktion: unbefristete Arbeitsplätze, wo immer es geht, und natürlich Tariflohn. Denn nur das eröffnet Perspektiven für eine Lebensplanung. Stellen Sie sich vor, Sie müssten alle zwei Jahre um ihren Job fürchten. Dann können Sie keine Familie gründen; dann können Sie nicht planen. So geht das einfach nicht.

Wir glauben, dass unsere Stadt Köln bzw. unsere Verwaltung da eine Vorbildfunktion hat. Wir müssen das, was wir von anderen ständig fordern, auch selber machen.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

- Danke schön. - Deshalb glauben wir, dass es nicht nur gut, sondern einfach notwendig ist, den Trägern die Entfristung dieser vier Stellen zu ermöglichen. Wir brauchen sie. Es tut den Leuten gut.

Daher bitte ich Sie: Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß, und stimmen Sie - diesmal sage ich es richtig - unserem Änderungsantrag zu. Das ist gut für diese Stadt und für die Menschen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Paetzold. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Im Rahmen verschiedener Korrekturen ist es uns jetzt gelungen, die Turnhallen leer zu ziehen und die Flüchtlinge etwas besser als in Turnhallen unterzubringen. Trotzdem werden wir im nächsten Jahr auf jeden Fall noch mindestens 1 500 Flüchtlinge haben, die nicht selber kochen können. Der zuständige Amtsleiter der Stadt Köln, Herr Ludwig, hat zugesichert, dass das ab 2019 ein Ende haben soll. Das ist sehr sportlich und sehr engagiert. Wenn uns dies gelingen würde, wäre das gut.

Trotzdem befinden wir uns jetzt im Prozess der Integration. Wir müssen in der Integration weiterkommen. Da spielt das Auszugsmanagement eine ganz entscheidende Rolle.

Das Auszugsmanagement hat insgesamt 2 300 Personen in Wohnungen vermittelt. Das ist sehr viel. Damit haben wir als Stadt insgesamt 17 Millionen Euro an Kosten gespart, die wir sonst hätten tragen müssen. Das sind grobe Rechnungen; gar keine Frage. Aber das ist die Hausnummer, die wir erreicht haben.

Deswegen halten wir es für richtig, beim Auszugsmanagement ein bisschen etwas draufzulegen, nämlich vier Entfristungen und 51 000 Euro. Das ist der Inhalt unseres Antrags. Damit würden wir in Sachen Integration noch einmal eine wichtige Weichenstellung vornehmen.

Daher appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren: Seien Sie nicht kleinlich, geben Sie Ihrem Herz einen Ruck, stimmen Sie für unseren Antrag, und lassen Sie uns damit die Verwaltungsvorlage verbessern. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Paetzold und Herr Detjen, ich bin etwas erstaunt über diese Diskussion, weil wir sie auch schon gestern im Finanzausschuss geführt haben. Ein Änderungsantrag wird ja nicht dadurch besser, dass man ihn immer wieder aufwärmt. Wir können das natürlich machen. Dann wird die Ratssitzung immer wieder mit Diskussionen aus den Ausschüssen befrachtet.

Nun aber zur Sache selbst: Wir haben gestern im Finanzausschuss geklärt, dass das Recht, Stellen bei einem Träger zu befristen oder als unbefristet zu deklarieren, nicht bei uns liegt. Denn Arbeitgeber ist der jeweilige Träger - die Träger sind hier auch bekannt -, der wiederum Beschäftigungsverhältnisse mit den entsprechenden Fachkräften eingeht.

Als Stadt finanzieren wir diese Personalkosten als Transferaufwand. So steht es auch im Haushaltsplan. Das heißt, dass wir für x Stellen entsprechendes Geld zur Verfügung stellen.

Wenn wir jetzt so tun, als würden wir das unbefristet machen, ist das ein Fake. Warum? Geld freigeben können wir nur für ein Haushaltsjahr - und bestenfalls für die mittelfristige Finanzplanung, wobei das auch unverbindlich ist. Selbst wenn wir jetzt sagen: „2018 bis 2021“, kann der Träger dem Arbeitnehmer nicht die Sicherheit

geben, dass er unbefristet beschäftigt ist. Ob der Arbeitgeber dies tut, liegt in seinem Ermessen. Denn wir wissen natürlich nicht, wie sich bezüglich dieser Aufgabe der Bedarf verändert. Es kann sein, dass die Einschätzung richtig ist, er werde auf demselben Level bleiben - oder auch nicht.

Aber das ist hier nicht die entscheidende Frage. Deshalb steht in der Vorlage auch: Wir finanzieren eine Aufgabe, die Aufgabe Auszugsmanagement; deren Wahrnehmung liegt bei verschiedenen Trägern, die hier genannt sind. - Das ist der Fakt. Insofern ist dies eine Spiegelfechterei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Selbst wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, hätte er keine Wirkung. Wir sind uns alle einig, dass das eine wichtige Aufgabe ist. Dafür stellen wir Geld zur Verfügung. Und darüber sollten wir reden. Wenn wir uns darüber einig sind, ist es schön. Aber wir sollten hier nicht über Potemkinsche Dörfer streiten. Denn das führt zu nichts. Es hilft weder den Betroffenen noch den Trägern. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Frank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Zunächst hat sich Herr Rau gemeldet. Bitte schön, Herr Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat haben wir gestern im Finanzausschuss darüber geredet. Herr Frank hat die Thematik genau benannt. Wir haben hier in der Beschlussvorlage der Verwaltung unsauber formuliert. Wir können in diesem Fall tatsächlich, wie Herr Frank ausgeführt hat, nicht von Arbeitsverhältnissen sprechen. Denn die Arbeitsverhältnisse werden zwischen dem Träger, der dann beauftragt ist, und den entsprechenden Arbeitnehmern abgeschlossen. Diese Verträge sind dann entweder befristet oder unbefristet.

Was wir gemeint hatten - darauf beziehen sich auch die in der Vorlage genannten Mittel -, ist Folgendes: Wir denken, dass kurzfristig für die nächsten zwei Jahre ein erhöhter Aufwand notwendig und hilfreich ist, der sich ungefähr auf diese vier plus drei Stellen beziffert. Mittelfristig sehen wir die Möglichkeit eines abnehmenden Aufwandes. Daher wollen wir mittelfristig einen Teil dieser Leistung gerne weiter beibehalten, aber einen Teil möglicherweise zur Disposition stellen. Das würde dann die Haushaltsplanung für 2018 und 2019 sowie die Mittelfristplanung betreffen.

Daher hat das, was in der Verwaltungsvorlage zur Finanzierung formuliert ist, seine Richtigkeit. Die Formulierung, dass wir befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse haben, ist aber obsolet und sollte dann auch aus dem Beschluss herausgenommen werden.

Insofern rege ich an, gerne für 2018 und 2019 über die Summen, die hier eingetragen sind, zu beschließen und die mittelfristige Summe ab 2020 auch so zu beschließen, wie sie im Beschlussvorschlag enthalten ist. - Danke sehr.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich habe jetzt Herrn Paetzold und dann Herrn Detjen auf der Rednerliste stehen. Bitte, Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Vielen Dank für diese Ausführungen, Herr Dr. Rau. Das verklart den Redebeitrag des Kollegen Frank, den ich gar nicht verstanden habe, weil Sie in Ihrer Vorlage ja schreiben, dass Sie drei Vollzeitstellen unbefristet finanzieren. Das tun Sie auch. Sie sagen natürlich nicht: Herr Müller wird jetzt unbefristet eingestellt. - Das muss schon der Träger selber machen. Aber Sie versetzen den Träger in die Lage, jemanden unbefristet einzustellen, wenn er das will. Zumindest steht das so in Ihrem Beschlussvorschlag.

Der Dissens, den wir beide haben oder der unseren Änderungsantrag auszeichnet, ist folgender: Anders als die Verwaltung glauben wir, dass wir in zwei Jahren immer noch alle sieben Stellen brauchen werden. Denn es wird natürlich immer schwieriger werden, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen. Weil es ja immer weniger werden, wird es mehr Aufwand sein. Deshalb brauchen wir diese Menschen unbedingt. Ich habe gerade ausgeführt, warum es auch für die Stadt schlecht ist, wenn wir nicht zumindest die Möglichkeit schaffen, dass diese Menschen unbefristet beschäftigt werden können.

Nicht ganz klar ist mir im Moment, Herr Dr. Rau, worüber Sie die Bürgermeisterin jetzt abstimmen lassen wollen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Über die Vorlage!)

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Genau. Über die Verwaltungsvorlage.

(Martin Börschel [SPD]: Von der Sie gerade gesagt haben, dass sie falsch ist!)

- Sinngemäß können wir ja „befristete Arbeitsverhältnisse“ durch „mittelfristig“ und „unbefristete Arbeitsverhältnisse“ durch „langfristig“ ersetzen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Dr. Rau, ich habe eine Bitte. Wir haben ja diesen Disput. Können wir denn nicht wenigstens die Vorlage so lassen, wie sie ist? Denn Sie kommen Herrn Frank viel weiter entgegen als notwendig. So viel will er gar nicht. Ihm geht es nur um die Befristung der Stellen. - Ich verstehe ja deine Logik. Das ist gar nicht die Frage.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mir geht es um die Freigabe von Mitteln!)

- Moment. - Den drei Akteuren, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Caritasverband und dem Kölner Flüchtlingsrat, ging es darum, zu erreichen, dass diese Stellen nicht jedes Jahr neu verlängert werden.

(Zuruf von der CDU)

- Moment. - In der Verwaltungsvorlage steht:

> Zur Erfüllung dieser dauerhaft erforderlichen Aufgabe werden drei Vollzeitstellen bei den Trägern unbefristet finanziert.

Unbefristet! Das ist das A und O dieser Diskussion. Dahinter sollten wir nicht zurückfallen, Herr Dr. Rau.

Über diesen Änderungsantrag können wir ja gerne abstimmen. Im Finanzausschuss ist er abgelehnt worden. Das ist auch okay. Jetzt können wir noch einmal darüber abstimmen, und dann ist es gut.

Deswegen schlage ich Folgendes vor: Sie lassen die Verwaltungsvorlage so, wie sie ist, und wir stimmen über unseren Antrag ab. Dann können Sie ihn ablehnen, und dann ist die Sache erledigt. - Das ist mein Vorschlag zum Verfahren.

Wir sollten das Ganze aber nicht ins Gegenteil dessen verkehren, was Sie wollen, Herr Dr. Rau.

Deswegen beantrage ich, über die Verwaltungsvorlage so abzustimmen, wie sie vorliegt, und über den Antrag auch abzustimmen. Dann werden wir sehen, was dabei herauskommt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Dr. Rau? - Gut. Dann Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin, vielen Dank dafür, dass Sie mir das Wort erteilen. - Es ist schon kurios. Erst entscheidet der Sozialausschuss nicht, sondern gibt es in den Finanzausschuss. Dann macht man es ganz raffiniert und gibt es auch noch in den Rat. Wir führen die Diskussion im Finanzausschuss und müssen sie hier im Rat noch einmal führen - über einen Änderungsantrag, bei dem ganz klar ist, dass er abgelehnt wird. Das finde ich schon kurios.

Lieber Herr Rau, als Verwaltung können Sie Ihre Vorlage ja auch immer für die nächste Ausschusssitzung verbessern. Niemand hindert Sie daran, sich in der Verwaltung zu verbessern. Wenn Sie meinen, Sie wollten das noch besser machen: kein Problem.

Aber darauf, eine Verwaltungsvorlage jetzt mündlich zu ändern, sollten Sie verzichten. Ich kann Sie nur bitten, das sein zu lassen. Ich weiß, dass die Verwaltung das schon richtig umsetzen wird. Dann wird eine neue Verwaltungsvorlage kommen, in die die Erkenntnis der Verwaltung, die immer besser wird, auch eingegangen sein wird.

Eines möchte ich hier aber nicht machen. Darum möchte ich noch einmal das verdeutlichen, was wir im Finanzausschuss gesagt haben: Diese Leute sind von den Trägern eingesetzt worden. Eingesetzt!

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Ja, ich weiß; das hören Sie gar nicht gerne.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Geschenkt!)

Es ist doch klar, dass sie auch für andere Aufgaben eingesetzt werden können. Diese Befristung wurde doch nicht von der Stadt vorgenommen, die die Transferleistungen zahlt, sondern von den Trägern selbst. Die Träger können die Stellen doch entfristen, wenn sie wollen. Sie können

die Leute auch andere Aufgaben wahrnehmen lassen.

Darum verstehe ich die hier geführte Diskussion nicht - es sei denn, Herr Paetzold wüsste besser, wie die Personalpolitik dieser Träger aussehen soll, sodass wir ihnen Geld geben würden, damit die Befristung aufgehoben wird.

Das kann aber nicht unsere Aufgabe sein. Jörg Frank hat das hier schon ganz deutlich gemacht. Darum bin ich der Meinung, dass wir auch so abstimmen können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Breite. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Jetzt sehe ich aber wirklich keine Wortmeldungen mehr.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von SPD und LINKEN abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, DIE LINKE und die Gruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Die Gruppe GUT enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage der Verwaltung ohne Änderung angenommen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die unbefristete Weiterführung der Aufgabe „Auszugsmanagement“ ab dem 01.01.2018. Zur Erfüllung dieser dauerhaft erforderlichen Aufgabe werden alle sieben Vollzeitstellen bei den Trägern unbefristet finanziert. Die Finanzmittel werden zu gleichen Teilen auf die drei Träger des Auszugsmanagements, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V., Caritasverband für die Stadt Köln e.V. und Kölner Flüchtlingsrat e.V. verteilt.*

2. *Zur Deckung der vergangenen – von den Trägern ausgezahlten, aber von der Stadt nicht erstatteten - Tarifkostensteigerungen erhalten die Träger zusätzlich 10 % der Personalkosten, das entspricht 51.000 € im Hj. 2018.*

Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen in Höhe von 562.000 € im Hj. 2018 sind im Haushaltsplanentwurf 2018 im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsprechende Mittel vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die unbefristete Weiterführung der Aufgabe „Auszugsmanagement“ ab dem 01.01.2018. Zur Erfüllung dieser dauerhaft erforderlichen Aufgabe werden drei Vollzeitstellen bei den Trägern unbefristet finanziert. Vier weitere Vollzeitstellen bei den Trägern werden für die Dauer von zwei Jahren finanziert. Die Finanzmittel werden zu gleichen Teilen auf die drei Träger des Auszugsmanagements, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V., Caritasverband für die Stadt Köln e.V. und Kölner Flüchtlingsrat e.V. verteilt.

Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen in Höhe von 511.000 € im Hj. 2018 sind im Haushaltsplanentwurf 2018 im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsprechende Mittel vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.10 Assoziierte Mitgliedschaft im InsurLab Germany e. V.
2394/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.10 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Stadt Köln dem InsurLab Lab Germany e.V. als beitragsfreies assoziiertes Mitglied beitritt.

Die Wahrnehmung der mit der assoziierten Mitgliedschaft verbundenen Rechte (Vgl. § 12 der Satzung des InsurLab Germany e.V.) erfolgt durch OB/8 – Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.11 Abberufung eines Mitglieds der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln
2477/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.11 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beruft Herrn Patrick Schmeing mit Wirkung vom 31.12.2017 als Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln ab.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.12 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2013 - 31.12.2013 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln
2520/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.12 so angenommen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 25.07.2017 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Nawrot & Partner GmbH, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2013 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2013 bis 31.12.2013 fest.*

2. *Der Überschuss des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2013 in Höhe von EUR 48.333,78 wird mit dem Gewinnvortrag in Höhe von EUR 714.314,69 verrechnet. Der Bilanzgewinn in Höhe von EUR 762.648,47 wird auf neue Rechnung vorgetragen.*

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.13 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht ABK 2018
2557/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.13 so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Bericht zum Kölner Abwasserbeseitigungskonzept für das Berichtsjahr 2018 (Bericht ABK 2018) nach Kapitel 5.1.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2014 - 31.12.2014 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln
2581/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.14 so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 28.07.2017 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Nawrot & Partner GmbH, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2014 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2014 bis 31.12.2014 fest.*

2. *Der Überschuss des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2014 in Höhe von EUR 366.278,98 wird mit dem Gewinnvortrag in Höhe von EUR 762.648,47 verrechnet. Der Bilanzgewinn in Höhe von EUR 1.128.927,45 wird auf neue Rechnung vorgetragen.*

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

5. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.15 Ombudsstelle für Flüchtlinge - Verlängerung der Befristung
2735/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.15 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Grundlage seiner Beschlüsse vom 10.05.2016 (1252/2016) und 28.06.2016 (1826/2016) die Weiterführung der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln über die Befristung 31.12.2017 hinaus für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2019.

Der Rat gewährt einen Zuschuss an den Kölner Flüchtlingsrat e.V. als Projektträger in Höhe von jeweils 127.600 € für die Jahre 2018 und 2019.

Diese erforderlichen Kosten sind innerhalb der Veranschlagung des Teilergebnisplans 1004 Bereitstellung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.17 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz, Haushaltsjahre 2018 - 2020
2869/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.17 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416 - Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 nachfolgende Zuschüsse zur Konzeptionsförderung (Institutionelle Förderung) für folgende Kompanien bzw. Spielorte zu gewährleisten:

- *Mouvoir e.V. / Stephanie Thiersch*

mit 35.000,- €

- *MichaelDouglas Kollektiv*

mit 35.000,- €

• Emanuele Soavi Incompany GbR

mit 35.000,- €

• TanzFaktur U.G.

mit 35.000,- €

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.18 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
hier: Verteilung Restmittel 2017 - Filmpräsentation von Ulf Aminde (Veranstaltung zum Denkmal zur Erinnerung an die Anschläge des NSU in Köln)
2997/2017

Wortmeldungen dazu? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.18 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

> *einen Betrag in Höhe von 4.200 € an Ulf Aminde für die Durchführung einer Filmpräsentation unter dem Arbeitstitel „Eine Nacht voller Filme. Wir bauen das Denkmal zur Erinnerung an die Anschläge durch das terroristische, rassistische NSU Netzwerk in der Keupstraße und Probsteigasse. Kein Vergessen !!!“*

zu vergeben.

Es handelt sich dabei um einen Teilbetrag aus den verbliebenen Mitteln für 2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferleistungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.19 Sanierung der Bühnen Köln - Planungsbeschluss für Werkstattneubau
2333/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer...- Seite...).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.20 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung
4096/2016

Abstimmung wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.20 so wie im Finanzausschuss beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung der Bezirksvertretung Mülheim aus ihrer Sitzung am 11.09.2017 und des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 13.11.2017:

Der Rat beschließt, die weitere Planung zur Sanierung des städtischen Gebäudes

Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald, Gemarkung Dünnwald, Flur 55, Flurstück 58, einzustellen.

Die Gesamtkosten bisheriger Planungen beliefen sich auf 130.691,19 €.

Die Bezirksvertretung Mülheim soll frühzeitig bei der Entwicklung von alternativen Nutzungsstrategien mit einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.21 Seniorenkoordination im Stadtbezirk
1045/2017

Abstimmung wie Sozialausschuss und Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.21 so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Zum 01.10.2017 wird die „Seniorenkoordination im Stadtbezirk“ unter Maßgabe des Konzeptes für die Seniorenkoordination im Stadtbezirk mit der Einrichtung von 0,5 Stellen Seniorenkoordination je Stadtbezirk eingeführt. Mit der Durchführung der Seniorenkoordination im Stadtbezirk sind die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK) zu beauftragen.*

2. *Dabei ist sicherzustellen, dass die Aktivitäten in enger Abstimmung mit der jeweiligen Bezirksverwaltung erfolgen und eine regelmäßige Abstimmung festgeschrieben wird.*

3. *Für die „Seniorenkoordination im Stadtbezirk“ werden*

   - *für 2017 Haushaltsmittel in Höhe von 110.000 €*

   - *beginnend ab dem 01.01.2018 jährliche Haushaltsmittel in Höhe 400.000 €, unter Berücksichtigung der Tarifsteigerungen*

   zur Verfügung gestellt.

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der „Seniorenkoordination im Stadtbezirk“ vorzunehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung
1708/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.22 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die weitere Planung zur Sanierung von 15 Häusern auf dem städtischen Grundstück Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch, Gemarkung Longerich, Flur 7, Flurstück 513, einzustellen.

Die Gesamtkosten bisheriger Planungen beliefen sich auf 175.031,86 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.23 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2017
1909/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist 10.23 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt gem. § 22 Abs. 4 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) Kenntnis von den in den Anlagen dargestellten Übertragungen von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2017.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.24 Bürgerhaushalt 2016 - Umsetzung der Vorschläge
2629/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT
AN/1642/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja, mehrere. Zunächst hat die SPD das Wort. Danach kommen Herr Detjen und die Gruppe GUT dran. Bitte schön, Herr Krupp.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Frage zu dem Änderungsantrag, den Jamaika hier einbringt. Im Finanzausschuss hatten wir ja ein einstimmiges Votum, das eigentlich klare Aussagen dazu enthält, wie wir mit dem Bürgerhaushalt hier weiter verfahren. Es ist auch umso erfreulicher, dass sich da alle einig waren.

Jetzt wird hier ein Änderungsantrag von Jamaika vorgelegt. Wie Sie wissen - ich habe das in diesem Gremium ja schon öfters bekannt -, bin ich ein einfacher Mann. Deswegen würde mich interessieren - denn ich verstehe es nicht -, wo denn der Unterschied zum Beschluss im Finanzausschuss liegt. Oder gibt es gar keinen Unterschied? Und wenn das so sein sollte: Warum brauchen wir dann einen solchen Änderungsantrag?

Diese Fragen hätte ich von den Antragstellern doch gerne beantwortet.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herzlichen Dank. - Herr Detjen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Vielleicht wäre es klug, wenn zunächst einer der Antragsteller spricht!)

- Gut. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Werte einfache Menschen! Ich bin ja auch ein einfacher Mensch und werde das jetzt auch mit einfachen Worten erklären.

In der letzten Sitzung des Rates am 28. September 2017 haben wir bekanntlich den Beschluss angehalten, weil wir der Meinung waren, dass erst einmal zu klären ist, was die Bezirksvertretungen mit den Voten machen, über die sie bis dahin noch nicht entschieden haben. Denn wenn man den Bürgerhaushalt ein bisschen ernst nimmt, erwarten wir schon, dass sich jede Bezirksvertretung positioniert.

Daraufhin hat die Verwaltung - sprich: die Kämmerei - sich mit den einzelnen Bezirksvertretungen, die bisher auf Beschlüsse verzichtet haben, in Verbindung gesetzt. Nach Auskunft der Kämmerei möchten sie weiter darauf verzichten.

Das wird man anderweitig klären müssen; denn es stellt sich die Frage, ob das ein Ausstieg aus dem Bürgerhaushalt ist. Aber das steht jetzt hier nicht zur Debatte.

In der gestrigen Finanzausschusssitzung wurde dies alles schriftlich und mündlich dargelegt.

In unserem Antrag haben wir das in einen Text gefasst, der zwei Dinge festhält. Um jetzt klar zu haben, was wir beschließen, zitiere ich einmal:

> Vor dem Hintergrund der Beratungen im Finanzausschuss am 25.09.2017 und am 13.11.2017 sowie der Mitteilung 3412/2017 beschließt der Rat:
>
> Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der bezirksbezogenen Vorschläge auf Basis der Priorisierung der jeweiligen Bezirksvertretung und im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets von 100 T€ je Bezirk beauftragt. Dies betrifft die Bezirksvertretungen der Stadtbezirke 5, 8 und 9.

Die Mittel für diese drei Bezirksvertretungen werden hiermit also freigegeben; denn sie haben sich die Mühe gemacht, sich damit auseinanderzusetzen.

> Für die übrigen Stadtbezirke orientiert sich die Verwaltung an den TOP-25-Vorschlägen entsprechend der Bürger/innen-Vorschläge, soweit die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von 100 T€ je Bezirk zur Realisierung ausreichen.

So weit, wie die Mittel reichen, wird die Verwaltung das umsetzen. Da wird es ab einem gewissen Zeitpunkt dann entsprechende Verwaltungsvorlagen geben.

Damit haben wir eine klare Situation. Wir wissen, was wir wollen, und die Verwaltung kann handeln; sie muss es nicht interpretieren.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist dasselbe wie gestern im Finanzausschuss?)

- Genau. Das ist genau dasselbe wie gestern, nur dass wir es hier dokumentiert haben. Damit hat sich die Situation gegenüber dem 28. September dieses Jahres zumindest dahin gehend geändert. Wir haben jetzt mehr Klarheit. Ob es einem gefällt, dass ein paar Bezirksvertretungen nicht mitgemacht haben, sei jetzt einmal dahingestellt. Aber damit ist ganz klar, wofür die 100 000 Euro pro Bezirk jeweils ausgegeben werden. Das ist alles.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. - Herr Detjen, bitte.

(Zurufe: Frau Klug hat sich auch gemeldet!)

- Wollen Sie jetzt direkt sprechen, Frau Dezernentin? - Ja. Bitte, Frau Klug.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ich möchte an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass die Verwaltung den Antrag als Klarstellung sieht. Wenn es die Möglichkeit gäbe, ihn zu übernehmen, was ich jetzt ad hoc nicht weiß, würden wir uns das auch zu eigen machen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Wir reden jetzt nicht über die Stadtbezirke 5, 8 und 9. Das ist erledigt. Da gibt es eine klare Situation.

Bezüglich der anderen Stadtbezirke ist das in dem Beschluss aus dem Finanzausschuss aber anders gefasst, Frau Klug. Ich zitiere aus Ihrer Beschlussvorlage:

> Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der bezirksbezogenen Vorschläge entsprechend der Priorisierung der Bezirksvertretung …

Zwei der anderen Bezirksvertretungen haben priorisiert. Der Rest hat gar nichts gemacht.

Die Bezirksbürgermeister - einer ist noch da; mit zwei weiteren habe ich auch gesprochen - sind nicht der Meinung, Kollege Frank, dass sie verzichtet hätten. Sie haben gerade gesagt, sie hätten auf ein Votum verzichtet.

Deswegen ist mein Vorschlag, es klarer zu fassen, Kollege Frank. Ihr Antrag enthält ja folgenden Absatz:

> Für die übrigen Stadtbezirke orientiert sich die Verwaltung …

Darin schreiben Sie praktisch, dass die Bezirksvertretungen draußen sind. Sie haben nichts mehr zu kamellen. Die Verwaltung zieht das für diese restlichen Bezirksvertretungen durch. So interpretiere ich das.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Aber so steht es hier.

Deswegen ist mein Vorschlag - vielleicht kommen wir da ja zusammen -, an diesen Absatz, der mit „Für die übrigen Stadtbezirke“ beginnt und mit „Realisierung ausreichen.“ endet, folgenden Satz anzuhängen:

> Dazu wird den Bezirksvertretungen 1, 2, 3, 4, 6 und 7 erneut die Möglichkeit gegeben, die Vorschläge zu bewerten und daraus Anträge im Budget von 100 000 Euro zusammenzustellen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hieße ja: Immer grüßt das Murmeltier!)

- Ja, gut; aber dann tritt in der Tat die Situation ein, dass die Bezirksvertretungen 1, 2, 3, 4, 6 und 7 aus dem Rennen sind und die Verwaltung dort die Priorisierung aus dem Bürgerhaushalt zugrunde legt. Dann stellt sie fest: Auf Platz 20 gibt es einen Vorschlag, der 17 000 Euro kostet; diesen Vorschlag kann man umsetzen. - Ungefähr so ist das ja. Die Bezirksvertretung 1 bekommt dann 17 000 Euro, weil alle anderen Vorschläge nicht mit einer Zahl versehen sind. Dann steht da: überplanmäßig; nicht umsetzbar.

So ist die Situation. Und das möchte ich gern verhindern. Deswegen möchte ich gern, dass wir den Bezirksvertretungen die einmalige Möglichkeit geben, darüber noch einmal zu beraten und zu sagen, was auch immer sie sagen wollen. Sie können ja sagen: Wir machen eine Zusammenstellung der Vorschläge auf den Plätzen 3, 4 und 5; denn das ergibt 100 000 Euro.

Schauen Sie sich die Listen an. Die einzelnen Vorschläge kosten 2 Millionen Euro, 5 Millionen Euro, 10 Millionen Euro usw. Das ist nicht umsetzbar.

Insofern müssen wir den Bezirksvertretungen doch noch einmal die Möglichkeit geben, eine Schleife zu ziehen und zu sagen: Ja, das wollen wir. - Mein Gott! Auf diese vier Wochen kommt es jetzt auch nicht mehr an.

(Martin Börschel [SPD]: Dann stellt das doch als Ergänzungsantrag!)

- Das ist mein Antrag. - Frau Bürgermeisterin, ich lasse Ihnen den Text einmal hier.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Die Aussage von Herrn Detjen, die Bezirksvertretungen seien übergangen worden, ist Humbug. Denn sie haben zweimal die Gelegenheit gehabt, sich mit den TOP-25-Listen zu befassen und sie in irgendeiner Art und Weise zu verändern. Beim ersten Mal haben sie gesagt: Wir lassen es so,

wie es in der TOP-25-Liste steht. - Dann hat die Kämmerei sie noch einmal darauf hingewiesen. Dann haben sie gesagt: Wir haben keinen Bedarf.

Und irgendwann ist es auch einmal gut. Irgendwann muss man ein Verfahren auch einmal abschließen. Das ist immerhin das 2016er-Verfahren.

Das bedeutet: Die Verwaltung wird sich jetzt zum Beispiel bei der BV 1 die Liste anschauen, und zwar in der Reihenfolge der Voten. Wenn Maßnahme 1, Maßnahme 2 und Maßnahme 3 finanzierbar sind, weil sie zusammen 100 000 Euro kosten, wird die Verwaltung dazu eine Beschlussvorlage machen. Diese Vorlage geht in die BV und in den Finanzausschuss und gegebenenfalls noch sonst wohin. Und dann ist es gut. Das ist doch ein ganz simples Verfahren.

Wenn die BV dann der Meinung ist, das habe sie nicht gewollt, wird sie die Maßnahme ablehnen, und sie erreicht nie den Finanzausschuss.

Wir sollten jetzt also auch einmal zu Ende kommen. Dieser Zusatzantrag ist nicht zielführend. Deshalb können wir dann auch zur Abstimmung übergehen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen von Jamaika, ich möchte Sie einfach noch einmal auf Folgendes aufmerksam machen: Die Bezirksbürgermeister - vorhin saßen fünf von ihnen hier - haben das nicht so verstanden.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja deren Problem! Die können ja mit der Kämmerei sprechen!)

Sie haben das nicht so verstanden, dass ihnen dann die Beschlussmöglichkeit genommen wird und die Verwaltung es beschließt.

Wir reden hier immerhin über sechs Bezirksvertretungen, die dann quasi außer Kraft gesetzt werden, weil die Verwaltung dort über die Bürgerhaushaltspositionen beschließt.

Das war nicht Sinn des Bürgerhaushalts, meine Damen und Herren. Der Sinn des Bürgerhaushalts war, dass die Bezirksvertretungen das beschließen.

Deswegen kann ich nur Folgendes sagen: Wenn es jetzt in der Art und Weise vonstattengeht, dass Sie das hier durchziehen, werden wir dem Bürgerhaushalt so, wie er dann gleich verabschiedet werden soll, nicht zustimmen. Es tut mir leid, dass ich das so sagen muss. Aber das können wir dann nicht machen.

Es ist doch gar kein Problem, noch einmal eine Runde zu machen. Diese vier Wochen sind überhaupt kein Problem.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Nesseler-Komp, bitte.

Birgitta Nesseler-Komp (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zwar nicht noch zur allgemeinen Verwirrung beitragen, befürchte aber, dass es jetzt etwas verwirrender wird, wenn ich das sage, was ich weiß. Denn die BV 6, die hier ausgeschlossen wurde, weil gesagt wurde, sie habe nicht entschieden, hat selbstverständlich - das weiß ich mit Sicherheit - eine Priorisierung durchgeführt. Dann muss man vielleicht noch einmal in sich gehen und das genau durchsehen. Ich war selber dabei.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Ich war auch bei der ersten BV-Sitzung in Ehrenfeld dabei, als der Bürgerhaushalt aufschlug. Damals herrschte große Ratlosigkeit. Dazu komme ich zunächst einmal. Das ist tatsächlich ein Problem.

Es ist auch schade, dass sich das beim Bürgerhaushalt 2017 jetzt in gewisser Weise fortsetzen wird. Wir haben zwar nicht mehr 25 Vorschläge, aber noch zehn Vorschläge, die in die Top Ten kommen werden. Es ist aber immer noch ein sehr großes Problem, wie die Summe anschließend verteilt wird.

Daher rührt auch diese Irritation zwischen der Verwaltung und den Bezirksvertretungen, weil man nicht weiß, wie man die 100 000 Euro jetzt verteilt bekommt; denn die Bürgerinnen und Bürger haben natürlich nicht - das müssen sie nicht;

das können sie nicht - genaue Summen hinterlegt.

Selbstverständlich gibt es Ideen, wie man mit Vorschlägen umgehen kann, die keine Summen enthalten und bei denen die Verwaltung erst einmal sagt, das sei zu teuer. Etwa beim Vorschlag für einen autofreien Sonntag in Ehrenfeld ist keine Summe hinterlegt. Wir wissen allerdings, dass eine Absperrmaßnahme 20 000 Euro kostet. Insofern könnte man das ein Mal machen. Das wäre finanzierbar. - Das ist das Erste.

Das Zweite ist aber, dass es in Zukunft so natürlich nicht weitergehen kann. Das ist ja nicht nur die Aufgabe von Frau Klug, sondern da gibt es auch Beiräte und Gremien. Das Verfahren muss übersichtlicher werden. Man kann Bürgern auch zumuten, Summen zu nennen und zu sagen, was ihre Vorschläge kosten. Schlagen sie etwas Großes wie eine autofreie Stadt vor, können sie ja wenigstens zum Beispiel fordern, dass dazu ein Gutachten für eine Summe von 20 000 Euro erstellt wird. Das geht ja alles. Die Bürger sind doch nicht doof. Es muss aber Teil des Verfahrens werden, dass man die dahinter stehenden Summen konkret nennt.

Ich bin sehr dafür, dass wir bei den 100 000 Euro pro Stadtbezirk bleiben. Das halte ich für einen guten Ansatz. Wie das Geld zu verteilen ist, ist aber tatsächlich sehr irritierend.

Da muss ich jetzt auch den Antragstellern unseres gemeinsamen Änderungsantrags recht geben. Es war ja nicht nur ein Mal in der BV; es war noch ein zweites Mal in der BV.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein. Was kommt denn dabei heraus? Die Verwaltung wird in einer dritten Runde keine neuen Antworten geben können, wie sie mit den Sachen umgehen will.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die Bezirksvertretungen doch!)

- Die Bezirksvertretungen hatten tatsächlich zwei Mal die Gelegenheit dazu, das zu tun. Beim ersten Mal haben sie gesagt - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die BVen haben das nicht verstanden!)

- Genau. Beim ersten Mal haben sie zu Recht gesagt: Wir haben von der Verwaltung zu wenig Informationen bekommen; wir brauchen eine zweite Runde. - In der zweiten Runde hat die Verwaltung die Informationen geliefert. Dann haben die Bezirksvertretungen immer noch nicht gewusst, was sie mit den Priorisierungen machen sollen.

Ich finde diese Priorisierung durch die Bezirksvertretungen sowieso etwas befremdlich. Warum geht man nicht einfach nach dem Ranking der Bürger? Warum sagen wir nicht einfach: „Platz 1 hat gewonnen“, und gut ist es?

Mein Vorschlag ist, dass wir jetzt sagen: Wir orientieren uns an dem Bürgerwillen. Die Vorschläge auf den Plätzen 1, 2, 3, 4 und 5 werden, so gut es geht, umgesetzt. Gleichzeitig hoffen wir dabei aber auch auf die Kreativität der Verwaltung dahin gehend, dass man Lösungsansätze anbietet, wie man dann, wenn ein Vorschlag, der auf Platz 1 ist, auf den ersten Blick nicht ausreichend mit Geld hinterlegt ist, diesen Bürgern trotzdem entgegenkommen kann, indem man beispielsweise sagt: Hört mal zu; wir können es zwar nicht bezahlen, das Schauspielhaus grün zu streichen;

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau! - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

aber wir können dafür wenigstens eine schöne Animation bezahlen. - Ungefähr so stelle ich mir das vor; denn auf diese Art und Weise hilft man ihnen, dass die Vorschläge wenigstens auf den Weg kommen.

Dafür, dass eine Bezirksvertretung es in dem Verfahren, wie es jetzt läuft, auf einer Bezirksvertretungssitzung nicht wirklich schaffen kann, die Kuh vom Eis zu bekommen, habe ich auch vollstes Verständnis. - Danke schön.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Jetzt spricht die Verwaltung. Frau Stadtkämmerin, bitte.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ich möchte die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, aber doch noch einmal eines klarstellen: Köln hat seit vielen Jahren einen Bürgerhaushalt, weil wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich für ihre Stadt engagieren und sich darüber Gedanken machen, wo wir das Geld einsetzen.

Diesen Grundsatz haben wir in den letzten Jahren in einem bestimmten formalen Verfahren realisiert.

Jetzt haben wir zum zweiten Mal eine wesentliche Formalität geändert. Das haben wir nicht etwa getan, weil wir uns das in Köln ausgedacht hätten, sondern, weil es - das weißt du auch - bundesweit eine Bürgerhaushaltsbewegung gibt, die sich sehr genau mit folgenden Fragen auseinandersetzt: Wie kommen wir zu dem Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger sich zusammen mit ihrer Stadt mit Fragen des Geldausgebens beschäftigen? Wie schaffen wir es, dass Bürgerinnen und Bürger sich auch mit Vorschlägen beteiligen, wie diese Stadt wieder stärker ihre Stadt werden kann? Wie können wir hier zu einer Verbesserung kommen?

Diesen Gedanken haben wir Rechnung getragen - damit bewegen wir uns auch auf der Höhe der Stadt Paris und anderer großer Städte in Europa und über Europa hinaus -, indem wir gesagt haben: Wir brauchen ein Instrument, mit dem die unmittelbare Umgebung und damit die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger erreicht wird. - Dieses Instrument ist das Budget, das wir in den Bezirken für die unmittelbare Lebensumgebung zur Verfügung gestellt haben.

Nun ist kein Mensch perfekt. Die vielen Variationen, die sich inzwischen gegenüber Bürgern direkt, diesem Rat und den Bezirken als Lebensvariationen herausgestellt haben, konnten wir nicht alle voraussehen.

Natürlich haben wir aus dem Verfahren gelernt. Am Ende dieses Verfahrens hat keine Bezirksvertretung alleine im Regen gestanden.

Am Ende dieses Verfahrens haben wir zudem immer noch Bezirksvertretungen, die über diesen Weg am liebsten mehr als 100 000 Euro in ihrem Bezirk ausgeben würden. Natürlich sagen wir, ob das nun priorisiert ist oder nicht priorisiert ist: Die Anliegen, die ihr an uns herantragt, werden wir als Verwaltung natürlich weiter aufnehmen und in unsere Verwaltungsverfahren einspeisen, ohne dass wir euch versprechen können, dass wir genau diese Anliegen verwirklichen können. - Diese Bürgeranregungen sind in der Verwaltung selbstverständlich kein verlorenes Papier, sondern werden von der Verwaltung das ganze Jahr über weiter verfolgt werden.

Um Klarheit über das zu schaffen, was als Ergebnis dieses sehr geöffneten, auf den Bezirken basierenden Verfahrens herausgekommen ist, entwickeln wir gerade eine Controlling-Maßnahme, um die entsprechende Lücke zu schließen. Denn viele Leute sagen: Wir wissen ja gar nicht, was ihr in dieser Riesenstadt eigentlich mit den Anregungen macht, die wir euch mit auf den Weg gegeben haben.

In diesem Zusammenhang werden wir auch Erfahrungen sammeln, inwieweit dieser Ansatz „Lebenswirklichkeit gestalten“ tatsächlich bei den Menschen ankommt.

Wir stehen also in einem Dialog. Deswegen finde ich es gut, dass hier klärenderweise das aufgegriffen wird, was auch gestern im Finanzausschuss ein Thema war, nämlich die Frage, wie in den Fällen vorgegangen werden soll, in denen die Bezirke zum Beispiel „Wir priorisieren und legen unserer Priorisierung exakt die Bürgervoten zugrunde“ oder „Wir priorisieren, aber die 100 000 Euro reichen uns nicht aus“ sagen.

Nun ist geklärt worden - nach meinem Dafürhalten genau im Sinne der gestern im Finanzausschuss geführten Diskussionen -, wie in diesen Fällen vorgegangen werden kann.

Wir brauchen jetzt eine Entscheidung, damit die Verwaltung tatsächlich losarbeiten kann. Deswegen bitte ich Sie, heute zu entscheiden und nicht noch eine weitere Diskussionsrunde einzufügen. Wir haben den nächsten Bürgerhaushalt schon in Arbeit. Da werden wir die Konsequenz daraus ziehen und werden sie auch gerne im Vorfeld mit Ihnen beraten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hoffe, dass die Bürgerschaft sich dann rege am nächsten Bürgerhaushalt beteiligen wird. - Vielen Dank!

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Stadtkämmerin. - Herr Frank, bitte. - Herr Frank? Es liegt eine Wortmeldung von Ihnen vor.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe gesagt, dass wir jetzt abstimmen sollten!)

- Nein, noch nicht. Erst hat Herr Bezirksbürgermeister Homann das Wort.

Bezirksbürgermeister Mike Homann: Meine Damen und Herren! Ich möchte zur allgemeinen Verwirrung beitragen. So, wie ich das verstanden

habe, wurde gestern im Finanzausschuss wohl beschlossen, dass die Voten der Bezirksvertretungen - in Anführungszeichen - „übergangen“ werden. Die BVen haben sozusagen ihre Chance verspielt. Sie haben kein Votum getroffen. Deswegen folgt man rein den Bürgern.

(Zuruf)

- So habe ich es gerade verstanden. Es mag sein, dass das falsch ist.

Jetzt liegt ein Änderungsantrag von Jamaika vor, der besagt, dass nur die Voten der Bezirksvertretungen 5, 8 und 9 berücksichtigt werden sollen und alle anderen Voten der Bezirksvertretungen eben nicht, weil die Bezirksvertretungen ja wohl keine Voten abgegeben haben.

Ich kann nur Folgendes sagen: Am 8. Mai 2017 hat die Bezirksvertretung Rodenkirchen unter dem Tagesordnungspunkt 9.1.1 eine Priorisierung vorgenommen, die von Ihnen hier nirgendwo berücksichtigt wird.

Das heißt: Wenn Sie das so beschließen, übergehen Sie das Votum der Bezirksvertretung Rodenkirchen - und das kann, glaube ich, nicht wirklich Sinn der Sache sein.

(Zuruf)

- So, wie ich es verstanden habe, würde der Antrag, den Sie gestern gefasst haben, das implizieren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben gestern gar nichts beschlossen!)

- Okay. Aber - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Unlängst in der Sitzung des Finanzausschusses.

Bezirksbürgermeister Mike Homann: Unlängst wurde, wo auch immer, gesagt, dass das Berücksichtigung finden könnte.

Aber wenn Sie den Antrag so beschließen, wie er heute vorliegt, übergehen Sie auf jeden Fall Rodenkirchen. Und ich weiß nicht, welche BVen noch Beschlüsse zu Priorisierungen gefasst haben,

(Jürgen Kircher [SPD]: Chorweiler!)

die Sie nicht berücksichtigt haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Homann, ich will Sie kurz aufklären. Das, was in dem Änderungsantrag steht, den wir hier gestellt haben, ist keine Erfindung der antragstellenden Fraktionen, sondern beruht auf einem offiziellen Dokument der Verwaltung, das vom Dezernat II, Amt 20, mit Datum vom 13. November 2017 ausgestellt worden ist. Darin steht im Wortlaut Folgendes:

> Wie ebenfalls im Finanzausschuss zugesagt, hat die Verwaltung nochmals Kontakt zu den Bezirken aufgenommen

- auch zu Ihrem Bezirk -,

> bei denen augenscheinlich die Priorisierung der Vorschläge durch die Bezirksvertretung fehlte. Doch von dort wurde erklärt, die Bezirksvertretung habe sich der Priorisierung der Bürgerinnen und Bürger angeschlossen und keine abweichende Reihenfolge festgelegt.

Genau das steht auch in unserem Antrag. Das heißt: Die BV Rodenkirchen und auch andere BVen, die hier genannt werden, haben keine eigenen Priorisierungen vorgenommen.

Wenn Sie dieses offizielle Dokument der Verwaltung anzweifeln, dann müssen Sie dies gegenüber der zuständigen Verwaltung tun, nicht gegenüber mir. Ich gehe davon aus, dass Verwaltungsvorlagen richtig sind - Ende.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Frank, eines ist ja unbestritten: Sie haben hier die Mehrheit. Wer die Mehrheit hat, kann entscheiden, was passiert. Aber er hat nicht zwangsläufig recht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gerade haben wir gehört, dass die offizielle Dokumentation der Stadtverwaltung sowohl aus der

Bezirksvertretung Chorweiler als auch vom Bezirksbürgermeister von Rodenkirchen angezweifelt wird. Dann haben Sie zwar immer noch die Mehrheit. Es wäre aber ein Gebot der politischen Klugheit, diese Mehrheit dann auch klug zu nutzen und diesen Beschluss noch zurückzustellen oder zumindest so zu öffnen, dass diese offensichtlichen Unrichtigkeiten, die hier moniert werden, noch irgendwie Berücksichtigung finden können.

Alles andere wäre ideologische Borniertheit. Bei einem Komplex, bei dem es um den Willen von Bürgerinnen und Bürgern geht, sollten Sie das doch auf gar keinen Fall tun. Geben Sie sich also einen Ruck.

Noch einmal - ich gebe es Ihnen regierungsamtlich -: Sie haben die Mehrheit. Das werden wir weder heute noch bis zur Kommunalwahl mutmaßlich ändern können. So ist das. Das müssen wir als Demokraten akzeptieren. Aber nutzen Sie doch diese Mehrheit wenigstens fair und gut und weise.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den von Herrn Detjen mündlich vorgetragenen Ergänzungsantrag der LINKEN abstimmen:

> Dazu wird den Bezirksvertretungen 1, 2, 3, 4, 6 und 7 erneut die Möglichkeit gegeben, die Vorschläge zu bewerten und daraus Anträge im Budget von 100 000 Euro zusammenzustellen.

Wer ist dafür? - Das sind die SPD, DIE LINKE und BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen, und zwar, wie von Frau Stadtkämmerin Klug soeben erläutert, in durch Übernahme des Änderungsantrags von CDU, Grünen, FDP und GUT geänderter Fassung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von SPD, BUNT, AfD, DIE LINKE und pro Köln. Damit ist diese Vorlage so angenommen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Detjen:

Der Rat beschließt:

Dazu wird den Bven 1; 2; 3; 4; 6 und 7 erneut die Möglichkeit gegeben, die Vorschläge zu bewerten und daraus Anträge dem Budget von 100.000 Euro zusammenzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe BUNT abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT:

Der Beschlusstext der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Vor dem Hintergrund der Beratungen im Finanzausschuss am 25.09.2017 und am 13.11.2017 sowie der Mitteilung 3412/2017 beschließt der Rat:

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der bezirksbezogenen Vorschläge auf Basis der Priorisierung der jeweiligen Bezirksvertretung und im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets von 100 T€ je Bezirk beauftragt. Dies betrifft die Bezirksvertretungen der Stadtbezirke 5,8 und 9.

Für die übrigen Stadtbezirke orientiert sich die Verwaltung an den TOP-25-Vorschlägen entsprechend der Bürger/innen-Vorschläge, soweit die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von 100 T€ je Bezirk zur Realisierung ausreichen.

Die bezirksübergreifenden Vorschläge sind in der Rangfolge der Bürger/innen-Voten im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel soweit möglich durch Priorisierungen, Umschichtungen oder kostenneutral umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe BUNT und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wiener (pro Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Bei dem Beschluss zu II. sind die Ausführungen der Stadtkämmerin Frau Klug zu berücksichtigen

(siehe Wortprotokoll zu TOP 10.24), soweit diese der Klarstellung dienen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.25 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Wirtschaftsplan 2018 2864/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.25 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2018 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: „Aktivitäten der StEB, die Mehrausgaben im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Ausgaben des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann."

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.26 Neugestaltung der Domumgebung Städtebauliche Neugestaltung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung hier: Konkretisierung der Beschlusslage 1495/2017

Abstimmung wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.26 so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 09.11.2017:

Der Rat beschließt, die weitere Umsetzung der städtebaulichen Neuordnung der nördlichen Domumgebung auf der Grundlage des Planungskonzeptes des Architekturbüros Allmann Sattler Wappner (ASW) zu betreiben. Auf die Anlage eines zusätzlichen Fußweges auf der Südseite der Trankgasse sowie eines signalisierten Überweges zwischen dem Domtreppentunnel und der Tiefgaragenzufahrt "TGA Am Dom" wird zunächst verzichtet. Stattdessen soll im Vorgriff einer umfassenden Umgestaltung der Trankgasse die Wegebeziehung "Bahnhofsvorplatz – Gehweg nördliche Seite Trankgasse – Überquerung im Kreuzungsbereich Marzellenstraße/Kardinal Höffner-Platz für Fußgänger deutlich attraktiviert werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, hierzu unter Berücksichtigung der Fachgesprächsrunde vom 12.10.2017 (Anlage 5) entsprechende Konzepte zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ferner bittet der Rat folgende Korrekturen bzw. Ergänzungen in der Anlage 5 vorzunehmen:

- *Die Fußgängerbeziehung vom Bahnhofsvorplatz Richtung Innenstadt über den nördlichen Gehweg der Trankgasse soll durch verschiedene Maßnahmen deutlich verbessert werden:*

  …

  - *Neuorganisation der Fußgängerüberführung an der Kreuzung Marzellenstraße vorzugsweise mit einer Diagonalführung. Schaffung einer größeren Aufstellfläche durch Rückbau des U-Bahnzugangs. Berücksichtigung des Radverkehrs bei der Verbesserung des Querungsangebots. Hierbei ist die Möglichkeit für den Radverkehr aus Richtung Westen (z.B. Ehrenfeld) zu beachten.*

Der Rat bittet die Hohe Domkirche darum, die Nordseite des Domes anhand einer Neuordnung anders und besser zu gestalten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.27 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes

1824/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.27 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes ab den Haushaltsjahr 2018, zunächst befristet auf 2 Jahre, entsprechend der beigefügten Konzepte „Wohnintegrationshilfe“ (im Umfang von 1 Stelle Sozialarbeit) und „BerMico – Beratung und Mietcoaching bei drohendem Wohnungsverlust – “ (im Umfang von 2,5 Stellen Sozialarbeit).

Die Verwaltung wird hierzu ermächtigt, im Rahmen einer Ziel- und Leistungsvereinbarung den Sozialdienst katholischer Männer – SKM mit der Umsetzung zu beauftragen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplanentwurf 2018 ff. veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 KölnKongress GmbH
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes
0562/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.1 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Frau Ute Berg

Herrn William Wolfgramm

……

(gemäß § 113 Abs. 2 GO die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

als Mitglied in den Aufsichtsrat der KölnKongress GmbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei den von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.2 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte)
521/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im wahrsten Sinne des Wortes haben wir - die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP - uns darauf verständigt, dass wir Beratungsbedarf haben. Wir möchten dies einmal schieben, weil wir noch einmal mit der Arbeitnehmerschaft reden müssen, damit wir hier auch den richtigen Arbeitnehmer oder die richtige Arbeitnehmerin wählen.

Darum bitte ich darum, dass es noch einmal geschoben wird - wegen Beratungsbedarf.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Okay. - Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Antrag auf Vertagung? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist 10.2 vertagt.

Beschluss:

Nachdem Ratsmitglied Breite in dieser Angelegenheit Beratungsbedarf angemeldet hat, beschließt der Rat die Entscheidung bis zur kommenden Sitzung zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.3 Neuwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2483/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.3 so angenommen.

Beschluss:

Der Rat wählt

Frau Katrin Ackermann (Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.)

gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stellvertretend stimmberechtigtes Mitglied für Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Frau Ackermann wird die persönliche Vertretung für Frau Blum-Maurice wahrnehmen. Frau Komke-Söntgerath verliert damit ihre Stellung im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2487/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.4 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Frau Sarah van Dawen-Agreiter (beratendes Mitglied des Kölner Jugendring e.V.)

Herrn Marvin Stutzer (Kölner Jugendring e.V.)

in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Sabine Welter behält ihre Position und wird die persönliche Stellvertretung für Herrn Stutzer wahrnehmen. Frau Sarah van Dawen-Agreiter verliert damit ihre Position im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.5 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3185/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.5 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Synagogengemeinde Köln

Herrn Dr. Simon Reich

und

Herrn Dr. Felix Schotland als seinen Vertreter

anstelle des bisherigen, beratenden Mitgliedes Frau Bettina Levy als beratendes Pflichtmitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl Wirtschaftsausschuss
AN/1421/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit ist 17.6 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt anstelle des sachkundigen Bürgers Herrn Florian Braun

Frau Claudia Heithorst

als stimmberechtigtes Mitglied in den Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Finanzausschuss
AN/1568/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.7 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Herrn Stephan Boyens

als Nachfolger für Herrn Hendrik Rottmann zum Mitglied des Finanzausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Gesundheitsausschuss
AN/1569/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.8 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Herrn Matthias Büschges

als Nachfolger für Herrn Gunnar Witzmann zum Mitglied des Gesundheitsausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Hauptausschuss
AN/1570/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.9 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Herrn Sven Tritschler

in Nachfolge für Herrn Jochen Haug zum Mitglied des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.10 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Jugendhilfeausschuss
AN/1571/2017

Diese Angelegenheit wurde von der antragstellenden Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer IV – Seite 5).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Rechnungsprüfungsausschuss
AN/1572/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.11 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Herrn Sven Tritschler

als Nachfolger für Herrn Roger Beckamp zum Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss Soziales und Senioren
AN/1573/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.12 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Herrn Helmut Nickenig

als Nachfolger für Herrn Dr. Roland Quinten zum Mitglied des Ausschusses Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Stadtentwicklungsausschuss
AN/1574/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.13 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Herrn Luca Leitterstorf

als Nachfolger für Herrn Christer Cremer zum Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.14 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss für Umwelt und Grün
AN/1575/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.14 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der AfD- Fraktion

Herrn Viktor Grimm

als Nachfolger für Herrn Stephan Boyens zum Mitglied des Ausschusses Umwelt und Grün.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales
AN/1624/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.15 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Herrn Thomas Hilden

anstelle von Herrn Franz Hess als sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.16 Antrag der Fraktion DIE LINKE
hier: Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Bauausschuss
AN/1625/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.16 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.

Herrn Werner Eggert

anstelle des bisherigen Sachkundigen Einwohners Bernd Weber als beratendes Mitglied in den Bauausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.17 Antrag der Fraktion DIE LINKE
hier: Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Ausschuss für Umwelt und Grün
AN/1626/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.17 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.

Frau Elisabeth Lange

anstelle des bisherigen Sachkundigen Einwohners Fabian Hübner als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt und Grün.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung eines sachkundigen Bürgers für den Verkehrsausschuss
AN/1627/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.18 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Herrn Hans-Peter Vietzke

als sachkundigen Bürger im Verkehrsausschuss anstelle des Ratsmitglieds Marion Heuser.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines Mitgliedes für den Stiftungsrat RheinEnergie-Stiftung Jugend, Beruf und Wissenschaft
AN/1630/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.19 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Frau Ulrike Kessing

als Mitglied des Stiftungsrats RheinEnergie-Stiftung Jugend, Beruf und Wissenschaft.

Frau Svenja Rabenstein hat mit der Niederlegung ihres Ratsmandats auch ihr Mandat im o.a. Stiftungsrat niedergelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.20 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
AN/1635/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.20 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion

anstelle des Ratsmitgliedes Frau Ira Sommer

Frau Martina Kanis

als sachkundige Bürgerin und stimmberechtigtes Mitglied in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.21 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten
AN/1643/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist 17.21 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt auf Vorschlag der SPD-Fraktion die Neubesetzung folgender Gremien:

1. *Koelnmesse GmbH, Aufsichtsrat:*

   Entsendung von Herrn Christian Joisten anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann.

2. *GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im Technologiepark Köln, Aufsichtsrat:*

   - *Entsendung von Herrn Malik Karaman anstelle von Herrn Andreas Pöttgen als Aufsichtsratsmitglied;*

   - *Entsendung von Herrn Christian Joisten anstelle von Herrn Malik Karaman als stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied.*

3. *Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH, Aufsichtsrat:*

4. *Entsendung durch die SWK von Frau Erika Oedingen anstelle von Herrn Christian Joisten.*

Der Rat bittet die Geschäftsführung der Stadtwerke Köln GmbH um Umsetzung dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.22 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung des Integrationsrates; Bestätigung von Ausschussmitgliedschaften
AN/1644/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.22 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt auf Vorschlag der SPD-Fraktion folgende Gremienbesetzungen:

1. *Integrationsrat:*

   Herr Prof. Klaus Schäfer in Nachfolge von Frau Susana dos Santos Herrmann.

2. *Ausschuss Kunst und Kultur einschl. Betriebsausschüsse Bühnen, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud:*

Der Rat bestätigt die Mitgliedschaften von Herrn Prof. Klaus Schäfer auch in seiner neuen Eigenschaft als Ratsmitglied.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Baumanns zieht sich an und geht nach draußen. Wir stellen jetzt die Nichtöffentlichkeit her. Ich weiß nicht, ob da links noch jemand sitzt. Wir verabschieden also die Presse und den Livestream. Schönen Abend!

(Schluss: 20.08 Uhr)

34. Sitzung vom 19. Dezember 2017

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung von Fotografien verschiedener Künstler für das Museum Ludwig

3077/2017

2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung der Künstlerin Trisha Donnelly im Gesamtwert von 77.500,00 Euro

3531/2017

2.3 Abschluss eines Vertrages mit der Peter und Irene Ludwig Stiftung und der Stadt Köln betreffend das Museum Ludwig

3597/2017

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Ratsgruppen GUT und BUNT betreffend: "Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen"

AN/1860/2017

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Projekt "Digitale Rekonstruktion der Kölner Fragmente""

AN/1868/2017

3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT betreffend: "Neubau der Bühnen-Werkstätten - Mietmodell"

AN/1861/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1893/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1901/2017

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Autofreie Altstadt jetzt!"

AN/1653/2017

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verhängung längerfristiger Aufenthaltsverbote für auffällige Personen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz"

AN/1866/2017

3.1.6 Antrag der SPD Fraktion betreffend "Ebertplatz den Menschen zurückgeben - Menschen statt Mauern!"

AN/1865/2017

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppen GUT und BUNT betreffend "Kündigung der Projektgalerie LABOR Ebertplatz zurückziehen"

AN/1864/2017

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Straßen und Plätze in Köln, die Na-

men von historisch belasteten Personen oder Ereignissen tragen"

AN/1610/2017

Antwort der Verwaltung vom 07.12.2017

3550/2017

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Köln"

AN/1615/2017

Antwort der Verwaltung vom 07.12.2017

3718/2017

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln"

AN/1616/2017

Antwort der Verwaltung vom 13.12.2017

3780/2017

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kosten und Probleme einer Ausgründung der städtischen Wirtschaftsförderung"

AN/1888/2017

Antwort der Verwaltung vom 19.12.2017

3945/2017

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Beteiligung von Flüchtlingen an Reinigungsarbeiten in Sammelunterkünften"

AN/1891/2017

4.6 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester und Karneval: Wird Köln zur Festung?"

AN/1894/2017

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Zusätzliche Einstellung eines Fachmannes für Öffentlichkeitsarbeit"

AN/1890/2017

Antwort der Verwaltung vom 19.12.2017

3971/2017

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 1. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung 2018

3375/2017

6.1.2 14. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

3398/2017

6.1.3 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln

3377/2017

6.1.4 5. Änderung der Straßenreinigungssatzung

3425/2017

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Bericht über die Auswirkungen der 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (Erfahrungsbericht-KSO) und 2. Änderung der Kölner Stadtordnung

2649/2017

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017.

3083/2017

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0208 - Personenstandswesen: Haushaltsjahr 2017

3055/2017

8.2 Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen für die Unterbringung von Flüchtlingen im Doppelhaushalt 2016/2017, Haushaltsjahr 2017

3441/2017

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

9.1 Außerplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Haushaltsjahr 2017

(wird unter TOP 24.4 n.ö.T. behandelt)

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Sportanlage Heidekaul, Köln-Raderthal
Verschiebung der städtischen Tennisanlage Heidekaul (Tennisplätze und Umkleidehaus) auf dem bisherigem Grundstück
Planungsbeschluss

0842/2017

10.2 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln

1120/2017

10.3 Errichtung einer Unterkunft für geflüchtete Familien auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln - Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016/2017 der Stadt Köln

1229/2017

10.4 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss für die Brandschutzsanierung bzw. -ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Appellhofplatz/Zeughaus sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei Finanzstelle 6903-1202-1-0110, Brandschutz Appelhofplatz

1652/2017

10.5 Baubeschluss für die Herstellung einer Freitreppe an St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung

1944/2017

10.6 Machbarkeitsuntersuchung neue Fuß- und Radwegbrücke zwischen Bastei und Rheinpark und
Erweiterung der vorhandenen Geh- und Radwege an der Hohenzollernbrücke

2036/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Ratsgruppe GUT

AN/1906/2017

10.7 Erweiterter Planungsbeschluss Neubau Brücke Weinsbergstraße

2266/2017

10.8 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau

2298/2017

10.9 Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit

2315/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1903/2017

10.10 Gesamtverkehrskonzept Köln, 8. Änderung
Aufgabe der freigehaltenen Straßentrasse Stolzestraße/Trierer Straße parallel zur Luxemburger Straße zwischen Innerem Grüngürtel und Barbarossaplatz

2323/2017

10.11 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Urbach - Planungsbeschluss

2345/2017

10.12 Sportanlage Kapellenstraße in Köln-Rondorf
hier: Planung und Kostenermittlung für den Neubau einer Sportanlage mit Kunststoffrasen Großspielfeld, Trainingsfläche aus Naturrasen, Trainingsbeleuchtungsanlage, Einfriedungen, Wege aus Pflasterbelag, Zuschauerbereiche und Parkplatz

2426/2017

10.13 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Ergebnisse der öffentlichen Auslegung und abschließender Beschluss zur Stufe 2 der Lärmaktionsplanung gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie

2437/2017

10.14 Hallen Kalk; Herbeiführung eines Planungsbeschlusses zur Revitalisierung der ehemaligen KHD Hallen 76 u 77

2560/2017

10.15 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune"

2668/2017

10.16 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII

2750/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

AN/1904/2017

10.17 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.07.2018

2771/2017

10.18 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg Planungsbeschluss

2848/2017

10.19 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Grundstück Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf

2850/2017

10.20 Weiterplanungsbeschluss Niehler Gürtel sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze,

2871/2017

10.21 Zügigkeitserweiterung der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsgrundschule, GGS zum Hedelsberg, 50999 Köln-Weiß gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 3 auf 4 Züge

2938/2017

10.22 Zügigkeitserweiterung der Brüder-Grimm-Schule, Sürther Hauptstraße, 50999 Köln-Sürth gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 4 auf 5 Züge

2940/2017

10.23 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2017/18

2951/2017

10.24 Bundesprogramm "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus", Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung" - Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes,
hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung

3022/2017

10.25 Weiterführung des kommunalen Wohnungsbauförderungsprogrammes 2017 bis 2021

3041/2017

10.26 Einführung des gebundenen Ganztags an der Geschwister-Scholl-Realschule in Ehrenfeld ab Schuljahr 2018/19

3080/2017

10.27 Fachstellen "Extremismus- und Gewaltprävention"

3094/2017

10.28 Starke Veedel - Starkes Köln
Hier: Bedarfsfeststellung für das Projekt 0.0.1 "Büro für Quartiersmanagement und Aktivierung" in elf Sozialräumen

3096/2017

10.29 Zügigkeitserweiterung der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule, Ossietzkystr. 2, 50737 Köln-Longerich zum Schuljahr 2019/20 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW bei gleichzeitiger Bildung eines Teilstandortes an der Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich

3158/2017

10.30 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2016

3168/2017

10.31 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018

3170/2017

10.32 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2016

3166/2017

10.33 Feststellung des Wirtschaftsplans der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018

3169/2017

10.34 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg, 50737 Köln-Longerich - Neu- / Umplanungsbeschluss

3194/2017

10.35 Ausbau von Plätzen U3 durch gesondert geförderte Großtagespflegen unter Anbindung bei anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe in Köln mit Erfahrung in der Kindertagesbetreuung

3249/2017

10.36 Zügigkeitserweiterung des Apostelgymnasiums, Gymnasium Biggestraße 2, 50931 Köln in Köln-Lindenthal zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

3310/2017

10.37 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 hier: Verteilung Restmittel 2017 – Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity

3312/2017

10.38 Umgestaltung des Hermann-Joseph-Platzes, Elogiusplatzes und Augustinerplatzes, hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung

3313/2017

10.39 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung - Stärkung Koordination Ehrenamt

3499/2017

10.40 Ausweitung des Gültigkeitszeitraumes des Köln-Passes für Leistungsbeziehende nach dem SGB II und Seniorinnen und Senioren mit geringem Rentenbezug

3549/2017

10.41 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2015 - 31.12.2015 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud

3465/2017

10.42 Sanierung Römisch-Germanisches Museum

2983/2017

10.43 Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH

3847/2017

10.44 GEW Köln AG hier: Änderung der Satzung

3711/2017

10.45 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt am 21.01.2018

3417/2017

10.46 GAG Servicegesellschaft mbH hier: Änderung der Satzung

3774/2017

10.47 GAG Immobilien AG hier: Änderung der Satzung

3773/2017

10.48 Ergänzung von Gesellschaftsverträgen städtischer Beteiligungsunternehmen

3466/2017

10.49 RheinEnergie AG hier: Änderung der Satzung

3703/2017

10.50 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs - Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016 / 2017 der Stadt Köln

3458/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Ratsgruppen BUNT und GUT sowie von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1899/2017

10.51 Bestellung eines / einer neuen Betriebsleiter / Betriebsleiterin

3895/2017

10.52 Verbesserung der Situation am Ebertplatz
Bericht über Sofortmaßnahmen

und Beschlussfassung über ein Interimskonzept

3609/2017

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 674613/02 Arbeitstitel: Eigelstein 41 in Köln-Altstadt/Nord

2441/2017

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70439/08 Arbeitstitel: "Gewerbepark Poll - Teilbereich Gewerbepark Poll Nord" in Köln - Poll

2919/2017

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 70465/01 Arbeitstitel: Kalk-Mülheimer Straße in Köln-Buchforst

3039/2017

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 70447/04 Arbeitstitel: Robertstraße in Köln-Kalk

3142/2017

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 57419/08 Arbeitstitel: Raderthalgürtel (neu) in Köln-Zollstock, 1. Änderung

3321/2017

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70480/12 Arbeitstitel: "Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim"

3322/2017

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Weidengasse von Pflasterhofweg bis Weidengasse 46 einschließlich in Köln-Weiß

2907/2017

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Vorgebirgstraße von Zollstockgürtel/Raderthalgürtel bis Höniger Platz in Köln-Zollstock

2916/2017

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Lülsdorfer Straße/Sandbergstraße von Rheinbergstraße/An der Mühle bis Ende der Bebauung (Sandbergstr. 147) in Köln-Porz/Langel

2924/2017

16.4 262. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3182/2017

17 Wahlen

17.1 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

2987/2017

17.2 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung neuer ordentlicher und stellvertretender Mitglieder

2774/2017

17.3 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte)

1521/2017

17.4 Mitteilung zu der Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

3618/2017

17.5 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds

3730/2017

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss Umwelt und Grün – sachkundiger Bürger

AN/1863/2017

17.7 Antrag der AfD-Fraktion hier: Ausschussumbesetzung Gesundheitsausschuss

AN/1870/2017

17.8 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule Transgender

3668/2017

17.9 Nachwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH (JugZ)

AN/1905/2017

17.10 Nachbesetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Köln GmbH

AN/1907/2017

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Entscheidung durch den Hauptausschuss gemäß § 60 Absatz 1, Satz 1 GO NRW und Genehmigung durch den Rat gemäß § 60 Absatz 1, Satz 3 GO NRW hier: Flughafen Köln/Bonn GmbH

3830/2017

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Baentsch, Wolfram; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt Dr.; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus Prof.; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst;

Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Keller, Stephan Stadtdirektor Dr.; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Blome, Andrea Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.; Dahmen, Dagmar; Timmer, Gregor;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Dresler-Graf, Margret; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin;

Bezirksbürgermeister
Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 14.11 Uhr - Ende: 18.23 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und zugleich unsere letzte in diesem Jahr. Ich begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes und Frau Wolter.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Karaman, Herrn Dr. Schoser und Herrn Yurtsever.

Meine Damen und Herren, hinter uns liegt ein ereignisreiches Sitzungsjahr. Wir haben in diesem Jahr bisher sieben Ratssitzungen gemeinsam absolviert, in denen wir Hunderte von Beschlussvorlagen beraten haben. Herausheben möchte ich an dieser Stelle den Haushalt, den wir am 7. November beschlossen haben und der planmäßig zum 1. Januar in Kraft treten wird.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Das ist ein absolutes Novum für Köln. Um dies heute zu verkünden, haben wir die Genehmigung bei der Bezirksregierung abgeholt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: „Abgeholt“? Ist es schon so weit!)

- So weit ist es tatsächlich noch nicht, Herr Frank. Obwohl: Wer weiß, ob das nicht manchmal einfacher wäre. Das wäre auch überlegenswert, je nachdem, wo man gerade ist.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, stehen heute noch einmal über 100 Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung, die wir gemeinsam festlegen müssen, bevor wir mit den Beratungen beginnen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor: die nachträglich eingegangenen Anträge der Fraktionen unter TOP 4.4 bis 4.7, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 7.1, 10.51 und 10.52, die Anträge der Fraktionen zur Umbesetzung der Gremien unter TOP 17.9 und 17.10 sowie im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen unter TOP 24.5, 24.6 und 26.1.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 3.1.2 - vom Antragsteller zurückgezogen -, 3.1.7, 10.5, 10.8, 10.18, 10.20, 10.29, 10.48, 10.50, 16.3, 16.4 und 17.5.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe zwei Punkte. Der erste betrifft den nichtöffentlichen Teil und dort die Vorlage unter TOP 23.5. Wir haben da noch Beratungsbedarf und bitten, diese Vorlage heute von der Tagesordnung zu nehmen.

Des Weiteren hat die SPD-Fraktion unter TOP 3.1.4 den Antrag „Autofreie Altstadt jetzt!“ gestellt, der unmittelbar korrespondiert mit der Ver-

waltungsvorlage „Verkehrsführungskonzept Altstadt“, die derzeit in den Ausschüssen und auch in der Bürgeranhörung beraten wird. Wir beantragen deshalb, diesen SPD-Antrag unmittelbar in den Beratungsprozess einzubeziehen, sprich: ihn in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? -

(Martin Börschel [SPD]: Ja! Herr Pöttgen spricht dagegen!)

- Ja, zur Geschäftsordnung.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Geschäftsordnung sieht vor, dass, wenn der Antrag gestellt wird, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen, die betroffene Fraktion Gelegenheit hat, fünf Minuten dazu zu reden und zu begründen, warum das doch hier im Stadtrat behandelt werden sollte. Das möchte ich für die SPD-Fraktion gerne tun.

Die Altstadt ist die Visitenkarte unserer Stadt und hat eine herausragende Bedeutung. Die Frage der Verkehrsführung ist keine, die allein eine Frage des Verkehrsausschusses ist. Über welchen Rahmen reden wir hier? Wir reden über die Via Culturalis vom Dom bis St. Maria im Kapitol. Wir führen Debatten über die Historische Mitte, das Mikwa und die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums. Wir haben heute mehrere Vorlagen zur Platzgestaltung in diesem Bereich. Dieses Thema ist also keine Lappalie, sondern von herausragender Bedeutung.

Wir diskutieren fast in jeder Sitzung hier die Frage der Verkehrswende. „Köln mobil 2025“ ist ein Stichwort, das in dem Zusammenhang immer wieder fällt. Es ist auch eine Notwendigkeit, dass der Rat der Stadt Köln Symbole setzt. Die Verkehrswende ist kein Selbstläufer, sondern braucht regelmäßig eine demokratische Legitimation und muss sich auch in Umsetzungsschritten wiederfinden. Ich freue mich jedes Mal, dass die Debatte über „Köln mobil 2025“ quasi der kleinste gemeinsame Nenner ist, aber wir müssen auch die Umsetzungsschritte diskutieren und uns gemeinsam darauf verständigen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir müssen wegkommen von Klein-Klein. Wir müssen deutliche Zeichen setzen, dass die Ideologie der autogerechten Stadt der 60er-Jahre vorbei ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Hört! Hört! - Zuruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich habe von dir, liebe Kirsten, lesen dürfen - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)

- Das hat eine Menge mit der Geschäftsordnung zu tun. Hier wurde ja beantragt, heute nicht darüber zu diskutieren. Die Geschäftsordnung versetzt mich in der Lage, darzustellen, warum wir der Meinung sind, dass unser Antrag auf die Tagesordnung gehört.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vom Geschäftsführer der größten Mehrheitsfraktion darf ich schon ein bisschen mehr Geschäftsordnungskenntnisse erwarten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Niklas Kienitz [CDU]: Drei Minuten Redezeit, Herr Kollege!)

- Ja, es ist mir auch gerade angezeigt worden, dass es nur drei Minuten sind. In § 12 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist dafür eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt. Aber auf dieses Detail lege ich jetzt nicht so viel Wert.

Ich war eigentlich bei dem Punkt, zu sagen: Liebe Kirsten, das ist eigentlich ein altes grünes Anliegen und noch dazu ein aktuelles, wie ich im *Express* lesen durfte. Das begrüßen wir ausdrücklich. Deswegen wäre es ein Leichtes für die Grünen, dem heute zuzustimmen, statt zu sagen, das sei angeblich früher mit der SPD nicht möglich gewesen, wie wir es jetzt immer wieder lesen durften. Wir haben das noch einmal recherchiert. Das ist eine Lüge.

(Zurufe von der CDU: Eine Lüge?)

Diese Anfrage hat es in der rot-grünen Koalition nie gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist nach § 17 Absatz 5 abgelaufen.

Andreas Pöttgen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, es ist schade, dass Sie das Thema hier

nicht einmal zur Diskussion stellen lassen. Es ist unheimlich schade, dass Sie diese Debatte nicht zulassen. Wir bereden das gerne auch im Verkehrsausschuss; ich freue mich auf die Debatte dort. Aber das ist auch eine Frage der Haltung. Sie haben uns mit einem geleakten Busantrag der KVB in der letzten Sitzung überrumpelt. Warum das jetzt eine größere Bedeutung haben soll, verstehe - -

(Das Mikrofon wird abgestellt - Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt weitere Wortmeldungen. Herr Detjen hat das Wort.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Geschäftsordnung?)

- Ich weiß nicht, wozu. Herr Detjen hat sich gemeldet, als ich um Wortmeldungen bat, und darum hat er jetzt das Wort.

(Niklas Kienitz [CDU]: Zu was denn?)

- Zur Geschäftsordnung. - Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir hier über die Geschäftsordnung debattieren, meine Damen und Herren.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Bevor ich zur Tagesordnung spreche, möchte ich Ihnen schöne Grüße aus Istanbul übermitteln von Dr. Sharo Garip. Heute Morgen wurde sein Ausreiseverbot aufgehoben. Ich soll ausrichten, dass er sich ausdrücklich bei Ihnen und der Verwaltung bedankt, dass Sie ihn immer unterstützt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, die Fraktion DIE LINKE hat Beratungsbedarf beim Tagesordnungspunkt 10.43 betreffend die Vorlage 3847/2017 vom 06.12.2017. Eine Beratung über die Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH hat in den Ausschüssen nicht stattgefunden. An der Beratung der wirtschaftspolitischen Sprecher mit der Oberbürgermeisterin haben wir teilgenommen.

Erstens. Viele Fragen konnten nicht beantwortet werden. Die Antwort auf unsere Anfrage unter TOP 4.4 haben wir heute gegen 11 Uhr erhalten. Eine Beratung darüber war den Ratsfrauen und -männern nicht mehr möglich.

Zweitens. Die Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, des Personalrats und der beiden Gewerkschaften Verdi und Komba ist unzureichend. Nur aufgrund einer mündlichen Anfrage im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen konnte der Personalratsvorsitzende seine Kritik vortragen. Wir machen uns Sorgen über den Betriebsfrieden bei der Stadt Köln.

Drittens. Zitat: „Es gibt nicht einen ... Grund zur Eile“, schreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger*. Warum also lässt die Oberbürgermeisterin Reker - Zitat -

> den Fraktionen nicht die angemessene Zeit, um über die Zukunft der Wirtschaftsförderung zu beraten?

Viertens. Es gehört zur Kultur dieses Hauses, meine Damen und Herren, bei Beratungsbedarf einer demokratischen Fraktion den Punkt in die nächste Sitzung zu schieben. Lassen Sie uns trotz inhaltlicher Differenzen das demokratische Miteinander pflegen! - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Ich mache es vom Platz aus. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist der 19. Dezember. Wir tagen also am Jahrestag des Attentats auf dem Berliner Breitscheidplatz. Dieses Attentat hätte jede Stadt in Deutschland treffen können, auch unsere Stadt. Meine Fraktion hält es für angemessen, dass wir in Respekt vor den Opfern eine Gedenkminute für die Opfer vom Breitscheidplatz einlegen, bevor wir in das politische Hickhack und Klein-Klein eintreten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich spreche formal gegen den Antrag auf Verschiebung wegen Beratungsbedarf des Kollegen Detjen. Ich glaube, es ist nicht so, dass sich das Thema heute erst entwickelt hat. Es hat sich über Wochen und Monate entwickelt. Es gab unterschiedliche Austauschformate, insbesondere auch das Gespräch der Oberbürgermeisterin in der Verwal-

tung mit den fachpolitischen Sprechern dazu. Deswegen: gegen den Beratungsbedarf der Kollegen der LINKEN.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich melde im Namen der SPD-Fraktion auch Beratungsbedarf an und beantrage ebenfalls die Verschiebung des Tagesordnungspunkts 10.43. Herr Detjen hat dazu schon einiges ausgeführt. Ich möchte noch ergänzen, dass wir gestern Akteneinsicht genommen haben. Wir wissen nun, dass seit 22.08. die erste Gutachterversion auf dem Tisch lag. Obwohl Sie also fast vier Monate Zeit gehabt haben, sich mit diesem Vorgang auseinanderzusetzen, nötigen Sie uns als ehrenamtlichen Ratsmitgliedern ab, innerhalb von noch nicht einmal 14 Tagen zu diesem Sachverhalt zu entscheiden. Das ist mehr als respektlos uns und auch dem Thema gegenüber. Es gebietet, glaube ich, nicht nur der Anstand, sondern auch der Respekt gegenüber der Wirtschaft in Köln, dass wir solide, gut und in den Fachausschüssen mit den Betroffenen darüber beraten. Deswegen noch einmal nachdrücklich: Verschiebung des Tagesordnungspunkts 10.43 in die Sitzung im Februar. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte nur kurz sagen: Herr Joisten, hier nötigt Ihnen niemand irgendetwas ab. Es war ein Ratsauftrag, das Gutachten einzubringen. Das habe ich getan mit einer Beschlussvorlage. Was damit geschieht, liegt in den Händen der Politik.

(Martin Börschel [SPD]: Indem Sie es vier Monate verschleppt haben! Vier Monate verschleppt, Frau Oberbürgermeisterin!)

Ich würde jetzt gerne über die Tagesordnung abstimmen lassen, insbesondere auch über die Anträge, die Herr Frank annonciert hat, nämlich Vertagung von Punkt 23.5 und Verweisung von Punkt 3.1.4, sowie über den Beratungsbedarf von LINKE und SPD zu Punkt 10.43.

Erstens: Abstimmung über den Antrag auf Vertagung von TOP 23.5. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Punkt vertagt.

Zweitens: Abstimmung über den Antrag auf Verweisung von Tagesordnungspunkt 3.1.4. Wer ist dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so verwiesen.

Drittens: Abstimmung über den Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD auf Vertagung wegen Beratungsbedarf zu Tagesordnungspunkt 10.43. Wer ist dafür? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe GUT, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Eine Stimme von der AfD. Damit bleibt der Punkt auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob wir das Abhalten von Gedenkminuten abstimmen sollten. Ich finde das ein bisschen merkwürdig. Wir denken heute selbstverständlich an das, was vor einem Jahr in Berlin passiert ist, auch ohne Ihren Hinweis, Herr Boyens. Die Frage ist, ob wir uns Dingen, die keinen direkten Köln-Bezug haben, so annehmen sollten. Ich glaube, das macht jeder für sich jetzt. - Vielen Dank.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.6 und 10.52 zum Ebertplatz zusammen unter 3.1.6 zu behandeln. Ich schlage weiter vor, den Tagesordnungspunkt 10.43 vorzuziehen, und zwar vor 10.1. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht.

Ich frage abschließend noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler

Herr Karaman, Herr Dr. Schoser und Herr Yurtsever

vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Die Verwaltung schlägt folgende Zu- und Absetzungen vor:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kosten und Probleme einer Ausgründung der städtischen Wirtschaftsförderung"
AN/1888/2017

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Beteiligung von Flüchtlingen an Reinigungsarbeiten in Sammelunterkünften"
AN/1891/2017

4.6 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester und Karneval: Wird Köln zur Festung?"
AN/1894/2017

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Zusätzliche Einstellung eines Fachmannes für Öffentlichkeitsarbeit"
AN/1890/2017

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017
3083/2017

10.51 Bestellung eines / einer neuen Betriebsleiter / Betriebsleiterin
3895/2017

10.52 Verbesserung der Situation am Ebertplatz
Bericht über Sofortmaßnahmen und Beschlussfassung über ein Interimskonzept
3609/2017

17.9 Nachwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH (JugZ)
AN/1905/2017

17.10 Nachbesetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Köln GmbH
AN/1907/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

24.5 Bergebaugrube Waidmarkt - Verjährungshemmende Klageerhebung gegenüber der Firma Demler
3860/2017

24.6 RheinEnergie AG
hier: Erwerb von Geschäftanteilen an drei Windparkgesellschaften durch die RheinEnergie Windkraft GmbH
3940/2017

26.1 Umzug der Dienststelle 1100 zum Gelände der RheinEnergie am Parkgürtel
3707/2017

Absetzungen:

Öffentlicher Teil

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppen GUT und BUNT betreffend "Kündigung der Projektgalerie LABOR Ebertplatz zurückziehen"
AN/1864/2017

10.5 Baubeschluss für die Herstellung einer Freitreppe an St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung
1944/2017

10.8 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017

10.18 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg Planungsbeschluss
2848/2017

10.20 Weiterplanungsbeschluss Niehler Gürtel sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze
2871/2017

10.29 Zügigkeitserweiterung der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule, Ossietzkystr. 2, 50737 Köln-Longerich zum Schuljahr 2019/20 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW bei gleichzeitiger Bildung eines Teilstandortes an der Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich
3158/2017

10.48 Ergänzung von Gesellschaftsverträgen städtischer Beteiligungsunternehmen
3466/2017

10.50 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs - Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016 / 2017 der Stadt Köln
3458/2017

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Lülsdorfer Straße/Sandbergstraße von Rheinbergstraße/An der Mühle bis Ende der Bebauung (Sandbergstr. 147) in Köln-Porz/Langel

16.4 262. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3182/2017

17.5 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds
3730/2017

III. Ratsmitglied Frank meldet zu TOP 23.5 n.ö.T. „Grundstücksverkauf Franz-Greiß-Straße/Fygen-Lützenkirchen-Straße“ (3357/2017) Beratungsbedarf an und beantragt die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Abstimmungsergebnis:
Der Vertagung wird einstimmig zugestimmt.

IV. Ratsmitglied Frank beantragt, den Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 3.1.4 betreffend "Autofreie Altstadt jetzt!" (AN/1653/2017) zur weiteren Beratung im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Altstadt in den Verkehrsausschuss zu verweisen. RM Pöttgen spricht sich für den Verbleib auf der Tagesordnung aus.

Abstimmungsergebnis:

Der Verweisung in den Verkehrsausschuss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Faktion, der Fraktion Die Linke. Und der Gruppe BUNT zugestimmt.

V. Ratsmitglied Detjen meldet zu TOP 10.43 „Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH“ (3847/2017) Beratungsbedarf an und beantragt die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes. Die SPD-Fraktion unterstützt diesen Antrag.

Abstimmungsergebnis:
Die Vertagung wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und einer Stimme der AfD-Fraktion abgelehnt.

VI. Herr Boyens beantragt eine Gedenkminute aufgrund des heutigen Jahrestages des Anschlages auf den Berliner Breitscheidplatz.

Frau Oberbürgermeisterin Reker betont, dass alle Anwesenden selbstverständlich dieses Jahrestages gedenken. Da jedoch der kommunale Bezug fehle, bittet Sie die Anwesenden, dies jeder für sich zu tun.

VII. Frau Oberbürgermeisterin schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.6 und 10.52 zum Thema Ebertplatz zusammen unter TOP 3.1.6 zu behandeln.

Weiterhin schlägt Sie vor, TOP 10.43 „Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH“ vor TOP 10.1 vorzuziehen. Der Rat ist damit einverstanden.

TOP 9.1 „Außerplanmäßige Auszahlung in Teilfinanzplan 0202 - Verkehrsüberwachung“, ,(3793/2017) wird unter TOP 24.4 n.ö.T. behandelt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Der Rat legt die Tagesordnung demnach einstimmig wie folgt fest:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor wir jetzt in die Beratungen eintreten, noch eine Ankündigung, die Sie wahrscheinlich nicht überraschen wird. Wie es in diesem Haus bei der letzten Ratssitzung im Jahr Tradition ist, lade ich Sie alle, die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die Zuschauerinnen und Zuschauer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse, ganz herzlich ein, nach der Sitzung in der Piazzetta im Historischen Rathaus unter dem Weihnachtsbaum bei einem Getränk und einem kleinen Imbiss gemeinsam auf das vergangene Sitzungsjahr zurückzuschauen oder auf das, was Sie sonst noch zurückschauen mögen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit dem öffentlichen Teil der Tagesordnung. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1 auf:

2.1 Annahme einer Schenkung von Fotografien verschiedener Künstler für das Museum Ludwig
3077/2017

Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Schenkung angenommen. Ich bedanke mich bei der Schenkerin, die nicht benannt werden möchte, sehr herzlich.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung von rd. 300 Fotografien der Künstler Hugo und Karl-Hugo Schmölz sowie Walde Huth, Fritz Kempe und Hugo Erfurth an das Museum Ludwig mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung der Künstlerin Trisha Donnelly im Gesamtwert von 77.500,00 Euro
3531/2017

Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen. Ich bedanke mich bei Trisha Donnelly für diese Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Werke der Künstlerin Trisha Donnelly im Gesamtwert von 77.500,00 Euro an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Abschluss eines Vertrages mit der Peter und Irene Ludwig Stiftung und der Stadt Köln betreffend das Museum Ludwig
3597/2017

Auch hier bitte ich Sie um das Handzeichen, wenn Sie dieser Schenkung zuzustimmen wünschen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann bedanke ich mich sehr herzlich bei der Peter und Irene Ludwig Stiftung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Vertragsabschluss mit der Peter und Irene Ludwig Stiftung betreffend die Dauerleihgaben an das Museum Ludwig und die finanzielle Unterstützung dieses Museums auf der Grundlage des anliegenden Vertragsentwurfs (Anlage 1) zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Anträgen:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zunächst Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Ratsgruppen GUT und BUNT betreffend „Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen“
AN/1860/2017

Dazu hat Frau Dr. Bürgermeister das Wort.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen“, das meint, dem weltweit geachteten und verehrten Schriftsteller, einem der bedeutendsten deutschsprachigen Nachkriegsautoren und eminent politischen Bürger Heinrich Böll in seiner Heimatstadt angemessen und öffentlich Raum zu geben und an ihn zu erinnern.

Ich nenne einmal einige Romane und Erzählungen, die uns und sicher auch der jüngeren Generation bekannt sein werden: *Der Zug war pünktlich*, *Wo warst du, Adam?*, *Billard um halb zehn*, Werke aus den 1950er-Jahren, kleinere Stücke für den Rundfunk wie zum Beispiel *Doktor Murkes gesammeltes Schweigen* und die später erschienenden, noch berühmteren Werke wie *Ansichten eines Clowns* oder *Die verlorene Ehre der Katharina Blum*, von Volker Schlöndorff 1975 verfilmt.

Heinrich Böll war ein erfolgreicher Schriftsteller, nahe bei und mit den Menschen, den kleinen Leuten, die er mit subtilen Mitteln, Sprachwitz und literarischem Können so hervorragend in seinen Erzählungen zum Leben erweckte. Heinrich Böll, der in seinen Geschichten aus dem Alltag der Menschen so viel über gesellschaftliches Zusammenleben, über Solidarität, Liebe und Freundschaft ebenso über Verlust, Angst und Unterdrückung immer berührend, mit klarer Haltung und eben auch verständlich formulierte. Das macht ihn und sein Werk so besonders und erklärt die Wärme, die ihm immer noch entgegengebracht wird.

Heinrich Böll hat, so heißt es mit Verweis auf eine Biografie von Heinrich Vormweg „aus seiner konsequenten Zeitgenossenschaft heraus in seinem Werk die Beschädigungen und Hoffnungen der kleinen Leute erkundet und gegen Macht, Anmaßung und verschleppte Schuld angeschrieben.“ In seiner frühen Phase trug er durch seine Werke dazu bei, die Menschen nach zwölf Jahren Faschismus wieder aufzurichten, sich auch selbst aufzurichten - geistig, moralisch, ethisch und politisch. Er selbst war ein Exponent dieser Herausforderungen nach dem Krieg und damit ein wichtiger Chronist im besten Sinne der noch jungen Bundesrepublik.

Und: Er war ein engagierter Bürger, der immer wieder und schon früh zur Politik seiner Zeit die Stimme erhob, zum Beispiel gegen das Vorgehen der Sowjetunion beim Aufstand in Ungarn, gegen Angriffe von DDR-Zeitungen gegen Wolf Biermann, gegen die geplanten Notstandsgesetze, für die von Willy Brandt neu aufgestellte Ostpolitik und später für die Friedensbewegung und gegen die Nachrüstung.

Daher war Heinrich Böll insbesondere ab den 1970er-Jahren keineswegs unumstritten und wurde zum Teil öffentlich sehr heftig wegen seiner politischen Positionen angefeindet und verleumdet. Das führte zum Beispiel dazu, dass ausgerechnet in dem Jahr, in dem er den Literaturnobelpreis erhielt - das war 1972 -, im Zuge einer Großfahndung auch das Haus von Heinrich Böll durchsucht wurde. Im Jahr 1981, in dem er bei der großen Friedensdemonstration in Bonn vor circa 300.000 Menschen sprach und sich gegen die Neutronenbombe und gegen die Nachrüstung positionierte, fiel ein Teil seines Landhauses einer Brandstiftung zum Opfer.

Heinrich Böll lebte selbst Aufrichtigkeit und aufrichtigen und aufrechten Widerstand gegen jede Politik, die aus seiner Sicht nicht den Menschen diente. Er setzte sich öffentlich für verfolgte Autoren ein und suchte den Kontakt mit Künstlern hinter dem damals sogenannten Eisernen Vorhang oder in anderen schwierigen Lebens- und Arbeitszusammenhängen. Er half auch ganz praktisch, und er agierte als politisch denkender Künstler auch konkret politisch. So hat er bereits im Jahr 1969 in seiner Rede *Ende der Bescheidenheit* die Schriftstellerkollegen und Autoren aufgefordert, sich für ihre Rechte einzusetzen.

Heinrich Böll war ein glaubwürdiger, konsequenter Streiter für Frieden und Versöhnung. Er ist heute immer noch populär im besten Sinne. Immer noch sehr viele Menschen in Köln kennen ihn, mögen ihn, fühlen sich ihm verbunden, obwohl er schon über 30 Jahre tot ist und seine Zeit Geschichte ist.

Er ist Ehrenbürger dieser Stadt. Der renommierte städtische Literaturpreis ist nach ihm benannt, den er übrigens selbst als städtischen Literaturpreis bereits 1959 entgegennahm.

Dies sind wichtige Gründe, die Erinnerung an das Leben Heinrich Bölls und die Kenntnis seines literarischen Werks aufrechtzuerhalten. Am 21.12.2017, also übermorgen, wäre er 100 Jahre alt geworden.

Wir haben in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen in Köln erlebt, die sein umfangreiches Wirken gewürdigt haben. Vielen Dank an dieser Stelle allen, die dazu beigetragen haben. Auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben vor ein paar Tagen an einer bemerkenswerten Veranstaltung beim Bundespräsidenten teilgenommen, die noch eine Fortsetzung in Bonn erfahren wird. Das zeigt natürlich auch die große Wertschätzung, die Heinrich Böll auch über Köln hinaus bezeugt wird.

Mit dem hier vorgelegten Antrag möchten wir gemeinsam mit fast allen Fraktionen des Rates - das ist, finde ich, ein starkes Zeichen für die breit getragene Verbundenheit mit Heinrich Böll - den Anstoß für ein Verfahren geben, das zum Ziel hat, ein Konzept für den öffentlichen Raum zur Erinnerung an Heinrich Böll zu erstellen, dies unter Beteiligung verschiedener kundiger Institutionen und Personen, darunter natürlich auch des Böll-Archivs und der Erbengemeinschaft.

Diese Form der erzählenden Erinnerung ist ein passendes Denkmal für Heinrich Böll. Wir sind überzeugt, dass es dazu beiträgt, den untrennbar mit Köln verbundenen Lebensweg dieses großen Kölners und weit darüber hinaus anerkannten Schriftstellers nachzuzeichnen und zugleich seinen literarischen, aber auch politischen und persönlichen Einsatz für die Menschen lebendig und anregend, dauerhaft und öffentlich sichtbar zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker hat das Wort.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Rates! Natürlich schließe ich mich - das ist bei einem gemeinsamen Antrag auch nicht anders zu erwarten - den Worten von Frau Dr. Bürgermeister gerne an.

Ich möchte noch einen anderen Blick auf Heinrich Böll werfen, der einmal gesagt hat: Die Liebe zur Stadt wächst mit dem Wissen um sie, der sich aber mit der Stadt Köln nach dem Zweiten Weltkrieg sehr schwergetan und viel Kritik geübt hat, der auch politisch Kritik geübt hat an der Bundesrepublik Deutschland, mit deren politischen Einstellungen er nicht immer übereingestimmt hat. Aber er hat sich mit ihr auseinandergesetzt in seinem literarischen Werk, und er hat sich mit ihr auseinandergesetzt auch in der Diskussion mit Einzelnen.

Genau das, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, ein guter Grund, sich noch einmal Heinrich Böll zuzuwenden, sich mit ihm zu beschäftigen und ihm ein Andenken zu setzen; denn es geht nicht nur um sein literarisches Werk, das an Thematik, Breite und Vielfalt unbestritten seinesgleichen sucht, sondern es geht auch darum, zu zeigen, dass es Menschen gibt, die sich einsetzen für das, woran sie glauben, die quer denken, die anders sind, die das auch verbalisieren und dafür kämpfen, dass eine Welt so wird, wie sie sie für richtig halten.

Genau das, meine Damen und Herren, brauchen wir in der heutigen Zeit: Menschen, die sich einsetzen, die bereit sind, für die Dinge, die für sie wichtig sind, geradezustehen und dafür auch die Konsequenzen zu tragen und damit umzugehen, und zwar in einer friedlichen Form.

(Beifall bei der CDU)

Das ist in der heutigen Zeit nicht mehr selbstverständlich.

Ich glaube, gerade deshalb ist es so wichtig, auch wenn Heinrich Böll vielleicht nicht unbedingt der CDU immer nahe gestanden hat, dieses demokratische Grundverständnis und diese herausragende Form, die er dafür gefunden hat, zu ehren. Nicht jeder von uns kann ein Heinrich Böll werden im Laufe seines Lebens, aber ein jeder kann sich ein Beispiel daran nehmen, wie wichtig es ist, in dieser Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und sich einen Platz zu suchen, wo er sich und sein Können einbringen kann. Deshalb freuen wir uns über diesen gemeinsamen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr über diesen Antrag. Ich freue mich auch sehr darüber, dass er am Anfang unserer Ratssitzung steht und quasi eine Überschrift bildet für das, was noch kommt. Wir haben schon gehört, Heinrich Böll ist ein wichtiger Mensch in dieser Stadt, der Vorbild ist für uns alle. Ich freue mich darüber, dass eine breite Ratsmehrheit unserer Initiative zu diesem Antrag gefolgt ist, und möchte begründen, warum mir persönlich dieser Antrag so wichtig ist.

Als Schülerin in einer niedersächsischen Kleinstadt haben mich die Texte von Heinrich Böll vor vielen Jahren schon sehr beeindruckt, auch geprägt und bewegt, gab es doch damals nur wenige Texte und wenig Bereitschaft, sich mit Krieg, Zerstörung und der Nachkriegszeit auseinanderzusetzen bzw. überhaupt darüber zu kommunizieren. So gesehen waren die Texte für mich immer auch ein wichtiger Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung, und ich lernte Köln kennen in ihrer Zerrissenheit und Vielfalt, lange bevor ich nach Köln kam.

Darüber hinaus lernte ich aber auch Heinrich Böll kennen als einen, der sich aktiv politisch einmischt, zum Beispiel bei den Friedensdemonstrationen 1981 und 1983 in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss, wo er jeweils die Hauptrede hielt. Mit Bölls Literatur verbunden ist immer gesellschaftliches Engagement. Unter anderem wurde dies sehr deutlich in seiner Rede, die er anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt im Jahr 1983 hielt, in der er sein Unverständnis über den Versuch äußerte, - Zitat -

> den sogenannten Erzähler von dem anderen zu trennen, der da gelegentlich Aufsätze schreibt, Kritiken, den man gelegentlich reden hört, ganz abgesehen davon, dass auch Aufsätze, Kritiken und Reden Literatur sind.

Das Böll-Jahr mit seinen zahlreichen Aktivitäten geht jetzt dem Ende entgegen. Heinrich Böll, der Literaturnobelpreisträger und Ehrenbürger der Stadt, wurde gewürdigt in Konzerten, Lesungen, Theateraufführungen, in einer Oper, Ausstellungen, der Verleihung des Heinrich-Böll-Preises und anderen Events rund um seinen 100. Geburtstag. Böll und sein Werk wurden neu gelesen und neu entdeckt.

In zwei Tagen nun wäre Heinrich Böll 100 Jahre alt geworden. Daher denke ich: Heute, zwei Tage vor seinem Geburtstag. ist der richtige Tag für unseren Antrag, seiner zu gedenken. Ich freue mich auch, dass es, anders als beim Beschluss zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft, diesmal tatsächlich eine Einigung zwischen den Ratsfraktionen gab und sich die Kontroversen von 1982 nicht wiederholt haben.

Mit einer angemessenen Würdigung Heinrich Bölls im öffentlichen Stadtbild möchten wir erreichen, dass Bölls literarisches und gesellschaftliches Wirken nachhaltig, weit über das Böll-Jahr hinaus in das öffentliche Bewusstsein rückt. Eine Würdigung im Stadtbild ist längst überfällig. Zum Gedenken gehört, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, und dies zu einer Zeit, wo es kritischer Anstöße mindestens ebenso bedarf wie zu Heinrich Bölls Schaffenszeiten.

Wir möchten mit unserem Antrag das, was zum Gedenken und Erinnern an Heinrich Böll bereits in der Stadt geschieht und geschehen ist, noch präsenter machen, präsenter im öffentlichen Raum; denn der Heinrich-Böll-Platz über dem Konzertsaal der Philharmonie reicht unseres Erachtens dafür nicht aus, zumal - als ironische Beigabe - dieser Platz an vielen Tagen und zu vielen Stunden bewacht und nicht begehbar ist.

Der Antrag beinhaltet daher ein dauerhaftes Sichtbarmachen von Böll und seinem Werk im Kölner Stadtbild. Dies soll entlang der wichtigsten Orte in dieser Stadt, die mit seinem Leben und seinem Schaffen verbunden sind, erfolgen. Die geeignete Art und Weise, ob in Form von Stelen im Straßenraum, Gedenktafeln, Denkmälern und Hinweisen, soll im Rahmen eines Wettbewerbs von einer Jury bestimmt werden, der Fachleute, Kunstbeirat, Vertreter*innen des Böll-Archivs und der Erbengemeinschaft Bölls sowie politische Vertreter des Kulturausschusses angehören sollen.

Für Bölls literarische Arbeit haben die drei Köln - die unzerstörte Stadt seiner Kindheit und Jugend vor dem Zweiten Weltkrieg, die zerstörte Stadt und die nach 1945 wieder aufgebaute Stadt - eine große Rolle gespielt. Böll setzte sich immer wieder kritisch mit den Entwicklungen der modernen Stadt auseinander. Er litt unter der Autostadt Köln, dem Bau der Nord-Süd-Fahrt und dem - ich zitiere - „schmählichen Umgang mit dem Stollwerck in der Kölner Südstadt“.

Böll setzte sich zeitlebens kritisch mit der katholischen Kirche auseinander. Er beklagte vor allem, dass - Zitat -

> das Leben als solches kaum als Wert erkannt wird, und damit auch nicht das gemeinsame Leben oder das Zusammenleben.

Nur wenn der Mensch von anderen als Mensch anerkannt sei,

> lebe der Einzelne nicht nur in einer Gesellschaft, sondern auch durch sie - in einem „bewohnbaren Land“.

Folgerichtig unterstützte er zum Beispiel den SSK, setzte sich für Flüchtlinge aus Vietnam ein und für Dissidenten aus Osteuropa. Viele Themen, die im Mittelpunkt von Bölls Werk stehen, haben nichts von ihrer Aktualität verloren. Sein Appell, das Zusammenleben aller Menschen in dieser Stadt zu gestalten, ist mit Blick auf die wachsende Vielfalt nach wie vor für uns alle eine wesentliche Aufgabe. Auch daher liegt uns viel an der zeitnahen Umsetzung unseres Antrags; denn Böll ist nach wie vor für Köln und weit darüber hinaus ein wichtiger und aktueller Mahner.

Ich schließe mit einem Zitat von Heinrich Böll:

> Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.

Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe heute sehr viele junge Leute auf der Tribüne. Das freut mich gerade im Rahmen des Böll-Jahres ganz besonders. Herzlich willkommen!

Ich bin beeindruckt von dem profunden Wissen, das hier bereits vorgetragen wurde. Das eine oder andere Detail wird sich in meiner Rede wiederholen; denn man bereitet ja seine Rede vor, ohne die Reden der anderen zu kennen.

Vor fast 35 Jahren wurde Heinrich Böll die Ehrenbürgerschaft in der Piazzetta des Historischen Rathauses verliehen. Da es damals im Vorfeld einige Verstimmungen gab - Frau von Bülow hat es ganz kurz angerissen -, freue ich mich, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, diesen Antrag heute mitunterzeichnet haben. Damals taten Sie sich noch recht schwer mit der Person Heinrich Böll. Sie wollten durchaus sein Werk ehren; denn ein Nobelpreisträger als Ehrenbürger schmückt ja schon. Aber den Querdenker und freiheitsliebenden Böll, der sich für die Ostpolitik Willy Brandts einsetzte und sich auch mit der RAF auseinandersetzte, den wollten Sie damals nicht.

Genauso erfreulich finde ich, dass auch die FDP ihren Frieden mit ihm gemacht hat; denn als Freunde des motorisierten Individualverkehrs konnten Sie nicht mit ihm warmwerden. Heinrich Böll beklagte es als große Sünde der Stadt und damit seinem Köln, dass mit dem Bau der Nord-Süd-Fahrt die Stadt zerschnitten wurde, was seinem Bedürfnis nach Entschleunigung absolut widersprach. Durch den unerledigten Rückbau gemäß Masterplan werden wir tagtäglich an ihn erinnert.

„Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen“: Aber wie? Ist er denn wirklich so unsichtbar? Wir haben einen Heinrich-Böll-Platz, der leider immer wieder gesperrt wird. Eine Schule trägt seinen Namen.

Wichtiger ist mir, dass junge Menschen wie die, die hier heute auf der Tribüne sitzen, seine Texte kennenlernen; denn sie sind aktuell wie eh und je. Die Stadtbibliothek hat durch viele Veranstaltungen wertvolle Arbeit dazu geleistet.

Das Heinrich-Böll-Archiv hat wie jedes Jahr unzählige Schulklassen durch das Archiv und den Wohnraum von Heinrich Böll, der sich in der zweiten Etage der Stadtbibliothek befindet, geführt und mit den jungen Leuten diskutiert.

Besonders schön fand ich die Reihe „Junges Buch für die Stadt“, bei der ein Kinderbuch in Anlehnung an die Anekdote *Der kluge Fischer* von Heinrich Böll von Kindern in 15 Sprachen vorgelesen wurde, ein wirklich wunderbares Beispiel für Integration.

Alle seine Bücher und Schriften sind übrigens auch digital abrufbar und können auf jedem Tablet bequem in der Bahn gelesen werden.

Wenn ich bei Demos gegen rechts bin, denke ich oft an den Roman *Ansichten eines Clowns*. Böll hat sich aber auch amüsiert über die Kirche ausgelassen, das höhere Wesen, das wir verehren, in *Doktor Murkes gesammeltes Schweigen* wun-

derbar durchdekliniert. Seine kritische Haltung gegenüber der Institution Kirche macht Böll sogar in Italien zum beliebtesten Autor der Gegenwart.

Auf einer Veranstaltung vor dem Heinrich-Böll-Zimmer am letzten Dienstag hatte ich die Möglichkeit, mit Bölls Sohn René zu sprechen. Er sagte mir, sein Vater hätte es bestimmt gerne gesehen, wenn es ihm zu Ehren eine Gedenkplatte an einem für ihn zentralen Ort, dem Bahnhof zum Beispiel, gäbe. Eine Büste oder ein Porträt hätte er mit Sicherheit nicht gewollt, aber einen Text mit dem freundlichen Hinweis auf seine Autorenschaft, ja, das hätte ihm gefallen.

Zum Schluss wünsche ich mir in Anlehnung an Bölls Erzählungen und nicht nur zur Weihnachtszeit - es sind jetzt nur noch sechs Tage bis Weihnachten - einen ebenso parteiübergreifenden Antrag, wenn wir im kommenden Jahr den 200. Geburtstag von Karl Marx feiern. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Ich spreche für meine Fraktion nur vom Platz aus, weil dem Reigen an Gründen kaum noch etwas hinzuzufügen ist. - Selbstverständlich unterstützen auch wir diesen Antrag für einen Ehrenbürger unserer Stadt und freuen uns, dass wir das in der letzten Sitzung vor Weihnachten hoffentlich mit Ihrer aller Unterstützung so beschließen können. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann können wir darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich pro Köln und die AfD-Fraktion.

(Martin Börschel [SPD]: Das spricht für sich!)

Damit ist der Antrag natürlich beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

Aus Anlass des 100. Geburtstag des Literaturnobelpreisträgers und Kölner Ehrenbürgers Heinrich Böll am 21.12. 2017 beschließt der Rat, Heinrich Böll in „seiner“ Stadt dauerhaft sichtbar zu machen und dazu in einem ersten Schritt folgende Maßnahme durchzuführen:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung eines Konzepts, im öffentlichen Raum an Heinrich Böll zu erinnern und dabei die wichtigsten Orte seines Schaffens in der Stadt sowie die grundlegenden Themen seines Werks darzustellen. Dazu wird die Verwaltung aufgefordert, einen Wettbewerb, z.B. in Form eines Einladungswettbewerbs, durchzuführen und dazu den Kunstbeirat, Vertreter/innen der im Ausschuss Kunst und Kultur stimmberechtigten Ratsfraktionen, das Böll-Archiv und die Erbengemeinschaft Böll einzubeziehen.*

2. *Das Konzept einschließlich eines Umsetzungsvorschlags wird dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Projekt "Digitale Rekonstruktion der Kölner Fragmente""
AN/1868/2017

Der Antrag wird vom der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT betreffend „Neubau der Bühnen-Werkstätten - Mietmodell“
AN/1861/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1893/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1901/2017

Zuerst gebe ich Herrn Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir vom Literaturnobelpreis zu den Ebenen, ich sage mal, zum Kulturschlamm, nämlich zu den Werkstätten unserer Bühnen. Wer schon länger hier im Rat Mitglied ist, hat dieses Thema schon einige Male verfolgen können. Zwischenzeitlich war von gemeinsamen Lösungen mit der Stadt Bonn die Rede. Auch gemeinsame Lösungen und Synergien mit dem WDR waren eine Zeit lang in der Diskussion. Jetzt, Ende 2017, stehen wir da und haben für unsere Bühnen immer noch keine Lösung, obwohl sich die Rahmenbedingungen in den letzten 15 Jahren faktisch gar nicht geändert haben.

Die Situation an der Oskar-Jäger-Straße ist definitiv eine Zwischenlösung, kann auch mehr nicht sein, weil die Werkstatt dort zu klein ist und die Ausstattung definitiv zu alt für Bühnen in der Form, wie wir sie hier in Köln betreiben wollen. Die Arbeitsabläufe können dort nur ineffizient abgebildet werden. Ungefähr 5 Prozent der Gesamtarbeitszeit - so die letzte actori-Studie - geht durch ineffiziente Arbeitsabläufe verloren. Das sind immerhin zwei Stunden pro Arbeitswoche. Das heißt: Jede 20. Arbeitswoche, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Werkstätten geleistet wird, geht durch ineffiziente Abläufe verloren.

Das allein wäre schon ein Grund, darüber nachzudenken, den Zustand dort möglichst schnell zu ändern, vor allem wenn man bedenkt, dass der Mangel von uns mit einer großen sechsstelligen Summe bezahlt wird. Es ist ja nicht so, dass wir die Werkstatt an der Oskar-Jäger-Straße geschenkt bekommen. Nein, meine Damen und Herren, es kommt noch schlimmer: Letztendlich ist die Arbeitsergonomie derart schlecht, dass wir das Hickhack um die Lösung für die Werkstätten der Bühnen im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter austragen, und das dürfen wir nicht länger tun.

Die Verwaltung hat im September mit einer Vorlage versucht, eine Lösung aufzuzeigen. Diese Vorlage war nicht entscheidbar aus verschiedenen Gründen. Zum einen waren die Synergien mit dem WDR nicht darstellbar; zum anderen fanden für das alternative Grundstück, das von der Verwaltung favorisiert war, bereits Verhandlungen für andere Vermarktungen statt. Wir wollen natürlich nicht das eine Gewerbe gegen das andere ausspielen, sondern wir suchen tragfähige Lösungen für beide.

Klar ist: Wir brauchen jetzt eine Initiative. Der Antrag, den wir heute in den Rat einbringen, soll genau diese Initiative sein. Wir wissen, dass der Mietvertrag für das Objekt Oskar-Jäger-Straße Ende 2020 ausläuft. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir sind der Meinung, dass mit dem Antrag, so wie wir ihn jetzt einbringen, die Werkstätten in die Lage versetzt werden, verzugslos in ein neues Mietobjekt einzuziehen. Das hat verschiedene Vorteile. Der wesentlichste Vorteil ist im letzten Satz der schriftlichen Begründung zu lesen. Wir behalten die Handlungsoptionen für die Zukunft und können in fünf, sechs, sieben oder in zehn Jahren entscheiden, ob wir das Mietmodell weiterführen oder ob wir dann eine Eigenlösung präferieren.

Ich schaue einmal zur Oberbürgermeisterin, die ja mit dem Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn in verschiedenen Gremien über Synergien und Zusammenarbeit nachdenkt. Vielleicht sind wir ja in zehn Jahren so weit, dass wir mit der Stadt Bonn gemeinsam eine solche Werkstatt betreiben.

Insgesamt ist es sicherlich notwendig, jetzt so zu verfahren, allein auch aus Rücksicht auf die Beschäftigten bei den Werkstätten. Zum Wohle der Bühnen muss dieser Antrag hier heute beschlossen werden.

Wir sind schon etwas erstaunt, dass die SPD jetzt einen Änderungsantrag zu diesem Thema gestellt und in diesen Antrag den Beschlussvorschlag der Verwaltung Wort für Wort kopiert hat. Wie ich gerade dargestellt habe, ist die Beschlussvorlage von der Verwaltung damals zurückgezogen worden, weil sie so nicht entscheidbar war. Was soll sich jetzt bitteschön ändern, wenn das Ganze als SPD-Antrag noch einmal aufs Tapet kommt? Es ist weiterhin nicht entscheidbar. Wir werden diesem Antrag natürlich nicht zustimmen können aus den von mir dargestellten Gründen. Wir bitten die SPD, noch einmal darüber nachzudenken, ob das wirklich pfiffig ist oder ob sie nicht lieber unserem Antrag zustimmen will. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow hat das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! In Vorbereitung auf dieses Thema habe ich mir meine Rede vom 4. April hier im Rat zu

den Bühnenwerkstätten noch einmal durchgelesen. Ich könnte die meisten Passagen heute wiederholen; denn es hat sich nichts daran geändert, dass zwingender Handlungsbedarf besteht. Wer die Werkstätten in der Oskar-Jäger-Straße besucht und sich etwas länger dort aufhält, bekommt hautnah mit, dass die Mitarbeitenden dort effizient und immer noch motiviert arbeiten. Das ist fast ein kleines Wunder. Mein Dank gilt den Mitarbeitenden, die dort wirklich hochmotiviert tätig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die derzeit auf Mietbasis an der Oskar-Jäger-Straße untergebrachten Bühnenwerkstätten sind in einem so mangelhaften baulichen Zustand, dass eine längerfristige Fortführung des Betriebs dort nicht verantwortbar ist. Eine Instandsetzung und Modernisierung vor Ort scheidet wegen eines erheblichen Baugrundrisikos aufgrund einer Altlast aus. Auch ansonsten ist klar: Es muss etwas geschehen. Die Bühnen brauchen neue oder sanierte Werkstätten.

Um zu einer guten Lösung zu kommen, hat der Rat schon 2014/2015 einiges beschlossen und auf den Weg gebracht. Ich denke, dass auch die damals beschlossene Kooperation mit dem WDR eine gute Entscheidung war. Ziel war, Synergien zu schaffen, Kosten zu reduzieren und gute Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden zu schaffen.

Nach der Sommerpause gab es dann die Vorlage zu den Bühnen-Werkstätten, die verschiedene Varianten auflistete. Kurz vor der entscheidenden Sitzung des Betriebsausschusses Bühnen - das wissen Sie - wurde diese Vorlage zurückgezogen. Das war für die Mitarbeitenden tatsächlich ein Schlag ins Gesicht, befürchteten sie doch nun, dass die Bühnenwerkstätten langfristig keiner Lösung zugeführt werden.

Hier setzt unser Antrag an. Dieser Handlungsbedarf ist uns tatsächlich Aufgabe. Wir möchten, dass etwas geschieht, dass diese Werkstätten erst einmal wieder in einen besseren Zustand versetzt werden. Wir wollen mit unserem Antrag einen Lösungsvorschlag für die Zukunft initiieren. Wir möchten im Rat heute ein Mietmodell auf den Weg bringen, indem per Ausschreibung ein Investor für den Bau der Werkstätten ermittelt wird, die dann für zehn Jahr plus Verlängerungsoption gemietet werden können, damit die Werkstätten tatsächlich wieder arbeitsfähig sind.

Mit einer Werkstatt zur Miete könnte zeitnah die Situation für die Bühnenwerkstätten und ihre Mitarbeiter verbessert werden. Gleichzeitig bleiben alle Optionen für einen späteren Neubau in Eigenregie, für Kooperationen oder auch andere Lösungen offen. Die WDR-Kooperation ist dadurch nicht beendet, sondern kann sich vielleicht auf andere Weise fundieren, untermauern, wie auch immer. Im Interesse der Beschäftigten der Bühnenwerkstätten und zur Schaffung effizienter Produktionsabläufe wäre so eine zügige und wirtschaftliche Lösung denkbar. Angesichts der vielen Berichte über Bauvorhaben, die gerade in Köln verzögert oder verteuert laufen, ist es wichtig, den Werkstätten diese Möglichkeit zu eröffnen.

Wie gesagt: Wichtig ist, dass es eine zukunftsweisende Lösung gibt. Deswegen haben wir unseren Antrag so eingebracht; denn die Option auf den Bau eigener Bühnenwerkstätten ist damit ebenso weiter gegeben wie die Option einer Kooperation. In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Den SPD-Antrag und den LINKE-Antrag - Sie ahnen es sicher schon - lehnen wir ab. Das Grundstück, das dem SPD-Antrag zugrunde liegt, steht nicht zur Verfügung. Der Antrag der LINKEN greift den Ergebnissen des Werkstattverfahrens vor. Auch deswegen können wir ihm nicht folgen.

Zusammenfassend will ich sagen: Das Mietmodell lässt sich schneller realisieren als die Errichtung in Eigenverantwortung, und es lässt die Tür offen für langfristige, zukunftsweisende Optionen. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer hat das Wort.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Elster und Frau von Bülow, ein etwas merkwürdiger Vorgang ist das schon. Es kommt hier nicht auf Pfiffigkeit an, sondern es kommt darauf an, gemeinsam dafür zu sorgen - ich erinnere an die vorletzte Sitzung des Bühnenausschusses -, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Werkstätten optimale Arbeitsbedingungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir leisten uns eine mindestens 560 Millionen Euro teure Oper mit einem tollen Bühnenstück, das 41 Millionen Euro kostet, sind aber nicht in der Lage - das ist offensichtlich -, schnell und zügig zu einer optimalen Entscheidung für die Bühnen-Werkstätten zu kommen.

Wir hätten die Entscheidung in der letzten Ratssitzung treffen können. Ich erinnere noch einmal daran, dass kurz vor der Sitzung des Bühnenausschusses es die CDU war, die mich anrief und anfragte, ob wir als SPD bei dem Gelände in der Hugo-Eckener-Straße bleiben. Ich habe gesagt: Ja, wir bleiben dabei. Es gab eine deutliche Mehrheit von FDP, CDU und SPD im Betriebsausschuss Bühnen, sodass wir dann auch in der Ratssitzung hätten entscheiden können. Allein die Grünen waren auf das WDR-Gelände fixiert und nicht bereit, dieser Mehrheit beizutreten.

Von daher stimme ich Ihnen zu: Ja, das ist eilig. Aber wir müssen die Aspekte bitteschön auch sachgerecht betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort auf unsere Anfrage jedenfalls lässt solche Schlüsse nicht zu. Durch die Behauptung, das Grundstück stünde nicht mehr zur Verfügung, wird es ja nicht besser. Die Politik entscheidet darüber, ob ein städtisches Grundstück zur Verfügung steht oder nicht; kein anderer.

(Martin Börschel [SPD]: So ist das!
Genau so ist das!)

Mir ist bis heute keine plausible Antwort gegeben worden, warum dieses Grundstück nicht zur Verfügung steht; im Gegenteil. Ich benutze einmal das Argument, das in der Antwort auf unsere Anfrage hervorgehoben worden ist: Es handelt sich um ein strategisch wichtiges Grundstück. Dazu sage ich: Das haben die Bühnen-Werkstätten verdient, ein strategisch wichtiges Grundstück,

(Beifall bei der SPD)

damit auch die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen entsprechend Berücksichtigung finden.

Wenn ich unsere Debatte noch einmal Revue passieren lasse, muss ich sagen: Die Begründung, warum diese Vorlage eine oder zwei Minuten vor der Sitzung zurückgezogen worden ist, ist doch etwas merkwürdig. Da heißt es:

> Leider wurde es versäumt, die Vorlage vom Amt für Wirtschaftsförderung mitzeichnen zu lassen.

Die Oberbürgermeisterin hat die Vorlage nach monatelangen Beratungen freigegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hat sie nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Peinlich!
Das kann man nachlesen!)

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Doch, natürlich. - Zu dem Zeitpunkt war die Oberbürgermeisterin auch das zuständige Vorstandsmitglied für die Wirtschaftsförderung. Insoweit ist die Ausgangslage klar. Die Vorlage war freigegeben. Ich halte diese Vorlage auch weiterhin für wirklich sehr gut.

(Beifall bei der SPD)

Greif & Contzen haben 15 Gelände untersucht und sind am Ende zu der Entscheidung gekommen - und die Bühnen haben das aufgegriffen -, dass sowohl das WDR-Gelände als auch alternativ das Gelände Hugo-Eckener-Straße die bestgeeigneten Gelände sind. Insoweit spricht vieles dafür, gerade weil wir das nach langer Prüfung übernommen haben, unserem Antrag zuzustimmen.

Im Übrigen steht in dieser Vorlage auch: Das Mietmodell ist das teuerste,

(Martin Börschel [SPD]: Hört! Hört!)

und das bleibt auch so, selbst wenn man es herunterrechnet von 40 Jahren auf 10 Jahre und dann noch mal auf zweimal 5 Jahre. Glauben Sie denn, ein Investor wird sich das nicht bezahlen lassen? Er wird sich auf Heller und Pfennig oder auf Euro und Cent das Plus einer Gewinnmarge zurückholen. Auch insoweit spricht aus unserer Sicht vieles für unseren Änderungsantrag. Wir sind uns hier einig: Es braucht dringend eine Perspektive. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Zum Antrag der LINKEN. Es gibt in Kalk seit langem eine Debatte, wozu die Hallen Kalk genutzt werden sollen. Deshalb würden wir diesen Antrag ablehnen.

Wir stimmen für die Bühnen, für die Vorlage, die die Oberbürgermeisterin damals freigegeben hat. Das ist die insoweit sachgerechte Vorlage. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Vorschlag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle haben bestimmt heute Morgen im *Kölner Stadt-Anzeiger* den Artikel gelesen: „Mit Mut in die Zukunft“. Genau das wollen wir mit unserem Änderungsantrag „Eigenbau der Bühnen-Werkstätten in Köln-Kalk“.

Hier wurde schon viel über die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen in den Werkstätten gesprochen, aber kein einziges Mal erwähnt, dass es hier um den Vorschlag eines Mietmodells geht. Ich wundere mich sehr, dass die Ratsgruppe GUT diesem Antrag beigetreten ist; denn gerade Sie haben ja seinerzeit eine historische Aufarbeitung der Messen Kalk gefordert. Da haben wir nämlich ein solches Mietobjekt. Aber sei’s drum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, ich kann ja verstehen, dass Sie versuchen, Ihr Gesicht zu wahren. Hätten Sie seinerzeit Ihren Kooperationspartner CDU auf das Grundstück auf dem WDR-Gelände einschwören können, gäbe es heute diesen Antrag nicht. Erfreulicherweise weisen Sie in Ihrem Antrag - auch wenn Sie das eben abgesprochen haben, Frau von Bülow - auf die Drucksache Nummer 3559/2017 und damit auf das Ergebnis „Werkstattverfahren Hallen Kalk“ hin.

Aus dem Ergebnis des Prüfauftrags - zu finden in der oben genannten Drucksache - geht deutlich hervor, dass das Areal der Hallen Kalk in der gesamten Matrixbewertung auf Platz eins steht, also nicht das Gelände des WDR und auch nicht Ossendorf. Wörtlich heißt es dort:

> Der Standort „Dillenburger Straße“ erreicht in der entsprechend erweiterten Matrix bei den meisten Einzelkriterien und in der gewichteten Gesamtbetrachtung die höchsten Werte und ist somit nach den Kriterien „Grundstückskosten“ und „Erreichbarkeit“ als Standort für die Bühnenwerkstätten am besten geeignet.

Das scheint mir auch genau der Passus zu sein, den die SPD nicht zur Kenntnis nehmen will, wenn sie stur auf dem toten Pferd „Ossendorf“ sitzen bleibt und einfach aus der Verwaltungsvorlage vom März 2017 wortgetreu abschreibt. Darum werden wir Ihrem Änderungsantrag logischerweise nicht zustimmen können.

Unser Vorschlag würde ermöglichen, dass es mit dem Areal der Hallen Kalk vorangeht. Das Areal gehört der Stadt, es muss nicht gekauft bzw. gemietet werden oder, noch schlimmer, wie Sie vorschlagen, erst verkauft und dann zurückgemietet werden. Die Stadt hat damit ja schon einschlägige Erfahrungen gemacht.

Das Dilemma, das Herr Streitberger in seiner Überarbeitung der Antwort des Stadtplanungsamtes heraufbeschwört, ist real nicht vorhanden. Kosten durch mögliche Sanierung würden so oder so fällig, egal ob man es veräußert, es anderweitig bebaut oder den Werkstätten ein neues Zuhause gibt.

Man könnte - in Anlehnung an den Artikel im *Kölner Stadt*-Anzeiger von heute - an die Arbeit gehen. Lassen Sie uns das Areal entwickeln, statt wieder Zeit ins Land gehen zu lassen und eine unnütze Marktstudie zugunsten privater Investoren in Auftrag zu geben! Es wird Zeit, das Gebiet wieder mit Leben und Arbeit zu füllen. Stimmen Sie unserem Antrag zu! - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Görzel. Sie haben das Wort.

Volker Görzel (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion wird dem Antrag der CDU und der Grünen hier heute beitreten und diesen unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte zunächst begründen, warum. Für uns steht im Mittelpunkt, eine schnelle und flexible Lösung zu finden, Flexibilität und Geschwindigkeit bezüglich des Reins, aber vor allem auch bezüglich des Raus.

Jeder, der vorhat, ein Eigenheim zu kaufen, wägt vorher ab, ob es nicht vielleicht doch besser ist, weiter zur Miete zu wohnen, weil das Wohnen zur Miete größtmögliche Flexibilität bietet. Das ist für uns der ausschlaggebende Punkt; denn die Zeit drängt.

Liebe Frau Kollegin von Bülow, ich habe nicht meine Ratsrede vom April dieses Jahres durchgelesen; da war ich nicht Mitglied des Rates.

Aber ich war heute auf den Tag genau vor acht Jahren Ratsmitglied

(Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

- Sie wissen, wovon ich rede -, als wir hier in diesem Raum nachts um 0.45 Uhr beschlossen haben, dass wir eine neue Bühne bauen wollen. Aus all dem ist nichts geworden. Aber es darf hier heute, acht Jahre später, daran erinnert werden, wo der Geburtsfehler der aktuellen Misere liegt. Das gehört irgendwo dazu.

(Beifall bei der FDP)

Mit der nun vorgeschlagenen Lösung kommen wir schnell aus dem Objekt wieder heraus, wenn die entsprechenden Mietverträge rechtzeitig gekündigt werden.

Uns ist noch ein weiterer Gesichtspunkt wichtig, nämlich Ergebnisoffenheit. Die sollten wir hier in den Vordergrund stellen. Wir binden uns jetzt nicht. Wenn die Vergangenheit eines gezeigt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dann doch das: Auch mit größtmöglicher Mühe gelingt es nicht, Kostenklarheit herbeizuführen. In Ihrem Antrag sehe ich dazu keinerlei Hinweise. Es ist naiver Kindsglaube, anzunehmen, dass wir heute per Beschluss einen Kostendeckel schaffen würden. Die Vergangenheit hat bewiesen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir sollten aus unseren Fehlern lernen.

(Beifall bei der FDP)

Ein letzter Gesichtspunkt. Lieber Kollege Schäfer, ich konnte mich eben eines gewissen Grinsens nicht erwehren, als Sie die fadenscheinige, vermeintliche Begründung der Verwaltung zur Rücknahme der ursprünglichen Vorlage angeführt haben, nämlich ein fehlendes Votum der Wirtschaftsförderung. Lieber Kollege Schäfer, ich kann Ihnen versichern, auch Sie werden heute die Gelegenheit haben, ein für alle Mal dafür zu sorgen, dass es zukünftig an Voten der Wirtschaftsförderung nicht mehr scheitert. In diesem Sinne: Auf einen schönen Nachmittag!

(Beifall bei der FDP und der CDU - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Bitte sehr, Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine konkrete Frage an Herrn Wasserbauer: Herr Wasserbauer, es ist ja ein Katalog in Arbeit mit 39 Positionen der Locations, die die Bühnen im gesamten Stadtgebiet und auch außerhalb belegen. Ist es so, dass das geplante Vorhaben in mehrere Positionen dieses Katalogs mit aufgenommen werden könnte? Können Sie das jetzt beantworten? Und - zweite Frage - wann bekommen wir diesen Katalog? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, ich will jetzt nicht belehrend wirken, aber das ist eine Anfrage an die Verwaltung. Wir werden Ihnen die Antwort darauf schriftlich geben.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Wer enthält sich? - Es enthält sich die Ratsgruppe BUNT. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Ersetzungsantrag der LINKEN. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist DIE LINKE. Wer enthält sich? - Wieder die Ratsgruppe BUNT. Dann ist das auch abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Ursprungsantrag von CDU, Grüne und GUT. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, die Ratsgruppe GUT, die AfD, Herr Wortmann und die FDP. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe BUNT enthält sich. Dann ist dieser Antrag angenommen.

Beschlüsse:

I. Beschluss zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Präambel:

Die Bühnen der Stadt benötigen dringend neue Bühnenwerkstätten. Hierfür sollte der Rat der Stadt Köln die bestgeeignete, wirtschaftlichste und nachhaltigste Entscheidung treffen.

Die aktuell gemieteten Werkstätten in der Oskar-Jäger-Straße sind sanierungsbedürftig und entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik. Die Stadtverwaltung hatte verschiedene Möglichkeiten untersucht, worunter sich ein Standort in Ossendorf als bestgeeignet herausstellte. Eine Mehrheit im zuständigen Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln zeichnete sich ab. Vor einer möglichen Entscheidung wurde die Vorlage jedoch mit einer – bis heute – nicht überzeugenden Begründung zurückgezogen. Daher ist davon auszugehen, dass der Standort in Ossendorf nach wie vor der bestgeeignete ist. Die Antragsteller beantragen deshalb, dass der Rat der Stadt Köln diese in der Beschlussvorlage 2333/2017 als Alternative genannte Variante endlich beschließen und damit eine Lösung auf den Weg bringen möge.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln mit der Planung des Projekts Bühnenwerkstätten auf dem Grundstück südlich der Hugo-Eckener-Straße im Gewerbegebiet Ossendorf bis zur Leistungsphase 3 gem. HOAI. Zur Erreichung einer höheren Kosten- und Terminsicherheit ist beabsichtigt, die für Termine und Kosten relevanten Leitdetails der Ausführungsplanung (Leistungsphase 5, HOAI) vorzuziehen, damit diese ebenfalls Grundlage der der zu erstellenden Kostenberechnung werden können. Die Beauftragung erfolgt grundsätzlich stufenweise. Die Betriebsleitung wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge auf Basis vorausgehender Vergabeverfahren einzugehen. Ein Vergabevorbehalt wird nicht ausgesprochen.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Planung des Gebäudes und der technischen Anlagen insbesondere auf nachhaltige, energieeffiziente und ggf. Energieüberschüsse erwirtschaftende Systeme zu setzen. Durch die Bauweise soll ein umweltschonendes Gebäude entstehen, welches durch Einsparung von Energie die Nebenkosten und damit langfristig den Betriebskostenzuschuss an die Bühnen senkt. Soweit es sich bei der Planung ergibt, sind in diesem Zusammenhang Alternativen auszuarbeiten.*

3. *Die Entwurfsplanung einschließlich der geprüften Kostenberechnung ist dem Rat zur Beschlussfassung über die Realisierung des Projekts (Baubeschluss) vorzulegen.*

4. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die finanziellen Aufwendungen auf den Betriebskostenzuschuss der Bühnen bei Realisierung der Maßnahme erst hinreichend konkret ermittelt werden können, wenn eine fortgeschrittene Bauplanung vorliegt. Die Verwaltung wird daher aufgefordert, zur Vorlage des Baubeschlusses die Auswirkungen auf den Betriebskostenzuschuss der Bühnen unter Berücksichtigung der Investitionen, der Abschreibungen, der Finanzierung und der laufenden Kosten vorzulegen.*

5. *Bis zum Baubeschluss werden für die Maßnahme ‚Neubau der Werkstätten an der Hugo-Eckener-Straße' Mittel in Höhe von ca. 700 T€ für Planung und Projektleitung benötigt. Die Mittel werden durch Kreditaufnahme vorfinanziert und im Wirtschaftsplan der Bühnen veranschlagt.*

6. *Der Rat beauftragt die Bühnen der Stadt Köln, verschiedene langfristige Finanzierungsmodelle für den Neubau der Werkstätten zu prüfen und zum Baubeschluss hierzu ein Konzept vorzulegen. Im Rahmen der Finanzierung sollen auch ggf. erwirtschaftete Überschüsse aus den Jahresabschlüssen der Bühnen Berücksichtigung finden. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Wahrnehmung der Bauherrnaufgaben sowie die Projektleitung für den Neubau der Werkstätten innerhalb der Bühnen der Technischen Betriebsleitung zugeordnet werden.*

7. *Der Rat beauftragt die Betriebsleitung der Bühnen mit der Liegenschaftsverwaltung die Konditionen des Überganges des Grundstücks an der Hugo-Eckener-Straße in das Sondervermögen der Bühnen zu klären und eine entsprechende Ratsentscheidung vorzubereiten.*

8. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Verbleib der Bühnenwerkstätten in der Oskar-Jäger-Straße bis zur Beendigung dieses Projektes mit zusätzlichen Kosten verbunden ist. Die Betriebsleitung wird zur Vermeidung eines Interims der Werkstätten beauftragt, den aktuellen Standort zu sichern und wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge zu schließen. Die zusätzlichen Kosten sind über den Wirtschaftsplan der Bühnen darzustellen.*

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der SPD- Fraktion:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenhaltung der Gruppe BUNT abgelehnt.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung der Stadt Köln mit der Planung und Umsetzung des Projekts Bühnenwerkstätten auf einem Grundstück beziehungsweise in einem bestehenden Gebäude nördlich und/oder südlich der Dillenburger Straße im Areal des "Werkstattverfahrens Hallen Kalk".*

2. *Hierbei ist von Anfang an darauf zu achten, dass ein möglicher Neubau in diesem Areal - nach den Vorstellungen der Bühnen - die für diesen Standort formulierten städtebaulichen Zielsetzungen nicht gefährdet. (Das könnte beispielsweise erreicht werden durch eine Sanierung und Funktionsänderung der bestehenden Hallen in Werkstätten für die Bühnen im Sinne der städtebaulichen Zielsetzung und in Vereinbarung mit dem geltenden Baurecht.)*

3. *Die Kosten für Altlastensanierung und Sanierung der Hallen, welche die derzeit für einen Neubau kalkulierten Kosten von 18,5 Mio. € übersteigen werden ermittelt und dem Rat zur Entscheidung für eine Übernahme durch den Haushalt der Stadt Köln außerhalb des Wirtschaftsplanes der Bühnen vorgelegt.*

4. *Die Verwaltung prüft, welche Fördermöglichkeiten (z.B. EFRE) es gibt und beantragt diese.*

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Gruppe BUNT abgelehnt.

III. Beschluss zum Ursprungsantrag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Neubau der Bühnenwerkstätten eine Markterkundung als Voraussetzung zur Ausschreibung eines Mietvertrages für den Neubau eines Werkstattgebäudes im Kölner Stadtgebiet durch einen Privatinvestor durchzuführen. Hierbei sind die Ergebnisse aus der Mitteilung 3559/2017 zu berücksichtigen. Das Ergebnis der Marktuntersuchung ist baldmöglichst vorzulegen, damit der Rat auf seiner Grundlage die Ausschreibung eines Mietvertrages beschließen kann.

Abstimmungsergebnis über den Ursprungsantrag:

Einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP, AfD und der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln), bei Stimmenthaltung der Ratsgruppe BUNT zugestimmt.

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Autofreie Altstadt jetzt!" AN/1653/2017

Präambel:

Der Bereich der historischen Altstadt ist die Visitenkarte unserer Stadt und ein Stadtraum von herausragender und identitätsstiftender Bedeutung für Köln. Der zentrale Bereich im Herzen der Stadt um Dom, Rathaus, Alter Markt und Heumarkt ist außerdem Ausgangs- und Zielort für unzählige Besucher, die jedes Jahr von überall her nach Köln kommen und prägt damit das Erscheinungsbild Kölns als Metropole maßgeblich.

Auch mit Blick auf die laufenden Stadtentwicklungsprozesse wie Masterplan, Miqua und Via Culturalis ist die Frage der künftigen Verkehrsführung in diesem Bereich nicht nur verkehrspolitisch von herausragender Bedeutung. Hier gilt es, die imageprägende Anmutung unserer Altstadt zukunftsgerichtet und einer modernen Metropole mit hoher Aufenthaltsqualität angemessen zu gestalten. Das erfordert insbeson-

dere auch eine Verkehrsführung, die für diesen zentralen Erlebnisraum nicht länger die Anforderungen des motorisierten Individualverkehrs als Maßstab der Planungen anlegt, sondern vielmehr attraktive Angebote zum Flanieren und Verweilen in den Mittelpunkt stellt.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung eine Planung zur künftigen Verkehrsführung in der Kölner Altstadt auszuarbeiten, wie der zentrale Bereich um Rathaus, Miqua und WRM, Alter Markt und Heumarkt vom Autoverkehr freigezogen werden kann.*

2. *Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie folgende Bereiche als Fußgängerzonen eingerichtet werden können:*
   Unter Goldschmied als zentrale Achse für den Fußgängerverkehr sowie Am Hof, Bechergasse, Große Budengasse, Kleine Budengasse, Portalsgasse, Rathausplatz, Bürgerstraße, Obenmarspforten, Quatermarkt, Martinstraße bis Bolzengasse, Bolzengasse, Steinweg, Heumarkt bis Gürzenichstraße, Unter Käster, Hühnergasse, Marsplatz und Alter Markt (vgl. Anlage).
   Zielsetzung ist es, ein Konzept zu entwickeln, das eine weitestmögliche autofreie Gestaltung der historischen Altstadt vorsieht und dabei die Erreichbarkeit der Parkhäuser über alternative Erschließungen gewährleistet. Berechtigte Erschließungsbelange der Anwohner, Anlieger und von Gewerbetreibenden sollen über entsprechende Regelungen Berücksichtigung finden.

3. *Für eine durchgängige Gestaltung mit weitläufigen Fußgängerzonen sind zudem Drususgasse, Kolumbastraße, Richartzstraße, ein Teilbereich der Ludwigstraße sowie die Minoritenstraßen zwischen Drususgasse und Richartzstraße in die Planungen einzubeziehen und die Möglichkeiten zur Freiziehung vom Autoverkehr zu prüfen.*

4. *Eine geregelte Nutzung der künftig autofreien Bereiche auch für den Radverkehr soll grundsätzlich möglich sein. Ziel muss es dabei sein, insbesondere auch in Bereichen mit einem hohen Fußgängeraufkommen Konflikte zu vermeiden. Es muss attraktive Wegebeziehungen für Rad- und Fußgängerverkehr gleichermaßen geben.*

5. *Für eine nachhaltige Neuordnung in Bezug auf die bestehenden Parkhäuser wird die Verwaltung beauftragt, ein Portalparkhauskonzept zu entwickeln. Zielsetzung soll es sein, perspektivisch Parkangebote in Parkhäusern lediglich im äußeren Bereich der historischen Altstadt zu unterbreiten.*

6. *Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, die derzeit parallel laufenden Planungen und Entwicklungen in einzelnen Betrachtungsräumen im Bereich Altstadt, ausdrücklich genannt seien Neuplanung Trankgasse, Neugestaltung Tunnel Johannisstraße, Neugestaltung Kurt-Hackenberg-Platz in einer Gesamtbetrachtung zusammenzuführen und daraus eine einheitliche Vision zu entwickeln, wie sich die Aufenthaltsqualität im Herzen der Stadt durch eine zukunftsgerichtete Verkehrs- und Stadtplanung deutlich steigern lässt.*

7. *Die in diesem Sinne entwickelte Planung soll der Öffentlichkeit im weiteren Planungsprozess vorgestellt und unter Berücksichtigung der hier gewonnenen Erkenntnisse weiterentwickelt werden.*

Abstimmungsergebnis:
Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppe BUNT in den Verkehrsausschuss verwiesen zur Beratung im Zusammenhang mit der Beratung zum Verkehrskonzept Altstadt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.5 auf:

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Verhängung längerfristiger Aufenthaltsverbote für auffällige Personen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz“ AN/1866/2017

Ich gebe zunächst dem Stadtdirektor das Wort.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir folgenden Hinweis: Die Anwendung des § 34 (2) Polizeigesetz liegt ausschließlich im Ermessen der Polizei. Das heißt: Man kann trefflich darüber streiten, ob eine Beschlussfassung zu diesem Antrag rechtmäßig wäre. Sie wäre jedenfalls folgenlos, weil die Polizei in eigener Zuständigkeit entscheidet, ob sie hier von diesem Eingriffsrecht Gebrauch macht oder nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind gleichwohl der Meinung, Herr Dr. Keller, dass es ein wichtiges politisches Signal ist, das vom Rat der Stadt Köln ausgehen sollte, die unhaltbaren Zustände am Ebertplatz und am Neumarkt abzustellen.

Das erfahren Sie, wenn Sie mit den Geschäftsleuten und den Bürgern sprechen. Herr Dr. Rau wird bestätigen können, dass es in den Bürgerversammlungen massive Kritik an den unhaltbaren Zuständen gab. Die Polizei ist trotz Verhängung kurzfristiger Aufenthaltsverbote nicht mehr Herr der Lage. Wir sind der Meinung: Es sollte ein Antrag formuliert werden - ganz offiziell an das Polizeipräsidium - und darum gebeten werden, vom langfristigen Aufenthaltsverbot Gebrauch zu machen. Deshalb bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht.

Dann frage ich, wer diesen Antrag positiv sieht. Wer ist dafür? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind SPD, Grüne, CDU, Ratsgruppe BUNT, Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann, DIE LINKE und die FDP-Fraktion. Enthält sich noch jemand? - Nein. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert den Polizeipräsidenten auf, längerfristige Aufenthaltsverbote in den Bereichen Neumarkt/Griechenmarktviertel und Ebertplatz/Eigelstein zu verhängen, um zu einer Entschärfung der Situation beizutragen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe als Nächstes die Tagesordnungspunkte 3.1.6 und 10.52 auf:

3.1.6 Antrag der SPD Fraktion betreffend „Ebertplatz den Menschen zurückgeben - Menschen statt Mauern!“
AN/1865/2017

10.52 Verbesserung der Situation am Ebertplatz
Bericht über Sofortmaßnahmen und Beschlussfassung über ein Interimskonzept
3609/2017

Ich gebe zuerst Herrn Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ebertplatz hat die politischen Gremien des Rates der Stadt Köln und der Bezirksvertretung Innenstadt schon seit geraumer Zeit beschäftigt. Ich will beispielsweise auf einen Antrag zu einem umfassenden Maßnahmenpaket in der Bezirksvertretung Innenstadt aus dem Jahr 2016, damals von der SPD-Fraktion beantragt, verweisen.

Wir können, glaube ich, heute festhalten, dass die traurige und abschreckende Entwicklung auf und um den Ebertplatz herum in den letzten Monaten zu großem bürgerschaftlichem Engagement und Interesse der Bevölkerung geführt hat. Wir selbst haben eine Bürgerversammlung durchgeführt, an der ungefähr 200 Teilnehmende mitgewirkt haben. Auch der Bürgerverein Eigelstein hat eine Bürgerversammlung durchgeführt, die sehr gut besucht war.

Der Brunnen e. V., Labor, Gewerbetreibende, Gastronomie und viele andere mehr haben sich in den letzten Wochen und Monaten intensiv und konstruktiv mit dem Zustand des Ebertplatzes beschäftigt. Die eindeutige Botschaft in allen Zusammenkünften war: Wir lassen uns diesen Platz nicht wegnehmen, und wir nehmen die Verwahrlosung nicht länger hin. - Das war die ganz eindeutige Botschaft von allen Beteiligten, und das ist auch gut so. Damit haben wir an dieser Stelle endlich, endlich die Chance, wirklich nachhaltige Entwicklungen in Gang zu setzen.

Viele der Anregungen, die aus der Bevölkerung gekommen sind, haben wir in unseren heutigen Antrag aufgenommen. Andere Forderungen haben wir schon in der Aktuellen Stunde der Ratssitzung am 14. November dieses Jahres zur Sprache gebracht. Ich will beispielhaft nur einen Punkt unseres Antrags erwähnen, nämlich: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei eine deutlichere Präsenz als in der

Vergangenheit auf dem Ebertplatz sicherzustellen, aber auch aufsuchende Hilfen wie Streetwork, Suchtclearing und Ähnliches in ihre Konzeption mit einzubeziehen.

Außerdem fordern wir, etwaige Verdrängungseffekte gleich mitzudenken und natürlich so weit wie möglich zu verhindern. Schon heute, so wird uns berichtet, werden im Agnesviertel, aber auch in anderen angrenzenden Veedeln erste Verdrängungseffekte beklagt. Auch das sind Umstände, die wir unbedingt im Blick behalten und so weit wie möglich verhindern müssen.

Schon in der Sitzung im November haben wir die Stadtverwaltung und die Oberbürgermeisterin dringend aufgefordert, die Kündigung für den Kunstraum Labor, die offensichtlich voreilig war, wie Sie selbst eingeräumt haben, zurückzunehmen; denn nach unserer festen Überzeugung ist die Kultur auf dem Ebertplatz eben nicht Teil des Problems, sondern muss, kann und soll Teil der Lösung sein. Das müssen wir eindeutig hier zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der SPD)

Last not least möchte ich darauf verweisen, dass selbstverständlich auch die Reinigung des Platzes und die Grünpflege in den Mittelpunkt eines Maßnahmenpakets gehören.

All diese Punkte haben wir nicht nur in der Ratsversammlung im November und schon deutlich früher in der Bezirksvertretung Innenstadt zur Sprache gebracht, sondern auch in unserem heutigen Antrag formuliert.

Was mich freut, ist - das kann man sowohl an der Verwaltungsvorlage als auch am Änderungsantrag der Jamaika-Fraktionen sehen -, dass wir uns über das Allermeiste inzwischen einig zu sein scheinen. Deswegen möchte ich über diese Punkte jetzt kein weiteres Wort verlieren, sondern mich ganz bewusst auf die Unterschiede konzentrieren, die nun, nachdem die Verwaltungsvorlage vorliegt und nachdem CDU, Grüne und FDP einen Antrag dazu vorgelegt haben, noch verblieben sind.

Sie haben zwar in Ihrem eilig zusammengeschusterten Antrag eine Menge unserer Punkte abgeschrieben, aber eben nicht komplett und da und dort auch nicht präzise.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Geschichtsklitterung!)

- Unser Antrag war nun einmal vorher da, Ihrer ist relativ knapp eingegangen. Das kann ich nicht ändern. Bei einigen Punkten sind wir uns einig, bei anderen gibt es einen Dissens.

Aus unserer Sicht sollten wir bezogen auf die Behandlung der Gewerberäume in der unterirdischen Passage differenzieren. Sie sagen: Es soll alles bleiben, wie es ist. Alle sollen - auch mit dem Besatz, mit der Bespielung - so bleiben, wie sie sind. - Da will ich ganz ausdrücklich sagen: Das sieht die SPD-Fraktion anders.

Wer mit der Polizei oder auch mit örtlich Aktiven aus der Stadtverwaltung gesprochen hat, müsste eigentlich zur Kenntnis genommen haben, dass alles dafür spricht, all das, was mit Kunst und Kultur zu tun hat, dort zu belassen, aber auch erfahren haben, dass es beispielsweise bei der einen oder anderen gastronomischen Nutzung durchaus ein Problem gibt, weil Publikum angezogen wird, das dem Platz nicht guttut.

Deswegen sagen wir ganz ausdrücklich in Richtung CDU, Grüne und FDP: Wenn Sie pauschal sagen: Alle Gewerbeeinheiten sollen so vermietet bleiben, wie sie sind, sind wir anderer Meinung. Wir sind für eine Differenzierung und sind uns mit der Polizei und dem Ordnungsamt dahin gehend auch einig.

Der zweite große Dissens ist das Zumauern des westlichen Teils des Ebertplatzes. Die Stadtverwaltung weiß, dass es für diesen Vorschlag des Stadtdirektors von Anfang an keine Mehrheit hier im Rat der Stadt Köln gegeben hat. Diese Mehrheit wird es auch heute nicht geben.

Der Stadtdirektor hat sich an der Stelle - entschuldigen Sie, wenn ich das so lapidar sage - ein bisschen verrannt. Allerdings muss man auch sagen, erst recht, wenn man wie Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Fehlerkultur in der Verwaltung hochhalten will: Der Stadtdirektor ist in Ihrem Auftrag an dieser Stelle tätig gewesen. Dass Sie seinen Vorschlägen nicht frühzeitig eine andere Richtung gegeben haben, sondern, wie wir hören, hier heute selbst gegen seinen Vorschlag stimmen wollen, das müssen Sie selbst beurteilen, wie Sie das finden. Ich jedenfalls finde es relativ zweifelhaft, wenn der zweithöchste Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Ihrem Auftrag lange das eine vorschlägt und heute von Ihnen höchstpersönlich das andere ins Stammbuch geschrieben bekommt.

In der Sache ist es jedenfalls richtig: Wir waren immer und wir bleiben immer gegen ein Zumauern des Ebertplatzes. Menschen müssen im Mittelpunkt stehen und eben nicht Mauern.

(Beifall bei der SPD)

Auf einen letzten Unterschied möchte ich gerne noch eingehen, nämlich das Thema Rolltreppen und Brunnen. Diese sind ja durch ihre Nichtinbetriebnahme seit vielen Jahren im Grunde ein trauriges Symbol des Niedergangs. Unser Ziel bleibt nach wie vor die große Umgestaltung des Ebertplatzes. Aber wie wir alle wissen, dauert das eben seine Zeit, länger als uns lieb ist. Das können wir hier und heute an der Stelle nicht ändern. Deswegen muss man umso mehr auf die Sofort- und auf die Interimsmaßnahmen setzen.

Dass Sie von CDU, Grünen und FDP heute tatsächlich sagen: Die Wiederinbetriebnahme des Brunnens und der „Wasserkinetischen Plastik“ möge nur geprüft werden, halten wir für einen Ausweis von Handlungsunfähigkeit. Wir wollen nicht verzögern, sondern wir müssen handeln. Wir haben die Stadtverwaltung dazu befragt. Etwa 100.000 Euro wird die Wiederinbetriebnahme des Brunnens kosten. Also kann man das auch beschließen.

Unsere dringende Bitte und Anregung ist: Lassen Sie uns heute nicht hadern, sondern handeln! Das hat der Ebertplatz verdient. Das haben die Menschen verdient. Das muss doch heute die Botschaft aus dem Rat der Stadt Köln sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass heute gehandelt wird. Der Fachausschuss und die Bezirksvertretung Innenstadt haben gestern schon einstimmig, bei Nichtbeteiligung einer Fraktion zu einem Teil, die entsprechenden Entscheidungen getroffen,

(Martin Börschel [SPD]: Dafür ist der Rat heute zuständig, Herr Kollege!)

und das sind gute Entscheidungen; denn wir dürfen bei dieser Angelegenheit eines nicht vergessen: Wir haben hier eine Altlast aus den 60er-/70er-Jahren, in der es noch eine andere Kultur des Umgang mit Plätzen gab. Diese alte Zeit muss überwunden werden. Wir haben die entsprechenden Beschlüsse zum Masterplan schon länger diskutiert. Es ist an der Zeit, jetzt zu einer langfristigen, tragfähigen Lösung zu kommen.

Die Zeitpläne sehen zurzeit als Zeithorizont das Jahr 2020 vor, sodass das Interim etwa zwei Jahre dauern wird. Das muss man im Hinterkopf haben, wenn man hier die einzelnen Varianten diskutiert. Ein Zumauern macht für diesen kurzen Zeitraum überhaupt keinen Sinn. Ich sage einmal so: Bis diese Arbeiten abgeschlossen sind, rollen schon die Bagger an für die endgültige Lösung. Das wäre sicherlich keine adäquate Maßnahme, auch weil sich gezeigt hat, dass es mit einfachen Mitteln nicht getan ist, sondern man hier schon intensiver eingreifen muss.

Ich muss feststellen, dass jetzt zumindest hier im Rat - das war lange Zeit nicht so - große Einigkeit herrscht über den Dreiklang, den ich bereits in der letzten Ratssitzung als Mittel der Wahl angedeutet habe.

Erstens. Wir müssen das Thema Ordnung und Sicherheit ernst nehmen. Hier sind zunächst einmal Polizei und Ordnungsamt gefragt, und dann ist auch die KGAB einzubeziehen. Es laufen ja noch andere Prüfaufträge, wie die städtische Gesellschaft hier und an anderer Stelle dieser Stadt entsprechend eingesetzt werden kann.

Die zentrale Botschaft ist: Wer auf den Ebertplatz geht, wird feststellen, dass die Situation dort ganz anders ist als noch vor einem Jahr. Nicht nur durch die öffentliche Aufmerksamkeit, sondern auch durch die höhere Frequenz der Streifengänge der Polizei und des Ordnungsamts hat sich die Situation sehr entspannt, und das soll auch so bleiben, nicht nur in der Interimsphase, sondern auch final. Wir müssen uns das auch bei anderen Plätzen intensiv anschauen.

Es ist zweitens wichtig, zu wissen - der Entwurf der Vorlage, über die wir heute abstimmen, wurde ja gestern schon im AVR vorgestellt -, dass dort eine auskömmliche Anzahl an Streetworkern eingesetzt werden wird und die bedürftigen, kranken Menschen, die der Sucht verfallen sind, genau die Unterstützung bekommen werden, egal welcher Altersklasse sie angehören.

Das Dritte - auch da gibt es überhaupt keinen Dissens - betrifft die Frage: Wie können wir den Platz insgesamt beleben? Hier müssen wir sowohl Kultureinrichtungen als auch Gewerbebetriebe stärker einbeziehen.

Das alles sind genau die richtigen Ansätze, um dieses Interim zu gestalten. Insoweit glaube ich

auch, dass wir hier zu einem guten Ergebnis kommen werden.

Sie hatten separat vorgeschlagen, bestimmte Gewerbebetriebe auszutauschen. Dazu verweise ich noch einmal auf den Zeithorizont. Bis eine Kündigung ausgesprochen und vollzogen ist und bis ein neuer Betreiber gefunden ist, sieht die Situation auf dem Platz sowieso schon ganz anders aus.

Insoweit glaube ich, dass dieser Teil Ihres Änderungsantrags überflüssig ist. Ich werbe dafür, dass wir hier einstimmig die AVR-Variante unter Ablehnung Ihres Änderungsantrags beschließen, damit die Sachen endlich so aufgegleist werden können.

Noch einmal zur Legendenbildung: Sie haben die letzten zehn Jahre in dieser Stadt maßgeblich mitgestaltet. In dieser Zeit hat der Ebertplatz überhaupt gar keine Rolle für Sie gespielt.

(Beifall bei der CDU)

Wir räumen hier jetzt gemeinsam die Probleme weg. Das machen wir sehr aktiv, und das machen wir gerne; denn das ist im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Das ist genau richtig. Sie brauchen nicht die Sorge haben, dass Verwaltung und Politik nicht handeln. Wir handeln.

Ich würde mich im Übrigen freuen, wenn Sie auch in die Diskussion zu einem anderen Tagesordnungspunkt inhaltlich einsteigen und zum Wohle unserer Stadt handeln würden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Ich bin ganz zufrieden, dass wir heute zu einer klaren Beschlussfassung kommen, nämlich der Empfehlung des AVR und der Bezirksvertretung 1 folgen werden. Ich muss auch deutlich sagen: Dieses Ergebnis war eigentlich schon nach der Aktuellen Stunde am 14. November absehbar. Schon damals wurde deutlich, dass das Zumauern offensichtlich nicht so viele Freunde hat.

Ich verweise auf das, was wir damals gesagt haben: Unser aktuelles kurzfristiges Ziel ist es, diesen Stadtraum nicht zu vernichten, sondern stärker als bisher zu beleben. Wer sich die Dokumentation „Kunst Basis Ebertplatz“ anschaut, findet viele gelungene Beispiele für öffentliche Aktionen und Veranstaltungen, mit denen der Ebertplatz und die unterirdische Passage bespielt werden kann, was ja in den letzten Jahren zum Teil schon Realität war. Daran knüpfen wir an.

Insofern musste ich damals, am 14.11., feststellen, dass die Sozialdemokratie noch nicht positioniert war,

(Martin Börschel [SPD]: Bezogen auf das Zumauern? Keine Legendenbildung!)

weil sie sich im Wesentlichen am Handeln der Verwaltung abgearbeitet hat, nämlich an der Kündigung und dem widersprüchlichen Verhalten der Verwaltung, gegen die zum Glück die Oberbürgermeisterin am 30. Oktober eingegriffen hat. Auch bei ihrer eigenen Veranstaltung - so haben viele Beobachter gesagt - wurde eher moderiert als sich positioniert. Insofern ist es schön, wenn die Sozialdemokratie jetzt auch an dem Punkt ist, zu sagen: Wir wollen den Raum offen halten.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist die Unwahrheit! Das ist wirklich die Unwahrheit!)

Was ist der Kern der Auseinandersetzung? Der Kern der Auseinandersetzung ist, dass wir hier in einem Spannungsfeld sind zwischen Freiheit und urbanem Leben versus öffentliche Sicherheit. Wenn wir unser Leben, wie wir es hier kennen, weiter so führen wollen, müssen wir uns ganz klar für Freiheit und Urbanität entscheiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern ist es gut, dass dies in diversen Bürgerversammlungen, insbesondere auch des Bürgervereins Eigelstein sehr offen zur Sprache kam und dass auch die Bedenken, die teilweise von der Polizei und der Verwaltung kamen, widerlegt werden konnten. Würde man solchen Bedenken einseitig folgen, käme es zu toten Räumen, die wir nicht haben wollen.

Sehr begrüßen wir auch, dass der Verein Brunnen e. V. als Zusammenschluss der Kunsträume und das Labor sehr schnell die Initiative ergriffen haben und nicht nur über eine Pressekonferenz, sondern auch über ein entsprechendes Konzept vorgeschlagen haben, wie man mit sehr einfa-

chen Mitteln diesen öffentlichen Raum wiederbeleben kann: Sie wollen eine Fortführung der Mietverträge. Sie wollen eine Genehmigung zur Bespielung des öffentlichen Raums, also der Passage. Sie möchten natürlich auch eine kostenfreie Nutzung, was verständlich ist. Es gibt auch eine Reihe von Vorschlägen, den Platz immer dann, wenn die Witterung gut ist, um den Brunnen herum zu bespielen.

Das heißt: Eigentlich stimmt die Richtung. Jetzt wird vonseiten der SPD danach gesucht: Wo könnten wir uns denn jetzt unterscheiden? Sie könnte dem Beschlussvorschlag, der von Ausschuss und BV vorliegt, einfach zustimmen. Aber nein, jetzt wird nach Unterschieden gesucht. - Ich kann keine entdecken. Sie haben hier drei genannt.

Ein Unterschied sei - davon war gestern noch nichts zu hören -, es gebe dort einen Gastronomiebetrieb - wahrscheinlich geht es um „African Drum“ -, der sei nicht so ganz koscher. - Es gibt keine wirklich belastbaren Hinweise, dass sich dort Kriminelle versammeln und von dort kriminelle Aktivitäten ausgehen. Das muss man einfach mal festhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auf Kosten anderer hier einen politischen Unterschied zu definieren, finde ich nicht korrekt.

Ein zweiter Unterschied sei das Zumauern. - Wieso? Wer ist denn hier jetzt noch für Zumauern? Wahrscheinlich nur noch sehr, sehr wenige.

Einen dritten Unterschied gäbe es bei den berühmten Rolltreppen und dem Brunnen. - Wo ist denn da der Unterschied? Die haushaltstragenden Fraktionen müssen sich schon die Frage stellen: Was kostet das? Wenn das für eine überschaubare Summe zu regeln ist, wird es natürlich auch gemacht. Aber wenn man seriös damit umgeht, muss man konstatieren: Das ist Bestandteil des Zwischennutzungskonzepts, mit dem wir die Verwaltung gleich beauftragen wollen. Ich vermute, dass wir da zu einer Lösung kommen, weil es kein Vermögen kosten wird, den Brunnen wieder flottzumachen.

Insofern, denke ich, ist das alles ein bisschen an den Haaren herbeigezogen. Wenn so viel Einigkeit besteht, soll man auch dazu stehen. Es wäre schön, wenn wir hier einen einstimmigen Beschluss fassen könnten, nämlich für das Wiederbeleben, für das Öffnen der Ebertplatzpassage und des Ebertplatzes. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

(Martin Börschel [SPD]: Ich hatte eigentlich eine Zwischenfrage!)

- Entschuldigung, Herr Börschel hat noch eine Zwischenfrage.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn er sie zulässt!)

- Ja, das tut er.

Martin Börschel (SPD): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich habe eine Zwischenfrage an den Vorredner. Herr Kollege Frank, da es bei Ihnen offensichtlich in Mode zu sein scheint, in Teilamnesie zu verfallen und dann die Unwahrheit hier zu verbreiten, möchte ich Sie fragen, da ich zufällig das Wortprotokoll der Ratssitzung am 14.11.2017 vor mir liegen habe, ob Sie folgendes Zitat meinerseits vergessen haben:

> Am Schlimmsten aber ist der Vorschlag des Zumauerns und Verbarrikadierens der Passage ... Dies ist das Eingeständnis der Hilflosigkeit, ein Offenbarungseid des Staates.

Zitatende. - Sie wollten hier eben bewusst etwas anderes insinuieren genauso wie den Hinweis, dass wir nicht schon in dieser Sitzung am 14.11. auf die Differenzierung zwischen Kunst und Kultur auf der einen Seite und anderen Nutzungen auf der anderen Seite verwiesen haben. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, warum Sie das so bewusst hier verschweigen und anders darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Möchten Sie darauf antworten? - Bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Der Unterschied ist doch einfach. Man kann natürlich eine Meinung innerhalb eines Redebeitrags äußern. Entscheidend ist, ob man auch bei einer Abstimmung dafür ist. Und in der gestrigen Abstimmung hat die SPD-Fraktion der Bezirksver-

tretung Innenstadt bei dem entscheidenden Punkt dagegengestimmt. Dagegen! Und die Kollegen der SPD-Ratsfraktion wollten daran nicht teilnehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist schon wieder die Unwahrheit! - Gegenruf von Dr. Ralph Elster: Nein, das ist nicht die Unwahrheit! Genau so ist es gewesen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort. Bitte.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Also in diese Debatte mische ich mich jetzt nicht ein, obwohl ich gestern Abend dort anwesend war. Dazu wird ja auch ein Protokoll existieren, das das aufklärt.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Kreativität zur Verbesserung der Situation am Ebertplatz sind ja keine Grenzen gesetzt. Wenn ich die Diskussion vom gestrigen Abend noch richtig im Gedächtnis habe, sind die Damen und Herren der CDU der BV Innenstadt für ein umfangreiches Bauen.

Ich überspitze jetzt extrem: Der Gipfel wäre es gewesen, wenn Sie vorgeschlagen hätten, aufgrund der Wohnungsnot in unserer Stadt auf dem Ebertplatz ein Hochhaus zu errichten und dieses, um der Umwelt und vor allem den Grünen zuliebe, auch noch vertikal begrünen zu lassen. - So weit ist es nicht getrieben worden; denn erfreulicherweise wurde dieser Antrag zurückgezogen.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Petelkau, der Ebertplatz ist keine Altlast. Er ist sehr wohl eine Bausünde, die am Wiener Platz wiederholt worden ist.

Aber gehen wir gemeinsam zurück auf den Ebertplatz von heute bzw. auf den von vor circa 40, 45 Jahren. Dazu konnte man gestern Abend einen sehr schönen historischen Beitrag des WDR mit Heinrich Pachl zur unteren Passage des Ebertplatzes sehen. Noch einmal vielen Dank an denjenigen, der das realisiert hat.

1972 begannen die oberirdischen Umbauarbeiten des Ebertplatzes. 1974 wurde die U-Bahn eingeweiht, die über ein abgesenktes Straßenniveau, Treppen, Rolltreppen und Rampen erreichbar war. Im westlichen Teil wurden im Souterrain sieben Ladenlokale geschaffen. Die Mitte des Platzes wurde 1977 durch die „Wasserkinetische Plastik“ von Wolfgang Göddertz gekrönt.

Nur zehn Jahre später entschieden Menschen in dieser Stadt, dass man Kosten einsparen und deshalb die Beleuchtung auf Notbeleuchtung umstellen müsse. Also holte man die Leuchtmittel aus ihren Fassungen, setzte Metallbleche darüber, und schon war es dunkel. Die Rolltreppen gingen auch immer wieder kaputt. Also konnte man sie einfach brachliegen lassen. Und schon war insgesamt ein Einsparungspotenzial erreicht, das aufgrund seiner Kurzsichtigkeit nicht ohne Folgen blieb. Alles Mögliche sammelte sich im Souterrain, auch das, was wir nicht wollten. Lediglich die Galerien und die Gastronomen und ein einsamer Kopierladen stemmten sich gegen die Verslumung.

Dann - 30 Jahre später - besuchten Herr Keller und unser neuer Polizeipräsident Jacob als Ortsfremde diesen Platz, der mittlerweile schwer in die Jahre gekommen war; denn auch der „Wasserkinetischen Plastik“ hatte man inzwischen gänzlich das Wasser abgedreht. Jetzt muss ich sogar Danke sagen; denn unserem Stadtdirektor ist es zu verdanken, dass man die Metallbleche von der Beleuchtung wieder entfernt hat. Man hatte damals bei der Installation gut gearbeitet; denn als man den Lichtschalter umdrehte, ward es wieder Licht. So hell war es im Souterrain noch nie. Ich wohne aber erst seit erst zehn Jahren im Agnesviertel.

Leider ist es mit meinem Dank dann auch schon vorbei; denn hätte es das Tötungsdelikt nicht gegeben, wäre wahrscheinlich auf diesem Platz nichts geschehen. Nach der berüchtigten Silvesternacht hat man erfolgreich die Dealer in Domnähe vertrieben und damit eine Verlagerung der Szene herbeigeführt. Weiche Drogen werden seitdem zunehmend am Ebertplatz vertickt.

Nun ergeht man sich in zum Teil blindem Aktionismus. Die jetzige Vorlage der Verwaltung ist ein unrühmlicher Beweis dafür. Erfreulicherweise unterstützt die Politik in ihrer weisen Mehrheit diese Vorschläge nicht. Gestern Mittag kam ein Änderungsvorschlag der Kooperationspartner. Dieser wurde dann auch abends in der Sondersitzung von BV Innenstadt und AVR positiv aufgenommen.

Auch wenn die Verwaltung eine Schlappe hinnehmen muss, so hoffen wir doch, dass jene, die sich viel Mühe für das Zumauern gemacht haben, sich jetzt kreativ auf den Weg machen und endlich den Kontakt zu den Kulturschaffenden,

Gewerbetreibenden und dem Kulturamt aufnehmen. Eine Konzepterarbeitung und Kostenermittlung bis März muss möglich sein. Und im Sommer könnte der Brunnen schon wieder sprudeln. Aber dann müssen Taten folgen; denn wir im Agnesviertel und Eigelstein werden schon lange genug hingehalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Danke schön. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Gefühl, einigen hier im Raum geht es nur um Schuldzuweisungen und nicht um Problemlösungen.

(Beifall bei der FDP)

Das finden wir schade. Heute immer noch darauf herumzureiten, dass die Verwaltung unter dem Druck der Öffentlichkeit in der ersten Woche nach dem Tötungsdelikt einen vielleicht etwas unausgegorenen Vorschlag gemacht hat, das finde ich, wie man bei uns im Münsterland sagt, schofel. Wir sind doch inzwischen schon einen Schritt weiter.

Wir alle sind in einen Prozess eingetreten - Sie haben eine Veranstaltung gemacht, die Bürger vor Ort haben eine Veranstaltung gemacht, die anderen Bürger vor Ort haben auch eine Veranstaltung gemacht, es sind Fernsehberichte gelaufen -, in dem ergebnisoffen darüber nachgedacht wurde, wie wir das offensichtliche Problem am Ebertplatz in den Griff bekommen. Es hat sich ein bunter Strauß an Maßnahmen herauskristallisiert, die kurzfristig oder mittelfristig umzusetzen sind.

Es gibt aus meiner Sicht nicht den SPD-Ebertplatz. Sich jetzt hierhinzustellen und zu behaupten, Sie seien die Einzigen, die die Wahrheit gepachtet haben, finde ich angesichts der Situation dort nicht angemessen. Das darf hier auch einmal erwähnt werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erinnere mich als Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt, dass wir schon im Jahr 2005 eine Instandsetzung der Rolltreppen verlangt haben. Wir haben auch im Jahr 2007 eine Instandsetzung der Rolltreppen verlangt. Es war Ihre Verwaltung unter einem Oberbürgermeister Roters, die das nicht umgesetzt hat. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Und Sie stellen sich hierhin und tun so, als sei die aktuelle Verwaltung untätig. Da stelle ich mich schützend vor sie.

(Beifall bei der FDP)

Es ist gerade dieser gesellschaftliche Prozess, der sogenannte Runde Tisch, an dem man auch mal laut und ergebnisoffen denken darf, ohne aus fadenscheinigen Gründen sofort Prügel zu beziehen. Dieser Prozess ist nötig, und er ist erfolgversprechend; denn diese Maßnahmen werden umgesetzt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dieser bunte Strauß an Maßnahmen - mehr Gastronomie, mehr Kultur, stärkere AWB-Putztruppen, möglicher Einsatz von Mitarbeitern der stadteigenen Tochtergesellschaften, Streetworker, Polizei, Ordnungsamt - ist hier nötig. Wenn am Ende dabei herauskommt, dass man die eine oder andere Blume herausnehmen und durch eine andere ersetzen sollte, dann können wir das ja tun. Gleichwohl denke ich, das ist der richtige Weg, mit einer möglichst breiten Mehrheit hier heute zu entscheiden.

Eines sei Ihnen noch gesagt, Herr Börschel: Es waren gestern in diesem Raum Ihre Fraktionskollegen, die sich nicht an der Entscheidung über die Zukunft des Ebertplatzes beteiligt haben. Das muss und darf hier auch gesagt werden. Ihre Leute haben sich geweigert.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Nein. Das können Sie gerne im Protokoll nachlesen. Ich lasse mir von Ihnen nicht vorhalten, dass ich die Unwahrheit sage. Schauen Sie im Protokoll nach! Ihre Leute hatten keine Lust, an der Abstimmung teilzunehmen.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Das ist keine Unverschämtheit, das ist die protokollarische Wahrheit, Herr Börschel. Ihre Aufgeregtheit zeigt mir, dass Sie Ihren Laden nicht im Griff haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine grenzenlose Unverschämtheit!)

Als Mitglied einer liberalen Fraktion ist es mir sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass in dieser Vorlage das Wort „Videoüberwachung“ nicht vorkommt. Umso mehr bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gab noch Wortmeldungen von Herrn Zimmermann und Herrn Bürgermeister Hupke. Ich sehe aber jetzt noch Wortmeldungen aus den Fraktionen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Joisten, die ich gerne zulassen würde. Ich weiß zwar nicht, an wen. Aber das kann er uns ja gleich mitteilen.

Christian Joisten (SPD): An den Vorredner. Ich melde mich ja schon seit ein paar Minuten. - Werter Kollege Görzel - -

(Zurufe von der FDP)

Ich darf doch eine Frage an den Redner stellen. Das ist nach unserer Geschäftsordnung so vorgesehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte, das sei Ihnen gestattet.

Christian Joisten (SPD): Herr Kollege Görzel, können und wollen Sie bestätigen, dass gestern in der abendlichen AVR-Sitzung ganz klar gesagt wurde, dass das Verfahren, nämlich die Einladung und vor allem die Kurzfristigkeit des Änderungsantrags, dazu geführt hat, dass die SPD-Fraktion in erster Linie um Schiebung ohne Votum in die heutige Ratssitzung gebeten hatte, wie es normalerweise den Gepflogenheiten entspricht und auch Brauch in diesem Hause ist, dass aber die Mehrheit des Ausschusses dagegengestimmt hat - das ist schon ein sehr bemerkenswerter Vorgang, wie ich finde, der mit Sicherheit auch noch auf die Kultur des Hauses Einfluss haben wird - und dass aufgrund dieser Tatsache die SPD-Fraktion an der Abstimmung nicht teilgenommen hat? Ist das so kommuniziert worden, ja oder nein?

Volker Görzel (FDP): Herr Joisten, ich bedanke mich für die Klarstellung und die Richtigstellung, dass Ihre Fraktion sich gestern nicht an der Abstimmung beteiligt hat.

(Beifall bei der FDP)

Damit setzen Sie sich in eklatanten Widerspruch zu Ihrem Fraktionsvorsitzenden, der eben unter Absonderung übelster Beschimpfungen mich der Lüge bezichtigt hat.

Zu den Motiven, die Sie für eine Nichtbeteiligung bzw. Nichtteilnahme an der Abstimmung genannt haben: Ja, Sie haben vollkommen recht: Sie haben dort vorgetragen, Sie hätten noch Beratungsbedarf und würden sich wünschen, dass die Abstimmung verschoben wird.

Gleichwohl gehört es zu den demokratischen Gepflogenheiten, einen Antrag zu stellen in dem Wissen, dass man die Abstimmung verliert. Sie müssen sich hier die Frage gefallen lassen, warum Sie hier eine Schutzbehauptung aufstellen. Sie haben nicht abgestimmt. Ihnen war es gestern schlicht und ergreifend egal, darüber abzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und am Livestream! Herr Görzel, ich freue mich auch über eine Debattenkultur fast wie im englischen Unterhaus. Das ist gar nicht so schlecht. Ich bin froh, dass ich jetzt auch noch kurz zu Wort komme.

(Zuruf von der CDU: Das geht alles von deiner Zeit ab!)

- Ja, das geht alles von meiner Zeit ab. Aber es ist ja auch schon fast alles gesagt worden. Deswegen reichen mir die 4:30 Minuten.

Herr Görzel, wir sind gemeinsam Antragsteller. Uns unterscheidet inhaltlich nicht viel. Sie sagten, man solle jetzt nicht weiter nachkarten, es sei doch in den letzten vier Wochen schon viel passiert. Ich möchte dennoch kurz darauf eingehen, und zwar unter dem Stichwort „Fehlerkultur“.

Es ist sehr ehrenwert, wenn sich eine Chefin, in dem Fall Sie, Frau Oberbürgermeisterin, vor ihre Kollegen stellt. Aber ich finde, Sie sollten auch einmal über die Fehlerkultur in der Verwaltung nachdenken. Natürlich darf man auch da mal einen Fehler machen. Selbstverständlich soll man sich auch da trauen, mal etwas zu sagen. Aber wenn man, obwohl man gemerkt hat, spätestens am 14.11. bei der Aktuellen Stunde, dass das nicht funktioniert und die Stadtgesellschaft das ablehnt, uns dennoch heute eine Verwaltungsvorlage vorlegt, die „Zumauern“ vorschlägt, finde ich das -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das werde ich gleich erklären.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): - ja, das können Sie gleich erklären - doch ein bisschen bedauerlich.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich finde es schön, dass wir jetzt eine Alternative haben, sodass wir wählen können. Aber es war ja eigentlich schon relativ klar, was wir wählen werden. Ich finde, zu einer Fehlerkultur gehört eben auch, dass man Dinge, die schieflaufen, auch wieder zurückzieht und sagt: Wir haben uns da vertan. Wir schlagen ein besseres Projekt vor.

Zur Zwischennutzung. Letztendlich beschließen wir heute - das muss man ganz nüchtern so festhalten -, dass der Status quo erst einmal so bleibt. Die Rolltreppen werden nicht morgen repariert. Der Brunnen wird nicht morgen instandgesetzt sein. Die Nutzer der Passagen werden weiter ganz normal ihrem Alltagsgeschäft nachgehen können. Ob unsere Beschlüsse von heute umgesetzt werden können, wird die Zukunft zeigen.

Ein besonderes Augenmerk möchte ich auf den Brunnen lenken. Es ist ja nicht so, dass dort nichts geschieht. Der Sohn des Künstlers Wolfgang Göddertz, der den Brunnen entworfen hatte, Grischa Göddertz ist schon seit einigen Tagen und Wochen dabei, zu eruieren, wie man diesen Brunnen wieder instandsetzen kann. Die Verwaltung unterstützt ihn erfreulicherweise schon heute dabei, herauszufinden, wie man den Brunnen unkompliziert wieder in Betrieb nehmen kann. Was den Brunnen angeht, bitte ich schnellstmöglich eine Lösung zu finden, da ich mir gut vorstellen kann, dass der Brunnen auf einem dann umgebauten Ebertplatz nach Jahrzehnten der Pause seine Funktion wieder erfüllen wird.

Zur Zukunft des Platzes. Auch wenn wir hier heute darüber nicht sprechen, sondern nur über die Zwischennutzung, da wir den Wettbewerb in den Stadtentwicklungsausschuss geschoben haben, will ich zur Zukunft des Platzes noch ein paar Worte sagen. Für mich ist nach den Debatten der letzten Wochen relativ klar, dass die Kultur auch in Zukunft auf dem Platz bleiben muss. Hier gibt es bereits spannende Entwürfe, die einige Architekturbüros unentgeltlich vorgelegt haben. Sie werden sich auch bei dem späteren Wettbewerb beteiligen können.

Zu den guten Ideen gehört meiner Ansicht nach auch die Idee des Vereins DOMiD, ein Migrationsmuseum auf dem Ebertplatz zu errichten. Der Verein ist ja mit verschiedenen Ideen ins Rennen gegangen: Eine Idee war, das Museum auf einer neuen Rheinbrücke zu errichten, eine andere Idee war - das ging vor ein paar Monaten etwas unter -, dieses Museum am Ebertplatz zu installieren.

Unseren Antrag zur Kündigung von Labor haben wir zurückgezogen, da er sich praktisch erledigt hat. Der Antrag bestand ja aus zwei Teilen. Zum einen sollte die Kündigung zurückgezogen werden. Das wird nun so geschehen; das freut uns. Zum anderen hieß es dort, dass wir das Hickhack, das durch die Kündigung von Labor ausgelöst wurde, bedauern. Dieses Bedauern möchte zumindest unsere Ratsgruppe GUT hier noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen. Wir hoffen, dass es in Zukunft besser läuft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich kann es vom Platz aus machen. - Zum zurückgezogenen Antrag hat Thor gerade schon genug gesagt. Darauf brauche ich nicht noch einmal einzugehen. Es war ja ein gemeinsamer Antrag von LINKEN, GUT und BUNT.

Ein bisschen etwas möchte ich aber doch noch sagen, ohne hier zu sehr in die Wiederholung zu gehen. Es war nämlich schon eine lehrreiche Diskussion um den Ebertplatz - lehrreich zum

Beispiel insoweit, als dass Aktionismus ganz offensichtlich kein guter Ratgeber ist. Denn wenn gegen Zumauern und die Kündigung gesprochen wird, hat das auch einen Grund. Es hat in der Tat einen guten Grund, dass wir das an dieser Stelle so machen.

Lehrreich war die Diskussion aber auch deswegen, weil die Situation am Ebertplatz - und diese Debatte haben wir hier gar nicht geführt - das Resultat von Verdrängung um den Dom und den Bahnhofsvorplatz herum sowie einer progressiven Drogenpolitik ist. Daran ändert sich nichts. Genau an dieser Stelle vermisse ich immer noch nachhaltige Lösungen.

Nach wie vor ist der Ebertplatz Treffpunkt von Cannabis-Kleindealern, nicht mehr und nicht weniger. Ich meine das nicht verharmlosend. In der Presse und in der Öffentlichkeit wird aber oft genug von ganz anderen Horrorszenarien am Ebertplatz gesprochen. Hier müssen wir differenzieren.

Wenn wir ausschließlich auf Polizeiarbeit verweisen, entziehen wir uns der kommunalen Verantwortung, die Düsseldorf und Münster mit diversen Projekten wahrgenommen haben bzw. wahrnehmen wollen, auch wenn ihnen da genug Steine in den Weg gelegt werden. Wir müssen an dieser Stelle auch eine Verantwortung haben, um hier nachhaltig mit der Drogenproblematik - nicht nur am Ebertplatz - umzugehen. Dort passiert einfach zu wenig. Diese ganze Diskussion überlagert das eigentliche Problem. Das ist sehr schade. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Hegenbarth. - Jetzt hat Herr Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab sage ich - wie immer, ohne Süßholz zu raspeln - erst einmal vielen Dank an die Oberbürgermeisterin, die diese Beschlussvorlage eingebracht hat, sodass das Ganze auch in diesem Rat noch vor Weihnachten über die Bühne gehen kann, weil dadurch aus unserer und meiner Sicht jetzt einmal Ruhe einkehrt und auch eine Linie da ist.

Ein bisschen fühle ich mich doch an die alten Zeiten erinnert. Diejenigen, die die 68er-Jahre miterlebt haben, kennen die damals übliche Dialektik - These und Antithese - noch. Erst hieß es, man mache am Ebertplatz gar nichts mehr. Dann wurde Zumauern vorgeschlagen.

Jetzt haben wir die Synthese. Das ist der Antrag, der nun von den Fraktionen eingebracht worden ist. Da bitte ich ganz klar um Zustimmung, weil die BV ihn gestern auch mit großer Mehrheit so beschlossen hat.

Ich bitte auch darum, darüber nachzudenken, ob man sich dort wirklich einzelne Gaststätten vornehmen sollte und damit dafür sorgen sollte - ich muss jetzt vorsichtig mit der Wortwahl sein -, dass sie immer in ein schräges Licht geraten. Davor warne ich ausdrücklich.

Hier geht es, wie Jörg Frank eben gesagt hat, um die Gaststätte African Drum. Wir haben in der Innenstadt und in Deutz ja den Kriminalpräventiven Rat, der, je nachdem, zweimal oder dreimal im Jahr tagt. Dort ist sie auch ständig Thema gewesen.

Aber erstens habe ich niemals eine E-Mail mit Beschwerden bezüglich dieser Gaststätte bekommen, und zweitens hat das Ordnungsamt immer gesagt, dass es keinen Anlass gibt, diese Gaststätte zu schließen; dazu habe man gar keine rechtliche Handhabe. Ich füge hinzu: Würde man diese Kriterien an alle Gaststätten anlegen, müsste man am Ring, wenn sämtliche Immobilien dort der Stadt gehören würden, fast alle Gaststätten zumachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da geht also nicht mehr ab als anderswo. Ich bin auch sehr oft da - bei Konzerten, bei Vernissagen.

Was bisher gefehlt hat, ist jetzt auch in dem Antrag enthalten. In der Tat ist es notwendig, dass dort Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingesetzt werden und dass die Kommunikation verbessert wird. Das ist die eine Seite. An diesem Strang ziehen wir alle gemeinsam.

Davon trennen muss man die andere Seite mit dieser Gaststätte. Sie ist nun einmal da und hat auch Zulauf. Von der Nachbarschaft wird im Übrigen auch hingeschaut. Die Künstlerinnen und Künstler haben aber nie gesagt, dass sie zugemacht werden soll. Ich bitte also darum, in diesem Sinne darüber nachzudenken.

Abschließend wiederhole ich noch einmal: Stimmen Sie bitte dem Antrag zu. Dann haben wir Frieden - schließlich gehen wir auf Weihnachten

zu - und machen etwas für den Ebertplatz. - Vielen Dank dafür, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann gestatten Sie mir noch folgende Bemerkung: Als Verwaltung agieren wir selbstverständlich nicht losgelöst von den Diskussionen in den vergangenen Wochen, die in Politik und Stadtgesellschaft stattgefunden haben. Daher haben wir natürlich auch unsere Rückschlüsse für die Beschlussvorlage gezogen, die Ihnen heute vorliegt, aber gestern schon durch einen Änderungsantrag modifiziert wurde.

Den Kritikern dieser Vorlage möchte ich gar nicht unterstellen, dass sie die Vorlage nicht gelesen hätten. Offensichtlich haben sie aber nicht zur Kenntnis genommen, dass unser erster Beschlussvorschlag und die Begründung unter Abs. 3 die Grundlage für diesen Änderungsantrag gelegt haben.

Es ist als Verwaltung unsere Aufgabe und unsere Pflicht - Herr Zimmermann, das kann kein Fehler sein -, auch die Maßnahmen aufzuzeigen, die die Polizei und die Sicherheitsbehörden für sinnvoll erachten. Ich möchte nicht wissen, was passieren würde, wenn wir Ihnen das nicht transparent machten und Sie über etwas abstimmen ließen, was diese Möglichkeiten gar nicht aufzeigt.

Meine Damen und Herren, ich lasse zunächst über den SPD-Antrag, der unter TOP 3.1.6 vorliegt, abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der LINKEN und der Ratsgruppe BUNT ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage unter TOP 10.52 in der Fassung von AVR und BV 1 von gestern, Anlage 3. - Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Wir würden gerne über Ziffer 3 und Ziffer 4 getrennt abstimmen!)

- Gut. - Dann lasse ich zunächst über Punkt 1 und Punkt 2 in der Fassung von AVR und BV 1 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppen BUNT und GUT, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und pro Köln. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist das so beschlossen.

Nun lasse ich über Punkt 3 in der Fassung von AVR und BV 1 abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Die SPD-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppen BUNT und GUT, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann und pro Köln.

(Martin Börschel [SPD]: Und Sie selbst?)

- Ich selbst auch. - Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Ziffer 4 in der Fassung von AVR und BV 1 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die Ratsgruppen BUNT und GUT, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, pro Köln und ich auch. Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich noch eine Gesamtabstimmung vornehmen; denn das ist wichtig genug. Wer der Vorlage in dieser Form zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD, die Grünen, die CDU, die Ratsgruppen BUNT und GUT, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann und pro Köln. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

AN/1865/2017

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, den politischen Gremien – einschließlich der Bezirksvertretung Innenstadt – ein Konzept mit Sofortmaßnahmen für den Ebertplatz vorzulegen. Die Maßnahmen sind mit den lang- und mittelfristigen Planungen der Stadtverwaltung zur Neugestaltung und Revitalisierung des Ebertplatzes zu harmonisieren. Dabei ist der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt „Heller, sauberer, übersichtlicher: Sofortprogramm für den Ebertplatz“ (AN/1943/2016) vom 09.02.2017 zu berücksichtigen.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei eine deutliche Präsenz auf dem Ebertplatz sicherzustellen. Flankierend*

müssen die aufsuchenden Hilfen (z.B. Sozial- und Jugendarbeit, Suchtclearing, Streetwork) ausgebaut und intensiviert werden.

3. *Verdrängungseffekte müssen frühzeitig erkannt werden und sind mit geeigneten Maßnahmen bereits im Vorfeld zu verhindern.*

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Kündigung für den Kunstraum "Labor" zurückzunehmen.*

5. *Kultur auf dem Ebertplatz ist nicht Teil des Problems, sondern kann und soll Teil der Lösung für diesen Stadtraum sein. Entsprechend hatte die Bezirksvertretung Innenstadt die Verwaltung beauftragt, "zu prüfen, inwieweit der Ebertplatz auch als Veranstaltungsort gezielt bespielt und dadurch seine Attraktivität gesteigert werden kann" (AN/1943/2016). Vor diesem Hintergrund legt die Verwaltung dar, wie das temporäre kulturelle Bespielen des Platzes gefördert, unterstützt und organisiert werden kann. Die Kunsträume müssen in der Entwicklung dieses Konzeptes einbezogen werden.*

6. *Die unterirdischen Passagen werden nicht zugemauert oder in sonstiger Weise verschlossen. Die Stadtverwaltung gibt entsprechende Planungen auf.*

7. *Von vielen Bürgerinnen und Bürgern aus den angrenzenden Vierteln wird der Vorschlag und Wunsch einer Gastronomie/Büdchenbetriebs auf dem Ebertplatz formuliert. Die Verwaltung legt dar, unter welchen Regeln und mit welchen Vorgaben eine gastronomische Nutzung von Teilen des Ebertplatzes möglich ist.*

8. *Die Verwaltung wird beauftragt, die „Wasserkinetische Plastik“ von Wolfgang Göddertz wieder in Betrieb zu nehmen.*

9. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Rolltreppen zur nördlichen Ebertplatzpassage instand zu setzen.*

10. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Reinigung des Platzes und die Grünpflege nachhaltig zu verbessern. Entsprechende Maßnahmen werden mit der AWB abgestimmt werden.*

11. *Das bürgerschaftliche Engagement der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der weiteren Beteiligten und Betroffenen muss von der Stadtverwaltung aktiv unterstützt werden. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eigene Formate für Bürger- und Ideenworkshops anzubieten sowie bereits vorhandene Initiativen aufzugreifen. Die Ergebnisse fließen in das Konzept für Sofortmaßnahmen sowie die langfristen Planungen ein.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppe BUNT abgelehnt.

3609/2017

Beschluss gemäß der Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt und des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales aus Ihrer gemeinsamen Sitzung am 18.12.2017 (s Anlage 3):

1. *Der Rat nimmt den Bericht über die bereits erfolgten Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation am Ebertplatz zustimmend zur Kenntnis.*

2. *Der Rat nimmt das von der Verwaltung vorgelegte Grobkonzept zur Zwischennutzung des Ebertplatzes (Anlage 1) zur Kenntnis.*

3. *Der Rat beschließt*

   Die bauliche Schließung der Unterführung im westlichen Teil des Ebertplatzes nicht weiter zu verfolgen. Begleitende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit werden fortgesetzt. Dies beinhaltet

   - *die Fortführung der intensiven Reinigung der Platzflächen durch die AWB,*
   - *die regelmäßige tägliche Präsens und Kontrolle zu unterschiedlichen Tages und Nachtzeiten durch das Ordnungsamt in Ordnungspartnerschaft mit der Polizei,*
   - *die Prüfung eines unterstützenden Personaleinsatzes der KGAB,*
   - *die Etablierung eines „Streetworkpoints“ am Ebertplatz als niederschwelliges und unterstützendes Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene.*

4. *Durch eine dauerhafte Belebung des Platzes soll die Aufenthaltsqualität insgesamt erhöht werden. Dies soll im Wesentlichen durch kulturelle und gastronomische Aktivitäten als*

Zwischennutzung geschehen. Diese Zwischennutzung erfolgt bis zum Beginn der baulichen Umgestaltung des Ebertplatzes und der angrenzenden Räume, die auf Basis eines städtebaulichen Planungsergebnisses (vgl. Masterplan Innenstadt) erfolgen soll.

Die Verwaltung wird mit der Realisierung eines Zwischennutzungskonzepts beauftragt, dass einschließlich eines Kosten- und Finanzierungsplans den Ratsgremien so rechtzeitig vorgelegt wird, dass eine Beschlussfassung im Rat am 20.03.2018 erfolgen kann und die Beschlussvorlage vorher von der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz und den Ausschüssen Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales, Stadtentwicklung sowie Kunst und Kultur vorberaten werden kann.

Dieses Zwischennutzungskonzept wird mit folgenden Maßgaben erstellt:

- *Zu Entwicklung des Zwischenkonzepts wird insbesondere die Kooperation mit den Betreibern der Kunsträume (Brunnen e.V., Labor) und den am Ebertplatz ansässigen Gastronomiebetrieben gesucht.*
- *Die Ebertplatzpassage (Unterführung) sowie auch der Platz sollen für kulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen genutzt werden können und die dafür notwendigen Genehmigungen unbürokratisch erteilt werden.*
- *Die Mietverträge mit den Betreibern der Kunsträume, sowie mit Gastronomie- und Gewerbetreibenden werden fortgeführt.*
- *Die Kosten für die Wiederinbetriebnahme der Rolltreppen zum Eigelstein und zur Neusserstraße sowie für die Wiederinbetriebnahme der „Wasserkinetischen Plastik“ (Brunnen) des Kölner Künstlers Wolfgang Göddertz werden ermittelt und dem Rat ein Vorschlag zur Entscheidung vorgelegt.*

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1 und 2:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 3:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 4:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Abstimmungsergebnis über Gesamtvorlage:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Börschel beantragt ziffernweise Abstimmung.

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppen GUT und BUNT betreffend "Kündigung der Projektgalerie LABOR Ebertplatz zurückziehen"
AN/1864/2017

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen (vergleiche Ziffer II – Seite 4).

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „Straßen und Plätze in Köln, die Namen von historisch belasteten Personen oder Ereignissen tragen“
AN/1610/2017

Antwort der Verwaltung vom 07.12.2017

3550/2017

Gibt es Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Köln“
AN/1615/2017

Antwort der Verwaltung vom 07.12.2017
3718/2017

Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln“
AN/1616/2017

Antwort der Verwaltung vom 13.12.2017
3780/2017

Gibt es Nachfragen? - Keine.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend „Kosten und Probleme einer Ausgründung“ der städtischen Wirtschaftsförderung
AN/1888/2017

Antwort der Verwaltung vom 19.12.2017
3945/2017

Gibt es Nachfragen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren, es geht hier um die Wirtschaftsförderung, die wir gleich noch diskutieren wollen. Ich habe ja das Recht, zwei Nachfragen zu stellen. Das möchte ich jetzt tun.

Erstens. Die Verwaltung tut so, als ob sie die Vorschläge des KPMG-Gutachtens umsetzen würde. Dem ist aber nicht so. Ich möchte einen Satz aus dem KPMG-Gutachten zitieren und dann die Frage stellen. In dem Gutachten steht:

> Insgesamt sind die Kosten einer organisatorischen Änderung der Wirtschaftsförderung frühzeitig in der Phase der Entscheidungsfindung

- also jetzt -

> zu untersuchen.

Meine Frage dazu lautet: Warum beantwortet die Verwaltung nicht unsere Fragen zu den Kosten, und aus welchem Grund hält sich die Verwaltung nicht an diese Aussagen des Gutachtens?

Zweitens. Gab es vonseiten der Verwaltung Versuche, auf den Inhalt des KPMG-Gutachtens Einfluss zu nehmen, wie es in der Zeitung berichtet wurde? Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den langen Zeitabschnitt von August bis November dieses Jahres bezüglich der Veröffentlichung für die Ratsmitglieder hinweisen. - Das sind unsere beiden Fragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. - Herr Dr. Keller, würden Sie bitte dazu Stellung nehmen?

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Detjen, zu den Kosten haben wir Ihnen in der Beantwortung der Anfrage etwas gesagt - wobei ich jetzt gar nicht mehr sicher bin, ob wir das im Rahmen des von der SPD gestellten Fragenkatalogs oder im Rahmen Ihrer Anfrage abgearbeitet haben. Die Gründungskosten sind ja relativ schnell überschaubar. Alles Weitere muss sich aus dem Gründungsprozess ergeben, der jetzt auch ansteht, wenn der Rat denn so beschließt, wie wir das als Verwaltung vorgeschlagen haben.

Zu der zweiten Frage: Wenn Sie darauf - -

Jörg Detjen (DIE LINKE): Nein, Entschuldigung. Die Frage war ja, wie Sie zu folgender Aussage in dem Gutachten stehen - ich zitiere nochmals aus dem KPMG-Gutachten, also nicht aus meinem Gutachten, sondern aus Ihrem Gutachten -:

> Insgesamt sind die Kosten einer organisatorischen Änderung der Wirtschaftsförderung frühzeitig in der Phase der Entscheidungsfindung zu untersuchen.

Danach sind sie also in der jetzigen Phase zu untersuchen.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Das werden wir tun, wenn der Rat entsprechend entschieden hat.

Wir haben auch nie behauptet, dass wir das Gutachten eins zu eins umsetzen. Das Gutachten ist eine argumentative Basis, auf dessen Grundlage wir eine Verwaltungsvorlage vorbereitet haben.

Den hiermit verbundenen finanziellen Aufwand halten wir für so vertretbar, dass wir diese Entscheidung jetzt treffen können.

Was das im Einzelnen bedeutet, wird sich, wie gesagt, in der konkreten Ausgestaltung zeigen. Es gibt ja noch eine Fülle von Fragen, die erst dann beantwortet werden können, wenn wir uns auf den Weg machen, eine solche Gesellschaft zu gründen.

Herr Detjen, Sie haben auch den Zeitraum zwischen der Vorlage des ersten Entwurfs und der Abgabe des endgültigen Gutachtens angesprochen. Auch Herr Joisten hat heute Mittag bei der Tagesordnungsdebatte schon darauf rekurriert. Diejenigen, die in die Akte geschaut haben, werden sich sicherlich auch die Entwürfe, die uns von KPMG vorgelegt worden sind, sehr genau angesehen haben. Zwischen der Abgabe des ersten Entwurfs und dem endgültigen Produkt gab es noch eine Menge zu tun.

Das war aber handwerklicher Natur. Mir ist an dieser Stelle wichtig, zu betonen, dass der Vorschlag, den KPMG inhaltlich gemacht hat, von Anfang an so gewesen ist, wie er sich im Gutachten auch am Ende darstellt. Natürlich müssen wir als Verwaltung aber darauf achten - das können Sie von uns auch erwarten; denn wir geben das Geld aus, das Sie mit dem Haushalt bereitgestellt haben -, dass auch die handwerkliche Qualität eines solchen Gutachtens in Ordnung ist. In dem Rahmen, in dem man das in einem Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis machen kann, darauf haben wir geachtet. In dieser Hinsicht hat es dann auch entsprechende Hin- und Herspielereien gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Herr StD Dr. Keller beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Detjen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Beteiligung von Flüchtlingen an Reinigungsarbeiten in Sammelunterkünften“ AN/1891/2017

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Diese Angelegenheit wird bis zur kommenden Arbeitssitzung des Rates – am 06.02.2018 – zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester und Karneval: Wird Köln zur Festung?“ AN/1894/2017

Dazu bitte ich Frau Blome um eine kurze Stellungnahme.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Antwort zu Frage 1 lautet: Es fanden diverse Gespräche mit allen Beteiligten - Feuerwehr, Ordnungsamt und Polizei - statt. Dementsprechend wurde jeder Standort optimiert.

Die Antwort zu Frage 2 lautet: Aufgrund der akuten Sicherheitslage hat sich die Stadt Köln in den sensibelsten Bereichen für eine Interimslösung entschieden. Hierbei kommen wiederverwendbare Schutzvorrichtungen zur Anwendung, die zwar nicht zertifiziert sind, jedoch nochmals

von einem Statiker überprüft wurden. Die Schutzwirkung wird unter anderem auch durch eine Verbindung der einzelnen Elemente erreicht. Bei der endgültigen Lösung - höhenversenkbare Poller - werden ausschließlich zertifizierte Schutzvorrichtungen eingebaut, deren Wirksamkeit per Anfahrversuch nachgewiesen ist.

Die Antwort zu Frage 3 lautet: Bezüglich der Kosten muss man zwischen Übergangslösung - das sind die Poller für 250 000 Euro, die sich derzeit im Einbau befinden - und endgültiger Lösung - circa 600 000 Euro plus Wartung und personelle Überwachung - unterscheiden. Die Übergangslösung kann jedoch für andere Schutzbereiche wiederverwendet werden.

Die Antwort zu Frage 4 lautet: Die Einschätzung der Sicherheitslage - Stichwort: Gefährdungsbereiche - erfolgt ausschließlich durch die Polizei. Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik agiert hier ausschließlich im Rahmen der Amtshilfe.

Die Antwort zu Frage 5 lautet: Basierend auf den Erfahrungen der Polizei werden zunehmend Bereiche mit mehr Beleuchtung und weniger Versteckmöglichkeiten ausgestattet. Personelle Überwachungen sind flächendeckend nicht möglich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden das im Nachgang auch noch einmal schriftlich beantworten. - Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Frau Oberbürgermeisterin, in der Tat kam diese Anfrage betreffend „Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester und Karneval: Wird Köln zur Festung?“ von der Ratsgruppe BUNT. Danke, dass Sie die Beantwortung schon einmal mündlich vorgetragen haben. Schriftlich bekommen wir sie ja in jedem Fall. Ich wüsste nur gerne, wieso die Anfrage jetzt mündlich beantwortet wurde. Haben Sie sie gerade erst beantworten lassen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war zu kurzfristig.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Das ist halt ungewöhnlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber wir haben dann gesagt: Sie sollen trotzdem schon einmal eine Idee davon bekommen, was wir schriftlich antworten.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Das ist ja gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Manchmal kann das doch wichtig sein. Zumindest unter der Überschrift, die Sie gewählt haben, lässt sich das im nächsten Jahr ja nicht mehr nachholen.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Deswegen bin ich auch dankbar dafür, dass Sie das noch möglich gemacht haben. Ich war nur neugierig. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Frau BG Blome trägt die Antwort der Verwaltung mündlich vor. Sie ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Zusätzliche Einstellung eines Fachmannes für Öffentlichkeitsarbeit“
AN/1890/2017

Antwort der Verwaltung vom 19.12.2017
3971/2017

Gibt es Nachfragen? - Keine.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

6 Ortsrecht

Hier beginnen wir mit:

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 1. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung 2018
3375/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Änderung der Abfallsatzung 2018 in der in Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 14. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3398/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 14. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln
3377/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von den LINKEN und pro Köln. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion enthalten sich. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 2. Änderung der Abfallgebührensatzung in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.4 5. Änderung der Straßenreinigungssatzung
3425/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von SPD, LINKEN und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 5. Änderung der Straßenreinigungssatzung und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie der Gruppe pro Köln zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt

6.3.1 Bericht über die Auswirkungen der 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (Erfahrungsbericht-KSO) und 2. Änderung der Kölner Stadtordnung
2649/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von den LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt den beigefügten Bericht über die Auswirkungen der 1. Änderung der Kölner Stadtordnung zur Kenntnis (Anlage 1).*
2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die 2. Verordnung zur Änderung der Satzung und ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung für das Gebiet der Stadt Köln (Kölner Stadtordnung – KSO) in der Fassung der 1. Änderungsverordnung vom 29.01.2017 (Anlage 2).*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017
3083/2017

Das ist eine Kenntnisnahme.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 04.09.2017 bis 24.11.2017 für das Haushaltsjahr 2017 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Abstimmungsergebnis:
Kenntnis genommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0208 - Personenstandswesen: Haushaltsjahr 2017
3055/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die folgende überplanmäßige Bereitstellung für den Bereich Standesamt im Haushaltsjahr 2017:

Konsumtive Mehraufwendungen im Teilergebnisplan 0208 – Personenstandswesen, in Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 26.000 €.

Die Deckung für die konsumtiven Mehraufwendungen erfolgt im Haushaltjahr 2017 durch einen entsprechenden Wenigeraufwand im Teilplan 0111, sonstige innere Verwaltung, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.2 Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen für die Unterbringung von Flüchtlingen im Doppelhaushalt 2016/2017, Haushaltsjahr 2017
3441/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von pro Köln und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Finanzierung von unabweisbaren Mehrbedarfen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen entstehen, im Haushaltsjahr 2017 folgende überplanmäßigen zahlungswirksamen Aufwendungen:

Im Teilergebnisplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum	
bei Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von	*17.900.000 €*
Summe der Mehraufwendungen	*17.900.000 €*
Die Deckung erfolgt durch	
Mehrerträge im Teilergebnisplan 0502 – Kommunale Leistungen nach dem SGB II	*10.000.000 €*
bei Teilplanzeile 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von	
sowie	
Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft	*7.900.000 €*
bei Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen in Höhe von	
Summe der Deckungen	*17.900.000 €*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

9.1 Außerplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Haushaltsjahr 2017

Dieser Punkt wird unter TOP 24.4 n.ö.T. behandelt (s. auch Ziff. VII – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Meine Damen und Herren, wie wir in der Tagesordnungsdebatte beschlossen haben, beginnen wir bei den Allgemeinen Vorlagen unter TOP 10 mit:

10.43 Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH
3847/2017

Als Erstem gebe ich Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einige Fakten:

- Köln hat mit einem Gewerbesteueraufkommen von rund 1,3 Milliarden Euro einen Allzeitrekord aufgestellt.
- Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hat Köln mit weit über einer halben Millionen Beschäftigten - es sind genau 553 000 - ebenfalls einen historischen Höchststand erreicht.
- Mit den Unternehmensansiedlungen von Zurich-Versicherung, Kienbaum, Transgourmet, REWE und Digital sowie dem Erhalt von Unternehmen in Köln wie EASA, Strabag, Germanwings, Peugeot und Citroën konnten in den vergangenen Jahren fast 8 000 Arbeitsplätze für Köln geschaffen bzw. gesichert werden.

- Auch bei den kleinen und mittelständischen Betrieben ist Köln gerade spitze. Neben den über 1 000 neu entstandenen Arbeitsplätzen in diesem Segment auf dem ehemaligen CFK-Gelände in Kalk hat die Wirtschaftsförderung alleine im Jahr 2017 40 Verkaufsvorlagen für Gewerbegrundstücke erwirkt. Das ist ebenfalls ein Rekordwert.

Auch das im ersten Schritt von Boston Consulting erstellte Gutachten zur Wirtschaftsförderung kommt eindeutig zu dem Schluss, dass die Kölner Wirtschaftsförderung sich im nationalen Vergleich nicht verstecken muss und sehr gute Ergebnisse erzielt.

Über welches wirkliche Problem sprechen wir vor diesem Hintergrund also heute eigentlich? Wo ist hier der dringende Handlungsbedarf zu erkennen, der das aktuelle Vorgehen der Oberbürgermeisterin rechtfertigen würde, diese Vorlage ohne jegliche fachliche Begleitung der entsprechenden Ausschüsse durch diesen Rat zu peitschen? Und dies, obwohl das KPMG-Gutachten - wir haben es eben schon diskutiert - bereits seit einigen Monaten in der Verwaltung bearbeitet und entwickelt wurde, bis alles so gefällig war, wie wir es jetzt vorfinden und heute beschließen sollen!

Nachdem Sie sich dafür dermaßen viel Zeit genommen haben, liebe Verwaltung, soll die ehrenamtlich arbeitende Politik jetzt eine so weitreichende Entscheidung ohne Not innerhalb von nicht einmal 14 Tagen treffen. Das kann doch nur als respektlos gegenüber allen Beteiligten gewertet werden -

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

allen voran aber auch gegenüber der Wirtschaft.

Wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, einmal die Wirtschaftsakteure fragen würden - da wird sogar in den Interviews, die Sie in dem Gutachten nachlesen können, eine klare Sprache gesprochen -, würde zum einen sehr schnell deutlich, dass diese in der Masse mit den Leistungen der derzeitigen Wirtschaftsförderung sehr zufrieden sind.

Zum anderen würde deutlich, dass die Probleme, die genannt werden, nicht auf der Organisationsform beruhen oder auf sie zurückzuführen sind, sondern vielmehr in fehlender Finanzausstattung und einem nicht an klaren Prioritäten ausgerichteten Flächenmanagement begründet sind. Das sind die Probleme - und nicht die Organisationsform, die wir heute hier diskutieren.

Dennoch sollen ohne erkennbare Not - ich habe es gerade dargestellt - augenscheinlich höchst erfolgreich arbeitende Strukturen zerschlagen werden und dabei über 750 Jahre Erfahrung in der Wirtschaftsförderung - Standortkenntnis, Wissen zu Örtlichkeiten und Unternehmen, Kontakte innerhalb der Verwaltung usw. - einfach über Bord geworfen werden. 750 Jahre Erfahrung sind in der Belegschaft der Wirtschaftsförderung wiederzufinden.

Diese wird durch völlig unausgegorene neue Strukturen ersetzt, die anscheinend allem voran nur einem Ziel dienen sollen - nämlich gut bezahlte Geschäftsführerpositionen zu schaffen, für wen auch immer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was in aller Welt soll der Kölner Stadtrat denn heute eigentlich beschließen? Einen Auftrag an die Verwaltung, jetzt ein echtes Konzept - in der Sprache der Privatisierungsfans würde man es eher als Business Case bezeichnen - zu erstellen und der Politik dann endlich einmal vorzulegen?

Denn das, was Sie, Frau Oberbürgermeisterin und Herr Dr. Keller, uns hier vorlegen, kann ich bestenfalls als Ideensammlung bezeichnen, aber sicherlich nicht als ein schlüssiges Konzept, auf dessen Grundlage wir hier so weitreichende Beschlüsse treffen könnten.

Oder sollen wir tatsächlich auf der Basis dieser Ideensammlung eine endgültige Entscheidung über ein Abenteuer völlig ungewissen Ausgangs treffen?

Die uns vorliegende Beschlussvorlage ist genau wie das zugrunde liegende Gutachten

> handwerklich schludrig, parteipolitisch einäugig, in der Konzeption mit ausschließlich negativen Effekten ausgestaltet und weit entfernt von den Zielen, die der Rat vor genau einem Jahr selbst formuliert hat.

So hat es die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di formuliert. Dem kann man nichts hinzufügen.

Denn wie kann man in einer solchen Beschlussvorlage, die doch gerade Veränderungsbedarfe thematisieren und Verbesserungen generieren soll, jede klare Zielformulierung vermeiden?

Und wie kann man unter halbwegs seriösen Gesichtspunkten tatsächlich behaupten, eine solche

Umwandlung eines städtischen Amtes in eine privatrechtliche GmbH, die ausweislich des Gutachtens gerade mit besonderen Leistungsanreizen verbunden sein soll, nämlich in den Gehältern, und in die mutmaßlich der überwiegende Teil der Bestandsmitarbeiter überhaupt nicht folgen wird, verursache keine Mehrkosten? In der Vorlage steht ja: „Haushaltsmäßige Auswirkungen: Nein“. Das ist doch Sand-in-die-Augen-Streuen.

Ich bin dem früheren, bis heute in der Kölner Wirtschaft höchst respektierten Wirtschaftsdezernenten Norbert Walter-Borjans sehr dankbar dafür, dass er in seinem öffentlichen Statement noch einmal herausgearbeitet hat, was es tatsächlich bedeutet, in einer Stadt wie Köln Wirtschaft fördern zu wollen. Er sagt - ich zitiere -:

> Viel entscheidender [als die Organisationsform von Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung und Unternehmensservice] sind für den Erfolg die handelnden Personen, vor allem deren Vernetzung in Wirtschaft, Politik *und* Verwaltung. Außerdem muss ein Repräsentant der Kölner Wirtschaftsförderung das Lebensgefühl in der Stadt mit wirtschaftlicher Erfolgsorientierung verbinden.

Dass diese Stelle im Moment vakant ist, ist nicht unsere Schuld. Wir könnten einen Wirtschaftsdezernenten haben, der dieses Profil erfüllt. Dann könnten wir auch noch erfolgreicher in dem Amt für Wirtschaftsförderung und gemeinsam mit diesem Amt agieren.

Lassen Sie uns also heute diesen Weg der unkalkulierbaren Kosten, der völlig offenen Erfolgsaussichten und der Zerstörung erfolgreicher Strukturen verlassen und aktiv daran arbeiten, dass das Wirtschaftsdezernat wieder mit einem wirklich guten Kopf besetzt wird und dass das Amt für Wirtschaftsförderung mit einem deutlich erhöhten Etat ausgestattet wird. Lassen Sie uns auch gerne an weiteren Optimierungen zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft arbeiten.

Aber lassen Sie uns nicht 750 Jahre Wirtschaftsförderungs-Know-how in die Tonne kloppen und ein völlig unkalkulierbares Abenteuer zulasten der Kölner Wirtschaft starten. Das kann sich Köln gerade angesichts des zunehmenden Wettbewerbs der Metropolen einfach nicht leisten. Gehen Sie alle einmal in sich, und denken Sie darüber noch einmal nach - gerne auch bis zur nächsten Ratssitzung. Diese Zeit sollten wir uns nehmen. Das sind wir unserer erfolgreichen Wirtschaft in Köln eindeutig schuldig. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Wirtschaftsförderung hat in den letzten Jahren keinen schlechten Job gemacht. Das hat auch nie jemand bestritten, weder hier im Rat noch an anderer Stelle.

Eines dürfen wir aber nicht vergessen: In Zeiten, in denen die Wirtschaft sich nicht nur in Deutschland, sondern europäisch dynamisch entwickelt, bedeutet Stillstand Rückschritt.

Genau das wollen wir nicht. Wir haben die beste Perspektive in der Bevölkerungsentwicklung. Wenn wir in den nächsten 15 bis 20 Jahren einen Zuwachs von 100 000 bis 200 000 Menschen haben, müssen wir hier auch noch einmal eine Schippe drauflegen, um die Wirtschaftsförderung vom Status des Guten zum Status des Exzellenten zu führen.

Das ist das, was wir wollen. Mit der Initiative im letzten Jahr haben wir es auch auf den Weg gebracht. Die Verwaltung hat es jetzt durch das Gutachten untersuchen lassen.

Nun geht es darum, meine Damen und Herren, das Ganze nicht noch in bedenkenhafter Form über Jahre hinweg so lange zu diskutieren, bis die Probleme dann virulent sind, sondern zu handeln und hier auch Entscheidungen zu treffen.

Da man jetzt noch bestehenden Beratungsbedarf geltend macht, möchte ich doch einmal darauf hinweisen, dass die ganzen Modelle schon seit Monaten in der Diskussion sind und durch das Gutachten jetzt auch nichts Neues hinzugekommen ist.

(Zurufe von der SPD)

Im Übrigen sind Ausgliederungen in der Vergangenheit von verschiedenen Ratsmehrheiten unterschiedlicher politischer Zusammensetzung bereits vorgenommen worden. So ist KölnTourismus entstanden; so sind die AWB entstanden.

Ich möchte mich noch einmal gegen ein Thema wenden und damit auch gleich begründen, wa-

rum wir dem letzten Punkt der Ratsvorlage der Verwaltung nicht zustimmen wollen. Wir wollen keine Verwaltung privatisieren, sondern eine andere Organisationsform wählen. Das ist auch die richtige Begrifflichkeit. Wir wollen eine Organisationsform, die mehr Flexibilität hat.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die Landschaft in Deutschland an. Nehmen Sie nur Frankfurt oder, um im Rheinland zu bleiben, Leverkusen. Dort gibt es Wirtschaftsförderungsgesellschaften mit beschränkter Haftung, mit denen die Möglichkeit geschaffen wurde, etwas mehr Flexibilität als in der Verwaltung zu haben.

Genau das ist die Antwort auf die zukünftigen Probleme. Wir brauchen Flexibilität. Hier bietet die GmbH nicht nur auf der Personalseite, sondern auch auf der finanziellen Seite mehr Möglichkeiten.

Denn eines ist auch klar: Wir wollen die Wirtschaft mit einbeziehen. Das muss nicht in Form eines Anteils an der Gesellschaft erfolgen. Es ist aber doch im Sinne unserer Stadt, dass die Wirtschaft die Kampagnen unterstützt und dass wir gemeinsam schauen, wie wir unseren Wirtschaftsstandort Köln so weit verbessern können, dass sich in Zukunft noch mehr Unternehmen hier ansiedeln und die vorhandenen Unternehmen den entsprechenden Wachstumsschub bekommen.

Denn damit sichern wir Köln nicht nur das tolle Gewerbesteuereinkommen für die Zukunft und bauen es sogar noch aus, sondern schaffen auch eine Menge zusätzlicher Arbeitsplätze. Und Arbeitsplätze sind das, was wir benötigen, um den weiteren Bürgerinnen und Bürgern, die noch nach Köln kommen wollen, hier auch eine vernünftige Zukunft zu bieten.

Zu der Argumentation, das gehe jetzt alles zu schnell, möchte ich Folgendes sagen: An anderer Stelle konnte es ja Ihnen gar nicht schnell genug gehen, Herr Börschel, nämlich mit dem Haushalt und allem Drum und Dran. Da haben Sie immer gesagt, wir seien zu mutlos und verzagt.

Aber hier, wo es wirklich einmal um eine zukunftsweisende Optimierung der Wirtschaftsförderung geht, wird das alles wieder gebremst. Da sage ich ganz klar: Das war die Politik, die Sie zehn Jahre lang in Köln vertreten haben.

Wir wollen gestalten. Wir wollen diese Stadt nach vorne bringen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Verkaufen!)

- Nein, wir wollen überhaupt nicht verkaufen. Herr Detjen, Sie müssen doch einmal zuhören. Ich habe ja deutlich darauf hingewiesen, dass wir den Punkt 6 gar nicht mitbeschließen wollen.

Insofern bitten wir auch um punktweise Abstimmung.

Für die CDU-Fraktion und das Gestaltungsbündnis kann ich sagen, dass wir diesem Punkt 6 nicht zustimmen, weil wir das in der aktuellen Situation nicht für notwendig halten. Wir glauben, dass wir durch die organisatorische Veränderung ausreichend Schub hineinbekommen. Im aktuellen Haushalt haben wir mit einer Zusetzung von 1 Million Euro schon einmal ein Zeichen gesetzt. Wir wollen auch in Zukunft weiterhin dazu beitragen, dass die Wirtschaftsförderung in der neuen Form wirklich kraftvoll agieren kann.

Ein letzter Satz zum Personal: Wir sind jetzt in einer Vorphase. Es geht ja zunächst einmal darum, den Grundsatzbeschluss zu treffen. Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Personalräten hier eine vernünftige Lösung findet.

Insofern sollten wir jetzt handeln. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu den Punkten 1 bis 5. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank. - Herr Joisten hat, glaube ich, eine Zwischenfrage an Herrn Petelkau.

Christian Joisten (SPD): Eine Frage an Herrn Petelkau, der eben die sehr interessante Bemerkung gemacht hat, dass seit Monaten alles auf dem Markt sei: Herr Petelkau, waren Sie respektive Ihre Partei in irgendeiner Weise im Austausch mit der Verwaltung über dieses Gutachten im Entstehungsprozess? - Ist die Frage klar formuliert, oder soll ich sie noch einmal stellen?

Bernd Petelkau (CDU): Ich kann an dieser Stelle nur darauf verweisen, dass uns allen die BCG-Studie, in der die entsprechenden Punkte und die verschiedensten Modelle dargestellt waren, seit langer Zeit bekannt ist - auch Ihrer Fraktion. Sie ist uns allen bekannt. - Vielen Dank.

Christian Joisten (SPD): Nein, die Frage war, ob Sie im Entstehungsprozess und Bearbeitungsprozess des Gutachtens als Person oder als CDU-Fraktion im Austausch mit der Verwaltung oder auch mit dem Gutachter waren. Das war meine Frage.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

Ich stelle fest: Herr Petelkau will darauf keine Antwort geben. - Dann interpretieren wir das entsprechend. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Eines vorab: Wir reden an dieser Stelle nicht über eine Privatisierung, sondern über den möglichen Wechsel in eine andere Organisationsform.

Würde man hier den Kritiken folgen, die insbesondere auch in den letzten Tagen von den LINKEN vorgebracht worden sind, gäbe es den Stadtwerke-Konzern überhaupt nicht; denn der Stadtwerke-Konzern ist damals ebenfalls aus Verwaltungseinheiten entstanden und dann in eine GmbH umgewandelt worden. Sie wissen auch, dass die großen Gesellschaften wie KVB und HGK sogar die Rechtsform einer Aktiengesellschaft haben.

Wenn man wirklich seriös diskutieren will, sollte man dies nicht mit solchen platten Polemiken machen und nicht von vornherein die Schotten dichtmachen, sondern sich einfach fragen: Gibt es sinnvolle Organisationsformen? Gibt es Gründe, das Verwaltungshandeln zu verbessern?

Natürlich hat die Wirtschaftsförderung der Stadt durchaus ihre Erfolge. Wir haben als Grüne ja eine Anfrage gestellt, die sich nur auf die Auslandsakquise konzentriert hat. Wer sich die Beantwortung, die sehr authentisch und ehrlich ist, genau anschaut, sieht aber auch, wo die Schwächen liegen.

Deshalb sollte man auch über Schwächen sprechen - die wir übrigens schon zu der Zeit von Frau Berg und Herrn Walter-Borjans hatten. Die Verwaltung ist nämlich nicht schnell und nicht konzentriert genug in ihrem Handeln, wenn es um Bestandspflege und um Ansiedlung geht, sondern hat sich in vielerlei Hinsicht selbst behindert.

Nicht umsonst beklagen zum Beispiel die Handwerks- und Mittelstandsorganisationen, dass es ihnen an einem speziellen Ansprechpartner fehlt.

Hinsichtlich der Zielkonflikte bei städtischen Flächen wissen wir doch, dass die öffentliche Verwaltung hier das Ganze lahmlegt. Wir haben vor etwa acht Jahren Beschlüsse zum strategischen Flächenmanagement gefasst. Wer heute nachfragt, was daraus geworden ist, wird keine Antwort bekommen.

Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Dies ist sicherlich kein Zustand, den man beklatschen kann. Insofern besteht hier tatsächlich Handlungsbedarf.

Es liegt aber - das sage ich auch - nicht allein am Amt für Wirtschaftsförderung, sondern im Wesentlichen am Zusammenwirken zwischen Wirtschaftsförderungsamt, Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt, Ordnungsamt und Liegenschaftsamt. Insgesamt dauern die Prozesse zu lange. Insgesamt fehlt ein projektorientiertes Management.

Auch uns erreichen wöchentlich Klagen von kleineren Firmen, aber auch von mittleren und großen Unternehmen, die eine klare Lotsenfunktion und ein klares Management, das ergebnisorientiert in einem überschaubaren Zeitraum zu einem Ergebnis führt, vermissen.

Das ist tatsächlich ein Problem, das wir beheben müssen.

Die Verwaltung macht den Vorschlag, dazu in die Gründung einer städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft einzutreten.

Einen solchen Prozess hatten wir übrigens vor etwa 17 Jahren auch schon einmal. KölnTourismus war seinerzeit erst eine Verwaltungseinheit im Wirtschaftsdezernat, dann ein Eigenbetrieb und schließlich eine GmbH in 100-prozentiger städtischer Eigentümerschaft. Heute stellt das niemand mehr infrage. Auch damals hatten wir ähnliche Diskussionen.

Deshalb sollten wir den Ball jetzt etwas flacher halten und hier nicht den galoppierenden Neoliberalismus an die Wand malen; denn er existiert in diesen Fragen nicht. An dieser Stelle geht es darum, wie gut wir aufgestellt sind.

Ich will einmal ein Beispiel anführen, das wir vor einer halben Stunde hatten. Zu der Vorlage zum Ebertplatz gehört ein Anhang, in dem dargestellt wird, wie denn jetzt gearbeitet werden soll, um ein Zwischennutzungskonzept zu erstellen. Darin werden elf Ämter aufgeführt, die sich an diesem doch sehr überschaubaren Zwischennutzungskonzept beteiligen sollen. Da frage ich mich: Wohin soll das führen?

Bei den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung ist es ähnlich schlimm. Da behindert sich die Stadt selbst. Das ist nicht erfolgsorientiert.

Die Frage der Beteiligung von privaten Dritten steht natürlich im Raum. Wir sagen hier ganz klar: Das kommt mit uns nicht infrage. Für uns gelten die Grundsätze Transparenz, Compliance, Unabhängigkeit und fairer Wettbewerb.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist die unabdingbare Richtschnur für unser Handeln - und auch für das Handeln, das eine Stadtverwaltung und eine städtische Wirtschaftsförderung an den Tag legen sollen. Insofern kann es nicht sein, dass sich, wie auch immer, Private oder private Netzwerke einschalten.

Das ist aber auch die Meinung unseres Bündnisses, wie Herr Petelkau eben klargestellt hat. Deshalb brauchen wir hier keine Scheingefechte zu führen.

Wir denken, dass es jetzt notwendig ist, zu handeln. An dieser Stelle setzen wir auch nur einen Startschuss. Die Beschlussvorlage beinhaltet nämlich, die Verwaltung mit bestimmten Dingen zu beauftragen. Daraus folgen weitere Beschlussvorlagen, die wir ausführlich diskutieren können und auch werden. Deshalb vergibt sich hier niemand etwas, wenn er der Vorlage jetzt zustimmt.

Im Übrigen wären in den letzten Tagen entsprechende Möglichkeiten gegeben gewesen. Sie sind aber nicht genutzt worden. Ich wäre gern zu einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses eingeladen worden. Da ich nicht Ausschussvorsitzender bin, habe ich darauf allerdings keinen Einfluss. Der Ausschussvorsitzende sollte sich aber vielleicht doch einmal fragen, ob es wirklich sinnvoll ist, sich einer solchen Diskussion zu verweigern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Herr Joisten, immer nach den Redebeiträgen Zwischenfragen anzumelden, ist ein bisschen schwierig. Eine Zwischenfrage ist eine Zwischenfrage. Ich bitte Sie, sich dann auch zwischendurch zu melden. Sonst ist das immer problematisch.

Christian Joisten (SPD): Dann würde ich Sie bitten, ab und zu auch in meine Richtung zu gucken. Dann können Sie auch sehen, dass ich mich melde. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich mich sehr intensiv mit den Rednern beschäftige. Das gilt auch, wenn Sie am Rednerpult stehen, Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Ja, das ist total okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Christian Joisten (SPD): Dann dürfen Sie sich aber nicht wundern, wenn ich mich irgendwann lautstark melde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben hier leider ein System, bei dem man sich nicht eindrücken kann. Dieses System steht dafür unter Denkmalschutz.

(Heiterkeit)

Mit solchen Mitteln müssen wir hier arbeiten. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Wieder so eine bürokratische Hürde; aber gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe sie nicht gebaut. - Bitte sehr; Sie sind dran.

Christian Joisten (SPD): Herr Frank, Sie haben uns jetzt noch einmal dargestellt, wo die Proble-

me bezüglich der Abstimmungen in der Verwaltung alle liegen. Das war ganz spannend und an vielen Stellen auch durchaus zutreffend.

Jetzt frage ich mich aber, ob Sie wirklich der Überzeugung sind, dass durch eine Wirtschaftsförderung in der Form einer externen, außerhalb der Stadtverwaltung stehenden GmbH die Abstimmungsprozesse zwischen Stadtentwicklungsamt, Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt, Umweltamt und ähnlichen Ämtern - dort hängen doch die Dinge - verbessert werden. Sind Sie der Überzeugung, dass durch diese jetzt auf dem Tisch liegende Vorlage tatsächlich eine Änderung eintritt? Und in welcher Form stellen Sie sich das vor? Wie kann die GmbH diesen Prozess innerhalb der Verwaltung steuern? Das würde mich interessieren. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte jetzt noch einmal um Beantwortung. Eigentlich gehören Zwischenfragen solcher Art aber wirklich in die Debatte. Wir können ja eine zweite Runde machen.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, wenn eine Frage gestellt worden ist, ist es demokratischer Brauch, dass man antwortet, denke ich. - Ich verweise auf die Vorlage, die man schon lesen sollte. Darin steht:

> Die Verbindung zwischen der Wirtschaftsförderungs-GmbH und der Verwaltung wird über eine herausgehobene Dienststelle organisiert, die unmittelbar dem für Wirtschaftsförderung zuständigen Dezernat zugeordnet ist.

Was heißt das? Die zu gründende GmbH hat, wenn man es konkret sieht, eine Komplementär-, eine Ergänzungsfunktion. Sie erweitert das Handlungsspektrum, weil sie bestimmte Aufgaben auslagert und insofern insgesamt die Wirtschaftsförderung verstärkt. Diese herausgehobene Dienststelle hat die Aufgabe, die Prozesse in der Verwaltung in Gang zu bringen, wenn nämlich die GmbH ihrer Lotsenfunktion nachkommt.

Da muss natürlich einiges besser werden. Das werden Sie nicht bestreiten können. Ohne eine entsprechende Reform der Prozesse wird auch eine solche GmbH Probleme haben. Aber nichts anders intendiert ja auch die Verwaltungsvorlage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sie sind gerade dabei, einen Scherbenhaufen anzurichten.

Ihre Privatisierungspläne spalten die Stadtgesellschaft zwischen Handwerk - dagegen - und Industrie - dafür -, zwischen DGB - dagegen - und IHK - dafür -, spalten den Stadtrat in zwei Lager, provozieren den Personalrat, ver.di und komba, empören die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wirtschaftsdezernats und bewirken deren innere Kündigung.

Die Verwaltungsstrukturreform wird nicht abgewartet und letztendlich mit diesem Schritt ad absurdum geführt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Frau Oberbürgermeisterin, wollen Sie die Oberbürgermeisterin aller Kölnerinnen und Kölner sein oder die von Herrn Petelkau und der neoliberalen FDP?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Warum haben Sie sich mit Ihrem eigenen Dezernat überworfen, statt es zu führen? Das Amt für Wirtschaftsförderung hatte in der Befragung von Boston Consulting im Mai dieses Jahres seine Eingliederung in das Dezernat OB noch als Fortschritt bezeichnet und auch Mängel angesprochen - die zu geringe Lobby „in Politik und Öffentlichkeit“ - und eine Verbesserung der Schnittstelle im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform erhofft.

Warum haben Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht eine deutliche Erhöhung der Mittel für Wirtschaftsförderung eingefordert? Nichts dergleichen ist in der Haushaltsrede und im Haushaltsentwurf zu sehen.

Frau Oberbürgermeisterin, Ihre Privatisierungslösung ist die schlechtere, die teurere, die arbeitnehmerfeindlichere und eine undurchdachte Lösung. In Ihrer Vorlage und dem Gutachten der KPMG gibt es nicht ansatzweise ein Budget einer GmbH, keine Kostenberechnung, keine Haushaltszahlen und keinen Geschäftsplan für die Entwicklung dieser Firma. Das alles müssen Sie liefern. Dann können wir gerne weiterdiskutieren.

Lassen Sie mich aber noch weitere Probleme ansprechen. Das Boston-Consulting-Gutachten zeigte auf: Die angeblichen Vorteile der Privatisierung sind alle auch in einem Amt umsetzbar - mit Ausnahme der Geschäftsführergehälter.

Wenn Sie heute die Wirtschaftsförderung privatisieren, werden wir mindestens zwei bis drei Jahre ganz ohne die bisherige effiziente Verwaltung von Wirtschaftsförderung auskommen müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sich schnell in andere Bereiche der Stadtverwaltung wegbewerben. Das spezielle Wissen ist fort, und die Motivation ist lahmgelegt.

Die neue GmbH müsste erst gegründet werden. Dann müssten die Ausschreibung für einen Geschäftsführer oder eine Geschäftsführerin erfolgen und neues Personal gesucht werden. Der Preis wird deutlich höher sein, ohne dass eine Erhöhung der Sachkosten erfolgt, was unbedingt nötig wäre.

Das alles können wir uns überhaupt nicht leisten, meine Damen und Herren, weil wir schnell Themen klären müssen. So müssen wir über die Arbeitswelt 4.0 diskutieren. Wir müssen auch klären: Welche Flächen bekommt die Wirtschaft? Welche Flächen bekommen die Schulen und Kitas? Wo wollen wir Wohnungen bauen?

Alle diese Fragen müssen geklärt werden. Und dann haben wir kein Wirtschaftsdezernat, das sich in diesen Prozess einbringt.

Das KPMG-Gutachten kommt zu der Schlussfolgerung, dass - ich zitiere -

> eine wesentliche Herausforderung für die Wirtschaftsförderung … die Versorgung ansiedlungswilliger Unternehmen mit Flächen

ist.

Das ist das entscheidende Problem. Hier muss man handeln. Wenn wir diese Abwägung der Flächen nicht mehr organisieren können, wird es zu nichts führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie will aber eine externe GmbH Zugriff auf die Daten der Verwaltung bekommen? Angebote an Interessenten, sich in Köln anzusiedeln, aus einer Hand sind doch das Entscheidende.

Weil Sie dieses Problem erkannt haben und gesehen haben, dass es diesen Vorteil „aus einer Hand“ nicht mehr gibt, haben Sie gesagt: Wir gründen eine herausragende Dienststelle. - Die „herausragende Dienststelle“ haben Sie erfunden. So etwas gibt es gar nicht. Dieser Begriff ist unbekannt - mir wenigstens.

Das heißt: Das Amt 80, das Amt für Wirtschaftsförderung, wird dann im Kleinen widergespiegelt. Dort sollen ganz wenige Leute arbeiten. Der Geschäftsführer der GmbH ruft dann beim Amt 80, das drei, vier oder fünf Personen umfasst, an und sagt: Hört mal zu; kümmert euch um das und das und das. - Das sind Doppelstrukturen, ganz klare Doppelstrukturen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Diese Doppelstrukturen werden dazu führen, dass wir in diesem ganzen Prozess zusätzlich noch einmal 250 000 Euro Mehrkosten haben werden.

Jetzt fragt man sich: Was soll das alles? Diese Antwort kann nur Herr Petelkau geben, indem er die Frage beantwortet: Wen wollen Sie versorgen? Das ist ja die entscheidende Antwort.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. - Herr Petelkau, Sie sagen, es sei doch nichts Neues dazugekommen. Ja, es ist nichts Neues dazugekommen; nur Ihre Privatisierungsideologie ist dazugekommen.

Kollege Frank, schauen Sie sich die Antwort auf die Anfrage der SPD an. Dort stellt man heraus, dass diese neue Firma wahrscheinlich keinen Tarifvertrag braucht. Das ist nicht mehr Daseinsvorsorge und nicht mehr Stadt Köln; das ist die Privatisierung. So sieht es aus. Und das steht wörtlich in der Antwort auf die Fragen der SPD.

Herr Petelkau, im Übrigen ist Wirtschaftsförderung nicht einfach eine normale Dienstleistung wie die Dienstleistungen der AWB. Wirtschaftsförderung ist mehr eine hoheitliche Aufgabe, bei der man mit Fingerspitzengefühl Interessen abwägen muss und sagen muss: Was geben wir denn der Firma X, damit sie nach Köln kommt? - Die Firmen bekommen dann immer etwas. Das will ich auch gar nicht kritisieren.

Aufgrund der Notwendigkeit dieses Fingerspitzengefühls kann diese Dienstleistung aber nicht - anders als normale Dienstleistungen - die AWB oder ein anderes ausgegliedertes Unternehmen wahrnehmen, sondern nur eine Dienststelle der Stadt Köln. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem letzten Debattenbeitrag möchte ich uns allen wieder in Erinnerung rufen, dass wir uns im Kölner Rat befinden und nicht im Plenum der Sozialistischen Internationale.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir befassen uns hier mit der Gründung einer Kölner Wirtschaftsförderungsgesellschaft in öffentlicher Hand, also eines städtischen Unternehmens, ob nun mit oder ohne Beteiligung der Kölner Wirtschaft. Wir führen keine Schlacht über Eigentum an Produktionsmitteln, frühkapitalistische Ausbeutung von Beschäftigten, angeblich ohne Tarifverträge, und - welches böse Schimpfwort - neoliberalen Geist in der Stadtführung. Nein, meine Damen und Herren, wir reden hier über nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Köln, wie es vor uns und nach uns viele Städte, Kreise und Kommunen getan haben und tun werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sollte sich der ideologische Pulverdampf von links verflogen haben, so müssen wir - für manche im Raum schmerzlich, aber wahr - feststellen: Wirtschaftsförderungsgesellschaften wurden in Städten, Kreisen und Kommunen mal unter der Führung der CDU, mal unter der Führung der SPD, mal mit den Grünen, mal mit der FDP und - man mag es nach den Ausführungen meines Vorredners kaum glauben - auch schon mit den Stimmen der LINKEN gegründet.

(Beifall bei der FDP)

Ich frage Sie - auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin -: Warum ist eine unter SPD und LINKEN gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft in anderen Orten gut und richtig und eine von der Kölner Oberbürgermeisterin vorangetriebene Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft schlecht oder falsch?

Sie müssen diese Frage nicht beantworten. Ich erlaube mir aber die Annahme, Frau Oberbürgermeisterin, dass SPD und LINKE in anderen Städten, Kreisen und Kommunen genauso gute, wenn nicht gar die gleichen Argumente wie Sie für die Gründung hatten - zum Beispiel Flexibilität, Kundenorientierung, Bedürfnisorientierung und schnelle Wege.

Ich erlaube mir eine weitere Zuspitzung. Warum feiert die SPD in Hamburg ihren Ersten Bürgermeister Olaf Scholz für eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Beteiligung von Dritten, lehnt aber das gleiche Modell für die viertgrößte Stadt in Deutschland, nämlich Köln, als Teufelszeug ab, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist denn die Position der SPD zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft? Das sozialdemokratische Ja von Hamburg oder das Nein von Köln? Beides gleichzeitig geht nicht.

Ich darf dagegen für meine Kölner FDP hier feststellen: Was für Hamburg gut und erfolgreich ist - ob jetzt als Stadt oder auch als Land -, kann für Köln als viertgrößte Stadt nicht schlecht und falsch sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir Kölner Freidemokraten sind bereit, über den Tellerrand zu schauen und von anderen Städten zu lernen, wie man erfolgreich Wirtschaftsförderung organisiert - selbst wenn die Lösung von Sozialdemokraten aus Hamburg stammt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mit großem Bedauern muss ich feststellen, dass der Kölner SPD diese Weitsicht und politische Größe zum Wohle unserer Stadt fehlt.

(Martin Börschel [SPD]: Krokodilsträ-nen!)

Aber - man mag es kaum glauben - es kommt ein noch tollerer Anachronismus. Obwohl andere Rathäuser unter roter Flagge ihre Wirtschaftsförderung wie selbstverständlich in einer GmbH erfolgreich managen, darf Köln das nach hier herrschender linker Meinung noch lange nicht, da böse, selbst wenn sich die Kölner Oberbürgermeisterin bei ihren Vorgaben für die Gründung und das Betreiben einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Beteiligung der Wirtschaft an dem Beispiel von Berlin - hört, hört! - mit seiner rot-rot-grünen Mehrheit orientiert.

Das dortige Modell wurde von dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, SPD, vorangetrieben. Als Neoliberaler ist dieser Herr nun wahrlich nicht bekannt, meine Damen

und Herren. LINKE, Grüne und SPD setzen in Berlin weiterhin auf das Modell, da erfolgreich.

Jedenfalls fühlt sich die jetzige grüne Wirtschaftssenatorin mit ihrem Modell der Wirtschaftsförderung als Gesellschaft pudelwohl. Von fehlendem Einfluss der Stadt unter ihr kann in Berlin gerade nicht gesprochen werden. Wie wir hören und lesen konnten, passte ihr der Aufsichtsratsvorsitzende nicht; und schon war er weg.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch grüne Frauen können beißen!)

- Ja, auch grüne Frauen können beißen; liberale Herren übrigens auch.

(Heiterkeit)

Auch der ehemalige Wirtschaftssenator von 2002 bis 2011 in Berlin, Harald Wolf - man höre und staune: von der Linkspartei -, setzte auf das Berliner Modell der Wirtschaftsförderung und baute es sogar weiter aus. Harald Wolf bekannte sich zur Berliner Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und damit genau zu dem Modell, an dem sich die Kölner Oberbürgermeisterin orientiert. Dieser Harald Wolf ist kein Verwirrter oder Verirrter in der Linkspartei, sondern gehört zu den politischen Schwergewichten seiner Partei und wurde gerade zum kommissarischen Bundesgeschäftsführer ernannt.

Wir wissen nicht, wem die Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei hier mehr Kompetenz in dieser Frage zutrauen: dem neun Jahre in Berlin amtierenden Wirtschaftssenator Harald Wolf - pro Wirtschaftsförderungsgesellschaft - oder dem drei Jahre amtierenden Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Köln, Jörg Detjen, der sich gegen die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ausspricht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns von der FDP lautet die Antwort jedenfalls: Da hat wohl der linke Harald Wolf - pro Wirtschaftsförderungsgesellschaft - mal recht.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ob nun Hamburg oder Berlin: Bemerkenswert - wenn nicht gar bekannt - ist, dass sich die dortigen Handwerkskammern an der Wirtschaftsförderung beteiligen. Von einer Rüge durch den Zentralverband des Deutschen Handwerks für dieses aus Kölner Handwerkersicht mittelstandsfeindliche Vorgehen ist uns jedenfalls nichts bekannt.

Ob nun mit oder ohne Beteiligung der Wirtschaft: Köln folgt mit der Gründung seiner Wirtschaftsförderungsgesellschaft dem Weg, den andere Städte schon längst erfolgreich gegangen sind.

Für die FDP kann ich hier sagen: Wir gehen diesen Weg sehr gern mit, Frau Oberbürgermeisterin. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Mich erinnert dieser Vorgang, den wir jetzt diskutieren, an das Jahr 2001, in dem wir das Tiefbauamt praktisch zerschlagen haben. Hier erfolgt im Prinzip ohne Respekt und ohne Wertschätzung einer großen Verwaltungseinheit einfach ein Kahlschlag. Ich finde es schon tief beunruhigend, dass man diesen Schritt einfach so geht. Ob das nun eine formale Privatisierung oder eine unformale Privatisierung ist: Es ist eine Ausgliederung in einen privaten Bereich. Nach meiner Meinung handelt es sich hier um eine so wichtige Schnittstelle, dass dahinter eine Verwaltungseinheit stehen muss. - Das war der erste Gedanke, den ich Ihnen mitteilen wollte.

Zweitens. Die Arbeitsförderung von der normalen Wirtschaftsförderung zu trennen - man hat ja den Gedanken, sie in den Sozialbereich zu verschieben -, ist ein kapitaler Fehler. Ich kann das gar nicht verstehen, Frau Reker. Als jemand, der aus dem sozialen Bereich kommt, müssen Sie doch erkennen, dass - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In Gelsenkirchen hat das wunderbar geklappt, Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Die Förderung von Arbeitskräften ist doch keine soziale Aufgabe. Ich muss doch Arbeitsplätze schaffen. Das muss ich doch zusammen mit der Wirtschaftsförderung machen. Das ist doch der Vorgang.

Deswegen ist die Ausgliederung der Arbeitsmarktförderung in den Sozialbereich ein kapitaler Fehler, was die Schaffung von neuen Arbeits-

plätzen angeht. Das muss man ganz klar so sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gestatten Sie mir noch einen Schlusssatz. Herr Breite, Berlin ist kein gutes Beispiel, weil Berlin ein Bundesland ist. Wir können uns eher mit Städten wie Frankfurt vergleichen. Das sind interessantere Vergleiche.

Außerdem müssen Sie sich einmal das anschauen, was in Berlin stattgefunden hat. Dort ist jetzt der Aufsichtsratsvorsitzende ausgewechselt worden - von einer grünen Dezernentin. Danke schön, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Das ist eine ganz komische Form. Dort hat es mit dieser GmbH also nicht funktioniert.

Hinzu kommt, dass diese Firma jetzt einen Tarifvertrag abschließen musste. Sie hat jahrelang keinen Tarifabschluss gehabt. Jetzt musste ein Tarifvertrag geschlossen werden. Und woran hat man sich orientiert? Am TVöD! Das ist eben die Situation.

Deswegen werden wir dieser Vorlage auf keinen Fall zustimmen, meine Damen und Herren.

Herr Petelkau, Sie haben den Punkt 6 angesprochen. Das ist ja Barock. Es mag sein, dass es Kämpfe in der CDU gegeben hat. Das kann ich nicht beurteilen. Es interessiert mich auch wenig. Ich kann nur sagen: Wer eine ordentliche Wirtschaftsförderung braucht und will, muss sie in der städtischen Hand lassen, damit alle Ämter zusammen in einer Hand das Ganze bewegen können. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite und dann Herr Joisten, bitte. Wir sind in der zweiten Runde. Deswegen geht es jetzt nach Wortmeldungen.

Ulrich Breite (FDP): Nur kurz vom Platz aus: Jetzt muss ich hier auch noch Harald Wolf, den ehemaligen Berliner Wirtschaftssenator, verteidigen. Denn Herr Detjen hat gerade gesagt, dort habe man keinen Tarifvertrag gehabt. Das ist nicht richtig. Dort hatte man einen Tarifvertrag. Allerdings sind verschiedene Gesellschaften zusammengekommen, und man konnte sich nicht einigen. Jetzt hat man sich darauf geeinigt.

Dass Herr Wolf ein schlecht bestelltes Haus hinterlassen hätte, kann vielleicht DIE LINKE in Köln sagen. Das kann man hier aber auch nicht so stehen lassen, Herr Detjen. Da muss ich sogar noch Ihren Parteigenossen verteidigen. Er hat bei der Wirtschaftsförderung den richtigen Weg beschritten. Da können Sie sagen, was Sie wollen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Herr Breite, es tut mir leid; da muss ich Ihnen jetzt widersprechen, auch wenn das gar nicht der Grund meiner Wortmeldung war. Ich habe heute noch mit dem ver.di-Sekretär in Berlin telefoniert, der diesen Prozess begleitet hat. Es war so, dass eben kein Tarifgefüge bestand und eine eklatante Ungleichbehandlung verschiedener Beschäftigtengruppen vorlag - bis zu mehreren Tausend Euro Differenz für die gleiche Tätigkeit innerhalb der gleichen Gesellschaft.

Diese Zustände sind anscheinend auch hier angedacht; denn ein Tarifgefüge - das geht aus der Antwort auf unsere Anfrage ja hervor - ist nicht vorgesehen. Insofern habe ich da die allergrößten Bedenken - unabhängig davon, ob in Berlin auch Sozialdemokraten daran beteiligt waren. So, wie es dort bisher gelaufen ist, darf und soll es hier nicht laufen. Nach der Vorlage oder den Antworten scheint es aber darauf hinauszulaufen, dass man in dieser neuen GmbH ein tariffreies Gefüge schaffen will.

Weil mich und uns umtreibt, dass die Fraktionen von CDU und Grünen, aber auch FDP in dieser sehr komplexen Frage mit einem sehr umfangreichen Gutachten doch sehr schnell beschluss- und entscheidungsfähig waren, möchte ich aber noch einmal ganz gezielt folgende Frage an die Verwaltung richten - mit der Bitte um eine klare und einfache Beantwortung -: Waren die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen usw. im Erstellungsprozess zusammen mit dem Gutachter im Dialog mit der Stadtverwaltung, und hat es da einen entsprechenden Austausch gegeben?

Die gleiche Frage richte ich auch an Herrn Petelkau: Hat es im Erstellungsprozess des Gutachtens einen direkten Kontakt zum Gutachter gegeben, und ist entsprechend Einfluss genommen worden? - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Für die Verwaltung ist das ganz einfach zu beantworten. Einen gemeinsamen Austausch mit der Verwaltung und den Fraktionen und den Gutachtern hat es nicht gegeben. Davon weiß ich nichts. Ich bin auch nicht dabei gewesen. Das hat es nicht gegeben.

(Zuruf von der CDU: Das wäre ja wie früher bei der SPD, Herr Joisten! - Christian Joisten [SPD]: Können Sie für die gesamte Verwaltung sprechen, Frau Oberbürgermeisterin?)

- Ich kann nie für 19 000 Mitarbeiter sprechen. Ich sage Ihnen nur: Es ist mir nicht bekannt, und ich bin auch nicht dabei gewesen. - Für 19 000 Mitarbeiter kann ich beim besten Willen nicht sprechen. Ich trage die Verantwortung für die Handlungsweise. Ob jemand vom Amt für Wirtschaftsförderung oder sonst jemand irgendwie mit einem Gutachter Kontakt hat, kann ich aber nicht sagen.

(Martin Börschel [SPD]: Auf der Dezernatsebene?)

- Das weiß ich nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Die Dezernenten könnten ja antworten!)

- Ja, können sie. - Es ist sehr schade, dass das hier eine ideologische Diskussion ist.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Punktweise Abstimmung!)

- Hier wird punktweise Abstimmung beantragt.

Dann lasse ich zunächst über Punkt 1 der Vorlage zu TOP 10.43 abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Oberbürgermeisterin. Damit ist das so beschlossen. Enthaltungen? - Keine. Nach Gegenstimmen hätte ich fragen sollen. Aber das ist ja dann klar. Also: Gegenstimmen? - LINKE, pro Köln, AfD, SPD, Ratsgruppe GUT, Ratsgruppe BUNT und Herr Wortmann. Das ändert aber nichts am Abstimmungsergebnis.

Ich lasse über den Beschlusspunkt 2 abstimmen, meine Damen und Herren. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU und die FDP. Gegenstimmen? - Die SPD, die Ratsgruppe BUNT, die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann, die AfD, pro Köln und die LINKEN. Damit angenommen.

Beschlusspunkt 3: Wer wünscht dafürzustimmen? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die LINKEN, Herr Wortmann, die AfD und pro Köln. Angenommen.

Beschlusspunkt 4: Wer wünscht dafürzustimmen? - Die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Die SPD, DIE LINKE, Herr Wortmann, die AfD, pro Köln und die beiden Ratsgruppen GUT und BUNT. Angenommen.

Beschlusspunkt 5: Wer wünscht zuzustimmen? - Die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Dagegen? - SPD, Ratsgruppe BUNT, Ratsgruppe GUT, AfD, pro Köln, LINKE und Herr Wortmann. Angenommen.

Beschlusspunkt 6: Wer stimmt ihm zu? - Das sind die FDP-Fraktion und die Oberbürgermeisterin.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

- Ja, es gibt alles.

(Heiterkeit)

Gegenstimmen? - Von SPD, Grünen, CDU, LINKEN, pro Köln, AfD und Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Kann es keine mehr geben. Damit abgelehnt.

Nach dieser punktweisen Abstimmung lasse ich jetzt noch einmal gesamtabstimmen. Wer dieser Vorlage - ohne Punkt 6; er ist weggestimmt - zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die SPD, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die LINKEN, Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Damit ist diese Vorlage so angenommen. - Vielen Dank.

Jetzt bitte ich Sie, in der Tagesordnung zum Tagesordnungspunkt 10.1 zurückzugehen. Wir haben den TOP 10.43 ja sozusagen als TOP 10.0 behandelt.

Beschlüsse:

I. Beschluss – ziffernweise Abstimmung:

Ziffer 1:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das Gutachten von KPMG zur Organisationsuntersuchung des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der AfD-Fraktion, den Ratsgruppen pro Köln, BUNT und GUT sowie Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Ziffer 2:

2. Der Rat befürwortet die Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH in 100%iger Eigentümerschaft der Stadt. Er beauftragt die Verwaltung, ein entsprechendes Konzept unter folgenden Maßgaben zu erarbeiten:

a) Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH mit folgenden Aufgaben:

- Standortmarketing (insbesondere Erstellung von Wirtschaftsanalysen und –beobachtungen, Außendarstellung / Öffentlichkeitsarbeit / Standortmarketing, Unternehmensakquise, internationale Wirtschafts- / Unternehmensangelegenheiten).

- Unternehmensservice (insbesondere Standortpflege und -beratung, Standortentwicklung und -Sicherung, Immobilienvermittlung, Fördermittelberatung, umfassende Unterstützung von Start-ups).

- Wissenschaft & Innovation (insbesondere Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtung; Beobachtung und Analyse von technologischen Entwicklungstrends).

b) Integration der städtischen Dienststellen 80/1, 80/2 und 80/3 (Amt für Wirtschaftsförderung) und OB/8 (Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft) unter Einbeziehung des Handlungsfelds Kreativwirtschaft in die neu zu gründende Gesellschaft.

c) Die Verbindung zwischen der Wirtschaftsförderungs-GmbH und der Verwaltung wird über eine herausgehobene Dienststelle organisiert, die unmittelbar dem für Wirtschaftsförderung zuständigen Dezernat zugeordnet ist.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der AfD-Fraktion, den Ratsgruppen pro Köln, BUNT und GUT sowie Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Ziffer 3:

3. Der Rat nimmt die Überlegungen der Verwaltung zur Organisation der Wirtschaftsförderungs-GmbH und zur Organisation der Schnittstelle in die Verwaltung zur Optimierung der wirtschaftsrelevanten Prozesse zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 3:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der AfD-Fraktion, den Ratsgruppen pro Köln, BUNT und GUT sowie Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Ziffer 4:

4. Eine Aufgabe der zukünftigen Wirtschaftsförderungs-GmbH besteht darin, im Dialog mit der Kölner Wirtschaft Konzepte und Strukturen zu entwickeln, um Kölner Wirtschaftsakteure aktiv an Kampagnen des Standortmarketings zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 4:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der AfD-Fraktion, den Ratsgruppen pro Köln, BUNT und GUT sowie Ratsmitglied M Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Ziffer 5:

5. Zur Stärkung der Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist die neue Gesellschaft mit aufgabenangemessenen Budgets auszustatten.

Hierfür sind aus dem städtischen Haushalt über den derzeitigen Status Quo hinaus zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 5:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der AfD-Fraktion, den Ratsgruppen pro Köln, BUNT und GUT sowie Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) .

Ziffer 6:

6. Zur Stärkung der Finanzkraft und um die Wirtschaft so eng wie möglich in die Wirtschaftsförderung einzubinden, öffnet sich die Wirtschaftsförderungs-GmbH im weiteren Prozess für Beteiligungen von Netzwerkorganisationen aus der Kölner Privatwirtschaft.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 6:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Stimme von Frau OB Reker abgelehnt.

II. Gesamtabstimmung (ohne Ziffer 6)

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das Gutachten von KPMG zur Organisationsuntersuchung des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln zur Kenntnis.

2. Der Rat befürwortet die Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH in 100%iger Eigentümerschaft der Stadt. Er beauftragt die Verwaltung, ein entsprechendes Konzept unter folgenden Maßgaben zu erarbeiten:

a) Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH mit folgenden Aufgaben:

- Standortmarketing (insbesondere Erstellung von Wirtschaftsanalysen und –beobachtungen, Außendarstellung / Öffentlichkeitsarbeit / Standortmarketing, Unternehmensakquise, internationale Wirtschafts- / Unternehmensangelegenheiten).

- Unternehmensservice (insbesondere Standortpflege und -beratung, Standortentwicklung und -Sicherung, Immobilienvermittlung, Fördermittelberatung, umfassende Unterstützung von Start-ups).

- Wissenschaft & Innovation (insbesondere Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtung; Beobachtung und Analyse von technologischen Entwicklungstrends).

b) Integration der städtischen Dienststellen 80/1, 80/2 und 80/3 (Amt für Wirtschaftsförderung) und OB/8 (Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft) unter Einbeziehung des Handlungsfelds Kreativwirtschaft in die neu zu gründende Gesellschaft.

c) Die Verbindung zwischen der Wirtschaftsförderungs-GmbH und der Verwaltung wird über eine herausgehobene Dienststelle organisiert, die unmittelbar dem für Wirtschaftsförderung zuständigen Dezernat zugeordnet ist.

3. Der Rat nimmt die Überlegungen der Verwaltung zur Organisation der Wirtschaftsförderungs-GmbH und zur Organisation der Schnittstelle in die Verwaltung zur Optimierung der wirtschaftsrelevanten Prozesse zustimmend zur Kenntnis.

4. Eine Aufgabe der zukünftigen Wirtschaftsförderungs-GmbH besteht darin, im Dialog mit der Kölner Wirtschaft Konzepte und Strukturen zu entwickeln, um Kölner Wirtschaftsakteure aktiv an Kampagnen des Standortmarketings zu beteiligen.

5. Zur Stärkung der Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist die neue Gesellschaft mit aufgabenangemessenen Budgets auszustatten. Hierfür sind aus dem städtischen Haushalt über den derzeitigen Status Quo hinaus zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Anmerkung:
Die SPD-Fraktion beantragt ziffernweise Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.1 Sportanlage Heidekaul, Köln-Raderthal Verschiebung der städtischen Tennisanlage Heidekaul (Tennisplätze und Umkleidehaus) auf dem bisherigen Grundstück Planungsbeschluss

0842/2017

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem bei einer Gegenstimme so zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Kostenermittlung für die Verschiebung der städtischen Tennisanlage Heidekaul (bestehend aus Tennisplätzen und Vereinsheim) in Köln-Raderthal auf dem bisherigem Grundstück wegen der Errichtung einer P+R-Anlage im Zuge der Errichtung des 3. Bauabschnitts der Stadtbahn (Nord-Süd Stadtbahn).

Gleichzeitig beschließt der Rat eine überplanmäßige investive Auszahlungsermächtigung in Höhe von 145.000 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 1202 –Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Die Kosten der Baumaßnahme im Haushaltsjahr 2018 sowie in den Folgejahren sind im Hpl 2018 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln 1120/2017

Abstimmung wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 7.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem so zugestimmt.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 14.12.2017/Anlage 7:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Gestaltungshandbuch der Stadt Köln umzusetzen, und schafft damit die Grundlage für die Gestaltung, Sauberkeit und Instandhaltung für den öffentlichen Raum in den nächsten Jahrzehnten.

2

a.

-1. Der Rat beschließt die Anwendung des Bedeutungsplans, der Stadträume hierarchisiert.

Hierdurch findet eine stadtverwaltungsinterne und –externe Vereinbarung auf bestimmte Stadträume statt und verbessert dadurch die Effizienz und Zusammenarbeit aller Beteiligten im öffentlichen Raum.

-2. Außerdem wird die Einführung der 9 Planungsgrundsätze und den daraus abgeleiteten Gestaltungsstandards für Stadtraumelemente im öffentlichen Raum beschlossen.

Das Ziel ist hierbei, den Stadtraum durch eine Vereinfachung der Planungs-, Abstimmungs- und Überprüfungsprozesse zu ordnen, zu beruhigen und die jeweils – abhängig vom Bedeutungsraum (siehe Bedeutungsplan) - angemessene Qualität her zu stellen und zu sichern.

-3. Fernerhin beschließt der Rat, die 4 Instandhaltungsgrundsätze inhaltlich als perspektivisches Qualitätsziel zu verfolgen. Diese definieren angestrebte Standards für die Sauberkeit und Pflege von Stadträumen.

b. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Inhalte des Gestaltungshandbuches nach angemessenen Zeiträumen zu evaluieren und dem Rat der Stadt Köln die Ergebnisse der Evaluationen und die Vorschläge zu Aktualisierungen vorzulegen.

In den vorgelegten Entwurf des Gestaltungshandbuchs sind folgende Änderungen aufzunehmen:

Seite 7/ Spalte 2

„Die Barrierefreiheit in Kapitel E setzt Standards für eine Orientierung und Erreichbarkeit aller Bürgerinnen und Bürger.“

Zu ergänzen ist: Sie ist als obligatorischer Bestandteil in allen Stadträumen unabhängig von der jeweiligen Bedeutung des jeweiligen Stadtraums in die Planungen zu integrieren.

Seite 10

Im "Planungsgespräch" (verwaltungsinternes Planer- Gremium: Dez VI und Dez VIII) kann unter Berücksichtigung der Planungsgrundsätze im Einzelfall von den Standards abgewichen werden.

Seite 15

In öffentlichen Räumen, deren Aufenthaltsqualität vor allem für Fußgänger von hoher Bedeutung ist, ist Attributen wie Gestaltung, Sicherheit, Pflege, Instandhaltung, Komfort, ortsangemessene Nutzungen, Barrierefreiheit und ein offenes Erscheinungsbild ein besonders hoher Stellenwert einzuräumen. Die Gesamtwirkung der öffentlichen Räume ist reduziert, zeitlos, nachhaltig, nutzerfreundlich für alle (Design for all) und funktional zu gestalten.

Seite 17

Unter der Berücksichtigung der Barrierefreiheit sind hier hochwertige Abweichungen vom Grundstandard möglich, wenn dies aus einem schlüssigen Gesamtkonzept folgt.

ab Seite 41

E Barrierefreiheit

Grundsätzlich ist in diesem Kapitel das Wort ‚soll' durch ‚muss' zu ersetzen.

Seite 41, 3. Absatz, letzter Satz, zu ergänzen

Für sehbehinderte Menschen ist es wichtig, dass sich die Bodenbeläge kontrastreich voneinander unterscheiden. (Leuchtdichtekontrast von mindestens 0,4)

Seite 43

Taktile und visuelle Leitelemente

Mit Hilfe ertastbarer und visuell kontrastreicher Bodenindikatoren (Leuchtdichtekontrast von mindestens 0,4) werden gleichbleibende und unverwechselbare Strukturen in die Straßenplanung einbezogen ….

….

Handelt es sich bei dem Ziel um eine (Bus)Haltestelle oder ein öffentliches Gebäude (z.B. Rathaus, Krankenhaus, Theater), besteht er aus Rippenplatten. Ein Auffindestreifen mit Noppenstruktur zeigt hingegen an, dass an dieser Stelle eine Straße sicher überquert werden kann (Ampel, Zebrastreifen).

……

Der öffentliche Raum soll rollstuhl- und rollatorgerecht sein muss weitestgehend rollator- und rollstuhlgerecht sein und auch Menschen, die einen Kinderwagen schieben, müssen mühelos durch die Stadt kommen. Höhenunterschiede sollen in möglichst allen Bereichen durch Rampen ausgeglichen werden, entweder direkt neben einer Stufenanlage oder in unmittelbarer Nähe. Bei größeren Höhenunterschieden sind Aufzüge zu errichten. Je höher die stadträumliche Bedeutung des Raumes ist, in der die Höhenunterschiede zu überwinden sind, desto höher ist die Priorität in der Umsetzung.

Diese neuen Ergebnisse werden dann nach Abstimmung mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in einer überarbeiteten Version dieses Handbuches eingearbeitet.

Ergänzung:

Ein Ausbau von Querungsstellungen durch Borde mit differenzierter Bordhöhe wird zur nächsten Überarbeitung des Gestaltungshandbuchs diskutiert und ggf. eingearbeitet.

Seite 49

Um wichtige Identitäten in der Innenstadt zu bewahren, wurden bereits mit dem Gestaltungshandbuch Innenstadt in den Einkaufslagen (Kerngebiet K), auf den Kölner Ringen (Ringe R) und in der historischen Altstadt (Historischer Bereich H) Standards für die Pflastergestaltung festgesetzt.

Ergänzung:

Diese Standards sind unter Berücksichtigung der Planungsgrundsätze sinnvoll anzuwenden.

Seite 59

Diese wenigen Standardelemente sollen aus der Vielfalt der derzeit angewandten Elemente die Auswahl treffen, die sich im Stadtraum in Bezug auf Qualität und Gestaltung die Gestaltungsgrundsätze besonders bewährt haben.

Seite 185

I Verweise

Grundsätzlich erfolgt der Ausbau der Straßen und Plätze nach den aktuell anerkannten Regeln der Technik.

Folgende Regelwerke und Handbücher sind zu beachten (exemplarisch):

……..

~~Planerhandbuch Straßen- und Verkehrstechnik~~

……..

Ergänzung:

DIN 18040-3

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Errichtung einer Unterkunft für geflüchtete Familien auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln - Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016/2017 der Stadt Köln
1229/2017

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung des im Rahmen der Errichtung der Geflüchtetenunterkunft in konventioneller Bauweise erbauten Objektes Kuckucksweg 10, 50997 Köln-Godorf, in Höhe von insgesamt 400.000 € zur Kenntnis.

Zur Deckung des verbleibenden Mehrbedarfs in Höhe von insgesamt 400.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-2-5120, Neubau Kuckucksweg, bereitgestellt.

Für den konsumtiven Mehrbedarf durch Erhöhung der Abschreibung i.H.v. 6.666,67 € für das Haushaltsjahr 2017 ff. sind im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 14 - Bilanzielle Abschreibungen, Mittel in entsprechender Höhe eingeplant.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss für die Brandschutzsanierung bzw. -ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Appellhofplatz/Zeughaus sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei Finanzstelle 6903-1202-1-0110, Brandschutz Appellhofplatz
1652/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung des Zuschussgebers eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns der Maßnahme mit der Brandschutzsanierung und -ertüchtigung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Appellhofplatz/Zeughaus mit städtischen Gesamtkosten in Höhe von 4.967.530 Euro.

Außerdem beschließt der Rat den Rückbau einer defekten und nicht mehr genutzten Fahrtreppe in der unteren Fahrebene (Fahrtrichtung Dom/Hbf). Die Fahrtreppe wurde 1967 errichtet und 2005 stillgelegt. Es besteht keine Zweckbindung mehr. Für die entfallende Fahrtreppe wird im Gegenzug die angrenzende feste Treppe erweitert und deren Belag ausgetauscht. Die Kosten hierfür betragen rd. 245.000 Euro. Die vorhandene funktionstüchtige Fahrtreppe bleibt von der Maßnahme unberührt.

Gleichzeitig beschließt der Rat vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2018 (ein-

schl. der Finanzplanung bis 2021) die erstmalige Freigabe investiver Mittel im Teilfinanzplan 1202, - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in der Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen -, bei der Finanzstelle 6903-1202-1-0110, Brandschutz Appellhofplatz, Hj 2018 in Höhe von 1.870.000 Euro.

Die Realisierung der Maßnahme erfolgt nach dem jeweiligen Haushaltsplan.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.5 Baubeschluss für die Herstellung einer Freitreppe an St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung
1944/2017

Die Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II- Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Machbarkeitsuntersuchung neue Fuß- und Radwegbrücke zwischen Bastei und Rheinpark und Erweiterung der vorhandenen Geh- und Radwege an der Hohenzollernbrücke
2036/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Ratsgruppe GUT
AN/1906/2017

Wortmeldungen? - Bitte, Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was uns am Anfang der Tagesordnung noch nicht gelungen ist, funktioniert jetzt: dass wir tatsächlich über Visionen sprechen und mutige Schritte für die Zukunft der Verkehrspolitik in Köln gemeinsam beschließen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Meinst du, es wird besser, wenn du jetzt so einen Scheiß erzählst?)

- Beleidigen muss man mich jetzt ja nicht aus der ersten Reihe.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich habe dich nicht beleidigt!)

Es ist total in Ordnung, wenn wir unterschiedliche Meinungen haben. Aber das muss doch nicht sein.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich höre dir zu!)

Wichtig ist es, dass wir heute einen mutigen Schritt gehen, um eine attraktive Wegebeziehung zwischen dem Links- und Rechtsrheinischen vor allen Dingen für Fahrrad Fahrende und Fußgängerinnen und Fußgänger hinzubekommen.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei meinen Sprecherkollegen dafür bedanken, dass wir jetzt noch einen gemeinsamen Änderungsantrag hinbekommen haben, mit dem wir die Verwaltungsvorlage deutlich verbessern.

Für uns als SPD-Fraktion ist es wichtig, noch einmal Folgendes zu pointieren: Der Ausgangspunkt war ja die Debatte um die Brücke an der Bastei. Für unsere Fraktion bewerte ich sehr positiv, welchen Gang die Diskussion dann genommen hat. Das ist ein Punkt, an dem wir tatsächlich sachlich und konstruktiv miteinander arbeiten. Es geht also doch.

Darum freue ich mich darüber, dass wir jetzt gemeinsam daran weiterarbeiten können und irgendwann alle zusammen diese vier Erweiterungen einweihen können. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel, bitte.

Dirk Michel (CDU): Herr Pöttgen hat es gesagt: Wir haben uns im Verkehrsausschuss auf diese Vorgehensweise geeinigt.

Wir fügen die diversen Anträge zu den Brückenprojekten zusammen und priorisieren sie. Das bringt uns den Vorteil einer praktikablen Abarbeitung durch die Verwaltung und auch Ruhe in die Diskussion, von wem welche Idee ausgeht. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich mache es auch vom Platz aus. Es sollte ja schnell gehen.

Wir unterhalten uns schon sehr lange über die verschiedensten Rheinquerungen - alte, die saniert werden müssen, und neue, die wir dann vorzugsweise dem Fuß- und Radverkehr zur Verfügung stellen.

Daher bin auch ich sehr froh darüber, dass es uns jetzt gelungen ist, das Ganze in einem gemeinsamen Antrag zusammenzuführen, in dem auch die entsprechenden Priorisierungen vorgenommen werden. Letztendlich kommt es meines Erachtens nämlich darauf an, dass wir diese ganzen Projekte priorisiert bekommen. Denn wünschen können wir uns so viele Rheinbrücken, wie wir wollen. Wir wollen aber - der Kollege Pöttgen hat es gesagt - auch noch die Eröffnung erleben. Ich bin zumindest ganz hoffnungsfroh, dass wir sie noch erleben werden.

(Dr. Birgitt Killersreiter [Bündnis 90/Die Grünen]: Du!)

- Herr Pöttgen ist ungefähr in meinem Alter. Insofern glaube ich, dass wir das noch schaffen könnten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr schafft das noch!)

Eines ist dabei ganz wichtig - denn ich wurde auch immer wieder auf die Rampe auf der Nordseite angesprochen -: Die Ertüchtigung der Nordseite der Hohenzollernbrücke wird hier noch einmal mit geprüft. Ich möchte in diesem Zusammenhang klargestellt wissen, dass die Rampe, die dorthin führt, für die wir inzwischen auch schon seit mehreren Jahren streiten, hiervon unabhängig ist und so oder so kommt, egal in welcher Reihenfolge wir das Ganze jetzt abarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann man vonseiten der Verwaltung noch etwas dazu sagen?)

Können wir erst die Zwischenfrage beantworten, Frau Blome? - Ich kann Ihnen hier leider keine Sitzgelegenheit anbieten. Heute wäre das angemessen. Bitte, Frau Blome.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hammer, ja, das kann ich voll und ganz bestätigen. Wir haben mit der DB AG - also mit DB Station & Service AG, DB Netz AG usw. - auf Beigeordnetenebene einen Lenkungskreis installiert. Dort werden auch die Bauabläufe bei den Maßnahmen der DB, nämlich dem neuen Mittelbahnsteig oben im Bahnhof, so aufeinander abgestimmt, dass die Rampe nicht gleich außer Betrieb genommen werden muss. Da sind wir also in ganz engen und festen Planungsläufen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich hier noch einmal zu Wort. Nach der sehr emotionalen Debatte um die Frage des Wirtschaftsdezernates ist das jetzt ein bisschen schwierig. Es ist aber schon wichtig, dass wir uns diesen Antrag, den wir hier von CDU, SPD, Grünen und FDP ein Stück weit untergejubelt bekommen, noch einmal genauer ansehen.

Sie behaupten, damit würden Sie eine tolle Priorisierung vornehmen. Sie machen aber exakt das Gegenteil.

An dieser Stelle müssen wir die Verwaltung einmal loben; denn die Verwaltung hat in ihrer Vorlage sehr gut herausgearbeitet, was verkehrsmäßig für Rad- und Fußwege in dieser Stadt am effektivsten und kostenmäßig überschaubar realisierbar ist.

Wie ein Blick in die Vorlage zeigt, hat die Erweiterung der Hohenzollernbrücke um eine Rampe im Süden nämlich bei überschaubaren Kosten den höchsten Verkehrswert - im Gegensatz zur nördlichen Erweiterung, die eben noch einmal angesprochen wurde. Jeder, der sich im Verkehrsausschuss damit beschäftigt hat, weiß, dass die Erweiterung der Hohenzollernbrücke im Norden bei weitem nicht diesen Effekt hat und technisch auch nicht so einfach umsetzbar ist. Außerdem haben wir dort schon seit Jahren eine Lösung in Aussicht, nämlich die Errichtung einer Rampe auf der linksrheinischen Seite. Das ist dann eine akzeptable Lösung.

Ihr Wunschkonzert geht allerdings noch weiter, indem Sie hier sagen: Wir wollen aber geprüft haben, wie es mit der Brücke zwischen der Bas-

tei und dem Rheinpark aussieht. Gleichzeitig wollen wir eine Brücke im Süden zwischen dem Deutzer Hafen und der Südstadt geprüft haben.

Wir haben in dieser Stadt große Verkehrsprobleme. Es ist nicht nachvollziehbar, dass wir jetzt in der vorweihnachtlichen Stimmung noch einmal ein Wunschkonzert der Fraktionen anstimmen, welchen Weihnachtswunsch sie ihrer Klientel gerne ermöglichen möchten.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, schauen Sie doch bitte noch einmal in die sehr gute Verwaltungsvorlage, in der eindeutig steht, dass es vernünftig ist, als Erstes die Erweiterung auf der Hohenzollernbrücke im Süden umzusetzen. Das ist die Beschlussalternative 1.

Der Antrag der Fraktionen, die ich eben genannt habe, ist nichts anderes als ein Showeffekt. Wir wissen alle, dass das im Prinzip ein Showeffekt sein soll. Ich hoffe, dass ich ein wenig zur Entlarvung beitragen konnte.

Insofern bitte ich um Zustimmung zur Verwaltungsvorlage, Beschlussalternative 1. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es passt ganz gut zum Thema, dass ich jetzt einmal versuche, eine Brücke zwischen den Ausführungen von Herrn Weisenstein und den Ausführungen von Herrn Pöttgen zu bauen.

Herr Weisenstein, ich sollte Sie eigentlich nicht bremsen, wenn Sie Vorlagen der Oberbürgermeisterin hier unterstützen wollen. Allerdings hat sich das Ganze im Verkehrsausschuss schon etwas weiterentwickelt. Das muss man auch denjenigen klarmachen, die die Vorlage vielleicht nicht so intensiv studiert haben bzw. nicht so intensiv debattiert haben, wie wir das im Verkehrsausschuss getan haben.

Klar ist, dass der Rhein das Nadelöhr im Kölner Verkehrsystem ist. Wir brauchen Brücken, und zwar nicht nur die, die wir jetzt haben und die wir sanieren oder ausbauen. Deswegen sind wir auch sehr froh darüber, dass der Rat sich am Ende doch dazu entschlossen hat, im Kölner Süden, nämlich in Godorf, noch eine zusätzliche Rheinbrücke zu bauen, die hier im Rat von der rot-grünen Mehrheit lange Zeit ad acta gelegt worden war. Da sind wir heute einen Schritt weiter. Das ist das wichtigste Projekt, das wir hier für die Infrastruktur in Sachen Rheinquerung haben.

Außerdem gibt es die Vorlage der Verwaltung, um die es jetzt geht. Die südliche Erweiterung der Hohenzollernbrücke hat - da hat der Kollege Weisenstein vollkommen recht - bei uns allen die höchste Priorität. Schließlich handelt es sich dort um eine sehr wichtige Fußgänger- und Radwegebeziehung. Auf den paar Metern Breite, die heute dort vorhanden sind, ist es nicht möglich, den Verkehr entsprechend abzuwickeln. Deswegen hat es für uns eine hohe Priorität, dies umzusetzen.

Die Sache hat sich aber - da muss ich Ihnen jetzt leider widersprechen, Herr Weisenstein - natürlich weiterentwickelt. So sieht der Masterplan, dem wir alle hier zugestimmt haben und den wir alle wie eine Monstranz vor uns hertragen, nun einmal zwei Fußgängerbrücken vor - einmal an der Bastei und einmal zur Verbindung von Rheinauhafen und Deutzer Hafen. Damit hat sich der Verkehrsausschuss auseinandergesetzt.

Der jetzt vorliegende Änderungsantrag enthält schon eine Priorisierung. Wir haben nämlich gesagt - auch entgegen ursprünglicher Beschlussfassung -, dass die Verbindung von Rheinauhafen und Deutzer Hafen für uns eine höhere Priorität hat. Denn im Rheinauhafen und der Südstadt auf der einen Rheinseite und dem, was als Pendant am Deutzer Hafen auf der anderen Rheinseite entstehen soll, spielt in der Zukunft die Musik. Das wollen wir für Fußgänger und Radfahrer erlebbar machen.

Deswegen hat diese Verbindung in unserem Vorschlag eine höhere Priorität. Was die andere Brücke an der Bastei angeht, steht im Grunde genommen nur unten drunter, dass sie weiterverfolgt werden soll, aber ohne konkrete Umsetzungspläne.

Bei der Nordseite der Hohenzollernbrücke müssen wir auch feststellen, dass eine Erweiterung dort sowohl einen schlechteren Verkehrswert als auch eine geringere Wahrscheinlichkeit hat. Wir diskutieren ja über Erweiterungen des Hauptbahnhofs und des Deutzer Bahnhofs. Dann wird natürlich irgendwann auch angestrebt werden, auf der Nordseite der Hohenzollernbrücke zwei zusätzliche Gleise zu ergänzen. Deswegen wäre

es Quatsch, schon vorher den Fußgängerweg auf der Nordseite zu erweitern. Daher hat die Nordseite eine geringere Priorität als die Südseite.

Deswegen macht der Änderungsantrag, den wir hier gemeinsam mit SPD, CDU, Grünen und FDP vorlegen, großen Sinn. Das ist eine Weiterentwicklung dessen, was die Verwaltung vorgeschlagen hat, und kein Widerspruch.

Gerade bei diesen langfristigen Projekten finde ich es schade, dass Sie sich, obwohl Sie als LINKE doch behaupten, den Fußgänger- und Radfahrerverkehr unterstützen zu wollen, mit einer Neinstimme aus der Debatte verabschieden. Stimmen Sie dem Änderungsantrag zu!

Dann hoffen wir einmal, lieber Andreas Pöttgen, dass wir möglichst viel umgesetzt bekommen. Wir sollten uns da auch nicht allzu besoffen reden, weil natürlich jedes Projekt schon sehr aufwendig und sehr teuer ist. Wir wären froh, wenn wir ein oder zwei Projekte von dieser Prioritätenliste in den nächsten zehn Jahren wirklich abgearbeitet bekämen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Ersetzungsantrag von SPD, CDU, Grünen, FDP und Ratsgruppe GUT abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gegenstimmen? - Die LINKE. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Damit ist das so beschlossen.

Die ursprüngliche Vorlage hat sich damit auch erledigt. - Nein? Das ist doch ein Ersetzungsantrag gewesen. - Dann lasse ich sicherheitshalber noch einmal darüber abstimmen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann über die Beschlussalternative! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, über die Vorlage in der geänderten Form!)

Wir stimmen jetzt noch einmal über die Vorlage in der geänderten Form ab. Wer ihr so zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die LINKEN und Herr Wortmann enthalten sich. Damit ist sie so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit Priorität*

   a. *die Erweiterung der Flächen für Fußgänger und Radfahrer an der südlichen Seite der Hohenzollernbrücke (Alternative 3 der Vorlage 2036/2017) tiefergehend zu untersuchen und die Ergebnisse dem Rat anschließend vorzustellen. Hierzu ist die Verwendbarkeit der alten Senkkästen im Rheinflussbett zu prüfen. Außerdem sind die Rahmenbedingungen (zum Beispiel Denkmalschutz, Stadtplanung und Rampenbereiche) zusammenzutragen und zu bewerten.*

   b. *eine Machbarkeitsstudie für eine Fuß- und Radwegbrücke im Kölner Süden zur Verbindung des neuen Quartiers Deutzer Hafen mit dem Ubierring (vgl. Masterplan Innenstadt) zu erstellen. Zudem sind die bisher erfolgten Überlegungen im Rahmen der Werkstattverfahren Parkstadt Süd und Deutzer Hafen für die Südbrücke zu berücksichtigen.*

   c. *Eine vertiefte Untersuchung zur Erweiterung der Flächen für Fußgänger und Radfahrer an der nördlichen Seite der Hohenzollernbrücke soll weiterverfolgt werden.*

   d. *Auf der Basis des ermittelten Umfangs und der Kosten für die notwendigen Gutachter- und Planungsleistungen die Finanzierung hierfür sicherstellen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung des Weiteren, die Planung einer neuen Fuß- und Radwegbrücke auf Höhe der Bastei (Alternative 1 der Vorlage 2036/2017) zu vertiefen und die Ergebnisse dem Rat anschließend vorzustellen.*

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Wortmann zugestimmt.

II. Beschluss zur so geänderten Verwaltungsvorlage:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit Priorität

a. die Erweiterung der Flächen für Fußgänger und Radfahrer an der südlichen Seite der Hohenzollernbrücke (Alternative 3 der Vorlage 2036/2017) tiefergehend zu untersuchen und die Ergebnisse dem Rat anschließend vorzustellen. Hierzu ist die Verwendbarkeit der alten Senkkästen im Rheinflussbett zu prüfen. Außerdem sind die Rahmenbedingungen (zum Beispiel Denkmalschutz, Stadtplanung und Rampenbereiche) zusammenzutragen und zu bewerten.

b. eine Machbarkeitsstudie für eine Fuß- und Radwegbrücke im Kölner Süden zur Verbindung des neuen Quartiers Deutzer Hafen mit dem Ubierring (vgl. Masterplan Innenstadt) zu erstellen. Zudem sind die bisher erfolgten Überlegungen im Rahmen der Werkstattverfahren Parkstadt Süd und Deutzer Hafen für die Südbrücke zu berücksichtigen.

c. Eine vertiefte Untersuchung zur Erweiterung der Flächen für Fußgänger und Radfahrer an der nördlichen Seite der Hohenzollernbrücke soll weiterverfolgt werden.

d. Auf der Basis des ermittelten Umfangs und der Kosten für die notwendigen Gutachter- und Planungsleistungen die Finanzierung hierfür sicherstellen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung des Weiteren, die Planung einer neuen Fuß- und Radwegbrücke auf Höhe der Bastei (Alternative 1 der Vorlage 2036/2017) zu vertiefen und die Ergebnisse dem Rat anschließend vorzustellen.

Abstimmungsergebnis über die Vorlage in der geänderten Fassung:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Erweiterter Planungsbeschluss Neubau Brücke Weinsbergstraße
2266/2017

Wie BV 4 und Verkehrsausschuss, Anlage 5.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß den Empfehlungen der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus ihrer Sitzung am 04.12.2017 und der Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 14.12.2017:

Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen des erweiterten Planungsbeschlusses die Planung der neuen Rad- und Fußwegbrücke an der Weinsbergstraße als Stahlbrücke mit gebogenem Obergurt (Variante 2) bis zur Ausschreibung weiterzuführen. Die Planung erfolgt entsprechend dem bestehenden Planungsbeschluss vom 23.06.2015.

Entsprechend Wünschen aus der Bürgerschaft soll der am Ostkopf der neuen Brücke rechtwinkelig Richtung Süden abbiegende Weg zwischen Weinsbergstraße und Baumarkt zum Melatengürtel für den öffentlichen Fußgängerverkehr geöffnet werden. Der Weg führt über das Privatgelände des Baumarktes, würde aber im Zusammenhang mit der neuen Wegeverbindung vom Grünen Weg zur neuen Fuß- und Radwegebrücke bereits vor dem Brückenneubau eine attraktive und direkte Wegebeziehung vom Wohnquartier 'Grüner Weg' zum Melatengürtel und der KVB-Haltestellte 'Weinsbergstraße/Gürtel' herstellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.8 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017

Die Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit
2315/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1903/2017

Wortmeldungen? - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wir haben einen Änderungsantrag zu dieser sehr umfänglichen Beschlussvorlage vorgelegt. Ich habe eben gehört, dass er vielleicht gar nicht verteilt worden ist. Aber wir haben ihn eingestellt. Von unserer Seite ist er also da.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In Session ist leider nichts zu sehen!)

- Aha. Das ist schade. - Was machen wir jetzt?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Am besten den Antrag vorlesen!)

- Moment. Dann muss ich ihn erst einmal holen. Dann komme ich noch einmal wieder.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann warten wir einen Moment ab, bis die Verwaltung sprachfähig ist. Ich bitte zunächst um eine Minute Geduld, damit das geklärt werden kann, und unterbreche kurz die Sitzung. Oder wir verschieben diesen Tagesordnungspunkt an den Schluss der 10er-Punkte, wenn Sie einverstanden sind. Dann brauche ich jetzt nicht zu unterbrechen.

Ich würde diesen Tagesordnungspunkt gerne an den Schluss der 10er-Punkte verschieben. Dann können wir inzwischen klären, was hier passiert ist. Ich kann das im Moment gar nicht beurteilen. - Gut. Dann rufe ich jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf und bitte die Verwaltung, das einmal zu klären.

Tagesordnungspunkt

10.10 Gesamtverkehrskonzept Köln, 8. Änderung
Aufgabe der freigehaltenen Straßentrasse Stolzestraße/Trierer Straße parallel zur Luxemburger Straße zwischen Innerem Grüngürtel und Barbarossaplatz
2323/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat hebt die im Gesamtverkehrskonzept von 1992 enthaltene, zur Entlastung der Luxemburger Straße vom KFZ-Verkehr geplante Parallelverbindung zwischen der Stolzestraße und der Trierer Straße auf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Urbach - Planungsbeschluss
2345/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, Planungen zum Abbruch des Bestandsgebäudes auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Urbach (ehemaliges Hotel "Antonius Eck"), sowie Planungen zu einer Neubebauung im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus auf diesem Grundstück aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Bodengutachten, Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Planungskosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung) belaufen sich auf rd. 87.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 87.000 € stehen im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-7-5174, Waldstraße 115, bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Sportanlage Kapellenstraße in Köln-Rondorf
hier: Planung und Kostenermittlung für den Neubau einer Sportanlage mit Kunststoffrasen Großspielfeld, Trainingsfläche aus Naturrasen, Trainingsbeleuchtungsanlage, Einfriedungen, Wege aus Pflasterbelag, Zuschauerbereiche und Parkplatz
2426/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2018 und der Einrichtung und Besetzung der im Stellenplan 2018 beantragten zusätzlichen unbefristeten Planerstelle beim Sportamt, die Verwaltung mit der Planung (einschließlich Genehmigungsplanung) und Kostenermittlung für den Neubau des Sportplatzes an der Kapellenstraße in Köln-Rondorf. Eine zusätzliche Planerstelle ist erforderlich, da die derzeit eingesetzten Landschaftsarchitekten (3,5 Stellen) durch die laufenden Projekte ausgelastet sind und dieses zusätzliche Projekt aus Kapazitätsgründen nicht bearbeiten können.

Die Planung und Kostenermittlung wird durch den zusätzlichen Landschaftsarchitekten des Sportamtes unter Beteiligung von Fachplanern durchgeführt. Vorgesehen sind ein Kunststoffrasen-Großspielfeld, ein Trainingsspielfeld aus Naturrasen, Entwässerungseinrichtungen, Ballfangzäune, Spielfeldbarrieren, Zäune, Trainingsbeleuchtungsanlage, Wege, Zuschauerbereich, Parkplatz und die erforderlichen Anschlussarbeiten im öffentlichen Straßenraum. Die Planungskosten betragen voraussichtlich 120.000,-€.

Vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2018 stehen investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 120.000,-- € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen (Finanzstelle 5201-0801-2-5200, Investitionsprogramm Sportstätten) im HJ 2018 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47d BImSchG / Ergebnisse der öffentlichen Auslegung und abschließender Beschluss zur Stufe 2 der Lärmaktionsplanung gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie
2437/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

- *den Lärmaktionsplan in der nach der öffentlichen Auslegung redaktionell überarbeiteten*

  und aktualisierten Fassung des öffentlich ausgelegten Berichts der Firma LK-Argus (Anhang 1)

- *und die zur öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der in Anhang 2 aufgeführten Entscheidungsvorschläge zu behandeln.*

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 20.000 Euro für 2017, bzw. 40.000 Euro für 2018 sind im Haushaltsplan 2017 und 2018 im Teilergebnisplan 1401 Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, veranschlagt. Die Mittel für die Jahre 2019 ff. sind im Haushaltsplan 2019 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Hallen Kalk; Herbeiführung eines Planungsbeschlusses zur Revitalisierung der ehemaligen KHD Hallen 76 u. 77 2560/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme zur Revitalisierung der ehemaligen KHD Hallen 76 und 77.

Die Mittel von 9. Mio. € stehen für diese im Rahmen des Konjunkturförderungsgesetzes geplante Maßnahme im Teilplan 1601 – allgemeine Finanzwirtschaft – bei Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen – zur Verfügung.

Um die in Anspruch genommenen Fördermittel nicht verzinst zurückzahlen zu müssen, ist die Beendigung der Maßnahme bis 12/2020 erforderlich. Der Rat beschließt die stufenweise Vergabe der Planung der Maßnahme. In Stufe 1 werden zunächst die Leistungsphasen 1-3 beauftragt und nach Vorliegen des Baubeschlusses optional in Stufe 2 die Vergabe der Leistungsphasen 4-9.

Der Rat beschließt die Freigabe der Finanzmittel.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“ 2668/2017

Abstimmung wie Jugendhilfeausschuss, Anlage 8.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß der Empfehlung des Jugendhilfeausschuss aus seiner Sitzung am 07.11.2017 (s. Anlage 8):

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“ zur Kenntnis und beschließt dessen Umsetzung ab Januar 2018. Bei der Umsetzung wird die Priorität auf Maßnahmen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen gelegt.

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung auf kindlichen Schutz und Teilhabe werden angemessen dargestellt und im weiteren Prozess im Maßnahmenkatalog aufgenommen.

Dabei sind die Behindertenorganisationen aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Sachkundige in eigener Angelegenheit zu beteiligen.

Ebenso wird die Verwaltung beauftragt, im Text des Aktionsplans redaktionelle Änderungen vorzunehmen: die Begrifflichkeiten “Kinderheim“ und “Lagerrat“ sind durch zeitgemäße Termini zu ersetzen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 312.500 Euro stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2018 – zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII 2750/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP AN/1904/2017

Das Wort hat Herr Heinen; Herr Dr. Heinen; Herr Bürgermeister Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Das Erste war auch schon in Ordnung. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne kurz und allgemein über den Änderungsantrag sprechen, den die Fraktionen, die Sie eben genannt haben, zu einer Vorlage gestellt haben, die ja nicht jedem direkt ersichtlich ist und sehr fachspezifisch ist.

Grundpunkt ist - das wissen wir alle; es ist schon oft gesagt worden -: Köln ist eine extrem stark wachsende Stadt.

Obwohl wir jedes Jahr ungefähr 20 Kitas und fast 1 000 Plätze zusätzlich im Kita-Bereich schaffen, reicht das ob dem Wachstum der Stadt nicht aus, um entsprechende Plätze in Bau-Steine-Erden zur Verfügung zu stellen.

Deswegen haben wir 2015 gesagt, dass wir die Kindertagespflege, also Kindertagespflegemänner und Kindertagespflegefrauen, stärken werden. Das haben wir strukturell und finanziell gemacht.

Diese Vereinbarung läuft diesen Monat aus. Wir sind uns darüber einig, dass das Ganze weitergehen soll.

Ich danke der Verwaltung dafür, dass sie entsprechend diesen Beschlussvorschlag mit Erweiterungen und weiteren Spezifizierungen vorgelegt hat - und das auch nicht befristet, also ohne Befristung.

Zu diesen sehr begrüßenswerten Vorschlägen gibt es jetzt zwei ergänzende gute Vorschläge.

Im Punkt 1 sehen wir, kurz gesagt, vor, dass Betreuungsverträge vorgelegt werden müssen oder eine Checkliste mit den Förderbestandteilen, die notwendig sind, beiderseitig unterschrieben werden muss.

Punkt 2 betrifft die Festlegung in Bezug auf das Essensgeld. Wir sind uns darüber einig, dass dieses natürlich geschehen soll. Allerdings wollen wir es erst einmal zurückstellen und im Zusammenhang mit der Diskussion zur Thematik „Kita-Essen - gesundes Essen - Ernährungsrat“ noch einmal die Gruppen zusammen mit der Verwaltung an den Tisch holen. Das soll bis Ostern geschehen. Dann soll die Verwaltung einen Beschlussvorschlag für den Punkt 5 der Vorlage, den wir zurückgestellt haben, vorlegen.

Das sind unsere Wünsche als Ergänzungen zu der jetzigen Beschlussvorlage. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen. Gegenstimmen? - DIE LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über die so geänderte Vorlage mit der Korrektur aus dem Jugendhilfeausschuss, Anlage 6, abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag:

Die Beschlussvorlage wird folgendermaßen angepasst:

1. *Ziffer 1 wird ergänzt mit dem Zusatz: Alternativ kann ein städtisches Formular, das über die Internetseite der Stadtverwaltung abrufbar ist und alle relevanten Daten zur Förderung erhält, eingereicht werden. Der Vordruck ist von Pflegeeltern und Eltern zu unterschreiben.*

2. *Ziffer 5 tritt nicht sofort in Kraft. Bis Ostern 2018 legt die Verwaltung einen Vorschlag vor, der unter dem Aspekt der Gesamtbetrachtung von Nachhaltigkeit und Qualitätssteigerung u. a. mit dem Ernährungsrat und dem Qualitätszirkel erarbeitet wurde und über den der Fachausschuss dann entscheidet.*

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Beschlussvorlage:

Der Rat beschließt die nachfolgenden Änderungen und Anpassungen in der Kindertagespflege ab dem 01.01.2018:

Die Ratsbeschlüsse zur Förderung in Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII vom 08.04.2014 Vorlagen Nr.: 0178/2014, sowie vom 16.12.2014 Vorlagennummer 2301/2014 in Verbindung mit der Vorlage 0493/2015 vom 17.03.2015 (JHA) werden entfristet und wie folgt modifiziert fortgeschrieben:

1. *Voraussetzungen für Förderung*

   Die Förderung gemäß § 23 ff Sozialgesetzbuch Acht (SGB VIII) wird in gleicher Höhe weitergeführt.

   Voraussetzung ist, dass die Tagespflegeperson keine Zuzahlungen erhält, bzw. zum Erhalt des Platzes in Erwartung der öffentli-

chen Förderung vorab erhalten hat. Eine Kopie des abgeschlossenen, von beiden Vertragspartnern unterschriebenen Betreuungsvertrages ist dem Antrag auf Förderung gemäß § 23 SGB VIII und § 24 SGB VIII als Nachweis beizufügen. Der Antrag auf Förderleistung ist von den Kindeseltern und der Tagespflegeperson zu unterschreiben. Alternativ kann ein städtisches Formular, das über die Internetseite der Stadtverwaltung abrufbar ist und alle relevanten Daten zur Förderung erhält, eingereicht werden. Der Vordruck ist von Pflegeeltern und Eltern zu unterschreiben.

2. *Förderung anhand Qualifikation*

   Die Förderung in Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII wird in der Förderhöhe an die Qualifikation der Tagespflegeperson gekoppelt.

3. *Kindertagespflege in angemieteten Räumen*

   Für Kindertagespflege in angemieteten Räumen, die nicht für private Zwecke genutzt oder für andere Zwecke untervermietet werden, wird die Fördersumme auf 6,00 Euro pro Kind und Stunde festgeschrieben.

4. *Gewährung von Verfügungsstunden*

   Die Gewährung von geförderten Verfügungsstunden für mittelbare pädagogische Arbeit wird auf 25,00 Euro pro Monat festgelegt.

5. *Betrag für Mahlzeiten*

Die Festlegung eines angemessenen Betrages für Mahlzeiten von Kindern in Kindertagespflege gem. § 23 (1) Kinderbildungsgesetz (KiBiz) wird auf maximal 83,00 Euro pro Monat und Kind bei einer fünftägigen Vollverköstigung festgelegt. Ziffer 5 tritt nicht sofort in Kraft. Bis Ostern 2018 legt die Verwaltung einen Vorschlag vor, der unter dem Aspekt der Gesamtbetrachtung von Nachhaltigkeit und Qualitätssteigerung u. a. mit dem Ernährungsrat und dem Qualitätszirkel erarbeitet wurde und über den der Fachausschuss dann entscheidet.

6. *Qualitätszirkel Kindertagespflege*

   Der seinerzeit im Ratsbeschluss empfohlene „Qualitätszirkel Kindertagespflege“ wird in veränderter Form als „Expertenrunde Kindertagespflege Köln“ fortgeführt. Die Tagespflegepersonen, die der Expertenrunde angehören, erhalten pro Sitzung eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 Euro. Eine Pauschale über jährlich 2.000,- Euro für Materialien, Referenten, Öffentlichkeitsarbeit etc. wird bereitgestellt.

7. *Ausbau Stützpunkte als Vertretungsregelung*

   Die verlässliche Vertretungsregelung wird in der bestehenden Form beibehalten und das Vertretungssystem der sog. Stützpunkte auf vier Maßnahmen pro Rheinseite ausgebaut. Dem Wunsch der Träger entsprechend werden die Stützpunkte kostendeckend gefördert, Fachberatungsstunden für die Koordination des Vertretungssystems werden finanziert.

8. *Die für 2018 erforderlichen Mittel in Höhe von 957.300,- Euro werden aus dem vorhanden Budget im Teilplan 0603- Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen finanziert.*

   Die erforderlichen Mittel ab 2019 ff. werden im Rahmen der HPL-Aufstellung zum Haushaltsjahr 2019 angemeldet.

Abstimmungsergebnis über die so geänderte Vorlage:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.07.2018 2771/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Bedarf zur Durchführung einer Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Versetzen, Abschleppen und Verwahren von sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet voraussichtlich ab dem 01.07.2018 an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.18 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg Planungsbeschluss
2848/2017

Die Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Grundstück Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf
2850/2017

Ich lasse abstimmen wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 27.11.2017:

Der Rat beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich der Leistungsphase 3) zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle für eine neue Grundschule mit 3 Zügen auf dem Grundstück Statthalterhofallee / Alfons-Nowack-Str. / Donauweg in Köln-Junkersdorf.

Entgegen des ursprünglichen Beschlusses vom 24.03.2015 (DS.-Nr. 0223/2015) ist das vorhandene (für 1 der 3 Züge vorgesehene) Schulersatzgebäude aufgrund der festgestellten Mängel mit dem zu planenden Schulgebäude zu ersetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Raumliste aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 1.350.000 €. Die Finanzierung der voraussichtlich im Haushaltsjahr 2018 ergebniswirksam werdenden Planungskosten erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, aus veranschlagten Mitteln.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Zügigkeitserweiterung der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsgrundschule, GGS zum Hedelsberg, 50999 Köln-Weiß gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 3 auf 4 Züge
2938/2017

Abstimmung wie Schulausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 27.11.2017 (s. Anlage 5):

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsgrundschule, GGS zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 3 auf 4 Züge zum Schuljahr 2018/19 zu erweitern.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderung zu stellen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.*

4. *Der Rat bittet die Verwaltung in enger Abstimmung mit den Schulen Maßnahmen zur*

operativen Bedarfsdeckung nach Dringlichkeit beschleunigt umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Zügigkeitserweiterung der Brüder-Grimm-Schule, Sürther Hauptstraße, 50999 Köln-Sürth gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 4 auf 5 Züge
2940/2017

Ebenfalls Abstimmung wie Schulausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 27.11.2017 (s. Anlage 5):

1. *„Der Rat der Stadt Köln beschließt, vorbehaltlich des möglichen Erwerbs der erforderlichen Flächen, die Zügigkeit Brüder-Grimm-Schule, Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 4 auf 5 Züge zum Schuljahr 2018/19 zu erweitern.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderung zu stellen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.*

4. *Der Rat bittet die Verwaltung, in enger Abstimmung mit den Schulen Maßnahmen zur operativen Bedarfsdeckung nach Dringlichkeit beschleunigt umzusetzen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2017/18
2951/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (eig. VO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester Köln für das Wirtschaftsjahr 2017/2018 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 0,5 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“, Projekte des Mantelprojektes „Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung“ - Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes
hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
3022/2017

Ich gebe zunächst der Verwaltung das Wort. Frau Blome, bitte. - Wir sind bei TOP 10.24, Kurt-Hackenberg-Platz. Ich habe in Erinnerung, dass Sie mir gesagt haben, diese Vorlage zum Kurt-Hackenberg-Platz sei noch nicht im Verkehrsausschuss behandelt worden und solle dorthin verwiesen werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Soll sie dorthin verwiesen werden?)

Meines Erachtens war unsere Absprache, dass das so erfolgen sollte. Ja? - Gut. Wenn Sie das als richtig wahrnehmen - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann tun wir das!)

Von der Verwaltung wird der Verweis in den Verkehrsausschuss vorgeschlagen, der bisher noch nicht beteiligt wurde.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist richtig! Vernünftiger Vorschlag!)

Darüber können wir ja einen Beschluss herbeiführen. Wer dagegenstimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Vorlage jetzt im Verkehrsausschuss gelandet.

Beschluss:

Der Rat nimmt eine weitere Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes“ über insgesamt 465.000 € zur Kenntnis. Der im Rahmen des Teilplans 1201 – Straßen, Wege, Plätze zu finanzierende Anteil an den Gesamtkosten beträgt nunmehr 3.725.002,51 € statt bisher 3.260.002,51 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zur Beratung in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Weiterführung des kommunalen Wohnungsbauförderungsprogrammes 2017 bis 2021
3041/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Weiterführung des kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms bis 31.12.2021 wie folgt:

I. Sicherung einer kommunalen Förderung für Neubauwohnungen und Wohnungen im Bestand bei nicht ausreichender Landesförderung durch Darlehen und Zuschussgewährung für Tilgungsnachlässe entsprechend den Konditionen der Landesförderung.

II. Die Subventionierung des Erwerbs nichtstädtischer Grundstücke durch Investoren wird nicht fortgeführt.

III. Der Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen wird nicht fortgeführt.

IV. Weiter beschließt der Rat

a) die Überprüfung und Evaluierung des beschlossenen Förderbestandteils in 2019 unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Umsetzung des "Kooperativen Baulandmodell".

b) eine jährliche Sachstandsmitteilung an den Ausschuss für Soziales und Senioren und den Stadtentwicklungsausschuss.

Zur Umsetzung und Finanzierung stehen im Jahr 2017 im Teilfinanzplan 1601, in der Teilfinanzplanzeile 12 – sonstige Investitionsauszahlungen, investive Auszahlungsermächtigungen aus Ermächtigungsübertragungen 2016 nach 2017 in Höhe von 29.757.237 € zur Verfügung.

Im Hpl.-Entwurf sind für die Jahre 2018 ff. entsprechend 33 Mio. € p.a. berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Einführung des gebundenen Ganztags an der Geschwister-Scholl-Realschule in Ehrenfeld ab Schuljahr 2018/19
3080/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG NRW die Einführung des Ganztagsbetriebs beginnend

mit der Jahrgangsstufe 5 zum 01.08.2018 an der Geschwister-Scholl-Realschule, Gravenreuthstr. 10, 50823 Köln - Ehrenfeld

2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung gem. § 81 Absatz 3 SchulG, für die Geschwister-Scholl-Realschule eine Genehmigung der Bezirksregierung zu erwirken und die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung zu betreiben.*

3. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Fachstellen „Extremismus- und Gewaltprävention“
3094/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zum Stellenplan 2019 1,5 Stellen zur Umsetzung des Präventionsprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit„ sowie der Konzeption weiterer Präventionsstrategien für das Stadtgebiet Köln mit Gesamtkosten von 141.850 €/Jahr einzurichten. Da die Stellenbesetzung vor dem Inkrafttreten des Stellenplans 2019 notwendig ist, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen zur Verfügung gestellt.

Hierfür wird beim Amt für Kinder, Jugend und Familie 0,5 Fachstelle politischer und religiöser Extremismus für Sozialarbeiter/innen / Sozialpädagogen/-innen

Egr. S15 Fgr. 6 TVöD-V	*36.350 €*

zunächst befristet für 5 Jahre zur Verfügung gestellt.

Sachkostenpauschale	*12.800 €*

Des Weiteren wird beim Amt für Kinder, Jugend und Familie 1 Fachstelle Gewaltprävention für Sozialarbeiter/innen / Sozialpädagogen/-innen

Egr. S17 Fgr. 6 TVöD-V	*79.900 €*

zur Verfügung gestellt.

Sachkostenpauschale	*12.800 €*
Gesamt:	*141.850 €*

Mittel in Höhe von 141.850 € stehen im Teilergebnisplan 0604- Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), vorbehaltlich des in Krafttretens der Haushaltssatzung 2018 ff. zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Starke Veedel - Starkes Köln
hier: Bedarfsfeststellung für das Projekt 0.0.1 „Büro für Quartiersmanagement und Aktivierung“ in elf Sozialräumen
3096/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat erkennt den Bedarf der Maßnahme 0.0.1 „Büro für Quartiersmanagement und Aktivierung“ an. Er beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich der Anerkennung der noch ausstehenden sozialraumspezifischen Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK)1 die Maßnahme in den nachfolgenden elf Sozialräumen als Bestandteil des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“ extern zu vergeben:*

---

[1] Für nachfolgende Sozialräume steht eine Anerkennung der sozialraumspezifischen ISEKs durch das Land NRW aus: „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, „Bilderstöckchen“, „Bocklemünd / Mengenich“, „Höhenberg und Vingst“, „Humboldt / Gremberg und Kalk“, „Ostheim und Neubrück“ und „Porz-Ost, Finkenberg, Grembergh oven und Eil“

- *Bickendorf, Westend und Ossendorf*
- *Bilderstöckchen*
- *Buchheim und Buchforst2*
- *Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord*
- *Bocklemünd / Mengenich*
- *Höhenberg und Vingst*
- *Humboldt / Gremberg und Kalk*
- *Meschenich und Rondorf*
- *Mülheim-Nord und Keupstraße3*
- *Ostheim und Neubrück*
- *Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil*

Die Finanzierung der mit 70 Prozent förderfähigen Maßnahmen erfolgt aus Teilergebnisplan, 0902, Stadtentwicklung, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

2. *Der Rat verzichtet auf die Vorlage zur formalen Vergabeentscheidung, wenn das Vergabe- und das Rechnungsprüfungsamt den Vergabevorschlägen der Vergabestelle einvernehmlich und ohne Einschränkungen zustimmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.29 Zügigkeitserweiterung der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule, Ossietzkystr. 2, 50737 Köln-Longerich zum Schuljahr 2019/20 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW bei gleichzeitiger Bildung eines Teilstandortes an der Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich
3158/2017

Die Vorlage wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2016
3168/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2016 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresüberschuss 2016 wird an die Stadt Köln abgeführt. Die Zahlungsabwicklung erfolgt durch Verrechnung mit künftigen Umlagezahlungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018
3170/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2018 fest.

---

[2] *Aufgrund besonderer Fördervoraussetzungen wurden die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ zu einem Handlungsraum zusammengefasst. Er kann so als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020, das die Stadt Köln von 2009 bis 2014 umgesetzt hat, weiter gefördert werden.*

[3] *Siehe Fußnote 2*

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2018 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

7,82 % für Beihilfen Beamtinnen und Beamte

0,11 % für Pflegeversicherung Beamtinnen und Beamte

0,05 % für Beihilfen Beschäftigte

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 22.460.000 Euro für Beihilfen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2016
3166/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2016 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.33 Feststellung des Wirtschaftsplans der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018
3169/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018 wie folgt fest:

Erfolgsplan:	*Ansatz 2018*
	Euro
Erträge und Aufwendungen	
Verdiente Beiträge	*153.508.796*
Erträge aus Kapitalanlagen	*37.282.000*
Aufwendungen für Versicherungsfälle	*-99.980.196*
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	*-86.725.800*
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	*-2.560.500*
Aufwendungen für Kapitalanlagen	*-860.800*
Versicherungstechnisches Ergebnis	*663.500*
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	*-411.200*
Einstellung in die Verlustrücklage	*-252.300*
Jahresüberschuss	*0*

Vermögensplan:	*Ansatz 2018*
	Euro
Mittelherkunft	
Tilgung Darlehen Mitglieder	*0*
Tilgung von Wertpapieren	*28.500.000*
Verkauf Immobilien	*0*
Abschreibungen	*19.758*
Einstellung in die Verlustrücklage	*252.300*

Jahresüberschuss / Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	*86.725.800*
	115.497.858
Mittelverwendung	
Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	*30.000*
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	*115.467.858*
	115.497.858

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.34 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg, 50737 Köln-Longerich - Neu-/Umplanungsbeschluss
3194/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die bislang auf Grundlage der Beschlussfassung 2649/2013 vom 11.02.2014 durchgeführten Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete einzustellen und die Planungen zu einem konventionellen Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg, 50737 Köln-Longerich, Gemarkung: Longerich, Flur: 97, Flurstück: 273 aufzunehmen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (z.B. Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die Planungskosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 180.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 180.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5620-1004-5-5128, die notwendigen Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Ausbau von Plätzen U3 durch gesondert geförderte Großtagespflegen unter Anbindung bei anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe in Köln mit Erfahrung in der Kindertagesbetreuung
3249/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von den LINKEN. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. *Der Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren durch geförderte Großtagespflegen bei anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe in Köln mit Erfahrung in der Betreuung von Kindern wird in der Zeit ab dem 01.01.2018 als Modellprojekt wie folgt umgesetzt:*

   1.1 *Der Ausbau erfolgt sukzessive gemäß beigefügter Rankingliste der Jugendhilfeplanung für Kinder unter drei Jahren perspektivisch durch 30 Großtagespflegen mit insgesamt 270 Plätzen, die bei anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe mit Erfahrung in der Betreuung von Kindern im Elementarbereich angebunden sind.*

   1.2 *Die Förderung ist an den Abschluss eines Kooperationsvertrages mit der Stadt Köln zu binden.*

   1.3 *Für die verlässliche Förderung jeder umgesetzten Maßnahme werden für die Dauer von fünf Jahren, analog der Bin-*

dung für investive Landesmittel zum Ausbau der Betreuungsplätze U3, die Fördermittel zur Verfügung gestellt.

2. *Die für 2018 erforderlichen Gesamtmittel in Höhe von 230.300,- € bei gleichzeitigen Erträgen in Höhe von 58.300,- € werden aus dem vorhanden Budget im Teilplan 0603-Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen finanziert. Die erforderlichen Mittel ab 2019 ff. werden im Rahmen der HPL-Aufstellung zum Haushaltsjahr 2019 angemeldet.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.36 Zügigkeitserweiterung des Apostelgymnasiums, Gymnasium Biggestraße 2, 50931 Köln in Köln-Lindenthal zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 3310/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Apostelgymnasiums, Gymnasium Biggestraße 2, 50931 Köln in Köln-Lindenthal zum Schuljahr 2018/19 von 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und 6 Züge in der Sekundarstufe 2 zum Schuljahr 2018/19.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.37 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
hier: Verteilung Restmittel 2017 - Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity
3312/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das gegen die Stimmen der AfD-Fraktion so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

einen Beitrag in Höhe von 10.075 € für eine Vielfaltskampagne unter Federführung der Dienststelle Diversity und den damit verbundenen Fachbereichen Kommunales Integrationszentrum, Fachstelle Behindertenpolitik, Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender in Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum im Rahmen des Landesförderprogramms NRWeltoffen (Session-Nr.: 0655/2017)zu vergeben.

Es handelt sich dabei um den Restbetrag aus den verbliebenen Mitteln für 2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.38 Umgestaltung des Hermann-Joseph-Platzes, Elogiusplatzes und Augustinerplatzes
hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
3313/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahmen „Umgestaltung des Hermann-Joseph-Platzes, Elogiusplatzes und Augustinerplatzes“ über insgesamt 655.000 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 2.062.000 € statt bisher 1.407.000 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.39 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung - Stärkung Koordination Ehrenamt
3499/2017

Wortmeldungen? - Keine.

(Monika Schultes [SPD]: Wie Sozialausschuss!)

- Der Sozialausschuss hat einstimmig zugestimmt; klar. Das ist dann aber wie die Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt in Anlehnung an seinen Beschluss vom 11.07.2017 (0544/2017/1): „Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017“ für die Stärkung der Koordination des Ehrenamtes eine teilweise Neuzuordnung der durch Ratsbeschluss vom 11.07.2017 finanzierten Stellen. Betroffen sind insgesamt 2,0 Stellen, die abweichend von bisherigen Festlegungen folgenden Einrichtungen neu zugeordnet werden sollen:

Josef-Broicher-Straße und Schlagbaumsweg (jeweils 0,5 Stellen), Aloys-Boecker-Straße, Haferkamp, Sinnersdorfer Straße und Neusser Landstraße (jeweils 0,25 Stellen).

Über die in der Ratssitzung vom 11.07.2017 bereits genehmigten Finanzmittel hinaus, entstehen durch die neue Zuordnung der finanzierten Stellen keine weiteren finanziellen Mehrbedarfe.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.40 Ausweitung des Gültigkeitszeitraumes des Köln-Passes für Leistungsbeziehende nach dem SGB II und Seniorinnen und Senioren mit geringem Rentenbezug
3549/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

- Ja, das finde ich auch gut.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Soziales und Senioren aus seiner Sitzung am 01.12.2017 (s. Anlage 1)):

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Gültigkeitsdauer des Köln-Passes*

2. *für Berechtigte im Leistungsbezug SGB II von 1 Jahr auf die Dauer von 2 Jahren auszuweiten.*

Seniorinnen und Senioren (>65 Jahren) mit geringem Rentenbezug erhalten den Köln-Pass nach einmaliger Überprüfung ihrer Einkommens- und Vermögenssituation für die Dauer von 50 Jahren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.41 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2015 - 31.12.2015 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
3465/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 06.11.2017 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Nawrot & Partner GmbH, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2015 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2015 bis 31.12.2015 fest.*

2. *Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2015 in Höhe von EUR 340.475,48 wird unter Einschluss des Gewinnvortrags in Höhe von EUR 1.128.927,45 auf neue Rechnung vorgetragen.*

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.42 Sanierung Römisch-Germanisches Museum
2983/2017

Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hier geht es um die Sanierung des Römisch-Germanischen Museums. Ich bin der Übeltäter, der veranlasst hatte, dass wir die Vorlage vom letzten Mal jetzt noch einmal mit Erläuterungen bekommen haben, weil ich darum gebeten hatte, die Frage Totalunternehmer/Generalunternehmer zu überprüfen.

Ich bedanke mich für die Überprüfung und habe festgestellt - auch bei anderen Vorlagen -, dass die Verwaltung jetzt weiß, was ein Totalunternehmer ist und welche Vorteile dies auch mit sich bringt.

Hier hat man sich gegen den Totalunternehmer entschieden. Bei der Sanierung des Römisch-Germanischen Museums wird die Verwaltung also entweder selbst die Planung übernehmen oder sie einem Dritten übergeben.

Meine Fraktion wird dem auch zustimmen. Ich möchte hier nur Folgendes deutlich machen, Frau Oberbürgermeisterin: Derjenige, von dem die Vorlage stammt, hat jetzt auch den Oberverantwortungshut auf. Sollte es bei der Planung Schwierigkeiten geben - deshalb hatten wir hier ja die entsprechende Diskussion und einen Antrag von CDU, Grünen und FDP - und wieder zu Verzögerungen kommen, obwohl wir darauf hingewiesen haben, es anders zu machen, muss die Verantwortung auch ganz klar sein und konsequent wahrgenommen werden. Denn wir erwarten, dass es jetzt in dieser Form klappt, wenn wir dieser Verwaltungsvorlage zustimmen und unser Änderungsantrag nicht zum Tragen kommt.

Das wollte ich für uns hier noch einmal deutlich sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Ich mache es auch ganz kurz vom Platz aus. - Die Vorlage enthält eine Beschlussalternative, über die wir gerne abstimmen möchten. Darum bitte ich um punktweise Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Beschluss und dann über die Beschlussalternative abstimmen.

Wer dem Beschluss zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Der AfD. Bei Gegenstimmen der LINKEN und Enthaltungen der AfD ist das so beschlossen.

Frau Stahlhofen, seien Sie bitte nicht enttäuscht. Über die Alternative kann ich jetzt nicht mehr abstimmen lassen, weil der Hauptvorschlag angenommen worden ist. Ich kann nur über die Alternative abstimmen lassen, wenn es noch klappt. Wenn es dann schon beschlossen ist, kann ich nicht mehr darüber abstimmen lassen. - Okay. Ich wollte nur keine Enttäuschung bei Ihnen auslösen.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Nein. Wir haben ja damit auch unserem politischen Willen Ausdruck verliehen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Bericht der Verwaltung über die Prüfung der zwei Modelle der Projektvergabe (hier: Totalunternehmervergabe und Generalunternehmervergabe) zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung,

1. *die in der Ratssitzung vom 11.07.2017 gemäß Vorlage 1767/2017 beschlossene Planung zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums bis zum Abschluss der Entwurfsplanung fortzuführen.*

2. *sofern und soweit eine vergaberechtlich und projektbezogen ausreichende Begründung vorliegt, die spätere Vergabe sämtlicher Bauleistungen über einen Generalunternehmer (GU) anzustreben und die Planungsarbeiten entsprechend darauf auszurichten.*

Die Entscheidung über die Vergabeart der Bauleistung wird mit dem Baubeschluss nach Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung und Kostenberechnung) herbeigeführt. Sofern die Marktsituation zum Zeitpunkt der Vergabe kein auskömmliches Angebot für eine GU-Vergabe erwarten lässt, ist für die Umsetzung des Projektes eine losweise Vergabe der Bauleistungen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, der Ratsgruppen BUNT und GUT, sowie von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.43

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.44 GEW Köln AG
hier: Änderung der Satzung
3711/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der Änderung der Satzung der GEW Köln AG in § 3 Absatz 1 gemäß der dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlage 1 (Spalte Neufassung in der Synopse) einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.45 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt am 21.01.2018
3417/2017

Bevor ich nach Wortmeldungen frage, würde ich gerne erst der Verwaltung das Wort geben. Der Stadtdirektor wird gerade geholt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir erwarten die Stellungnahme des Stadtdirektors!)

- Ja, ich auch. - Ich schlage vor, jetzt weiterzumachen oder vielleicht Punkt 10.9 einzuschieben. - Er ist schon da. Der Stadtdirektor stand vor der Tür.

Herr Stadtdirektor, wir sind beim Tagesordnungspunkt 10.45, bei der Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt. Ich möchte Sie bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen

und Herren! Ich glaube, es geht um die Frage, warum wir einen einzelnen Sonntag vorziehen und nicht das Gesamtpaket für 2018 vorlegen.

Auch im Hinblick auf die Rechtsunsicherheit, die an dieser Stelle nach wie vor besteht, haben wir zunächst einmal die Frist zur Einreichung der Anträge verlängert. Das wurde von mir bzw. vom Leiter des Ordnungsamtes auch im AVR berichtet; den Protokollauszug finden Sie als Anlage 7 zur Verwaltungsvorlage. Die Frist zur Einreichung der Anträge für das Gesamtjahr 2018 ist erst am Freitag letzter Woche abgelaufen.

Das heißt: Wir sammeln diese Anträge jetzt, bewerten sie und geben sie dann in die Konsensrunde, die Anfang des Jahres 2018 noch einmal zusammentreten wird. Wir werden das Beteiligungsverfahren durchführen und dann ein Paket für 2018 schnüren.

Da aber alle Beteiligten hohes Interesse daran haben, diesen Messesonntag im Januar als verkaufsoffenen Sonntag zu gestalten, haben wir Ihnen vorgeschlagen, diesen einzelnen Sonntag durchzuführen und das Paket dann entsprechend nachzuziehen.

Ich gebe zu, dass das auch mit der einen oder anderen Unsicherheit behaftet ist, weil wir nicht sicher sein können, dass dieser Sonntag nicht beklagt wird. Nach den letzten Entscheidungen, die in Nordrhein-Westfalen hierzu ergangen sind, sind wir aber durchaus zuversichtlich, dass dieser Sonntag vor Gericht halten kann, wenn wir ihn denn in einer ordentlichen Sitzung beschließen. Wir können einen verkaufsoffenen Sonntag nicht per Dringlichkeitsentscheidung verabschieden. Ein solches Verfahren akzeptieren die Verwaltungsgerichte nicht. Da würden wir schon aus formalen Gründen eine Flanke eröffnen.

Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen diesen Sonntag vorziehen und heute darüber entscheiden, wenn er stattfinden soll.

Mit der Situation, wie sie sich zurzeit juristisch darstellt, sind wir ja alle nicht zufrieden. Wir hoffen, dass wir dann auch relativ bald im Jahr 2018 Klarheit über die künftigen landesgesetzlichen Rechtsgrundlagen haben - wie auch immer sie dann aussehen mögen. Die Hauptsache ist, dass wir ein Plus an Rechtssicherheit bekommen.

Im Moment würde ich Sie aber gerne darum bitten, diesen einen Sonntag zu beschließen. Das Paket für 2018 werden wir Ihnen in den ersten Wochen des Jahres 2018 dann auch komplett vorlegen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte einige Anmerkungen machen bzw. auch noch eine Frage stellen. Es ist ja in der Tat eine missliche Situation.

Wir haben folgende Ausgangslage: In 2017 ist es zumindest gelungen, mit ver.di, die in der Regel klagen und aufgrund der höchstrichterlichen Rechtsprechung dabei auch gute Chancen haben, zu einem Agreement zu kommen - über bestimmte Öffnungen, die nicht beklagt werden, und andere, die dann eben nicht erfolgen, ohne jetzt in die Details zu gehen.

Politisch wäre es natürlich sehr von Vorteil, wenn wir auch für 2018 ein solches Paket hätten.

Nach den Informationen, die ich von ver.di habe, wollen sie diesen 21. Januar 2018 beklagen, weil sie sagen, es käme nicht zu einem solchen Paket.

Ich vermute aber, dass die Verwaltung mit ver.di im Dialog bzw. in Verhandlungen steht. Mich würde einmal interessieren, wie das denn eingeschätzt wird. Denn sonst kann dies dazu führen, dass wir faktisch in eine Art Klagekaskade hineinkommen. Das heißt, dass jeder Sonntag beklagt wird - und wir wissen, was dabei herauskommen kann. Ein vernünftiger Interessenausgleich zwischen Einzelhandel und Sonntagsschutz ist dann nicht mehr gegeben.

Deshalb noch einmal meine konkrete Frage: Wie ist denn der Gesprächsstand mit ver.di?

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Bitte schön.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Frank, wie ich gerade schon gesagt hatte, haben wir noch keinen konkreten Gesprächsstand für ein Paket für 2018. Diesen Gesprächsstand kann es auch noch nicht geben, weil wir bis zum letzten Freitag die Anträge eingesammelt haben und sie jetzt gebündelt in eine Paketverhandlung geben werden.

Es besteht aber die Notwendigkeit, die Entscheidung über eine Sonntagsöffnung, wenn man sie denn will, am 21. Januar 2018 anlässlich der

Messe vorzuziehen. Das ist auch ein dringender Wunsch des Einzelhandels dieser Stadt. Wir haben es als Verwaltung für richtig gehalten, Ihnen das so vorzulegen.

Wir sind auch ganz zuversichtlich, dass wir mit diesem Sonntag vor Gericht Bestand haben können. Sie wissen, dass man da nie ganz sicher sein kann, weil die Anforderungen der Rechtsprechung sehr hoch sind. Aber es hat jetzt verschiedentlich Großmessen gegeben, die als Anlass auch tatsächlich vor Verwaltungsgerichten durchgetragen haben. Insofern haben wir da eine gute Chance.

Wir sollten uns an dieser Stelle auch nicht immer aus Furcht vor einer Klage, die ja durchaus auch unbegründet sein kann, davon abhalten lassen, sinnvolle Sonntage dann auch festzusetzen.

Das Paket werden wir in den nächsten Wochen mit ver.di, den Kirchen und allen anderen, die an den Konsensgesprächen beteiligt sind, schnüren und Ihnen dann auch als Paket vorlegen.

Es ist nicht die Absicht der Verwaltung, Ihnen weitere Einzelsonntage für 2018 vorzulegen. Das wäre nicht sinnvoll.

Aufgrund der kalendarischen Lage direkt im Januar 2018 ist das hier aber notwendig. Im Übrigen kommt das ja auch selten vor. Normalerweise ist der Einzelhandel an einem verkaufsoffenen Sonntag so früh im Jahr und damit kurz nach dem Weihnachtsgeschäft gar nicht so sehr interessiert. Diesmal ist aber der Messetermin der Anlass dafür, dass das beantragt worden ist. Wir würden diesem Wunsch des Einzelhandels gerne nachkommen.

Dass ver.di nicht klagen wird, können wir Ihnen nicht versprechen. Wir sind auf eine Klage vorbereitet. Ich glaube auch, dass wir eine gute argumentative Basis haben. Versprechen kann ich Ihnen natürlich nicht, dass das hält. Wir sind an dieser Stelle aber ganz guter Dinge.

Im Übrigen finden die üblichen Gespräche für eine Paketlösung statt. Sie werden aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Es wird also noch etwas dauern, bis wir mit einer abgestimmten Vorlage, die dann hoffentlich auch eine Konsenslösung mit ver.di und den Kirchen beinhaltet, auf Sie zukommen können.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - SPD, BUNT, GUT, DIE LINKE. Enthaltungen? - Die Grünen. Dann ist das so entschieden. - Vielen Dank.

(Martin Börschel [SPD]: Wie ist es denn jetzt entschieden? Ich konnte so schnell nicht rechnen!)

- Moment. - SPD, BUNT, GUT und DIE LINKE dagegen; die Grünen haben sich enthalten; CDU und FDP dafür. - Es wird gerechnet. - Wir haben das Ergebnis vorliegen. 35 sind dagegen, und 33 sind dafür. Damit ist die Vorlage abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2018.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion die Linke., den Gruppen GUT und BUNT, bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.46 GAG Servicegesellschaft mbH
hier: Änderung der Satzung
3774/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der Änderung der Satzung der GAG Servicegesellschaft mbH in § 2 Absatz 2 gemäß der dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlage (Spalte Neufassung in der Synopse) einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit

diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.47 GAG Immobilien AG
hier: Änderung der Satzung
3773/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig angenommen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der Änderung der Satzung der GAG Immobilien AG in § 2 Absatz 5 gemäß der dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlage (Spalte Neufassung in der Synopse) einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.48 Ergänzung von Gesellschaftsverträgen städtischer Beteiligungsunternehmen
3466/2017

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II -Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.49 RheinEnergie AG
hier: Änderung der Satzung
3703/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der Änderung der Satzung der RheinEnergie AG in § 3 Absatz 1 gemäß der dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlage 1 (Spalte Neufassung in der Synopse) einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.50 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs - Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016 / 2017 der Stadt Köln
3458/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Ratsgruppen BUNT und GUT sowie von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1899/2017

Die Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.51 Bestellung eines/einer neuen Betriebsleiters/Betriebsleiterin
3895/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der SPD ist das einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat bestellt Frau Isabell Nehmeyer-Srocke ab dem 01.01.2018 zur Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester Köln.

Die Amtszeit läuft bis zur Bestellung eines / einer neuen Betriebsleiter / Betriebsleiterin.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

10.52

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann springen wir zurück zu Tagesordnungspunkt

10.9 Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit
2315/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1903/2017

Der Änderungsantrag dürfte jetzt allen vorliegen.

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Es tut mir leid, dass Sie jetzt nur wenig Beratungszeit hatten oder sich nur kurz zu unserem Änderungsantrag austauschen konnten. Aber das war lag ja nun nicht an der FDP.

Als wir uns vor gut einem Jahr mit dem Thema „kommunale Beschäftigungsförderung“ befasst haben, waren wir uns alle einig, dass es uns trotz sinkender Arbeitslosenzahlen nicht gelungen ist, den hohen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit maßgeblich abzubauen.

Vor diesem Problem stehen wir auch heute noch. Mit diesem Programm wollen wir ja auch diesem Problem begegnen.

Weil das so ist, hat die FDP ganz klar gesagt: Wir sind für die Schaffung von Arbeitsverhältnissen im ersten Arbeitsmarkt. Das hat für uns absolute Priorität.

Natürlich wissen wir auch, dass begleitende Instrumente zur Erhöhung individueller Beschäftigungsfähigkeit wichtig sind, sehen hier aber vorrangig das Jobcenter und die damit verbundenen Träger in der Pflicht.

Meine Damen und Herren, weil wir als FDP vor allem die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt im Blick haben, legen wir auch so großen Wert darauf, dass die Unternehmen - neben der Kommune, städtischen Gesellschaften und Trägern, bei denen ja ebenfalls Arbeitsplätze geschaffen werden sollen - angemessen beteiligt werden.

Wie hat Herr Detjen eben so schön gesagt? Arbeitsplätze müssen wir gemeinsam mit der Wirtschaft schaffen. - Deswegen müssen die Unternehmen auch angemessen eingebunden werden.

Das haben wir übrigens schon vor einem Jahr gefordert. Deshalb wäre es gewiss auch sinnvoll gewesen, die Unternehmen in der Projektgruppe zur Entwicklung dieses uns vorgelegten Programms zu beteiligen. Das ist aber nicht geschehen.

Stattdessen nahm der Geschäftsführer der KGAB, dessen Teilnahme an der Projektgruppe von der Ratsmehrheit ausdrücklich abgelehnt wurde, aber regelmäßig an den Sitzungen teil.

Aufgrund dieser Erfahrung wollen wir mit unserem Änderungsantrag die Beteiligung der Kammern in der Lenkungsgruppe festschreiben. Denn wenn wir uns einig sind, dass wir vor allem Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt bei Unternehmen haben wollen, müssen wir natürlich auch wissen, welche Anforderungen diese Leute haben. Dann ist es doch sehr viel sinnvoller, dass wir sie von Anfang an einbinden. Verwaltung und Träger haben ihre Interessen. Sie wissen aber vielleicht nicht ganz so gut, wie Unternehmen funktionieren. Deswegen ist es gut, wenn diese von Anfang an dabei sind.

Uns reicht es nicht, dass die Unternehmer nur über die Krücke des Kommunalen Bündnisses für Arbeit an den Beratungen beteiligt werden. Dort wird nur berichtet. Die Musik spielt aber in der Lenkungsgruppe. Deswegen gehören die Unternehmen dort hinein.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ein weiterer Punkt, den wir kritisch sehen, ist die Komplexität des Programms. Ich weiß, dass wir nicht das Programm beschließen, sondern einen vorgelegten Beschlusstext haben. Das Programm ist aber natürlich die Grundlage, auf der alles fußt und

aufbaut. Wenn ich mir das Programm anschaue, muss ich schon sagen, dass es sehr bürokratisch aussieht. Viel Bürokratie schreckt Unternehmen ab.

Wenn wir sie gewinnen wollen, müssen wir versuchen, möglichst unbürokratische und gute Lösungen und Handreichungen zu entwickeln.

Wir können uns an dieser Stelle zum Beispiel auch vorstellen, dass temporär Lohnkosten übernommen werden, wenn ein Arbeitgeber die unbefristete Übernahme von Langzeitarbeitslosen zusichert.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, zum Schluss möchte ich hier noch auf einen weiteren Punkt eingehen, der mir Bauchschmerzen bereitet. Das ist die Vergabe. Im vorgelegten Konzept heißt es:

> Die Stadt Köln und/oder Unternehmen aus dem Stadtwerkekonzern sowie weitere städtische Betriebe verbinden aus ihrem regulären Auftragsbestand Aufträge mit der Auflage

- wie Sie merken, ist dieses Programm sehr unbürokratisch und sehr einfach geschrieben -,

> diese in einem zugesicherten Volumen durch eine anteilige Beschäftigung der Zielgruppe

- damit sind die Langzeitarbeitslosen gemeint -

> auszuführen.

Im Einzelfall kann das durchaus möglich sein. Generell sieht die FDP es aber eher kritisch. Vor allem für kleinere Unternehmen kann das schwierig sein, weil dort der Personalbestand nicht so hoch ist wie in größeren Unternehmen oder bei großen Sozialhilfeträgern. Deswegen ist es für die kleinen Unternehmen natürlich auch sehr viel schwieriger, Langzeitarbeitslose zu beschäftigen und deren Beschäftigung zu finanzieren.

Vonseiten der Verwaltung wird uns zwar zugesichert, dass hier ein Vorschlag erarbeitet werden soll und den Gremien noch einmal zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Dieses Angebot nehmen wir gerne an. In diesem Zusammenhang machen wir auch kein Fass auf. Ich hoffe aber sehr, dass unsere Bedenken dann mit der entsprechenden Vorlage auch ausgeräumt werden können.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Änderungsantrag unterstützen und annehmen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister! Zunächst möchte ich mich sowohl bei Herrn Wagner als auch bei Herrn Dr. Rau für die klare Strukturierung des Beschäftigungsprogramms bedanken. Besonders freue ich mich über die klare Aussage, dass dieses Programm für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse - und nichts anderes, was wir hier schon einmal diskutiert haben - da ist. Deswegen werden wir dieser Vorlage auch zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir reden jetzt über 180 Arbeitsplätze, also nicht - noch nicht; da bin ich voll bei Ihnen, Herr Klausing - über 1 000 oder 2 000 Arbeitsplätze. Dann wäre das eine andere Diskussion. Dann müsste man natürlich stärker - da hat Frau Hoyer recht - auch handwerkliche Betriebe in diesen Prozess einbeziehen.

Wir sind aber auch noch in einer Phase, in der es darum geht, zu schauen, wie wir es denn genau machen müssen. Deswegen finde ich die Formulierung in Ihrem Antrag, es müsse „schnelle und unbürokratische Lösungen“ geben, nicht richtig, Frau Hoyer. Denn in dem entsprechenden Programm sind ja auch flankierende Maßnahmen wie Schuldnerberatung usw. usf. vorgesehen, um diese Menschen in die richtige Position zu bringen. Dinge wie Schuldnerberatung usw. usf. sind ganz klar bürokratisch. Deswegen halte ich diesen letzten Satz für schwierig. Meines Erachtens müssen wir erst einmal sehen, wie sich das Ganze entwickelt.

Ich hätte überhaupt kein Problem damit, als ersten Schritt einmal die Handwerkskammer mit dazuzunehmen. Schließlich müssen wir Arbeitsplätze für körperliche Tätigkeiten schaffen. Damit ist natürlich der Handwerksbereich gefordert. Dorthin müssen wir auf unserem Weg gehen, glaube ich. Insofern hätte ich kein Problem damit, die Handwerkskammer mit dazuzunehmen. In den Gesprächen, die ich mit Grünen und CDU geführt habe, wurde aber deutlich, dass sie das nicht wollen. Damit erübrigt es sich. Das finde ich eigentlich schade.

Wir sind aber nicht aus der Welt, Frau Hoyer. Wie gesagt, ist das Ganze ja ein Prozess. Wenn wir dann über 500 oder 1 000 Arbeitsplätze reden, muss das sowieso gemacht werden, glaube ich.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank. - Frau Heuser, bitte.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal grundsätzlich von Anfang an beginnen. Der Rat der Stadt Köln hat im November 2016 auf Initiative von CDU und Grünen die Erarbeitung eines Konzepts für ein kommunales Beschäftigungsförderungsprogramm in Auftrag gegeben, das jetzt aber Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit heißt. Darauf möchte ich gleich noch kurz eingehen.

Dem vorausgegangen ist die Tatsache, dass in Köln mehr als 32 000 Menschen als langzeitarbeitslos gelten. Klassische Instrumente der Eingliederungsmaßnahmen, etwa des Jobcenters, reichen mit ihrer Förderhöhe und ihrer Förderdauer meist nicht aus, um langfristige Wirkungen zu erzielen. Oftmals kehren die Menschen erneut in die Arbeitslosigkeit zurück.

Für die Kommune bedeutet verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit steigende Ausgaben im Sozialetat, insbesondere durch hohe Kosten der Unterkunft, kurz KdU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen uns daher in der Pflicht, durch subventionierte Beschäftigung einen Teil dazu beizutragen, dass Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen - denn hier geht es um Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen; das sollte man immer im Kopf behalten - soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt und damit am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird.

Auf Basis des vorliegenden Rahmenkonzepts werden nun Mittel und Ressourcen vorwiegend für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bereitgestellt.

Zugleich wird - neben der Ansprache von unterschiedlichen Arbeitsmarktakteuren - auch der Stadtverwaltung, den städtischen Gesellschaften und den Stadtwerken der verbindliche Auftrag erteilt, sich durch Arbeitsangebote zu beteiligen. Die Programme Gute Schule 2020, das Stadtverschönerungsprogramm mit Maßnahmen wie Win-Win für Köln und die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, kurz KGAB, als 100-prozentige Tochter der Stadt machen es vor.

Durch eine enge soziale Betreuung von langzeitarbeitslosen Menschen, das Eingehen auf ihre individuellen Erwerbs- und Erwerbslosenbiografien sowie die Zurverfügungstellung niedrigschwelliger Qualifizierungsinstrumente können sie in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und damit in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber insbesondere in der Anfangsphase keine zu hohen Erwartungen an das Programm stellen; denn eine Amortisation etwa bezogen auf Einsparungen bei den KdU ist in absehbarer Zeit kaum zu erwarten.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Wirkungsumfang, also die Anzahl der subventionierten Arbeitsplätze, sind jedoch die zur Verfügung stehenden Mittel.

Das Kommunale Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit versteht sich als Ergänzung der Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Regelsystem. Daher ist die Drittmitteleinwerbung von Mitteln der EU, des Bundes und des Landes in Kombination mit den städtischen Eigenmitteln und somit die Abstimmung mit der vorhandenen Regelförderung durch Agentur für Arbeit, Jobcenter, SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz von hoher Bedeutung.

Die Bewertbarkeit des Programms wird schließlich über einen Mix von Indikatoren erreicht. Dazu zählt beispielsweise die erreichte Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit.

Das möchte ich hier noch einmal in den Fokus stellen. Denn das erklärte Ziel der FDP ist eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wie ich aber schon gesagt habe, leiden diese Menschen unter verschiedensten, multiplen Vermittlungshemmnissen.

Weitere Indikatoren sind die Anzahl und Dauer der erreichten Ausstiege aus dem SGB II, die aus Sicht der Programmteilnehmenden erreichte Teilhabe und die Anzahl vermiedener Übertritte vom SGB III ins SGB II, um nur einige zu nennen.

Der Erfolg kann keinesfalls nur an den Einsparungen der KdU gemessen werden. Auch bereits die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit ist als solcher zu bewerten.

Eingehen möchte ich schließlich noch kurz auf die Umsetzungsstrukturen des Programms. Die administrative strategische Steuerung erfolgt durch eine Lenkungsgruppe mit der Arbeitsmarktförderung im Amt für Wirtschaftsförderung als Geschäftsführung. Die operative Umsetzung des Programms wird der KGAB in einer zentralen Rolle zuerkannt.

Die FDP würde gerne noch Vertreter von Unternehmen in die Lenkungsgruppe aufnehmen. Wir finden hingegen, dass die im Programm festgesetzte Differenzierung zwischen einer städtischen Steuerungsgruppe oder Lenkungsgruppe und der KGAB als operative Umsetzungsform in einem engen Abstimmungsverhältnis mit dem Kommunalen Bündnis für Arbeit eine wichtige Unterscheidung ist.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Frau Hoyer möchte gerne eine Zwischenfrage stellen.

Katja Hoyer (FDP): Liebe Marion Heuser, ich habe es jetzt so verstanden, dass Sie gesagt haben, es sei wichtig, dass die KGAB mit in einer Steuerungsgruppe vertreten ist.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Nein. Das ist die operative Umsetzung.

Katja Hoyer (FDP): Okay. Aber in der Lenkungsgruppe?

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, sie ist ja nicht in der Lenkungsgruppe.

Katja Hoyer (FDP): Aber sie ist jetzt in der Steuerungsgruppe.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Echt?

Katja Hoyer (FDP): Ja, genau. Das „Echt?“ ist ja berechtigt. Denn bei der letzten Debatte im Jahr 2016 haben die Grünen ganz klar gesagt, dass die KGAB bitte nicht in die Steuerungsgruppe hineingehört. Dann ist sie trotzdem hineingekommen. Insofern finde ich, dass diese Diskussion ziemlich widersprüchlich ist.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Uns war jedenfalls wichtig, dass die KGAB mit den anderen Beschäftigungsträgern in einem fairen Wettbewerb um Arbeitsaufträge und Fördermittel steht. Uns war zudem wichtig, dass hier niemand bevorteilt wird.

Abschließend möchten wir der Verwaltung für die Vorlage des kommunalen Beschäftigungsförderungsprogramms danken. Wir halten es für ein gutes Rahmenprogramm, das allerdings wie ein atmendes System einer stetigen Beobachtung und gegebenenfalls Nachbesserung oder Erweiterung bedarf.

Im Programm selbst steht auch, dass jährlich eine Überprüfung stattfinden wird. Ich baue darauf, dass man in dem ersten Jahr beobachtet, was passiert, wie das Programm überhaupt angenommen wird und wie viele Menschen in Beschäftigung kommen oder in Maßnahmen kommen. Dann kann man immer noch nachbessern.

Wir werden der Verwaltungsvorlage unverändert zustimmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Frau Heuser. - Herr Klausing, bitte.

Christoph Klausing (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir stimmen der Beschlussvorlage zu. Das tun wir mit voller Überzeugung. Denn wir halten es für einen großen Schritt dahin, dass wir uns über Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungspolitik einmal neue Gedanken machen.

Mich persönlich ärgert es nämlich schon, dass sich im Rat der Stadt Köln in weiten Teilen nicht so viele Emotionen regen, wenn wir hier darüber sprechen. Das merkt daran, dass relativ viele Nebengespräche geführt werden. Bei anderen Themen - zum Beispiel beim Kalkberg - ist es im Ratssaal deutlich ruhiger.

Wenn wir hier in zehn Jahren über ein deutlich höheres Volumen sprechen und dann tatsächlich Tausende von Arbeitsplätzen schaffen - nicht nur in einem solchen Programm, sondern auch in der freien Wirtschaft -, wird die Diskussion über unseren Umgang mit Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hoffentlich deutlich engagierter geführt werden.

Ich plädiere dafür, dass alle auch bei einem solchen Thema ein bisschen aufmerksamer zuhören, weil wir hier ernsthaft darüber sprechen, wie wir Menschen in Arbeit bekommen. An dieser Stelle geht es um viele Menschen, die über Jahre hinweg arbeitslos sind. Hier dürfen wir auch ganz genau zuhören und ganz sorgfältig darüber debattieren.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Der Ausschuss hat jetzt auch einige Fachgespräche geführt. Es ist richtig - das gehört zur Wahrheit dazu -, dass wir hier kein Konzept beschließen, sondern die Verwaltung mit der Umsetzung eines Programms, das sie uns skizziert hat, beauftragen. Deswegen können wir uns bei den ganzen Detailfragen an dieser Stelle auch zurückhalten. Denn das Ganze ist ein atmendes System. Im Sozialausschuss und im Wirtschaftsausschuss können wir uns dann noch weiter darüber unterhalten.

Fakt ist: Die Lenkungsgruppe sieht die Teilnahme von SBK, KGAB, Jobcenter, Arbeitsagentur und städtischer Seite mit allen Gliederungen vor. In der Lenkungsgruppe fehlen Vertreter der freien Wirtschaft und der Wohlfahrt. Wir haben uns als CDU auch die Frage gestellt: Wie passt das zusammen?

Denn am Ende wird es konkret darum gehen, wie eine Förderrichtlinie ausgestaltet wird. Eine solche Förderrichtlinie haben wir ja noch gar nicht. Sie zu erstellen, ist die eigentliche Kärrnerarbeit. Dann muss entschieden werden, was genau darin steht, vor allem in Bezug darauf, an wen und zu welchen Bedingungen Geld verteilt wird.

Da sagen wir als CDU: Die Lenkungsgruppe soll so, wie das Konzept ist, ihre Arbeit auch gut machen.

Uns ist es ein Anliegen, dass der Fokus in diesem Programm immer auf sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung liegt.

Hier sollten Stadt, Wohlfahrt und freie Wirtschaft gleichermaßen in den Blick genommen werden, weil es nicht nur an der Stadt, nicht nur an den sozialen Trägern und nicht nur an der Wirtschaft liegt, wenn es - auch das wurde ausgeführt - Schwierigkeiten bei der Umsetzung geben sollte. Schließlich werden nicht nur in der Wirtschaft Arbeitsplätze geschaffen. Vielmehr gehören da alle Akteure zusammen.

Darum bitte ich einfach einmal, ohne erst einen Änderungsantrag zu stellen; denn wir brauchen hier nicht das 19-seitige Programm durchzuarbeiten. Insofern gebe ich der Verwaltung an dieser Stelle den mündlichen Hinweis, das bitte mit aufzunehmen und Stadt, Wohlfahrtspflege und freie Wirtschaft mit an Bord zu nehmen.

Für uns als CDU ist das sehr wichtig; denn es gibt für uns nur ein Ziel, nämlich Arbeit, Arbeit, Arbeit, damit jeder Kölner von seiner eigenen Arbeit leben kann. Wir stimmen zu und lehnen den Änderungsantrag ab - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Herr Klausing. - Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Ich bin über die Diskussion doch etwas erstaunt. Wir haben diesen Punkt in drei Fachausschüssen behandelt. Allein im Sozialausschuss haben wir fast eine Stunde darüber beraten.

Den Änderungsantrag der Kollegen von der FDP hätte ich mir auch schon im letzten Sozialausschuss gewünscht. Dann hätten wir dort in Ruhe darüber beraten können.

Dass es hier im Plenum etwas unruhig wurde, liegt vielleicht wirklich daran, dass wir sehr kleinteilig geworden sind und deshalb Menschen einfach ausgestiegen sind.

In der Sache kann ich mich dem Lob meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschließen. Das ist eine sehr gute Vorlage. Wir werden ihr zustimmen.

Dem Änderungsantrag der Kollegen von der FDP werden wir hingegen nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass im Kommunalen Bündnis für Arbeit sowohl die IHK als auch die Handwerkskammer bereits mitwirken können. Sie unterstützen den Prozess. Dann brauchen sie nicht zweimal aufzutauchen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank. - Wie ich sehe, gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann lasse ich abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Ergänzungsantrag der FDP ab. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD, die Grünen, die CDU, DIE LINKE und die

Ratsgruppen BUNT und GUT sind dagegen. Wer ist dafür? - Die FDP und Herr Wortmann sind dafür. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann stimmen wir über die ursprüngliche Vorlage ab. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der FDP und von Herrn Wortmann ist ihr mehrheitlich zugestimmt. - Vielen Dank.

Beschlüsse:

I. Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Faktion:

Der Beschlusstext der Vorlage 2315/2017 wird nach dem ersten Satz wie folgt ergänzt:

Die strategische Steuerung erfolgt durch die Lenkungsgruppe. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern und Vertreterinnen aus den Verwaltungsbereichen Personal, Wirtschaftsförderung, Soziales, Weiterbildung und Vergabe sowie den städtischen Betrieben Stadtwerke, KGAB und SBK, dem Jobcenter Köln, der Agentur für Arbeit Köln, der Handwerkskammer sowie der Industrie und Handelskammer. Aufgabe der Lenkungsgruppe ist es, schnelle und unbürokratische Lösungen für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt zu erarbeiten

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., die Ratsgruppen BUNT und GUT gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Wortmann abgelehnt.

II. Beschluss über die Ursprungsvorlage:

Der Rat beschließt die Umsetzung des Programms „KomProArBeit“ und beauftragt die Verwaltung mit der organisatorischen Ausgestaltung und operativen Umsetzung.

Für die Wahrnehmung der Aufgabe werden zum Stellenplan 2019 folgende Mehrstellen im Amt 80, Amt für Wirtschaftsförderung, eingerichtet:

0,75 Stelle BGr. A12 LBesG NRW bzw. E11 TVöD und
0,75 Stelle BGr. A10 LBesG NRW bzw. EG 9c TVöD

Um die kurzfristige Besetzung der Stellen sicher zu stellen, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2019 verwaltungsinterne Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Für das strategische Leitprojekt „Kommunales Beschäftigungsprogramm“ sind im Hpl. 2018 und der Mittelfristplanung jährlich 900.000 Euro im Teilergebnisplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus - in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – veranschlagt. Die Personal- und Sachaufwendungen sind in den Teilplanzeilen 11 - Personalaufwendungen und 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen abzubilden. Die Deckung der Personalaufwendungen in Höhe von 128.000 Euro und der Sachaufwendungen in Höhe von 25.600 Euro erfolgt im HJ 2018 aus Mitteln, die in Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen veranschlagt sind.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Stimme von Ratsmitglied Wortmann zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 674613/02
Arbeitstitel: Eigelstein 41 in Köln-Altstadt/Nord
2441/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan)

674613/02 für das Flurstück 750 der Flur 26 der Gemarkung Köln in Köln-Altstadt/Nord —Arbeitstitel: Eigelstein 41 in Köln-Altstadt/Nord— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 7;

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 674613/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70439/08
Arbeitstitel: „Gewerbepark Poll - Teilbereich Gewerbepark Poll Nord“ in Köln-Poll
2919/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *den Plangeltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfes mit dem Arbeitstitel "Gewerbepark Poll" in Köln-Poll gemäß des Aufstellungsbeschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 22.09.2005 auf das Gebiet zwischen den westlichen Grenzen des TÜV-Parkplatzes, den südlichen Grenzen des Grünstreifens entlang des Zubringers (L 124), der Rolshover Straße und der nördlichen Grenze des Verkehrsübungsplatzes zu verkleinern (siehe Anlage 1);*

2. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70439/08 für das Gebiet zwischen den westlichen Grenzen des TÜV-Parkplatzes, den südlichen Grenzen des Grünstreifens entlang des Zubringers (L 124), der Rolshover Straße und der nördlichen Grenze des Verkehrsübungsplatzes – Arbeitstitel "Gewerbepark Poll – Teilbereich Gewerbepark Poll Nord" in Köln-Poll – eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

3. *den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70439/08 nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zu ergänzen und zu ändern;*

4. *den Bebauungsplan Nr. 70439/08 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S 1772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2203) – in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 70465/01
Arbeitstitel: Kalk-Mülheimer Straße in Köln-Buchforst
3039/2017

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. *den Einleitungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschuss vom 03.09 .2015 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 70465/01 um einen Abschnitt der Karlsruher Straße (öffentliche Verkehrsfläche, siehe Anlage 2)*

—Arbeitstitel: Kalk-Mülheimer Straße in Köln-Buchforst — zu erweitern;

2. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nummer 70465/01 für das Gebiet nördlich der Karlsruher Straße der Kalk-Mülheimer Straße (Gemarkung Mülheim, Flur 2, Flurstücke 2051 und 2909) einschließlich der ergänzten Verkehrsfläche der Karlsruher Straße (Gemarkung Mülheim, Flur 2, Teilfläche aus Flurstück 2631) —Arbeitstitel: Kalk-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;*

3. *den Bebauungsplan 70449/09 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 70447/04
Arbeitstitel: Robertstraße in Köln-Kalk
3142/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nummer 70447/04 für das Gebiet östlich der Robertstraße, südlich der Bebauung an der Johann-Meyer-Straße, westlich der Rolshoverstraße und nördlich der Dillenburger Straße —Arbeitstitel: Robertstraße in Köln-Kalk— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan 70447/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung — als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 57419/08
Arbeitstitel: Raderthalgürtel (neu) in Köln-Zollstock, 1. Änderung
3321/2017

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. *den Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfs betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 67419/08 – Arbeitstitel: Raderthalgürtel (neu) in Köln-Zollstock, 1. Änderung– gemäß des Aufstellungsbeschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 26.09.2013 auf das Gebiet südlich der Wohnbebauung Fritz-Hecker-Straße, westlich der Straße Marienhof, nördlich des Raderthalgürtels und östlich des Leichwegs zu verkleinern (siehe Anlage 1);*

2. *über die zum Entwurf betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 67419/08 für das Gebiet —Arbeitstitel: Raderthalgürtel (neu) in Köln-Zollstock, 1. Änderung— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2, 3 und 4;*

3. die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 67419/08 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70480/12 Arbeitstitel: „Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim“ 3322/2017

Wortmeldungen? - Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von AfD und Grünen. Damit ist das dennoch so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den Plangeltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfes mit dem Arbeitstitel "Ehemaliger Güterbahnhof" in Köln-Mülheim gemäß des Einleitungsbeschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 19.03.2015 entlang der Bahntrasse Markgrafenstraße um die Flurstücke 2321 und 2322 sowie Teile der Flurstücks 2324 und 2370 der Gemarkung Mülheim, Flur 3) zu vergrößern (siehe Anlage 1 und 2) und abweichend vom Einleitungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses den Bebauungsplan-Entwurf ohne konkreten Vorhabenbezug gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen.

2. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70480/12 für das Gebiet westlich der Schanzenstraße und Peter-Huppertz-Straße in Köln-Mülheim mit den Flurstücken 2703, 2704, 2705, 2706, 2707, 2708, 2709, 2710, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716 sowie Teilen der Flurstücke 2711 und 2717 2323, 2324 und 2370 der Gemarkung Mülheim, Flur 3 – Arbeitstitel "Ehemaliger Güterbahnhof" in Köln-Mülheim – eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 5.1 und 5.2;

3. den Bebauungsplan Nr. 70480/12 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S 1772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2203) – in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Weidengasse von Pflasterhofweg bis Weidengasse 46 einschließlich in Köln-Weiß 2907/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Weidengasse von Pflasterhofweg bis Weidengasse 46 einschließlich in Köln-Weiß in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Vorgebirgstraße von Zollstockgürtel/Raderthalgürtel bis Höniger Platz in Köln-Zollstock
2916/2017

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Vorgebirgstraße von Zollstockgürtel/Raderthalgürtel bis Höninger Platz in Köln-Zollstock in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Lülsdorfer Straße/Sandbergstraße von Rheinbergstraße/An der Mühle bis Ende der Bebauung (Sandbergstr. 147) in Köln-Porz/Langel
2924/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II - Seite 5).

16.4 262. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3182/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2987/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Bezirksregierung Köln Frau Melitta Reinerth (als Nachfolgerin von Frau Magna Becker) als beratendes Pflichtmitglied für die Bezirksregierung als Vertreter der Schulen entsandt hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung neuer ordentlicher und stellvertretender Mitglieder
2774/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Damit ist dem so zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön, Herr Bürgermeister Bartsch.

Beschluss:

Der Rat bestellt für die Dauer der Wahlperiode

1. *Für die Freie Wohlfahrtspflege*

   Frau Susanne Rabe-Rahman (Caritasverband für die Stadt Köln)

   zum stellvertretenden Mitglied sowie

2. *für die Ausländerbehörde Köln*

   Herrn Dr. Lothar Becker zum ordentlichen Mitglied und

   Frau Christina Boeck zum stellvertretenden Mitglied

   der Ausländerrechtlichen Beratungskommission.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte)
1521/2017

Hier liegt mittlerweile ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen vor, auf deren Vorschlag 2014 auch das nun ausgeschiedene Mitglied gewählt wurde. Vorgeschlagen wird Herr Uwe Mertens. Ich würde - -

(Martin Börschel [SPD]: Ich habe eine Frage! Darf ich?)

- Ja. Bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur aus grundsätzlichen Erwägungen die Verwaltung fragen, ob in diesem Fall nach § 12 Abs. 5 des Sparkassengesetzes oder nach der allgemeineren Vorschrift des § 50 Abs. 2 der Gemeindeordnung verfahren und nachgewählt wird.

(Niklas Kienitz [CDU]: Kann man sich nicht auf die Aussagen Ihrer Geschäftsführerin in den Runden verlassen? Wir haben uns geeinigt! Jetzt stellen Sie das wieder infrage!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es hat eine Einigung gegeben, ja. Die Verwaltung kann Ihnen auch sagen, dass auf Einladung der Fraktionen heute eine Sitzung stattgefunden hat, bei der dieser Punkt besprochen worden ist. Es ist ausdrücklich vereinbart worden, dass hier keine rechtliche Diskussion geführt wird, sondern dass dieses Verfahren gewählt wird.

(Martin Börschel [SPD]: Aber welches? Ich möchte ja nur wissen, welches!)

- Hier diesen Vorschlag als gemeinsamen Vorschlag der Fraktionen zu machen. Wenn Sie jetzt davon abweichen möchten - -

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe einfach eine Frage gestellt. Ich wollte nur wissen, ob wir hier nach - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Für mich gilt in Bezug auf das Verfahren die Rechtsauffassung der Verwaltung - also § 50 Abs. 2 der Gemeindeordnung, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Gut. Dann möchte ich festhalten: Wir sind der Auffassung, dass die spezialgesetzliche Regelung nach § 12 Abs. 5 des Sparkassengesetzes gilt, und werden das im Nachhinein dann überprüfen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das heißt, dass Sie jetzt nicht mitwählen? Oder was heißt das?

Martin Börschel (SPD): Wir stimmen ab, und dann sehen Sie es.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist ja mittlerweile lächerlich!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann lasse ich darüber abstimmen. Ich habe ja die Meinung der Verwaltung dargestellt und lasse jetzt darüber abstimmen.

Wer diesem Vorschlag, den ich gerade gemacht habe, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der LINKEN, die Fraktion der FDP und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln und AfD ist dem so zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat weist sämtliche von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Mitglieder an, in der Zweckverbandsversammlung wie folgt zu votieren:

Wahlvorschlag für ein stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte)

Herrn Uwe Mertens

als Verhinderungsvertreter/in für Herrn Rolf Brief .

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Ratsgruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Mitteilung zu der Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3618/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit

Frau Monika Muylkens anstelle des bisherigen Hauptmitgliedes Frau Dr. Gabriele Weber

und

Frau Jennifer Kraus zur Nachfolgerin des bisherigen stellvertretenden Mitgliedes Frau Dr. Ute Becher

als beratende Pflichtmitglieder in den Jugendhilfeausschuss bestellt hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.5 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds
3730/2017

Die Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer II - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: TOP 17.5 ist zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss Umwelt und Grün - sachkundiger Bürger
AN/1863/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Anstelle von Herrn Mathias Meis wird Herr Robert Schallehn als sachkundiger Bürger für den Ausschuss Umwelt und Grün und den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln benannt.

Herr Schallehn war bislang sachkundiger Einwohner in den o.a. Ausschüssen. Die somit vakante Position wird zu einem späteren Zeitpunkt wiederbesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Gesundheitsausschuss
AN/1870/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Matthias Proy wird für Herrn Matthias Büschges als Mitglied des Gesundheitsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
3668/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Aufgrund der Beschlusses der Stadtarbeitsgemeinsaft Lesben, Schwule und Transgender (Stadt-AG LST) am 21.09.2017 und 28.11.2017 wählt der Rat der Stadt Köln auf Empfehlung der Stadt-AG LST folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in den benannten Ausschüsse:

Ausschuss	*Sachkundige/r* *Einwohner/in*	*Vertreter/in*
Kunst und Kultur		*Helge David Gilberg* *LSVD Ortsverband Köln* *(Beschlussfassung 28.11.2017)*
Sportausschuss		*Stephan Borggreve* *SC Janus e.V* *(Beschlussfassung 21.09.2017)*

Gleichzeitig hebt der Rat die Entsendung, des auf Empfehlung der Stadt-AG LST folgende gewählten sachkundigen Einwohner/in, in die genannten Ausschüssen auf:

Ausschuss	*Sachkundige/r* *Einwohner/in*	*Vertreter/in*
Kunst und Kultur		*Marco Malavasi* *LSVD Ortsverband Köln*
Sportausschuss		*Armin Lohrmann* *SC Janus e.V*

Die Mitgliedschaft der neu gewählten sachkundigen Einwohner im jeweiligen Fachausschuss endet mit der Wahl eines neuen Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender bzw. mit Ende der Wahlperiode des Rates.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Nachwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH (JugZ)
AN/1905/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, anstelle von Frau Monika Bröhl als Vertreterin der Stadt Köln

> *Herrn Christoph Klausing in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH*

zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Nachbesetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Köln GmbH
AN/1907/2017

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Stopp! Wir haben die Vorlage nicht vorliegen!)

- Ich habe sie als Tischvorlage bekommen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie steht ja auch im Netz!)

Kann ich abstimmen lassen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Nachbesetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Köln GmbH:

Entsendung von Herrn Michael Paetzold anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Oberbürgermeisterin nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Entscheidung durch den Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW und Genehmigung durch den Rat gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW
hier: Flughafen Köln/Bonn GmbH
3830/2017

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen in der Fassung der Anlage 2 mit geändertem Protokoll. - Sie haben die Änderung beantragt.

(Martin Börschel [SPD]: Ist ja gut!)

- Dann ist es gut; dann finden Sie es gut. Okay. Dann können wir es so machen.

Gegenstimmen? - Gegenstimmen von SPD und LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt gemäß § § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW folgenden Dringlichkeitsbeschluss des Hauptausschusses gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW vom 22.11.2017:

„Die Vertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) sowie die vom Rat der Stadt Köln entsandten Mitglieder im Aufsichtsrat der Flughafen Köln/Bonn GmbH werden durch diesen Beschluss verpflichtet, auf folgendes in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat hinzuwirken:

a. Es ist eine vollständige und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen geführte Aufklärung der in Rede stehenden Vorwürfe gegen Handlungen der FKB-Geschäftsführung, insbesondere des Vorsitzenden der Geschäftsführung, durchzuführen.

b. Auf die Zustimmung und strikte Einhaltung von Compliance-Regelungen und den Regeln des Public Corporate Governance Kodex bei allen Mitgliedern der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsratsrats. Dies betrifft insbesondere mögliche Interessenskonflikte von Gremienmitgliedern durch ihr berufliches Engagement.

c. Der Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 15.12.2015 zur Beibehaltung der gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse durch die öffentlichen Anteilseigner Bund, Land NRW und Stadt Köln wird ausdrücklich bekräftigt, was eine Veräußerung von Geschäftsanteilen an Private Dritte ausschließt. Dieser Ratsbeschluss ist handlungsleitend für die Kölner Vertreter in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat und wird gegenüber den anderen Aufsichtsratsmitgliedern und den Vertretern der Anteilseigner entsprechend vertreten.

d. Dass der Bewerber vor der Aufsichtsratsvorsitzwahl zum Fortgang der Untersuchung (a), zu möglichen Interessenskonflikten (b) und zu möglichen Absprachen in Hinsicht auf die Änderung der Eigentümerverhältnisse (c) eine Erklärung abgibt, die es den Kölner Vertretern ermöglicht festzustellen, welche Ziele und Absichten der Bewerber in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender verfolgt.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. genehmigt.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich bitte darum, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 18.23 Uhr)

Sachregister

Abfallwirtschaftsebetriebe

Jahresabschluss zum 31.12.2015 508

Aktuelle Stunde

Mitgliederversammlung der Kölner Grünen 128

Zukunft des Ebertplatzes 613

Bahnhof Süd

Umbau 90

Baubeschluss

Brandschutz Appellhofplatz 752

Erneuerung Fahrtreppen 287

Grundschulgebäude in Köln-Nippes 85

Haldenstabilisierung des Kalkbergs 90, 392

KidS-Standort Brücker Mauspfad 519

Liverpooler Platz und Pariser Platz sowie Lyoner Platz 319

Sanierung und Umbau 310

Schulgebäude sowie 6-fach Sporthalle 535

Stadtbahnanlagen 80

Temporären Unterkünften für Geflüchtete 398

Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

„Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim“ 785

„Gewerbepark Poll - Teilbereich Gewerbepark Poll Nord“ in Köln-Poll 783

Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld 441

Eigelstein 41 in Köln-Altstadt/Nord 782

Häuschensweg in Köln-Bickendorf 440

Herzog-Johann-Straße in Köln-Fühlingen 95

Kalk-Mülheimer Straße in Köln-Buchforst 783

Raderthalgürtel (neu) in Köln-Zollstock 784

Robertstraße in Köln-Kalk 784

Vitalisstraße in Köln-Müngersdorf 251

Bauleitpläne - Aufhebung

Etzelstraße/Bergstraße in Köln-Mauenheim 554

Marienhospital in Köln-Altstadt/Nord 321

Bauleitpläne - Flächennutzungsplan

Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven 554

Baumaßnahme

Ertüchtigung der Wagenhalle 396

Bauplanungsrechtliche Sachen

Kooperative Baulandmodell Köln 102

Bedarfsfeststellung

Brücke Frankfurter Str. (B8) / Stadtautobahn (B55a) 122, 207

Erhöhtes Risikomanagements 311

Erneuerung des Verkehrsleitsystems 287

Starke Veedel - Starkes Köln 766

Beihilfekasse

Jahresabschluss 2016 767

Wirtschaftsplan 2018 767

Berufsschulen

Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg 534

Werner-von-Siemens-Berufskolleg 410

Beschaffung

EMDS 432

Komponenten des digitalen Bündelfunks 663

Bezirke

Zuständigkeitsordnung 386

Bezirksvertretungen

Bürgerhaushalt 2016 674

Bildung

Einführung des gebundenen Ganztags 765

Gute Schule 2020 228

Offene Ganztagsschule im Primarbereich 318

Schulsozialarbeit 89

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer 481

Transferaufwendungen 502

Umweltbildungszentrum 665

Bildungsgang

Berufliches Gymnasium für Wirtschaft und Verwaltung 534

Elektroniker und Elektronikerinnen für Automatisierungstechnik 410

Bühnen der Stadt Köln

Jahresabschlusses zum 31.08.2015 664

Planungsbeschluss für Werkstattneubau 198

Werkstätten - Mietmodell 709

Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2017/18 287

Bundesprogramm

„Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ 116

Bürgermeisterinnen / Bürgermeister

Austausch mit Partnerstädten 497

Café Bickolo e. V.

Förderung der ökumenischen Begegnungsstätte 198

Daten für die Stadt

Pilotprojekt für kommunales Open Government 563

Digital Hub Cologne GmbH

Änderung des Gesellschaftsvertrages 227

Domumgebung

Bereich Trankgasse 515, 682

Mantelprojekt „Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung“ 764

Neugestaltung 177

Dringlichkeitsentscheidungen / Antrag

„Daten für die Stadt“ 563

Flughafen Köln/Bonn GmbH 791

Fördermittel aus Bundesprogramm 116

Förderung der Integration 117

Minderung des Schulnotstandes 117

MiQua 447

Offenhalten von Verkaufsstellen 563

Ordnungsbehördliche Verordnung 253, 447

Silvesterprogramm 598

Zweckgebundene Sachspende 562

Drogenpolitik

Betäubungsmittelgesetz 717

Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof 433

Drogenszene am Ebertplatz 497

Suchthilfeplanung 2017/2018 522

Entwicklungskonzept Chorweiler

Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord 399

Europäische Union

Umgebungslärmrichtlinie 759

Familie-Ernst-Wendt-Stiftung

Wirtschaftsplan 2017 307

Feuerwehr

Komponenten des digitalen Bündelfunks 663

Flüchtlinge

Bürgerzentrum Alte Feuerwache 396

Forum für Willkommenskultur 84

Koordination Ehrenamt 771

Mobile Wohneinheiten 83

Ombudsstelle 672

Flughafen Köln/Bonn GmbH

Entscheidung 791

Frauen

Frauenförderplans 2015 - 2017 515

Frauenhaus 396

Frischezentrum

Standortentscheidung 401

GAG Immobilien AG

Änderung der Satzung 776

GAG Servicegesellschaft mbH

Änderung der Satzung 775

Gebäudewirtschaft

Optimierung 544

Stellenplan 599

Wirtschaftsplan 2017 238

Gebühren-, Entgeltordnungen

Abwassergebührensatzung 283

Rheinisches Bildarchiv 505

Stadtentwässerungsbetriebe Köln 663

Gemeindeprüfungsanstalt NRW

Haushalts- und Wirtschaftsführung 188

Informationstechnik 188

Gesundheit

Projekt „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“ 233

GEW Köln AG

Änderung der Satzung 773

Glücksspielrecht

Umsetzung 276, 503

Grundstücksverkauf

Kolb-Halle an der Helmholtzstraße 507

Gürzenich-Orchester

Betriebsleitung 671, 776

Jahresabschluss 31.08.2016 509

Jahresabschluss zum 31.08.2015 81

Stellenplan 600

Wirtschaftsplan 2017/18 764

Gute Schule 2020

Stellenmehrbedarf 409

Haushalt

Beteiligungsbericht 2015 307

Bürgerhaushalt 2016 674

Entwurf des Jahresabschlusses 2015 91

Ermächtigungsübertragung 674

Gesamtabschlüsse 2011-2015 509

Haushaltsplan-Entwurf 2018 337

Jahresabschluss 2016 533

Jahresabschluss zum 31.12.2015 598

Kostensteigerungen bei Großprojekten 382

Mehraufwendungen 505, 735

Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017 597

Mittelfristige Finanzplanung bis 2021 601

Straßenbegleitgrün in den Außenbezirken 598

Hochwasserschutzzonen

Poll bis Rheinpark Deutz 386

Immobilien- und Standortgemeinschaft

„Severinstraße, Köln“ 83

Integration

Antirassismus-Training 183

Filmpräsentation von Ulf Aminde 673

Förderprojekt „Einwanderung gestalten NRW" 212

Hasskriminalität 281

Interkulturelle Zentren 307

Interkulturelle Zentren in 2017 534

Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung 770

Kommunale Integrationszentren NRW 400

Personen mit nicht feststellbarer Herkunft 638

Rat für Integration 659

Rubicon e. V. 117

Rückkehrmanagement 481

Sonderprogramm NRW 396

Sprachmittler bei der Verwaltung 384

Sprachmittler in den städtischen Krankenhäusern 634

Transferaufwendungen 502

Unbegleitete minderjährige Ausländer 731

Zusammenarbeit mit DITIB 183

Integriertes Handlungskonzept

„Vielfalt vernetzen“ 81

Lindweiler 391

KAG-Satzungen

Erhebung eines Erschließungsbeitrages 554

Erhebung von Beiträgen 252, 443, 555

Erschließungsanlage Friederike-Nadig-Weg/Marion-Dönhoff-Weg 443

Erschließungsanlage Pastor-Kastenholz-Weg einschließlich Stichstraße 555

Erschließungsanlage Sinziger Straße 443

Erschließungsanlage Vorgebirgstraße 786

Erschließungsanlage Weidengasse 785

Niehler Damm von Sebastianstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl 252

Straßenbauliche Maßnahmen 555

Zum Neuen Kreuz in Köln-Widdersdorf 111

Karneval

Kosten der Einsätze 280

Kinder und Jugendliche

Auszeichnung „Kinderfreundliche Kommune“ 760

Fachstellen „Extremismus- und Gewaltprävention“ 766

Kinder- und Jugendförderplan 2016 - 2020 514

Kinderfreundliche Kommune 347

Kindertagesbetreuung 769

Kindertagespflege 760

Klimapartnerschaft

Indigene Gemeinde in Peru 371

Kliniken der Stadt Köln

Änderung des Gesellschaftsvertrages 664

Übernahme von Ausfallbürgschaften 231

Kölner Verkehrsbetriebe AG

Busnetz 640

Kommunales Förderprogramm

„NRWeltoffen“ 190

Kooperatives Baulandmodell

Bebauungsplanverfahren 246

Kostenerhöhung

Bonner Straße 307

Brandschutz an der Haltestelle Poststraße 664

Erneuerung Asphaltdecke Zoobrücke 227

Generalinstandsetzung des Kiefernweges in Porz-Grengel 388

Generalsanierung der Sporthalle Bocklemünd 95

Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke 542

Haldenstabilisierung des Kalkbergs 776

Sebastianstraße/Niehler Damm 81

Umbau des Knotenpunktes Lindenthalgürtel/Dürener Straße 392

Umgestaltung des Hermann-Joseph-Platzes, Elogiusplatzes und Augustinerplatzes 770

Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes 764

Unterkunft für geflüchtete Familien 752

Kultur

Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler 666

Heinrich Böll 705

Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz 672

Ladenöffnunszeiten

Liberalisierung der Sonntagsöffnungen 487

Mehraufwendungen

Haushaltsjahr 2016 und 2017 187

Haushaltsjahr 2017 284, 387, 505, 735

MiQua. LVR-Jüdisches Museum

Aktuelles Raumprogramm und Eingangsplanung 447

Nachtragskostenberechnung 389

Museum für Ostasiatische Kunst

Skulptur von Leiko Ikemura 25

Museum Ludwig

„Langer Donnerstag“ in 2017 25

„Langer Donnerstag“ in 2018 und 2019 346

Fotografien verschiedener Künstler 704

Installation „Your Name here“ von 2016 463

Künstlerin Trisha Donnelly 704

Kunstwerk von Avery Singer 346

Kunstwerk von Nil Yalter 136

Peter und Irene Ludwig Stiftung 704

Museum Schnütgen

Elfenbeinskulptur 263

Museumsdienst

Entgelt- und Honorarordnung 283

Projekt „museumsbus.koeln“ 311

Nord-Süd Stadtbahn

Haltestelle Rathaus 299

NS-Dokumentationszentrum

Haus für Erinnern und Demokratie 391

Oberbürgermeisterin / Oberbürgermeister

Baugenehmigungen 660

Rechtsberatung 281

Offene Ganztagsschule

Ausbau auf 29.700 Plätze 318

Öffentlicher Raum

Unterhaltung und Pflege 501

Ordnungsamt

Reizgas und Schlagstöcke 282

Planung

3-fach Turnhalle sowie 4 zusätzliche Klassenräume 294

3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle 763

Erweiterungsbau 294

Hallen Kalk 760

Neubau Brücke Weinsbergstraße 757

Neubau einer Sportanlage 759

Neubau eines Mehrfamilienhauses 758

Neubau eines Wohngebäudes 769

Tiefgarage Ebertplatz 510

Vier konventionelle Bauten zur Flüchtlingsunterbringung 84

Planung - Einstellung

Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 674

Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 673

Rat

Fraktionszuwendungen 349

Live-Streaming 192

Streaming Ausschusssitzungen 384

Verstoß gegen die Treuepflicht 228

Rathaus

Parteiwerbung 78

Rautenstrauch-Joest-Museum

Ethnologische Gegenstände hauptsächlich aus Thailand und Myanmar 26

Laotische Textilien 626

Regionalverkehr Köln GmbH

Änderung des Gesellschaftsvertrages 424

Rettungsdienst

Elektronisches Untersuchungs-, Überwachungs-, Behandlungs- und Dokumentationssystem 432

Rheinboulevard

Brennpunkt 185, 281

RheinEnergie AG

Änderung der Satzung 776

Römisch-Germanisches Museum

Planungsbeschluss zur Sanierung 412, 448

Sanierung 772

Sanierungsgebiet

Umfeld Kulturzentrum am Neumarkt 286

Satzungen

Abfallgebühren 734

Abfallsatzung 2018 734

Anpassung der Hauptsatzung 504

Haushaltssatzung für das Jahr 2018 337

Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße 504

Rheinische Musikschule 79

Satzung der Stadt Köln 663

Straßenreinigungssatzung 734

Verleihung des Heinrich-Böll-Preises 186

Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud 663

Schenkungen

Heinzelmännchenbrunnen 347

Initiative ArchivKomplex 26

Museum für Angewandte Kunst 346

Museum für Ostasiatische Kunst 25

Museum Ludwig 25, 136, 346, 463, 704

Museum Schnütgen 263

Rautenstrauch-Joest-Museum 26, 626

Skulptur des Propheten Rogerus 464

Stadt Köln 464

Vergleichende Analyse 264

Werk „Erinnerungsorte Kinderheim Köln-Sülz“ 626

Schulbau

Grundstück Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf 763

Total- oder Generalunternehmer 239

Schulen

Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsgrundschule 763

Apostelgymnasium, Biggestraße 770

Aufstellung von Containereinheiten 117

Brüder-Grimm-Schule, Sürther Hauptstraße 764

Deutzer Gymnasium, Schaurtestraße 89

Förderschule Lernen Finkenberg-Schule 89

Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Severinstraße 411

Gesamtschule Wasseramselweg 534

Geschwister-Scholl-Realschule in Ehrenfeld 765

Grundschule Flittard, GGS Am Feldrain 411

Gymnasium Genovevastraße 410

Gymnasium Humboldtstraße 410

Gymnasium Zusestraße / Kölner Straße 294

Herder-Gymnasium, Kattowitzer Str. 294

Käthe-Kollwitz-Schule, Realschule Petersenstraße 411

Katholische Grundschule Gutnickstr. 294

Lehrerinnen mit Kopftuch 661

Private Internationale Friedensschule 294

Realschule am Rhein, AufbauRS Niederichstraße 410

Reinigung 596

Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 535

Schulgesetz

Realschulzweig 411

Zügigkeitserweiterung 89, 410, 411, 763, 764, 770

Sexuelle Gewalt

Präventionsarbeit 61

Sicherheit

Silvester 732

Städtische Security-Mitarbeiter 54

Silvesternacht

Kosten der Einsätze 280

Sicherheitsmaßnahmen 732

Symposium Silvester 2017 661

Sozialpolitik

Kölner Lebenslagenbericht 40

Köln-Pass 143, 597, 771

Kommunales Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm 400

Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit 777

Obdachlose 500

Seniorenkoordination im Stadtbezirk 673

Sport

SpoAnl. Bocklemünd Bestandshalle 95

Sportanlage Kapellenstraße 759

Tennisanlage Heidekaul 750

Stadt Köln

„d-NRW AöR“ 212

„Köln zeigt Haltung“ 26

Änderung der Satzung 663

Antifaschistische Gruppierungen 502, 731

Befestigungsanlage 469

Betreuungsgerichtstag e. V. 519

Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt e. V.“ 227

Ehrenamtskarte NRW 208

Ergänzung des Ratssilbers 464

Fortführung von „Win-Win für Köln“ 516

Geschäftsanweisung für das Finanzwesen 190

Gestaltungshandbuch 750

Grüne Infrastruktur 81

InsurLab Germany e. V. 670

Klimaschutzziele 660

Kölner Stadtordnung 735

Lärmaktionsplanung 759

Öffentlichkeitsarbeit 733

Regionale Kooperation 136

Taste of Heimat e. V. 391

Transparency International 174

Verwaltungsreform 82

Werk des Künstlers Mischa Kuball 26

Stadtbahn

Haltestellen Friesenplatz und Hans-Böckler-Platz 287

Hst. Poststr., Neumarkt, Appellhofplatz 664

Trockene Löschwasserleitungen 80

Stadtentwässerungsbetriebe

Abwasserbeseitigungskonzept 2017 82

Abwassergebührensatzung 2018 663

Änderung der Satzung 283

Bericht ABK 2018 671

Jahresabschluss 2016 388

Sanierung der Parkweiher 286

Wirtschaftsplan 2018 682

Stadtentwicklung

"Kölner Perspektiven 2030" 432

„Lebenswertes Chorweiler“ 319

„Starke Veedel - Starkes Köln“ 536

Dach- und Fassadenbegrünung 374, 475, 632

Ebertplatz 718

Einzelhandels- und Zentrenkonzept 520

Kommunales Vorkaufsrecht 304

Neugestaltung der Domumgebung 515, 682

Stelle der/des Beigeordneten Dezernat VI 538

Veedelsplatz 269

Zukunft des Ebertplatzes 613

Zündorf-Süd 651

Stadtgrün - Forst - Friedhof

Fahrzeug- und Arbeitsmaschinenkonzept 287

Städtische Mitarbeiter

Übergriffe 383

Städtische Regelungen

Richtlinie für Dienstreisen 505

Stadtordnung

Platzverweise 658

Stadtwerke Köln GmbH

Jahresüberschusses 2016 320

Standesamt

Ehe für alle 384

Starke Veedel - Starkes Köln

Projekt 0.0.1 „Büro für Quartiersmanagement und Aktivierung“ 766

Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ 536

Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ 309

Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ 537

Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ 308

Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ 309

Stellenpläne

Bühnen der Stadt Köln 600

Fachstellen „Extremismus- und Gewaltprävention“ 766

Gürzenich-Orchester 600

Stellenplan für das Jahr 2018 599

Wallraf-Richartz-Muse¬ums & Fondation Corboud 601

Straßen und Plätze

Historisch belastete Namen 730

Türkei

Solidarität 265

Überplanmäßige Aufwendungen

Ausländerangelegenheiten, Haushaltsjahr 2017 507

Landesförderprogramm 409

Sozialbereich im Haushaltsjahr 2016 506

Teilergebnisplan 0208 - Personenstandswesen 285, 735

Unterbringung von Flüchtlingen 396, 736

Umwelt

Agenda Nachhaltige Entwicklung in Kommunen 464

Braunkohleverbrennung in Merkenich 164

Gut Leidenhausen 665

Luftreinhalteplanung 213

Unterbringung von Flüchtlingen

Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft 520

An den Gelenkbogenhallen 83

Belegungsmanagement 48

Grundstücke Pater-Prinz-Weg 84

Haushaltsjahr 2017 736

Josef-Kallscheuer-Straße in Köln-Sürth 191

Mindeststandards 396, 771

Städtisches Gebäude Rothenburger Str. 310

Städtisches Grundstück Kuckucksweg 752

Standorte zur Errichtung 398

Veränderungssperren

Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 96

Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil 442

Eisenbahnsiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven 251

Humboldtstraße in Köln-Porz-Finkenberg 443

Industriestraße in Köln-Rodenkirchen 321

Osterather Straße / Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen 321

Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf 442

Veranstaltungszentrum Köln

Auflösung der Kapitalrücklage 508

Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2016 508

Wirtschaftsplan 2017 91

Verein Metropolregion Rheinland

Beschluss zur Gründung 92

Vergabe, Lieferungen und Leistungen

250 Parkscheinautomaten 190

Abschleppen und Verwahren von Fahrzeugen 762

Mittel für Antirassismus-Training 191, 310, 400, 533, 673, 770

Pflege der Straßenbegleitgrüns in den Außenbezirken 598

Rahmenverträge für den Schulbereich 409

Sanierung Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring 91

Silvesterfeiern in den Jahren 2017 bis 2020 311

Strategisches Stadtentwicklungskonzept 432

Strukturförderung im Filmbereich 507

Verkehr

Allgemeines Tempolimit auf Autobahnen 479

E-Mobilität im ÖPNV 351

Ersatzneubau Brücke 207

Fuß- und Radwegbrücke zwischen Bastei und Rheinpark 753

Gesamtverkehrskonzept 758

Kölner Süden 282

Nahverkehrsplan 400

Neue Rheinbrücke im Kölner Süden 128

Niehler Damm/ Sebastianstraße - Kreisverkehr 81

Ordnungswidrig abgestellte Fahrzeugen 762

Parkraumbewirtschaftung 190

Programm RRX-Außenäste 90

Projekt ‚Radeln ohne Alter‘ 627

Radverbindung Hürth–Köln 384, 502

Radverbindung Niehler Gürtel 184

Rondorf Nord-West 77

Sicherheit 501

Straßentrasse Stolzestraße/Trierer Straße 758

Tempoüberschreitungen auf der A 3 63

Tempoüberschreitungen auf der BAB 3 63

Verordnungen

Hochwasserschutzzonenverordnung 386

Kölner Stadtordnung 735

Offenhalten von Verkaufsstellen 253, 447, 773

Verwaltung

Einsatz von Sprachmittlern 384

Wahlen

Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH 559

Abfallwirtschaftsbetriebe 446

AchtBrücken GmbH 324

Ausländerrechtliche Beratungskommission 113, 786

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Ver¬gabe/Internationales 687

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden 688

Ausschuss für Schule und Weiterbildung 112

Ausschuss für Umwelt und Grün 444, 446, 686, 687, 788

Ausschuss Kunst und Kultur 252

Ausschuss Soziales und Senioren 114, 686

Ausschüsse des Rates 114

Bauausschuss 253, 687

Bestätigung von Ausschussmitgliedschaften 689

Dachverband kommunaler IT-Dienstleister 252

Einrichtung „aKDn- sozial“ 445

Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 789

Finanzausschuss 685

Flughafen Köln/Bonn GmbH 323

Gebäudewirtschaft 253, 446, 562

Gesundheitsausschuss 324, 685, 789

GEW Köln AG 112

Gründer- und Innovationszentrum GmbH 444

Hauptausschuss 685

Integrationsrat 689

Jugendhilfeausschuss 112, 444, 556, 560, 684, 786, 788

Jugendzentren Köln gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH 790

Koelnmesse Ausstellungen GmbH 322

Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH 323, 445

Kölner Sportstätten GmbH 115

Kölner Verkehrs-Betriebe AG 114, 559

KölnKongress GmbH 683

Kölnmesse GmbH 560

KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH 324

KölnTourismus GmbH 322, 445

Kommunale Gesundheitskonferenz 322

LVR-Klinik 556

Moderne stadt GmbH 562

Nachbesetzung verschiedener Gremien 115

Nahverkehr Rheinland 559

Neubesetzung von Aufsichtsräten 557, 561, 688

Neubesetzungen von Ausschüssen 561

Rechnungsprüfungsausschuss 558, 686

Regionalverkehr Köln GmbH 788

RheinCargo GmbH & Co. KG 556

RheinEnergie-Stiftung Jugend, Beruf und Wissenschaft 688

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband 113

Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH 445

Sparkasse KölnBonn 111, 559, 683, 787

Sportausschuss 253

Stadtentwicklungsausschuss 324, 686

Stadtwerke Köln GmbH 790

Umbesetzung in Ausschüssen 557

Unterausschuss Kulturbauten 560

Unterausschuss Stellenplan 557

Untere Naturschutzbehörde 555

Verkehrsausschuss 253, 446, 558, 687

Verkehrsverbund Rhein-Sieg 115

Wirtschaftsausschuss 685

Wallraf-Richartz-Museum & Foundation Corboud

Betriebssatzung 663

Erweiterungsbau 425

Jahresabschluss zum 31.12.2013 671

Jahresabschluss zum 31.12.2014 672

Jahresabschluss zum 31.12.2015 771

Stellenplan 601

Wirtschaftsjahr 2017 388

Wirtschaftsförderung

Gründung einer GmbH 736

Kosten und Probleme einer Ausgründung 731

Wohnraum

Auszugsmanagement 666

GAG 365

Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm 765

Landesrechtlicher Mieterschutz 357

MachMit! e. V. 399

Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017 519

Städtisches Grundstück Causemannstr. 520

Städtisches Grundstück Lachemer Weg 769

Städtisches Grundstück Schönrather Str. 519

Städtisches Grundstück Waldstraße 758

Vermeidung eines Wohnungsverlustes 682

Wohnraumschutzsatzung 189

Zoo

Projekt ‚Südamerikahaus‘ 469

Zusatzversorgungskasse

Jahresabschluss 2016 768

Wirtschaftsplan 2018 768

Rednerverzeichnis

Akbayir, Hamide, (Die Linke.) 164, 267

Baentsch, Wolfram, (AfD) 585

Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister 774, 775, 778, 779, 780, 781

Beckamp, Roger, (AfD) 15, 32, 460, 486, 497, 500

Berg, Ute, Beigeordnete 23, 25

Blome, Andrea, Beigeordnete 21, 184, 423, 501, 660, 732, 754

Börschel, Martin, (SPD) 15, 35, 69, 93, 158, 160, 418, 422, 423, 430, 438, 439, 459, 473, 480, 521, 567, 591, 614, 680, 718, 722, 787

Boyens, Stephan, (AfD) 469, 620, 621, 658, 700, 718

Breite, Ulrich, (FDP) 31, 155, 161, 170, 196, 203, 279, 280, 290, 314, 416, 423, 428, 448, 522, 549, 637, 669, 684, 744, 746, 772

Brust, Gerhard, (Bündnis 90/Die Grünen) 168, 169, 377, 392, 476, 546

Bülow, Brigitta von, (Bündnis 90/Die Grünen) 201, 284, 289, 414, 707, 710

Bürgermeister, Dr. Eva, (SPD) 198, 283, 705

Dahmen, Dagmar, Gleichstellungsbeauftragte 316

De Bellis-Olinger, Teresa, (CDU) 99, 300, 470

Detjen, Jörg, (Die Linke.) 29, 45, 49, 140, 144, 176, 184, 208, 222, 234, 286, 313, 365, 382, 383, 385, 405, 423, 472, 485, 525, 526, 539, 547, 578, 667, 669, 676, 677, 700, 731, 732, 742, 745, 778

Elster, Dr. Ralph, (CDU) 37, 151, 195, 200, 288, 389, 413, 414, 424, 426, 710

Erkelenz, Martin, (CDU) 50

Fenske, Jürgen, (Kölner Verkehrs-Betriebe) 355, 645

Frank, Jörg, (Bündnis 90/Die Grünen) 13, 14, 73, 172, 173, 182, 210, 215, 216, 223, 279, 305, 312, 316, 360, 380, 381, 404, 424, 427, 438, 460, 473, 480, 490, 616, 667, 675, 676, 680, 698, 721, 722, 740, 742, 774

Frenzel, Michael, (SPD) 44, 96, 99, 103, 177, 181, 269, 273, 299, 302, 319, 357, 366, 371, 503, 538, 540, 651, 656, 660

Gärtner, Ursula, (CDU) 146, 518, 526

Geffen, Jörg van, (SPD) 139, 264, 403

Gerlach, Lisa Hanna, (Piraten) 145, 482

Görzel, Volker, (FDP) 492, 493, 540, 619, 709, 713, 724, 725

Götz, Stefan, (CDU) 652

Gutzeit, Dr. Walter, (CDU) 627

Halberstadt-Kausch, Inge, (SPD) 239, 414, 425, 544

Hammer, Lino, (Bündnis 90/Die Grünen) 132, 352, 640, 754

Haug, Jochen, (AfD) 34, 350

Hegenbarth, Thomas, (Piraten) 53, 60, 61, 78, 135, 174, 195, 219, 281, 282, 315, 334, 384, 497, 498, 527

Hegenbarth, Thomas, (Ratsgruppe BUNT) 585, 622, 645, 661, 665, 726, 733

Heinen, Dr. Ralf, (SPD) 471, 760

Hemsing, Hans-Jochen, (Rechnungsprüfungsamt) 176

Henk-Hollstein, Anna-Maria, (CDU) 545

Heuser, Marion, (Bündnis 90/Die Grünen) 40, 52, 147, 210, 528, 629, 779, 780

Höing, Franz-Josef, Beigeordneter 178, 281, 303

Homann, Mike, Bezirksbürgermeister 679, 680

Houben, Reinhard, (FDP) 67, 68, 75, 80, 129, 139, 218, 219, 352, 407

Hoyer, Katja, (FDP) 46, 53, 58, 148, 210, 295, 374, 378, 401, 436, 477, 516, 528, 758, 777, 780

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister 100, 302, 386, 624, 727

Jahn, Kirsten, (Bündnis 90/Die Grünen) 28, 98, 104, 138, 270, 367, 421, 574, 653, 656

Joisten, Christian, (SPD) 26, 276, 280, 493, 503, 517, 701, 725, 736, 739, 740, 741, 746

Keller, Dr. Stephan, Stadtdirektor 18, 63, 66, 69, 71, 185, 252, 263, 264, 278, 282, 323, 384, 393, 503, 504, 541, 550, 658, 717, 731, 732, 773, 774

Kienitz, Niklas, (CDU) 103, 179, 270, 334, 700

Klausing, Christoph, (CDU) 41, 55, 208, 780

Klein, Dr. Agnes, Beigeordnete 86, 87, 297

Klug, Gabriele C., Stadtkämmerin 260, 340, 460, 473, 676, 678

Kockerbeck, Heiner, (Die Linke.) 57, 228, 241, 393

Kron, Peter, (SPD) 542

Krupp, Gerrit, (SPD) 65, 150, 194, 312, 487, 674

Laufenberg, Sylvia, (FDP) 485, 655

Michel, Dirk, (CDU) 131, 640, 647, 753

Möller, Monika, (SPD) 54

Müller, Anne Luise, (Stadt Köln) 98, 99, 440, 441

Nesseler-Komp, Birgitta, (CDU) 677

Paetzold, Michael, (SPD) 49, 54, 62, 143, 149, 209, 232, 233, 235, 236, 237, 433, 436, 523, 527, 635, 636, 666, 668, 781

Pakulat, Sabine, (Bündnis 90/Die Grünen) 99, 179, 300

Petelkau, Bernd, (CDU) 27, 28, 72, 136, 160, 168, 358, 380, 406, 420, 494, 539, 570, 595, 615, 720, 738, 739

Philippi, Franz, (SPD) 86, 297, 483

Pöttgen, Andreas, (SPD) 265, 288, 412, 643, 699, 753

Rau, Dr. Harald, Beigeordneter 48, 54, 236, 385, 437, 521, 529, 665, 668, 669

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin 12-15, 18, 21, 23, 25-29, 31-37, 39-41, 43-50, 52-55, 57, 58, 60-63, 65-69, 71-75, 77-93, 95-104, 106, 107, 111-118, 125, 126, 128, 130-132, 134, 136, 138, 139-141, 143, 145-151, 153-155, 157, 158, 203-205, 207, 208, 210-219, 221, 223, 227-229, 232-243, 245, 247, 251-254, 260-265, 267-274, 276-291, 294-297, 299-325, 333, 334, 337, 345-358, 360, 361, 363-367, 369, 370, 371, 373, 374, 376-394, 396, 398-401, 403-415, 417, 418, 420- 430, 432-449, 458-461, 463-481, 483-490, 492-495, 497-509, 511-521, 523-530, 533-547, 549, 550, 552-563, 565, 570, 574, 578, 581, 584, 585, 587, 589, 591, 595-601, 603, 610, 613, 615, 616, 618-626, 628-640, 698-701, 704-714, 717, 718, 720-728, 730-736, 738-742, 744-747, 749, 750, 752-777, 782-792

Richter, Manfred, (Bündnis 90/Die Grünen) 57, 153, 162, 194

Rinnenburger, Petra, (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 421, 429, 430

Roß-Belkner, Monika, (CDU) 351

Santos Herrmann, Susana dos, (SPD) 130, 316, 317, 353, 510

Schäfer, Prof. Klaus, (SPD) 711, 712

Schlieben, Dr. Helge, (CDU) 86, 240, 296, 347

Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin 160-166, 168-174, 176-198, 200-202, 231, 641, 642, 643, 645, 647, 651-656, 658-689

Scholz, Tobias, (Gute Wählergruppe Köln) 43, 353, 628, 642

Schultes, Monika, (SPD) 630

Schwab, Luisa, (Bündnis 90/Die Grünen) 484

Sommer, Ira, (CDU) 319

Stahlhofen, Gisela, (Die Linke.) 202, 290, 417, 427, 708, 713, 723, 772, 773

Steinkamp, Dr. Dieter, (RheinEnergie) 166, 173

Sterck, Ralph, (FDP) 85, 100, 106, 181, 246, 272, 301, 304, 363, 369, 471, 511, 581, 642, 755

Strahl, Dr. Jürgen (CDU) 235, 401, 488, 636

Struwe, Rafael, (SPD) 165, 213, 216, 374, 379, 380, 394, 464, 475, 478, 632

Thelen, Horst, (Bündnis 90/Die Grünen) 87, 228, 242, 295

Tokyürek, Güldane, (Die Linke.) 154, 193, 277, 434, 467, 490, 634

Tritschler, Sven, (AfD) 481, 638

Unna, Dr. Ralf, (Bündnis 90/Die Grünen) 149, 219, 235, 236, 435, 437, 470, 524, 636

Weisenstein, Michael, (Die Linke.) 66, 74, 80, 97, 104, 134, 171, 173, 180, 184, 211, 217, 229, 271, 301, 305, 354, 361, 370, 377, 379, 477, 479, 512, 552, 618, 631, 643, 654, 754

Welcker, Katharina, (CDU) 214, 376, 466, 476, 706

Wiener, Markus, (pro Köln) 14, 33, 78, 126, 261, 349, 621, 662

Wirges, Josef, (Bezirksbürgermeister Ehrenfeld) 157

Wolter, Andreas, (Bündnis 90/Die Grünen) 265, 371, 466

Wortmann, Walter, (Freie Wähler Köln) 77, 130, 204, 223, 231, 291, 389, 405, 418, 428, 440, 441, 589, 647, 714

Zimmermann, Thor-Geir, (Gute Wählergruppe Köln) 13, 14, 36, 92, 93, 192, 196, 221, 222, 373, 380, 480, 486, 501, 587, 589, 623, 625, 626, 660, 677, 725, 726